

Stand: 25.09.2025 21:55:28

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/2871

"Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 (Haushaltsgesetz 2015/2016 - HG 2015/2016)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/2871 vom 17.09.2014
2. Plenarprotokoll Nr. 25 vom 30.09.2014
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4430 des HA vom 21.10.2014
4. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4426 des HA vom 22.10.2014
5. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4427 des HA vom 22.10.2014
6. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4428 des HA vom 05.11.2014
7. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4596 des HA vom 05.11.2014
8. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4425 des HA vom 06.11.2014
9. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4603 des HA vom 06.11.2014
10. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4602 des HA vom 11.11.2014
11. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4424 des HA vom 13.11.2014
12. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4429 des HA vom 13.11.2014
13. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4614 des HA vom 13.11.2014
14. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4604 des HA vom 14.11.2014
15. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4595 des HA vom 25.11.2014
16. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4606 des HA vom 26.11.2014
17. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4608 des HA vom 26.11.2014
18. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4669 des HA vom 04.12.2014
19. Beschluss des Plenums 17/4779 vom 09.12.2014
20. Beschluss des Plenums 17/4780 vom 09.12.2014
21. Beschluss des Plenums 17/4789 vom 09.12.2014
22. Plenarprotokoll Nr. 32 vom 09.12.2014 (EPL 1)
23. Plenarprotokoll Nr. 32 vom 09.12.2014 (EPL 11)
24. Plenarprotokoll Nr. 32 vom 09.12.2014 (EPL 2)
25. Beschluss des Plenums 17/4781 vom 10.12.2014
26. Beschluss des Plenums 17/4782 vom 10.12.2014
27. Beschluss des Plenums 17/4783 vom 10.12.2014
28. Beschluss des Plenums 17/4784 vom 10.12.2014
29. Beschluss des Plenums 17/4786 vom 10.12.2014
30. Beschluss des Plenums 17/4787 vom 10.12.2014
31. Beschluss des Plenums 17/4790 vom 10.12.2014
32. Beschluss des Plenums 17/4793 vom 10.12.2014
33. Plenarprotokoll Nr. 33 vom 10.12.2014 (EPL 8)
34. Plenarprotokoll Nr. 33 vom 10.12.2014 (EPL 12)
35. Plenarprotokoll Nr. 33 vom 10.12.2014 (EPL 3A)
36. Plenarprotokoll Nr. 33 vom 10.12.2014 (EPL 5)
37. Plenarprotokoll Nr. 33 vom 10.12.2014 (EPL 4)
38. Plenarprotokoll Nr. 33 vom 10.12.2014 (EPL 7)

39. Beschluss des Plenums 17/4785 vom 11.12.2014
40. Beschluss des Plenums 17/4788 vom 11.12.2014
41. Beschluss des Plenums 17/4791 vom 11.12.2014
42. Beschluss des Plenums 17/4792 vom 11.12.2014
43. Beschluss des Plenums 17/4794 vom 11.12.2014
44. Plenarprotokoll Nr. 34 vom 11.12.2014
45. Plenarprotokoll Nr. 34 vom 11.12.2014 (EPL 6)
46. Plenarprotokoll Nr. 34 vom 11.12.2014 (EPL 10)
47. Plenarprotokoll Nr. 34 vom 11.12.2014 (EPL 14)
48. Gesetz- und Verordnungsblatt vom 24.12.2014



Gesetzentwurf

der Staatsregierung

**über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern
für die Haushaltsjahre 2015 und 2016
(Haushaltsgesetz 2015/2016 – HG 2015/2016)**

Das Haushaltsgesetz und die Einzelpläne sind in den nachstehenden Links abrufbar:

[Entwurf des Haushaltsgesetzes 2015/2016](#)

[Einzelplan 01 \(Landtag\)](#)

[Einzelplan 02 \(Ministerpräsident und Staatskanzlei\)](#)

[Einzelplan 03 A \(Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr\)](#)

[Einzelplan 03 B \(Staatsministerium des Innern - Staatsbauverwaltung\)](#)

[Einzelplan 04 \(Staatsministerium für Justiz\)](#)

[Einzelplan 05 \(Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst - Bildung und Kultus\)](#)

[Einzelplan 06 \(Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat\)](#)

[Einzelplan 07 \(Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie\)](#)

[Einzelplan 08 \(Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten\)](#)

[Einzelplan 10 \(Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration\)](#)

[Einzelplan 11 \(Bay. Oberster Rechnungshof\)](#)

[Einzelplan 12 \(Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz\)](#)

[Einzelplan 13 \(Allgemeine Finanzverwaltung\)](#)

[Einzelplan 14 \(Staatsministerium für Gesundheit und Pflege\)](#)

[Einzelplan 15 \(Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst - Wissenschaft und Kunst\)](#)

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Staatsminister Dr. Markus Söder

Abg. Volkmar Halbleib

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Peter Winter

Abg. Bernhard Pohl

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Claudia Stamm

Abg. Günther Knoblauch

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich die Tagesordnungspunkte 2 a und 2 b auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2015)

(Drs. 17/2870)

- Erste Lesung -

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung

über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 (Haushaltsgesetz 2015/2016 - HG 2015/2016)

(Drs. 17/2871)

- Erste Lesung -

Ich eröffne die Aussprache und erteile zunächst Herrn Staatsminister Dr. Markus Söder das Wort. Bitte sehr, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Jetzt kommen wir zu einem von der Bedeutung her und für die Zukunft Bayerns noch essenziellerem Thema.

(Zuruf von der SPD: Aha!)

Wenn wir die Zeitung lesen und wahrnehmen, wie sich die Welt derzeit entwickelt, dann spüren wir ein hohes Maß an Unsicherheit. Obwohl die Kerndaten Deutschlands und insbesondere Bayerns, was die wirtschaftliche Entwicklung betrifft, hervorragend sind, ist uns klar, dass das, was um uns herum passiert, irgendwann Auswirkungen auf uns haben muss. Manchmal kommt es mir so vor, als diskutierten wir in Deutschland darüber, ob die Bilder noch etwas gerader und besser hängen sollen, während

um uns herum die Welt in Flammen steht. Ich nenne die Stichworte Krise zwischen Ukraine und Russland, massive Bedrohung durch ISIS, viele Flüchtlingsströme, von denen auch wir betroffen sind – dazu komme ich später noch -, und die Ebola-Epidemie. Insgesamt befindet sich die Welt im Umbruch. Möglicherweise wird das auch Auswirkungen auf uns haben, die weit über das hinausgehen, was wir uns derzeit vorstellen können.

In einer solchen Zeit ist es umso wichtiger, den Menschen in Bayern das Signal zu geben, dass wir diese Situation nicht ignorieren, sondern mit den Mitteln, über die wir als demokratische Gemeinschaft verfügen, vorsorgen wollen. Deswegen signalisiert der Haushalt, den wir heute vorlegen und über den wir entscheiden, Vorsicht und Vorsorge, meine Damen und Herren, Solidität und Solidarität. Er zeigt eindeutig, dass die Bayern in den nächsten beiden Jahren und darüber hinaus beruhigt sein und ruhig schlafen können. Der Freistaat Bayern ist auf alles vorbereitet. Das ist die Botschaft des heutigen Tages.

(Beifall bei der CSU)

Dass es sich so verhält, ist uns am vergangenen Freitag bestätigt worden. Ich weiß, dass meine folgende Aussage den einen oder anderen nervt: Ratingagenturen sind heute in der Lage, Regierungen zu stürzen, weil der Druck aufgrund der Bewertungen durch die Ratingagenturen so groß ist, dass so manche Regierung nicht in der Lage ist, sich zu refinanzieren, und sie muss dann unter dem Druck einen Rückzug machen. Das haben wir in der Eurokrise gemerkt.

In Bayern ist genau das Gegenteil der Fall. Während andere Bundesländer, die ich nachher erwähnen werde, ganz extreme Probleme haben und kaum mehr überlebensfähig sind, haben wir erneut als Signal von Standard & Poor's das beste Rating AAA mit bestem Ausblick bekommen. Meine Damen und Herren, dies ist ein Testat der Solidität, das sich andere nur wünschen würden, und darauf sind wir stolz.

(Beifall bei der CSU)

Wir sagen ganz klar: Wir sind die Nummer eins in Deutschland und wollen es auch bleiben. Wir sind auch möglicherweise in Europa, ohne das vermessen zu behaupten, eine der Spitzenregionen, was wirtschaftliche Entwicklung, Dynamik und Solidität betrifft. Das ist ein Erfolg der Menschen und der Wirtschaft. Aber die Grundlage dafür legen, ehrlich gesagt, wir hier gemeinsam; denn die Regionen sind anderswo genauso fleißig. Dass der Erfolg dennoch anders ausfällt, könnte möglicherweise mit unserer Mannschaftsaufstellung in diesen Belangen zu tun haben.

Meine Damen und Herren, deswegen ist es uns wichtig, dass im neuen Haushalt alles so bleibt. Wie lauten die Eckdaten? Der Ministerpräsident hat in einer Presseerklärung nach der Sitzung in Sankt Quirin gesagt: Dies wird der beste Haushalt aller Zeiten. Ich finde, da hat er recht, meine Damen und Herren. Bei den Eckzahlen des Haushalts wird sogar für unsere Verhältnisse ein neuer Maßstab gesetzt. Normalerweise freue ich mich nicht immer über den Bericht des Obersten Rechnungshofes, das gebe ich zu; denn man fragt sich oft, ob die angelegten Maßstäbe tatsächlich identisch sind. Aber dieses Mal glaube ich, es wird nächstes Jahr einen schönen Bericht geben; denn wir gehen den Dingen wirklich auf den Grund. Es wird eigentlich ein ORH-Jubelhaushalt, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich bin mal gespannt, ob er diese Erwartung am Ende einlösen wird. Auf jeden Fall versuchen wir, dies an dieser Stelle zu tun.

(Beifall bei der CSU)

Was sind die Leitlinien, worum geht es? Das erste ganz Wichtige und Entscheidende ist: Natürlich machen wir wieder keine Schulden. Das ist ganz klar. Man könnte nun denken, das sei schon ganz normal in Deutschland. Aber es gibt Bundesländer, die trotz Rekordeinnahmen und Rekordniedrigzinsen noch Schulden machen, meine Damen und Herren. Dieser Tage rechtfertigt sich in Nordrhein-Westfalen Frau Kraft mit den Worten, ein ausgeglichener Haushalt sei ein reiner Fetisch. Eine schwarze Null sei ein Fetisch; damit will man nichts zu tun haben. Ich will mich nicht darauf einlassen, ob ihre Wortwahl zur Sache passt. Ein Bundesland muss trotz Rekordeinnah-

men beschließen, dass es bei Bewirtungen des Landes nur noch Leitungswasser und nichts mehr zu essen gibt. Ein peinlicheres Signal kann man als Bundesland nicht setzen, als wenn man trotz Rekordeinnahmen nicht einmal mehr für eine normale Bewirtung sorgen kann. Davon sind wir Gott sei Dank weit entfernt.

(Beifall bei der CSU)

Der erste Punkt lautet also ganz klar: Wir machen keine Schulden.

Der zweite Punkt lautet: Wir setzen die Schuldentilgung fort. Dieses Signal ist gerade jetzt sehr wichtig. Man mag denken, wir diskutieren nur hier im Bayerischen Landtag; aber alles, was wir hier tun, hat tatsächlich Signalwirkung auf Deutschland und von Deutschland aus auf Europa. Die Stärke Bayerns basiert im Übrigen auch darauf, dass wir in einem starken Deutschland leben. Im Moment wird in Europa die Frage diskutiert, wie es mit der Geldpolitik eigentlich weitergeht. Verschiedene Staaten in Europa spüren, dass sie mit billigem Geld von der Europäischen Zentralbank an die Grenze gekommen sind, ohne sich wirtschaftlich besonders zu erholen, und beginnen erneut die Frage zu stellen, ob Konjunktur auf Pump denn nicht besser sei als saubere Fiskalpolitik. Diese Debatte findet derzeit statt. Wenn Sie gelesen haben, dass auf europäischer Ebene überlegt wird, den Kapitalgrundstock des Rettungsfonds Europäischer Stabilitätsmechanismus zur Finanzierung von neuen Konjunkturprogrammen zu verwenden, spüren Sie, dass die Währung möglicherweise erneut ins Wanken geraten könnte; denn die Märkte werden diese Taschenspielertricks nicht hinnehmen. Dessen können Sie sich sicher sein.

Umso wichtiger ist, dass Deutschland hier stark bleibt. Wir müssen von Deutschland aus ein Signal setzen. Ebenso wie der Bund müssen auch wir das Signal setzen, nicht nur keine Schulden zu machen; vielmehr werden wir in den nächsten beiden Jahren die Schuldentilgung mit einem Betrag von über einer Milliarde Euro fortsetzen. Damit reduzieren wir die Schuldenlast und Zinszahlungen und stärken das Rating, meine Damen und Herren. Ganz wichtig ist, dass wir auch gegenüber den Ländern, die nach

wie vor überlegen, ob sie nicht lieber Schulden machen, eine Benchmark bleiben. Wir müssen in Deutschland und auch in Europa ein Vorbild sein. Ein solches Vorbild ist der Freistaat Bayern, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben uns entschieden, nicht nur einen tatsächlichen positiven Finanzierungssaldo auszuweisen. "Tatsächlich" bedeutet, wir nehmen Geld aus Steuern und anderen Einnahmen ein – beispielsweise kommt die Justizkasse dazu, in letzter Zeit gab es einige populäre Fälle -, und hinzu kommen Steuereinnahmen, die über dem geplanten Betrag liegen.

Ich berichte es immer wieder, weil es mir wichtig ist: Manche Bundesländer planen ihre Steuereinnahmen extrem großzügig und müssen in der Regel am Ende des Jahres feststellen, dass die Planung doch nicht so gut war; dann fangen sie an zu sperren. – Ein Markenkern bayerischer Finanzpolitik seit vielen Jahrzehnten besteht darin, dass man bei Steuereinnahmen die konservative Linie wählt und manchmal mehr einnimmt, sodass sich unsere Kassen stärker füllen können und wir mehr Spielräume haben. Deswegen hatten wir schon immer, Peter Winter, einen richtigen, tatsächlichen, positiven Finanzierungssaldo aufzuweisen.

Nun gehen wir allerdings einen Schritt weiter. Der Oberste Rechnungshof fordert: Seid noch genauer und legt doch einen bilanziellen Saldo vor. – Was bedeutet das? Wir planen nur mit den Steuereinnahmen, die wir schätzen, und können trotzdem noch Schulden tilgen. Das, meine Damen und Herren, ist der eigentliche Quantensprung. Wir sind nicht nur tatsächlich die Solidesten, sondern schaffen es, noch einen Schritt weiter zu gehen. Auch bilanziell setzen wir einen völlig neuen Maßstab. Wir erreichen einen positiven Finanzierungssaldo. Meine Damen und Herren, das schafft tatsächlich niemand sonst in Deutschland; darauf sind wir stolz.

(Beifall bei der CSU)

Weil wir wissen und spüren, dass wir trotzdem mit den Herausforderungen der Welt zu tun haben, haben wir festgelegt, dass drei Aspekte im Einklang bleiben müssen. Wir müssen nicht nur Schulden tilgen und dürfen nicht nur keine Schulden machen, sondern müssen auch darauf achten, dass drei Elemente in der Balance bleiben, weil davon wirtschaftliche Stärke abhängt:

Der erste, sehr wichtige Aspekt besteht darin, dass wir Investitionsquoten halten. Manche Bundesländer, in denen die Investitionsquoten sinken, leisten fast nur noch das, was die gesetzlichen Auflagen verlangen, befassen sich aber nicht mit den Investitionsquoten. Darauf komme ich im Detail nochmals zurück; ich will es hier ansprechen.

In Bayern verhält es sich wie folgt: Hinsichtlich des Wachstums setzen wir ein maßvolles Signal. In den letzten Jahren ist Bayern nämlich hinsichtlich des Haushalts und übrigens auch hinsichtlich der Zahl der Menschen stark gewachsen. Ich erwähne nur nebenbei: Der Finanzminister von Sachsen-Anhalt hat mir einmal vorgerechnet, er habe ungefähr 2,2 Millionen Menschen zu betreuen. Diese Zahl entspricht ungefähr der Zahl der Zuwanderer nach Bayern in den letzten Jahren. Natürlich muss sich Zuwanderung auch wirtschaftlich abbilden, in der Zahl der Lehrer, in der Bildung, an Hochschulen und in der Versorgung der Menschen. Deswegen haben wir Wachstumsraten zu verzeichnen gehabt. Wir haben aber festgelegt, dass wir die Herausforderung dieses Mal deutlich vorsichtiger angehen. – Ich danke der Fraktion, dass sie hier den Finanzminister unterstützt hat; normalerweise besteht der Wunsch, eher noch etwas mehr auszugeben. – Eine 3-%-Grenze hinsichtlich des Wachstums bedeutet meiner Meinung nach insgesamt ein maßvolles Signal. Bei einer Begrenzung des Wachstums gleichzeitig die Investitionsquote stabil bei 12 % zu halten, also nahezu 12 Milliarden Euro zu investieren: ein besseres Konjunkturprogramm gibt es derzeit nicht, meine Damen und Herren. Auch darin besteht eine Leitlinie dieses Haushalts.

(Beifall bei der CSU)

Meine Ausführungen haben gezeigt, dass die Kennzahlen an dieser Stelle stimmen: Investitionsquote, Wachstumsbegrenzung, positiver bilanzieller Saldo. Hinzu kommt, dass wir die Personalquote stabil halten; auch das ist nicht immer einfach. Das ist durchaus ein wichtiges Signal, übrigens unter einer ganz besonderen Prämisse, an die wir uns halten. Die Personalquote bedeutet aktuell in dem jeweiligen anstehenden Haushalt kein allzu großes Problem, aber sie erweist sich bei einer auf 20 oder 30 Jahre angelegten Prognose als Problem; denn es verhält sich wie bei uns im Raum: Auch durch unsere Tätigkeit erwachsen Pensionsansprüche, übrigens nicht wenige. Diese müssen immer wieder finanziert werden. Deswegen ist es ein wichtiges Signal, dass wir die Personalquote stabil halten.

Aber, meine Damen und Herren, gleichzeitig schaffen wir es zum Beispiel im Bildungsbereich, lieber Gerhard Waschler, die demografische Rendite in den Schulen zu behalten. Das ist uns ganz besonders wichtig. Obwohl es weniger Schüler gibt, behalten wir die Pädagogen, um die Bildung zu verbessern, zu individualisieren und in ländlichen Räumen Schulstandorte zu erhalten. Wer kann das in Deutschland überhaupt vorweisen?

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte einen Vergleich nennen, aber möchte nicht immer Vergleiche zu Berlin und dem Saarland ziehen. Das ist auch ein bisschen unfair, selbst wenn solche Vergleiche deutlich wären. Wir müssen uns vielmehr mit dem Land vergleichen, mit dem wir uns im stärksten Wettbewerb befinden. Das ist Nordrhein-Westfalen; da kann man das machen. Dort sitzen DAX-Konzerne. Das Land verfügt über eine hohe wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Das war in den letzten 60 Jahren nicht immer so. Früher hat Bayern die Leistungskraft von Nordrhein-Westfalen fasziniert. Wie sieht es denn heute aus etwa beim Thema Schulden? - Bayern tilgt insgesamt eine Milliarde Euro Schulden. Was macht NRW? - Eine Neuverschuldung von 2,4 Milliarden Euro.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Hört! Hört!)

Im allgemeinen Haushalt liegt die Schuldenlast Bayerns unter 20 Milliarden Euro. NRW hat derzeit mit neuer Nettokreditaufnahme eine absolute Schuldenlast von 190 Milliarden Euro. Wenn das ehemals stärkste und bevölkerungsreichste Bundesland in Deutschland sagt, dass es trotz Rekordeinnahmen und Rekordniedrigzinsen nicht mehr lebensfähig sei, dann ist damit die finanzielle Symmetrie in ganz Deutschland gefährdet. Bayern kann machen, was es will. Wir brauchen mehr Bayern in der deutschen Finanzpolitik.

(Beifall bei der CSU)

Nur für die Statistiker sage ich Folgendes – ich glaube das ist spannend -: Man muss einmal sehen, was NRW allein an Zinsen zahlt. NRW zahlt durch das, was es aufnimmt, insgesamt noch einmal fast drei Milliarden Euro mehr an Zinsen. Damit könnte man 1.000 km Staatsstraßen bauen, 54.000 neue Polizisten bezahlen oder 46.000 neue Lehrerstellen finanzieren. Das ist allein wegen der Schuldzinsen nicht finanzierbar.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Wer regiert denn dort?)

Wir führen immer die Personaldebatte.

(Zuruf von den GRÜNEN)

- Das wird nichts für mich werden. Nehmen Sie doch einmal einen anderen Aspekt. Schön, dass Sie es ansprechen. Sie möchten noch mehr von NRW hören?

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich habe noch eine Zahl für Sie. In den Landtagsdebatten wurde uns vorgeworfen – ich bin sicher, das wird später noch kommen –, wir hätten zu wenig Beamte, mal abgesehen von den Finanzbeamten. Zwischen den Jahren 2014 und 2016 werden 700 zusätzliche Finanzbeamte eingestellt. Nächstes Jahr werden wir vom ORH ein mildes Signal – wie die es halt können - bekommen, dass wir vielleicht auf dem richtigen Weg

sind. Wie sieht es generell mit dem öffentlichen Dienst aus? Wie geht man mit ihm um? Wie gehen wir und andere mit dem öffentlichen Dienst um? Kollegin Heckner als Schutzpatronin des öffentlichen Dienstes, jedenfalls in unserer Fraktion, weiß das.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, wir haben mit den Beamten nicht etwa gespielt und über Bezüge geredet. In Nordrhein-Westfalen hat man gesagt: Wir übertragen Tarifbeschlüsse nicht vollständig. Wir verweigern das. Die dortige Beamtenschaft ist vor das Landesverfassungsgericht gegangen, und, meine Damen und Herren, es gab eine ganz üble Klatsche. Das Landesverfassungsgericht in NRW hat gesagt: Ihr verhaltet euch gegenüber den Beamten unanständig. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein solcher Weg wäre in Bayern undenkbar. Den gehen wir nicht.

(Beifall bei der CSU)

Es wird immer so geschimpft. Später wird es ohnehin angesprochen, deshalb sage ich es gleich: Ein bayerischer Steuerhauptsekretär in Endstufe von A 8 – nur zum Vergleich – erhält in Bayern im Jahr rund 1.100 Euro mehr als sein vergleichbarer Kollege in NRW.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Was zahlt er dort an Miete?)

- Wenn er in Wunsiedel wohnt, nicht so viel. - Ein bayerischer lediger Beamter in der Endstufe von A 13 erhält im Jahr 5.000 Euro mehr als ein vergleichbar eingestufte Kollege in NRW. Eines ist klar: Es ist deutlich besser, Beamter in Bayern zu sein als in einem SPD-Bundesland.

(Beifall bei der CSU)

Ich denke, wir haben uns Mühe gegeben. Wir versuchen, auch in schweren Zeiten die Investitionsquote, die Personalquote, die Finanzierungssalden und die Schuldentilgung ins Gleichgewicht zu bringen.

Lassen Sie mich noch ein paar inhaltliche Aspekte erwähnen. Wir stellen uns Aufgaben, mit denen wir vor einem oder zwei Jahren noch gar nicht gerechnet haben. Eine große Herausforderung ist selbstverständlich das Thema Asyl. Jeden Tag spüren wir die Schwierigkeiten. Wir spüren, dass jeden Tag viele Menschen kommen, auch aus Sorge und Not. Das sage ich ausdrücklich, weil wir uns als Freistaat Bayern der Verantwortung stellen, übrigens mehr, als dies viele andere Bundesländer überhaupt können. Meine Damen und Herren, wir werden in den nächsten beiden Jahren unseren christlichen Verpflichtungen – das sage ich ganz bewusst – nachkommen, humanitäre Hilfe für Menschen in Not zu leisten. Für die nächsten beiden Jahre sind dafür fast eine Milliarde Euro veranschlagt worden. Davon gehen übrigens 650 Millionen Euro direkt an die Kommunen. In anderen Bundesländern wird eine harte Debatte zwischen der jeweiligen Landesregierung und den Kommunen geführt, weil die Landesregierungen den Kommunen kaum Geld geben. Bayern unterstützt die Kommunen mit 650 Millionen Euro. Das ist ein gutes Signal der Solidarität und der Fairness im Umgang miteinander.

(Beifall bei der CSU)

Nur nebenbei bemerkt: Ich glaube, dass wir im Vergleich zu vielen anderen dieser Verpflichtung gut nachkommen. Herr Ministerpräsident, heute hat das Kabinett eine wichtige Weichenstellung vorgenommen. Wir sehen beide Seiten. Selbstverständlich leisten wir humanitäre Hilfe. Das ist in einem christlich geprägten Land selbstverständlich. Wir tun alles, um die Situation zu verbessern. Es gibt aber auch die andere Seite. Deshalb war die Entscheidung im Bundesrat so wichtig, selbst wenn es der einen oder anderen Partei schwergefallen ist. Man hat gemerkt, wie die eigenen Ministerpräsidenten speziell bei den GRÜNEN angegriffen worden sind. Ich glaube, Deutschland braucht ein Instrumentarium. Ich nenne beispielsweise die Drittstaatenregelung, das EU-Recht im Hinblick auf die Einhaltung des Schengen-Abkommens oder Kontingente. Aus Sicht der Staatsregierung ist es wichtig, nicht nur für die Entwicklung eines Ma-

nagements zu sorgen, was die Sozialministerin hervorragend macht. Das möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich bekennen.

(Beifall bei der CSU)

Für solche Krisen gibt es keine erprobten Mittel. Es ist nicht so, dass man einfach ein Muster herausziehen kann. Man muss das gemeinsam entwickeln. Auf der anderen Seite müssen wir, was Überforderung und Verträglichkeit betrifft, gemeinsam daran arbeiten, dass am Ende nicht nur Deutschland und vielleicht sogar nur Bayern alleine die Lasten einer internationalen Flüchtlingsbewegung trägt. An dieser Stelle sind auch andere Partner in Deutschland gefragt. Dafür wollen wir uns einsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Ein zweiter Schwerpunkt ist – glaube ich – fast der wichtigste. Wenn man diesen mit den anderen Punkten zusammenzählt, erkennt man die Stärke Bayerns. Was zeichnet Bayern aus? Warum ist die Wirtschaft hier attraktiver? Warum funktioniert es hier besser? - Die Zuwanderung entsteht hier deshalb, weil die Leute mehr Chancen auf Arbeitsplätze und auf Ausbildung erwarten. Deshalb ist die Entscheidung, ein Drittel der gesamten Staatsausgaben, fast 36 Milliarden Euro bezogen auf die beiden Jahre im Doppelhaushalt – das muss man sich einmal überlegen –, für Bildung, Forschung, Wissenschaft und Entwicklung auszugeben, ein ganz wichtiges Signal. Während andere Länder überlegen, diese Kosten auch zulasten von Arbeitnehmern zu senken, gehen wir den umgekehrten Weg: Wir wollen diesen Wettbewerb des Wissens, den Wettbewerb der Köpfe gewinnen, indem wir ein Angebot machen, das den Schwächeren individuell hilft, aber gleichzeitig die Chance bietet, den Starken zu fördern. Ich sage noch einmal: Beim Erhalt der demografischen Rendite ist die Euphorie des Finanzministers zunächst nachgeordnet. Ich glaube jedoch, dass es eine wichtige und richtige Entscheidung ist. Mit unseren Pädagogen, die in Bayern, wie ich finde, großartige Arbeit leisten, besteht die Chance, im Wettbewerb um Menschlichkeit, aber auch um Wissen ganz vorne dran zu sein. Das ist ein wichtiger Aspekt.

(Beifall bei der CSU)

Das zeigt sich übrigens auch in verschiedenen Relationen. Lassen Sie mich noch einen Satz dazu sagen. Woanders wird lange überlegt, was man für die Ganztagesbetreuung machen kann. Einige überlegen sich tatsächlich, Angebote zu machen. In Berlin gibt es für jede Familie und jedes Kind einen Maxi-Cosi umsonst. Das wird durch uns finanziert.

(Lachen bei der CSU)

Das kann man ganz einfach nachvollziehen. Dazu komme ich später noch. Wir sind wieder einen Schritt weiter gegangen. Die Staatsregierung und die Mehrheit des Parlaments haben letzte Woche im Rahmen unserer Klausurtagung, wenn ich das ansprechen darf, die Ganztagsbetreuung thematisiert. Wir wissen, dass die Betreuung heute nicht allein über die Institution Schule im klassischen Sinne gewährleistet ist. Die Lebenssituation der Eltern schreiben wir nicht vor. Wir wollen die bürgerliche Autonomie wahren. Wir schreiben den Leuten nicht vor, was sie essen sollen. Wir schreiben ihnen auch nicht vor, wie sie zu leben haben. Wir helfen ihnen, in diesem Prozess ihr Leben so zu führen, wie sie es wollen.

(Beifall bei der CSU)

Die Beschlüsse zur Ganztagsgarantie sind ein klares Versprechen, das den Bürgerinnen und Bürgern vor der Landtagswahl gegeben wurde. Dieses Versprechen wird erfüllt. In den nächsten Doppelhaushalt werden dafür rund 410 Millionen Euro eingestellt. Wir entwickeln die Konzepte fortlaufend weiter und sagen: Ein gutes Angebot für die Familien in Bayern wird nicht am Geld scheitern. Wir wollen, dass sich jeder, der zu uns kommt und arbeiten möchte, mit seiner Familie hier wohlfühlen kann. Das ist ein ganz klares Signal.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Oliver Jörg, wir knacken zum ersten Mal die Fünf-Milliarden-Grenze bei den Hochschulen. Hier kommen 400 Millionen Euro hinzu. Das ist ein ganz starkes Signal, nicht nur für die Lebensqualität, sondern auch für die Zukunftsoptionen. Der Wissenschaftsminister hat sich mit den Kolleginnen und Kollegen eine Strategie überlegt: Einerseits sollen weiterhin internationale Leuchttürme von einer Qualität geschaffen werden, die nur mit der Qualität in den Ländern vergleichbar ist, wo so hohe Studiengebühren entrichtet werden müssen, dass sich nur die Reichsten der Reichen ein Studium leisten können. Wir gehen aber noch einen Schritt weiter: Der Wissenschaftsminister verfolgt andererseits auch den Ansatz der Dezentralisierung der Hochschulen. Dieser Ansatz ist in Deutschland einzigartig. Woanders sagt man: Zieht halt in die Stadt, in den Ballungsraum. Der Rest wird schon irgendwo etwas finden. Wir sagen genau das Gegenteil. In Bayern ist die Dezentralität eine Stärke. Die Dezentralisierung der Hochschullandschaft wird Bayern Wettbewerbserfolge bringen. Wir stärken damit den ländlichen Raum. Das ist eine Frischzellenkur für unser Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Der dritte Schwerpunkt ist die Digitalisierung, eine der ganz großen Zukunftsaufgaben. Ich bin nach wie vor nicht ganz sicher, ob die Mehrzahl der politischen Debattierer verstanden hat, worum es hier geht. Das ist tatsächlich eine grundlegende Veränderung. Der Erfolg der Vereinigten Staaten, deren Rückkehr in den weltweiten Wettbewerb, hängt neben den Energiepreisen sehr stark mit dieser digitalen Entwicklung zusammen. Dort wird die Wertschöpfung der Zukunft gemacht. Das kann jeder bei seinen eigenen Geräten sehen. Das gilt umgekehrt auch für die Arbeitsplätze.

Wir haben hier zwei grundlegende und unglaublich starke Akzente gesetzt. Dieses Konzept betrifft auch die Wirtschaft. Unsere Wirtschaftsministerin hat es vorgestellt. Das Konzept enthält echte Leuchttürme, aber auch Fackeln, die auf ganz Bayern verteilt sind, um dort die wirtschaftliche und digitale Entwicklung voranzutreiben. Wir haben vor anderthalb Jahren einmal vorsichtig gefragt, ob es möglich wäre, eine Digitalisierungs-Milliarde einzustellen. Damals dachten wir, dies wäre ein bisschen voll-

mundig. Im jetzigen Doppelhaushalt werden rund 1,8 Milliarden Euro für digitale Prozesse ausgegeben. Während andere Länder Leitungswasser trinken und versuchen, Bleistifte zu spitzen, gehen wir den Weg ins digitale Zeitalter und werden hier einen Wettbewerbsvorteil haben, den kein anderes Bundesland haben wird.

(Beifall bei der CSU)

Damit komme ich zu einem weiteren Punkt, über den wir hier schon vier Monate lang nicht mehr diskutiert haben, woran man sieht, dass es funktioniert: zum Breitbandausbau. Wir haben lange darüber diskutiert, ob wir in Bayern zu langsam oder zu spät dran sind. Ich respektiere, dass hier gedrängelt wurde. Wir haben auch gedrängelt; denn da muss etwas passieren. Sehen Sie sich einmal die nationale Situation an. Der für Verkehr und digitale Infrastruktur zuständige Bundesminister entwirft derzeit ein Konzept, um anderen Bundesländern zu helfen, damit deren ländliche Gebiete erschlossen werden können. Diese Bundesländer schaffen es selbst nicht.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie wissen schon, dass wir in Deutschland auf einem mittleren Platz sind!)

Woanders besteht überhaupt keine Chance, Gewerbe anzusiedeln, selbst wenn Flächen und Ideen vorhanden sind. Auch eine Hochschule nützt gar nichts, wenn es keine Leitung gibt. Da steht niemand auf der Leitung; da gibt es einfach keine Leitung. Bayern gibt hier 1,5 Milliarden Euro, das sind 1.500 Millionen Euro, aus. Die Ausgaben anderer Länder sind im Vergleich dazu Brotrumen. 54 % der bayerischen Gemeinden, also über 1.100, sind jetzt im Förderverband. In der kurzen Zeit haben über 4.400 Beratungsgespräche stattgefunden, um mit den Kommunen über die beste Ausbauparallel zu sprechen. Allein das "Startgeld Netz" wurde von Hunderten Gemeinden in Anspruch genommen, die sich auf den Weg gemacht haben. Wir werden das Ziel noch nicht in diesem Jahr erreichen, aber bis zum Jahr 2018 oder möglicherweise deutlich schneller werden die bayerischen Gemeinden digital erschlossen sein und

können teilhaben. Nicht nur München, nicht nur Nürnberg und nicht nur Augsburg, das ganze Land muss an der digitalen Entwicklung teilhaben können.

(Beifall bei der CSU)

Für die neuen Energieprogramme wurden 95 Millionen Euro und für die Staatsstraßen 500 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Das ist auch wichtig; denn neben einer digitalen Leitung muss auch eine tatsächliche Erreichbarkeit bestehen. Für Investitionen der Regionalförderung stehen 245 Millionen Euro zur Verfügung. Dazu passt ein wichtiger Punkt: Über die regionale Förderung und die soziale Verantwortung wurde sehr viel geredet, zum Beispiel über die Barrierefreiheit. Der Freistaat Bayern wird in den nächsten beiden Jahren 200 Millionen Euro einsetzen, um einem wichtigen gesellschaftlichen Anliegen den angemessenen Anschub zu verleihen. Meine Damen und Herren, suchen Sie ein Land, das für dieses Anliegen so viel Geld ausgibt. Liebe Präsidentin Barbara Stamm, das ist ein wichtiges Signal für die Menschen mit Behinderung in Bayern. Wir stellen 200 Millionen Euro für die Barrierefreiheit zur Verfügung.

(Beifall bei der CSU)

Die Kommunen sind ebenfalls ein wichtiges Thema. Wir diskutieren darüber im Zusammenhang mit dem FAG. Ich möchte nicht darüber reden, was bei den Kommunen insgesamt passiert. Ich habe das Thema Asyl angesprochen. Übrigens ist das Breitband-Programm nichts anderes als ein Zuschuss von 1,5 Milliarden Euro an die Kommunen. Ich spreche auch nicht von den Ganztagsprogrammen, die ebenfalls den Kommunen helfen. Ich spreche auch nicht über die Entlastung in Höhe von fast einer halben Milliarde, die durch die volle Übernahme der Grundsicherung entstanden ist, die der Ministerpräsident durchgesetzt hat. Dies alles sind wichtige Punkte, um die Gemeinden zu entlasten.

(Beifall bei der CSU)

Ein weiterer dieser Punkte sind die 115 Millionen Euro, die im Vorfeld des Bundesleistungsgesetzes kommen. Dies sind wichtige Entlastungen für die Kommunen.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen die Kommunen von Schwierigkeiten entlasten, damit sie die Kraft haben, woanders zu investieren und Wettbewerbsfähigkeit herzustellen. Hier sind wir mit unserem kommunalen Finanzausgleich auf einem guten Wege. Der Finanzausgleich hat im letzten Jahr bereits die Rekordmarke von 8 Milliarden Euro geknackt. In diesem Jahr wird der Finanzausgleich auf 8,3 Milliarden Euro anwachsen. Das ist erneut ein Rekordfinanzausgleich für die Kommunen. Immer wieder wird gefragt, ob Bayern seine Kommunen etwas wert seien. Die Mehrzahl der Leute in diesem Raum sind Kommunalpolitiker. Bayern fühlt sich immer etwas anders als manches andere Bundesland. Im Städtetag und im Gemeindetag sagen Vertreter aus anderen Bundesländern bezüglich der Bund-Länder-Finzen: Den anderen Bundesländern wollen wir das Geld nicht geben; denn die anderen Finanzminister haben zu klebrige Hände. Das Geld, das für die Kommunen geplant ist, kommt in diesen Ländern nicht bei den Kommunen an. In Bayern können wir feststellen: Wir geben das Geld, das für die Kommunen gedacht ist, 1 : 1 weiter. Meistens legen wir sogar noch etwas drauf.

(Beifall bei der CSU)

Wir diskutieren derzeit auch über Strukturfragen, wo wir ein Signal für den ländlichen Raum setzen wollen. Ich möchte hier jedoch nicht vorgreifen, weil es zur Seriosität gehört, dieses Thema mit den kommunalen Spitzenverbänden im Detail zu besprechen. Ich sage nicht, dass alles toll ist, dass es keine Risiken gibt und dass alles rosarot wäre. Natürlich gibt es auch Herausforderungen. Ich habe bereits die internationalen externen Faktoren angesprochen. Es gibt aber auch Themen, die uns selbst betreffen. Die größte Herausforderung für uns bleibt die BayernLB. Bei der BayernLB hat sich die Situation deutlich verbessert. Wir werden nachher wieder hören, dass dort alles ganz schlimm sei. Dabei wird auf die Jahre 2007 und 2008 verwiesen werden. Das

haben wir auch immer eingestanden. Wir haben immer gesagt, dass der Kauf der HGAA der schwerste wirtschaftspolitische Fehler der bayerischen Nachkriegsgeschichte gewesen ist. Unsere Aufgabe ist es jedoch jetzt, zu überlegen, wie wir es besser machen können. Wir sollten nicht nur sagen: Damals war etwas schlimm. Politik, die sich nur darin erschöpft, einen Rucksack voller Erinnerungen mit sich zu tragen, kann nicht gerade laufen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Man muss sagen, die BayernLB hat im Kerngeschäft ordentlich gewirtschaftet. Im ersten Halbjahr hat sie ein Ergebnis vor Steuern von 527 Millionen Euro erreicht. Sie verfügt über eine hohe Eigenkapitalquote von über 14 %. Man geht davon aus, dass die derzeitige Überprüfung durch die Europäische Zentralbank für alle systemrelevanten Banken ein gutes Ergebnis bringen wird. Trotzdem bleiben Altlasten. Herr Kollege Weidenbusch, Sie sind unser Landesbankbeauftragter und ich möchte Ihnen und vielen anderen, die sich mit diesem Thema beschäftigen, ein Dankeschön für das sagen, was hier geleistet wird.

Wir haben jedenfalls ein Problem gelöst, das uns die letzten zwei bis drei Jahre das Leben schwer gemacht hat, nämlich die ungarische Tochter MKB. Durch verschiedene Maßnahmen, die getroffen wurden und für die die MKB nichts kann, war für diese Bank die Situation sehr schwer. Dieser Tage konnte man lesen, dass die ungarische Regierung Beschlüsse gefasst hat, die eine weitere Belastung von über drei Milliarden Euro für ausländische Banken bringen werden. Offiziell ist dies zur Stabilisierung des Finanzplatzes geschehen. Anfang des Jahres war nicht abzusehen, wie mit dem Risiko MKB umgegangen wird. Die Ratingagenturen und die Bankenaufsicht haben uns befragt. - Liebe Freunde, meine sehr verehrten Damen und Herren, gestern wurde der Vertrag endgültig unterzeichnet. Möglicherweise erzielen wir zusätzlich 55 Millionen Euro als Kaufpreis, statt etwas überweisen zu müssen. Dadurch wurde erkennbar eine Altlast beseitigt. Das wäre ohne den Einsatz des Ministerpräsidenten unmöglich gewesen. Dafür sage ich ausdrücklich ein Dankeschön. Darin zeigt sich auch, dass jemand

Verantwortung für etwas übernimmt, wofür er überhaupt nichts kann. Das Problem MKB ist gelöst worden. Das ist ein gutes Signal in dieser Zeit.

(Beifall bei der CSU)

Das Zweite: Das Problem der ABS-Papiere ist zwar noch nicht gelöst, aber eine Belastung von ehemals 20 Milliarden Euro ist heute auf eine Größenordnung von 6,5 Milliarden zurückgegangen. Daran sieht man, wie die Prozesse verlaufen. Sicherlich haben wir mit der HGAA noch große Schwierigkeiten, da beißt die Maus keinen Faden ab. Mit der HGAA hatten wir – das kann man ausdrücklich so sagen – eine starke Rechtsposition vor den Gerichten gehabt. Wir hätten uns nie vorstellen können, dass ein Land ein Gesetz erlässt, mit dem es sich quasi selbst entschuldet. Dieses Gesetz ist übrigens unter heftiger Kritik der Europäischen Union, des Österreichischen Bankverbandes und des IWF erlassen worden. Der Bundespräsident von Österreich hat bei der Unterzeichnung des Gesetzes gesagt, er könne das Gesetz nicht als verfassungsgemäß bezeichnen, aber er unterschreibe es, weil er dem Verfassungsgericht die Möglichkeit geben wolle, die Verfassungsmäßigkeit dieses Gesetzes genau zu überprüfen. Wir werden dem Verfassungsgericht diese Möglichkeit eröffnen. Das wird noch ein schwieriger Prozess. Es ist noch nicht absehbar, wie sich das entwickeln wird. Wir versuchen alles, um von Bayern Schaden abzuwenden. An der Stelle kann man wirklich sagen: Der Freistaat hat nichts versäumt und nichts falsch gemacht. Die Schuld liegt hier erkennbar bei anderen. Trotzdem nehmen wir auch diese Herausforderung an. Wir werden alle rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um die Landesbank und den Haushalt des Freistaates Bayern stabil zu halten. Es ist ein schwieriger Prozess, aber wir werden uns da einbringen.

(Beifall bei der CSU)

Ein allerletzter Punkt, wenn wir von Risiken reden: Wir müssen auch mit Ratingagenturen reden. Auch das ist anders als vor 20 Jahren. Als Ratingagenturen das erste Mal einen Länderfinanzminister gefragt haben, wie es geht, habe ich mir gedacht, das sei

eher ein Witz. Bei diesen Gesprächen ist der Minister persönlich anwesend. Natürlich ist bei diesen Gesprächen die Bank immer eine Frage. Bei einem zweiten Risiko besteht bei den Beratern aber völliges Unverständnis. Insbesondere von Beratern, die nicht aus Deutschland kommen, wird immer die Frage gestellt: Wieso überweisen Sie fast 10 % Ihres Haushalts einfach so, ohne sich dagegen zu wehren, obwohl es Ihr Steuergeld ist? Sie ahnen, was damit gemeint ist. Es ist der Länderfinanzausgleich. Die veranschlagten 4,7 bzw. 4,9 Milliarden Euro im Doppelhaushalt 2015/2016 sind die größten Einzelposten im bayerischen Staatshaushalt. Der größte Posten im bayerischen Staatshaushalt ist der Länderfinanzausgleich. Mittlerweile zahlen wir fast 60 % des gesamten Länderfinanzausgleichs. Das zahlt nur Bayern. Deswegen sage ich Ihnen: Es ist unfair, dass der bayerische Steuerzahler Steuern zahlt und dafür kein Äquivalent bekommt. Der bayerische Steuerzahler bekommt weniger von seinen Steuern zurück, weil er anderswo schlechte Politik mitfinanzieren muss. Das geht einfach nicht weiter so. Daran muss sich etwas ändern.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen verfolgen wir eine zweigeteilte Strategie. Das eine ist die Klage. Das andere sind die neuen Bund-Länder-Verhandlungen, die übrigens sehr schwierig sind, weil die Interessen völlig unterschiedlich sind. Dabei streiten sich viele andere. Mittlerweile rückt selbst das grün-rot regierte Baden-Württemberg trotz Versuchen, es parteilich anders zu sehen, immer weiter zu uns, weil die Schwaben und die Badenser mit dem Länderfinanzausgleich genauso überfordert sind wie die Franken und die Bayern. Deswegen ändert sich etwas am Länderfinanzausgleich. Naiv wäre es aber, auf folgende Forderung einzugehen: Zieht erst einmal die Klage zurück, dann wird verhandelt; wir trinken einen Kaffee und essen ein paar Plätzla. Das wäre naiv. Wenn es ums Geld geht, meine Damen und Herren, hört die Freundschaft auf. Deswegen brauchen wir die beiden Strategien, die Klage und die Verhandlungen. Es werden schwierigste Verhandlungen werden. Das merkt man schon jetzt. Diese Fragen können nur ganz oben entschieden werden. Das schaffen keine Staatssekretäre und auch keine Minis-

ter. Diese Frage muss an der Spitze entschieden werden. Unsere Position ist, dass Bayern ein Stück Entlastung braucht und im Länderfinanzausgleich Strukturreformen erfolgen müssen.

(Beifall bei der CSU)

Ich weiß, dass der Haushalt langweilig und trocken wirkt. Ich weiß, dass Peter Winter und seinen Kollegen spannende Wochen bevorstehen. 5.500 Seiten und 15.000 Einzelposten erfordern wirklich harte Arbeit. Ich wünsche dabei viel Freude und auch gute Beschlüsse.

Wir legen heute einen Entwurf auch für die bayerischen Bürger vor, damit sie die Möglichkeit haben, Einblick in unsere Philosophie zu bekommen. Wir legen einen Haushaltsentwurf vor, der gewissermaßen das Rückgrat ist, um auch in Zukunft in einer unsicheren Welt aufrecht gehen zu können, Sicherheit zu haben, nicht zu stolpern und auch noch das Signal zu setzen, dass wir versuchen, jede anstehende Herausforderung anzunehmen. Dieser Haushalt ist auch in schwierigsten Zeiten der bislang stabilste Haushalt, den wir vorlegen. Ich bitte deshalb um wohlwollende Beratung und Zustimmung am Ende des Prozesses. Ich glaube, dieser Haushalt ist tatsächlich super-super. Herzlichen Dank, ich freue mich auf die Beratung.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich darauf hinweisen, dass der Vertreter der Staatsregierung die Redezeit von 30 Minuten um 6 Minuten und 40 Sekunden überzogen hat. Aus diesem Grund stehen jeder Fraktion nun 36 Minuten und 40 Sekunden Redezeit zu. Als erster Redner hat Herr Kollege Volkmar Halbleib das Wort. - Bitte schön, Herr Kollege.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das war sie also für heute; wir haben sie schon mehrmals erlebt; wer bei den Empfängen des

Herrn Finanzministers dabei ist, erlebt sie permanent in Bayern: die Super-Super-Haushaltsshow. Finanzminister Söder tritt als Weltpolitiker auf.

(Beifall bei der CSU)

Es geht von der Ukraine über Ebola, NRW bis zur EZB.

(Zuruf von der CSU: Champions League!)

Das kann man an diesem Rednerpult alles machen. Man kann auch sagen: Es ist der beste Haushalt, den wir je hatten.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU)

Bei allem großmächtigen Gehabe, das zumindest akustisch einer CSU-Fraktion zu Gebote steht, müssen Sie darauf achten, dass nicht die größten Sprüche zum Haushalt herauskommen, die wir je gehört haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir lassen nicht zu, dass von dem abgelenkt wird, was hier in Bayern stattzufinden hat, nämlich bayerische Haushaltspolitik und bayerische Landespolitik. Den Bürgern kommt es nicht darauf an, große Reden über die Welt und die EZB zu hören. Es kommt ihnen darauf an, dass die Probleme in Bayern angepackt werden. Sie haben Ihre Hausaufgaben in Bayern zu machen, aber da bleiben Sie auch bei diesem Doppelhaushalt leider vieles schuldig.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf auf ein paar Punkte eingehen. Ich glaube, dass wir, die Opposition und besonders auch die SPD-Fraktion, bei den vergangenen Haushaltsberatungen Punkte gesetzt haben, um die Sie bei der Gestaltung dieses Haushalts nicht herumgekommen sind. Schauen wir doch einmal, meine Kolleginnen und Kollegen von der CSU-Fraktion, ruhig und genau auf das, was jenseits der Hochglanzrhetorik übrig bleibt.

Der Finanzminister hat die Schuldentilgung hervorgehoben. Aber wir fragen uns: Wenn die Finanzierung komplett aus den Rücklagen erfolgt und die Konjunkturentwicklung mit einigen Fragezeichen zu versehen ist - bei Herrn Söder ist das angeklungen -, ob und wenn ja, wie sie wieder aufgefüllt werden.

Wir fragen uns vor allem: Wie kommt die Schuldentilgung zustande? Sie kommt nur dadurch zustande - das ist der entscheidende Punkt -, dass Sie andere Lasten in die Zukunft schieben. Sie plündern die Pensionsvorsorge im Milliardenumfang; das wissen Sie selbst. Sie verursachen einen Stau bei der Unterhaltung staatlicher Gebäude und Liegenschaften. Sie unterlassen Investitionen. Wenn der Oberste Rechnungshof schon zitiert wird, dann bitte vollständig - Herr Minister, hören Sie genau hin! -: Der Stau bei der Unterhaltung staatlicher Gebäude und Liegenschaften hat eine Größenordnung von 2 Milliarden Euro erreicht. Mindestens in gleicher Höhe unterlässt die Staatsregierung Infrastrukturinvestitionen. Darauf basiert die Schuldentilgung.

Jeder Haushaltspolitiker muss sehen: Ihre Haushaltspolitik führt zu versteckter Verschuldung, und dann brüsten Sie sich mit dem Abbau von Verschuldung durch Tilgung. Den Begriff "versteckte Verschuldung" haben Sie noch zurückgewiesen, Herr Söder. Den Begriff kannten Sie nicht, damit konnten Sie nichts anfangen. Dabei hat ihn der Herr Ministerpräsident in einem Interview selbst verwendet. Dass Sie versteckte Verschuldung in dieser Größenordnung produzieren, ist etwas, was wir Ihnen nicht durchgehen lassen. Sie verschieben Lasten in die Zukunft. Das muss man kritisieren.

(Beifall bei der SPD)

Sie werden einwenden: Was will er denn mit dem Hinweis auf "versteckte Verschuldung" und "unterlassene Investitionen" sagen? Was meint er konkret?

Ich lese Ihnen nur zu einem Einzelplan des Staatshaushalts – konkret: dem Einzelplan 03 Teil A, der in der Verantwortung des Innenministers steht – aus einem Schreiben des zuständigen Ressortministers vor. Darin geht es auch um Gebäude der bayerischen Polizei und der Verwaltung. Die Projekte werden erläutert. Das Schreiben

liegt mir vor; Herr Söder, Sie haben dankenswerterweise einen Abdruck bekommen. Zunächst ist zu lesen, dass man mit diesem Doppelhaushalt bestimmte Vorhaben finanzieren könne. Aber dann folgen drei kritische Punkte:

Erstens. Baumaßnahmen mit einem Gesamtumfang von rund 100 Millionen Euro, für die die Haushaltsunterlage Bau in Arbeit bzw. bereits fertiggestellt ist, können wegen fehlender Haushaltsmittel nur mit zeitlicher Verzögerung begonnen werden. Das Vorlesen der Liste erspare ich Ihnen, auch im Hinblick auf meine begrenzte Redezeit; Sie können das alles nachlesen. Aber das ist nur ein kritischer Punkt.

Zweitens. Für zahlreiche Baumaßnahmen – diese werden genannt; es handelt sich um wichtige Projekte für die innere Sicherheit –, deren Gesamtkosten bei 90 Millionen Euro liegen, ist derzeit kein Planungsauftrag möglich, weil die anschließende Finanzierung der Baudurchführung nicht gesichert ist. Das ist der zweite kritische Punkt, den der Innenminister anspricht.

Drittens geht es um das, was eigentlich notwendig ist – der Herr Innenminister hat es klar gesagt –: Die Auflistung enthält nur Baumaßnahmen, die bereits in den Haushaltsplan aufgenommen wurden. Aber auch diese sind nicht finanzierbar, hören wir.

Darüber hinaus besteht ein erheblicher Investitionsstau bei den Baumaßnahmen der Polizei. Der bereits bekannte Baubedarf beläuft sich auf 500 Millionen Euro.

Allein die kritischen Anmerkungen zu diesem einen Einzelplan zeigen auf, wie Sie im Zusammenhang mit dem Haushalt agieren: Sie verschieben Investitionen, die dringend notwendig sind, in die Zukunft und brüsten sich dann mit einer vermeintlich soliden Haushaltspolitik. Notwendige Investitionen zu unterlassen, ist allerdings keine solide Haushaltspolitik.

Wir müssen es an dieser Stelle deutlich ansprechen: Wenn wir die kritischen Anmerkungen auch zu den anderen Ressorts bekämen und die zuständigen Minister genauso wie der Herr Innenminister ihren jeweiligen realen Investitionsbedarf für zwingend

erforderliche Projekte präsentierten, dann würden wir eine noch spannendere Haushaltsdiskussion führen. Wir werden darauf drängen, dass wir die Zahlen bekommen. Dann schaut die Bilanz ganz anders aus, als sie der Finanzminister heute darstellen will.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Zum Thema Landesbank will ich nicht viel sagen. Wenn jedoch der Herr Finanzminister das Triple-A-Rating für Bayern so hervorhebt, dann wird mir ganz schwummerig zumute, denn wir hatten schon einmal ein Triple A – bei der Landesbank! Wozu das geführt hat, haben wir gesehen.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Bis heute sind 11,8 Milliarden Euro Steuerzahlergelder in diese Bank geflossen, weil der Steuerungsverlust bei der CSU und ihr Großmachtgehebe so groß waren. 11,8 Milliarden Euro Steuergelder haben wir in dieser Bank versenkt. Mittlerweile weiß jedes Schulkind, das man fragt, was das beste Beispiel für unsinniges Geldausgeben ist: die Bayerische Landesbank! Verantwortlich dafür war die CSU. So schaut es aus.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Die Größenordnung der Rückzahlung, die der Herr Finanzminister in diesem Etat fest schreibt, steht zudem infrage; das ist völliges Wunschdenken. Wir haben dazu in kleinerem Rahmen im Haushaltsausschuss einen wunderbaren Dialog zwischen dem Herrn Ministerpräsidenten und dem Herrn Finanzminister erlebt. Man muss es ehrlich sagen: Die Bayerische Landesbank bleibt eine der maßgeblichen offenen Flanken dieses Staatshaushalts. Das ist Ihre Verantwortung, die Verantwortung der CSU.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Zu dem Thema Länderfinanzausgleich nur ganz kurz: Wir hatten bereits Änderungen im Länderfinanzausgleich zugunsten Bayerns gefordert, als die CSU ihre damals ver-

handelte Lösung noch als "gutes Verhandlungsergebnis" uns gegenüber verteidigte. Das ist die Ausgangslage.

Wir sagen seit vielen Jahren deutlich: Die Belastung Bayerns muss zurückgeführt werden. Wir müssen den Bund dazu bringen, mehr in die Strukturförderung und die Hauptstadtaufgaben zu investieren. Wir wollen bessere Anreizstrukturen. Wir wollen eine Verringerung des Ausgleichsvolumens. Dafür haben Sie auch unsere Unterstützung.

Es ist aber nicht mehr die Zeit der flotten Sprüche, der Bierzelparolen, die eine ganz einfache Lösung verheißen. Jetzt geht es darum, Bündnispartner für die Verfolgung bayerischer Interessen zu finden. Hosenträgerschnalzen und das Ringen um die Luft-
hoheit über den Stammtischen genügen nicht mehr; jetzt müssen Sie liefern. Das, was nach der Vereinbarung des letzten Länderfinanzausgleichs stattgefunden hat, wollen wir in diesem Hause nicht mehr erleben. Schon damals verhandelte die CSU-geführte Staatsregierung, der Herr Ministerpräsident stimmte im Bundestag zu. Ihre Fraktion bejubelte das Ergebnis, das der damalige Ministerpräsident Stoiber hier vortrug. So etwas wollen wir kein zweites Mal erleben. Deswegen betone ich: Nach den Sprüchen müssen Sie jetzt liefern.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf in die Debatte noch ein Thema einbeziehen, das Sie nicht angesprochen haben: Wir sind der festen Überzeugung, dass wir auch das Thema "kalte Progression" angehen müssen. Das ist ein Gebot der Gerechtigkeit; denn dabei geht es um den Einkommensteuertarif für die normalen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Übrigens haben wir die finanziellen Spielräume dafür ein Stück weit erarbeitet, beispielsweise durch den Mindestlohn, der ab 2015 gilt.

(Beifall bei der SPD)

Er bringt nicht nur zusätzliche Einnahmen für die Sozialversicherungskassen, sondern auch 2,6 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen.

Was hören wir zu diesem Thema vonseiten der CSU? Söder wollte das Problem zunächst sofort angehen. Das hätte man machen können. Dann kam die Mitteilung seines Parteivorsitzenden, des Herrn Ministerpräsidenten Seehofer, das sei derzeit nicht finanzierbar. Es folgte der nächste Vorschlag von Finanzminister Söder: Wir regeln das ab 2020, im Zuge der Reform des Solidaritätszuschlags. - Als Finanzierungsvolumen ließ er 9 Milliarden Euro verlautbaren. Dann hörten wir wieder den Ministerpräsidenten und CSU-Parteivorsitzenden Seehofer: Wir gehen das Problem nicht erst 2020, sondern schon 2017 an. - Söder wollte 9 Milliarden Euro, Seehofer hat 3 bis 5 Milliarden Euro genannt. Wir haben im Augenblick eine Staatsregierung, deren maßgebliche Mitglieder, der Ministerpräsident und der Finanzminister, in der Steuer- und Finanzpolitik definitiv nicht mit einer Stimme sprechen. Einmal heißt es hü, dann wieder hott. Es gibt vier Meinungen: die des Finanzministers von letzter Woche, die des Ministerpräsidenten von vorgestern, die des Finanzministers von gestern und die des Ministerpräsidenten von heute. Was morgen passiert, will ich gar nicht wissen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Aber wir müssen das Problem der "kalten Progression" angehen.

Auch bei dem nächsten Thema, das ich ansprechen muss, dürfte der Jubel des Obersten Rechnungshofs sehr bescheiden ausfallen. Es geht um das Dauerärgernis, das wir seit Jahr und Tag kritisieren: die schlechte Personalausstattung der Steuerverwaltung. Den entscheidenden Durchbruch schaffen Sie einfach nicht. Dabei ist das ein zentraler Punkt für die Steuergerechtigkeit, insbesondere für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

(Beifall bei der SPD)

1.800 Stellen sind zum 01.01.2014 nicht besetzt. Das ist nicht der Personalbedarf an den Finanzämtern, sondern diese Stellenanzahl steht in dem Haushaltsplan, den Sie beschlossen haben. Aber er wird an den Finanzämtern nicht umgesetzt. In den letzten Jahren hat es eine leichte Steigerung gegeben, nämlich um 94 Stellen in drei Jahren. Bei gleicher Steigerung würde es aber noch 58 Jahre dauern, bis wir die Sollstärke bekommen, die im Haushaltsplan steht. Sie verhindern im Augenblick mit den Anstrengungen, die Sie unternehmen, nur, dass es nicht noch schlechter wird. Wir aber wollen, dass die Steuergerechtigkeit in Bayern endlich besser wird und dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht mehr die Dummen sind. Das ist unsere Forderung, und dieser Haushalt trägt ihr nicht Rechnung.

(Beifall bei der SPD)

Zu dem Thema, wie Tarifabschlüsse im Beamtenbereich vollzogen werden, will ich mich nicht äußern, Herr Finanzminister. Sie haben die Tarifabschlüsse in der Beamtenbesoldung in eigener Verantwortung nicht nachvollzogen. Was Sie anderen vorwerfen, haben Sie selber praktiziert. So viel Selbstkritik sollte – man kann es sich kaum vorstellen – auch bei Ihnen möglich sein.

Aber ich möchte andere Themen im Bereich des Personals ansprechen. Da verkünden Sie nämlich Dinge, streichen aber andere zur gleichen Zeit wieder. Ich möchte einige Beispiele nennen, weil der vom Herrn Ministerpräsidenten angekündigte Stellenstopp im Raum steht. Einiges darf man den Bürgern draußen nicht zu oft sagen, weil sie sonst erklären: Da passt im Freistaat Bayern einiges nicht.

Bei der Unterbringungsverwaltung werden im Jahr 2014 infolge der Stellenstreichung zwölf Stellen gekürzt. Ich habe die Liste, die auch dem Haushaltsausschuss vorlag. Danach werden zwölf Stellen gekürzt. Auf der anderen Seite wissen wir, dass wir gerade bei der Unterbringungsverwaltung riesige Herausforderungen haben.

Es geht weiter. Bei den staatlichen Bauämtern werden 79 Stellen gekürzt, obwohl wir in diesem Bereich eine riesige Herausforderung haben. Bei den Ämtern für Ländliche

Entwicklung – das ist ein Megathema im Freistaat Bayern – werden 17,4 Stellen gekürzt. Das mag nach wenig klingen, bedeutet aber eine Reduzierung an allen Ämtern.

Bei den Wasserwirtschaftsämtern verkünden Sie neue Stellen für den Hochwasserschutz. Wir haben aber eine Streichung von 73 Stellen. Da wird etwas ausgerufen, es werden mehr Stellen angekündigt, und zur gleichen Zeit streichen Sie an anderer Stelle. Sie betreiben keine solide Personalpolitik, und Sie müssen endlich die Widersprüche auflösen. Wir werden Anträge stellen, und die CSU wird zu diesen Punkten Farbe bekennen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte in der ersten Debatte zum Haushalt ein paar wichtige Dinge ansprechen. Viele Anstöße der SPD und der anderen Oppositionsfractionen sind aufgegriffen worden, und es gehört zum parlamentarischen Umgang miteinander, dass man das auch anerkennt. Allerdings gibt es nach wie vor viele Versprechen, die mit der Haushaltsrealität nicht zusammenpassen. So haben wir bei den verschiedenen Themen Licht und Schatten.

Ich möchte einen Punkt besonders herausgreifen, nämlich die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Bayern, ein Megathema. Wir stellen fest, dass es – Gott sei Dank! – eine Nordbayern-Initiative gibt. Allerdings nimmt sie, wie man sieht, wenn man genau hinschaut, nur viele laufende Projekte auf. Wo neue Projekte benannt werden, sind Wissenschaft und Forschung im Fokus. Das ist wichtig, trifft aber vor allen Dingen die Entwicklung in großen Zentren, insbesondere an Universitäten. Wir rüsten mit diesem Programm nicht die strukturschwachen Räume auf, aber genau da haben wir den dringendsten Bedarf. Ich darf Ihnen einmal kurz vortragen, was Bevölkerungsforscher Dr. Norbert Schneider im "Staatsanzeiger" – das ist also keine SPD-Meinung – am 20. Juni ausgeführt hat: "Bayern darf nicht so weitermachen wie bisher, weil Bayern mehr als alle anderen Bundesländer von den regionalen Disparitäten besonders betroffen ist. Der Durchschnitt in Bayern mag stimmen, aber viele Gegebenheiten in den

Regionen nicht." - Dem kann man nur uneingeschränkt zustimmen. Mit Ihrer Politik ändern Sie diese Verhältnisse aber leider nicht. Sie tun zu wenig für die strukturschwachen Räume im Freistaat Bayern, insbesondere im nordbayerischen Raum, aber auch an anderer Stelle. Das muss sich ändern.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf noch aus einem Papier vom September zitieren, das bei einem Gespräch mit dem Finanzministerium vorlag. Der Vorsitzende des Oberfränkischen Gemeindetags führte in diesem Papier ausdrücklich aus: "Viele unserer Kommunen sind nicht mehr in der Lage, die Infrastruktur aufrechtzuerhalten." Dann kommt ein pointiertes Zitat: "Die Ortsstraßen sehen aus wie die Infrastruktur 1989 in der DDR." Das haben wir uns 25 Jahre nach dem Mauerfall nicht so vorgestellt, und das muss sich ändern. Die Bilanz Ihrer Regional- und Strukturpolitik in Bayern ist erschütternd, und da sind Sie gefordert.

(Beifall bei der SPD)

Wie man in dieser Situation die Mittel für die Regional- und Wirtschaftsförderung im Doppelhaushalt um 70 Millionen Euro kürzen kann, ist mir ein völliges Rätsel. Dort, wo wir mehr tun müssen und wo wir dringenden Handlungsbedarf haben, kürzen Sie die Regional- und Wirtschaftsförderung. Das können wir nicht akzeptieren, da muss der Landtag klar Farbe bekennen. Da macht die Staatsregierung einen Fehler, das hätte nie in den Entwurf geschrieben werden dürfen. Deswegen kämpfen wir dagegen auch an. Wir wollen die Regional- und Wirtschaftsförderung ausbauen und nicht kürzen. Das ist unsere Position.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben viel über Subsidiarität, Dezentralität und Eigenverantwortung in den Bundesländern gesprochen. Sie wollen mehr Föderalismus für Bayern. Das ist in Ordnung, und das ist auch unsere Position. Aber gerade dort, wo die Bayerische Staatsre-

gierung und die CSU-Fraktion selbst gestalten können, nämlich in der bayerischen Landespolitik, wollen Sie keinen Föderalismus, keine Dezentralität und keine Subsidiarität.

Wir wollen – das fordern wir ganz klar – den Regionen Regionalbudgets geben, damit die wunden Punkte dort angepackt werden können, wo der Schuh am deutlichsten drückt, und damit Geldmittel nicht allein dort ausgegeben werden, wo das die Staatsregierung in München für sinnvoll hält. Wir wollen mehr Kompetenz und mehr Verantwortung für die bayerischen Regionen. Das wäre ein Beitrag zum deutschen Föderalismus, den Sie leisten können, ohne die in Berlin zu fragen.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zur Barrierefreiheit, auch einem Megathema, und stelle fest, dass das, was im Haushalt für die Barrierefreiheit vorgesehen ist – in die Details werden wir in den Ausschüssen und in der Schlussberatung gehen –, den Ansprüchen, die der Herr Ministerpräsident in diesem Zusammenhang stellt, nicht gerecht wird.

(Beifall bei der SPD)

Nach meiner Lektüre des Haushaltes sind die 30 Millionen Euro mehr allein der Etat für die Busförderung, die der Freistaat ohnehin erbringt, die aber in die Ausgaben für die Barrierefreiheit eingerechnet wurden. 10 Millionen Euro pro Jahr sind für die Barrierefreiheit an Bahnhöfen vorgesehen. Das bedeutet bei zwölfteinhalf Millionen Einwohnern und bei der Zahl der Bahnhöfe in einem Flächenland wie Bayern, dass vielleicht ein, zwei oder drei Projekte umgesetzt werden. Aber die Forderung "Barrierefreiheit 2023" wird damit definitiv nicht erfüllt. Das ist angesichts der Versprechungen des Ministerpräsidenten ein Armutszeugnis für die Staatsregierung, muss ich sagen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn die Informationen stimmen, die ich habe, ist es noch schlimmer. Danach hängt die Fortführung der Land-Bahn-Konzepte für die Barrierefreiheit - zumindest gibt es noch keine andere Erklärung – nach 2018 im Augenblick daran, dass der Freistaat Bayern der Bahn dafür keine Finanzierungszusage gibt. Die Bahn würde in den bayerischen Bahnhöfen gern mehr Barrierefreiheit planen, wenn aus der Staatskanzlei oder dem Finanzministerium grünes Licht käme. Im Augenblick scheint das aber noch nicht der Fall zu sein. Wir fordern Sie auf, dieses grüne Licht noch während der Haushaltsberatung zu geben.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zu den Themen Schule, Bildung und Betreuung. Da kann man in den Vordergrund stellen, dass es jetzt Mehrausgaben von 560 Millionen Euro gibt. Aber man muss dazusagen, dass das, was davon in den Schulen, bei den Lehrern, bei den Schülerinnen und Schülern ankommt, nur 57 Millionen Euro, also gerade einmal 10 %, sind. Für mich ist entscheidend, was hinten herauskommt, und die Schulkinder würden sich zu Recht beschweren, wenn ihnen ein Brezenrest von 10 % als ganze Breze verkauft würde. So etwas versuchen Sie mit der von Ihnen genannten Summe. Dahinter stecken aber nur 10 % für den wirklich notwendigen Bedarf an den Schulen. Das ist uns zu wenig.

Wir anerkennen ausdrücklich, dass die sogenannte demografische Rendite – zumindest ist das die Diktion bis zum Ende der Regierung von Ministerpräsident Seehofer – im System verbleiben soll. Das war auch unser Vorschlag. Wir stellen aber fest, dass wir im Augenblick eine massive prekäre Situation an den Schulen haben. Der Bayerische Lehrerinnen- und Lehrerverband hat zu der Auftaktsitzung des Bayerischen Landtags die wunden Punkte an den Schulen ganz klar markiert: Die Unterrichtsversorgung ist nur eingeschränkt gewährleistet. Das ist für ein Bildungsland wie den Freistaat Bayern kein wunderbares Zeugnis. Wir werden schon genau hinschauen, was mit der Gymnasialreform verbunden ist und was Sie tatsächlich an Mitteln und Stellen in den Haushalt einstellen. Wir werden das genau verfolgen.

Genauso konsequent werden wir auch verfolgen, dass das Versprechen des Ministerpräsidenten uneingeschränkt eingehalten wird. Deshalb werden wir auch dieses Jahr Forderungen erheben, was die im letzten Jahr gestrichenen Lehrerstellen betrifft. 773 Stellen sind von Ihnen gestrichen worden, obwohl sie nach den Grundsätzen der demografischen Rendite gehalten werden müssen. Wir wollen, dass Sie Farbe bekennen und die Versprechen einhalten, die Sie dem bayerischen Volk gegeben haben.

(Beifall bei der SPD)

Beim Thema Ganztagschulen höre ich viele Absichtserklärungen. Der Ganztagsgipfel steht nach wie vor aus. Ich kann nur ganz kurz das geschäftsführende Präsidialmitglied des Gemeindetags, Dr. Jürgen Busse, zitieren:

Weil die bestehenden Ganztagschulen stark unterfinanziert sind, müssen die Gemeinden zusätzlich in die Tasche greifen. So wird Bildungsqualität abhängig von der jeweiligen Finanzkraft der Gemeinde.

Das ist die augenblickliche Situation in Bayern. Beenden Sie diesen Missstand schnellstmöglich.

(Beifall bei der SPD)

Auch im Zusammenhang mit den Kindergärten stand ein Versprechen aus dem Bayernplan im Raum, nämlich: Wir wollen die Politik der Gebührenentlastung bei den Kindergärten fortsetzen. Leider hat sich das Versprechen im Bayernplan bis zur Einbringung des Haushalts verflüchtigt, denn es findet sich nicht mehr im Haushaltsplan. Dieses Wahlversprechen haben Sie leider kurzerhand geopfert. Verlässlichkeit als Kennzeichen der Politik schaut anders aus.

(Beifall bei der SPD)

Bei den Hochschulen spart Bayern durch die BAföG-Entlastung ab 2015 jährlich 170 Millionen Euro. Wir wollen genau wissen, wofür das eingesparte Geld in Bayern

konkret ausgegeben wird! Wir akzeptieren nicht, dass die bisherigen Defizite in der Hochschulinfrastruktur, aber auch bei den Stellen durch diese Einsparungen nur ausgeglichen werden. Die zusätzlichen Mittel sind nicht dafür da, um die Defizite bei der Bayerischen Staatsregierung auszugleichen. Wir wollen, dass die Mittel zusätzlich an den Hochschulen ankommen. Wir können uns auch vorstellen, den Bereich der Bildung einschließlich der frühkindlichen Bildung mit einzubeziehen. Wir werden das Thema auf den Prüfstand stellen.

(Beifall bei der SPD)

Ansonsten stellen wir fest, dass Sie nach wie vor eine Retro-Politik betreiben: Die Lehrbeauftragten werden nach wie vor so bezahlt wie in den Siebzigerjahren. Es gab kaum eine Steigerung. Ganze Hochschulgebäude – ich würde sogar sagen: viele – sehen nach wie vor aus wie in den Siebzigerjahren. Ich glaube, diese Retro-Politik sollten Sie beenden. Sowohl die Lehrbeauftragten an den Hochschulen wie auch die Hochschulgebäude haben es verdient, im Interesse der Studierenden endlich im 21. Jahrhundert anzukommen. Das ist die Herausforderung.

(Beifall bei der SPD)

Ein kurzes Wort zum Kulturstaat Bayern und zum Denkmalschutz. Ich denke, wir sollten das Thema Musikschulen grundsätzlich einmal nach vorne bringen. Da fehlt noch einiges. Auch in Bezug auf die nichtstaatlichen Theater sehen wir massiven Handlungsbedarf.

Ich darf auch zum Denkmalschutz etwas sagen: Der frühere Präsident des Bayerischen Landtags, Johann Böhm, ist Vorsitzender des Bayerischen Landesvereins für Heimatpflege. Er hat einen Vorschlag unterbreitet, den auch Sie kennen, nämlich die Initiative Kulturerbe Bayern. Was ist der wesentliche Inhalt dieses Vorschlags, den ich durchaus unterstütze? – Die zentrale Aussage ist: Das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege unterstützt die Denkmaleigentümer fachlich, hat aber für effektive Hilfe

nicht ausreichend Finanzmittel. Das ist das Versäumnis von Staatsregierung und CSU-Mehrheit; sonst wäre eine solche Initiative gar nicht notwendig.

(Beifall bei der SPD)

Das muss man Ihnen einmal in das Stammbuch schreiben, wenn es um den Kulturstaat Bayern geht.

Werfen wir einen kurzen Blick auf den Klimaschutz und die Energiewende: Die Erklärungsbedürftigkeit der Staatsregierung ist so deutlich geworden, dass Frau Ministerin Aigner eine Regierungserklärung angekündigt hat. Die Erklärungsbedürftigkeit ist groß, weil Sie ein Klimaprogramm 2020 ausgeworfen hatten. Das ist aber bereits 2012 ausgelaufen. Seit drei Jahren gibt es keine Impulse mehr auf diesem Feld. Jetzt werfen Sie ein neues Klimaprogramm 2050 aus; also die Zielmarke möglichst weit entfernt. In diesem Zusammenhang darf ich fragen: Wenn das alte schon so früh ausgelaufen ist, darf ich dann damit rechnen, dass das neue Klimaschutzprogramm gleich im Jahr 2018 nach der Landtagswahl ausläuft? Nach den bisherigen Vorgehensweisen von Ihnen wäre das zu prognostizieren. Uns fehlt nach wie vor das Konzept in Bezug auf die Einzelprojekte und die Perspektiven im Haushalt. Ich glaube, es ist keine Großtat, wenn Sie bei den staatlichen Gebäuden in Bezug auf die energetische Sanierung fünf Millionen Euro weniger im Klimaprogramm vorsehen als im laufenden Haushalt 2014. Wir brauchen mehr Investitionen. Nach meinem Urteil ist Ihre Klima- und Energiepolitik haushalterisch so chaotisch, inkonsequent und widersprüchlich wie der Inhalt. Deshalb sollten wir in der Haushaltsberatung auch darauf besonders schauen.

Zum Thema Asylpolitik ist viel gesagt worden. Es wäre schon gut gewesen, wenn die vielen Warnungen, die vielen Hinweise und Anträge aus diesem Haus zum Thema ernst genommen worden wären und die Beschlüsse umgesetzt worden wären. Denn dann wären wir nicht in dieser Situation, in der wir uns im Augenblick befinden. Sie be-

kommen jede Unterstützung zur Verbesserung der Situation der Flüchtlinge in Bayern. Bloß muss die Staatsregierung endlich ihre eigenen Beschlüsse umsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Last, but not least will ich den Wohnungsbau ansprechen, weil er heute schon einmal Thema war: Staatsminister Herrmann – ich darf ihn zum zweiten Mal zitieren – hat das Jahr 2014 zum Jahr des Wohnungsbaus ausgerufen. Es kann sein, dass dieses Jahr vielleicht sogar übergeordnet begangen wird. Ich will nur feststellen, wie das Jahr des Wohnungsbaus in Bayern in Bezug auf den Staatshaushalt begangen wird, zumindest nach dem, was die Staatsregierung im Augenblick vorhat. "Jahr des Wohnungsbaus" heißt für Sie: massive Kürzung bei der Wohnraumförderung. Sie kürzen die Ausgabemittel des Freistaats Bayern von 30 Millionen auf 0 Millionen. Das ist eine Totalstreichung. Sie kürzen die Verpflichtungsermächtigungen um 21,4 Millionen jährlich. Der Bund engagiert sich. Der Bund macht mehr, weil es notwendig ist, aber der Freistaat Bayern kürzt, damit die an sich notwendigen Mittel an anderer Stelle zur Verfügung stehen. Sie werden den Herausforderungen der Wohnungspolitik und der Wohnraumförderung mit dieser Kürzung definitiv nicht gerecht. Das ist eine Schande in Bezug auf die Notwendigkeit dieser Förderung.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum Schluss: Herr Finanzminister, Sie haben viel angesprochen. Es wäre auch Zeit gewesen – Sie haben als Staatsminister ja unbegrenzte Redezeit -, wenn Sie auch die SPD einmal gelobt und nicht nur kritisiert hätten.

(Beifall bei der SPD)

Klare Position: Bayern steht, was die Einnahmesituation und die fiskalischen Spielräume angeht, sehr gut da. Ihre Darstellung der Haushaltssituation war erwartbar. Es wäre aber der Redlichkeit geschuldet gewesen, zu erwähnen, dass die SPD einen massiven Beitrag zu dieser guten Ausgangslage geleistet hat. Ich darf in diesem Zu-

sammenhang das Konjunkturprogramm II erwähnen, die Übernahme der Grundsicherung im Alter bei Erwerbsminderung, die Bekämpfung der Steuerhinterziehung, die uns eine Milliarde Euro im Jahr mehr einbringt. Sie haben sich gegen den Ankauf von CDs mit Steuerdaten gewandt. Wir haben es gemacht und vertreten. Dadurch ist die Zahl der Selbstanzeigen gestiegen. Das sind unsere Beiträge zur bayerischen Haushaltspolitik.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf abschließend sagen: Wer seit 25 Jahren ein sozialdemokratisches Kraftzentrum in der kommunalen Wirtschaftspolitik wie München hat und weiß, dass aus dem Finanzamtsbezirk München 42 % der Steuereinnahmen in Bayern kommen, der sollte auch mal ein Dankeschön an Christian Ude und an die SPD-Stadtregerung in München sagen. Denn ohne dieses sozialdemokratisch regierte Kraftzentrum würde Ihre Bilanz ganz anders ausschauen. - Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Halbleib. – Die nächste Wortmeldung: Kollege Peter Winter für die CSU-Fraktion. Bitte sehr.

Peter Winter (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Halbleib, Sie wollen gelobt werden. Ich muss sagen: Der Beginn Ihrer Rede war wirklich hervorragend. Allerdings war der Rest das, was Sie letztes Jahr schon vorgebracht haben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ihr macht ja auch nichts anderes!)

Schon damals konnte ich Ihnen bereits erläutern, warum das in München so ist usw. Ob Herr Ude mit der SPD in München derzeit so zufrieden ist, weiß ich nicht. Da müsste man ihn selber fragen.

(Zuruf von der SPD: Er wollte nicht mit der CSU regieren! Stimmt!)

Es wäre vielleicht auch einmal hilfreich, wenn Sie sich in Sachen Landesbank mit Herrn Dupper unterhalten würden. Der ist jetzt Oberbürgermeister von Passau. Der hat im Bayerischen Rundfunk damals den Kauf der HGAA über den grünen Klee gelobt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Weil ihr ihn genauso angelogen habt wie alle anderen auch! – Barbara Stamm (CSU): Wir haben bei Ihnen auch zugehört!)

– Herr Halbleib, ein bisschen vorsichtig mit den Kraftausdrücken. Das muss doch nicht sein. Wir müssen hier nicht die Debatten der letzten Woche noch einmal aufgreifen. Bleiben wir bei einem ordentlichen Umgangston. Dann kommen wir voran.

Ich meine, der Haushalt ist auch deshalb super, weil wir einen super Finanzminister haben. Deshalb möchte ich mich zu Beginn bei Markus Söder für den Haushalt bedanken, den er uns vorlegt.

(Beifall bei der CSU)

Da ich natürlich eine andere Ansicht habe als Sie, Herr Kollege Halbleib – ich sehe die Dinge halt so, wie sie sind -, sage ich: Ganz Bayern ist wirtschafts-, finanz- und strukturpolitisch stark. Kein Landesteil Bayerns muss den Vergleich mit irgendeiner Region in Deutschland scheuen. Innerhalb Bayerns sind wir ebenfalls auf dem besten Weg; denn nirgendwo in Deutschland ist die Spreizung bei den Arbeitsmarktzahlen so gering wie im Freistaat. Die Arbeitsmarktsituation in den sieben Regierungsbezirken hat sich in den vergangenen Jahren immer mehr angeglichen. So betrug die Spannweite der Arbeitslosenquoten im Jahr 2013 nur noch 1,3 Prozentpunkte. Das sind Dinge, die die Menschen spüren und von denen sie profitieren.

(Beifall der Abgeordneten Barbara Stamm (CSU))

Das bedeutet gleichzeitig Chancen für alle. Diesen erfolgreichen Weg werden und wollen wir gemeinsam weitergehen. Wir wollen, dass sich alle Landesteile, alle Regionen weiterhin wie bisher gut entwickeln.

(Beifall bei der CSU)

Bayern ist die Wirtschaftsregion Nummer 1 in Deutschland. Das sieht ganz Deutschland so bis auf wenige. Beeindruckend ist vor allem die langfristige Robustheit und Dynamik. Seit 2008 stieg Bayerns Wirtschaftsleistung trotz der Krisenjahre um 8,5 %. Das ist mehr als sonst irgendwo in Deutschland. Der bayerische Arbeitsmarkt ist in Topform. Jetzt aktuell im August 2014 hatte Bayern mit 3,7 % wiederum die niedrigste Arbeitslosenquote unter allen Bundesländern. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, dient den Menschen in Bayern. 2013 herrschte in einem Drittel der bayerischen Landkreise und kreisfreien Städte bei Arbeitslosenquoten unter 3 % faktisch Vollbeschäftigung. Laut aktuellem Regionalranking des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln liegt Bayern sowohl beim wirtschaftlichen Niveau als auch bei der Dynamik ganz vorne. Unter den zehn besten Regionen finden sich sieben bayerische Regionen. Mit dem Landkreis München hat Bayern nicht nur die mit Abstand erfolgreichste Region Deutschlands. Besonders erfreulich ist auch, dass sich alle Landesteile trotz des bereits hohen Wohlstandsniveaus in den letzten Jahren weiterhin dynamisch fortentwickelten. Bayerns Wirtschaft ist kraftvoll, und die bayerischen Staatsfinanzen sind grundsolide.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Super! Super!)

– Genau. Sie haben recht: Super, super. – Aktive Wirtschaftspolitik und solide Finanzpolitik, das ist unser Rezept für den Erfolg unseres Landes.

Aber nicht nur die bayerische Wirtschaft und der bayerische Arbeitsmarkt entwickelten sich sehr positiv, sondern auch unser bayerischer Staatshaushalt. Mit dem Doppelhaushalt 2015/2016 machen wir ihn noch besser. Der Regierungsentwurf hält alle finanzpolitischen Leitlinien ein, die wir, Herr Ministerpräsident, im Mai mit der Staatsregierung vereinbart haben.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Horst Seehofer)

So ist das Ausgabenwachstum auf 3 % pro Jahr begrenzt, und der Haushaltsplan weist einen positiven Finanzierungssaldo aus. Die laufenden Einnahmen übersteigen also die laufenden Ausgaben. Das zeigt die Finanzierungsübersicht im Gesamtplan. Auch dazu hätte ich mir eine Aussage gewünscht, lieber Herr Kollege Halbleib.

Dort ist für das Jahr 2015 ein positiver Betrag von 196,4 Millionen Euro und für das Jahr 2014 ein positiver Betrag von 675,5 Millionen Euro ausgewiesen. Damit machen wir den bayerischen Staatshaushalt noch zukunftsfester

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Super!)

und erfüllen gleichzeitig eine Forderung des Obersten Rechnungshofs. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist nachhaltige und generationengerechte Finanzpolitik.

(Beifall bei der CSU)

Da irritiert uns auch nicht, Frau Kollegin Stamm, wenn Sie von einer verantwortungslosen Finanzplanung sprechen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Frau Stamm!)

Ihrer Meinung nach sei Bayern auf Krisen völlig unvorbereitet. – Oh, Herr Sepp Dürr ist auch da. Klasse!

(Barbara Stamm (CSU): Sehr gut!)

Zur Begründung verweist Frau Claudia Stamm unter anderem darauf, dass wir in den letzten Jahren den Haushalt auch mit Rücknahmeentnahmen aufgestellt haben. In diesem Zusammenhang stelle ich zwei Fragen an Claudia Stamm.

(Barbara Stamm (CSU): Sehr gut!)

Haben wir in den letzten beiden Jahren unseren Staatshaushalt ohne neue Schulden ausgeglichen und sogar zusätzlich alte Schulden abgebaut? Ist der Schuldenabbau

verantwortungsvoll und generationengerecht? Ich beantworte die Fragen für Sie, weil sonst vielleicht noch Verkehrtes herauskommt: Ich sage Ja, zweimal ein kräftiges Ja.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Super beantwortet! Kluge Strategie!)

– Danke für das Kompliment, Herr Halbleib. Wir sind klug. Das sehen Sie an unserem Haushalt.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Superklug!)

Herr Kollege Halbleib, wenn ich mir Ihre bisherigen Vorwürfe zum Doppelhaushalt 2015/2016 ansehe, dann fällt mir vor allem eines auf: Sie haben vorhin das Wort "redlich" gebraucht. Das sollten Sie einmal überdenken. Sie nennen die erneute Milliarden tilgung eine Luftnummer, verbreiten aber selbst eigentlich nur heiße Luft. Fakt ist: Die erneute Milliarden tilgung 2015 und 2016 um weitere 1,05 Milliarden Euro, davon 500 Millionen Euro in 2015 und 550 Millionen Euro in 2016, das ist real und Realität. Damit haben wir im Freistaat Bayern dann seit 2012 insgesamt 3,6 Milliarden Euro weniger Schulden. Dadurch werden wir ganz real in der Zukunft weniger Schuldzinsen zahlen müssen und weitere neue Gestaltungsspielräume haben. Wir plündern auch nicht den Pensionsfonds, wie Sie immer wieder behaupten. Das Vermögen des Bayerischen Pensionsfonds belief sich zum Jahresende 2013 auf 1,86 Milliarden Euro. Gegenüber dem Vorjahr sind das 180 Millionen Euro mehr Vorsorge für künftige Pensionszahlungen. 80 Millionen Euro entstehen durch Wertsteigerungen des angelegten Geldes, und 100 Millionen Euro werden aus diesem Haushalt zugeführt. Und der Pensionsfonds wächst weiter. In diesem Jahr wird der Pensionsfonds erstmals die Zwei-Milliarden-Euro-Grenze überschreiten. Auch im Doppelhaushalt 2015/2016 werden wir den Pensionsfonds durch jährliche Zuführung von jeweils 100 Millionen Euro weiter stärken. Das, lieber Kollege Halbleib, ist keine Plünderung, sondern eine Stärkung des Pensionsfonds. Bitte nehmen Sie das doch einmal zur Kenntnis.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Mit der gleichzeitigen Schuldentilgung bauen wir unsere zweite Säule der Pensionsvorsorge auf. Bei einem vollständigen Schuldenabbau haben wir dann fast eine Milliarde Euro mehr zur Verfügung. Wir tragen den Schuldenberg ab und sparen Schuldzinsen, und zwar auf Dauer Jahr für Jahr. Auch Sie werden einräumen müssen, dass man jeden Euro nur einmal ausgeben kann, wobei man angesichts der alljährlichen Milliarden-Mehrforderungen der SPD – Sie haben es bereits angedeutet – glauben könnte, dass man den Euro mehrfach ausgeben kann. Aber wie haben Sie in der Pressekonferenz zum Nachtragshaushalt 2014 so schön gesagt, Herr Kollege Halb-leib? - Sie sehen es bei Mehrforderungen nicht als Ihre Aufgabe an, Deckungsvorschläge zu machen. Ich will mir daher gar nicht ausmalen, wie die Finanzen des Freistaates Bayern aussehen würden, wenn Sie die Finanzpolitik bestimmen würden.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Immer die alten Sprüche!)

Sie wissen, dass unser Schuldenabbau der Inbegriff der finanzpolitischen Solidität ist. Genau deswegen versuchen Sie ihn immer schlechtzureden. Dasselbe versucht auch unsere Kollegin Frau Stamm, die im Haushaltsausschuss ist. Sie bezeichnet die Schuldentilgung als Seifenblase, da sie ausschließlich aus Mitteln der Rücklage erfolgt. Liebe Frau Stamm, zwei Anmerkungen dazu: Erstens, die Schuldentilgung im Jahre 2016 erfolgt aus den laufenden Einnahmen, also nicht aus den Rücklagen, wie Sie bei einem genauen Blick in die Anlage B des Einzelplans 13 und auf das Vorblatt zum Haushaltsgesetzentwurf erkennen können. Zweitens, selbst wenn die Schuldentilgung aus Rücklagen erfolgen würde, dann wäre es noch immer eine reale Schuldentilgung, die zu real niedrigen Schuldzinsen für den Freistaat Bayern führt. Es sind Mittel, die wir vorher erwirtschaftet haben.

Anders als bei Ihren Märchenschlössern, für die Sie immer mehr fordern, als sich finanzieren lässt, tun wir das tatsächlich Machbare. Wir geben nur das aus, was wir erwirtschaftet haben. Die sich ständig überbietenden Ausgabenwünsche der Opposition können und wollen wir nicht erfüllen. Deswegen setzen wir klare politische Schwerpunkte, auch wenn in einzelnen Bereichen - das billige ich zu - durchaus mehr Mittel

und Stellen wünschenswert wären. Wir setzen Prioritäten und denken langfristig. Mit uns bleibt Bayern das Land der soliden Finanzen und der Generationengerechtigkeit.

Der Finanzminister hat es gesagt, und man kann es eigentlich nicht oft genug sagen: Bayerns Finanzen sind auch im Ländervergleich hervorragend. Wir haben in Bayern mit 2.436 Euro die niedrigste Verschuldung pro Kopf. Mit der konsequenten Fortsetzung des Schuldenabbaus werden wir die Pro-Kopf-Verschuldung noch weiter reduzieren. Da Sie ja Internet haben, erspare ich Ihnen die Zahlen aus Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Die kennen Sie ja, deshalb lasse ich das sein.

Weniger Ausgaben für Schuldzinsen bedeuten mehr Gestaltungsspielraum. Der Finanzminister hat ausgeführt, wie sich die Schulden in Nordrhein-Westfalen im Verhältnis zu uns auswirken würden, wie sich dort die Schulden anhäufen und wir Freiräume für die Entwicklung unseres Freistaates Bayern haben. Hätten wir dieselbe Zinslastquote wie Nordrhein-Westfalen, dann würden wir im kommenden Jahr rund 2,8 Milliarden Euro für Schuldzinsen ausgeben,

(Zuruf von der CSU: Hört, hört!)

das heißt, rund 2 Milliarden Euro mehr als jetzt.

Wir haben bereits einen sehr hohen Gestaltungsvorsprung. Das zeigt sehr deutlich, welche Vorteile eine über viele Jahre hinweg solide, ordentliche Finanzpolitik mit sich bringt. Andere Länder machen Schulden. Wir gestalten Bayerns Zukunft.

(Beifall bei der CSU)

Frau Stamm, Sie denken an eine Rücknahme der bayerischen Klage gegen den Länderfinanzausgleich, um das Gesprächsklima zu verbessern. Ich sage Ihnen dazu: Es geht hier um intensive Verhandlungen im Interesse unserer bayerischen Bürgerinnen und Bürger und nicht um ein gutes Gesprächsklima. Glauben Sie wirklich im Ernst, eine vorzeitige Rücknahme der Klage würde unsere Verhandlungsposition stärken?

Das glaubt ja schon Herr Kretschmann nicht mehr, der sich mehr und mehr unserer Position annähert.

(Beifall bei der CSU)

Die Gesamtausgaben 2015 steigen im Regierungsentwurf auf 51,2 Milliarden Euro. Die Steigerung gegenüber 2014 beträgt 3 %. Durch diesen Kostendeckel stellen wir sicher, dass die Staatsausgaben dauerhaft nicht schneller steigen als das Wirtschaftswachstum. Wir halten unsere finanzpolitischen Leitlinien ein und können zugleich in die wichtigen Zukunftsthemen Bildung und Hochschule, digitaler Aufbruch und Bewältigung des demografischen Wandels investieren.

Gute Bildung und Ausbildung entscheiden über die Zukunft unserer Bürgerinnen und Bürger und damit über die Zukunft unseres Landes. Bildung und Ausbildung sind Grundlage für Arbeit, Wohlstand und soziale Sicherheit. Daher ist der Bildungsbereich ein absoluter Schwerpunkt dieses Doppelhaushalts. Die Ausgaben für unsere Schulen und Hochschulen steigen von rund 17,2 Milliarden Euro in 2014 auf rund 17,7 Milliarden Euro in 2015. In 2016 überschreiten wir bereits die 18-Milliarden-Grenze. Das, lieber Herr Kollege Halbleib, sollten Sie sich näher anschauen, dann würden Sie vielleicht das eine oder andere hier anders artikulieren.

Familien sind unsere Zukunft. Wir investieren deshalb schon jetzt mehr als drei Milliarden Euro pro Jahr in familienbezogene Leistungen. Allein für die Förderung der Kinderbetreuung sowie für die Beitragsentlastung der Eltern sind im Jahr 2015 rund 1,67 Milliarden Euro vorgesehen. Mit dem "Familienpakt Bayern" wollen wir gemeinsam mit der bayerischen Wirtschaft die Vereinbarkeit von Familie und beruflichem Erfolg verbessern. Hierfür haben wir beim Krippenausbau in den letzten Jahren unsere Kommunen ganz massiv durch ein Sonderinvestitionsprogramm zusätzlich zu allem, was wir für die Kommunen tun, unterstützt. Ergänzend zum Krippenausbau bauen wir die Ganztagsangebote in der Grundschule aus. Damit wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessert.

Die Digitalisierung führt in ein neues Zeitalter der wirtschaftlichen Wertschöpfung und Technik in allen Lebensbereichen. Bayern steht schon heute an der Spitze der Hochtechnologie und Innovation. Mit unserer Strategie "Bayern Digital" wollen wir Bayern zur Leitregion beim digitalen Aufbruch machen. Kernelemente der Strategie sind der Breitbandausbau, die Förderung der IT-Sicherheit, die Forschung, Technologietransfer und Qualifizierung für die Existenzgründung in der digitalen Wirtschaft. Zur Umsetzung dieser Strategie haben wir im Doppelhaushalt gut 430 Millionen Euro vorgesehen, davon 350 Millionen Euro für den flächendeckenden Breitbandausbau. Die Anträge, die von den Kommunen gestellt werden, zeigen, dass wir auf einem guten und richtigen Weg sind.

Wir stehen zu der Aussage unseres Ministerpräsidenten, Bayern bis 2023 barrierefrei zu machen. Dies ist aber auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu der alle gesellschaftlichen Gruppen ihren Beitrag zu leisten haben.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen als Staat in unserem Aufgabenbereich als Vorbild vorangehen. Wir werden uns in einem ersten Schritt auf die drei Handlungsfelder Mobilität, Bildung und staatliche Gebäude konzentrieren. Für diese drei Handlungsfelder steht in den Jahren 2015/2016 vom Freistaat ein Investitionsvolumen von annähernd 200 Millionen Euro zur Verfügung. Bereits in den Vorjahren haben wir deutlich mehr als 70 Millionen Euro pro Jahr allein in die drei priorisierten Handlungsfelder investiert. Daneben sind seit Jahren Mittel auf hohem Niveau für die Barrierefreiheit in anderen Bereichen wie Wohnungsbau, Tourismus und Städtebauförderung sowie Krankenhausfinanzierung vorgesehen. Allein im Rahmen der Wohnungsbauförderung ein Thema, das wir heute schon hatten – für Neubauten und bestehende Gebäude investieren wir jedes Jahr über 100 Millionen Euro. Ich möchte an dieser Stelle auch unseren Kommunen und der Wirtschaft danken, die die Barrierefreiheit in ihren Verantwortungsbereichen ebenfalls mit hohem Investitionsaufwand vorantreiben. Ich wiederhole es: Nur gemeinsam werden wir dieses Ziel der Barrierefreiheit erreichen können.

Auch ich möchte kurz das Klimaschutzprogramm anreißen, ein wichtiges Thema für uns in Bayern, das wir seit vielen Jahren mit großer Fortune angehen. Das Klimaprogramm "Bayern 2050" basiert auf drei bewährten Säulen: Minderung von Emissionen, regionale Anpassung an die Folgen des Klimawandels und Ausbau der Forschung zur weiteren Verbesserung der Entscheidungsgrundlage. Da rund 80 % der klimaschädlichen Emissionen energiebedingt sind, sind Energieeinsparungen und Energieeffizienz für den Klimaschutz von herausragender Bedeutung. Ich erinnere an unsere Initiativen im vergangenen Nachtragshaushalt, wo wir als Fraktionen Prioritäten gesetzt haben. Wir werden das auch in diesem Haushalt tun.

Im Doppelhaushalt 2015/2016 stehen für die Umsetzung unseres "Klimaschutzprogramms Bayern" 170 Millionen Euro bereit. Damit treiben wir insbesondere die energetische Sanierung staatlicher Gebäude mit 50 Millionen Euro weiter voran. Fast 30 Millionen Euro stehen für Projekte der Energietechnologie zur Verfügung, somit knapp 20 Millionen Euro für Energieprogramme wie das "Zehntausend-Häuser-Programm". Projekte für nachwachsende Rohstoffe fördern wir mit gut 11 Millionen Euro und Maßnahmen zum kommunalen Klimaschutz mit knapp 9 Millionen Euro. Das alles wird zu einem noch lebenswerteren Bayern beitragen, ganz im Sinne der Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit.

Wir tun auch viel für die Unterbringung der Menschen, die bei uns Hilfe und Asyl suchen. Aufgrund der weiterhin stark steigenden Zugangszahlen werden die Ansätze für die Unterbringung der Asylbewerber noch weiter erhöht. Bereits im Nachtragshaushalt 2014 haben wir die Mittel für dieses Jahr um 180,6 Millionen Euro auf 346,2 Millionen Euro für diesen schwierigen Bereich erhöht. Für 2015 ist eine weitere Steigerung um 103,3 Millionen Euro auf 449,5 Millionen Euro vorgesehen. Das ist eine Steigerung um rund 30 %.

Zusammen mit dem Ansatz für 2016 in Höhe von 450,5 Millionen Euro sind damit für die Unterbringung der zu uns kommenden Menschen, die Hilfe suchen, insgesamt rund 900 Millionen Euro im Regierungsentwurf allein im Etat des Sozialministeriums

vorgesehen. Im Bereich des Innenministeriums kommen weitere 22 Millionen Euro hinzu. Das muss uns erst einmal ein Bundesland für diese betroffenen Menschen nachmachen. Wir haben uns hier nichts vorzuwerfen. Ich bin auch sehr dankbar für die klaren Aussagen des Städtetagspräsidenten Maly, der diese Leistungen des Freistaats Bayern ausdrücklich anerkennt.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Tosender Applaus!)

Der Freistaat Bayern bleibt ein verlässlicher Partner seiner Kommunen. Der kommunale Finanzausgleich ist 2014 auf die Rekordsumme von über 8 Milliarden Euro gestiegen. 2008 waren es noch 6,6 Milliarden Euro. Nach über 8 Milliarden Euro im Jahr 2014 wird der kommunale Finanzausgleich 2015 auf Rekordhöhe fortgeführt. Der Regierungsentwurf des kommunalen Finanzausgleichs 2015 sieht gegenüber 2014 einen Anstieg um 248,8 Millionen Euro auf rund 8,29 Milliarden Euro vor. Das entspricht einer Steigerung um 3,1 %. Die reinen Landesleistungen steigen um 300 Millionen Euro auf rund 7,82 Millionen Euro.

Änderungen des kommunalen Finanzausgleichs 2015 können sich noch aus der Umsetzung der Ergebnisse des Kommunalgipfels im Herbst 2014 und der genauen Berechnung des Steuerverbundergebnisses ergeben. Ich bin mir sicher, dass unser Ministerpräsident ein sehr ersprießliches Gespräch mit den kommunalen Spitzenverbänden führt und auch diese Dinge ordnungsgemäß abräumt.

Interessant ist auch ein Blick auf die Finanzentwicklung von Freistaat und Kommunen. Auch das sollte man wissen, wenn man über diese Dinge spricht. So sind die Steuereinnahmen der Kommunen von 2004 bis 2013 um rund 60 % gestiegen, während die Steuereinnahmen des Freistaats nach Länderfinanzausgleich – ein leidiges Thema, das der Finanzminister klar und deutlich hier dargelegt hat – lediglich um rund 41 % gestiegen sind. Die Bedeutung unserer Kommunen spiegelt sich auch in dem starken Anstieg der weiteren Leistungen für Gemeinden und Gemeindezweckverbände wider.

Wir begleiten und unterstützen unsere Kommunen bei der Breitbanderschließung, beim Krippenausbau und der Kinderbetreuung über den kommunalen Finanzausgleich hinaus.

Zusammen mit dem kommunalen Finanzausgleich steigen diese Leistungen von insgesamt rund 12,3 Milliarden Euro im Jahr 2014 auf rund 13 Milliarden Euro im Jahr 2015. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist gelebte Solidarität und tatkräftige Unterstützung unserer Kommunen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Halbleib hat den Personalbereich angesprochen. Das will auch ich tun. Mit dem Regierungsentwurf wird das seit dem Doppelhaushalt 2009/2010 laufende Stellenhebungsprogramm "Neues Dienstrecht" vollständig umgesetzt. Nach der Wiedereinführung der 40-Stunden-Woche für unsere Beamtinnen und Beamten ist dies ein weiteres Zeichen unserer Wertschätzung für diese Menschen, die gute Arbeit für den Freistaat Bayern erbringen.

Des Weiteren sind im Regierungsentwurf 656 neue Stellen für Schwerpunktsetzungen in einzelnen Bereichen vorgesehen, davon 100 Stellen für den Justizvollzugsdienst, 100 Stellen für den Hochschulbereich zur Bewältigung des demografischen Wandels und 50 Stellen für die Unterbringungsverwaltung wegen der erhöhten Zugangszahlen sowie weitere 1.134 Anwärter- und Azubistellen für die innere Sicherheit, für Justiz und die Finanzverwaltung.

Die Beratungen des Doppelhaushalts 2015/2016 im Haushaltsausschuss beginnen am 21. Oktober. Wir haben nur eine kurze Zeitspanne, bevor wir im Dezember den Haushalt beschließen. Es wird für uns alle, liebe Kolleginnen und Kollegen, eine große Herausforderung werden. Ich freue mich auf unsere immer lebhaften Debatten. Wir sind gespannt, ob wir den gleichen Rhythmus der Forderungen und der Gegenargumente fortsetzen oder ob Mehrforderungen mit geeigneten Gegenfinanzierungsvor-

schlagen einhergehen. Ich finde, das wäre eine konstruktive Arbeit im Haushaltsausschuss.

Mit dem Doppelhaushalt 2015/2016 führen wir unsere grundsolide Haushaltspolitik fort. Wir tragen alle Ausgaben aus eigenen Mitteln, anders als viele andere Länder, die von unseren Zahlungen in den Länderfinanzausgleich profitieren und trotzdem noch neue Schulden machen. Der Haushalt ohne neue Schulden und der Schuldenabbau sind unsere Markenzeichen. Hinzu kommt eine Investitionsquote von 12 %. Auch hier muss mir erst einmal jemand aufzeigen, in welchem anderen Bundesland dergleichen erreicht wird. Das ist solide Finanzpolitik im besten Sinne des Wortes für die bayerischen Bürgerinnen und Bürger. Ich freue mich nun auf die Beratungen im Haushaltsausschuss und danke für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Winter. Wir haben noch eine Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Halbleib. Bitte sehr.

Volkmar Halbleib (SPD): Lieber Herr Kollege Peter Winter, ich glaube, das machen wir auch: lebendige Debatten führen. Und wir sind auch fleißig. Deshalb haben wir das heute schon einmal im Plenum demonstriert.

Ich habe drei Fragen und vorher eine Anmerkung. Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses müsste wissen, dass der stellvertretende Vorsitzende zumindest für seine Fraktion immer nur Änderungsvorschläge vorlegt, die auch gedeckt sind, wo also Finanzierungsvorschläge vorliegen. Das werden wir auch so beibehalten. Am Ende der Haushaltsberatungen werden wir das im Schlussplenum noch einmal besprechen können.

Ich habe drei Fragen an den versierten Haushaltspolitiker. In Bezug auf die Pensionsfonds und Pensionsrücklagen, wenn wir uns zumindest darauf verständigen, hat der Landtag in seiner vorvergangenen Periode zum Schluss, im Jahr 2008, ein System

beschlossen, um die Zukunftsherausforderungen bei der Pensionsvorsorge anzugehen. Pensionsfonds und Pensionsrücklagen: Dieses System, das hier im Landtag partiübergreifend beschlossen wurde, wurde, beginnend im Jahr 2010, zerschlagen. Nach diesem 2008 beschlossenen System, das vernünftig war, müsste Vorsorge in Bezug auf die Herausforderungen betrieben werden, die auf diesem Gebiet auf uns zukommen.

Diesem System müssten nach konservativer Rechnung, die das Finanzministerium vielleicht eher nach oben ergänzen könnte, bis 2017 2,7 Milliarden Euro zugeführt werden, die nach Ihrem neuen Modell seit 2010 nicht mehr zugeführt werden. Das ist ein erheblicher Milliardenbetrag. Das frühere System wird so nicht mehr umsetzbar. Das sollten Sie zumindest zur Kenntnis nehmen und gegebenenfalls bestätigen. Das ist ein Problem. Lasten werden in die Zukunft verschoben.

Zweitens möchte ich Sie fragen, was Sie zum Schreiben des Herrn Innenministers Herrmann sagen. Sie sind Berichterstatter zum Einzelplan 03 A

(Peter Winter (CSU): War ich!)

gewesen, mit Erfolg und mit manchen Erfolgen, die wir gemeinsam parlamentarisch erzielt haben. Wenn der Herr Innenminister sagt, er kann notwendige Projekte im Umfang von 100 Millionen nicht rechtzeitig auf die Reihe bringen, er kann für Projekte im Umfang von 90 Millionen keinen Planungsauftrag erteilen und er hat darüber hinaus bei Baumaßnahmen im Umfang von 500 Millionen einen erheblichen Investitionsstau, dann müsste das doch auch einem Finanzpolitiker wie Ihnen als früherem Berichterstatter zum Einzelplan 03 A zu denken geben.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, Sie wissen schon, dass Sie zwei Minuten Zeit für eine Zwischenbemerkung haben?

Volkmar Halbleib (SPD): Hat der Herr Innenminister mit seinen Hinweisen recht? Ist es richtig, dass Bayern bei der Wohnungsbauförderung pro Jahr Ausgabemittel in Höhe von 30 Millionen Euro kürzt?

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Bitte schön, Herr Kollege Winter.

Peter Winter (CSU): Lieber Herr Kollege Halbleib, ich kann mich nicht erinnern, dass die SPD bei den Beratungen im Haushaltsausschuss zu jeder ihrer Milliardenforderungen einen Deckungsvorschlag gemacht hat. Ich gebe zu, dass das bei den GRÜNEN etwas anders war, wobei deren Deckungsvorschläge manchmal unsinnig sind. Aber sie versuchen es wenigstens.

(Zurufe von den GRÜNEN – Heiterkeit bei der CSU)

Die Debatte zum Pensionsfonds führen wir jedes Jahr. Sie wissen selber - und ich glaube, ich brauche meine Ausführungen nicht zu ergänzen -, dass wir im Rahmen unserer Haushaltsmöglichkeiten weiterhin Mittel in den Pensionsfonds einbringen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Aber der Rest ist weg! 2,7 Milliarden!)

Wir halten es für wenig sinnvoll, Geld aufzunehmen, um den Pensionsfonds zu stärken. Wir führen lieber Schulden zurück, um neue Handlungsspielräume zu gewinnen und diese dann für den Pensionsfonds zu nutzen. Ich glaube, darüber haben wir schon viele Male debattiert.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Trotzdem! Das System ist zerstört worden!)

Das trennt uns, das gebe ich zu. Aber ich glaube, wir sind auf dem richtigen Weg. Ich habe gesagt, wir haben in den letzten Jahren bereits über 3 Milliarden Euro getilgt. Wir bekommen Handlungsspielräume. Damit werden wir dieses Problem angehen, das wir nicht vernachlässigen. Wir führen jedes Jahr 100 Millionen Euro zu. Ich habe hier aus-

geführt, dass wir dieses Jahr den Pensionsfonds auf über 2 Milliarden Euro anheben. Herr Kollege Halbleib, natürlich sagt der Herr Innenminister, ich hätte gerne das und das noch gemacht, und wir wissen, dass jeder irgendetwas in der Schublade hat. Beim einen heißt es Hösbach, beim anderen Ochsenfurt. Da gibt es immer Wünsche.

(Volkmar Halbleib (SPD): Notwendigkeiten, nicht Wünsche, Herr Kollege!)

Ich muss nochmals darauf hinweisen, dass wir in Bayern mit 12 % die höchste Investitionsquote haben und uns intensiv um unsere Baumaßnahmen im Freistaat kümmern. Wir sorgen dafür, dass bei jedem Neubau nicht nur die Energiewende, sondern auch die Barrierefreiheit berücksichtigt wird. Wir werden uns auch darum kümmern, dass nach und nach diese Dinge, die sicherlich wünschenswert wären, geregelt werden. Ich glaube, das kann man diesem Haushalt auch entnehmen.

Ich sage es noch einmal: Wir wollen neue Handlungsspielräume schaffen, indem wir Schulden abbauen, indem wir aus Gründen der Generationengerechtigkeit für unsere junge Generation einen schuldenfreien Haushalt aufstellen. Deshalb müssen wir uns nach der Decke strecken. Das tun wir auch. Wir tun es mit Erfolg und werden alles daran setzen, diesen erfolgreichen Weg fortzuführen. Ich habe auch in meiner Haushaltsrede gesagt, dass es noch manches Wünschenswerte gibt. Aber man muss Prioritäten setzen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, die zwei Minuten gelten auch für Sie.

Peter Winter (CSU): Danke, Herr Präsident.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank. – Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Pohl für die FREIEN WÄHLER. Bitte sehr.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Sehr geehrter Herr Staatsminister Söder, Sie haben viele Vergleiche mit Nordrhein-Westfalen angestellt. Wenn ich jetzt einen Vergleich aus dem Bereich des Fußballs bringe, dann ist es vielleicht gegenüber einem Nürnberger nicht gerade fair, ihn ausgerechnet mit dem Fußball zu strapazieren. Aber nachdem Sie sich ja, wie den Medien zu entnehmen war, gerade in Oberbayern lieb Kind machen, sage ich es: Der FC Bayern vergleicht sich doch auch nicht mit Köln und Paderborn. Also ersparen Sie uns bitte die Vergleiche mit Nordrhein-Westfalen. Herr Staatsminister Söder, Sie sehen: Der Herr Ministerpräsident stimmt mir zu. Herr Staatsminister Söder, das sollte Ihnen zu denken geben.

(Heiterkeit beim Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) – Peter Winter (CSU): Ihnen vielleicht auch, Herr Kollege!)

Herr Staatsminister Söder, Sie haben gesagt, Bayern kann in den nächsten zwei Jahren ruhig schlafen, weil die Finanzen in Ordnung sind. Ich sage Ihnen: Die Analyse stimmt, die Schlussfolgerung ist kreuzfalsch. Es stimmt: Die Finanzen des Freistaats Bayern befinden sich in einer guten Lage.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Es wäre falsch, dies schlechtzureden. Natürlich könnten sie sich in einer noch besseren Lage befinden, wenn das Landesbankdesaster der Jahre 2005 bis 2008 Ihnen nicht in die Quere gekommen wäre. Heute haben wir mit der endgültigen Abwicklung der MKB-Beteiligung 215 Millionen Euro per Saldo abschreiben müssen. Natürlich wäre das Ergebnis noch besser, wenn das nicht passiert wäre.

Dennoch kann und darf man sagen: Die finanzielle Situation des Freistaats ist gut. Wir haben seit 2008 Einnahmensteigerungen von 25 % erzielt. Das ist eine beachtliche Zahl. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade weil wir diese Einnahmensteigerungen erzielt haben, muss ich schon einmal fragen, warum nicht von Bayern aus ein kräftiges Signal nach Berlin kommt, die ständigen Steuererhöhungen in Form der kal-

ten Progression zu stoppen. Es ist nicht einzusehen, dass wir diejenigen, die für diese Rekordsteuereinnahmen Verantwortung tragen, ständig mit Steuererhöhungen bestrafen. Stellen Sie sich vor, Sie leiten ein Unternehmen. Das Unternehmen erwirtschaftet einen Rekordumsatz und einen Rekordgewinn nach dem anderen; der Chef beraumt eine Betriebsversammlung an und sagt: Leider kann ich euch keine Gratifikation geben, leider gibt es keinen Zusatzbonus; im Gegenteil: Ich muss euch noch etwas wegnehmen, weil zufälligerweise gerade meine vier Kinder studieren. Das kostet viel Geld; das Geld brauche ich für mich selber. – So würde kein Unternehmer handeln. Der Staat tut es, und das ist ungerecht, das ist leistungsfeindlich. Hier müssen wir gegensteuern.

Die FREIEN WÄHLER setzen ein Ziel. Das Ziel heißt nicht, Herr Staatsminister Söder, zwei Jahre lang zu schlafen und in die Zukunft hineinzuträumen, sondern das Ziel heißt: Förderung und Stärkung der Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der Menschen, der Unternehmen und der Regionen in Bayern, damit wir auch in Zukunft noch sagen können: Es geht uns finanziell gut; wir haben Spielräume zum Gestalten.

Ein Punkt ist ein gerechtes Steuersystem, der Abbau der kalten Progression, der Stopp der kalten Progression in der Zukunft. Herr Staatsminister, Sie haben öffentlichkeitswirksam einen Vorschlag gemacht. Ich frage mich nur, warum Sie unseren gleichlautenden Anträgen hier in diesem Hause nicht zustimmen. Meine Damen und Herren, es ist elementar wichtig, denjenigen, die für unsere Einnahmen Verantwortung tragen, den Steuerzahlern, gegenüber fair zu sein, ein Steuersystem zu haben, das Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit fördert. Natürlich können wir das nicht hier im Bayerischen Landtag beschließen. Dies ist ein Auftrag an die Bayerische Staatsregierung, im Bund das zu tun, was sie politisch seit vielen Jahren verspricht. Früher konnte sie sich immer hinter der SPD verstecken, weil die SPD gesagt hat: Nein, unsere Priorität liegt auf den Ausgaben; wir wollen nichts zurückgeben; wir wollen nicht. Aber jetzt ist die Situation eine andere. Jetzt könnten Sie, jetzt regieren Sie gemeinsam. Deswe-

gen appelliere ich an CSU und SPD: Machen Sie Ihren Einfluss in Berlin geltend, damit diese Ungerechtigkeit, diese Leistungsfeindlichkeit im Steuerrecht beseitigt wird!

Meine Damen und Herren, die Leistungsfähigkeit zu stärken, heißt auf der Ebene der Regionen, den Kommunen dauerhaft einen auskömmlichen Anteil am Steuerverbund zu geben. Wir fordern – das tun wir, seit wir im Bayerischen Landtag sind - 15 % von der Verbundmasse für die Kommunen,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

und zwar dauerhaft und verlässlich! Denn dann haben die Kommunen Planungssicherheit, und sie können die Schuldenbremse einhalten. 15 %, unabhängig davon, ob wir steuerstarke oder steuerschwächere Zeiten haben. Wir dürfen nicht an den Kommunen sparen, sondern müssen dafür Sorge tragen, dass sie ihre Aufgaben wahrnehmen können. Denn die Kommunen setzen die Ideen vor Ort für die Menschen um, die im Bundestag und im Landtag geboren werden. Das heißt, Geld, das wir den Kommunen geben, ist Geld für die Menschen, Geld für bessere Kindertagesstätten, Kindergärten, Schulbauten, für bessere Verkehrsinfrastruktur vor Ort, für die Förderung von Vereinen und des Ehrenamts, für die Förderung des Zusammenlebens der Menschen, für die Förderung regionaler Wirtschaftsstrukturen und für vieles mehr.

Wir FREIE WÄHLER haben in diesem Bereich schon einiges erreicht. Als wir in den Landtag kamen, sah es für die Städte und Gemeinden weitaus schlechter aus. Wir haben hier mit Sicherheit schon ein Etappenziel geschafft. Aber wir sind noch lange nicht am Ziel, das lautet: 15 % von der allgemeinen Verbundmasse.

Lieber Herr Staatsminister Söder, ich komme noch einmal auf Ihre Einnahmen und auf Ihre Rede zum Länderfinanzausgleich zurück. Denn Sie werden mich natürlich auch nach einer Gegenfinanzierung fragen. Sie haben angesprochen, dass der Länderfinanzausgleich ungerecht ist. Ich habe Ihnen das letzte Mal gesagt, dass Sie mir vor kommen wie Cato der Ältere, der im römischen Senat immer wieder gesagt hat: "Ceterum censeo Carthaginem esse delendam." Sie haben mir damals schlagfertig

geantwortet: Und Cato hat sein Ziel erreicht. Karthago wurde zerstört. Nur haben wir jetzt Ende 2014. Im Jahre 2019 läuft der Länderfinanzausgleich aus. Ich denke, Sie könnten langsam liefern.

Eigentlich müssten wir Ihnen in den Haushalt hineinschreiben: 2 Milliarden weniger Länderfinanzausgleich. Denn das wäre die Antwort auf Ihre vollmundigen Versprechungen, denen bislang noch keine Taten gefolgt sind. - Herr Staatsminister, wir haben Sie bei Ihrer Klage unterstützt. Wir halten die Doppelstrategie des Klagens und Verhandelns für richtig. Wenn man aber schon die richtige Strategie hat, muss man auch den Punkt setzen und zu einer Einigung kommen.

Ich möchte Ihnen nicht die Messlatte auf den Weg geben, die der Herr Ministerpräsident seinem Vorgänger bei der Landtagswahl im Jahr 2008 aufgelegt hat: 50 % plus x. Es wäre natürlich schön, würde der Länderfinanzausgleich um 50 % plus x zurückgehen. Ich würde aber sagen, 20 % plus x bis zum Jahr 2019 – das wäre schon einmal eine erste Maßnahme. Das wären gut eine Milliarde Euro, nämlich von fünf Milliarden 20 % weniger. Könnten wir diese Milliarde Euro dann an die Kommunen weitergeben, dann hätten wir für Bayern gute Politik gemacht. Herr Staatsminister, der Ball liegt in Ihrem Spielfeld. Es liegt nun an Ihnen, das zu tun, was Sie angekündigt haben, nämlich mit Ihren Kollegen in den Ländern und im Bund den Länderfinanzausgleich, den Ministerpräsident Stoiber damals unglückseligerweise für Bayern verhandelt hat, auf die Reihe zu bringen.

Leistungsfähigkeit für die Regionen heißt auch, dass wir Fördersysteme umstellen müssen und dem Umstand Rechnung zu tragen haben, dass wir in der Bayerischen Verfassung, maßgeblich auf Druck der FREIEN WÄHLER, die gleichwertigen Lebensverhältnisse als Staatsziel verankert haben. Wir wollen Chancengleichheit für die Regionen, keine Gleichmacherei. Chancengleichheit heißt zum Beispiel: ein neuer, fairer kommunaler Finanzausgleich. Auch dieser ist seit Monaten angekündigt. Wir wollen, dass hier endlich auch dem Umstand Rechnung getragen wird, dass strukturschwache Regionen Probleme haben, ihre Aufgaben zu bewältigen und zukunftsfähig zu

werden. Wir wollen, dass der demografische Wandel stärker berücksichtigt wird, dass die Grenzlandproblematik und schließlich auch das Problem der Konversion aufgrund der Entscheidung des Verteidigungsministeriums, etliche Bundeswehrstandorte in Bayern zu schließen, gelöst werden. All diese Aspekte müssen wir zu einem neuen kommunalen Finanzausgleich zusammenfassen, der die Regionen stärkt und damit den Anforderungen, die die bayerische Verfassung stellt, gerecht wird.

Die Leistungsfähigkeit der Menschen zu stärken bedeutet, in Bildung zu investieren. Das war und ist ein zentrales Anliegen unserer Fraktion. Anzufangen ist dabei bei der frühkindlichen Bildung – hier haben wir schon das eine oder andere erreicht -, und es geht bis hin zur Schule, in der wir die individuelle Förderung wesentlich stärker als bisher in den Mittelpunkt stellen müssen. Ich erwähne durchaus lobend, dass hier in den letzten Jahren einiges passiert ist. Trotzdem brauchen wir nach wie vor mehr Lehrerstellen.

Wir brauchen aber auch individuelle Förderung durch Verbesserung der Strukturen. Wir freuen uns sehr, dass die CSU nun den Wunsch unserer Fraktion nach einem Gymnasium der zwei Geschwindigkeiten, G 8 und G 9, aufgreift. Ich respektiere das und künde an, dass wir auf dieser Basis zu einer guten Lösung kommen können. Ich betone: kommen können; denn die Struktur ist das eine, die Befüllung dieser Struktur mit Inhalten das andere. Dazu wird in den Fachausschüssen noch eine ganze Menge Arbeit vor uns liegen. Aber ich bin sicher, dass wir hier zu einer guten Lösung kommen können, wenn die CSU zur Zusammenarbeit bereit ist.

Mit der Schule hängt natürlich auch das Thema Hochschule zusammen. In der letzten Legislaturperiode haben wir den Wegfall der Studiengebühren erreicht, um Barrieren für Menschen, die die Befähigung haben zu studieren, aber an finanziellen Hürden bislang gescheitert sind, zu beseitigen.

In der Hochschulpolitik liegt die Aufgabe vor uns, noch stärker in die Regionen zu investieren. Herr Staatsminister Söder, übrigens finde ich es bemerkenswert, dass Sie

den Kollegen Jörg als Hochschulpolitiker ansprechen. Ich will Ihnen nur mitteilen: Vorsitzender des Hochschulausschusses ist der Kollege Professor Piazzolo, und der zuständige Ressortminister ist Herr Spaenle, der momentan nicht da ist. Aber Sie müssen in Ihren Reihen ausmachen, wer für Hochschulpolitik steht.

Wir stehen jedenfalls für Inhalte in der Hochschulpolitik, das habe ich angesprochen. Die Regionalität von Forschung und Hochschule ist ebenfalls ein wichtiger Baustein des Umbaus unserer Staates und unserer Gesellschaft: weg von einer Metropolgesellschaft hin zu einem Freistaat Bayern der Regionen.

Leistungsfähigkeit in der Bildung schließt auch die duale Berufsausbildung ein. Wir haben mit einer Meisterprämie einen Ansatz verfolgt und einen Anreiz geschaffen, um auch auf diesem Gebiet Zeichen zu setzen; denn wir brauchen nicht nur Akademiker, wir brauchen gerade auch Facharbeiter und Werk tätige. Nicht nur die Professoren und Doktoren sorgen für die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft.

Leistungsfähigkeit bedeutet auch die Stärkung der Wirtschaft und der mittelständischen Unternehmen. Ich habe hier drei Punkte in den Mittelpunkt zu stellen: Bildung, Steuern und Infrastruktur. – Was das Thema Steuern angeht, habe ich die kalte Progression bereits angesprochen. Auch das Thema Erbschaftsteuer gehört hierher. Wenn die bisherige Regelung der Unternehmensbesteuerung bei der Erbschaftsteuer demnächst vom Bundesverfassungsgericht gekippt wird, brauchen wir darauf Antworten. Unsere Antwort hinsichtlich der Erbschaftsteuer heißt: Abschaffung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Aber auch das, meine Damen und Herren, ist ein bundespolitisches Thema, weswegen ich darauf nicht vertieft eingehe.

Beim Thema Infrastruktur haben wir FREIEN WÄHLER seit unserem Einzug in den Bayerischen Landtag 2008 gefordert, dass die Breitbandversorgung bayernweit bis in die kleinen Gemeinden Aufgabe des Staates ist. Darin besteht eine Aufgabe der

Grundversorgung. Jetzt ist diese Botschaft angekommen. Man muss sagen: Hier stimmt der Haushaltsansatz endlich mit unseren Vorstellungen überein, nachdem wir uns jahrelang ergebnislos die Finger wundgeschrieben haben. Jetzt verfügen wir über die Beträge, die wir brauchen, und wenn das Wirtschaftsministerium hier seine Hausaufgaben macht, sind wir optimistisch, dass wir beim Breitbandausbau zu dem Ziel gelangen, das wir erreichen müssen, auch wenn bis dahin noch ein steiniger Weg vor uns liegen wird.

Beim Thema Verkehrsinfrastruktur findet, wie ich sagen muss, ein Trauerspiel statt. Dazu beginne ich hier in diesem Hause mit der Situation im Bund. Seit fast einem Jahr diskutieren wir ständig über die Maut. Ich möchte mich gar nicht dazu äußern, ob diese Diskussion sinnvoll oder weniger sinnvoll ist. Wir haben doch wirklich wichtigere Aufgaben zu bewältigen. Die Neuauflage unseres Investitionsprogramms für Bundesfernstraßen wird jetzt verschoben, anstatt dass man das Projekt angeht und vor allen Dingen für die Finanzmittel sorgt, die notwendig sind, um diese Investitionen abzuarbeiten.

Bei der A 3 ist nicht nur zwischen Regensburg und Passau noch viel zu tun; nein, auch zwischen Würzburg und Aschaffenburg ist das der Fall. Der Umgang mit der A 3 gestaltet sich als ein Trauerspiel. Aber es geht nicht nur um die A 3; werfen Sie einen Blick auf die A 8 von Salzburg bis Rosenheim und von Augsburg bis Ulm. Natürlich passiert hier etwas, aber es dauert sehr lange. Auf die B 12 komme ich erst gar nicht zu sprechen. Probleme gibt es sowohl bei uns im Allgäu als auch auf der A 94, Stichwort Isental-Autobahn. Ich könnte die Liste noch verlängern. Bayern ist der größte Flächenstaat in Deutschland und deswegen ganz maßgeblich auf eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Hier geschieht viel zu wenig, obwohl auf Peter Ramsauer erneut ein CSU-Verkehrsminister in Berlin gefolgt ist.

Aber wir müssen nicht nur auf Berlin mit dem Finger zeigen; wir handeln hier nicht viel besser. In welchem Zustand befinden sich unsere Staatsstraßen, meine Damen und Herren? Auch hier kann ich für meine Fraktion reklamieren: Das ständige Bohren hat

immerhin dazu geführt, dass die Mittel für den Staatsstraßenbau erhöht wurden. Dennoch reichen sie nicht aus, um die Staatsstraßen in einen akzeptablen Zustand zu versetzen und die notwendigen Ausbau- und Neubaumaßnahmen zügig voranzubringen. Hier stehen wir vor einem Investitionsstau, der unserer Wirtschaft schadet. Wenn wir diesen Investitionsstau beseitigen, läuft unsere Wirtschaft noch besser.

Auch Konzepte zur Schiene und zuletzt zum Luftverkehr täten bitter not. Wir reden von einer dritten Startbahn, die nun wirklich kein Mensch mehr will und auch kein Mensch mehr braucht. Wir brauchen jedoch ein vernünftiges Luftverkehrskonzept unter Einbeziehung des Flughafens Nürnberg und des Regionalflughafens Memmingen. Wir haben Bedarf, und wir müssen zügig planen, konzipieren und umsetzen. Meine Damen und Herren, das sind wir der Wirtschaft in unserem Freistaat Bayern schuldig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Durch gerechte und gezielte Sozialpolitik für Bedürftige soll die Leistungsfähigkeit der Menschen gestärkt werden. Wir diskutieren ständig über die Schere - Sie kennen das -, die so weit auseinandergeht. Ich sage Ihnen: Wenn die Scheren-Diskussion nur dazu führt, dass man darüber nachdenkt, Reiche stärker zur Kasse zu bitten, haben wir den Sinn von Sozialpolitik nicht verstanden. Der untere Teil der Schere ist interessant. Die Bedürftigen müssen uns zum Nachdenken und zum Handeln bringen.

Ein wesentlicher Punkt und eine zentrale Aufgabe, die unsere Fraktion im Freistaat Bayern verwirklicht haben möchte, ist das von der Staatsregierung vollmundig angekündigte Programm "Bayern barrierefrei 2023". Mit unseren Möglichkeiten und Mitteln werden wir dafür sorgen, dass dies nicht nur ein schöner Programmsatz und ein schöner Titel bleibt, den man werbewirksam vor sich herträgt. Das Programm muss mit Leben und Finanzmitteln gefüllt werden; denn dort besteht für uns an allererster Stelle Handlungsbedarf. Wir wollen dass dieses Konzept "Bayern barrierefrei 2023" mit Geld, mit einem Konzept und mit einem dazugehörigen Zeitplan hinterlegt wird, der anders als bei der Verkehrsinfrastruktur auch tatsächlich eingehalten wird. Das, was wir im

Bundesverkehrswegeplan stehen haben, erinnert langsam an die Fünf-Jahres-Pläne der Sowjetunion. Das ist eines Staates wie der Bundesrepublik Deutschland nicht würdig.

Meine Damen und Herren, auch beim Programm "Bayern barrierefrei 2023" werden und müssen wir dafür sorgen, dass die Modellkommunen gleichmäßig im Land verteilt sind. Wir wollen, dass in die ländlichen Räume gleichberechtigt mit den Mittelstädten und den Metropolen investiert wird. Wir brauchen eine gleichberechtigte Förderkulisse. Wir brauchen nicht Menschen erster und zweiter Klasse. Wir wollen Barrierefreiheit in ganz Bayern durchsetzen.

Leistungsfähigkeit für Menschen und Wirtschaft bedeutet auch Investitionen in Polizei und Justiz. Innere Sicherheit und ein funktionierendes Rechtssystem sind Voraussetzungen dafür, dass sich die Menschen sicher fühlen, dass sich die Menschen wohlfühlen und gerne hier leben. Die Unternehmen können sicher sein, mit derartigen Problemen nicht überfrachtet zu werden, sondern in einem vernünftigen Rechtsrahmen Rechtshilfe zu erhalten, wenn sie diese brauchen. Im Rahmen von TTIP diskutieren wir derzeit über das Investitionsschutzabkommen. Wir rühmen in diesem Zusammenhang immer unsere europäische und amerikanische Justiz. Wir sagen: Nein, wir brauchen keine Schiedsgerichte. Wir wollen ordentliche Gerichte. Ich sage: Wir haben in Bayern eine sehr gut funktionierende Gerichtsbarkeit. Dennoch können und müssen wir die Gerichtsbarkeit in Bayern optimieren, weil einige Bereiche an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit stoßen.

Leistungsfähigkeit der Regionen heißt auch, dass wir Staatsbedienstete gezielt dort stärker einsetzen müssen, wo sie gebraucht werden. Vorhin habe ich von der inneren Sicherheit gesprochen. Nach wie vor ist es ein Unding, dass kleine Polizeiinspektionen nachts mit einem Mann auf der Wache und einer Streife besetzt sind. Das geht nicht. Das hat weder etwas mit innerer Sicherheit noch mit Fürsorge gegenüber den Beamten zu tun. An dieser Stelle müssen wir etwas tun. Dort müssen wir das Personal verstärken.

Das fordern wir nicht, ohne einen Gegenvorschlag zu unterbreiten: Wenn wir stärker in die Regionen gehen, heißt das auch, dass wir in der Zentrale einsparen müssen. Deshalb fordern wir, dass alle Ministerien ihre Personalhaushalte für die Jahre 2015 und 2016 auf dem Niveau von 2014 einfrieren. Die Verhinderung von Mehrausgaben im Bereich des Personals bedeutet konkreten Personalabbau in den Ministerien und Personalaufbau in den Regionen. Die Haushalte steigen in den nächsten zwei Jahren wieder um 10 %, teilweise noch mehr. Wir sagen: Das muss nicht sein. Wenn sich die Ministerien auf ihre Kernaufgaben in der Verwaltung konzentrieren, die politische Spitze des Hauses etwas weniger unterstützen, etwas weniger Marketing betreiben und weniger in den Landtagsfraktionen zugange sind, sondern ihre Arbeit im Haus machen, dann wäre das kein Schaden für den Freistaat. Wir würden dort etwas einsparen und könnten das Geld gezielt dort, wo wir es brauchen, für Personal einsetzen.

Meine Damen und Herren, Gleiches gilt im Übrigen nicht nur für das Personal, sondern auch für die Sachkosten und die Werbung. Wir werden Ihnen nicht vorschreiben, wie viele Amtschefs Sie beschäftigen. Das haben wir im Nachtragshaushalt getan – leider ohne Erfolg. Es ging darum, im Staatsministerium für Wirtschaft einen zweiten Amtschef zu installieren. Herr Söder kommt mit einem Amtschef aus. Ich weiß nicht, ob Ihr Ministerium effektiver arbeitet als das von Frau Aigner. Ich weiß es nicht. Das können Sie entscheiden. Sie können auch fünf Amtschefs beschäftigen. Dann müssen Sie auf anderen Ebenen einsparen. In Summe kann der Betrag, den Sie für Personal ausgeben, nicht höher oder niedriger werden. Sie müssen sich jetzt zwei Jahre bescheiden. Ich glaube, das Signal ist wichtig. Sie werden sehen, dass das Ministerium genauso effektiv wie vorher arbeitet – vielleicht mit etwas weniger Brimborium, etwas weniger Werbung und etwas weniger Show.

Die FREIEN WÄHLER setzen Schwerpunkte für den Doppelhaushalt 2015/2016. Ich fasse unsere Schwerpunkte zusammen: Leistungsfähigkeit stärken. Leistungsbereitschaft in den Regionen, der Menschen in den Regionen und in den Metropolen sowie der Wirtschaft und des Mittelstands fördern. Das steht in der Bayerischen Verfassung.

Wenn wir das tun, wenn wir auf diesem Weg weitergehen, sind wir davon überzeugt, dass wir Bayern nicht nur leistungs- und finanzstark erhalten, sondern sogar noch besser machen.

Sehr geehrter Herr Staatsminister, wenn Sie im Laufe des nächsten Frühjahrs mit der frohen Botschaft kommen, dass der Länderfinanzausgleich ab dem Jahr 2014 den Freistaat rückwirkend um 2 Milliarden Euro weniger belastet, dann können Sie des Dankes und des Lobes unserer Fraktion gewiss sein.

Meine Damen und Herren, ich freue mich auf spannende und intensive Einzelberatungen zum Haushalt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Pohl. Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Claudia Stamm. Bitte schön.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Sehr verehrter Herr Finanzminister, für einen Oppositionspolitiker in Nordrhein-Westfalen haben Sie vorhin eine relativ griffige Rede gehalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei bayerischen Themen sind Sie auf dem Niveau von Schlagworten geblieben. Sie haben mit Haushaltszahlen von NRW gegen die dortige Regierung geätzt. Ist Bayern so schlecht, dass Sie andauernd mit dem Thema NRW ablenken müssen?

(Michael Hofmann (CSU): Ist es Ihnen peinlich?)

In der Ersten Lesung des Bayerischen Staatshaushalts rede ich über den bayerischen Haushalt. Was zeichnet diesen Haushalt aus?

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Nichts!)

Es ist der erste Haushalt, bei dem in absehbarer Zeit keine Wahlen anstehen. Blicken wir noch einmal zurück: Seit Horst Seehofer Ministerpräsident ist, ist der Haushalt um 31 % gestiegen. 31 % sind eine Ausgabensteigerung, die wir auf Dauer nicht durchhalten können. In diesem Haushalt wird diese Steigerung nicht nachvollzogen, das stimmt. Es sind keine 9 % mehr, sondern nur noch, in Anführungszeichen, 3 %. Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen von der CSU, da Sie nicht auf uns GRÜNEN hören, möchte ich es anders ausdrücken: Ich hatte vor Kurzem einen Termin mit einem Private-Equity-Manager aus der Schweiz, der ganz kurz und knapp meinte, dass gerade auch die konservativen Regierungen viel zu wenig auf die Ausgaben achten. Die Diskussion geht um die Einnahmen. Aber wichtig wäre es, die Ausgaben unter die Lupe zu nehmen und dabei konkret nachzufragen, ob eine Ausgabe wirklich gebraucht wird. Ist das, was mit diesem Geld finanziert werden soll, tatsächlich eine staatliche Aufgabe?

Das habe ich in jeder Lesung eines Haushaltsgesetzes gesagt. Aber vielleicht helfen die Worte eines Private-Equity-Managers mehr. Sie haben sich bei diesem Haushalt, welcher der erste ist, bei dem in nächster Zeit keine Wahlen anstehen, mit den Ausgaben zurückgehalten. Eine Steigerung um 3 % ist aber auch nur zu machen, wenn die Steuern weiter sprudeln, oder anders ausgedrückt, wenn Geld reinkommt. Geld auszugeben, wenn Geld reinkommt, ist keine Kunst. Jeder kann Geld ausgeben, wenn Geld reinkommt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Gegend herumgehen und sich Beliebtheit erkaufen, das ist das, was Sie tun. Was wird wiederum mit diesem Doppelhaushalt 2015/2016 passieren? – Es wird wieder keine Prioritäten geben. Es gibt keine Ausgabenkritik. Und es gibt keine Aufgabenkritik beim Personal.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieser Haushalt hat so wenig Prioritätensetzung, dass er nicht einmal annähernd die von Ministerpräsident Seehofer ausgerufenen Regierungsziele umsetzt. Am Anfang der Legislaturperiode – wir erinnern uns – hat er hier eine Regierungserklärung abgegeben. Dieser Haushalt unterfüttert seine Versprechen nicht annähernd mit Geld. Ein öffentlicher Haushalt sollte drei wichtige Kriterien erfüllen: Er sollte transparent, ehrlich und sparsam sein.

Wir GRÜNE haben diesen Haushalt auf diese Kriterien und im Hinblick auf die Umsetzung der Regierungsziele abgeklopft. Ehrlichkeit – Fragezeichen. Bei dem von Herrn Ministerpräsident Seehofer groß angekündigten Ziel Barrierefreiheit 2023 ist es alles andere als ehrlich, hier von 200 Millionen Euro zu sprechen. Herr Finanzminister Dr. Söder, vielleicht hören Sie mir einmal kurz zu; Sie haben diese Zahl vorhin so stolz verkündet. In Wahrheit sind es 25 Millionen Euro pro Jahr, die die Staatsregierung zusätzlich in die Inklusion steckt, keinen Cent mehr. Damit kommen wir nicht weiter, wenn wir das gemeinsame Ziel erreichen wollen, Bayern barrierefrei zu machen. Übrigens ist dieses Ziel seit fünf Jahren geltendes Bundesrecht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Es kann nicht darum gehen, ob Herr Markus Söder als Finanzminister hier und da einmal ein bisschen Geld gewährt. Wir haben der Presse entnommen, wie Verhandlungen über die Barrierefreiheit 2023 im Kabinett verlaufen sind. Zuallererst brauchen wir eine Bestandsaufnahme. Wir brauchen Transparenz. Wir müssen wissen, was ist barrierefrei, was ist es bedingt und was ist es eben nicht. Um dieses Thema Inklusion einigermaßen ernsthaft voranzutreiben, brauchen wir eine Analyse und danach schlicht Geld, reelles Geld, und nicht schöne Zahlen, die hier verkündet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zwischen den 50 Millionen Euro im Doppelhaushalt und den eben verkündeten 200 Millionen Euro herrscht eine große Diskrepanz. Bei uns GRÜNEN erhält die Inklusion im Haushalt den Stellenwert, den sie verdient.

Was ist mit den Kommunen? – Man kann trefflich darüber streiten, ob Inklusion zur Daseinsvorsorge gehört oder dem Prinzip der Konnexität unterliegt. Abgesehen von diesem Streit gibt es das Wort des Ministerpräsidenten gegenüber den Kommunen, dass sie bei dem von ihm ausgegebenen Ziel Barrierefreiheit 2023 unterstützt werden. Aber wie so oft: Dieses Wort des Ministerpräsidenten braucht man offenbar nicht sonderlich ernst zu nehmen. Allein die Kommunen werden dann in die Röhre schauen. Egal wie der theoretische Streit ausgeht, ob dieses Thema zur Daseinsvorsorge gehört oder unter die Konnexität fällt: Die armen Kommunen im östlichen Bayern werden es sich einfach nicht leisten können.

In diesem Zusammenhang muss ich erneut darauf hinweisen, dass es Unmengen von Haushaltsresten gibt, nämlich 400 Millionen Euro. Diese sind unter anderem für den barrierefreien Ausbau von Bahnhöfen vorgesehen. Was passiert damit? Die Staatsregierung hortet diese 400 Millionen Euro, weil sie immer noch an dem Unsinnprojekt Zweite Stammstrecke in Form eines Tunnels festhält. Dafür werden die Ausgabenreste gehortet.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Gut so!)

Wenn man endlich München und das Umland entlasten will, muss man aber zügig die Umsetzung der Alternativpläne durchführen, zum Beispiel den Südring und die Verlängerung der U 5 bis Pasing. Leider kommen die Fahrgäste in München und dem Umland nicht weiter. All diese Alternativpläne wären schneller und vor allem viel kostengünstiger zu realisieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Tun Sie etwas für den Großraum München, tun Sie aber vor allem etwas für die Regionen.

Die Staatsregierung veranschlagt ein Projekt mit über 2,5 Milliarden Euro. Eine solide Finanzierungsvereinbarung fehlt jedoch völlig. Daraus wird klar, dass dieses Projekt

noch riesige Haushaltsrisiken birgt. Dieses Prestigeprojekt blockiert außerdem zahlreiche kleine Projekte im ganzen Land, die aber für die ländlichen Räume enorm wichtig sind. Eigentlich ist es traurig, dass nach 30 Jahre immer noch keine elektrifizierte Strecke nach Mühldorf am Inn besteht.

Herr Dr. Söder und Herr Innenminister, wenn Sie schon nicht auf uns GRÜNE im Landtag hören wollen, dann hören Sie doch wenigstens auf Ihre Leute im Land. In der vergangenen Woche hat der Landrat von Rhön-Grabfeld, der der CSU angehört, im Bayerischen Fernsehen in Ihrem Beisein angemahnt, dass es endlich Geld für Projekte des öffentlichen Nahverkehrs im ländlichen Raum geben müsse. Diese Projekte für Schiene und Bus im ländlichen Raum seien nötig; denn sonst könnten die Menschen nicht auf dem Land gehalten werden. Dies wird nicht nur mit schönen Worten, kleinen Progrämmchen oder einer Gießkannenförderung in der Wirtschaft funktionieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ländliche Bayern und vor allem die Menschen auf dem Land verdienen eine bessere Politik. Sie verdienen es, dass man sich ernsthaft um ihre Probleme kümmert.

Zum nächsten Stichwort - wir haben es bereits von Herrn Kollegen Halbleib gehört -: Ehrlichkeit bei der Schuldentilgung. Die von Ihnen propagierte Schuldentilgung ist nichts anderes als das Prinzip "linke Tasche, rechte Tasche". Ganz ehrlich, man kann es so machen. Man kann sagen: Kreditermächtigungen für die Rücklage machen keinen Sinn, wenn ich gleichzeitig über 30 Milliarden Euro Schulden habe. Das kann man machen, aber dann sollte man so ehrlich sein und sagen, dass keine Schulden aus frischem Geld getilgt werden, sondern dass es reine Kreditermächtigungen sind, die zurückgegeben werden. Die offizielle Begründung lautet – das ist der Haken an der Geschichte, Kollege Halbleib hat es in der Intervention bemerkt -, dass Sie die Schulden deswegen tilgen, weil Sie besser für die Pensionszahlungen an die Beamtinnen und Beamten vorsorgen wollen. Diese Rechnung muss man mir noch einmal erklären. Nach der offiziellen Aufstellung des Finanzministers, nicht nach unserer Rechnung,

sondern nach der offiziellen Aufstellung von Dr. Söder und seinem Haus, schrumpfen die Rücklagen gewaltig und massiv, nämlich zwischen Ende 2013 und Ende 2016, innerhalb von drei Jahren, von 4,5 auf 1,5 Milliarden Euro und damit auf ein Drittel. Gleichzeitig wurde die Einzahlung in den Topf, aus dem später die Pensionen gezahlt werden sollen, eingestellt. Nach Ihren eigenen Berechnungen brauchen wir aber in gut 15 Jahren 7 Milliarden Euro, um die Pensionen bezahlen zu können. Wie soll das ein laufender Haushalt leisten können? Das funktioniert einfach nicht. 7 Milliarden kann kein Haushalt leisten, egal ob er schuldenfrei ist oder nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Rücklagen schrumpfen. Gleichzeitig gibt es die großspurig angekündigte Idee, bis 2030 schuldenfrei zu sein. Da hilft es auch nicht, wenn Sie sich noch so viel gegenseitig auf die Schulter klopfen. Es gibt keinen Plan für diese Schuldentilgung. Wenn Sie mit dem Tempo wie bisher weitermachen, werden die Schulden erst 2054 getilgt sein. Ich rede von dem, was Sie bisher eingezahlt haben. Danach wird es bis 2054 dauern.

Unseriös, wie Sie es machen, habe ich die Landesbankschulden noch nicht einmal dazugerechnet. Stichwort Landesbank: Die Landesbank ist ein weiteres großes Risiko. Mit dem Haushalt soll auch ein Teil der Landesbankschulden getilgt werden, nämlich pro Jahr 430 Millionen Euro. Das hängt aber davon ab, dass die BayernLB entsprechend hohe Kapitalrückzahlungen leisten kann.

Sie haben selbst zugegeben, dass es ein großes Risiko gibt. Es nennt sich Hypo Alpe Adria. Man kann natürlich immer die Schuld auf andere schieben. Das Risiko ist da. Die ABS-Papiere, diese Rückzahlungen, sind sehr fragwürdig. Selbst wenn alles planmäßig verläuft, werden bis zum Ende des Doppelhaushaltes die Zahlungen der BayernLB an den Staat insgesamt um 2,4 Milliarden Euro unter den Kosten für den Staat mit 3,37 Milliarden Euro liegen. Dazu kommen noch die 10 Milliarden Euro Kapitalhilfe. Auch diese Schuldentilgung wird ausschließlich aus der Rücklage und nicht aus Rückzahlungen von der Bank geleistet.

Transparenz und Konzept sind für diese Staatsregierung ganz offensichtlich Fremdwörter. Das zeigt sich allein bei den Stellen für das Kultusministerium und an den vielen Diskussionen, die wir im Hause darüber geführt haben, wie viele Planstellen es jetzt mehr gibt. Die Frage, wie sich die demografische Rendite errechnet, haben wir bis heute noch nicht beantwortet bekommen. Weder der Fachausschuss noch der Haushaltsausschuss haben eine Antwort darauf bekommen. Auf die Frage, wie sich die demografische Rendite – das sind die Lehrerinnen und Lehrer, die zu viel sind, weil die Zahl der Schülerinnen und Schüler zurückgeht – in Zukunft entwickelt, gibt es keinen Plan, kein Konzept und keine Antwort.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da es dabei auf der einen Seite um viel Geld, auf der anderen Seite aber auch um das Wohl unserer Kinder geht, müssen diese Fragen zuallererst beantwortet werden, um einen Haushalt seriös und solide aufstellen zu können. Dabei stelle ich bei dieser Staatsregierung Fehlanzeige fest. Bis heute wissen wir nicht, was damit gemeint ist, wenn die Staatsregierung oder der Ministerpräsident von Ganztagsgarantie reden. Ich bin mir auch nicht sicher, ob es der Herr Ministerpräsident weiß. Er hat von allen Kindern mit 14 Jahren gesprochen. Meint er damit alle Kinder in der 8. Klasse oder alle Kinder mit 14 Jahren, egal in welcher Klasse sie sich befinden? Egal, wie man es sieht und wie man es berechnet, es ist in diesem Doppelhaushalt viel zu wenig Geld angesetzt. Wenn wir davon ausgehen, dass nur 40 % der Kinder einen Anspruch auf einen Ganztagsplatz haben, brauchen wir eigentlich mindestens 300 Millionen Euro mehr, als es dieser Doppelhaushalt vorsieht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch hier müssen wieder die Kommunen die Lasten tragen und die Mängel der Finanzierung durch das Land ausgleichen. Wenn man Ganztagsangebote ernst nimmt und sie als Schule sieht, ist das Land in der Pflicht. Damit Bayern in diesem Punkt nicht mehr Schlusslicht ist, werden wir mehr Geld beantragen.

Für Wirtschaftsministerin Aigner gibt es jetzt noch mehr Geld für noch mehr neue Technologien und Unternehmen. Allerdings fehlt bei der Wirtschaftsförderung eine klare Linie. Damit, dass wir das Gießkannenprinzip wie bisher weiterbetreiben, kommen wir im großen Flächenland Bayern nicht weiter. Wir brauchen bei der Wirtschaftsförderung klare Strukturen und klare Kriterien. Auffällig erscheinen beim digitalen Wandel auch die doppelten Strukturen. Diese werden mit diesem Doppelhaushalt verfestigt. Finanzminister Söder sagt, er sei der CIO der Staatsregierung. Wirtschaftsministerin Aigner stehen ungefähr 38 Millionen Euro für den digitalen Wandel inklusive eines digitalen Zentrums im Haushalt zur Verfügung. Der Staatshaushalt ist aber eine zu heiße Sache, um zwischen den beiden ein Hase-Igel-Rennen zu veranstalten. Die Spielchen um die Nachfolge von Ministerpräsident Seehofer dürfen nicht darin gipfeln, dass sich der Minister und die Ministerin beim Bedienen mit Geld und bei der Kompetenz, wer nun für den digitalen Wandel in Bayern zuständig ist, miteinander streiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der digitale Wandel in Bayern – Herr Finanzminister Söder, das haben Sie vorhin gesagt – ist eine viel zu wichtige und zu große Aufgabe, als dass er das Spielfeld für Nachfolgediskussionen sein sollte.

Für gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern brauchen wir keine neuen Straßen und schon gar keine 100 Millionen Euro für neue Straßen. Wir brauchen vernünftige Datenautobahnen. Damit jemand eine Region liebens- und lebenswert findet, braucht er ein Einkommen. Deshalb brauchen wir überall einen vernünftigen Netzausbau.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr auffällig ist beim Etat der Energieministerin Aigner, dass der Programmname immer vollmundiger wird. Es hieß einmal: Klimaprogramm 2020. Jetzt heißt es: Klimaprogramm 2050. Ein Name, der nach mehr klingt, hilft aber noch nicht. Wenn man ehrlich ist - oder ehrlich wäre - sagen die Zahlen ganz eindeutig, dass zum Beispiel in die energetische Sanierung der Gebäude weniger Geld hineingesteckt wird. Eigentlich ge-

hört das zu den normalen Hausaufgaben einer jeden seriösen Staatsregierung. Auch damit spart man Energiekosten. Bei dieser Staatsregierung stellen wir jedoch Fehlanzeige fest. Mit dem Klimaprogramm 2050 sinken die Ausgaben gegenüber dem Klimaprogramm 2020 um 12,5 Millionen Euro. Wir werden selbstverständlich mehr Geld beantragen; denn das ist das Minimum. Außerdem werden wir für das Programm für die energetische Sanierung in den Kommunen eine Aufstockung beantragen. Das sind wir dem Klimaschutz schuldig. Wir werden nicht nur darüber reden, sondern auch handeln.

Ein weiterer Dorn im Auge ist uns der G7-Gipfel in Elmau. Wir wollen diesen Gipfel an diesem Ort nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Er schadet der Natur, und die Kosten dafür stehen in keinerlei Verhältnis zu dem Nutzen, der gegebenenfalls entstehen kann. Richtig absurd ist, wie die Kostenverteilung läuft. Wenn ich mich richtig erinnere, hat Berlin diesen Ort angeschafft und das von heute auf morgen einfach verkündet, ohne mit den Kommunalpolitikern vor Ort zu reden und diese einzubinden. Verkünden nicht gerade die bayerischen Politiker immer so gerne, dass derjenige bezahlen soll, der bestellt? Holen Sie sich Ihr Geld doch bitte bei der Bundesregierung. Vergessen Sie dabei auch nicht, gleich mögliche Entschädigungszahlungen für betroffene Bewohner anzumelden, für die von dem Gipfel wahrscheinlich nur Schäden bleiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen nicht, dass der Gipfel an einem Ort stattfindet, der für die Menge an Menschen und den Rummel drum herum nicht geeignet ist und erst durch unsinnige Baumaßnahmen notdürftig "gipfeltauglich" ausgebaut werden muss.

Finanzminister Söder und die Bund-Länder-Beziehungen - nur gut, dass niemand auf ihn hört. Vielleicht musste deswegen beim Länderfinanzausgleich schnell die große

Keule herausgeholt und, bevor man mit dem Verhandeln überhaupt angefangen hatte, nach Karlsruhe vor Gericht marschiert werden. Wir alle im Bayerischen Landtag wollen, dass die Zahlungen gerechter werden. Darüber sind wir uns einig. Wir wollen, dass Bayern möglichst weniger zahlt. Aber genau deshalb muss Bayern mit den anderen Ländern reden und verhandeln. Wir dürfen nicht drohen, noch dazu, ohne selbst ein Konzept zu haben.

Herr Finanzminister, Sie haben vorhin gesagt, Sie hätten es gern, dass Bayern ein bisschen weniger zahlt. Dazu habe ich von Ihnen schon andere Töne gehört; es war die Rede davon, dass 4 Milliarden Euro weniger gezahlt werden sollten. Wenn Sie insoweit bescheidener geworden sind, dann ist das gut. Es läge wirklich im Interesse Bayerns, wenn Sie die Verhandlungen vorantreiben würden statt zu klagen und mit Großer-Maxe-Getue aufzutreten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Klage ist ein Armutszeugnis. Zum Glück hört auch sonst niemand in Berlin auf den bayerischen Finanzminister; denn wenn dem so wäre und zum Beispiel - wie von Markus Söder gefordert - die Erbschaftsteuer abgeschafft worden wäre, dann hätte Bayern 1 Milliarde Euro weniger Einnahmen. Aber ein Staat braucht verlässliche, solide Einnahmen, damit er sich all das leisten kann, was er sich leisten muss: gute Schulen, eine funktionierende Infrastruktur, den digitalen Wandel, Inklusion, die menschenwürdige Behandlung der Flüchtlinge und so weiter. Wir wollen dafür sorgen, dass die Menschen in Bayern all dies bekommen. Deswegen wollen und können wir nicht auf diese Einnahmen verzichten.

Apropos Einnahmen: Es soll helfen, jemanden zuerst zu loben, wenn man etwas erreichen will. Vielleicht sollten wir das in dem folgenden Punkt so machen. - Sehr geehrter Herr Finanzminister, im Bereich der Steuerverwaltung ist endlich ein Anfang gemacht. Das ist gut so. Aber die Stellen, die hier ausgebracht sind, sind, wie gesagt, nur der Anfang, wenn es darum geht, die Löcher, die in Bayern vorhanden sind, zu stopfen.

Da auch wir wissen, dass die Zahl der Pensionierungen in den kommenden Jahren stark steigen wird, reicht es nicht aus, diese Löcher notdürftig zu stopfen.

Damit bin ich genau an einem entscheidenden Punkt: Wir wollen zusätzliche Stellen - Sie haben recht -, nämlich 370, damit zumindest keine Planstellen mehr für die Ausbildung von Anwärtern zweckentfremdet werden. Ich wiederhole es klar und deutlich: Mehr Beamtinnen und Beamte in der Steuerverwaltung kosten nichts, sondern erbringen ein Mehrfaches ihres Gehalts.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber vor allem ist es unsere Aufgabe, für Steuergerechtigkeit zu sorgen. Deswegen brauchen wir mehr Personal in der Steuerverwaltung.

Personalplanung – ein absolutes Armutszeugnis der Staatsregierung. Da werden im selben Jahr Stellen ausgebracht und eingezogen. Wir haben vorhin aus dem Asylbereich ein Beispiel gehört, wozu Artikel 6 b des Haushaltsgesetzes führt. Ich nenne ein noch absurderes Beispiel: Im Jahr 2014 werden 100 neue Stellen für die Wasserwirtschaft eingerichtet und gleichzeitig gut 70 Stellen eingezogen – eben auf der Grundlage dieses Artikels 6 b. Das kann nicht sinnvoll sein.

(Beifall bei den GRÜNEN – Volkmar Halbleib (SPD): Das ist die höhere politische Logik der CSU!)

- Wenn überhaupt.

Um in dem von mir angewandten Muster zu bleiben, folgt jetzt das Lob: Offenbar hat die Staatsregierung etwas erkannt; denn sie will die Personalplanung einer Wirtschaftlichkeitsprüfung unterziehen. Der erste Schritt ist also getan, der Unsinn ist erkannt. Allerdings hätte man diesen schon erkennen können, wenn man uns und der SPD zugehört oder unseren Antrag zur Personalplanung in der vergangenen Legislaturperiode angenommen hätte. Aber den Unsinn können wir auch allein erkennen, dafür brauchen wir keine Wirtschaftlichkeitsprüfung. Stattdessen werden externe Gutachter

beauftragt und bezahlt – sie kosten auch Geld –, die die Behörden und insbesondere deren Personalbedarf nicht kennen. Außerdem geht es im öffentlichen Dienst nicht allein um Wirtschaftlichkeit, sondern auch um Aufgabenerfüllung.

Wie sieht es mit dem vielgerühmten vielen Geld für die Kommunen aus? Dazu ist zum einen zu sagen: Ja, die Kommunen bekommen mehr Geld. Aber das liegt schlicht und einfach daran, dass die Steuereinnahmen gestiegen sind. Schmücken Sie sich bitte nicht mit fremden Federn!

Damit es ein Ende damit hat, dass der Bereich Straßen das Doppelte des Bereichs Schulen bekommt, wollen wir den entsprechenden Anteil am allgemeinen Steueraufkommen sukzessive auf 15 % anheben, aber dafür die verschiedenen Fördermöglichkeiten einschränken. Anders formuliert: weniger goldener Zügel und mehr Autonomie für die Kommunen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei diesem Haushaltsentwurf kommt eines hinzu: Es hieß, im November werde ein Kommunalgipfel stattfinden. Reichlich früh! - Achtung, das war ironisch gemeint. Das Versprechen von Ministerpräsident Seehofer, die Ganztagsgarantie, ist vor einem Jahr hier im Landtag gegeben worden, ein Jahr später bezieht man doch tatsächlich die Kommunen in den Ganztagsgipfel ein.

Viele Zahlen in dem Haushaltsentwurf sind vorläufig und sollen über eine Nachschubliste im November noch korrigiert werden. Man könnte auch sagen, dass die Regierung es wieder einmal versäumt hat, die Kommunen rechtzeitig einzubinden.

Wie ich den Zahlen des Haushalts entnehmen kann, steigt das Landeserziehungsgeld. Sie wollen die Einkommensgrenze anheben, bis zu der man bezugsberechtigt ist. Ich wundere mich sehr, weil mir schon vor Jahren Menschen aus der Verwaltung gesagt haben, dass gerade das Landeserziehungsgeld mit so viel Administration verbunden ist, dass es sich einfach nicht rechnet. Die armen Beamtinnen und Beamten,

die immer mehr zu tun bekommen - die Kitafernhalteprämie, das Betreuungsgeld, ist ja noch dazugekommen -, müssen einen Fördertatbestand nach dem anderen bearbeiten und betreuen. Das heißt, die Verwaltung muss immer mehr bearbeiten und gleichzeitig Personal abbauen; den Artikel 6 b habe ich schon genannt. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Die ersten Protestschreiben erreichen uns. Ich hoffe, sie zeigen Wirkung, aber nicht in dem Sinne, dass in diesem Bereich nun unbedingt Stellen aufgebaut werden. Sie müssen vielmehr endlich eine radikale Reform der Familientransferleistungen einleiten. Deutschland wird nicht familienfreundlicher, wenn wir eine kleine Reform nach der anderen vornehmen - das haben alle Studien in den letzten Jahren gezeigt -, sondern wir brauchen eine radikale Reform. Ein Beispiel wäre die Einführung einer Kindergrundsicherung; damit würden wir in der Verwaltung viele Kosten sparen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Asyl – die große Baustelle seit Jahren. Genau: seit Jahren, nicht erst seit gestern. Es war absehbar, dass mehr Menschen zu uns flüchten. Die ehemalige Sozialministerin – sie ist mittlerweile ganz aus dem Kabinett zurückgetreten - brachte in den Haushaltsberatungen regelmäßig das Argument: Wenn wir erst jetzt eine weitere Erstaufnahmeeinrichtung planen, dann hilft uns das nicht weiter, weil es bis zur Fertigstellung noch dauert. - Aber vorausschauende Asylpolitik hätte bedeutet, rechtzeitig - auf der Grundlage der Anträge der GRÜNEN - sowohl baulich und arbeitsrechtlich als auch was die Residenzpflicht anbelangt etwas zu ändern. Da das nicht geschehen ist, fällt uns das jetzt allen auf die Füße und kostet weit mehr, als es mit einer vorausschauenden Asylpolitik gekostet hätte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit den Flüchtlingen und auch den Trägern der Sozialarbeit das Problem nicht weiter auf die Füße fällt, müssen wir endlich genug Geld in diesen Bereich stecken.

Zusammenfassend: Was braucht ein Haushalt? Grundpfeiler sind Transparenz und Ehrlichkeit. Wenn ich selbst die Zahlen nicht kenne, dann habe ich keine Grundlage für die Berechnung des Bedarfs, etwa bei der Inklusion oder den Lehrerstellen. Ein Haushalt braucht Prioritäten. Dieser Staatshaushalt muss einmal richtig durchgeputzt werden.

Wir setzen Prioritäten in den Bereichen Bildung - damit die Ganztagsgarantie nicht wieder nur eine schöne, aber leere Hülle bleibt -, Inklusion - denn nur wenn man Geld investiert, kann das seit fünf Jahren geltende Bundesrecht umgesetzt werden - und Klimaschutz. Eine Anmerkung zu Letzterem: Allein mit neuen Worten, "Klimaprogramm 2050" statt "Klimaprogramm 2020", bekämpft man den Klimawandel nicht. Als Minimum ist mehr Geld für die energetische Sanierung und weniger Geld für den Neubau von Straßen anzusetzen.

Herr Finanzminister, Ihr Haushalt ist beschränkt zukunftsfähig. Wir GRÜNEN haushalten gerecht und nachhaltig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Kollegin Stamm. Unser nächster Redner ist der Kollege Günther Knoblauch. Bitte schön.

Günther Knoblauch (SPD): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Wir haben heute in der Ersten Lesung nicht über den Haushalt zu entscheiden, sondern bereiten uns auf die Verhandlungen in den zuständigen Gremien und im Haushaltsausschuss vor. Kollege Halbleib hat für die SPD-Fraktion schon einiges dargelegt, und ich möchte ein paar Punkte aus der Sicht der Kommunen ansprechen.

Der Doppelhaushalt ist von besonderer Bedeutung für unsere kommunalen Freunde und sollte eigentlich Impulse für die Arbeit in unseren Städten, Gemeinden und Landkreisen geben. Der Finanzminister und die Vertreter der CSU-Fraktion haben die Situation der Kommunen euphorisch geschildert und sich dabei sicher gehörig selbst auf

die Schultern geklopft. Aber Schönrednerei bringt uns und vor allen Dingen die Kommunen nicht weiter. In den Haushaltsberatungen werden wir eine Reihe von Dingen ansprechen müssen, die korrigiert werden müssen, damit die Kommunen wieder leistungsfähig sind. Die Kommunen haben schon bisher in etwa zwei Drittel aller Investitionen der öffentlichen Hand getätigt – weit mehr als der Freistaat. Sie waren in den letzten Jahren der Motor, und aufgrund der Leistungen, die sie nach Vorgaben des Bundes und des Landes erbracht haben, sind sie jetzt am Ende ihrer Leistungsfähigkeit. Viele haben die Grenze der Leistungsfähigkeit schon überschritten. In weiten Teilen des Landes quer durch ganz Bayern sind viele Kommunen, wenn auch mit verschiedenen Schwerpunkten, nicht mehr in der Lage, die notwendigen Investitionen zu tätigen und vor allem die Rückstände bei Straßen, Schulen und zentralen Einrichtungen auszugleichen.

Dieser Haushalt reagiert darauf nicht. Es heißt, Staatsregierung und CSU seien Partner der Kommunen. Unter Partnerschaft verstehe ich aber etwas anderes als das Ablehnen von Wünschen der kommunalen Spitzenverbände. In der Gesetzesvorlage heißt es so schön: Der Entwurf wurde mit den kommunalen Spitzenverbänden besprochen und eingehend erörtert. Am Ende aber steht lapidar: Eine Berücksichtigung der Forderungen, auch teilweise, hätte zu einer Verschiebung zulasten des Staates geführt und ist daher nicht möglich. So weit die Wünsche.

Was die Mehrheit am Finanzausgleich betrifft, hat Frau Stamm schon gesagt, dass wir mehr Steuern und damit Leistungen der Wirtschaft haben. Wenn man die Mittel auf die über 2.000 Kommunen im Freistaat verteilt, kann mit dem Anstieg nicht einmal jede Kommune einen Kilometer Straße bauen.

Wenn wir uns die Forderungen der Spitzenverbände betrachten, sehen wir, dass wir in den Ausschüssen noch vieles zu beraten haben, etwa die Erhöhung der Verbundmasse von 12,75 auf 15 % – das war heute kein Thema des Finanzministers –, die Erhöhung des Anteils beim Kfz-Steuerverbund und den Substanzverlust bei den kommunalen Straßen. Dieser ist enorm. Volkmар Halbleib hat darauf schon hingewiesen.

Gleichzeitig müssen wir feststellen, dass sich der Freistaat die kommunalen Entlastungsstraßen teilweise noch immer von den Kommunen finanzieren lässt. Wenn wir über die Entwicklung unserer Kommunen auf dem flachen Land reden, müssen wir fragen: Wo ist ein Sanierungsprogramm für die Kommunalstraßen? Dazu kommt die Investitionsförderung. Ohne Hilfe des Freistaates werden die Kommunen ihre Leistungen nicht erbringen können.

Früher haben Regierungen Förderprogramme für Hallenbäder und Mehrzweckhallen aufgelegt und damit die Lebensqualität erhöht. Nachdem die Einrichtungen jetzt in die Jahre gekommen sind, stehen die Kommunen alleine da. Wenn wir uns über gleichwertige Lebensbedingungen unterhalten, müssen wir auch daran denken, die Lebensqualität auf dem Land zu erhalten. Wir brauchen nicht immer neu zu bauen; aber was vorhanden ist, muss erhalten und gefördert werden.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege, kommen Sie bitte langsam zum Schluss!

Günther Knoblauch (SPD): Dazu gehört auch, dass wir den Breitensport fördern. Beispielsweise wurde nicht angesprochen, dass die Landkreise bei der Übernahme staatlicher Aufgaben das Gleiche dessen, was sie vom Freistaat bekommen, drauflegen, damit sie ihre Arbeit machen können. - Wir brauchen einen Entschuldungsfonds; darüber müssen wir sprechen.

(Beifall bei der SPD)

Sonst können die Kommunen ihren Anteil an den Leistungen nicht erbringen, zum Beispiel beim Breitbandausbau.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege Knoblauch, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Günther Knoblauch (SPD): Ich verspreche Ihnen, dass sich unsere Fraktion einbringen wird. Denn wir sind die Anwälte der Kommunen und werden bei den Beratungen die Punkte zur Sprache bringen. Dann werden wir sehen, wie wir partnerschaftlich weiterkommen.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Knoblauch. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen.

Zu einer zusammenfassenden Stellungnahme hat nun der Herr Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum Schluss nur noch einige wenige Anmerkungen; denn eigentlich ist alles schon gesagt. Zunächst zu den Kommunen und dem Thema "strukturschwach und strukturstark". Ich finde schon, dass sich die Staatsregierung – ehrlicherweise auch dieser Finanzminister - seit Jahren ganz bewusst mit diesem Thema auseinandersetzt. Dabei ist es nicht so, dass wir einfach über die Jahre hinweg erhöht haben. Das haben wir auch getan. Wir haben sowohl den Verbundsatz als auch die nominellen Summen erhöht. Das findet in keinem anderen Bundesland statt. In anderen Bundesländern gibt es Ärger und erhebliche Streitigkeiten zwischen der Landesregierung und der kommunalen Familie. Bei uns ist das Gegenteil der Fall. Alle vier kommunalen Spitzenverbände, so unterschiedlich sie auch parteipolitisch und von den Persönlichkeiten her strukturiert sein mögen, sagen nach jedem FAG: Die Situation der Kommunen in Bayern ist sehr, sehr gut. Das muss man einmal festhalten.

Wir haben aber noch etwas Besonderes gemacht: Wir haben bereits in den letzten Jahren mit dem Versuch begonnen, die unterschiedlichen Geschwindigkeiten anzunähern oder anzugleichen. Die Stabilisierungshilfe, deren Idee, wie man ehrlicherweise sagen muss, auf das Finanzministerium und den Finanzminister zurückgeht – das ist ein Topf mit 100 Millionen Euro –, soll das Ungleichgewicht ausgleichen und jenen

Gemeinden, die aus eigener Kraft kaum mehr lebensfähig sind, die Chance geben, sich zu konsolidieren.

75 % dieser 100 Millionen Euro fließen nach Oberfranken, Niederbayern, die nördliche Oberpfalz und in den Bayerischen Wald, also genau in die Bereiche, wo Struktur-schwäche herrscht. Die Struktur dieses Topfes ist in Deutschland einmalig, und wir setzen den Weg fort. Mir geht es nicht einfach nach dem Motto "Höher, schneller, weiter" um mehr Geld, sondern auch im kommunalen Bereich geht es mir darum, das Geld noch zielgerichteter zu investieren, damit die Kommunen, die es brauchen, mehr Geld zur Selbsthilfe haben. Diesen Weg wollen wir auch bei der Weiterentwicklung des FAG gehen. Die Kommunen sollen nicht immer nur nach mehr Geld rufen, und wir wollen die Verbundquoten nicht einfach ideenlos erhöhen, sondern ganz zielgerichtet überlegen, wie das viele Geld noch effektiver eingesetzt werden kann. Das ist unser Anspruch.

Ich komme zu kleineren Dingen, zum Beispiel dazu, dass die Regionalförderung der EU-Gebietskulisse geringer geworden ist, oder zur Barrierefreiheit. Für die Barrierefreiheit von Bahnhöfen – dies nur als Beispiel – geben wir in den nächsten Jahren 60 Millionen Euro aus Regionalisierungsmitteln aus. Nach Aussage der Bahn werden 86 % der Reisenden barrierefrei reisen. Meine Damen und Herren, stellen Sie sich vor, wie man vor Jahren eine Debatte darüber geführt hätte, dass wir zusammen mit der Bahn ein barrierefreies Reisen ermöglichen. Ich finde schon, dass da ein Versprechen eingelöst wird, während anderswo erst Überlegungen angestellt werden.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

– Ja, da auch. Im Übrigen, Herr Pohl, zu dem Vergleich zwischen dem FC Bayern und Paderborn. Vor zehn Tagen haben Sie – Sie erinnern sich – gesagt: Wir sind nur leichter Favorit. Man muss auch solche Gegner erst schlagen.

Wissen Sie, was mich in Bezug auf Nordrhein-Westfalen besorgt macht? – Wir stehen nicht nur besser da - das ist parteipolitisch ganz interessant -, aber auch staatspoli-

tisch gibt es da, ehrlich gesagt, eine ganz große Schwachstelle Deutschlands; denn wenn kleine, strukturschwache Länder oder die neuen Bundesländer Probleme haben, ist das das eine. Aber was ist es denn für die Länder, den Föderalismus und ganz Europa für ein Signal, wenn das traditionell eigentlich ökonomisch stärkste Land Deutschlands sagt, dass es in diesen Zeiten mit eigentlich relativ optimalen Faktoren bei der Haushaltsplanung – die Einnahmen sind sehr hoch und die Zinsen sehr niedrig – nicht mehr lebensfähig ist? Was ist denn das für ein Signal für ganz Europa, wenn die Reichsten, weil sie so viel Geld ausgeben, nicht mehr zurande kommen? Wie sollen wir den Spaniern, Griechen, Iren, Portugiesen erklären "Bleibt bei eurer Politik", und wie sollen wir Italienern und Franzosen erklären "Ändert eure Politik", wenn das größte Bundesland im Grunde genommen eine solche Politik macht? Darum ist es wichtig, das zu sagen.

(Beifall bei der CSU)

Zum Thema Länderfinanzausgleich: Frau Stamm, die GRÜNEN in Hessen – vielleicht ist das auch der Grund, warum sie dort regieren - haben vor ihrem Regierungseintritt und danach jeweils eine Klage befürwortet. Ich habe sehr häufig Verhandlungen geführt, zum Beispiel bei den Fluthilfen, mit einem guten Ergebnis für Bayern. Die Runde ist jetzt deutlich schwerer, weil die Interessen der Länder völlig unterschiedlich sind. Die neuen Bundesländer sind mit bestimmt guten Argumenten der Auffassung, den Soli sollte man am besten über das Jahr 2019 hinweg fortsetzen. Die Vertreter hoch verschuldeter Länder wie Schleswig-Holstein und des Saarlands sagen: Wenn wir nicht eine grundlegende Veränderung bekommen, dann müssen wir sozusagen zusperren. Dann können wir die Schuldenbremse nicht erfüllen. Nordrhein-Westfalen habe ich gerade angesprochen. Es gibt zwei, drei Länder, deren Vertreter ausführen, es könne nicht sein, dass die Haushaltspolitik dieser Länder nicht im dortigen Landtag geregelt wird, sondern im Bayerischen Landtag, weil wir uns Mühe geben, das zu ändern.

Wir ärgern uns über Folgendes: Die jetzige Debatte läuft in eine Richtung, nämlich: Wie viel Geld gibt es vom Bund? Es darf doch nicht entscheidend sein, dass der Bundeshaushalt der Steinbruch ist, um Defizite auszugleichen. Edmund Stoiber hat uns mit einer guten Neuregelung des Länderfinanzausgleichs eine Milliarde Euro gespart. Seitdem ist aber in den Ländern, die damals schon schwach waren, nichts passiert. Diese sind noch schwächer geworden. Das jetzige System hat folgende Schwachstelle: Wer sich anstrengt oder erfolgreich wirtschaftet, muss das meiste abgeben. Derjenige, der versucht, aus einer Nehmersituation Geber zu werden, muss jeden minimalen Fortschritt mit erheblichen Verlusten im Landeshaushalt bestreiten. Das führt dazu, dass das Interesse, besser zu werden, nicht sehr entwickelt ist. Wir müssen aber doch ein Interesse daran haben, für alle zu erreichen, besser zu werden und nicht in der Hängematte liegen zu bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Es ist keine leichte Verhandlung. Vier Milliarden zu fordern, ist illusorisch. Wir müssen sehr konkret bei der Sache bleiben. Es geht nicht nur um Geld, es geht auch um die Qualität föderaler Beziehungen. In diesem Zusammenhang dürfen wir uns nicht täuschen. Es steht ein Stück Föderalismus zur Diskussion. Wenn der Bund vorschlägt, die Bundessteuerverwaltung zu übernehmen, dann klingt das für manche Ländervertreter sehr verführerisch; sie meinen nämlich, dass der Bund die Pensionslasten übernimmt. Wenn wir aber ein deutsches föderales System haben, in dem von vornherein klar ist, dass wichtigste Kernbereiche der Verwaltung von den Ländern nicht mehr geführt werden können, was macht es dann noch für einen Sinn, von gelebter Regionalität und Föderalismus zu reden? Deswegen sind wir bei der Steuerverwaltung nicht der Auffassung, dass es gut wäre, wenn diese an den Bund überginge. Diese Verwaltung muss in der Kernkompetenz bleiben. Natürlich müssen Länder selbstständig handlungsfähig bleiben. Ansonsten bräuchten wir auch keine Landtage mehr.

(Beifall bei der CSU)

Dieses Anliegen ist aus meiner Sicht zentral wichtig. Aber natürlich wollen auch wir Unterstützung für andere Bereiche. Wir finanzieren vieles vor. Über den Etat des Wissenschaftsministeriums ist über viele Jahre hinweg der Hochschulausbau im Freistaat Bayern vorfinanziert worden. Wir leisten mit eigenen Mitteln das, was andere leisten müssten.

Das gilt auch für den Verkehr. Ich wundere mich immer, Frau Stamm, wenn davon gesprochen wird, wir bräuchten die Zweite Stammstrecke nicht. Ich glaube, dass es für uns ganz entscheidend ist, eine Zweite Stammstrecke zu bekommen. Insofern bekenne ich mich ausdrücklich dazu. Natürlich ist die Summe sehr hoch, vor allem, wenn man bedenkt, dass der Freistaat Bayern eine Ermächtigung von fast zwei Milliarden Euro gibt. Eigentlich könnten der Bund und andere mehr dazugeben; wenn ich das an dieser Stelle einmal sagen darf. Es handelt sich nicht nur um eine regionale Problematik. Der nationale Zuwachs in unserer Region hat auch etwas mit der Veränderung in Deutschland zu tun, und woanders wird das auch mitfinanziert. Wir bekennen uns dazu. Man darf aber nicht nur sagen, die Zweite Stammstrecke möchte ich nicht, weil ich eine Retro-Vorstellung habe. Es geht dabei gar nicht um Realo oder Fundi; denn es scheint mir mehr retro zu sein. Wenn ein Land wächst, dann muss die Politik auch mitwachsen. Wer dies verneint, der verneint die Entwicklungsperspektive einer Region. Das tun wir nicht, denn wir wollen, dass sich Bayern entwickelt.

(Beifall bei der CSU)

Dann wurde gesagt, wir setzten keine Prioritäten. Ich finde schon, dass wir Prioritäten setzen. Wenn Sie es vom finanziellen Aufwand her sehen, dann haben Sie mit den Themen Länderfinanzausgleich – diese Priorität ist eher schlecht, weil sie viel Geld kostet – , Kommunen und Bildung fast die Hälfte des Haushaltes. Einen klareren Schwerpunkt gibt es nicht. Die politische Zuständigkeit eines Landes liegt genau in den Themen Bildung und Landesentwicklung. Für diese Bereiche geben wir sehr viel Geld aus. Ich betone: So etwas wie eine Nordbayerninitiative und die Hochschulentwicklung, die wir in verschiedenen Bereichen anstoßen, sind die beste Chance voran-

zukommen. In vielen Bundesländern wird mit Achselzucken auf die demografische Entwicklung reagiert nach dem Motto: eher Rückbauprogramme als Zentralisierung oder: Dann kommen halt die Wölfe, wenn die Menschen gehen. Ich glaube, dass der Anspruch von Politik katastrophal wäre, sich von vornherein einer Entwicklung zu ergeben, ohne den Versuch zu unternehmen, gegenzusteuern.

Deshalb ist es wichtig, einen Schwerpunkt zu setzen. Das Breitbandprogramm wird jetzt nicht mehr dauernd erwähnt, weil es klappt. Wenn es nicht laufen würde, hätten wir Debatten rauf und runter. Ein Programm, das der Erschließung des Landes dient, stärkt das Land. Veränderungen beim FAG für die kleinen Gemeinden stärken das Land. Dezentralisierung von Hochschulen stärkt das Land. Wir werden auch bei Behördenverlagerungen Elemente haben, um die Zentralörtlichkeit der Gemeinden zu stärken. Es braucht dringend diese Unterstützung. Insofern gibt es in diesem Hohen Haus bei der Vorlage dieses Haushalts eine echte Unterstützung. Der Landrat von Rhön-Grabfeld – ich saß ihm gegenüber – hat in der gleichen Sendung ausdrücklich betont, dass er dafür dankt, dass der Freistaat Bayern am meisten für die Region tut. Diesen Anspruch wollen wir weiterhin erfüllen.

(Beifall bei der CSU)

Schließlich komme ich zur Steuerpolitik, weil auch diese ein Thema war. Obwohl sie Bundespolitik ist, ist sie immer auch ein Stück Landespolitik, weil wir zum Teil mitbeteiligt sind. Einige Steuern sind zwar Bundessteuern, aber Landesgeld. Ich freue mich – das ist auch ein epochaler Wechsel –, wenn Herr Halbleib heute sagt, er sei für den Abbau der kalten Progression. Ich erinnere mich an die Finanzverhandlungen letztes Jahr, ziemlich genau vor einem Jahr. Da war die primäre Frage, die wir mit der SPD – nicht mit ihm, weil er nicht dabei war – diskutieren konnten, nicht, wann wir wie schnell welche Steuerveränderung vornehmen, sondern das Einzige, was kam, war: Steuer eins erhöhen, Steuer zwei erhöhen, Steuer drei erhöhen, Steuer vier erhöhen, Steuer fünf erhöhen. Da war eine beeindruckende Kreativität vorhanden. Wenn wir uns jetzt darauf verständigen können, wäre es eine große Leistung, ob dies nun 2017 oder

2018 erfolgt. Ich wäre froh, wenn es einen Konsens darüber gäbe, dass die kalte Progression am Ende keine Steuersenkung ist, sondern eine heimliche Steuererhöhung und dass diese dem Leistungsgedanken der hart arbeitenden Leute, vor allem der Beziehher unterer und mittlerer Einkommen, zuwiderläuft. Dafür müssen wir gemeinsam etwas tun. Jeder, der mithilft, ist herzlichst willkommen.

(Beifall bei der CSU)

Ich fand es auch sehr beeindruckend, dass es eine Initiative in Bezug auf die Steuer vonseiten Baden-Württembergs gab. Der SPD-Kollege Nils Schmid hat ausdrücklich – er wurde dafür auch angegriffen – gefordert, über die Regionalisierung von Steuern zu reden. Ich gehe nicht so weit wie der Kollege Pohl, der eine Abschaffung der Erbschaftsteuer fordert. Er tut sich damit vielleicht ein bisschen leichter, weil er es nirgendwo einlösen muss. Ich bin ein Fan der Regionalisierung und ich sage Ihnen auch, warum: Ob Grundsteuer, ob Einkommensteuer mit Zu- und Abschlägen - übrigens eine Idee, die die Bundesbank schon vor vielen Jahren hoch verifiziert eingebracht hat – oder auch bei der Erbschaftsteuer: Warum ist Regionalisierung schlecht? Es gibt doch bereits ein Modell, in dem die Regionalisierung von Steuern funktioniert und einen sinnvollen und fairen Steuerwettbewerb auslöst, nämlich bei der Gewerbesteuer. Da kann jeder selber entscheiden, die einen mehr, die anderen weniger, als Element auch einer Körperschaft. Ich verstehe nicht, wie manch ein Landtag ablehnen kann, selbst die Möglichkeit zu haben, politisch zu gestalten. Was für ein höheres Recht als das Budget- oder Steuerrecht kann eine repräsentative Vertretung haben?

Darum plädieren wir für einen fairen Steuerwettbewerb, aufbauend auf den Elementen, meine Damen und Herren, die heute schon bei der Steuer vorhanden sind. Darum haben wir das bei der Klage eingebracht und tun wir das jetzt. Es ist auch ein Stück steuerpolitische Glaubwürdigkeit, die wir als Freistaat Bayern zeigen wollen, zum Beispiel gegenüber Mittelständlern, wenn es um die Erbschaftsteuer geht. Wir werden noch eine Menge Arbeit vor uns haben.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Da sind die anderen Bundesländer gebunden! Das wissen Sie doch selber! Das haben wir doch oft genug gelesen! Kommen Sie doch zum Ende!)

– Das entscheide ich schon selber, wann ich aufhöre.

(Beifall bei der CSU)

Ich nehme es als Denkanstoß mit. – Bei dem Thema Erbschaftsteuer werden wir in diesem Jahr möglicherweise noch eine echte Denksportaufgabe bekommen, wenn das Bundesverfassungsgericht möglicherweise die aus Sicht des Mittelstandes und auch des Freistaats Bayern wichtige Botschaft der Verschonung von Betriebsvermögen gerade im Mittelstand bei Familienunternehmen kritisch diskutiert. Dann müssen wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, erst recht überlegen, wie wir verhindern, dass es indirekt zu Steuererhöhungen kommt, weil wir, ehrlich gesagt, ein klares Angebot für mittelständische Unternehmen machen wollen. Wenn andere Bundesländer Steuern erhöhen wollen, hätte ich kein Problem, wenn wir die Steuern etwas senken dürften. Ich bin sicher, dass wir am Ende mit etwas niedrigeren Steuersätzen höhere Steuereinkommen und -aufkommen haben werden, weil das ein leistungsförderndes Wettbewerbselement ist. Die, die immer höchste Steuern fordern, haben am Ende, meine Damen und Herren, die größte Pleite zu riskieren. - Wir wollen das nicht. Wir wollen einen anderen Weg, und dafür setzen wir uns ein. - Vielen Dank für die Beratung, viel Erfolg für die nächsten drei Monate.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Staatsminister.

Nach § 148 der Geschäftsordnung sind beide Gesetzentwürfe dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Dann ist das so beschlossen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und
Finanzfragen

Haushaltsplan 2015/2016

Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des Baye-
rischen Staatsministeriums der Finanzen, für Lan-
desentwicklung und Heimat

Berichtersteller: **Hans Herold**
Mitberichtersteller: **Volkmar Halbleib**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Än-
derungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 06 03 (Allgemeine Bewilligungen)
wird bei den Vermerken zu den TG 72 (Förde-
rung der Breitbanderschließung) und 79 (Lan-
desentwicklung) nach Satz 1 ("Titel der TG
gegenseitig und mit Titeln der TG 79 (bzw. 72)
deckungsfähig.") jeweils folgender Satz 2 ein-
gefügt:
"die Deckungsfähigkeit umfasst auch die Ver-
pflichtungsermächtigungen."
2. Bei Kap. 06 16 (Verwaltung der staatl. Schlös-
ser, Gärten und Seen) werden die Ansätze in
2015
 - a) bei Tit. 701 01 (Baumaßnahmen)

von	3.555.800,-- €
um	400.000,-- €
auf	3.955.800,-- €

erhöht.
Der Erhöhungsbetrag ist wie folgt zu erläu-
tern:

aa) **Neue Residenz Bamberg:**
Barrierefreier Ausbau der Toilettenan-
lage im Café im Rosengarten
120.000,-- €

bb) **Veste Coburg:**
Barrierefreier Ausbau der öffentlichen
Toilettenanlage 90.000,-- €

cc) **Burg zu Burghausen:**
Verbesserung der Mobilität für Roll-
stuhlfahrer durch Einbau von Rand-
streifen 190.000,-- €.

b) bei Tit. 718 23 (Schlossbesitz Linderhof)
von 1.500.000,-- €
um 50.000,-- €
auf 1.550.000,-- €
erhöht.
Der Erhöhungsbetrag ist wie folgt zu erläu-
tern:

Schlossbesitz Linderhof:
Barrierefreie Sanitäranlagen 50.000,-- €

c) bei Tit. 731 13 (Kaiserburg Nürnberg)
von 1.500.000,-- €
um 1.100.000,-- €
auf 2.600.000,-- €
erhöht.
Der Erhöhungsbetrag ist wie folgt zu erläu-
tern:

Kaiserburg Nürnberg:
Behindertengerechter Aufzug und Wege-
ausbau 1.100.000,-- €

d) bei Tit. 741 15 (Festung Marienberg
Würzburg)
von 2.500.000,-- €
um 1.050.000,-- €
auf 3.550.000,-- €
erhöht.
Der Erhöhungsbetrag ist wie folgt zu erläu-
tern:

Festung Marienberg Würzburg:
Barrierefreier Zugang über Rampe, Aufzug
sowie automatische Türen, barrierefreie
Sanitäranlagen 1.050.000,-- €

- e) bei Tit. 743 21 (Schloss Johannisburg in Aschaffenburg)
- | | |
|-----|----------------|
| von | 1.000.000,-- € |
| um | 400.000,-- € |
| auf | 1.400.000,-- € |
- erhöht.

Der Erhöhungsbetrag ist wie folgt zu erläutern:

Schloss Johannisburg in Aschaffenburg:

Barrierefreier Zugang im Rahmen der Generalsanierung 400.000,-- €

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund dieser Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter Winter u.a. CSU
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verbesserung der Fördermöglichkeiten bei der Förderung der Breitbanderschließung und der Landesentwicklung
(Kap. 06 03 TG 72 und 79)
Drs. 17/3382
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verbesserung der Barrierefreiheit von staatlichen Schlössern und Burgen im Rahmen von Baumaßnahmen
(Kap. 06 16 Tit. 701 01, 718 23, 731 13, 741 15 und 743 21)
Drs. 17/3383

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Annette Karl, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zusätzliche Verwaltungsoberkräfte in den Vermessungsämtern
(Kap. 06 22 Tit. 422 01)
Drs. 17/3510

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: keine Verdopplung der Ausgaben für den "CIO"
(Kap. 06 01 Tit. 547 01)
Drs. 17/3397
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Martina Fehlner u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhalt von 152 Stellen aus der ehemaligen Kfz-Steuerverwaltung
(Kap. 06 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/3338
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Inge Aures u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Mehr Personal in der Steuerverwaltung für einen besseren Steuervollzug und mehr Steuergerechtigkeit in Bayern
(Kap. 06 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/3339
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Anwärterstellen Finanzämter
(Kap. 06 05 Tit. 422 21)
Drs. 17/3325
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Inge Aures u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Im Jahr 2015 insgesamt zusätzliche 870 Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst bei den Finanzämtern
(Kap. 06 05 Tit. 422 21)
Drs. 17/3340
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Finanzverwaltung stärken - blockierte Planstellen freimachen
(Kap. 06 05 Tit. 422 21)
Drs. 17/3398

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Baustopp an der Außenstelle des Finanzamts München in Höchstädt
(Kap. 06 05 Tit. 729 22)
Drs. 17/3399
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Inge Aures u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Insgesamt 20 neue Dozentenstellen an der Landesfinanzschule Bayern und dem Fachbereich Finanzwesen der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege
(Kap. 06 06 und 06 14 jeweils Tit. 422 01)
Drs. 17/3341

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 06 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 06 in seiner 42. Sitzung am 21. Oktober 2014 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Ablehnung
mit den in I. enthaltenen Änderungen
Zustimmung empfohlen.

Peter Winter
Vorsitzender



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und
Finanzfragen

Haushaltsplan 2015/2016
Einzelplan 03 A für den Geschäftsbereich des
Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für
Bau und Verkehr - Allgemeine Innere Verwaltung -

Berichterstatlerin: **Petra Dettenhöfer**
Mitberichterstatler: **Bernhard Pohl**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 03 18 (Landespolizei) werden die Ansätze in 2015
 - a) bei Tit. 815 99 (Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software)

von	3.000.000,-- €
um	500.000,-- €
auf	3.500.000,-- €

erhöht und
 - b) bei Tit. 701 01 (Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten)

von	5.923.200,-- €
um	2.500.000,-- €
auf	8.423.200,-- €

erhöht.

Die Erläuterung hierzu wird wie folgt ergänzt:

"Maßnahmen im Zuge "Bayern Barrierefrei 2023" 3.523.200,-- €."

Ferner werden die Ansätze und Vermerke bei Kap. 03 03, 03 23, 03 24 und 03 26 entsprechend der **Nachschubliste der Staatsregierung** geändert (Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund dieser Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Josef Zellmeier u.a. CSU
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verbesserung der IuK-Ausstattung der Polizeibeamtinnen und -beamten durch Beschaffung mobiler Endgeräte zur Einsatzunterstützung auf den Basisdienststellen
(Kap. 03 18 Tit. 815 99)
Drs. 17/3385
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Josef Zellmeier u.a. CSU
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verbesserung der Barrierefreiheit von Polizeidienststellen im Rahmen von Baumaßnahmen
(Kap. 03 18 Tit. 701 01)
Drs. 17/3384

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Keine konzeptionslose Sonderfinanzierung des BLSV
(Kap. 03 03 Tit. 893 01)
Drs. 17/3400

- | | |
|--|--|
| <p>2. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Diana Stachowitz u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhöhung der Zuschüsse für die Sportfachverbände
(Kap. 03 03 Tit. 684 91)
Drs. 17/3342</p> <p>3. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Diana Stachowitz u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhöhung der Vereinspauschale
(Kap. 03 03 Tit. 685 91)
Drs. 17/3343</p> <p>4. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Diana Stachowitz u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung vereinseigener Sportstättenbau
(Kap. 03 03 TG 91 Tit. 893 91)
Drs. 17/3344</p> <p>5. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Mittel für Vorsorgekuren
(Kap. 03 03 neuer Tit.)
Drs. 17/3345</p> <p>6. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verstärkungsmittel für Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände und Betriebsstoffe
(Kap. 03 03 neuer Tit.; Kap. 03 17 bis 03 21 jeweils Tit. 511 01, 511 22, 514 01, 812 01)
Drs. 17/3346</p> <p>7. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zusätzliche Stellen für die Futtermittelüberwachung
(Kap. 03 08 Tit. 422 01)
Drs. 17/3326</p> | <p>8. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verbesserung der Personalausstattung in der bayerischen Gesundheitsverwaltung
(Kap. 03 08 Tit. 428 01)
Drs. 17/3418</p> <p>9. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Stellenhebungen im Hygienekontrolldienst
(Kap. 03 09 Tit. 422 01)
Drs. 17/3327</p> <p>10. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Florian von Brunn, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: 71 Stellen für Lebensmittelkontrolleure-Anwärter bei den Landratsämtern
(Kap. 03 09 Tit. 422 21)
Drs. 17/3347</p> <p>11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Umsetzung von Stellen an die unteren Naturschutzbehörden
(Kap. 03 09 Tit. 422 01, Kap. 03 80 Tit. 422 01)
Drs. 17/3401</p> <p>12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verkleinerung des Landesamts für Verfassungsschutz - Umschichtung der Mittel zur Landespolizei zur Bekämpfung der Cyber-Kriminalität
(Kap. 03 15 Tit. 422 01 und 534 01, Kap. 03 18 Tit. 422 01 und 525 71)
Drs. 17/3402</p> |
|--|--|

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Neue Planstellen für die Bekämpfung von Cyberkriminalität (Dezernat 54)
(Kap. 03 17 Tit. 422 01 und Tit. 428 01 sowie Kap. 03 02 Tit. 461 01)
Drs. 17/3419
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zusätzliche Polizistenstellen für die neuen Erstaufnahmeeinrichtungen
(Kap. 03 18 Tit. 422 01)
Drs. 17/3328
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Annette Karl, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: 6 zusätzliche Stellen für Prävention und Drogenbekämpfung
(Kap. 03 18 Tit. 422 01)
Drs. 17/3420
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erwerb von Dienstfahrzeugen für die Landespolizei
(Kap. 03 18 Tit. 811 01)
Drs. 17/3421
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Keine Finanzierung der Sicherheitswacht
(Kap. 03 18 TG 76)
Drs. 17/3403
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Sicherheitswacht
(Kap. 03 18 TG 76)
Drs. 17/3348
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zusätzliche Ausbildungskapazitäten für Polizeidienstanfänger
(Kap. 03 18 Tit. 710 00)
Drs. 17/3329
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Neubau des Polizeigebäudes in Kaufbeuren
(Kap. 03 18 Tit. 710 00)
Drs. 17/3330
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Neubau des Polizeigebäudes in Passau bereits im Jahr 2015
(Kap. 03 18 Tit. 710 00)
Drs. 17/3331
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: 100 neue Planstellen für die Mobile Reserve
(Kap. 03 20 Tit. 422 01; Kap. 03 02 Tit. 461 01)
Drs. 17/3349
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zusätzliche Stellen für Polizeidienstanfänger
(Kap. 03 20 Tit. 422 21)
Drs. 17/3332
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Herbert Kränzlein, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Fahrsicherheitstrainingszentrum der Polizei - Änderung der Zweckbestimmung
(Kap. 03 20 Anlage S Tit. 710 30)
Drs. 17/3422

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von Fahrzeug- und Gerätebeschaffungen u.ä.
(Kap. 03 23 Tit. 883 01)
Drs. 17/3423

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 03 A wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 03 A in seiner 43. Sitzung am 22. Oktober 2014 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
mit den in I. enthaltenen Änderungen
Zustimmung empfohlen.

Peter Winter
Vorsitzender

Anlage

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Doppelhaushalt 2015/2016

zum

Entwurf des Einzelplans 03 A

Staatsministerium des Innern,
für Bau und Verkehr
- Allgemeine Innere Verwaltung -

03 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2015 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2015 Tsd. €	A Bisheriger Betrag 2016 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2016 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
	Einnahmen				
	Titelgruppen				
	78 - 81 G7-Gipfel 2015 <i>Die Mehreinnahmen erhöhen die Ausgabebe- fugnis der TG 78-81.</i>				
124 78- 6 042	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	A --- B ---	---	A --- B ---	---
231 78- 6 042	Erstattungen vom Bund	A 35.000,0 B	35.000,0	A --- B	---
	Summe der Titelgruppe	A 35.000,0 B -	35.000,0	A 0,0 B -	-
	Gesamteinnahmen	A 37.935,8 B -	37.935,8	A 2.935,8 B -	2.935,8
	Ausgaben				
	78 - 81 G7-Gipfel 2015 <i>Vermerk unverändert.</i>				
526 81- 5 042	Kosten für Sachverständige (BOS Funk)	A 3.735,0 B +500,0	4.235,0	A --- B	---
534 81- 5 042	Vergabe von Aufträgen zur Ertüchtigung des BOS-Digitalfunks	A 50,0 B +1.000,0	1.050,0	A --- B	---
633 80- 6 042	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Ge- meindeverbände für Zwecke des Brandschutzes	A 2.540,0 B -1.000,0	1.540,0	A --- B	---
887 81- 8 045	Zuweisung für Investitionen bei der Anbin- dung/Anpassung der Integrierten Leitstellen (BOS-Funk)	A 1.030,0 B -500,0	530,0	A --- B	---
	Summe der Titelgruppe	A 80.050,0 B -	80.050,0	A 0,0 B -	-
	Gesamtausgaben	A 261.191,1 B -	261.191,1	A 183.528,2 B -	183.528,2

Erläuterungen

Zu 03 03/78 (Einnahmen)

Die Beteiligung des Bundes an den Vorbereitungs- und Einsatzkosten für den G7-Gipfel 2015 auf Schloss Elmau ist bei Kap. 03 03 Tit. 231 78 vorläufig mit 35,0 Mio. € als Einnahme veranschlagt. Der Bundesbeitrag ist jedoch erst noch abschließend mit dem Bund zu verhandeln. Evt. Mehreinnahmen bei der TG 78-81 erhöhen die Ausgabebefugnis bei den Gipfelkosten.

Zu 03 03/526 81

Mehr 500,0 Tsd. € wegen höheren Bedarfs für externe Sachverständige und Funkmessungen.

Zu 03 03/534 81

Mehr 1.000,0 Tsd. € für zusätzlich erforderliche Aufträge beim Netzaufbau für den BOS-Digitalfunk im Einsatzgebiet des G7-Gipfels.

Zu 03 03/633 80

Weniger 1.000,0 Tsd. € aufgrund geringeren Förderbedarfs für Sachaufwand und Fahrzeugbeschaffung bei den nichtstaatlichen BOS.

Zu 03 03/887 81

Weniger 500,0 Tsd. € wegen geringeren Bedarfs für die Zusatzausstattung der Integrierten Leitstellen (ILS) Oberland.

03 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2015 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2015 Tsd. €	A Bisheriger Betrag 2016 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2016 Tsd. €
		3	4	5	6
	Abschluss				
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schul- dendienst u. dgl.	A 2.602,0 B -	2.602,0	A 2.602,0 B -	2.602,0
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 35.333,8 B -	35.333,8	A 333,8 B -	333,8
	Gesamteinnahmen	A 37.935,8 B -	37.935,8	A 2.935,8 B -	2.935,8
	Personalausgaben	A 8.027,2 B -	8.027,2	A 5.848,3 B -	5.848,3
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A 68.288,3 B +1.500,0	69.788,3	A 27.121,3 B -	27.121,3
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 77.568,4 B -1.000,0	76.568,4	A 57.853,8 B -	57.853,8
	Baumaßnahmen	A 11.612,5 B -	11.612,5	A 5.322,0 B -	5.322,0
	Sonstige Sachinvestitionen	A 33.422,2 B -	33.422,2	A 37.415,3 B -	37.415,3
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A 62.272,5 B -500,0	61.772,5	A 49.967,5 B -	49.967,5
	Gesamtausgaben	A 261.191,1 B -	261.191,1	A 183.528,2 B -	183.528,2
	Zuschuss	A 223.255,3	223.255,3	A 180.592,4	180.592,4

03 23 Brandschutz

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2015	Neuer Betrag 2015	A Bisheriger Betrag 2016	Neuer Betrag 2016
		B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €		B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	
1	2	3	4	5	6
	Ausgaben				
	Investitionsförderungsmaßnahmen				
883 01- 7 044	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von Fahrzeug- und Gerätebeschaffungen u.ä. <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um</i> - die Mehreinnahmen und Minderausgaben der Kap. 03 23 und 03 26 und - die Mehreinnahmen aus der Feuerschutzsteuer bei Kap. 13 01 Tit. 059 01. <i>Die Ausgabebefugnis vermindert sich um</i> - die Mindereinnahmen bei Kap. 03 23 und 03 26 und - die Mindereinnahmen aus der Feuerschutzsteuer bei Kap. 13 01 Tit. 059 01. <i>Diese Mindereinnahme ist als Vorgriff auf die Mittel des folgenden Haushaltsjahres zu behandeln. Hierfür ist ein Verfahren nach Art. 37 BayHO nicht erforderlich.</i> <i>Aus dem Ansatz dürfen auch die gemeinsam bewirtschafteten Personalausgaben des Kap. 03 26 verstärkt werden.</i> <i>Im Übrigen vgl. Vermerk bei Anlage S Kap. 03 26 Tit. 710 01, 740 02 und 745 01, Kap. 03 03 Tit. 633 80 und 631 85, Kap. 03 23 Tit. 526 11 und 883 02, Kap. 03 24 Tit. 685 01, 812 01, 812 02, 883 01, 883 02, 894 02 und 887 89, Kap. 03 26 Tit. 518 01, 519 01, 532 01, 671 01, 701 01 und 821 01.</i> Verpflichtungserm. 2015 Tsd. € 25.000,0 Verpflichtungserm. 2016 Tsd. € 25.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.	A 24.961,5 B -90,0	24.871,5	A 26.800,9 B -90,0	26.710,9
	Gesamtausgaben	A 45.961,3 B -90,0	45.871,3	A 46.524,7 B -90,0	46.434,7

Erläuterungen

Zu 03 23/883 01

Weniger 90,0 Tsd. € zur Gegenfinanzierung der Mehrkosten bei den Erstattungen an Lehrgangsteilnehmer der Feuerweherschulen (Kap. 03 26 Tit. 671 01).

03 23 Brandschutz

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2015	Neuer Betrag 2015	A Bisheriger Betrag 2016	Neuer Betrag 2016
		B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Tsd. €	B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Tsd. €
1	2	3	4	5	6
	Abschluss				
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schul- dendienst u. dgl.	A 42,0 B -	42,0	A 42,0 B -	42,0
	Gesamteinnahmen	A 42,0 B -	42,0	A 42,0 B -	42,0
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A 899,0 B -	899,0	A 903,0 B -	903,0
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 3.120,8 B -	3.120,8	A 2.820,8 B -	2.820,8
	Baumaßnahmen	A 980,0 B -	980,0	A 0,0 B -	-
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A 40.961,5 B -90,0	40.871,5	A 42.800,9 B -90,0	42.710,9
	Gesamtausgaben	A 45.961,3 B -90,0	45.871,3	A 46.524,7 B -90,0	46.434,7
	Zuschuss	A 45.919,3	45.829,3	A 46.482,7	46.392,7
	Überschuss	B 90,0		B 90,0	

03 24 Rettungsdienst und Katastrophenschutz

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2015 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2015 Tsd. €	A Bisheriger Betrag 2016 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2016 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
	Einnahmen				
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen				
<u>236 02-</u> 8 045	Erstattungen von Sozialversicherungsträgern für die Betriebskosten für einen Behandlungskapazi- tätennachweis in den Integrierten Leitstellen <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 518 89.</i>	A B +80,0	80,0	A B +80,0	80,0
	Gesamteinnahmen	A 48,0 B +80,0	128,0	A 48,0 B +80,0	128,0
	Ausgaben				
	Titelgruppen				
	88 - 89 Einheitliche Notrufnummer 112 für Feuerwehr und Rettungsdienst <i>Vermerk unverändert.</i>				
<u>518 89-</u> 3 045	Betriebskosten für einen Behandlungskapazitä- tennachweis in den Integrierten Leitstellen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kap. 03 24 Tit. 236 02.</i>	A B +80,0	80,0	A B +80,0	80,0
	Summe der Titelgruppe	A 7.687,6 B +80,0	7.767,6	A 3.269,6 B +80,0	3.349,6
	Gesamtausgaben	A 19.405,8 B +80,0	19.485,8	A 14.930,9 B +80,0	15.010,9

Erläuterungen

Zu 03 24/236 02

Die Betriebskosten für einen Behandlungskapazitätenachweis in den Integrierten Leitstellen werden durch die Sozialversicherungsträger erstattet (siehe auch Erläuterungen zu Tit. 518 89).

Zu 03 24/518 89

Betriebskosten für einen Behandlungskapazitätenachweis in den Integrierten Leitstellen. Die Kosten werden von der Arbeitsgemeinschaft der Krankenkassenverbände in Bayern erstattet.

03 24 Rettungsdienst und Katastrophenschutz

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2015	Neuer Betrag 2015	A Bisheriger Betrag 2016	Neuer Betrag 2016
		B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €		B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	
1	2	3	4	5	6
	Abschluss				
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 48,0 B +80,0	128,0	A 48,0 B +80,0	128,0
	Gesamteinnahmen	A 48,0 B +80,0	128,0	A 48,0 B +80,0	128,0
	Personalausgaben	A 48,0 B -	48,0	A 48,0 B -	48,0
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A 1.165,1 B +80,0	1.245,1	A 878,0 B +80,0	958,0
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 3.041,0 B -	3.041,0	A 3.041,0 B -	3.041,0
	Sonstige Sachinvestitionen	A 3.093,1 B -	3.093,1	A 3.093,1 B -	3.093,1
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A 12.058,6 B -	12.058,6	A 7.870,8 B -	7.870,8
	Gesamtausgaben	A 19.405,8 B +80,0	19.485,8	A 14.930,9 B +80,0	15.010,9
	Zuschuss	A 19.357,8	19.357,8	A 14.882,9	14.882,9

03 26 Feuerweherschulen

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2015 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2015 Tsd. €	A Bisheriger Betrag 2016 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2016 Tsd. €
		3	4	5	6
	Ausgaben				
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				
671 01- 6 044	Erstattungen an Lehrgangsteilnehmer <i>Deckungsfähig zu Lasten Kap. 03 23 Tit. 883 01.</i>	A 460,0 B +90,0	550,0	A 460,0 B +90,0	550,0
	Gesamtausgaben	A 21.038,7 B +90,0	21.128,7	A 20.475,3 B +90,0	20.565,3
	Abschluss				
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schul- dendienst u. dgl.	A 390,0 B -	390,0	A 390,0 B -	390,0
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 500,0 B -	500,0	A 500,0 B -	500,0
	Gesamteinnahmen	A 890,0 B -	890,0	A 890,0 B -	890,0
	Personalausgaben	A 8.454,7 B -	8.454,7	A 9.044,3 B -	9.044,3
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A 7.624,0 B -	7.624,0	A 7.114,0 B -	7.114,0
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 460,0 B +90,0	550,0	A 460,0 B +90,0	550,0
	Baumaßnahmen	A 1.050,0 B -	1.050,0	A 700,0 B -	700,0
	Sonstige Sachinvestitionen	A 3.450,0 B -	3.450,0	A 3.157,0 B -	3.157,0
	Gesamtausgaben	A 21.038,7 B +90,0	21.128,7	A 20.475,3 B +90,0	20.565,3
	Zuschuss	A 20.148,7 B 90,0	20.238,7	A 19.585,3 B 90,0	19.675,3

03 26
Feuerweherschulen

Erläuterungen

Zu 03 26/671 01

Kosten der An- und Rückreise der von den Freiwilligen Feuerwehren entsandten Lehrgangsteilnehmer.
Mehr 90 Tsd. € wegen Steigerung der Lehrgangszahlen, höheren Teilnehmerzahlen und höheren Fahrtkosten.

Epl. 03A Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr - Allgemeine Innere Verwaltung -

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2015	Neuer Betrag 2015	A Bisheriger Betrag 2016	Neuer Betrag 2016
		B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €		B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	
1	2	3	4	5	6
	Abschluss Epl. 03A				
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schul- dendienst u. dgl.	A 448.982,7 B -	448.982,7	A 449.065,4 B -	449.065,4
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 37.578,5 B +80,0	37.658,5	A 2.578,5 B +80,0	2.658,5
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuwei- sungen und Zuschüssen für Investitionen, beson- dere Finanzierungseinnahmen	A 2.981,1 B -	2.981,1	A 3.046,3 B -	3.046,3
	Gesamteinnahmen	A 489.542,3 B +80,0	489.622,3	A 454.690,2 B +80,0	454.770,2
	Personalausgaben	A 3.307.995,7 B -	3.307.995,7	A 3.409.933,8 B -	3.409.933,8
	Sächliche Verwaltungsausgaben <i>Verpflichtungserm. 2015 Tsd. € 71.409,8</i> <i>Verpflichtungserm. 2016 Tsd. € 34.693,6</i>	A 385.788,3 B +1.580,0	387.368,3	A 345.740,4 B +80,0	345.820,4
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 89.748,1 B -910,0	88.838,1	A 69.795,2 B +90,0	69.885,2
	Baumaßnahmen <i>Verpflichtungserm. 2015 Tsd. € 71.712,2</i> <i>Verpflichtungserm. 2016 Tsd. € 68.635,6</i>	A 72.096,7 B -	72.096,7	A 71.265,2 B -	71.265,2
	Sonstige Sachinvestitionen <i>Verpflichtungserm. 2015 Tsd. € 30.834,2</i> <i>Verpflichtungserm. 2016 Tsd. € 28.926,0</i>	A 82.870,8 B -	82.870,8	A 85.057,3 B -	85.057,3
	Investitionsförderungsmaßnahmen <i>Verpflichtungserm. 2015 Tsd. € 71.717,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2016 Tsd. € 49.018,9</i>	A 115.292,6 B -590,0	114.702,6	A 100.639,2 B -90,0	100.549,2
	Besondere Finanzierungsausgaben	A -8.606,6 B -	-8.606,6	A -8.606,6 B -	-8.606,6
	Gesamtausgaben	A 4.045.185,6 B +80,0	4.045.265,6	A 4.073.824,5 B +80,0	4.073.904,5
	Zuschuss	A 3.555.643,3	3.555.643,3	A 3.619.134,3	3.619.134,3



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und
Finanzfragen

Haushaltsplan 2015/2016
Einzelplan 03 B für den Geschäftsbereich des
Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für
Bau und Verkehr - Staatsbauverwaltung -

Berichtersteller: **Georg Winter**
Mitberichtersteller: **Alexander Muthmann**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

Bei Kap. 03 66 (Verkehrswesen) werden

1. in TG 58 (Ergänzende ÖPNV-Maßnahmen) eine Erweiterung der Zweckbestimmung der Titel um "Pilotprojekte landkreisübergreifender Expressverbindungen im Omnibusverkehr" vorgenommen,
2. ein neuer Tit. 892 75 "Kofinanzierung von EU-Planungsmitteln für transeuropäische Verkehrsnetze" ausgebracht und in
2015 mit 3.000.000,-- € dotiert.

Die Verpflichtungsermächtigung 2016 wird fällig frühestens in
2017 3.000.000,-- € und

3. ein neuer Tit. 892 76 "Planungsmaßnahmen für barrierefreie Bahnhöfe" ausgebracht und in
2015 mit 1.000.000,-- € dotiert.

Ferner werden die Ansätze und Vermerke bei Kap. 03 62 entsprechend der **Nachschubliste der Staatsregierung** geändert (Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund dieser Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter Winter u.a. CSU
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erweiterung der Zweckbestimmung der Titel in der TG 58 im Kap. 03 66 um Pilotprojekte landkreisübergreifender Expressverbindungen im Omnibusverkehr (Kap. 03 66 TG 58)
Drs. 17/3386
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter Winter u.a. CSU
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verstärkung der Mittel für den Schienen-
ausbau in Bayern - Kofinanzierung von EU-
Planungsmitteln für transeuropäische Verkehrsnetze
(Kap. 03 66 Tit. 892 75)
Drs. 17/3387
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verstärkung der Mittel für den Schienen-
ausbau in Bayern - Planungsmaßnahmen für
barrierefreie Bahnhöfe
(Kap. 03 66 Tit. 892 76)
Drs. 17/3388

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhöhung der Mittel für energetische Sanierungen staatlicher Gebäude aller Einzelpläne
(Kap. 03 63 Tit. 701 48)
Drs. 17/3333
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmар Halbleib, Natascha Kohnen, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Versteckte Verschuldung reduzieren: Verstärkte energetische Sanierung staatlicher Gebäude
(Kap. 03 63 Tit. 701 48)
Drs. 17/3350
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Energiewende auch im Wärmebereich: Deutliche Erhöhung der Ausgaben für energetische Sanierung staatlicher Gebäude aller Einzelpläne
(Kap. 03 63 Tit. 701 48)
Drs. 17/3404
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmар Halbleib, Dr. Paul Wengert, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Versteckte Verschuldung reduzieren: Verstärkungsmittel für staatliche Hochbaumaßnahmen
(Kap. 03 63 neuer Tit.)
Drs. 17/3351
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhöhung der Mittel für die Schaffung von Studentenwohnraum
(Kap. 03 64 Tit. 893 68)
Drs. 17/3334
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmар Halbleib, Natascha Kohnen, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung des Studentenwohnraumbaus
(Kap. 03 64 Tit. 893 68)
Drs. 17/3352
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Wohnraumförderung – Mehr Mittel für gutes bezahlbares Wohnen im Freistaat
(Kap. 03 64 Tit. 863 69 und 863 68)
Drs. 17/3405
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmар Halbleib, Andreas Lotte, Angelika Weikert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Landesmittel zur Förderung von Wohnraumbau und von Behindertenwohnraumbau
(Kap. 03 64 Tit. 863 69 und 863 66)
Drs. 17/3424
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Ländlichen Raum stärken - Bayerisches Städtebauförderungsprogramm aufstocken
(Kap. 03 65 Tit. 883 82)
Drs. 17/3406
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Aufstockung des Programms „Soziale Stadt“
(Kap. 03 65 Tit. 883 83)
Drs. 17/3407
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmар Halbleib, Bernhard Roos, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Ausbildungsverkehr im ÖPNV für die Kommunen zukunftsfähig machen
(Kap. 03 66 Tit. 633 72)
Drs. 17/3353

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Keine weitere Förderung des Nahluftverkehrs und des Flugwesens
(Kap. 03 66 TG 74)
Drs. 17/3408
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Bernhard Roos, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Leistungen für den Probetrieb auf nicht im Schienenpersonennahverkehr bedienten Eisenbahnstrecken
(Kap. 03 67 Tit. 682 13)
Drs. 17/3425
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Barrierefreie Bahnhöfe
(Kap. 03 67 neuer Tit.)
Drs. 17/3411
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Keine Vorfinanzierung von Zuschüssen aus dem GVFG-Bundesprogramm für den Neubau der 2. Stammstrecke der S-Bahn München
(Kap. 03 67 Tit. 861 03)
Drs. 17/3409
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Keine Leistungen für die Finanzierung der 2. S-Bahn Stammstrecke in München
(Kap. 03 67 Tit. 892 05)
Drs. 17/3410
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsen Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen
(Kap. 03 80 Tit. 750 00)
Drs. 17/3335
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Bernhard Roos, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Nachhaltigere Erhöhung der Mittel für den Staatsstraßenbau inklusive Radwege entlang Staatsstraßen und Instandsetzung von Brücken
(Kap. 03 80 Tit. 750 00 sowie Anl. A Tit. 770 06 und Tit. 772 08)
Drs. 17/3354
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Keine Mittel für den Staatsstraßenneubau
(Kap. 03 80 Tit. 750 00 und 770 06)
Drs. 17/3412
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Staatliche Bauämter: Kürzung der Vergabe von Ingenieurleistungen, Fachplanungen und Entwurfsbearbeitung an Staatsstraßen
(Kap. 03 80 Tit. 773 71)
Drs. 17/3413

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 03 B wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen.
Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 03 B in seiner 43. Sitzung am 22. Oktober 2014 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
mit den in I. enthaltenen Änderungen
Zustimmung empfohlen.

Peter Winter
Vorsitzender

Anlage

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Doppelhaushalt 2015/2016

zum

Entwurf des Einzelplans 03 B

Staatsministerium des Innern,
für Bau und Verkehr
- Staatsbauverwaltung -

03 62 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 03 B - Staatsbauverwaltung -

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2015 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2015 Tsd. €	A Bisheriger Betrag 2016 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2016 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
	Ausgaben				
	Sonstige Sachinvestitionen				
815 02- 7 011	Erwerb von Software für das Haushaltsverfahren HASTA Verpflichtungserm. 2015 Tsd. € 21.500,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.	A 1.010,7 B	1.010,7	A 1.010,7 B	1.010,7
	Gesamtausgaben	A 97.449,1 B -	97.449,1	A 102.982,2 B -	102.982,2
	Abschluss				
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schul- dendienst u. dgl.	A 790,0 B -	790,0	A 790,0 B -	790,0
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 50,0 B -	50,0	A 50,0 B -	50,0
	Gesamteinnahmen	A 840,0 B -	840,0	A 840,0 B -	840,0
	Personalausgaben	A 77.252,9 B -	77.252,9	A 82.858,1 B -	82.858,1
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A 13.958,6 B -	13.958,6	A 13.988,6 B -	13.988,6
	Baumaßnahmen	A 1.108,8 B -	1.108,8	A 1.081,7 B -	1.081,7
	Sonstige Sachinvestitionen	A 5.127,7 B -	5.127,7	A 5.052,7 B -	5.052,7
	Besondere Finanzierungsausgaben	A 1,1 B -	1,1	A 1,1 B -	1,1
	Gesamtausgaben	A 97.449,1 B -	97.449,1	A 102.982,2 B -	102.982,2
	Zuschuss	A 96.609,1	96.609,1	A 102.142,2	102.142,2

03 62

Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 03 B - Staatsbauverwaltung -

Erläuterungen

Zu 03 62/815 02

Die Verpflichtungsermächtigung ist für den Erwerb von Software für das Haushaltsverfahren HASTA erforderlich. Zum einen konnte aufgrund der langen Dauer des Verhandlungsverfahrens die bereits im 2. Nachtragshaushalt 2014 ausgebrachte Verpflichtungsermächtigung von 11,5 Mio. € nicht in Anspruch genommen werden und zum anderen haben sich wegen zukünftiger Lizenz- und Wartungskosten Mehrkosten ergeben.

Epl. 03B Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr - Staatsbauverwaltung -

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2015 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2015 Tsd. €	A Bisheriger Betrag 2016 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2016 Tsd. €
		3	4	5	6
	Abschluss Epl. 03B				
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schul- dendienst u. dgl.	A 102.973,0 B -	102.973,0	A 103.323,0 B -	103.323,0
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 1.342.612,0 B -	1.342.612,0	A 1.359.028,0 B -	1.359.028,0
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuwei- sungen und Zuschüssen für Investitionen, beson- dere Finanzierungseinnahmen	A 223.401,0 B -	223.401,0	A 183.738,0 B -	183.738,0
	Gesamteinnahmen	A 1.668.986,0 B -	1.668.986,0	A 1.646.089,0 B -	1.646.089,0
	Personalausgaben	A 476.065,8 B -	476.065,8	A 491.270,1 B -	491.270,1
	Sächliche Verwaltungsausgaben <i>Verpflichtungserm. 2015 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2016 Tsd. € 2.000,0</i>	A 171.339,6 B -	171.339,6	A 171.724,6 B -	171.724,6
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen <i>Verpflichtungserm. 2015 Tsd. € 6.225.218,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2016 Tsd. € 7.066.730,0</i>	A 1.240.397,3 B -	1.240.397,3	A 1.273.696,3 B -	1.273.696,3
	Baumaßnahmen <i>Verpflichtungserm. 2015 Tsd. € 115.839,7</i> <i>Verpflichtungserm. 2016 Tsd. € 107.541,2</i>	A 404.123,6 B -	404.123,6	A 411.056,2 B -	411.056,2
	Sonstige Sachinvestitionen <i>Verpflichtungserm. 2015 Tsd. € 27.500,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2016 Tsd. € 6.000,0</i>	A 22.694,7 B -	22.694,7	A 22.603,7 B -	22.603,7
	Investitionsförderungsmaßnahmen <i>Verpflichtungserm. 2015 Tsd. € 877.838,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2016 Tsd. € 413.838,0</i>	A 412.713,0 B -	412.713,0	A 375.815,0 B -	375.815,0
	Besondere Finanzierungsausgaben	A 1,1 B -	1,1	A 1,1 B -	1,1
	Gesamtausgaben	A 2.727.335,1 B -	2.727.335,1	A 2.746.167,0 B -	2.746.167,0
	Zuschuss	A 1.058.349,1 B -	1.058.349,1	A 1.100.078,0 B -	1.100.078,0

Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4428 des HA vom 05.11.2014

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und
Finanzfragen

Haushaltsplan 2015/2016

Einzelplan 08 für den Geschäftsbereich des Baye-
rischen Staatsministeriums für Ernährung, Land-
wirtschaft und Forsten

Berichterstatter:
Mitberichterstatter:

Heinrich Rudrof
Bernhard Pohl

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Än-
derungen durchgeführt werden:

1. Bei Kapitel 08 03 (Allgemeine Bewilligungen –
Bereich Landwirtschaft) wird
 - a) bei Tit. 892 55 (Zuschüsse für Investitio-
nen im Rahmen des integrierten Entwick-
lungsprogramms für den Weinbau) der
Ansatz für 2015

von	0,-- €
um	500.000,-- €
auf	500.000,-- €
und	
 - b) bei Tit. 684 80 (Zuschüsse an nichtstaatli-
che Aus- und Weiterbildungseinrichtun-
gen) der Ansatz für 2015

von	1.610.000,-- €
um	380.000,-- €
auf	1.990.000,-- €
erhöht.	
2. Bei Kapitel 08 05 (Allgemeine Bewilligungen –
Bereich Forsten) wird
 - a) bei Tit. 683 85 (Zuschüsse für laufende
Zwecke) der Ansatz für 2015

von	1.200.000,-- €
um	250.000,-- €
auf	1.450.000,-- €
und	

- b) bei Tit. 531 97 (Fachveröffentlichungen,
sonstige Veröffentlichungen sowie Staats-
preis für vorbildliche Waldbewirtschaftung)
für 2015

von	70.000,-- €
um	500.000,-- €
auf	570.000,-- €
erhöht.	

3. Bei Kapitel 08 20 (Landesanstalt für Landwirt-
schaft) wird der Ansatz für 2015 bei Tit.
701 01 (Kleine Neu-, Um- und Erweiterungs-
bauten

von	1.500.000,-- €
um	950.000,-- €
auf	2.450.000,-- €
erhöht.	

Ferner werden die Ansätze und Vermerke bei Ka-
pitel 08 03, 08 08 und 08 40 gemäß der als **Anla-
ge beigelegten Nachschubliste der Staatsre-
gierung** geändert.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermäch-
tigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesonde-
re in den Erläuterungen, der Übersicht über die
Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen
Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzel-
plans vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Num-
mern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten
Thomas Kreuzer, Karl Freller, Gu-
drun Brendel-Fischer u.a. CSU
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Allgemeine Bewilligungen - Bereich
Landwirtschaft
(Kap. 08 03 Tit. 892 55)
Drs. 17/3567
2. Änderungsantrag der Abgeordneten
Thomas Kreuzer, Karl Freller, Gu-
drun Brendel-Fischer u.a. CSU
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Allgemeine Bewilligungen - Bereich
Landwirtschaft
(Kap. 08 03 Tit. 684 80)
Drs. 17/3566

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Allgemeine Bewilligungen - Bereich Forsten
(Kap. 08 05 Tit. 683 85)
Drs. 17/3569
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Allgemeine Bewilligungen - Bereich Forsten
(Kap. 08 05 Tit. 531 97)
Drs. 17/3568
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Landesanstalt für Landwirtschaft
(Kap. 08 20 Tit. 701 01)
Drs. 17/3570

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Keine Stellenmehrung im Staatsministerium
(Kap. 08 01 Tit. 422 01)
Drs. 17/3617
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Nutzung staatlicher Schlösser
(Kap. 08 02 Tit. 981 16)
Drs. 17/3618
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Aufwand für die Beteiligung am Zentralen Landwirtschaftsfest
(Kap. 08 03 Tit. 540 01)
Drs. 17/3619

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Bankenvergütung
(Kap. 08 03 Tit. 547 03)
Drs. 17/3620
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Leistungs- und Qualitätsprüfungen
(Kap. 08 03 Tit. 671 03)
Drs. 17/3621
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Horst Arnold, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse zur Förderung der Landtechnik und der landwirtschaftlichen Bautechnik
(Kap. 08 03 Tit. 683 17)
Drs. 17/3757
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Pflanzenzucht
(Kap. 08 03 Tit. 683 20)
Drs. 17/3623
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Agrarmarketing
(Kap. 08 03 Tit. 683 39)
Drs. 17/3624
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Horst Arnold, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Qualitäts- und Herkunftssicherungsprogramme
(Kap. 08 03 Tit. 683 38)
Drs. 17/3758

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Pferderennen
(Kap. 08 03 Tit. 686 02)
Drs. 17/3622
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhöhung der Zuschüsse zur Bekämpfung von Tierseuchen und Maßnahmen zur Förderung der Tiergesundheit
(Kap. 08 03 Tit. 547 53)
Drs. 17/3697
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Unbefristete Stellen in der Ernährungsbildung
(Kap. 08 03 Tit. 428 59)
Drs. 17/3695
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhöhung Landesmittel LEADER Programm
(Kap. 08 03 Tit. 893 72)
Drs. 17/3699
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Unbefristete Stellen: Kormoranbeauftragte
(Kap. 08 03 Tit. 683 83)
Drs. 17/3698
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Maßnahmen zur Anpassung der Wälder an den Klimawandel verstetigen
(Kap. 08 03 Tit. 428 86 und Kap. 08 40 Tit. 422 01)
Drs. 17/3626
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Horst Arnold, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Entfristung des Personals für Maßnahmen zur Anpassung der Wälder an den Klimawandel
(Kap. 08 03 Tit. 428 86)
Drs. 17/3760
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhöhung der Mittel "Bergwaldoffensive"
(Kap. 08 03 Tit. 892 86)
Drs. 17/3700
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Alm-/Alpwegebau
(Kap. 08 03 Tit. 893 87)
Drs. 17/3627
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Kürzung der Zuschüsse für laufende Zwecke in der Tierzucht
(Kap. 08 03 Tit. 683 96)
Drs. 17/3628
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Horst Arnold, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Maßnahmen zur Förderung der Qualitätsverbesserung in der tierischen Erzeugung
(Kap. 08 03 Tit. 683 96)
Drs. 17/3761

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Vermarktung ökologisch und regional erzeugter Produkte
(Kap. 08 04 Tit. 892 14)
Drs. 17/3629
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Gewinnablieferung der Staatsforsten
(Kap. 08 05 Tit. 121 11)
Drs. 17/3630
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Baumwipfelpfad Ebrach
(Kap. 08 05 Tit. 682 01)
Drs. 17/3631
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Biologische Vielfalt
(Kap. 08 05 Tit. 547 95)
Drs. 17/3632
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Qualität der landwirtschaftlichen Ausbildung weiter sicherstellen – zusätzliche Stellen an den Landwirtschaftsschulen
(Kap. 08 40 Tit. 422 01)
Drs. 17/3701
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmarr Halbleib, Horst Arnold, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Unverantwortlichen Personalabbau stoppen - zusätzliches Personal für die Landwirtschaftsschulen
(Kap. 08 40 Tit. 422 01)
Drs. 17/3762

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zusätzliche Anwärterstellen im Bereich Forst
(Kap. 08 40 Tit. 422 21)
Drs. 17/3633
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmarr Halbleib, Horst Arnold, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Unverantwortlichen Personalabbau stoppen - zusätzliches Personal für den Forstbereich
(Kap. 08 40 Tit. 428 02)
Drs. 17/3763
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Externe Auftragsvergabe im Bereich Software
(Kap. 08 42 Tit. 534 99)
Drs. 17/3634
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erwerb von EDV-Anlagen
(Kap. 08 42 Tit. 815 99)
Drs. 17/3635

Folgende Anträge werden für erledigt erklärt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhöhung der Mittel zur Bekämpfung von Schadorganismen in der Land- und Forstwirtschaft
(Kap. 08 03 Tit. 547 05)
Drs. 17/3696

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Klimaprogramm Moorschutz
(Kap. 08 03 neuer Tit.)
Drs. 17/3625
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Horst Arnold, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung der Qualitätsverbesserung und der umweltschonenden Produktion im Pflanzenbau, Verbesserung der heimischen Eiweißversorgung
(Kap. 08 03 Tit. 683 55)
Drs. 17/3759

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 08 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen.
Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 08 in seiner 44. Sitzung am 5. November 2014 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Peter Winter
Vorsitzender

Anlage

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Doppelhaushalt 2015/2016

zum

Entwurf des Einzelplans 08

Staatsministerium für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten

08 03 Allgemeine Bewilligungen - Bereich Landwirtschaft

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2015 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2015 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2016 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2016 Tsd. €
1	2		3	4		5	6
	Ausgaben						
	Sächliche Verwaltungsausgaben						
547 05- 2 511	Bekämpfung von Schadorganismen in der Land- und Forstwirtschaft <i>Für Bekämpfungsmaßnahmen einseitig de- ckungsfähig zu Gunsten 08 02/428 11. Einseitig deckungsfähig zu Lasten TG 84 - 86 bis zu 900,0 Tsd. € jährlich. Vgl. Vermerk bei 272 42. Die Mittel sind übertragbar.</i>	A B	1.000,0 +900,0	1.900,0	A B	1.000,0 +750,0	1.750,0
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
684 01- 9 521	Zuschüsse zur Ausbildung und zum Einsatz von Dorfhelferinnen und Betriebshelfern <i>Vermerk unverändert.</i>	A B	2.957,0 -300,0	2.657,0	A B	2.957,0 -150,0	2.807,0
	Titelgruppen						
	84 - 86 Nachhaltige Erzeugung und Klima- schutz im ländlichen Raum sowie Anpassung der Wälder, der Landwirtschaft und des Wein- baus an den Klimawandel <i>Titel der Titelgruppe gegenseitig deckungsfähig und übertragbar. Aus diesen Mitteln können die einschlägigen Ansätze des Einzelplans 15 verstärkt werden. Die Ausgabebefugnis der TG 86 erhöht sich um die Isteinnahme bei 119 21. Vgl. Vermerk bei Tit. 547 05.</i>						
	Summe der Titelgruppe	A B	11.265,3 -	11.265,3	A B	11.965,3 -	11.965,3
	Gesamtausgaben	A B	490.723,0 +600,0	491.323,0	A B	465.692,6 +600,0	466.292,6

Erläuterungen

Zu 08 03/547 05

Das Befallsgebiet im Landkreis München hat sich erweitert. Um eine weitere Ausbreitung zu verhindern, sind zusätzliche Sachmittel für das Monitoring und für Bekämpfungsmaßnahmen erforderlich.

2015:

300,0 Tsd. €	mehr wegen Umsetzung von Kap. 08 03 Tit. 684 01
300,0 Tsd. €	mehr wegen Umsetzung von Kap. 08 08 Tit. 542 02
300,0 Tsd. €	mehr wegen Umsetzung von Kap. 08 40 Tit. 518 01
900,0 Tsd. €	mehr.

2016:

150,0 Tsd. €	mehr wegen Umsetzung von Kap. 08 03 Tit. 684 01,
300,0 Tsd. €	mehr wegen Umsetzung von Kap. 08 08 Tit. 542 02,
300,0 Tsd. €	mehr wegen Umsetzung von Kap. 08 40 Tit. 518 01,
750,0 Tsd. €	mehr.

Zu 08 03/684 01**2015:**

Weniger 300,0 Tsd. € wegen Umsetzung nach Kap. 08 03 Tit. 547 05.

2016:

Weniger 150,0 Tsd. € wegen Umsetzung nach Kap. 08 03 Tit. 547 05.

Zu 08 03/TG 84-86

Ergänzung des Haushaltsvermerks.

08 03 Allgemeine Bewilligungen - Bereich Landwirtschaft

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2015		Neuer Betrag 2015		A Bisheriger Betrag 2016		Neuer Betrag 2016	
		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €		Tsd. €	B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €		Tsd. €
1	2	3		4		5		6	
	Abschluss								
	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	A	2.805,0		2.805,0	A	2.805,0		2.805,0
		B	-			B	-		
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schul- dendienst u. dgl.	A	2.505,5		2.505,5	A	2.505,5		2.505,5
		B	-			B	-		
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A	261.450,9		261.450,9	A	161.949,1		161.949,1
		B	-			B	-		
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuwei- sungen und Zuschüssen für Investitionen, beson- dere Finanzierungseinnahmen	A	38.000,0		38.000,0	A	104.000,0		104.000,0
		B	-			B	-		
	Gesamteinnahmen	A	304.761,4		304.761,4	A	271.259,6		271.259,6
		B	-			B	-		
	Personalausgaben	A	7.284,9		7.284,9	A	7.284,9		7.284,9
		B	-			B	-		
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A	14.346,2		15.246,2	A	16.224,8		16.974,8
		B	+900,0			B	+750,0		
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A	310.471,3		310.171,3	A	319.730,8		319.580,8
		B	-300,0			B	-150,0		
	Sonstige Sachinvestitionen	A	183,2		183,2	A	183,2		183,2
		B	-			B	-		
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A	158.437,4		158.437,4	A	122.268,9		122.268,9
		B	-			B	-		
	Gesamtausgaben	A	490.723,0		491.323,0	A	465.692,6		466.292,6
		B	+600,0			B	+600,0		
	Zuschuss	A	185.961,6		186.561,6	A	194.433,0		195.033,0
		B	600,0			B	600,0		

08 08 Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2015 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2015 Tsd. €	A Bisheriger Betrag 2016 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2016 Tsd. €
		3	4	5	6
	Ausgaben				
	Sächliche Verwaltungsausgaben				
542 02-9	Unternehmerleistungen soweit nicht Investitionen	A 850,0	550,0	A 850,0	550,0
531	<i>Verpflichtungserm. 2015 Tsd. € 500,0</i>	B -300,0		B -300,0	
	<i>Verpflichtungserm. 2016 Tsd. € 500,0</i>				
	<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
	Gesamtausgaben	A 9.231,1 B -300,0	8.931,1	A 9.345,0 B -300,0	9.045,0
	Abschluss				
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 83,5 B -	83,5	A 83,5 B -	83,5
	Gesamteinnahmen	A 83,5 B -	83,5	A 83,5 B -	83,5
	Personalausgaben	A 6.733,1 B -	6.733,1	A 6.847,0 B -	6.847,0
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A 2.260,6 B -300,0	1.960,6	A 2.260,6 B -300,0	1.960,6
	Sonstige Sachinvestitionen	A 237,4 B -	237,4	A 237,4 B -	237,4
	Gesamtausgaben	A 9.231,1 B -300,0	8.931,1	A 9.345,0 B -300,0	9.045,0
	Zuschuss	A 9.147,6	8.847,6	A 9.261,5	8.961,5
	Überschuss	B 300,0		B 300,0	

08 08

Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft

Erläuterungen

Zu 08 08/542 02

Weniger 300,0 Tsd. € wegen Umsetzung nach Kap. 08 03 Tit. 547 05.

08 40 Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Titel FKZ		A	Bisheriger Betrag 2015	Neuer Betrag 2015	A	Bisheriger Betrag 2016	Neuer Betrag 2016
		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	
1	2		3	4		5	6
	Ausgaben						
	Sächliche Verwaltungsausgaben						
518 01- 3 511	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	A B	4.282,0 -300,0	3.982,0	A B	4.282,0 -300,0	3.982,0
	Gesamtausgaben	A B	179.402,0 -300,0	179.102,0	A B	182.520,9 -300,0	182.220,9
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schul- dendienst u. dgl.	A B	4.350,0 -	4.350,0	A B	2.350,0 -	2.350,0
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	3.130,0 -	3.130,0	A B	3.130,0 -	3.130,0
	Gesamteinnahmen	A B	7.480,0 -	7.480,0	A B	5.480,0 -	5.480,0
	Personalausgaben	A B	157.138,4 -	157.138,4	A B	160.963,7 -	160.963,7
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	18.796,2 -300,0	18.496,2	A B	16.630,4 -300,0	16.330,4
	Baumaßnahmen	A B	2.693,8 -	2.693,8	A B	4.153,2 -	4.153,2
	Sonstige Sachinvestitionen	A B	773,6 -	773,6	A B	773,6 -	773,6
	Gesamtausgaben	A B	179.402,0 -300,0	179.102,0	A B	182.520,9 -300,0	182.220,9
	Zuschuss	A	171.922,0	171.622,0	A	177.040,9	176.740,9
	Überschuss	B	300,0		B	300,0	

08 40

Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Erläuterungen

Zu 08 40/518 01

Weniger 300,0 Tsd. € wegen Umsetzung nach Kap. 08 03 Tit. 547 05.

Epl. 08 Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2015 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2015 Tsd. €	A Bisheriger Betrag 2016 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2016 Tsd. €
		3	4	5	6
1	2	3	4	5	6
	Abschluss Epl. 08				
	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	A 4.005,0 B -	4.005,0	A 4.005,0 B -	4.005,0
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schul- dendienst u. dgl.	A 92.527,5 B -	92.527,5	A 84.537,3 B -	84.537,3
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 320.107,0 B -	320.107,0	A 220.605,2 B -	220.605,2
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuwei- sungen und Zuschüssen für Investitionen, beson- dere Finanzierungseinnahmen	A 93.174,3 B -	93.174,3	A 159.174,3 B -	159.174,3
	Gesamteinnahmen	A 509.813,8 B -	509.813,8	A 468.321,8 B -	468.321,8
	Personalausgaben	A 550.563,4 B -	550.563,4	A 569.238,1 B -	569.238,1
	Sächliche Verwaltungsausgaben <i>Verpflichtungserm. 2015 Tsd. € 12.200,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2016 Tsd. € 15.200,0</i>	A 82.107,2 B +300,0	82.407,2	A 84.623,0 B +150,0	84.773,0
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen <i>Verpflichtungserm. 2015 Tsd. € 106.585,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2016 Tsd. € 106.635,0</i>	A 407.936,0 B -300,0	407.636,0	A 411.755,5 B -150,0	411.605,5
	Baumaßnahmen <i>Verpflichtungserm. 2015 Tsd. € 13.107,2</i> <i>Verpflichtungserm. 2016 Tsd. € 12.253,6</i>	A 7.575,8 B -	7.575,8	A 10.535,2 B -	10.535,2
	Sonstige Sachinvestitionen <i>Verpflichtungserm. 2015 Tsd. € 9.373,2</i> <i>Verpflichtungserm. 2016 Tsd. € 5.658,0</i>	A 7.491,8 B -	7.491,8	A 9.873,4 B -	9.873,4
	Investitionsförderungsmaßnahmen <i>Verpflichtungserm. 2015 Tsd. € 124.570,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2016 Tsd. € 124.770,0</i>	A 269.761,3 B -	269.761,3	A 236.592,8 B -	236.592,8
	Besondere Finanzierungsausgaben	A 76,8 B -	76,8	A 76,8 B -	76,8
	Gesamtausgaben	A 1.325.512,3 B -	1.325.512,3	A 1.322.694,8 B -	1.322.694,8
	Zuschuss	A 815.698,5 B -	815.698,5	A 854.373,0 B -	854.373,0



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Staatshaushalt und
Finanzfragen**

Haushaltsplan 2015/2016

**Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des Minis-
terpräsidenten und der Staatskanzlei**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermäch-
tigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesonde-
re in den Erläuterungen, der Übersicht über die
Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen
Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzel-
plans vorzunehmen.

Berichtersteller: **Harald Kühn**
Mitberichterstatlerin: **Claudia Stamm**

Folgende Anträge werden zur **Ablehnung** emp-
fohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margare-
te Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm
u.a. und Frakti-
on (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Keine zusätzliche Stelle für den Famili-
enpakt
(Kap. 02 01 Tit. 422 01)
Drs. 17/3610
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margare-
te Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm
u.a. und Frakti-
on (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Keine unbegründete Verdoppelung von
Ausgaben in der Staatskanzlei
(Kap. 02 01 Tit. 529 01, 529 03 und 546 49)
Drs. 17/3611

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margare-
te Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze
u.a. und Frakti-
on (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Keine Sonderausgaben für den G8-Gipfel
durch die Staatskanzlei
(Kap. 02 03 Tit. 532 01)
Drs. 17/3612
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Volk-
mar Halbleib, Susann Biedefeld,
Dr. Linus Förster u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Landesmittel für die bayerischen Europe
Direct Informationszentren
(Kap. 02 03 TG 53)
Drs. 17/3735

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 02 wurde dem Ausschuss für
Staatshaushalt und Finanzfragen federführend
zugewiesen.
Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse
erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzel-
plan 02 in seiner 45. Sitzung am 6. November
2014 beraten und mit folgendem Stimmerge-
bnis:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.

Peter Winter
Vorsitzender



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Haushaltsplan 2015/2016

Einzelplan 11 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Obersten Rechnungshofs

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Berichtersteller: **Klaus Stöttner**
Mitberichtersteller: **Reinhold Strobl**

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 11 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GesO nicht
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 11 in seiner 45. Sitzung am 6. November 2014 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Peter Winter
Vorsitzender

Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4602 des HA vom 11.11.2014

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Haushaltsplan 2015/2016

Einzelplan 01 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Landtags

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Berichterstatter: **Ernst Weidenbusch**
Mitberichterstatter: **Harald Güller**

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 01 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen.
Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 01 in seiner 47. Sitzung am 13. November 2014 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Peter Winter
Vorsitzender



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und
Finanzfragen

Haushaltsplan 2015/2016

Einzelplan 05 für den Geschäftsbereich des Baye-
rischen Staatsministeriums für Bildung und Kul-
tus, Wissenschaft und Kunst -
Bildung und Kultus –

Berichterstatte(r)in: **Reserl Sem**
Mitberichterstatte(r)in: **Claudia Stamm**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Än-
derungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 05 03 (Allgemeine Bewilligungen –
Leistungen nach dem Bayer. Schulfinanzie-
rungsgesetz)
werden die Ansätze

- a) bei Tit. 684 07 (Schulgeldersatz nach Art.
47 Abs. 3 und Abs. 4 für Schüler berufli-
cher Schulen
in 2015
- | | |
|-----|-----------------|
| von | 55.678.300,-- € |
| um | 590.000,-- € |
| auf | 56.268.300,-- € |

und in 2016

von	55.678.300,-- €
um	1.390.000,-- €
auf	57.068.300,-- €

erhöht,

- b) bei Tit. 684 08 (Schulgeldersatz nach Art.
47 Abs. 3 und Abs. 4 für Schüler an Gym-
nasien, Abendgymnasien und Kollegs)
in 2015

von	38.400.000,-- €
um	350.000,-- €
auf	38.750.000,-- €

und in 2016

von	37.900.000,-- €
um	950.000,-- €
auf	38.850.000,-- €

erhöht,

- c) bei Tit. 684 09 (Schulgeldersatz nach Art.
47 Abs. 3 und Abs. 4 für Schüler an Real-
schulen und Abendrealschulen)
in 2015

von	48.300.000,-- €
um	440.000,-- €
auf	48.740.000,-- €

und in 2016

von	47.700.000,-- €
um	1.190.000,-- €
auf	48.890.000,-- €

erhöht und

- d) bei Tit. 684 10 (Schuldgeldersatz nach Art.
47 Abs. 3 und Abs. 4 für Schüler an Freien
Waldorfschulen ab Jgst. 5)
in 2015

von	4.500.000,-- €
um	30.000,-- €
auf	4.530.000,-- €

und in 2016

von	4.600.000,-- €
um	80.000,-- €
auf	4.680.000,-- €

erhöht und

- e) bei Tit. 893 61 (Ersatz der notwendigen
Kosten genehmigter Baumaßnahmen und
größerer Instandsetzungen) wird folgender
Haushaltsvermerk ausgebracht:
„Rückflüsse können auch nach Abschluss
des Haushaltsjahres von der Ausgabe ab-
gesetzt werden.“

2. Bei Kap. 05 04 (Allgemeine Bewilligungen – Unterricht und Erziehung (ohne Leistungen nach dem Bayer. Schulfinanzierungsgesetz) werden die Ansätze

- a) bei Tit. 681 07 (Förderung außerunterrichtlicher Leistungen von Schülern aller Schularten und von besonders kreativen und innovativen Projekten mit Schulen) in 2015 und 2016

von	933.300,-- €
um	25.000,-- €
auf	958.300,-- €

erhöht,

- b) bei Tit. 684 02 (Zuschüsse für Jugendkunstschulen) in 2015 und 2016

von	68.000,-- €
um	25.000,-- €
auf	93.000,-- €

erhöht,

- c) bei TG 69 (Ausgaben für offene und gebundene Ganztagschulen) in 2015

von	133.985.800,-- €
um	14.835.900,-- €
auf	148.821.700,-- €

und in 2016

von	133.985.800,-- €
um	36.416.100,-- €
auf	170.401.900,-- €

erhöht und

folgender Sperrvermerk ausgebracht, der die Leistung der Ausgaben für die Einführung der offenen Ganztagschule in Grund- und Förderschulbereich (Grundschulstufe) in Höhe von 9.700.000,-- € an die Einwilligung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen des Landtags knüpft:

"Die Ausgaben sind im Haushaltsjahr 2016 in Höhe von 9.700.000,-- € gesperrt. Die Leistung der Ausgaben bedarf der Einwilligung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen des Landtags."

Die titelgenaue Aufteilung der Mittel innerhalb der Titelgruppe erfolgt durch das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat in Abstimmung mit dem Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst.

- d) bei Tit. 633 69 (Ausgaben für offene und gebundene Ganztagschulen – Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände) wird folgende Verpflichtungsermächtigung ausgebracht:

"Verpflichtungsermächtigung 2016
111.000.000,-- € Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr."

- e) bei Tit. 684 90 (Bayerische Landesstelle für den Schulsport und sonstige Ausgaben für den Schulsport – Zuschüsse an Sonstige für laufende Zwecke) für 2015

von	640.000,-- €
um	100.000,-- €
auf	740.000,-- €

erhöht.

3. Bei Kap. 05 05 (Allgemeine Bewilligungen – Erwachsenenbildung und allgemeine Kulturpflege) werden die Ansätze in 2016

- a) bei Tit. 684 05 (Zuschuss für das Deutsch-Amerikanische Institut in Nürnberg)

von	144.000,-- €
um	20.000,-- €
auf	164.000,-- €

erhöht,

- b) bei Tit. 684 06 (Zuschuss an die Hanns-Seidel-Stiftung, die Georg-von-Vollmar-Akademie, die Frankenakademie Schloss Schney, die Gesellschaft für Politische Bildung – Akademie Frankenwarte das Bayerische Seminar für Politik, die Thomas-Dehler-Stiftung, an die Petra-Kelly-Stiftung – Bildungswerk für Demokratie und Ökologie in Bayern und an das Bildungswerk für Kommunalpolitik Bayern e.V.) in 2015 und 2016

von	3.188.200,-- €
um	516.100,-- €
auf	3.704.300,-- €

erhöht.

Die Erläuterung bei Tit. 684 06 ist wie folgt verbindlich zu fassen:

„Förderung der politischen Bildungseinrichtungen - Frankenakademie Schloss Schney erhält für dringende Sanierungs- und Brandschutzmaßnahmen in 2015 und 2016 jeweils 250.000,--€.“

- c) bei Tit. 894 60 (Zuschuss an die Stiftung Bayerische Gedenkstätten für Investitionen) in 2015
- | | |
|-----|----------------|
| von | 1.500.000,-- € |
| um | 300.000,-- € |
| auf | 1.800.000,-- € |
- erhöht,

- d) bei Tit. 684 81 (Zuschüsse an Sonstige) in 2015
- | | |
|-----|-----------------|
| von | 17.780.000,-- € |
| um | 1.000.000,-- € |
| auf | 18.780.000,-- € |
- erhöht und die Erläuterung bei Tit. 684.81 wie folgt verbindlich gefasst:

Von dem Erhöhungsbetrag sind jeweils 500.000,-- € zur stärkeren Förderung der Allgemeinen Erwachsenenbildung sowie zur stärkeren Förderung von Maßnahmen der Grundbildung und Alphabetisierung zu verwenden.

4. Bei Kap. 05 12 (Öffentliche Grund- und Mittelschulen) TG 51 (Ausgaben für die Mittagsbetreuung an Grundschulen) werden die Ansätze in 2015
- | | |
|-----|-----------------|
| von | 39.894.400,-- € |
| um | 5.734.900,-- € |
| auf | 45.629.300,-- € |
- und in 2016
- | | |
|-----|-----------------|
| von | 39.894.400,-- € |
| um | 9.234.900,-- € |
| auf | 49.129.300,-- € |
- erhöht.

Die titelgenaue Aufteilung der Mittel innerhalb der Titelgruppe erfolgt durch das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat in Abstimmung mit dem Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst.

5. Bei Kap. 05 13 (Öffentliche Förderschulen und Schulen für Kranke) TG 51 (Ausgaben für die Mittagsbetreuung an Förderschulen) werden die Ansätze in 2015
- | | |
|-----|----------------|
| von | 1.666.200,-- € |
| um | 365.600,-- € |
| auf | 2.031.800,-- € |
- und in 2016
- | | |
|-----|----------------|
| von | 1.666.200,-- € |
| um | 865.600,-- € |
| auf | 2.531.800,-- € |
- erhöht.

Die titelgenaue Aufteilung der Mittel innerhalb der Titelgruppe erfolgt durch das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat in Abstimmung mit dem Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst.

Ferner werden die Ansätze bei Kap. 05 03 und 05 04 mit folgender Änderung:

„Bei dem Ansatz in Kap. 05 03 Tit. 893 61 erfolgt im Haushaltsjahr 2015 keine Kürzung, stattdessen wird der Ansatz in Kap. 05 03 Tit. 681 01 im Haushaltsjahr 2015 um 170.000,-- € vermindert.“ und der Stellenplan für Kap. 05 32 entsprechend der **Nachschubliste der Staatsregierung** geändert (Anlagen 1 und 2).

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Finanzierung von Baumaßnahmen privater Grund- und Mittelschulen
(Kap. 05 03 Tit. 893 61)
Drs. 17/3803
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Schulgeldersatz
(Kap. 05 03 Tit. 684 07, 684 08, 684 09 und 684 10)
Drs. 17/3970
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Kunstgrundschulen
(Kap. 05 04 Tit. 681 07)
Drs. 17/3972

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse für Jugendkunstschulen
(Kap. 05 04 Tit. 684 02)
Drs. 17/3971
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: 1. Weiterer quantitativer Ausbau des bestehenden Ganztagskonzepts
(Kap. 05 04 TG 69, Kap. 05 12 TG 51 und Kap. 05 13 TG 51)
2. Einführung der offenen Ganztagschule im Grund- und Förderschulbereich - Grundschulstufe -
(Kap. 05 04 TG 69)
Drs. 17/4141
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschuss für das Deutsch-Amerikanische Institut in Nürnberg
(Kap. 05 05 Tit. 684 05)
Drs. 17/4005
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschuss an die Stiftung Bayerische Gedenkstätten für Investitionen
(Kap. 05 05 Tit. 894 60)
Drs. 17/3974
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erwachsenenbildung
(Kap. 05 05 TG 81)
Drs. 17/3975
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung der Kooperation von Schulen und Sportvereinen durch das Modellprojekt "Sport nach 1"
(Kap. 05 04 Tit. 684 90)
Drs. 17/3973

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Notprogramm für Flüchtlingskinder an bayerischen Schulen
(Kap. 05 02 neuer Tit.)
Drs. 17/3980
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Unterrichtsangebote für Flüchtlinge und Asylbewerberinnen und -bewerber
(Kap. 05 03 neuer Tit.)
Drs. 17/4038
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Mittel zur Unterstützung der kommunalen Bildungsregionen
(Kap. 05 02 neuer Tit.)
Drs. 17/3801
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martina Fehlner, Martin Güll u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse für Medienkompetenzprojekte
(Kap. 05 02 neuer Tit.)
Drs. 17/3769
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Existenzsichernde Mindestpauschale für private Grund- und Mittelschulen
(Kap. 05 03 TG 60 - 62)
Drs. 17/3802
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Schulleitung und -verwaltung stärken
(Kap. 05 03 neuer Tit.)
Drs. 17/4039

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Claudia Stamm, Ludwig Hartmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Schulen inklusiv
(Kap. 05 03 neuer Tit.)
Drs. 17/4041
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zweitlehrkräfte für inklusiv arbeitende Schulen
(Kap. 05 03 neuer Tit.)
Drs. 17/4042
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Lehrpersonalzuschüsse für kommunale Schulen erhöhen
(Kap. 05 03 Tit. 633 82, 637 82, 633 84 und 637 84)
Drs. 17/4040
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Schulprofil Inklusion für Schulen in freier Trägerschaft
(Kap. 05 03 neue TG)
Drs. 17/4043
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Schulische Angebote zur Demokratieförderung
(Kap. 05 03 neue TG)
Drs. 17/4044
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Einführung neuer Schulmodelle
(Kap. 05 03 neue TG)
Drs. 17/4045
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmarr Halbleib, Martin Güll, Isabell Zacharias u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Jugendkunstschulen stärken
(Kap. 05 04 Tit. 684 02)
Drs. 17/3770
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Jugendkunstschulen
(Kap. 05 04 Tit. 684 02)
Drs. 17/3804
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmarr Halbleib, Martin Güll, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Ausbau der Ganztagschulen in Bayern
(Kap. 05 04 TG 69)
Drs. 17/3771
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Mittel für Ganztagschulen zur Entlastung der Kommunen
(Kap. 05 04 TG 69)
Drs. 17/3805
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Ganztagschulen eine Zukunft geben
(Kap. 05 04 TG 69)
Drs. 17/4046
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmarr Halbleib, Harald Güller, Diana Stachowitz u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse für die Zusammenarbeit von Schule und Sportverein erhöhen
(Kap. 05 04 Tit. 684 90)
Drs. 17/3772

- | | |
|--|---|
| <p>19. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martin Güll, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Schulhausinterne Lehrerfortbildung stärken
(Kap. 05 04 TG 95)
Drs. 17/3773</p> <p>20. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Lehrkräftefortbildung stärken
(Kap. 05 04 TG 95)
Drs. 17/4047</p> <p>21. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martin Güll, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Entlastung der Kommunen durch ein Sonderinvestitionsprogramm "Ganztag und Pädagogik"
(Kap. 05 04 neue TG)
Drs. 17/3774</p> <p>22. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Claudia Stamm, Ludwig Hartmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Schulbudget für externe Bildungsangebote - Prävention stärken
(Kap. 05 04 neue TG)
Drs. 17/4049</p> <p>23. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Schulsozialarbeit
(Kap. 05 04 neue TG)
Drs. 17/4048</p> <p>24. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Klaus Adelt, Martin Güll u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Deutsch-Deutsches Museum Mödlareuth
(Kap. 05 05 Tit. 883 02)
Drs. 17/3775</p> | <p>25. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martin Güll, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Institutionelle Förderung in der Erwachsenenbildung ausweiten
(Kap. 05 05 TG 81)
Drs. 17/3776</p> <p>26. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Mittel für Erwachsenenbildung stärken
(Kap. 05 05 Tit. 684 81)
Drs. 17/4050</p> <p>27. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Sonderprogramm Schule digital
(Kap. 05 neue TG)
Drs. 17/4051</p> <p>28. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Bestand des Landesmediendienstes Bayern e.V. sichern
(Kap. 05 05 neuer Tit.)
Drs. 17/4075</p> <p>29. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Integrationsförderung
(Kap. 05 neue TG)
Drs. 17/4052</p> <p>30. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Reform der Schulverwaltung
(Kap. 05 11 Tit. 422 01 und 428 01)
Drs. 17/4053</p> |
|--|---|

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zusätzliche Lehrerplanstellen an Grund- und Mittelschulen, Förderschulen, Berufsschulen, Fachoberschulen und Berufsoberschulen, Realschulen sowie Gymnasien
(Kap. 05 12, 05 13, 05 15, 05 17, 05 18 und 05 19 jeweils Tit. 422 01)
Drs. 17/3810
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Kooperation Kindergarten Grundschule nachhaltig fördern
(Kap. 05 12 Tit. 422 01)
Drs. 17/4054
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Mehr Schulpsychologinnen und -psychologen
(Kap. 05 12 Tit. 422 01)
Drs. 17/4055
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhalt und Qualitätsverbesserung kleiner Grundschulstandorte
(Kap. 05 12 Tit. 422 01)
Drs. 17/4056
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Unterrichtsversorgung plus - Lehrerreserve aufbauen
(Kap. 05 12, Kap. 05 13, Kap. 05 17, Kap. 05 18 und Kap. 05 19 jeweils neuer Tit.)
Drs. 17/4057
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Übergangsmanagement
(Kap. 05 12 neuer Tit.)
Drs. 17/3807
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Rücknahme der Kürzung für Maßnahmen zur Intensivierung der Kooperation von Kindergarten und Grundschule
(Kap. 05 12 TG 52)
Drs. 17/3808
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Mittel für die Berufsorientierung an Mittelschulen
(Kap. 05 12 Tit. 427 60)
Drs. 17/3809
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martin Güll, Angelika Weikert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Schulsozialarbeit
(Kap. 05 12 bis 05 19 Tit. 428 01)
Drs. 17/3777
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Schulsozialarbeit
(Kap. 05 12 bis 05 19)
Drs. 17/3812
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zusätzliche Verwaltungsangestellte an Schulen
(Kap. 05 12 bis 05 19 Tit. 428 01)
Drs. 17/3811

42. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Stellen für Förderlehreranwärter
(Kap. 05 12 Tit. 422 26)
Drs. 17/3806
43. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Mehr Berufsschullehrerinnen und -lehrer
(Kap. 05 15 Tit. 422 01)
Drs. 17/4058
44. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmarr Halbleib, Martin Güll, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Rückholung von 773 Stellen aus der demografischen Rendite zum 1. August 2015
(Kap. 05 21 Tit. 422 01)
Drs. 17/3778
45. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmarr Halbleib, Martin Güll, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Qualitätsverbesserungen an allen Schularten
(Kap. 05 21 Tit. 422 01 sowie Kap. 05 12 bis 05 19 Tit. 422 01)
Drs. 17/3779

II. Bericht:

6. Der Einzelplan 05 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
7. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 05 in seiner 47. Sitzung am 13. November 2014 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
- CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
- mit den in I. enthaltenen Änderungen
Zustimmung empfohlen.

Peter Winter
Vorsitzender

Anlage 1

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Doppelhaushalt 2015/2016

zum

Entwurf des Einzelplans 05

Staatsministerium für Bildung und Kultus,
Wissenschaft und Kunst
- Bildung und Kultus -

05 03 Allgemeine Bewilligungen - Leistungen nach dem Bayer. Schulfinanzierungsgesetz

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2015 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2015 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2016 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2016 Tsd. €
1	2		3	4		5	6
	Ausgaben						
	Titel der Hauptgruppe 6 des Kapitels 05 03 gegenseitig deckungsfähig ohne TG 64 - 71 sowie TG 90 - 93.						
	Titelgruppen						
	60 - 62 Ausgaben für private Grundschulen und Haupt-/ Mittelschulen						
684 61- 2 115	Förderung des Schulaufwands (ohne Kosten für Baumaßnahmen)	A B	49.621,6 +170,0	49.791,6	A B	52.519,7	52.519,7
893 61- 9 115	Ersatz der notwendigen Kosten genehmigter Baumaßnahmen und größerer Instandsetzungen <i>Vermerk unverändert.</i>	A B	8.500,0 -170,0	8.330,0	A B	8.500,0	8.500,0
	Summe der Titelgruppe	A B	137.641,6 -	137.641,6	A B	142.233,7 -	142.233,7
	Gesamtausgaben	A B	1.734.174,8 -	1.734.174,8	A B	1.756.148,3 -	1.756.148,3
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	3.100,0 -	3.100,0	A B	3.100,0 -	3.100,0
	Gesamteinnahmen	A B	3.100,0 -	3.100,0	A B	3.100,0 -	3.100,0
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A B	1.675.574,8 +170,0	1.675.744,8	A B	1.697.548,3 -	1.697.548,3
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A B	58.600,0 -170,0	58.430,0	A B	58.600,0 -	58.600,0
	Gesamtausgaben	A B	1.734.174,8 -	1.734.174,8	A B	1.756.148,3 -	1.756.148,3
	Zuschuss	A	1.731.074,8	1.731.074,8	A	1.753.048,3	1.753.048,3

05 03

Allgemeine Bewilligungen - Leistungen nach dem Bayer. Schulfinanzierungsgesetz

Erläuterungen

Zu 05 03/684 61

Mehr 170,0 Tsd. € zur Finanzierung des erhöhten Zuschusses für die Sicherheitsaufwendungen an den pädagogischen Einrichtungen der Israelitischen Kultusgemeinden München und Oberbayern.

Zu 05 03/893 61

Weniger 170,0 Tsd. € zur Gegenfinanzierung des erhöhten Zuschusses für die Sicherheitsaufwendungen an den pädagogischen Einrichtungen der Israelitischen Kultusgemeinden München und Oberbayern.

05 04 Allgemeine Bewilligungen - Unterricht und Erziehung (ohne Leistungen nach dem Bayer. Schulfinanzierungsgesetz)

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2015 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2015 Tsd. €	A Bisheriger Betrag 2016 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2016 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
	Ausgaben				
	Sächliche Verwaltungsausgaben				
531 22- 3 129	Kosten für das deutsch-polnische Geschichtsbuch	A 41,5 B +6,0	47,5	A 41,5 B	41,5
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				
681 06- 1 141	Zuschüsse für die Heimunterbringung von Schülern, Leistungen aufgrund aufgelöster Sondervermögen sowie Preise für Berufs- und Berufsfachschüler	A 116,3 B -6,0	110,3	A 116,3 B	116,3
	Gesamtausgaben	A 297.508,7 B -	297.508,7	A 301.826,3 B -	301.826,3
	Abschluss				
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 350,0 B -	350,0	A 350,0 B -	350,0
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 48.030,4 B -	48.030,4	A 52.518,7 B -	52.518,7
	Gesamteinnahmen	A 48.380,4 B -	48.380,4	A 52.868,7 B -	52.868,7
	Personalausgaben	A 129.838,6 B -	129.838,6	A 131.191,2 B -	131.191,2
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A 9.326,9 B +6,0	9.332,9	A 11.606,9 B -	11.606,9
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 158.328,8 B -6,0	158.322,8	A 159.013,8 B -	159.013,8
	Sonstige Sachinvestitionen	A 14,4 B -	14,4	A 14,4 B -	14,4
	Gesamtausgaben	A 297.508,7 B -	297.508,7	A 301.826,3 B -	301.826,3
	Zuschuss	A 249.128,3	249.128,3	A 248.957,6	248.957,6

05 04

Allgemeine Bewilligungen - Unterricht und Erziehung (ohne Leistungen nach dem Bayer. Schulfinanzierungsgesetz)

Erläuterungen

Zu 05 04/531 22

Mehr 6,0 Tsd. € wegen Erhöhung des Anteils des Freistaats Bayern für die Kosten des deutsch-polnischen Geschichtsbuchs.

Zu 05 04/681 06

Weniger 6,0 Tsd. € zur Gegenfinanzierung der Mehrkosten für das deutsch-polnische Geschichtsbuch.

Epl. 05 Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst - Bildung und Kultus -

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2015	Neuer Betrag 2015	A Bisheriger Betrag 2016	Neuer Betrag 2016
		B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Tsd. €	B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Tsd. €
1	2	3	4	5	6
	Abschluss Epl. 05				
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schul- dendienst u. dgl.	A 13.652,2 B -	13.652,2	A 13.692,1 B -	13.692,1
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 55.030,0 B -	55.030,0	A 56.218,3 B -	56.218,3
	Gesamteinnahmen	A 68.682,2 B -	68.682,2	A 69.910,4 B -	69.910,4
	Personalausgaben	A 8.952.865,4 B -	8.952.865,4	A 9.218.697,4 B -	9.218.697,4
	<i>Verpflichtungserm. 2015 Tsd. €</i> 4.330,0				
	<i>Verpflichtungserm. 2016 Tsd. €</i> 5.447,2				
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A 70.604,4 B +6,0	70.610,4	A 72.235,8 B -	72.235,8
	<i>Verpflichtungserm. 2015 Tsd. €</i> 2.300,0				
	<i>Verpflichtungserm. 2016 Tsd. €</i> 3.300,0				
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 2.042.063,9 B +164,0	2.042.227,9	A 2.063.790,0 B -	2.063.790,0
	<i>Verpflichtungserm. 2015 Tsd. €</i> 1.310,0				
	<i>Verpflichtungserm. 2016 Tsd. €</i> 1.310,0				
	Baumaßnahmen	A 36.084,1 B -	36.084,1	A 35.609,4 B -	35.609,4
	<i>Verpflichtungserm. 2015 Tsd. €</i> 34.289,6				
	<i>Verpflichtungserm. 2016 Tsd. €</i> 35.170,4				
	Sonstige Sachinvestitionen	A 3.434,9 B -	3.434,9	A 3.675,1 B -	3.675,1
	<i>Verpflichtungserm. 2015 Tsd. €</i> 150,0				
	<i>Verpflichtungserm. 2016 Tsd. €</i> 150,0				
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A 61.265,0 B -170,0	61.095,0	A 61.100,0 B -	61.100,0
	<i>Verpflichtungserm. 2015 Tsd. €</i> 1.500,0				
	<i>Verpflichtungserm. 2016 Tsd. €</i> 1.500,0				
	Besondere Finanzierungsausgaben	A 2.033,1 B -	2.033,1	A 2.065,1 B -	2.065,1
	Gesamtausgaben	A 11.168.350,8 B -	11.168.350,8	A 11.457.172,8 B -	11.457.172,8
	<i>Verpflichtungserm. 2015 Tsd. €</i> 43.879,6				
	<i>Verpflichtungserm. 2016 Tsd. €</i> 46.877,6				
	Zuschuss	A 11.099.668,6	11.099.668,6	A 11.387.262,4	11.387.262,4

Anlage 2

Freistaat Bayern

Nachschubliste
Austauschseiten zum
Stellenplan

Doppelhaushalt 2015/2016

zum

Entwurf des Stellenplans, Einzelplan 05

Staatsministerium für Bildung und Kultus,
Wissenschaft und Kunst
– Bildung und Kultus –

05 32

Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung Dillingen a.d. Donau

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2014	2015	2016
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Direktor, Direktorin der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung	B3	1	1	1
	Oberstudiendirektoren, Oberstudiendirektorinnen	A16	5	5	5
	Institutsrektoren, Institutsrektorinnen	A15	4	4	4
	Studiendirektoren, Studiendirektorinnen		11	11	11
	Institutsrektoren, Institutsrektorinnen	A14+AZ	5	5	5
	Institutsrektoren, Institutsrektorinnen	A14	9	9	9
	Oberstudienräte, Oberstudienrätinnen		-	2	2
	<i>Bei Bedarf kann eine Stelle bei Kap. 05 30 in Anspruch genommen werden für die Umsetzung des Projekts „Digitaler Unterricht an bayerischen Schulen – mebis – Landesmedienzentrum Bayern“.</i>				
	Regierungsrat, Regierungsrätin	A13	1	1	1
	Fachlehrer, Fachlehrerin	A10	0,50	0,50	0,50
	Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin	A9	1	1	1
	Hauptwerkmeister, Hauptwerkmeisterin	A8	1	1	1
	Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin		1	1	1
	Regierungsobersekretär, Regierungsobersekretärin	A7	1	1	1
	Zusammen		40,50	42,50	42,50
	Zugang/Abgang			+2	-
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01: <i>Zu den Stellen des Verwaltungsdienstes: Vgl. Vorbemerkung zu Kap. 05 02 (Nr. 1).</i>				
	Leerstellen				
	Institutsrektor, Institutsrektorin	A15	1	1	1
	Institutsrektor, Institutsrektorin	A14	1	1	1
	Zusammen		2	2	2
422 31	Abgeordnete Beamte				
		A16+AZ-A3	-	3	3
	Zusammen		-	3	3
	Zugang/Abgang			+3	-
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 15	E15	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 10	E10	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	10	10	10
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 8	E8	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	10	9	9
	<i>1) Über die gemäß Art. 6 Abs. 7 HG 2001/2002 geschaffene halbe Stelle der Entgeltgruppe EGr 6 darf nur soweit und solange verfügt werden, als die Personalkosten dauerhaft in vollem Umfang von dritter Seite erstattet werden.</i>				
	<i>2) 1,5 Stellen sind mit Freiwerden nach Kap. 05 19 Tit. 428 01 umgesetzt.</i>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	9,50	9,50	9,50
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 4	E4	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3	E3	14	14	14
	<i>1 Stelle kw</i>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 2Ü	E2Ü	4	4	4
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 2	E2	7,50	7,50	7,50
	Zusammen		59	58	58
	Zugang/Abgang			-1	-

05 32

Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung Dillingen a.d. Donau

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2015	2016	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
Einsparung			
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Einsparung im Vollzug des kw-Vermerks
Summe Einsparung	-1	-	
Umsetzung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A14 Oberstudienräte, Oberstudienrätinnen	+1	-	Umsetzung von 05 15 wegen "Digitaler Unterricht an bayerischen Schulen - mebis - Landesmedienzentrum Bayern"
	+1	-	
Summe Umsetzung	+2	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	+1	-	
STELLEN FÜR ABGEORDNETE BEAMTE			
neu			
Titel 422 31 (Abgeordnete Beamte)			
A16+AZ-A3	+3	-	neu für E-Learning Kompetenzzentrum
Summe neu	+3	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	+3	-	

05 32

Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung Dillingen a.d. Donau

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2014	2015	2016
1	2	3	4	5	6
noch 428 01	Leerstellen Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 5 Zusammen	E5	1	1	1
			1	1	1
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin		-	-	-
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 11: <i>Eine zahlenmäßige Feststellung ist wegen des häufigen Wechsels nicht möglich.</i>				
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte				
			40,50	42,50	42,50
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		59	58	58
			99,50	100,50	100,50
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)				
	Ferner:				
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		-	-	-
	Personalsoll B		-	-	-
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		99,50	100,50	100,50

Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4614 des HA vom 13.11.2014

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und
Finanzfragen

Haushaltsplan 2015/2016
**Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Baye-
rischen Staatsministeriums für Umwelt und Ver-
braucherschutz**

Berichterstatter: **Martin Bachhuber**
Mitberichterstatter: **Alexander Muthmann**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Än-
derungen durchgeführt werden:

- Bei Kap. 12 03 (Verbraucherschutz und Ver-
braucherinformation) wird der Ansatz bei
Tit. 686 01 (Förderung der Verbraucheraufklä-
rung) in 2015
von 2.961.000,--€
um 100.000,--€
auf 3.061.000,--€
und in 2016
von 3.037.600,--€
um 100.000,--€
auf 3.137.600,--€
erhöht.
- Bei Kap. 12 04 (Besondere Fachaufgaben –
Naturschutz, Erholung, Umweltschutz) wird
der Ansatz bei Tit. 685 72 (Sonstige Zuwei-
sungen und Zuschüsse, Maßnahmen des Ver-
tragsnaturschutzes, der Landschaftspflege
und des Arten- und Biotopschutzes, der Um-
setzung der Biodiversitätsstrategie und der Be-
züge zur Bionik) für 2015
von 23.680.900,--€
um 200.000,--€
auf 23.880.900,--€
erhöht.

Ferner werden die Ansätze und Vermerke bei
Kap. 12 77 entsprechend der Nachschubliste der
Staatsregierung geändert (Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermäch-
tigt, die aufgrund dieser Änderungen erforderli-
chen Berichtigungen insbesondere in den Erläute-
rungen, der Übersicht über die Verpflichtungser-
mächtigungen und den sonstigen Anlagen beim
endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzuneh-
men.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Num-
mern sind folgende Anträge erledigt:

- Änderungsantrag der Abgeordneten
Thomas Kreuzer, Karl Freller, Gu-
drun Brendel-Fischer u.a. CSU
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung der Verbraucheraufklärung
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/3976
- Änderungsantrag der Abgeordneten
Thomas Kreuzer, Karl Freller, Gu-
drun Brendel-Fischer u.a. CSU
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Naturschutz und Landschaftspflege -
Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse, Maß-
nahmen des Vertragsnaturschutzes, der
Landschaftspflege und des Arten- und Bio-
topschutzes, der Umsetzung der Biodiversi-
tätsstrategie und Bezüge zur Bionik
(Kap. 12 04 Tit. 685 72)
Drs. 17/3977

Folgende Anträge werden zur Ablehnung emp-
fohlen:

- Änderungsantrag der Abgeordneten Margare-
te Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm
u.a. und Frakti-
on (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Durchführung des freiwilligen ökologi-
schen Jahres (FÖJ) in Bayern
(Kap. 12 02 Tit. 684 01)
Drs. 17/4030

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verbraucherberatung ausbauen
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/3849
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verbraucherberatung im Finanzbereich stärken
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/3850
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verbraucherberatung im Pflegebereich endlich ermöglichen
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/3851
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verbraucherschutz - Zusätzliches Personal für die Verbraucherberatung im Wirtschafts- und Finanzsektor
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/3856
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Prozesskostenbudget für Verbraucherschutzverbände
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/3848
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verstärkung des Prozesskostenbudgets für die Verbraucherschutzorganisationen in Bayern
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/3857
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhöhung des Biberfonds
(Kap. 12 04 Tit. 547 72)
Drs. 17/3852
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: 3 Millionen Euro mehr für den Schutz der Natura 2000 Gebiete
(Kap. 12 04 Tit. 685 72)
Drs. 17/3858
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse, Maßnahmen des Vertragsnaturschutzes, der Landschaftspflege und des Arten- und Biotopschutzes, der Umsetzung der Biodiversitätsstrategie und der Bezüge zur Bionik
(Kap. 12 04 Tit. 685 72)
Drs. 17/4031
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Moorrenaturierung: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege
(Kap. 12 04 Tit. 883 72)
Drs. 17/4032
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse an Naturparkvereine
(Kap. 12 04 Tit. 893 72)
Drs. 17/3853
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhöhung der Förderung von 18 bayerischen Naturparks
(Kap. 12 04 Tit. 893 72)
Drs. 17/3859

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Artenschutz und Biodiversität
(Kap. 12 04 TG 71 - 72)
Drs. 17/3860
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Härtefallbudget für Kommunen zur Unterbringung und Pflege von Fundtieren
(Kap. 12 08 neuer Tit.)
Drs. 17/3881
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Susann Biedefeld, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Finanzmittel für die Kastration und Kennzeichnung freilebender Katzen
(Kap. 12 08 neue TG)
Drs. 17/3861
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Susann Biedefeld, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Investitionskostenzuschüsse für bayerische Tierschutzvereine an Tierheime
(Kap. 12 08 neue TG)
Drs. 17/3862
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Unbefristete Stellen: Kormoranbeauftragte
(Kap. 12 09 Tit. 428 73)
Drs. 17/3854
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Maßnahmen zur Umsetzung der Wasser-
rahmenrichtlinie
(Kap. 12 09 TG 82 neuer Tit.)
Drs. 17/4033
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Einnahmen aus der Verwertung von Holz
(Kap. 12 14 Tit. 125 01)
Drs. 17/4034
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thors-
ten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderprogramm zur Erprobung und Optimierung fischverträglicherer Kleinwasser-
kraftanlagen
(Kap. 12 77 neuer Tit.)
Drs. 17/3855
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verstetigung von 50 Stellen für Wasser-
wirtschaftsämter zur Bewältigung der Folgen
des Hochwassers 2013
(Kap. 12 77 Tit. 428 70)
Drs. 17/3863
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Sicherung der Wasserversorgung und Schutz des Grundwassers
(Kap. 12 77 Tit. 784 77)
Drs. 17/4035
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse zum Bau von Trinkwasser-
brunnen
(Kap. 12 77 Tit. 883 97 und 887 97)
Drs. 17/4036

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse zum Bau von Abwasseranlagen
(Kap. 12 77 Tit. 887 98 und 893 98)
Drs. 17/4037

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 12 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen.
Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 12 in seiner 49. Sitzung am 14. November 2014 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
mit den in I. enthaltenen Änderungen
Zustimmung empfohlen.

Peter Winter
Vorsitzender

Anlage

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Doppelhaushalt 2015/2016

zum

Entwurf des Einzelplans 12

Staatsministerium für Umwelt
und Verbraucherschutz

12 77 Wasserwirtschaftsämler

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2015 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2015 Tsd. €	A Bisheriger Betrag 2016 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2016 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
	Ausgaben				
	Baumaßnahmen				
780 00- 9 623	Baumaßnahmen an Gewässern erster Ordnung und an Grenzgewässern sowie sonstige Ausbau- verpflichtungen <i>Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 891 01, 892 03, TG 83, 12 09 TG 83 und gegenseitig de- ckungsfähig mit 786 00, 787 00, 883 01, 883 02, 883 03, TG 90, TG 93 und 12 04/892 02. Einseitig deckungsfähig zu Lasten TG 97 bis zu 2.000,0 Tsd. €, 789 01, 789 02, 789 03, 785 79 und 12 04 TG 71-72. Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei TG 51. Die Ansätze werden aus 08 04/887 71 verstärkt. Erstattungen aus dem Epl. 03B im Zusammen- hang mit Hochwasserfreilegungsmaßnahmen an der Donau dürfen von den Ausgaben abge- setzt werden. Die in der Anlage C aufgeführten Titel der Gruppen 780 bis 785 sind gegenseitig de- ckungsfähig. Bei diesen Titeln können Einspa- rungen bei einer Maßnahme im Rahmen der ausgewiesenen Gesamtbaukosten zu Mehraus- gaben bei einer anderen Maßnahme verwendet werden. Verpflichtungserm. 2015 Tsd. € 19.200,0 Verpflichtungserm. 2016 Tsd. € 19.200,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	A 31.514,4 B	31.514,4	A 31.514,4 B	31.514,4
	Gesamtausgaben	A 352.021,7 B -	352.021,7	A 344.988,7 B -	344.988,7

12 77

Wasserwirtschaftsämler

Erläuterungen

Zu 12 77/780 00

Ausbringung eines neuen Deckungsvermerks zu 12 04/892 02 und TG 71 - 72 zur gemeinsamen Finanzierung des LIFE-Projekts "Flusserlebnis Isar" aus EU-Mitteln, Fachmitteln des Naturschutzes und der Wasserwirtschaft.

12 77 Wasserwirtschaftsämler

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2015 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2015 Tsd. €	A Bisheriger Betrag 2016 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2016 Tsd. €
		3	4	5	6
	Abschluss				
	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	A 36.000,0 B -	36.000,0	A 36.000,0 B -	36.000,0
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schul- dendienst u. dgl.	A 3.290,0 B -	3.290,0	A 3.290,0 B -	3.290,0
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 6.421,3 B -	6.421,3	A 6.421,3 B -	6.421,3
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuwei- sungen und Zuschüssen für Investitionen, beson- dere Finanzierungseinnahmen	A 36.257,0 B -	36.257,0	A 27.257,0 B -	27.257,0
	Gesamteinnahmen	A 81.968,3 B -	81.968,3	A 72.968,3 B -	72.968,3
	Personalausgaben	A 118.007,7 B -	118.007,7	A 119.974,7 B -	119.974,7
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A 12.532,7 B -	12.532,7	A 12.532,7 B -	12.532,7
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 2.100,0 B -	2.100,0	A 2.100,0 B -	2.100,0
	Baumaßnahmen	A 166.333,4 B -	166.333,4	A 157.333,4 B -	157.333,4
	Sonstige Sachinvestitionen	A 3.490,4 B -	3.490,4	A 3.490,4 B -	3.490,4
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A 49.557,5 B -	49.557,5	A 49.557,5 B -	49.557,5
	Gesamtausgaben	A 352.021,7 B -	352.021,7	A 344.988,7 B -	344.988,7
	Zuschuss	A 270.053,4	270.053,4	A 272.020,4	272.020,4

Epl. 12 Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz

Titel FKZ		A	Bisheriger Betrag 2015	Neuer Betrag 2015	A	Bisheriger Betrag 2016	Neuer Betrag 2016
		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	
1	2		3	4		5	6
	Abschluss Epl. 12						
	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	A	36.000,0	36.000,0	A	36.000,0	36.000,0
		B	-		B	-	
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schul- dendienst u. dgl.	A	22.616,0	22.616,0	A	22.465,8	22.465,8
		B	-		B	-	
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A	34.610,4	34.610,4	A	22.588,9	22.588,9
		B	-		B	-	
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuwei- sungen und Zuschüssen für Investitionen, beson- dere Finanzierungseinnahmen	A	54.044,8	54.044,8	A	45.074,1	45.074,1
		B	-		B	-	
	Gesamteinnahmen	A	147.271,2	147.271,2	A	126.128,8	126.128,8
		B	-		B	-	
	Personalausgaben	A	428.462,8	428.462,8	A	442.392,5	442.392,5
	<i>Verpflichtungserm. 2015 Tsd. €</i> 100,0	B	-		B	-	
	<i>Verpflichtungserm. 2016 Tsd. €</i> 120,0						
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A	80.265,3	80.265,3	A	82.337,2	82.337,2
	<i>Verpflichtungserm. 2015 Tsd. €</i> 3.305,0	B	-		B	-	
	<i>Verpflichtungserm. 2016 Tsd. €</i> 3.305,0						
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A	65.843,6	65.843,6	A	66.288,2	66.288,2
		B	-		B	-	
	<i>Verpflichtungserm. 2015 Tsd. €</i> 29.705,0						
	<i>Verpflichtungserm. 2016 Tsd. €</i> 34.105,0						
	Baumaßnahmen	A	171.220,0	171.220,0	A	164.200,5	164.200,5
	<i>Verpflichtungserm. 2015 Tsd. €</i> 89.538,7	B	-		B	-	
	<i>Verpflichtungserm. 2016 Tsd. €</i> 91.826,1						
	Sonstige Sachinvestitionen	A	10.391,5	10.391,5	A	10.400,4	10.400,4
	<i>Verpflichtungserm. 2015 Tsd. €</i> 1.815,5	B	-		B	-	
	<i>Verpflichtungserm. 2016 Tsd. €</i> 1.650,0						
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A	98.015,3	98.015,3	A	98.015,3	98.015,3
	<i>Verpflichtungserm. 2015 Tsd. €</i> 44.400,0	B	-		B	-	
	<i>Verpflichtungserm. 2016 Tsd. €</i> 21.000,0						
	Besondere Finanzierungsausgaben	A	784,8	784,8	A	814,1	814,1
		B	-		B	-	
	Gesamtausgaben	A	854.983,3	854.983,3	A	864.448,2	864.448,2
	<i>Verpflichtungserm. 2015 Tsd. €</i> 168.864,2	B	-		B	-	
	<i>Verpflichtungserm. 2016 Tsd. €</i> 152.006,1						
	Zuschuss	A	707.712,1	707.712,1	A	738.319,4	738.319,4

Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4595 des HA vom 25.11.2014

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)

Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4606 des HA vom 26.11.2014

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und
Finanzfragen

Haushaltsplan 2015/2016

Einzelplan 14 für den Geschäftsbereich des Baye- rischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege

Berichterstatter: **Harald Kühn**
Mitberichterstatter: **Harald Güller**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Än-
derungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 14 01 (Ministerium) wird bei
Tit. 533 01 (Vergabe von Auszeichnungen auf
dem Gebiet der Gesundheit und Pflege) der
Ansatz für 2015 und 2016 jeweils
von 14.000,--€
um 30.000,--€
auf 44.000,--€
erhöht.
2. Bei Kap. 14 02 (Sammelansätze für den Ge-
samtbereich des Epl. 14) ein neuer Tit. 526 12
mit der Zweckbestimmung „Machbarkeitsstu-
die und Konzipierung eines Bayerischen Ge-
sundheitsdatenzentrums“ aufgenommen und
im Jahr 2015 mit 100.000,--€ dotiert.
Außerdem wird folgender Haushaltsvermerk
ausgebracht:
„Aus dem Ansatz können die TG 81 der Hoch-
schulkapitel des Epl. 15 sowie die Tit. 429 01,
547 40 und 812 40 des Kap. 15 12 sowie der
Tit. 547 70 des Kap. 15 39 verstärkt werden“.

3. Bei Kap. 14 03 (Gesundheitsversorgung) wer-
den die Ansätze in 2015
 - a) bei Tit. 686 93 (Sonstige Zuschüsse für
laufende Zwecke Transplantationsmedi-
zin)
von 10.600,--€
um 50.000,--€
auf 60.600,--€
und
 - b) bei Tit. 686 97 (Zuschüsse an Sonstige für
Telematikanwendungen im Gesundheits-
wesen)
von 500.000,--€
um 500.000,--€
auf 1.000.000,--€
erhöht.
4. Bei Kap. 14 04 (Pflege und Hospiz) wird der
Ansatz für 2015
 - a) bei Tit. 684 69 (Zuschüsse für laufende
Zwecke an soziale oder ähnliche Einrich-
tungen)
von 344.500,--€
um 50.000,--€
auf 394.500,--€
und
 - b) bei Tit. 893 70 (Zuschüsse für Investitio-
nen an Sonstige im Inland)
von 0,--€
um 300.000,--€
auf 300.000,--€
erhöht und
 - c) ein neuer Tit. 686 70 mit der Zweckbe-
stimmung „Zuschüsse an Sonstige“ ge-
schaffen, der für 2015 mit 330.000,--€ und
für 2016 mit 310.000,--€ dotiert wird.
Außerdem wird für das Haushaltsjahr
2015 ein Verpflichtungsermächtigung, fäl-
lig frühestens im nächsten Haushaltsjahr,
in Höhe von 310,0 Tsd. € ausgebracht.

5. Bei Kap. 14 05 (Prävention und Gesundheitsschutz) wird der Ansatz
- a) bei Tit. 684 60 (Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen zur Suchtbekämpfung und Drogen-therapie) für 2015
- | | |
|-----|---------------|
| von | 4.218.400,--€ |
| um | 100.000,--€ |
| auf | 4.318.400,--€ |
- und für 2016
- | | |
|-----|---------------|
| von | 4.218.400,--€ |
| um | 402.000,--€ |
| auf | 4.620.400,--€ |
- erhöht.
6. Bei Kap. 14 23 (Bayerisches Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit - Bereich Gesundheit) wird der Ansatz
- a) bei Tit. 428 53 (Entgelte für sonstige Hilfeleistungen durch Arbeitnehmer) in 2015 und 2016
- | | |
|-----|-------------|
| von | 402.000,--€ |
| um | 402.000,--€ |
| auf | 0,--€ |
- vermindert und
- b) bei Tit. 428 56 (Entgelte der Arbeitnehmer) in 2015
- | | |
|-----|-------------|
| von | 0,--€ |
| um | 402.000,--€ |
| auf | 402.000,--€ |
- erhöht.

Stellenplan

Im Stellenplan des Kap. 14 23 wird die TG 53 gestrichen und in der TG 56 bei Tit. 428 56 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) bei den Arbeitnehmern, Arbeitnehmerinnen im Jahr 2015 die Stellenzahl „ - “ durch die Stellenzahl „11“ ersetzt; die Summen und Erläuterungen sind entsprechend anzupassen.

Ferner wird der Ansatz bei Kap. 14 01 sowie der Stellenplan bei Kap. 14 03 und 14 05 entsprechend der Nachschublisten der Staatsregierung geändert (Anlage 1 und 2).

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund dieser Änderungen erforderlichen Berichtungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Vergabe von Auszeichnungen auf dem Gebiet der Gesundheit und Pflege
(Kap. 14 01 Tit. 533 01)
Drs. 17/4327
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Machbarkeitsstudie und Konzipierung eines Bayerischen Gesundheitsdatenzentrums
(Kap. 14 02 Tit. 526 12)
Drs. 17/4328
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Transplantationsmedizin - Bündnis für Organspende
(Kap. 14 03 Tit. 686 93)
Drs. 17/4329
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Telematikanwendungen im Gesundheitswesen
(Kap. 14 03 Tit. 686 97)
Drs. 17/4330
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für die Hospizarbeit
(Kap. 14 04 Tit. 684 69)
Drs. 17/4331
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen und der Pflege - "Bayerischer Demenz-Survey"
(Kap. 14 04 Tit. 686 70)
Drs. 17/4332

- | | |
|--|---|
| <p>7. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen und der Pflege
(Kap. 14 04 Tit. 893 70)
Drs. 17/4333</p> <p>8. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung von Suchtbekämpfung und Drogentherapie - Prävention und Kindergesundheit
(Kap. 14 05 Tit. 684 60)
Drs. 17/4334</p> <p>9. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung von Suchtbekämpfung und Drogentherapie
(Kap. 14 05 Tit. 684 60)
Drs. 17/4416</p> <p>10. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Schuleingangsuntersuchung
(Kap. 14 23 Tit. 428 56)
Drs. 17/4417</p> <p>Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:</p> <p>1. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zusätzliche Stellen im Referat 27 des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege
(Kap. 14 01 Tit. 422 01)
Drs. 17/4147</p> <p>2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Umstrukturierung Krankenhäuser im ländlichen Raum
(Kap. 14 02 neuer Tit.)
Drs. 17/4351</p> | <p>3. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Harald Güller u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärungsmaßnahmen zur Organtransplantation
(Kap. 14 03 Tit. 531 93)
Drs. 17/4148</p> <p>4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung der Heilbäder
(Kap. 14 03 Tit. 681 01)
Drs. 17/4352</p> <p>5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung Niederlassung freiberuflicher Hebammen
(Kap. 14 03 neue TG)
Drs. 17/4353</p> <p>6. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung der Familienpflege
(Kap. 14 04 Tit. 684 01)
Drs. 17/4142</p> <p>7. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Harald Güller u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Familienpflege sichern
(Kap. 14 04 Tit. 684 01)
Drs. 17/4149</p> <p>8. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung der Palliativ- und Hospizversorgung
(Kap. 14 04 Tit. 684 69)
Drs. 17/4354</p> |
|--|---|

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung alternativer Wohn- und Lebensformen
(Kap. 14 04 Tit. 684 70)
Drs. 17/4355
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuwendungen für die Finanzierung betriebsnotwendiger Investitionsaufwendungen bei bedarfsgerechten Pflegediensten, teil- und vollstationären Pflegeeinrichtungen sowie Einrichtungen der Tages- und Kurzzeitpflege
(Kap. 14 04 TG 70)
Drs. 17/4143
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmар Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Harald Güller u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung ambulanter Wohnprojekte für pflegebedürftige Menschen
(Kap. 14 04 TG 70)
Drs. 17/4150
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmар Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Harald Güller u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Staatliche Förderung der Modernisierung von Altenpflegeeinrichtungen
(Kap. 14 04 TG 70)
Drs. 17/4151
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuwendungen für den Ausbau von Pflegestützpunkten
(Kap. 14 04 TG 70 neuer Tit.)
Drs. 17/4144
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung psychiatrische Pflegedienste
(Kap. 14 04 TG 71)
Drs. 17/4356
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Errichtung einer bayerischen Pflegekammer
(Kap. 14 04 TG 82)
Drs. 17/4145
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmар Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Harald Güller u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Maßnahmen und Einrichtungen zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit AIDS
(Kap. 14 05 TG 52)
Drs. 17/4153
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmар Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Maßnahmen und Einrichtungen zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit AIDS in bayerischen Justizvollzugsanstalten
(Kap. 14 05 TG 52)
Drs. 17/4154
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung des Programms „Elterntalk“
(Kap. 14 05 Tit. 531 60)
Drs. 17/4357
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung von Suchtprävention und Drogen­therapie
(Kap. 14 05 Tit. 531 60)
Drs. 17/4358
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung von Präventionsmaßnahmen Crystal Meth
(Kap. 14 05 Tit. 531 60)
Drs. 17/4359

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung von Suchtbekämpfung und Drogentherapie - insbesondere Kampf gegen Crystal Meth
(Kap. 14 05 Tit 684 60)
Drs. 17/4155
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen zur Suchtbekämpfung und Drogentherapie – Aufstockungsmittel für die Suchtberatung in den Justizvollzugsanstalten durch externe Fachkräfte
(Kap. 14 05 Tit. 684 60)
Drs. 17/4156
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen zur Versorgung von Menschen mit einer psychischen Behinderung, psychiatrische Modell- und Präventionsvorhaben
(Kap. 14 05, TG 62)
Drs. 17/4146
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Harald Güller u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verbesserung der Beratung Pflegebedürftiger durch flächendeckenden Ausbau von Pflegestützpunkten
(Kap. 14 07 TG 70 neuer Tit.)
Drs. 17/4152
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verbesserung der Personalausstattung in der bayerischen Gesundheitsverwaltung
(Kap. 14 30 Tit. 422 01)
Drs. 17/4157

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 14 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen.
Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 14 in seiner 51. Sitzung am 26. November 2014 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
mit den in I. enthaltenen Änderungen
Zustimmung empfohlen.

Peter Winter
Vorsitzender

Anlage 1

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Doppelhaushalt 2015/2016

zum

Entwurf des Einzelplans 14

Staatsministerium für Gesundheit und Pflege

14 01 Ministerium

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2015 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2015 Tsd. €	A Bisheriger Betrag 2016 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2016 Tsd. €
		3	4	5	6
1	2				
	Ausgaben				
	Personalausgaben				
422 31- 2 011	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	A B	---	A B	---
	Gesamtausgaben	A B	19.493,9 -	A B	20.263,2 -
	Abschluss				
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schul- dendienst u. dgl.	A B	63,0 -	A B	63,0 -
	Gesamteinnahmen	A B	63,0 -	A B	63,0 -
	Personalausgaben	A B	14.919,1 -	A B	15.638,4 -
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	3.995,6 -	A B	4.045,6 -
	Sonstige Sachinvestitionen	A B	579,2 -	A B	579,2 -
	Gesamtausgaben	A B	19.493,9 -	A B	20.263,2 -
	Zuschuss	A	19.430,9	A	20.200,2

14 01
Ministerium

Erläuterungen

Zu 14 01/422 31

Leertitel zur Nachweisung von Bezügen einschließlich Zulagen und Zuwendungen von abgeordneten Beamten innerhalb der Staatsverwaltung.

Epl. 14 Staatsministerium für Gesundheit und Pflege

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2015 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2015 Tsd. €	A Bisheriger Betrag 2016 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2016 Tsd. €
		3	4	5	6
	Abschluss Epl. 14				
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schul- dendienst u. dgl.	A 1.159,0 B -	1.159,0	A 1.159,0 B -	1.159,0
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 2.998,0 B -	2.998,0	A 3.027,6 B -	3.027,6
	Gesamteinnahmen	A 4.157,0 B -	4.157,0	A 4.186,6 B -	4.186,6
	Personalausgaben	A 49.955,5 B -	49.955,5	A 53.152,6 B -	53.152,6
	Sächliche Verwaltungsausgaben <i>Verpflichtungserm. 2015 Tsd. € 10.783,8</i> <i>Verpflichtungserm. 2016 Tsd. € 2.383,8</i>	A 14.472,1 B -	14.472,1	A 14.509,5 B -	14.509,5
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen <i>Verpflichtungserm. 2015 Tsd. € 14.608,2</i> <i>Verpflichtungserm. 2016 Tsd. € 9.808,2</i>	A 31.511,2 B -	31.511,2	A 31.577,2 B -	31.577,2
	Sonstige Sachinvestitionen	A 888,5 B -	888,5	A 888,5 B -	888,5
	Investitionsförderungsmaßnahmen <i>Verpflichtungserm. 2015 Tsd. € 1.850,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2016 Tsd. € 1.100,0</i>	A 867,1 B -	867,1	A 3.117,1 B -	3.117,1
	Besondere Finanzierungsausgaben	A 732,6 B -	732,6	A 744,3 B -	744,3
	Gesamtausgaben	A 98.427,0 B -	98.427,0	A 103.989,2 B -	103.989,2
	Zuschuss	A 94.270,0	94.270,0	A 99.802,6	99.802,6

Anlage 2

Freistaat Bayern

Nachschubliste
Austauschseiten zum
Stellenplan

Doppelhaushalt 2015/2016

zum

Entwurf des Stellenplans, Einzelplan 14

Staatsministerium für Gesundheit und Pflege

14 03

Gesundheitsversorgung

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2014	2015	2016
1	2	3	4	5	6
TG	52 Maßnahmen und Einrichtungen zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit Aids				
428 52	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin		-	-	-
TG	88 Ethikkommission für Präimplantationsdiagnostik				
428 88	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin		-	1	1
	Zusammen		-	1	1
	Zugang/Abgang			+1	-
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 88: Zu Lasten der Ausgabemittel des Titels 428 88 dürfen auf bis zu 1 Stelle Arbeitnehmer mit unbefristeten Arbeitsverträgen beschäftigt werden.				
TG	91 Gesundheitshilfe, insbesondere Gesundheitsfürsorge und -vorsorge und Bekämpfung nicht übertragbarer Krankheiten				
427 91	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin		-	-	-
TG	96 Ausgaben der Ethikkommissionen nach Arzneimittelgesetz und Medizinproduktegesetz				
428 96	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		-	8	8
	Zusammen		-	8	8
	Zugang/Abgang			+8	-
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 96: Zu Lasten der Ausgabemittel des Titels 428 96 dürfen auf bis zu 7,5 Stellen Arbeitnehmer mit unbefristeten Arbeitsverträgen beschäftigt werden.				
	Gesamtübersicht				
428 52	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		-	-	-
428 88	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		-	1	1
427 91	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		-	-	-
428 96	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		-	8	8
	Personalsoll B		-	9	9
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		-	9	9

14 03
Gesundheitsversorgung

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2015	2016	
1	2	3	4
Personalsoll B (Personal aus Mitteln)			
neu			
Titel 428 88 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	neu zur Anpassung der Stellen an die Mittel
Summe neu	+1	-	
Umsetzung			
Titel 427 91 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2	-	Umsetzung nach 14 05
Titel 428 52 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-9	-	Umsetzung nach 14 05
Summe Umsetzung	-11	-	
Umsetzung (Neugliederung der Geschäftsbereiche)			
Titel 427 91 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+2	-	Umsetzung von 12 08
Titel 428 52 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+9	-	Umsetzung von 12 08
Titel 428 96 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+8	-	Umsetzung von 12 08
Summe Umsetzung (Neugliederung der Geschäftsbereiche)	+19	-	
Zu- und Abgang Personalsoll B	+9	-	

14 05

Prävention und Gesundheitsschutz

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2014	2015	2016
1	2	3	4	5	6
TG	52 Maßnahmen und Einrichtungen zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit Aids				
428 52	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		-	9	9
	Zusammen		-	9	9
	Zugang/Abgang			+9	-
	<i>Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 52: Zu Lasten der Ausgabemittel des Titels 428 52 dürfen auf bis zu 9 Stellen Arbeitnehmer mit unbefristeten Arbeitsverträgen beschäftigt werden.</i>				
TG	91 - 94 Gesundheitsvorsorge				
427 91	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		-	2	2
	Zusammen		-	2	2
	Zugang/Abgang			+2	-
	Gesamtübersicht				
428 52	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		-	9	9
427 91	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		-	2	2
	Personalsoll B		-	11	11
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		-	11	11

14 05

Prävention und Gesundheitsschutz

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2015	2016	
1	2	3	4
Personalsoll B (Personal aus Mitteln)			
Umsetzung			
Titel 427 91 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+2	-	Umsetzung von 14 03
Titel 428 52 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+9	-	Umsetzung von 14 03
Summe Umsetzung	+11	-	
Zu- und Abgang Personalsoll B	+11	-	



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und
Finanzfragen

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 17/2871

über die Feststellung des Haushaltsplans des
Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2015
und 2016 (Haushaltsgesetz 2015/2016 - HG
2015/2016)

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Josef Zellmeier u.a. CSU

Drs. 17/3710

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum
Haushaltsgesetz 2015/2016
(Drs. 17/2871)

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kers- tin Schreyer-Stäblein u.a. CSU

Drs. 17/4158

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum
Haushaltsgesetz 2015/2016
(Drs. 17/2871)

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margare- te Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/4259

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum
Haushaltsgesetz 2015/2016
(Drs. 17/2871)

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Volk- mar Halbleib, Stefan Schuster, Horst Arnold u.a. SPD

Drs. 17/4378

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum
Haushaltsgesetz 2015/2016
(Drs. 17/2871)

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Hu- bert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/4379

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum
Haushaltsgesetz 2015/2016
(Drs. 17/2871)
hier: Wegfall des Stelleneinzugs nach Art. 6b
HG

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Hu- bert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/4380

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum
Haushaltsgesetz 2015/2016
(Drs. 17/2871)
hier: Haushaltspolitik stärker auf Regionen
ausrichten

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Hu- bert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/4381

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum
Haushaltsgesetz 2015/2016
(Drs. 17/2871)
hier: Übernahme rechtskräftig festgestellter
Schmerzensgeldansprüche

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/4382

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2015/2016

(Drs. 17/2871)

hier: Änderung des Bayerischen Reisekostengesetzes

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Art. 1 Feststellung des Haushaltsplans erhält folgende Fassung:

**"Art 1
Feststellung des Haushaltsplans**

Der diesem Gesetz als **Anlage** beigefügte Haushaltsplan des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 wird in Einnahmen und Ausgaben

1. für das Haushaltsjahr
2015 auf 51.142.507.400 € und
2. für das Haushaltsjahr
2016 auf 52.452.340.400 €
festgestellt."

2. Art. 6 Bewirtschaftung der Personalausgaben, Stellenbesetzung wird wie folgt geändert:

- a) Abs. 8 Satz 3 erhält folgende Fassung:

"³Die Vergabemöglichkeiten gemäß Art. 60 BayBesG erhöhen sich in den Haushaltsjahren 2015 und 2016 um jeweils 38 für den Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, davon jeweils 18 für das IT-Dienstleistungszentrum, und um jeweils 66 für die Werkfeuerwehr der TU München in Garching im Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst auf insgesamt jeweils 300."

- b) Es wird folgender Abs. 13 angefügt:

"(13) ¹Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, im Einvernehmen mit den betroffenen obersten Dienstbehörden, zur

Deckung des personellen Bedarfs in der Unterbringungsverwaltung der Regierungen, in den Verwaltungsgerichten und in den sonstigen für Asylbewerber zuständigen staatlichen Behörden (Plan-) Stellen, die der Stellenbindung gemäß Abs. 1 Satz 1 unterliegen, umzusetzen und bei Bedarf kostenneutral umzuwandeln. ²Satz 1 gilt entsprechend für Stellen, die nicht der Stellenbindung gemäß Abs. 1 Satz 1 unterliegen, aber für die im Haushaltsplan der Abschluss unbefristeter Beschäftigungsverhältnisse zugelassen ist. ³Die mit den umgesetzten (Plan-) Stellen korrespondierenden Haushaltsmittel sind zusammen mit den (Plan-) Stellen umzusetzen. ⁴Die (Plan-) Stellen können mit einem Vermerk versehen werden, der eine Rückumsetzung und bzw. oder kostenneutrale Rückumwandlung vorsieht."

3. Dem Art. 8 Sonstige Ermächtigungen und Regelungen wird folgender Abs. 8 angefügt:

"(8) Das Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie wird ermächtigt, der Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e.V. unentgeltlich ein Erbbaurecht von insgesamt ca. 15 100 m² an dem staatseigenen Grundstück Flst Nr. 1000/2 Gemarkung Göggingen (Baufeld 44) für die Ansiedlung von Forschungseinrichtungen einzuräumen."

4. Art. 10 Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes Nr. 4 erhält folgende Fassung:

„4. Anlage 4 wird wie folgt geändert:

- a) Die Rechtsgrundlage Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 erhält folgende Fassung:

Rechtsgrundlage (BayBesG, Bayerische Besoldungsordnungen)	Betrag in Euro, Vomhundertsatz
Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3	139,23

“

- b) Die Besoldungsgruppe A 6 erhält folgende Fassung:

„

Besoldungsgruppe	Fußnote	Betrag in Euro, Vomhundertsatz
A 6	3	50 v.H. des Unterschiedsbetrags zwischen dem Endgrundgehalt der Besoldungsgruppe A 6 und dem Endgrundgehalt der Besoldungsgruppe A 7

“

- c) Die Besoldungsgruppe R 3 erhält folgende Fassung:

„

Besoldungsgruppe	Fußnote	Betrag in Euro, Vomhundertsatz
R 3	5, 10	205,88

““

5. Es wird folgender neuer Art. 15 eingefügt:

"Art. 15

Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes

In Art. 47 Abs. 3 des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (BaySchFG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 455, ber. S. 633, BayRS 2230-7-1-K), zuletzt geändert durch §§ 3 und 5 Abs. 3 Nrn. 2 und 3 des Gesetzes vom 23. Mai 2014 (GVBl S. 190), wird die Zahl „100“ durch die Zahl „102,50“ ersetzt."

6. Der bisherige Art. 15 wird Art. 16.
7. Der bisherige Art. 16 wird Art. 17; Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Abweichend von Abs. 1 treten

1. Art. 11 Nr. 7 mit Wirkung vom 1. Januar 2013 und
 2. Art. 15 am 1. August 2015
- in Kraft.“

8. Die Ansätze in der Anlage zu Art. 1 des Haushaltsgesetzes werden wie folgt geändert:

Einzelplan 03A - Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr

Die Einnahme- und Ausgabeansätze sowie die Schlusssumme des Einzelplans 03A werden um folgende Beträge verändert:

Haushaltsansatz Einnahmen	Haushaltsstellen	2015 Tsd. €	2016 Tsd. €
Gesamteinnahmen bis- her lt. Regierungsent- wurf einschl. Nach- schubliste vom 13.10.2014		489.622,3	454.770,2
G7-Gipfel 2015 – Erstat- tungen vom Bund	03 03/231 78	+5.000,0	---
Gesamteinnahmen neu		494.622,3	454.770,2

Haushaltsansatz Ausgaben	Haushaltsstellen	2015 Tsd. €	2016 Tsd. €
Gesamtausgaben bisher lt. Regierungsentwurf einschl. Nachschubliste vom 13.10.2014		4.045.265,6	4.073.904,5
Erstattung von Einsatzkos- ten für die Höhlenrettung aus der Riesending- Schachthöhle am Unters- berg	03 24/671 02 (neu)	+523,7	---
Leistungen gem. Art. 33a BayRDG (Retter- freistellung)	03 24/671 01	-200,0	---
Leistungen gem. Art. 33 BayRDG	03 24/894 01	-323,7	---
Zuweisungen an Gemein- den und Gemeindever- bände zur Förderung von Fahrzeug- und Gerätebe- schaffungen u. ä.	03 23/883 01	+3.000,0	+3.000,0
Gesamtausgaben neu		4.048.265,6	4.076.904,5

Berichterstatter 1 - 3: **Hans Herold**
 Berichterstatter 4: **Claudia Stamm**
 Berichterstatter 5: **Volkmar Halbleib**
 Berichterstatter 6 – 9: **Bernhard Pohl**
 Mitberichterstatter 1 - 3: **Volkmar Halbleib**
 Mitberichterstatter 4 – 9: **Hans Herold**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 17/3710, Drs. 17/4158, Drs. 17/4259, Drs. 17/4378, Drs. 17/4379, Drs. 17/4380, Drs. 17/4381 und Drs. 17/4382 in seiner 51. Sitzung am 26. November 2014 beraten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 17/3710 und 17/4158 hat der Ausschuss einstimmig Zustimmung in geänderter Fassung empfohlen.

Die Änderungsanträge haben durch die Aufnahme der geänderten Fassung in I. ihre Erledigung gefunden.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/4380 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 17/4381 und 17/4382 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 17/4378 und 17/4379 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/4259 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 17/3710, Drs. 17/4158, Drs. 17/4259, Drs. 17/4378, Drs. 17/4379, Drs. 17/4380, Drs. 17/4381 und Drs. 17/4382 in seiner 28. Sitzung am 4. Dezember 2014 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 17/3710 und 17/4158 hat der Ausschuss einstimmig Zustimmung in geänderter Fassung empfohlen.

Die Änderungsanträge haben durch die Aufnahme in I. ihre Erledigung gefunden.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/4380 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 17/4381 und 17/4382 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs.
17/4378 und 17/4379 hat der Ausschuss mit
folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs.
17/4259 hat der Ausschuss mit folgendem
Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Enthaltung

FREIE WÄHLER: Enthaltung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Peter Winter

Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2015/2016

Einzelplan 01 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Landtags

Drs. 17/4424

Dem Einzelplan 01 wird zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen, beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2015/2016

Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei

Drs. 17/4425

Dem Einzelplan 02 wird zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen, beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2015/2016

Einzelplan 11 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Obersten Rechnungshofs

Drs. 17/4603

Dem Einzelplan 11 wird zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen, beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Haushaltsplan 2015/2016

Einzelplan 01 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Landtags

Hierzu findet keine Aussprache statt. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung. Der Einzelplan 01 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur unveränderten Annahme empfohlen.

(Unruhe)

Ich bitte darum, dass die Kolleginnen und Kollegen die Plätze einnehmen, bevor wir in die Abstimmung eintreten.

Wer dem Einzelplan 01 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Danke schön. Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Keine. Enthaltungen? – Auch keine. Damit ist der Einzelplan 01 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Landtags angenommen.

Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen schlägt noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Keine. Enthaltungen? – Auch keine. Dann ist das so beschlossen. Die Beratung des Einzelplans 01 ist damit abgeschlossen.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Haushaltsplan 2015/2016

Einzelplan 11 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Obersten

Rechnungshofs

Hierzu findet ebenfalls keine Aussprache statt. Wir kommen deshalb wiederum sofort zur Abstimmung.

Der Einzelplan 11 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur unveränderten Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 11 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Sehe ich keine. Enthaltungen? – Auch nicht. Damit ist der Einzelplan 11 angenommen.

Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen schlägt noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Sehe ich keine. Enthaltungen? – Auch keine. Dann ist das so beschlossen. Die Beratung des Einzelplans 11 ist damit abgeschlossen.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Stellvertretende Ministerpräsidentin Ilse Aigner

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Thomas Kreuzer

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Hubert Aiwanger

Abg. Ludwig Hartmann

Abg. Karl Freller

Abg. Thomas Gehring

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Haushaltsplan 2015/2016

Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei

hierzu:

Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drs. 17/3735)

und

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
(Drsn. 17/3610 mit 17/3612)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von drei Stunden vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 50 Minuten, auf die SPD-Fraktion 32 Minuten sowie auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN jeweils 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 50 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Da der Herr Ministerpräsident erkrankt ist, übernimmt für ihn die Aufgabe die stellvertretende Ministerpräsidentin, Frau Staatsministerin Ilse Aigner.

Ich eröffne die Aussprache. Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Stellvertretende Ministerpräsidentin Ilse Aigner: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal herzlichen Dank für die freundlichen Glückwünsche. Ich möchte heute als Erstes die besten Genesungswünsche unserem Ministerpräsidenten schicken, der leider erkrankt ist, weshalb ich heute in die Haushaltsdebatte einführen darf. Die besten Wünsche zur Genesung an unseren Ministerpräsidenten!

(Allgemeiner Beifall)

Vor rund einem Jahr hat dieser Landtag seine Arbeit aufgenommen. Die Wirtschaft war zu der Zeit in einem echten Höhenflug und die Steuereinnahmen waren besser als erträumt. Es gab keine Krim-Krise. Islamistische Söldner aus Bayern waren unvorstellbar. Der IS-Terror war zu diesem Zeitpunkt kein Begriff. Es gab keine Flüchtlingswelle und kein Ebola. Und heute? In der Ostukraine reden wir von Krieg, die Terrororganisation Islamischer Staat ist in allen Nachrichten. Syrien, Nordirak und der Nahe Osten sind von Gewalt überzogen. 50 bis 60 Millionen Menschen sind auf der Flucht, allein aus Syrien 9 Millionen Menschen, fast die Hälfte der Gesamtbevölkerung.

Nicht nur Europa muss eine Flüchtlingswelle bewältigen. Auch für Bayern heißt das: Die Zeiten werden härter. Alles, was auf der Welt passiert, schlägt auch bis zu uns nach Bayern durch.

In diesen Zeiten sind natürlich Freunde und Partner aus der ganzen Welt noch wichtiger als sonst. Im nächsten Jahr schaut die gesamte Welt auf uns. Der G7-Gipfel in Elmau ist eine große Chance für unser Land.

In der letzten Woche haben wir – der Ministerpräsident an der Spitze – die Repräsentanz des Freistaates Bayern in Prag eröffnet. Gemeinsam haben wir Vertrauen und Freundschaft aufgebaut, gemeinsam haben wir Türen geöffnet zum Wohle der Menschen in Tschechien, aber auch in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Das, meine Damen und Herren, geschah in engster Zusammenarbeit und im Einvernehmen mit den Sudetendeutschen. Die Repräsentanz des Freistaates Bayern ist ein echtes Symbol für die Kraft menschlicher Begegnung, ein Symbol für ein gemeinsames Europa.

Meine Damen und Herren, die Zeiten werden härter. Der Preis für Sicherheit, Frieden, Freiheit und Wohlstand wird höher, und das auch für uns in Bayern. In dieser Situation

müssen wir über Außen- und Sicherheitspolitik reden, aber wir müssen auch wieder stärker darüber reden, wie wir Arbeitsplätze in Deutschland sichern können.

Weder Asien noch die Vereinigten Staaten von Amerika warten auf Europa, und sie warten, mit Verlaub, auch nicht auf Bayern.

Die Asien-Pazifik-Region erbringt schon heute 40 % der gesamten globalen Wirtschaftsleistungen. Die Vereinigten Staaten stehen nach wie vor auf Platz eins der wettbewerbsfähigsten Länder. Erstes EU-Land ist Schweden auf Platz fünf, gefolgt von Deutschland auf Platz sechs.

Die deutsche Wirtschaft hat etwas an Fahrt verloren, man kann auch sagen: Sie hat spürbar an Fahrt verloren, auch wenn zuletzt die Konjunkturdaten leicht nach oben gegangen sind. Die Konjunktur ist eben kein Selbstläufer. Noch geht es den Menschen in Bayern gut, aber wir dürfen nicht den Fehler machen, uns einfach zurückzulehnen. Jedem muss klar sein, Deutschland und Bayern sind keine Insel des Wohlstands und der Sicherheit.

Für uns in Bayern heißt das: Wünschenswertes muss dem Machbaren und dem Notwendigen weichen. Jetzt müssen wir die Grundlagen unseres sozialen Wohlstandes sichern, erneuern und vor allem auch zukunftsfest machen. Dazu gehört das kleine Einmaleins der sozialen Marktwirtschaft: Vor dem Verteilen steht immer noch das Erwirtschaften.

(Beifall bei der CSU)

Im Auftrag des Ministerpräsidenten und der Staatsregierung danke ich der Regierungsfraktion – an der Spitze Thomas Kreuzer, dem Fraktionsvorsitzenden – und ganz besonders auch unserem Finanzminister Söder für die solide Haushaltspolitik.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Wir tilgen, wir investieren, und wir sorgen vor allem auch für härtere Zeiten vor. Unser Auftrag in diesen Zeiten lautet: präventive Wirtschaftspolitik, Arbeitsplätze sichern und Chancen für morgen schaffen.

Solide Finanzen sind nun einmal die Grundlage für eine gute Zukunft. Der bayerische Dreiklang heißt folgendermaßen:

Erstens. Keine neuen Schulden.

(Beifall bei der CSU)

Wir in Bayern machen bereits zum zehnten und zum elften Mal in Folge keine neuen Schulden im allgemeinen Haushalt. Andere folgen. Ich finde es wirklich eine phänomenale Leistung, dass die Bundesregierung jetzt zum ersten Mal seit 1969 einen Haushalt ohne Neuverschuldung vorlegt.

Zweiter Punkt: Maßhalten. Wir steigern den Haushalt nur sehr behutsam und sorgen vor. Der Ausgabedeckel von 3 % ist eingehalten.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Punkt: Wir tilgen alte Schulden. Das ist eine wirkliche Besonderheit. Bis zum Jahr 2016 haben wir rund 3,6 Milliarden Euro an Schulden abgebaut.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, auch dieser Doppelhaushalt steht unter der Überschrift "Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit". Wir leben eben nicht auf Kosten unserer Zukunft und der Zukunft unserer Kinder.

(Beifall bei der CSU)

Das erwarten wir eigentlich auch von allen anderen Ländern, und dafür müssen die Anreize stimmen. Bayern trägt jetzt mit über 5 Milliarden Euro im Jahr mehr als die Hälfte des gesamten Länderfinanzausgleichs. Davon erhält allein Berlin 2,5 Milliarden,

ohne dass eine solide Haushaltspolitik dort überhaupt in Sicht wäre. So geht das in Zukunft nicht mehr.

(Beifall bei der CSU)

Föderalismus heißt zuallererst Eigenverantwortung, dann Solidarität für alle, die sich nicht selbst helfen können. Der Länderfinanzausgleich muss zwingend reformiert und vor allem auch gerechter gestaltet werden.

In zwei Tagen treffen sich die Regierungschefs der Länder mit der Bundeskanzlerin. Da kommt zu Recht alles auf den Tisch. Die bayerische Marschroute ist klar: Eigenverantwortung stärken, Kommunen entlasten, bayerische Interessen durchsetzen.

Schauen Sie in die Schuldenstaaten Europas! Wer zahlt eigentlich die Zeche für unsoliden Finanzen? - Die Rentner, die Arbeitnehmer, die kleinen Leute und nicht zuletzt die Jugend. Wer wirklich sozial sein will, der muss auf Dauer für solide Finanzen sorgen. Andere häufen Schulden an. Bei uns in Bayern läuft die Schuldenuhr rückwärts. Bayern wird im Jahre 2030 schuldenfrei sein.

(Beifall bei der CSU)

Tilgen und gleichzeitig kräftig investieren, das kann nur Bayern. Ich muss sagen, es ist wirklich eine Besonderheit in Bayern, und es ist auch generationengerecht.

Der Haushalt ist unser Kursbuch für die Zukunft.

Wir setzen erstens auf Innovation und stärken die Chancen im internationalen Wettbewerb. Zweitens. Wir fördern die Befähigung und die Teilhabe aller Menschen. Drittens. Wir arbeiten für Sicherheit und Zusammenhalt.

Unser Ziel lautet: Bayern ist das Land der Möglichkeiten. Dazu stellen wir die Infrastruktur – beim digitalen Aufbruch – für Existenzgründer, aber auch bei Verkehr und Energie.

Der digitale Aufbruch läuft auf Hochtouren. Niemand Geringeres als die EU-Kommission bescheinigt München den ersten Platz unter den europäischen IT-Leuchttürmen noch vor London und vor Paris. Allerdings reicht uns das nicht. Wir schaffen Chancen für die digitale Infrastruktur im ganzen Land. Mit der Strategie "BAYERN DIGITAL" gehen wir in die Offensive. Wir verdreifachen die Breitbandförderung für unsere Gemeinden auf bis zu 1,5 Milliarden Euro. Das, meine Damen und Herren, ist eine Riesenleistung.

(Beifall bei der CSU)

Wir bauen ein Zentrum Digitalisierung Bayern. Mit insgesamt 1,8 Milliarden Euro investieren wir mehr als jedes andere deutsche Land in den digitalen Aufbruch. Gleichzeitig erweitern wir den bayerischen Markenkern Sicherheit. Bayern soll auch bei der Netzsicherheit der Pionier und Marktführer sein, zum Beispiel mit dem Aushängeschild Cyber-Allianz-Zentrum Bayern.

Meine Damen und Herren, bayerische Unternehmen treiben die Industrie 4.0 voran. Das ist die Wertschöpfung auch der Zukunft. MTU fertigt Turbinenteile im 3D-Druck, KUKA automatisiert mit seinen Robotern die ganze Welt, Audi und BMW vernetzen das Automobil mit der Datenwelt. Die Welt der Maschinen und das Internet verschmelzen ineinander. Wer mithalten will, der muss die Chancen der Vernetzung von Industrie, Dienstleistung und Internet nutzen. Wir unterstützen die bayerische Wirtschaft mit dem Zentrum für digitalisierte Produktion in Nürnberg und dessen Außenstellen in Coburg, Bamberg und München. Damit schaffen wir Arbeitsplätze und soziale Sicherheit für die Menschen vor Ort.

Meine Damen und Herren, seit letzter Woche steht auch etwas Besonderes fest: Europa baut eine neue Trägerrakete: Ariane 6.

(Beifall bei der CSU)

Noch schöner ist die Nachricht, dass mit massiver Unterstützung des Ministerpräsidenten die Zusatzraketen auch künftig aus Augsburg kommen. Das ist wirklich ein großer Erfolg für den Raumfahrtstandort Bayern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Chancen im ganzen Land – dafür steht unsere Heimatstrategie. In Nordbayern investieren wir bis 2018 fast 600 Millionen Euro in 55 Projekte. Auch in Südbayern investieren wir in 44 Projekte, unter anderem in das Gründerzentrum "Internet und digitale Medien".

Meine Damen und Herren, Bayern ist immer noch das Gründerland Nummer 1, und das soll es auch bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Wir stellen aber fest: Die Dynamik nimmt insgesamt ab. Deswegen schaffen wir mehr Wagniskapital und geben noch bessere Starthilfe. Mit unserer Initiative "Gründerland Bayern" bereiten wir den Boden für mehr Start-ups.

Im Februar haben wir den Startschuss für den Siemens-Campus in Erlangen gegeben.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, ein Investitionsvolumen von 500 Millionen Euro ist ein ganz klares Bekenntnis zum Standort Bayern und eine Auszeichnung für das Zukunftsland Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Gleichzeitig zum Ausbau der digitalen Infrastruktur müssen wir mehr in Straßen und Schienen investieren. Unsere Unternehmen und tagtäglich Millionen von Pendlern sind auf gute Verkehrswege im Freistaat angewiesen. Ich sage sehr deutlich, dass

auch eine jede marode Brücke eine versteckte Staatsverschuldung zulasten unserer Nachkommen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FREIEN WÄHLER)

- Alles wunderbar, Herr Halbleib.

Bayern geht voran mit 250 Millionen Euro für die Staatsstraßen. Meine Damen und Herren, das ist ein Kraftakt, und das ist auch ein Zeichen. Wir treiben wichtige Verkehrsprojekte voran. Ich nenne nur den Frankenschnellweg, den Erdinger Ringschluss oder auch die Zweite Stammstrecke.

(Beifall bei der CSU)

Bayern ist und bleibt Motor der Energieversorgung für das 21. Jahrhundert. Sicher, bezahlbar und umweltfreundlich – diesen Anspruch stellen Unternehmer, aber auch die Bürgerinnen und Bürger. Meine Damen und Herren, bereits heute decken wir – ich kann das nur immer wieder sagen – 35 % des Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energien. Wir wollen 2021 bei 50 % sein. Bayern ist deutschlandweit Spitzenreiter bei der Wasserkraft und bei der Photovoltaik. Viele bayerische Firmen im Bereich Energie- und Umwelttechnik sind stark im Export und schaffen auch hier neue Arbeitsplätze.

Wir haben gemeinsam in der Großen Koalition in Berlin Erfolge bei der Begrenzung der EEG-Umlage erzielt. Wir haben für energieintensive Unternehmen Ausnahmen geschaffen, die für viele Regionen in Bayern existenzwichtig sind. Wir haben auch beim Eigenstromprivileg die Sicherung des Bestandsschutzes vorgenommen.

Meine Damen und Herren, wir wollen bei der Energieeffizienz neue Maßstäbe setzen. Das heißt eben nicht nur mehr Geld für die Wärmedämmung, sondern das heißt auch intelligente Netze, neue Energiespeicher und bessere Steuerung beim Verbrauch. Bayern geht voran mit einem 10.000-Häuser-Programm für private Hausbesitzer. Das ist der richtige Weg: pragmatisch, nah am Bürger und deshalb auch erfolgreich.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben deshalb auch einen sehr breit angelegten Energiedialog gestartet. Die Energiewende ist nun einmal ein gesamtgesellschaftliches Projekt, eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Deshalb müssen wir unsere politischen Entscheidungen auf ein stabiles gesellschaftliches Fundament stellen. Ich kann Ihnen nur sagen: Wir müssen auch mit den Betroffenen ins Gespräch kommen. Ich kann Ihnen aus den Sitzungen der Arbeitsgruppen berichten, die sehr konstruktiv verlaufen. Es ist sehr wichtig, dass die Betroffenen gehört werden, dass sie ihre Argumente vorbringen können. Dies wird auch sehr wohl anerkannt, bis hin zu sehr persönlichen Gesten, dass einem sogar persönlich Handgemachtes aus Dankbarkeit dafür überreicht wird, dass man sie in den Dialog einbindet. Meine Damen und Herren, dies ist auch wichtig, weil dies die Möglichkeit gibt, Entscheidungen zu diskutieren, aber auch zu begründen. Meine Damen und Herren, das ist der Politikstil, der zukunftsfähig sein wird.

(Beifall bei der CSU)

Zu einem zukunftsfähigen Bayern gehört aber auch eine moderne Landwirtschaft. Dafür tun wir sehr viel. Mit Landesmitteln gleichen wir das aus, was bei der GAP-Reform auf der europäischen Ebene gekürzt wird. Meine Damen und Herren, das gibt es auch nur in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Wir unterstützen die Landwirte bei der artgerechten Tierhaltung und stärken ihre Betriebe mit 500 Millionen Euro. Wir bauen das Bayerische Kulturlandschaftsprogramm aus: 1,25 Milliarden Euro für eine nachhaltige Landwirtschaft – auch das, meine Damen und Herren, gibt es in keinem anderen Land in Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Wir unterstützen unsere Forstwirte zum Beispiel beim Aufbau von klimatoleranten Mischwäldern. Das ist ein wichtiger und ein neuer Ansatz. In Bayern hat sich längst herumgesprochen: Land- und Forstwirtschaft hat Zukunft und bietet auch Zukunft.

Wir in Bayern sind stolz auf unsere wunderbare Landschaft, eine Natur, die wirklich einzigartig ist, eine Schöpfung, zu deren Erhalt wir verpflichtet sind. Unsere Programme zum Klimaschutz und zur natürlichen Vielfalt sind international beachtete Großprojekte. Wir beweisen: Bayern ist Vorreiter bei der Nachhaltigkeit und beim Umweltschutz. Ich nenne das international beachtete Biosphärenreservat Rhön für nachhaltige Entwicklung. Die UNESCO hat vor Kurzem die Erweiterung anerkannt. Allein in Bayern stehen 1.300 Quadratkilometer unter besonderem Schutz – das entspricht übrigens mehr als der doppelten Fläche des Bodensees.

Meine Damen und Herren, wirtschaftlicher Erfolg, kultureller Reichtum und landschaftliche Schönheit – das alles macht Bayern lebens-, aber auch liebenswert.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Alles von der CSU!)

Ökologie und Ökonomie sind in Bayern eben kein Widerspruch. Wir gestalten die Zukunft im Einklang mit den Menschen und mit der Natur. Der Aufbruch in die Zukunft geht nur mit den Bürgern gemeinsam. Diese Staatsregierung steht für die Koalition mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Die Menschen in Bayern haben die Kraft zu Lösungen, zu Initiativen und zu neuen Ideen. Auf diese Kompetenzen bauen wir.

Die Menschen in Bayern wissen auch sehr genau: Aktive Wirtschaftspolitik, Wachstum und solide Finanzen sind kein Selbstzweck. Erfolgreiche Unternehmen, junge Existenzgründer, Mut zum Risiko – all das sind Voraussetzungen für Teilhabe und nachhaltigen Wohlstand, für höchste Lebensqualität und für soziale Sicherheit. Bayern ist so erfolgreich, weil Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften gemeinsam anpacken für

eine soziale und eine nachhaltige Marktwirtschaft, die den Menschen dient. Dafür steht diese Regierungsfraktion, und dafür steht die Staatsregierung.

(Beifall bei der CSU)

Unsere Kinder und Jugendlichen werden mit jungen, mit ehrgeizigen Menschen in aller Welt konkurrieren. Gute Bildung heute bedeutet letztendlich den Wohlstand von morgen. Bei allem Konkurrenzdruck ist uns in Bayern mindestens genauso wichtig, dass unsere Kinder Charakterstärke, soziales Engagement und auch Neugierde entwickeln. Darauf legt diese Staatsregierung in jeder Schulart großen Wert.

Bayern ist ein Chancenland. Seit 2008 haben wir 100 neue Schulen und über 53.000 neue Studienplätze geschaffen.

Wir investieren bereits jetzt mehr als ein Drittel des Haushalts in Bildung. In den nächsten beiden Jahren werden es zusätzlich rund 1,4 Milliarden Euro sein.

(Beifall bei der CSU)

Wir entwickeln das Gymnasium weiter. Wir packen an für Inklusion und individuelle Förderung. Bayern ist und bleibt, meine Damen und Herren, das Bildungsland Nummer 1 in ganz Deutschland.

Bis 2018 gibt es an allen Schularten für jede Schülerin und jeden Schüler bis zu 14 Jahren ein bedarfsgerechtes Ganztagsangebot. Diese Garantie werden wir einhalten.

Wir stärken natürlich auch ganz konsequent unser duales Ausbildungssystem; denn das ist unser größter Trumpf, meine Damen und Herren, wenn es um die Fachkräftesicherung geht. Das ist ein Alleinstellungsmerkmal, das wir uns insbesondere für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nicht nehmen lassen sollten.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen diese Stärke weiter nutzen und konsequent weiterentwickeln. Deshalb geben wir mehr als jedes andere Bundesland für die berufliche Bildung und Ausbildung aus. Wir werden auch künftig rund 30 Millionen Euro im Jahr investieren, weil wir wissen, dass dieses Geld mit Sicherheit gut angelegt ist. Leider ziehen nicht alle hier in diesem Haus an einem Strang. Aber ich hoffe immer noch, Sie überzeugen zu können.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Meine Damen und Herren, Bayern soll nachweisbar auch das familienfreundlichste Land sein. Im Juli haben wir mit der bayerischen Wirtschaft den Familienpakt unterzeichnet – ein wichtiger Schritt zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

(Zuruf von der SPD: Wahnsinn!)

Im Bund haben wir die Mütterrente durchgesetzt. Ich sage Ihnen nach wie vor: Das ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Die Finanzierung aber auch, Frau Aigner!)

Mit unserem Doppelhaushalt schnüren wir ein neues Kraftpaket für unsere Familien. Wir starten eine Qualitätsoffensive in der Kinderbetreuung und verbessern die Finanzierung aller Kindertageseinrichtungen. Wir erhöhen die Einkommensgrenzen beim Landeserziehungsgeld. Deshalb werden künftig mehr Familien davon profitieren. Die auf Bayern entfallenden Mittel des Bundes zum Krippenausbau reichen wir vollständig an die Kommunen weiter.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Müsst ihr ja!)

Gerade in unruhigen Zeiten, im Zeitalter der Beschleunigung und der Globalisierung, ist Familie sehr wichtig. Familien sorgen für Halt, sie sorgen für Geborgenheit und auch für Werte.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, in Bayern fühlen sich die Menschen sicher. Sicherheit ist sehr wichtig für die Lebensqualität. Sicherheit ist auch ein starkes Argument für den Standort Bayern. Nur wer sich sicher fühlt, investiert. Nur wer sich sicher fühlt, schafft Arbeitsplätze und geht mutig in die Zukunft.

Andere Länder bauen Stellen für Polizisten ab. Mit über 40.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern haben wir bei der bayerischen Polizei den höchsten Personalstand aller Zeiten.

(Beifall bei der CSU)

Dazu kommen jetzt 350 neue Stellen für die Justiz. Bayern hat die niedrigste Kriminalitätsrate in Deutschland und eine der höchsten Aufklärungsquoten. Im Namen der Staatsregierung danke ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowohl der Polizei als auch der Justiz für ihren großartigen Einsatz. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wir sind auch gegen neue Bedrohungen gerüstet. Beispiel Salafismus: 550 radikale Islamisten aus Deutschland kämpfen in Syrien und im Irak für die Terrormiliz "Islamischer Staat". Zwei Drittel von ihnen haben einen deutschen Pass. Von den Rückkehrern geht erhebliche Gefahr aus. Das ist eine große Herausforderung, auch für die Polizei und den Verfassungsschutz.

Ausländische Extremisten werden in Bayern konsequent abgeschoben. Gegen deutsche Extremisten gehen wir mit aller Härte vor. Islamistischer Terror darf keinen Platz haben – nicht bei uns und nirgendwo auf der Welt, meine Damen und Herren!

Bayern ist nur so stark wie seine Kommunen. Deshalb arbeiten wir in Bayern und auch im Bund für unsere Kommunen, zum Beispiel bei den Leistungen für Menschen mit Behinderung. Wir schultern einen kommunalen Finanzausgleich auf Rekordniveau.

Bayern ist und bleibt ein kommunalfreundliches, wenn nicht sogar das kommunalfreundlichste Land.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Für immer mehr Menschen in unseren Städten ist *die* soziale Frage unserer Zeit die Frage nach bezahlbarem Wohnraum. Wir unterstützen dieses wichtige Ziel mit der Mietpreisbremse und weiteren Initiativen auf Bundesebene.

Meine Damen und Herren, Gastfreundschaft, Solidarität und Nächstenliebe zeichnen die Menschen in Bayern aus.

(Beifall bei der CSU)

Dies gilt auch gegenüber den vielen Menschen, die in diesem Jahr als Asylbewerber zu uns gekommen sind.

(Zuruf von der SPD: Sie müssen nur Deutsch sprechen!)

Ich danke den Kommunen, ich danke den Kirchen, ich danke den Sozialverbänden für ihren großartigen Einsatz vor Ort.

(Beifall bei der CSU, der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich möchte besonders auch den vielen Menschen danken, die ehrenamtlich helfen. Ich nenne die Bürgerinnen und Bürger, die Patenschaften für Flüchtlinge übernehmen, und ich nenne auch die Lehrerinnen und Lehrer, die freiwillig Deutschkurse anbieten.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der SPD und der FREIEN WÄHLER)

Sie alle zeigen Solidarität mit unseren Mitmenschen. Füreinander eintreten – das macht Bayern aus, meine Damen und Herren. Dafür steht auch unser Asylgipfel vom September. Staat, Kommunen, Verbände und Kirchen haben im Konsens drei Grundsätze erarbeitet.

Erstens. Humanität im Umgang mit den Menschen, die zu uns kommen. Dazu haben wir sehr viel getan. Neue Plätze in den Erstaufnahmeeinrichtungen wurden geschaffen, es gibt weitere Erstaufnahmeeinrichtungen in allen Regierungsbezirken sowie einen Winternotfallplan mit über 20.000 Plätzen und nicht zuletzt eine bessere medizinische Versorgung.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens. Wir können nur dann den wirklich Notleidenden helfen und die Akzeptanz in der Bevölkerung bewahren, wenn wir auch künftig entschieden gegen Asylmissbrauch vorgehen.

(Beifall bei der CSU – Thomas Kreuzer (CSU): Bravo!)

Jeder, der nach Bayern kommt, muss wissen: Jedem Berechtigten wird geholfen. Aber, meine Damen und Herren, der Rechtsstaat lässt sich auch nicht erpressen, weder mit inszenierten Protesten noch mit falschen Parolen.

Drittens. Wir brauchen eine neue Entwicklungszusammenarbeit. Dafür müssen wir auch mehr Geld in die Hand nehmen. Kein Mensch – da können Sie sicher sein – verlässt ohne Not seine Heimat. Wir wollen die Menschen vor Ort unterstützen, damit sie in ihrer Heimat bleiben können und eine bessere Zukunft für ihr Land aufbauen können.

(Beifall bei der CSU)

Unser christlich-soziales Koordinatensystem ist richtig: pragmatische Hilfe und gleichzeitig Kampf gegen die Ursachen der Not in den Heimatländern.

(Beifall bei der CSU)

Für uns in Bayern gilt: Bayern ist das Land der gelingenden Integration. Aber auch hier können wir immer noch besser werden. Dazu werden wir im nächsten Jahr ein Konzept "Zukunft Integration" auflegen.

Viele der Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak werden länger bei uns bleiben. Eine wichtige Aufgabe lautet: Jugendliche sollen leichter in eine Ausbildung und Erwachsene leichter in Arbeit kommen. Dafür prüfen wir alle Möglichkeiten.

Wir stehen für einen verlässlichen Staat; wir sind da für Menschen, die unsere besondere Unterstützung brauchen.

Menschen, die auch besondere Unterstützung brauchen, sind Menschen mit Behinderung. Hier haben wir ein sehr, sehr ehrgeiziges Ziel: "Bayern -Barrierefrei 2023". Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die wir nur gemeinsam schultern können: Staat, Kommunen, Wirtschaft und alle gesellschaftlichen Gruppen, jeder in seinem Verantwortungsbereich.

Wir konzentrieren uns zunächst auf Mobilität, Bildung und Gebäude. Wir setzen Zeichen mit unserem neuen Ministerium für Gesundheit und Pflege: In Bayern kann sich jeder auf eine gute medizinische Versorgung und auf Spitzenmedizin verlassen. Wir fördern die Gesundheitsversorgung, auch in den ländlichen Räumen. Mit über 500 Millionen Euro werden wir zusammen mit den Kommunen das hohe Niveau der staatlichen Krankenhausförderung fortführen.

Herr Kollege Hermann Imhof ist seit Anfang dieses Jahres der Patienten- und Pflegebeauftragte der Bayerischen Staatsregierung.

Unser Credo für die ältere Generation lautet: Diese Menschen sollen möglichst lange selbstbestimmt in ihrem gewohnten Umfeld bleiben. Dafür arbeiten wir mit dem Programm "Selbstständig älter werden".

Meine Damen und Herren, die Pflege liegt in den Händen von Menschen. Die Pflegekräfte leisten einen großartigen Dienst an den Menschen.

(Beifall bei der CSU)

Dieser Dienst muss besser honoriert werden. Dazu gehören eine bessere Bezahlung und ein besserer Personalschlüssel.

Gerade in Zeiten globaler Krisen brauchen wir Ankerpunkte und Orientierung. Meine Damen und Herren, Tradition, Brauchtum und Kunst sind für uns daher kein Luxus, sondern das Fundament unserer Heimat.

(Beifall bei der CSU)

Wir gehen auch hier voran. Ich nenne als Beispiele das Museum der Bayerischen Geschichte in Regensburg, die Festung Marienberg in Würzburg und das Sudetendeutsche Museum in München.

Bayern ist und bleibt etwas ganz Besonderes. Die Menschen in Bayern helfen zusammen. Sie packen an, wenn Bedürftigkeit gegeben ist. Meine Damen und Herren, ich möchte in diesem Zusammenhang auch Markus Sackmann nennen, der sich als neuer Ehrenamtsbotschafter für unsere Heimat starkmacht.

(Beifall bei der CSU)

Die Menschen in Bayern bekennen sich klar zu unseren Werten. Werteorientierung in Bayern ist tägliche Lebenspraxis. Wir wollen diesen großartigen Schatz an unsere Jugend weitergeben. Dafür arbeitet das Wertebündnis Bayern mit über 120 Mitgliedern. Mit ihren Ideen und ihren Projekten haben sie sich über Bayern hinaus einen sehr guten Namen gemacht. Wir krönen diese Erfolgsgeschichte mit der Schaffung der neuen Stiftung "Wertebündnis Bayern".

Meine Damen und Herren, die Zeiten haben sich geändert. Nichts ist mehr selbstverständlich. Unsere Werte, unsere Lebenseinstellung und unsere Grundsätze werden herausgefordert. Umso wichtiger sind stabile Verhältnisse und Zuverlässigkeit.

Wir halten an soliden Finanzen fest. Wir sorgen für Stabilität. Wir schaffen neue Chancen. Wir haben die Zukunft fest im Blick. Arbeit, Perspektiven, soziale Sicherheit und

Lebensqualität heute und morgen, dafür steht der neue Doppelhaushalt des Freistaats Bayern. Ich möchte mich ganz herzlich, stellvertretend bei dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses Herrn Winter, für die Tätigkeit des Haushaltsausschusses bedanken.

(Beifall bei der CSU und der SPD)

Ich bitte das Hohe Haus, diesem Doppelhaushalt zuzustimmen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bitte um Ihre Unterstützung für Bayern.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. Als nächstem Redner erteile ich dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Herrn Kollegen Markus Rinderspacher, das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Rinderspacher (SPD): Na, der Schlussapplaus war dann doch ganz ordentlich. – Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, Hohes Haus! Sollten Sie in den Wohnzimmern oder im Internet unsere Debatte verfolgen: Welcome to Bavaria. Benvenuto in Bavaria. Bavyera ia hosgeldiniz. Witamy serdecznie. Schön, dass Sie in den Wohnstuben Bayerns unsere Plenardebatte verfolgen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Josef Zellmeier (CSU): Weiter so!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Beratungen am Jahreswechsel über den Haushalt bieten traditionell die Möglichkeit zu einer Generalaussprache: Was wurde in den vergangenen 14 Monaten seit Beginn der Legislaturperiode geleistet? Welche politischen Projekte wurden auf den Weg gebracht? Dabei geht es nicht darum, den jeweils anderen von der Regierung oder der Opposition argumentativ niederzuringen. Es geht auch nicht darum, jedes einzelne Themenfeld der bayerischen Landespolitik anzusprechen. Dazu würde meine Redezeit gar nicht ausreichen. Es geht um die Fragen: Stimmt die Richtung in Bayern? Was lief in den vergangenen Jahren gut, was lief weniger gut? Was muss korrigiert werden? Welche neuen Entwicklungen zwingen zum

Handeln? Wo bleibt die Regierung hinter ihren Versprechen und Ankündigungen zurück?

Es ist bedauerlich, dass der Ministerpräsident heute krankheitsbedingt nicht Rede und Antwort stehen kann. Die Gesundheit geht aber selbstverständlich vor. Ich wünsche dem Ministerpräsidenten gute Besserung und eine baldige Genesung.

(Allgemeiner Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben im Jahr 2014 tatsächlich das erlebt, was den klassischen Unterschied zwischen einer Koalitions-Regierung und einer Allein-Regierung ausmacht. Im Bund regieren drei Parteien, die CDU, die SPD und die CSU. Sie haben in einem Koalitionsvertrag wichtige Vorhaben vereinbart und diese nun in gemeinsamer Verantwortung für das Land umgesetzt. Im Rückblick auf das Jahr 2014 können wir gemeinsam feststellen: Das Jahr 2014 war mit einer Bundesregierung der Großen Koalition ein gutes Jahr für Deutschland.

(Beifall bei der SPD)

Die Koalition hat bereits im ersten Regierungsjahr wichtige politische Vorhaben umgesetzt und dabei für eine bessere soziale Balance in der Bundesrepublik gesorgt. In 22 Tagen wird endlich das Wirklichkeit, wofür die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften bereits seit über einem Jahrzehnt gekämpft haben: Der gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro kommt.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, von diesem Mindestlohn profitieren allein in Bayern 550.000 Menschen. Der 1. Januar 2015 bedeutet für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land eine satte Gehaltserhöhung im deutlich zweistelligen Prozentbereich, um 12, 15, 18 und teilweise über 20 %. Das ist eine historische sozialpolitische Wegmarke für mehr Fairness auf dem Arbeitsmarkt, auch bei uns in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Mit der Mütterrente und der Möglichkeit, nach 45 Versicherungsjahren bereits mit 63 Jahren abschlagsfrei in Rente zu gehen, findet die Lebensleistung der älteren Generation mehr Anerkennung. Dabei geht es nicht um staatliche Geschenke, wie dies manche formuliert haben, sondern darum, dass die Lebensleistung derer, die unser Land aufgebaut haben, ein Stück weit gewürdigt wird. Die Menschen haben ein solches Geschenk nicht nötig. Sie haben es sich erarbeitet, und sie haben es sich verdient.

(Beifall bei der SPD)

Besonders erfreulich sind für mich die Verbesserungen für die Mieterinnen und Mieter. Wir sorgen für ein Mehr an Gerechtigkeit statt des bislang geltenden Rechts des Stärkeren. Der Wohnungsmarkt glich bislang vielerorts dem Wilden Westen. Jetzt kehrt endlich auch in Goldgräberstädten die Zivilisation ein, beispielsweise bei uns in der Landeshauptstadt München. Mit der Mietpreisbremse wird der Druck auf die Wohnungsmärkte in den großen Ballungszentren abgeschwächt. Die Mieten werden nicht mehr weiter explodieren können, wie das in den letzten Jahren der Fall war. Mieterhöhungen dürfen nicht über 10 % der ortsüblichen Vergleichsmiete betragen. Bei der Maklergebühr gilt künftig das Bestellerprinzip: Wer anschafft, der bezahlt. Nach dem GBW-Desaster und der Privatisierung Tausender staatlicher Wohnungen sind das endlich einmal gute Nachrichten für die Mieterinnen und Mieter bei uns im Freistaat Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Auch auf anderen Politikfeldern ist manches vorangekommen, was in den Jahren zuvor liegen geblieben war, die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, die den Anstieg der Strompreise bremst, mehr Bildungsgerechtigkeit mit der BAföG-Reform, die Frauenquote und die doppelte Staatsangehörigkeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Deutschland und damit auch Bayern ist im Jahr 2014 ein Stück weit sozialer und demokratischer und in der Gesellschaftspolitik moderner und menschlicher geworden. Das war ein guter Start einer guten Bundesregierung. Ich bedanke mich bei unseren politischen Partnern im Bund für die Zusammenarbeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ohne jede Frage, es ist wünschenswert, auch in anderen wichtigen Sachfragen über die Parteigrenzen hinweg zu kooperieren. Der gegenwärtige Länderfinanzausgleich ist für uns in Bayern völlig unakzeptabel.

(Zurufe von der CSU: Ach! Ach!)

Wir hätten in Bayern genügend Projekte, die wir mit den fünf Milliarden, die dieses Jahr überwiesen werden müssen, in Angriff nehmen könnten. Darin sind wir uns mit der CSU einig. Nicht durchgehen lassen wir Ihnen aber den Versuch, für diese schlechte Regelung jemand anderem die Verantwortung zu übertragen statt Ihnen selbst.

(Beifall bei der SPD)

Der frühere CSU-Chef Edmund Stoiber hat den Vertrag über den Länderfinanzausgleich ausgehandelt. Die Fehler von damals müssen nun gemeinsam korrigiert werden. Lassen Sie uns gemeinsam dafür kämpfen, dass die Belastungen für den Freistaat Bayern künftig sinken werden.

(Beifall bei der SPD)

Ein zweites Thema bietet sich aktuell für gemeinsame Initiativen der beiden Volksparteien in Bayern an. Wenn es darum geht, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bayern zu entlasten, sollten wir parteiübergreifend an einem Strang ziehen. Es könnte ein gutes gemeinschaftliches Anliegen der beiden Volksparteien SPD und CSU in Bayern sein, dieses Thema ganz oben auf die Tagesordnung zu setzen. Wir brauchen

Steuererleichterungen für die kleineren und mittleren Einkommen. Wir wollen die kalte Progression so schnell wie möglich abschaffen. Das ist unsere Position, und dafür sollten wir gemeinsam arbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Der Bayerische Ministerpräsident hatte zuletzt noch davor gewarnt, die kalte Progression zu früh abzuschaffen. Das sei vor 2017 bzw. 2018 nicht möglich. Er hat sich damit ein Stück weit vom Bayerischen Finanzminister Markus Söder distanziert, der weitere Spielräume gesehen hat. Nun ist Herr Söder nicht da, aber ich möchte ihm gerne zurufen: Herr Staatsminister, man kann gelegentlich den Eindruck haben, dass das Geplänkel zwischen Ihnen und dem Ministerpräsidenten auch andere Hintergründe hat. Hier sollten wir gemeinsam den Bayerischen Ministerpräsidenten, aber auch die Bundeskanzlerin und den Bundesfinanzminister davon überzeugen, dass Gehaltssteigerungen künftig nicht mehr von der Steuer aufgeessen werden dürfen. Wir brauchen hierfür eine angemessene Perspektive, und das bedeutet für uns, die SPD, nicht erst 2017, wie es Herr Seehofer vorgeschlagen hat, sondern früher. Wir brauchen in einer angemessenen Perspektive einen ersten Schritt zum Abbau der kalten Progression. Lassen Sie uns das möglichst schnell gemeinsam erledigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, tatsächlich war die Große Koalition die Wunschkonstellation der Deutschen im Jahr 2013, und sie ist es bis heute. Die Deutschen schätzen den politischen Kompromiss und die Machtbalance zwischen den Parteien. Sie erwarten Gesprächsbereitschaft und Dialogfähigkeit zwischen den politischen Akteuren.

In Bayern gab es 2014 für die Regierungspartei mit einer absoluten Mehrheit keine Notwendigkeit der Zusammenarbeit. Politikwissenschaftler sagen, es ergebe sich bei einer absoluten Mehrheit das Risiko, dass sich die Selbstherrlichkeit in einer Reihe von Affären und Skandalen widerspiegeln könnte, die für absolute Mehrheiten symptomatisch seien, insbesondere nach mehreren Jahrzehnten der Alleinherrschaft.

(Beifall bei der SPD)

Ich überlasse es heute Ihrer geschätzten Analysefähigkeit und Ihrer Fähigkeit der Erinnerung, ob es in der Regierungspartei in Bayern 2014 mehrfach nennenswerte Affären gegeben haben könnte. Tatsächlich bleibt mir heute keine Zeit, diese in der angemessenen Detailtiefe darzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Verstehen Sie das auch als einen Beitrag zum parlamentarischen Weihnachtsfrieden.

Eines ist klar: Das, was Politikwissenschaftler sagen, muss man an der einen oder anderen Stelle ernst nehmen. Die absolute Mehrheit verführt zu Trägheit und Nachlässigkeit. Der Staatskörper setzt Fett an. Die wichtigen Probleme werden vertagt. Die Regierung konzentriert sich auf Repräsentation und Verwaltung. Sie ist ganz überwiegend mit sich selbst befasst. Ein Phänomen greift in der absoluten Mehrheit Raum: Jürgen Habermas hat es vor einigen Jahren in der "Süddeutschen Zeitung" als demoskopiegeleitete Machtpragmatik bezeichnet. Herr Habermas beschrieb das als einen Aggregatzustand, der sich durch den Verzicht auf Perspektiven und Gestaltungswillen auszeichnet.

Das ist richtig kurios. Die CSU verhält sich exakt nach der Definition von Jürgen Habermas. Neben dem Begriff "demoskopiegeleitete Machtpragmatik" ist im "Politiklexikon" ein Foto von Horst Seehofer zu sehen. Man konnte wirklich den Eindruck gewinnen, der CSU-Chef denke bis zur nächsten Umfrage und sei überwiegend damit beschäftigt, die potenziellen Nachfolger in Bayern in Schach zu halten.

(Beifall bei der SPD)

Anders als die Koalitionsregierung im Bund war die Alleinregierung in Bayern äußerst zurückhaltend mit gesetzgeberischer Innovation. Ich hoffe, ich trete Ihnen nicht zu nahe. Die Zahl der von der Staatsregierung initiierten Gesetzentwürfe ist mehr als überschaubar. In Wahrheit gibt es sie fast nicht. Lediglich einige Gesetzentwürfe zur Umsetzung von Bundes- oder Europarecht in Landesrecht hat es gegeben. Es gibt ein

leeres Blatt Papier an dokumentiertem parlamentarischem Gestaltungsunwillen. Die Regierung hat die Tatkraft nur vorgetäuscht. Ganze zwei Mal hat die Regierung in der laufenden Legislaturperiode – Frau Aigner spricht hier 40 Minuten – konkrete Gesetz-entwürfe eingebracht, über die wir im Bayerischen Landtag zu beraten hatten.

Da aber wird es plötzlich verfassungsrechtlich problematisch. Die neuen Regeln über den Abstand zwischen Windrädern und Siedlungsgebieten greifen in das kommunale Selbstverwaltungsrecht ein. Dieses Gesetz ist nicht nur eine Blockade für die Wind-energie in Bayern, es ist nicht nur eine Bremse für investitionswillige Unternehmen und Bürgergenossenschaften, es ist nicht nur ein Zeichen für den Unwillen der Regie-rung, die Energiewende tatsächlich zu gestalten; nein, das Gesetz ist handwerklich auch so schlecht gemacht, dass sich die Opposition gezwungen sieht, vor den Bayeri-schen Verfassungsgerichtshof zu ziehen und die Verfassungsmäßigkeit überprüfen zu lassen. Das gilt auch für den Gesetzentwurf zur sogenannten Volksbefragung. Bereits 2014 hatte die SPD einen Erfolg vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof erzielt. Ich glaube, 2015 könnte wieder ein Jahr sein, in dem der Bayerische Verfassungsge-richtshof gleich zwei Initiativen der Staatsregierung für nicht konform mit der Bayeri-schen Verfassung erklärt.

(Beifall bei der SPD)

Zwei konkrete Gesetzentwürfchen seitens der Regierung, einmal die Blockade der Windenergie, ein andermal ein Alibientwurf für vorgetäuschte Bürgerbefragung; unter dem Strich kann man sagen: Diese Regierung hat 2014 auf das Regieren verzichtet.

(Beifall bei der SPD)

Alle Reformvorschläge und Innovationsideen der Opposition hat sie vom Tisch ge-wischt. Gesetzentwürfe und Anträge von SPD, FREIEN WÄHLERN und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN hat die CSU kategorisch abgelehnt. Wieso eigentlich regieren? Im Kabi-nett reicht es, den Status quo zu verwalten.

Nun mag man sagen, das könnte eine Strategie sein. Bayern geht es doch alles in allem gut. Wer will das bestreiten? Vielleicht ist es gar kein schlechtes Konzept, sich aufs Repräsentieren zu konzentrieren und die Füße einmal still zu halten. Wir haben die Paragrafenbremse. Für was brauchen wir eigentlich eine Regierung? Dass wir in Bayern keine handlungsfähige Regierung brauchen, hat doch gerade der vergangene Herbst deutlich gezeigt. Wenn es darauf ankommt, ist die Regierung nicht da und zeigt sich überfordert. Menschen, die unter Entbehrungen aus Bürgerkriegsgebieten zu uns nach Bayern geflüchtet sind, schlafen bei Temperaturen mit einstelliger Zahl auf Isomatten unter freiem Himmel. Wenige Wochen vorher hatten unterschiedliche Asylgipfel beim Ministerpräsidenten und bei der zuständigen Ministerin stattgefunden. Ich frage Sie: Sieht so Regierungskunst und Managementkompetenz aus, wenn den Ankündigungen nachweislich nichts folgt?

(Beifall bei der SPD)

Es waren die Kommunen und ehrenamtlichen Helfer vor Ort, die mit ihrem Einsatz die Ehre und die Würde des Freistaates Bayern ein Stück weit gerettet haben. Für dieses Engagement trotz der mangelnden Unterstützung durch die Staatsregierung über einen viel zu langen Zeitraum gebührt gerade ihnen unser Dank und unsere Anerkennung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die CSU hat in den letzten Tagen wieder für Aufsehen gesorgt und einen – man mag so sagen – kuriosen Vorschlag über einen Leitantrag in der Öffentlichkeit formuliert: Zu Hause im Wohnzimmer soll Deutsch gesprochen werden. Da stellt sich natürlich die Frage: Was will die CSU denn wirklich? – Nun können wir heute im Bayerischen Landtag nicht wirklich abschätzen, wann die nächsten diesbezüglichen Vorschläge kommen. In dieser Partei scheint gegenwärtig alles möglich zu sein: Ab sofort werden in bayerischen Wohnstuben nur noch Heino und Andrea Berg gehört – ist das der nächste Vorschlag? –, Franck Ribéry wird ausgewiesen, weil er am Elfmeterpunkt mit

Dante und Tiago Englisch spricht, Pep Guardiola muss zu Borussia Dortmund auswandern, weil seine Pressekonferenzen auf Spanisch im öffentlichen Raum in Bayern nicht geduldet werden können, und

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

last but not least: Inge Aures und Hubert Aiwanger wird das Landtagsmandat entzogen, weil sie im Verdacht stehen, in ihrem Wohnzimmer nicht immer lupenreines Hochdeutsch zu sprechen.

(Heiterkeit bei der SPD – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der CSU)

Der Vorschlag der CSU hat in den letzten Tagen zu Recht für Hohn und Spott gesorgt. Die integrationspolitischen Verwirrungen der CSU haben aber eine sehr ernste Kehrseite. Die Frage der Integration wird von der CSU im Einjahresrhythmus aufgeworfen. Der Tenor ist immer der gleiche. Schauen wir uns die vergangenen Jahre einmal an – 2010: Der Bayerische Ministerpräsident fordert in einem Interview mit einem Nachrichtenmagazin einen Einreisestopp für Türken und Menschen aus arabischsprachigen Ländern in dem Wissen, dass deren Einwanderungssaldo eigentlich negativ ist; mehr Türken kehren in ihr Herkunftsland zurück als zu uns zuwandern. 2011 betont der Bayerische Ministerpräsident, er werde Deutschland "bis zur letzten Patrone" – das war ein wörtliches Zitat – vor Zuwanderung in die deutschen Sozialsysteme verteidigen. 2012 – ein Jahr später – fordert die CSU etwas, was es in keinem anderen europäischen Land gibt, nämlich eine Maut nur für Ausländer. Wenig später, im Jahr 2013, platziert die Parteispitze die Formel: "Wer betrügt, der fliegt". Gemeint sind Bulgaren und Rumänen, die unter Ausnutzung der Freizügigkeit in Europa unser Sozialsystem angeblich massenhaft ausbeuten würden. Diese Entwicklung – ich denke, darin sind wir uns einig – ist nachweislich nicht eingetreten.

Jetzt kommt dieser Vorschlag zur deutschen Sprache im Wohnzimmer. Einreisestopp, "bis zur letzten Patrone" – meine Damen und Herren, wer sich das anschaut, der

muss zum Ergebnis kommen: Das war keine Fehlleistung in der Formulierung eines Leitantrags, da ging es nicht um ein rhetorisches Missverständnis, sondern dahinter steckt System. Der CSU geht es offensichtlich darum, die Stimmung gegen Migrantinnen und Migranten in unserem Land zu schüren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN – Widerspruch der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer (CSU))

Schon heute haben knapp 20 % der bayerischen Bevölkerung einen Migrationshintergrund; jedes dritte Kind unter sechs Jahren hat ausländische Wurzeln. Es ist an der Zeit, diese gesellschaftliche Vielfalt auch bei uns in Bayern anzuerkennen. Es geht uns um eine Gesellschaft, die unterschiedliche Lebensentwürfe als Bereicherung und nicht als Bedrohung empfindet.

Sie werfen die Frage auf bzw. Sie stellen den Common Sense dar – wenn dieser Begriff hier gestattet ist –, dass deutsche Sprache eine Basis für gelingende Integration ist, und formulieren damit einen Mechanismus der Ausgrenzung. Es ist Konsens zwischen den Parteien im Bayerischen Landtag und auch mit den Migrationsverbänden, dass die deutsche Sprache eine Bedingung für gelingende Integration ist. Darum ging es aber nicht, und es geht auch nicht um Handlungsanweisungen für die Privatsphäre. Das, was Sie als Regierungspartei leisten müssten, sollten Sie im Jahr 2015 bitte kraftvoll angehen. Wir brauchen nämlich mehr Integrationskurse in Bayern. Wir brauchen mehr Sprachförderkurse in den Vorschulen.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen mehr Sprachförderkurse in den Kindertagesstätten. Wir brauchen zusätzliche Erzieher und sozialpädagogische Betreuer mit Migrationshintergrund. Wir brauchen endlich ein Konzept, um die Zahl der Schulabbrecher mit Migrationshintergrund zu senken. Wir brauchen kleinere Klassen und mehr Ganztagsangebote. Wir brauchen pädagogischen Freiraum. Wir brauchen die Verstärkung der Schulsozialarbeit und bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. – Wenn Ihnen die Integration wirk-

lich wichtig ist, dann gehen Sie das an! Darum muss es nämlich gehen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU.

(Beifall bei der SPD)

Als Weihnachtsmänner und Weihnachtsfrauen wäre das Kabinett eine regelrechte Fehlbesetzung; denn packt man die angekündigten Geschenke in Hochglanzpapier voller Erwartung und Vorfreude aus, stellt man enttäuscht fest: Es ist nichts drin. So sind die Päckchen für die bayerische Bildung deutlich kleiner als erwartet. Bereits im Jahr 2008 – sechs Jahre ist das her – hatte der Bayerische Ministerpräsident in seiner ersten Regierungserklärung flächendeckend Ganztagsschulen in allen Schularten und in allen sieben Regierungsbezirken innerhalb einer Legislaturperiode versprochen. Sechs Jahre danach belegt Bayern bei den Ganztagsschulangeboten noch immer einen der hinteren Plätze im Bundesländer-Ranking.

Wir begrüßen ganz ausdrücklich, Herr Kultusminister, dass es auch in der Grundschule kostenfreie Angebote für Eltern geben soll, dass sich der Freistaat dort künftig engagieren will. Die Staatsregierung sollte aber doch zur Kenntnis nehmen, dass guter Ganztag eben mehr als Hausaufgabenhilfe und das Spielen im Pausenhof sind. Die Ganztagsangebote in Bayern müssen gerade in den Grundschulen auf die Rand- und Ferienzeiten ausgedehnt werden. Die wenigsten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben um 16.00 Uhr Feierabend. Wir brauchen Ganztagsangebote deshalb auch bis um 18.00 Uhr. Die wenigsten Eltern haben 92 Urlaubstage im Jahr. Deshalb müssen die Kinder natürlich auch in den Ferien betreut werden. Das ist das Geschenkpaket für die Familien in Bayern, an dem wir nun gemeinsam mit den Kommunen parteiübergreifend arbeiten sollten. Davon haben die Familien etwas.

(Beifall bei der SPD)

Auch die anderen Schulgeschenke verdienen es, genau unter die Lupe genommen zu werden. Was ist mit der Bestandsgarantie des Ministerpräsidenten für die sogenannten rechtlich selbstständigen Grundschulen? – Was wie eine Lebens- und Unfallversi-

cherung klingt, stellt sich am Ende als Risiko dar. Eltern, Schüler, Lehrer und Bürgermeister in Bayern müssen hier regelrecht alarmiert sein; denn 300 Schulen in 300 Orten in Bayern sind rechtlich nicht selbstständig. Diesen Grundschulen droht die Schließung wie auch 150 Mittelschulstandorten. Wir brauchen regionale, dezentrale Schulmodelle in Bayern. Wir benötigen wohnortnahe Heimat- und Regionalschulen, um lange Schulwege zu vermeiden und vor Ort alle Schulabschlüsse unter einem Dach zu ermöglichen.

(Beifall bei der SPD)

Werfen wir einen Blick auf das Gymnasialpäckchen, das in diesem Jahr geschnürt wurde. Beim Gymnasium hatte die Regierung Dialogbereitschaft versprochen – das hat sie eingehalten – und weitreichende Reformen. Dazu gehen die Meinungen schon auseinander. Bei der Gymnasialreform ist nicht etwa eine echte Wahlfreiheit für die Schülerinnen und Schüler zwischen zwei Geschwindigkeiten beim Gymnasium G 8 bzw. G 9 herausgekommen, sondern ein erweiterter Wiederholungszug in der Mittelstufe für Schüler mit weniger guten Noten. De facto ist eine Deckelung der verlangsamten Gymnasialvariante für nur 25 % der Schülerinnen und Schüler herausgekommen. Das Ganze soll erst dann kommen, wenn die jetzige Gymnasialgeneration gar nicht mehr auf der Schule ist, nämlich 2017/2018. Geld, sagt Herr Söder, gibt es auch keines.

Das Gymnasium soll aus unserer Sicht keine reine Paukanstalt sein, sondern die Kinder fürs Leben fit machen mit Wissen und Kompetenz, mit Charakter und Herzenswärme. Gönnen wir unseren Kindern mehr Zeit zum Lernen!

(Beifall bei der SPD)

Tatsächlich erhält man von dieser Regierung auch manches Päckchen überreicht, das man so gar nicht haben will. Ohne die Wachsamkeit der parlamentarischen Opposition hätte die Regierung im Jahr 2014, ohne mit der Wimper zu zucken, das bayerische Bildungssystem personell ausgedünnt. Es ist uns gelungen, die Regierung von ihren

Plänen abzuhalten, 800 Lehrerstellen auf einen Schlag zu streichen. Das nämlich war der Plan von Herrn Spaenle. Ich bedanke mich bei den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN, den Lehrer-, Eltern- und Schülerorganisationen und der alarmierten bayerischen Öffentlichkeit für diese gute Zusammenarbeit. Gut, dass wir das gemeinsam verhindert haben!

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Wir brauchen mehr und nicht weniger Lehrer in Bayern, um den Unterrichtsausfall zu bekämpfen und die Klassengrößen in allen Schularten zu verkleinern, um eine individuelle Förderung unserer Kinder zu ermöglichen und um die Zahl der Schulabbrecher zu minimieren; denn noch immer gehen jedes Jahr mehrere Tausend Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss von der Schule ab. Zudem muss die Inklusion von Schülern und Jugendlichen mit Behinderung an der Regelschule ermöglicht werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was ich mir wünschte, wäre etwas mehr Bescheidenheit in der Landespolitik und bei der Bayerischen Staatsregierung. Auch diese Regierungserklärung hat erneut gezeigt: Diese Staatsregierung kann nicht ohne Superlative. Fünf-Sterne-Land, Premiumland, die Besten der Besten. Bayern, Vorstufe zum Paradies, das familienfreundlichste Bundesland, obwohl gerade wir bei der Kinderquote und bei den Ganztagschulangeboten im Bundesländer-Ranking ganz weit hinten stehen.

(Petra Guttenberger (CSU): Das stimmt nicht, Herr Kollege!)

Das Land der unbegrenzten Chancen und Möglichkeiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir leben alle gerne in Bayern. Es ist ein wunderbares Land. Aber Sie sind nicht diejenigen, die die bayerischen Alpen aufgetürmt und die bayerischen Seen eigenhändig ausgegraben haben. Das Wittelsbacher Erbe wurde uns auch geschenkt. Auch dafür kann die CSU nichts.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von der CSU)

Die Regierungserklärung von Frau Aigner war ein regelrechter Zahlenfriedhof. 400 Millionen Euro für so und so viele Projekte und das. So und so viele Hunderte von Millionen Euro für dieses Projekt und das. Start-ups, Cyber-Allianz-Zentrum, Ariane 6. Das ist alles wichtig, keine Frage.

(Zuruf: Gut!)

Nur frage ich mich: Geht es nicht auch ein bisschen näher am Menschen, wie die von Ihnen propagierte Politik, die Sie zumindest auf Ihrem Parteilogo stehen haben?

(Zuruf von der CSU)

Können wir das in Bayern vielleicht auch so darstellen wie im Bund?

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Im Bund haben wir viel gemacht für eine bessere Pflege, für mehr Fairness auf dem Arbeitsmarkt, Politik für die Mieterinnen und Mieter, Politik für unsere Seniorinnen und Senioren. Und Sie reden über Zahlen in den unterschiedlichsten Haushaltsvarianten

(Markus Blume (CSU): Es geht um den Haushalt!)

und haben die Menschen in unserem Land nicht im Blick.

Ich nenne Ihnen zwei Beispiele: Im Polizeigebäude in Passau ist ein geregelter Dienstbetrieb fast nicht mehr möglich, weil Feuchtigkeit und Schimmel eindringen. Die Kolleginnen und Kollegen von der Polizei vor Ort sind zutiefst besorgt. Seit Jahren ist das in Passau ein Thema. Der Innenminister hat schnelle Abhilfe versprochen, und es war alternativlos, so der Innenminister, dass im Jahr 2015 ein neues Polizeigebäude errichtet werden sollte. Der Innenminister antwortet auf die Anfrage meines Kollegen Bernhard Roos, der Baubeginn müsse nun auf das Jahr 2017 verschoben werden. Die Haushaltsmittel reichen nicht aus.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört! Das Paradies sieht anders aus! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das sehen wir noch nicht! – Volkmar Halbleib (SPD): Ein Teil der Vorstufe zum Paradies!)

Die Entschuldigung kommt gleich hinterher: Gesundheitsgefährdungen, beispielsweise durch Schimmel, müssten selbstverständlich vermieden werden. Liebe Frau Aigner, das sind aber die Probleme, die die Menschen vor Ort ganz unmittelbar betreffen. Es sind die kleinen Fragestellungen, die ebenfalls in den Mittelpunkt gerückt werden müssen. In Bayern gibt es beispielsweise Dutzende Schwimmbäder, die von den Kommunen nicht mehr gehalten werden können. Die Menschen vor Ort erwarten, dass sie mit ihren Kindern in ihrer Freizeit oder zumindest für den Schulunterricht - da ist es besonders wichtig - ein wohnortnahes Schwimmbad unmittelbar vor Ort haben, in dem sie mit ihren Kindern schwimmen können.

(Beifall bei der SPD)

Sie kümmern sich um Cyber-Allianz-Zentren, um Ariane 6, um Start-ups. Das ist alles wichtig. Aber Sie klammern die Probleme, die die Menschen vor Ort ganz unmittelbar betreffen, ganz offensichtlich aus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie mir in Kurzform als Zusammenfassung noch einige Feststellungen. Punkt 1. Die Bayerische Staatsregierung sonnt sich in den Erfolgen der bayerischen Industrie, und sie formuliert die erfreulichen ökonomischen Kennziffern. Viele haben dazu beigetragen, insbesondere die Unternehmer und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie formuliert die erfreulichen ökonomischen Kennziffern als ihr eigenes Erfolgsmodell. Dabei hat sie im Jahr 2014 Chancen verpasst, wichtige Weichenstellungen bei zentralen Themenfeldern vorzunehmen. Der Zickzackkurs bei der Energiewende steht dafür symptomatisch. Insgesamt war die Regierung im Jahr 2014 tatsächlich, ich kann es Ihnen nicht ersparen, affärengeschüttelt und mit sich selbst beschäftigt.

Punkt 2. Die Nachbeben des Landesbankdesasters waren auch im Jahr 2014 deutlich spürbar. Auch am heutigen Tag bezahlt der bayerische Steuerzahler, nur an diesem Tag, 1 Million Euro an Zinsen für die Rettung der Landesbank, insgesamt 350 Millionen Euro im Jahr 2014. Allein die Zinszahlungen für die Landesbankrettung machen mittlerweile 1.700 Millionen Euro aus. Sie übersteigen damit den aktuell haushalterisch abgebildeten sogenannten Schuldenabbau um ein Vielfaches. Die stellvertretende Ministerpräsidentin hat heute wohl aus guten Gründen die laufenden Prozesse um die Hypo Group Alpe Adria mit Milliardenforderungen an den Freistaat Bayern unkommentiert gelassen.

Punkt 3. Die Staatsregierung verharrt in der Position der Zentralstaatlichkeit, anstatt die vielfältigen Chancen der Regionen in einem Konzept der Dezentralität zu fördern. Die Landkreise, die Städte, die Gemeinden in Bayern brauchen mehr Bewegungsfreiheit und Handlungsspielräume. Dort spielt das Leben. Dort wird Lebensqualität organisiert. Dort findet Demokratie statt. Stärken wir die Wirkungsfelder unserer Kommunen, so forcieren wir die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in ganz Bayern. Die Stärkung der finanziellen Basis der Kommunen ist die Grundlage für die Sicherung der Lebensqualität und die Teilhabe von allen Bevölkerungsschichten.

Die Bundesregierung, die wir gemeinsam stellen, hat das erkannt und trägt diesem Grundgedanken durchaus Rechnung. Mit jährlich knapp 115 Millionen Euro werden die bayerischen Kommunen im Vorgriff auf das Bundesteilhabegesetz entlastet. Die Kommunen werden auch entlastet, weil der Bund die Grundsicherung im Alter übernimmt. Es gibt noch einmal 60 Millionen Euro für die Städtebauförderung in Bayern obendrauf. Der Bund macht das richtig. Wir leisten dort gemeinsam gute Arbeit.

Kommunale Selbstverwaltung ist eben mehr als nur ein bloßes Verfassungspostulat. Sie ist die Prosperitätsprämisse und zugleich höchstes politisches Ordnungsprinzip. Die Hochachtung vor der kommunalen Selbstverwaltung ist der Kern von landespolitischer Good Governance für unsere Heimat. Geben wir als Freistaat den Kommunen

mehr vom allgemeinen Steuerkuchen ab. Die Menschen in Bayern werden es uns danken.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nachdem im Jahr 2014 einiges an Hausaufgaben liegen geblieben ist, gibt es für 2015 noch viel zu tun. Bayern braucht eine Regierung, die regiert, so wie im Bund.

(Lachen bei der CSU)

Eine Koalitionsregierung ist besser für das Land. Eine Koalitionsregierung ist besser als eine Alleinregierung, die Dinge schleifen lässt.

(Beifall bei der SPD)

Die Menschen lehnen Allmachtstrukturen ab und schätzen den politischen Konsens und die Zusammenarbeit von Parteien. Für mich steht fest: Dort, wo die SPD mitregiert, werden die Probleme von Familien und Arbeitnehmern ernst genommen, dort werden die Alltagssorgen der sogenannten kleinen Leute berücksichtigt. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Vorsitzende der CSU-Fraktion, Herr Kollege Thomas Kreuzer, das Wort. Bitte schön.

Thomas Kreuzer (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Rinderspacher, Sternstunden sind selten im Leben eines Einzelnen und selten im Laufe der Geschichte. Das haben Ihre Ausführungen heute wieder einmal eindeutig unter Beweis gestellt.

(Heiterkeit bei der CSU – Zuruf von der SPD)

Von Ihrer Seite kamen Vorwürfe, Unterstellungen und Wunschkataloge. Was Ihnen jedoch fehlt, ist ein Konzept für Bayern. Wie wollen Sie die Zukunft des Freistaats gestalten? Was sind Ihre politischen Vorstellungen? Dazu haben Sie heute überhaupt nichts Konkretes gesagt.

(Beifall bei der CSU)

Das Einzige, was man heraushören kann, sind ständige Forderungen. Wir brauchen noch mehr Lehrer, wir brauchen noch mehr Gebäudesanierung, wir müssen noch mehr an die Kommunen geben. Meine Damen und Herren, für eine Haushaltsdebatte ist ganz ungewöhnlich: Sie haben zum Haushalt und zur Finanzierung dieser Aufgaben überhaupt nichts gesagt.

(Beifall bei der CSU)

Kein einziges Wort. Dann haben Sie gesagt, die Politik dort, wo die SPD regiert, ist gut für die kleinen Leute. Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen: Dort, wo die SPD mitregiert, wird ungebremsst Verschuldung praktiziert. 3,5 Milliarden Euro pro Jahr in Nordrhein-Westfalen, 1,5 Milliarden Euro pro Jahr in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CSU)

In den Ländern, in denen Sie regieren, sind Sie die Partei der Schuldenmacher. Das werden diese kleinen Leute eines Tages irgendwie bezahlen müssen. Das ist höchst unsozial, Herr Rinderspacher.

(Beifall bei der CSU)

Die Menschen in diesem Land brauchen Antworten, die ihnen die Opposition zumindest heute nicht gegeben hat. Über das Loblied zum Koalitionsvertrag kann man sich nur wundern, meine Damen und Herren. Ein Koalitionsvertrag ist für eine Koalition notwendig, er ist keine Liebesheirat.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Na ja!)

Im Ergebnis wird niemand, kein Anhänger einer Partei, das Programm seiner Partei eins zu eins im Koalitionsvertrag wiederfinden. Er muss also entsprechende Kröten schlucken. Das ist allen Partnern in Berlin so gegangen. Meine Damen und Herren, wir brauchen keinen Koalitionsvertrag. In Bayern haben wir unseren Bayernplan. Im Gegensatz zu einer Koalition werden wir genau das umsetzen, was wir den Leuten vor der Wahl versprochen haben, und zwar eins zu eins.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen insgesamt keine Kompromisse schließen, sondern können das tun, was wir zugesagt haben. Wir sind unsere Wahlversprechen konsequent angegangen und haben diese abgearbeitet.

Meine Damen und Herren, mich hat es direkt schockiert, dass Sie sagen, die Regierungsarbeit sei schlecht, weil wenige Gesetze gemacht worden seien. Ich muss Sie schon fragen: In welcher Welt leben Sie eigentlich? Haben Sie noch nicht festgestellt, dass die Menschen an einer Überregulierung und Bürokratisierung ersten Grades leiden und auf keinen Fall mehr davon wollen?

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Florian Streibl (FREIE WÄHLER))

Wir müssen die Dinge pragmatisch umsetzen. Wir werden uns noch alle darüber wundern, was Frau Nahles uns an Bürokratisierung in Bezug auf das Mindestlohngesetz bringen wird, Herr Rinderspacher.

(Beifall bei der CSU)

1.600 Zöllner sollen nur in die Betriebe gehen, um die Einhaltung der Regelungen zu kontrollieren – bei Minijobs razziaartig, wie auch immer das geschehen soll.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dann dürfen Sie nicht zustimmen!)

An dieser Stelle muss noch viel nachgebessert werden, damit der soziale Zweck, der in Ordnung ist, erfüllt wird, ohne dass die Wirtschaft wahnsinnige Nachteile in Kauf nehmen muss.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ihr stimmt ja zu!)

So arbeiten wir in Bayern nicht.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben den höchsten kommunalen Finanzausgleich der Geschichte – über 8,3 Milliarden Euro für die bayerischen Kommunen. Das ist ein Spitzenbetrag. Wir können mit dem Haushalt 2015/16 eine Milliarde Euro tilgen. Wir werden bis zum Jahr 2018 ein flächendeckendes Hochgeschwindigkeitsnetz – Breitband – ausbauen. Wir haben eine bessere Ausstattung unserer Polizei erreicht. Wir werden den bedarfsgerechten Ausbau der schulischen Ganztagsangebote vorantreiben. Wir haben mehr Sprachförderangebote in Kindergärten und Grundschulen. Wir werden die Technologietransferzentren weiter ausbauen. Wir werden ein Museum der Bayerischen Geschichte in Regensburg errichten. Wir haben einen Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation in Bayern eingeführt. Wir werden das Gymnasium weiterentwickeln. Herr Rinderspacher, wenn Sie die Beschlüsse der CSU-Fraktion und der Staatsregierung lesen würden, würden Sie sehen, dass die Schwerpunkte auf der pädagogischen Weiterentwicklung des Gymnasiums und der Lehrerweiterbildung und nicht auf der Länge der Schulzeit liegen. Das ist genau das, was Sie selbst gefordert haben.

(Beifall bei der CSU)

Das waren nur einige Punkte, die der Bayernplan enthält und die auf den Weg gebracht oder umgesetzt worden sind. Sie sehen, regieren muss man nicht nur wollen, sondern auch können. Deshalb braucht man Inhalte und zukunftsorientierte Entscheidungen. Nichts dergleichen können SPD, GRÜNE oder FREIE WÄHLER in Bayern vorweisen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das kommt schon noch!)

Die "Süddeutsche Zeitung" attestiert der Opposition ein recht blamables Bild. Sehen wir es uns einmal genauer an. Herr Rinderspacher, heute waren die Töne etwas mehr piano. Bisher hat sich die Opposition jedoch darauf beschränkt, die Regierungspolitik nicht inhaltlich anzugreifen, sondern die regierenden Personen. Das ist mit Sicherheit kein zielführender Weg gewesen. Ihnen geht es doch gar nicht um die Zukunft Bayerns, sondern einzig und allein darum, die Regierung und die CSU-Fraktion mit allen Mitteln anzugreifen.

Sie verweigern sich dem Wettbewerb um die entscheidenden Zukunftsfragen. Inhalte sind Ihnen im Grunde nicht wichtig. Ich habe heute in Ihrer Rede keine neue Idee zur Gestaltung dieses Freistaats gehört – nicht eine einzige.

(Beifall bei der CSU)

Das überrascht mich nicht, weil Sie als Opposition seit Jahren und Jahrzehnten den gleichen Einheitsbrei verbreiten. Täglich grüßt das Murmeltier – das denke ich mir oft, wenn Sie mal wieder einen gleichlautenden Antrag oder Gesetzentwurf der vorangegangenen Legislaturperiode einbringen. Den jüngsten Gesetzentwurf der SPD zum Verbandsklagerecht für Tierschützer hat die SPD einschließlich der zurückliegenden Legislaturperioden nun zum dritten Mal mit identischem Wortlaut eingereicht. Herzlichen Glückwunsch, Herr Rinderspacher, das ist Ideenreichtum, das ist Dynamik, das ist SPD.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Das gibt es in vielen Bundesländern!)

Wir haben eine zahnlose Opposition. Meine Damen und Herren, in Bayern lebt man mit Superlativen. In Bayern geht es uns wirklich gut. Das wissen auch die Menschen. Bayern ist ein Land, das beneidet wird. Wir haben jedoch noch Luft nach oben und wären noch besser, wenn wir nicht eine so schlechte Opposition hätten.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Jawohl!)

Wenn man das letzte Jahr zusammenfasst, hat sich die Oppositionspolitik mit drei Punkten befasst: Einsetzung von zwei Untersuchungsausschüssen und Rücktritt einer Ministerin. Meine Damen und Herren, ich glaube nicht, dass das dieses Land entscheidend weiterbringen wird. Wir müssen schon Ideen entwickeln und an der Sache arbeiten. Dazu lade ich Sie alle ein.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Das haben wir nicht gesagt! Das machen Sie jetzt zum Thema!)

Ich komme jetzt zu den Ausführungen, die Sie über Berlin gemacht haben. Im ersten Augenblick habe ich den Eindruck gehabt, Ihnen fällt zu Bayern gar nichts mehr ein, weil die ersten zehn Minuten ein Loblied auf die Bundesregierung gewesen sind. Wenn Sie das so herausstellen, vergessen Sie nicht, dass die CDU/CSU der größere Partner ist und die Kanzlerin stellt. Die CDU/CSU ist daran durchaus beteiligt.

(Beifall bei der CSU)

Die Ausführungen zum Länderfinanzausgleich sind relativ neu. Ich habe das in dieser Form noch nie gehört. Wenn Sie den Länderfinanzausgleich kritisiert haben, haben Sie immer die soziale Komponente und die Solidarität unter den Bundesländern hervorgehoben. Sie haben die Regierung jedoch noch nie aufgefordert, den Länderfinanzausgleich möglichst schnell zu ändern. Sie lernen ganz offensichtlich dazu.

(Markus Rinderspacher (SPD): Alle Jahre wieder!)

Herr Rinderspacher, ich komme zum nächsten Punkt. Sie sagen nun, die kalte Progression müsse abgeschwächt werden. Sie haben uns an Ihrer Seite.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sehr gut!)

Wenn Sie mit den GRÜNEN in Berlin an die Regierung gekommen wären, hätten Sie zahlreiche Steuern wie die Einkommensteuer dramatisch erhöht. Sie hätten die Vermögensteuer wieder eingeführt.

(Beifall bei der CSU)

Das war Ihr Wahlprogramm. Heute stellen Sie sich hin und sagen, Ihnen seien die Steuern zu hoch. Sie hätten genau das Gegenteil von dem getan, was Sie heute gesagt haben.

Meine Damen und Herren, auch bei der 10-H-Regelung sind die Dinge nicht schlüssig.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bei Ihnen nicht!)

Die SPD stimmt der Änderung der Baugesetze in Berlin zu, damit die von Bayern angekündigte 10-H-Regelung erlassen werden kann. Somit unterstützen Ihre Genossen in Berlin die 10-H-Regelung. Sie stellen sich hin und lehnen die Gesetzesänderung in Bayern vollständig ab.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Das kann ich nicht verstehen. Haben Sie aus Bayern gar keinen Einfluss auf die Gesetzgebung in Berlin?

(Beifall bei der CSU)

Vielleicht muss man es so sagen: Der Ministerpräsident hat die Änderung des Baugesetzbuches durchgesetzt, und Sie konnten das mangels Durchschlagskraft in Berlin nicht verhindern. Herr Rinderspacher, wenn das so ist, dann sagen Sie das. Dann wissen die Menschen Bescheid.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, die GRÜNEN haben ihr Image als Verbotspartei in den letzten Monaten und Jahren auf die Spitze getrieben.

(Markus Rinderspacher (SPD): Und Sie in den letzten Tagen!)

- Darauf komme ich noch zu sprechen. – Ihre Politik ist von Fundamentalkritik und missionarischem Stil geprägt. In letzter Zeit gab es jedoch programmatisch wenig Neues. Oder wie erklären Sie sich das Phänomen, dass Sie beim Thema Volksbefragungen während eines laufenden Gesetzgebungsprozesses gegen Ihre eigenen Parlamentskollegen klagen, aber im Vorfeld im Unterschied zu allen anderen als einzige Fraktion keinen eigenen Gesetzentwurf in dieser Sache eingereicht haben?

(Christine Kamm (GRÜNE): Wir machen genügend Gesetzentwürfe, die Sie alle ablehnen!)

Die Fundamentalkritik der GRÜNEN an Volksbefragungen ist für mich unverständlich. Die GRÜNEN wollen offensichtlich nicht, dass das Volk mehr Mitwirkungsmöglichkeiten erhält. Das sagt selbst Franz Schindler, der Vorsitzende des Rechtsausschusses, Ihr Oppositionskollege.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Warum wollen Sie partout nicht mehr Mitwirkungsmöglichkeiten für die Menschen in Bayern?

(Zuruf von den GRÜNEN)

Wohl, weil Sie wissen, dass Ihre Politik bei der Mehrheit der Menschen überhaupt nicht ankommt. Deswegen haben Sie auch nur 9 % bei den Wahlen.

(Beifall bei der CSU)

Ich rate Ihnen, diese Klage genauso aus dem Verkehr zu ziehen wie den Veggie Day. Damit waren Sie damals insgesamt gut beraten.

Ich komme zu Ihnen, Herr Aiwanger, FREIE WÄHLER:

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Da bin ich!)

Zum Stichwort Gymnasium können Sie sich trotz kräftigen Röhrens nur eines gescheiterten Volksbegehrens rühmen, eines Volksbegehrens, das bei Ihrer Anhängerschaft im ländlichen Raum so total gefloppt ist, wie selbst ich es mir nicht vorgestellt habe. Ein so miserables Ergebnis habe ich insgesamt kaum je erlebt.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ja, wenn Sie nicht mit unterschreiben! Hätten Sie halt auch unterschrieben, dann wär das Ergebnis besser geworden!)

Meine Damen und Herren, wir alle müssen uns in den sachpolitischen Fragen den großen Herausforderungen der nächsten Jahre stellen. Die Welt ist insgesamt nicht einfacher geworden, weder außen- noch sicherheitspolitisch gesehen. Wir müssen auch damit rechnen, dass dies irgendwann einmal wirtschafts- und finanzpolitische Spuren hinterlassen wird. Hier helfen nur konsequente Sacharbeit, Weiterentwicklung der eigenen Stärken und das Ausgleichen eigener Schwächen im täglichen Arbeiten. Dass dies hier in diesem Parlament insgesamt und zusammen vorangetrieben wird, wünsche ich mir.

Sie genießen auch nicht das Vertrauen der Menschen, wie die Zahlen einer neuen Umfrage des Hamburger Meinungsforschungsinstituts GMS bestätigen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das sagt gar nichts! Das ist doch Ihr Haus- und Hofinstitut!)

Während die CSU 1,3 Prozentpunkte auf 49 % zulegt, ist die SPD auf 18 % abgestürzt. 2001 hatte die SPD noch 28 %, 2006 waren es 22 %, 2014 sind es noch 18 %. Mich würde dieser Sinkflug nachdenklich machen, vor allem wenn ich noch auf die Thüringer SPD schaue, die inzwischen Postkommunisten zum Ministerpräsidenten wählt.

(Beifall bei der CSU)

Sie sind bei circa 10 %, und das haben sie auch verdient, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Auch die GRÜNEN kamen 2011 bei Umfragen noch auf 18 %; sie sind nun bei der Hälfte. Auch deren Politik scheint also bei der Bevölkerung nicht gerade von Erfolg gekrönt zu sein. Der "Münchner Merkur" hat recht, wenn er am 16. September 2014 schreibt: "... die Oppositionsarbeit, die zuletzt mehrfach ... Strategie und Biss vermissen ließ." - "Biss" ist jedoch nicht mit "bissig" zu verwechseln, liebe Kolleginnen und Kollegen, sondern hat auch inhaltliche Komponenten.

Wir werden morgen Abend noch Geschäftsordnungsfragen diskutieren. Auch Ihre bisherigen Äußerungen hierzu, meine Damen und Herren, sind kein Ruhmesblatt; denn wir haben, auch wenn wir die Redezeiten ändern, immer noch eine der absolut oppositionsfreundlichsten Redezeitregelungen aller Parlamente in ganz Deutschland; dies werden wir morgen inhaltlich besprechen. Eine Partei, die 58 % der Sitze hat, wird anschließend 33 % der Redezeit haben. Das heißt umgekehrt, dass diejenigen, die fast 70 % der Redezeit haben, wesentlich mehr Redezeit pro Fraktion und pro Abgeordneten haben. Deswegen sollten wir uns bei dieser Debatte etwas mäßigen; denn in Wirklichkeit hat niemand Verständnis für Ihre Klagen. Vor allen Dingen werden wir mit Geschäftsordnungsfragen nicht politische Kompetenz beweisen.

Wir haben die Rahmenbedingungen und unsere politischen Zielsetzungen mit diesem Haushalt umgesetzt. Wir tilgen 2015 und 2016 Schulden in Höhe von insgesamt einer Milliarde Euro. Die Bruttolöhne liegen in Bayern inzwischen schon um 5,1 % über dem Bundesdurchschnitt. Bei der Arbeitslosenquote steuern wir nach 2012 wieder auf einen Rekord-Niedrigwert zu. 62 % der Menschen in Bayern sind zufrieden mit unseren Bildungseinrichtungen. Noch nie gab es eine bessere Lehrer-Schüler-Relation als heute, und noch nie hatten wir so viele Studienplätze in Bayern wie heute. Ganz besonders haben wir die Zahl der Studienplätze in den MINT-Fächern ausgebaut.

(Zuruf der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD))

Meine Damen und Herrn, Horst Seehofer ist ein herausragender, ein erfolgreicher Ministerpräsident.

(Beifall bei der CSU)

Das sehen auch die Menschen in Bayern so. 76 % der Bayern finden: Horst Seehofer ist ein guter Ministerpräsident. Wir dürfen stolz und selbstbewusst auf die Leistung unseres Ministerpräsidenten blicken,

(Florian von Brunn (SPD): Sie müssen!)

die eine Spitzenleistung in Deutschland ist. Er steht für eine verlässliche, solide und zukunftsfähige Politik für unseren Freistaat Bayern. Horst Seehofer hat seine Wahlversprechen gehalten, wie die Mütterrente, die 10-H-Regelung und die Maut deutlich zeigen.

Wie verlässlich ist demgegenüber ein Winfried Kretschmann? – Wie viele Wahlversprechen hat er im Vergleich zu Horst Seehofer gehalten? – Ich sage nur so viel: Mit dem Protest gegen Stuttgart 21 hat Kretschmann die Wahl gewonnen. Nun wird Stuttgart 21 gebaut. Er selbst hat dazu gesagt: In der Politik gibt es manchmal keine Gewähr dafür, dass man seine Ziele erreicht. – Meine Damen und Herren, das wird die Gegner des Projekts nicht besonders beruhigen.

Anders die CSU: Wir sind nicht rot-grün, wir schreiben schwarze Zahlen. Wir kommen mit dem Doppelhaushalt 2015/2016 im allgemeinen Haushalt das zehnte und elfte Jahr ohne Schulden aus. Wir machen den bayerischen Staatshaushalt mit dem Doppelhaushalt zukunftsfest. Unsere Finanzen sind mehr als Schönwetter-Botschaften. Sie sind Ausdruck einer nachhaltigen, zukunftsfähigen Politik. – An dieser Stelle gilt mein ausdrücklicher Dank für diesen Spitzenhaushalt zwei Männern, nämlich Finanzminister Dr. Markus Söder und dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses Peter Winter. Herzlichen Dank, Kollegen!

(Beifall bei der CSU)

Wir haben in Bayern im Gegensatz zu hoch verschuldeten Ländern wie dem rot-grünen Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung. Wir bleiben mit unserem kommunalen Finanzausgleich von 8,3 Milliarden Euro ein verlässlicher Partner der Kommunen.

Auch beim Thema Asyl hat die Bayerische Staatsregierung Handlungsstärke bewiesen. Während andere Länder nur Pauschalen zahlen, erstatten wir den Kommunen die vollen Kosten für die Unterbringung der Flüchtlinge. Es gibt genügend Länder, in denen die Unterbringung von Flüchtlingen kommunale Aufgabe ist – vor allem rot-grün regierte Länder, wie ich hier einmal ganz klar sage. Die Kommunen müssen sich dort mit Zuschüssen behelfen. – In Bayern müssen sich die Kommunen keine Sorgen machen, weil der Freistaat ihnen ihre Aufwendungen in vollem Umfang ersetzt. Und dies ist auch richtig so; dies ist Staatsaufgabe, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU)

Wir haben schnell und effizient auf den immensen Anstieg der Flüchtlingszahlen reagiert.

(Florian von Brunn (SPD): "Schnell" ist was anderes!)

Wir haben Hilfe geboten, wo dies notwendig war. – Selbstverständlich war die Situation zwischendurch einmal schwierig. Gestern war ich in der Bayernkaserne und habe mit den dort Tätigen zusammen mit ein paar Kollegen, etwa Joachim Unterländer, geredet. Sie haben geschildert, was sich abgespielt hat und wie sich die Zahlen innerhalb eines Tages immer wieder verdoppelt haben. Die Flüchtlinge kommen hauptsächlich zwischen 22 Uhr und 3 Uhr nachts in der Kaserne an; ihre Ankunft verteilt sich nicht über den Tag hinweg. Da ist es natürlich vorgekommen, dass sie einmal nicht ins Gebäude hineingekommen sind, sondern davor bleiben mussten. Hier war es richtig, weitere organisatorische Voraussetzungen zu schaffen. Die Kapazitäten sind wesentlich erweitert worden. Ich sage Ihnen aber auch: Wenn morgen nicht 500 pro Tag kommen, sondern 2.000, wird es wieder insgesamt schwierig werden. Man kann

nicht Kapazitäten vorhalten, die zehnmal so hoch sind wie die, die bisher benötigt wurden. Deswegen sage ich: Hier ist gute Arbeit geleistet worden. Ich danke allen, die in Einrichtungen wie der Bayernkaserne tätig sind, inklusive der Verantwortlichen wie zum Beispiel die Regierungspräsidenten, aber auch den freiwilligen Helfern, für ihre ganz engagierte und gute Arbeit. Sie haben die Situation trotz großer äußerer Schwierigkeiten wesentlich verbessert und in den Griff genommen.

(Beifall bei der CSU)

Ich danke auch dem Krisenstab, Staatsminister Huber, Staatsministerin Emilia Müller. Sie haben die Arbeit erfolgreich auf den Weg gebracht. Ich glaube, wir haben hier insgesamt gute Arbeit geleistet und gezeigt, dass wir krisenfest sind.

Das Thema Asyl, meine Damen und Herren, dürfen wir aber nicht nur von dieser Seite her diskutieren. Wir müssen bezüglich der jetzigen Situation ehrlich sein. Wir hatten vor zwei Jahren – nehmen wir runde Zahlen – deutschlandweit 60.000 Asylbewerber. Wir hatten im vergangenen Jahr 130.000 Asylbewerber und werden heuer nach all dem, was bekannt ist, 200.000 Asylbewerber erreichen. Dies sind unglaubliche Zahlen, die uns vor ungeheure organisatorische und finanzielle Herausforderungen stellen. Der Freistaat Bayern wird in diesem Doppelhaushalt 1 Milliarde Euro für Asyl ausgeben. Das ist so viel wie im gleichen Zeitraum für Staatsstraßen und Krankenhäuser zusammen – um einmal eine rein finanzielle Bezugsgröße zu haben, obwohl dies von der Sache her nicht vergleichbar ist. Wir müssen bedenken, dass sich über 60 % in den Verfahren befinden, die weder individuell verfolgt werden noch aus Herkunftsstaaten kommen, in denen Verfolgung herrscht. Somit müssen diese Personen zurückgeführt werden.

Die Zahlen steigen dramatisch, weil wir im Moment keine vernünftigen Kontrollen in den Nachbarstaaten, beispielsweise Italien, haben. Diese Situation wird von der SPD und den GRÜNEN in den Diskussionen völlig ausgeblendet. Ich höre nie etwas. Ich

fordere Sie auf: Beteiligen Sie sich auch an Lösungen, wie wir dies wieder ändern können. So kann die Entwicklung jedenfalls nicht weitergehen.

(Beifall bei der CSU)

Dies hängt auch mit Berlin und den Aktivitäten in anderen Ländern zusammen. Ich sage auch: Es ist im Übrigen ein erhebliches Sicherheitsproblem, weil nicht nur die Dublin-II-Verordnung, sondern auch das Schengener Abkommen vollkommen außer Kraft gesetzt worden sind. In gewissen Bereichen gibt es praktisch mehr oder weniger einen freien Zugang in die Europäische Union ohne Kontrollen der Außengrenzen.

Wir werden uns dieses Problems annehmen müssen, weil es sich nach all dem, was bisher absehbar ist, weiter verschärfen wird. Wir werden dies human tun, aber wir müssen es auch so tun, dass uns das Problem auf Dauer nicht über den Kopf wächst; sonst bekommen wir die allergrößten Schwierigkeiten.

Wir investieren mit 1,8 Milliarden Euro wie kein anderes deutsches Land in die Digitalisierung und machen Bayern damit zur Leitregion des digitalen Aufbruchs. Wir bauen Kitaplätze aus wie kein anderes Land. Wir werden bis zum Jahr 2018 ein bedarfsgerechtes Ganztagsangebot schaffen und an den Schulen umsetzen. Es handelt sich um keine Verpflichtung, aber jedes Kind, das einen Platz braucht, wird einen Platz angeboten bekommen. Horst Seehofer ist der Garant dafür, dass unsere bayerischen Interessen in Berlin mit Nachdruck vertreten werden.

(Beifall bei der CSU)

Zum Länderfinanzausgleich habe ich mich schon geäußert. Ich bin davon überzeugt, Herr Kollege Rinderspacher, dass Sie nach diesen Ausführungen innerhalb der SPD alsbald innerparteiliche Initiativen zur Änderung dieses Länderfinanzausgleichs nicht nur ergreifen, sondern auch erfolgreich umsetzen werden. Dazu wünsche ich Ihnen viel Glück.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden genau beobachten, ob Sie den Worten auch Taten folgen lassen. Wir tun dies, indem wir uns in die Verhandlung einbringen und geklagt haben. Die SPD muss noch tätig werden. Wir unterstützen Sie ausdrücklich bei diesen Bemühungen. Wir wollen nämlich, dass in Bayern mehr Geld bleibt. Es kann nicht hingenommen werden, dass wir mehr als 50 % der Gesamtlast - mit steigender Tendenz - tragen. Hier hat sich etwas verschoben. Dies hat sich deshalb verschoben – ich sage das klar, damit es den Menschen bewusst wird –, weil sich Bayern wirtschaftlich verhältnismäßig gut entwickelt hat, was auch in der Steuerkraft zum Ausdruck kommt, und ein starkes Land ist und weil die anderen Länder – hauptsächlich die von Ihnen regierten – sich so schwach entwickelt haben, dass die Schere immer weiter auseinanderklafft. Dies ist die andere Seite der Medaille. Auch uns wäre daran gelegen, dass sich manches andere Land wirtschaftlich besser entwickeln würde. Auch das würde das Problem des Länderfinanzausgleichs lösen. Wir könnten die Mittel gut gebrauchen, zum Beispiel für Sozialeinrichtungen, altersgerechten Wohn- und Städtebau und viele andere Dinge mehr. Deswegen werden wir nichts unversucht lassen, um in den Verhandlungen ein gutes Ergebnis zu erzielen.

Unsere Bilanz kann sich sehen lassen. Wir sagen Ja zu einem Doppelhaushalt 2015/2016, mit dem wir die Digitalisierung voranbringen, Kitaplätze und Ganztagsangebote ausbauen, beste Bildungsangebote für das ganze Land schaffen und mit dem wir unsere liebens- und lebenswerte Heimat bewahren wollen.

Das sind die Schwerpunkte, das ist unsere Politik der Zukunft, die wir anbieten. Wir verzichten auf Scheingefechte. Wir konzentrieren uns auf Sorgen und Nöte der Menschen in diesem Land. Als leidenschaftlicher Parlamentarier muss ich mit Bedauern feststellen, dass ich das, Herr Rinderspacher, bei Ihnen weniger erkennen kann, aber Sie haben ja auch noch knappe vier Jahre Zeit zum Üben. Vielleicht entwickelt sich das eine oder andere weiter. Wir müssen darauf achten, dass statt Parteiinteressen bayerische Interessen im Vordergrund stehen. Wir wissen, dass wir nicht an den Erfolgen von gestern, sondern an der Politik und den Taten von morgen gemessen wer-

den. Wir arbeiten weiter gemeinsam an der Zukunft Bayerns. Wir werden alles tun, damit Bayern erfolgreich bleibt, damit Bayern unsere lebenswerte Heimat bleibt. Wir werden dies, wenn es irgendwie geht, mit möglichst viel Gemeinsamkeit in diesem Haus tun.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke, Herr Kollege Kreuzer. – Nächster Redner ist Herr Kollege Aiwanger.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir müssen Bayern gemeinsam noch zukunftsfähiger machen. Ich glaube, das ist der Wählerauftrag, mit dem wir unterwegs sind. Das ist der Auftrag, mit dem wir in diesen Landtag gewählt worden sind. Es sind noch viele Baustellen offen. Es ist noch Luft nach oben. Wir können noch vieles verbessern.

Uns von den FREIEN WÄHLERN ist dabei immer wichtig, die Stärke des ländlichen Raums nicht aus den Augen zu verlieren und eine gute Regionalpolitik einzufordern. Die hohen Mietpreise in den Städten München, Nürnberg und sonstwo sind darauf zurückzuführen, dass das Land nicht die Perspektive hat, die es braucht. Es laufen Leute davon. Wir brauchen eine ausgewogene Stadt-Land-Politik. Eine Politik, die nachhaltig ist und in die Zukunft schaut, ist eines unserer Markenzeichen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dieser Aspekt wurde von den bisherigen Rednern überhaupt nicht erwähnt. Wir haben die Förderung und Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilen Bayerns in die Verfassung geschrieben. Dies geschah nicht als Beerdigung erster Klasse, damit es einfach dort steht, sondern als politischer Handlungsauftrag. Dies geschah, damit es auf dem Land eine Zukunft gibt, mit der Zielsetzung, Leute auf dem Land zu halten und Zukunft auf dem Land zu generieren. Dafür müssen wir kämpfen. Das ist ein Ziel, das wir alle gemeinsam ansteuern müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Welche Handlungsoptionen gibt es? - Wir kämpfen traditionell für eine bessere Finanzausstattung der Kommunen und lassen auch nicht locker, bei dieser Haushaltsdebatte wiederum einen 15-prozentigen Kommunalanteil am Steuerverbund zu fordern. Das macht Pi mal Daumen 650 Millionen Euro. Das ist eine Hausnummer, mit der sich die Kommunen besser bewegen könnten. Sie wären damit unabhängiger von einer ganzen Latte von Fördertöpfen, die wir auflegen und mit denen wir Flickschusterei betreiben müssen. Wir brauchen starke, handlungsfähige Kommunen. 15 % Kommunalanteil am Steuerverbund wären das Gebot der Stunde. Wir stellen das wieder zur Abstimmung und hoffen endlich einmal auf Ihre Zustimmung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, ich bringe Ihnen ein Beispiel. Herr Huber, wenn Geld für die Kommunen aus Ihrer Sicht Schuldenmacherei ist, hätten Sie doch lieber die Hand von der Kärntner Landesbank lassen sollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von den FREIEN WÄHLERN:
Bravo!)

Da haben Sie die Milliarden versenkt, die wir für die Kommunen bräuchten.

Ich möchte Ihnen an dieser Stelle ein Allerweltsbeispiel dafür nennen, was wir mit bezahlbaren Mieten in den Städten und mit leerem Wohnraum auf dem Lande meinen. Vor wenigen Tagen war eine Münchnerin Mitte 60 bei uns. Diese Dame hat über 40 Jahre gearbeitet, und sie hat jetzt eine ganz ordentliche Rente von immerhin 1.200 Euro. Sie zahlt aber für eine 43 qm große Wohnung knapp 900 Euro Miete. Der Rest sind 10 Euro pro Tag zum Leben.

Eine Person, die ihr Leben lang gearbeitet hat, muss heute wahrscheinlich ihre Heimatstadt verlassen, verliert ihren Freundeskreis und ist möglicherweise trotz einer relativ hohen Rente in Zukunft auf Zuschüsse der öffentlichen Hand angewiesen. Was

ist da mit Personen, die monatlich nur 500, 600 oder 700 Euro Rente haben? – Solchen Menschen ist die Landeshauptstadt einfach zu teuer.

Vor wenigen Wochen war ich zu einem Gespräch mit Kommunalpolitikern im Landkreis Kronach. Sie ahnen sicher, was mir die Bürgermeister dort gesagt haben. Sie sagten: Bitte, legt ein Programm auf, mit dem wir leer stehenden Wohnraum zurückbauen können; uns laufen die Menschen hier davon, und wir haben eine depressive Stimmung hier im Ort, da jedes zweite Haus leer steht; wir bräuchten Städtebaumittel oder andere Fördermittel, um diese Häuser zu vernichten, und in der Münchner Gegend gibt es Leute, die im Endeffekt für eine Einzimmerwohnung eine Monatsrente bezahlen. Das passt nicht zusammen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Hier fehlt in Bayern die Balance. Wir müssen die Balance wiederherstellen, und zwar nicht dadurch, dass wir die Städte schwächen, sondern dadurch, dass wir das Land stärken. Damit komme ich zur Gesamthematik. So wartet zum Beispiel im Bayerischen Wald eine Bahnlinie auf den Ausbau, bei deren Benutzung die Menschen heute das Gefühl haben, sie würden auf einer Buckelpiste Slalom fahren und wären verkehrsmäßig nicht ordentlich angebunden. Die Menschen dort müssen, wenn sie einen Arbeitsplatz in Deggendorf oder München bekommen, ihre Heimat verlassen, weil die Verkehrsanbindungen einfach nicht optimal sind.

Bei solchen Situationen muss investiert werden. Wir müssen die Wege zwischen Stadt und Land überbrückbarer machen, um den täglichen ein- bis zweistündigen Stau zur Arbeit zu vermeiden, der dazu führt, dass sich diese Menschen eine Wohnung in München oder Deggendorf nehmen, wobei sie dann die Rentner aus dem städtischen Wohnraum verdrängen. Wir meinen, die Menschen sollten in ihrer Heimat bleiben können und von zu Hause aus Familie und Beruf in Einklang bringen können. Sie sollten von zu Hause aus ihre Arbeitsstätte erreichen können.

Sie finden aber in ihrer Heimat nur Arbeit, wenn dort das schnelle Internet funktioniert. Im Bayerischen Wald wird gesagt, man habe Firmen verloren, weil es dort kein schnelles Internet gibt. Wir behaupten zwar, dass wir etwas tun, aber ich meine, da wurden schon fünf bis zehn Jahre versäumt. Wir sind also noch lange nicht dort, wo wir hinwollen. Die Programme laufen jetzt zwar an, aber der Kabelanschluss ist bei den meisten Kommunen noch lange nicht verlegt. Ich kann dann zu einer Firma dort nicht sagen, für die Daten, die du übertragen willst, ist es in drei Jahren soweit. Bis dahin ist die Firma weg. Hier ist bereits Schaden für den Freistaat Bayern entstanden, da die Bedeutung des schnellen Internetzugangs zu lange nicht richtig erkannt wurde.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dann gibt es dort auch noch eine weitere Problematik. Die Sieben-Jahres-Bindungsfrist für das schnelle Internet birgt die Gefahr in sich, dass der Netzbetreiber am Ende sagt: Schön, dass der Staat die Deckungslücke überbrückt hat, aber nun sind die sieben Jahre Bindungswirkung herum, legt also noch einmal Geld auf den Tisch, oder wir tun nichts weiter. – Ich appelliere unter diesem Aspekt an das Heimatministerium, mir diese Sorgen abzunehmen. Ich höre vermehrt landauf landab die Sorge der Kommunen, dass es, wenn sie die Netze ausbauen, in sieben Jahren heißt, sie müssten wieder Geld auf den Tisch zu legen, oder die Leitung wird stillgelegt. Wir müssen also auch hier vorausdenken.

Ein weiterer wichtiger Punkt für den ländlichen Raum ist, Wertschöpfung zuzulassen. Bevor ich da zum Thema Energiewende komme, zunächst ein Wort zum Tourismus. Dieses Wort hat bisher kein Redner in den Mund genommen. Ich bin überzeugt: Bayern ist ein Tourismusland mit Zukunft. Wir haben ja bereits einen Fuß in der Tür. Aber ich meine, dass Bayern in puncto Tourismus noch weitere große Chancen hat. Wir stehen hier im Wettbewerb mit Österreich und mit Tschechien. Bitte, gehen Sie auf die Tourismusbranche zu und helfen Sie. Wir könnten hier bundespolitisch bei der siebenprozentigen Mehrwertsteuer für die Gastronomie ansetzen. Das ist längst überfällig.

Ein weiterer Aspekt ist die Hilfe für die Selbstdarstellung dieser Branche. Österreich gibt hier mehr staatliche Unterstützung. Bei uns ist noch vieles sich selber überlassen. Derjenige, der etwas auf die Reihe bringt, schafft es, der andere daneben aber erkennt sein Potenzial nicht. Wir müssen dieses Potenzial heben. Bayern ist ein sehr schönes Land, und es wäre noch schöner, wenn das noch mehr Leute wüssten und noch mehr Tourismuskunden im Land bleiben würden. Mein Fazit: Wertschöpfung auf dem Land, gerade auch durch den Tourismus, muss noch verstärkt werden. Da gibt es noch Luft nach oben, wie der Kollege Kreuzer vorhin so schön gesagt hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, wenn wir von Wertschöpfung auf dem Lande reden, kommen wir an der Energiewende nicht vorbei. Hier könnten wir zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Wir müssen hier das gesamte Potenzial des Landes zulassen. Ganz vorweg müssten wir die Photovoltaik zulassen. Was war das für eine Erfolgsgeschichte vor einigen Jahren, als auf den Dächern und auf Freiflächen Photovoltaik eingerichtet wurde! Anschließend ist man leider zu massiv auf die Bremse getreten. Heutige Photovoltaik-Kraftwerke besitzen die Möglichkeit der Netzstabilisierung. Da zählt nicht mehr das Argument von vor fünf Jahren: Wenn die Sonne scheint, glühen die Drähte, und wir müssen alles abschalten. Nein, Photovoltaik kann heute Netze aktiv stabilisieren, wenn sie über ein modernes Kraftwerk aufgebaut ist. Photovoltaik wäre auch der ideale Partner einer Power-to-Gas-Technik, die heute technisch möglich ist. Diese müssen wir ins Auge fassen, anstatt uns auf den Leitungsausbau zu konzentrieren. Deshalb geht auch hier mein dringender Appell an alle im Landtag vertretenen Fraktionen: Lassen Sie die Finger von SuedLink, lassen Sie die Finger von der Süd-Ost-Passage. Da holen wir uns für viele Milliarden Euro eine Abhängigkeit von anderen Regionen ins Land, die Krisenanfälligkeit erzeugt. Wenn dort der Blitz in die Leitung einschlägt oder Sabotage betrieben wird, dann bricht diese Versorgungsleitung weg, und dann ist eventuell Heulen und Zähneknirschen, es sei denn, Sie sagen, wir sind

darauf nicht angewiesen. Aber da frage ich Sie, warum so etwas überhaupt gebaut werden soll.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Also Finger weg von einer Trassenabhängigkeit! Setzen Sie auf das Potenzial der Energiewende in Bayern. Da ist auf alle Fälle die Photovoltaik zu fordern, und die Windenergie ist auch noch nicht am Ende der Fahnenstange angelangt. Ihre 10-H-Regelung wirft hier massiv Sand ins Getriebe. Eine Windkraftanlage moderner Prägung mit 200 Metern Höhe erzeugt heute rechnerisch Strom für 5.000 Menschen; das ist schon etwas. Natürlich haben wir Spitzen, aber diese Spitzen kann man wegnehmen. Wenn man die Spitzen billig einspeisen kann, dann wäre das schon etwas.

Das führt zu einem weiteren Appell an Sie. Sie sitzen in der Bundesregierung. Bringen Sie dort endlich zur Debatte, dass man meinetwegen um die Mittagszeit, wenn Sonnenstrom im Überfluss vorhanden ist, diesen Strom nicht entsorgt und in die Erde leitet, sondern diesen Strom zu einem deutlich billigeren Preis an den Endabnehmer abgibt. Sie werden erstaunt sein, wie schnell diese angebliche Überschusssituation im Markt unterkommt, wenn der Strom billiger ist. Das sind die Dinge, die Sie ansteuern müssen. Dafür vermissen wir aber jegliches Konzept von Ihrer Seite.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle bringe ich das Stichwort Österreich in die Debatte. Ich weiß, dass einige Herrschaften hier im Hohen Haus zusammenzucken, wenn sie das Stichwort Österreich hören. Es heißt dann: Von denen kaufen wir nie mehr irgendwas.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn Österreich Energie anbietet und dies für uns zu halbwegs vernünftigen Bedingungen passiert, sollten wir diese Energiekooperation mit Österreich eingehen. Dies unabhängig davon, ob, wie in kritischen Recherchen herausgefunden wurde, wir nur

ein Kernkraftwerk leistungsmäßig integrieren können oder ob es bis zu vier Kernkraftwerke sind – das haben die Verbund-Leute gesagt. Vielleicht liegt die Wahrheit in der Mitte. Meine Damen und Herren, selbst wenn es nur ein halbes Kernkraftwerk wäre, das wir uns leistungsmäßig einkaufen könnten, wäre mir dies lieber, als uns in Braunkohletrassen hineinzuhängen, die überhaupt noch nicht gebaut sind, die überhaupt noch nicht geplant sind, die vielleicht in zehn Jahren fertig sind, die uns einen Haufen Geld kosten und die am Ende zu einer Krisenanfälligkeit führen. Nützen Sie auch das Potenzial Österreichs vor der Haustür. Von Österreich können wir nicht nur bei der Energiepolitik lernen, sondern, wie vorher gesagt, auch im Bereich des Tourismus. Vielleicht sollte man die bayerischen Scheuklappen beiseitelegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Energiewende ist die große Zukunftsfrage, die auch Bayern und die bayerische Bevölkerung zu bearbeiten haben. Ein dreimonatiger Energiedialog ist daher etwas dünn, vor allem, wenn man zu Beginn der Debatte gleich die Windenergie als tragende Säule herausschlägt und sagt: Etwas wird schon noch übrig bleiben. Wir müssen alle Potenziale einbeziehen. Ich erneuere meine Idee, das Thema Sonnenenergie neu zu beleben. - Eine kleine Randnotiz: Heute hat der Bauernverband eine Auszeichnung für bienenfreundliche Landwirtschaftspolitik bekommen. Meine Damen und Herren, die Imker wissen: Auf Freiflächen und Photovoltaikflächen gibt es viele Blumen und viele Gräser. Das ist Artenschutz in Reinkultur, kombiniert mit Energie, also Nebenprodukt Strom oder Nebenprodukt Biene. – Sie können es sehen, wie Sie wollen. Das nützt beiden, und das nützt auch dem Landwirt als Wertschöpfungsquelle. Lassen Sie hier wieder Wertschöpfung zu. Legen Sie den Deckel nicht vollständig drauf.

Ich komme zur Bildungspolitik. In der Bildungspolitik ist vieles zu tun. Es tröstet mich nicht, wenn hier immer der Schlagabtausch kommt: Ihr mit euren rot-grünen Bundesländern usw. usf. Meine Damen und Herren, wir haben in Bayern Fragen, die beantwortet werden müssen. Wir müssen die Frage beantworten, ob es sinnvoll ist, dass wir Grundschulklassen mit über 25 Kindern haben, parallel dazu aber mehrere Tausend

arbeitslose Grundschullehrerinnen. Wir müssen die Frage beantworten, ob es sinnvoll ist, diese jungen Leute nach Berlin oder in andere Bundesländer zu schicken. Wir müssen die Frage beantworten, ob es nicht Möglichkeiten gibt, die Lücke bei den Erzieherinnen auch mit Personen aus dem Grundschullehrerbereich zu schließen; denn es ist ein Trauerspiel, dass man in Städten wie München keinen Kinderbetreuungsplatz bekommt, weil es dort zu wenig Erzieherinnen gibt. Ist es nicht möglich, Personal umzuschichten, die jungen Damen, um die es sich ja überwiegend handelt, in der Erziehung einzusetzen und ordentlich zu bezahlen, anstatt sie fünf Jahre lang teuer auszubilden und sie dann nach Berlin zu schicken, um den Leuten dort Bairisch zu lernen?

Meine Damen und Herren, Bildungspolitik bedeutet auch Klarheit beim Gymnasium. Was die letzten Jahre passiert ist, ist ein Verwirrspiel sondergleichen. Man mag sich über unsere – aus Ihrer Sicht – nur 300.000 Unterschriften, die wir zu unserem Volksbegehren bekommen haben, lustig machen. Ich erinnere, ohne süffisant sein zu wollen, wieder an Ihre 2.200 Unterschriften zum CSU-Vorschlag für eine ganzjährige Sommerzeit. Wir haben 300.000 Unterschriften gesammelt, obwohl wir deutlich weniger sind als Sie. Sie haben 2.200 Unterschriften erhalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Lachen Sie also nicht über 300.000 Unterschriften; schaffen Sie dies erst einmal selbst.

Wir haben damit auf alle Fälle die Debatte in Gang gesetzt. Wir haben Sie dazu gezwungen, sich mit der Thematik auseinanderzusetzen. Wenn dies kein Thema mehr wäre, würde Kollege Spaenle das Thema gar nicht mehr bearbeiten. Man muss sich mit der Thematik auseinandersetzen, weil sie einen Kern enthält, an dem man nicht vorbeikommt. Es gibt eben gute Gründe für eine neunjährige Gymnasialzeit. Vielleicht gibt es auch gute Gründe für eine achtjährige Gymnasialzeit. Deswegen sagen wir: Bietet beides an; die Eltern und die Kinder sind erwachsen genug, um zu entscheiden,

was ihnen guttut. Ein neunjähriges Gymnasium zusätzlich zum achtjährigen anzubieten, wäre ein Schritt der Demokratisierung, wäre ein Schritt für mehr Chancengerechtigkeit.

Unsere Botschaft an dieser Stelle lautet: Erkennen Sie bitte, dass die Wahlfreiheit zwischen G 8 und G 9 durchaus Charme hat, dass sie Sinn hat. Lassen Sie sie zu. Hören Sie doch mit den kindischen und unsouveränen Bremsspielchen auf, indem man zunächst eine Begrenzung auf 25 % einführt, dann, wenn Protest kommt, sagt, nein, das war nicht so gemeint, aber wir geben nicht mehr Mittel. Sie bremsen überall, nur damit am Ende das G 9 nicht zum Erfolgsmodell wird.

Meine Damen und Herren, wenn man mit solchen fiesen Tricks einer bestimmten Schulform die Zukunft nehmen will, dann deutet vieles darauf hin, dass dort eine Chance besteht. Wenn das die Eltern nicht wollten, bräuchten Sie ihnen im Vorfeld sicherheitshalber keine Steine in den Weg legen. Lassen Sie die Eltern entscheiden. Vielleicht nehmen 10 % das G 9; vielleicht nehmen es 50 %. Lassen Sie diese Entscheidung zu. Seien Sie souverän genug, und sagen Sie nicht: Das muss verhindert werden, nur damit wir als G-8-Befürworter nicht das Gesicht verlieren. Sie verlieren mittlerweile mit dem peinlichen Festhalten an einer nicht ganz korrekten Umsetzung einer Gymnasialreform mehr Gesicht. Das G 8 ist eben nicht das, was es hätte werden sollen. Geben Sie das doch zu. Das ist keine Schande.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Völliger Schmarrn, Herr Kollege!)

Meine Damen und Herren, Sie haben weitere Themen angesprochen. Sie haben auch das Thema Flüchtlingspolitik angesprochen. Ich glaube, dass wir zumindest an dieser Stelle den internationalen Kontext sehen müssen. Es freut mich, dass immer mehr Personen unsere Argumente aufgreifen. Wir behaupten gar nicht, dass wir die Ersten waren, die das gesagt haben. Wir haben das zumindest vor einigen Monaten sehr deutlich gesagt. Wir müssen in den Herkunftsländern der Flüchtlinge besser tätig wer-

den. Es hilft gar nichts zu sagen, 10 Millionen Syrer sind auf der Flucht, rund 50.000 davon sind – in Anführungszeichen – erst in Deutschland. Meine Damen und Herren, wo sind die anderen Millionen? – Sie sind im Libanon, sie sind in Jordanien, sie sind in der Türkei oder sonst wo. Es ist geradezu peinlich, wenn man hört, was ein Christian Springer an Erfahrungsberichten zum Besten geben kann. Er sucht händeringend nach Sachspenden. Er würde alte Feuerwehrautos brauchen, er würde alte Müllfahrzeuge brauchen, um den Müll in den Flüchtlingslagern wegschaffen zu können – Überschrift: Müll macht krank. Es gibt meterhohe Müllberge, aus denen Krankheiten resultieren. Keine westliche Nation ist aber in der Lage, zu helfen, den Dreck wegzuschaffen und wenigstens Autos zu liefern.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle sind wir schon gefordert, Lösungsansätze anzubieten. Christian Springer sagt dann überdies, dass er auch deshalb ein Problem hat, in Bayern an alte Feuerwehrautos zu kommen, weil es Artikel 75 der Bayerischen Gemeindeordnung verbietet, Gemeindebesitz zu verschenken oder unter Wert abzugeben. Ich schlage Ihnen einen ersten Ansatzpunkt vor. Suchen Sie bitte eine juristische Möglichkeit. Entweder Sie verwenden einen bayerischen Fördertopf und kaufen für 10 Millionen Euro oder 5 Millionen Euro alte Feuerwehrautos am Markt von Gemeinden, die ohnehin vorhaben, ein neues Feuerwehrauto zu kaufen, oder Sie lockern diesen Paragraphen, sodass ausnahmsweise alte Feuerwehrautos verschenkt werden dürfen oder zu einem symbolischen Preis abgegeben werden dürfen, damit Gemeinden nicht auf einem alten Feuerwehrauto sitzen, es aber nicht verschenken dürfen, während es andere nicht kaufen können, weil sie das notwendige Geld nicht haben.

Das sind praktische Lösungsansätze, die wir bringen, die wir Ihnen anbieten und zu denen ich Sie auffordere: Vielleicht schaffen Sie es, wenigstens beim Problem alte Feuerwehrautos für Jordanien eine Lösung zu finden, wenn es geht, noch in diesem Jahr.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, ich streife noch ein Thema. Dies wäre ein Thema für eine ganze Tagesdebatte. Es geht um das Thema Freihandelsabkommen mit Amerika und Kanada. Obwohl in den Argumentationspapieren für diese Abkommen immer von Millionen oder Hunderttausenden von neuen Arbeitsplätzen die Rede ist und die glorreiche Zukunft versprochen wird, wundert es mich, dass diejenigen, die dieses Abkommen am Ende im Bundestag wohl durchwinken werden, darüber kein Wort verlieren, sondern eher peinlich berührt sind, wenn sie darauf angesprochen werden. Wären Sie so davon überzeugt, dass wir TTIP und CETA unbedingt brauchen, Kollegen von der CSU und Kollegen von der SPD, dann würden Sie gleich in die Überschrift schreiben: Bayern hat aufgrund des Freihandelsabkommens jetzt eine große Zukunft. Keiner erwähnt dies. Warum? – Weil Ihnen selber bei der Sache nicht ganz wohl ist. Deshalb auch hier mein Appell an Sie: Betrachten Sie diese beiden Freihandelsabkommen auch aus Sicht des Mittelstandes, bei dem die Sorge besteht, dass die Meisterpflicht unterlaufen wird. Betrachten Sie sie aus Sicht der Kommunen, bei denen die Angst vor Privatisierungsdruck vorhanden ist. Betrachten Sie sie aus Sicht des Staatsbürgers und Demokraten, der Angst hat, dass seine Stimme am Ende kein großes Gewicht mehr hat, weil die große Politik dann nicht mehr im Bundestag gemacht wird, sondern in Konzernzentralen. Betrachten Sie all das aus deren Sicht.

Stellen Sie das gegenüber und verbinden Sie es jetzt am Ende meiner Rede vielleicht einmal mit dem vorherigen Gedanken: Wir schaffen es heute nicht, alte Feuerwehrautos und Schlafsäcke über das Mittelmeer nach Jordanien oder in die Türkei oder in Krisenregionen des Libanon zu bringen. Die Flüchtlinge schaffen den Weg von Süd nach Nord in "Nussschalen". Wir schaffen es nicht, Hilfsgüter von Nord nach Süd zu bringen. Aber wir stellen ein Freihandelsabkommen in den Raum und fahren dann Schweinefleisch von Kanada nach Europa, das wir überhaupt nicht brauchen. Mit riesigen Dampfern fahren wir Lebensmittel über den Atlantik hin und her, die auf beiden Seiten im Überfluss vorhanden sind. Aber dorthin Güter zu bringen, wo Menschen nachts auf Papiersäcken schlafen müssen, das schaffen wir nicht. Es braucht ja kein Schweinefleisch zu sein, aber es könnten Zelte sein oder Getreide.

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

– Ich weiß das; ich kenne die Späße. Das ist hier jetzt aber nicht der Ort für Scherze über Ernährungsgewohnheiten. – Wir sind nicht in der Lage, Waren dorthin zu bringen, wohin sie gehören.

Das zeigt, dass wir alle miteinander noch sehr viel zu tun haben, von der Stärkung des ländlichen Raums über die Energiewende bis hin zu einer vorausschauenden Flüchtlingspolitik. Tun wir das gemeinsam, meine Damen und Herren. Mir ist in den letzten Monaten hier viel zu sehr der parteipolitische Kleinkrieg über den Kopf gewachsen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, beachten Sie bitte die Uhr.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Jawohl, sofort. – Wir müssen die Zukunft Bayerns gemeinsam in den Griff bekommen. Wir haben gute Voraussetzungen. Jetzt geht es darum, hierbei möglichst wenige Fehler zu machen und gute Ideen zusammenzuführen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, bevor ich jetzt den Kollegen Hartmann an das Rednerpult bitte, möchte ich Ihnen mitteilen, dass die CSU-Fraktion für den Einzelplan 02 namentliche Abstimmung beantragt hat. Bitte, Herr Hartmann.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich vorweg ebenfalls die besten Genesungswünsche an den Ministerpräsidenten übermitteln. Wir hoffen, dass er bald wieder auf den Beinen ist. Gesundheit geht wirklich immer vor.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Natürlich habe ich der Rede seiner Stellvertreterin aber genauso aufmerksam zugehört, als wäre sie vom Ministerpräsidenten gekommen – auch der Rede des nicht

mehr anwesenden Fraktionsvorsitzenden der CSU, Herrn Kreuzer. Ich muss sagen: Wie auch beim Durchlesen des Doppelhaushalts fällt mir immer wieder nur ein Zitat von Michel de Montaigne ein: Kein Wind ist demjenigen günstig, der nicht weiß, wohin er segeln will.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man kann auch ganz einfach sagen: Ein dicker Geldbeutel ist kein Garant für gute Politik. Sie geben viel Geld aus, bleiben aber trotzdem vieles schuldig. Zuallererst fehlt Ihnen eine klare Vision zu Bayerns Zukunft, dazu, wie Sie Bayern gestalten möchten. Mir fehlt Orientierung in Ihrer Politik. Es fehlt aber auch der Mut, Bayerns Erneuerung voranzutreiben. Vor allem fehlt Folgendes: Ideen und Visionen, wie sie eine sich ändernde Welt immer wieder fordert und auf die die Menschen warten. Es fehlt ein klares Bekenntnis, was Ihrer Meinung nach bewahrt und erhalten werden muss. Das fehlt mir in Ihrer Erklärung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Betrachten wir es folgendermaßen: Was würde eine Regierung tun, die die Zukunftsaufgaben in Bayern wirklich anpacken möchte, um heute die Grundlagen für ein gutes Leben in Zukunft zu legen? Nehmen wir ganz vorneweg einmal das Beispiel Energiewende. Eine zukunftsfreundliche Regierung würde alle Möglichkeiten, die ihr zur Verfügung stehen, nutzen, um die Versorgung mit sicherer und dauerhaft sauberer Energie voranzutreiben. In der Energiepolitik ist diese CSU-Regierung definitiv planlos.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Besser gesagt: Es gibt ja durchaus einen Plan, das Energiekonzept von 2011, "Energie innovativ". Der Plan wäre schon da: 6 bis 10 % Windenergie in Bayern bis 2021. Aber leider ist da auch der Ministerpräsident, und Seehofer will das nicht mehr haben.

(Zuruf von der CSU)

Im Energiekonzept steht, Bayern wolle einen umfassenden Ausbau der Stromnetze. Bayern wolle den Bau sogar beschleunigen und die Akzeptanz für neue Stromleitungen in diesem Land erhöhen. Aber Seehofer will nicht mehr.

Im gleichen Energiekonzept steht, Bayern wolle Stromspeicher schaffen. Aber auch hier: Seehofer will nicht mehr.

Man kann auch noch einen Schritt weitergehen. Die Staatsregierung hat gemeinsam mit dem Bund Naturschutz und dem Landesbund für Vogelschutz einen Aktionsplan bis 2020 auf den Weg gebracht. In gut fünf Jahren wollte man da also ankommen. Ziel ist es, den Stromverbrauch um ein Fünftel zu senken. Aktuell zu den Vergleichszahlen von 2009 ist der Strombedarf in Bayern um 10 % gestiegen.

In kaum einem anderen Bereich stehen im wahrsten Sinne des Wortes wirklich Welten zwischen den Worten und den Taten der CSU-Regierung, zwischen positiver Beschlusslage und negativer Blockade.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch heute hat die CSU-Regierung es indirekt wieder getan: Sie weist bei der Energiepolitik ganz oft und immer wieder Richtung Berlin. Für den Kollegen Kreuzer, der gerade nicht anwesend ist: Sie sind die kleinste Regierungspartei in Berlin.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN – Zuruf von der CSU: Aber wir regieren!)

– Sie regieren, das ist richtig. Aber wenn Sie doch regieren, warum schreien Sie dann immer nach Berlin? Berlin müsse das EEG ändern, Berlin müsse ein Strommarktdesign entwickeln, Berlin müsse den Emissionshandel retten. Natürlich muss auch in Berlin etwas passieren. Aber deswegen braucht Bayern doch nicht zu blockieren. Das ist der große Unterschied.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Wie miserabel Ihre Energiepolitik in Bayern ist, hat vor zwei Wochen der bundesweite Vergleich der Länder durch die Agentur für Erneuerbare Energien gezeigt. Bei der allgemeinen Bewertung Ihrer Landespolitik, für die Sie verantwortlich sind, erreicht Bayern problemlos den letzten Platz im Bundesvergleich. Im Hinblick auf die Vergangenheit ist Bayern durchaus gut. Beim Blick in die Zukunft versagen Sie auf der ganzen Linie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte aber nicht nur kritisieren, sondern auch deutlich machen, was man in Bayern besser machen kann. Eines ist ganz klar: Das Windkraftverhinderungsgesetz 10 H muss kassiert werden, das ist absolut unstrittig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein weiterer Bereich, in dem Bayern wirklich tätig werden muss: Es ist widersinnig, wenn Biogasanlagen dann Strom liefern, wenn Wind und Sonne ebenfalls liefern. Wir brauchen den flexiblen Einsatz von Biogasanlagen. Das muss gefördert werden, auch aus Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Ein weiterer Bereich ist die Kraft-Wärme-Kopplung. Bundesweit liegt man hinter den Erwartungen und Hoffnungen; in Bayern gilt das ganz besonders. Um diesen Rückstand aufzuholen, wird ein bayerisches Förderprogramm nötig sein. Wir brauchen es, um eine wichtige Ersatzkapazität zu schaffen, die man flexibel einsetzen kann, und um einen Beitrag zur CO₂-Reduzierung zu leisten.

Zum Schluss noch ein Stichwort zum Thema Energie – das Lieblingsthema des leider erkrankten Ministerpräsidenten: HGÜ-Leitungen. Der Populismus gegen HGÜ-Leitungen muss ein Ende haben. Wir brauchen einen überregionalen Netzausbau.

(Beifall bei den GRÜNEN – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die Leitungen braucht man nicht! Nein, die müssen weg! – Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Wir brauchen einen überregionalen Netzausbau. Wir müssen gemeinsam mit den Bürgern nach optimalen Lösungen suchen. Kooperation in den Sachfragen! Über den konkreten Verlauf der Leitung kann man diskutieren. Über Erdverkabelung kann man diskutieren. Da müssen wir gemeinsam mit den betroffenen Menschen diskutieren und einen richtigen Weg finden. Aber populistisch einfach Nein zu sagen, bewältigt keine Herausforderungen in diesem Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein weiterer Bereich ist das Thema Stromspeicherung bzw. Pumpspeicherkraftwerke. Das ist ein wichtiger Baustein der Flexibilisierungsoption für die Energiewende, wenn Wind und Sonne kein Angebot liefern. Nach dreieinhalb Jahren hat das Wirtschaftsministerium eine Studie mit möglichen Standorten vorgelegt. Das ist wirklich ein erster richtiger Schritt. Ich bin auch davon überzeugt, dass es nicht an den motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Ministerium lag. Es lag an der politischen Spitze, dass das dreieinhalb Jahre lang gedauert hat.

Ein weiteres Stiefkind ist die Stromeinsparung. Gerade in Bayern brauchen wir ein Angebot. Wenn ein Land so vielfältig ist, wird es nicht nur ein einziges Konzept geben, das sich für jede Region eignet. Deshalb fordern wir ein flächendeckendes Netz von regionalen Energieagenturen in allen bayerischen Landkreisen.

Man sieht: Bei der Energiewende kann Bayern deutlicher gestalten, wenn Sie wirklich wollen. Doch leider bleiben Sie untätig. Schlimmer noch, Sie verhindern, dass bei der Energiewende in diesem Land etwas vorwärtsgeht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich zu einem sehr großen und auch vor finanziellem Hintergrund wichtigen Teil in diesem Doppelhaushalt kommen, zur bayerischen Bildungspolitik. Was würde eine zukunftsfreundliche Regierung tun, damit Erfolg in der Schule nichts mit der Herkunft zu tun hat? - Sie würde die Kinder mitnehmen und fördern, statt sie auszusortieren. Sie würde fördern und ermutigen, statt zu entmutigen. Sie würde für gerechte Bildungschancen sorgen, statt nur das Schulsystem überzuoptimieren.

Gerechte Bildungschancen müssen unabhängig davon sein, ob jemand in München wohnt oder in Bayerbach. Sie müssen unabhängig davon sein, ob der Vater einen Hauptschulabschluss oder das Abitur in der Tasche hat. Sie müssen unabhängig davon sein, ob jemand geduldet ist, seine Eltern aus der Türkei kommen oder ob er in Bayern geboren ist. Sie müssen unabhängig davon sein, ob jemand eine körperliche oder geistige Einschränkung hat. Sie müssen unabhängig davon sein, ob der Papa ein Flüchtling oder ein Zahnarzt ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was bedeutet dies ganz konkret für die bayerische Landespolitik? – Wir müssen die Grundschule im Dorf lassen. Eine zukunftsfreundliche Regierung würde für den Erhalt eines wohnortnahen Schulangebots sorgen. Der Leitspruch "Kurze Beine, kurze Wege" - -

(Karl Freller (CSU): Der ist von mir!)

- Der mag ja von Ihnen sein; aber dann handeln Sie auch so! Das ist das Entscheidende. Ich sage immer: Bei der Problemanalyse sind wir gar nicht weit auseinander. Schwierig wird es bei Ihren Taten. Hier unterscheiden wir uns.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Leitspruch "Kurze Beine, kurze Wege" muss ernst genommen werden, damit die Grundschulen im Dorf bleiben können. Für den ländlichen Raum und das kulturelle Leben auf dem Land ist dies ein wichtiger Standortfaktor. Ich finde es schade, dass

Herr Kollege Kreuzer nicht anwesend ist. Ich möchte Ihnen fünf Maßnahmen nennen, die umgesetzt werden könnten. Vielleicht können Sie Herrn Kollegen Kreuzer diese Maßnahmen aufschreiben.

(Michael Hofmann (CSU): Er kann das Protokoll lesen, Herr Kollege!)

Erstens. Für die Außenstellen der kleinen Grundschulen müssten ab sofort wissenschaftlich begleitete Modellversuche zugelassen werden.

Zweitens. Jahrgangskombinierte Klassen müssten besser und vor allem verlässlich ausgestattet werden. Alle Kombiklassen müssten fünf zusätzliche Lehrerstunden erhalten und nicht nur die Option auf diese Stunden haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Drittens. Kleine Grundschulen unter der Mindestgröße müssten bei der Zuteilung der Lehrerstunden so behandelt werden, als würde die Klassenstärke von mindestens 20 Schülern erreicht. Nur so kann es gelingen, dass die Schulen tatsächlich am Ort bleiben.

Viertens. Die Mobile Reserve muss im ersten Schritt um 10 % aufgestockt werden. Gerade kleine Grundschulen müssen bei der Krankheit von Lehrkräften immer wieder den Ausfall von Unterricht hinnehmen. Das kann es nicht sein. Wir alle wissen, dass die Mobile Reserve bereits am Schuljahresanfang verplant ist und nicht ausreicht.

Fünftens. Kindertagesstätten und kleine Grundschulen vor Ort müssten gemeinsam zu Kinderhäusern der Zukunft weiterentwickelt werden. Hier sind auf Ihrer Seite Visionen und Konzepte gefragt. Das ist ganz entscheidend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Würden diese Vorschläge umgesetzt, dann kämen wir einen großen Schritt in Richtung auf die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land voran. Wir brauchen gute Bildungschancen für alle, unabhängig vom Wohnort.

Ein weiteres Thema der bayerischen Bildungspolitik ist das bayerische Gymnasium. Was würde eine zukunftsfreundliche Regierung tun, um das Gymnasium weiterzuentwickeln? Wir sind uns alle einig, dass die Lehrinhalte im Gymnasium anspruchsvoll und komplex sind. Diese Regierung würde dafür sorgen, dass mehr Zeit für die Vertiefung zur Verfügung steht. Für alle Schülerinnen und Schüler muss eine stärkere Individualisierung möglich sein, damit sie im eigenen Takt lernen und zum Abitur kommen können. Entscheidend ist eine Reform der Mittelstufe. Dafür muss ein umfassendes pädagogisches Konzept erarbeitet werden. Außerdem muss die Fächer- und Stoffdichte in der Mittelstufe reduziert werden. Durch fächerübergreifendes Lernen und Projektlernen sowie durch die Konzentration auf das Wesentliche muss Tempo herausgenommen werden, damit den Schülern Zeit zum Lernen bleibt.

Zum Vergleich: Was tun Sie im Hinblick auf die Schulen auf dem flachen Land? – Sie sprechen von einer Grundschulgarantie, die nicht für 379 unselbstständige Außenstellen von Grundschulen gilt. Das ist eine Mogelgarantie, bei der man erst im Kleingedruckten erkennt, was sie eigentlich umfasst.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie richten als Sparmaßnahme Kombiklassen ein, ohne diesen Klassen genügend Lehrerstunden zuzuweisen. Sie lassen die Schule in Unterjoch im Allgäu schließen, sodass die Schüler nach Österreich zur Schule gehen müssen. Sie sind wirklich Weltmeister im Veranstellen von Dialogforen. Sie haben Gespräche, Anhörungen und Werkstattgespräche zur Weiterentwicklung des Gymnasiums durchgeführt. Am Ende haben Sie ein Konzept vorgelegt, mit dem Sie auf die gesamte Expertise pfeifen. Schließlich haben Sie die freie Entwicklung behindert, indem Sie eine Deckelung auf 25 % der Schüler ausgesprochen haben, die die "Mittelstufe Plus" durchlaufen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit bringen Sie keine Ruhe in die Schulpolitik. Das Gegenteil wird passieren. Sie verunsichern Lehrer, Eltern und Schüler gleichermaßen. Statt einen Ausweg aus Ihrem Dilemma aufzuzeigen, haben Sie sich in Ihrem selbst gesponnenen Geflecht aus Widersprüchen, Ankündigungen und haltlosen Versprechen verheddert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, sehen wir uns einmal die Landwirtschaftspolitik in diesem Lande an. Auch hier stellt sich die Frage: Was würde eine zukunftsfreundliche Regierung tun, um Wasser und Böden zu schützen und die Artenvielfalt zu erhalten? Sie würde zunächst einmal dafür sorgen, dass dem ausufernden Flächenverbrauch Einhalt geboten wird. Immer noch verschwinden täglich 25 Fußballfelder unter Beton und Asphalt. Oft geschieht dies für ungenutzte Umgehungsstraßen oder ungenutzte Gewerbegebiete.

(Michael Hofmann (CSU): Wer weist die Gewerbegebiete aus?)

Eine zukunftsfreundliche Regierung würde mit dem Schutz des Wassers Ernst machen. Vor über 15 Jahren hat die Europäische Union die Wasserrahmenrichtlinie, einen Meilenstein zum Schutz des Wassers, aufgesetzt. Bis zum Jahr 2015, also im nächsten Jahr, sollten die Flüsse, Bäche, Seen und das Grundwasser in einen guten ökologischen Zustand gebracht werden. Gott sei Dank sieht die Wasserrahmenrichtlinie eine regelmäßige Überprüfung vor. Diese fällt für Bayern leider katastrophal aus. Ein Beispiel dafür ist das Grundwasser. Beim Grundwasser dachte man vor zehn Jahren, im Jahre 2004, dass bis zum Jahr 2015 80 % des bayerischen Grundwassers der Richtlinie entsprechen würden. Bei der Bestandsaufnahme im Jahr 2013 stellte sich nun heraus, dass sich das Grundwasser massiv verschlechtert hat. Man geht davon aus, dass bis zum Jahr 2020 nur noch 62 % des Grundwassers als richtlinienkonform durchgehen werden. Die Entwicklung ist deutlich negativ.

Das Gleiche gilt für das Oberflächenwasser. Erst vor Kurzem hat der Landtag darüber diskutiert. Auch bei den Bächen und Flüssen hat der Nährstoffeintrag aus der Landwirtschaft dazu geführt, dass sich die Situation deutlich verschlechtert hat. Dabei gäbe es hier ein wirksames Mittel, um gegenzusteuern, von dem alle anderen Bundesländer Gebrauch machen, nämlich den Gewässerrandstreifen. Sie weigern sich bis heute, entsprechend tätig zu werden.

Ein weiterer Punkt. Eine zukunftsfähige und zukunftsfreundliche Regierung würde dafür sorgen, dass die Artenvielfalt erhalten bleibt. Sie ist durch den Flächenfraß, die Überdüngung der Felder und den Einsatz von Pestiziden massiv zurückgegangen. Diese Regierung würde dafür sorgen, dass die Lebensräume seltener Arten intakt bleiben. Sie würde dafür sorgen, dass die Biodiversität, sozusagen das Immunsystem, erhalten bleibt, indem sie hartnäckig dafür kämpft und nicht beim ersten Zeichen von Widerstand einknickt und ihre Ziele zur Disposition stellt.

Was tun Sie? – Sie geben im Zweifel immer klein bei. Wenn es um den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen geht, feuern Sie den Flächenverbrauch weiter an. Erst vor wenigen Tagen hat der Heimatbetonierminister Söder gesagt, dass ihm das alles keine Sorgen bereite. Ein Aldi-Markt auf der grünen Wiese mit großem Parkplatz ist ihm allemal lieber als die grüne Wiese. Sie nehmen es hin, dass unser Wasser mit immer größerem technischen Aufwand und vor allem mit einem immer größeren finanziellen Aufwand für Kommunen und die Bürgerinnen und Bürger von Nähr- und Schadstoffen befreit werden muss. Sie sehen zu, wie die Liste der gefährdeten Arten immer länger wird. Die von Ihnen im Jahr 2008 beschlossene Biodiversitätsstrategie ist krachend gescheitert. Das nehmen Sie einfach so hin und steuern nicht dagegen.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch auf einen Punkt eingehen. Entscheidend sind die Inhalte. Sie sind der Maßstab für die Bewertung der Qualität der Politik. Es geht aber auch um die Form. Eine zukunftsfreundliche Regierung zeichnet sich nicht nur dadurch aus, was sie tut, sondern auch dadurch, wie sie es tut. Die Erwiderung des Fraktionsvorsitzenden der CSU, Herrn Kollegen Kreuzer,

hat ganz deutlich gezeigt, dass bei Ihnen die Arroganz der Macht und nicht die Überzeugung von Ihrem Handeln eine Rolle spielt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die Gesellschaft ist in den letzten Jahren vielfältiger und bunter geworden. Sie ist auch widersprüchlicher geworden. Die Entscheidungsträger müssen erklären, warum sie so oder so entscheiden. Um dies besser erklären zu können, müssen sie zunächst einmal zuhören und diskutieren. Dann müssen sie entscheiden. Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann, hat dafür die Formel der Politik des Gehörtwerdens aufgestellt: Jeder und jede hat das Recht, für sein Anliegen bei denjenigen, die entscheiden, Gehör zu finden. Das muss passieren, bevor die Entscheidungen fallen, nicht danach, wenn längst klar ist, wie entschieden wird. Hier geht es um das ernste Abwägen verschiedener Interessen, um die Suche nach der besten Lösung für unser Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei Bayerns Ministerpräsidenten Horst Seehofer hat man oft den Eindruck, er betreibt eine Politik zum Verrücktwerden. Wenn einer nur laut und lange genug schreit, verrückt er die Meinung des Ministerpräsidenten in seine Richtung. So haben wir es zum Beispiel bei der Windkraft schmerzlich erfahren. So kann man einen Stammtisch verwalten, aber nicht das Land Bayern für die Zukunft gestalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ansonsten führt die Politik der starken Sprüche oft dazu, dass Sie nachher mit leeren Händen dastehen, so etwa beim Länderfinanzausgleich. Da wird auf den Tisch gehauen, da wird gedroht, da wird geklagt; es fehlt gerade noch, dass sich der Finanzminister höchstpersönlich vor den Kollegen aus den anderen Ländern auf die Brust klopft und erklärt, was er alles erreichen möchte. Sie haben bis heute nichts erreicht. So

kommen wir nicht weiter. Dass Handlungsbedarf besteht, ist unstrittig. Ihre Art, wie Sie es angehen, ist zum Scheitern verurteilt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Abschließend möchte ich auf drei wichtige gesellschaftliche Entwicklungen eingehen, auf drei Trends, die eine zukunftsfreundliche Regierung aufgreifen, gestalten und zum Wohl des Landes nutzen würde. Ich spreche von der Zuwanderung nach Bayern, von der wachsenden ethnischen Vielfalt, und vom sich ändernden Rollenverständnis von immer mehr Frauen, die in Führungspositionen drängen und nicht einsehen, warum sie immer weit davon ferngehalten werden, und natürlich spreche ich auch vom digitalen Wandel.

Eine zukunftsfreundliche Regierung würde die Chance nutzen, die sich bietet, wenn Zuwanderer nach Bayern kommen. Sie würde die Chance nutzen, wenn Frauen in Chefetagen drängen. Viele Menschen aus anderen Ländern bringen neue Ideen, Kreativität und andere Sichtweisen mit, die uns und unser Land weiterbringen können. Das sollten wir als Chance begreifen und nutzen. Ihre Politik versucht, die Zuwanderer, aber auch Frauen von Führungspositionen fernzuhalten. Das schadet unserem Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei der Digitalisierung hat man heute wieder ganz deutlich gesehen, dass diese für Sie in erster Linie eine gewisse Art der Wirtschaftsförderung ist, mit der man die eine oder andere Strippe ziehen kann. Sie tun so, als gehe es wirklich nur noch darum, ein Geschäftsfeld zu erschließen. Das ist beim digitalen Wandel zu kurz gedacht. Man kann im besten Fall denken, dass Sie etwas naiv sind. Im schlechtesten Fall sind Sie wirklich verantwortungslos. Wir müssen über den digitalen Wandel umfassend diskutieren. Wir müssen darüber reden, wie die Zugangsbarrieren für ältere Menschen, für Menschen aus bildungsfernen Schichten abgebaut werden können, damit sie am digitalen Wandel auch teilnehmen können. Wir wollen, dass private Daten privat bleiben.

Öffentliche Daten müssen aber allen zugänglich gemacht werden. Wir wollen, dass an den Schulen der verantwortungsbewusste Umgang mit den neuen Techniken gelernt wird. Leider leben viele bayerische Schulen immer noch in der digitalen Kreidezeit.

Zusammenfassend kann man feststellen: Bayern gibt so viel Geld aus wie noch nie. Sie haben einen dicken Geldbeutel. Ihnen fehlt aber der Mut, die Weichen für die Zukunft und für ein gutes Leben in der Zukunft richtig zu stellen. Bayern steckt im Modernisierungstau. Der CSU-Regierung fehlt es wie der schwarz-gelben Vorgängerregierung an Mut und Ideen zu einer zeitgemäßen modernen Politik. Seit sechs Jahren gibt es zwar viel Aktionismus und auch viele Ankündigungen, aber es fehlen der nötige Mut und die nötigen Entscheidungen, die erforderlich sind, die eine sich ändernde Welt fordert. Ihrer Politik fehlt es nicht an Ankündigungen und Versprechen, es fehlt ihr an Taten. Es fehlt an etwas ganz Entscheidendem. Darin, dass wir in den Bereichen, die ich vorhin angesprochen habe, vor großen Herausforderungen stehen, sind wir uns, glaube ich, alle einig. Je größer aber die Herausforderungen sind, vor denen ein Land steht, umso wichtiger ist es, dass die Politik sich mit der Verlässlichkeit ihrer Entscheidungen präsentiert und dafür steht. Verlässlichkeit ist für mich die Voraussetzung für gute Politik. Wenn man sich auf die politischen Entscheidungen nicht mehr verlassen kann, fehlen jegliche Grundlage und jegliches Vertrauen, um unser Land weiterzubringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich bitte jetzt den Kollegen Freller zum Mikrofon.

Karl Freller (CSU): Frau Vizepräsidentin, Frau stellvertretende Ministerpräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Ausgaben des Freistaates Bayern werden im kommenden Jahr 51 Milliarden Euro betragen. In Euroscheine umgerechnet wären das 510 Millionen 100-Euro-Scheine. Ein einzelner 100-Euro-Schein misst im Querformat exakt 14,7 Zentimeter. Reiht man 510 Millionen dieser Scheine aneinander, ergibt sich ein Band in der sagenhaften Länge von knapp 75.000 Kilometern.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das habe ich als kleiner Bub schon gehört!)

Dieses Band mit 75.000 Kilometern Länge und einem Wert von 51 Milliarden Euro ließe sich fast zweimal um den gesamten Erdball wickeln.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe bewusst veranschaulicht, um welche Summe es geht, die wir ausgeben. Diese Summe zeigt, welche mächtige Kraft und welche großartige Kreativität in unserem Land stecken. Ein Land, das es wie Bayern schafft, 51 Milliarden in einem Jahr auszugeben, ohne dabei Schulden machen zu müssen, und das sogar alte Schulden abbezahlen kann, ist ein Land, in dem sehr vieles sehr gut funktioniert.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist die Kraft und die Kreativität aller Menschen in allen Berufen. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, den unzähligen Hunderttausenden, Millionen von Menschen zu danken, die tagtäglich ihrer Arbeit nachgehen und mit ihrem Fleiß die Steuern erwirtschaften, die uns das Ausgeben von Geld ermöglichen. Ich glaube, es ist wichtig zu erkennen, dass der Fleiß der bayerischen Bevölkerung ein wichtiger Faktor dafür ist, dass wir diese Leistungskraft haben.

(Beifall bei der CSU)

Herr Aiwanger, an der Stelle darf ich etwas einbringen. Ich bringe es humorvoll ein. Die SPD war früher einmal die Partei der kleinen Leute. Zumindest hat sie sich als solche bezeichnet.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Heute sind das wir!)

Dann kam vor vier Wochen im Haushaltsausschuss ein Antrag von der SPD, den wir abgelehnt haben. Das sage ich gleich dazu. Nach diesem Antrag sollten Finanzmittel in Höhe von einer Million Euro für die bayernweite Kastration und Kennzeichnung freilebender Katzen bereitgestellt werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, was

sage ich einem Arbeitnehmer, der in der Früh um halb sieben mit der U-Bahn dicht gedrängt zu seinem Arbeitsplatz fährt und ein Leben lang nie und nimmer die Steuer erbringt, die dieser Antrag kostet? Darüber müssen wir doch einmal nachdenken.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen uns doch einmal klarmachen, wofür das Geld ausgegeben wird.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Was sagen Sie dann dem Tierschutzverein?)

Wir müssen uns doch einmal klarmachen, für welche sinnvollen Maßnahmen wir das Geld brauchen. Wir müssen dort sparen, wo das Geld nicht ausgegeben werden muss.

(Dr. Paul Wengert (SPD): So ein Schmarrn!)

Dieses Verantwortungsbewusstsein, dieses Verantwortungsgefühl erwartet auch die Bevölkerung von uns Politikern. Das muss uns klar sein.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): CSU gegen Tierschutz!)

Jeder Euro, der ausgegeben wird, ist hart erarbeitet. Deswegen passen wir auch auf, dass nichts für etwas ausgegeben wird, was nicht gebraucht wird.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich bitte doch um etwas Ruhe.

Karl Freller (CSU): Peter Winter als Vorsitzender des Haushaltsausschusses, seine Kollegen, wir alle im Haushaltsausschuss sind letztlich die Treuhänder der Steuerzahler. Wir passen auf, dass nichts für etwas ausgegeben wird, was nicht nötig ist.

(Beifall bei der CSU)

Man muss das von Grund auf begreifen, was Haushaltspolitik bedeutet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese 51 Milliarden Euro im Jahr sind auch ein Ergebnis der Kraft und Kreativität unserer Industrie. Seien wir froh darüber, dass wir in Bayern der Standort vieler Großunternehmen sind. Seien wir froh darüber, dass wir zwei riesige Autofirmen in unserem Land haben, die mit ihrem Export und ihrem Verkauf in alle Teile der Welt dafür sorgen, dass wir Arbeitsplätze haben. Denken wir doch bitte einmal darüber nach, warum die Firmen hier sind: weil wir über Jahrzehnte eine Infrastruktur geschaffen haben, von der Energieversorgung bis zu den Verkehrswegen,

(Widerspruch des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD))

damit eine Firma, die sich hier ansiedelt, auch die Sicherheit hat, sich entwickeln zu können. Das ist Politik für die Zukunft, Herr Hartmann! Das ist Ausrichtung auf die nächsten Jahre und Jahrzehnte! Das sind Arbeitsplätze! Schauen Sie sich bei Audi oder BMW um! Das sind hochmoderne Arbeitsplätze! Das bedeutet Zukunftssicherung!

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Herr Freller, ich dachte, Sie wollen das ganz ruhig bringen! – Dr. Paul Wengert (SPD): Denken Sie an Ihre Gesundheit! – Unruhe)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Lassen Sie Herrn Freller bitte ausreden!

Karl Freller (CSU): Zu 80 %, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist das aber auch der Export, von dem wir reden. Wir brauchen die guten Kontakte und guten Beziehungen in vielen Nationen dieser Erde.

Liebe Frau Bause – jetzt ist sie wieder nicht da –, ich muss eines sagen: Wo auch immer ich bisher mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten im Ausland gewesen bin, er ist in allen Teilen dieser Erde ein überzeugender Brückenbauer für die bayerische Wirtschaft. Ihr Angriff in der letzten Woche, Frau Bause, war völlig daneben. Ich muss sagen: Seien wir froh, jemanden zu haben, der ein so hohes Ansehen in der Welt hat.

(Beifall bei der CSU)

Das ist ein wichtiger Aspekt. Mit guten Kontakten ins Ausland schaffen wir Vertrauen für die Wirtschaft in diesem Lande.

(Unruhe)

Nächster Punkt: Die 51 Milliarden Euro pro Jahr sind auch Ausdruck der Kraft und Kreativität von Meistern, Technikern und Ingenieuren in diesem Land. Haben Sie schon einmal verglichen? Dort, wo die Dichte von Meistern und Technikern am höchsten ist, sind die Wirtschaftszahlen mit Abstand am besten.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Mütze (GRÜNE))

Dort ist ein funktionierender Mittelstand, dort ist eine stabile Firmenstruktur, dort gibt es mit Abstand die wenigsten Arbeitslosen und die größte Zahl an Arbeitsplätzen, die über Jahrzehnte sicher sind. Das zu fördern, ist Zukunftspolitik. Das wird hier gemacht.

(Beifall bei der CSU)

Die Mittelstandsförderung, wie wir sie über viele Jahre betrieben haben, hat sich ausgezahlt. Wenn wir hier nur Großunternehmen hätten, wäre jede Konjunkturkrise eine Gefahr. Mit vielen mittelständischen Firmen besteht aber immer noch eine Chance, dass sie sich und damit die Arbeitsplätze für längere Zeit über Wasser halten. Das sollte man unbedingt bedenken. Man sollte auch an die Leute denken, die sehr fleißig arbeiten.

(Beifall bei der CSU)

Ein Weiteres: Die 51 Milliarden Euro pro Jahr sind auch ein Ergebnis der Kraft und Kreativität von Bildung, Wissenschaft und Kunst in diesem Lande. Herr Hartmann, Sie haben die Bildungspolitik angesprochen. Ich habe mich in diesem Feld ein Leben lang bewegt. Sie haben manches zu Recht gefordert, haben aber vergessen, dass Sie bis vor wenigen Jahren genau das Gegenteil gemacht haben. Barbara Stamm und andere

hier sind Zeugen, dass die Opposition Gesamtschulen gefordert hat. Das hätte die Auflösung sämtlicher kleiner Landschulen bedeutet. Hätten wir nicht dagegeengehalten, bräuchten wir uns über Landschulen heute gar nicht mehr zu unterhalten, weil es sie bei eurer Politik schon längst nicht mehr gäbe.

(Beifall bei der CSU)

Bringen wir das Ganze einmal auf den Punkt! Ich sage Ihnen, was mir überhaupt nicht gefallen hat: Sie haben über das Gymnasium gesprochen, Sie haben über die Mittelschule gesprochen, die Realschule kam gar nicht mehr vor. Die berufliche Bildung ist überhaupt nicht erwähnt worden.

(Beifall bei der CSU)

Das duale System ist die Chance schlechthin. Wer sein Abitur in neun Jahren machen will, der kann das tun; er kann sechs Jahre auf die Mittelschule oder auf die Realschule gehen und dann noch drei Jahre auf die Fachoberschule, dann hat er sein Abitur in neun Jahren. 40 % der Schüler gehen diesen Weg, und sie gehen ihn erfolgreich. Sie studieren und werden im Beruf Erfolg haben. Schieben Sie diese Zahlen doch nicht mit einer Pseudodiskussion über ein Gymnasium in acht oder neun Jahren weg. Das entscheidet nicht über die Qualität der Bildungspolitik, sondern vielmehr, wo die Talente gefördert werden, egal, auf welchem Weg sie auf ihr Ziel zugehen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Freller, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Karl Freller (CSU): Nein, ich will keine Zwischenfrage. Ich will ein paar Gedankengänge zu Ende bringen. – Was bildungsferne Schichten angeht, sage ich Folgendes – ich habe ein sehr feines Gespür dafür –: Auch Menschen aus schwierigen Elternhäusern haben eine echte Chance. Wenn Sie die PISA-Studien genau betrachten, erkennen Sie, dass selbst Schülerinnen und Schüler aus bildungsferneren Schichten in Bayern besser gefördert werden und bessere Ergebnisse erzielen konnten als die Schüler an-

dernorts, wo man sich das zwar auf die Fahne schreibt, in der Praxis aber nicht vollzieht!

(Beifall bei der CSU)

Nächster Punkt, meine Damen und Herren:

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Vorsicht, der Blutdruck!)

- Ich habe einen guten Blutdruck, keine Sorge! – Die Kraft und Kreativität dieses Landes stecken auch im Ehrenamt. Es ist ungeheuer wichtig, dass wir es haben. Das Ehrenamt ist nicht der große Haushaltsfaktor, aber gerade deshalb ist das Ehrenamt für dieses Land so unverzichtbar. Müssten wir alles bezahlen, was im Ehrenamt tagtäglich geleistet wird, könnten wir das nicht schultern, wir wären am Ende.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wohl wahr!)

Darum sage ich: Alle, die sich im Ehrenamt engagieren,

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Darum habt ihr alle Sportanträge abgelehnt!)

helfen mit, dass dieser Staat dort sparen kann, wo er das Geld nicht mehr in dem Umfang ausgeben kann, wie er es vielleicht gerne täte.

(Beifall bei der CSU)

Das ist auch ein Dank an das Ehrenamt. Sich im Ehrenamt zu engagieren, ist ein Dienst am Staat und an der Gesellschaft.

Last but not least sind die Kraft und Kreativität der Politik des Ministerpräsidenten maßgebend dafür, dass wir diese 51 Milliarden Euro pro Jahr ausgeben können: Ich möchte dem Bayerischen Ministerpräsidenten, stellvertretend Ilse Aigner, für das, was in den letzten Jahren konzeptionell entwickelt wurde, danken. Eine der allerwichtigsten Entscheidungen ist vor vier Jahren gefallen, als wir beschlossen haben, diesen Haushalt bis zum Jahr 2031 absolut schuldenfrei zu machen. Das ist eine epochale Ent-

scheidung für die nächsten Jahre und Jahrzehnte. Ich kann nur immer wieder sagen: Wohl dem Land, das eine solche Entscheidung trifft!

(Beifall bei der CSU)

Das ist Zukunftsfähigkeit. Viele von uns haben Kinder in verschiedenstem Alter. Das Schlimmste, was man der nachfolgenden Generation antun kann, ist, heute das auszugeben, was sie erst in 10 oder 20 Jahren erarbeitet. Lassen wir den nachfolgenden Generationen das Geld, das sie einmal verdienen. Sie werden noch genug eigene Probleme lösen müssen. Wir sparen eine Milliarde Euro, wenn Bayern überhaupt keine Schulden mehr hat. Diese Milliarde Euro soll der Generation gehören, die sie erwirtschaftet und auch benötigt, um ihre Probleme zu lösen.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, ich sage auch dem Finanzminister einen herzlichen Dank. Der eine oder andere war skeptisch, als Markus Söder im Jahr 2011 Finanzminister wurde. Heute haben wir allerhöchsten Respekt vor ihm, wie er diese Aufgabe meistert.

(Beifall bei der CSU)

Er schafft es, sich nachhaltig durchzusetzen, was wahrlich nicht leicht ist. All die Verhandlungen, die er im letzten Jahr geführt hat, waren extrem schwierig. Ich habe es bei den Beamten erlebt. Liebe Ingrid Heckner, in den Verhandlungen ist vieles gelaufen, und dazu hast auch du mit dem Finanzminister beigetragen. In diesem Haushalt stecken so viele Stellenhebungen und so viel Plus für unsere Beamten, übrigens auch für die Finanzbeamten, denen man dankbar sein muss. Das sind über 2.000 Stellen.

(Beifall bei der CSU)

Was hier gemacht wurde, hat Zukunft.

Lieber Peter Winter, ich sage auch dir, dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, und allen, die beteiligt sind, logischerweise dem Fraktionsvorsitzenden, für die Leis-

tungen der letzten Wochen und Monate herzlichen Dank. Zum Teil dauerten unsere Sitzungen neun Stunden ohne Unterbrechung. Wenn es die Präsidentin nicht geben würde, hätte es nicht einmal einen Kaffee gegeben. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Freller, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Wir haben eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Gehring.

Thomas Gehring (GRÜNE): Kollege Freller, vielleicht kommen wir von der impulsiven Rede wieder zur Haushaltsrede zurück und reden über den Bildungshaushalt.

(Peter Winter (CSU): Darüber können wir gerne reden!)

Wenn Sie immer schöne Sonntagsreden von der beruflichen Bildung halten, dann möchte ich schon einmal darauf hinweisen, dass die Berufsschulen seit Jahren strukturell unterfinanziert sind.

(Unruhe)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Seien Sie doch bitte noch einen Moment ruhig.

Thomas Gehring (GRÜNE): - Sie wollen es vielleicht nicht hören, das kann schon sein. – Die Berufsschulen sind seit Jahren strukturell unterfinanziert. Seit Jahren beantragen wir, die Berufsschulen besser auszustatten. Wir haben auch in diesen Haushaltsberatungen beantragt, 100 zusätzliche Lehrerstellen in die Berufsschulen zu bringen. Sie haben diesen Antrag abgelehnt.

Zu den Realschulen: Auch die werden gelobt. Auch dazu ist in der letzten Woche ein Antrag im Bildungsausschuss abgelehnt worden. Dann kommen wir zur demografischen Rendite, die so gelobt wird. Das heißt, Sie entziehen den Realschulen jetzt in diesem Doppelhaushalt 550 Stellen. Diese Stellen werden aus dem Realschulkapitel in ein allgemeines Kapitel umgesetzt und verteilt. Von diesen 550 Stellen kommen die

wenigsten wieder an die Realschulen zurück. So viel zum Thema Realschulen und Berufsschulen. Ich sage Ihnen: Sie können diese Schulen noch lange loben. Aber wenn Sie für diese Schulen nichts tun, dann werden diese Schulen auch langfristig ein Problem bekommen. Es geht hier um Zahlen und Taten, nicht um Worte.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Karl Freller (CSU): Wissen Sie, wenn Sie diese Entwicklung im Personalbereich der Schulen im Verlauf der Jahrzehnte sehen, dann stellen Sie mit großer Freude fest, dass eigentlich immer nur zugelegt worden ist und wir im Moment einen Stand an Lehrkräften haben, wie wir ihn so noch nie hatten.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Die Gesellschaft hat aber - - – Claudia Stamm (GRÜNE): - - darum geht es!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin der Letzte, der sich nicht über jede Lehrkraft freut, die zusätzlich eingestellt wird. Viele wissen, dass ich für jede Lehrkraft gekämpft habe, die zusätzlich eingestellt wurde. Aber ich sage Ihnen eines: Man kann natürlich, ohne Zweifel, vieles nach oben schrauben. Aber die Zahl an Lehrkräften, die wir im Moment eingestellt haben

(Ulrike Gote (GRÜNE): Zum Thema!)

und auch in Zukunft einstellen werden, ist das Ergebnis einer soliden und verlässlichen Personalpolitik in diesem Land, bei der ich sage, wir werden keine Schulart benachteiligen, sondern aufpassen, dass alle Schularten zu ihrem Recht kommen.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

Das werden wir beibehalten. Ich muss sagen: Man kann nicht jeden Antrag der Opposition erfüllen. Wenn wir das machen würden, lägen wir, wenn ich alles richtig zusammengezählt habe, was an Anträgen gekommen ist, nicht bei 51 Milliarden, sondern wahrscheinlich bei 61 Milliarden Euro oder noch mehr.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Irgendwo ist leider einmal eine Grenze erreicht. Das ist so. Das versteht jeder, der zu Hause seinen Haushalt in Ordnung halten muss.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Mütze (GRÜNE))

Das versteht jedes Unternehmen. Auch der Freistaat kann nur dann verantwortungsvolle Haushaltspolitik machen, wenn er oben irgendwann einmal eine Grenze zieht. Es geht nicht anders.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Vielen Dank. – Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Deshalb ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen nun zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2015/2016, Einzelplan 02, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3610 bis 17/3612 und 17/3735 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/4425 zugrunde. Der Einzelplan 02 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur unveränderten Annahme empfohlen. Nachdem die Abstimmung in namentlicher Form beantragt wurde, eröffne ich nun die Stimmabgabe. Es stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 16.52 bis 16.57 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Wir zählen jetzt außerhalb des Saales aus. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir unterbrechen für ganz wenige Minuten bis zum Vorliegen des Ergebnisses die Sitzung und machen dann weiter.

(Unterbrechung von 16.57 bis 16.59 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, noch einen Moment Platz zu nehmen. Ich eröffne erneut unsere Sitzung.

Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Einzelplan 02 bekannt. Mit Ja haben 91 gestimmt. Mit Nein haben 72 gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Einzelplan 02 angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 2)

Außerdem wird noch folgende Beschlussfassung vorgeschlagen:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen! – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist die Beratung des Einzelplans 02 abgeschlossen. Die Sitzung ist für heute geschlossen.

(Schluss: 17.01 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 09.12.2014 zu Tagesordnungspunkt 3: Haushaltsplan 2015/2016; Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei (Drucksache 17/4425)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Aigner Ilse	X		
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Beißwenger Eric	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brückner Michael	X		
von Brunn Florian		X	
Brunner Helmut	X		
Celina Kerstin		X	
Dettenhöfer Petra	X		
Dorow Alex	X		
Dünkel Norbert	X		
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute	X		
Eisenreich Georg	X		
Fackler Wolfgang	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen		X	
Fehlner Martina		X	
Felbinger Günther		X	
Flierl Alexander	X		
Dr. Förster Linus		X	
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith	X		
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva		X	
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Haderthauer Christine			
Häusler Johann		X	
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes	X		
Hofmann Michael	X		
Holetschek Klaus	X		
Dr. Hopp Gerhard	X		
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Huber Martin	X		
Huber Thomas	X		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Kamm Christine		X	
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro	X		
Knoblauch Günther		X	
König Alexander	X		
Kohnen Natascha			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd	X		
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate	X		
Meyer Peter		X	
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia	X		
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Neumeyer Martin	X		
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred	X		
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi		X	
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin			
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl			
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig	X		
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayer Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Unterländer Joachim			
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika		X	
Dr. Wengert Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta		X	
Wild Margit		X	
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	91	72	0

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 3

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 02:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Keine zusätzliche Stelle für den Familienpakt
(Kap. 02 01 Tit. 422 01)
Drs. 17/3610
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Keine unbegründete Verdoppelung von Ausgaben in der Staatskanzlei
(Kap. 02 01 Tit. 529 01, 529 03 und 546 49)
Drs. 17/3611
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Keine Sonderausgaben für den G8-Gipfel durch die Staatskanzlei
(Kap. 02 03 Tit. 532 01)
Drs. 17/3612
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Susann Biedefeld, Dr. Linus Förster u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Landesmittel für die bayerischen Europe Direct Informationszentren
(Kap. 02 03 TG 53)
Drs. 17/3735



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2015/2016

**Einzelplan 03 A für den Geschäftsbereich des Bayerischen
Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr
– Allgemeine Innere Verwaltung –
Drs. 17/4426**

Dem Einzelplan 03 A wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 17/4426) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen, beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2015/2016

**Einzelplan 03 B für den Geschäftsbereich des Bayerischen
Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr
– Staatsbauverwaltung –
Drs. 17/4427**

Dem Einzelplan 03 B wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 17/4427) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen, beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2015/2016

Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz

Drs. 17/4428

Dem Einzelplan 04 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 17/4428) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen, beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2015/2016

Einzelplan 05 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst – Bildung und Kultus –

Drs. 17/4429

Dem Einzelplan 05 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 17/4429) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen, beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2015/2016

Einzelplan 07 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie Drs. 17/4595

Dem Einzelplan 07 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 17/4595) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen, beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2015/2016

Einzelplan 08 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Drs. 17/4596

Dem Einzelplan 08 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 17/4596) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen, beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2015/2016

Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz

Drs. 17/4604

Dem Einzelplan 12 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 17/4604) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen, beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2015/2016

Einzelplan 15 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst – Wissenschaft und Kunst –

Drs. 17/4614

Dem Einzelplan 15 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 17/4614) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen, beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Heinrich Rudrof

Abg. Reinhold Strobl

Abg. Dr. Leopold Herz

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Gisela Sengl

Abg. Gudrun Brendel-Fischer

Abg. Angelika Schorer

Abg. Horst Arnold

Abg. Markus Ganserer

Staatsminister Helmut Brunner

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Haushaltsplan 2015/2016

Einzelplan 08 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 17/3566 mit 17/3570)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 17/3757 mit 17/3763)

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 17/3695 mit 17/3701)

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 17/3617 mit 17/3635)

Im Ältestenrat wurde für die gemeinsame Aussprache eine Gesamtredezeit von einer Stunde und 30 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 25 Minuten, auf die SPD-Fraktion 16 Minuten und auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN jeweils 12 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 25 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert. Bevor ich die Aussprache eröffne, möchte ich darauf hinweisen, dass zum Änderungsantrag auf Drucksache 17/3698 namentliche Abstimmung beantragt worden ist.

Erster Redner ist der Kollege Rudrof. Ich bitte ihn zum Rednerpult. Die Aussprache ist hiermit eröffnet.

Heinrich Rudrof (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wie Sie wohl alle wissen, ist das Leitbild unserer bayerischen Agrarpolitik eine flächendeckende Landwirtschaft durch möglichst viele bäuerliche Familienbetriebe. Wir freuen uns deshalb sehr, dass der Agrarbericht 2014 ergeben hat, dass der Strukturwandel - -

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich bitte um etwas Aufmerksamkeit.

Heinrich Rudrof (CSU): Der Agrarbericht 2014 hat ergeben, dass der Strukturwandel in der bayerischen Landwirtschaft so gering ist wie seit Langem nicht mehr; die Quote der jährlichen Betriebsaufgaben hat sich in den vergangenen zehn Jahren von 3 % auf 1,5 % halbiert. Meine sehr verehrten Damen und Herren, 2013 gab es knapp 112.000 landwirtschaftliche Betriebe in Bayern. Damit steht nach wie vor jeder dritte deutsche Bauernhof in Bayern. Das macht die Landwirtschaft und die Forstwirtschaft zu ganz gewichtigen Wirtschaftsfaktoren in unserem Land. Jeder siebte Arbeitsplatz in Bayern hängt direkt oder indirekt mit der Land- und Forstwirtschaft zusammen. Die hier erzielten Umsätze von 153 Milliarden Euro machen fast 15 % der Gesamtumsätze der bayerischen Wirtschaft aus. Die Vielfalt der landwirtschaftlichen Betriebe in Bayern ist ein Reichtum, den es zu sichern und zu nutzen gilt. Dieser Ansatz zeigt sich auch schon in der Ausgestaltung des heute zur Beratung stehenden Haushalts der Landwirtschaftsförderung.

Ich komme zu den Eckdaten. Das gesamte Ausgabenvolumen des Einzelplans 08 beträgt im Jahr 2015 rund 1,33 Milliarden Euro, im Jahr 2016 rund 1,32 Milliarden Euro. Das bedeutet im Jahr 2015 eine Steigerung gegenüber dem Nachtragshaushalt 2014 um 30,8 Millionen Euro bzw. 2,4 % und im Jahr 2016 um rund 25,4 Millionen Euro bzw. 2,0 %. Dazu kommen rund 1,1 Milliarden Euro aus Direktzahlungen der Europäischen Union, die im Einzelplan 08 nicht veranschlagt sind, von der Verwaltung aber abgewickelt werden müssen und deswegen auch hier besondere Erwähnung finden sollten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Schwerpunkt im neuen Doppelhaushalt 2015/2016 liegt ganz eindeutig auf der Umsetzung der neuen Programmplanung zum Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums – ELER – für die Förderperiode 2014 bis 2020. Das ELER-Programm ist mit einem Volu-

men von über 500 Millionen Euro an Mitteln des Landes, der Europäischen Union und der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" – GAK – das wesentliche Kernstück des Landwirtschaftshaushalts. Es umfasst folgende Einzelprogramme mit einem jeweils hohen Fördervolumen pro Jahr; ich trage sie in aller Kürze vor: das Kulturlandschaftsprogramm mit rund 190 Millionen Euro, die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete mit rund 111 Millionen Euro, die einzelbetriebliche Investitionsförderung mit rund 81 Millionen Euro, die Marktstrukturverbesserung mit rund 13 Millionen Euro und die Programme der ländlichen Entwicklung zur Flurneuordnung und Dorferneuerung und das LEADER-Programm mit insgesamt rund 100 Millionen Euro.

So erfreulich all das ist, so bedauerlich ist gleichzeitig, dass wegen der Neugestaltung der gemeinsamen Agrarpolitik für die Förderperiode 2014 bis 2020 rund 8,5 % weniger an EU-Mitteln zu uns nach Bayern fließen. Daher ist für die ausfallenden EU-Mittel ein Ausgleich aus Landesmitteln vorgesehen, der 24 Millionen Euro im Jahr 2015 und 20 Millionen Euro im Jahr 2016 betragen soll. Dies ergibt zusammen 44 Millionen Euro. Damit können die Einbußen auf EU-Ebene weitgehend kompensiert und das Zuwendungsniveau insgesamt stabilisiert werden. Das ist ein finanzieller Kraftakt, meine sehr verehrten Damen und Herren, der seinesgleichen sucht. Nennen Sie mir ein Bundesland, das für seine Landwirte eine solche Leistung bringt.

(Beifall bei der CSU)

Ich kann eigentlich nur sagen: Wir wissen nicht nur, was wir an unserem Bauern haben, sondern wir wissen auch, was wir ihnen schulden.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, wer sich mit dem Haushalt des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten beschäftigt, weiß, dass es schon bisher einen wirklich erheblichen Beitrag zum notwendigen Stellenabbau geleistet hat. Deshalb ist es sehr erfreulich, dass es seit Langem erstmals wieder möglich ist, in seinem Bereich neue Stellen zu schaffen. Die 18 neuen

Stellen werden für die Stärkung der Bildungsaufgaben ausgebracht. Zur Nachwuchssicherung werden 40 zusätzliche Stellen für Anwärter und Referendare geschaffen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein wichtiges Thema ist auch das Klimaschutzprogramm. Kollegin Angelika Schorer wird darauf näher eingehen. Ich möchte aber schon sagen, dass dadurch neue Projekte in den Bereichen Anpassung der Landwirtschaft und Anpassung der Wälder an den Klimawandel sowie der Bergwaldoffensive angegangen werden können. Ich freue mich auch sehr, dass die vor Kurzem veröffentlichte Dritte Bundeswaldinventur zu dem Ergebnis gekommen ist, dass die mit Waldbäumen bewachsene Fläche in Bayern in den vergangenen zehn Jahren um sage und schreibe 7.400 Hektar auf 2,6 Millionen Hektar zugenommen hat. Dafür möchte ich an dieser Stelle allen privaten und öffentlichen Waldbesitzern sehr, sehr herzlich danken.

Um unsere circa 700.000 Waldbesitzer noch besser bei ihren Aufgaben zu unterstützen, werden für die Stärkung der forstlichen Zusammenschlüsse als Selbsthilfeeinrichtungen der Waldbesitzer jährlich zusätzlich 2,2 Millionen Euro und somit insgesamt 5,5 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung gestellt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit werden auch die Aussagen des sogenannten Waldpaktes umgesetzt. Leider ist Ministerpräsident Seehofer heute nicht da. Ich kann nur sagen: Versprochen und Wort gehalten. Das kommt den forstlichen Zusammenschlüssen in Bayern sehr entgegen.

(Zuruf von der SPD: Mit Verzögerung eben!)

Die forstlichen Zusammenschlüsse müssen sich nämlich für die Zukunft viel breiter aufstellen als in der Vergangenheit.

Meine Damen und Herren, eine wichtige Aufgabe der Forstwirtschaft ist auch der Umbau unserer Wälder zu anpassungsfähigen und klimatoleranten Wäldern. Die bereits genannte Dritte Bundeswaldinventur hat gezeigt, dass wir auf einem wirklich guten Weg sind. Ich glaube, wir liegen richtig in der Spur. Überhaupt war die Dritte

Bundeswaldinventur eine eindrucksvolle Bestätigung dafür, dass wir mit unserer Wald- und Forstwirtschaft auf dem richtigen Weg sind. Im neuen Doppelhaushalt sind für den Waldumbau deshalb auch zusätzlich insgesamt 1,6 Millionen Euro bereitgestellt.

Ein Highlight im wahrsten Sinne des Wortes wird der neue Baumwipfelpfad in Ebrach sein, der seinen hoffentlich zahlreichen Besucherinnen und Besuchern die Verbindung von Waldpädagogik, Erholung und Erlebnis ermöglichen wird. Meine sehr verehrten Damen und Herren, warum gerade die GRÜNEN den Baumwipfelpfad im Haushaltsausschuss verhindern wollten, erschließt sich mir nicht. Ich darf Ihnen sagen: Damit sind Sie in der Region nicht gut angekommen, auch was die Stimmenthaltung der SPD und der FREIEN WÄHLER betrifft. Meine sehr verehrten Damen und Herren, der neue Baumwipfelpfad – das möchte ich schon sagen – in Ebrach soll das Steigerwaldzentrum im benachbarten Handthal ergänzen, das ein wohl bundesweit einzigartiges Vorzeigeprojekt in Sachen nachhaltige Waldbewirtschaftung ist. Man kann es nicht oft genug sagen: Nachhaltige Forstwirtschaft und Holznutzung birgt und bringt unschlagbare Vorteile für Wertschöpfung, Biodiversität und Klimaschutz.

(Beifall bei der CSU)

Sie werden mit uns nicht übereinstimmen, aber ich bin überzeugt: Das ist der richtige Weg, weil wir nicht die Maximierung eines Nutzens, sondern die Optimierung des Gesamtnutzens aus dem Wald im Auge behalten. Wir schaffen dadurch im Steigerwald ein attraktives Informations- und Erlebniszentrum, das mit spannenden Angeboten den Wert von Wald- und Forstwirtschaft vermittelt und darüber hinaus wichtige Entwicklungsimpulse für diese sehr schöne, aber leider auch verhältnismäßig strukturschwache Region leistet.

Ich möchte noch etwas zu den Bauvorhaben erwähnen. Zu unserem bundesweit vorbildlichen Sonderinvestitionsprogramm "Bayern Barrierefrei 2023" leistet natürlich auch der Einzelplan 08 einen angemessenen Beitrag. Der Schwerpunkt der Baumaßnahmen liegt auf der Errichtung von grünen Zentren. Hierfür sind der Neubau bzw. die

Sanierung der Amtsgebäude in Kaufbeuren, Landshut, Ansbach und Regensburg geplant.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Abschluss möchte ich noch Anträge nennen, mit denen wir von der CSU-Landtagsfraktion für das Jahr 2015 noch gezielte Verbesserungen in Höhe von insgesamt rund 2,6 Millionen Euro vornehmen möchten. Es handelt sich einmal um 380.000 Euro zusätzlich für die Bildungszentren im ländlichen Raum und die Landjugendorganisationen, die, wie ich meine, eine sehr gute, eine ausgezeichnete Arbeit für die jungen Menschen im ländlichen Raum leisten.

(Beifall bei der CSU)

Es handelt sich um 500.000 Euro für die Förderung des Wein-Tourismus in Bayern – ich sage ganz bewusst: nicht nur in Franken, sondern in ganz Bayern – und um 500.000 Euro für das Aktionsjahr zum Waldnaturschutz. Angesichts des Aktionsjahres 2015 bietet sich, wie ich glaube, die Chance, deutlich zu machen, wie wichtig Waldnaturschutz ist, aber auch deutlich zu machen, was schon heute in puncto Waldnaturschutz quer über alle Waldbesitzarten geleistet wird. Ich glaube, unser Motto: Schützen und Nutzen auf ganzer Fläche anstelle weiterer Großschutzgebiete ist ganz richtig und kommt draußen bei der Mehrheit der Bevölkerung auch an.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, 250.000 Euro sind für die Landesjagdschule in Wunsiedel angedacht, 950.000 Euro für das Lehr- und Versuchszentrum für Geflügelhaltung in Kitzingen zum Bau eines Niedrigenergiegeflügelstalls mit besonders tierfreundlichen Haltungsverfahren.

Besonderer Dank in diesem Zusammenhang gilt dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, meinem Kollegen Peter Winter, und der Vorsitzenden des Agrarausschusses, Kollegin Angelika Schorer, für ihr engagiertes Eintreten in diesem Zusammenhang.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist mir auch ein besonderes Anliegen, mich abschließend auch im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen von der CSU-Landtagsfraktion bei allen Beschäftigten des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, an der Spitze bei unserem Staatsminister Helmut Brunner, und dessen nachgeordneten Behörden sehr, sehr herzlich für ihr großes Engagement zu bedanken.

Zusammengefasst: Die Bereiche Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sind für die kommenden beiden Jahre finanziell sehr gut ausgestattet, und zwar so, dass gute Politik weiterhin gut umgesetzt werden kann.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. - Ich bitte jetzt den Kollegen Strobl. - Bevor Kollege Strobl ans Rednerpult geht, gebe ich bekannt, dass für die Endabstimmung des Einzelplans 08 ebenfalls namentliche Abstimmung durch die CSU beantragt worden ist.

Reinhold Strobl (SPD): Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn unser Land heute weitgehend industrialisiert ist, so hat doch die Landwirtschaft bei uns in Bayern eine wichtige und weitreichende Bedeutung. Ich brauche wohl nicht zu betonen, wie wichtig gute und gesunde Lebensmittel für uns sind.

Leider nimmt in vielen Bereichen die Entfremdung zwischen Bevölkerung und Landwirtschaft bedrohlich zu. Dabei steht fest: Nur aufgeklärte und mündige Konsumenten werden künftig die hochwertigen Nahrungsmittel aus der Region schätzen.

(Beifall bei der SPD)

Das Wohl der Tiere – damit hat sich ein Antrag unsererseits befasst – muss uns ein Anliegen sein. Unser Antrag hinsichtlich Tierwohl-Stallungen wurde im Ausschuss abgelehnt. Einerseits werden Forschungsprojekte abgelehnt, andererseits jammert man, wenn man keine praktikablen Lösungen hat.

Herr Minister, Sie wollen Bayern zum Agrarland Nummer 1 in allen Bereichen in Deutschland machen. Dann sollten Sie die Forschungsausgaben ebenfalls an die bundesweite Spitze rücken. Es darf nicht nur um Pressebilder gehen; wir müssen vielmehr die Akzeptanz der Tierhaltung erhalten beziehungsweise teilweise wieder schaffen im Sinne der bäuerlichen Landwirtschaft.

Der Wald ist wichtig wie eh und je. Wir wissen, dass es rund 100 Jahre dauert, bis ein Baum groß genug ist, um aus einem Stamm Balken, Bretter, Möbel und andere Holz-erzeugnisse herstellen zu können. Investitionen in den Wald sind immer langfristig und zahlen sich oft erst für die übernächste Generation aus. Es darf nicht übersehen werden, dass der erwirtschaftete Gewinn der Staatsforsten auf die gute Arbeit der über 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zurückzuführen ist. Wie wäre es damit, die gute Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr zu würdigen? - Es kann doch nicht sein, dass der Dank so aussieht, dass der Personalbestand weiter reduziert wird.

(Beifall bei der SPD)

Ohne die Arbeit der Beschäftigten wäre im Wald nichts passiert, kein Baum gepflanzt und kein Stamm gefällt worden. Sie können nicht weiter belastet werden.

Unser Arbeitskreis für Landwirtschaft und Forsten hat sich mit dieser Problematik beschäftigt und in einem Antrag herausgestellt, dass eine Entfristung der Stellen zum 1. Januar 2015 angesichts der wachsenden und dauerhaften Herausforderungen unabdingbar ist. Deshalb hatten wir verlangt, dass die Mittel in Höhe von 1,1 Millionen Euro zugunsten von Planstellen umzuschichten sind. Auf Ihrer Homepage, Herr Minister, ist Folgendes zu lesen:

Die Forstwirtschaft steht in den nächsten Jahrzehnten vor großen Herausforderungen. Eine der wichtigsten davon ist der Klimawandel. Nach dem einhelligen Schluss der Experten wird sich der Klimawandel vor allem auf den Wald gravierend auswirken.

Das zeigt, dass man sich der Brisanz des Themas bewusst ist. Wie kann es dann aber sein, dass man nur befristete Stellen schafft? - Die privaten Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer sind durch die immer größer werdenden Auswirkungen des Klimawandels auf die bayerischen Wälder verstärkt auf eine neutrale staatliche Beratung angewiesen. Die Beratung der Waldbesitzer wird derzeit hauptsächlich über Projekte und befristete Stellen sichergestellt. Hier besteht deshalb Handlungsbedarf.

(Beifall bei der SPD)

Ein anderes Thema ist das flächendeckende Ausbildungsangebot an den Landwirtschaftsschulen. Es hat sich bestens bewährt und sollte erhalten bleiben. Jedoch muss künftig sichergestellt werden, dass die Qualität an den Landwirtschaftsschulen bayernweit eine einheitliche und vor allem hochwertige Ausbildung der künftigen Betriebsleiterinnen und Betriebsleiter ermöglicht. Trotz Rückgang der Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Bayern nimmt die Anzahl der Studierenden an agrarwirtschaftlichen Fachschulen weiter zu. Trotz der steigenden Nachfrage kommt es aufgrund von Lehrermangel immer öfter zu Unterrichtsausfällen mit teilweise miserablen Alternativangeboten. Offizielle seriöse Aussagen zum Unterrichtsausfall gibt es von Ihrem Haus aber nicht. Die Schülerzahlen in den "grünen Berufen" steigen erfreulicherweise. Angesichts einer Rate von 37 % im Bereich der gesicherten Hofnachfolge ist das auch äußerst wichtig. Aber das bedeutet auch, dass wir mehr Lehrkräfte benötigen. Hier gilt es, zu handeln.

Zum Schluss sei mir noch erlaubt, darauf hinzuweisen, dass die Landwirtschaft ein elementarer Bestandteil der bayerischen Wirtschaft und Garant für viele Arbeitsplätze insbesondere im ländlichen Raum ist. Unser Arbeitskreis hat dies mit seinen Anträgen deutlich gemacht.

Herr Minister, Sie haben unsere Unterstützung, wenn es um die Landwirtschaft geht; aber Sie müssen Ihrer Fraktion einmal klarmachen, dass sie dann unsere Anträge un-

terstützt. Wir würden das gerne machen, aber sagen Sie das bitte einmal Ihrer Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Vielen Dank. Ich bitte nun den Kollegen Dr. Herz zum Rednerpult.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Herr Minister Brunner, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte eingangs gleich auf die wichtigen Argumente meines Vorredners eingehen. Es ist sicher ein Problem mit den Anträgen in den Ausschüssen. Mir geht es auch oft so, dass Anträge abgelehnt werden, die nach einiger Zeit wortgleich – das ist auch schon vorgekommen – von der anderen Seite wieder vorgelegt werden. Vielleicht sollte die große Fraktion einmal darüber nachdenken, ob das zielführend ist. Man kann schon eine gewisse Macht demonstrieren, aber nicht auf Dauer. In der Kommunalpolitik gibt es wesentlich mehr Zusammenarbeit. Das würde ich mir auch in den Ausschüssen wünschen. Zum Beispiel wurde neulich im Agrarausschuss an wenigen Worten herumgefeilt. Das hat Reinhold Strobl wahrscheinlich gemeint; denn es wurde ihm sicherlich berichtet. Das ist sicher nicht zielführend. Das ist eine grundsätzliche Sache, sich das durch den Kopf gehen zu lassen und im kleinen Kreis darüber zu reden. Es wäre sehr zielführend. Wir von der Opposition kommen alle nicht aus Wolkenkuckucksheim, sondern haben auch große Erfahrung im Umgang mit und im Betrieb von landwirtschaftlichen Unternehmen. Ich möchte auf die Argumente von Kollegen Heinrich Rudrof im Laufe meiner Rede eingehen.

Zunächst, Herr Minister Brunner, ist erfreulich, dass wir im Doppelhaushalt 2015/2016 gegenüber 2013/2014 mehr Geld zur Verfügung haben. Das ist sehr erfreulich. Wir haben über 490 Millionen Euro. 2015 haben wir gegenüber 2014 eine Steigerung von 2,2 %, 2016 sind es immerhin noch 1,9 %. Das klingt zunächst ganz gut. Man muss aber eines bedenken, und das wird von Ihrer Seite immer betont: Wir stehen hinter den Landwirten. Wir sind die, die euch vertreten. – Dann, muss ich aber ganz kritisch

anmahnen, kann es nicht sein, dass im langfristigen Vergleich, wenn ich zehn Jahre zurückgehe, der jährliche Anteil der Landwirtschaft am Gesamthaushalt immer mehr abnimmt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das müssen wir ganz klar in Relation setzen. Wenn mir jemand wichtig ist, wenn ich sage, ich stütze euch, muss man das auch dokumentieren, indem man mit Blick auf die Ausgaben mit dem Haushaltsansatz mithält. Hier fehlt es; das muss ich sehr kritisch anmerken. Es ist ein Trend, der den Landwirten nicht unbedingt zeigt: Wir brauchen euch, ihr seid zukunftsfähig und wichtig.

Beide Vorredner haben erwähnt, dass gerade die Landwirtschaft für die Energiesicherung eine wichtige Rolle spielt. Das sollte man nicht hintanstellen. Da brauchen wir zukünftig noch mehr Investitionen. Da sollte man auch Zeichen setzen, und die fehlen hier eindeutig.

Aufgrund der Kürze der Zeit will ich hier nur einige Details besprechen, aber es sind aus unserer Sicht, der Sicht der FREIEN WÄHLER, wichtige Details. Ich beginne meine Aufzählung mit Dingen, die sehr akut sind. In diesem Haushalt sind sehr viele Themen berücksichtigt, zum Beispiel hat auch die Alm-/Alpwirtschaft Förderungen erhalten. Wir haben aber immer wieder das Problem, dass das Geld teilweise nicht bei den aktiven Bewirtschaftern ankommt. Wir müssen versuchen, das vielleicht einmal zu regeln.

Ich nenne einzelne wichtige Detailprobleme aufgrund der Aktualität. Wenig bis nichts ist vorgesehen zu den Stichworten Düngeverordnung und EU-Nitratrichtlinie. Jetzt kann man fragen: Was interessiert uns das hier? - Das interessiert uns sehr, weil wir gerade hier in Bayern große Probleme haben, wie die EU festgestellt hat. Wir haben den Antrag gestellt, das regional unterschiedlich zu behandeln. Die Mehrheit war der Meinung, Deutschland und Bayern sollten nicht einbezogen werden, wir bleiben bei einer einheitlichen Linie. Darüber kann man streiten. Auf jeden Fall wäre das eine

Möglichkeit, das detailliert aufzudröseln. Ministerpräsident Seehofer hat kürzlich bei den Landwirten in Herrsching geäußert, der Versuch, Güllegruben chemischen Anlagen gleichzusetzen, sei anscheinend vom Tisch. Er sagte, die EU-Anforderungen seien so hoch und so scharf, dass wir da möglicherweise nicht viel machen können. Aber das müssen Sie sich einmal vorstellen: Wenn das so umgesetzt wird wie jetzt geplant, dann bekommen wir einen Strukturwandel, wie Sie ihn sich in Bayern bisher nicht haben vorstellen können. Wir sollten sicherlich auch Gelder vorsehen, damit wir hierzu Detaillösungen einbringen können. In der Kürze der Zeit können wir das nicht erörtern; das soll aber ein wichtiger Hinweis sein.

Der nächste Punkt: Kürzlich haben wir über die Hochwassersituation diskutiert, die immer wieder einmal eintreten kann und leider Gottes vielleicht auch eintritt. Ein Beispiel ist der Riedstrom an der Donau. Auch hierzu haben Sie flexible Lösungen abgelehnt, flexible Entschädigungen für die Landwirte. Das kann es aber nicht sein. Wir haben an der Donau und in ganz Bayern mehrere solcher Gebiete, die auch zukünftig Probleme bereiten werden. Hierfür brauchen wir individuelle Lösungen, die für die Flächenbesitzer Entschädigungen vorsehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir brauchen Entschädigungszahlungen, die im Haushalt stehen. Auch das fehlt.

Kommen wir zur Ausbildung. Es ist ein offenes Geheimnis: Wir haben in der Landwirtschaft wieder mehr Auszubildende. Das ist sehr positiv, und wir sollten das unterstützen. Heinrich Rudrof hat gerade erwähnt, dass wir 40 neue Anwärterstellen besetzen und 18 zusätzliche Planstellen. Das ist sehr positiv, aber insgesamt sicher noch zu wenig, vor allem auch vor dem Hintergrund – damit komme ich jetzt wieder zur Düngeverordnung –, dass wir zukünftig einen steigenden Beratungsbedarf haben werden. Wir werden das Ganze nicht mit dem bisherigen Personalbestand bewältigen können. Gerade zur Düngeverordnung brauchen wir ganz sicher neue Erklärungen. Wir müssen den Landwirten sagen, wie wir es denn machen wollen, wenn wir die Verordnung

umsetzen. Außerdem höre ich immer wieder, dass bei den Unterrichtsstunden an den Landwirtschaftsämtern ein Fehlbedarf ist, dass Stunden ausfallen. Da haben wir eindeutig mehr Bedarf, vor allem deshalb, weil die Problematik insgesamt zunimmt. Anscheinend schaut die Gesellschaft immer genauer hin.

Weil wir jetzt den Etat für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten beraten, muss ich dazu sagen: Auch im Forstbereich sollten wir das noch einmal überdenken, die beschlossene Kürzung der Stellen bis 2019 führt zunehmend zu Problemen. Das sagen nicht nur die Landwirtschaftsämter, sondern auch Waldbesitzervereinigungen und Forstbetriebsgemeinschaften.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die sagen: Ihr könnt da schon kürzen, aber wir müssen die Dinge dann übernehmen, die der Staat nicht mehr leisten kann und will.

Auch Ernährung ist hier ein Thema. Damit komme ich zu den befristeten und unbefristeten Stellen. Das können wir so nicht weiterführen. In der Stoiber-Ära war ja einmal diese Kürzungswelle angesagt; da hat man viele gut ausgebildete Ökotrophologinnen von heute auf morgen auf die Straße geschickt. Dass wir jetzt wieder einige eingestellt haben, ist sehr gut; aber es sind befristete Stellen. Die müssen wir entfristen; denn wir haben zunehmend Adipositasprobleme und Probleme bei der Kinderernährung. Wir müssen in der Ernährungsberatung wieder mehr unbefristete Stellen einführen. Mit befristeten Stellen ist das Thema nicht gelöst. Da müssen wir weiter blicken.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Unbefristete Stellen sind ebenso wichtig in der Land- und Forstwirtschaftsverwaltung, die ich eben genannt habe. Da muss es auch ein Stück Planungssicherheit geben.

Es gibt noch etwas, was wir fordern. Glücklicherweise haben wir damit momentan zwar keine Probleme, aber es werden wieder Futtermittelskandale kommen – manchmal kann man sie auch herbeizitiern. Wir haben es erst neulich wieder gelesen. Das

kommt in der Presse immer wieder einmal vor. Sie werden jetzt wahrscheinlich sagen: Das bedingt mehr Bürokratie. Das kann sein. Ich kann mich aber noch gut daran erinnern, wie groß der Aufschrei beim letzten Lebensmittelskandal war. Da sollte man rechtzeitig vorher handeln und etwas vorsehen.

Ich komme zum Stichwort Wald. Sehr geehrter Herr Minister Helmut Brunner, noch einmal herzlichen Dank dafür, dass die Bergwaldoffensive zumindest auf dem Papier fortgeführt wird. Wenn ich aber im Detail in die Praxis schaue – ich war neulich in einem betroffenen Landkreis; Sie kennen das sicher: Stichwort Rottachberg –, stelle ich fest, dass mir auch Leute, die Ihrer Partei angehören, mit Besorgnis mitteilen, dass nicht sicher sei, ob man dieses große Projekt in Angriff nehmen solle, wenn das so weiterlaufe. Das will ich hier noch einmal betonen, damit keiner sagt: Wir wussten das ja nicht. Wenn wir Projekte anstoßen und den Leuten diese Möglichkeit bieten, müssen wir natürlich auch dafür sorgen, dass sie das Geld rechtzeitig zur Verfügung haben. Die Leute beim Staat müssen auch wissen, ob die Anstellung sicher ist. Die wollen ja auch etwas tun. Es muss also langfristig gedacht und gehandelt werden. – Das waren jetzt einige wichtige Dinge.

Zum Schluss noch zwei wichtige Bereiche in aller Kürze. Der Kormoran ist nach wie vor ein Thema. Wir haben hier in Bayern jetzt zwei Kormoranbeauftragte gehabt. Im Aischgrund hat sich das sehr gut bewährt. Da müssen wir am Ball bleiben; denn das Problem ist nach wie vor vorhanden. Wir sollten diese Aktivität bayernweit ausdehnen. Wir sollten auch schauen, dass dieses Tier nicht unbedingt wieder einmal zum Vogel des Jahres gewählt wird. Das sind ja auch falsche psychologische Zeichen.

(Beifall des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Das Zweite: Die Biberproblematik nimmt immer mehr zu. Ich bekomme wöchentlich mehrere Mails, die sagen: Das kann nicht sein. Nachdem der Biber 1996 offiziell wieder eingeführt wurde, haben wir in Bayern inzwischen 20.000 solcher Tiere. Da kann keiner sagen, sie seien vom Aussterben bedroht. Es gibt Probleme überall. Im letzten

Jahr haben wir 75 % davon noch ausgleichen können. Ich kenne aber sehr viele Waldbesitzer, die mir sagen: Ich will keine Entschädigung, sondern ich will einen Wald.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wenn das Tier nämlich kommt und den Wald bearbeitet – natürlich, eine Biberfamilie will sich entwickeln –, sieht der Waldbesitzer nur Schäden.

(Zuruf der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer (CSU))

Da müssen wir Gelder vorsehen, langfristig denken und das Ganze fortführen.

Zum Schluss noch zwei Anmerkungen, zum einen zu Heinrich Rudrof und der Sache mit dem Steigerwald. Da müssen wir schnellstens schauen, dass wir dort nicht ein Weltnaturerbe bekommen, sondern maximal ein Weltkulturerbe; denn sonst können wir diese Landschaft ebenfalls einmotten. Dann können wir sagen: Überlassen wir sie der Natur.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und des Staatssekretärs Gerhard Eck)

Da müssen wir ganz besonders aufpassen.

Ich komme zum Schluss. Weil der Kollege sagte, wir müssten schauen, dass die kleinstrukturierte Landwirtschaft erhalten bleibt, sage ich: Darüber müssen wir im Ausschuss noch einmal reden. Wie sieht es mit der Hofabgabeklausel aus? Bei dieser Rente werden Landwirte auf Dauer nicht gezielt ins Altersheim gehen können. Wir kennen die Beträge. Da müssen wir sagen: Wenn es so bleibt, dann wird das unter Umständen sogar den Strukturwandel beschleunigen.

Das alles sind Themen, die noch einmal intensiv beraten werden müssen. Da müssen wir dann auch Mittel vorsehen.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Kommen Sie dann jetzt bitte zum Schluss.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Denn der Bund allein wird das mit 500 Millionen Euro auf Dauer nicht leisten können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Gisela Sengl. – Bitte schön.

Gisela Sengl (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Spät ist der Abend, und ich habe das Gefühl, das Plenum ist etwas müde, obwohl wir jetzt über ein so wichtiges Thema wie die Landwirtschaft sprechen. Es sind doch etwas wenig Zuhörer da, obwohl uns die Landwirtschaft alle betrifft. Wenn unsere Bauern und Bäuerinnen nichts mehr herstellen würden, hätten wir nichts mehr zu essen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Landwirtschaft in Deutschland und Bayern leidet unter einem immer schlechteren Image. Das haben inzwischen der Bauernverband und auch die Bayerische Jungbauernschaft bemerkt. Der Bauernverband hat einen Film herstellen lassen, um sein Image aufzupolieren. Dieser Film soll an Schulen gezeigt werden. Darüber hinaus wurde ein Arbeitskreis für eine bessere Öffentlichkeitsarbeit gegründet. Die Bayerische Jungbauernschaft hat einen Fotokalender mit dem Titel "Landwirtschaft hautnah" entwickelt.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN: Oh, Oh!)

Dieser Kalender zeigt junge Frauen, leicht bekleidet in Heu-romantischer Umgebung.

(Allgemeine Heiterkeit)

Der Vorsitzende der Jungbauernschaft wirbt mit folgenden Worten für den Kalender – das ist ein Originalzitat -:

Heuer

– gemeint ist 2015 –

wollten wir die Landwirtschaft ganz nahe an der Wirklichkeit zeigen und damit das Bild in den Medien und den in Köpfen der Menschen sanft verändern. ... Unser Kalender zeigt, wie wir sind und wie wir gesehen werden wollen.

Ich freue mich schon auf den Kalender, in dem junge fesche Bauernbuben zu sehen sind.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN)

Bevor man allerdings mit einer scheinbar landwirtschaftlichen Idylle hausieren geht, um die Verbraucher zu beruhigen, sollte man ehrlich sein und der Landwirtschaft, so wie sie heute stattfindet, ins Gesicht schauen und das Gleiche auch den Verbrauchern zugestehen. Abwehrhaltungen und Verdrängungen können nie zu einer Lösung beitragen.

Wir haben folgende Probleme: nitratbelastetes Grundwasser, Maismonokulturen, abnehmende Artenvielfalt, Biogasanlagen, die mit Speisekartoffeln beschickt werden, weil der Preis für Kartoffeln in den Keller gefallen ist, Kinder, die nicht wissen, dass Pommes aus Kartoffeln bestehen, bayerische Bauern, die ihre Rinder an einen amerikanischen Fast-Food-Konzern verkaufen müssen, weil sie keinen anderen Abnehmer mehr finden, Milch von Kühen, die mit einheimischen Eiweißpflanzen gefüttert werden, die als Molkepulver Jahre später beim chinesischen Verbraucher landet. Das sind unsere Probleme. Die lassen sich nicht mit einem Imagefilm lösen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Lösungsansatz wäre, die staatlichen Zuschüsse für Export und Vermarktung von Lebensmitteln zurückzufahren und noch mehr Geld, Kreativität und gezielte Beratung in die regionale Wertschöpfung der Landwirtschaft, in die regionale Erzeugung und

Vermarktung sowie die Verarbeitung zu stecken. Die staatlichen Zuschüsse sollten in Bereiche fließen, die Unterstützung brauchen und nicht in Bereiche, die sowieso gut laufen. Sie sollten in die Bereiche fließen, die die Gesellschaft als wichtig erachtet.

Die Nachfrage nach regionalen und ökologischen Produkten steigt und steigt; das Angebot sinkt und sinkt, es hinkt massiv hinterher. Diese Entwicklung hat der Bauernverband komplett verschlafen. Minister Brunner hat die Zeichen der Zeit erkannt. Wir müssen uns endlich davon verabschieden, das Heil in der Landwirtschaft allein in der Masse zu sehen. Die augenblickliche Entwicklung des Milchmarktes ist katastrophal. Die Talfahrt ist noch lange nicht beendet. Das zeigt uns, dass dieses System nicht unsere Rettung ist.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Frau Sengl, lassen Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Brendel-Fischer zu?

Gisela Sengl (GRÜNE): Nicht, wenn mir das von der Redezeit abgezogen wird.

(Heiterkeit)

Der Export läuft, und für manche Betriebe ist der Export auch der richtige Weg. Aber wenn wir unsere bayerische Kulturlandschaft erhalten wollen, müssen wir in der Erzeugung, der Verarbeitung und Vermarktung andere Wege gehen. Das ist für uns alle eine Herausforderung. Wir alle müssen die Lebensmittel mehr wertschätzen.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Die Verbände, insbesondere der Bauernverband, müssen anders beraten. Der Handel muss ordentliche Preise zahlen,

(Beifall bei den GRÜNEN)

und die landwirtschaftlichen Betriebe müssen bereit sein, anzuerkennen, dass es außer dem wirtschaftlichen Erfolg auch noch andere Kriterien gibt, die genauso wich-

tig sind. Ich meine die ökologischen und sozialen Kriterien. Die Politik muss dieses große Ziel vorgeben und die Landwirte auf ihrem Weg zu mehr Nachhaltigkeit unterstützen. Klima, Boden, Umweltschutz – das geht uns alle an!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unser grünes Ziel ist es, die bäuerliche mittelständische Landwirtschaft zu erhalten und zu fördern und damit auch das Lebensmittelhandwerk. Das nämlich erhält unsere Dörfer lebendig. Ich will nicht in einem Land leben, in dem Industriekonzerne meine Nahrung herstellen, in dem vier Konzerne diese Nahrung vertreiben und der Rest zum Bauernhofmuseum erklärt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE wollen lebendige Räume. Deshalb setzen wir uns für die regionale Wertschöpfung ein. Dörfer mit Bäckern, Metzgern, Landwirten, Bauernhöfen, Wirtshäusern und Schulen sind das bayerische Herz. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke, Frau Kollegin Sengl. Bleiben Sie bitte noch am Redepult. Wir haben eine Zwischenbemerkung von Frau Brendel-Fischer. - Bitte sehr, Frau Kollegin.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Frau Sengl, Sie haben gerade vom Bauernhofmuseum gesprochen. Wenn man Ihre Wünsche und Vorstellungen umsetzen würde, wäre bald ganz Bayern ein Bauernhofmuseum; denn wir könnten dann keine Betriebe mehr erhalten. Sie wissen genau, dass wir heutzutage moderne Unternehmer haben, die nachhaltig arbeiten und versuchen, Ökonomie und Ökologie in Einklang zu bringen.

Unser Grundwasser hat übrigens schon schlechtere Zeiten hinter sich. Machen Sie sich doch einmal bei den Wasserwirtschaftsämtern schlau. Es ist nicht alles so schlecht, wie Sie es hier darstellen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den GRÜNEN: Doch!)

Die Vorstellungen, die Sie hier eben geäußert haben, haben mit dem Haushalt ohnehin wenig zu tun.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Ich habe überhaupt keine haushalterischen Aspekte in Ihrer Rede gehört. Diese Art von Agrarnostalgie, die Sie eben vorgeführt haben, können wir vergessen. Damit wird der Landwirtschaft in Bayern kein Dienst erwiesen.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön. – Bitte schön, Frau Sengl!

Gisela Sengl (GRÜNE): Ich glaube, ganz im Gegenteil, Frau Kollegin Brendel-Fischer, dass wir hier nicht von nostalgischer Landwirtschaft ausgehen müssen, sondern dass es die Zukunft der Landwirtschaft ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eigentlich wollte ich es nicht zitieren, aber jetzt tue ich es doch. Ich habe gefordert, dass der Handel ordentliche Preise zahlt. Das Gleiche habe ich bereits im Agrarausschuss dargelegt. Ich bin für gerechte Preise. Dann hört man immer: Wir sind nicht mehr im Kommunismus. – Das heißt, der Kapitalismus zahlt per se ungerechte Preise. Was sollte sonst die logische Folge sein?

(Zurufe von der CSU)

Der Verbraucher sucht händeringend nach Produkten, die in Bayern regional und womöglich auch noch ökologisch produziert werden. Solche Produkte aber findet er nicht.

(Unruhe – Zurufe)

Der Verbraucher ist damit angewiesen auf die berühmte ägyptische Frühkartoffel, die uns immer vorgehalten wird: Scheinbar bauen die bayerischen Bauern zu wenig Kartoffeln an. - Von den Hektarzahlen her könnten wir locker den Kartoffelbedarf aller Bayern decken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Sengl. – Unsere nächste Rednerin ist die Kollegin Angelika Schorer. Bitte schön.

Angelika Schorer (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt schon vieles gehört, und ich will noch auf einige Dinge eingehen. Die meisten meiner Vorredner haben bei mir den Eindruck erweckt, dass die Landwirtschaft unser Bayernland nicht nur in großem Maße prägt, sondern dass sie Bayern ausmacht und ein Kernstück unserer Heimat ist. Unser Haushalt steht unter dem Motto "Bewährtes bewahren, aber sich auch für Neues einsetzen und Mut für Neues haben."

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER) – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Dieses Motto ist unsere Vorstellung von Politik.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

- Ich habe Ihnen zugehört, und ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie auch meinen Ausführungen zuhören würden, Herr Kollege. Ich habe auch beim Kollegen Herz zugehört. – Der Doppelhaushalt 2015/16 zeigt ganz genau, dass wir Mut zu Neuem haben und auf viele Dinge eingehen, die auch die Fraktion der GRÜNEN angesprochen hat. Andere Länder in Deutschland und dortige Kolleginnen und Kollegen würden sich glücklich schätzen, wenn sie einen solchen Haushalt vorweisen könnten und solche Zahlen wie wir hätten.

(Beifall bei der CSU)

Der Kollege Herz hat angesprochen, es stehe nicht genügend Geld zur Verfügung. Aber man muss auch bedenken, wie die Anzahl der Betriebe zurückgegangen und der Haushalt stetig gestiegen ist. Wenn ich das Haushaltsvolumen in Relation zu der Zahl der Betriebe stelle, stelle ich fest: Wir sind stetig gewachsen und haben einen ganz tollen Haushalt. Es ist mir heute wichtig, das zu sagen.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, wir sind stolz darauf, dass wir familiengeführte Unternehmen haben, dass sie das Leben und hier eine große Bedeutung haben. Der Kollege Rudrof hat es heute schon erwähnt: Schauen Sie sich an, welche Bedeutung die Landwirtschaft in Bayern noch hat. 153 Milliarden Euro bedeuten 15 % der Umsätze der gesamten bayerischen Wirtschaft. Wir haben eine Bedeutung und müssen uns dessen auch bewusst sein. Es gilt, das nicht nur schlechtzureden, sondern diese Bedeutung und die Belebung für den Wirtschaftsraum Bayern insgesamt deutlich zu machen. Wir sind in der Landwirtschaft in Regionen tätig, wo man nicht alle sonstigen Wirtschaftsräume aufbauen kann. Wir sind in der Region insgesamt sehr verzahnt. Wir zeigen mit unserer Agrarpolitik auch die Vielfalt auf, die hier insgesamt herrscht. Wir setzen uns nach wie vor, auch wenn das vorher als Kritik kam, für unsere Vollerwerbsbetriebe, für unsere Zuerwerbsbetriebe und für unsere Nebenerwerbsbetriebe ein.

Wir haben vor Kurzem in unserem Ausschuss darüber diskutiert, wie die Gesamtbilanz aussieht. Wir haben die Agrarstrukturen gesehen. Wir hatten in den letzten Jahren eine Abnahme der Betriebe um nur 1,5 %. Das zeigt, dass wir mit unserer Agrarpolitik nicht falsch liegen, sondern dass wir unsere Betriebe in ihrer Vielfalt unterstützen. Ich denke an die Regionen, in denen wir wirklich hervorragende Bereiche haben, jetzt nehme ich einmal die Milchwirtschaft und die Almwirtschaft in Oberbayern und Schwaben oder auch die Teichwirtschaft, den Weinbau, den Obstbau am Bodensee und viele andere Regionen. Diese Vielfalt gilt es nicht nur zu halten, sondern wir müssen

daran arbeiten. Das zeigt unser Haushalt ganz deutlich. Der Kollege Rudrof ist intensiv darauf eingegangen.

Das Thema Wald spielt nicht nur eine große Rolle in Bayern, sondern wir stehen in dessen Bewirtschaftung an der Spitze aller Bundesländer. Das zeigt auch, wie einzigartig und attraktiv unsere Landwirtschaft insgesamt ist. Vor Kurzem hat unser Staatsminister Markus Söder deutlich gemacht, dass der ländliche Raum die Seele Bayerns ist. Ich möchte das noch etwas ergänzen: Die Land- und Forstwirtschaft trägt dazu bei, dass der ländliche Raum eine Seele hat. Genau das bewirken unsere Landwirte und Landwirtinnen.

(Beifall bei der CSU)

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, es reicht nicht aus, gute Worte zu finden, sondern wir müssen die Leistungen honorieren. Wir haben es heute schon gehört: Wir wollen diese Leistungen auf vielfältige Weise honorieren und an die Regionen und Situationen angepasste Programme bieten, um die Sicherung der Ernährung und die Gestaltung und Pflege der Landschaft insgesamt auch im wirtschaftlichen Bereich zu unterstützen, vor allem, weil unsere Landwirte auch zur Kultur und zur Belebung des ländlichen Raums beitragen.

Ich greife noch einen Punkt heraus: Wir haben heute schon den Wirtschaftshaushalt gehört. Der Tourismus in der Landwirtschaft spielt nach wie vor in vielen Regionen Bayerns eine Rolle. Urlaub auf dem Bauernhof ist mittlerweile zum Erfolgsschlager geworden. Auch da tun wir viel in der Vermarktung und in der Unterstützung.

Ich denke, es ist heute wichtig zu erwähnen, wie es der Kollege schon getan hat: Wir machen nicht nur Versprechungen, sondern halten diese Versprechungen auch ein. Unsere Zusagen werden eingehalten. Wir sind das einzige Bundesland, das ganz deutlich gemacht hat, dass, wenn EU-Zahlungen nicht mehr kommen, diese im Doppelhaushalt aufgefangen werden. Zeigen Sie mir ein anderes Land, das das getan hat. Wenn man unsere Kolleginnen und Kollegen anschaut, die dazu gestanden und das

befürwortet haben, sehen Sie, dass Landwirtschaft in unserer Fraktion eine große Bedeutung hat.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, es wurde angesprochen: Es könnte beim Thema Gewässerschutz und bei vielen anderen Themen noch mehr getan werden. Aber wenn Sie unser neues KULAP anschauen und sehen, wie es ausgestattet ist, wird deutlich: Es ist ein beispielhaftes Projekt für alle anderen Bundesländer. Es zeigt auch deutlich, dass uns Gewässer- und Klimaschutz wichtig sind und dass die Biodiversität und vor allem der Ökolandbau hier Eingang finden. Auch des Themas Tierwohl nehmen wir uns nicht nur an, sondern es findet sich hier in vielen Maßnahmen wieder.

Ich bin sehr dankbar, dass wir im Ausschuss konstruktiv miteinander diskutiert haben. Der Kollege Herz hat es angesprochen: Er wäre sehr froh, wenn man manche Anträge unterstützt, aber, Herr Kollege Herz, wenn sie gut sind, stimmen wir zu. Wir haben auch einstimmige Beschlüsse. Es gibt sogar interfraktionelle Anträge. Ich denke, wir können uns miteinander bemühen; dann können wir noch öfter zustimmen. Auf diesem Weg sollten wir auch im Landwirtschaftsausschuss weitergehen.

Lassen Sie mich zum Thema KULAP noch etwas erwähnen: Hier findet sich wieder, dass man artenreiches Grünland, Blühflächen, Streuobst sowie Lebensräume für Wildtiere und Bienen noch mehr fördert und Unterstützung bietet, aber auch das Thema Gewässer- und Erosionsschutz streift. Jetzt nehme ich noch einmal etwas heraus: Die benachteiligten Regionen werden insgesamt unterstützt. Aber es ist uns wichtig, dass wir hier keine verpflichtenden Maßnahmen haben, sondern dass nach wie vor der Grundsatz von Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht gilt. Ich glaube, das zeichnet uns aus. Wenn man sieht, wie die Maßnahmen angenommen werden, wissen wir, wir sind hier mit Sicherheit nicht nur auf einem guten Weg, sondern das ist der Weg auch für die Zukunft. Dazu stehen wir ganz klar.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch unser Klimaschutzprogramm, das zu Teilen im bayerischen Landwirtschaftshaushalt verankert ist, erwähnen. Es ist uns wichtig, dass es in der gleichen Höhe fortgeführt wird und dass es stabil bleibt. Es sind rund zwölf Millionen Euro jährlich. Das heißt aber, dass wir hier zukünftig Verpflichtungsermächtigungen offen haben. In der Diskussion, in deren Rahmen wir auch eine Anhörung zu diesem Thema haben, zu dem natürlich auch die Bergwaldoffensive gehört, werden wir sicherlich noch intensiver darüber sprechen, wie man die Berg- und Schutzwälder noch mehr stärken und hier weitermachen kann.

Sehr geehrte Kollegin Sengl, mir ist das heute wichtig. Wir haben sehr intensiv darüber diskutiert, wie wir den Ökolandbau stärken können. Hier gilt unserem Minister ein großer Dank für seinen Einsatz, da er vielen Erfordernissen nicht nur Rechnung getragen hat, sondern auch gegenüber anderen Ländern weit vorangegangen ist.

(Beifall bei der CSU)

- Ich denke schon, dass das einen Applaus notwendig macht und wert ist. Danke schön dafür. – Sie müssen sich anschauen, wie das andere Länder ausgestaltet haben. Uns ist es wichtig, das nicht nur in einer Fördermaßnahme wiederzufinden. Bildung, Beratung, Förderung, Vermarktung und Forschung sind wesentlich. Das habe ich im Ausschuss immer deutlich gemacht. Ein Bündel von Maßnahmen wird zu mehr Ökolandwirtschaft führen. So werden wir auf dem Weg weitergehen. Lassen Sie mich anmerken: Ein Viertel – das muss man sich vorstellen – des KULAP-Programms ist für den ökologischen Landbau zur Verfügung gestellt. Das ist ein Meilenstein. Das heißt auch, dass wir hier eine große Kraftanstrengung vorgenommen haben und ökologisch erzeugte Lebensmittel wollen.

Ich denke, es ist wichtig zu sagen: Die konventionelle Landwirtschaft hat hervorragende Produkte und produziert regional. Auch die konventionelle Landwirtschaft muss man hervorheben. Auch auf sie legen wir natürlich einen großen Fokus. Ich denke, es ist auch wichtig, dass wir diesen Weg nicht nur gehen, sondern dass wir diese Vielfalt

in Bayern unterstützen. Das findet sich immer wieder in unseren Anträgen und in unserem Haushalt. Sie haben es erwähnt: Regionalität und eigene Initiativen, ich nehme einmal Stärkung und Verarbeitung. Wir haben das VuVregio-Programm noch einmal aufgestockt. Wir haben hier viele Bereiche nicht nur aufgestockt, sondern ausgebaut und viel dafür getan. Wir wollen die Produktion in Bayern für regionale Produkte nicht nur stärken. Das findet sich auch in unserem Haushalt. Wenn Sie unser einzelbetriebliches Förderprogramm anschauen, sehen Sie ganz genau, dass wir auf die Themen Umwelt, Ökologie und Tierwohl ganz großen Wert gelegt haben. Diese Maßnahmen werden in besonderem Maße, mit höheren Prozentzahlen und mehr Mitteln gefördert. Diese Maßnahmen liegen uns besonders am Herzen. Wir haben das deutlich gemacht und nicht nur davon geredet.

Nach wie vor ist es wichtig, dass wir in Bayern nicht nur einfach reden, sondern dass die benachteiligten Regionen nach wie vor in diesem Gesamtpaket enthalten sind. Wichtig ist, dass wir darauf den Fokus richten. Wenn Sie sich die Mittel anschauen – das können Sie im Haushalt nachlesen –, zeigt es sich ganz deutlich, dass unsere Wertschätzung dafür vorhanden ist, dass vor allem unsere Fraktion ganz besonderen Wert darauf legt und sich mit Nachdruck für diese Gebiete einsetzt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der Aus- und Fortbildung haben wir zusätzliche Stellen geschaffen. Wir haben uns hier eingebracht und für die Aus- und Fortbildung an unseren Landwirtschaftsschulen sehr viel getan. Auch die Ernährungsbildung liegt uns am Herzen und auch da haben wir gezeigt, was wichtig ist. Ich hoffe und wünsche, dass Sie unserem Haushalt nicht nur zustimmen, sondern dass wir weiterhin diese konstruktiven Diskussionen führen. Ich hoffe, dass wir für unsere hochwertigen Lebensmittel in Bayern nicht nur werben, sondern dass wir mit einer Stimme darüber sprechen, was unsere Bauern hier tun, welche hervorragende Arbeit unsere Bauern leisten, und dass vor allem die Ziele und Lösungsansätze für die Zukunft aus der Landwirtschaftspolitik in Bayern vorgegeben werden.

Auch in Zukunft wird es unser Bestreben sein, dass Eigentum nicht nur Last, sondern auch Freude bedeutet, wenn wir zielgenau unterstützen. Eigeninitiative und Verantwortung werden unsere Landwirte auch in Zukunft sicher übernehmen. Ich persönlich bin sehr dankbar dafür – die Kolleginnen und Kollegen, die mir das immer wieder sagen, werden es sicher auch sein -, dass unsere Landwirte für die Gesellschaft und für die Natur Verantwortung übernehmen und dass die Landwirtschaft in der Gesellschaft Akzeptanz findet.

Ich darf an dieser Stelle ein Dankeschön unserem Staatsminister Brunner sagen. Lieber Helmut, ich danke dir für dein großes Engagement, für deinen Einsatz und vor allem für die vielen Diskussionen, die wir führen durften und bei denen wir einen gemeinsamen Weg zu unserem Haushalt gefunden haben. Auch den Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss möchte ich für die Diskussionen, die sehr zielführend waren, danken. Ich hoffe, dass es auch weiterhin so sein wird. Packen wir es gemeinsam an. Zukunftsorientierte Debatten führen zu einer durchdachten Politik für die Landwirtschaft. Daran lassen Sie uns auch in der Zukunft arbeiten.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Schorer. Unser nächster Redner ist Herr Kollege Arnold.

Horst Arnold (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor wir über den Kuchen reden, der verteilt wird, müssen wir auch darüber sprechen, wer ihn herstellt. Natürlich wird es als Verdienst gepriesen, dass die Agrarministerkonferenz beispielsweise die ersten Hektar als förderwürdig anerkennt. Wir stellen aber fest, dass die Agrarministerkonferenz in der Mehrheit aus Vertretern von A-Ländern, also von SPD- und grün-regierten Ländern, besteht. Wenn diese nicht gewollt hätten, könnten wir uns über diese Vorteile gar nicht unterhalten. Deswegen an dieser Stelle Dank an die A-Länder dafür, dass sie uns diese Politik ermöglichen.

Herr Minister, bei vielen Projekten erfahren Sie unsere Unterstützung. Das hat auch die Vorrednerin schon gesagt. Es sind die konstruktiven Diskussionen, die von uns, der SPD-Fraktion, oftmals mehr geführt werden als von Ihrer eigenen Fraktion. Ich meine damit die Ökoproduktion, die Erschließung neuer Märkte und die Eiweißoffensive. Im Großen und Ganzen täuschen aber Performance, Publicity, Events und blumenumkränzte landwirtschaftliche Stilleben nicht über die tatsächlichen Probleme hinweg, so zum Beispiel über den Milchpreisverfall, der uns noch akut beschäftigen wird, über den existenzbedrohenden Preisverfall insbesondere bei der Schweinehaltung und – darauf komme ich heute noch besonders zu sprechen – über das Bienensterben.

In der Tat sind bäuerliche Familienbetriebe die Säule des ländlichen Raumes, Garanten regionaler Wertschöpfung und Bestandteil unserer Lebenskultur. Man kann es nicht oft genug sagen: Jeder siebte Arbeitsplatz in Bayern hängt mit der Landwirtschaft zusammen. Diese Ausrichtung prägt unsere Haushaltsanträge. Ihre Ausrichtung und die der CSU-Fraktion mit ihrem Selbstverständnis als quasi Exekutivorgan eines großen Interessenverbandes an der Max-Josef-Straße und der damit einhergehenden eingeschränkten Perspektivoptik ließ Sie brachial alle Anträge zum Haushalt, die wir gestellt haben, ablehnen. Das muss auch einmal gesagt werden.

Ich greife nur ein paar Punkte heraus. Die Eiweißoffensive: Selbstverständlich müssen wir von Sojaimporten aus Übersee unabhängig werden. Soweit EU-rechtlich genehmigt, sind diese Mittel auch gentechnisch behandelt. Das wollen wir alle nicht. Es bringt nichts, wenn wir von unserer Produktion die Extensivierung fordern, an anderer Stelle aber die Intensivierung von Flächen vorantreiben. Ihr Aktionsprogramm "Eiweißoffensive", Herr Brunner, wurde 2011 medienkongenial gestartet. 2011 wurden 775.000 Tonnen importiert, 2012 792.000 Tonnen und 2014 800.000 Tonnen. Herr Brunner, Sie haben dieses Programm zur Chefsache gemacht. Anhand der Zahlen Ihres Hauses und des von Ihnen gepriesenen Aufwandes ist diese Eiweißoffensive offensichtlich Chefsache für Importe. Das kann das Problem nicht lösen.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Forderung ist die Erhöhung der Forschungsmittel. Wir haben bei den Ackerbohnen einen Ertragsrückgang. Wir haben beantragt, insbesondere bei den Lupinen die Forschungsmittel zu erhöhen. Da geht es um sage und schreibe 100.000 Euro. Die Lupine ist eine klimatolerante Eiweißpflanze. Sie wird in Triesdorf beforscht. Das liegt in Mittelfranken. Fürwahr ist Franken anders geprägt, aber es ist keine Zweigstelle irgendwelcher sozialdemokratischer Institutionen. Gleichwohl, was muss man im Haushaltsausschuss hören? - Es seien genügend Mittel vorhanden, mit denen diese Forschung ausgestattet sei. Gehen Sie nach Triesdorf, unterhalten Sie sich mit den Verantwortlichen des Bezirks. Die sagen Ihnen, dass sie dringend Mittel brauchen. Sie benötigen diese Mittel auch. Nicht zuletzt deswegen haben wir diese Mittel beantragt. Es mag sein, dass es Ihnen der ministerielle Apparat so übermittelt hat. Seit dem 5. Dezember gilt – Sie waren selber dabei – das Wort des Herrn Ministerpräsidenten, der hoffentlich auf dem Weg der Genesung ist: Kein Minister darf sich hinter seinen Beamten verstecken. So hat er es gesagt. Nun nehmen Sie, Herr Staatsminister, zur Kenntnis: Es gibt für die Forschung in Ansbach einen Bedarf. Es besteht ein Bedarf in Höhe von mindestens 100.000 Euro. Sie haben diesen Bedarf negiert. Jetzt haben Sie vor der Abstimmung noch die Chance, Ihre Fraktion vom Gegenteil zu überzeugen. Bitte nehmen Sie diese Anregung auf.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer Punkt ist die Bienenforschung. Hier spielt alles ineinander, Wohlfühlerlebnis und Biodiversität. Die Förderquote für erforderliche Anschaffungen lag 2008, zu Beginn Ihrer Amtszeit, bei 30 %. 2014 ist die Förderquote bei 10 % der Anschaffungskosten angelangt. Unter Ihrer Ägide und Ihrer Verantwortung ging die Förderung um 20 % zurück. Der Winter wird insbesondere für die Bienen hart. Wir wissen, dass die Varroamilbe bei diesen Temperaturen zuschlägt. Ein weiteres Bienensterben wird Wehklagen – egal, ob schwarz, rot oder grün koloriert – hervorrufen. Das Wehklagen muss aber hier und heute einsetzen, denn wer 20 % dieser Förderung abbaut, erklärt

im Prinzip seine Bienenpolitik für insolvent. Da hilft es auch wenig, dass es seit 2005 10.000 Imker mehr gibt. 2005 haben wir in Bayern noch 270.000 Bienenvölker gehabt. 2011 waren es nur mehr 195.000 Völker. Wenn der Winter so zuschlägt, dann Gnade uns Gott. Diese Förderpolitik ist eine Konkurerklärung. Deswegen ist dieser Haushalt in diesem Punkt nicht akzeptabel.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben den Milchmarkt genannt. Ich möchte dieses Thema heute nicht vertiefen. Das ist ein Problem der Zukunft. Gleichwohl: Wo Milch ist, ist auch ein Rind. Bei den Rindfleischpreisen geht es darum, Verhältnisse zu schaffen und Möglichkeiten zu nutzen, die eine Vermarktung verbessern. Beim Rindfleisch liegt die Selbstversorgungsrate in Bayern bei 200 %. Das sind Ihre Zahlen. Der Konzern Nestlé erzielt mit Islamkonformen Lebensmitteln einen Gewinn von 4,6 Milliarden Euro. Türkische Einzelhändler erzielen damit einen Gewinn von 10 Milliarden Euro. Wir haben beantragt, einmal zu überlegen, ob ein Förderprogramm für sogenannte Halal-Produkte aufgelegt werden könnte, um diesen Markt für uns fruchtbar zu machen. Ich habe die Zahlen genannt. Die Chancen liegen förmlich auf den Straßen der Regionen in Bayern. Sie werden aber liegen gelassen.

(Beifall bei der SPD)

Tierschutzrechtliche Aspekte können dabei keine Rolle spielen; denn es gibt in Neuseeland, Österreich und Frankreich funktionierende Systeme. Wenn Bayern in diesem Bereich spitze sein will, sollten wir diese Systeme kopieren. Herr Brunner, Sie waren oft genug in Österreich und konnten sich davon überzeugen, dass das dortige System funktioniert. Das gilt für die Heumilch und auch für das Vertriebssystem beim Halal-Fleisch. Dort kommt man auf einen guten Nenner. Daran habe ich keinen Zweifel.

Insgesamt ist zu sagen, dass dieser Haushalt mit dem Kulturlandschaftsprogramm positive Ansätze hat. Das haben wir in den Ausschüssen auch immer wieder gesagt. Wir

sind zufrieden. Aber noch einmal: Die Mittel kommen auch deshalb, weil die A-Länder mitgespielt haben.

Wir sind auch mit Ihrem Ziel der Verdoppelung der Öko-Anbauflächen einverstanden. Dies muss jedoch mit entsprechenden Anträgen aus Ihrer Fraktion untermauert werden. Wir stellen fest, dass aus der CSU-Fraktion häufig Knüppel geworfen werden und vieles relativiert wird. Sie preschen voran und würden alleine dastehen, wenn Sie nicht uns, die Opposition insgesamt, hätten.

Herr Brunner, ich biete Ihnen weiterhin konstruktive Diskussionen an. Ich habe diese Einzelpunkte herausgestellt, weil sie als Kritikpunkte greifbar sind und aufzeigen, wo weitergearbeitet werden muss. Die SPD will den Agrarhaushalt für das schöne Bayernland nicht schlechtreden. Wir alle wollen auf einem hohen Niveau spielen. Dieses hohe Niveau muss jedoch stets verbessert werden. Die Wunden, in die ich gerade den Finger gelegt habe, sind offen und klaffen. Sie müssen diese Punkte bei Ihren Sonntagsausflügen, wenn Sie die Betriebe besuchen und mit den Imkern sprechen, berücksichtigen. Dort wird Ihnen das aufs Brot geschmiert. Sie kommen da nicht aus der Verantwortung heraus.

Wir sagen Ja zu einer weiteren konstruktiven Diskussion. Wir sagen aber Nein zu dem Haushalt, den Sie uns vorgelegt haben.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Arnold. Unser nächster Redner ist Herr Kollege Markus Ganserer. Er ist schon da. Bitte schön.

Markus Ganserer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Trotz aller Bemühungen hat sich die Anzahl der Schutzwaldflächen und der Umfang der Schutzwaldsanierungsflächen in den letzten Jahrzehnten deutlich erhöht. Dies hat verschiedene Ursachen. Dabei spielen zum Beispiel Stürme eine Rolle. Ich möchte die Leistungen der Forstverwaltung gar nicht in Abrede stellen. Ganz im Ge-

genteil: Unsere Försterinnen und Förster leisten draußen eine ungeheuer wichtige Arbeit für das Allgemeinwohl.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Mit dem Klimawandel werden jedoch die Extremereignisse weiter zunehmen. Die Bedeutung der Schutzfunktionen des Bergwaldes wird damit deutlich steigen. Deswegen müssen wir den Bergwald weiter fit halten. Wir müssen in den Bergwald und in den Schutz des Bergwaldes weiterhin investieren. Auch außerhalb des Bergwaldes, in allen anderen Landesteilen und den flachen Regionen, haben wir mit dem Umbau von anfälligen Fichten-Monokulturen hin zu stabilen Mischwäldern noch eine gewaltige Aufgabe vor uns, die unsere Försterinnen und Förster noch lange beschäftigen wird.

Diese Arbeit muss seit Jahren zunehmend von Menschen mit Zeitverträgen geleistet werden. Außerdem wird weiterhin Personal eingespart. Bei jedem anderen Unternehmen würden solche Geschäftspraktiken angeprangert. Für uns ist das absolut inakzeptabel. Die Arbeit ist da. Auch das Geld ist da, um die Arbeit zu bezahlen. Geben Sie den engagierten und hochmotivierten jungen Menschen endlich sichere und dauerhafte Festanstellungen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Herr Minister Brunner, Sie haben das Jahr 2015 zum Jahr des Waldnaturschutzes ernannt. Bei einem Großteil der Arten können wir jedoch noch nicht einmal sagen, wie der Erhaltungszustand aussieht. Wir müssten deshalb ganz dringend verstärkt in die Biodiversitätsforschung investieren. Wir wollten dafür in jedem Jahr noch einmal 500.000 Euro zusätzlich bereitstellen. Sie haben jedoch für solche Aufgaben kein Geld. Sie investieren dieses Geld lieber in Hochglanzbroschüren, da Sie für das nächste Jahr die Mittel für Fachveröffentlichungen erhöhen wollen.

(Angelika Schorer (CSU): Die sind auch wichtig!)

Mit Hochglanzbroschüren schützen Sie allenfalls den Papierwurm in der Papierindustrie; den Aufgaben des Artenschutzes werden Sie damit nicht gerecht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zuletzt möchte ich noch auf die Bayerischen Staatsforsten eingehen. Diese blicken mittlerweile seit fast zehn Jahren auf ein erfolgreiches Wirtschaften zurück. In diesen zehn Jahren stand das Unternehmen jedoch ständig in der Kritik der Öffentlichkeit. Herr Minister Brunner, bereits bei der von Ihnen in Auftrag gegebenen Evaluierung der Forstreform haben Ihnen die Experten in den Abschlussbericht eindeutig hineingeschrieben, dass die Gewinnvorgaben zu hoch sind und die Gewinnerwartungen reduziert werden müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit der Berufung von Herrn Martin Neumeyer, dem bisherigen Amtschef im Landwirtschaftsministerium, zum neuen Leiter der Bayerischen Staatsforsten, wozu ich ihm hier noch einmal ganz herzlich gratulieren möchte, besteht die Möglichkeit für eine Neuausrichtung des Unternehmens. Mit einer transparenten Öffentlichkeitsarbeit, einer transparenten Kommunikation und mit ernsthaften und glaubwürdigen Maßnahmen für den Naturschutz bestünde die Möglichkeit, in der Bevölkerung das Vertrauen für die Arbeit der Bayerischen Staatsforsten wieder zurückzugewinnen. Dafür müssten aber endlich die Gewinnerwartungen zurückgeschraubt werden. Die Bayerischen Staatsforsten müssen aus dem engen Korsett der Gewinnablieferungen befreit werden. Herrn Neumeyer müssen Gestaltungsmöglichkeiten gegeben werden, damit er sich für seine Aufgaben einsetzen kann. Die Gewinnmaximierung darf nicht im Vordergrund stehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zusammenfassend bleibt festzustellen: Wald ist mehr als tausend Klafter Holz. Ein englisches Sprichwort sagt: It's not about forestry, it's about people. Wir haben es

beim Thema Wald mit vielen Menschen zu tun, nicht nur mit den Waldbesitzern, sondern auch mit den Bürgerinnen und Bürgern, die Ansprüche an die Bewirtschaftung des öffentlichen Waldes stellen. Dafür benötigen wir das entsprechende Personal und Förster in der Fläche.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Ganserer. Herr Staatsminister, jetzt dürfen Sie endlich Ihre Rede halten, worauf Sie schon so lange warten. Bitte schön.

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich wollte ich Ihnen diese 25 Minuten ersparen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Nachdem die Redner der Opposition hoffungsvoll begonnen haben, habe ich mir fest vorgenommen, mich den Aussagen meiner Vorredner anzuschließen. Das eine oder andere bedarf aber doch der Kommentierung, da sonst vermutlich falsche Schlüsse gezogen werden. Deswegen bitte ich um Verständnis dafür, dass ich auf die Fragen, Anmerkungen und die teilweise falschen Behauptungen eingehen muss.

Herr Strobl, Forschung ist wichtig und richtig. Ich erinnere daran, dass kein Bundesland solche Landesanstalten hat wie Bayern – Landesanstalt für Landwirtschaft, Landesanstalt für Garten- und Weinbau, Landesanstalt für Wald- und Forstwirtschaft -, wo zirka 2.000 Menschen beschäftigt sind. Sie schaffen die Voraussetzungen nicht nur für die Gegenwart, sondern gerade auch für die Zukunft des Agrarstandorts und Waldstandorts Bayern. Gerade wir legen einen großen Wert darauf, dass der Wissenstransfer von der Wissenschaft zur Praxis beschleunigt wird.

Das Thema "Befristete Stellen" bzw. "Mehr Planstellen" hat sich wie ein roter Faden durchgezogen. Welcher Minister würde zu Geschenken bezüglich weiterer Planstellen

Nein sagen, wenn er nur seinen Haushalt zu beurteilen hätte? Aber jeder einzelne Minister hat eine Gesamtverantwortung für den Gesamthaushalt. Bayern rangiert bei den Planstellen und bei den Ausgaben für Personal in der öffentlichen Verwaltung beileibe nicht am Schluss, sondern zumindest im Mittelfeld, wenn nicht gerade auch hier in der Spitzengruppe. Wenn wir über den Tag hinaus verantwortungsvoll Politik gestalten wollen, müssen wir uns auch hier genau überlegen, mit welchen Instrumenten, mit welchem personellen Aufwand oder mit welchen anderen klugen Lösungen wir die Aufgaben am effizientesten lösen können.

(Beifall bei der CSU)

Ich würde an Ihrer Stelle die befristeten Stellen nicht so einfach verteufeln, mir sind sie nämlich lieber als gar keine. Oftmals können wir gerade mit befristeten Stellen neue Herausforderungen meistern. Ich erinnere: Wir haben 18 Wasserberater eingestellt, ihnen einen dreijährigen Vertrag gegeben und wieder verlängert, weil es Sinn macht, sich diesem Aufgabenbereich auch weiterhin zu stellen.

Wir haben einen Kormoran-Berater bestellt und werden jetzt im Bereich des Fischotters neben Entschädigungsmöglichkeiten ein personelles Angebot unterbreiten. Im Laufe des Arbeitsjahres haben wir auch in der eigenen Verwaltung Arbeitsspitzen, in denen wir gerade auch qualifizierte Praktiker einstellen bzw. vorübergehend beschäftigen. Das ist ganz im Interesse dieser qualifizierten jungen Meister oder Agraringenieure, die in unserer Verwaltung zeitweise mitarbeiten können. - Darüber hinaus möchte ich durchaus mit Genugtuung feststellen dürfen, dass es uns nach zehn Jahren wieder gelungen ist, zusätzliche Planstellen zu bekommen.

(Beifall bei der CSU)

Ihr Antrag auf zusätzliche zehn Planstellen im Bildungsbereich wurde mit 18 zusätzlichen Stellen geradezu auf klassische Weise getoppt.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben weitere 40 Referendare zugestanden bekommen, damit wir der Fluktuation trotzen können und damit sich das Durchschnittsalter nicht zunehmend erhöht, sondern auch junge, dynamische Kräfte mit Elan und Motivation in die Verwaltung integriert werden können.

Herr Dr. Herz, das betrifft auch Ihre Anmerkung: Im Übrigen haben wir nicht nur einen Personalabbau zu verschmerzen, sondern überlegen wir uns sehr wohl, welche Aufgaben wir an andere weitergeben können. Unsere Verbundberatung funktioniert immer besser, etwa mit den Selbsthilfeeinrichtungen, die Aufgaben des Staates übernehmen. Diese Kombination ermöglicht durchaus zur Zufriedenheit der Bauern eine kostengünstige und effiziente Beratung.

Der Strukturwandel – er wurde bereits angesprochen - lag in den letzten zehn Jahren jährlich im Schnitt bei 3 %, in den letzten drei Jahren im Schnitt bei 1,5 %. So verkehrt kann unsere Politik in Bayern nicht gewesen sein, nachdem sich der Strukturwandel verringert hat. Dennoch ist, wenn Sie gar den Personalstand vor 20 Jahren mit den landwirtschaftlichen Betrieben und den Beschäftigten in der Landwirtschaft zum heutigen Zeitpunkt vergleichen, ein gewisser angepasster Personalstand gerechtfertigt; denn wir beraten schließlich nicht die Hektare, sondern die Menschen, die in der Landwirtschaft beschäftigt sind, etwa unsere Betriebsleiter.

(Beifall bei der CSU)

Vorher ist auch die Entschädigung im Hochwasserbereich etc. angesprochen worden. Vor wenigen Stunden hat die Umweltministerin mit dem Bauernpräsidenten und mir in Bezug auf die gesteuerten Flutpolder eine Mustervereinbarung unterschrieben. Wir haben also mit den betroffenen Landwirten einvernehmlich eine Entschädigungslösung schriftlich niedergelegt.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Sehr gut!)

Darüber hinaus verweise ich darauf, dass wir einen Waldpakt abgeschlossen haben: vor drei Jahren bezüglich des Kommunalwaldes und im letzten Jahr mit den Privatwaldbesitzern, und zwar durchaus zu deren Zufriedenheit; denn wir haben die jährliche Zuwendung von 3,3 Millionen Euro auf 5,5 Millionen Euro erhöht. Sie dürfen nicht nur die angestellten oder die bei uns beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehen, sondern Sie müssen auch das zur Verfügung gestellte Geld in die Gesamtbilanz einrechnen. Die Waldbesitzervereinigung und die Forstbetriebsgemeinschaften sind mit dem, was wir ihnen an Hilfe angedeihen lassen, mehr als zufrieden.

(Beifall bei der CSU)

Dasselbe gilt übrigens auch für die Bergwaldoffensive im Rahmen unseres Klimaprogramms, für das jedes Jahr zuverlässig 6 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden, damit wir den Hausaufgaben gewachsen sind. Natürlich werden die Herausforderungen nicht weniger, sondern mehr. Das wissen wir auch.

Im Übrigen darf ich Frau Sengl noch auf Folgendes hinweisen, wenn es um die Wertschätzung der bayerischen Landwirtschaft geht, wenn es vielleicht auch um das beispielhafte Wirtschaften geht, etwa in Bezug auf die Umwelt, wenn es um das Leitbild eines bäuerlichen Familienbetriebs geht: Warum ist der neu berufene EU-Agrarkommissar Hogan zuerst nach Deutschland gefahren? Das war sein erster Auslandsbesuch, noch mehr, er hat sich nicht mit einem Besuch in Berlin begnügt, sondern ausdrücklich den Wunsch geäußert, nach München zu kommen, um sich mit dem bayerischen Landwirtschaftsminister auszutauschen. Ich empfinde das als Ehre und Wertschätzung, nicht nur meiner Person, sondern vor allem unserer bayerischen Agrarpolitik.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Jawohl!)

Er hat erstaunlicherweise nicht in Baden-Württemberg, Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen angefragt. Er wollte nach München und sich mit uns austauschen. Nach seinen ersten Stunden hat er sofort angekündigt, dass er seinen Mitarbeiter

nach Weihenstephan schicken wird; denn das, was er hier gesehen hat, scheint für ihn sehr beispielhaft zu sein. So viel zum Forschungsstandort Bayern in der Agrarpolitik und in der Agrarwissenschaft.

(Beifall bei der CSU)

Herr Arnold, ja, mit der Eiweiß-Offensive könnte es schneller vorangehen. Da bin ich auch langsam ungeduldig. Das sage ich Ihnen ganz offen. Aber wir müssen die Ausgangsposition sehen. Wir hatten beim Sojaanbau nicht einmal 2.000 Hektar. Die Österreicher sind hier einen Schritt weiter. Aber mit meiner Initiative habe ich geschafft, dass es eine Donau-Soja-Aktion gibt, dass sich inzwischen viele Länder dieser Idee angeschlossen haben, dass die Balkanstaaten dabei sind, dass jetzt die Polen mitwirken und dass wir zusammen mit den Österreichern weitere Offensiven starten werden. Das ist ein mühsamer Weg, weil es nicht nur um die Produktion von Eiweißfuttermitteln geht. Wir müssen auch eine Verarbeitungsstruktur aufbauen. Dazu brauchen wir den Handel, und das ist relativ mühsam zu erreichen.

Unser erstes Ziel muss sein, wenigstens für unsere Ökobetriebe in Bayern eigenes, gentechnikfreies Eiweißfutter bereitzustellen. Das zweite Ziel heißt, zumindest die Hälfte dessen, was wir ansonsten brauchen, mit bayerischer Produktion zu erreichen. Das wird aber nur mittelfristig möglich sein. Nur Phantasten gehen davon aus, dass wir die 800.000 Tonnen Importe in einem überschaubaren Zeitraum auf Null zurückführen können. Eine solche Annahme wäre unrealistisch; das müssen wir einsehen. Aber der eingeschlagene Weg ist richtig. Ich möchte ihn verstärken und unterstützen.

Ich erwarte, dass wir durch das Greening jetzt noch einmal gepusht werden. Ich bin für Greening, konnte aber auch durchsetzen, liebe Freunde, dass Greening nicht Stilllegung heißt. Mit Greening kann man auch Eiweißfuttermittel anbauen und erzeugen. Da haben – das gebe ich zu – auch die grünen und die roten Minister zugestimmt. Wir können solche Ziele auch nur gemeinsam voranbringen.

Ich komme zur Bienenförderung, fast einem Lieblingsthema von mir, auch wenn es innerhalb des Agraretats nicht unbedingt einen Schwerpunkt ausmacht. Aber ich habe immerhin – das bitte ich wohl zur Kenntnis zu nehmen – die Förderung von 800.000 Euro auf 1 Million Euro jährlich erhöht. Wir haben ein Förderprogramm für Neuimker, das die Praktiker sehr loben. Wir hatten noch nie so viele Imker wie zurzeit. Es werden jährlich nicht weniger, sondern mehr Imker.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Imker schon, aber Bienen nicht!)

– Herr Aiwanger, Sie wissen, dass die Bienen sehr stark auf Witterungseinflüsse reagieren. Das ablaufende Jahr war ein schlechtes Honigjahr, und die Varroamilbe und andere Krankheiten machen uns sehr zu schaffen. Da würde es auch nichts nützen, wenn der Minister eine weitere Million zur Verfügung stellen würde. Wir müssen da eng mit der Wissenschaft und den Praktikern zusammenarbeiten und deren Erkenntnisse nützen, damit wir das Bienensterben einigermaßen in den Griff bekommen.

Herr Ganserer, Sie sind Förster und kennen sich in der Materie gut aus. Deswegen kann ich Sie nur bitten, im Ausschuss konstruktiv mitzuarbeiten, wenn es um Klimaschutz, Bergwaldsanierung und Waldumbau geht. Ich darf daran erinnern, dass wir in den letzten Jahren auch diesbezüglich erhebliche Erfolge erzielt haben. Unser Ziel ist, bis zum Jahr 2020 100.000 Hektar Fichten- oder Kiefer-Reinbestände in klimatolerante Mischwälder umzubauen. In den letzten fünf Jahren haben wir 40.000 Hektar geschafft. Diesen ehrgeizigen Weg müssen wir weitergehen. Aber wir werden dazu kein Dekret erlassen, sondern die Eigenverantwortlichkeit der Waldbesitzer mit Förderprogrammen ansprechen. Nur was der Waldbesitzer aus Überzeugung tut, wird er nachhaltig tun, und nur dann wird er bei dieser Arbeit erfolgreich sein. Wenn wir da vonseiten des Staates etwas anweisen würden, könnte das nicht funktionieren.

Was die Staatsforsten anbelangt, haben wir längst mehr erreicht als das, was ursprünglich für möglich gehalten wurde. Übrigens haben wir für das Aktionsjahr Wald-

naturschutz im nächsten Jahr zusätzlich 500.000 Euro eingeplant, um Projekte voranzubringen und Bestehendes zu verbessern.

(Beifall bei der CSU)

Eine Neuausrichtung der Bayerischen Staatsforsten ist nicht notwendig, weil wir in den letzten zehn Jahren die drei Säulen Ökonomie, Ökologie und Soziales nach dem Staatsforstengesetz nachweislich hundertprozentig erfüllt haben. Das bestätigen die Ergebnisse.

Im Übrigen würde ich es nicht negativ abtun, dass wir dem Finanzminister 70 Millionen Euro zur Verfügung stellen konnten. Mit diesem Geld können Lehrerplanstellen finanziert und Kindergärten gebaut werden. Es liegt also durchaus im Interesse des gesamten Landes, wenn wir vernünftig wirtschaften und aufgrund der guten Geschäftslage schwarze Zahlen schreiben. Ich bin kein Anhänger der Ansicht, nur rote Zahlen würden beweisen, dass die Ökologie berücksichtigt wird. Das wäre aus meiner Sicht eine glatte Fehleinschätzung.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich komme langsam zum Schluss, damit auch noch der andere Haushalt beraten werden kann. Ich stelle fest, dass der Haushalt finanziell und personell durchaus gut ausgestattet ist. Ich sage das als zuständiger Minister aus voller Überzeugung. Ich darf mich bei den Berichterstattern im Haushaltsausschuss, aber auch beim Fachausschuss herzlich bedanken, weil dort immer sehr konstruktiv miteinander um bessere Lösungen gerungen wurde. So sollten wir es auch in Zukunft handhaben.

Wenn wir uns sowohl was das Budget als auch die personelle Ausstattung anbelangt mit anderen Bundesländern vergleichen – bitte tun Sie das ganz objektiv und neutral –, werden Sie feststellen, dass Bayern auch hier Spitze ist. Wir sind ja auch erfolgreich. Jeder dritte Bauernhof wird in Bayern bewirtschaftet. Es gibt bei uns trotz der Konkurrenz der Weltmärkte 112.000 bäuerliche Betriebe, weil es mir ein Anliegen ist, dass wir nicht Hektarzahlen, sondern den Menschen, seine Ausbildung, Qualifikation,

Weiterbildung, Fortbildung und Beratung im Visier haben. Die Diversifizierung macht es unseren Bäuerinnen und Bauern möglich, sich weiterzuentwickeln. Wachsen kann man nicht nur durch Produktionserweiterung. Wachsen kann man in verschiedene Richtungen, und das tun unsere Bäuerinnen und Bauern überaus erfolgreich. Damit, ihnen vorzuwerfen, wir würden uns einem Museum annähern, würden wir ihnen wirklich Unrecht tun. Unsere Bäuerinnen und Bauern sind kreativ und innovativ, und dabei wollen wir sie unterstützen.

Ich bin stolz darauf, dass die grünen Berufe im Trend liegen. 5.000 junge Menschen sind gerade in Ausbildung, ob in einer Fachausbildung zum Meister oder in einer akademischen. Gerade im Bereich der Ernährung haben wir in den letzten fünf Jahren Akzente gesetzt. 345.000 Grundschulkinder dürfen unser Schulfruchtprogramm genießen. 80 % der Grundschüler beteiligen sich daran.

Bereits 55.000 Kinder werden nach den ersten zwei Jahren des Programms "Erlebnis Bauernhof" auf einem Bauernhof unterrichtet. Ja, wir gehen auch neue Wege. Mir geht es nicht nur darum, dass ich meine Hausaufgaben als Staatsminister mache, sondern ich will auch Entwicklungen absehen und rechtzeitig Strategien und Konzepte einleiten. Was wir im ländlichen Raum mit LEADER, ILE, Dorferneuerung und Flurneuordnung alles tun, ist in Deutschland einmalig. Meine Damen und Herren, wir können für diese Programme jährlich über 100 Millionen Euro einsetzen, und zwei Drittel der Kommunen partizipieren an diesen Förderprogrammen.

Sie sehen also, wir wollen nicht so weitermachen wie bisher. Schließlich interpretiere ich die Zukunft so, dass sie mehr ist als die bloße Fortsetzung der Vergangenheit. Ich lade Sie ein, kreativ an einem wettbewerbsfähigen Agrarstandort Bayern mitzuwirken.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur

Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2015/2016, Einzelplan 08,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3566 bis 3570, 3617 bis 3635, 3695 bis 3701 und 3757 bis 3763 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/4596 zugrunde.

Zunächst lasse ich, wie bereits zu Beginn der Beratung angekündigt, über den Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 17/3698 in namentlicher Form abstimmen. Für die Stimmabgabe sind Urnen an den bekannten Stellen bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann nun begonnen werden. Hierfür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 20.11 bis 20.16 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Da wir erst fortfahren können, wenn das Ergebnis vorliegt, unterbreche ich bis dahin für kurze Zeit die Sitzung.

(Unterbrechung von 20.16 bis 20.18 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich nehme die Sitzung wieder auf. Die Spannung steigt; wir haben ein Ergebnis. Die Spannung steigt besonders bei den zu Hause zuschauenden Kormoranen, nehme ich an. Mit Ja haben 54, mit Nein haben 99 Abgeordnete gestimmt. Es gab zwei Stimmenthaltungen. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 16)

Der Einzelplan 08 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/4596 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Die Abstimmung soll in namentlicher Form erfolgen. Abstimmungsgrundlage ist der Einzelplan 08 mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen. Für die Stimmabgabe sind Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals und auf dem Ste-nografentisch bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Hierfür stehen drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 20.20 bis 20.23 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird wie gewohnt außerhalb des Plenarsaals ermittelt und später bekanntgegeben. Zwischenzeitlich können wir in der Tagesordnung fortfahren.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen, damit wir mit dem nächsten Tagesordnungspunkt beginnen können.

(...)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Einzelplan 08 bekannt. Mit Ja haben 86, mit Nein haben 68 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es nicht. Damit ist der Einzelplan 08 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 17)

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge zum Einzelplan 08, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 18)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, SPD und FREIE WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/4596 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3566 bis 17/3570, 17/3625, 17/3696 und 17/3759 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 08 ist damit abgeschlossen. Vielen Dank.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 10.12.2014 zu Tagesordnungspunkt 11: Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Haushaltsplan 2015/2016; hier: Unbefristete Stellen: Kormoranbeauftragte (Kap. 08 03 Tit. 683 83) (Drucksache 17/3698)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried			
Bause Margarete		X	
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut		X	
Celina Kerstin		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus			X
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine			
Häusler Johann			
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.			
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine			
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian			X
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter			
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen			
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	54	99	2

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 10.12.2014 zu Tagesordnungspunkt 11: Haushaltsplan 2015/2016;
Einzelplan 08 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten (Drucksache 17/4596)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried			
Bause Margarete		X	
Beißwenger Eric	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brückner Michael	X		
von Brunn Florian		X	
Brunner Helmut	X		
Celina Kerstin		X	
Dettenhöfer Petra	X		
Dorow Alex	X		
Dünkel Norbert	X		
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute	X		
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen		X	
Fehlner Martina		X	
Felbinger Günther		X	
Flierl Alexander	X		
Dr. Förster Linus			
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith	X		
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva		X	
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Haderthauer Christine			
Häusler Johann			
Halbleib Volkmar		X	
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.			
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes	X		
Hofmann Michael	X		
Holetschek Klaus	X		
Dr. Hopp Gerhard	X		
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Huber Martin	X		
Huber Thomas	X		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Kamm Christine			
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro	X		
Knoblauch Günther		X	
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus			
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter		X	
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia	X		
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander		X	
Neumeyer Martin	X		
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred	X		
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi		X	
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd	X		
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayer Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter			
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl		X	
Vogel Steffen			
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika		X	
Dr. Wengert Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	86	68	0

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 11

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 08:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Keine Stellenmehrung im Staatsministerium
(Kap. 08 01 Tit. 422 01)
Drs. 17/3617
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Nutzung staatlicher Schlösser
(Kap. 08 02 Tit. 981 16)
Drs. 17/3618
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Aufwand für die Beteiligung am Zentralen Landwirtschaftsfest
(Kap. 08 03 Tit. 540 01)
Drs. 17/3619
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Bankenvergütung
(Kap. 08 03 Tit. 547 03)
Drs. 17/3620
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Leistungs- und Qualitätsprüfungen
(Kap. 08 03 Tit. 671 03)
Drs. 17/3621
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Pferderennen
(Kap. 08 03 Tit. 686 02)
Drs. 17/3622
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Pflanzenzucht
(Kap. 08 03 Tit. 683 20)
Drs. 17/3623
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Agrarmarketing
(Kap. 08 03 Tit. 683 39)
Drs. 17/3624
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Maßnahmen zur Anpassung der Wälder an den Klimawandel verstetigen
(Kap. 08 03 Tit. 428 86 und
Kap. 08 40 Tit. 422 01)
Drs. 17/3626

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Alm-/Alpwegebau
(Kap. 08 03 Tit. 893 87)
Drs. 17/3627
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Kürzung der Zuschüsse für laufende Zwecke in der Tierzucht
(Kap. 08 03 Tit. 683 96)
Drs. 17/3628
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Vermarktung ökologisch und regional erzeugter Produkte
(Kap. 08 04 Tit. 892 14)
Drs. 17/3629
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Gewinnablieferung der Staatsforsten
(Kap. 08 05 Tit. 121 11)
Drs. 17/3630
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Baumwipfelpfad Ebrach
(Kap. 08 05 Tit. 682 01)
Drs. 17/3631
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Biologische Vielfalt
(Kap. 08 05 Tit. 547 95)
Drs. 17/3632
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zusätzliche Anwärterstellen im Bereich Forst
(Kap. 08 40 Tit. 422 21)
Drs. 17/3633
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Externe Auftragsvergabe im Bereich Software
(Kap. 08 42 Tit. 534 99)
Drs. 17/3634
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erwerb von EDV-Anlagen
(Kap. 08 42 Tit. 815 99)
Drs. 17/3635
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Unbefristete Stellen in der Ernährungsbildung
(Kap. 08 03 Tit. 428 59)
Drs. 17/3695
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhöhung der Zuschüsse zur Bekämpfung von Tierseuchen und Maßnahmen zur Förderung der Tiergesundheit
(Kap. 08 03 Tit. 547 53)
Drs. 17/3697
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Unbefristete Stellen: Kormoranbeauftragte
(Kap. 08 03 Tit. 683 83)
Drs. 17/3698

- | | |
|---|---|
| <p>22. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhöhung Landesmittel LEADER Programm
(Kap. 08 03 Tit. 893 72)
Drs. 17/3699</p> <p>23. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhöhung der Mittel „Bergwaldoffensive“
(Kap. 08 03 Tit. 892 86)
Drs. 17/3700</p> <p>24. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Qualität der landwirtschaftlichen Ausbildung weiter sicherstellen – zusätzliche Stellen an den Landwirtschaftsschulen
(Kap. 08 40 Tit. 422 01)
Drs. 17/3701</p> <p>25. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Horst Arnold, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse zur Förderung der Landtechnik und der landwirtschaftlichen Bautechnik
(Kap. 08 03 Tit. 683 17)
Drs. 17/3757</p> <p>26. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Horst Arnold, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Qualitäts- und Herkunftssicherungsprogramme
(Kap. 08 03 Tit. 683 38)
Drs. 17/3758</p> | <p>27. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Horst Arnold, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Entfristung des Personals für Maßnahmen zur Anpassung der Wälder an den Klimawandel
(Kap. 08 03 Tit. 428 86)
Drs. 17/3760</p> <p>28. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Horst Arnold, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Maßnahmen zur Förderung der Qualitätsverbesserung in der tierischen Erzeugung
(Kap. 08 03 Tit. 683 96)
Drs. 17/3761</p> <p>29. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Horst Arnold, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Unverantwortlichen Personalabbau stoppen - zusätzliches Personal für die Landwirtschaftsschulen
(Kap. 08 40 Tit. 422 01)
Drs. 17/3762</p> <p>30. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Horst Arnold, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Unverantwortlichen Personalabbau stoppen - zusätzliches Personal für den Forstbereich
(Kap. 08 40 Tit. 428 02)
Drs. 17/3763</p> |
|---|---|

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Martin Bachhuber

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Herbert Woerlein

Abg. Benno Zierer

Abg. Dr. Christian Magerl

Abg. Dr. Otto Hünnerkopf

Abg. Florian von Brunn

Abg. Nikolaus Kraus

Abg. Rosi Steinberger

Staatsministerin Ulrike Scharf

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Haushaltsplan 2015/2016

Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 17/3976 und 17/3977)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 17/3856 mit 17/3863)

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 17/3848 mit 17/3855 sowie 17/3881)

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 17/4030 mit 17/4037)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von einer Stunde und 30 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 25 Minuten, auf die SPD-Fraktion 16 Minuten sowie auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils 12 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 25 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass zum Änderungsantrag auf Drucksache 17/3852 namentliche Abstimmung beantragt worden ist. Ich gehe davon aus, dass auch zum Einzelplan insgesamt wieder namentliche Abstimmung beantragt ist. Nun eröffne ich die Aussprache. Unser erster Redner ist Herr Kollege Martin Bachhuber. Bitte schön.

Martin Bachhuber (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Frau Staatsministerin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 12 beweist, dass sich der Freistaat Bayern auch weiterhin seiner Verantwortung für Natur, Umwelt und Verbraucher bewusst ist, und er handelt danach. Der Einzelplan 12 ist ein Abbild des Doppelhaus-

halts 2015/2016, der auf finanzpolitische Nachhaltigkeit ausgerichtet ist. Nachhaltigkeit ist ohnehin das Stichwort, wenn wir uns über Inhalte des Einzelplans 12 unterhalten; denn Nachhaltigkeit, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist nicht nur aus ökologischer Sicht erstrebenswert.

Nachhaltigkeit ist ein Handlungsprinzip zur Ressourcennutzung, bei dem die Bewahrung der wesentlichen Eigenschaften, der Stabilität und der natürlichen Regenerationsfähigkeit des jeweiligen Systems, im Vordergrund steht. Die natürliche Regenerationsfähigkeit eines Systems ist für mich ein ganz wesentlicher Punkt, und zwar deshalb, weil auch ein Finanzsystem nur dann dauerhaft funktioniert, wenn es sich quasi von selbst regenerieren kann. Bei den Finanzen verhält es sich wie bei der Umwelt: Der Mensch hat in der Vergangenheit hier wie dort häufig zu sehr negativ eingegriffen, sodass eine Selbstregulierung in vielen Fällen nicht mehr möglich ist. Wer aber ist das Regulativ? – Das Regulativ sind wir, die Politik. In unserer Macht steht es, Gesetze und Verordnungen zu erlassen, die der Selbstregulierung jenen Raum bereiten, den sie braucht, um gewissermaßen jenen Zustand wieder zu erreichen, der ihr von den Naturgesetzen zugedacht ist. Deshalb macht es eigentlich keinen Unterschied, ob wir ein neues Landschaftsschutzgebiet oder einen neuen Nationalpark ausweisen

(Zuruf von der SPD: Das ist eine sehr interessante Feststellung!)

oder ob wir in der Finanzpolitik mit wohl durchdachten Eingriffen dafür sorgen, dass unser Gemeinwesen auch in den nächsten Generationen noch funktionieren kann. Was bringt es uns denn, wenn wir auf Teufel komm raus Schulden machen, wie es die Länder um uns herum tagtäglich tun, und am Ende unseren Kindern und Enkeln eine Schuldenlast hinterlassen, sodass sie nicht einmal mehr die Zinsen bezahlen, geschweige denn die Schulden zurückzahlen können? -

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine Politik ist nur dann gut, wenn sie das Prinzip der Nachhaltigkeit in allen Bereichen anwendet. Genau das tut die Bayerische Staatsregierung, und genau das tut sie mit dem Einzelplan 12 für den Geschäftsbe-

reich des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz. Dieser Einzelplan ist von vorne bis hinten von dem Gedanken der Nachhaltigkeit und dem Bewusstsein gekennzeichnet, dass wir unserer Umwelt und Natur jene Unterstützung von Menschenhand zuteil werden lassen, die sie zur Selbstregulierung braucht.

Natürlich mag an dieser Stelle der eine oder andere nachhaken und fragen: Wenn dies alles so stimmt, warum senkt ihr dann die Ausgaben im Einzelplan 12 im Jahr 2015 um rund 24 Millionen Euro, und warum erhöht ihr die Ausgaben im Jahr 2016 gegenüber dem Jahr 2015 gerade einmal um 9,5 Millionen Euro? – Das ist leicht zu erklären: Das Absinken der Ausgaben im kommenden Jahr ist nicht auf eine willkürliche Sparpolitik zurückzuführen, sondern hat handfeste Gründe. Der Ausgabenrückgang im Jahr 2015 ist vor allem auf einen Grund zurückzuführen, über den wir doch, ehrlich gesagt, alle sehr froh sind: Bayern ist in diesem Jahr von einer neuerlichen Flutkatastrophe verschont geblieben. Das bedeutet, dass wir die 35 Millionen Euro, die wir im Jahr 2014 für die Beseitigung der Schäden des Hochwasserereignisses des Jahres 2013 eingesetzt haben, nicht mehr aufgeführt haben.

Demgegenüber enthält dieser Doppelhaushalt 2015/2016 spürbare Ausgabenerhöhungen in folgenden wichtigen Bereichen: Für Natur- und Landschaftspflege stehen in beiden Jahren insgesamt über 6 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Das Klimaprogramm 2015 wird um 700.000 Euro erhöht. Somit stehen 2015 und 2016 je 22 Millionen Euro und somit in den Jahren 2015 und 2016 zusammen 44 Millionen Euro für das Klimaprogramm zur Verfügung. Die Förderung der Einrichtung von Umweltstationen wurde um knapp 2,6 Millionen Euro auf somit 4,1 Millionen Euro erhöht. Damit können neue Einrichtungen gefördert werden und bestehende Umweltstationen gegebenenfalls hinsichtlich der Finanzausstattung leicht unterstützt werden. Die Mittel für den Verbraucherschutz und Verbraucherinformation werden in 2015 ebenfalls um 450.000 Euro erhöht. Für die Umsetzung der 16. AMG-Novelle im Bereich Tiergesundheit, gesundheitlicher Verbraucherschutz, Lebensmittelsicherheit stehen 2015 zusätzliche Mittel von einer Million Euro und 2016 von weiteren 500.000 Euro zur Verfügung.

Was mir an diesem Einzelplan besonders gefällt, ist, dass im Bereich Naturschutz und Landschaftspflege zusätzliche Mittel von 2,5 Millionen Euro in 2015 und 3,7 Millionen Euro in 2016 gewährt werden. Die bisherigen Mittel des Naturschutzfonds werden nahezu unverändert mit knapp 2,5 Millionen Euro ebenfalls zu den Fachmitteln des Naturschutzes und der Landschaftspflege umgesetzt. Sie dienen künftig nach dem Wegfall von EU-Mitteln zum 31. März 2015 unter anderem der Finanzierung der bewährten Gebietsbetreuer und werden der Stiftung "Bayerischer Naturschutzfonds" zugewiesen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich als Haushälter noch kurz bei den Zahlen bleiben, und zwar deshalb, weil es einfach deutlich macht, dass der Einzelplan 12 keinen wichtigen Bereich ausspart oder vernachlässigt, sondern im Gegenteil alle Bereiche mit jenen Mitteln ausstattet, die erforderlich sind.

So werden etwa zusammen mit EU- und GAK-Mitteln sowie Mitteln Dritter und der Abwasserabgabe Investitionen für den Hochwasserschutz von jährlich 150 Millionen Euro ermöglicht. Für die Förderung der kommunalen Abwasserentsorgungs- und Wasserversorgungsanlagen stehen insgesamt knapp 88 Millionen Euro bereit.

Darüber hinaus werden die Mittel für Verbraucherschutz und Verbraucherinformation in 2015 um 400.000 Euro und in 2016 um noch einmal 100.000 Euro erhöht. Dadurch wird eine angemessene Ausstattung von Verbraucherschutzverbänden für den Bereich Rechtsdurchsetzung, Ausbau des Verbraucherschutzportals und von Verbraucherschutzangeboten ermöglicht. Beim gesundheitlichen Verbraucherschutz und der Lebensmittelsicherheit bleibt der Ansatz von 1,6 Millionen Euro für das Jahr 2015 zwar gleich wie 2014, aber dafür werden 2016 in diesem Bereich 800.000 Euro mehr eingesetzt, um zusätzliche 25 Mitarbeiter einstellen zu können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man alle die genannten Einzelpunkte und die weiteren Einzelpunkte, die wir im Haushaltsausschuss eingehend diskutiert haben, betrachtet, müssen wir feststellen, dass Frau Staatsministerin Scharf und auch ihr Vorgänger Staatsminister Dr. Marcel Huber einen sehr ausgewogenen Haushalt

vorgelegt haben. Damit kann der Freistaat Bayern seine vielfältigen Aufgaben im Umwelt-, Naturschutz und Verbraucherschutz bestens erfüllen.

(Florian von Brunn (SPD): Da kann man auch geteilter Meinung sein!)

- Die Schönheit liegt immer im Auge des Betrachters. - Zugleich trägt dieser Einzelplan zu einer verantwortungsvollen Haushalts- und Finanzpolitik bei, sodass wir weiterhin den eingeschlagenen Weg der Konsolidierung und des Schuldenabbaus beschreiten können. Dieser Einzelplan wurde mit Augenmaß und Weitblick zugleich erstellt. Ich bedanke mich bei der Umweltministerin und ihrem Vorgänger Dr. Marcel Huber für diesen Haushalt. Frau Umweltministerin hat ihren Einstand im Haushaltsausschuss gegeben. Sie war sehr kompetent und hat den Haushaltsplan sehr gut vertreten. Bei uns würde man sagen, sie hat im wahrsten Sinne des Wortes eine sehr gute Figur gemacht.

(Beifall bei der CSU)

Das Gebot der Nachhaltigkeit wurde in diesem Einzelplan hervorragend umgesetzt, weil damit für unsere Umwelt und unsere Verbraucher der notwendige Investitionsspielraum gewährt wird, den beide Bereiche auch benötigen. Weil das Gebot der finanzpolitischen Nachhaltigkeit berücksichtigt wurde, ergibt sich ein beispielhaftes Gesamtpaket, das die umweltpolitischen und die verbraucherpolitischen Herausforderungen in höchstem Maße berücksichtigt, sich zugleich aber auch am finanzpolitisch Machbaren orientiert.

Aus diesem Grunde bitte ich das Hohe Haus um Zustimmung zum Einzelplan 12.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Woerlein das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Herbert Woerlein (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Staatsministerin Scharf, werte Kolleginnen und Kollegen! In seiner Regierungserklärung zu Beginn der Wahlperiode hat Ministerpräsident Seehofer unter anderem gesagt, dass Bayern die Kraft zu Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit habe; denn Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit seien, so unser Ministerpräsident, ein Geschwisterpaar. Der Staatshaushalt für Umwelt und Verbraucherschutz gibt Auskunft, wie es den Geschwistern Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit im letzten Jahr ergangen ist und welcher Zukunft die beiden entgegenblicken.

Im Bereich Umweltschutz stehen wir vor Herausforderungen und Entscheidungen von elementarer Bedeutung. Die Verantwortung bezieht sich dabei einerseits auf den Erhalt des Bestehenden unter der Voraussetzung dramatischer Veränderungen, beispielsweise bedingt durch den Klimawandel. Aber es geht auch um den Umgang mit Verschmutzung und Fehlern aus der Vergangenheit, aus einer noch nicht so weit zurückliegenden Zeit, als Gewinnmaximierung und Massenkonsum auf Kosten unserer natürlichen Lebensgrundlagen gesteigert wurden und der Umweltschutz nachrangig war.

Wenn wir heute an das Themenpaar Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit herangehen, dann bedeutet dies natürlich unter anderem, die Finanzen in Ordnung zu halten. Aber es bedeutet darüber hinaus in der Gesamtschau: Wie sieht das Land aus, das wir unseren Kindern hinterlassen? Tun wir wirklich alles, um Bayern lebenswert zu erhalten und es den nachfolgenden Generationen mit einer gesunden Umwelt zu übergeben? - Eine gesunde Umwelt ist eben nicht zum Nulltarif zu bekommen. Im Gegenteil, wohlverstandene Politik für die kommenden Generationen heißt, in Natur und Umwelt zu investieren, damit jeder, der in diesem schönen Land lebt, weiterhin diese Schönheit unabhängig von seinem sozialen Status und seinen finanziellen Möglichkeiten genießen kann.

Ich habe in einem Jahr Parlamentszugehörigkeit und Tätigkeit im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz bestätigt bekommen, was ich nie bezweifelt habe: Die

Einsicht in die Notwendigkeit einer nachhaltigen Umweltpolitik eint viele von uns parteiübergreifend. Wir bayerischen Umweltpolitiker haben in diesem Jahr 2014 parteiübergreifend wichtige und richtige Entscheidungen getroffen. Es sind dies das Verbot des Anbaus von gentechnisch verändertem Saatgut,

(Beifall bei der SPD)

der Beitritt Bayerns zum europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen und eine sehr kritische Grundhaltung gegenüber Fracking. Die Freude über diese Beschlüsse, die auf entsprechende Anträge der SPD zurückgehen, darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass noch viele Aufgaben anstehen, denen meine Fraktion durch entsprechende Haushaltsanträge begegnen will.

Als eine besonders vordringliche Aufgabe sehe ich die Entwicklung wirksamer Maßnahmen gegen das Artensterben, das immer bedrohlichere Ausmaße annimmt, und den dauerhaften Verlust an Biodiversität. Die bayerische Biodiversitätsstrategie der Staatsregierung stammt aus dem Jahr 2008. Darin wird mit Zahlen bezüglich Roter Listen gearbeitet, die wiederum aus dem Jahr 2003 stammen. Ohne Zweifel ist die Liste länger geworden. Es zählen zwischenzeitlich Spatz, Hänfling, Feldhamster und Laubfrosch zu den bedrohten Arten, vom dramatischen Rückgang des Niederwilds ganz zu schweigen. Daher hat die SPD-Fraktion bei den Haushaltsberatungen zusätzliche Mittel für das Biodiversitätsprogramm 2030 gefordert, um dringend benötigte aktuelle Zahlen und Daten über das Artensterben zu erhalten. Der Antrag wurde abgelehnt, und es entsteht der Eindruck, dass man sich diesem Ausmaß gar nicht stellen will. Anders kann ich mir nicht erklären, dass man sich mit Datenmaterial zufrieden gibt, das älter als zehn Jahre ist.

Ebenso abgelehnt wurde unser Antrag, in den Jahren 2015 und 2016 für den Schutz der Natura-2000-Gebiete insgesamt 3 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung zu stellen. Dabei besteht hier großer Handlungsbedarf. Die Managementpläne für FFH-Gebiete sind erst zu circa einem Drittel aufgestellt. In Bayern findet kein flächendecken-

des Monitoring der FFH-Gebiete statt. Auch die überfällige Erhöhung der Verwaltungskostenpauschale für unsere Naturparks wurde abgelehnt, und das, obwohl der Betrag von 300.000 Euro für 18 Naturparks, die 30 % der Landesfläche umfassen, kaum ins Gewicht fällt.

Was wir bei der Staatsregierung vermissen, ist die Weiterentwicklung einer sinnvollen und sparsamen Ausgleichsstrategie, die Geldzahlungen als Ausgleich strikt ablehnt und größtmögliche Qualität der Ausgleichsflächen garantiert. Wir halten es darüber hinaus für unerlässlich, ein eigenes Klimaschutzgesetz für Bayern zu erlassen.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Leider wurde unser fünf Punkte umfassendes Antragspaket hierzu komplett abgelehnt.

Weitere wesentliche Punkte der SPD-Umweltpolitik sind Wasserversorgung und Tierschutz. Wir setzen alles daran, dass die Trinkwasserversorgung in öffentlicher Hand bleibt, damit unser Wasser sauber – das meine ich durchaus mehrdeutig – und für alle bezahlbar bleibt.

Wichtig ist uns auch der Tierschutz. Wir haben Investitionskostenzuschüsse für die Tierheime in Bayern beantragt, wie es sie in anderen Bundesländern schon lange gibt. Die Tierschutzvereine werden von der Staatsregierung aber leider im Stich gelassen – und mit ihnen die vielen ehrenamtlich Tätigen, die zum Teil an der Belastungsgrenze arbeiten, um Tierleid zu lindern. Tierschutz ist nicht nur ein Schlagwort. Die Aufnahme des Tierschutzes als Staatsziel in die Verfassung verpflichtet die Staatsregierung, tätig zu werden. Das betrifft, sehr geehrter Herr Kollege Freller, auch den Bereich der Katzenkastration, der an verschiedenen Brennpunkten in Bayern von Tierschützern, Kommunalpolitikern, CSU-Bürgermeistern und besorgten Bürgern eingefordert wird.

(Karl Freller (CSU): Oh!)

Auch hier bleibt die Staatsregierung untätig. Unser entsprechender Haushaltsantrag wurde abgelehnt.

(Zuruf des Abgeordneten Karl Freller (CSU))

– Jetzt hören Sie erst einmal zu. – Wir haben mit diesem Antrag nicht die Basis unseres sozialdemokratischen Handelns verlassen, wie Sie, Herr Freller, das gestern, um unser politisches Wohl fürchtend, geäußert haben. Nein, wir haben uns überlegt, wie wir vor Ort passgenaue Lösungen mit einem Zuschusssystem entwickeln können,

(Karl Freller (CSU): Da braucht es doch nicht den Staat!)

während Sie die Kommunen auf den enormen Kosten sitzen lassen wollen. Nahe dran an den Bürgern ist für mich etwas anderes.

(Beifall bei der SPD)

Besonders brisant ist der Handlungsbedarf beim vorbeugenden Hochwasserschutz. Die Jahrhunderthochwasserereignisse der letzten 15 Jahre haben enorme wirtschaftliche Schäden verursacht. Die bayerischen Wasserwirtschaftsämter sind die amtlichen Sachverständigen für alle Fragen bezüglich des Wasserhaushalts und der Gewässerökologie. Im Rahmen der Reform "Verwaltung 21" wurden bis 2012 über 500 Stellen an den Wasserwirtschaftsämtern abgebaut.

Nach dem Aktionsprogramm 2020 der Staatsregierung sollte der vorbeugende Hochwasserschutz verstärkt umgesetzt werden. Auch über das Jahr 2022 hinaus wird die fachliche Kompetenz der Wasserwirtschaftsämter eine wichtige Rolle für effektiven Hochwasserschutz spielen. Die Entfristung der 50 Stellen, die ein enormes Know-how auf sich vereinen, ist ein erster Schritt, um den Belangen der Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden. Wir brauchen bestmöglichen Hochwasserschutz und qualifizierte Experten mit sicheren Arbeitsverhältnissen, die ihre langjährigen Erfahrungen bei der Problemlösung zielführend einbringen können.

Eine wichtige Rolle bei der Verringerung des CO₂-Ausstoßes – dies nur in aller Kürze und der Vollständigkeit halber – spielt der Straßenverkehr, der in Deutschland knapp 20 % der Gesamtmenge ausmacht. In diesem Bereich wünschen wir uns mehr Förde-

rung der klimafreundlichen Mobilität. Die jährliche Umfrage der Deutschen Umwelthilfe zu CO₂-Ausstoß, Spritverbrauch und Motorleistung von Dienstwagen im öffentlichen Dienst kommt zu dem Ergebnis, dass unser Bundesland in diesem Ranking Schlusslicht ist. Was liegt näher, als die Vorbildfunktion der Politikerinnen und Politiker in den Mittelpunkt zu stellen? Wir fordern daher mehr Investitionen in klimafreundliche Dienstfahrzeuge sowie einen konsequenten Ausbau der Elektromobilität auf allen Ebenen des Verkehrs.

(Beifall bei der SPD)

Ich fasse zusammen: Bei den diesjährigen Haushaltsverhandlungen wurden alle Haushaltsanträge der SPD abgelehnt. Professor Piazzolo hat die Grundsätze solcher Entscheidungen schon ausgeführt; das kann ich mir jetzt sparen. Mit dieser generellen Ablehnungshaltung verhindern Sie Maßnahmen, die die richtigen umweltpolitischen Signale senden würden. Eine konsequente und ergebnisorientierte Umweltpolitik zeugt aber nur dann Erfolge, wenn wichtige Maßnahmen, die selbstredend auch mit Kosten verbunden sind, auch die Stimmen der Mehrheitspartei in diesem Gremium bekommen. Diese Mehrheit war der Wille des Bürgers und ist damit ohne jede Einschränkung zu respektieren. Damit ist aber auch gemeint, dass die alleinige Regierungspartei mehrheitlich in der Verantwortung für unsere Umwelt steht. Dieser Verantwortung kann man nicht gerecht werden, wenn man alle Haushaltsanträge der Opposition grundsätzlich ablehnt, um deren Gestaltungskraft massiv einzuschränken.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Dadurch, dass wichtige Haushaltsinitiativen zum Umweltschutz vonseiten der Staatsregierung nicht erfolgt sind, sind unsere Handlungsspielräume als Umweltpolitiker stark eingeschränkt. Ich hoffe dennoch, dass wir eine ziel- und ergebnisorientierte Umweltpolitik zustande bringen. Die Zeit drängt, und nicht alle Versäumnisse können bei Bedarf einfach nachgeholt werden. - Ich wünsche mir für unser Land und die hier lebenden Menschen, dass es uns gelingt, Schaden von der Umwelt fernzuhalten und

die richtigen Entscheidungen rechtzeitig zu treffen. Als SPD-Fraktion bieten wir hierzu auch für die Zukunft unsere uneingeschränkte Unterstützung an.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER steht der Kollege Zierer schon bereit. – Bitte schön.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Frau Staatsministerin, meine Damen und Herren, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 12 gehört zu den kleinsten;

(Zuruf von der SPD: Leider!)

denn seine Ausgaben betragen nur 0,8 % des Gesamthaushalts. Das spiegelt sich irgendwie auch in der Anwesenheit der Kolleginnen und Kollegen wider.

(Heiterkeit)

Wenn man einmal herumschaut, sieht man, dass wir von den FREIEN WÄHLERN fast vollzählig anwesend da sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): So viele sind Sie ja nicht!)

– Ja, man muss Unterschiede auch einmal herausstellen dürfen. Das steht uns, glaube ich, durchaus einmal zu. So ähnlich war es leider Gottes ja bereits, als es um die Landwirtschaft ging. Man redet zwar immer davon, dass man die Landwirtschaft braucht, aber was die Anwesenheit angeht, wird die Wertigkeit dann doch anders gesehen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wir sind da, Herr Kollege!)

– Genau, die SPD ist auch stark vertreten. Respekt!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Gut, kommen wir zum Thema. Beim Hochwasserschutz entsetzt es uns schon, dass die Leute, die jetzt eingestellt werden – an die 150 Stellen sollen besetzt werden –, nur kurzzeitig eingestellt werden. Die Stellen sollen bis 2022 befristet sein, dann sollen die Leute wieder entlassen werden. Ich weiß nicht, ob das der richtige Umgang mit dieser Problematik ist. Ich sage: Es ist der falsche Umgang damit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Wenn wir schon über Hochwasser reden, müssen wir auch über Klimaschutz reden. Wir wissen, dass die Verbrennung von Kohle, Öl und Gas 80 % ausmacht. Doch was können wir tun? - Wir können den Ausbau regenerativer Energien fördern, wir können die kleinen Bürger unterstützen, wir können wieder Förderprogramme unterstützen, die in diese Richtung gehen. Wir sollten die Leute unterstützen, wenn es bei Anlagen zur Photovoltaik oder zur Windenergiegewinnung um das Baurecht geht. In vielen Punkten kann auch die Landesregierung die Bevölkerung auf diesem Weg dorthin unterstützen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dann sprechen wir nicht nur davon, sondern tun wirklich etwas. Das soll es doch sein.

Ein großer Anteil des Energieverbrauchs entfällt auf das Beheizen von Gebäuden. Dort anzusetzen ist mindestens genauso wichtig wie bei der Stromwende. Wenn man schaut, was auf Bundesebene an steuerlichen Absetzbarkeiten kommen soll, ist das natürlich zu begrüßen. Aber das hilft nur Privatpersonen und Unternehmen. Für die vielen kommunalen und anderen staatlichen Gebäude bringt eine steuerliche Absetzbarkeit überhaupt nichts. Für die Kommunen können wir nur die Forderung erneuern: 15 % Steueranteil.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Damit wäre sehr viel gewonnen; denn die Kommunen wissen selbst am besten, wo das Geld am effektivsten angelegt ist. In dieser Richtung sollten wir sie unterstützen. Es sollten keine Fehler gemacht werden bei der Unterstützung, wie es in Berlin mit der sogenannten Sonnensteuer geschah. Keiner hat es geglaubt, aber es ist so gekommen. Da gab es bei sehr vielen Dingen eine große Behinderung. Wir könnten Zeichen setzen, dass es auch andere Wege gibt.

Ich komme nun zur Sanierung der Staatsgebäude. Gehen wir doch mal auf den Flur hinaus. Die Fenster in der Lobby haben eine Einscheibenverglasung. Zu Hause würden wir denken, wir wären noch in der Vorkriegszeit. Das ist doch ein Wahnsinn. Wir müssen mehr Mittel für die Sanierung bei den staatlichen Gebäuden einsetzen; denn nur so können wir mit gutem Beispiel vorangehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn Besucher in den Landtag kommen und die Einscheibenverglasung sehen, fragen sie sich, wovon wir eigentlich reden und wozu wir sie auffordern. Wir selbst haben nur das Billigste vom Billigen.

Ebenso wichtig wäre es, Fördermittel in die Wasserkraft für die Energiewende zu geben. Gerade bei der Wasserkraft gibt es Erneuerungsbedarf, und wir könnten sehr viel mit den entsprechenden Mitteln bewirken und gleichzeitig auch Fische und Kleinlebewesen schützen. Auch das wäre ein Ansatz, bei dem wir uns gut betätigen könnten. Es gibt da zwar einen Haushaltstitel, aber der gilt nur für staatliche Wasserwerke. Ich denke, gerade bei uns in Bayern gibt es sehr viele Tüftler und innovative Firmen, die durchaus Unterstützung brauchen könnten und diese auch bekommen sollten.

Nun ein Wort zu den Naturparkvereinen. Die Naturparkvereine brauchen mehr Personal. Das wissen wir alle. Aber leider sind unsere Anträge genau wie die euren zu diesem Thema abgelehnt worden. Es ist bedauerlich, wenn man nicht einmal 255.000 Euro dafür in den Haushalt einstellen kann.

(Florian von Brunn (SPD): Das könnte man aus einem Sparschwein nehmen!)

- Nein, da bräuchte man kein Sparschwein zu schlachten. Man hätte da durchaus ein Zeichen setzen können, dass man die Leute unterstützen will.

Die FREIEN WÄHLER haben einen Antrag auf eine Art Notunterstützung bei Fundtieren gestellt. Das heißt, die Kommunen sollten unterstützt werden, wenn zum Beispiel Tiere auf der Autobahn zu Tode kommen. Viele kleine Gemeinden können solche Kosten nicht übernehmen. Ich habe das im Landkreis Freising erfahren. Dort ging eine Rechnung über 225.000 Euro ein. Das ist unglaublich. Auch hier gilt es, nicht nur vom Tierschutz zu reden, sondern die Vereine und Kommunen zu unterstützen, damit sie eine vernünftige Arbeit leisten können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Absolut bedauerlich ist auch, dass der SPD-Antrag für Mittel zur Kastration von Katzen keine Mehrheit gefunden hat. Auch das ist vernünftiger Tierschutz.

(Karl Freller (CSU): Das können die Kommunen selber bezahlen! Dazu braucht man kein staatliches Programm! – Gegenruf von der SPD: Typisch, die Aufgaben der Staatsregierung auf die Kommunen zu verlagern!)

- Das ist doch keine Aufgabe der Kommunen. Die Kommunen kann man dafür nicht in die Pflicht nehmen.

(Zuruf von der CSU)

Gut, geben wir den Kommunen einen 15-prozentigen Anteil, dann können wir noch mehr Aufgaben auf die Kommunen verlagern. Damit könnten wir sie dann vielleicht auch unterstützen.

Ich komme zum Schluss. Unsere Anträge sind genauso abgelehnt worden wie die von der SPD und den GRÜNEN. Ich bedaure das sehr; denn es waren gute Anträge, deren Annahme die Situation in vielen Dingen verbessert hätte.

Abschließend möchte ich noch auf einen Punkt zu sprechen kommen, der uns in der nächsten Zeit alle stark beschäftigen wird. Ich spreche von der dritten Start- und Landebahn. Hier könnte unsere neue Ministerin ein Zeichen setzen. Sie könnte ihre Fraktionskollegen einladen, nach Freising und nach Attaching zu fahren, um sich dort vor Ort anzusehen, welche Belastungen auf die Menschen, die dort leben, zukommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Frau Ministerin, es sollte eine Ihrer nächsten Aufgaben sein, die Leute vor Ort zu besuchen. Sie würden hoch honorieren, wenn Sie sich direkt vor Ort informieren und Ihren Fraktionskollegen zeigen würden, was auf die Bewohner zukommt. Wie viele wissen denn, dass Tausende von Leuten in Attaching massiv betroffen sein werden? Es muss sogar eine Sportanlage abgerissen werden. Ich lade Sie gern auch auf ein Glas Bier in Weihenstephan oder Attaching ein. Dann gehen wir auch noch auf den Domberg hinauf und schauen uns die Auswirkungen an. Ihr Vorgänger weiß um diese Problematik; denn wir haben uns darüber durchaus unterhalten. Ich glaube, es bedarf durchaus einer Diskussion in Ihrer Fraktion, die nur dazu führen kann, dieses Projekt aus der Landesentwicklungsplanung herauszunehmen.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Da wird ja nicht nur ein Vogelschutzgebiet zerstört, sondern die Menschen dort werden massivst belastet und vertrieben. Freising kann sich kaum mehr entwickeln. Auch die anderen Ortschaften werden massivst betroffen. Bitte gehen Sie hin und schauen Sie sich das an. Dann könnten wir zielorientiert und vernünftig diskutieren. Nehmen Sie dieses Damoklesschwert von den Häuption der Menschen dort. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Nächste Wortmeldung: Kollege Magerl. Bitte sehr, Herr Kollege.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Die CSU und der Ministerpräsident gehen immer gerne mit der Aussage, Bayern sei die Vorstufe zum Paradies, hausieren. Wenn ich mir die Beratung des Haushaltes und die Beschlüsse zu den einzelnen Einzelplänen ansehe, frage ich mich, warum Sie so wenig tun, um diesen Zustand in Bayern zu erhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn ich mir anschau, was heute beschlossen wurde und was noch ansteht, muss ich feststellen, dass der Ausverkauf der bayerischen Heimat und der bayerischen Natur unvermindert weitergeht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe wenig Redezeit und kann deshalb nur versuchen, mich auf fünf Punkte zu konzentrieren. Es geht um unsere Änderungsanträge, die wir zum Einzelplan 12 gestellt haben und die leider, wie auch die anderen Anträge der Opposition, zum Teil aus fadenscheinigen Gründen abgelehnt wurden.

Die erste große Baustelle ist der Erhalt der Biodiversität in Bayern, das heißt, der Erhalt der Artenvielfalt. Da verstehe ich Staatsregierung und CSU-Fraktion überhaupt nicht. In der Antwort auf eine Anfrage, die ich an die Staatsregierung gestellt habe, ist von 80.000 Arten in Bayern die Rede, aber nur über 30 % dieser Arten wissen wir überhaupt Bescheid. Wie kommen Sie da zu der Aussage, es sei alles in Ordnung? - Bei den übrigen 70 % kennen wir den Erhaltungszustand in Bayern überhaupt nicht. Das ist in einem so reichen Land wie Bayern ein Skandal. Wenn man in einem Entwicklungsland darüber nicht Bescheid weiß, dann ist das okay; aber in Bayern sollte man über die Artenvielfalt wesentlich besser Bescheid wissen. Wir kennen schlicht

und ergreifend den Zustand nicht; denn es ist Politik der Staatsregierung, für Monitoring einfach kein Geld zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schauen wir uns den Bericht über die FFH-Gebiete aus den Jahren 2007 bis 2013 an. Sowohl bei den Lebensraumtypen als auch bei den Arten ist er ein Armutszeugnis für die Arbeit der Staatsregierung und der CSU. Statt dass es mit dem Erhalt der Artenvielfalt aufwärts geht, stellen wir einen deutlichen Rückgang von 40 % vom guten Zustand im Jahre 2007 auf heute nur mehr ein Drittel fest. Eigentlich soll die Tendenz in die umgekehrte Richtung gehen.

Bei der Frage nach den Gründen bemerke ich, dass Sie kein Geld in die Hand nehmen. Sie setzen auf eine reine Freiwilligkeit bei der Umsetzung. Auf die Frage nach der Umsetzung der Biodiversitätsstrategie lautet die Antwort: Die unverbindlichen Vorschläge der Arbeitsgruppe mit unterschiedlichen amtlichen und ehrenamtlichen Akteuren im Naturschutz sollen mit den vorhandenen Mitteln und der vorhandenen Personalausstattung umgesetzt werden. Dadurch schafft man nichts. Wenn ich bei der momentanen Mittel- und Personalausstattung bleibe, komme ich im Naturschutz nicht voran. Ich muss Geld in die Hand nehmen, und ich muss die zuständigen Behörden deutlich besser ausrüsten.

Bei der Biodiversitätsstrategie 2020 geht man bei acht Arten von einer Verbesserung aus, bei sieben Arten aber findet sich eine Verschlechterung; das als Antwort auf eine Schriftliche Anfrage. Damit werden Sie bei der Biodiversitätsstrategie krachend scheitern. Das muss man in diesem Zusammenhang leider klar und deutlich sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen nicht nur mehr Geld. Wir möchten uns klar und deutlich dazu bekennen: Wir brauchen auch mehr Schutzgebiete, und zwar nicht nur im Steigerwald, sondern auch in anderen Regionen Bayerns. Ich zitiere aus der Antwort des Umweltministe-

riums: "Generell ist festzustellen, dass in der Normallandschaft die Artenvielfalt weiter abnimmt, während vor allem in Schutzgebieten und auf Flächen, auf denen Naturschutzmaßnahmen umgesetzt werden, die Artvorkommen eher stabil sind."

Wenn Ihnen das noch nicht reicht, zitiere ich zum Niedergang des Niederwildes und vieler Arten der freien Landschaft aus einer Pressemitteilung des Landesjagdverbandes. Unser ehemaliger Kollege Professor Dr. Jürgen Vocke wird dort zitiert: "Besonders stark aber leidet das Niederwild unter dem rapiden Strukturwandel in der Landwirtschaft." Das hat ihnen der Herr Vocke ins Stammbuch geschrieben. Das zeigt klar und deutlich, warum hier nichts weitergeht. Der Flächenverbrauch ist wieder auf 18,1 Hektar pro Tag gestiegen. Kollege Zierer hat schon den geplanten Flächenverbrauch von 1.000 Hektar im Vogelschutzgebiet im Erdinger Moos für die dritte Startbahn angesprochen. Herr Staatsminister Herrmann war vor wenigen Tagen im Landkreis Erding im Rahmen von B 15 neu unterwegs. Das wäre wieder ein gigantischer Flächenverbrauch.

Der Gewässerschutz und der Hochwasserschutz gehören in gewisser Hinsicht zusammen. Auch bei den Daten, die wir bei den Gesetzentwürfen zum Gewässerrandstreifenprogramm diskutiert haben, sieht es zappenduster aus. In Bezug auf das Grundwasser haben wir vor wenigen Jahren noch gesagt, wir werden bis zum Jahr 2015 80 % in einen guten Zustand versetzen. Jetzt sagen wir, bis zum Jahr 2021/22 werden es 60 % sein. Das ist genauso ein Armutszeugnis wie der Zustand bei den FFH-Geieten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich muss klar und deutlich sagen: Auch beim ökologischen Hochwasserschutz nehmen Sie viel zu wenig Geld in die Hand. Auch dort sind Sie viel zu wenig aktiv, um weiterzukommen. Er hinkt im Vergleich zum technischen Hochwasserschutz hinterher. Ich verweise nur auf die Äußerungen der Gutachter in der Anhörung des Umweltausschusses im Sommer dieses Jahres, wo uns beispielsweise von Herrn Professor

Disse klar und deutlich ins Stammbuch hineingeschrieben worden ist, "ein integrales Konzept für den natürlichen und technischen Hochwasserschutz fehle in Bayern bisher." Wir haben entsprechende Anträge gestellt, um hier aufzustocken.

Dann möchte ich noch den Klimaschutz ansprechen. Auch dazu haben wir Anträge gestellt, beispielsweise zum Moorschutz, wo wir sehr viel für den Klimaschutz erreichen könnten. Leider Gottes wurden die Anträge abgelehnt. Ich wollte mich heute noch ein bisschen informieren, wie der aktuelle Sachstand ist. Dann bekommt man im Internet das berühmte Baustellendreieck. Ich darf es leider nicht zeigen. Man muss auf die Seite gehen, wo die Daten zum Klimaschutz sind. Die Publikation wird momentan bearbeitet. Der Kollege Ganserer hat es vorhin schon angesprochen. In Bayern stammen 40 % des CO₂ aus dem Verkehr. Da wäre beim ÖPNV und den anderen Haushalten sehr viel Handlungsbedarf gewesen.

Ich möchte einen letzten Punkt noch kurz ansprechen: Eine weitere Riesenbaustelle, bei der wir nicht vorankommen, ist die Stickstoffbelastung in der Atmosphäre, und zwar sowohl durch Stickstoffdioxid als auch durch Ammoniak, überwiegend aus der Landwirtschaft. Beide verursachen enorme Probleme. Ich müsste eigentlich auch hier wieder die Messwerte nennen. Ich habe mir nur die Münchner Stationen herausgesucht. Wenn man hier das Extrembeispiel Landshuter Allee nimmt, sieht man: Der eigentlich vorgeschriebene Obergrenzwert von 40 Mikrogramm Stickoxiden wird fast nie unterschritten, sondern wir haben Werte, die zum Teil deutlich über 150 Mikrogramm liegen. Auch hier besteht also enormer Handlungsbedarf. Wir werden demnächst wahrscheinlich von der EU-Kommission verklagt werden und dann entsprechende Gebühren zu bezahlen haben.

Abschließend möchte ich allen danken, die im hauptamtlichen Natur- und Umweltschutz tätig sind. Sie bekommen oft genug von dieser Seite des Hauses Knüppel zwischen die Beine geworfen.

(Zurufe von der CSU: Oooh!)

Ich möchte vor allen Dingen den Verbänden danken, die in diesem Bereich tätig sind. Ohne sie wäre es um die Natur und die Umwelt in Bayern wirklich schlimm bestellt. Zum Schluss: Das Geld, das zur Verfügung steht, reicht vielleicht, um den Mangel zu verwalten. Es reicht definitiv nicht dazu, den Mangel abzustellen. Wir werden ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Magerl. – Jetzt hat der Herr Kollege Dr. Hünnerkopf das Wort. – Bitte schön.

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Ministerin Ulrike Scharf, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Kollege Bachhuber hat den Einzelplan 12 ausführlich erläutert. Ich persönlich habe mich gefreut, dass er am Begriff der Nachhaltigkeit deutlich gemacht hat, was Haushalt bedeutet und dass er kein Wunschkonzert darstellt.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das sind immer wieder dieselben Sprüche!)

Man muss immer wieder schauen, wie am Ende unser großes Ziel, nämlich mit dem auszukommen, was uns zur Verfügung steht, erreicht wird.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Und der Naturschutz steht auf der Verliererseite! –

Florian von Brunn (SPD): Das sind doch Ausflüchte!)

Lieber Kollege Bachhuber, ganz herzlichen Dank für die Berichterstattung und für den Einsatz im Haushaltsausschuss und damit auch für unser Anliegen: Umwelt, Naturschutz, Verbraucherschutz.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, ich werde nicht über Themen wie grüne Gentechnik, Fracking oder dritte Startbahn reden. Das kann man an anderer Stelle sehr treffend. Es

geht hier um Haushalt, und ich möchte auch aufgrund der mir begrenzt zur Verfügung stehenden Zeit

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie haben Zeit genug! – Bernhard Pohl

(FREIE WÄHLER): Schneller reden!)

nur auf einige Punkte eingehen. – Ich muss nicht schneller reden. Wenn Sie schneller können, ist mir das recht.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Logisch! Schneller zuhören!)

Das ist eine plumpe Art, solche Bemerkungen zu machen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Bachhuber hat es gesagt: Die Entwicklung des Haushalts zeigt zwar von 2014 auf 2015 einen Rückgang um 24 Millionen Euro, aber wenn man bedenkt, dass dort schon 35 Millionen Euro enthalten sind, die ganz speziell für das Haushaltsjahr 2014, nämlich für Hochwassermaßnahmen, erforderlich waren, kann man feststellen, dass sich unser Haushalt über die Jahre kontinuierlich nach oben entwickelt. Das muss man einmal in aller Deutlichkeit sagen, auch wenn unser Haushalt - das fällt auch mir auf -, nur unter 1 % des Gesamthaushalts ausmacht.

Ich möchte kurz erfreuliche Erhöhungen in diesem Haushalt ansprechen, die hier wichtig sind. Es geht um Naturschutz und Landschaftspflege, um die Umweltbildung, um das Klimaprogramm 2050 und um Verbraucherschutz und Verbraucherinformation. Ein erster Punkt im Zusammenhang mit Naturschutz und Landschaftspflege: Ich bin, wie meine Kollegen aus der Umweltpolitik, sicher auch aus dem Lager der Opposition, froh, dass es möglich war, einen Weg zu finden, die Gebietsbetreuung weiter zu finanzieren.

(Florian von Brunn (SPD): Das stimmt!)

Nachdem die Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds zur Verfügung stehen, ist es notwendig gewesen, sie aus dem Naturschutzfonds zu bestreiten. Es sind immerhin 30 Gebietsbetreuer, die in besonders bedeutsamen Gebieten Bayerns weiterhin tätig sein können. Die von ihnen betreuten Gebiete mit ihrer besonderen Naturausstattung und Großräumigkeit sind wichtige Bausteine im landesweiten Biotopverbund Bayern-Netz Natur. Sie tragen ganz wesentlich dazu bei, die biologische Vielfalt in Bayern und damit die Umsetzung der bayerischen Biodiversitätsstrategie voranzubringen, wenngleich es auch hier - das will ich nicht abstreiten - wünschenswert wäre, wenn es mehr wäre. Aber ich denke, es ist hinreichend darauf hingewiesen, dass wir insgesamt mit den Mitteln auskommen wollen. Wenn uns Bildung, wenn uns innere Sicherheit, wenn uns andere Bereiche so viel wert sind, dann steht für diese Belange nur ein begrenztes Finanzvolumen zur Verfügung. Meine Damen und Herren, diese Gebietsbetreuer, die auch Touristen führen, die Menschen die wertvollen Flächen erläutern und nahebringen, sind für uns ganz wichtig. Ich möchte an dieser Stelle diesen 30 Damen und Herren sehr herzlich für ihre Arbeit danken.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der SPD)

Zu Naturschutz und Landschaftspflege gehört auch die Tätigkeit unserer Landschaftspflegeverbände. Ich darf vorwegnehmen: Ich bin allen Kolleginnen und Kollegen in der Fraktion sehr dankbar dafür, dass es möglich war, aus den Mitteln, die uns zur Verfügung standen, noch einmal 200.000 Euro einzustellen, um die Tätigkeit der Landschaftspflegeverbände zu unterstützen. Wir wissen, diese Landschaftspflegeverbände sind ein Exportschlager aus Bayern. Sie sind bei uns erfunden worden. In diesen Verbänden wirken die Kommunen, Vertreter des Naturschutzes und Vertreter der Landwirtschaft zusammen. Wir haben nur 55 Landschaftspflegeverbände, aber 71 Landkreise. Wir wollen deshalb diese wirklich sinnvolle und gute Institution der Landschaftspflegeverbände weiter voranbringen. Diese 200.000 Euro sind speziell dafür gedacht, Neugründungen zu unterstützen. Das ist eine gute Sache. Das ist ein

zweiter Punkt, der mir und uns sehr wichtig ist. Wir sind dankbar dafür, dass es nun möglich ist, die Mittel dafür bereitzustellen.

Die Umweltbildung muss uns allen am Herzen liegen. Es gibt diesen klugen Satz: Nur was man kennt, das schätzt man, und was man schätzt, das schützt man. Dieser Satz ist auf jeden Fall richtig. Über die Umweltbildung kann das Zusammenspiel von Mensch und Natur bewusst gemacht werden, und das vor allem bei Kindern und Jugendlichen. Wer solche Umweltbildungsstationen schon einmal besucht hat, kann sehr wohl feststellen, wie begeistert gerade Kinder dort tätig sind. Jeder, der Kinder hat, weiß auch, wie Kinder den Eltern den Spiegel vorhalten und sie anregen können, sich umweltgerecht zu verhalten. Bei den Mitteln für die Umweltbildungsstationen ist im Haushalt eine Steigerung um 600.000 Euro möglich. Mit einem Betrag von jährlich zusätzlich 1,1 Millionen ist dafür gesorgt, dass die Arbeit noch intensiviert werden kann.

(Beifall bei der CSU)

Zum Biodiversitätsprogramm: Kollege Magerl, wir haben neulich über die Entwicklung unserer FFH-Gebiete im Ausschuss diskutiert. Die Anmerkung stimmt, dass 70 % der Arten in Bayern noch nicht erfasst sind, dass wir darüber zu wenig wissen. Ich möchte dem aber entgegenhalten, die Entstehung dieser Arten in summa hat niemand nach Plan und in Kenntnis der Lebensbedingungen und der Habitate bewirkt, sondern sie sind eine Folgeerscheinung der vielfältigen Tätigkeit des Menschen. Wenn man die nötigen Lebensräume im Blick hat, wenn man beispielsweise über das Kulturlandschaftsprogramm dafür sorgt, dass ein Drittel unserer landwirtschaftlichen Flächen extensiv genutzt wird, wenn man über Vertragsnaturschutz und andere Programme – ich will nicht alles ansprechen – Maßnahmen fördert, erreicht man doch einen gangbaren Weg, hier voranzukommen. Wenn wir den Ansatz im Jahr 2015 um 450.000 Euro und im Jahr darauf um 1 Million Euro erhöhen können, ist damit in erster Linie die Verpflichtung für das Biosphärenreservat in der Rhön abgedeckt. Es geht aber auch darum, hier insgesamt voranzukommen. Eine Steigerung um insgesamt zwei Millionen

macht das deutlich. Das ist kein Quantensprung, aber mühsam nährt sich das Eichhörnchen. Wir werden auch hier immer weiter daran arbeiten.

Der Klimaschutz war nach der Weltwirtschaftskrise von 2008 für einige Zeit aus dem Blickfeld. Inzwischen wird über Klimaschutz wieder diskutiert. Wir können annehmen, dass es vorangeht. Sicher ist, dass durch die Veröffentlichungen des neuen IPPC-Reports 2014 das Bewusstsein der Menschen für den Klimaschutz wieder geschärft worden ist. Bayern hat auch auf diesem Gebiet nicht nachgelassen. Bei den erneuerbaren Energien und allen damit zusammenhängenden Maßnahmen besteht die große Herausforderung darin, eine Energiequelle, die keinen CO₂-Ausstoß verursacht hat, nämlich die Kernenergie, zu ersetzen. Wir sind mit einem Anteil der erneuerbaren Energien von 35 bis 36 % auf einem guten Weg. Ich weiß, das Bessere ist der Feind des Guten. Das muss man auch miteinbeziehen. Immerhin haben wir seit 2008 knapp eine Milliarde Euro für Klimaschutz, Energie und die damit in Zusammenhang stehenden Innovationen investiert. Können Sie mir ein Land in der Bundesrepublik nennen, das mehr dafür ausgegeben hat? - Wahrscheinlich nicht.

Wir haben uns zum Ziel gesetzt, ca. 50 Moore bis zum Jahr 2020 wieder zu vernässen. Dafür haben wir seit 2000 9 Millionen Euro ausgegeben. Wir wissen, dass in diesen Mooren das Potenzial der CO₂-Bindung sehr hoch ist. Im Haushalt 2015/2016 sind für Klimaschutz jeweils 22 Millionen eingesetzt. Kollege Bachhuber hat es schon angesprochen. Insofern ist auch hier vieles getan.

Ich hatte eigentlich noch vor, die Trinkwasser- und Abwasseranlagen anzusprechen, weil wir für die Sanierung zumindest ein Notprogramm und eine Härtefallregelung finden müssen, damit Kommunen, die aufgrund geologischer Verhältnisse oder auch aufgrund der demografischen Entwicklung extrem betroffen sind, unterstützt werden können. Es ist nicht daran gedacht, die Sanierung grundsätzlich mit staatlichen Mitteln zu fördern. Das möchte ich an der Stelle unseren Bürgermeistern und denen, die kommunalpolitisch Verantwortung tragen, deutlich machen. Es ist die Aufgabe der Kom-

munen, hier zu handeln, Rücklagen zu bilden, um dann auch diese Aufgaben bewältigen zu können.

Beim Verbraucherschutz konnten wir den Verbraucherservice Bayern und die Verbraucherzentrale Bayern mit 200.000 Euro aus der Verteilmasse der Fraktion unterstützen. Ich habe gehört, dass sie das Geld sehr gut einsetzen können. Ich bedanke mich an dieser Stelle bei diesen ehrenamtlichen Organisationen dafür, dass sie so sehr an dem mitwirken, was wir von staatlicher Seite grundsätzlich erreichen wollen. Deshalb ganz herzlichen Dank an den Verbraucherservice und die Verbraucherzentrale!

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, ich möchte mich bei allen bedanken, die uns in den Aufgaben Naturschutz und Verbraucherschutz unterstützen.

(Florian von Brunn (SPD): Also nicht bei uns!)

Die Opposition beziehe ich gerne mit ein, sofern sie uns gute und sinnvolle Impulse gibt. Dafür sind wir immer offen. Ich glaube, das haben wir im Umweltausschuss schon gezeigt. Ich bedanke mich vor allen Dingen bei allen im Umweltministerium, die in kooperativer Arbeit diese Aufgabe zusammen mit uns wahrnehmen. Ich bedanke mich auch bei unserer Umweltministerin, die sich sehr schnell und intensiv in dieses Amt eingelebt hat und die uns auch mit Offenheit bei der Umsetzung unserer Anliegen unterstützt.

Meine Damen und Herren, der Umweltschutz, der Naturschutz und der Verbraucherschutz haben eine größere Bedeutung, als der Anteil dieses Einzelplans am Haushalt vermuten lässt. Wir wissen, dass wir mit diesen Mitteln und dem Engagement der Menschen sehr viel erreichen. Vorhin wurde abfällig darüber geredet, dass für einige Jahre vorübergehend zehn Stellen geschaffen werden. Hier bekommen Fachkräfte eine Chance, sich einzuarbeiten.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, Ihre Redezeit.

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Diese Leute werden anschließend sicher übernommen werden, weil viele Kollegen schon älter sind und in Pension gehen können. Ich danke allen für ihr Engagement. Der Staat, das Ehrenamt und die Gesellschaft leisten viel. Das wissen wir, und dafür sind wir dankbar.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Jetzt darf ich Herrn Kollegen von Brunn das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Staatsministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der SPD-Fraktion haben wir heute eine Arbeitsteilung: Herr Woerlein hat zum Umweltschutz gesprochen, ich werde über den Verbraucherschutz reden. Wenn Sie die Zeitung gelesen haben, wissen Sie: In Bayerns Brezen ist zu viel Aluminium. Das schadet den Verbraucherinnen und Verbrauchern. In Bayerns Haushalt ist zu wenig Verbraucherschutz. Das schadet den Verbraucherinnen und Verbrauchern auch.

(Beifall bei der SPD)

Frau Ministerin, ich kann Ihnen gern ein konkretes Beispiel nennen, nämlich die Haushaltsmittel für die Verbraucherschutzverbände. Hier geht der Freistaat nicht voran, wie das Frau Aigner in ihrer Vorlesung behauptet hat, sondern er hinkt hinterher. Dies lässt sich im Bundesländervergleich, den Sie sehr schätzen, ganz einfach zeigen: Während das von Sozialdemokraten mit absoluter Mehrheit regierte Hamburg pro Jahr und pro Einwohner einen Euro für die Verbraucherinformation ausgibt, erreicht das von der CSU mit absoluter Mehrheit regierte Bayern gerade einmal etwas mehr als 40 Cent pro Einwohner und Jahr. Das ist nicht einmal halb so viel wie in Hamburg. Sie liegen mit Ihren Ausgaben für die Verbraucherschutzinstitutionen unter dem Bundes-

durchschnitt und hinter allen ostdeutschen Bundesländern. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Hier geht Bayern nicht voran, wie das Frau Aigner gesagt hat. Hier hinkt der Freistaat hinterher, zum Schaden der Verbraucherinnen und Verbraucher.

Die nächste Frage lautet: Wie gibt der Freistaat das knappe Geld für die Verbraucheraufklärung aus? – Ich habe mir einmal Ihr vielgelobtes Verbraucherportal VIS angesehen. Nehmen wir einmal als aktuelles Beispiel die Brezn. Als Verbraucher erwarte ich, wenn ich am Morgen mit meinem Kind beim Bäcker stehe, die Information, ob ich dort unbesorgt kaufen kann. Auf diesem Verbraucherportal finden wir aber keinen konkreten Hinweis. Es gibt lediglich einen Link zum Jahresbericht der Landesanstalt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit.

(Oliver Jörg (CSU): Gehen Sie zum Bäcker Ihres Vertrauens!)

Ganz anders sieht es bei der Rückforderung von Kreditbearbeitungsgebühren aus. Hierzu sind auf dem Portal ganz konkrete und praktikable Tipps zu finden. Zu diesem Thema wird beschrieben, wie man als Verbraucher vorgehen muss. Diese Inhalte werden von den Verbraucherschutzverbänden in dieses Portal eingespeist. Dort finden sich verständliche Hinweise für Verbraucherinnen und Verbraucher. Dort wären die Haushaltsmittel gut angelegt. Sie halten aber genau diese Verbraucherschutzverbände kurz, die Profis für den Verbraucherschutz, obwohl Sie wissen, dass sie mehr Geld benötigen. Wir erkennen an, dass Sie zumindest die Ansätze für den Verbraucherschutz erhöhen. Sie bleiben aber trotzdem um mehr als 10 Cent pro Einwohner und Jahr hinter dem Bundesdurchschnitt zurück. Ich möchte eines der von Ihnen geschätzten Bilder verwenden: Sie spielen weit entfernt von den Champions-League-Plätzen. Sie spielen bei diesem Thema in der unteren Tabellenhälfte.

(Beifall bei der SPD)

Die Mittel sind zu gering, zumal das zuständige Ministerium in den Antworten auf die Anfragen selbst erklärt hat, dass der Informations- und Beratungsbedarf der Verbraucher weiter anwächst. Die Verbraucherzentralen und der Verbraucherservice kommen mit den Beratungsgesprächen überhaupt nicht mehr hinterher. Die Menschen in Bayern haben einen sehr großen Beratungsbedarf. Die Beratungsgespräche werden immer komplexer und länger. Schließlich geht es auch um wichtige Themen wie Lebensmittelunverträglichkeit, um die Altersvorsorge, die Krankenversicherung und Geldanlagen allgemein.

Ich appelliere an Sie: Geben Sie in Zukunft Ihre Verweigerungshaltung auf. Greifen Sie unsere Vorschläge auf, die eine Erhöhung der Mittel für dieses wichtige Thema um eine Million Euro vorsehen. Dieses Geld wäre für die Verbraucherinnen und Verbraucher gut angelegt, damit sie im Alltag nicht über den Tisch gezogen werden.

(Beifall bei der SPD)

Aus unserer Sicht ist dies aber nur ein Zwischenschritt; denn die Verbraucherschutzpolitiker der SPD wollen, dass der Freistaat und die anderen Bundesländer mittelfristig pro Einwohner und Jahr einen Euro in die Verbraucheraufklärung investieren. Das Geld ist da, auch in Bayern. Sie geben es nur für etwas anderes aus, zum Beispiel für den Gipfel in Elmau. Dieser Gipfel soll 130 Millionen Euro kosten. Mit diesen 130 Millionen Euro könnten Sie in Bayern die Verbraucherschutzverbände 20 Jahre lang ausstatten, wenn ich Ihre heutigen Vorschläge zugrunde lege. Sie könnten sie 10 Jahre lang ausstatten, wenn wir die Hamburger Verbraucherschutz Ausgaben heranziehen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Ministerin, hier müssen Sie umsteuern. Lassen Sie Bayern beim Verbraucherschutz vorangehen und nicht weiter hinterher hinken. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Jetzt hat Herr Kollege Kraus das Wort.

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Frau Staatsministerin, Kolleginnen und Kollegen! In der mir verbleibenden Redezeit und in den Redebeiträgen meiner Vorgänger spiegelt sich das Verhältnis zwischen dem Umweltschutz und dem Verbraucherschutz in diesem Ministerium. Herr Kollege Dr. Hünnerkopf lobt die Verbraucherverbände, lehnt aber gleichzeitig in unserem Ausschuss alle Anträge ab, die zugunsten dieser Verbraucherverbände gestellt worden sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die beiden Verbände arbeiten mit großem Idealismus und Engagement. Ihre Aufgaben werden immer vielfältiger. Wir haben noch gar nicht über das Thema Finanzen gesprochen, das in Zukunft in den Verbraucherzentralen ein Riesenthema sein wird. Ich nenne nur das Internet und die Cyber-Kriminalität. Normale Bürger bekommen Rechnungen von Anwälten und bezahlen diese Rechnungen aus Angst und Scham, weil sie nicht wissen, dass dies nur eine riesige Abzocke ist. Die Verbraucherarbeit ist für mich ein Gradmesser, mit dem man feststellen kann, wie die gut gemeinte Politik, wie Gesetze und Verordnungen, die wir in Bayern erlassen, umgesetzt werden. Wenn das so einfach wäre, würden wir diese Einrichtungen nicht brauchen.

Heute stand unter anderem in der Zeitung: In Unterschleißheim hat eine Familie einem Schlüsseldienst für eine Viertelstunde Arbeit 740 Euro bezahlt. Die Verbraucherzentrale hat diesen Fall publik gemacht, damit die Menschen solchen Firmen nicht mehr auf den Leim gehen. Wir wollten zur Stärkung der Verbraucherberatung sieben Stellen. Dies wurde abgelehnt. Wir wollten eine Verdoppelung des Prozesskostenbudgets. Gott sei Dank sind diese 100.000 Euro im neuen Haushalt drin. Wir wollten aber auch Stellen für das Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz. Sobald eine hilfsbedürftige Person einmal in einem Heim ist, ist die Hemmschwelle sehr groß, sich mit dem Pflegepersonal anzulegen. Schließlich sind die Menschen froh, einen Platz gefunden zu

haben. Diese Verträge sind oft sehr fragwürdig. In Berlin wurden 25 Stichproben genommen, von denen 22 mangelhaft oder fehlerhaft waren. Ich finde es sehr schade, dass Oppositionsanträge grundsätzlich abgelehnt werden.

Am Ende meiner Redezeit möchte ich noch ganz kurz auf den Biber eingehen, weil er ebenfalls in die Zuständigkeit dieses Ministeriums fällt. Die Frau Ministerin weiß, dass wir die dafür vorgesehenen 450.000 Euro alleine in ihrem Heimatlandkreis für Biber-schäden ausgeben könnten. Leider ist auch dieser Haushaltstitel nicht erhöht worden. Im Jahr 2013 sind nur 75 % der Schäden bezahlt worden. Die Dunkelziffer ist um ein Vielfaches höher.

Die Optimierung der Fischverträglichkeit von Kleinwasserkraftanlagen ist ein weiteres Thema, ebenso wie die Energiewende. Bei der Energiewende sind die Wasserkraftanlagen für uns ein entscheidendes Thema. Zu guter Letzt möchte ich unter Überziehung meiner Redezeit der Frau Staatsministerin einen ganz breiten Buckel und ein ganz dickes Fell beim Thema dritte Startbahn wünschen. Die Verhinderung der dritten Startbahn wäre Umweltschutz und Verbraucherschutz in Vollendung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Ich wünsche Ihnen in dieser Fraktion und in diesem Kabinett alles Gute und drücke Ihnen die Daumen, dass Sie Ihre bisherige Stellung beibehalten können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Jetzt hat Frau Kollegin Steinberger das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Frau Präsidentin, Frau Staatsministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Verbraucherschutz scheint in Bayern keine besonders große Rolle zu spielen. In jeder Legislaturperiode wird er einem anderen Ressort zugeschlagen; früher war er beim Justizressort, jetzt ist er beim Umweltministerium angesiedelt.

Anscheinend ist der Verbraucherschutz Verfügungsmasse, um irgendein Ministerium zu komplettieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist für die Ehrenamtlichen und für die Verbände ein großes Problem.

Nun ist also das Umweltministerium zuständig. Das macht erst mal Sinn; denn gerade Umwelteinflüsse sind es, die die Gesundheit und Unbedenklichkeit unserer Lebensmittel gefährden. Zusatzstoffe und Herstellungsmethoden müssen ungefährlich sein. Der Staat hat die Aufgabe, das zu garantieren. Leider gibt es immer wieder Lebensmittelskandale, auf die der Staat reagieren muss. Die erhöhten Gehalte von Aluminium im bayerischen Nationalgebäck, in der Breze, haben uns alarmiert. Wir haben es heute schon gehört. Nun wird angekündigt, dass auf diese Überschreitung reagiert wird. Ja, genau, das ist richtig. Aber das passiert viel zu spät. Das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit moniert diese Überschreitungen bereits seit mindestens zehn Jahren. Wir empfehlen dazu ein Vorgehen wie in Baden-Württemberg. Dort hat man die Kontrollen verschärft und empfindliche Strafen eingeführt. Damit ist die Beanstandungsquote deutlich gesunken. Aber man findet nur dort etwas, wo man auch sucht. Das Bayerische Landesamt hat die Proben bei Gebäck und Fleisch leider zurückgefahren. Genau in diesem gesundheitsrelevanten Bereich müsste mehr passieren, nicht weniger.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Wir fragen uns auch, warum der Schwerpunkt der Probennahme ausgerechnet beim Wein gesetzt wird. Wäre es nicht sinnvoller, die vorhandenen Mittel dort einzusetzen, wo eine Gefährdung der Verbraucherinnen und Verbraucher droht? Als Beispiel möchte ich die Rückstände im Fleisch ansprechen, die viel zu wenig kontrolliert werden. Dafür reichen die Erhöhungen im Haushalt leider nicht aus. Auch im Bundesdurchschnitt schauen wir auf diesem Gebiet nicht besonders gut aus; denn nicht nur die Höhe der Mittel ist wichtig, sondern wichtig ist vor allem auch, wie diese Mittel einge-

setzt werden. Es muss auch evaluiert werden, ob diese Mittel sinnvoll eingesetzt werden. Auch das passiert zu wenig.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Aber offensichtlich setzt die Staatsregierung mehr auf Öffentlichkeitsarbeit. So ist heute der Ansatz für Veranstaltungen dreimal höher als 2013.

Unser Lebensmittel Nummer 1 ist das Wasser. Sie wissen, dass unser Wasser ernsthaft in Gefahr ist. Deutschland droht gerade ein Vertragsverletzungsverfahren, weil es seinen Nitrataustrag nicht in den Griff bekommt. Aber die CSU blockiert im Schulterschluss mit der Aiwanger-Partei alle Versuche, die Überdüngung unserer Felder und damit die Auswaschung von Nitrat ins Grundwasser einzudämmen. Nicht einmal die Auswaschung von Antibiotika konnte Sie von der CSU alarmieren.

(Zuruf von der CSU)

Immer mehr Wasserversorger brauchen vom Gesundheitsamt eine Ausnahmegenehmigung, um überhaupt noch Wasser liefern zu dürfen. Aber was sagen Sie dazu? Ihre Antwort war eine Ablehnung unserer Anträge, genauso wie Sie unsere Anträge zu Bisphenol A im Spielzeug, zur Pelzkennzeichnung oder zur Gentechnik abgelehnt haben.

Der Verbraucherschutz fristet in Bayern ein Schattendasein. Zum Glück gibt es die EU, die im Verbraucherschutz gute Standards gesetzt hat. In diesem Haus wird leider viel zu oft über die EU geschimpft. Aber gerade im Verbraucherschutz haben wir ihr sehr viel verdanken.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Aus eigenem Antrieb passiert hier in Bayern leider viel zu wenig. Ehrenamt und Gesellschaft leisten einen großen Beitrag. Aber der Staat könnte wesentlich mehr tun.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. Für die Staatsregierung hat jetzt Frau Staatsministerin Scharf das Wort. Bitte schön, Frau Staatsministerin Scharf.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke Ihnen, die Sie jetzt im Plenum nach diesem langen Debattentag um den Haushalt und trotz der Champions-League-Spielzeiten noch anwesend sind. Ich kann Ihnen versichern: Es gibt auch außerhalb der Allianz-Arena Grund zur Freude; dort steht es 1 : 0 für den FC Bayern.

Ich freue mich heute mit einer Mehrheit des Hohen Hauses über den Verantwortungshaushalt 2015/2016. Dieser Haushalt macht deutlich: Die Zukunft ist weiß-blau. Wir schaffen den Spagat zwischen Schuldentilgung und Investitionskraft. Wir bekennen uns zur Generationenverantwortung und zur Nachhaltigkeit. Wir beweisen einmal mehr: Der Umwelt- und Verbraucherschutz ist und bleibt Herzstück bayerischer Politik.

(Beifall bei der CSU)

Bayern ist zum Sehnsuchtsort für Millionen Menschen geworden, weil wir die Schöpfung bewahren und die Lebensgrundlagen erhalten. Darauf können wir stolz sein, und darauf sind wir sehr stolz.

Der Doppelhaushalt 2015/2016 ist ein Musterbeispiel hoher Haushaltskunst. Die Zahlen im Einzelplan 12 für die nächsten beiden Jahre sind 855 Millionen Euro und 865 Millionen Euro. Das ist ein starkes Bekenntnis zu einem Umwelt- und Verbraucherschutz nach Maß und ein kräftiger Aufschlag für zwei weitere erfolgreiche Jahre Politik. Wir werden für die großen Disziplinen mehr Geld zur Verfügung haben, mehr Geld für die Naturschutz- und Landschaftspflege, für den Klimaschutz, für die Umweltbildung, für den Verbraucherschutz und für Verbraucherinformationen, für Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit. Trotz leichten Rückgangs durch den Wegfall von Bundesmitteln haben wir im Umwelt- und Verbraucherschutz wieder eine Top-Investitionsquote von über 30 %; ich wiederhole: von über 30 %. Wir können gerne über De-

tails reden. Aber die Wahrheit ist nicht verhandelbar. Die Wahrheit ist: Wir schreiben schwarze Zahlen für den Umwelt- und Verbraucherschutz in Bayern.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD)

Ganz oben auf unserer Agenda steht die Vorsorge. Allein für den Hochwasserschutz ermöglichen wir mit unserem "Aktionsprogramm 2020plus" 150 Millionen Euro im Jahr. Zusätzlich stellen wir jährlich 35 Millionen Euro für unser Sonderprogramm an der Donau zwischen Straubing und Vilshofen bereit. Insgesamt haben wir damit ein wasserbauliches Infrastrukturprogramm aufgelegt, das man getrost als historisch bezeichnen kann: 3,4 Milliarden Euro für den Hochwasserschutz der Zukunft. Hochwasserschutz in Bayern steht für eine intelligente Kombination aus natürlichem und aus technischem Rückhalt. Wir unternehmen gemeinsam mit unseren Kommunen eine gewaltige Kraftanstrengung, um den Hochwasserschutz bayernweit auf ein hundertjährliches Hochwasserereignis auszurichten. Dabei bauen wir eine Klimareserve von 15 % mit ein. Wir befreien die Flüsse durch Deichrückverlegungen und Renaturierungen aus ihrem Korsett. Auf diese Weise geben wir den Flüssen mehr Raum und schaffen natürliche Retentionsräume. Gleichzeitig schmieden wir eine Kette von gesteuerten Flutpoldern. Damit können wir beispielsweise an der Donau extreme Hochwasserwellen schnell und wirkungsvoll kappen. Wenn die Welle mit Volldampf anrollt, brauchen Sie eine Notbremse. Nichts wirkt besser als ein gesteuerter Flutpolder an der richtigen Stelle.

Für mich ist dabei entscheidend: Wir setzen unsere Hochwasserschutz-Agenda gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern um. Ich war vorletzten Freitag in Deggen-dorf zum Auftakt unseres Hochwasserdialogs. Mit dem Hochwasserdialog bringen wir alle Betroffenen an einen Tisch. Wir nehmen jede Sorge ernst. Wir garantieren volle Transparenz. Bayern hat das Patronat für Lebensqualität inne, weil wir Politik mit den Menschen machen, statt über ihre Köpfe hinweg.

(Beifall bei der CSU)

Politik mit den Menschen bedeutet auch: Wir schließen Gefahren für unsere Lebensgrundlagen aus. Die Berichterstattung der letzten Wochen hat zur Verunsicherung beim Thema Trinkwasser geführt. Ich wiederhole gerne die Position der Staatsregierung: Der Schutz unseres Trinkwassers hat oberste Priorität. Wir wollen kein unkonventionelles Fracking unter Einsatz wassergefährdender Chemikalien, solange Gefahren für Mensch und Natur nicht völlig ausgeschlossen sind. Wir pflegen in Bayern bei Risikotechnologien die umgekehrte Beweislast. Das bedeutet ein Null-Promille-Risiko für die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger.

Ein klares und unmissverständliches Nein sage ich zur grünen Gentechnik. Wir haben hier im Hohen Haus gemeinsam einige Beschlüsse zur grünen Gentechnik gefasst. Das Engagement unserer bayerischen Brauer unterstützen wir im 498. Jahr des Reinheitsgebots aus fraktionsübergreifender Überzeugung.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

– Lieber Herr Aiwanger, wir haben das nicht abgelehnt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Freilich!)

– Sie müssen die Voten im Petitionsausschuss interpretieren.

(Zuruf von der SPD: Umweltausschuss!)

Vor fünf Wochen haben wir mit "Fünf Jahre gentechnikanbaufrei" einen Weg gefeiert, den wir als Volksvertreter gemeinsam mit über 200 Kommunen und gemeinsam mit einer großen Mehrheit der Menschen in unserem Land mutig und geschlossen begonnen haben. Mein Appell: Gehen wir diesen Weg gemeinsam weiter! Halten wir Bayern auch in Zukunft in großer parlamentarischer Geschlossenheit gentechnikanbaufrei!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich von Vorsorge als oberstem Prinzip spreche, gilt dies insbesondere für die Lebensmittelsicherheit. Höchste Lebensmittelqualität gehört für die Menschen in Bayern zum erweiterten Grundrechtskatalog. Wir haben im

Freistaat Hunderte hoch qualifizierte Veterinäre und Überwachungsbeamte. Diese Frauen und Männer leisten eine wahre Herkulesarbeit, nämlich 150.000 Betriebskontrollen und 70.000 untersuchte Proben im Jahr. Gemeinsam mit unseren Lebensmittelproduzenten sorgen sie für ein Höchstmaß an Lebensmittelsicherheit in unserem Land.

Dazu gehört auch der gemeinsame Kampf gegen Antibiotikaresistenzen, die eine ernst zu nehmende Gefahr für jeden von uns sind. Wir wollen den Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung verringern. Wir setzen die 16. AMG-Novelle nicht gegen, sondern mit Ihnen individuell, betriebsgerecht und fair um. Daher haben wir bereits in der Vergangenheit ein bundesweit einzigartiges Begleitprojekt aufgelegt, und daher stellen wir im Doppelhaushalt zielgerichtet höhere Personalmittel bereit. "Hergestellt in Bayern" ist ein Ritterschlag für jedes Lebensmittel. Unser Anspruch ist klar und lautet: höchste Qualität auch in Zukunft für ungetrübten Genuss und zum Wohle unserer Verbraucherinnen und Verbraucher.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das zweite Leitmotiv ist neben der Vorsorge die Verantwortung. Ich habe zu Beginn meiner Rede vom Verantwortungshaushalt 2015/2016 gesprochen. Das gilt doppelt, nämlich im Sinne der Selbstverantwortung und im Sinne der Fremdverantwortung. Wir schützen die Menschen, wo sie sich selbst nicht schützen können, zum Beispiel durch unsere Gewerbeaufsicht. Wir unterstützen sie als eigenverantwortliche, mündige und selbstbewusste Verbraucher auf Augenhöhe.

Kern unserer Verbraucherpolitik sind schnelle Information, gute Verbraucherbildung und effektive Rechtsetzung. Wir arbeiten eng und erfolgreich mit der Verbraucherzentrale und dem Verbraucherservice in Bayern zusammen. Deswegen freue ich mich über zusätzliche Mittel, die wir im Verbraucherschutz ausweisen. Das Plus von 200.000 Euro ist zwar kein Königreich; aber es ist Ausdruck unseres klaren Willens, den Verbraucherschutz in Bayern auf hohem Niveau weiterzuführen. Den Berichterstattern für unseren Einzelplan und dem Hohen Haus sage ich meinen ganz herzlichen Dank für dieses klare Signal.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Königsdisziplin der Verantwortung ist der Naturschutz. Seit Alfons Goppel beruht Regierungshandeln in Bayern auf dem Bekenntnis zu Nachhaltigkeit und Respekt vor der Schöpfung. Die Gründung des ersten Umweltministeriums der Welt wurde in diesem Hohen Haus vor 44 Jahren beschlossen. Daher ist ein kapitaler Mittelansatz für den Naturschutz in Bayern fast schon Ehrensache. 6,2 Millionen Euro mehr im Doppelhaushalt sind ein Paukenschlag für Vielfalt und Artenreichtum. Das sind gute Nachrichten für gefährdete Tiere und Pflanzen, die wir mit unserem Biodiversitätsprogramm Bayern 2030 schützen wollen, gute Nachrichten für unsere Landwirte, die sich über den Vertragsnaturschutz und Landschaftspflege engagieren, und gute Nachrichten für alle ehren- und hauptamtlichen Helfer. Sie sind die Seelen des Naturschutzes in Bayern.

Wir finanzieren unsere Gebietsbetreuer – das ist besonders erfreulich – über den Wegfall der EU-Mittel hinaus. Die Gebietsbetreuer sind Multiplikatoren aus Lust und Leidenschaft und für das Erleben unserer bayerischen Naturheimat unverzichtbar. Wir unterstützen sie aus Überzeugung direkt und indirekt durch ein sattes Plus bei der Umweltbildung.

Der Erfolg bayerischer Umweltpolitik – das liegt mir beim Thema Nachhaltigkeit am Herzen – ist ein Erfolg durch Kooperationen. Wir setzen auf Freiwilligkeit und Überzeugung. Der Umweltpakt Bayern wäre nicht eine der erfolgreichsten Umweltvereinbarungen der Welt, wenn Zwang und Dirigismus unsere Mittel wären. Mein fester Wille lautet: Fortsetzung des Umweltpakts auch nach 2015. Mein herzlicher Dank geht an Sie alle für die neuerliche Verankerung des Umweltpakts auf dem gewohnt hohen Niveau.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich spreche von Verantwortung erstens beim Verbraucherschutz, zweitens beim Naturschutz und drittens beim Klimaschutz. Klimaschutz ist Generationenverantwortung. Wir wollen den Klimaschutz durch Top-Ergebnisse im eigenen Land und als Lokomotive für den internationalen und den nationalen Kontext doppelt vorantreiben. Deswegen unser hoch ambitioniertes Ziel – Stichwort

"Zweitonnenziel" –, deswegen unsere breit angelegte bayerische Klimaallianz – einige von Ihnen haben erst vor Kurzem mit mir gemeinsam zehn Jahre erfolgreiche Arbeit gefeiert –, und deswegen die zusätzlichen Mittel für unser Klimaprogramm. Fast 170 Millionen Euro stehen im Doppelhaushalt für das Klimaprogramm 2050 bereit, 170 Millionen Euro für die drei Säulen Emissionsminderung, Folgenanpassung und internationale Spitzenforschung. Die 170 Millionen Euro sind bestens angelegtes Geld von der Klimatechnologie bis hin zur Moorrenaturierung.

Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, das Klimaprogramm Bayern 2050 steht wie vieles andere beispielhaft für den Geist des Doppelhaushalts. Es ist der Geist der Zukunftskraft und der Geist der Verantwortung über das Hier und Heute hinaus. Ich sage: Glückliche, wer Politik für seine Heimat auf diese Weise gestalten kann. Ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihre Unterstützung, und ich danke Ihnen besonders für Ihre Aufmerksamkeit und für das jetzt volle Plenum.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Staatsministerin, bleiben Sie bitte hier! Es gibt eine Zwischenbemerkung des Kollegen Florian von Brunn. Bitte, Herr Kollege.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Staatsministerin, vorab eine Bemerkung zu den 150 Millionen Euro für den Hochwasserschutz. Wir sollten keinen Etikettenschwindel betreiben: Darin sind die kommunalen Gelder für den Hochwasserschutz enthalten.

(Zuruf von der SPD: Aha!)

Mein zweiter Punkt betrifft ebenfalls den Hochwasserschutz. Das Programm Verwaltung 21 läuft auch bei den Wasserwirtschaftsämtern und beim Hochwasserschutz weiter. Das heißt, es gibt weiter Stellenabbau und einen Verlust von qualifiziertem Personal. Sie ersetzen es durch kurzfristige Projektstellen. Ich möchte von Ihnen gerne wissen, wie Sie in Zukunft das Personal haben wollen, das Sie brauchen, um die wich-

tigen Aufgaben im Bereich der Wasserwirtschaft und des Hochwasserschutzes abzubilden.

Als Drittes und Letztes zu den Naturparks. Vor einigen Wochen gab es eine Tagung des Verbandes der Naturparke. Da waren auch CSU-Kollegen aus dem Landtag anwesend. Die Vertreter von Verbänden und Naturparks – auch viele Landräte von der CSU waren anwesend – haben die Bitte geäußert, mehr Geld zu bekommen, weil die Mittel hinten und vorne nicht reichen. Was haben Sie gemacht? – Sie geben ihnen nicht mehr Geld, sondern Sie rutschen noch mit der pauschalen Kürzung um 66.000 Euro darüber. Sie subventionieren die künstliche Beschneidung. Ich frage Sie: Wollen Sie die Naturparke in Bayern am ausgestreckten Arm verhungern lassen? – Es geht immerhin um 30 % der Landesfläche und um ein sinnvolles Konzept für naturverträglichen Tourismus.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Herr Kollege, vielen Dank für Ihre Nachfragen. Wir können hier über vieles reden, auch über viele Details. Ich wiederhole noch eine Zahl: 3,4 Milliarden Euro sind in unserem Aktionsprogramm für den Hochwasserschutz in Bayern vorgesehen. Wir können immer "mehr, mehr, mehr" fordern, aber Regierungsverantwortung sieht anders aus. Wir legen einen Haushalt vor, der generationengerecht und nachhaltig ist. Ich sage Ihnen gern noch einmal: mehr Geld für den Naturschutz, für die Landschaftspflege, für Klima, für Umweltbildung, für Verbraucherschutz, für Lebensmittelsicherheit, für Tiergesundheit; Top-Investitionsquote, herausragend in Deutschland.

(Zurufe von der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

- Doch, doch, manches muss man wiederholen; in der Wiederholung liegt die Kraft. – Vor allen Dingen, Herr Kollege, mehr Personal an den richtigen Stellen. Das sind die Fakten.

(Anhaltender Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2015/2016, Einzelplan 12, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3848 bis 3863, 3881, 3976, 3977 und 4030 bis 4037 sowie die Empfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/4604 zugrunde.

Zunächst lasse ich, wie bereits zu Beginn der Beratung angekündigt, über den Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 17/3852 in namentlicher Form abstimmen. Für die Stimmabgabe sind Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals und auf dem Stenografentisch bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Hierfür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 21.52 bis 21.57 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung und bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen. Bitte nehmen Sie jetzt die Plätze ein; ich möchte in der Abstimmung fortfahren.

(Unruhe)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, die Plätze einzunehmen. Ich brauche für die Abstimmung Übersicht.

Wir führen zwischenzeitlich die von der SPD-Fraktion beantragte gesonderte Abstimmung in einfacher Form über den Änderungsantrag auf der Drucksache 17/3862 durch. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt

die Ablehnung. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die SPD und die FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt. – Jetzt brauche ich eine kurze Unterbrechung, bis ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt geben kann.

(Unterbrechung von 21.59 bis 22.00 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich gebe das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER betreffend "Erhöhung des Biberfonds", Drucksache 17/3852, bekannt. Mit Ja haben 52, mit Nein haben 86 Abgeordnete gestimmt. 15 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 19)

Der Einzelplan 12 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf der Drucksache 17/4604 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Für die Schlussabstimmung wurde namentliche Abstimmung beantragt. Abstimmungsgrundlage ist der Einzelplan 12 mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen. Die Urnen stehen bereit. Die Abstimmung ist eröffnet. Hierfür stehen drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 22.01 bis 22.04 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Das Ergebnis gebe ich später bekannt. Wir fahren zwischenzeitlich in der Tagesordnung fort.

(Unruhe)

In der Tagesordnung fortzufahren bedeutet, dass ich Sie bitte, die Plätze einzunehmen. Nehmen Sie jetzt bitte die Plätze ein! Bitte, wir schaffen es doch noch.

Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Einzelplan 08 bekannt. Mit Ja haben 86, mit Nein haben 68 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es nicht. Damit ist der Einzelplan 08 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 17)

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge zum Einzelplan 08, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 18)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, SPD und FREIE WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/4596 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3566 bis 17/3570, 17/3625, 17/3696 und 17/3759 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 08 ist damit abgeschlossen. Vielen Dank.

(Zurufe: Einzelplan 12!)

– Das war Einzelplan 08, liebe Kolleginnen und Kollegen. Über Einzelplan 12 sprechen wir noch, wenn ich das Ergebnis vorliegen habe.

(Zuruf: Es kommt schon!)

Jetzt darf ich das Ergebnis der Abstimmung zum Einzelplan 12 bekannt geben. Mit Ja haben 84 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 67 gestimmt, Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Einzelplan 12 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 20)

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnungen vorgeschlagenen Änderungsanträge, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 21)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, SPD und Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen. – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/4604 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3976 und 17/3977 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 12 ist damit abgeschlossen. Vielen Dank.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 10.12.2014 zu Tagesordnungspunkt 12: Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Haushaltsplan 2015/2016; hier: Erhöhung des Biberfonds (Kap. 12 04 Tit. 547 72) (Drucksache 17/3852)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete			X
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut		X	
Celina Kerstin			X
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus			X
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas			X
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			X
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine			
Häusler Johann			
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			X
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.			
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes			
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine			
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			X
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian			X
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen			X
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			X
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			X
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter			
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen			
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	52	86	15

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 10.12.2014 zu Tagesordnungspunkt 12: Haushaltsplan 2015/2016;
Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und
Verbraucherschutz (Drucksache 17/4604)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Beißwenger Eric	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brückner Michael	X		
von Brunn Florian		X	
Brunner Helmut	X		
Celina Kerstin		X	
Dettenhöfer Petra	X		
Dorow Alex	X		
Dünkel Norbert	X		
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute	X		
Eisenreich Georg	X		
Fackler Wolfgang	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Fehlner Martina		X	
Felbinger Günther		X	
Flierl Alexander	X		
Dr. Förster Linus			
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith	X		
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva		X	
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Haderthauer Christine			
Häusler Johann			
Halbleib Volkmar		X	
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.			
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes			
Hofmann Michael	X		
Holetschek Klaus	X		
Dr. Hopp Gerhard	X		
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Huber Martin	X		
Huber Thomas	X		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Kamm Christine			
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro	X		
Knoblauch Günther		X	
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter		X	
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia	X		
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander		X	
Neumeyer Martin	X		
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred	X		
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi		X	
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl			
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd	X		
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayer Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter			
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl		X	
Vogel Steffen			
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika		X	
Dr. Wengert Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell			
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	84	67	0

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 12

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 12

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Prozesskostenbudget für Verbraucher-schutzverbände
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/3848
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verbraucherberatung ausbauen
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/3849
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verbraucherberatung im Finanzbereich stärken
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/3850
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verbraucherberatung im Pflegebereich endlich ermöglichen
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/3851
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhöhung des Biberfonds
(Kap. 12 04 Tit. 547 72)
Drs. 17/3852
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse an Naturparkvereine
(Kap. 12 04 Tit. 893 72)
Drs. 17/3853
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Unbefristete Stellen: Kormoranbeauftragte
(Kap. 12 09 Tit. 428 73)
Drs. 17/3854
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderprogramm zur Erprobung und Optimierung fischverträglicherer Kleinwasserkraftanlagen
(Kap. 12 77 neuer Tit.)
Drs. 17/3855
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Härtefallbudget für Kommunen zur Unterbringung und Pflege von Fundtieren
(Kap. 12 08 neuer Tit.)
Drs. 17/3881

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verbraucherschutz – Zusätzliches Personal für die Verbraucherberatung im Wirtschafts- und Finanzsektor
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/3856
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verstetigung des Prozesskostenbudgets für die Verbraucherschutzorganisationen in Bayern
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/3857
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: 3 Millionen Euro mehr für den Schutz der Natura 2000-Gebiete
(Kap. 12 04 Tit. 685 72)
Drs. 17/3858
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhöhung der Förderung von 18 bayerischen Naturparks
(Kap. 12 04 Tit. 893 72)
Drs. 17/3859
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Artenschutz und Biodiversität
(Kap. 12 04 TG 71 - 72)
Drs. 17/3860
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Susann Biedefeld, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Finanzmittel für die Kastration und Kennzeichnung freilebender Katzen
(Kap. 12 08 neue TG)
Drs. 17/3861
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Susann Biedefeld, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Investitionskostenzuschüsse für bayerische Tierschutzvereine an Tierheime
(Kap. 12 08 neue TG)
Drs. 17/3862
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verstetigung von 50 Stellen für Wasserwirtschaftsämter zur Bewältigung der Folgen des Hochwassers 2013
(Kap. 12 77 Tit. 428 70)
Drs. 17/3863
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Durchführung des freiwilligen ökologischen Jahres (FÖJ) in Bayern
(Kap. 12 02 Tit. 684 01)
Drs. 17/4030
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse, Maßnahmen des Vertragsnaturschutzes, der Landschaftspflege und des Arten- und Biotopschutzes, der Umsetzung der Biodiversitätsstrategie und der Bezüge zur Bionik
(Kap. 12 04 Tit. 685 72)
Drs. 17/4031
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Moorrenaturierung: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege
(Kap. 12 04 Tit. 883 72)
Drs. 17/4032

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Maßnahmen zur Umsetzung der Wasser-
rahmenrichtlinie
(Kap. 12 09 TG 82 neuer Tit.)
Drs. 17/4033
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Einnahmen aus der Verwertung von Holz
(Kap. 12 14 Tit. 125 01)
Drs. 17/4034
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Sicherung der Wasserversorgung und
Schutz des Grundwassers
(Kap. 12 77 Tit. 784 77)
Drs. 17/4035

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse zum Bau von Trinkwasser-
brunnen
(Kap. 12 77 Tit. 883 97 und 887 97)
Drs. 17/4036
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse zum Bau von Abwasseranlagen
(Kap. 12 77 Tit. 887 98 und 893 98)
Drs. 17/4037

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Petra Dettenhöfer

Abg. Prof. Dr. Peter Paul Gantzer

Abg. Eva Gottstein

Abg. Katharina Schulze

Abg. Dr. Florian Herrmann

Abg. Claudia Stamm

Abg. Hubert Aiwanger

Abg. Dr. Herbert Kränzlein

Abg. Joachim Hanisch

Abg. Jürgen Mistol

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Georg Winter

Abg. Markus Ganserer

Abg. Eberhard Rotter

Staatsminister Joachim Herrmann

Abg. Florian von Brunn

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die **Tagesordnungspunkte 8, 9 und 10** auf:

Haushaltsplan 2015/2016

Einzelplan 03 A für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr - Allgemeine Innere Verwaltung -

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 17/3384 und 17/3385)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 17/3342 mit 17/3349, 17/3418 mit 17/3423)

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 17/3326 mit 17/3332)

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 17/3400 mit 17/3403)

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**"G7-Gipfel kostet Bayern kleinen zweistelligen Millionenbetrag" -
deswegen: Bayern muss Geld zurückfordern ([Drs. 17/3558](#))**

und

Haushaltsplan 2015/2016

Einzelplan 03 B für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr - Staatsbauverwaltung -

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 17/3386 mit 17/3388)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 17/3350 mit 17/3354, 17/3424 und 17/3425)

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 17/3333 mit 17/3335)

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 17/3404 mit 17/3413)

Im Ältestenrat wurde für die gemeinsame Aussprache eine Gesamtredezeit von zwei Stunden vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 33,5 Minuten, auf die SPD-Fraktion 21 Minuten sowie auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils 16 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion; sie kann deswegen bis zu 33,5 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert. – Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass zu den Änderungsanträgen auf den Drucksachen 17/3331 und 17/3344 namentliche Abstimmung beantragt worden ist. - Ich eröffne nun die gemeinsame Aussprache. Die erste Rednerin ist die Kollegin Dettenhöfer. – Bitte schön, Frau Kollegin.

Petra Dettenhöfer (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bayern ist Marktführer bei der inneren Sicherheit und beispielgebend mit einer modernen und leistungsfähigen Verwaltung.

(Angelika Weikert (SPD): Etwas lauter! – Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Mikrophon!)

- Ich benutze es noch nicht. Dann kann es ja noch nicht funktionieren. – Bayern ist Marktführer in der inneren Sicherheit und beispielgebend mit einer modernen und leistungsfähigen Verwaltung. Mit dem Einzelplan 03 A, dem Haushalt für den Geschäftsbereich Allgemeine Innere Verwaltung im Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr, stellen wir sicher, dass Bayern auch in den nächsten Jahren Taktgeber für ein sicheres und lebenswertes Gemeinwesen bleibt. Dafür sorgen 51.600 Beschäftigte

der Allgemeinen Inneren Verwaltung. Mehr als 450.000 ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger bei Feuerwehr, den Hilfsorganisationen, im Rettungsdienst, beim Katastrophenschutz oder der Sicherheitswacht bringen sich für den Schutz und die Sicherheit ihrer Mitbürger bei Gefahren und Katastrophen ein. Ihnen gebührt unser großer Dank für ihren engagierten und selbstlosen Einsatz. – Da könnten schon einmal alle Kollegen im gesamten Haus Beifall klatschen.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

- Danke, das war ja nicht für mich, sondern für den Einsatz der Ehrenamtlichen und unserer Polizistinnen und Polizisten usw.

Diese Leistung ist allerdings nicht zum Nulltarif zu haben. Im Einzelplan 03 A müssen dafür rund vier Milliarden Euro pro Jahr zur Verfügung gestellt werden. Der Großteil der Ausgaben im Einzelplan entfällt auf die bayerische Polizei mit einem Anteil von 78 % an den Gesamtausgaben. Mit den sonstigen Ausgaben sind die Bedarfe für den Verfassungsschutz, den Brand- und Katastrophenschutz, den Rettungsdienst, aber auch für den Sport sowie für die allgemeine Verwaltung wie zum Beispiel die Regierungen, Landratsämter, die Verwaltungsgerichtsbarkeit, das Landesamt für Datenschutzaufsicht und für die amtliche Statistik zu erfüllen.

Der Einzelplan 03 A ist ein Personalhaushalt; die Personalausgabenquote beträgt rund 82 %; rund 3,3 bzw. 3,4 Milliarden Euro pro Jahr sind für Personalausgaben aufzuwenden. Für die Polizei und den Verfassungsschutz sind 50 neue Stellen veranschlagt, vor allem zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, der Internetkriminalität, für die Cybersicherheit und für die Autorisierte Stelle Bayern. Außerdem werden 330 neue Polizeiausbildungsstellen ausgebracht, um Ruhestandsversetzungen umfangreich auszugleichen. Mit einer vorausschauenden Personalpolitik kann also das beispielgebende hohe Sicherheitsniveau in Bayern auch in Zukunft aufrechterhalten werden.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Florian Herrmann (CSU) – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Tosender Applaus! – Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Herrmann hat aufgepasst!)

Der Zustrom von Asylbewerbern steigt aufgrund der weltweiten Krisenherde weiterhin stark an. Eine Entspannung ist nicht in Sicht. Im Personalhaushalt des Einzelplans 03 A werden deshalb für die Unterbringungsverwaltung, die zentralen Rückführungsstellen und die Verwaltungsgerichte 50 neue Stellen

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wie? 50?)

sowie Ausgabemittel für nicht stelligegebundene Beschäftigungsmöglichkeiten veranschlagt. Außerdem können die Personalausgaben im Bedarfsfall aus dem Einzelplan 10 im Umfang von bis zu 15 Millionen Euro kurzfristig verstärkt werden. Zudem erhalten die Landratsämter 40 neue Stellen zur Ausstattung der örtlichen Gutachterausschüsse. Daneben wird die Möglichkeit, Springer bei den unteren Naturschutzbehörden einzustellen, ausgeweitet.

Der Stellenplan enthält schließlich 2.023 Stellenhebungen, also Beförderungsmöglichkeiten. Davon sind allein 1.564 Stellenhebungen für zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten der Polizistinnen und Polizisten vorgesehen. Hierbei werden auch die im Haushalt 2009/2010 neu geschaffenen Stellen nach A 8 geschlüsselt. Aber auch in der Allgemeinen Inneren Verwaltung, also vor allem bei den Landratsämtern und Regierungen, wird die Beförderungssituation mit 447 Hebungen verbessert. Im Sachhaushalt können ebenfalls wichtige Verbesserungen vorgenommen werden.

Die Begleitung des G-7-Gipfels am 7./8. Juni 2015 auf Schloss Elmau ist für die Polizei, aber auch für alle Organisationen des Brand- und Katastrophenschutzes und des Rettungsdienstes eine große Herausforderung. Für die Bewältigung der Einsatzlagen und zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sind umfangreiche logistische, technische und personelle Aufwendungen notwendig. Dazu sind für das Jahr 2015 weitere 80 Millionen Euro im Haushalt des Innenministeriums veranschlagt.

Damit wird es den bayerischen Sicherheitsorganen gelingen, den G-7-Gipfel professionell und angemessen zu begleiten. Als Gastgeber wird sich der Bund mit 40 Millionen Euro an den Kosten beteiligen.

Das Polizeibudget wird im Rahmen des Haushalts 2015/2016 auf dem Niveau des Jahres 2014 fortgeführt. Allerdings wird bei den Sachausgaben der Polizei auf die in anderen Ausgabenbereichen vollzogene Sperreabsenkung verzichtet. Dies ergibt insgesamt einen Ausgabenzuwachs von mehr als 10 Millionen Euro pro Jahr. Damit können die Betriebs- und Einsatzausgaben gedeckt werden. Darüber hinaus ist es möglich, vor allem folgende Vorhaben zu verwirklichen: Erneuerung der Fahrzeugausstattung, Modernisierung der polizeilichen Informations- und Kommunikationstechnik sowie die Beschaffung moderner Verkehrsüberwachungstechnik. Schließlich wird in die neue Dienstkleidung der Vollzugsbeamten investiert.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): In was? Ich habe Sie nicht verstanden!)

- Dann müssen Sie besser zuhören.

Die stark steigenden Gefahren durch Kriminalität aus dem Internet werden vielfach unterschätzt. Für die Förderung der IT-Sicherheit und den Ausbau des Cyber-Allianz-Zentrums beim Landesamt für Verfassungsschutz stehen pro Jahr rund eine Million Euro für präventive Maßnahmen zur Verfügung. Wichtig ist auch der Aufbau des BOS-Digitalfunks. Er geht in die Endphase. Trotz der Maßnahmen für den G-7-Gipfel soll er nach wie vor bis Ende des Jahres 2015 weitgehend abgeschlossen werden, sodass ab dem Jahr 2016 alle BOS den neuen Digitalfunk nutzen können.

Nach dem Ergebnis der neuen November-Steuerschätzung kann mit einem höheren Feuerschutzsteueraufkommen von jährlich 70 Millionen Euro gerechnet werden. Diese Mittel stehen weiterhin voll für den Brandschutz, die Feuerwehren und die Feuerweherschulen zur Verfügung. Für eine auskömmliche finanzielle Ausstattung des Rettungsdienstes und des Katastrophenschutzes wird Vorsorge getroffen. Die Ausgaben zur Förderung des Sportwesens werden wiederum angehoben. Damit können rund

17.000 Vereine mit fast 5 Millionen Mitgliedern auf beachtlichem Niveau finanziell unterstützt werden.

Trotz der anspruchsvollen haushaltspolitischen Leitlinien der Staatsregierung und der Regierungsfraktion zum Doppelhaushalt 2015/2016 können mit dem Einzelplan 03 A für die Allgemeine Innere Verwaltung erneut wichtige Impulse gesetzt werden. Es wird ein solides finanzielles Fundament geschaffen, damit Bayern weiterhin ein sicheres Land mit einer modernen und leistungsfähigen Verwaltung bleibt. Ich bitte Sie deshalb, dem vorliegenden Haushaltsentwurf 2015/2016 und der Nachschubliste zum Einzelplan 03 A zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Kollegin Dettenhöfer. Bevor ich unserem nächsten Redner, Herrn Professor Dr. Peter Paul Gantzer, das Wort erteile, gebe ich noch formal bekannt, dass auch zu den beiden Einzelplänen, also zu den Tagesordnungspunkten 8 und 10, namentliche Abstimmung beantragt wurde. - Bitte schön.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr beschäftigt sich am meisten mit der inneren Sicherheit. Dass Bayern das sicherste Land ist, machen die Kriminologen an der Zahl der Kriminalitätshäufigkeit, also daran, wie viele Straftaten pro 100.000 Einwohner begangen werden, und an der Aufklärungsquote fest. Bei der Kriminalitätshäufigkeit stehen wir in Deutschland einzigartig da; die Zahl der Kriminalitätshäufigkeit ist die niedrigste und die Aufklärungsquote die höchste in Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Das bedeutet, die Sicherheitslage ist sehr gut. Bitte klatschen Sie jetzt mit: Das ist wirklich die Arbeit unserer Polizei.

(Beifall bei der SPD, der CSU und den GRÜNEN)

Dieser müssen wir alle für die hervorragende Arbeit danken.

Wer gute Arbeit leistet, sollte entsprechend ent- und belohnt sowie ausgestattet werden. Ich nenne nur drei Beispiele, die zeigen, dass dem nicht so ist. Es gäbe noch viel mehr Beispiele. Wir haben jedoch nicht genug Zeit, das zu beleuchten. Wir haben immer wieder darüber diskutiert, dass die Ballungsraumzulage für die niedrigen Einkommensklassen bei der Polizei erhöht wird. Sie haben die Erhöhung immer wieder abgelehnt. Seit 1998 ist die Ballungsraumzulage nicht erhöht worden. Wer weiß, was in diesen 16 Jahren in München hinsichtlich der Entwicklung des Einkommens, der Mieten und der Grundstückspreise passiert ist, weiß, dass das sozial nicht angemessen ist. Sie haben an dieser Stelle nichts getan.

Wir haben 100 neue Planstellen für mobile Reserven gefordert. Bei der Polizei haben wir immer mehr Frauen, was auch gut ist. Das heißt aber auch, dass es immer mehr schwangere Polizeibeamtinnen gibt. Immer mehr Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte gehen in Elternzeit. Das heißt, wir haben einen großen Nachholbedarf. Da wird nicht nachgesteuert. Eigentlich fordern wir dasselbe, was bei den Lehrern in der mobilen Reserve gang und gäbe ist. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist bei Ihnen nur ein Schlagwort. Tatsächlich tut sich nichts. Den Worten sollten Taten folgen. Leider ist das nicht der Fall.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das dritte Beispiel, das ich nennen möchte, erzürnt mich wirklich, weil ich das seit Beginn meiner Tätigkeit für die Polizei immer wieder fordere. Darin zeigt sich Ihre beschränkte soziale Kompetenz – ich will nicht soziale Inkompetenz sagen. Wir fordern Mittel für Vorsorgekuren für Schichtdienstbeamte. Gerade gibt es wieder eine ganz neue Untersuchung zum Schichtdienst. Darin wird festgestellt, dass, wer ständig Schichtdienst leisten muss, ab dem 45. Lebensjahr gesundheitliche Beeinträchtigungen hat. Unsere eigenen Zahlen bei der Polizei zeigen, dass 70 % aller Polizeibeam-

ten, die vorzeitig in den Ruhestand gehen, Schichtdienst geleistet haben. Der Haushalt böte eine gute Möglichkeit, das zu verhindern. Ich sage einfach mal flapsig: Das Geld, das wir in die Sicherheitswacht stecken, wäre besser für Vorsorgekuren aufgehoben. Damit hätten wir nämlich mehr gesunde Polizeibeamte in den Dienststellen und bräuchten die Sicherheitswachtler nicht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang ist die missglückte Polizeireform zu erwähnen. Das bedeutet eine Belastung für die Polizei.

(Widerspruch bei der CSU)

Wir wissen ganz genau, wann das eingeführt worden ist. Das steht in Analogie zur Bildungspolitik. In der Bildungspolitik wurde aus Spargründen aus G 9 ein G 8 gemacht. Jedenfalls wurde es versucht. Genauso wurde bei der Polizei aus P4 ein P3 gemacht. Die Polizei hatte vier Führungsebenen. Eine Ebene, die Direktionsebene, wurde komplett gestrichen. Es gab nur noch P3. Ich habe den Vorteil, dass ich nicht verdächtigt werde, jemanden nicht zu befördern, wenn er die Wahrheit sagt. Ich kann nur sagen: Wenn ich in den Polizeidienststellen bin und mit den Leitern spreche und man sich in den Polizeipräsidien außerhalb der Tagesordnung unterhält, kommt man bei all den durchgeführten Evaluierungen mit den ganzen Gutachten – das war reine Augenwischerei – zu dem Ergebnis: Es ist nichts gespart worden. Das steht auf jeden Fall fest. Das sieht man am Haushalt. Es ist nichts gespart worden. Wir haben nicht mehr Polizeibeamte auf der Straße. Stattdessen haben wir mehr Arbeit bei den Inspektionsleitern. Die Aufgaben der Polizeidirektionen sind nicht einfach verschwunden. Die Aufgaben wurden aufgeteilt und zum großen Teil auf die Basis verschoben, die jetzt mehr Arbeit hat.

(Staatsminister Joachim Herrmann: Wir brauchen mehr Beamte!)

- Das stimmt eben nicht. Lieber Herr Minister, wir haben nicht mehr Beamte auf der Straße. – Jetzt spreche ich etwas an, wovon ich weiß, dass Sie etwas davon verstehen. Das wäre so, als würden wir bei der Bundeswehr eine Reform machen und würden die Bataillone abschaffen. Dann würde einfach eine Ebene wegfallen. Das würde auch nicht funktionieren. Deswegen sage ich nur: Sehr geehrter Herr Minister, haben Sie einfach Mut zur Reform der Reform. Führen Sie wieder die P 4 ein. Ich glaube, dann haben wir wirklich ein besseres Modell. Bis jetzt haben wir dadurch mehr Arbeitsbelastung bei der Polizei.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Sollstärkenberechnung. Diese entspricht nicht mehr den heutigen Verhältnissen. Sie ist schon Jahrzehnte alt. Wenn ich im Ministerium nachfrage, wie die Sollstärke berechnet wird – ich schaue den Landespolizeipräsidenten an –, kann mir das im Grunde keiner genau erklären. Man kann mir nicht sagen, ob die Sollstärke angemessen oder nicht angemessen ist. Die ist total unterschiedlich. Bei allen Besuchen von Polizeidienststellen stellen Sie fest, dass die Dienststellen selber nicht mehr wissen, warum ihre Sollstärke so oder so ist. Die rechnen auch nicht mehr mit der Iststärke, sondern nur noch mit der Dienststärke, weil die die wahren Verhältnisse wiedergibt. Die Sollstärke entspricht nicht der Arbeitsbelastung, die die Polizeibeamten an bestimmten Polizeidienststellen haben. Die Sollstärkenberechnung, die wir heute haben, entspricht nicht mehr den vor Jahrzehnten festgelegten Kriterien. Wir haben bayernweit einen sehr großen Bevölkerungszuwachs. Wir haben innerhalb von Bayern eine sehr große Bevölkerungsverschiebung, vor allem zum Süden hin. Wir haben neue Kriminalitätsformen, die damals gar nicht berücksichtigt werden konnten, etwa Cybercrime oder den Terrorismus, der sehr stark angestiegen ist. Damals ist bei der Sollstärkenberechnung auch nicht berücksichtigt worden, dass wir viel mehr und viel größere Großeinsätze haben. Das ist nicht nur der G-7-Gipfel, der uns nur einmal herausfordert; es sind die Fußballspiele mit dem stark zunehmenden Rowdytum bei den sogenannten Fußballfans. Das, was da stattfindet,

sind Herausforderungen für die Polizei, die wir damals nicht berücksichtigen konnten. Hinzu kommt die veränderte Frauenlage; denn mehr Frauen bei der Polizei bedeuten auch mehr Schwangerschaften und Elternzeit. Alles das ist damals nicht berücksichtigt worden.

Deswegen bin ich gerne bereit, zu helfen und es Ihnen vorzurechnen. Natürlich müssen dabei die örtlichen Besonderheiten berücksichtigt werden. Man braucht aber grundsätzlich nur zwei Zahlen zugrunde zu legen, und das weiß jeder Experte bei der Polizei. Das sind die Zahlen der polizeilichen Kriminalstatistik und die Zahlen der Verkehrsdelikte. Wenn ich die ins Verhältnis zur Bevölkerungszahl setze, würde ich zu einer sehr guten Sollstärkenberechnung kommen. Dabei ist natürlich München mit seinen Großveranstaltungen gesondert zu berechnen.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Freising!)

- Herr Herrmann, bei Ihnen in Freising brauche ich nicht lange nachzurechnen. In München ist es aber anders.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Oberfranken!)

Da ist dringend etwas zu tun, weil die Polizei im Augenblick über Bayern sehr ungerecht verteilt ist. Ich stelle fest, dass in den nördlichen Regierungsbezirken viel mehr Polizeibeamte bei viel geringerer Kriminalität sind, während bei uns im Süden viel weniger Polizeibeamte sind. Ich kann Ihnen das genau vorrechnen. Ich kann Ihnen die Zahlen geben, Herr Minister. Schauen Sie mich nicht so an.

(Manfred Ländner (CSU): Nehmen Sie nicht den Norden, nehmen Sie den Osten!)

Welchen Osten meinen Sie da?

(Manfred Ländner (CSU): Den bayerischen!)

Ich fasse zusammen: Wir haben eine hervorragende Sicherheitslage in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt kommt aber die Frage an Sie, vor allem an Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, die Sie gerade geklatscht haben: Welche Sicherheit haben Polizeibeamte? - Sicher ist, dass der Polizeibeamte einen hoch riskanten Beruf ausübt. Das ist unbestritten. Sicher ist auch, dass der Polizeibeamte wegen seines Berufes Leib und Leben einsetzt. Das ist bei den anderen Beamten nicht der Fall. Der Polizeibeamte ist einem erhöhten Gesundheitsrisiko ausgesetzt, und das schon allein aufgrund des Schichtdienstes. Der Polizeibeamte ist, nachdem die Gewalt gegen Polizeibeamte immer mehr zunimmt, auch diesem Risiko ausgesetzt.

Sicher ist, dass wir immer wieder einen Beförderungsstau haben. Einmal hatten wir den Obermeisterbauch, dann hatten wir den Hauptmeisterbauch, jetzt haben wir den OK-Bauch. Wir haben immer wieder Beförderungsstaus. Sicher ist, dass die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten nicht entsprechend ihrem Hochrisikoberuf, den damit verbundenen Risiken und beruflichen Anforderungen und Gefährdungen und entsprechend den Ergebnissen ihrer sehr, sehr guten Arbeit bezahlt werden. Ihre Arbeit wird nicht angemessen honoriert.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen sage ich: Das Problem bei uns ist nicht die Sicherheitslage. Das Problem ist die soziale Lage der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, auf deren Rücken der gute Sicherheitsstandard gewährleistet wird. Sehr geehrter Herr Minister, tun Sie deswegen etwas! Helfen Sie unseren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten!

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Gantzer. Nächste Rednerin ist die Kollegin Gottstein.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir warten alle auf den Schnee, oder zumindest viele von uns. Auf

jeden Fall ist Winter. Es ist Winterwetter, wenn auch ohne die schönen Kristalle. Wir bewegen uns recht komfortabel in diesem Haus und können hier angemessen unsere Arbeit verrichten. In Passau sitzen die Polizeibeamtinnen und -beamten und die Angestellten ebenfalls bei ihrer Arbeit, um diese Uhrzeit ganz sicher. 250 Männer und Frauen arbeiten dort in der Nibelungenstraße unter Bedingungen, die kaum mehr zumutbar sind. Kollege Rinderspacher, glaube ich, hat gestern diese unzumutbaren Arbeitsbedingungen auch erwähnt.

Der Neubau ist dort seit zehn Jahren geplant. Er wird immer wieder verschoben. Wir könnten es heute mit unseren Änderungsanträgen ändern und den Startschuss für die Modernisierung geben. Ohne dem Abstimmungsergebnis vorgreifen zu wollen, werden wir es wahrscheinlich nicht tun, da diejenigen, die diese Änderungen wollen, die endlich zumutbare Arbeitsbedingungen für die Polizistinnen und Polizisten in Passau wollen, hier in der Minderheit sind. Die CSU lehnt es ab, das Geld sei angeblich nicht da.

Besser werden die Einnahmen aber nicht mehr. Für die Menschen, die in Passau arbeiten, haben wir die Verantwortung. Wir nehmen sie leider nicht wahr. Der Freistaat ist Arbeitgeber dieser Leute. Hier wird immer mit dem ausgeglichenen Haushalt argumentiert. Das ist eine Milchmädchenrechnung. Dazu komme ich nachher noch. Die, die nicht mehr wissen, was eine Milchmädchenrechnung ist, können es inzwischen bei Google nachschlagen.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Wo ist das Milchmädchen?)

- Das kommt schon noch. Das hat nichts mit dem BDM, dem Bundesverband Deutscher Milchviehhalter zu tun. – Ich möchte bei der Verantwortung des Freistaates für die innere Sicherheit bleiben. Unsere Polizei ist momentan stark überlastet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich gebe dem Kollegen Gantzer recht. Auch ich bin viel bei den Polizeistationen und bei den Präsidien unterwegs. Man hört es überall, vor allem in inoffiziellen Gesprächen. Aber auch wenn man nur die Augen im normalen Leben auf unseren Straßen aufmacht und die Polizei im Hauptbahnhof oder die Polizei, die Streife fahren muss, beobachtet, dann bekommt man das mit. Man bekommt es nicht mit, aber man kann es aus den Statistiken ersehen, dass uns außerdem bei der Polizei eine ungeheure Pensionierungswelle bevorsteht. Deswegen müssen jetzt junge Leute eingestellt werden. Natürlich werden junge Leute eingestellt. Wir bräuchten aber 500 mehr. Das beantragen wir auch. Diese Forderung wird wahrscheinlich auch wieder abgelehnt werden, obwohl gerade die jungen Leute händeringend benötigt werden, damit rechtzeitig ein Austausch von Jung gegen Alt stattfindet. Wenn ich dann ganz abrupt junge Leute habe, dann können die nicht mehr auf die Erfahrungen der älteren Generation zurückgreifen. Wie gesagt, wir haben noch die Gelegenheit dazu. Sie können noch zustimmen. Wir befürchten aber, dass es nicht passieren wird.

Wir werden weitere Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge haben. Auch das ist wieder mit vermehrter Arbeitsbelastung für unsere Polizei verbunden. Damit kein falscher Zungenschlag hineinkommt, sage ich: Die Arbeitsbelastung nimmt nicht deswegen zu, weil die Flüchtlinge direkt an der Steigerung der Kriminalität beteiligt sind. Wir brauchen Identitätsfeststellungen, wir müssen nach wie vor Fahndungen durchführen, wir brauchen Sicherheit und Ordnung, und hierfür brauchen wir Personal. Diese Aufgaben wollen wir nicht an private Sicherheitsdienste abgeben. Wir brauchen dafür unsere Polizei, die originär für diese Aufgaben zuständig ist. Wir müssen unsere Polizei entsprechend ausstatten. Aufgrund der Redezeiten werden heute noch genügend Redner der CSU sprechen. Wir werden dann hören: Wir haben jetzt so viel Polizei wie noch nie zuvor. Das haben wir im Zusammenhang mit der Bildung auch über die Lehrerinnen und Lehrer gehört. Man muss diese Aussage hinterfragen. Sie stimmt zwar, aber es sind immer noch zu wenige. Das Aufgabengebiet der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten hat sich vergrößert. Wir haben keine 42-Stunden-Woche mehr. Wir haben wieder eine 40-Stunden-Woche. Deshalb brauchen wir mehr Personal.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Im Zusammenhang mit der Bildung haben wir gehört, wie gut wir in Bayern sind. Rechnen Sie einmal nach. Wenn Sie die Arbeitszeit von 42 Stunden auf 40 Stunden reduzieren, brauchen Sie mehr Leute. Tatsächlich haben wir aber nicht mehr Leute.

(Peter Winter (CSU): Jawohl, Frau Lehrerin! – Dr. Florian Herrmann (CSU): Wir stellen 2.000 Beamtinnen und Beamte neu ein!)

- Ja, aber wir haben mehr Aufgaben. Tun Sie doch nicht so, als ob Sie das nicht wüssten. Sie versuchen, dies bei der Bevölkerung rüberzubringen. Tun Sie aber nicht so, als würden Sie dies selbst glauben.

(Peter Winter (CSU): Wir sagen es Ihnen, vielleicht kapieren Sie es!)

- Ich bin im bayerischen Schulsystem groß geworden. Ich kann rechnen. – Wir werden nachher wieder hören, dass wir einen ausgeglichenen Haushalt haben. Ich sage Ihnen: Diese Rechnung geht so nicht auf. Das ist eine Milchmädchenrechnung.

Erstens. Die Zeche für diese Ausgeglichenheit zahlen die Kommunen. Wenn die Kommunen einen Teil der Belastung tragen müssen, können Sie sich natürlich hier herstellen und sagen, dass Sie einen ausgeglichenen Haushalt haben. Was die Kommunen unten machen, ist Ihnen egal.

Zweitens. Wir verschieben die Lasten auf die Nachkommen. Gestern hat es in der Debatte geheißen: Wir machen das für unsere Nachkommen. Was machen wir denn für unsere Nachkommen? – Wir belasten sie mit Mehrkosten, weil wir im Jahr 2015 die erforderlichen Investitionen nicht tätigen und unsere Aufgaben nicht erfüllen. Die junge Generation wird im Bereich der Justiz mehr Aufgaben zu erfüllen haben. Eines ist klar: Jede Straftat, die nicht im Vorfeld verhindert werden kann, bedeutet, dass der Straftäter später die Justiz belastet. Jeder Polizist, der über die Maßen belastet wird, wird dem Gesundheitssystem oder, wegen eines Personalausfalls, der kommenden Generation zur Last fallen. Wir verschieben die Probleme bloß und sorgen nicht dafür, dass

der kommenden Generation eine tolle Welt hinterlassen wird. Wir werden der kommenden Generation lediglich eine Menge offener Baustellen hinterlassen.

(Dr. Hans Reichhart (CSU): Na ja!)

- Wir werden es sehen. Ich hoffe, dass Sie und ich es hier noch so lange aushalten, dass wir das an Zahlen sehen können. Jede Prävention, die nicht getätigt wird, kommt doppelt, dreifach oder vierfach so teuer, wie wenn sie jetzt betrieben wird. Das ist nur mit mehr Personal für den sensiblen Bereich der inneren Sicherheit möglich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Für den G-7-Gipfel haben wir Geld zur Verfügung gestellt. Die FREIEN WÄHLER haben dies unterstützt. Wir fragen uns allerdings schon, warum Sie es ohne mit der Wimper zu zucken in Kauf nehmen, dass dieser Gipfel um zwei Tage verschoben wird. Die Behauptung, dass dies nichts koste, ist ein Ammenmärchen. Selbstverständlich entstehen Kosten, wenn eine ganze Region ein halbes Jahr im Voraus für zwei Tage plant und der Zeitraum dann verschoben wird. Wir haben immer noch nichts von einem Bundesanteil gehört. Wir meinen, der Bundesanteil muss mindestens so hoch sein wie der Anteil, der für den Gipfel in Heiligendamm gezahlt wurde. Sie stehen hier in Verhandlungen. Wir sind auf das Ergebnis gespannt. Durch die Verschiebung des G-7-Gipfels entsteht eine zusätzliche Belastung: Natürlich freuen sich die Schülerinnen und Schüler, wenn sie zwei Tage mehr Ferien haben. Die Eltern freuen sich darüber nicht immer. Sorgen Sie dafür, dass diese Verlängerung für die Bevölkerung und die betroffenen Beamtinnen und Beamten, die ohnehin eine Urlaubssperre hinnehmen müssen, glimpflich abgeht.

Im Straßenbau haben Sie ebenfalls eine Milchmädchenrechnung aufgemacht.

(Zuruf von der CSU: Schon wieder eine Milchmädchenrechnung!)

- Das ist ein schönes Märchen. Märchen gehören zu unserer Kultur. Wir sollten wissen, welche Wahrheiten und Mythen in Märchen stecken. – Wir geben für den Stra-

ßenbau 250 Millionen Euro aus. Laut dem Obersten Rechnungshof bräuchten wir 270 Millionen Euro. Wir bräuchten für den Straßenbau definitiv mehr Mittel. Sie werden aber sagen: Wieso, wir haben doch einen ausgeglichenen Haushalt! Die Schlaglöcher in zehn Jahren gehen uns nichts an. Die Baumaßnahmen bei den Straßen werden nicht in der Weise durchgeführt, wie dies notwendig wäre. Sie tätigen lieber später teurere Investitionen. Ich bin gespannt, wie Sie dies Ihren Kindern und Enkelkindern erklären werden. Weil wir jetzt einen ausgeglichenen Haushalt wollen, werden wir später, im wahrsten Sinne des Wortes, Löcher haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zu den Baumaßnahmen wäre noch viel zu sagen. Ein kleiner Denkanstoß: Manchmal bauen wir auf einem Niveau, bei dem man sich fragen muss, ob es noch im Verhältnis zu den Erfordernissen steht. Die Beispiele dafür werden wir Ihnen an anderer Stelle noch nennen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Kollegin Gottstein. Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Katharina Schulze. Bitte schön.

Katharina Schulze (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mit dem Event beginnen, welches laut der damaligen Staatskanzleichefin Christine Haderthauer Bayern einen kleinen zweistelligen Millionenbetrag kosten soll, nämlich dem G-8- bzw. dem G-7-Gipfel im nächsten Sommer. Für uns GRÜNE ist klar: Schloss Elmau im sensiblen Alpenland ist nicht der passende Ort für ein solches Treffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir werden die Vorbereitungen und den Gipfel selbst kritisch begleiten und legen auf folgende Punkte Wert:

Erstens. Die Versammlungsfreiheit ist zu schützen. Eine Grundrechtseinschränkung wie in Heiligendamm darf hier in Bayern nicht vorkommen.

Zweitens. An der Natur darf es keinen Raubbau geben. Alle Eingriffe müssen kompensiert werden und sollten nach Möglichkeit erst gar nicht entstehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Drittens. Die finanziellen Auswirkungen müssen im Rahmen bleiben. Danach sieht es aber leider nicht aus. Dies wäre der wichtigste Punkt. Es kann nicht sein, dass am Ende der Freistaat und die Kommunen alleine auf den Kosten sitzen bleiben. Wir haben im Nachtragshaushalt 2014 rund 40 Millionen Euro eingestellt. In diesem Doppelhaushalt sind 80 Millionen Euro. Cirka 35 Millionen Euro sollen vom Bund kommen. Wir GRÜNE haben den Antrag gestellt, dass sich der Freistaat Bayern in den Verhandlungen dafür einsetzen soll, dass der Bund einen höheren Anteil der Kosten übernimmt. Wir bitten dafür um Unterstützung der anderen Fraktionen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist schon deswegen wichtig, weil sich die Bundeskanzlerin zusammen mit Horst Seehofer entschlossen hat, diesen Gipfel nach Bayern zu bringen. Darüber wurde nie gesprochen. Auch im Bayerischen Landtag fand darüber keine Debatte statt. Wir sind der Meinung, wer anschafft, soll auch bezahlen oder zumindest einen größeren Anteil der Kosten übernehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme zu meinem zweiten Schwerpunkt, den meine Vorrednerinnen und Vorredner von der SPD und den FREIEN WÄHLERN nicht angesprochen haben, nämlich dem Verfassungsschutz.

(Dr. Hans Reichhart (CSU): Wunderbar!)

Das ist eines meiner Lieblingsthemen. Das Landesamt für Verfassungsschutz stand in den letzten Monaten und Jahren zu Recht in der Kritik. Der Verfassungsschutz hat ein massives Erkenntnisproblem und ein massives Kontrollproblem. Deswegen brauchen wir beim Verfassungsschutz umfangreiche Reformen, nicht nur irgendwelche Schönheitskorrekturen. Wir müssen den Verfassungsschutz für das 21. Jahrhundert fit machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir fordern die Umschichtung der Mittel im Landesamt für Verfassungsschutz.

(Dr. Hans Reichhart (CSU): Wohin denn?)

Wir möchten den Haushaltstitel "Besondere Zwecke" streichen. Im Rahmen des NSU-Untersuchungsausschusses kam deutlich heraus, dass auf den Einsatz von V-Leuten verzichtet werden kann. Ich weiß, dass dies zu Aufregung führen wird. Natürlich gibt es Aufgaben, die der Verfassungsschutz durchführen muss. In solchen Fällen ist es aber auch möglich, mit richterlicher Genehmigung verdeckte Ermittlerinnen und Ermittler einzusetzen. Wir wollen den Verfassungsschutz reformieren.

Das Geld, das wir beim Verfassungsschutz einsparen, könnten wir für die bayerische Polizei verwenden. Herr Staatsminister Herrmann wird sich freuen, wenn ich eines seiner Lieblingsworte nenne, nämlich das Wort "Cyber-Sicherheit". In den letzten Monaten hatte ich im Innenausschuss das Gefühl, dass es bei der CSU-Fraktion einen Wettlauf gab, wer am häufigsten die Wörter "Cyber-Sicherheit" und "Cyber-Crime" sagen kann. Ich stelle fest: Dies ist ein wichtiges Themenfeld. Wir müssen die Polizei deshalb besser ausstatten. Es reicht nicht, eine Handvoll Cyber-Cops einzustellen. Wir müssen in die Fläche investieren. Wir müssen die Polizistinnen und Polizisten in den einzelnen Präsidien ausbilden. Das Geld, das wir dem Verfassungsschutz wegnehmen, können wir für Fördermaßnahmen in der gesamten Polizei in diesem Bereich einsetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir halten das für wichtig, denn die Polizei leistet in Bayern wichtige und gute Arbeit. Dafür möchten auch wir GRÜNEN uns herzlich bedanken. Sie braucht aber auch Unterstützung bei den neuen Themenfeldern, und diese möchten wir ihr gerne geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme zu einem anderen Thema, für das man auch dem Verfassungsschutz Geld wegnehmen kann und das man besser investieren kann: Das betrifft die BIGE, die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus. Sie wissen selbst, dass deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter immer noch in Schulen unterwegs sind, aber für uns ist ganz klar: Verfassungsschutz hat an Schulen nichts zu suchen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir möchten, dass das Geld, das man von der BIGE umschichtet, in gesamtgesellschaftliche Projekte gesteckt wird und dass Schulen unterstützt werden, um Projekte wie "Schule ohne Rassismus" oder "Schule mit Courage" zu fördern. Wir müssen die Demokratie in Schulen fördern. Das kann und darf nicht der Verfassungsschutz machen, sondern wir müssen das eingesparte Geld an diejenigen geben, die schon jahrelang, oftmals im Einzelkämpfertum, in ganz Bayern die Fahne der Demokratie hochhalten, die Demos gegen Rechts organisieren, die Mahnwachen gegen Rassismus ins Leben rufen, die Ansprechpersonen für die Sicherheitsbehörden sind oder Beratungsangebote für die Eltern machen. Es ist so viel Kompetenz in der Zivilgesellschaft vorhanden. Dort muss das Geld hineingesteckt werden. Wir brauchen das nicht in den Verfassungsschutz hineinzupumpen, wobei wir uns noch nicht einmal sicher sind, ob das dort so funktioniert, wie wir es gerne hätten.

(Beifall bei den GRÜNEN – Josef Zellmeier (CSU): Wer koalitiert denn mit dem Stasi-Nachfolger?)

- Diese Debatte müssen wir jetzt wirklich nicht führen. Das ist absolut albern. Das ist ein Scheingefecht. Sie können es einfach nicht akzeptieren, dass Sie dort nicht mehr mitregieren. Sorry, aber so ist nun einmal das Leben. Irgendwann wird Ihnen das in Bayern genauso passieren.

(Beifall bei den GRÜNEN – Josef Zellmeier (CSU): Es geht nicht um das Mitregieren, es geht um das Prinzip!)

Ich komme zum Schluss: Das Thema innere Sicherheit ist hoch emotional. Deshalb ist es auch wichtig, die Weichen richtig zu stellen, um festzulegen, wie wir in Bayern das Geld ausgeben. Für uns GRÜNE ist es klar: Wir wollen eine innere Sicherheit mit Augenmaß und dabei einen Schwerpunkt auf die Stärkung der Demokratie legen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Schulze. Der nächste Redner ist der Kollege Dr. Herrmann. Bitte schön.

Dr. Florian Herrmann (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich danke zunächst der Kollegin Dettenhöfer, die den umfangreichen Haushalt schon in einzelnen Punkten vorgetragen hat. Ich möchte mich auf einige wenige Punkte beschränken.

Wir haben heute schon mehrfach gehört: 95 % der Bürgerinnen und Bürger in Bayern sind zufrieden oder sehr zufrieden. Das hängt auch mit der hervorragenden Sicherheitslage zusammen. Die Menschen in Bayern fühlen sich sicher, und sie leben objektiv sicher. Das ist ein ganz zentraler Standortfaktor.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind es mittlerweile gewohnt, und wir wiederholen diesen Umstand sehr häufig, aber wir dürfen uns nicht täuschen lassen: Innere Sicherheit ist keine Selbstverständlichkeit. Innere Sicherheit muss jedes Jahr immer wieder aufs Neue hart erarbeitet

werden. Das gilt umso mehr, als sich die Rahmenbedingungen ständig ändern. Das betrifft insbesondere die dramatischen Veränderungen, die von außen auf uns einwirken. Zu nennen sind die geopolitischen Veränderungen, also die Flüchtlingsströme, die wir im Zuge der Bürgerkriegssituationen bewältigen müssen. Das betrifft aber auch die Extremismusbewegung, wenn sich Menschen aus unserem Land an kriegesischen Auseinandersetzungen anderswo beteiligen und dann wieder zurückkommen. Es gibt auch Herausforderungen im Katastrophenschutz aufgrund der sich häufenden Extremwetterereignisse. Es geht auch um Digitalisierung und Cybercrime, Crystal Meth, aber natürlich auch um die klassische Kriminalität wie Einbruchdiebstähle und anderes. Auf diese geänderte und sich ständig ändernde Lage müssen sich auch die Sicherheitsorganisationen einstellen.

Deshalb danke ich an dieser Stelle auch allen, die sich im vergangenen Jahr wieder mit großem Erfolg für die innere Sicherheit in Bayern eingesetzt haben: den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, aber auch den Tarifräften, den Feuerwehrleuten, den Helfern in den Hilfsorganisationen und allen, die sich im Hauptamt und auch im sicherheitsrelevanten Ehrenamt engagiert haben. Ich nenne in diesem Zusammenhang die Zahl von 450.000 Mitbürgerinnen und Mitbürgern in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Nach dem üblichen Schlechtreden durch Abgeordnete der Opposition will ich auch herausstellen: Wir haben hervorragend ausgebildete Polizeibeamte, und wir haben auch hervorragend fortgebildete Polizeibeamte. Wir haben uns im Innenausschuss von der ganz hervorragenden Fort- und Weiterbildung der Polizeibeamten auf all diesen Gebieten für all diese Herausforderungen bei einem Besuch beim polizeilichen Einsatztraining informiert. Deshalb ist übrigens auch die Bevölkerung mit der Arbeit der bayerischen Polizei zufrieden. Es gibt kaum Beschwerden bei über 1 Million Einsätzen der bayerischen Polizei. Deshalb ist unsere Grundmelodie im Verhältnis zur bayerischen Polizei auch: Vertrauen statt Misstrauen.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb bin ich skeptisch, wenn ich zwar Lippenbekenntnisse höre, aber doch in der Praxis im Innenausschuss die unterschiedlichen Kritikpunkte gebetsmühlenartig vortragen werden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die Lippenbekenntnisse kommen von Ihnen! Wir bräuchten mehr Personal! Sie hätten es in der Hand!)

Ich bin der Meinung: Vertrauen statt Misstrauen, keine Zwietracht bei der inneren Sicherheit säen. Sonst braucht man sich nicht zu wundern, wenn am Ende der Respekt vor den Polizeibeamten abnimmt, was bis hin zu Gewalt gegen Polizeibeamte geht.

Die Realität sieht Gott sei Dank anders aus. Wir haben in den letzten Jahren über 6.500 junge Menschen bei der bayerischen Polizei ausgebildet. Auch im Jahr 2014 sind es wieder 1.200.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das sind zu wenig! 1.400 bräuchten wir!)

Der Polizeiberuf ist ein hoch attraktiver Beruf, was man daran sieht, dass sich über 6.000 junge Menschen auf diese 1.200 Stellen beworben haben, und das trotz Vollbeschäftigung und anderer attraktiver Berufe, die die Menschen wählen könnten.

Das ist auch der Grund dafür, dass wir uns dafür einsetzen, dass der Polizeiberuf attraktiv bleibt. Wir haben eine Reihe neuer Stellen vorgesehen: 50 bei der Cyberabwehr, 330 neue Ausbildungsstellen, lieber Herr Aiwanger, 50 neue Stellen im Zusammenhang mit der Herausforderung Asyl. Außerdem gibt es 2.023 Stellenhebungen, also Beförderungsmöglichkeiten, um die Attraktivität aufrecht zu erhalten.

Ebenfalls wird die Sachausstattung im Polizeibudget auf einem sehr hohen Niveau fortgeführt. Wir haben uns insbesondere um den Schutz der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten gekümmert, indem wir bereits im Nachtragshaushalt 5,5 Millionen Euro für zusätzliche Schutzausstattung zur Verfügung stellen, indem wir es umgesetzt

haben, dass bei den Schmerzensgeldansprüchen der Freistaat in Vorleistung tritt, indem wir auch bei der Dienstkleidung für Attraktivität sorgen. Das bedeutet vor allem Tragekomfort und Funktionalität der Kleidung. Dies ist ein wichtiger Aspekt für die Beamtinnen und Beamten, die täglich ihre Uniform zu tragen haben. Wir haben jetzt 5,5 Millionen für eine mobile und moderne IuK-Ausstattung der Polizeibeamten, die damit arbeiten müssen, zur Verfügung gestellt. Die Arbeitsmittel müssen funktionieren. Daher haben wir auch etwas für die weitere Modernisierung der Fahrzeugausstattung getan. Es ist vieles geschehen, und es wird vieles durch die Umsetzung des Doppelhaushalts geschehen.

Bei der Opposition haben wir alle Jahre wieder das gleiche Lied. Es gibt eine Reihe von rot, grün und orange verzierten Päckchen mit mehr oder weniger unbezahlbaren Geschenken, die unter den Weihnachtsbaum gelegt werden - abgesehen vom Verfassungsschutz, dem Frau Schulze alle Geschenke wegnehmen möchte. Der Geschenkekorb ist reichlich gefüllt. Die Summe der Änderungsinitiativen beträgt in diesem Haushalt 41 Millionen Euro für das Jahr 2015 und nochmals 67 Millionen Euro für das Jahr 2016, also insgesamt über 100 Millionen Euro. Wahrscheinlich ist es unter dem Strich noch mehr. Verschwiegen wird aber, wie das finanziert werden soll. Das sind Geschenke auf Pump, und das hat mit nachhaltigen Staatsfinanzen leider nichts zu tun.

(Beifall bei der CSU)

Bei Ihnen funktioniert es nach dem Motto: Die Kinder bekommen Weihnachtsgeschenke, aber viel zu teure und viel zu große, und hinterher wird ihnen das Taschengeld gekürzt.

Als Letztes möchte ich hier ansprechen, dass der Ruf nach immer mehr Stellen nicht ausreicht. Wir müssen den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten auch das notwendige Handwerkszeug an die Hände geben. Ich meine dabei insbesondere das rechtliche Instrumentarium. Ich würde um größere Unterstützung auch vonseiten der Opposition

bitten, wenn es darum geht, so wichtige Dinge wie Vorratsdatenspeicherung und Quellen-TKÜ im Bereich der Rechtspolitik umzusetzen. Es hilft nichts, neue Stellen zu fordern, wenn man anschließend den Beamten nicht mehr an die Hand gibt als ein Stempelkissen zum Abnehmen von Fingerabdrücken anstelle von elektronischen Möglichkeiten, die notwendig sind, nachdem viele von den Tätern hinterlassene Spuren heute elektronische Spuren sind.

In diesem Sinne bitte ich Sie daher, dem Haushalt zuzustimmen. Unsere Haushaltspolitik ist kein Wunschkonzert, sondern wir stehen seit 2006 für ausgeglichene Haushalte und wollen bis 2013 auch Schulden abbauen. Das hat zur Folge, dass wir auch beim Haushalt des Innenministeriums maßhalten müssen. Aber ich denke, wir setzen die richtigen Akzente für die Zukunft der inneren Sicherheit in Bayern, und dafür bitte ich um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Dr. Herrmann. Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Zu einer Zwischenbemerkung hat sich die Kollegin Claudia Stamm gemeldet. Bitte schön.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Herrmann, das klang jetzt schön einfach und simpel: Wir fordern immer und fordern immer. Vielleicht hätten Sie heute früh schon mal da sein müssen, als die Wirtschaftsministerin Aigner gesagt hat, dass das bei den GRÜNEN nicht der Fall ist. Wir haben Gegenfinanzierungsvorschläge. Das gilt auch für diesen Einzelplan. Ich möchte einfach, dass Sie das zur Kenntnis nehmen. Das würde mich sehr freuen.

Ganz kurz noch dazu, dass wir den Polizeibeamten gegenüber despektierlich wären: Unser Spruch ist: Wir hoffen, dass die Polizeiuniform grün bleibt, weil wir uns mehr Grün auf der Straße wünschen. Ich kann auch platt und populistisch sein. Sie können das gut, und wir können es auch.

Wir haben einen ganz konkreten Antrag gestellt, der Ihnen die Möglichkeit bietet, ein Signal aus dem Landtag zu senden: Wir sind nicht bereit, alles zu schultern. Das ist kein Wunschkonzert. Es geht um G 7. Berlin hat angeschafft und den Gipfel nach Elmau getragen, wohin er 0,0 passt. Das sagen Ihnen bestimmt auch Ihre Sicherheitsleute. Er ist mit Mehrkosten verbunden. Wir wollen deswegen auch, dass Berlin, hier die Kanzlerin, mehr zahlt, als bisher angedacht ist. Wir wollen nicht, dass Bayern 90 Millionen Euro allein für einen Zwei-Tage-Gipfel zahlen muss. Sie hätten dieses Signal mittragen können. Das haben Sie nicht getan. Achten Sie also ein bisschen darauf, was Sie sagen. Wir haben gerechnet und bei unseren Anträgen die Gegenfinanzierung mit berücksichtigt.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Stamm. Bitte schön, Herr Herrmann.

Dr. Florian Herrmann (CSU): Das Wortspiel mit den grünen und den blauen Uniformen ist schön, geht aber an der Realität vorbei, insbesondere im Innenausschuss. Dort gab es Lippenbekenntnisse, wie stark Sie hinter der bayerischen Polizei stehen. Im Vordergrund steht aber eine in der Regel völlig überzogene Kritik, indem Einzelfälle zum Gesetz gemacht werden und nicht realisiert wird, dass es bei über einer Million Einsätzen der bayerischen Polizei nur einen winzigen Bruchteil an Beschwerden gab. In diesem Zusammenhang haben Sie jedes Maß verloren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

Das merkt man schon daran, dass sich die Ausführungen der Kollegin Schulze auf nur zwei Themengebiete beziehen, nämlich auf das Lieblingsthema Verfassungsschutz und auf die Bekämpfung von Rechts. Wenn das Ihr gesamtes Spektrum von innerer Sicherheit ist,

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

kann man nur hoffen, dass Sie nie in die Verantwortung für innere Sicherheit kommen.

(Beifall bei der CSU)

Zum G-7-Gipfel: Es ist ja ganz interessant, was Sie sich da für Gedanken machen. Ich vertraue dem Innenminister, der die Verhandlungen führt. Es ist eine Veranstaltung des Bundes. Daher sind natürlich auch die Hauptkosten vom Bund zu tragen. Es werden laufend Verhandlungen geführt, und wenn man einmal weiß, um welche Beträge es überhaupt geht, kann man auch von einer Erhöhung sprechen.

(Claudia Stamm (GRÜNE): Das ist bekannt, das steht im Haushalt!)

Das, was Sie fordern, wäre eher ein Vorratsbeschluss. Ich kann nur sagen, dass die Verhandlungen, die bisher zwischen Bayern und dem Bund geführt wurden, zum Beispiel bei der Finanzierung der Kosten von Asylbewerberunterkünften, durchaus sehr erfolgreich waren. Da geht es um eine 100-mal so große Dimension wie bei G 7.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Herrmann. Einen Moment bitte. Sie müssen noch dableiben. Wir haben eine weitere Meldung für eine Zwischenbemerkung. Sie kommt von Kollegen Aiwanger. Bitte schön.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Herr Kollege, Sie haben vorhin gesagt, wir würden uns wie Eltern verhalten, die ihren Kindern Geschenke unter den Weihnachtsbaum legen, die sie nicht bezahlen können. Ich frage Sie: Können Sie Ihre Kinder bald richtig anziehen? Wann bekommt die Polizei die neuen Uniformen, und wann war geplant, dass sie sie bekommen soll? Wird sie sie rechtzeitig bekommen?

(Zurufe von der CSU)

– Das ist eine ganz wichtige Frage: Wann kommen die neuen Uniformen, und welchen Zeitpunkt haben Sie angekündigt? Das ist doch sehr wichtig.

(Zuruf von der CSU: Manchmal ist Schweigen besser!)

Dr. Florian Herrmann (CSU): Lieber Herr Aiwanger, es ist wie so häufig bei Ihnen: Wenn man glänzen will, sollte man zumindest einen Schimmer haben.

(Beifall bei der CSU)

Ich schlage vor, Sie sprechen einmal mit Ihren Innenpolitikern.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich habe Sie gefragt! Ich will es von Ihnen wissen!)

Sie können Ihnen den Zeitplan für die Polizeiuniformen genau nennen. Die Uniformen befinden sich derzeit im Trageversuch. Sie können einmal mit den Beamten reden. Es ist sehr sinnvoll,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Nennen Sie eine Jahreszahl!)

die verschiedenen Witterungsperioden abzuwarten. Das wird bis nächstes Jahr durchgeführt. Im nächsten Jahr wird das Projekt dann weitergeführt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bis wann weitergeführt? Bis wann bekommen sie die Uniformen? Das war die Frage!)

– Das können Sie überall nachlesen. Sie wissen es ja wahrscheinlich auch.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Dr. Herrmann. Die nächste Wortmeldung kommt vom Kollegen Dr. Kränzlein. Bitte schön.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Entschuldigung, Frau Präsidentin, Sie kommen bei der Begrüßung zuerst, und dann kommt noch der Herr Minister. Ihn darf man heute nicht vergessen.

Der gute Peter Paul Gantzer hat zu Beginn seines Redebeitrags darauf hingewiesen, dass das Wichtigste im Innenministerium die Polizei ist. Bei ihm ist es sogar das Wich-

tigste im Haushalt überhaupt. Jetzt kommt der unwichtige Rest, nämlich die Bauangelegenheiten und der Verkehr. – So unwichtig ist das in Wirklichkeit nicht. Auch da geht es um viel Geld, selbst wenn es nicht immer direkt im Haushalt steht. Manchmal steht es im Wissenschaftshaushalt, manchmal im Justizhaushalt, überall da, wo staatlicher Hochbau stattfindet.

Lassen Sie mich ganz friedlich beginnen, nachdem die CSU-Fraktion jetzt immer so schnell auf der Palme ist. Vielleicht kann man sie einmal herunterholen.

(Staatsminister Joachim Herrmann: Nachgewiesenermaßen waren in München andere Leute auf der Palme oder den Bäumen!)

– Auf den Bäumen sind verschiedene Leute. In Ihrer Fraktion geht es immer ganz schnell. Aber Sie kommen in München und hier auch wieder herunter. – Ich schildere einmal, wie es im Haushaltsausschuss zugeht. Dort reden wir über das Bauen. Als Bürgermeister kann ich Ihnen von einer ganz seltsamen Erfahrung berichten. Da bekommt man mit, welch riesige Bedeutung die Exekutive hat. Wir haben für Millionen-Bauvorhaben immer vier, fünf oder sechs Minuten Zeit, und dann werden sie durchgewinkt. Wir können nicht allzu viel tun. Man kann nicht einmal recherchieren, weil die Post mit DHL erst am Freitagabend oder am Samstag kommt. Am Dienstag gibt es dann die Berichterstattung. Dabei stellt man fest – für jeden Bürgermeister ist das erstaunlich –, dass manches bei Bauvorhaben, die megawichtig sind, die in der Zeitung stehen, zu denen es Bürgerinitiativen gibt und bei denen Millionenbeträge über den Tisch gehen, gar nicht gut funktioniert. Ich nenne ein paar Beispiele.

Wir wollten eine Priorisierung der Bauvorhaben haben, die bei den Ministerien vorliegen müssen. Damit sie überhaupt arbeiten können, muss es irgendeine Rangfolge geben. Uns werden Einzelbauvorhaben genannt. Ob sie wichtig oder unwichtig sind, ob es wichtigere oder unwichtigere gibt, verschweigt man geheimnisvoll. Wir haben einen simplen Antrag gestellt, in dem wir darum gebeten haben, dass uns die Prioritätenliste der Ministerien vorgelegt werden. Das wurde von Ihrer Fraktion völlig unvers-

tändlicherweise abgelehnt. Nicht einmal das wurde zugestanden. Da ist ein vernünftiges Arbeiten in diesem Bereich überhaupt nicht mehr möglich.

Ich komme zu Ungereimtheiten bei der Planung. Ich könnte Ihnen eine ganz lange Liste aus dem Hochschulbereich, aus dem Justizbereich usw. aufführen. Ich nenne die JVA Landsberg, wo es im zweiten Bauabschnitt bei ungefähr 28 Millionen Euro Kosten schon eine Steigerung um 7 Millionen Euro gibt. Oder ich nenne das Katalysezentrum in Garching. In Deggendorf hat man in das Überschwemmungsgebiet der Donau Hochschulerweiterungsbauten gestellt. Bei einer Überflutung kommt es zu Mehrkosten. In Regensburg stehen nicht nachvollziehbare Kostenrichtwerte im Raum.

(Zuruf des Abgeordneten Erwin Huber (CSU))

– Sie brauchen sich noch nicht aufzuregen. Hören Sie erst einmal zu, und denken Sie ein bisschen nach. Dann kommen Sie dahinter. Wir haben – das hat Ihnen der Kollege Muthmann am Vormittag auch schon angedeutet – in der Obersten Baubehörde falsche Kostenrichtwerte. Sie sind viel zu hoch und haben nicht einmal mehr den Standard, den der frei finanzierte Wohnungsbau hat, sondern gehen darüber hinaus. Da liegen Einsparpotenziale, auf die wir schauen müssen. Da sieht der jeweilige Vertreter der Obersten Baubehörde gar nicht gut aus. Schade, dass der Kollege Winter nicht da ist. Vor Kurzem hat sich sogar die CSU-Fraktion im Ausschuss darüber aufgeregt, wie wir hier bedient werden. Herr Minister, hier stehen Sie vor einer Aufgabe; darum müssen Sie sich kümmern. In Ihre Behörde müssen endlich mehr Preisbewusstsein und Sparsamkeit einziehen. Dort fehlt das Kostenbewusstsein. Projektsteuerer werden dort meistens nicht oder nicht rechtzeitig eingeschaltet. Hier läuft jede Menge aus dem Ruder. Wären Bürgermeister für diese Bauvorhaben verantwortlich, dürften sie der Reihe nach allesamt zurücktreten. Das verspreche ich Ihnen. Davon nimmt die Öffentlichkeit jedoch bedauerlicherweise keinerlei Notiz.

Auch die energetische Sanierung fällt in den Verantwortungsbereich Ihrer Behörde. Wir haben die energetische Sanierung angemahnt. Wir haben Mittel für die Polizeiin-

spektionen, für die Hochschulen, für viele öffentliche Gebäude mit entsprechenden Mehrungsanträgen gefordert. Dort heizt der Staat zum Fenster hinaus. Dort fehlt die Vorbildfunktion. Dort wird kein Beitrag für künftige Generationen erbracht, was Sie mit Ihrer Nullverschuldungspolitik immer belegen wollen. Das bedeutet versteckte Verschuldung.

Gestern haben wir die Regierungserklärung verlesen bekommen. Darin sagt der Ministerpräsident: Jede marode Brücke ist eine versteckte Staatsverschuldung zulasten unserer Nachkommen. – Tatsächlich sind nicht nur die Brücken marode, sondern auch die Staatsstraßen. Wo er recht hat, hat er recht: Was Sie als Schuldenabbau bezeichnen, ist in Wirklichkeit ein Verschieben notwendiger Investitionen in eine ferne Zukunft. Die Infrastruktur verkommt. Von anderer Seite wurde schon gesagt, dass später sehr viel teurere Reparaturarbeiten durchgeführt und eventuell Neubauten errichtet werden müssen. Das nennen Sie eine vernünftige Politik? – Mehr Unvernunft, als Sie hier an den Tag legen, gibt es eigentlich gar nicht.

(Beifall bei der SPD)

Ich muss meine Uhr im Auge behalten. – Denken Sie etwa an den barrierefreien Ausbau. Mit etwas fragwürdigen Mitteln, dem sogenannten Spielgeld der CSU-Fraktion – eine interessante Erfindung, die man näher beleuchten sollte -, wurde dort ein bisschen nachgebessert. Okay, aber das vollmundige Versprechen der Regierungserklärung, dass in Bayern die öffentlichen Einrichtungen barrierefrei gemacht werden, ist heute schon eine geplatzte Seifenblase. Bedarf besteht nicht nur bei Regierungsgebäuden, sondern bei allen öffentlichen Gebäuden. Denken Sie etwa an die Bahnhöfe. Gut, dort ist die Deutsche Bahn mit im Spiel; aber wissen Sie, wie viele wichtige, große Umsteigebahnhöfe bei Weitem nicht barrierefrei sind, in denen 85-jährige Menschen, die in die Kur fahren, ihre Koffer 25 Treppen hinauf- und hinuntertragen müssen? – Auf diese Frage bekommt man die Antwort: Hier können wir leider nichts tun, dafür haben wir leider kein Geld, das steht leider nicht auf der Prioritätenliste.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Josef Zellmeier (CSU))

Denken Sie an den Wohnungsbau. Die Quoten für die Wohnungsbauförderung sind minimal. Der Minister hat durchaus vernünftige Einsichten. Er sagt zum Beispiel: In Bayern fehlen 282.000 Wohnungen, und: Bauen ist ein Gebot der Stunde. – Dafür stehen 210 Millionen Euro zur Verfügung. Wissen Sie, dass Sie damit für jede Wohnung 700 Euro bereitstellen können? – Mit Ihrer Förderung kann man vielleicht eine Eingangstür einhängen, aber nicht die Wohnungsnot lindern.

(Heiterkeit bei der SPD)

In Berlin hat man Gott sei Dank erkannt, dass man mehr tun muss. Wir haben hier in Ballungsgebieten partiell mit einem Marktversagen zu tun. Hier funktioniert der Mietmarkt nicht mehr, und da muss der Staat intervenieren und intelligente Modelle in Gang bringen, an denen die Kommunen auf der Grundlage städtebaulicher Verträge, ihres Baurechts, der Bereitstellung von Bauland und eventuell auch der Mitfinanzierung mitarbeiten. Mal wieder dick in den kommunalen Wohnungsbau einzusteigen, wäre eine reizvolle Aufgabe für einen Minister. Dieser sollten Sie sich einmal widmen.

(Beifall bei der SPD)

Zum Verkehr möchte ich wenigstens zwei kurze Anmerkungen hinzufügen. Die Verkehrsproblematik liegt mir am Herzen; Herr Minister, das wissen Sie ja. Interessanterweise hat Herr Seehofer zum Thema Münchner S-Bahnstrecke geschrieben: Bayern treibt das Projekt voran. – Richtig hätte er schreiben müssen: Die jeweils zuständigen Verkehrsminister haben das Projekt seit vielen Jahren bis heute treiben lassen, aber nicht vorangetrieben.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt soll endlich eine Verpflichtungsermächtigung über 2,15 Milliarden Euro gelten. Die Planfeststellungsbeschlüsse liegen schon wieder in weiter Ferne. Dass es nicht vorangeht, liegt nicht direkt in Ihrer Hand, aber ein bisschen mehr können Sie schon

tun, damit diese beiden Behörden, die sich den Schwarzen Peter zuspielen, in die Gänge kommen. Dafür müssen Sie selbst in die Gänge kommen. Die Finanzierung ist überhaupt nicht mehr gesichert. Sie wissen ganz genau, dass es bezüglich des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes ein baldiges Ende gibt. Alle Länderverkehrsmi-
nister haben sich übrigens bei der Diskussion über die Regionalisierungsmittel eine deftige Niederlage gegen Schäuble eingefahren. Er hat die Mittel eingefroren. Nicht einmal die Zuwachsraten, die bisher gegeben waren, sind vorgesehen. Sie bekommen 2014 und 2015 das Gleiche. Prüfen Sie einmal, ob Sie Ihre Bestellungen reduzieren müssen; wir können ja später dazu Anfragen stellen.

Zum Schluss komme ich zur "berühmten" B 15. Herr Minister, die Geschichte um die B 15 ist eine spannende, aber sie beweist keine CSU-Regierungskunst.

(Beifall bei der SPD)

Sieht denn der bayerische Weg vor, dass man 40 Jahre an einer Trasse festhält, anstatt sie rechtzeitig an die neuen Gegebenheiten anzupassen und dies rechtzeitig zu kommunizieren, damit Städte wie Landshut oder die Kommunen, die an der alten B 15 liegen, mit Umgehungsstraßen und Ähnlichem – manche Maßnahmen hätte man schon lange ergreifen können – entlastet werden? – Besser wäre es, zeitnah Lösungen zu suchen, die finanzierbar sind. Hier stehen Sie in der Pflicht. Sie sollen bald in den Verkehrsausschuss gehen und sagen, was Ihnen vor Kurzem bei der Anhörung in Dörfen passiert ist. Sie sollen mal erklären, was Ihre CSU-Minister in den verschiedenen Ressorts, die ihre Stimmkreise an der Strecke der B 15 haben, zu diesem Thema sagen und welche Alternativen sie vorschlagen, damit es weitergeht.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Dr. Kränzlein, kommen Sie zum Schluss, bitte.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Es wäre so schön, wenn ich mehr Redezeit hätte, und ich hätte noch so vieles zu sagen; aber, Frau Präsidentin, ich höre hiermit auf; denn der Minister ist schon ganz fipsig und möchte nicht zu lange warten.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Dr. Kränzlein. Jetzt folgt allerdings noch nicht der Herr Minister, sondern der Kollege Joachim Hanisch. Bitte schön.

Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Eigentlich wollte ich die dritte Ebene, die kommunale Ebene, besser beleuchten. Sie wurde in den Redebeiträgen bisher vernachlässigt, obwohl auch sie für den Haushalt relevant ist. Aber einige Ausführungen haben mich dazu provoziert, noch etwas zur inneren Sicherheit zu sagen.

Wir sind uns alle darüber einig, dass die innere Sicherheit in Bayern einen sehr hohen Stellenwert hat und auf einem sehr hohen Niveau liegt. Pauschal der Opposition im Bayerischen Landtag zu unterstellen, sie misstraue der Polizei, ist eine Behauptung, die ich sehr deutlich zurückweisen möchte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Heute besteht die Gelegenheit, gerade der Polizei für die tolle Arbeit zu danken, die sie in den letzten Jahren geleistet hat. Ich wollte nicht alle einschlägigen Anträge aufzählen; ich kann das auch nicht, weil ich sie nicht im Gedächtnis habe. Aber ich erinnere mich daran, dass wir seit 2008 im Innenausschuss einige Anträge mit dem Anliegen gestellt haben, dass wir eine bessere Ausstattung, auch Personalausstattung, der Polizei brauchen. Dankenswerterweise ist eine Menge getan worden. Sehen Sie einmal, wie sich die Polizei seit 2008 entwickelt hat! Zufällig sind wir seit 2008 im Bayerischen Landtag vertreten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Lachen bei der CSU)

- Rein zufällig. Was sich in diesem Zeitraum getan hat, können Sie mit den Aktivitäten in den sechs, sieben Jahren zuvor vergleichen. Dann sehen Sie, dass hier deutliche Fortschritte erzielt worden sind. Sie zeigen sich letztlich auch in der Sicherheit unseres

Freistaats Bayern. Darauf können wir alle stolz sein. – So viel zum Thema innere Sicherheit. Zu diesen Ausführungen bin ich durch die Vorredner provoziert worden.

Meine Damen und Herren, beim Blick auf den Haushalt und auf die Finanzeinnahmen des Freistaats Bayern in den letzten Jahren zeigt sich eine rekordverdächtige Entwicklung; das ist durchaus ein gutes Zeichen. Allerdings wird Bayern auf der Grundlage statistischer Rechnungen und pauschaler Feststellungen immer als blühendes Land bezeichnet. Lassen Sie mich deshalb auf ein paar Gesichtspunkte hinweisen, die zeigen, dass diese Behauptung so nicht stimmt. Das zeigt eine Detailbetrachtung.

Lassen Sie mich dazu auf die kommunale Ebene eingehen. In Bayern gibt es jede Menge reicher Kommunen, deren Rücklagen im zweistelligen Millionenbereich liegen und die trotzdem sehr gut ausgestattet sind. Manche Kommunen wären auf eine solche Lage stolz. Außerdem gibt es in Bayern jede Menge armer Kommunen, die nicht einmal mehr in der Lage sind, die Zuschussmöglichkeiten in Anspruch zu nehmen, weil sie die notwendigen Eigenmittel nicht aufbringen. Auch das ist Faktum, und das wissen wir. Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer; das kann man nachprüfen.

Meine Damen und Herren, hier wollen wir FREIE WÄHLER ein starkes, dauerhaftes und ein gerecht verteiltes Wachstum haben. Gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Regionen Bayerns – das haben wir in der letzten Legislaturperiode in unsere Verfassung geschrieben. Darauf pochen wir, und wir bitten, darauf auch in Zukunft stärker zu achten. Ich hoffe, dass durch die Neuordnung und Neuregelung der Schlüsselzuweisungen einiges verbessert wird und dass die Kommunen, die zu Recht faire Partner des Freistaates Bayern genannt werden, als solche behandelt werden. Natürlich geht es auch um die Bereiche, die bisher relativ schlecht dran sind. Die schwarze Null – mein Vorredner hat dazu Ausführungen gemacht; insofern kann ich mich kurz fassen – muss man einfach einmal beleuchten. Eine schleichende Verschuldung tritt auch ein, wenn zu wenig Geld in den Bauunterhalt gesteckt wird, wenn zu wenig Geld in einen Pensionsfonds eingezahlt wird und ähnliches.

Meine Damen und Herren, was wollen wir haben? – Wir wollen, dass die Kommunen einen relativ großen Spielraum haben und nicht mehr auf einzelne Zuweisungen mit kleinen Beträgen angewiesen sind. Unsere Forderung ist: 15 % Anteil an den Steuereinnahmen für die kommunale Ebene,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

selbst wenn dies momentan teuer kommt. Dies bietet aber den Kommunen einfach Sicherheit über einen längeren Zeitraum.

Ein ganz großes Thema muss in Zukunft die Sanierung unserer Kanal- und Wasserversorgung in den Kommunen sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Kommunen sind teilweise nicht in der Lage, die Sanierung ohne staatliche Förderung durchzuführen. Wir haben Geld für den Bau gegeben, und wir müssen uns jetzt etwas überlegen, wie den ärmeren Kommunen, also denjenigen Kommunen, die es sich nicht leisten können, diese Unterhaltsmaßnahmen durchzuführen, stärker und schneller geholfen werden kann. Darüber haben wir schon einmal diskutiert; erste Erfolge wurden schon erreicht; das ist alles ist aber noch viel zu wenig und dauert zu lange.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Hanisch. Der nächste Redner ist Kollege Mistol. Bitte, Herr Kollege.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wir GRÜNE sind der Überzeugung, dass gerade der Einzelplan der Staatsbauverwaltung die Prinzipien der Nachhaltigkeit, der Klimaschonung und auch der Zukunftsfähigkeit erfüllen sollte. Dem ist mit dem vorgelegten Entwurf in keiner Weise Rechnung getragen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie, Kolleginnen und Kollegen von der CSU, beschränken sich darauf, die Lasten weiter in die Zukunft zu verschieben, sei es bei der Bestandserhaltung der Infrastruktur, beim Bauunterhalt oder beim Klimaschutz. Für uns GRÜNE ist es in keiner Weise nachvollziehbar, dass die Mittel für die energetische Sanierung staatlicher Liegenschaften gekürzt werden; denn die derzeitige Sanierungsquote in Bayern muss eigentlich verdreifacht werden, wenn wir das Ziel eines CO₂-neutralen Gebäudebestandes bis 2050 erreichen wollen. Sonst ist diese zeitliche Zielmarke von Anfang an nichts weiter als Makulatur.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch der Haushaltsansatz zur Wohnraumförderung ist eine herbe Enttäuschung. Bezahlbarer Wohnraum wird in den bayerischen Ballungsräumen immer mehr zur Mangelware. Groß waren ja die Erwartungen, als Sie, Herr Staatsminister Herrmann, kurz nach Weihnachten letzten Jahres das Jahr 2014 zum Jahr des Wohnungsbaus ausgerufen haben. Statt jetzt endlich durchzustarten und die Erhöhung der Mittel zur Wohnraumförderung zu verstetigen, setzen Sie in Ihrem Haushaltsentwurf noch im gleichen Jahr schon wieder den Rotstift an und kürzen um rund 51 Millionen Euro. Dabei ist die Wohnungsproblematik bei Weitem noch nicht gelöst. Vor allem der Bestand an Sozialwohnungen geht immer weiter zurück. Allein 2013 sind mehr als 6.300 Sozialwohnungen aus der Bindung gefallen. Wir GRÜNE sehen hier deutlichen Handlungsbedarf – auf jeden Fall mehr als offensichtlich Sie, Kolleginnen und Kollegen von der CSU.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ähnlich ernüchternd sieht die Bilanz bei der Förderung der Schaffung von studentischen Wohnungen aus. Hier reicht es eben nicht, den Ausbau der Studienplatzkapazitäten zu forcieren, aber die notwendige soziale Flankierung jahrelang zu vernachlässigen. Dazu gehört einfach auch die Schaffung von ausreichend bezahlbarem Wohnraum. Studierende müssen bezahlbar wohnen können. Notquartiere und prekäre

Wohnverhältnisse sind aus unserer Sicht wirklich ein Skandal. Leider ist dies immer noch tatsächlich der Fall.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, während der Wohnraum in den Städten und in den Zuwanderungsregionen immer knapper wird, kämpfen ländliche Regionen gegen Abwanderung und Wohnungsleerstand. Bei der Bewältigung dieser Probleme spielt zum Beispiel die Städtebauförderung eine wichtige Rolle. Wir fordern daher eine Erhöhung des bayerischen Städtebauförderungsprogrammes um 10 Millionen Euro, da es als ergänzendes landeseigenes Programm insbesondere für kleine Städte und Gemeinden im ländlichen Raum konzipiert ist.

Wir wollen auch – das haben wir beantragt – beim Programm Soziale Stadt eine Aufstockung um 10 Millionen Euro, da es einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in benachteiligten Stadt- und Ortszentren leistet. Das ist wirklich ein Programm, in das wir investieren sollten.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen – Kollegin Stamm hat dies vorhin schon getan –, dass alle unsere Änderungsanträge hinsichtlich der Mehrkosten gegenfinanziert sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen von der CSU, den schönen Worten in Ihren Anträgen mit dem Titel, den Menschen die Heimat erhalten, die Sie kürzlich im Innenausschuss vorgestellt haben, können Sie auch Taten folgen lassen, wenn Sie heute unseren Änderungsanträgen zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Jetzt bitte ich Kollegen Winter zum Rednerpult.

Georg Winter (CSU): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen, werte Kollegen! Was ist das Besondere an dem Abschnitt Bauen und Verkehr in Bayern und was ist neu daran? – Das Neue und das Besondere ist, dass wir in Bayern jetzt einen Einzelplan haben, in dem der Verkehr und das Bauen gebündelt sind, dass wir ein Ressort für Bau und Verkehr haben und dass der Innenminister von dieser Reform in der Sache profitiert. Das ist wie bei den Zwillingstürmen des Münchner Domes: Die eine Säule ist Inneres, Polizei und Kommunales, die andere Säule, der andere Turm ist das Bündel Bauen und Verkehr. Dies hat viele Vorteile, weil es auch einen großen Abstimmungsbedarf gibt. Sie wissen, dass wir gerade in diesem Bereich Mischzuständigkeiten haben. Der Bund ist bei Straßen und bei der Bahn zuständig; die Länder sind zuständig; die Kommunen sind zuständig. Das heißt, beim ÖPNV, beim SPNV, aber auch bei der Straße haben wir eine Dreigliederung. Deshalb ist es gut, dass diese Bündelung im Rahmen der Kabinettsreform stattgefunden hat. An dieser Stelle geht daher auch Dank an den Ministerpräsidenten.

Der Haushalt, insbesondere dieser Haushalt des Einzelplans 03 B, ist innovativ und kreativ. Er ist noch besser als bisher und solide aufgestellt. Darauf möchte ich auch ganz kurz eingehen. Er ist für unsere Infrastruktur wichtig.

An dieser Stelle sage ich für diese gute Vorlage herzlichen Dank an unseren Fraktionsvorsitzenden Thomas Kreuzer, an den Ausschussvorsitzenden Peter Winter und auch an Sie, Herr Staatsminister Joachim Herrmann, und an Ihren Staatssekretär Gerhard Eck. Dieses Mal hatten wir einen Entwurf – ich denke nur an den Bereich Städtebau und Straße –, mit dem bereits eine echte, gute Basis vorhanden war, sodass sich die Fraktion auf viele andere Dinge konzentrieren konnte.

Einige Punkte vorweg. Gerade ist der Wohnungsbau genannt worden. Blicken wir einmal darauf, was Bayern macht und was die Nachbarn machen. Man muss sich fragen: Was ist aus unserem Musterländle geworden, wo Grün und Rot regieren? Bayern nimmt die Bundesmittel wie Baden-Württemberg. Wir legen 220 Millionen Euro drauf; Baden-Württemberg legt nichts drauf. Das ist der feine Unterschied. Wir sind besser

als im Jahr 2013, indem wir den Wohnungsbau in gleicher Weise fortführen und etwas für die Studenten drauflegen. Es ist eine einfache Übung, hier zu antworten und zu argumentieren.

Ich komme zur Städtebauförderung. Auch dazu möchte ich ganz deutlich sagen: Noch nie war die Städtebauförderung besser ausgestattet als heute. Fairerweise – Kollege Peter Paul Gantzer, Sie verfolgen das konzentriert mit – muss man sagen: Dank dem Koalitionsvertrag in Berlin konnten wir bereits im Frühjahr die parlamentarische Initiative starten und die Städtebauförderung um 60 Millionen Euro erhöhen, sodass wir jetzt in diesem Haushalt einen Höchststand von 207 Millionen Euro haben. Damit trifft neben einer guten Ausstattung der Dorferneuerung unser Motto zu: "Stadt und Land Hand in Hand". Beides ist gut unterlegt. Es ist so, dass die Städtebauer rausgehen und fragen können: Habt ihr ein Anliegen, habt ihr ein Projekt? Denn es gibt zwischenzeitlich auch Orte, wo schon vieles geschehen ist. Insofern ist es gut, dass wir die beiden Programme so stark ausgestattet haben.

Kollege Dr. Kränzlein hat die Barrierefreiheit angesprochen. Ich bin dem Herrn Ministerpräsidenten dankbar, dass er dieses wichtige Zukunftsthema in seiner Regierungserklärung als den roten Faden gesetzt hat. Wo findet Barrierefreiheit statt? Nehmen Sie den gesamten staatlichen Hochbau in der Größenordnung von fünf bis sechs Milliarden Euro, der barrierefreies Bauen umsetzen kann. Oder nehmen Sie die 500 Millionen Euro im Krankenhaus-Topf oder die 423 Millionen Euro im Finanzausgleich, die für die Schulen, für die Kitas zur Verfügung stehen. Überall dort kann barrierefreies Bauen gestaltet werden. Mit den Milliarden, die Jahr für Jahr umgesetzt werden, ist barrierefreies Bauen als roter Faden da. Natürlich haben wir auch ein paar spezielle Dinge mit eingebracht. Kollege Rotter hat sich da engagiert. Jedenfalls ist für dieses Thema eine ganz breite Basis gegeben.

(Wortmeldung des Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE))

- Ich antworte gerne am Schluss meiner Rede. Dann müssen Sie nicht stehen bleiben, Herr Kollege.

Zum Straßenbau muss man sagen: Wir haben 2014 das höchste Niveau erreicht, und das wird mit 250 Millionen Euro für den Um- und Ausbau sowie Bestandserhalt fortgesetzt. Hinzu kommen über Entflechtungsmittel 113 Millionen Euro, über das Bayerische GVFG 30 Millionen Euro, über das FAG 30 Millionen Euro, weitere Mittel über die Sonderbaulast, die Planungen. Dann sind es 450 Millionen Euro, eine knappe halbe Milliarde Euro für den staatlichen und kommunalen Straßenbau. Mit dem Eigenanteil der Kommunen sind wir über der halben Milliarde. Das heißt, da ist eine gute solide Basis gegeben.

Wenn gesagt wird, wir bauen zu üppig, kann ich nur sagen, die Fahrzeuge werden breiter und schwerer; deswegen müssen wir mit Qualität antworten.

Das Gleiche gilt für den Hochbau. Da wird gesagt, das ist zu teuer, das ist zu viel. Wenn wir die Energiesanierung, den Unfallschutz, den Brandschutz bis hin zur Barrierefreiheit berücksichtigen, dann kostet das Geld. Deswegen finde ich es nicht gut, wenn wir sagen, die Standards sind zu hoch. Nein, wir müssen beim Bauen langfristig denken, qualitativ gut sein und noch mehr Ehrgeiz haben.

(Beifall bei der CSU)

Dankbar bin ich dafür, dass Herr Staatsminister Herrmann die Anregung des Ausschusses aufgegriffen hat, dass wir mehr Planungsvorrat brauchen. Warum? Beim Bund hat es sich bewährt, dass man immer etwas in der Schublade hat. Deswegen konnte man dort mehr realisieren. Das ist auch notwendig für die staatlichen Projekte. Wir wissen, dass wir mehr Zeit brauchen, um baureife Maßnahmen hinzubekommen, weil die Mitsprache breiter und stärker geworden ist und weil natürlich viele Wünsche da sind. Dafür ganz herzlichen Dank. – Eine weitere Bitte ist, dass man in den ländlichen Räumen, wo die Fernstraßen weiter entfernt sind, mit Blick auf die Ballungsräume, bei der Beurteilung des Ausbauplanes künftig darauf achtet, dass dort die Staats-

traßen überörtliche Funktion mit übernehmen müssen. Das ist ein wichtiger Punkt. Herr Staatsminister, Sie haben gesagt, Sie wollen das gerne aufgreifen.

Ein Weiteres kommt hinzu: Wir wollen erreichen, dass die Leute nicht zu lange pendeln müssen. Die Schweiz und andere Länder sind hier Vorbild mit maximal 60 Minuten. Denn wer zu lange pendelt, der ändert den Wohnort. Wir wollen, dass die Menschen bleiben können und unsere Jugend ihre Zukunftschancen realisieren kann und nicht ins Zentrum ziehen muss, wo sie im Verdichtungsraum nicht das finden, was sie für eine Familiengründung tatsächlich brauchen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch kurz auf die Beratungen im Haushaltsausschuss eingehen. Die einen sagen, es sei zu viel, die anderen zu wenig. SPD und FREIE WÄHLER haben beim Straßenbau noch mehr gefordert. Die GRÜNEN haben gesagt, das muss zurückgefahren werden. Deswegen, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, sage ich: Ihre Vorschläge sind nicht gegenfinanziert. Das ist eine Falschmeldung. Denn – hören Sie zu, das ist auch immer Ihr Wunsch – die GRÜNEN wollen keinen Um- und Ausbau und keinen Neubau. Was wäre, wenn wir bei unseren Wohnhäusern nur noch Schönheitsreparaturen machen dürften? Die GRÜNEN meinen, Straßensanierung ja, Decke drauf ja, aber die kurvenreiche Strecke muss bleiben, die Unfallkurven dürfen nicht herausgenommen werden, und es darf auch keine neue Straße gebaut werden, damit Lebensqualität in den Orten entstehen kann. Die GRÜNEN sagen, es geht auch ohne Um- und Ausbau, und wollen die 90 Millionen Euro streichen. Da kann man nur dankbar sein, dass es die GRÜNEN nicht schon früher gab, sonst hätten wir ja gar nichts. Wer solche Gegenrechnungen macht, der hat nicht solide gegenfinanziert. Darum ist das nur ein Märchen, steht nur auf dem Papier. In Wirklichkeit taugt das gar nicht.

Mich hat im Haushaltsausschuss schon enttäuscht, dass die GRÜNEN unserer Anregung nicht gefolgt sind, dass Bayern bei 6.000 Kilometern Schieneninfrastruktur, der größten in Deutschland, mehr Planungsmittel bereitstellt: sechs Millionen Euro – drei Millionen Euro 2015 und drei Millionen Euro Verpflichtungsermächtigungen – plus

50 % europäische Mittel, also zusammen zwölf Millionen Euro, damit mehr Projekte auf den Weg kommen. Wenn da die GRÜNEN nicht mitstimmen können, obwohl in Bayern 120 Millionen Zugkilometer gefahren werden, dann wundere ich mich.

Ich wundere mich auch, dass Sie beim Antrag Barrierefreiheit nicht mitstimmen können. Die SPD und die FREIEN WÄHLER haben zugestimmt. Das sind auch nicht unsere Lieblinge.

Ich muss zum Ende kommen. Ich kann nur sagen, wir wollen, dass Bayern als innovatives Bahn-Land vorankommt und dass die Schieneninfrastruktur besser ausgebaut wird. Da sind wir sehr kreativ unterwegs. Ich sage ganz herzlichen Dank und wünsche viel Erfolg bei der Umsetzung.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Winter, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Mistol.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Herr Kollege Winter, dass unsere Änderungsanträge nicht gegenfinanziert sind, halte ich für ein Märchen. Wenn Sie vorhin Ihrer eigenen Ministerin zugehört hätten, wüssten Sie, dass Sie uns sogar dafür gelobt hat. Da sollten Sie sich vielleicht innerhalb der CSU abstimmen. Vielleicht glauben Sie aber Frau Aigner. Sie hat nämlich recht. – Ich wollte aber etwas ganz anderes sagen. Der Bund-Länder-Vergleich scheint ein beliebter Sport bei Ihnen zu sein. Er fehlt praktisch bei keinem Redebeitrag von Ihnen. Das Ganze muss allerdings immer einem Faktencheck standhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Winter, Sie haben Baden-Württemberg angesprochen. Wissen Sie, dass die grün-rote Regierung 64 % mehr für die Wohnraumförderung zur Verfügung stellt als die schwarz-gelbe Vorgängerregierung? – Das unterscheidet sich doch schon etwas von dem, was Sie gerade erzählt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Georg Winter (CSU): Herr Kollege, ich bleibe dabei, auch wenn Sie ein Lob bekommen haben. Man sucht sich ja immer das heraus, was passt. Als Schwabe, als Alemanne sei es mir gestattet, weil ich vom Musterländle überzeugt bin, dass es top war. Aber ich mache nicht nur den Faktencheck mit Prozentrechnen. Wir wissen, da kommt es auf das Hundert an. Ich spreche auch mit den Kollegen der anderen Seite in Baden-Württemberg, weil wir an dieser Landesgrenze Kontakt haben und uns miteinander austauschen.

(Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Ach geh, Sie haben Kontakt?)

Darum bekomme ich mit, was alles stehen bleibt, was alles nicht geschieht, wo sie nicht vorwärtskommen, dass sie die Bundesmittel nicht abrufen. Ich könnte sehr lange darüber berichten, in welche Schwierigkeiten sie dort gekommen sind.

Sie sprechen von Gegenfinanzierung. Ich bleibe meiner Feststellung, dass die SPD bei substanziellen Dingen, auf die man nicht verzichten kann, mehr verlangt als wir und die GRÜNEN sagen: Kein einziger Euro für den Umbau von Straßen, die gefährliche Kurve darf nicht verändert werden, es muss die nächsten tausend Jahre so bleiben. Das ist die Vorstellung der GRÜNEN. Und es darf keine neue Strecke mehr gebaut werden. Die Kollegen von SPD und FREIEN WÄHLERN haben mir gesagt, was wir tun, ist sogar noch zu wenig. Und Sie nehmen das her, um gegenzufinanzieren. Darum ist das eine glatte Milchmädchenrechnung.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bitte, Herr Kollege Ganserer.

Markus Ganserer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Kollegin Gottstein, bitte sehen Sie es mir nach. Wenn Sie das, was draußen momentan los ist, als Winterwetter bezeichnen, dann zeigt das nur,

dass der Klimawandel bereits im vollen Gange ist. Das ist etwas, womit wir uns auf keinen Fall abfinden sollten. Das ist auch etwas, das nicht normal ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Bayern kommen rund 37 % der CO₂-Emissionen aus dem Verkehrsbereich. Wenn wir den Klimaschutz und die Klimaschutzziele ernst nehmen, dann müssen wir neben der Energiewende ganz dringend auch eine Verkehrswende einleiten. Fliegen ist die mit Abstand klimaschädlichste Art der Fortbewegung. Wir sind der Meinung, dass der Flugverkehr mit der Steuerbefreiung des Kerosins bereits mehr als ausreichend subventioniert worden ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen halten wir eine weitere Subventionierung mit Landesmitteln für nicht akzeptabel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nicht nur die Beispiele aus anderen Bundesländern zeigen es, sondern auch das Beispiel Hof: Regionalflughäfen sind eben nicht wirtschaftlich zu betreiben. Deswegen halten wir einen Ausbau des Regionalflughafens Memmingen nicht nur für nicht notwendig, sondern halten eine Subventionierung und Bezuschussung mit Landesmitteln für überhaupt nicht gerechtfertigt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für die Verkehrswende müssen wir natürlich zusehen, dass wir den ÖPNV stärken. Gestatten Sie mir einen kleinen Ausblick auf den Einzelplan 13: Dazu haben wir einen Vorschlag unterbreitet, um die Schlüsselverteilung der Entflechtungsmittel anders aufzuteilen. Bisher entfallen jährlich 136 Millionen Euro auf den kommunalen Straßenbau – 60 % der Mittel. Für den ÖPNV bleiben nur 90 Millionen Euro übrig, also 40 %. Wir wollen dieses Verhältnis umkehren, um den ÖPNV zu stärken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eigentlich wollte ich an dieser Stelle einmal lobend anerkennen, dass sich im Vergleich zu den Jahren vor 2008, als für den Unterhalt der Staatsstraßen viel zu wenig Mittel bereitgestellt worden sind, etwas geändert hat. Damals hat das dazu geführt, dass die Verkehrsinfrastruktur, auch die staatliche Verkehrsinfrastruktur, zunehmend verlottert ist. Jetzt stellen Sie mehr Mittel auch für den Unterhalt bereit. Aber wenn Herr Kollege Winter hier die Fakten verdreht, zeigt das entweder, dass er keine Ahnung hat, oder er argumentiert absichtlich unsauber.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Unterhaltsmittel greifen wir auf keinen Fall an, weil der Erhalt der Infrastruktur natürlich notwendig ist. Ein weiterer Ausbau der Staatsstraßen ist für uns aus Klimaschutzgründen eben nicht akzeptabel.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Deswegen wollen wir die bestehenden Ausbauprojekte abwickeln und die frei werdenden Mittel dann in Klimaschutzmaßnahmen investieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen Mobilität für alle. Um das Ziel "Bayern barrierefrei" im Jahr 2023 zu realisieren, reicht es eben nicht aus, nur Planungsmittel für den Umbau von Bahnhöfen bereitzustellen. Was nützt es einem Rollstuhlfahrer im S-Bahn-Bereich Nürnberg, wenn er zwar barrierefrei unterwegs sein kann, wenn Sie zum Beispiel für den Umbau des Bahnhofs Fürth zwar Planungsmittel bereitstellen, der Rollstuhlfahrer seinen Anschlusszug aber nicht erreicht, weil er ohne fremde Hilfe nicht auf den anderen Bahnsteig kommt, da der Umbau eben noch nicht stattgefunden hat? Wir fordern deshalb für die Umsetzung dieser Maßnahmen einen eigenen Titel. Wir wollen damit aus den Haushaltsresten bis zu 20 Millionen Euro jährlich für den barrierefreien Umbau von Bahnhöfen bereitstellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zuletzt komme ich noch zu Ihrem Lieblings- und Prestigeprojekt, der zweiten Röhre. Da bin ich ganz anderer Meinung als Herr Kollege Dr. Kränzlein. Dies entwickelt sich nämlich immer mehr zu einem Fass ohne Boden. Die geschätzten Baukosten liegen mittlerweile bei 2,5 Milliarden Euro, und die Finanzierung ist eben nicht gesichert. Der Bund hat im GVFG für die Jahre bis 2018 gerade einmal 28 Millionen Euro eingestellt. Es ist alles andere als sicher, ob das GVFG über das Jahr 2019 hinaus fortgeführt wird. Damit entwickelt sich die zweite Röhre zunehmend zu einem Milliardengrab und zum Haushaltsrisiko für den Freistaat Bayern. Deswegen sagen wir: Beenden Sie dieses Trauerspiel! Machen Sie den Weg frei für den Ausbau des ÖPNV in München, in der Metropolregion! Dazu ist eine Vielzahl kleinerer Maßnahmen notwendig, die man schnell realisieren kann, die aber auch finanzierbar sein müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Während Ihr Lieblingsprestigeprojekt dafür sorgen würde, dass die Mittel über Jahre hinaus überwiegend nach München fließen, sind wir der Meinung, dass wir das Geld eben auch für eine Vielzahl kleiner Projekte im ganzen Land brauchen, um dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse entgegenzukommen. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte, Herr Kollege Rotter.

Eberhard Rotter (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Kürze der mir zur Verfügung stehenden Zeit möchte ich einiges zu dem Gesagten anmerken und vielleicht noch etwas Neues zu den Bereichen Wohnungsbau und Verkehr ergänzen.

Im Doppelhaushalt stehen für die Jahre 2015 und 2016 immerhin staatliche Wohnraummittel in Höhe von insgesamt 242 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung. Davon

sind knapp 160 Millionen Euro Landesmittel. Nennen Sie mir ein Land, das dafür vergleichbar hohe Landesmittel zur Verfügung stellt. Natürlich wäre es immer besser, wenn man noch mehr hätte. Ich glaube aber, dass der Freistaat Bayern seiner Verantwortung durchaus nachkommt. Die Bundesmittel in Höhe von 61 Millionen Euro reicht er selbstverständlich durch; das ist überhaupt keine Frage. Wir legen fast das Dreifache davon noch an Landesmitteln dazu. Für den studentischen Wohnraumbau sind es immerhin 22,5 Millionen Euro. Das ist 50 % mehr, als wir noch vor einigen Jahren hatten.

Der Freistaat allein kann das Ganze natürlich nicht richten, wenn wir zu wenige Wohnungen haben, obgleich wir unserem Ziel von 70.000 Wohnungen durchaus wieder näherkommen. Wir waren einmal bei 35.000 Wohnungen pro Jahr; im Jahr 2013 waren es immerhin 56.000 Wohnungen. So, wie es aussieht, werden wir auch in diesem Jahr eine weitere Steigerung schaffen. Dazu muss aber insbesondere auch der private Wohnungsbau mitmachen, den wir deswegen wieder attraktiver gestalten müssen. Hierzu brauchen wir Abschreibungsmöglichkeiten. Das ist längst überfällig, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Im Ballungsraum liegt der Schwerpunkt natürlich auf der Mietwohnraumförderung, während im ländlichen Raum die Eigenwohnraumförderung dominiert. Auch das ist wichtig. Wir reden von der Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen, von daher müssen natürlich auch dorthin Mittel fließen.

Ansonsten haben wir flankierend zusammen mit unserem Koalitionspartner auf Bundesebene ein Paket für bezahlbaren Wohnraum geschnürt. Im Koalitionsvertrag ist ausdrücklich festgelegt: Leistungshöhe und Mindestbeträge des Wohngelds werden an die Bestandsmieten und die Einkommensentwicklung angepasst. Das war in den vergangenen Jahren in dieser Form leider auch nicht der Fall. Zudem müssen seit 1. März dieses Jahres Eigentümer, deren Mietshäuser in Gebieten von Milieuschutz-

satzungen liegen, für die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen eine Genehmigung einholen. Dies dient insbesondere einem besseren Mieterschutz. Mit der ebenfalls neu eingeführten Mietpreisbremse dämpfen wir zusätzlich Mietsteigerungen.

In Sachen Einheimischenmodelle, liebe Kolleginnen und Kollegen – das ist wieder im ländlichen Raum von größerer Bedeutung –, brauchen unsere Kommunen schnellstmöglich Rechtssicherheit. Hier ist zusammen mit dem Bund, dem bayerischen Innenministerium, dem Städtetag und dem Gemeindetag ein Gesamtkonzept entwickelt worden, das im Juli dieses Jahres, vor fünf Monaten, der Europäischen Kommission vorgelegt worden ist. Es beruht auf objektiven, nicht diskriminierenden und im Voraus bekannten Kriterien und ist damit europarechtskonform.

Zum Thema Verkehr, liebe Kolleginnen und Kollegen, bringt der Doppelhaushalt 2015/2016 kraftvolle Impulse. Es stehen jeweils wieder weit mehr als 1 Milliarde Euro zur Verfügung. Dieses Geld, das natürlich im Wesentlichen aus Bundesmitteln stammt, gilt es selbstverständlich auch für die kommenden Jahre zu sichern. Hierin sind sich zumindest die Länder mittlerweile einig und können gegenüber dem Bund gemeinsam auftreten.

Verkehrsträger Nummer 1 ist und bleibt die Straße. Wir investieren jedes Jahr in den Ausbau und Erhalt der Bundesfernstraßen und Staatsstraßen. Wenn wir hierfür weiterhin 250 Millionen Euro zur Verfügung haben, dann dient das der Verstetigung. Auch von den staatlichen Bauämtern ist immer wieder beklagt worden, dass sie einmal 50 Millionen Euro mehr und dann wieder 30 Millionen Euro weniger haben. Seit einigen Jahren haben wir jetzt eine Verstetigung auf diesem hohen Niveau.

Wenn die GRÜNEN immer wieder sagen, man möge doch bitte nur für den Unterhalt aufkommen, muss ich feststellen: Der Großteil der Mittel geht in den Unterhalt. Was an Staatsstraßenneubau erfolgt, sind im Wesentlichen Ortsumgehungen, die teilweise auch von Ihnen getragene Bürgerinitiativen vor Ort fordern, weil sie den Verkehr aus

den Ortskernen heraushaben wollen. Bitte nehmen Sie das doch auch einmal zur Kenntnis.

(Beifall bei der CSU)

Zur Entlastung der Straßen setzen wir auf ein attraktives Nahverkehrsangebot. Der Bayern-Takt ist eine Erfolgsgeschichte. Es wurden mehr als 50 neue Haltepunkte errichtet. Ich hoffe, dass wir diese Zahl in den nächsten Jahren über die DB Stationsoffensive auf 100 steigern können.

In Bayern sind täglich rund 1,3 Millionen Menschen in Regionalzügen und S-Bahnen unterwegs, davon 800.000, also mehr als die Hälfte, im Großraum München. Da haben Sie natürlich recht, Kollege Kränzlein, wenn Sie die zweite Stammstrecke ansprechen. Aber wenn Sie behaupten, dass die bayerischen Verkehrsminister hier die Bremser seien, dann liegen Sie völlig falsch; sie bremsen nicht, sondern sie schieben an in diesem Bereich. Wenn Staatsminister Herrmann eine Plausibilitätsüberprüfung der Kosten gemacht hat, ist das nur richtig und sinnvoll, weil wir natürlich wissen müssen, was die ganze Sache kostet, wenn endlich die Planfeststellungsbeschlüsse da sind. Auf diese warten wir mindestens genauso dringend wie Sie auch. – Und weil Sie gerade den Kollegen Zeil angesprochen haben, möchte ich Ihnen nur dies entgegenhalten: Ich brauche ihn eigentlich nicht zu loben, aber der Fairness halber muss ich sagen, dass er in diesem Bereich ebenfalls angeschoben hat.

(Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Wenn das stimmen würde, wären wir 2019 fertig!)

Als Staatsminister Herrmann kürzlich im Wirtschaftsausschuss war – ich denke, Sie haben sicherlich gut zugehört –, hat er ausdrücklich bestätigt, dass netzergänzende Maßnahmen nicht erst nach Fertigstellung der zweiten Stammstrecke kommen sollen,

(Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Oh ja, da habe ich ganz genau zugehört!)

sondern dass das parallel läuft.

(Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Und dann wird das widerrufen!)

Das ist eine Neuerung im Vergleich zu seinem Vorgänger, und das ist absolut zu begrüßen.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Ende.

Eberhard Rotter (CSU): - Ich habe es gesehen, Frau Präsidentin. - Nur noch ein abschließendes Wort zum barrierefreien Ausbau der Stationen: Das ist Bundesangelegenheit.

(Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Ach geh!)

- Kollege Kränzlein, wer ist denn der Eigentümer der Bahnhöfe? – Das ist die DB.

(Zurufe von der SPD)

Und wer ist davon wiederum der Eigentümer? – Das ist der Bund.

Sie sollten uns loben, dass wir endlich Planungsmittel zur Verfügung stellen, damit die Bahn schneller in die Gänge kommt. Sie sollten uns da nicht schelten. Das werden Sie allerdings wohl nie und nimmer einsehen. – Ich bedanke mich fürs Zuhören und bitte um Zustimmung zum Einzelplan 03 B.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Jetzt bitte ich Herrn Staatsminister Herrmann zum Rednerpult. – Bitte sehr.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will zum Abschluss dieser Debatte über die beiden Haushaltspläne des Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr nur zu ein paar der

angesprochenen Themen kurz Stellung nehmen, zunächst zum Thema Sicherheit. Ich glaube, wir können alle gemeinsam einerseits dankbar und andererseits ein klein bisschen im richtigen Sinn des Wortes stolz darauf sein, dass wir in dem Land in Deutschland leben dürfen, das ganz eindeutig das sicherste aller 16 Bundesländer ist. Es hat zusammen mit dem Nachbarland Thüringen die niedrigste Kriminalitätsrate und die höchste Aufklärungsquote. Das war jedenfalls bislang in Thüringen so; mal sehen, wie sich das in Zukunft entwickelt. Auf jeden Fall lebt man in Bayern sicherer als anderswo. Ich habe gestern Abend bei dem Empfang, den der Münchner Oberbürgermeister traditionell für die Sicherheitskräfte in München gibt – Polizei, Feuerwehr, U-Bahnwache, Rettungsdienste etc. – darauf hingewiesen – da waren wir uns auch völlig einig –, dass München zu den sichersten Millionenstädten Europas gehört. Auf jeden Fall ist es die sicherste Millionenstadt Deutschlands.

Bei einem Vergleich der Kriminalitätsbelastung von München und Köln – beide Städte sind mit über einer Million Einwohner in der Größenordnung ziemlich gut vergleichbar – stellt man fest, dass die Kriminalitätsbelastung in Köln genau doppelt so hoch ist wie in München. Deshalb darf ich mir erlauben festzustellen: Wenn München in dem sagenhaften Nordrhein-Westfalen mit der dortigen Landesregierung liegen würde, wäre es um die Sicherheit seiner Menschen wesentlich schlechter bestellt.

(Beifall bei der CSU)

Dank der Tatsache, dass München die bayerische Landeshauptstadt ist, haben die Münchner die niedrigste Kriminalitätsbelastung aller deutschen Großstädte über 200.000 Einwohner.

(Zurufe von der SPD – Unruhe)

Das ist der gemeinsame Erfolg – so habe ich das gestern Abend im Alten Münchner Rathaus auch gesagt – einer starken Sicherheitspolitik in Bayern in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen. Das hat der Münchner Oberbürgermeister genau so gesehen.

(Beifall bei der CSU)

Das ist die Realität, und dafür stehen wir in der Tat seit vielen Jahren.

(Beifall bei der CSU)

Weil es wichtig ist, dieses Sicherheitsniveau aufrechtzuerhalten, ist es auch richtig, weiterhin in gutes Personal bei unserer Polizei zu investieren. In den letzten fünf Jahren sind über 6.600 Nachwuchsbeamte eingestellt worden. Wir haben damit deutlich mehr Beamte neu eingestellt, als in den Ruhestand gegangen sind, und wir haben bereits im noch laufenden Doppelhaushalt 840 zusätzliche Einstellungsmöglichkeiten geschaffen. Heuer sind 1.280 junge Kolleginnen und Kollegen neu eingestellt worden, und wir konnten in ähnlicher Größenordnung junge, fertig ausgebildete Beamte in die Inspektionen abgeben.

Im Doppelhaushalt, der Ihnen jetzt zur Beschlussfassung vorliegt, haben wir zusätzliche Planstellen für Polizei und Verfassungsschutz vorgesehen, wo sich die Mitarbeiter insbesondere um die Cyber-Sicherheit kümmern. Es gibt 330 zusätzliche Einstellungsmöglichkeiten. Die zusätzlichen Ausbildungsstellen werden verlängert, und damit können wir schon in den nächsten zwei Jahren Vorsorge treffen, indem wir den Nachwuchs bereits jetzt ausbilden, den wir in der Tat brauchen, da in den Jahren 2018 bis 2020 besonders starke Jahrgänge in unserer Polizei in den Ruhestand gehen werden.

Das ist zukunftsorientierte Politik, heute den Nachwuchs auszubilden und einzustellen, der mit seiner Ausbildung fertig sein wird, wenn die starken Jahrgänge in den Ruhestand gehen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

- Fakt ist doch, lieber Herr Aiwanger, dass Sie sonst in keinem anderen Bundesland regieren. Und das ist auch gut so.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das kommt schon noch!)

Den anderen beiden Oppositionsparteien darf ich sagen: Eine so gute Personalausstattung für die Polizei gibt es nur in Bayern. Es gibt eine Reihe anderer Bundesländer, auch rot-grün-regierte, die bei der Polizei sparen und Stellen abbauen. Wir bauen auf bei der Polizei. Das ist der Unterschied.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Aber jetzt zu Ihren Ausführungen, lieber Herr Professor Gantzer. Ich höre Ihnen immer gern aufmerksam zu, und Sie sagen Gott sei Dank häufig sehr viel Richtiges. Sie fordern aber ausgerechnet heute, nach all den Jahren der Organisationsreform in der Polizei, die wir erfreulicherweise gut abgeschlossen haben,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Na ja!)

jetzt wieder von vorne anzufangen und das ganze Rad zurückzudrehen und wieder eine vierstufige Organisationsform einzuführen, also die Polizeidirektionen wiederherzustellen. Das dürfte schwierig sein. Sie bringen keine 10 % vom Personal der bayerischen Polizei auf die Beine, die dies ernsthaft befürworten würden.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): 75 % sind dafür!)

Alle sind froh, dass mit den Organisationsreformen jetzt erst einmal Schluss gemacht wurde und dass sich die Polizei wieder ihren eigentlichen Aufgaben widmen kann.

(Anhaltende Zurufe des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Wir haben eine gute Organisationsreform. Wir sind gut aufgestellt und haben die technisch modernsten Einsatzzentralen in allen Präsidialbereichen Bayerns geschaffen. Auf dieser Grundlage muss nun gute Arbeit geleistet werden. Genau das schafft unsere Polizei. Eine neue Organisationsreform beginnen wir jetzt jedenfalls nicht.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Kollege Aiwanger, Sie haben in Ihrer Zwischenbemerkung gefragt, wie es nun mit der neuen Dienstuniform aussieht.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Genau, das wäre interessant!)

Das Entscheidende bei der neuen Uniform ist, anders als es in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird, nicht die neue Farbe, sondern vielmehr, dass wir modernere Uniformen aus moderneren Textilien bekommen. Wenn man sieht, was heute viele Private ganz selbstverständlich beispielsweise an moderner sogenannter Outdoor-Kleidung und Freizeitkleidung haben, je nachdem, welche Kleidungsstücke man entsprechend den Jahreszeiten im kalten oder nassen Winter und im heißen Sommer trägt, dann ist klar, dass die bisherige Ausstattung einfach nicht mehr zeitgemäß ist. Deswegen haben wir diesen Modernisierungsprozess angestoßen. Nebenbei bemerkt dürfen alle uniformierten Kolleginnen und Kollegen der Polizei im kommenden Frühjahr selbst entscheiden, welche Farbe sie wollen. Die Farbe ist nämlich für die Materialien nebensächlich. Sie können die gleichen Textilien genauso in grün wie in blau haben.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dann darf jeder seine eigene Farbe wählen!

– Zuruf von der CSU: Mei oh mei, Aiwanger!)

Aber ich habe versprochen: Das entscheiden die Kolleginnen und Kollegen selbst. Das werde nicht ich entscheiden, sondern alle Uniformierten werden selber entscheiden können. Ich hatte zunächst für diesen ganzen Prozess einen Zeitplan, der eine Einführung ab dem Jahr 2018 vorsah. Ich habe mehrfach kritisch nachgefragt, ob das nicht ein bisschen schneller geht und ob man die Entscheidungsprozesse ein bisschen beschleunigen kann. Wir sind jetzt im Trageversuch und wollen im nächsten Jahr die Entscheidungen herbeiführen. Wir werden das natürlich alles dem Parlament vorlegen; denn das kostet ja am Schluss Geld. Wenn das soweit alles klar geht, bin ich zuversichtlich, dass wir Ende 2016, Anfang 2017 zur Einführung der Uniform kommen werden. Das ist jedenfalls im Moment unser Zeitplan, Herr Kollege Aiwanger.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Thema Mobilität und Ausbau vor allen Dingen von Straßen und Schienen. Ich möchte mich beim Hohen Haus herzlich bedanken, dass wir den Staatsstraßenhaushalt schon im laufenden Jahr 2014 durch den Nachtragshaushalt auf insgesamt 250 Millionen Euro erhöhen konnten. Das ist Geld, das wir draußen in der Tat dringend brauchen. Dieses hohe Niveau wollen wir in den nächsten beiden Jahren 2015/2016 fortführen und verstetigen, wie gerade angesprochen worden ist. Das ist ungemein wichtig; denn es ist in der Tat klar: Das Niveau, das der Staatsstraßenhaushalt vor etwa zehn Jahren zeitweilig hatte, war eindeutig zu niedrig. Da haben wir in der Tat noch ein bisschen Rückstau; aber mit dem Niveau, das der Staatsstraßenhaushalt jetzt hat, können wir manchen Rückstau abbauen. Wir sind jetzt gut unterwegs, und das wird mir überall, wo ich hinkomme, bestätigt. Ich weise ausdrücklich darauf hin, weil Herr Ganserer wieder über die moderne Mobilität gesprochen hat, dass dabei sowohl bei den Bundesstraßenmitteln als auch bei den Staatsstraßenmitteln ein erheblicher Teil zum Beispiel zum Ausbau unseres Radwegenetzes enthalten ist. Ein herzliches Dankeschön dafür, dass die Mehrheitsfraktion des Landtags dieses hohe Niveau des Staatsstraßenhaushalts geschaffen hat!

Wir investieren aber gleichzeitig in den Schienenpersonennahverkehr. Da gibt es die angesprochenen Regionalisierungsmittel, bei denen wir vorweisen können, dass wir sie in Bayern zu einem echten Erfolg geführt haben. Es ist jetzt zwanzig Jahre her, dass der Bund über seine Bahnreform entschieden hat. Damals wurde entschieden: Die Deutsche Bahn ist selbst unmittelbar für den Fernverkehr zuständig und es wird eine eigene Netz AG gebildet, der Nahverkehr wird aber in der Durchführung den Ländern übertragen, der Bund stellt Mittel zur Verfügung. Welcher Zug in welchem Takt wann wo fahren soll, sollen die Länder entscheiden, weil sie näher dran sind. – Dies hat sich als Riesenerfolgsmodell für den Schienenpersonennahverkehr in Bayern erwiesen. Ich darf noch einmal in Erinnerung rufen: Vor zwanzig Jahren wurden in Bayern 82 Millionen Zugkilometer im Jahr gefahren. Für das Jahr 2014 haben wir in Bay-

ern 121 Millionen Zugkilometer bestellt. Das heißt, der Schienenpersonennahverkehr ist in gefahrenen Kilometern in den letzten zwanzig Jahren um volle 50 % gewachsen, seitdem ihn der Freistaat Bayern selbst lenken und organisieren kann. Die Strecken werden im Wettbewerb vergeben; die DB Regio fährt immer noch das Meiste, aber sehr viel wird auch von privaten Wettbewerbern geleistet. Das funktioniert gut.

(Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Na ja, das funktioniert manchmal!)

Meine Damen und Herren, es ist richtig, dass wir jetzt eine Fortschreibung der Regionalisierungsmittel brauchen. Das Gesetz endet ja offiziell am 31. Dezember. Es ist klar, dass die Regionalisierungsmittel fortgeführt werden müssen. Wir haben uns im Kreis der Verkehrsminister aller Länder - dem hat sich inzwischen der Bundesrat angeschlossen - die klare Forderung an den Bund gerichtet, dass diese Mittel erhöht werden müssen. Man hat sich jetzt wohl in Berlin in der Großen Koalition darauf verständigt, in dieses Gesamtpaket über die Bund-Länder-Finanzbeziehungen inklusive GVFG – dazu sage ich gleich noch einen Satz – und inklusive des Länderfinanzausgleichs usw. alles einzubeziehen. Das kann man so machen. Entscheidend ist, dass wir zügig zu Entscheidungen kommen.

Im Moment muss aber keiner irgendwelche Reduzierungen fürchten. Das vorhandene Niveau wird im Jahr 2015 mit der üblichen Steigerung von bisher 1,5 % fortgeführt werden. Davon gehe ich im Moment jedenfalls aus. Wir sagen allerdings klar, daraus mache ich überhaupt keinen Hehl: Diese 1,5 % sind als Dynamisierung auf Dauer völlig unzureichend; denn wenn die Bundesnetzagentur der DB Netz AG in den letzten Jahren ständig Preissteigerungen, die sie uns auch im Nahverkehr in Rechnung stellt, von über 2 %, teilweise bis zu 3 %, genehmigt, dann geht es natürlich nicht an, dass man uns nur ein Wachstum der Mittel von 1,5 % zubilligt, mit dem wir dann wieder die Züge bestellen können. Das kann nicht funktionieren. Deshalb haben die 16 Länder gemeinsam eine klare Erwartung an den Bund, dass die Dynamisierung auf 2,8 % per annum angehoben wird und dass auch der Gesamtplafond insgesamt angehoben wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was den Schienenpersonennahverkehr anbetrifft, ist es entscheidend, dass wir im kommenden Jahr 2015 die klaren Entscheidungen über die Finanzierung und über den Bau der zweiten Stammstrecke hier in München fällen. Diese Strecke, dieser zweite Tunnel, der wohlgemerkt nicht nur S-Bahnen, sondern auch Zügen aus der Metropolregion dienen soll,

(Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Hoffentlich!)

ist dringend notwendig, wenn das Schienenpersonennahverkehrsnetz in der Region München nicht im nächsten Jahrzehnt kollabieren soll.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb setzen wir uns dafür konsequent ein. Deshalb sind die entsprechenden Verpflichtungsermächtigungen in diesem Doppelhaushalt enthalten. Wir müssen dieses Thema voranbringen. Der Ministerrat hat heuer einen Meilensteinplan beschlossen. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir, sobald die Planfeststellungsbeschlüsse vorliegen - das ist die Voraussetzung -, vorankommen. Keiner von uns hier, lieber Herr Kollege Kränzlein, hat unmittelbaren Einfluss auf das Eisenbahn-Bundesamt; das ist eine unabhängige Behörde. Ich mache bei jeder Gelegenheit deutlich, dass ich mir wünsche, dass diese Planfeststellungsbeschlüsse so schnell wie möglich erlassen werden. Das ist klar. Aber wir können es nicht erzwingen. Sobald diese Beschlüsse vorliegen, kann die Deutsche Bahn, so sieht es der Zeitplan vor, zumindest für einen Teil der Baumaßnahmen in die ersten Ausschreibungen gehen. Das Ergebnis dieser Ausschreibungen ist dann die letzte Messlatte dafür, ob die bisherigen Kalkulationen realistisch sind und ob dieser Tunnel mit den angedachten Finanztableaus tatsächlich gebaut werden kann. Ich habe jedenfalls die feste Zielsetzung, dass wir über dieses in der Tat schwierige Thema, eine der größten Investitionen in diesem Bereich in unserem Land seit vielen Jahren überhaupt, im kommenden Jahr endgültig entscheiden.

Dazu brauchen wir natürlich die Mithilfe der Landeshauptstadt München. Auch der neue Oberbürgermeister und die schwarz-rote Mehrheit im Stadtrat von München sind

dazu fest entschlossen, soweit ich das beurteilen kann. Dazu brauchen wir noch den Bund. Der Bund kann das nur darstellen, wenn gleichzeitig auf Bundesebene die Verlängerung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes beschlossen wird. Herr Kollege Ganserer, es ist ziemlich unsinnig, wenn die Verlängerung infrage gestellt wird. Das steht im Koalitionsvertrag in Berlin. Darin sind sich CDU/CSU und SPD in Berlin völlig einig. In den Verhandlungen geht es darum, auf welchem Niveau und mit welchem Finanztableau das GVFG verlängert wird. Nur im Leisesten daran zu zweifeln, dass sich die Große Koalition in Berlin darin einig ist, dass das GVFG verlängert wird, halte ich nun wirklich für groben Unfug. So ein Unfug sollte auch von den GRÜNEN hier nicht in die Debatte eingeführt werden.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will nur mit einem Nebensatz sagen, dass die Verantwortung des Bundes auch für den barrierefreien Ausbau der Bahnhöfe gilt. Wir werden uns in Sachen Barrierefreiheit im Schienenpersonennahverkehr weiter engagieren. Die Hauptverantwortung hat aber zunächst die Deutsche Bahn. Sie haben ein zutreffendes Beispiel angesprochen, Herr Kollege Ganserer. Ich meine den Hauptbahnhof Fürth. Dort wurden mit Unterstützung durch bayerische Mittel die S-Bahnsteige 1 und 2 barrierefrei ausgebaut. Der Freistaat Bayern ist aber nicht dafür zuständig, die ICE-Bahnsteige und sonstigen Bahnsteige 3, 4, 5, 6 und 7 barrierefrei auszubauen. Das ist nun wirklich eine Kernaufgabe der Deutschen Bahn. Darüber sollten wir uns hier auch einig sein.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden hier weiterhin Dampf machen und schauen, dass wir die Maßnahmen voranbringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich abschließend noch ein herzliches Dankeschön dafür sagen, dass uns für die nächsten zwei Jahre die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden. Mit den Mitteln, die in diesem Haushaltsentwurf enthalten

sind, wollen wir den hohen Standard sowohl an Sicherheit wie an Lebensqualität in unserem Land halten. Wir können das aber nur tun – das will ich über diese Haushaltsdaten hinaus ausdrücklich sagen –, weil unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit großem persönlichen Engagement Tag für Tag weit mehr tun als ihre Pflicht. Das gilt für die Vollprofis, für die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das gilt auch für Tausende von Helferinnen und Helfern, die ehrenamtlich unterwegs sind.

Ich danke sehr herzlich den über 40.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der bayerischen Polizei und des Verfassungsschutzes, den rund 470.000 Einsatzkräften bei Feuerwehren, den freiwilligen Hilfsorganisationen, dem THW und den sonstigen Einheiten des Katastrophenschutzes, von denen 450.000 ehrenamtlich im Einsatz sind. Ich danke den 11.000 Mitarbeitern der staatlichen inneren Verwaltung und den weiteren 190.000 Bediensteten der Kommunen in unserem Land. Ich danke den 10.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Staatsbauverwaltung einschließlich der fast 3.400 Beschäftigten des Straßenbetriebsdienstes, die gerade in den nächsten Winterwochen wieder Tag und Nacht und auch an den Feiertagen zu tun haben werden, um unsere Straßen für uns alle betriebsfähig zu halten. Allen diesen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein ganz herzliches Dankeschön dafür, dass wir uns Tag und Nacht auf ihre Einsatzbereitschaft verlassen können!

(Beifall bei der CSU)

Ich danke schließlich sehr herzlich den Kolleginnen und Kollegen des Haushaltsausschusses für die guten und konstruktiven Beratungen der Einzelpläne 03 A und 03 B. Ich danke dem Vorsitzenden Peter Winter, dem stellvertretenden Vorsitzenden Volkmar Halbleib, den Berichterstattern Petra Dettenhöfer, Georg Winter, Dr. Herbert Kränzlein, Harald Güller, Reinhold Strobl, Bernhard Pohl, Alexander Muthmann, Thomas Mütze und Claudia Stamm. Auch kritische Beiträge bringen uns manchmal in der Entscheidungsfindung voran. Insgesamt haben wir einen starken Haushalt für die nächsten beiden Jahre. Ich bitte Sie alle, liebe Kolleginnen und Kollegen, um Zustimmung zu diesem Haushalt des Innenministeriums.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bleiben Sie bitte am Rednerpult. Zu einer Zwischenbemerkung hat sich Kollege Florian von Brunn gemeldet.

Florian von Brunn (SPD): Herr Staatsminister, erlauben Sie mir eine Zwischenbemerkung zum öffentlichen Verkehr, und zwar zu Ihrem sogenannten 13-Punkte-Sofortprogramm zum Bahnknoten München und zur S-Bahn München aus dem Jahr 2012, genauer gesagt vom Mai 2012. Verdient dieses Programm eigentlich noch den Namen Sofortprogramm, wenn Sie es bis Ende 2014 schaffen, gerade einmal eine Maßnahme, nämlich die Elektrifizierung der Strecke nach Altomünster, durchzuführen? Woran liegt es, dass bisher so wenig realisiert worden ist? Liegt das an der Unterfinanzierung, so frage ich zum Beispiel mit Blick auf den Regionalzughalt Poccistraße, den Sie erst 2022 fertigstellen wollen, oder liegt es an der Planung der S-Bahnverlängerung nach Geretsried, über die wir im nächsten Jahr dann schon 41 Jahre lang diskutieren? Eine letzte Frage: Wann ist aus Sicht der Staatsregierung mit dem Abschluss der anderen zwölf Maßnahmen zu rechnen?

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Wir haben über den Stand der Maßnahmen erst kürzlich im Fachausschuss ausführlich berichtet. Ich bin froh, dass wir am kommenden Sonntag die elektrifizierte Strecke Dachau – Altomünster in Betrieb nehmen können. Das ist schon ein bedeutsamer Fortschritt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Kollege von Brunn, auf eine parteipolitisch primitive Art könnte ich jetzt sagen: Sagen Sie mir einmal, was in den elf Jahren, in denen es einen SPD-Bundesminister gegeben hat, vorangekommen ist. Da war der Fortschritt null Komma null.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege von Brunn, ich führe die Debatte nicht auf diesem Niveau. Seitdem ich dafür zuständig bin, habe ich die Debatten zu keinem Zeitpunkt auf diesem Niveau geführt. Ich habe Ihnen an dem anderen Beispiel gerade erklärt, dass ich nicht darüber verfügen kann, wann das Eisenbahn-Bundesamt mit einem Planfeststellungsverfahren

fertig wird. Dass diese Maßnahmen alle für das jetzt zu Ende gehende Jahr angekündigt waren, dass sie sich aber dann immer wieder verzögert haben, kann ich nicht ändern. Der Münchner Oberbürgermeister kann auch nichts daran ändern. Dass wir über die zweite Stammstrecke keine weiteren Entscheidungen treffen können, bevor der Planfeststellungsbeschluss vorliegt, ist eben so.

Es gibt andere Maßnahmen, die wir weiter voranbringen können. Ich mache kein Hehl daraus, es gibt Maßnahmen, bei denen es bei der Deutschen Bahn extrem schwierig ist. Bei der Strecke Wolfratshausen – Geretsried konnte ich nicht mehr tun, als alle an einen Tisch zu holen. Es war ein sehr konstruktives Gespräch. Es waren alle politischen Gruppierungen mit am Tisch. Da hatte mir die Bahn auch versprochen, dass sie nach einem halben Jahr darlegt, wie dieses Projekt aussehen könnte und was es dann kostet. Ich habe die Bahn seither dreimal angemahnt. In der Tat ist jetzt schon ein viel längerer Zeitraum vergangen, und ich habe immer noch keine Antwort bekommen. Was soll ich machen? Ich kann die Bahn öffentlich anprangern. Ich kann es aber nicht erzwingen. Das ist das Problem. Die Kolleginnen und Kollegen im Straßenbau sind unmittelbar meine Mitarbeiter. Denen kann ich eine Anweisung geben und sagen: Das habt ihr jetzt als Erstes zu machen, und das andere habt ihr im nächsten halben Jahr zu machen, und dergleichen mehr. Die Deutsche Bahn kann ich bitten oder beauftragen. Wir bezahlen die Planungen und dergleichen. Ich kann aber nichts erzwingen.

(Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Wem gehört denn die Deutsche Bahn?)

Die Tatsache, dass die Deutsche Bahn jetzt eine privatrechtliche Aktiengesellschaft ist, hat die Verfahren und Entscheidungen nicht beschleunigt. Das will ich jetzt aber nicht in allen Einzelheiten ausführen. Ich kann Ihnen nur sagen: Ich versuche wirklich, so viel Tempo wie möglich in die ganzen Verfahren hineinzubringen.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe gerade zu diesen Bahnprojekten in den letzten zwölf Monaten sehr viele Gespräche mit der Deutschen Bahn und den Kommunen geführt und mir vor Ort die Projekte angeschaut. Ohne Selbstbeweihräucherung zu betreiben, wage ich zu behaupten, dass sich schon lang keiner mehr mit solcher Intensität mit diesen Themen beschäftigt hat. Ich sehe auch durchaus einen Fortschritt. Es ist nicht so, dass die anderen Projekte nicht vorankommen. Es hätte vieles miteinander schneller vorankommen können. Ich bin zuversichtlich – sicher kann ich mir immer erst dann sein, wenn die Deutsche Bahn das Projekt auf den Tisch legt -, dass wir im kommenden Jahr 2015 einen großen Durchbruch erreichen. Die Hälfte der Maßnahmen in dem Sofortprogramm hängt vom Projekt zweite Stammstrecke ab, weil sie in deren Finanzierung mit enthalten sind, was vielen in der Öffentlichkeit gar nicht so bewusst ist. Die Hälfte dieser Maßnahmen ist in der Finanzierung der Zweiten Stammstrecke enthalten. Herr Kollege von Brunn, ich bin zuversichtlich, dass wir hier zügig vorankommen werden. Ich werde dem Hohen Haus weiterhin detailliert darüber berichten. Wir brauchen das. In anderen Teilen Deutschlands wird darüber geklagt, dass die Züge leer sind.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Minister, seien Sie in Ihrer Antwort nicht zu ausufernd. Mir liegt noch der Wunsch nach einer weiteren Zwischenbemerkung vor.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Präsidentin, lassen Sie mich den Satz zu Ende führen. Die S-Bahn-Züge sind voll. Sie sind überfüllt. Wir stehen vor der Herausforderung des Erfolges des S-Bahn-Systems in München. Jetzt müssen wir die Entscheidungen für die Investitionen treffen, damit sich dieses System weiterhin erfolgreich entwickeln kann. Dafür setzen wir uns ein.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Vielen Dank. Herr Ganserer, bitte.

Markus Ganserer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatsminister, habe ich Sie richtig verstanden, dass es in Berlin die Überlegung gibt, das GVFG in die Verhandlungen

über die Bund-Länder-Finanzbeziehungen einzubeziehen? Wenn ja, wie wollen Sie dann in Abrede stellen, dass es in Berlin in der Großen Koalition Überlegungen gibt, das GVFG nicht mehr fortzuführen? Ich möchte die Bahn beim barrierefreien Ausbau der Bahnhöfe nicht aus der Pflicht nehmen. Stimmen Sie mir zu, dass die Staatsregierung mit Landesmitteln in den letzten Jahren Bahnhöfe barrierefrei ausgebaut hat und es sich dabei nicht nur um S-Bahnhöfe handelt? Stimmen Sie mir zu, dass das vollmundige Versprechen, Bayern bis zum Jahr 2023 im gesamten ÖPNV barrierefrei zu machen, nicht einzuhalten ist und der Ministerpräsident den Mund zu voll genommen hat? Die Staatsregierung hat es nicht im G'nack, dieses Versprechen bis 2023 zu realisieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Ich möchte bei der letzten Frage anfangen. Der Ministerpräsident hat klipp und klar erklärt, dass sich die Ankündigung, Bayern bis zum Jahr 2023 barrierefrei zu machen, auf die Zuständigkeit des Freistaats Bayerns bezieht. Das liegt auch in der Natur der Sache. In einem Polizeidienstgebäude, in einem Finanzamt oder in einem Universitätsgebäude muss die Barrierefreiheit hergestellt werden. Der Freistaat Bayern ist weder für die barrierefreie Gestaltung eines Zollamts des Bundes noch für die barrierefreie Gestaltung des Münchner Rathauses zuständig. Jede Ebene ist für ihren Bereich zuständig. Dazu hat sich der Ministerpräsident klar geäußert.

Wir sind unzufrieden mit dem Tempo der Deutschen Bahn. Wir haben in den letzten Jahren zusätzliche Landesmittel bereitgestellt und werden das auch in den nächsten Jahren tun, um bei den Bahnhöfen in Bayern weiterzukommen.

Zum GVFG. Ich weiß nicht, was Sie für Informanten haben. Es gibt einen Koalitionsvertrag, der vor einem Jahr geschlossen worden ist. In diesem Koalitionsvertrag steht klipp und klar, dass das GVFG fortgeführt werden muss. Ich war bei den Verhandlungen dabei. Darüber gab es überhaupt keinen Streit. Niemand musste gewaltsam zu

einem Kompromiss gezwungen werden. Die CDU/CSU und die SPD waren sich von Anfang an einig, dass das GVFG fortgeführt wird. Ich kenne keine ernsthafte Stimme aus der Großen Koalition in Berlin, die dies in irgendeiner Weise infrage stellen würde. Dieses Thema wurde in die Bund-Länder-Finanzbeziehungen einbezogen, weil das Finanztableau, die Ausstattung, geregelt werden muss. Es geht nicht darum, ob das Gesetz verlängert wird, sondern auf welchem Niveau es über das Jahr 2019 hinaus verlängert wird. Darüber wird verhandelt. Das ist auch legitim. Ich hoffe, dass es bis zum Sommer nächsten Jahres über dieses Gesamtpaket, den Länderfinanzausgleich, die Regionalisierungsmittel und das GVFG, in der Großen Koalition eine Einigung geben wird. Ich kann das nicht versprechen, würde es mir aber wünschen. Ich gehe davon aus, dass sich in diesem Hause eine große Mehrheit dafür einsetzen wird.

Die Verkehrsminister aller Länder sind sich parteiübergreifend einig, dass dies ein wichtiges Thema ist, das nicht bis zum Jahr 2019 warten kann. In den Kommunen und bei der Bahn muss geplant werden. Wir brauchen eine Perspektive, wann die nächsten Strecken in Angriff genommen werden können. Wir müssen jetzt Klarheit über die nächsten Ausbaumaßnahmen schaffen. Deshalb muss über dieses Gesamtpaket spätestens im nächsten Jahr auf Bundesebene entschieden werden. Ich bin sehr zuversichtlich. Lieber Herr Ganserer, wir sollten in der Öffentlichkeit keine Verwirrung stiften.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt. Ich möchte Sie bitten, aufmerksam zu sein, da wir jetzt viele Abstimmungen vornehmen werden.

Ich lasse zunächst über den Tagesordnungspunkt 9 – das ist der Antrag der Abgeordneten Bause, Hartmann, Claudia Stamm und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "G7-Gipfel kostet Bayern kleinen zweistelligen Millionenbe-

trag' – deswegen: Bayern muss Geld zurückfordern" auf der Drucksache 17/3558 abstimmen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 8. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2015/2016, Einzelplan 03 A, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3326 mit 17/3332, 17/3342 mit 17/3349, 17/3384, 17/3385, 17/3400 mit 17/3403 und 17/3418 mit 17/3423 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/4426 zugrunde.

Zunächst führen wir die bereits zu Beginn der Beratung angekündigten namentlichen Abstimmungen durch.

Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 17/3331 in namentlicher Form ab. Für die Stimmabgabe sind die Urnen wie gewohnt aufgestellt. Für die Stimmabgabe haben wir fünf Minuten vorgesehen. Wir beginnen jetzt.

(Namentliche Abstimmung von 18.07 bis 18.12 Uhr)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Stimmabgabe ist nun abgeschlossen. Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit. Wir zählen jetzt außerhalb des Saales aus. Aber es geht sofort mit der nächsten namentlichen Abstimmung weiter. Wir sind schon eine Stunde in Zeitverzug. Das ist alles Ihre Zeit.

(Zuruf von der CSU: Wir haben Zeit!)

- Dann ist es gut. Wir führen nun die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der Abgeordneten der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/3344 durch. Die Urnen

sind bereitgestellt. Für die Stimmabgabe haben Sie drei Minuten Zeit. Wir beginnen jetzt.

(Namentliche Abstimmung von 18.13 bis 18.16 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie bitten, wieder Platz zu nehmen. Wir müssen jetzt eine Abstimmung in einfacher Form vornehmen, bevor es dann mit der nächsten namentlichen Abstimmung weitergehen kann. Bitte nehmen Sie doch Platz.

Nachdem nun die Stimmabgabe abgeschlossen ist und das Ergebnis außerhalb des Plenarsaals ermittelt wird, führen wir zwischenzeitlich die von der SPD-Fraktion geforderte Abstimmung über den Änderungsantrag auf Drucksache 17/3342 in einfacher Form durch. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung. Wer dem Änderungsantrag entgegen dem Votum des Ausschusses zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – SPD. Gegenstimmen bitte! – CSU. Enthaltungen? – FREIE WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir unterbrechen nun die Sitzung kurz und warten das Ergebnis der namentlichen Abstimmungen ab.

(Unterbrechung von 18.17 bis 18.19 Uhr)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir nehmen die Sitzung wieder auf. Ich gebe nun das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmungen bekannt, zunächst zum Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Neubau des Polizeigebäudes in Passau bereits im Jahr 2015", Drucksache 17/3331.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Mit Ja haben 56, mit Nein haben 100 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 10)

Ich komme zum Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Diana Stachowitz und anderer (SPD) betreffend "Haushaltsplan 2015/2016; hier: Förderung vereinseigener Sportstättenbau", Drucksache 17/3344: Mit Ja haben 37, mit Nein haben 88 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: 32. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 11)

Der Einzelplan 03 A wird nun vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/4426 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Die Abstimmung soll in namentlicher Form erfolgen. Abstimmungsgrundlage ist der Einzelplan 03 A mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen. Für die Stimmabgabe stehen die Urnen wieder bereit. Dafür haben wir fünf Minuten vorgesehen. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden.

(Namentliche Abstimmung von 18.21 bis 18.26 Uhr)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Die Stimmen werden außerhalb des Plenarsaals ausgezählt.

Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit, weil wir in der Tagesordnung fortfahren wollen. Wir kommen jetzt zum Einzelplan 03 B; das ist der Tagesordnungspunkt 10. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2015/2016, der Einzelplan 03 B, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3333 mit 17/3335, 17/3350 mit 17/3354, 17/3386 mit 17/3388, 17/3404 mit 17/3413, 17/3424 und 17/3425 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/4427 zugrunde. Der Einzelplan 03 B wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf

Drucksache 17/4427 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Die Stimmabgabe wird in namentlicher Form durchgeführt. Sie haben dafür jetzt drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 18.26 bis 18.29 Uhr)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Ich bitte Sie, die Plätze wieder einzunehmen. Wir müssen wieder Abstimmungen in einfacher Form vornehmen.

Ich komme zurück zu Tagesordnungspunkt 8. Das ist der Einzelplan 03 A – und gebe nun das Ergebnis der Abstimmung bekannt. Mit Ja haben gestimmt 87, mit Nein haben gestimmt 69, und Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Einzelplan 03 A mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 12)

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 13)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich nun um sein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Bei Enthaltung des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/4426 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3384 und 17/3385 ihre Erledigung gefunden haben. Die Beratung des Einzelplans 03 A ist damit abgeschlossen.

Ich gehe zurück zum Tagesordnungspunkt 7 und gebe nun das Abstimmungsergebnis der namentlichen Abstimmung zum Einzelplan 15 bekannt: Mit Ja haben gestimmt 92, mit Nein haben gestimmt 69, Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Einzelplan 15 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 8)

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge zum Einzelplan 15, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 9)

Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen schlägt noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich nun um sein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Bei Enthaltung des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/4614 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3948 mit 17/3960, 17/4006 und 17/4135 mit 17/4138 ihre Erledigung gefunden haben. Die Beratung des Einzelplans 15 ist damit auch abgeschlossen.

Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Einzelplan 03 B bekannt, der als Tagesordnungspunkt 10 behandelt wurde. Mit Ja haben 87, mit Nein haben 69 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es nicht.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 14)

Damit ist der Einzelplan 03 B mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 15)

Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen schlägt noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Keine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN ist es so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen – Drucksache 17/4427 – weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3386, 3387 und 3388 ihre Erledigung gefunden haben. Die Beratung des Einzelplans 03 B ist damit abgeschlossen. Diesen Tagesordnungspunkt haben wir erledigt.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 10.12.2014 zu Tagesordnungspunkt 8: Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Haushaltsplan 2015/2016; hier: Neubau des Polizeigebäudes in Passau bereits im Jahr 2015 (Kap. 03 18 Tit. 710 00) (Drucksache 17/3331)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete		X	
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut		X	
Celina Kerstin		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva	X		
Güll Martin			
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine			
Häusler Johann			
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.			
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine			
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred			
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	56	100	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 10.12.2014 zu Tagesordnungspunkt 8: Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Diana Stachowitz u. a. SPD; Haushaltsplan 2015/2016; hier: Förderung vereinseigener Sportstättenbau (Kap. 03 03 TG 91 Tit. 893 91) (Drucksache 17/3344)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			X
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			X
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete			X
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut		X	
Celina Kerstin			X
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			X
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther			X
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus			X
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas			X
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			X
Gottstein Eva			X
Güll Martin			
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine			
Häusler Johann			
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim			X
Hartmann Ludwig			X
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.			
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold			X
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine			
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus			X
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			X
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian			X
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			X
Mistol Jürgen			X
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander			X
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			X
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			X
Pohl Bernhard			X
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred			
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			X
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			X
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			X
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			X
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			X
Gesamtsumme	37	88	32

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 10.12.2014 zu Tagesordnungspunkt 8: Haushaltsplan 2015/2016;
Einzelplan 03 A für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau
und Verkehr - Allgemeine Innere Verwaltung - (Drucksache 17/4426)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Beißwenger Eric	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brückner Michael	X		
von Brunn Florian		X	
Brunner Helmut	X		
Celina Kerstin		X	
Dettenhöfer Petra	X		
Dorow Alex	X		
Dünkel Norbert	X		
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute	X		
Eisenreich Georg	X		
Fackler Wolfgang	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen		X	
Fehlner Martina		X	
Felbinger Günther		X	
Flierl Alexander	X		
Dr. Förster Linus			
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith	X		
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva		X	
Güll Martin			
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Haderthauer Christine			
Häusler Johann			
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.			
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Dr. Herz Leopold		X	
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes	X		
Hofmann Michael	X		
Holetschek Klaus	X		
Dr. Hopp Gerhard	X		
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Huber Martin	X		
Huber Thomas	X		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie			
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Kamm Christine			
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro	X		
Knoblauch Günther		X	
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter		X	
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia	X		
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander		X	
Neumeyer Martin	X		
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred			
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi		X	
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayer Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl		X	
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika		X	
Dr. Wengert Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta		X	
Wild Margit			
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	87	69	0

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 8

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 03 A:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zusätzliche Stellen für die Futtermittelüberwachung
(Kap. 03 08 Tit. 422 01)
Drs. 17/3326
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Stellenhebungen im Hygienekontrolldienst
(Kap. 03 09 Tit. 422 01)
Drs. 17/3327
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zusätzliche Polizistenstellen für die neuen Erstaufnahmeeinrichtungen
(Kap. 03 18 Tit. 422 01)
Drs. 17/3328
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zusätzliche Ausbildungskapazitäten für Polizeidienstanfänger
(Kap. 03 18 Tit. 710 00)
Drs. 17/3329
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Neubau des Polizeigebäudes in Kaufbeuren
(Kap. 03 18 Tit. 710 00)
Drs. 17/3330
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Neubau des Polizeigebäudes in Passau bereits im Jahr 2015
(Kap. 03 18 Tit. 710 00)
Drs. 17/3331
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zusätzliche Stellen für Polizeidienstanfänger
(Kap. 03 20 Tit. 422 21)
Drs. 17/3332
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Diana Stachowitz u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhöhung der Zuschüsse für die Sportfachverbände
(Kap. 03 03 Tit. 684 91)
Drs. 17/3342
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Diana Stachowitz u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhöhung der Vereinspauschale
(Kap. 03 03 Tit. 685 91)
Drs. 17/3343

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Diana Stachowitz u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung vereinseigener Sportstättenbau
(Kap. 03 03 TG 91 Tit. 893 91)
Drs. 17/3344
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Mittel für Vorsorgekuren
(Kap. 03 03 neuer Tit.)
Drs. 17/3345
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verstärkungsmittel für Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände und Betriebsstoffe
(Kap. 03 03 neuer Tit.; Kap. 03 17 bis 03 21 jeweils Tit. 511 01, 511 22, 514 01, 812 01)
Drs. 17/3346
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Florian von Brunn, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: 71 Stellen für Lebensmittelkontrolleure-Anwärter bei den Landratsämtern
(Kap. 03 09 Tit. 422 21)
Drs. 17/3347
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Sicherheitswacht
(Kap. 03 18 TG 76)
Drs. 17/3348
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: 100 neue Planstellen für die Mobile Reserve
(Kap. 03 20 Tit. 422 01;
Kap. 03 02 Tit. 461 01)
Drs. 17/3349
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verbesserung der Personalausstattung in der bayerischen Gesundheitsverwaltung
(Kap. 03 08 Tit. 428 01)
Drs. 17/3418
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Neue Planstellen für die Bekämpfung von Cyberkriminalität (Dezernat 54)
(Kap. 03 17 Tit. 422 01 und Tit. 428 01 sowie Kap. 03 02 Tit. 461 01)
Drs. 17/3419
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Annette Karl, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: 6 zusätzliche Stellen für Prävention und Drogenbekämpfung
(Kap. 03 18 Tit. 422 01)
Drs. 17/3420
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erwerb von Dienstfahrzeugen für die Landespolizei
(Kap. 03 18 Tit. 811 01)
Drs. 17/3421
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Herbert Kränzlein, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Fahrsicherheitstrainingszentrum der Polizei - Änderung der Zweckbestimmung
(Kap. 03 20 Anlage S Tit. 710 30)
Drs. 17/3422
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von Fahrzeug- und Gerätebeschaffungen u.ä.
(Kap. 03 23 Tit. 883 01)
Drs. 17/3423

- | | |
|--|--|
| <p>22. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Keine konzeptionslose Sonderfinanzierung des BLSV
(Kap. 03 03 Tit. 893 01)
Drs. 17/3400</p> <p>23. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Umsetzung von Stellen an die unteren Naturschutzbehörden
(Kap. 03 09 Tit. 422 01,
Kap. 03 80 Tit. 422 01)
Drs. 17/3401</p> | <p>24. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verkleinerung des Landesamts für Verfassungsschutz - Umschichtung der Mittel zur Landespolizei zur Bekämpfung der Cyber-Kriminalität
(Kap. 03 15 Tit. 422 01 und 534 01,
Kap. 03 18 Tit. 422 01 und 525 71)
Drs. 17/3402</p> <p>25. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Keine Finanzierung der Sicherheitswacht
(Kap. 03 18 TG 76)
Drs. 17/3403</p> |
|--|--|

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 10.12.2014 zu Tagesordnungspunkt 10: Haushaltsplan 2015/2016; Einzelplan 03 B für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr - Staatsbauverwaltung - (Drucksache 17/4427)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Beißwenger Eric	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brückner Michael	X		
von Brunn Florian		X	
Brunner Helmut	X		
Celina Kerstin		X	
Dettenhöfer Petra	X		
Dorow Alex	X		
Dünkel Norbert	X		
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute	X		
Eisenreich Georg	X		
Fackler Wolfgang	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen		X	
Fehlner Martina		X	
Felbinger Günther		X	
Flierl Alexander	X		
Dr. Förster Linus			
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith	X		
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva		X	
Güll Martin			
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Haderthauer Christine			
Häusler Johann			
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.			
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Dr. Herz Leopold		X	
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes	X		
Hofmann Michael	X		
Holetschek Klaus	X		
Dr. Hopp Gerhard	X		
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Huber Martin	X		
Huber Thomas	X		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie			
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver			
Kamm Christine			
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro	X		
Knoblauch Günther		X	
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter		X	
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia	X		
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander		X	
Neumeyer Martin	X		
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred			
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi		X	
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayer Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl		X	
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika		X	
Dr. Wengert Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta		X	
Wild Margit			
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	87	69	0

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 10

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 03 B:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhöhung der Mittel für energetische Sanierungen staatlicher Gebäude aller Einzelpläne
(Kap. 03 63 Tit. 701 48)
Drs. 17/3333
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhöhung der Mittel für die Schaffung von Studentenwohnraum
(Kap. 03 64 Tit. 893 68)
Drs. 17/3334
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen
(Kap. 03 80 Tit. 750 00)
Drs. 17/3335
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Versteckte Verschuldung reduzieren: Verstärkte energetische Sanierung staatlicher Gebäude
(Kap. 03 63 Tit. 701 48)
Drs. 17/3350
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Versteckte Verschuldung reduzieren: Verstärkungsmittel für staatliche Hochbaumaßnahmen
(Kap. 03 63 neuer Tit.)
Drs. 17/3351
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Andreas Lotte, Angelika Weikert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung des Studentenwohnraumbaus
(Kap. 03 64 Tit. 893 68)
Drs. 17/3352
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Bernhard Roos, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Ausbildungsverkehr im ÖPNV für die Kommunen zukunftsfähig machen
(Kap. 03 66 Tit. 633 72)
Drs. 17/3353
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Bernhard Roos, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Nachhaltigere Erhöhung der Mittel für den Staatsstraßenbau inklusive Radwege entlang Staatsstraßen und Instandsetzung von Brücken
(Kap. 03 80 Tit. 750 00 sowie Anl. A Tit. 770 06 und Tit. 772 08)
Drs. 17/3354
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Andreas Lotte, Angelika Weikert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Landesmittel zur Förderung von Wohnraumbau und von Behindertenwohnraumbau
(Kap. 03 64 Tit. 863 69 und 863 66)
Drs. 17/3424
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Bernhard Roos, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Leistungen für den Probetrieb auf nicht im Schienenpersonennahverkehr bedienten Eisenbahnstrecken
(Kap. 03 67 Tit. 682 13)
Drs. 17/3425
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;

- hier: Energiewende auch im Wärmebereich: Deutliche Erhöhung der Ausgaben für energetische Sanierung staatlicher Gebäude aller Einzelpläne
(Kap. 03 63 Tit. 701 48)
Drs. 17/3404
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Wohnraumförderung – Mehr Mittel für gutes bezahlbares Wohnen im Freistaat
(Kap. 03 64 Tit. 863 69 und 863 68)
Drs. 17/3405
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Ländlichen Raum stärken - Bayerisches Städtebauförderungsprogramm aufstocken
(Kap. 03 65 Tit. 883 82)
Drs. 17/3406
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Aufstockung des Programms „Soziale Stadt“
(Kap. 03 65 Tit. 883 83)
Drs. 17/3407
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Keine weitere Förderung des Nahluftverkehrs und des Flugwesens
(Kap. 03 66 TG 74)
Drs. 17/3408
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Keine Vorfinanzierung von Zuschüssen aus dem GVFG-Bundesprogramm für den Neubau der 2. Stammstrecke der S-Bahn München
(Kap. 03 67 Tit. 861 03)
Drs. 17/3409
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Keine Leistungen für die Finanzierung der 2. S-Bahn Stammstrecke in München
(Kap. 03 67 Tit. 892 05)
Drs. 17/3410
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Barrierefreie Bahnhöfe
(Kap. 03 67 neuer Tit.)
Drs. 17/3411
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Keine Mittel für den Staatsstraßenneubau
(Kap. 03 80 Tit. 750 00 und 770 06)
Drs. 17/3412
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Staatliche Bauämter: Kürzung der Vergabe von Ingenieurleistungen, Fachplanungen und Entwurfsbearbeitung an Staatsstraßen
(Kap. 03 80 Tit. 773 71)
Drs. 17/3413

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Reserl Sem

Abg. Reinhold Strobl

Abg. Günther Felbinger

Abg. Thomas Gehring

Abg. Prof. Dr. Gerhard Waschler

Abg. Claudia Stamm

Abg. Prof. Dr. Michael Piazolo

Abg. Verena Osgyan

Abg. Karl Freller

Abg. Isabell Zacharias

Abg. Oliver Jörg

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Martin Güll

Abg. Margarete Bause

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die **Tagesordnungspunkte 6 und 7** auf:

Haushaltsplan 2015/2016

**Einzelplan 05 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für
Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst - Bildung und Kultus -**

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 17/3970 mit 17/3975, 17/4005 und 17/4141)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 17/3769 mit 17/3779)

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 17/3801 mit 17/3812 und 17/3980)

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 17/4038 mit 17/4058 und 17/4075)

und

Haushaltsplan 2015/2016

**Einzelplan 15 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für
Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst - Wissenschaft und Kunst -**

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 17/3948 mit 17/3960, 17/4006, 17/4135 mit 17/4138)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 17/3865 mit 17/3880 und 17/3907)

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 17/3813 mit 17/3823 und 17/3887)

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Drsn. 17/3637 mit 17/3653 und 17/4072)

Im Ältestenrat wurde für die gemeinsame Aussprache eine Gesamtredezeit von zwei Stunden beschlossen. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 33,5 Minuten, auf die SPD-Fraktion 21 Minuten sowie auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN jeweils 16 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 33,5 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert. Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass zum Änderungsantrag auf Drucksache 17/3821 namentliche Abstimmung beantragt worden ist.

Nun eröffne ich die gemeinsame Aussprache. Zuerst muss ich auf der elektronischen Übersicht nachsehen. – Darauf steht der erste Redner nicht. Dann müssen wir auf das analoge Verfahren zurückgreifen. - Bitte schön, Frau Kollegin Sem, Sie haben das Wort.

Reserl Sem (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Allen Kollegen, die noch draußen sind, wünsche ich zur Mittagszeit einen guten Appetit. - Das Recht auf Bildung ist ein Menschenrecht gemäß Artikel 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948. Das gilt heute auf den Tag genau seit 66 Jahren. Dieses Menschenrecht ist ein zentrales Instrument, um die Verwirklichung anderer Menschenrechte zu fördern. Der menschliche Anspruch auf freien Zugang zu Bildung, auf Chancengleichheit und auf den Schulbesuch ist das höchste Gut. Die Bayerische Staatsregierung hat es immer so gehalten. Jeder Mensch hat sein Potenzial. Der Freistaat setzt sich dafür ein, dass es jedem möglich gemacht wird, seinem Talent, seiner Begabung in allen Schularten gerecht zu werden. Aus meiner Sicht stellt sich das so dar, dass die Durchlässigkeit der Start für das duale Ausbildungssystem und das Studium ist. Ich darf hinzufügen: Deshalb ist kein staatliches Tätigkeitsfeld in Bayern in den letzten Jahrzehnten so stark ausgebaut und verbessert worden wie das Bildungswesen.

Der Mittelzuwachs ist das eine. Entscheidend ist, was mit dem Geld angefangen wird. Bayern ist nach wie vor in der Bildung gut aufgestellt. Noch nie gab es eine so gute Lehrer-Schüler-Relation wie heute. Wir wissen, dass im Schnitt rund 14 Schüler auf einen Lehrer kommen. Ganz selbstkritisch füge ich hinzu, dass natürlich auch Unterrichtsstunden ausfallen oder manche Klassen eine größere Stärke aufweisen. Dabei ist auch an den Erhalt der "kleinen Klassen" auf dem Dorf zu denken.

Lassen Sie mich ein paar Aussagen zum Gesamtvolumen des Einzelplans 05 machen. Erstmals liegt das Ausgabenvolumen des Einzelplans 05 bei über 11 Milliarden Euro pro Jahr. Im Jahr 2015 wird es bei etwa 11,2 Milliarden Euro, im Jahr 2016 bei rund 11,5 Milliarden Euro liegen.

(Beifall bei der CSU)

Sehr geehrter Herr Minister, sehr geehrter Herr Staatssekretär, das ist für das Haus Aufgabe genug. Ich sage ein herzliches Dankeschön für die gute Arbeit, aber auch für die Aufnahme und Verwirklichung von Gedanken. Die Leistungen für Bildung und Wissenschaft liegen bei über einem Drittel des Staatshaushalts. Die CSU-Fraktion setzt mit dieser weiteren Ausweitung des Bildungsetats einen Weg mit den Zukunftsfeldern Bildung, Wissenschaft und Forschung konsequent fort. Wir wollen die Zukunftsfragen dieser Zeit beantworten und gemeinsam dafür sorgen, dass Bayern seine Wettbewerbsfähigkeit behält und die Arbeitslosenzahlen weiterhin gering bleiben. Wir wollen nach wie vor das Bildungsland Nummer 1 bleiben.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir halten Versprechen und setzen neue Akzente. Bildung und Erziehung stärken die Persönlichkeitsentwicklung jedes Einzelnen und die Zukunft des Landes - Arbeit, Wohlstand und soziale Sicherheit. Auch deshalb hat die CSU-Fraktion im Februar 2014 beschlossen, dass Lehrerstellen, die aufgrund des weiteren Schülerrückgangs wegfallen würden – wir reden über die demografische Entwicklung –, während der gesamten laufenden Legislaturperiode im Schulsystem verbleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Liebe Kerstin, du hast dich dafür stark eingesetzt.

(Zuruf: Schwacher Applaus!)

- Das würde ich nicht so sehen. – Die Stellen sollen insbesondere für den weiteren Ausbau der Ganztagschule, die Stärkung kleinerer Grundschulstandorte und für die Inklusion bereitgestellt werden. Für den Doppelhaushalt 2015/2016 bedeutet dies konkret – das möchte ich ganz deutlich hervorheben -: Die aus der demografischen Rendite resultierenden 2.193 Stellen bleiben vollständig im Schulbereich. Damit wir unseren Lehrerinnen und Lehrern gerecht werden, wird das Hebungsprogramm im Rahmen des neuen Dienstrechts fortgesetzt. Es ermöglicht erneut eine Vielzahl von Stellenhebungen im schulischen Tätigkeitsbereich. Mit dem Hebungsprogramm "Neues Dienstrecht" können insgesamt 2.750 Beamte höhergruppiert werden. Auch dafür darf ich Kollegin Heckner ein Dankeschön sagen. Im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes wird hierzu die Basisarbeit geleistet.

(Beifall bei der CSU)

Mein aufrichtiger Dank gilt allen Pädagogen im Schuldienst, die an den Schulen, geprägt von Empathie, ihre Arbeit leisten und Wissen vermitteln. Wir werden unser erfolgreiches Bildungswesen beibehalten. Zum Vergleich führe ich auch an: Wir wollen keine Verhältnisse wie in Berlin, wo über den Zugang zum Gymnasium per Los entschieden wird. Ich glaube, wir sind uns einig, dass wir das in Bayern nicht brauchen. Bei uns ist immer noch die gute Leistung gefragt.

Wir stellen aber auch fest, dass unsere Schülerinnen und Schüler bei den internationalen Tests immer noch weit vorne liegen. Deshalb mein ganz großer Dank an unsere Schülerinnen und Schüler, die Enormes leisten und sich schon jetzt bereit machen, die Zukunft Bayerns zu gestalten.

(Beifall bei der CSU)

Des Weiteren setzen wir uns für die Ganztagsgarantie ein. Ich stehe dazu. Das ist nicht verpflichtend, sondern soll mit der Schulfamilie, also der jeweiligen Schule, auf den Weg gebracht werden. Dafür werden im Doppelhaushalt insgesamt 420 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Ich darf mich auch bei der Fraktion bedanken. Wir haben dies erkämpft. Wir wissen, wie Fraktionen ticken. Mittels dieser Fraktionsunterstützung wurden 9,7 Millionen Euro bereitgestellt.

Die Begabtenförderung ist uns ein großes Anliegen. Wir haben im Doppelhaushalt hierfür 700.000 Euro je Haushaltsjahr zur Verfügung gestellt. Die Digitalisierung der Schulen treibt uns alle an. Im Doppelhaushalt werden 5,3 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, um zum Beispiel den Erwerb von Lizenzen für ein Videokonferenzsystem zu ermöglichen.

Das Stichwort Schulgeldersatz für Privatschulen hat uns im Haushaltsausschuss sehr umgetrieben. Ich darf mich ganz herzlich bei allen Kolleginnen und Kollegen bedanken. Das Privatschulgeld wurde wieder erhöht; das stimmt. Ganz ehrlich – da darf man etwas selbstkritisch sein –, wir könnten uns schon noch etwas mehr vorstellen. Ich darf aber auch ganz offen sagen: Als Haushälterin muss ich den Gesamthaushalt im Auge haben. Nicht alles, was wünschenswert ist, ist zurzeit möglich.

Ein großer Punkt ist die Umsetzung unseres Programms "Bayern - Barrierefrei 2023". Den Baumitteln, die schon zur Verfügung stehen, wurde für 2015 und 2016 jeweils noch eine halbe Million Euro hinzugefügt. Ich möchte aber auch noch erwähnen, dass die Hochbaumittel um eine zusätzliche Million Euro auf 21 Millionen Euro in jedem Haushaltsjahr angehoben worden sind.

Auch die Erwachsenenbildung – hierfür darf ich mich bei der Fraktion bedanken – wird zusätzlich mit 1 Million Euro gestärkt. Gerade die Alphabetisierung und die Grundbildung sind ein Input und eine große Stärke unseres Bildungssystems. Wir wissen: Soziale Teilhabe und Integration gelingen nur mit einer gewissen Grundbildung. Ich

meine, in diesem Bereich sind wir gut aufgestellt. Gerade die von mir vorhin angeführte Erwachsenenbildung ist eine Stärke.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, für uns ist auch die Zuwendung an die Stiftung Bayerische Gedenkstätten im Jahr 2015 von besonderem Wert. Lieber Charly, ich darf mich bei dir bedanken. Wir haben um mehr als 1,6 Millionen Euro aufgestockt, haben vor allem auch Mittel für das im nächsten Jahr stattfindende 70-jährige Gedenken an die Befreiung der Konzentrationslager Mittel bereitgestellt. Wir haben aus der Fraktionsreserve die Mittel zur Errichtung eines behindertengerechten Zugangs zu den Gedenkstätten um 300.000 Euro aufgestockt.

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Bildung ist in Bayern grundtief und vielfältig. Sie ist vielfältig in der Ausstattung. Das Bildungshaus steht. Den Schlüssel für eine gute Zukunft haben die Schülerinnen und Schüler in der Hand.

Ich bedanke mich beim Minister, beim Staatssekretär, bei Herrn Waschler als Arbeitskreisleiter, bei Herrn Winter und beim gesamten Haushaltsteam. Wir haben stark gerungen. Ich sage auch an die Fraktionsspitze vielen Dank für die Unterstützung. Jetzt bitte ich darum, den Bildungsdoppelhaushalt 2015/2016, zu dem ich sagen darf, dass er gut unterfüttert ist und gut dasteht, zuzustimmen. Mit einem kleinen Augenzwinkern, da wir ja in China waren, zitiere ich Konfuzius: "Wenn du liebst, was du tust, wirst du nie wieder in deinem Leben arbeiten." In diesem Sinne nehmen wir die Arbeit freudig an. Stimmen Sie unserem positiven Schulhaushalt zu!

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Bevor ich Kollegen Strobl das Wort erteile, darf ich noch einmal darauf hinweisen: Nicht nur zum Änderungsantrag auf Drucksache 17/3821 wurde namentliche Abstimmung beantragt – darauf habe ich schon hingewiesen –; sondern auch die beiden Abstimmungen über die Haushaltspläne sollen in namentlicher Form stattfinden. - Nächster Redner für die SPD-Fraktion ist Kollege Strobl.

Reinhold Strobl (SPD): Herr Präsident, liebe an der Bildungspolitik interessierte Kolleginnen und Kollegen! Den anderen wünsche ich noch einen guten Appetit. – Ich habe vorhin etwas erlebt, was eigentlich selten ist. Kollegin Sem, Sie haben das Wort "selbstkritisch" gebraucht. Das vermisste ich bei der CSU sehr oft.

(Widerspruch von der CSU)

Ich muss sagen: Frau Sem, Kompliment.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in meiner letzten Rede zum Einzelplan 05 habe ich gesagt, die Bereiche Bildung und Jugend eigneten sich nicht zum Sparen; hier müsse Geld in die Hand genommen werden; dazu sei es notwendig, dass mit einer entsprechenden Haushaltspolitik und einer gerechten Steuerpolitik dafür gesorgt wird, dass entsprechend Mittel zur Verfügung gestellt werden. Dieser Satz gilt nach wie vor.

Durch unsere, durch die Politik der SPD, hat auch der Freistaat mehr Geld bekommen – zum einen zum Beispiel durch das Verhandlungsgeschick unseres Landesvorsitzenden Florian Pronold, zum anderen zum Beispiel auch durch die Steuer-CDs, die der Herr Finanzminister nicht kaufen wollte. Er hat sich geweigert. Da der Bund den Landesanteil an den Kosten für die Gewährung von BAföG ab 2015 übernimmt, kommen uns 155,1 Millionen Euro zugute. Sie profitieren, ohne etwas beizutragen.

Ein moderner Staat braucht ein innovatives und gut ausgestattetes Bildungssystem. Bildung unterliegt einem dauernden Wandel, und zwar von den Inhalten her, pädagogisch und organisatorisch. Die Herausforderungen in unseren Schulen haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Der demografische Faktor spielt auch hier eine große Rolle. Wir wissen doch, dass es Regionen gibt, die Menschen, Schülerinnen und Schüler verlieren, und Regionen, wohin Menschen ziehen, wo Kinder dazukommen. Es kommen Flüchtlinge; die Kinder beherrschen die deutsche Sprache nicht und hatten traumatische Erlebnisse. – An dieser Stelle möchte ich ein herzliches Danke von mir und meiner Fraktion an die Menschen draußen im Lande sagen, welche sich

jetzt wirklich um die hilfsbedürftigen Menschen kümmern, ihnen helfen, ihnen beistehen. Das war leider nicht immer so ausgeprägt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Verantwortungsbewusste Politikerinnen und Politiker müssen alles unterlassen, was dazu beitragen würde, das sich das zum Negativen ändern würde.

Erlauben Sie mir deshalb ein paar Worte zur Sprache. Es gibt Gott sei Dank in Bayern viele Menschen, die viele Sprachen sprechen oder auch ihre Mundart. Momentan gibt es eine große Diskussion darüber, welche Sprache in Zukunft in der Familie zu sprechen ist. Im Leitantragsentwurf für den CSU-Parteitag am Wochenende heißt es: "Wer dauerhaft hier leben will, soll dazu angehalten werden, im öffentlichen Raum und in der Familie Deutsch zu sprechen". – Ich gebe der CDU nicht gerne recht. Aber wenn sogar der CDU-Generalsekretär Peter Tauber twittert, "Ich finde ja, es geht die Politik nichts an, ob ich zu Hause lateinisch, klingonisch oder hessisch rede", dann muss ich sagen: Dieser Mensch hat recht. Ich persönlich würde es mir auch verbitten, wenn ich zu Hause mit meiner Frau nicht mehr oberpfälzisch reden dürfte.

(Josef Zellmeier (CSU): Das ist doch Deutsch! Gutes Deutsch!)

- Ja, aber manche verstehen es nicht. Welche Sprache darf dann im Landtag gesprochen werden? Ist Schwäbisch, Fränkisch oder Oberpfälzisch dann noch erlaubt? Die Weihnachtsgeschichte von Ludwig Thoma, die "Heilige Nacht", wird, wenn sie im Original gelesen wird, nicht einmal von allen Bayern verstanden. Darf diese Geschichte dann nicht mehr verlesen werden, weil sie nicht überall in Deutschland verstanden würde?

(Alex Dorow (CSU): Das ist alles Deutsch!)

Was machen wir eigentlich mit Urlaubern aus fernen Ländern? Was machen wir mit den Amerikanern in Grafenwöhr und in Vilseck? Dürfen die zu Hause auch nicht mehr

Englisch reden? Ist Ihnen eigentlich bewusst, dass Sie mit Ihrem abstrusen Vorschlag auch der Wirtschaft schaden?

(Zuruf von der CSU: Ist der Haushalt so gut, dass man dazu nichts sagen muss?

– Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Kein Wort zum Haushalt!)

Ich spreche zu den Inhalten der Bildungspolitik. Natürlich ist es wichtig, dass jeder Deutsch gut lernt. Nützt es denn aber nicht der Zukunft unseres Landes, wenn die Menschen, die zu uns kommen, auch ihre Heimatsprache weiter sprechen? Wir machen heute mit der ganzen Welt Geschäfte. Wir sind darauf angewiesen. Dazu brauchen wir Menschen, welche die Sprache dieser Länder sprechen, mit denen wir Geschäfte machen wollen.

(Karl Freller (CSU): Thema verfehlt!)

Diese Fragen müssen erlaubt sein. Wenn jemand eine so bescheuerte Feststellung trifft, muss die Frage erlaubt sein, ob dann die Eltern zu Hause ihren Kindern keinen Nachhilfeunterricht in Englisch oder einer anderen Sprache geben dürfen.

(Karl Freller (CSU): Das ist doch Themaverfehlung!)

Diese Fragen mögen abstrus klingen, aber wenn Sie abstruse Vorschläge machen, dann müssen solche Fragen erlaubt sein, tut mir leid. Das habe ich jetzt einfach sagen müssen, so wie heute auch ein Kollege von Ihnen gesagt hat: Das muss ich jetzt sagen.

Wir wissen, in unserem bayerischen Schulsystem gibt es durchaus Schwachstellen. Das müssen auch Sie erkennen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU. Sie müssten vor allem bereit sein, so wie die Kollegin vorhin sagte, Selbstkritik zu üben, über Veränderungen, über Verbesserungen nachzudenken, sie zu prüfen und gegebenenfalls umzusetzen und das System zu verbessern.

Ich habe gerade von Flüchtlingskindern gesprochen. Wenn in kleinen Schulen ein oder zwei Flüchtlingskinder kommen, gibt es da ausreichend Hilfe, damit sie die Sprache erlernen können? Werden traumatische Erlebnisse aufgearbeitet? Werden die anderen Kinder in der Klasse darauf vorbereitet? Gibt es ausreichend Psychologen? Der BLLV forderte vor Kurzem ein Notprogramm für die Flüchtlingskinder. Gibt es auch dafür ausgebildete Lehrer? Warum absolvieren jährlich Tausende teuer ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer die Lehrerbildung, ohne eine Anstellung zu finden, obwohl sie gebraucht würden? Es ist doch nicht so, dass sie nicht gebraucht würden. Ich höre immer wieder, dass eine Klasse sich selbst beschäftigen muss, weil kein Lehrer da ist.

Ich möchte den Mitgliedern unserer Arbeitsgruppe Dank sagen, an der Spitze unserem Vorsitzenden Martin Güll, der die entsprechenden Anträge erarbeitet hat. Wir haben im Haushaltsausschuss darüber gesprochen.

Wir haben eine Reihe von Anträgen gestellt und es geschafft, die Streichung von Lehrerstellen zu verhindern. Mit unserem Antrag wollten wir die Rückholung von 773 Stellen aus der demografischen Rendite und Qualitätsverbesserungen mit weiteren Stellen an allen Schularten. Es ging auch darum, dass jungen Lehrerinnen und Lehrern ein Anstellungsangebot gemacht wird. Das ist alles abgelehnt worden. Wir wollten eine Entlastung der Kommunen durch ein Sonderinvestitionsprogramm "Ganztag und Pädagogik". Nur 5,9 % der Schülerinnen und Schüler können in Bayern eine pädagogisch qualifizierte, gebundene Ganztagsklasse besuchen. Wir wollten die Fortbildungsbedarfe, zum Beispiel im Bereich der Inklusion, decken und die Zusammenarbeit von Schulen und Sportvereinen fördern.

Das ist nur ein kleiner Querschnitt dessen, wo es überall fehlt. Wir wollten die Jugendkunstschulen stärken. Wir setzen uns für Zuschüsse für Medienkompetenzprojekte ein, weil wir der Meinung sind, dass zur Bildung alles gehört, was der Mensch im Leben braucht. Das ist eben nicht nur Mathematik.

Ich danke den Kollegen, dass wir auch einen Antrag zu Mödlareuth gestellt haben. Wir haben das Jubiläumsjahr der Grenzöffnung 1989 aufgegriffen. Wir wollten, dass das innerdeutsche Museum finanziell besser ausgestattet wird.

Jeder fünfte Erwachsene in Bayern kann nicht richtig lesen und schreiben. In Deutschland sind 17,5 % der Erwerbstätigen funktionelle Analphabeten. Das sind erschreckende Zahlen, die deutlich machen, dass es viele Menschen gibt, die dringend Förderung und Hilfe bräuchten. Ich kann mich erinnern, dass einmal von Ihnen geplant war, alle Mittel für die Erwachsenenbildung zu streichen. Die eingeplante zusätzliche Million Euro betrifft nur das nächste Jahr 2015. Was ist denn 2016? Wir haben einen entsprechenden Antrag dazu eingebracht.

Noch einmal zurück zur dualen Ausbildung. Sie ist uns sehr wichtig. Wenn man in andere Länder kommt, zum Beispiel nach Tschechien oder wohin auch immer, stellt man fest, dass junge Menschen fehlen, die einen Beruf ergreifen können. Die berufliche Bildung ist eine wichtige Sache, zu der wir stehen. Auch im Bereich berufliche Bildung fehlen Lehrerinnen und Lehrer. Unsere Wirtschaft ist auf qualifizierte Arbeitskräfte angewiesen. Gesellschaftspolitisch ist es ein Armutszeugnis, wenn so viele Menschen durchs Raster fallen.

Der BLLV hat Ihnen, sehr geehrter Herr Staatsminister Spaenle, am 30. September eine Petition mit mehr als 17.000 Unterschriften übergeben. Der BLLV hat in dieser Petition darauf hingewiesen, dass die zu bewältigenden Herausforderungen an unseren Schulen in den letzten Jahren deutlich zugenommen haben; gemessen am Bruttoinlandsprodukt nähmen die Ausgaben für Bildung sogar ab, so der BLLV. Bildung – so der BLLV, und er versteht schließlich etwas davon – sei in Bayern unterfinanziert angesichts der objektiven Bedeutung von Bildung für die Stabilität und Prosperität unserer Gesellschaft und angesichts der Erwartungen von Eltern, Wirtschaft und Politik an die Schule. Der BLLV weist darauf hin, dass die Unterrichtsversorgung nicht gesichert ist. Die mobile Reserve – Sie wissen ja, was draußen an den Schulen passiert – ist unzureichend ausgestattet und die Personaldecke zu gering.

In Bayern, ich habe es schon angedeutet, verlassen jährlich Tausende teuer ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer die zweite Phase der Lehrerausbildung, die keine Anstellung finden. Die Folge ist eine hohe Lehrerarbeitslosigkeit bei gleichzeitiger personeller Unterversorgung der bayerischen Schulen. Lehrer, die daraufhin etwas anderes gesucht und gefunden haben, sind für unsere Kinder verloren, sie kommen nicht mehr zurück an die Schule und fehlen für unsere Kinder. Die Daseinsvorsorge in Form der bestmöglichen Bildung unserer Kinder muss ein hohes Ziel sein. Gute Bildungspolitik wird viel Geld kosten. Die Zukunft unserer Kinder sollte und muss uns das aber wert sein. Das wollte ich Ihnen sagen.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER spricht nun Herr Kollege Felbinger. – Bitte schön.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Minister, sehr geehrte Staatssekretäre! Es ist schön, dass Sie pünktlich zu unserer heutigen Aussprache gekommen sind, wenn schon drei Viertel der CSU-Fraktion es gar nicht für nötig halten, sich an der Debatte zum Thema Bildung zu beteiligen.

(Unruhe bei der CSU)

Ich muss sagen, das wird dem Schwerpunkt Bildung eigentlich nicht gerecht. In den Einzelplänen 05 und 15 sind 17,8 Milliarden Euro eingestellt. Dabei handelt es sich immerhin um ein Drittel des gesamten Doppelhaushalts. Das hätte schon etwas mehr Aufmerksamkeit verdient, wenn Sie schon immer sagen, Bildung sei Ihre oberste Priorität und sei Ihnen viel Geld wert.

(Josef Zellmeier (CSU): Ist es auch! – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Deshalb stellen wir es ja im Haushalt ein, weil es uns das wert ist! Deswegen steht das drin!)

Meine Damen und Herren, wie sehr Ihnen Bildung am Herzen liegt, wie sehr Bildung im bayerischen Staatshaushalt abgebildet ist und wie viel Luft oder Potenzial es noch nach oben gibt, will ich Ihnen an ein paar Zahlen deutlich machen. Das Bruttoinlandsprodukt in Bayern ist für das Jahr 2013 auf 488 Milliarden Euro veranschlagt. In einer OECD-Studie wurde einmal gesagt, 10 % des Bruttoinlandsprodukts sollten für Bildung aufgewendet werden. Wir liegen hier in Bayern bei mageren 3,65 %. Das zeigt mir doch: In Bayern wird nach wie vor an Bildung gespart.

(Zuruf von der CSU: Ah geh!)

Das kann ich Ihnen nachher noch an vielen Beispielen deutlich machen. – Deswegen ist es umso wichtiger, dass sich die Staatsregierung eindeutige Ziele setzt. Noch wichtiger ist es aber, diese eindeutigen Ziele auch finanziell zu hinterlegen. Die Zielsetzungen für den Bereich Bildung hat der Herr Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung eigentlich vorgegeben: keine neuen Schulreformen, die Grundschulbestandsgarantie und die Ganztagsgarantie. Die letzten beiden Garantien sind auf jeden Fall haushaltsrelevant.

Die erste Garantie ist inzwischen schon fast Schall und Rauch. Mit Blick auf die Reform am Gymnasium muss man sagen, dass das eher ein Wunschtraum als eine Reform ist. Solange sich hier kein Umdenken seitens der Staatsregierung ergibt und die Gymnasien pädagogisch geknebelt und gefesselt werden,

(Karl Freller (CSU): Das gibt's doch nicht!)

ist das sicherlich eine verfehlte Reform.

Meine Damen und Herren, kommen wir zur Grundschulgarantie. Hier fordern wir FREIE WÄHLER pädagogische und passgenaue Konzepte für Klein- und Kleinstschulen. Wie wir alle wissen, sind circa 300 Schulen sogenannte Außenstellen, die nicht in dieser schönen Bestandsgarantie, die der Ministerpräsident ausgegeben hat, enthalten sind. Die Garantie gilt nur für rechtlich selbstständige Grundschulen. Darum ma-

chen wir uns natürlich Sorgen. So ist es dem Ministerium oder den übergeordneten Behörden jederzeit möglich, diese Schulen ohne eine große Anhörung von Bürgern, Kommunen und Politik dichtzumachen. Das, meine Damen und Herren von der CSU, ist auch Ihr Ziel: Die Grundschulen weiter zu schwächen.

(Karl Freller (CSU): So ein Blödsinn! – Zuruf von der CSU: Wir erhalten ja die Grundschulen! – Weitere Zurufe von der CSU: Quatsch!)

Ein eindeutiges Bekenntnis zum Erhalt aller Grundschulstandorte wäre an dieser Stelle richtig.

(Unruhe bei der CSU)

Ich untermauere das auch noch mit einigen Zahlen. Wenn Sie das Haushaltskapitel 05 12 aufschlagen und einmal nachschauen, wie viele Lehrerinnen und Lehrer wir 2012 an den Grund- und Mittelschulen hatten, finden Sie die Zahl 39.570.

(Zuruf von der CSU: Es werden ja auch weniger Kinder!)

2014 hatten wir nur noch 38.099.

(Karl Freller (CSU): Ja, und die Kinderzahlen? Wie gehen die zurück?)

Daran sehen Sie, dass die Zahl der Lehrerstellen an Grundschulen um 5 % rückläufig ist. Die Grundschule ist die einzige Schulart im gesamten Kanon der Bildung, die eine Reduzierung der Lehrerstellenzahl hinter sich hat.

(Zuruf des Abgeordneten Oliver Jörg (CSU))

Sie können aufbegehren, wie Sie wollen: Gegen diese Zahlen können Sie nichts sagen. Das ist Fakt. Die Zahlen hat mir sogar das Kultusministerium auf meine Schriftliche Anfrage hin so bestätigt.

Wir wollen mit unserem Antrag erreichen, dass es 1.000 zusätzliche Lehrerstellen im Schulsystem gibt. Nach unseren Berechnungen und auch nach Berechnungen vieler

Experten ist die Beibehaltung der demografischen Rendite wichtig. Darüber hinaus sind weitere, zusätzliche Lehrerstellen dringend nötig, um anstehende Aufgaben an den Schulen zu bewältigen. Für diese wichtigen Aufgaben – zum Beispiel Inklusion, individuelle Förderung, Umsetzung von Chancengerechtigkeit, Erhalt der wohnortnahen Grundschulen, Ausbau der flexiblen Grundschule und flächendeckender Ausbau von Ganztagschulen – brauchen wir diese zusätzlichen Stellen.

Ich möchte noch einen ganz wichtigen Beitrag nennen. Wenn wir die aktuelle Situation der Beschulung von Flüchtlingskindern anschauen, sehen wir, dass das eine gewaltige Aufgabe ist, die unsere Lehrkräfte derzeit hervorragend bewältigen. Sie machen einen guten Job. Was sie aber seitens der Staatsregierung und seitens der CSU-Fraktion an Unterstützung bekommen, ist zu wenig.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Auch hierzu liegen eindeutige Zahlen vor. Die Beschulung der Flüchtlingskinder wurde aus der mobilen Reserve heraus bestritten, ist also lediglich eine Umschichtung von einer Ecke in die andere. Darunter leidet natürlich die Schulqualität bzw. die Beschulung der übrigen Kinder. Wir FREIE WÄHLER wollen deswegen ein Notprogramm für die Beschulung von Flüchtlingskindern an bayerischen Schulen. Wir bedauern außerordentlich, dass Sie von der CSU nicht bereit waren, auf diese außergewöhnliche Situation zu reagieren und zusätzliche Mittel in den Haushalt einzustellen. Da nutzt es wenig, wenn der CSU-Fraktionsvorsitzende oder auch der Minister gegenüber Lehrerverbänden kundtut, wie notwendig ein solches Notprogramm wäre, wenn hier im Landtag dagegen gestimmt wird. Da frage ich Sie: Wo steht denn die CSU? Von Ihnen, Frau Sem, habe ich kein einziges Wort zu den Flüchtlingskindern gehört. Wo ist Ihr Notprogramm? Ich habe bisher nichts davon gesehen.

(Reserl Sem (CSU): Aber wir arbeiten dran!)

Lassen Sie mich in einem kurzen Ausflug noch auf die Ganztagsgarantie kommen.

(Zuruf der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer (CSU))

Hinsichtlich der Finanzierung stehen Sie noch in Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden. Zu Recht sind die Kommunen unzufrieden mit dem, was in gemeinsamen Gesprächen bisher ins Auge gefasst wurde, weil es nicht sein kann, dass die Ganztagsbeschulung weiterhin auf Kosten der Kommunen vonstatten geht.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Das macht ja auch keiner!)

– Natürlich machen Sie das.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Nein!)

Wenn Sie jetzt gerade 26 Millionen Euro zusätzlich für die Ganztagsgarantie eingestellt haben, dann müssen Sie mir noch die Erklärung liefern, Frau Kollegin Schreyer-Stäblein, wie Sie das bis 2018 umsetzen wollen.

Kurzum, meine Damen und Herren, denn meine Redezeit neigt sich dem Ende entgegen,

(Zuruf von der CSU: Oh!)

ich komme zum Fazit – mein Kollege Piazzolo wird nachher noch zum Hochschul- und Wissenschaftsressort sprechen -: Die Grundschulgarantie ist mit den vorhandenen Mitteln und Stellen nicht umzusetzen. Ohne zusätzliche Stellen werden die Zukunftsaufgaben der Bildungspolitik – Umsetzung der Inklusion, verstärkte individuelle Förderung, bessere Deutschförderung, Erhalt wohnortnaher Grundschulen, flächendeckender Ganztagsausbau – nicht zu bewältigen sein.

Bisher ist die Ganztagsgarantie nichts anderes als ein zahnlöser Tiger. Es fehlt ein deutliches Zeichen des Freistaates zu investieren. Wenn Sie vorhin einen fernöstlichen Philosophen zitiert haben, so will ich am Schluss meiner Rede Laotse zitieren. "Verantwortlich ist man nicht nur für das, was man tut, sondern auch für das, was man nicht tut."

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Felbinger. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich Kollege Gehring gemeldet. Bitte sehr.

Thomas Gehring (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist etwas unglücklich, dass wir über den größten Anteil des Haushaltes, nämlich die Einzelpläne für zwei Ministerien, eine gemeinsame Debatte führen. Wir haben etwas anderes im Ältestenrat beantragt; die Kollegen der CSU konnten dem leider nicht zustimmen. Wir reden jetzt über ein Drittel des Landeshaushaltes. Das gilt übrigens für jedes Bundesland. Ein Drittel der Ausgaben fällt in den Bildungsbereich. Wir reden in der Debatte jetzt über zwei Einzelpläne und auch über die Arbeit zweier Ausschüsse. Diese Bereiche werden im Grunde nur dadurch zusammengehalten, dass nur ein Minister dazu redet.

Wir sollten uns an dieser Stelle noch einmal klarmachen, was die Zusammenlegung der Ministerien gebracht bzw. nicht gebracht hat. Der Geburtsfehler, dass die frühkindliche Betreuung und die Ganztagsbetreuung nicht im Kultusministerium zu finden sind, ist nicht geheilt. Das erweist sich als Problem bei den Verhandlungen mit den Kommunen im Hinblick auf ein neues Ganztagsprogramm.

Im Übrigen hat man nach wie vor den Eindruck, dass der Minister seiner Aufgabe nicht gerecht wird. Er ist nicht in der Lage, der gesamten Bildungspolitik seinen Stempel aufzudrücken. Dass ihm das auch beim Thema Hochschule nicht gelingt, wird anschließend noch die Kollegin Verena Osgyan deutlich machen.

Auch im Schulbereich gelingt es dem Minister nicht, weitere Schwerpunkte zu setzen. Ministerpräsident Seehofer hat bei seiner Regierungserklärung im vergangenen Jahr Stillstand verkündet. Dieser Stillstand ist nun tatsächlich eingetreten. Nur in einem Punkt hat der Minister eine Rolle gespielt – es war eine unglückliche Rolle. Ich meine die Reform des achtjährigen Gymnasiums. Dort ist der Reformprozess mittlerweile beendet, und es müssen jetzt Modellversuche auf den Weg gebracht werden, über ich

mich heute nicht weiter äußern möchte. Nur so viel dazu: Sie sollen kostenneutral werden. Das wird allerdings nicht funktionieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu diesem Haushalt im Schulbereich muss man sagen: Die drei Garantieerklärungen des Ministerpräsidenten Seehofer sind hier nicht hinterlegt und nicht finanziert. Die Zukunftsaufgaben werden nicht angenommen. Es gibt Stellenumschichtungen, aber keine Schwerpunkte und keine Mehrung der Mittel für Bildung. Es gibt auch keine Gerechtigkeit zwischen den einzelnen Bereichen.

Ich möchte an dieser Stelle die berufliche Bildung ansprechen. Hier gibt es seit Jahren eine Unterversorgung. Sie haben unserem Antrag, 100 zusätzliche Stellen für die Berufsschulen zu schaffen, um Gerechtigkeit zwischen den einzelnen Bildungssparten herbeizuführen, nicht zugestimmt. Sie tun damit auch nichts für die berufliche Bildung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte nur zwei allgemeine Betrachtungen zu diesem Haushalt anstellen. Ein großer Teil des Aufwuchses an Mitteln im vorliegenden Doppelhaushalt mit fast 300 Millionen geht auf das Konto der Versorgungsempfänger. Die Pensionen im Bildungsbereich werden immer mehr. Diese Ausgaben dienen der aktuellen Bildung nicht.

Wenn wir uns die Entwicklung weiter anschauen, stellen wir fest, dass die Pensionslasten immer größer werden und einen immer größeren Teil des Bildungshaushaltes einnehmen. Wenn man, wie Sie es eben tun, keine Versorge betreibt, weil Sie den Pensionsfonds nicht mehr bedienen, wird es für zukünftige Bildungs- und Haushaltspolitiker immer schwerer, Spielräume für eine bessere Bildungspolitik in Bayern zu finden. Damit versündigen Sie sich an der Zukunft unseres Landes.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und nun ein Wort zu diesem ominösen Begriff der "demografischen Rendite", die ja im System bleibt. Wie viele Lehrerstellen werden rechnerisch frei bei sinkenden Schülerzahlen? – Da muss man sich ansehen, wie Sie rechnen: Sie nehmen Stellen aus den einzelnen Schulkapiteln heraus, so zum Beispiel bei den Grund-, Haupt- und Mittelschulen 385 Stellen, bei den Förderschulen 165 Stellen, bei den Berufsschulen 51, obwohl wir hier mehr Stellen bräuchten, bei den Realschulen 555 Stellen und bei den Gymnasien 1.037 Stellen. Diese Stellen werden aus den Schulkapiteln herausgenommen, wo sie dann für die Unterrichtsversorgung und für kleinere Klassen fehlen. Diese Mittel werden dann in einem allgemeinen Kapitel untergebracht und – für sicherlich gute Dinge – verteilt. Aber insgesamt wird die Situation an den einzelnen Schularten durch die Art und Weise, wie Sie mit dieser demografischen Rendite umgehen, immer schlechter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die drei Garantieerklärungen des Ministerpräsidenten sind, wie gesagt, nicht erfüllt. Er spricht vom Erhalt aller rechtlich selbstständigen Grundschulen. Es gibt aber keine Hinweise darauf, wie das langfristig finanziert werden soll. Ich will darauf nicht näher eingehen; unser Fraktionsvorsitzender Ludwig Hartmann hat das gestern in seiner Erwiderung auf die Regierungserklärung getan.

Das zweite ist die Ganztagsgarantie bis 2018 für jeden 14-Jährigen. In diesem Haushalt ist nicht zu erkennen, wie sie finanziert werden soll. Diese Summen liegen im dreistelligen Millionenbereich, und es nicht einmal in Ansätzen zu erkennen, wie Sie das auf den Weg bringen wollen. Wenn Sie nun Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden über neue Ganztagskompromisse führen, begrüßen wir ausdrücklich, dass Sie jetzt auch für die Grundschulen zumindest die offene Ganztagschule anbieten. Sie setzen aber lediglich 9 Millionen ein. Das bringt überhaupt nichts. Wenn Sie jetzt Modellversuche dazu machen, sage ich nur Folgendes: Dafür brauchen wir keine Modellversuche. Wir wissen alle, wie das geht. Es muss nun in Angriff genommen werden, und dafür müssen die entsprechenden Mittel im Haushalt ausgewiesen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie bei der Barrierefreiheit kürzen wollen, dann passiert da gar nichts mehr. In diesem Zusammenhang möchte ich auf die Inklusion eingehen. Wir haben in unseren Anträgen einen Schwerpunkt auf das Thema Inklusion gelegt. Wir brauchen mehr Mittel für alle Schularten, die Inklusion betreiben. Deshalb haben wir auch den entsprechenden Antrag hochgezogen. In der interfraktionellen Arbeitsgruppe haben wir dazu etwas auf den Weg gebracht. Wenn es uns nun nicht gelingt, den gesamten Landtag davon zu überzeugen, dass wir mehr für die Inklusion tun müssen und dass wir mehr Mittel bereitstellen müssen, dann müssen wir überlegen, ob unsere Arbeit in dieser interfraktionellen Arbeitsgruppe in Zukunft noch Sinn hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für die Schwerpunkte in unseren Anträgen haben wir einen gegenfinanzierten Haushalt erarbeitet. Da sagen wir, dass wir im Jahre 2015 rund 118 Millionen Euro mehr und im Jahr 2016 circa 155 Millionen Euro mehr für die Bildung ausgeben wollen. Ich bedanke mich bei den Kollegen aus meiner Fraktion, die es mittragen, dass aus anderen Bereichen Geld hergegeben wurde. Damit ist es tatsächlich möglich, diesen Schwerpunkt Bildung zu finanzieren. Unsere Schwerpunkte lauten: Qualitativer Ausbau der Ganztagsangebote, Inklusion, Mittel für alle Schulen, nicht nur für die Profilschulen, die Inklusion betreiben, Lehrerfortbildung und Zweitlehrkräfte an Schulen, Schulprofil Inklusion auch für Schulen in freier Trägerschaft. Hinzu kommt die Forderung nach mehr Personal an den Schulen. Wir brauchen eine Unterrichtsversorgung Plus, damit alle Schulen ihren Unterrichtsausfall entsprechend auffangen können.

Ein Letztes. Wir müssen das Thema Integration aufnehmen. Die Beschulung der Flüchtlinge muss zu einer Daueraufgabe werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist nicht nur die Frage, wo man gerade mal Geld zusammenkratzen kann. Wir fordern hier die Schaffung einer eigenen Titelgruppe, um die Beschulung der Flüchtlingskinder dauerhaft im Lande einrichten zu können. – Soweit, meine Damen und Herren, die Schwerpunkte in unserem gegenfinanzierten Haushalt, mit dem wir zeigen, dass man mehr für die Bildung tun kann, ohne neue Schulden zu machen. Stimmen Sie unseren Anträgen zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Gehring. – Der nächste Redner für die CSU-Fraktion ist Professor Dr. Waschler. Bitte schön.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist bedauerlich, dass die Pressetribüne nicht besser besetzt ist; denn die Opposition zeichnet gerade ein Zerrbild der Wirklichkeit der Bildung in Bayern draußen. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, da können verschiedene Dinge nicht unwidersprochen bleiben.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dann seien Sie doch froh, dass es nicht geschrieben wird, wenn es so falsch ist!)

- Auch das Zwischengerede von Herrn Kollegen Aiwanger wird nicht dazu beitragen, dass die Tatsachen sich verändern. - Herr Kollege Felbinger, ich habe gedacht, Sie waren im Haushaltsausschuss zumindest, jetzt sage ich mal, durch Ihre Kolleginnen und Kollegen informiert. Im Bildungsausschuss waren Sie wohl nicht da. Dort ist nämlich genau zum Thema Asyl, das Sie hier beklagt haben, bei der Behandlung von einschlägigen Anträgen ganz klar und deutlich gesagt worden, was der Freistaat Bayern hier macht. Ich habe wegen der gebotenen Kürze nur ein paar Punkte herausgezogen, weil ich hier zu anderen Punkten etwas sagen möchte. Es gibt Sprachförderkurse für rund 40.000 Kinder und Jugendliche, und wir haben 5.700 Kinder und Jugendliche in Deutschförderklassen.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

Es gibt an 60 Standorten ein zweijähriges Programm zur beruflichen Bildung für 3.300 berufsschulpflichtige Jugendliche und junge Asylbewerber. Herr Kollege, es gibt 2.000 Lehrerstellen für die entsprechenden Fördermaßnahmen und 1.600 Förderlehrer, die für diesen Bereich bereitgestellt werden. Sie kennen die Daten und bringen Sie hier trotzdem nicht an.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Waschler, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): - Das kann man am Ende machen. Ich möchte meine Ausführungen zu Ende bringen. – Wenn der Kollege Gehring hier sagt, wir würden die Grundschulen vernachlässigen, kann ich nur sagen, er müsste mal rechnen. Die Schüler-Lehrer-Relation ist auf einem hervorragenden Stand. Das Motto "Kurze Beine, kurze Wege" ist im Bereich der Grundschulen, bei den Mittelschulen, den Schulverbünden erfolgreich angekommen und umgesetzt. Dann kann man das drehen und wenden wie man will, aber, verehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie hier sagen, man würde dieses Thema und dann auch noch die berufliche Bildung vernachlässigen, die wir mit Recht in höchsten Ehren halten, muss ich sagen, da hört sich alles auf.

Berufsschullehrer, die nicht auf dem Markt sind, können wir nicht herzaubern. Dort würden wir selbstverständlich noch viele junge Menschen brauchen. Sie sollten vielleicht weniger in manchen Fächerverbindungen für Realschulen oder Gymnasium studieren, sondern einmal in die Berufsschule hinüberschauen. Dort wären interessante und wichtige Felder.

Eines kann man jedenfalls auf den Punkt bringen, wie von der Kollegin Sem vorgestellt: Heute ist es Tatsache, dass Bayern im Bildungsbereich eine Spitzenposition einnimmt und dass der Bildungshaushalt der dominante Punkt schlechthin ist; und das ist gut so. Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei einer guten Bildung kommt es auf den

Umfang, aber auch auf die Qualität an. Deswegen ist eine solide Bildungsfinanzierung unerlässlich. Der konkrete Bildungserfolg ist das Entscheidende, also der gute und überlegte Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel. Wenn Sie uns das als Mehrheitsfraktion jetzt nicht glauben, lohnt ein Blick auf die Fakten. Diese Fakten zeigen eindeutig, und da müsste das ganze Hohe Haus, auch die Opposition, erfreut applaudieren, dass wir Platz eins belegen, wenn es um Bildungseffizienz geht. Bei der Inputeffizienz, belegt durch den Bildungsmonitor 2014 des Instituts der Deutschen Wirtschaft, also bei der Frage, welchen Bildungserfolg Investitionen insgesamt ermöglichen, hat Bayern Platz eins. Gratulation an die Lehrerinnen und Lehrer, Gratulation an alle da draußen, die einen Beitrag geleistet haben! Jeder Euro und Cent, verehrte Kolleginnen und Kollegen, der für die Bildung in Bayern angelegt wurde, war bestens angelegt.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

Weitere Fakten: Platz eins für Bayern im letzten Lernatlas der Bertelsmann-Stiftung. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, hören Sie doch bitte mal zu.

(Zurufe von der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Das sind halt Fakten. Die Fakten sind eindeutig belegt. Diese Zahlen belegen Platz eins, die Spitzenposition für Bayern; das sagt die Bertelsmann-Stiftung im Jahr 2011. Der letzte Ländervergleich im Jahr 2012 ergab Spitzenplatzierungen Bayerns in Mathematik und Naturwissenschaften. Also ist das Geld bestens angelegt. Außerdem gibt es eine sehr positive Wahrnehmung der bayerischen Bildungspolitik in der Öffentlichkeit innerhalb wie außerhalb Bayerns, liebe Kolleginnen und Kollegen. - Herr Kollege Aiwanger, hören Sie doch her!

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich höre Ihnen zu!)

- Sie haben es vielleicht noch nicht gelesen: Die INSA-Schulstudie 2014 mit dem Titel "Wie Deutschland über Schule denkt" wurde veröffentlicht. Was kommt raus? In der

bundesdeutschen Öffentlichkeit sagen 51 %, dass Bayern das Land mit der besten Schulbildung ist. 51 %! Auf dem zweiten Platz befinden sich auf gleicher Höhe Baden-Württemberg und Sachsen mit 9 %. Thüringen hat 3 %. Alle anderen liegen deutlich darunter.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Haushalt!)

Ich nenne die Hauptgründe, und damit sind wir beim Haushalt. Wir sind beim Haushalt. Ich verfehle das Thema nicht wie manche Vorredner aus der Opposition.

(Zuruf von der SPD – Dr. Simone Strohmayr (SPD): Eine Sachdiskussion! Das ist ja der Wahnsinn!)

Der Hauptgrund dafür ist, dass sich die bessere Verteilung der Gelder hier in der hohen Qualität der Abschlüsse, einem hohen Niveau, hohen Anforderungen an Schüler und Lehrer, hoher Qualität der Aus- und Fortbildung, besseren Lehrplänen und passenden Bildungsinhalten ausgewirkt hat. Übrigens, nur nebenher: Wer diese Studie genau anschaut, stellt eine überwältigende Zustimmung zum differenzierten Schulwesen und zum Erhalt der unterschiedlichen Lehrerausbildung, die wir haben, fest. Diejenigen, die in den Inklusions- und Förderschulen unterwegs sind, wird interessieren, dass - das sehr gute interfraktionelle Verständnis hierzu begrüße ich außerordentlich - 89 % der Befragten die Förderschulen als wichtigen Bestandteil des ganzheitlichen Bildungssystems begreifen. Das werden wir in der Fraktion auch berücksichtigen. Wir sind hier in allen Belangen näher am Menschen als die Opposition. Das wird uns in allen Umfragen bestätigt.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie immer noch zweifeln, verehrte Kolleginnen und Kollegen, dann schauen Sie in die repräsentative bayernweite dimap-Studie vom September 2014, topaktuell.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Erzählen Sie etwas vom Haushalt! Bayern!)

Auch hier wird belegt, dass die Gelder im bayerischen Staatshaushalt für den Bildungsbereich bestens angelegt sind. 5 % bestätigen - - Ich muss es anders sagen, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Man darf im Eifer nicht die Zahlen in irgendeiner Form verdrehen. Nur 5 % der Befragten halten Schulen und Hochschulen in Bayern für eher schlechter als das Bildungswesen in anderen Bundesländern. Insgesamt besteht eine außerordentlich hohe Zufriedenheit mit den Bildungseinrichtungen in Bayern. Nur als Beispiel: 70 % sind mit der beruflichen Bildung zufrieden oder sehr zufrieden. Auch alle anderen Bildungseinrichtungen erhalten mit absoluter Mehrheit die Note "zufrieden" oder "sehr zufrieden".

Selbstverständlich ist es wichtig, dass wir uns im Tagesgeschäft intensiv mit all den Punkten beschäftigen, die wir auf unserer Agenda haben: Ganztagschule, Ganztagschulgarantie, Inklusion, Förderschule, Lehrpläne, Lehrerbildung, Lehrerfortbildung, Beschulung Asylbereich, alles was dazu gehört, moderne Lernkulturen, Digitalisierung, die lernfordernd und lernfördernd sein soll, und alle pädagogischen Verbesserungen. Aber wir müssen auch einsehen: Heute werden wir über den Bildungsetat als Ganzes entscheiden. Schauen wir auf das Ganze. Seien wir stolz auf das, was die gesamte Schulfamilie in Bayern mit hervorragenden Rahmenbedingungen zuwege gebracht hat. Deshalb kann ich meinen Dank an alle Beteiligten aussprechen, an die gesamte Schulfamilie, an alle Verbände, an alle, die tätig waren, die auf einem gemeinsamen Weg für die beste Bildungspolitik für unsere Schülerinnen und Schüler, um ein Bild aus dem Sport zu gebrauchen, wenn es ums Tauziehen geht, am richtigen Ende gezogen haben. Grundlage für die Fortsetzung unserer erfolgreichen und effizienten Bildungspolitik ist dieser Haushalt, den wir heute verabschieden. Hier bitte ich um Ihre Zustimmung. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Vielen Dank für diese wundersame Rede, Herr Professor. Hoffentlich glauben Sie es wenigstens selber!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Moment bitte! Das Tauziehen ist noch nicht ganz beendet, Herr Professor Waschler. Wir haben zwei angemeldete Zwischenbemerkun-

gen. Zunächst die Frau Kollegin Stamm und dann der Herr Kollege Felbinger. – Frau Stamm, bitte schön!

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Waschler, Sie haben gerade davon gesprochen, Sie hielten die berufliche Bildung in höchsten Ehren. Mein Kollege Thomas Gehring hat es gestern schon einmal gesagt: Das nutzt irgendwann nichts mehr, sie immer nur in höchsten Ehren zu halten und Sonntagsreden zu halten. Es ist ein Bedarf da. Es ist ein Mangel da. Das sagen alle, so auch der Berufsschullehrerverband. Sie müssen also auch Geld in die Hand nehmen, investieren und reinstecken. Sie hätten unserem Antrag zustimmen können. Wir haben 100 Stellen beantragt, nicht zum ersten Mal, weil dieser Bedarf da ist. Tun Sie etwas und halten Sie keine Sonntagsreden! Das ist das eine.

(Beifall bei den GRÜNEN – Karl Freller (CSU): Heute ist Mittwoch! – Zuruf der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER))

- Danke für diesen Zwischenruf, Kollegin Schmidt. – Zum anderen haben Sie gerade angesprochen, Sie täten soviel für die Flüchtlingskinder. Da muss ich sagen, Sie waren leider auch nicht im Haushaltsausschuss und haben sich auch nicht berichten lassen, als unser Antrag und der Antrag der FREIEN WÄHLER kamen, hier mehr Geld zu investieren, weil es eine Daueraufgabe ist. Wir brauchen einfach mehr Geld. Wir brauchen mehr Personal. Die Schule vor Ort braucht vielleicht auch Geld, um einen Block und einen Radiergummi austeilten zu können. Die Kollegin Sem hat gesagt, das machen wir über den Haushaltsvollzug. Gleichzeitig hat Ihre Fraktion einen Antrag nach dem anderen über 20.000 Euro gestellt. Es ist ein Hohn und ein Witz schlechthin, wenn Sie Anträge über 20.000 Euro stellen und umgekehrt sagen, 6 Millionen Euro bzw. 10 Millionen Euro wollen Sie über den Haushaltsvollzug zur Verfügung stellen. Das passt hinten und vorne nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Sie sind dran.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Frau Kollegin Stamm, ich schlage vor, Sie kommen in den Bildungsausschuss und tauschen mit irgendeinem Ihrer Kollegen. Dann erleben Sie die Debatte, die wir dort führen. Das ist genau der Punkt, den Sie vorhin erwähnt haben. Sie nehmen Teile heraus, vermischen diese und hören nicht zu, was gesagt worden ist. Ich sage Ihnen, uns verbindet, dass wir das Bessere erreichen wollen, um das Gute zu toppen. Das ist überhaupt keine Frage. Eine Sache können wir jedoch auch mit zusätzlicher Bereitstellung von Mitteln nicht regeln, nämlich wenn sich junge Menschen für Lehrerlaufbahnen entscheiden, die so sind, wie sie sind. Im Bereich der beruflichen Bildung haben wir in der Tat Felder, für die sich keine Bewerber und Bewerberinnen finden.

(Zuruf der Abgeordneten Eva Gottstein (FREIE WÄHLER))

Dort müssen wir uns entsprechend bemühen. Selbstverständlich werden wir auf diese wichtige Frage ein Augenmerk legen. Für das, was die berufliche Bildung fördert, habe ich immer ein offenes Ohr. Über die mögliche Umsetzung müssen wir exakt und ausführlich im Bildungsausschuss beraten.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank hierfür. Jetzt kommt noch eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Felbinger. Bitte schön.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Kollege Waschler, Sie haben in Ihren Ausführungen wunderbare Zahlen genannt und irgendwelche Studien zitiert, die darlegen, wie gut es mit der Bildung in Bayern steht. Eigentlich habe ich eine Antwort auf meine Frage, die ich vorhin bei meiner Rede an Sie oder die CSU-Fraktion gestellt habe, erwartet. Es ging um das Notprogramm für die Beschulung von Flüchtlingskindern. Sie haben einige Standardzahlen genannt und dargelegt, was alles in der Vergangenheit gemacht worden ist. Jetzt lautet meine konkrete Frage: Wie hoch sind die Mittel im neuen Doppelhaushalt 2015/2016 für die konkrete Beschulung von Flüchtlingskindern und für Direkthilfen für Schulen und Kommunen, damit man unmittelbar vor Ort unbürokratisch Hilfe leisten kann?

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Kollege Felbinger, Sie hätten genau hinhören sollen.

(Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn Sie dazwischen blöken, erwarten Sie wohl keine Antwort. Herr Kollege Felbinger war dabei, als wir uns im Ausschuss zu diesem Thema intensiv beraten haben. Neben der Nennung von Zahlen – ich habe mich auf die heutige Sitzung recht gut vorbereitet – wurde ausgesagt, dass man hinsichtlich der Übergangsklassen nie weiß, was aktuell vor Ort aufschlägt und welche Notwendigkeiten sich in den nächsten Tagen und Wochen ergeben werden. Laut Aussage der Staatsregierung – die Staatsregierung werden wir auch noch hören – wird man die Situation weiter verfolgen und beobachten und entsprechend tätig werden. Das werden wir vonseiten unserer Fraktion ebenfalls tun, und zwar nicht durch Geschrei und Zwischenrufe, sondern durch einen verantwortlichen Umgang mit den Gegebenheiten, die wir vor Ort vorfinden.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie haben zu viel Redezeit!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Professor Waschler. Als nächster Redner steht Kollege Dr. Kränzlein auf der Liste – der ist nicht da.

(Unruhe bei der CSU)

Damit verfällt der Redebeitrag. Als Nächster hat Herr Professor Piazzolo von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön.

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie heißt es so schön: Willst du für ein Jahr vorausplanen, so baue Kartoffeln an. Willst du für ein Jahrzehnt vorausplanen, so pflanze Bäume. Willst du für ein Jahrhundert vorausplanen, so bilde Menschen. - Wir reden über Bildungspolitik. Ich habe im Zitat des chinesischen Philosophen nur das Wort "Reis" durch das Wort "Kartoffeln" ausgetauscht, damit es näher an Bayern dran ist.

Wir FREIE WÄHLER stehen für Bayern als Bildungsland – ganz bewusst und seit vielen Jahren. Wir wollen – damit sind wir beim Haushalt – mehr sicheres Geld. Uns geht es nicht nur um das Geld für ein Jahr oder für zwei Jahre, sondern um Nachhaltigkeit. Wenn Sie gerade den Hochschulhaushalt anschauen, ist sehr viel durch den Hochschulpakt kurzfristig garantiert, aber nicht langfristig. Wir sind dafür, die Grundfinanzierung der Hochschulen anzuheben und die Lehrenden langfristig zu unterstützen. Langfristige Planung ist sicher und wichtig.

Wir wollen, dass bei den Hochschulbauten mehr passiert. Dort ist wenig geleistet worden. Dort bröselt der Mörtel. Dächer sind leak. Wir wissen schon lange, seit der Zeit von Staatsminister Goppel, dass 4 Milliarden Euro fehlen – ein Manko, das wir ständig vor uns hertragen. Im Haushalt ist viel zu wenig eingestellt worden. Wir haben wesentlich mehr gefordert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Wenn in dieser Haushaltsdebatte sinnvolle Anträge anderer Fraktionen gestellt werden und Sie als CSU geschlossen alle Anträge zur Bildungspolitik ablehnen, ist das ein Armutszeugnis für die Demokratie.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Der Kluge erkennt, dass auch einmal ein anderer recht hat. Wir stimmen – auch ich persönlich – einigen Ihrer Anträge zu, und das sehr sehr häufig. Wir stimmen über 70 % Ihrer Anträge zu. Tun Sie das auch einmal.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind für nachhaltige Bildung. Der Bologna-Prozess stopft zu viel in zu kurzer Zeit in die Köpfe hinein. Aber: Die Katze, die einen Kanarienvogel gefressen hat, kann noch lange nicht singen. Insofern macht kurzfristiges Wissen wenig Sinn.

Wir FREIE WÄHLER – das sage ich deutlich – stehen für ein vielfältiges Bayern. Dafür brauchen wir eine hohe Mobilität und Internationalität. Herr Spaenle hat in diesem Zu-

sammenhang gesagt: Dieser Punkt des Bologna-Prozesses ist gescheitert. Wir brauchen mehr Förderung und mehr Aufklärung. Das haben wir gefordert. In den letzten Tagen haben Sie jedoch über ein erschreckendes Beispiel an Zipfelmützigkeit diskutiert. Sie fordern, dass Ausländer auch in der Familie deutsch sprechen sollen. Ich sage Ihnen: Glauben Sie, dass internationale Forscher nach Deutschland und Bayern kommen, wenn Sie hören, dass sie mit ihrer Familie deutsch sprechen sollen? Glauben Sie, dass Sie damit einen Harvard-Professor gewinnen? Glauben Sie, dass Sie damit Facharbeiter aus China gewinnen? Ich sage Ihnen ganz deutlich: Das ist ein deutsch-nationaler Politikansatz, der den bayerischen Hochschulen in ganz entscheidender Art und Weise schadet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Wir FREIE WÄHLER stehen für ein gerechtes Bayern. Deshalb haben wir damals ein Volksbegehren gegen die Studiengebühren initiiert. Nachdem deutlich wurde, dass die Mehrheit des Volkes hinter uns steht, haben Sie das übernommen. Ich höre jedoch immer wieder – Herr Minister, das gebe ich Ihnen mit auf den Weg –, dass die Kompensationsmittel, die Sie eingestellt haben, nicht reichen. Häufig wird an den Hochschulen die Entschuldigung gebraucht, dass durch die Abschaffung der Studiengebühren kein Geld vorhanden sei. Möglicherweise ist kein Geld vorhanden. Wenn Kompensationsmittel vorhanden sind – das glaube ich –, sollten Sie mit den Hochschulen reden und ihnen deutlich machen, dass man dieses Argument nicht verwenden kann; denn dieses Argument fällt auf uns alle zurück.

Wir FREIE WÄHLER stehen für ein Bayern der Chancengleichheit: Stadt und Land – Hand in Hand. Wir wollen den ländlichen Raum zu einem Raum des Wissens weiterentwickeln. Das darf nicht nur die Stadt sein, es muss auch das Land sein. Dazu haben wir entsprechende Anträge gestellt, die aber abgelehnt worden sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir stehen auch für ein demokratisches Bayern. Wir wollen die Rechte der Studierenden stärken – und das schon seit vielen

Jahren. Wir wollen, dass sie ein eigenes Budgetrecht haben. Hierzu haben wir ebenfalls Anträge gestellt, die abgelehnt worden sind. Ich sage Ihnen aber ganz deutlich: Liebe CSU-Kollegen, das ist bei Ihnen noch nicht in den Köpfen angekommen. Wer die Redezeiten der Opposition begrenzt, lässt auch die Studierenden an den Hochschulen nicht mitreden. Das ist der gleiche Geist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN – Unruhe bei der CSU)

Wir haben unseren Gesetzentwurf zum Rundfunkrat schon vor zwei Wochen eingebracht. Wer hier eine Debatte nicht zulässt, wer dagegenstimmt, obwohl wir gestern noch eine Stunde Zeit gehabt hätten, schafft kein Klima für eine offene Dialogkultur an den Hochschulen. Das ist nicht der Geist, den wir uns vorstellen. Wer Kritik scheut, wird die eigenen Fehler nicht erkennen und an der Arroganz der Macht scheitern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Bildung ist das höchste Gut, das wir unseren Kindern zu bieten haben. Das hat diesmal nicht ein Philosoph, sondern Cat Stevens gesagt. Aus den Siebziger- und Achtzigerjahren werden Sie ihn unter diesem Namen noch kennen.

Bayerns Zukunftshoffnung sind die Menschen, die hier leben, vor allem aber die jungen. In Köpfe zu investieren, heißt Zukunft zu schaffen. Auf Vielfalt zu setzen heißt Hoffnung zu geben. Gerechtigkeit zu schaffen, wie wir es einfordern, heißt Gleichheit zu gewährleisten. Und Demokratie zu wagen, heißt nachhaltig zu denken. Wir FREIE WÄHLER haben konkrete Vorstellungen von einem Bildungsland Bayern. Wir werden diese Vorstellungen der Gerechtigkeit, der Vielfalt und der Investitionen in Bildung mit aller Entschiedenheit in den nächsten vier Jahren verfolgen und uns dann entschieden dem Wahlkampf stellen und dafür kämpfen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke sehr, Kollege Piazolo. Als nächste Rednerin hat sich Frau Kollegin Osgyan vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeldet. – Bitte schön.

Verena Osgyan (GRÜNE): Sehr verehrter Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal vielen Dank an meinen Kollegen Thomas Gehring, der schon erklärt hat, dass die Bildung in Bayern unterfinanziert ist. Das gilt leider auch für die Hochschulen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Danke schön auch an meinen Kollegen Piazolo, der darauf hingewiesen hat, dass das sprachliche Doppelspiel um die Redezeiten auch etwas mit Demokratie an Hochschulen zu tun hat. Dem kann ich mich nur anschließen.

Aber zurück zum Haushalt und zu den positiven Aspekten. Bayern kann zu Recht auf eine vielfältige Hochschullandschaft stolz sein. Unsere Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften erfreuen sich wachsender Beliebtheit. Seit dem letzten Doppelhaushalt haben wir einen großen Schritt zu mehr Bildungsgerechtigkeit gemacht, nämlich mit der Abschaffung der Studienbeiträge, aber dazu – das ist schon gesagt worden – hat es erst einmal ein Volksbegehren gebraucht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt haben wir wieder durch die Übernahme der BAföG-Zahlungen durch den Bund die Chance, pro Jahr zusätzlich 155 Millionen Euro komplett in die Bildung und in die Hochschulen zu investieren. Das ist auch bitter nötig; denn trotz aller Exzellenzinitiativen sind wir von exzellenten Studienbedingungen und exzellenter Lehre in der ganzen Breite immer noch meilenweit entfernt. Es besteht allerorten Nachholbedarf. Ich rede nicht nur von herabbröckelnden Decken; ich weiß, wovon ich spreche. Ich komme aus der Erlanger Gegend.

(Peter Winter (CSU): Sind Sie sich da sicher?)

Marode Bauten und Baustellen gibt es auch in vielen anderen Regionen. Überfüllte Hörsäle und fehlende Seminarplätze sind leider immer noch die Regel.

Was tut die Staatsregierung? - Die frei werdenden BAföG-Mittel werden an den verschiedensten Stellen zweckentfremdet für Projekte, die mit der Verbesserung der Kernaufgabe unseres Hochschulsystems wenig bis nichts zu tun haben. Ich nenne als Beispiel den Bauunterhalt. Er ist zwar sehr wichtig, aber er ist Aufgabe des Innenministeriums. Da ist das Geld, das jetzt frei wird, wirklich ein Tropfen auf den heißen Stein. Ich nenne das Zentrum für Digitalisierung, für das noch gar kein Konzept erarbeitet ist. Ich nenne die Nordbayern-Initiative. Sie selbst nennen sie ganz offen wissenschaftsgestützte Strukturpolitik. Das mag alles nicht schlecht sein, aber dann müssen die Mittel dafür auch transparent aus dem jeweiligen Etat aufgebracht werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe den Verdacht, dass die BAföG-Mittel einfach zum Stopfen von Löchern missbraucht werden, damit Sie sich andernorts für die Wohltaten auf die Schultern klopfen können. Wahnsinnig geärgert hat mich dabei, wie wir Abgeordnete selbst auf Nachfragen mit Informationen kurzgehalten werden. Ich habe eine Anfrage gestellt, auf die ganz lapidar geantwortet wurde, man könne nicht genau auflisten, wo die BAföG-Mittel im Einzelnen hinfließen, das seien 500 Haushaltstitel. Liebe Staatsregierung, dieser Aufwand muss doch möglich sein. Ich erinnere Sie gerne daran: Wir, das Parlament, haben die Haushaltshoheit. So wie es aussieht, schürt das bei mir kein Vertrauen, Herr Spaenle, dass die BAföG-Mittel wirklich komplett in die schulische Bildung und die Grundausrüstung der Hochschulen fließen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb fordern wir Sie auf, dass die 280 Millionen Euro frei werdenden BAföG-Mittel für die Hochschulen wie folgt eingesetzt werden: für eine Aufstockung der Grundfinanzierung – wie wichtig das ist, haben wir vorhin schon gehört – um 90 Millionen Euro im Jahr 2015 und 120 Millionen Euro im Jahr 2016 sowie für eine Erhöhung der Ausga-

ben nach dem Programm zur Aufnahme zusätzlicher Studienanfänger um 70 Millionen Euro. Dafür, dass das nötig ist, habe ich ein paar sehr belastbare Zahlen: Zwischen 2000 und 2011 ist die Drittmittelquote an bayerischen Hochschulen von 18,1 % auf 32,9 % gestiegen. Neuere Zahlen haben wir leider nicht. An manchen Hochschulen liegt sie nahe bei 50 %. Es ist relativ klar: Eine so hohe Abhängigkeit von Drittmitteln gefährdet nicht nur die Freiheit der Wissenschaft, sondern fördert prekäre Arbeitsbedingungen an bayerischen Hochschulen. 70,4 % des wissenschaftlichen Personals sind nur noch befristet beschäftigt. Das bringt unseren akademischen Nachwuchs so unter Druck, dass eine wissenschaftliche Karriere zunehmend unattraktiv wird. Von mangelnder Vereinbarkeit von Beruf und Familie mag ich gar nicht reden.

Wir waren vor Kurzem mit einer Delegation unseres Ausschusses in Boston. Wir haben mit deutschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern geredet. Sie haben unisono gemeint, die schlechten Bedingungen gerade für den akademischen Mittelbau hätten maßgeblich mit dazu beigetragen, dass sie ihr Glück in Amerika gesucht hätten. Da müssen wir dringend gegensteuern. Deshalb ist eine Aufstockung der Grundfinanzierung mehr als notwendig. Baden-Württemberg hat das getan. Da können wir von unseren Nachbarn etwas lernen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der nächste Schwachpunkt ist der mangelhafte Studienplatzausbau, der auf längst überholten Prognosen fußt. Der Anteil der Studierenden im Masterstudium beträgt in Bayern 4,7 %. Damit sind wir in Deutschland absolutes Schlusslicht. Diese Probleme erledigen sich einfach nicht von selbst. Im Gegenteil: Nach einer aktuellen Umfrage planen 61 % der Studierenden, nach dem Bachelor noch den Master zu machen. Das heißt, der Master wird mittelfristig wohl oder übel ein Regelabschluss. Das kann man nicht wegdiskutieren. Man sieht, die Absolventinnen und Absolventen des Bachelorstudiums haben aktuell noch schlechtere Chancen. Deshalb ist völlig klar, dass sie das suchen, was ihnen die beste Zukunft bringt. Was macht Bayern? - Hier wird immer

noch von einem Bachelor/Master-Verhältnis von drei zu eins gesprochen. Da hat sich die Staatsregierung bei der Bildung wieder einmal gründlich verrechnet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine systematische Bedarfserhebung, die es in Baden-Württemberg längst gibt, fehlt hier immer noch. Deshalb sind die in Bayern eingeplanten 30 Millionen für Masterstudienplätze längst nicht genug. Herr Spaenle, Sie haben letzte Woche im Ausschuss berichtet, Bayern sei mit dem Start in den Bologna-Prozess sehr spät dran gewesen. Das sei mit schuld an der niedrigen Masterquote. Das mag so sein, aber das ist doch gerade ein Argument dafür, dass wir jetzt powern, damit wir unseren Studierenden die gleichen Ausgangschancen geben und dadurch eine bessere Mobilität innerhalb Deutschlands und auch international fördern. Geben Sie sich einen Ruck und stocken Sie den Etat auf!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich glaube, exzellente Lehre heißt noch mehr. Studieren bedeutet nicht nur, an der Uni zu sein, sondern auch wohnen und sich ernähren zu müssen. Auch Beratungs- und Kinderbetreuungsangebote werden benötigt. Wir brauchen deshalb mehr Mittel für die Studierendenwerke. Auch das haben wir letztens in einer Anhörung gehört: Gerade diese flankierenden Angebote sind für den Studienerfolg maßgeblich. Auch da hinken wir dem angelsächsischen Raum noch Jahre hinterher. Dort ist es ganz selbstverständlich, dass die Studierenden auf dem Campus leben und lernen.

Exzellente Lehre heißt letztlich auch, bessere Lernbedingungen für Studierende mit Behinderung zu schaffen. Wir müssen die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung endlich umsetzen. Dazu brauchen wir zusätzliches Personal. Wir brauchen Mittel für Beratung und behindertengerechte Neu-, Um- und Erweiterungsbauten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Letztes noch; denn das kann ich nicht so stehen lassen. Es gibt eine weitere unerledigte Hausaufgabe, die mittlerweile ein unrühmlicher Dauerbrenner ist. Das ist die schlechte Situation der Lehrbeauftragten an den bayerischen Musikhochschulen. Wir hatten 2012 einen Bericht gefordert und auch bekommen, der gezeigt hat, dass an einzelnen Musikhochschulen in Bayern mehr als die Hälfte des Lehrangebots durch Lehrbeauftragte abgedeckt wird. Das heißt, sie ergänzen das Unterrichtsangebot nicht, sondern sie halten ganz einfach das Regelangebot am Laufen. Dennoch haben sie keinen Anspruch auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder auf Mutterschutz. Sie müssen über ihre Stunden jedes Semester neu verhandeln. Sie haben keinerlei Planungssicherheit, auch wenn sie schon viele Jahre an derselben Hochschule arbeiten. So verfestigen sich prekäre Arbeitsbedingungen von Jahr zu Jahr mehr.

Im vorliegenden Entwurf des Doppelhaushalts fehlen erneut die Mittel, die damals vom Ministerium als Minimallösung vorgeschlagen wurden. Die vorgesehene Erhöhung der Vergütungssätze reicht einfach nicht aus. Wir brauchen jetzt feste Stellen. Bitte unterstützen Sie uns dabei! Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Kollegin Osgyan. Für die CSU-Fraktion hat sich Herr Kollege Freller gemeldet. Bitte schön.

Karl Freller (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Wir stehen vor einer historischen bildungspolitischen Entscheidung. Noch nie in der Geschichte dieses Parlaments wurde für die Bildung und die Hochschulen ein Haushalt in dieser Höhe verabschiedet, wie das in dieser Stunde geschehen wird. Noch nie wurde in diesem Land so viel für die Bildung ausgegeben, wie dies in den nächsten zwei Jahren geschehen wird.

(Markus Rinderspacher (SPD): Na hoffentlich!)

Jeder dritte Euro wird in die Bildung fließen. Sie können sich sicherlich noch an das Bild mit den Euro-Scheinen erinnern, das ich gestern gebracht habe. Bei einem Haushalt von 51 Milliarden Euro wird über ein Drittel für die Bildung verwendet.

(Isabell Zacharias (SPD): Geht das vielleicht bei diesem wichtigen Thema ein bisschen euphorischer?)

- Ich habe Ihnen doch versprochen, dass ich heute etwas moderater sein werde, aber in der Aussage gleich hart bleibe. – Liebe Frau Kollegin, damit komme ich zum springenden Punkt. Wir haben so viel Geld im System wie noch nie. Obwohl die Zahl der Schüler geringer wird, steigt der Ansatz im Haushalt um 6,3 %.

(Isabell Zacharias (SPD): Na geht doch!)

Was machen Sie? – Jammern, jammern, jammern.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein kluger Mensch weiß: Wer ständig jammert, verliert Freunde. Eine kluge Partei sollte wissen: Wer ständig jammert, verliert Wähler. Eigentlich müsste ich Sie ermutigen, weiter zu jammern. Jammern Sie Ihre Prozente noch weiter herunter; damit tun Sie uns einen großen Gefallen. Wir lassen uns durch dieses Jammern noch nicht einmal ärgern; denn wir wissen, dass wir Inhalte haben, mit denen wir uns zeigen können. Wir haben bundesweit mit die besten Zahlen überhaupt. Sie haben sich auf keinen Landesvergleich eingelassen. Ich verstehe auch, warum: Bayern steht unter den 16 deutschen Ländern bildungspolitisch an erster Stelle.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wir wollen noch besser werden! Ein Vergleich mit Berlin hilft uns nichts!)

- Was heißt "ein Vergleich mit Berlin"? Sie können jedes Land nehmen. – In den nächsten beiden Jahren werden über 35 Milliarden Euro für Bildung und Wissenschaft

investiert. Ich möchte das Land sehen, das sich etwas Ähnliches leisten kann. Sehen Sie doch einmal in Ihr hochverschuldetes Nordrhein-Westfalen. Frau Kraft, die eigentlich "Kraftlos" heißen sollte, hat überhaupt nichts geschafft. Sie häuft nur Schulden an.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wir sind in Bayern!)

Mich ärgert das, weil wir wirklich etwas tun. Sicherlich kann man noch über manches reden. Frau Kollegin Stamm, ich nehme Ihren Beitrag sehr ernst. Wir können uns über Details unterhalten. Ich lasse es aber nicht stehen, dass wir für die Bildung nicht genug tun würden.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte mich jetzt nicht verlieren. Oliver Jörg ist ein exzellenter Wissenschaftspolitiker; ich möchte ihm seine Zeit nicht nehmen. Deshalb beschränke ich mich auf drei Punkte. Ich möchte mich herzlich für den Riesenerfolg bedanken, den wir in den letzten zwei Jahren in Berlin für die Bildung erreicht haben.

(Markus Rinderspacher (SPD): Den haben wir gemeinsam erreicht!)

- Nein, nein, nein. Wir haben in den Koalitionsverhandlungen darum kämpfen müssen, dass wir über die Bildungspolitik auch künftig im Land entscheiden können. Wenn es nach euch gegangen wäre, könnten wir im Land noch nicht einmal darüber entscheiden, was in der Schulpolitik läuft. Ich bitte, dies zu bedenken. Dieser Erfolg wurde von uns in Berlin errungen.

Ich erinnere an die Konferenz der Wissenschaftsminister. Dem bayerischen Wissenschaftsminister Spaenle ist es gelungen, dass die zweiprozentige Beteiligung der Bundesländer an den Programmpauschalen gesichert wurde. Was das bedeutet, kann nur der erraten, der die Zahlen kennt. Das bedeutet für die nächsten sechs Jahre eine Zusicherung in Höhe von circa 3 Milliarden Euro für den Wissenschaftshaushalt. Das sind Erfolge, die wir vorweisen können.

Morgen wird die Ministerpräsidentenkonferenz in Berlin stattfinden. Es ist ein Erfolg des bayerischen Ministerpräsidenten und des bayerischen Wissenschaftsministers, dass der Hochschulpakt III und der Pakt für Forschung und Innovation weitergeführt werden und dass der Grundsatzbeschluss für die Nachfolge der Exzellenzinitiative bestärkt wurde. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, hier werden zukunfts feste Vereinbarungen getroffen. Damit wird gesichert, dass die Leistungen des Hochschulpaktes den gestiegenen Studierendenzahlen angepasst werden. Erstmals wird für die Hochschulen ein Anreizsystem eingeführt, bei dem der Studienerfolg prämiert wird. Die Hochschulen sollen künftig 10 % der Mittel für qualitätsverbessernde Maßnahmen einsetzen. Ich sage dem Ministerpräsidenten und dem bayerischen Wissenschaftsminister ein ganz herzliches Dankeschön dafür, dass der Finanzierungsanteil des Bundes am BAföG in Bayern zur Gänze für die Bildung und die Wissenschaft ausgegeben wird. Wir haben damit 230 Millionen Euro mehr für Bildung und Wissenschaft zur Verfügung. Dieses Geld wird bei uns auch dafür ausgegeben. Die meisten Bundesländer, Baden-Württemberg vielleicht ausgenommen, tun das nicht. Sie stecken viel erspartes Geld in den allgemeinen Haushalt, aber nicht in den Bildungshaushalt. Die Mittel, die wir aus Berlin für Bildung und Forschung erhalten haben, werden dort ankommen. Das sind Leistungen, die sich sehen lassen können. Die CSU ist stolz, einen Bildungshaushalt zu beschließen, wie es ihn in der Geschichte dieses Hauses noch nie gab.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Freller. Für die SPD-Fraktion hat sich Frau Kollegin Zacharias zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Isabell Zacharias (SPD): Erst mal lächeln. – Verehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen!

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Wo ist das Feuer?)

- Oh, was der Charly Freller kann, das kann ich dreimal mehr. Ihm musste ich erst den Knopf andrehen, damit er Gas geben konnte. Bei mir ist das grundsätzlich möglich.

(Beifall bei der SPD – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Eine Preußerin kann das!)

- Um das einmal öffentlich zu klären: Ich bin halb Nordfriesin und halb Österreicherin. Mich als "Preußerin" zu verunglimpfen, ist eine lustige Herangehensweise. Wir üben nochmal, was die geografischen Feinkennntnisse angeht.

Kolleginnen und Kollegen, die Internationalisierung ist ein großes Thema der Universitäten und der Hochschulen Bayerns. TU-Präsident Professor Dr. Herrmann und ich sind einig, dass wir viel mehr Vorlesungen auf Englisch oder in anderen Sprachen halten müssen, um international konkurrenzfähig zu sein. Deshalb wollte ich meine Rede zunächst auf Englisch halten. Das lasse ich einmal, damit mich der Block dort drüben gut verstehen kann.

(Widerspruch bei der CSU)

- Genau das ist euer Problem. Ihr wollt nicht das verstehen, was wir richtigerweise sagen. Ihr hört nicht das, was ihr nicht hören wollt.

Zur Sache: Herr Minister Spaenle hätte bei diesem Doppelhaushalt mit knapp 6,5 Milliarden Euro für die Hochschulen und die Kultur einen Schwerpunkt setzen können. Er hätte diese Chance gehabt. Was macht er draus? – Nichts. Ich führe das kurz aus: Die genannten 6,5 Milliarden Euro sind auf so viele Titel und Einzelmaßnahmen verteilt, dass man sie nur schwer herauslesen kann. Noch schwieriger wird es, die Mittel des Bundes für das BAföG in Höhe von 140 Millionen Euro zu finden, die uns dankenswerterweise zurückgegeben wurden. Herr Spaenle, Sie haben im Ausschuss versprochen, uns darüber eine Auflistung zu bringen. Die habe ich bis heute nicht. Warum wohl? – Weil das eine solche Auflistungsreihe wäre, dass sie nicht mehr beziffert werden kann.

Kolleginnen und Kollegen, die 6,5 Milliarden Euro werden beliebig verteilt. Zur Frauenförderung findet sich kein Hinweis aus der Staatsregierung. Mit einem Anteil von 16 % bei den Professorinnen sind wir im bundesdeutschen Ranking auf dem vorletzten

Platz. Herr Minister, Sie investieren kein Geld, um Frauen, die gut sind, die mehr Erstsemester und die mehr Promovierende denn je stellen, zu unterstützen. Sie tun nichts für Frauen. So viel zum partiellen Fachkräftemangel. Sie tun nichts.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, ich komme zu den Unis mit Dachschaden. Bei den Kulturinstitutionen gibt es Dachschäden und einen Sanierungsstau. Sie gehen keines dieser Probleme an. Mit dieser wahnsinnig hohen Summe hätten Sie die Chance gehabt, einen Akzent zu setzen. Sie wissen wie ich, dass 400 Millionen Euro pro Jahr viel zu wenig sind, um den Sanierungsstau bei den Einrichtungen, eine Altlast Ihrer Vor-Vor-Vor-Vorgänger, anzugehen. Ein Investitionsprogramm mit 400 Millionen Euro springt hier viel zu kurz.

Dort oben sitzen Studierendenvertreter. Die Verfasste Studierendenschaft ist ein Teil der demokratischen Hochschule, was Sie noch nicht verstanden haben. Dafür braucht man Geld. Wir haben versucht, mit einem Änderungsantrag dieses Geld in den Haushalt einzustellen. Sie, Herr Minister, wischen darüber hinweg. Sie möchten keine Mitsprache von Studierenden. Sie möchten keine jungen Menschen, die Lust auf Politik und Hochschulpolitik haben und mitwirken möchten. Sie wollen kein Geld in die Hand nehmen. Ich finde, das ist erbärmlich. Ich schäme mich dafür, dass Sie den jungen Menschen nicht die Chance zugestehen, Großes zu bewirken.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt komme ich zu einem Thema, das mich noch mehr bewegt, nämlich dem Mittelbau mit 11.300 Lehrbeauftragten und ungefähr 22.000 wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Wissen Sie, wie sich dort die Arbeitssituation darstellt, Herr Spaenle? Wissen Sie das? – Prekär! Es gibt eine Zahl: 97 % aller unter 40-Jährigen befinden sich in befristeten Arbeitsverträgen. 97 % aller unter 40-Jährigen! Ich weiß nicht, ob Sie das wissen: Es ist die Zeit, in der man Kinder bekommt oder Familie plant. Wie soll man beides machen, wenn man keine Planungs-

sicherheit und keine Karriereperspektive hat? Fast jeder unter 40 sitzt auf einem befristeten Arbeitsplatz, wobei die Befristung zum Teil nur – jetzt geben Sie Obacht – drei Monate läuft. Einen dreimonatigen Arbeitsvertrag – wie stellen Sie sich das eigentlich vor? Haben Sie sich schon einmal Gedanken darüber gemacht, wie man bei uns im schönen Schwabing mit einem dreimonatigen Arbeitsvertrag wohnen kann, Herr Minister? Dieser Arbeitsvertrag wird höchstens in Kettenarbeitsverträgen verlängert und eröffnet keine Zukunftsperspektive, keine Familienperspektive und keine berufliche Perspektive. Wir wissen, dass rund 80 % aller Vorlesungen von Lehrbeauftragten gehalten werden. Wie zahlen wir sie? Erbärmlich!

Die Situation hat sich übrigens noch durch die von Ihnen so gelobten Drittmittel verschärft. Drittmittel verschärfen die Situation derer, die in befristeten Arbeitsverträgen oder als Lehrbeauftragte an Universitäten und Hochschulen tätig sind. Wir schauen dabei zu und lassen es zu, dass noch mehr Menschen in befristeten Arbeitsverträgen arbeiten. Dass Sie sich da nicht schämen, ist mir ein Rätsel.

Wenn wir die Grundfinanzierung – das haben meine beiden Vorredner Dr. Piazzolo und Verena Osgyan bereits angesprochen – sicherstellen, dann würden wir den Hochschulbereich, den tertiären Bildungsbereich, grundsätzlich gut finanzieren. Dann könnte man die dort beschäftigten Frauen und Männer auch gut mit finanziellen Möglichkeiten ausstatten, sprich gut bezahlen. Das wollen Sie nicht, und deswegen ist die Grundfinanzierung der Hochschulen und Universitäten seit den Siebzigerjahren eine Aushöhlungsmaschine, die funktioniert. Aber irgendwann wird das zusammenbrechen. Ich möchte nicht dabei sein, wenn Sie dann das große Lamento anfangen.

Ich möchte noch etwas zu den BAföG-Mitteln sagen, weil mir die Zeit verrinnt: Ich bin dankbar dafür, dass wir im Bund gemeinsam beschlossen haben, die Länder zu entlasten. Es sind übrigens 140 Millionen Euro im Jahr, Herr Kollege Freller, nicht 230 in zwei Jahren. In der Sache bin ich aber großzügig. 140 Millionen Euro im Jahr – man könnte denken, jetzt kommt der Fachminister und zeigt eine Strategie auf. Ich habe ihn das im Frühjahr auch gefragt: Herr Minister, 140 Millionen Euro kommen, was ge-

denken Sie zu tun? Hunderte von "Kleinmaßnähmchen" – ich weiß gar nicht, wie das Wort kleiner zu sagen ist. Da reitet ein Ministerpräsident auf seinem schwarzen Roß nach Pfarrkirchen und schwupp, kommt dort eine Hochschuleinrichtung hin. Es wird über das Land geritten und hier und dort verteilt. Abgeordnete, die etwas auf sich halten, kämpfen vor Ort dafür, dass dort eine Hochschule oder universitäre Einrichtung hinkommt, auch wenn es nur eine Kleinstmaßnahme ist. Das ist strategie- und zukunftsbehaftet. So werden Sie den Hochschulstandort Bayern nicht in die Zukunft führen, wenn Sie nur jeder Blume ein wenig Wasser geben, während diese trotzdem den Kopf hängen lässt. Das reicht nicht, Sie müssen düngen, wässern und ordentlich investieren.

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister, auch in Kulturfragen – das hat Herr Kollege Piazzolo schon ausgeführt - - haben Sie alle unsere Anträge - Herr Freller, wenn Sie mir zugestehen, dass die Anträge der SPD gar nicht so schlecht waren, zum Beispiel in Bezug auf das Netzwerk Kultur für die Städte, diese aber dann doch aus inhaltlichen oder finanzpolitischen Gründen abgelehnt werden, dann ist das nicht mein Verständnis. Es ist undemokratisch, wenn alle Anträge der Opposition bar jeder inhaltlichen Diskussion einfach gewischt werden. Das ist die Arroganz der Macht. Dort oben auf der Tribüne sitzen die Menschen, die das Geld für die Hochschulen und den Kulturbereich brauchen. Ihr habt nicht dafür gesorgt, dass mehr ankommt.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Kollegin Zacharias. Ich erteile jetzt Herrn Kollegen Jörg von der CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Oliver Jörg (CSU): Geschätzter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst, liebe Isabell, ich denke, die Zuhörer und Gäste, die hier sind, wissen es nicht, aber es ist ein völlig normaler Vorgang, dass wir in Ausschüssen kollegial zusammenarbeiten, die CSU genauso Vorschlägen der Opposition zustimmt wie anders herum.

Wir haben in der letzten wie in dieser Legislaturperiode vieles gemeinsam gemacht. Bei Haushaltsberatungen muss aber irgendwann der Topf geschlossen werden. Die Praxis ist in anderen Bundesländern, in denen Sie Verantwortung tragen, nicht anders. Schauen Sie einmal nach Baden-Württemberg. So läuft parlamentarische Demokratie.

(Beifall bei der CSU)

Lassen Sie mich auf die Vielfältigkeit an unseren Hochschulen eingehen, weil sowohl Herr Professor Piazzolo als auch Frau Osgyan das angesprochen haben. Im Übrigen widersprechen sich die Aussagen; die einen sagen, wir seien vielfältig unterwegs, während die anderen sagen, wir seien nicht vielfältig unterwegs. Wir haben 66.500 neue Studierende, die im Herbst begonnen haben und sich mit viel Motivation in unseren Hochschulen weiterbilden. Sie sind glücklich, dass der Steuerzahler derart viel Mittel in die Hochschulen steckt. Ich nenne nur fünf oder sechs Studierende stellvertretend für die 66.500: Wir haben zum Beispiel Asmar aus Jordanien, die Medizin studiert. Wir haben zum Beispiel aus Tokio einen Studierenden, der an der Hochschule für Musik eingeschrieben ist. Wir haben zum Beispiel Karl-Heinz, der ein schweres Schicksal hat, weil er nach einem Verkehrsunfall die Beine verloren hat und als Behinderter an der Hochschule studiert. Wir haben zum Beispiel den frühverrenteten Senior, der sich ein Seniorenstudium vorgenommen hat und seit Herbst studiert. Wir haben zum Beispiel die Zahnarzthelferin, die als beruflich Qualifizierte ihr Zahnmedizinstudium aufgenommen hat. Ich sage nur soviel zur Vielfalt an unseren Hochschulen.

(Beifall bei der CSU)

Hinzu kommt noch: Noch nie gab es so viele Studiengänge, wie wir sie aktuell haben. Das ist Ausfluss dessen, wie wir die Hochschulen in Bayern ausstatten. Die Möglichkeit, dual, virtuell, berufsbegleitend oder modular zu studieren, wird den einzelnen Studierenden in einer Form gerecht, wie wir das in der Hochschullandschaft bisher noch gar nicht vorgefunden haben. Ich bin wahnsinnig stolz auf meine Fraktion; schauen

Sie sich einmal die Entwicklung der Haushalte in den letzten Jahren an: 2001 hatten wir 3,8 Milliarden Euro für die Hochschulen und Kultur; mittlerweile liegen wir bei 6,5 Milliarden Euro. Ich sage der CSU-Landtagsfraktion Dank.

(Beifall bei der CSU)

Das ist keine Selbstverständlichkeit; das sage ich stellvertretend für all diejenigen, die in der Hochschulpolitik besonders kämpfen. Nicht einen einzigen werbenden Satz habe ich an meine Kolleginnen und Kollegen aus der CSU-Landtagsfraktion richten müssen, dass die Studienbeiträge, wie im Kabinett beschlossen, kompensiert und angepasst werden und jetzt statt bisher 189 Millionen Euro bei über 195 Millionen Euro liegen werden. Herzlichen Dank!

Im Übrigen zur Beteiligung der Studierenden: Uns ist es wichtiger, dass die Studierenden dort, wo die Musik spielt, gut vertreten sind. Deswegen haben wir in der letzten Legislaturperiode den zweiten studentischen Senator eingeführt.

Im Übrigen hätte man von der Arithmetik her durchaus anders vorgehen können. Es handelt sich um Steuermittel, die jetzt zur Verbesserung der Studienbedingungen mit der Kompensation der Studienbeiträge fließen. Das ist ein Bruch der sonstigen Arithmetik, jetzt zu sagen: Das dürfen die Studierenden unmittelbar mitgestalten. Es war uns wichtig, dass die Studierenden, egal, ob es die eigenen oder die über die Steuerzahler direkt zur Verfügung gestellten Mittel sind, mitentscheiden können. Das ist das, was wir wollen. Die Studierenden können wirklich etwas entscheiden, anders, als in der Verfassten Studierendenschaft.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin stolz auf unsere bayerischen Hochschulen, weil diese gut aufgestellt sind. Wir setzen Rahmenbedingungen und stellen die Mittel zur Verfügung. Aber das Ausgestalten findet vor Ort statt. Ich sage allen in der Hochschulfamilie herzlichen Dank, dass

die Hochschule in Bayern funktioniert: vom Koch in der Mensa bis hin zu den Hochschulleitungen und den Professorinnen und Professoren.

(Beifall bei der CSU)

Ich danke der Bayerischen Staatsregierung, unserem Ministerpräsidenten, Ludwig Spaenle und vor allem auch unserem Finanzminister und den beiden zuständigen Staatssekretären, weil wir den Haushalt in einer Art entwickelt haben, die wahre Freude macht. Wir haben uns oft zusammengesetzt und gemeinsam die Schwerpunkte festgelegt, die Sie heute im Haushalt vorfinden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist richtig, dass immer mehr geht und dass noch manches wünschenswert wäre; wir sind doch alle leidenschaftliche Bildungspolitiker. Aber wir müssen Schwerpunkte setzen und bedenken, dass wir unsere Hochschulen über viele Jahre hinweg zur Bewältigung des doppelten Abiturjahrgangs und wegen der Aussetzung der Wehrpflicht mit über 50.000 neuen Studienplätzen und 150.000 Quadratmeter zusätzlichem Raum fit gemacht haben.

(Zuruf von der SPD)

- Nicht nur mit Bundesmitteln. Da steckt auch bayerisches Steuergeld drin. Wir sind zwar super unterwegs, können aber auf der anderen Seite nicht alles auf einmal erledigen.

Es ist ein offenes Geheimnis, dass wir das Bestandseigentum des Freistaats Bayern – es geht ja nicht nur um Neubauten und Neuanmietungen – pflegen müssen.

(Zuruf von der SPD)

– Sie fordern mehr; das ist Ihr gutes Recht. Aber ich lasse mir von Ihnen nicht zerreden, dass wir trotzdem Signale setzen. Ich danke herzlich dafür, dass wir die Bauunterhaltungsmittel von 34 auf 38 Millionen Euro erhöhen, die Mittel für kleine Baumaßnahmen von 13 praktisch auf 25 Millionen Euro erhöhen und damit verdoppeln und die

Mittel für die großen Baumaßnahmen von 380 auf 434 Millionen Euro hinaufsetzen. Da kann ich nur sagen: Respekt, das kann sich doch sehen lassen.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben nicht nur für die Hochschulen Verantwortung, sondern auch für die Universitätsklinika. Wir wissen, dass sie es schwer haben. Wir wissen, dass sich die Münchner sehr schwer tun und die anderen gerade so eine schwarze Null schreiben. Deswegen waren uns in der CSU-Landtagsfraktion mit unserem zuständigen Staatsminister die Klinika ein Herzensanliegen.

Sie kennen die Personalkostenschere, die in den letzten Jahren aufgegangen ist. Denen, die nicht im Thema sind, sage ich: An der Universität werden Erhöhungen infolge von Tarifierpassungen automatisch übernommen. Bei Universitätsklinika kann man das nicht machen, sondern da muss man um die Mittel kämpfen und streiten. Wir haben das erfolgreich gemacht und konnten die Mittel um nicht weniger als 6,5 % anheben. Das ist spitze.

Es ist schade, dass niemand über Kultur im Freistaat Bayern spricht.

(Zuruf von der CSU)

– Deine zwei Vorredner überhaupt nicht, und bei dir bedanke ich mich. Du hast das angerissen. – Wir haben – das war uns wichtig – beschlossen, dass die Mittel aus den Kultursäulen I und II – Sie kennen den Umfang – von einer Viertelmilliarde bis 2018, die beim letzten Mal erhöht wurden, fortgeschrieben werden. Es geht vor allem um die Musikpflege und die nichtstaatlichen Theater, Museen und Orchester, also um diejenigen, die draußen in der breiten Fläche Kultur machen. Denn die Sing- und Musikschulen, die Musikvereine und die Trachtenvereine, die draußen wirken, machen unser Land zu dem, was Bayern ist, nämlich liebens- und lebenswert. Ich finde, dass der Haushalt gut aufgestellt ist, um unseren Kindern von der Schule bis zur Hochschule,

zur akademischen Bildung eine Zukunft zu geben. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Jörg. Einen kleinen Moment noch. Wir haben noch eine Zwischenbemerkung von Professor Piazolo. Bitte sehr.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Meine sehr verehrten Damen und Herren, lieber Oliver Jörg! Ich verfolge die Haushaltsdebatte seit eineinhalb Tagen und erlebe ständig, dass die Redner der CSU der eigenen Fraktion für das ausgegebene Geld danken. Ich möchte deutlich machen, dass das kein Geld der CSU-Fraktion, sondern Geld des Steuerzahlers ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von der CSU)

Für dieses Geld trägt auch das gesamte Parlament Verantwortung.

(Unruhe bei der CSU)

Oliver Jörg (CSU): Habt ihr letztes Mal dem Haushalt zugestimmt?

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Moment! Er ist noch nicht fertig, Herr Jörg.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Eine zweite Bemerkung.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir haben uns beim Justizhaushalt der Stimme enthalten, weil wir den Eindruck hatten, dass die CSU-Fraktion unseren Forderungen entgegengekommen ist. Ansonsten verweise ich auf das, was ich gesagt habe. Wenn Ihre Fraktion allen mehr als 200 Anträgen unserer Fraktionen nicht zustimmt, von denen, denke ich, der eine oder andere sicher vernünftig ist, kann man dem Haushalt nicht zustimmen. Auf jeden Fall ist es das Geld des bayerischen Steuerzahlers.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der GRÜNEN)

Oliver Jörg (CSU): Es ist das Geld derjenigen, die morgens früh aufstehen, zur Arbeit gehen, Frühschicht haben und für das Geld sorgen, mit dem wir in Bayern viel gestalten können. Aber wer gestaltet denn? Und wer hat dafür die politische Verantwortung? Das ist nun einmal die CSU-Landtagsfraktion. Sie haben dem letzten Haushalt nicht zugestimmt. Schauen wir einmal, wie die Abstimmungen morgen laufen werden. Ich verlasse mich nicht auf Sie,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist nicht Ihr Geld!)

sondern ich verlasse mich auf diejenigen, die die Verantwortung für die Gestaltungsmöglichkeiten im Hochschulbereich tragen, und das ist die CSU-Landtagsfraktion.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wenn wir Geld ausgeben, schreien Sie, wir seien Schuldenmacher; aber wenn Sie Geld ausgeben, danken Sie dafür der CSU!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Jörg. Jetzt hat der Herr Staatsminister Dr. Spaenle das Wort.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus! Mit einem Etatansatz von 17,9 Milliarden DM im Jahr 2016 wird Bayern - -

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sind Sie für die Wiedereinführung der D-Mark?)

– 17,9 Milliarden Euro wären 34 Milliarden D-Mark nach alter Rechnung. Mit diesem Betrag wird Bayern so intensiv wie kein anderes Land in Bildung, Hochschule, Wissenschaft und Kultur investieren. Das ist die Botschaft, die heute ins Land geht. Bayern investiert in die Zukunft seiner jungen Menschen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Egal, in welcher Währung!)

Was ich heute erlebt habe, ist Klagen auf mäßigem Niveau.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): So werden Sie nicht Ministerpräsident!)

– Wir geben Ihnen, Herr Gantzer, die Chance zu einem öffentlichkeitswirksamen Fallschirmsprung. – Wir geben den jungen Menschen in diesem Land, jedem Einzelnen, die Chance, die er benötigt, um seine Talente und Begabungen zu entwickeln. Wir haben wegen der Weiterentwicklung des digitalen Bildungssystems und aufgrund der Tatsache, dass die Schulen da Hilfestellung geben, wo die jungen Menschen, wenn sie eine Schule verlassen und eine andere Schule besuchen, die Möglichkeit, Übergänge zu organisieren. Wir ermöglichen es, dass die jungen Menschen in unserem Land die Zeit bekommen, die sie benötigen, um einen erfolgreichen Abschluss zu erreichen. Das ist unser Gegenentwurf zur alten Klamotte der Gemeinschafts- und der Gesamtschule.

Mit diesem Entwurf erhöhen wir die Bildungschancen der jungen Menschen von der flexiblen Grundschule über die Mittelschule, ein Erfolgsmodell, das von Ihnen vor drei Jahren noch totgeredet wurde. Wir haben die Möglichkeit des Anschlusses an den mittleren Abschluss geschaffen, den inzwischen über 30 % der jungen Menschen erreichen. Darüber hinaus haben die jungen Menschen die Möglichkeit, mit einem mittleren Abschluss zu einer Hochschulzugangsberechtigung und zu einem Hochschulabschluss zu kommen. Mit der zweiten Säule einer flächendeckend ausgebauten beruflichen Oberschule ist es auch möglich, das Allgemeinabitur zu erreichen. Über 40 % der jungen Menschen, die in Bayern eine Hochschulzugangsberechtigung erwerben – so viele wie kaum in einem anderen Bundesland –, tun dies auf diesem Weg.

Das bayerische Bildungswesen setzt Bildungsgerechtigkeit in hohem Maße um. Dazu gehören auch die Garantien, die der bayerische Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung ausgesprochen hat. Eine ganz wesentliche ist der Erhalt der kleinen Grundschulstandorte, die rechtlich selbstständig sind, in der Fläche. Hier investieren

wir gewaltig, um das wohnortnahe Bildungswesen mit der Grundschule vor Ort am Leben zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Wir kommen mit der Zusage, dass für Kinder und Jugendliche bis 14 Jahre flächendeckend – das ist ein wichtiges Kriterium – Ganztagesangebote aufgebaut werden, um dem gesellschaftlichen Bedarf in der Fläche wie in den Ballungsräumen Rechnung zu tragen, einem Wunsch vieler Eltern und der kommunalen Familie nach. Wir sind im Moment im Gespräch mit den kommunalen Spitzenverbänden. Ich darf an dieser Stelle dem Kollegen Eisenreich danken, der hier federführend ist. Wir wollen das Betreuungsangebot im Bereich der Grundschule neben der Mittagsbetreuung und der gebundenen Ganztageschule durch die Möglichkeit der offenen Ganztageschule erweitern. Dieses Angebot besteht; es liegt mit einem Gegenwert von 166 Millionen Euro auf dem Tisch. Wir wollen die Einhaltung der Rahmenzeiten nach 16.00 Uhr und am Freitag unterstützen, um der familiären Situation und der Betreuungssituation im Einzelfall gerecht zu werden. Wir sprechen insgesamt über die Aufgabe, die beide Partner, nämlich die Kommunen und der Freistaat, verantwortungsvoll zu teilen haben, wie wir die ganztageschulische Betreuung, aber auch Betreuungsnotwendigkeiten etwa in den Ferienzeiten und in den Randzeiten bewältigen können.

Dafür sorgen wir mit massiven Investitionen. Wir nehmen den Auftrag ernst, jungen Menschen, die besondere Unterstützung brauchen, diese Unterstützung zukommen zu lassen. Ich bin allen dankbar, die sich jetzt schon in der zweiten Legislaturperiode in einer interfraktionellen Arbeitsgruppe diesem Thema widmen. Wir investieren massiv in diesem Bereich. Wenn dieser Doppelhaushalt so beschlossen wird, werden allein für die Schulen mit dem Schulprofil "Inklusion" und vielen weiteren Einzelangeboten, die die interfraktionelle Arbeitsgruppe festlegt, insgesamt 600 zusätzliche Planstellen zur Verfügung stehen. Wir haben die Investitionen in die Stammschulen und den Aufbau weiterer Kapazitäten in den Mobilen Sonderpädagogischen Diensten deutlich vorangetrieben.

Wir werden die Möglichkeiten der Schulart, die der größte Teil der jungen Menschen besucht, nämlich das bayerische Gymnasium, entsprechend den von mir benannten Kriterien fortentwickeln. Wir eröffnen also auch am Gymnasium die Chance, dass Kinder und junge Menschen, die zusätzliche Förderung brauchen, gefördert werden. Das gilt übrigens nicht nur für diejenigen, die Unterstützung brauchen, sondern wir werden mit der Weiterentwicklung der Förderkulisse in der Mittelstufe auch die Begabten und Hochbegabten fördern. Somit konzentrieren wir uns nicht nur auf einen Teil des Begabungsspektrums. Diese Weiterentwicklung vollziehen wir mit insgesamt über 600 Planstellen, wenn man die mobile Reserve und die integrierte Lehrerreserve für das bayerische Gymnasium dazuzählt. Wir werden uns in den kommenden zwei Jahren in einer Pilotphase gemeinsam mit den Schulen mit der individuellen Lernzeit befassen und uns so weiterentwickeln, dass auch für die Gymnasien diesbezüglich Möglichkeiten eröffnet und angeboten werden.

Die beruflichen Schulen bilden einen wichtigen, starken Zweig des bayerischen Bildungswesens. Die duale Ausbildung in ihrer ganzen Vielfalt ist ein Schmuckstück der bayerischen Bildungslandschaft. Auch hier sind weiterhin Anstrengungen zu unternehmen, um die besonderen Herausforderungen angehen zu können. Damit meine ich zum einen, dass die Standorte von Berufsschulen für manche Berufsbilder sehr weit im Land verteilt sind, während die Nachfrage nach diesen Berufen nachlässt, seien es Agrar-, Holz- oder Bauberufe oder andere. Auf der anderen Seite besteht die Notwendigkeit, die Beschulung für sehr moderne und zugleich sehr differenzierte Berufsbilder zu gewährleisten. Diese ganz besondere Herausforderung wollen wir bewältigen, ohne die Berufsschulstandort-Landschaft im Flächenstaat Bayern auszukehren, wenn man es so sagen darf. Wir werden diese Entwicklung gemeinsam mit den zuständigen Verbänden, Innungen und Kammern vorantreiben, weil wir hier auch in der Form der Beschulungen eine hohe Flexibilität brauchen.

Eine ganz besondere Herausforderung auf dem Gebiet der Bildung ergibt sich aus der Tatsache, dass viele Tausend junge Menschen zu uns kommen, die Schutz suchen,

die flüchten mussten bzw. sich als Asylbewerber in Bayern aufhalten. Für sie wenden wir ein von der Kultusministerkonferenz und dem Bundesflüchtlingsrat empfohlenes, bundesweit bekanntes Modell der Schulung an. Diese Aufgabe ist akut zu bewältigen. Dafür setzen wir Mittel in erheblichem Umfang ein. Ich bin ganz Ihrer Meinung: Es ist davon auszugehen, dass ein großer Teil dieser jungen Menschen bei uns bleibt und deshalb auch besondere Anstrengungen für die Zukunft notwendig sind, um die Bewältigung der Herausforderungen zu gewährleisten, damit sie erfolgreich einen Bildungsabschluss, gleich welcher Art, in Bayern erreichen können. Wir können deshalb allen jungen Menschen, die an Grund- und Mittelschulen entsprechende unterrichtliche Angebote wahrnehmen, den Besuch von Übergangsklassen anbieten, deren Zahl wir in der Fläche von 324 zu Beginn des Schuljahrs auf über 340 erhöht haben. Selbstverständlich wird auch an den Schulstandorten, an denen die jungen Menschen Regelklassen besuchen, mit Möglichkeiten der Förderung in der deutschen Sprache die entsprechende Unterstützung gewährt.

Wir bieten an den beruflichen Schulen ein bundesweit einmaliges Modell für junge Menschen an, die dort in einem Alter zwischen 16 und 21 Jahren ihrer Berufsschulpflicht nachkommen. Dieses auf zwei Jahre angelegte Modell wird durch das Zusammenwirken von Sozialpädagogen und beruflichen Schulen ermöglicht, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf die Sprachförderung gesetzt wird. Nach diesen zwei Schuljahren sollen die Aufnahme einer dualen Ausbildung und die Bewältigung der damit verbundenen Anforderungen an den beruflichen Schulen erfolgreich möglich sein. Auch hierfür investieren wir in hohem Umfang. Wir müssen hier weiter investieren, weil die Zahl der jungen Menschen, die der Berufsschulpflicht unterliegen und die einschlägige Bildung nachfragen, weiter zunehmen wird.

Wir haben in den Erstaufnahmeeinrichtungen, beginnend in den Dependancen in München und Zirndorf, vom ersten Tag an Sprachangebote geschaffen, die sich an Kinder richten, die noch nicht schulpflichtig sind. Wir erteilen die Angebote in München in einem Sechs-Wochen-Rhythmus und werden an anderen Standorten ebenso ver-

fahren, um so früh wie möglich Sprachbegegnung zu ermöglichen und zu gewährleisten.

In der schulischen Bildung haben wir insgesamt also große Aufgaben zu bewältigen, die der Qualität des bayerischen Bildungswesens im nationalen und internationalen Vergleich einen entsprechenden Ausweis liefern. Das eine ist die Statistik, das andere ist die Wahrnehmung der Bildungschancen der jungen Menschen in unserem Land. Dabei setzen wir bewusst auf die Konzeption eines differenzierten, stark durchlässigen, Anschluss gewährenden Bildungssystems, das auf die besondere Entwicklung junger Menschen ausgerichtet ist, die für das Erreichen desselben Bildungsziels unterschiedlich viel Lernzeit benötigen. Diese Konzeption unterstützen wir mit jährlich über 11 Milliarden Euro.

Ich bin meiner Fraktion an dieser Stelle sehr dankbar. Das hat schlicht und einfach damit zu tun, dass Beschlüsse in diesem Haus mit Mehrheit getroffen werden und die über 2.100 Stellen aus der demografischen Rendite in vollem Umfang den bayerischen Schulen zur Verfügung stehen, um damit weitere und neue Aufgaben zu bewältigen. Dies geschieht in Ausübung des vornehmsten Rechts dieses Hohen Hauses, nämlich des Haushaltsrechts. Die Stellen aus der demografischen Rendite sind die Stellen, die rechnerisch nach dem Plausibilisierungsverfahren, das die Staatsregierung anwendet, frei werden, weil die entsprechenden Schülerzahlen als ursprüngliche Hinterlegung dafür aufgrund der demografischen Entwicklung nicht mehr da sind bzw. nicht mehr zur Verfügung stehen, wenn man es so ausdrücken will. In diesem Doppelhaushalt geht es um über 2.100 Stellen; das ist schon angesprochen worden. Bis 2018 wird es sich um mehrere Tausend Planstellen handeln.

Mit circa 87.000 Beamtenplanstellen haben wir einen Höchststand erreicht. Wenn man alle Tarifbeschäftigten dazuzählt, errechnet man eine Zahl von weit über 100.000 Menschen, die in diesem Land als Lehrerinnen und Lehrer ihrer Berufung zum Wohle der jungen Menschen in Bayern durch ihre berufliche Tätigkeit an der Schule nachgehen. Ich möchte an dieser Stelle unseren Lehrkräften, Schulleitungen,

Verwaltungskräften, all denen, die mit ihren pädagogischen Berufen das bayerische Bildungswesen gestalten, ein herzliches Dankeschön dafür sagen, dass sie dies tun. Welche Bedeutung der Staat diesem Aufgabenbereich zumisst, sehen Sie an der gewaltigen Summe von über 11 Milliarden Euro, die pro Jahr für die schulische Bildung in Bayern investiert werden.

(Beifall bei der CSU)

Die Inklusion ist ein sehr wichtiges Aufgabenfeld. Dabei gehen wir in Bayern einen besonderen Weg. Wir setzen nämlich auf eine ganz besondere, dem Einzelnen zugewandte Palette von Maßnahmen. So ermöglichen wir, dass eine steigende Zahl von Schülerinnen und Schülern an den Regelschulen ihren individuellen Bildungsweg geht, unterstützt durch entsprechende sonderpädagogische Angebote. In Bayern gibt es weit über 100 Schulen mit dem Schulprofil "Inklusion". Übrigens trifft das für alle Schularten bis hin zu den beruflichen Schulen zu. Die Schulen, die sich diesem Thema besonders widmen, werden mit Sonderpädagogen und zusätzlichen Stundenkontingenten, die eine solche Beschulung als dauerhafte zusätzliche Profilaufgabe ermöglichen, unterstützt.

Wir halten aber auch die wichtige Tatsache fest, dass wir Kompetenzzentren, nämlich die Förderschulen und die sonderpädagogischen Förderzentren, benötigen, um jungen Menschen, die auf ihrem Bildungsweg eine bestimmte sachliche und fachliche Unterstützung brauchen, diese Unterstützung zu gewähren. Das gehört zu einem differenzierten Bildungswesen in Bayern.

Auch die kirchlichen und privaten Schulträger unterstützen wir durch zusätzliche Maßnahmen. So wird etwa der Schulgeldersatz von 100 auf über 102 Euro pro Monat angehoben. Außerdem wollen wir auf dem Gebiet der investiven Mittel Zusätzliches leisten. Die kommunalen Schulen sind als verlässliche Partner ebenso ein wichtiger Bestandteil des schulischen Spektrums in Bayern, das sich im nationalen Vergleich mehr als sehen lassen kann. Ich weise in diesem Zusammenhang auf die einschlägi-

gen Untersuchungsergebnisse hin. Sie sprechen letztlich für die Chancen, die die jungen Menschen an Bayerns Schulen erhalten.

Das gesamte Bildungswesen umfasst natürlich nicht nur den Primar- und den Sekundarbereich, sondern auch das zentrale Zukunftsfeld der wissenschaftlichen Einrichtungen, der Hochschulen, Universitäten und der außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Bayern ist hier ein großer Player, sowohl was die Entwicklung der Studienmöglichkeiten als auch was die Ergebnisse von Wissenschaft und Forschung angeht. Bayern investiert auf diesem Gebiet wie kein anderes Land.

Auf eines möchte ich hinweisen – dies gilt mit Ausnahme von Baden-Württemberg; dies attestiere ich der Kollegin ausdrücklich –: Der übergroße Teil der Länder in der Bundesrepublik Deutschland hat einen Vorteil davon, dass der Bayerische Ministerpräsident ganz wesentlich daran mitgewirkt hat, dass bei der Aufteilung der Zuwächse im Bereich von Bildung und Wissenschaft für den Bereich Wissenschaft und schulische Bildung 5 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden. Dabei werden 1,2 Milliarden Euro Länderanteil am BAföG durch den Bund übernommen. Übrigens waren eingangs dieser Verhandlungen nicht alle Mitwirkenden in der Großen Koalition der Meinung, dass diese Mittel für Wissenschaft und schulische Bildung zur Verfügung gestellt werden sollen; es gab durchaus andere Vorstellungen. Letztlich hat sich die Koalition in Berlin auf diesen richtigen Weg verständigt. Wenn man allerdings genau darauf sieht, wer davon auch im Sinne des Erfinders Gebrauch macht, nämlich im Sinne dieser Vereinbarung der beiden Koalitionspartner in Berlin, und diese Mittel zu 100 % in Schule und Wissenschaft investiert werden, stellt man fest, dass zehn oder zwölf Länder genau das Gegenteil tun. Ganz wenige Länder investieren diese zusätzlichen Mittel von gut 160 Millionen Euro insgesamt für Wissenschaft und schulische Bildung zu 100 % in die genannten Ziele. Wir machen dies in dem Kernbereich, der angesprochen wurde, ganz bewusst.

Die bayerischen Universitäten und Hochschulen waren aufgrund ihrer Leistung in den letzten 10, 15 Jahren so erfolgreich, dass die Schere – das ist kein bayerisches Phä-

nomen, aber trifft Bayern natürlich im Besonderen – zwischen den Mitteln der Grundausrüstung, die den Hochschulen und Universitäten zur Verfügung stehen, und den Mitteln, die aufgrund des Erfolgs im wettbewerblichen Wissenschaftsleben gewonnen werden, entweder im Bereich der Exzellenz-Initiative oder vieler anderer projektorientierter Förderprozesse, wie zum Beispiel durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft und viele andere, weiter auseinander geht. Das ist ein Exzellenzausweis der Leistungskraft der bayerischen Hochschulen und Universitäten.

(Beifall bei der CSU)

Das ist eine klare Feststellung. Damit ist allerdings etwas beschrieben, das ich auch schon zu Beginn meiner Amtszeit deutlich gemacht habe. Es handelt sich um eine Problemstellung, der wir uns widmen müssen, nämlich das Auseinandergehen der Schere zwischen denjenigen, die an den wissenschaftlichen Einrichtungen und den Hochschulen fest oder unbefristet angestellt sind, und denjenigen, die befristet beschäftigt sind. Das ist eine Entwicklung, die durch ein positives Gesamtergebnis der Leistungsstärke der bayerischen Wissenschaftslandschaft begründet ist, die uns aber nicht ruhen lassen darf. Deswegen investieren wir den Löwenanteil dieser 140 Millionen Euro jährlich in die Verbesserung der Grundausrüstung jeder bayerischen Hochschule und Universität.

Im Übrigen ist am 27. November der Vorsitzende des Wissenschaftsausschusses umfangreich über den projektbezogenen Einsatz der BAföG-Mittel unterrichtet worden. Ich gehe davon aus, dass die Fraktionen und die Sprecher der Fraktionen im Wissenschaftsausschuss dies bereits zur Kenntnis haben. Vielleicht kann man das Frau Kollegin Zacharias überreichen – ich habe es schriftlich da, falls Sie es benötigen. Auf jeden Fall liegen Ihnen diese Informationen vor. Natürlich setzt sich dieser Betrag aus vielen 100 Einzelpositionen im Wissenschaftsetat zusammen. Die strategische Leitentscheidung ist aber, in die Grundausrüstung und in die Verbesserung der Personalausstattung zu investieren. Selbstverständlich erfolgt die Vergabe von Investivmitteln zur

Verbesserung der Grundausrüstung der bayerischen Hochschulen. Dies geschieht in vollem Umfang.

Es ist ein Erfolg der bayerischen Wissenschaftspolitik – wir hoffen, dass morgen die Ministerpräsidentenkonferenz zustimmt –, dass ein Kernanliegen für die Wissenschaftslandschaft in der Bundesrepublik Deutschland, nämlich die Fortführung der Pakte – Kollege Freller hat es angesprochen – gelingen wird. Das bedeutet für Bayern Planungssicherheit. Das sind keine befristeten Mittel. Mit der dritten Phase des ausfinanzierten Hochschulpaktes sind mit dem Landesanteil für Bayern 2 Milliarden Euro zusätzlich zu erwarten, um das Szenarium der Erhöhung der Zahl der Studienplätze weiterzuentwickeln. Dies geschieht nicht nach irgendwelchen obskuren, veralteten Prognosen, sondern der dritten Phase des Hochschulpaktes liegt die aktuelle Studentenzuwachsprgnose der KMK zugrunde, die bis 2025 reicht und von einem erst dann beginnenden Rückgang der Studierendenzahlen ausgeht. Das ist die Grundlage der dritten Phase des Hochschulpaktes, der durchverhandelt ist.

An dieser Stelle will ich unserem Ministerialdirektor, der eine ganz ausgezeichnete und wichtige Rolle gespielt hat, ein herzliches Dankeschön sagen dafür, dass dies angesichts der komplexen Lage auf Bundesebene gelungen ist. Wir werden die Investitionen in die Studienbedingungen, in den Aufbau von weiteren Studienplatzkapazitäten als Kernaufgabe der bayerischen Wissenschaftspolitik fortführen. Wir haben dies getan. Inzwischen sind den Hochschulen 3.000 Planstellen und darauf fußend weitere zweimal 400 Stellen – die letzte Tranche erfolgte zum 1. Juli des ablaufenden Jahres – zur Verfügung gestellt worden. Die 440 Stellen, die den bayerischen Universitäten zur Kompensation des Wegfalls der Wehrpflicht zur Verfügung standen, stehen den Hochschulen aufgrund einer entsprechenden Verlagerung der kw-Vermerke weiterhin in vollem Umfang zur Verfügung.

Betrachten wir das Betreuungsverhältnis. Das Betreuungsverhältnis an den bayerischen Universitäten ist mit das beste in der Bundesrepublik Deutschland; hinsichtlich

der Hochschulen für Angewandte Wissenschaften gibt es andere, die besser sind, dort müssen wir uns weiter anstrengen.

Die Frauenförderung ist ein ganz wichtiges Thema. Deshalb gibt es in diesem Doppelhaushalt im Jahr 2016 eine Steigerung der Ansätze um 400.000 Euro; für das Jahr 2015 werden wir ebenfalls etwa 100.000 Euro zusätzlich zur Verfügung stellen können. – Der Internationalität entsprechen wir mit dem mit den beiden Hochschulkonferenzen in unserem Lande abgestimmten Internationalisierungskonzept mit einem Aufwand von rund 10 Millionen Euro im Jahr.

Bayern nimmt seine Verantwortung als Flächenstaat wahr. Wir sind mit Spitzenuniversitäten und Hochschulen für Angewandte Wissenschaften unterwegs, die im internationalen Maßstab reüssieren: mit den beiden Münchner Universitäten, nämlich der LMU, die in verschiedenen Rankings als die beste deutsche Universität geführt wird, und der Technischen Universität, die Exzellenz-Universitäten sind, mit allen bayerischen Hochschulen und Universitäten, die an Programmen der Exzellenz-Initiative teilgenommen haben oder teilnehmen, ebenso wie den Hochschulen für Angewandte Wissenschaften mit 19 Standorten, nach dem in den Neunzigerjahren die zweite große Gründungswelle stattgefunden hat. Auf der einen Seite wird damit das Begaubungspotenzial im tertiären Bereich in vollem Umfang ausgeschöpft, auf der anderen Seite wird gerade mit den Hochschulen für Angewandte Wissenschaften der regionalen Entwicklung und dem regionalen wirtschaftlichen Bedarf an Technologietransfer entsprochen.

Jetzt gehen wir den dritten Schritt, nämlich wissenschaftsgestützte Netzwerke enger zu knüpfen. Das ist die strategische Leitaufgabe der akademischen Weiterbildung. Es geht um die Möglichkeit, wohnortnah qualifizierte akademische Ausbildungsangebote wahrnehmen zu können, und auf der anderen Seite darum, angewandte Forschung sowie Forschungs- und Technologietransfer an mehr als 30 Standorten zusätzlich in Bayern zu ermöglichen. Das ist zukunftsgerichtete Hochschul- und Wissenschaftspoli-

tik im Freistaat Bayern mit einem Investment im Doppelhaushalt unter Einbeziehung der Kulturausgaben von fast 7 Milliarden Euro.

Der Kulturstaat Bayern versteht diesen Verfassungsauftrag als Kern seiner Identität. Deswegen investiert der Freistaat Bayern knapp 600 Millionen Euro in Kultur, Kunst und Brauchtum. Wir unternehmen in Fortführung – Kollege Jörg hat dies angesprochen – des Kulturplanes große Anstrengungen, zum Beispiel mit den Leuchtturmprojekten, die wir weiterentwickeln, und mit dem neuen Museum für Bayerische Geschichte, für das im kommenden Mai der Spatenstich stattfindet und das dann errichtet wird. Wir werden mit der Weiterentwicklung des großen Zentrums der Erinnerung an die deutsche Teilung in Mödlareuth und mit vielen anderen Dingen ein Zeichen setzen. Wir haben entsprechende Förderprojekte für das, was wir Kultur im Lande und in der Breite nennen. Wir können dies bayernweit nachhaltig fördern. Wir können vor allem die erhöhten Ansätze fortschreiben. Das ist wichtig; damit sorgen wir für Planungssicherheit.

Lassen Sie mich am Ende den Kolleginnen und Kollegen der beiden Fachausschüsse, den Vorsitzenden, den Stellvertretern, den bildungspolitischen und den hochschulpolitischen Sprechern, allen Mitwirkenden herzlich für ein Jahr intensiver Arbeit danken. Ich selbst nehme die Aufgabe, den Kultur- und Kunststaat Bayern mit einem einheitlichen politischen Ansatz von der Grundschule bis zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu gestalten, also das, was Bayern im Innersten zusammenhält, als Kernaufgabe wahr. Ich möchte den Mitwirkenden im Haushaltsausschuss, den Berichterstattern und den Vorsitzenden herzlich danken, die diese Arbeit in den vergangenen Wochen und Monaten geleistet haben, an der Spitze Herrn Kollegen Winter, und bitte um Zustimmung zu diesen beiden für Bayerns Zukunft elementaren und wichtigen Haushalten.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Bitte bleiben Sie noch am Pult. Wir haben zwischenzeitlich drei Anmeldungen für Zwischenfragen. Die erste Zwischenfrage kommt von Herrn Kollegen Güll. Bitte schön.

Martin Güll (SPD): Sehr geehrter Herr Staatsminister, vielleicht ist Ihnen aufgefallen, dass bei Ihrer Rede ein gewaltiger Geräuschpegel war. In der Schule ist das meistens dann der Fall, wenn der Lehrer ziemlich uninteressante und wenig strukturierte Inhalte vermittelt.

(Beifall bei der SPD)

Aber zur Sache. Ich will nur einen einzigen Punkt herausgreifen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich bin mir ziemlich sicher, dass weder diese noch jene Seite irgendetwas behalten hat von dem, was Sie gesagt haben. Sie haben aber zu dem wichtigen Thema Inklusion etwas gesagt, das uns wirklich allen unter den Nägeln brennt. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, ich bin es langsam leid. Wir werden hier immer gelobt, dass wir so tolle interfraktionelle Sachen machen. Wir sind immer dann, wenn es um bildungspolitische Dinge geht, offensichtlich gemeinsam unterwegs. Wenn es aber um den Haushalt geht, dann tun Sie gerade, was Sie wollen. In der interfraktionellen Arbeitsgruppe ist mehrfach darauf hingewiesen worden, dass die Finanzierung, die im Moment läuft, überhaupt nicht geht. Wenn Sie in letzter Zeit nur einmal Zeitung gelesen hätten, dann hätten Sie den Aufschrei der Lehrkräfte, die diese Inklusion umsetzen müssen, wahrscheinlich mitbekommen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist ein Skandal, wie Bayern die Inklusion umsetzt.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Güll. Bitte schön, Herr Staatsminister!

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Ich verstehe das Hereinkommen von Kolleginnen und Kollegen, das logischerweise mit Geräusch verbunden ist, als Interesse an der Bildungspolitik. Aber das sieht wohl jeder anders.

(Heiterkeit bei der SPD)

Das Kultusministerium hält sich bei der Umsetzung der zusätzlich für Inklusion mit diesem Titel hinterlegten Stellen – 100 pro Kalenderjahr – exakt an die durch die interfraktionelle Arbeitsgruppe vorgegebene Verteilung. Ich habe Ihnen deutlich gesagt, dass wir im Bereich des Aufwuchses, etwa für mobile sonderpädagogische Dienste und andere Bereiche, in der Ausstattung der Förderschulen entsprechende Ausstattungen vorsehen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Güll (SPD))

Ich habe gesagt, dass wir das auch in den kommenden beiden Jahren tun werden und dass diese gemeinsame Anstrengung, Inklusion als eine gesellschaftliche und natürlich breite bildungspolitische Aufgabe zu begreifen, nötig ist. Insofern nehme ich selbstverständlich die Mahnungen, die Profis in diesem Bereich äußern, sehr ernst. Das ist letztlich auch Grundlage der Entscheidungen für diesen Doppelhaushalt, den die Mehrheitsfraktion, wie ich hoffe, verantwortlich für dieses Land auf den Weg bringen wird.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön. Eine weitere Zwischenbemerkung kommt von Herrn Kollegen Felbinger. Bitte schön.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Minister, Sie haben in bewährter Weise stakkatoartig einen Ritt durch die bayerische Bildungspolitik von der Grundschule, wo Sie ganz nebenbei kundgetan haben, dass Sie künftig die rechtlich unselbstständigen Grundschulen schließen wollen, bis hin zur Hochschule vollzogen, aber ohne wirklich konkrete Aussage. Ich kann verstehen, dass die Vielfalt der Themen das gar nicht zulässt. Aber in einem Punkt hätte ich mir schon etwas mehr Aus-

sage von Ihnen gewünscht. Als Schulminister wissen Sie, das Prinzip des Wiederholens ist ein durchaus probates Mittel in der Pädagogik, um vielleicht zum Ziel zu kommen

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Die Weiterentwicklung auch!)

und Inhalte zu verstärken. Nachdem der Kollege Waschler mir vorhin keine Antwort gegeben hat und mitgeteilt hat, dass man die Beschulung von Flüchtlingskindern beobachtet und im Auge behält, möchte ich von Ihnen wissen, da dieses Thema sehr dringlich ist und nicht darauf warten kann, bis wir irgendwelche Stellen bekommen haben: Welche konkreten Maßnahmen haben Sie denn für die Beschulung der Flüchtlingskinder vor? Sie haben gegenüber dem Präsidenten Wenzel vom BLLV kundgetan, dass Sie ein Notprogramm durchaus als sinnvoll erachten. Was können wir erwarten? Welche finanziellen Mittel stellen Sie jetzt den Kommunen zur Verfügung und nicht irgendwann?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön. Bitte schön, Herr Minister.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Jeder nimmt das wahr, was ihm gegeben ist. Ich habe Ihnen genau die Zahlen genannt, nämlich die Zahl 328 der zu Beginn des Schuljahres eingerichteten Übergangsklassen für das laufende Schuljahr, die inzwischen auf 340 erhöht worden ist, und

(Zuruf des Abgeordneten Günther Felbinger (FREIE WÄHLER))

die 180 Klassen, die wir mit dem vom mir beschriebenen Modell an den beruflichen Schulen haben. Es wird auch Ihnen inzwischen geläufig sein, dass das Schuljahr über die Grenze eines Kalenderjahres hinausgeht, sodass das, was ich in einem Schuljahr auf den Weg zu bringen habe, bis zum Ende des laufenden Schuljahres geht. Sie sehen, dass wir vom Beginn des laufenden Schuljahres an die Zahl der Übergangsklassen von 180 zum Ende des letzten Jahres auf um die 320 zu Beginn des laufen-

den Schuljahres erhöht haben. Wir haben sie zweitens mit einer Schülerzahl nicht bis zur üblichen Höchstgrenze ausgestattet, damit wir in der Fläche in der Lage sind, auf die zunehmende Schülerzahl nach Beginn des Schuljahres zu reagieren. Wir haben sie drittens im laufenden Schuljahr, wo normalerweise die Zuteilungen der Lehrkräfte schon geschehen sind, auf im Moment aktuell 340 erhöht. Sie sehen, dass wir im laufenden Schuljahr sehr wohl bedarfsorientiert vorgehen.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Nur mit der mobilen Reserve!)

Wir werden genau das tun und zusätzliche Mittel einzusetzen haben; das ist klar. Wir werden die entsprechenden Lehrkräfte zur Verfügung stellen, um für das kommende Schuljahr die zunehmende Zahl von Flüchtlingskindern und Kindern von Asylbewerbern an Bayerns Schulen beschulen zu können. Wir werden Ihnen das genau darlegen, wenn zum Ende des laufenden Schuljahres die Zahlen über die Klassenbildung zur Verfügung stehen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön. Eine weitere Zwischenbemerkung kommt von Frau Kollegin Bause. Bitte.

Margarete Bause (GRÜNE): Herr Minister Spaenle, Sie haben sich und die CSU-Fraktion in der letzten Stunde mit viel Eigenlob überschüttet,

(Zuruf von der CSU: Es gibt allen Grund dazu!)

was den Zuwachs im Bildungshaushalt insbesondere angeht. – Ich habe mir die Veränderung gegenüber dem letzten Doppelhaushalt 2014/2015 genau angeschaut. Da haben wir im Einzelplan 05 insgesamt 273 Millionen Euro zusätzlich. Von diesen 273 Millionen Euro gingen allein 254 Millionen Euro auf das Konto der zusätzlichen Versorgungsleistungen, also der Pensionen und der Beihilfe. Dann bleiben unterm Strich gerade einmal 18,5 Millionen Euro zusätzliche Mittel für die Schulen. Ich finde,

Sie sollten mit dem Eigenlob genauso sparsam umgehen, wie Sie das mit den zusätzlichen Mitteln für die Schulen tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Bause. Herr Minister, bitte.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Ich lege dar, was dem Haushaltsgesetzgeber, dem Hohen Haus, zum Erreichen wichtiger politischer Ziele im Bereich der schulischen Bildung und der Wissenschaft heute vorgeschlagen ist. Das sind Zahlen, die die Verhandlungen im Haushaltsausschuss erbracht haben.

Die wichtigste Quelle in der schulischen Bildung ist die Lehrkraft. Wenn wir die demografische Rendite im vollen Gegenwert von fast 2.200 Stellen in diesem Doppelhaushalt für neue zusätzliche Aufgaben an Bayerns Schulen zur Verfügung haben plus zusätzliche Mittel plus tarifgestützte Beschäftigungsmöglichkeiten, dann ist die Kernbotschaft, dass Bayern im Gegensatz zu Baden-Württemberg, das Tausende von Lehrerplanstellen herausnimmt, diese Lehrerplanstellen für Bayerns Schulen zur Verfügung stellt

(Beifall bei der CSU)

und damit dem Anspruch der Familien und jungen Menschen in diesem Land, hochqualifizierte Bildungsangebote wahrnehmen zu können, gerecht wird.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Staatsminister.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen nun zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über den Tagesordnungspunkt 6 abstimmen. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2015/2016, Einzelplan 05, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3769 mit 17/3779, 17/3801 mit 17/3812, 17/3970 mit 17/3975, 17/3980, 17/4005, 17/4038 mit 17/4058, 17/4075 und 17/4141 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/4429 zugrunde.

Vorweg lasse ich jetzt, wie von den Fraktionen der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, über die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3980, 17/4041 und 17/4058 in einfacher Form abstimmen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 17/3980 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das sind die Fraktion der FREIEN WÄHLER, die Fraktion der SPD und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte! – Das ist die Fraktion der CSU. Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 17/4041 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das sind wieder die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? – Das ist die Fraktion der CSU. Gibt es Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/4058 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das sind wieder die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen, bitte. – Das ist die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Der Einzelplan 05 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf der Drucksache 17/4429 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Die Abstimmung soll in namentlicher Form erfolgen. Abstimmungsgrundlage ist der Einzelplan 05 mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen.

Für die Stimmabgabe sind Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals und auf dem Stenografentisch bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Es stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 15.31 bis 15.36 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, die fünf Minuten sind vorbei. Ich schließe die Abstimmung.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich bitte Sie, die Plätze wieder einzunehmen, und bitte auch das Präsidium darum, sich wieder zu vervollständigen, damit wir fortfahren können.

Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Das Ergebnis gebe ich später bekannt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, die Plätze wieder einzunehmen, damit Sie genau hören können, welche Abstimmung wir als Nächstes durchführen.

Wir führen zwischenzeitlich die Abstimmung über den Einzelplan 15 durch, beraten im Tagesordnungspunkt 7. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2015/2016, Einzelplan 15, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3637 mit 17/3653, 17/3813 mit 17/3823, 17/3865 mit 17/3880, 17/3887, 17/3907, 17/3948 mit 17/3960, 17/4006, 17/4072 und 17/4135 mit 17/4138 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/4614 zugrunde.

Zunächst lasse ich, wie bereits zu Beginn der Beratungen angekündigt, über den Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 17/3821 in namentlicher Form abstimmen. Für die Stimmabgabe sind Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals und auf dem Stenografentisch bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Sie haben drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 15.38 bis 15.41 Uhr)

Meine Damen und Herren, die Stimmabgabe ist geschlossen. Ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich bitte alle, sich wieder hinzusetzen, weil wir jetzt noch weitere Abstimmungen durchzuführen haben. Die Zeit, die Sie jetzt noch stehen, meine Damen und Herren, müssen wir am Ende dranhängen. Es wäre deshalb besser, wenn Sie sich jetzt alle hinsetzen, damit wir mit den Abstimmungen fortfahren können. –

Wir führen zwischenzeitlich die von der SPD-Fraktion beantragte gesonderte Abstimmung in einfacher Form über den Änderungsantrag auf der Drucksache 17/3875 durch. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die Fraktion der CSU. Enthaltungen? – Fraktion der FREIEN WÄHLER. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Einzelplan 05 bekannt. Mit Ja haben gestimmt 90, mit Nein haben gestimmt 72, Stimmenthaltungen keine.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Damit ist der Einzelplan 05 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 6)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der CSU, die Fraktion der SPD und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen, bitte! – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist das so beschlossen. Damit ist Tagesordnungspunkt 6 erledigt.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 17/4429, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3803, 17/3970 mit 17/3975, 17/4005 und 17/4141 ihre Erledigung gefunden haben.

Ich komme nun zurück zum Einzelplan 15, Tagesordnungspunkt 7. Ich gebe das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag betreffend Zusätzliche Stellen für die Hochschule für angewandte Wissenschaften - Fachhochschule Landshut, Drucksache 17/3821 bekannt. Mit Ja haben gestimmt 54,

mit Nein haben gestimmt 88, Stimmenthaltungen 14. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Der Einzelplan 15 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit der in der Beschlussempfehlung auf der Drucksache 17/4614 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Die Abstimmung soll in namentlicher Form erfolgen.

Abstimmungsgrundlage ist der Einzelplan 15 mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen. Für die Stimmabgabe sind die Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaales und auf dem Stenografentisch bereit gestellt. Mit der Stimmabgabe kann nun begonnen werden. Es stehen wieder drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 15.47 bis 15.50 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die drei Minuten sind um. Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Das Ergebnis gebe ich später bekannt.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen, damit wir in der Tagesordnung fortfahren können.

(...)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich gehe zurück zum Tagesordnungspunkt 7 und gebe nun das Abstimmungsergebnis der namentlichen Abstimmung zum Einzelplan 15 bekannt: Mit Ja haben gestimmt 92, mit Nein haben gestimmt 69, Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Einzelplan 15 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 8)

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge zum Einzelplan 15, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 9)

Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen schlägt noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich nun um sein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Bei Enthaltung des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/4614 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3948 mit 17/3960, 17/4006 und 17/4135 mit 17/4138 ihre Erledigung gefunden haben. Die Beratung des Einzelplans 15 ist damit auch abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 10.12.2014 zu Tagesordnungspunkt 6: Haushaltsplan 2015/2016;
Einzelplan 05 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Bildung und Kultus,
Wissenschaft und Kunst - Bildung und Kultus - (Drucksache 17/4429)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Beißwenger Eric	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brückner Michael	X		
von Brunn Florian		X	
Brunner Helmut	X		
Celina Kerstin		X	
Dettenhöfer Petra	X		
Dorow Alex	X		
Dünkel Norbert	X		
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. Eiling-Hütig Ute	X		
Eisenreich Georg	X		
Fackler Wolfgang	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen		X	
Fehlner Martina		X	
Felbinger Günther		X	
Flierl Alexander	X		
Dr. Förster Linus			
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith	X		
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva		X	
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Haderthauer Christine			
Häusler Johann		X	
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.			
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Dr. Herz Leopold		X	
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes	X		
Hofmann Michael	X		
Holetschek Klaus	X		
Dr. Hopp Gerhard	X		
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Huber Martin	X		
Huber Thomas	X		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Kamm Christine			
Kaniber Michaela			
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro	X		
Knoblauch Günther		X	
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter		X	
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia	X		
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Neumeyer Martin	X		
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred	X		
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi		X	
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd	X		
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig	X		
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayer Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl		X	
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika		X	
Dr. Wengert Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta		X	
Wild Margit			
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	90	72	0

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 6

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 05:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martina Fehlner, Martin Güll u.a. SPD Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse für Medienkompetenzprojekte (Kap. 05 02 neuer Tit.)
Drs. 17/3769
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martin Güll, Isabell Zacharias u.a. SPD Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Jugendkunstschulen stärken (Kap. 05 04 Tit. 684 02)
Drs. 17/3770
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martin Güll, Dr. Paul Wengert u.a. SPD Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Ausbau der Ganztagschulen in Bayern (Kap. 05 04 TG 69)
Drs. 17/3771
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Diana Stachowitz u.a. SPD Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse für die Zusammenarbeit von Schule und Sportverein erhöhen (Kap. 05 04 Tit. 684 90)
Drs. 17/3772
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martin Güll, Stefan Schuster u.a. SPD Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Schulhausinterne Lehrerfortbildung stärken (Kap. 05 04 TG 95)
Drs. 17/3773
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martin Güll, Dr. Paul Wengert u.a. SPD Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Entlastung der Kommunen durch ein Sonderinvestitionsprogramm „Ganztag und Pädagogik“ (Kap. 05 04 neue TG)
Drs. 17/3774
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Klaus Adelt, Martin Güll u.a. SPD Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Deutsch-Deutsches Museum Mödlareuth (Kap. 05 05 Tit. 883 02)
Drs. 17/3775
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martin Güll, Reinhold Strobl u.a. SPD Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Institutionelle Förderung in der Erwachsenenbildung ausweiten (Kap. 05 05 TG 81)
Drs. 17/3776
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martin Güll, Angelika Weikert u.a. SPD Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Schulsozialarbeit (Kap. 05 12 bis 05 19 Tit. 428 01)
Drs. 17/3777
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martin Güll, Stefan Schuster u.a. SPD Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Rückholung von 773 Stellen aus der demografischen Rendite zum 1. August 2015 (Kap. 05 21 Tit. 422 01)
Drs. 17/3778
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martin Güll, Stefan Schuster u.a. SPD Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Qualitätsverbesserungen an allen Schularten (Kap. 05 21 Tit. 422 01 sowie Kap. 05 12 bis 05 19 Tit. 422 01)
Drs. 17/3779
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Mittel zur Unterstützung der kommunalen Bildungsregionen (Kap. 05 02 neuer Tit.)
Drs. 17/3801
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Existenzsichernde Mindestpauschale für private Grund- und Mittelschulen (Kap. 05 03 TG 60 - 62)

Drs. 17/3802

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Jugendkunstschulen
(Kap. 05 04 Tit. 684 02)
Drs. 17/3804

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Mittel für Ganztagschulen zur Entlastung der Kommunen
(Kap. 05 04 TG 69)
Drs. 17/3805

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Stellen für Förderlehreranwärter
(Kap. 05 12 Tit. 422 26)
Drs. 17/3806

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Übergangsmanagement
(Kap. 05 12 neuer Tit.)
Drs. 17/3807

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Rücknahme der Kürzung für Maßnahmen zur Intensivierung der Kooperation von Kindergarten und Grundschule
(Kap. 05 12 TG 52)
Drs. 17/3808

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Mittel für die Berufsorientierung an Mittelschulen
(Kap. 05 12 Tit. 427 60)
Drs. 17/3809

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zusätzliche Lehrerplanstellen an Grund- und Mittelschulen, Förderschulen, Berufsschulen, Fachoberschulen und Berufsoberschulen, Realschulen sowie Gymnasien
(Kap. 05 12, 05 13, 05 15, 05 17, 05 18 und 05 19 jeweils Tit. 422 01)
Drs. 17/3810

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zusätzliche Verwaltungsangestellte an Schulen
(Kap. 05 12 bis 05 19 Tit. 428 01)
Drs. 17/3811

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Schulsozialarbeit
(Kap. 05 12 bis 05 19)
Drs. 17/3812

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Notprogramm für Flüchtlingskinder an bayerischen Schulen
(Kap. 05 02 neuer Tit.)
Drs. 17/3980

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Unterrichtsangebote für Flüchtlinge und Asylbewerberinnen und -bewerber
(Kap. 05 03 neuer Tit.)
Drs. 17/4038
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Schulleitung und -verwaltung stärken
(Kap. 05 03 neuer Tit.)
Drs. 17/4039
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Lehrpersonalzuschüsse für kommunale Schulen erhöhen
(Kap. 05 03 Tit. 633 82, 637 82, 633 84 und 637 84)
Drs. 17/4040
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Claudia Stamm, Ludwig Hartmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Schulen inklusiv
(Kap. 05 03 neuer Tit.)
Drs. 17/4041
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zweitlehrkräfte für inklusiv arbeitende Schulen
(Kap. 05 03 neuer Tit.)
Drs. 17/4042
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Schulprofil Inklusion für Schulen in freier Trägerschaft
(Kap. 05 03 neue TG)
Drs. 17/4043
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Schulische Angebote zur Demokratieförderung
(Kap. 05 03 neue TG)
Drs. 17/4044
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Einführung neuer Schulmodelle
(Kap. 05 03 neue TG)
Drs. 17/4045
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Ganztagschulen eine Zukunft geben
(Kap. 05 04 TG 69)
Drs. 17/4046
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Lehrkräftefortbildung stärken
(Kap. 05 04 TG 95)
Drs. 17/4047
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Schulsozialarbeit
(Kap. 05 04 neue TG)
Drs. 17/4048
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Claudia Stamm, Ludwig Hartmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Schulbudget für externe Bildungsangebote - Prävention stärken
(Kap. 05 04 neue TG)
Drs. 17/4049

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Mittel für Erwachsenenbildung stärken
(Kap. 05 05 Tit. 684 81)
Drs. 17/4050
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Sonderprogramm Schule digital
(Kap. 05 neue TG)
Drs. 17/4051
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Integrationsförderung
(Kap. 05 neue TG)
Drs. 17/4052
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Reform der Schulverwaltung
(Kap. 05 11 Tit. 422 01 und 428 01)
Drs. 17/4053
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Kooperation Kindergarten – Grundschule nachhaltig fördern
(Kap. 05 12 Tit. 422 01)
Drs. 17/4054
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Mehr Schulpsychologinnen und -psychologen
(Kap. 05 12 Tit. 422 01)
Drs. 17/4055
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhalt und Qualitätsverbesserung kleiner Grundschulstandorte
(Kap. 05 12 Tit. 422 01)
Drs. 17/4056
43. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Unterrichtsversorgung plus – Lehrerreserve aufbauen
(Kap. 05 12, Kap. 05 13, Kap. 05 17, Kap. 05 18 und Kap. 05 19 jeweils neuer Tit.)
Drs. 17/4057
44. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Mehr Berufsschullehrerinnen und -lehrer
(Kap. 05 15 Tit. 422 01)
Drs. 17/4058
45. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Bestand des Landesmediendienstes Bayern e.V. sichern
(Kap. 05 05 neuer Tit.)
Drs. 17/4075

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 10.12.2014 zu Tagesordnungspunkt 7: Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Jutta Widmann u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Haushaltsplan 2015/2016; hier: Zusätzliche Stellen für die Hochschule für angewandte Wissenschaften - Fachhochschule Landshut (Kap. 15 38 Tit. 422 01 und 428 01 und TG 78) (Drucksache 17/3821)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete			X
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut		X	
Celina Kerstin			X
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus			X
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas			X
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			X
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine			
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.			
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael			
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine			
Kaniber Michaela			
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			X
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian			X
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen			X
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			X
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten			
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			X
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Gesamtsumme	54	88	14

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 10.12.2014 zu Tagesordnungspunkt 7: Haushaltsplan 2015/2016;
Einzelplan 15 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Bildung und Kultus,
Wissenschaft und Kunst - Wissenschaft und Kunst - (Drucksache 17/4614)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Beißwenger Eric	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brückner Michael	X		
von Brunn Florian		X	
Brunner Helmut	X		
Celina Kerstin		X	
Dettenhöfer Petra	X		
Dorow Alex	X		
Dünkel Norbert	X		
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. Eiling-Hütig Ute	X		
Eisenreich Georg	X		
Fackler Wolfgang	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen		X	
Fehlner Martina		X	
Felbinger Günther		X	
Flierl Alexander	X		
Dr. Förster Linus			
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith	X		
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva		X	
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Haderthauer Christine			
Häusler Johann		X	
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.			
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Dr. Herz Leopold		X	
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes	X		
Hofmann Michael	X		
Holetschek Klaus	X		
Dr. Hopp Gerhard	X		
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Huber Martin	X		
Huber Thomas	X		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Kamm Christine			
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro	X		
Knoblauch Günther		X	
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate	X		
Meyer Peter		X	
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia	X		
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Neumeyer Martin	X		
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred	X		
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi		X	
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd	X		
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig	X		
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayer Simone		X	
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl		X	
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika		X	
Dr. Wengert Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta		X	
Wild Margit			
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	92	69	0

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 7

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 15:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: aviso: Zeitschrift für Wissenschaft & Kunst in Bayern einstellen
(Kap. 15 02 Tit. 531 11)
Drs. 17/3637
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Inklusive Studienbedingungen an allen Hochschulen verwirklichen
(Kap. 15 02 TG 74)
Drs. 17/3638
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Englischsprachige Ausgabe der historisch-kritischen Edition von "Mein Kampf"
(Kap. 15 03 neuer Tit.)
Drs. 17/3639
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Streichung des Zuschusses an die Internationale Herrenchiemsee Festspiele gGmbH
(Kap. 15 05 Tit. 686 03)
Drs. 17/3640
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhöhung der Mittel für private Musikschulen und freiberufliche Musikpädagoginnen und Musikpädagogen
(Kap. 15 05 Tit. 686 05)
Drs. 17/3641
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Keine Kürzung des Kulturfonds
(Kap. 15 05 TG 69 – 70)
Drs. 17/3642
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung des künstlerischen Nachwuchses aufstocken
(Kap. 15 05; Tit. 686 76)
Drs. 17/3643
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: STADTKULTUR Netzwerk Bayerischer Städte e.V. dauerhaft fördern
(Kap. 15 05 neue TG)
Drs. 17/3644
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Studierendenwerke stärken
(Kap. 15 06 Tit. 686 05)
Drs. 17/3645
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Ersatzmethoden zu Tierversuchen: Forschungsförderprogramm auflegen
(Kap. 15 06 neue TG)
Drs. 17/3646
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Kein Einkauf von Versuchstieren
(Kap. 15 09 Tit. 532 81)
Drs. 17/3647

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Keine Planung zur Errichtung eines Forschungsgebäudes für ein interdisziplinäres Zentrum für nanostrukturierte Filme
(Kap. 15 19 Anlage S Tit. 732 51)
Drs. 17/3648
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Stärkung der Forschung an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften
(Kap. 15 49 TG 78)
Drs. 17/3649
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Interdisziplinäre Forschung für Klimaverträglichkeit und Nachhaltigkeit – Wettbewerb für ein Interdisziplinäres Transformations- bzw. Nachhaltigkeitsforschungszentrum
(Kap. 15 49 neue TG)
Drs. 17/3650
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verbesserung der Situation der Lehrbeauftragten an den bayerischen Musikhochschulen
(Kap. 15 59, 15 62 und 15 63, jeweils Tit. 428 01 und 427 73)
Drs. 17/3651
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: 1 Stelle für Provenienzforschung in der Landestelle für die nichtstaatlichen Museen
(Kap. 15 74 Tit. 428 01)
Drs. 17/3652
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: 1 Stelle für Provenienzforschung im Zentralinstitut für Kunstgeschichte
(Kap. 15 75 Tit. 428 01)
Drs. 17/3653
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zusätzliche BAföG-Mittel in die Hochschulen investieren:
Aufstockung der Grundfinanzierung und des Studienplatz-Ausbauprogramms
(Kap. 15 06 TG 86 und neue TG)
Drs. 17/4072
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Kostenreduzierung der Zeitschrift „aviso“
(Kap. 15 02 Tit. 531 11)
Drs. 17/3813

- | | |
|--|---|
| <p>20. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Anschubfinanzierung für Stiftung „Kulturerbe Bayern“
(Kap. 15 05 neuer Tit.)
Drs. 17/3814</p> <p>21. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Fördermittel für spartenübergreifende Kulturprojekte
(Kap. 15 05 neuer Tit.)
Drs. 17/3815</p> <p>22. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung des Netzwerks Bayerischer Städte STADTKULTUR
(Kap. 15 05 neuer Tit.)
Drs. 17/3816</p> <p>23. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Sing- und Musikschulen
(Kap. 15 05 Tit. 633 80)
Drs. 17/3817</p> <p>24. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhöhung der Mittel für Studierendenvertretungen
(Kap. 15 06 Tit. 459 77)
Drs. 17/3818</p> <p>25. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung Lehrstühle Allgemeinmedizin Bayern
(Kap. 15 18 Tit. 682 01,
Kap. 15 22 Tit. 682 01)
Drs. 17/3819</p> | <p>26. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Stärkung des wissenschaftlichen Mittelbaus an Universitäten
(Kap. 15 28 TG 73 neuer Tit.)
Drs. 17/3820</p> <p>27. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Jutta Widmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zusätzliche Stellen für die Hochschule für angewandte Wissenschaften – Fachhochschule Landshut
(Kap. 15 38 Tit. 422 01 und 428 01 und TG 78)
Drs. 17/3821</p> <p>28. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Stärkung des wissenschaftlichen Mittelbaus an Hochschulen für angewandte Wissenschaften bzw. Technischen Hochschulen
(Kap. 15 49 TG 73 neuer Tit.)
Drs. 17/3822</p> <p>29. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Technologiecampus Ansbach
(Kap. 15 34 Anlage S)
Drs. 17/3823</p> <p>30. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Bedarfsgerechte Finanzausstattung für das Glasmuseum Frauenau
(Kap. 15 70 Tit. 429 81, 517 81, 531 81, 536 81, 546 81 und 812 81)
Drs. 17/3887</p> |
|--|---|

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre
(Kap. 15 03 Tit. 427 90)
Drs. 17/3865
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Private Musikinstitute und freiberufliche Musikpädagogen
(Kap. 15 05 Tit. 686 05)
Drs. 17/3866
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse an nichtstaatliche Orchester
(Kap. 15 05 Tit. 685 75)
Drs. 17/3867
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung der Sing- und Musikschulen
(Kap. 15 05 Tit. 633 80)
Drs. 17/3868
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung des öffentlichen Bibliothekswesens
(Kap. 15 05 TG 91)
Drs. 17/3869
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Landesvereinigung Kulturelle Bildung Bayern e.V.
(Kap. 15 05 neue TG)
Drs. 17/3870
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: STADTKULTUR Netzwerk Bayerischer Städte e.V.
(Kap. 15 05 neue TG)
Drs. 17/3871
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse an die bayerischen Studentwerke
(Kap. 15 06 Tit. 686 05)
Drs. 17/3872
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Wissenschaftsoffensive für Bayern: Koordinierungsstelle Genderforschung in Bayern
(Kap. 15 07 neue TG)
Drs. 17/3873
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Isabell Zacharias u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Sanierung von Gebäuden der Universität Erlangen-Nürnberg
(Kap. 15 19 Anlage S neuer Tit.)
Drs. 17/3874
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: 1.000 zusätzliche volle Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Universitäten
(Kap. 15 28 Tit. 428 01)
Drs. 17/3875

- | | |
|---|--|
| <p>42. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verstärkungsmittel zur Förderung der wissenschaftlichen Lehre und Forschung an Universitäten
(Kap. 15 28 TG 73)
Drs. 17/3876</p> <p>43. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verstärkungsmittel zur Förderung der Lehre und der anwendungsbezogenen Forschung an Hochschulen für angewandte Wissenschaften
(Kap. 15 49 TG 73)
Drs. 17/3877</p> <p>44. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Stellen für Provenienzforschung bei den Bayerischen Staatsgemäldesammlungen
(Kap. 15 70 Tit. 422 01)
Drs. 17/3878</p> | <p>45. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Reinhold Strobl, Isabell Zacharias u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhaltung und Sicherung von Bodendenkmälern
(Kap. 15 74 TG 74 und neuer Tit.)
Drs. 17/3879</p> <p>46. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Reinhold Strobl, Isabell Zacharias u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Kunst- und Geschichtsdenkmäler
(Kap. 15 74 TG 75)
Drs. 17/3880</p> <p>47. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Ausgaben für Studierendenvertretungen
(Kap. 15 06 Tit. 459 77)
Drs. 17/3907</p> |
|---|--|

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Heinrich Rudrof

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Franz Schindler

Abg. Florian Streibl

Abg. Dr. Sepp Dürr

Abg. Petra Guttenberger

Abg. Dr. Herbert Kränzlein

Staatsminister Prof. Dr. Winfried Bausback

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Haushaltsplan 2015/2016

Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 17/3707 mit 17/3709)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 17/3736 mit 17/3756)

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 17/3702 mit 17/3706, 17/3729 und 17/3864)

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 17/3613 mit 17/3616)

Im Ältestenrat wurde eine Aussprachezeit von einer Stunde und 30 Minuten vereinbart. Die Redezeiten für die einzelnen Fraktionen sind bekannt. Bevor ich die Aussprache eröffne, darf ich bekannt geben, dass die CSU-Fraktion für die Schlussabstimmung wiederum namentliche Abstimmung beantragt hat. Jetzt darf ich die Aussprache eröffnen und erteile als Erstem Herrn Kollegen Rudrof für die CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Heinrich Rudrof (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Bevor der Einzelplan 04 hier ins Plenum kommen konnte, haben wir uns mit ihm im Haushaltsausschuss, wie ich denke, konstruktiv und intensiv auseinandergesetzt. Dafür danke ich allen Kolleginnen und Kollegen, auch denen im Fachausschuss, ganz besonders. Ich danke aber auch Herrn Staatsminister Professor Dr. Winfried Bausback, weil er alles, wirklich alles einsetzt, damit die Justiz ihren Auftrag gegenüber der Gesellschaft, den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land und der Wirtschaft erfüllt. Herzlichen Dank, Herr Minister.

(Beifall bei der CSU)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, eine funktionierende Justiz ist von elementarer Bedeutung für Rechtsfrieden, Rechtssicherheit, Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat sowie natürlich auch für den Wirtschaftsstandort Bayern.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich meine, dem trägt der Justizhaushalt in wirklich vollem Umfang Rechnung. Die Eckpunkte zeigen, dass wir erhebliche Mittel aufwenden, um auch künftig eine schnell und auf hohem Niveau arbeitende Justiz zu gewährleisten. Das kann man allein daran erkennen, dass sich die Gesamtausgaben des Justizhaushalts im Jahr 2015 um 51,8 und im Jahr 2016 um weitere 51,5 Millionen Euro auf dann 2,2 Milliarden Euro erhöhen. Im Vergleich zum Jahr 2012 – das ist noch nicht lange her –, in dem das Volumen des Justizhaushalts noch circa 1,8 Milliarden Euro betragen hat, ist das eine mehr als beachtliche Steigerung.

Dabei ist der Justizhaushalt zwar ein relativ kleiner, aber auch ein besonderer Haushalt – klein, weil er, gemessen am Gesamthaushalt, nur etwas mehr als 4 % ausmacht, besonders, weil fast die Hälfte seiner Ausgaben – über 1 Milliarde Euro – aus Gebühren, Geldstrafen, Geldbußen und Verwarnungsgeldern eingenommen wird. Die Einnahmen-/Kosten-Deckung, wenn Sie so wollen, wird im Jahr 2015 fast 58 % betragen. Das ist wohl unter den Einzelplänen einmalig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wichtige Verbesserungen gibt es im personellen Bereich. Hier möchte ich die bemerkenswerte Tatsache hervorheben, dass die Justiz insgesamt 350 neue Stellen erhält. Ich kann mich nicht erinnern, dass es – zumindest in dem Zeitraum, den ich überblicken kann – in einem Justiz-Doppelhaushalt schon einmal einen solchen Stellenzuwachs gegeben hat. Schon im Regierungsentwurf waren 150 neue Planstellen enthalten. Davon entfallen 117 auf den Justizvollzugsdienst und 33 auf den Rechtspflegerbereich sowie auf die Neueinführung des elektronischen Rechtsverkehrs.

Darüber hinaus erhält die Justiz 100 Anwärterstellen für Justizfachwirte. Ich meine, das ist ein Signal an alle jungen Menschen, das zeigt, dass es im Bereich der bayerischen Justiz durchaus interessante berufliche Perspektiven gibt. Über die Nachschubliste werden schließlich dank des persönlichen Einsatzes unseres Ministerpräsidenten – schade, dass er heute nicht da ist; aber an dieser Stelle ein herzlicher Dank an ihn – 100 weitere Stellen geschaffen, die dem Bereich der Strafgerichtsbarkeit zugute kommen sollen. Hierunter fallen 55 neue Stellen für Richter und 20 für Staatsanwälte. Damit können neue Strafkammern und ein neuer Strafschutzsenat geschaffen werden. Auch wenn die Opposition das sicherlich anders sieht, meinen wir, dass die Verbesserungen im Stellenplan ein großer Erfolg sind.

(Beifall bei der CSU)

Natürlich könnte der personelle Bereich – hier wende ich mich an die Opposition – noch ein Mehr vertragen. Aber auch das Justizressort muss sich der Gesamtverantwortung für den Doppelhaushalt stellen, und ich füge hinzu: Das Justizministerium tut dies auch.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Sachhaushalt nur einige Punkte in aller Kürze, die mir besonders wichtig sind. Ich möchte erwähnen, dass die Mittel für das Projekt e-justice, also elektronische Akten, im Jahr 2015 um 2 Millionen Euro und im Jahr 2016 um 4 Millionen Euro erhöht werden. Damit wird die Justiz in die Lage versetzt, mit der Zeit zu gehen, eine moderne Arbeitsumgebung zu bieten und zugleich nachdrückliche Forderungen der Anwaltschaft zu erfüllen.

Im Bereich des Strafrechts sind bekanntlich Präventionsprojekte sehr wichtig, damit Verbrechen erst gar nicht geschehen. Deshalb ist es zu begrüßen, dass die Anmeldungen zum Projekt "Kein Täter werden" und zu den Fachambulanzen für Sexual- und Gewaltstraftäter vollständig veranschlagt wurden. Weil das Folgende immer wieder ein Thema war, möchte ich es der Vollständigkeit halber kurz erwähnen: Der Ansatz für Forschungsaufgaben wurde auf 245.000 Euro pro Jahr aufgestockt. Das bedeutet

auch, dass die weitere Finanzierung der Taskforce "Schwabinger Kunstfund" gesichert ist. Zu ihrer Finanzierung tragen auch Bundesmittel bei.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, erfreulicherweise wird der Freistaat für die in der Justiz Beschäftigten die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern. Dafür wurde ein neuer Zuschusstitel geschaffen, mit dem insbesondere Ferienbetreuungsprojekte bezuschusst werden können. Unsere Justiz ist also durchaus familienfreundlich, was ihre Bediensteten betrifft.

Ich komme zu den Baumaßnahmen, die Gerichte, Staatsanwaltschaften sowie Justizvollzugsanstalten betreffen. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, in allen Bereichen werden die Mittel für Bauunterhalt und kleine Baumaßnahmen deutlich angehoben. In den Ansätzen sind auch Mittel in Höhe von rund 5,2 Millionen Euro enthalten, die speziell für die Verbesserung der Barrierefreiheit in den Justizgebäuden vorgesehen sind. Davon gehen 3 Millionen Euro auf eine Initiative der CSU-Fraktion zurück. Sie stockte durch ihre Initiative den Justizhaushalt um insgesamt 7,2 Millionen Euro auf. Herzlichen Dank allen Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der CSU)

In diesem Zusammenhang sage ich der Kollegin Petra Guttenberger, unserer Arbeitskreisleiterin, einen herzlichen Dank für ihr engagiertes Eintreten. Das gilt auch für den Haushaltsausschussvorsitzenden Peter Winter. Euch beiden besonders herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zu den Baumaßnahmen zurück. Die Hochbaumaßnahmen betreffend Anlage S werden mit 78 Millionen Euro im Jahr 2015 und 79 Millionen Euro im Jahr 2016 dotiert. Damit können sämtliche laufenden Baumaßnahmen bei Gerichten, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsanstalten bayernweit bedarfsgerecht finanziert werden.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, all das zeigt, dass die bayerische Justiz in den kommenden beiden Jahren in fast allen Bereichen mit höheren finanziellen Mitteln planen und arbeiten kann. Das bedeutet auch, unsere Justiz ist für die kommenden beiden Jahre finanziell sehr gut aufgestellt. Das ist gut so; denn ein intakter Rechtsstaat braucht gute Rahmenbedingungen für eine moderne und leistungsfähige Justiz, die unsere Bürgerinnen und Bürger zu Recht von uns als Gesetzgeber erwarten.

Lassen Sie mich zum Schluss unserer Justiz für ihre Arbeit danken. Ich danke unseren Richtern, Beamten und Herrn Minister Professor Winfried Bausback an der Spitze des Hauses ganz herzlich. Wir alle sollten das so sehen und unserer Justiz für ihre schwere Arbeit Rückendeckung geben. Wie und wann? – Am besten heute durch Zustimmung zum Haushalt 2015/2016.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als nächster Redner hat der Kollege Franz Schindler von der SPD das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Franz Schindler (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Rudrof, wo leben Sie denn eigentlich, wenn Sie alles so positiv darstellen?

(Unruhe bei der CSU)

Haben Sie nicht die vielen Eingaben und Beschwerden zur Kenntnis genommen, die sich zum Beispiel auf die Personalsituation in manchen Justizvollzugsanstalten bezogen haben und den Umstand betrafen, dass 41 Gefangene aus der Untersuchungshaft entlassen werden mussten, weil unsere Strafgerichte überlastet waren? – Ich glaube nicht, dass die Darstellung, die Sie hier vorgebracht haben, mit der Realität in Übereinstimmung zu bringen ist.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, leider ist es in der knappen Redezeit nicht möglich, die Situation der bayerischen Justiz und des Justizvollzugs sowie den Justizhaushalt 2015/2016 in angemessener Weise zu beschreiben und zu bewerten. Deshalb nur folgende wenige Anmerkungen:

Erstens. Die Justiz ist nicht irgendein Teil der Staatsverwaltung, sondern die dritte Gewalt, und sie ist systemrelevant im besten Sinne. Schon deshalb muss jeder Haushalts- und Stellenplan für die Justiz anderen Maßstäben genügen als die Haushalte anderer Ministerien.

Zweitens. Aufgabe der Justiz ist es, den Bürgerinnen und Bürgern, aber auch den Handwerksbetrieben und den multinationalen Konzernen zu ihrem Recht zu verhelfen, ihnen Rechtssicherheit im Grundbuch, im Handelsregister oder im Erbrecht zu verschaffen, gegen Verdächtige zu ermitteln, Verfahren einzustellen oder Anklage zu erheben und dann Angeklagte entweder schuldig oder freizusprechen.

Drittens. Bei der Erfüllung ihrer Aufgabe und bei den jeden Tag zu treffenden Entscheidungen, was Recht ist und was nicht, ist die Justiz unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. In einem entwickelten Rechtsstaat dürfen nur Gerichte über Gerichte entscheiden, nicht aber Politiker und auch nicht Journalisten. Angesichts unserer Geschichte ist es bedauerlich, immer wieder daran erinnern zu müssen.

Viertens. Meine Damen und Herren, Wesensmerkmal unserer freiheitlichen Verfassung ist die Unabhängigkeit der Richter, die jedoch kein Freibrief für Willkür sein darf und keine gottähnliche Unantastbarkeit gewährt. Eine unabhängige und nur dem Gesetz unterworfenen Justiz muss deshalb transparent sein und erklären, warum eine Frage so und nicht anders entschieden worden ist. Sie muss auch bereit sein, Kritik der Öffentlichkeit zu akzeptieren. Sie darf gelegentlich aber auch gelobt werden. Ich will das tun und dem für das NSU-Verfahren zuständigen Senat am Oberlandesgericht

München ausdrücklich für das intensive Bemühen danken, die Wahrheit ans Licht zu bringen, auch wenn nicht alle Erwartungen erfüllt werden können.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Kritik an Entscheidungen von Staatsanwaltschaften und Gerichten nimmt allerdings gefühlt ständig zu. Zum Beispiel versteigt sich ein ehemaliger Bundesminister dazu, ein Buch zu schreiben, in dem er der Justiz pauschal vorwirft, sich zu überschätzen und systematisch willkürlich zu entscheiden.

Die richtige Ausübung und der richtige Gebrauch der richterlichen Unabhängigkeit setzen starke Richterpersönlichkeiten voraus. Idealerweise müsste vor der Ernennung eines Richters nicht nur auf die Noten in den Staatsexamen gesehen werden, wie es zum Beispiel bei dem Richter in Lichtenfels der Fall war, sondern auch darauf, ob er oder sie neben hervorragenden Rechtskenntnissen auch über sonstige Kompetenzen für die Ausübung des Richterberufs verfügt. Die Anstellung ausschließlich nach der Note ist zwar sicher nicht das schlechteste Verfahren, aber gewiss auch nicht das beste.

Das System der Elitenbildung von Richtern und Staatsanwälten in der Justiz ist völlig intransparent und reformbedürftig. Wir treten deshalb weiterhin für mehr Mitbestimmungsrechte der Richter- und Staatsanwaltsräte und, dem Beispiel anderer Länder folgend, für die Einrichtung von Richterwahlausschüssen ein.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Staatsanwaltschaften und Gerichte können ihren Arbeitsumfang nicht selbst bestimmen, sondern müssen erledigen, was auf den Tisch kommt. Das wird wegen der zunehmenden Komplexität von Gesetzen und neuen Vorschriften und auch deshalb, weil heutzutage jeder rechtsschutzversichert ist, immer mehr. Da die Gerichte verpflichtet sind, Recht zu gewähren, sind der Gesetzgeber und die Justizverwaltung aber auch verpflichtet, für die hierfür erforderliche sachliche und

personelle Ausstattung zu sorgen. Das gilt nicht nur, aber insbesondere in Strafsachen. Das Bundesverfassungsgericht hat erst vor Kurzem in einem Beschluss zu einer Verfassungsbeschwerde gegen die Aufrechterhaltung von Untersuchungshaft in dankenswerter Deutlichkeit ausgedrückt, dass die Überlastung eines Gerichts in den Verantwortungsbereich der staatlich verfassten Gemeinschaft fällt, und wörtlich: Dem Beschuldigten darf nicht zugemutet werden, eine Aufrechterhaltung des Haftbefehls nur deshalb in Kauf zu nehmen, weil der Staat es versäumt, seiner Pflicht zur verfassungsgemäßen Ausstattung der Gerichte zu genügen.

Meine Damen und Herren, dass es mittlerweile sogar ein Gesetz über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren gibt, spricht Bände. Das, lieber Herr Kollege Rudrof, und nicht das Bemühen, die Versäumnisse der vielen letzten Jahre auszugleichen, muss der Maßstab für den Justizhaushalt sein.

Nun einige konkrete Anmerkungen zum Haushalt. - Trotz der Schaffung neuer Stellen für Richter und Staatsanwälte im Doppelhaushalt 2013/2014 haben auf der Grundlage des amtlichen Berechnungssystems zum Ende des Jahres 2013 eben immer noch 418 Stellen gefehlt. Wir anerkennen, dass auch im vorliegenden Haushalt neue Stellen für Richter und Staatsanwälte vorgesehen sind, und freuen uns, dass wenigstens ein Teil der von uns seit Jahren fast schon rituell immer wieder geforderten Stellen nun geschaffen wird, prophezeien aber auch, dass damit die Not nur gelindert, nicht aber beseitigt wird. Auch nach Anstellung von 75 weiteren Richtern und Staatsanwälten wird es in den Staatsanwaltschaften und an den Gerichten nicht gemütlich zugehen. Man kann nur hoffen, dass nicht weiterhin Haftbefehle wegen überlanger Verfahrensdauer aufgehoben werden müssen, wie dies in der Zeit von Januar 2011 bis August 2014 in insgesamt 41 Fällen geschah.

Im Übrigen geht es nicht nur um neue Stellen, sondern auch um die Bezahlung der Richter und Staatsanwälte. Leider ist es so gekommen, dass auch Richter und Staatsanwälte nicht mehr bundesweit einheitlich bezahlt werden, weswegen wir eine Ausei-

nanderentwicklung zwischen reichen und armen Bundesländern erleben. Anerkannt wird, dass das Eingangsgehalt eines bayerischen Richters höher ist als in den meisten anderen Bundesländern. Dennoch können wir gespannt sein, wie das Bundesverfassungsgericht mit den Vorlagenbeschwerden einiger Verwaltungsgerichte genau zu dieser Frage umgehen wird, zumal es Realität ist, dass Richter in Deutschland im europäischen Vergleich eigentlich arme Schlucker sind und ein Berufsanfänger weniger als das Durchschnittseinkommen aller Berufstätigen verdient.

Es geht aber nicht nur um Richter und Staatsanwälte. Wir brauchen an den Gerichten auch Rechtspfleger, Urkundsbeamte, Justizfachkräfte, Wachtmeister und Bewährungshelfer, und wir brauchen Gerichtsvollzieher. Es entspricht unseren langjährigen Forderungen und ist gut, wenn mit diesem Haushalt neue Stellen für Rechtspfleger und Justizsekretärsanwärter geschaffen und Stellen gehoben werden.

Meine Damen und Herren, zum Justizvollzug kann ich nur anmerken, dass die Stellen, die nun geschaffen werden, dringend erforderlich sind. Sie alle kennen die Beschwerden über die vielen Krankheitstage, über die Überstunden und und und. Mehr kann ich dazu nicht sagen. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte aber auch die Gelegenheit nutzen, den vielen Mitarbeitern an den Gerichten und den Staatsanwaltschaften sowie in den Justizvollzugsanstalten ganz herzlich für ihre Arbeit zu danken.

(Beifall bei der SPD)

Ihnen ist es zu verdanken, dass die bayerische Justiz trotz gelegentlich beißender Kritik insgesamt ein hohes Ansehen genießt und dass ausweislich einer Befragung, die zwar schon einige Jahre zurückliegt, aber wohl immer noch gilt, fast 70 % der Bürgerinnen und Bürger, fast 80 % der Rechtsanwälte und immerhin fast 50 % der Unternehmen mit der bayerischen Justiz sehr oder zumindest eher zufrieden als unzufrieden sind.

Die Zeit reicht leider nicht aus, um auch auf rechtspolitische Themen vertieft einzugehen. Zum Beispiel müsste über den Stand der Reformierung der Paragraphen 62, 63 ff. des Strafgesetzbuches geredet werden sowie darüber, dass trotz aller Ankündigungen bis heute kein Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein Maßregelvollzugsgesetz vorliegt. Ich weiß, dass hierfür nicht das Justizministerium verantwortlich ist; dennoch besteht aber die dringende Aufgabe, einen solchen Entwurf in nächster Zeit vorzulegen.

Es müsste auch darüber geredet werden, wie die erkennbaren und bereits vorhandenen Schwierigkeiten bei der Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs überwunden werden können und wie im Übrigen auch der Tendenz zum Ausbau einer privaten Schiedsgerichtsbarkeit begegnet werden kann. Wir haben bereits eine Parallel-, um nicht zu sagen Schattenjustiz – nicht so sehr in dem Bereich, wo man sie vermutet, im Bereich des Islamismus, sondern im Bereich der Wirtschaft –, die den hohen Ansprüchen an Transparenz, Unabhängigkeit und Öffentlichkeit keineswegs genügt.

Man müsste auch darüber reden, wie die Rückgabe von Raubkunst erleichtert werden und wie dafür gesorgt werden kann, dass die Qualität von gerichtlich erhaltenen Gutachten insbesondere in Familiensachen, aber auch in Strafsachen – ich erinnere an die vielen Verfahren, über die wir diskutiert haben – erhöht werden kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich gebe zu: Der neue Staatsminister hat sich bemüht. Er hat eine große Aufgabe. Er muss die Versäumnisse vieler Jahre aufholen. Er hat sich bemüht. Wie Sie aber alle wissen, genügt das nicht für ein Prädikatsexamen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. - Als Nächster hat Kollege Florian Streibl für die FREIEN WÄHLER das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Beschäftigten der bayerischen Justiz leisten eine hervorragende Arbeit, trotz schwieriger und schwierigster Arbeitsbedingungen und hoher und höchster Arbeitsbelastung. Deshalb an dieser Stelle zuerst einmal Dank an alle, die sich um die Rechtspflege im Freistaat Bayern verdient machen, die einen Dienst leisten. Danke von uns allen für das, was Sie für unsere Heimat leisten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, wir sind erfreut, dass im Entwurf zum Doppelhaushalt 350 neue Stellen vorgesehen sind. Außerdem begrüßen wir es außerordentlich, dass die langjährige Forderung nach einer Angleichung der Gitterzulage erfüllt wird. Es ist wichtig, dass wir im öffentlichen Dienst und gerade in der Justiz attraktiv bleiben; denn wir stehen im Wettbewerb mit der privaten Wirtschaft. Gerade in der Justiz und im öffentlichen Dienst wollen wir eigentlich die Besten haben. Deswegen brauchen wir ein Mehr an Attraktivität, damit wir die besten Personen bekommen. Diesen Weg müssen wir konsequent weitergehen. – Ich stelle das Lob an den Anfang, da die Justiz in den letzten Jahren von der Staatsregierung stiefmütterlich behandelt worden ist, sei es durch die Auflösung der Zweigstellen bei den Amtsgerichten, sei es durch den kaum vorhandenen Personalzuwachs, der, Herr Minister, unter ihrer Vorgängerin leider gängige Praxis war – und das, obwohl es sich bei der Justiz um die dritte Säule der staatlichen Gewalt handelt. Deswegen gibt es auch großen Mangel an Sachmitteln, der mit dem Personalmangel einhergeht.

Natürlich trägt auch das Justizressort eine Gesamtverantwortung für den Haushalt. Hier muss man aber anmerken, dass sich die Justiz zu einem großen Teil selbst finanziert. Herr Minister, Sie haben im Haushaltsausschuss gesagt, dass die Justiz jeden zweiten Euro selbst einnimmt. Deswegen wäre es nur recht und billig gewesen, wenn die Justiz im Staatshaushalt die notwendige Unterstützung, die sie aufgrund ihrer Ausgaben braucht, in einem entsprechenden Umfang bekommen hätte. Das hätte sich im Doppelhaushalt zugunsten der Justiz widerspiegeln müssen. Auch wenn die Justiz

durch die Umbesetzung an der Spitze des Ministeriums jetzt offensichtlich besser vertreten ist, ist sie immer noch verbesserungswürdig und verbesserungsfähig. Dies gilt gerade beim Personal; denn die Personaldecke in der bayerischen Justiz ist auf Kante genäht. Der Justiz kommt eine Kernaufgabe in unserer Gesellschaft zu. Deswegen darf hier letztlich nicht gespart werden.

Meine Damen und Herren, unsere Anfragen, gerade in Bezug auf den Justizvollzug haben gezeigt, dass ein sehr gravierender Mangel vorherrscht. Zwar ist es gut, wenn jetzt 117 neue Stellen im Vollzugsdienst kommen und gerade auch für die neue JVA Augsburg-Gablingen vorgesehen sind. Diese Stellen allein reichen aber nicht aus. Wir haben in diesem Bereich 120 Überstunden pro Mitarbeiter. Das ist extrem hoch. Deswegen brauchen wir mehr und weitere Stellen, damit der Vollzugsdienst sinnvoll geleistet werden kann. Darüber hinaus muss bei den Justizwachtmeistern mehr getan werden. Es ist zwar gut gewesen, dass nach den tragischen Vorfällen in Dachau private Sicherheitsdienste für ein Mehr an Sicherheit gesorgt haben. Langfristig gesehen und auf Dauer sollte die Sicherheit in der Justiz aber durch ausgebildete Justizwachtmeister gewährleistet werden. Auch hier brauchen wir zusätzliche Stellen, nämlich nach unserer Berechnung etwa 100 Stellen. Dies wäre für den Haushalt unschädlich, weil man diese Kosten bei den Fremdfirmen einspart.

Darüber hinaus fehlen nach der aktuellen Bedarfsberechnung bei den bayerischen Rechtspflegern 258 Stellen. Die Beförderungswartezeiten bei den Rechtspflegern liegen zwischen 10 und 15 Jahren. Wir haben auch hier eine äußerst angespannte Situation. Gerade durch neue Aufgaben wie den elektronischen Rechtsverkehr wird noch mehr Personal notwendig werden. Darüber hinaus steht auch eine Ruhestandswelle in den nächsten Jahren an, die ausgeglichen werden muss. Von daher fordern wir hier auch eine Stellenmehrung.

Genauso ist es bei den Bewährungshelfern, die letztlich eine präventive Aufgabe erfüllen. Hier fordern wir 30 zusätzliche Stellen. Auch bei den Justizsekretäranwärterstellen

muss weiter zugelegt werden. Wir brauchen eine bessere Beförderungssituation. Es müssen außerdem Stellenhebungen vorgenommen werden.

Nun, meine Damen und Herren, kommen wir zu den Richtern und Staatsanwälten. Der Bayerische Richterverein hat schon vor einiger Zeit eindringlich davor gewarnt, dass aufgrund der aktuellen Situation Haftentlassungen gefährlicher Beschuldigter die Folge überlanger Verfahrensdauer sein können. Leider hat sich im letzten Sommer das bewahrheitet, was befürchtet worden ist, nämlich dass ein mutmaßlicher Sexualstraftäter aus der Untersuchungshaft entlassen werden musste, weil sich das Verfahren so lange hinzog. Der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts ist eine schallende Ohrfeige für die Bayerische Staatsregierung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Denn in dem Beschluss heißt es, dem Beschuldigten dürfe nicht zugemutet werden, länger als angemessen in Untersuchungshaft zu sitzen – jetzt kommt es –, weil der Staat es versäumt hat, seine Pflicht zur verfassungsgemäßen Ausstattung der Gerichte nachzukommen. Das heißt, das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, hier hat der bayerische Staat geschlafen, weil er an Personal in der Justiz gespart hat. Deswegen müssen Straftäter freigelassen werden. Das ist ein Riesenskandal. Hier muss gehandelt werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Hier steht die Staatsregierung in der Pflicht. Herr Minister, Sie haben ein sehr schweres Erbe angetreten und versuchen, jetzt die notwendigen Maßnahmen zu treffen. Dabei haben Sie unsere Unterstützung; denn Sie müssen die Fehler der Vergangenheit ausbaden. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg, dass Sie es möglichst bald schaffen, dass solche Dinge in Bayern nicht mehr passieren. Die Justiz und die bayerische Bevölkerung werden es Ihnen danken.

Die Berufsverbände haben seit Langem immer wieder darauf hingewiesen, dass die Personalsituation der Justiz in Bayern katastrophal ist. Man darf die Justiz nicht nur unter fiskalischen Aspekten sehen. Man muss sie auch unter dem Aspekt ihrer zentralen Rolle im Staatsgefüge sehen. Die Justiz hat eine systematische Bedeutung. Da kann man den Blick nicht nur auf die Haushaltsmittel richten, sondern man muss die Funktion sehen, die die Justiz hat. Sie hat die Funktion, dass Demokratie im Sinne von Gleichheit und Gerechtigkeit gelebt wird, dass Sicherheit geschaffen wird für alle, die in Bayern leben, gerade auch für die Wirtschaft, dass schnell Recht gesprochen wird, dass Straftaten schnell verfolgt werden, damit es unbequem wird für Straftäter oder Leute, die versuchen, andere übers Ohr zu hauen. Mit fiskalischen Zwängen zu argumentieren wie in der Vergangenheit, ist höchst fahrlässig. Gerade bei der ordentlichen Gerichtsbarkeit dürfte das keine Rolle spielen; denn sie finanziert sich zu nahezu 75 % selbst. Die Justiz ist ein Teil im Staatsgefüge, der neben den Finanzämtern Geld einbringt. Das müsste man auch richtig berücksichtigen. Von daher waren wir, als wir den Entwurf des Staatshaushalts zum ersten Mal gesehen haben, ziemlich schockiert, weil keine einzige neue Stelle für Richter oder Staatsanwälte enthalten war. Erst in den Ausschussberatungen wurde mit 55 neuen Richterstellen und 20 neuen Stellen für Staatsanwälte nachgebessert. Das begrüßen wir ausdrücklich. Wir haben 100 Stellen beantragt. Für die gute Nachbesserung unser herzliches Dankeschön. Deswegen werden wir uns zu diesem Einzelplan enthalten und nicht dagegenstimmen.

Meine Damen und Herren, man nimmt das Problem der Personalnot ernst. Ich hoffe, man wird in dieser Richtung weitergehen. Die Justiz ist mit ihren vielfältigen Aufgaben nicht nur ein Garant für einen funktionsfähigen öffentlichen Dienst, nicht nur ein Garant für den Wirtschaftsstandort Bayern, sondern auch ein Garant für eine demokratische Gesellschaft, die von den Bürgerinnen und Bürger akzeptiert wird. Darum wäre es sicher gut, wenn man in Zukunft auf diesem Weg weitergehen würde und sich ein Herz nehmen würde, der Justiz mehr Selbstverwaltung zuzugestehen, damit die Justiz die Dinge selbst regeln und als wahre dritte Säule der Gewalten mehr auf Augenhöhe mit Exekutive und Legislative sprechen kann.

Darüber hinaus kann es auf Dauer für eine unabhängige Justiz nicht hingenommen werden, dass hohe und höchste Stellen in der Justiz letztlich vom Ministerpräsidenten, vom Kabinett bestimmt werden. Die Justiz sollte selber sagen, wer die besten Köpfe sind und wer welche Funktion übernehmen soll. Darum plädieren wir dafür, dass das Heft in die Hand der Justiz gelegt wird und sie selbst bestimmen kann und mehr Selbstverwaltung bekommt.

Wir hoffen, dass der Weg positiv weitergegangen wird, und freuen uns auf die weitere Auseinandersetzung hierüber in diesem Hohen Haus.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Dr. Sepp Dürr von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön.

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir können von Glück sagen, dass wir in einem Rechtsstaat leben, der meist zu unserer Zufriedenheit funktioniert. Das ist natürlich nicht nur Glück, sondern sehr viel Arbeit aller daran beruflich Beteiligten. Dafür bedanken auch wir uns natürlich ganz herzlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ebenso verdanken wir das aber all denen, die immer wieder Kritik geübt haben und auf Missstände aufmerksam machen oder gemacht haben. Denen ist es genauso zu verdanken, dass sich unser Rechtsstaat weiterentwickelt. Das ist auch dringend nötig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Rechtsstaat ist kein glückseliger Zustand, der ein für alle Mal erreicht wird, sondern darum müssen wir immer wieder neu kämpfen in der juristischen Praxis wie in der Rechtspolitik. Nur wenn wir uns alle darauf einlassen, ständig neu nachzujustieren, bleibt unsere Justiz demokratisch auf der Höhe unserer Zeit. Da haben wir in Bayern alle Hände voll zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich will nur ein paar Punkte benennen, wo wir dringend nachbessern müssen. Da ist zuallererst und am leichtesten die fehlende Fehlerkultur zu ändern, die das System einer veralteten Bürokratie ist. Beunruhigend und außergewöhnlich ist nicht, dass Richterinnen, Richter und Staatsanwaltschaften Fehler machen, sondern dass sie in Bayern offenbar besonders ungern dafür Verantwortung übernehmen und diese Fehler nicht korrigieren.

Ich nenne das ganz aktuelle Beispiel eines Mannes aus dem Oberallgäu, über den die "Zeit" kürzlich berichtet hat. Er saß sieben Jahre lang unschuldig im Gefängnis und muss sich jetzt mit der Justizbürokratie auch noch wegen einer Entschädigung herumschlagen. Auch in anderen Fällen falscher Verdächtigungen, grundloser Ermittlungen und schuldlos Eingesperrter findet niemand die Stärke, auch Sie nicht, Herr Minister, wenigstens um Entschuldigung zu bitten und zu versuchen, das Unrecht wiedergutmachen. Wie gesagt, das ist leicht zu ändern und kostet fast nichts. Da müsste nur der Chef einmal mit gutem Beispiel vorangehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, selbst der Papst hält sich heute nicht mehr für unfehlbar,

(Heiterkeit der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

aber die bayerische Justiz hält immer noch am Unfehlbarkeitsdogma fest.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Selbst dann, wenn Richter und Staatsanwälte mir ihrer Rechtsauffassung krachend Schiffbruch erleiden oder Ermittlungsverfahren kleinlaut einstellen müssen, wie beispielsweise in den Fällen Mollath, des Journalisten Denk und des BR-Reporters Bendixen, behaupten unsere Behörden hinterher, sie hätten nicht anders handeln können

und alles richtig gemacht. Allein das ist schon unglaublich. Aber mindestens ebenso absurd ist, dass Sie, Herr Minister, diese abstruse Auffassung jeweils verteidigen und sich zu eigen machen. Bei Ihrem Amtsantritt haben Sie doch viel mehr versprochen. In einem Interview mit der "Süddeutschen Zeitung" haben Sie erklärt, zur Unabhängigkeit der Justiz gehöre auch die Erkenntnis der eigenen Unvollkommenheit, und zu einem Justizsystem gehöre, dass man zu Fehlern stehe. Dieser Satz ist richtig. Es muss Ihnen aber doch auch selbst einmal auffallen, dass Sie unter all diesen strittigen Fällen noch keinen einzigen Fall gefunden haben, bei dem Sie das in die Praxis hätten umsetzen können. Warum denn, Herr Minister? Das kann doch nicht an den Fällen liegen. Es liegt daran, dass Sie mit dieser Fehlerkultur immer noch nicht angefangen haben. Fangen Sie endlich damit an; geben Sie ein Beispiel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn mit Ihrer sturen Haltung bringen Sie die Menschen in Bayern erst richtig gegen unsere Justiz auf. Ihnen ist offenbar auch egal, wie viele Menschen hierzulande zu Unrecht festgenommen oder verurteilt wurden. Sie haben noch nicht einmal eine systematische Statistik zum Umfang der Haftentschädigung. Das ist blamabel. Sie wissen gar nicht, was passiert.

(Thomas Kreuzer (CSU): Ruhig bleiben!)

Anders als im Verfassungsausschuss hat jetzt im Haushaltsausschuss niemand mehr bestritten, dass es sogar in Bayern, in diesem gelobten Land, Justizopfer gibt. Aber wir sollten allen Menschen helfen können, deren Leben ohne eigenes Verschulden durch die Justiz aus der Bahn geworfen wurde. Das können wir noch nicht in allen Fällen greifen, was die vorhandenen Möglichkeiten zur Entschädigung angeht. Wir wollen auch in solchen Härtefällen unbürokratisch helfen können; wir wollen, dass Sie, Herr Minister, unbürokratisch helfen können. Zum Beispiel ist gerade heute in der Zeitung wieder von einem Mann zu lesen, dem eine Wiedergutmachung allein aus formellen Gründen verweigert wird. Da geht es nicht nur um Geld, da geht es darum, diese Men-

schen wieder einigermaßen mit dem Rechtsstaat zu versöhnen. Da fehlt oft nur eine kleine Geste. Warum ist diese Geste so schwer?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Insgesamt gibt es in Bayern einfach immer noch zu viele – und man fürchtet, es werden mehr – dubiose Vorgänge. Es gibt immer wieder Vorfälle, die den Eindruck verstärken, in Bayern werde mit zweierlei Maß gemessen, ganz nach dem Motto: Die Großen lässt man laufen. Ein Beispiel dafür ist der Fall Schottdorf, in dem es um viele Hunderte, wenn nicht Tausende betrügerische Ärzte geht, die Bayerns Justiz einfach so davonkommen lässt.

(Lachen der Abgeordneten Petra Guttenberger (CSU))

Wir haben dazu einen Untersuchungsausschuss eingerichtet, der viel Arbeit hat. Ich habe dazu auch verschiedene Anfragen gestellt, und Sie haben mir neulich geantwortet. Ich verstehe das wirklich nicht, Herr Minister, wenn Sie behaupten, dass Sie diese Ärzte auch deswegen laufen lassen, weil sie sich vor dem BGH-Urteil von 2012 auf eine unklare Rechtslage berufen könnten. Die Rechtslage war schon immer klar.

(Zuruf von der CSU: Quatsch!)

– Natürlich, es war immer schon klar, dass dies Verstöße gegen die Gebührenordnung und gegen das Berufsrecht sind. Diese Rechtslage war immer schon klar. Außerdem heißt es ja, dass Unwissenheit nicht vor Strafe schützt. Wenn dieser Leitsatz gilt, dann gilt er doch wohl auch, wenn die Ignoranz aufseiten der Behörde liegt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Höchst dubios sind die Vorgänge auch im Fall Bendixen. Die Vorwürfe gegen diesen BR-Journalisten sowie zwei LKA-Beamte waren völlig aus der Luft gegriffen, aber die Staatsanwaltschaft hat trotzdem erhebliche Grundrechtseingriffe auch im Fall des Journalisten beabsichtigt. Darüber werden wir noch gesondert sprechen; wir haben

einen Bericht gefordert. Deswegen will ich in diesem Zusammenhang jetzt nur einen Aspekt aufgreifen: Die beiden überwachten LKA-Beamten haben nach Ihrer Auskunft, Herr Minister, "die ihnen nach dem Gesetz zustehende Möglichkeit, die Rechtmäßigkeit der Überwachungsmaßnahme durch ein Gericht prüfen zu lassen, nicht wahrgenommen". Das stimmt. Warum haben sie das nicht gemacht? - Sie haben darauf verzichtet, weil man ihnen in Aussicht gestellt hat, dass die Wahrnehmung ihrer Rechte ihren unbescholtenen Ruf beschädigen würde und ihre Zuverlässigkeit in Zweifel stellen könnte, weil ihr Name dann bekannt würde und weil doch immer etwas hängen bleibe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das heißt, die Beschwerderechte der zu Unrecht Beschuldigten werden sogar hinterher noch systematisch untergraben. Das kann doch wirklich nicht Ihre Unterstützung finden, Herr Minister.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben bei Ihrem Amtsantritt erklärt, Sie wollten verlorenes Vertrauen zurückgewinnen. Das ist ehrenwert, aber so, wie Sie das jetzt machen, funktioniert das sicher nicht.

Schließlich machen wir uns auch Sorgen wegen der Überlastung der Justiz. Die beiden Vorredner haben es schon angesprochen. Die Justiz in Bayern ist seit Jahren chronisch unterfinanziert. Es fehlt an allen Ecken und Enden. Ich habe nach dem Personalstand gefragt; für die Antwort haben Sie drei Monate lang gebraucht, sodass ich das jetzt leider nicht mehr in die Haushaltsberatungen einfließen lassen konnte. Immerhin geht aus Ihrer Antwort aber hervor, dass die Arbeitsbelastung von Richtern und Staatsanwälten seit Jahren zu hoch ist und auch noch über dem schon zu hohen Bundesdurchschnitt liegt.

Das heißt, wir sind ganz weit vorne, wenn es darum geht, unsere Richter und Staatsanwälte zu überfordern. Aber Sie stellen das fest und begnügen sich dann mit ein paar neuen Stellen. Sagen Sie uns doch einmal, wie viel Prozent mehr Staatsanwälte und Richter das bedeutet. Das ist eine ganz bescheidene Summe, die deutlich unter dem bisherigen Aufwuchs insgesamt liegt. Das heißt, was Sie da jetzt neu einstellen, ist wirklich bescheiden. Und dann berufen Sie sich auf die Haushaltsdisziplin. Nachhaltig ist das nicht, dass wissen Sie doch selbst.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Allein schon finanziell kann es erhebliche Folgen nach sich ziehen, wenn unsere Justiz derart unterbesetzt ist. So kann das Vertrauen der Bevölkerung nicht wirklich wachsen; denn – auch das ist angesprochen worden – immer wieder werden Verdächtige auch bei schwerwiegenden Vorwürfen wie Vergewaltigung aus der Untersuchungshaft entlassen, und zwar nur, weil ihr Verfahren zu lange dauert und weil die Gerichte über zu wenig Personal verfügen. Das ist in den letzten fünf Jahren – eine neue Zahl – in Bayern 52-mal passiert, sagt der Minister. Das ist nicht wenig. Solche Missstände, Herr Minister, können Sie doch nicht einfach so hinnehmen und sagen: Das ist Haushaltsdisziplin. Da müssen Sie sich doch etwas überlegen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie schon nicht mehr Personal durchsetzen können, warum versuchen Sie es dann nicht einmal mit einer längst überfälligen Aufgabenkritik? Auch dazu habe ich verschiedene Anfragen gestellt, um zu erfahren, wie es denn aussieht und ob man manche Arbeiten nicht verringern könnte, indem man einige Tatbestände neu justiert. Aber da bewegt sich bei Ihnen offensichtlich gar nichts. Das ist aber dringend nötig.

Nur ein Beispiel: Am Wochenende hat die "Süddeutsche Zeitung" ausführlich über einen Patienten berichtet, der sich großem staatlichem Verfolgungseifer ausgesetzt sieht. Er darf, schreibt die "Süddeutsche Zeitung", legal Marihuana konsumieren, weil er nach einer Tumoroperation unter chronischen Schmerzen leidet. Trotzdem ist er

jetzt den Schikanen der Augsburger Polizei ausgesetzt. Jetzt ermittelt auch noch die Staatsanwaltschaft gegen ihn. Warum müssen bayerische Behörden solchen Menschen das Leben auch noch zusätzlich schwer machen? Das verstehe ich einfach nicht. Das ist mir nicht begreiflich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hat denn da niemand mehr ein Gespür für Menschlichkeit, für Verhältnismäßigkeit und dafür, was wirklich wichtig ist? Die haben dort doch genügend Arbeit; sollen sie sich doch um das Wichtige kümmern und nicht dauernd einen armen Kranken verfolgen. Was soll denn so etwas?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch in vielen anderen Bereichen könnte eine moderne Rechtspolitik eine Entkriminalisierung und somit eine Entlastung der Gerichte und der Staatsanwälte bringen. Das sind Maßnahmen, Herr Minister, die Sie in Ihrem eigenen Zuständigkeitsbereich durchführen könnten, um unsere Gerichte zu entlasten. Packen Sie das doch endlich an!

Als Sie vor gut einem Jahr Ihr Amt übernommen haben, gab es zu Recht viel Kritik an der damaligen Amtsinhaberin und der bayerischen Justiz generell. Sie haben damals viel versprochen; Sie haben große Hoffnungen geweckt. Jetzt wird es wirklich langsam Zeit, dass Sie anfangen, diese Versprechen auch einzulösen. Gehen Sie einmal richtig an die Arbeit. Wir werden Ihnen schon helfen.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Petra Guttenberger. Bitte sehr.

Petra Guttenberger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst ein Wort zur Klarstellung: Wir reden im Moment über den

Haushalt der Justiz. Ich kann verstehen, dass sich das nicht jeder ganz vergegenwärtigt, da man Haushalt ja auch im Gesamtgefüge sehen muss. Da geht es darum, dass wir keine Neuverschuldung mehr wollen und unsere Schulden zurückzahlen wollen. Die Ausgaben im Gesamthaushalt sollen die 3-%-Grenze nicht überschreiten, und gleichzeitig soll die Personalquote stabilisiert werden. Das ist der eine Eckpunkt.

Der andere Eckpunkt geht dahin, sich bewusst zu machen, wie wichtig eine leistungsfähige Justiz für Bayern für jeden einzelnen Bürger wie auch für jedes Unternehmen ist. Damit kommt der dritten Gewalt, wie Kollege Schindler so schön formuliert hat, eine besondere Bedeutung zu. – Aber, Kollege Schindler, eines vorweg: Sie sagten an Kollegen Rudrof gewandt: Wo sind wir denn? – Kollege Schindler, wir sind Gott sei Dank in Bayern. Ihre Aussage, dass die Justiz so schlecht arbeitet, dass man lange Verfahrenszeiten hat, stimmt nicht.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Das hat er doch gar nicht gesagt!)

Wir haben eine hoch effiziente Justiz. Deshalb geht mein Dank an alle, die in dem Bereich tätig sind. Ich meine da nicht nur die Richter und Staatsanwälte, sondern jeden einzelnen Mitarbeiter, jede einzelne Mitarbeiterin in diesem Bereich. Im Ländervergleich sind wir hinsichtlich der Verfahrensdauer auf dem ersten, zweiten oder höchstens dritten Platz unter allen Bundesländer. Das bitte ich zu verinnerlichen, bevor nach außen ein Eindruck erweckt wird, der den Realitäten nicht entspricht.

(Beifall bei der CSU)

Es stimmt auch nicht, Kollege Streibl, dass stellenmäßig all die Jahre nichts getan worden wäre. Ich erinnere an den Doppelhaushalt 2013/2014. Ich weiß, nichts ist uninteressanter als die Zeitung von gestern, und nichts ist offensichtlich älter als die Zahlen des letzten Doppelhaushaltes, der sogar noch läuft. In diesem Doppelhaushalt gab es 80 Stellen für Richter und Staatsanwälte, 140 Stellen für Justizwachtmeister, 20 Stellen für Bewährungshelfer und 60 zusätzliche Stellen für den Justizvollzug. Jetzt können Sie als Opposition natürlich sagen: Alles viel zu wenig.

(Franz Schindler (SPD): Ist es auch!)

In großen Teilen würde ich Ihnen da sogar recht geben, dass wir mehr Stellen bräuchten.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb machen wir auch im neuen Doppelhaushalt einen gewaltigen Schritt vorwärts. Wir schaffen 55 neue Richterstellen, 20 neue Stellen für Staatsanwälte, 23 Stellen für Rechtspfleger, 10 Stellen für Verwaltungsinformatiker, 25 Stellen für Justizsekretäre, 100 Stellen für Justizsekretäranwärter, 100 allgemeine Stellen im Justizvollzugsdienst, 17 Fachdienststellen für die JVA Augsburg-Gablingen. Das sind zusammen 350 Stellen, und hinzu kommen noch 380 Stellenhebungen. An dieser Stelle herzlichen Dank an den Haushaltsausschuss, allen voran seinem Vorsitzenden Peter Winter sowie an den in diesem Bereich zuständigen Berichterstatter, Kollegen Rudrof.

(Beifall bei der CSU)

Sie tun jetzt so, als würden diese gewaltigen Schritte nicht gegangen; das entspricht nicht der Wahrheit. Ich meine, so viel Zeit müssen wir schon haben, um gegenseitig die Realitäten anzuerkennen. Wir könnten natürlich Wunschzettel erstellen. Ich wünsche mir auch mehr Stellen. Aber ich bin mir dessen bewusst, dass alles auch finanziert werden muss. Mit dem von mir dargelegten Stellentableau haben wir einen wichtigen und richtigen Schritt getan. Auf dieser Basis werden wir in den nächsten Jahren versuchen weiterzuarbeiten.

Aber auch jetzt – ich habe es bereits gesagt – ist die Justiz in Bayern bereits ungeheuer erfolgreich. Sie nimmt in der Reihenfolge aller Bundesländer – da sind auch SPD-regierte Länder dabei – Rang eins, zwei oder maximal Rang drei ein. Das nur als Anmerkung am Rande.

Uns ist es wichtig, die Justiz zukunftsfähig zu machen. In diesem Sinne ist e-justice von höchster Bedeutung, um einen modernen Staat für die notwendigen Aufgaben zukunftsfähig zu machen. Dafür wird es im Jahre 2015 2 Millionen und im Jahre 2016 weitere 4 Millionen Euro zusätzlich geben. Auch die präventive Arbeit ist für uns von großer Bedeutung. Ich freue mich sehr, dass das Projekt "Kein Täter werden", das wir vor einigen Jahren auf den Weg gebracht haben, in Regensburg so erfolgreich läuft.

(Franz Schindler (SPD): Das war schwer genug!)

Wir wollen dieses Projekt noch einmal mit einem deutlichen Schritt finanzieller Art nach vorn unterstützen. Das geschieht durch die erhebliche Aufstockung um 420.000 Euro. Auch die Fachambulanzen erfahren mit rund 3,3 Millionen Euro im Jahr 2015 und im Jahr 2016 mit 3,5 Millionen eine entsprechende Aufwertung.

Ein ganz wichtiger Punkt für uns ist auch, die Ausstattung im Baubereich zu verbessern. Das geschieht unter dem Motto, wir wollen sichere Justizbehörden und gleichzeitig eine Justiz, die für alle Bürger erreichbar ist. In diesem Zusammenhang ist die Barrierefreiheit ein großes Anliegen. 3 Millionen Euro gehen allein in die Barrierefreiheit von Gerichtsgebäuden; dazu gehören das Amtsgericht Fürth, das Zentraljustizgebäude in Landshut, die Amtsgerichte Rosenheim, Ingolstadt und Fürstenfeldbruck sowie die Amtsgerichte Amberg, Augsburg, Kaufbeuren und Gemünden. Diese Investitionen bedeuten einen großen und wichtigen Schritt hin zu einer inklusiven Gesellschaft. Menschen mit Handicap werden dadurch einen barrierefreien Zugang zu den Justizdienstleistungen erhalten.

Ich erwähne gern auch noch die weiteren Hochbaumaßnahmen wie zum Beispiel die neuen Gerichtssäle in Nürnberg. All das sind Investitionen in die Zukunft, die zum einen die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erleichtern, zum anderen auch einen besseren Zugang und ein breiteres Leistungsspektrum für die Bürger ermöglichen. Darüber hinaus soll auch durch die Digitalisierung der Justiz ein besserer und schnellerer Zugang für die Bürger erfolgen.

Planungssicherheit wird es auch hinsichtlich des neuen Strafjustizzentrums in München geben. Das gilt ebenso für die Planung des dritten Bauabschnitts bei den Justizbehörden in Hof sowie die Generalsanierung in Aschaffenburg. All das sind Schritte in die Zukunft, die die Leistungsfähigkeit der Justiz in den nächsten Jahren weiter verbessern und damit ein erfolgreiches Wirken der Justiz voranbringen.

Ich sage es noch einmal. Die Vorwürfe, die heute gegen die Justiz erhoben wurden, insbesondere von Ihnen, Herr Dr. Dürr, sind für mich nicht nachzuvollziehen.

(Beifall bei der CSU)

Unsere Richter und Richterinnen und die Staatsanwälte und Staatsanwältinnen nehmen ihre Arbeit ernst und handeln nach Recht und Gesetz.

Als Mitglied in einem Untersuchungsausschuss hätte ich den Eindruck, wir könnten uns diesen Ausschuss ersparen und das Geld anders ausgeben; denn wenn man bereits alles weiß, was im Rahmen eines Untersuchungsausschusses ermittelt werden soll, wäre ein solcher Untersuchungsausschuss im Grunde hinfällig.

Mir ist dann aber wieder eingefallen, dass wir nicht in einem Untersuchungsausschuss sind, sondern in der Haushaltsberatung. Deshalb legen wir den Schwerpunkt darauf zu sagen, dass wir eine hervorragende Justiz haben. Mein Dank geht an alle, die in diesem Bereich arbeiten. Deshalb war es uns auch wichtig, eine Gerechtigkeitslücke in diesem Bereich zu schließen,

(Horst Arnold (SPD): Gibt es die?)

und zwar bei einem Thema, das nicht jeder so im Blick hatte, der sogenannten Gitterzulage. Seit Jahren mussten wir immer wieder feststellen, dass jemand, der im Justizvollzug arbeitet, eine niedrigere Gitterzulage bekommt, als jemand, der bei der Polizei arbeitet. Diese Gerechtigkeitslücke haben wir in diesem Haushalt schließen können, indem wir künftig 2,1 Millionen Euro pro Jahr dafür aufwenden. Auch das ist für uns ein wichtiger Schritt; wir sollten den Fokus nicht immer nur auf Richter und Staatsan-

wälte richten. Das ist wichtig; aber es gibt im Bereich der Justiz viele andere Stellen, die genauso berücksichtigt werden müssen.

Einen Satz möchte ich noch zur Bezahlung sagen. Gerade die Bezahlung - in Bayern werden die Beamtinnen und Beamten und auch die Richterinnen und Richter immer noch besser bezahlt als in anderen Bundesländern - zeigt, sehr geehrter Herr Minister,

(Franz Schindler (SPD): Hamburg zahlt mehr!)

wie wichtig uns allen diese Justiz ist, weil wir uns alle dessen bewusst sind, wie wichtig es ist, sich immer darauf verlassen zu können, rechtliche Hilfe durch ein Gericht zu erfahren.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD)

Wie gesagt, die Verfahrensdauer spricht hier Bände. Sie zeigt, wie effizient die Menschen in den Gerichten arbeiten und wie wichtig ihnen die Umsetzung ihres Auftrags ist. Jetzt kommt immer die Forderung, wir bräuchten Richterwahlausschüsse, weil alles schrecklich intransparent sei. Das stimmt doch im Endeffekt nicht. Wir haben uns in diesem Raum schon soundso oft - -

(Horst Arnold (SPD): Fragen Sie einmal die Richter!)

- Ja genau, Herr Arnold, fragen Sie einmal die Richter. Ich rede viel mit Richtern. Diese sehen es eigentlich so, dass das System, wie es derzeit läuft, zwar sicherlich die eine oder andere Optimierung verträgt.

(Horst Arnold (SPD): Genau!)

Sie halten aber nichts davon, hier ein System, das man optimieren kann, weil man generell alles optimieren kann, gegen ein System austauscht, das im Praxistest schon auf den ersten Blick nicht bestehen kann.

(Zuruf von der SPD – Horst Arnold (SPD): Weil es demokratisch ist!)

Wir werden jedenfalls dieser Art von Experimenten nicht beitreten. Das sage ich jetzt einmal so. Wir haben es hier schon soundso oft besprochen. Dafür ist bei uns kein Raum, weil wir der Ansicht sind, so wie das System derzeit läuft, läuft es äußerst effizient, führt zu einem hohen Leistungsstandard und auch dazu, dass sich die Richterinnen und Richter in ihrer Verantwortung bestätigt fühlen. – Lieber Herr Kollege, den Wunschzettel haben wir natürlich auch zur Kenntnis genommen. Wie gesagt, in einem Haushalt muss man ehrlich miteinander umgehen. Für uns ist Verlässlichkeit immer ein wichtiges Thema. Die Opposition kann alles versprechen, sie muss es ja nicht halten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Lassen Sie uns an die Regierung, dann werden wir schon sehen! – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Die Regierung verspricht auch alles und hält nichts!)

Wir haben versprochen, hier etwas zu tun. Das haben wir gehalten. Das werden wir auch in Zukunft so halten. Wir machen es auf einer soliden Basis, auf einer ehrlichen Haushaltsbasis, die dazu führt, dass wir auch in den nächsten Jahren keine Neuverschuldung haben und alte Schulden tilgen, damit wir auch in den nächsten Jahren weiterhin diese Flexibilität haben können, dass Parlamente Entscheidungen treffen können, dass Parlamente hier in Bayern Schwerpunkte setzen können.

Das tut man natürlich nicht, wenn man meint, seinen Wunschzettel abarbeiten zu müssen. Ich sage es einmal so: Wir haben zwar bald Weihnachten. Da ist ein Wunschzettel durchaus immer etwas Verführerisches. Aber wir machen es auf solider Haushaltsbasis und erhalten damit Flexibilität auch für die zukünftigen Abgeordneten des Parlaments. Gleichzeitig machen wir einen gewaltigen und einen aus unserer Sicht wichtigen und richtigen Schritt für die Justiz. Deshalb noch einmal Danke an den Haushaltsausschuss für die Unterstützung und Danke fürs Zuhören!

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat der Kollege Dr. Herbert Kränzlein von der SPD das Wort. – Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Herr Präsident, Herr Minister, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ja, es ist richtig: Aufgabe der Justiz ist es, das Rechtsstaatsgebot optimal umzusetzen. Dies ist ein tragender Pfeiler unserer Demokratie. In der gestern durch die Stellvertretende Ministerpräsidentin so leidenschaftlich vorgelesenen Seehofer-Rede kommt die Justiz eigentlich nicht vor. Zwei dürre Sätzchen stehen dazu drin. Das wird der Justiz in keiner Weise gerecht, genauso wenig wie leider dieser Haushalt an vielen Stellen. Sie haben inzwischen eine geniale Methode entwickelt, auf vielen Feldern, auch bei der Justiz: Da wird zuerst maximaler Flurschaden angerichtet. Das begann während der Regierungszeit Stoiber. Damals wurden 33 Nebenstellen plus Amtsgerichte geschlossen. Damals wurde das Bayerische Oberste Landesgericht gekappt. Da wurde gespart, gespart. In der Folgezeit hat die Ministerin Merk keine hörbare Stimme im Kabinett mehr gehabt. Das sage nicht ich; das können Sie in den Kantinen und Gängen der Justiz von den Richtern und Staatsanwälten hören.

(Zuruf von der SPD)

Wenn alles ganz weit unten ist und Sie ein klein wenig aufholen müssen, verkaufen Sie das als großen Erfolg.

(Beifall bei der SPD – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Genauso, so ist es!)

Das ist ein Taschenspielertrick. Die bayerische Justiz ist nach wie vor das Stiefkind der Bayerischen Staatsregierung. Ich würde mir wünschen, dass dort oben heute nicht nur Besuchergruppen sitzen würden, sondern dass meine ehemaligen Kollegen bei Gericht, die Richter und Staatsanwälte, sich dies einmal live anhören würden. Es wäre für sie spannend. Die Richter hätten die Möglichkeit, sich einmal zwei Stunden freizunehmen. Ich würde es ihnen empfehlen, und ich werde es ihnen empfehlen; denn was ich hier heute alles erlebt habe, finde ich schon spannend.

Die Personalmehrung, die im letzten Moment gekommen ist, diese 75 Stellen sind nichts anderes als ein Tropfen auf den heißen Stein. Sie wissen genau, dass das Personalbemessungsprinzip PEBB§Y an sich schon fragwürdig ist. Es müsste eigentlich nachgebessert werden, weil es den großen Verfahren in den großen Gerichten überhaupt nicht mehr gerecht wird. Trotzdem: Allein PEBB§Y weist 419 Fehlstellen in der Justiz auf. 419! Und Sie stellen hier 75 Stellen als großen Erfolg dar und sagen, das wäre ein Erfolg beim Sparen. Herr Schindler hat es Ihnen gesagt: Das Rechtsstaatsgebot verhindert eigentlich, dass das Parlament beliebig bei der Justiz spart. Da muss die Leistungsfähigkeit hergestellt werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich muss leider im Schweinsgalopp arbeiten. Ich kann fast keinen Beifall gebrauchen.

(Heiterkeit bei der SPD, Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Bei den Rechtspflegern fehlen 261 Stellen. Und Sie machen hier ein paar kleine Nachbesserungen. Wissen Sie, dass Rechtspfleger, toll ausgebildet, eigentlich nur eine Beförderungsmöglichkeit haben, die sie nur ganz selten bekommen? Wissen Sie, wie es dagegen bei den Kommunen aussieht, wie man dort in den Höheren Dienst durchrutschen kann? Da hätten Sie noch viel zu tun, wenn Sie die Justiz in diesem Punkt attraktiv machen wollten. Das geht bis nach unten zu den Justizwachtmeistern.

Dieser ganze Haushalt Justiz ist nicht nur auf Kante genäht, sondern der Rock ist um ein Vielfaches zu kurz geraten. Der Beleg: Extrem lange Verfahrensdauern gibt es in der Tat. Das ist kein Vorwurf, Herr Minister. Das liegt zum Teil in der Tat auch an einem gewissen Reformstau. Darauf könnten wir uns sogar einigen. Nehmen Sie nur den Bereich Bausachen. Das dauert aus verschiedensten Gründen ziemlich lange. Die Überlastung der Strafgerichte wurde angesprochen. Man erfährt dies ja in der Öffentlichkeit in der Regel nur anhand spektakulärer Fälle. Da müssten Sie nur einmal hinhören. Sie sind doch ganz nah dran. Sie müssen doch nur über ein paar Gänge gehen, dann sind Sie schon im OLG drüben.

Dann könnten Sie einiges hören, Herr Minister, zum Beispiel von der Angst der Richter vor der elektronischen Akte. Wissen Sie, wie die Richter beim OLG schwitzen oder manchmal fluchen oder schimpfen? Wissen Sie, wie dieses tolle Ding, das Projekt "forumSTAR" funktioniert? Nämlich gar nicht. Und darauf wollen Sie die E-Akte aufbauen! Wenn Sie die E-Akte einführen wollen, brauchen Sie für die Richter und für alle Justizbediensteten Zeit für die Fortbildung und Beschäftigung mit diesem System. Wir brauchen noch viel mehr Leute, als wir heute schon nach der Berechnung hätten, wenn das überhaupt laufen soll. Ich habe es dem Bundesjustizminister gesagt, und er weiß es. Eigentlich müsste er ganz schlecht schlafen.

(Petra Guttenberger (CSU): Er ist Bundesjustizminister!)

Das ist ein Reformprojekt, das in ganz Deutschland gestemmt werden muss. Das Projekt befindet sich in einem erheblichen Rückstand. Die einschlägigen Interessensvertreter der Justiz wie die Richterräte haben den entsprechenden Protest bereits angemeldet und auf die Gefahren bei der Umstellung hingewiesen.

Es gibt noch viele andere Gründe für die Mehrbelastung. Ich habe die Großverfahren sowie die Wirtschafts- und Steuerstraßverfahren genannt. Dort steht inzwischen ein Heer von Anwaltskanzleien mit gut ausgebildeten Leuten und einem Stab von Spezialisten einem in der Regel überlasteten Gericht gegenüber. Es geht um nichts weniger als um Gleichbehandlung und Gerechtigkeit. Wir müssen in Zukunft darauf achten, dass nicht der Vorwurf aufkommt, man lasse die Kleinen hängen und die Großen laufen. Es darf noch nicht einmal der Anschein im Raum stehen. Das passiert jedoch, wenn solche riesigen Anwalts-Apparate einer Richterschaft gegenüberstehen, die möglicherweise vor Kurzem Familien-, Handels- und Mietrecht verhandelt hat und jetzt schnell in eine solche Kammer kommt, um Verfahren mit hoch komplizierten Problemen führen zu müssen, für die eigentlich Fachleute benötigt werden, die Bilanzanalyse und Betriebsabläufe in Finanzinstituten kennen und entsprechende Aktenauswertungen vornehmen müssen. Die Waffengleichheit bei den großen Verfahren ist da fast nicht mehr hergestellt. Das ist ein Riesenproblem in der Justiz.

Man kann es nicht wie Herr Dürr machen. In diesem einzigen Punkt gebe ich Ihnen recht. Ich bin auch der Meinung, dass keine Richter- und Staatsanwaltsschelte erfolgen darf. Die Unabhängigkeit der Richter und Staatsanwälte ist das höchste Gut, das sie haben. Ich wäre sogar dafür, dass die Staatsanwälte von jeder Weisung unabhängig werden. An dieser Stelle hat Herr Dürr mit Sicherheit unrecht.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Rechtspolitisch haben sie jedoch ihre eigenen Aufgaben. Wir brauchen Reformen. Ich würde gerne noch ganz viel zur Attraktivität des Richterberufs sagen. Viele Frauen, die wir jetzt in diesem Beruf haben, brauchen Kinderbetreuung nicht nur in den Ferien, sondern Kinderbetreuungseinrichtungen mit Ganztagsangeboten über eine längere Zeit hinweg. Sie müssen hierfür einiges tun. - Bezüglich des Strafvollzugs liegt mir ein Schreiben von der JVA Landsberg vor.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, darf ich Sie trotz Beifallszuschlags an die Zeit erinnern?

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Pars pro toto: Dort besteht ein permanenter Personalausfall in Höhe von 25 %. Zwar verdient es höchstes Lob und höchste Anerkennung, unter diesen Bedingungen zu arbeiten, die Fürsorgepflicht des Staates gebietet jedoch, dass man der Not dieser Leute abhilft. - Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Als Letzter hat nun Herr Staatsminister Professor Bausback das Wort. Bitte schön.

Staatsminister Prof. Dr. Winfried Bausback (Justizministerium): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir am Anfang meiner Ausführungen einen herzlichen Dank an alle Kolleginnen und Kollegen im Rechts- und im Haushaltsausschuss für die konstruktive Beratung des Justizhaushalts, die zunächst in den Ausschüssen geführt worden ist und jetzt im Plenum geführt wird. Allen voran danke ich

dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Herrn Kollegen Peter Winter, seinem Stellvertreter, Herrn Kollegen Halbleib, dem Vorsitzenden des Rechtsausschusses, Herrn Kollegen Schindler, und der stellvertretenden Vorsitzenden, liebe Kollegin Petra Guttenberger. Ganz besonders möchte ich Herrn Kollegen Rudrof als Berichterstatter im Haushaltsausschuss für die gute und konstruktive Zusammenarbeit der letzten Monate danken. Ausnehmen möchte ich an dieser Stelle Herrn Kollegen Dürr, dem ich am Ende meiner Rede gesondert antworten möchte. Deshalb soll er sich noch nicht angesprochen fühlen.

Kolleginnen und Kollegen, bevor ich auf die einzelnen Redebeiträge der hinter uns liegenden Debatte eingehe, lassen Sie mich zunächst in aller Kürze, obwohl vieles schon angeklungen ist, die aus meiner Sicht wesentlichen Eckpunkte des kommenden Doppelhaushalts im Bereich der Justiz herausstellen. Kolleginnen und Kollegen, die Kritik aus den Reihen der SPD und der FREIEN WÄHLER war recht verhalten. An der einen oder anderen Stelle ist ein mäßiges Lob angeklungen. Herr Kollege Schindler, ich weiß, wie streng die Bewertungen im bayerischen Staatsexamen sind. Deshalb braucht sich wegen der Note "ausreichend" niemand aus dem Fenster zu stürzen. Kolleginnen und Kollegen, wenn ich auf der Bundesebene im Bundesrat oder bei der Justizministerkonferenz unterwegs bin und auf den einen Kollegen oder die andere Kollegin treffe, gilt das, was der Herr Ministerpräsident in vielerlei Hinsicht über Bayern sagt. Immer wieder bekommt man zu hören: Ihr in Bayern befindet euch in der Vorstufe zum Paradies. Kolleginnen und Kollegen, das betrifft auch die Justiz.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Nehmen Sie beispielsweise das R1-Gehalt eines Richters. Herr Kollege Dürr, ein R1-Richter in Bayern verdient so viel wie ein Vorsitzender Richter in Berlin.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Holla!)

Ein Oberlandesgerichtspräsident in Bayern ist in der Besoldungsgruppe R 8 eingruppiert. Ein Oberlandesgerichtspräsident in Berlin wird auch in die Besoldungsgruppe

R 8 eingestuft, erhält jedoch finanziell so viel wie der R6-Richter in Bayern. Herr Kollege Schindler, selbstverständlich würde ich den Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten der anderen Länder eine angemessene Besoldung gönnen. Fakt ist: Bei uns erhalten sie diese. Eine Überbezahlung besteht nicht, das gebe ich zu. Sie erhalten jedoch ein anständiges Gehalt. Ich sehe, welche Kolleginnen und Kollegen wir für den Richterdienst neu gewinnen können. Das sind mit Sicherheit nicht die schlechtesten Juristen. Die Juristen, die zu uns kommen, sind immer noch die besten. Ich habe ein wenig Angst davor, dass sich die Tendenz zur Zentralisierung der Richtergehälter wieder durchsetzt; denn eines ist klar: Die Politik der anderen Länder wird sich sicherlich nicht an den Gehaltsmaßstäben Bayerns orientieren. Das mag ein Fehler sein. Deshalb bin ich dafür, es beim föderalen Konzept zu belassen. Meine Kolleginnen und Kollegen, wir jedenfalls wollen unsere Justiz angemessen besolden. Dabei werden wir in Bayern auch bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Der Entwurf des vorliegenden Haushalts 2015/16, über den wir heute abstimmen, bildet das Fundament für eine leistungsfähige und innovative Justiz, eine Justiz, die in der Bundesrepublik Deutschland einen Spitzenplatz einnimmt. Herr Kollege Schindler, gerne würde ich mich mit den rechtspolitischen Themen auseinandersetzen, die Sie genannt haben. Das sind alles Themen, die mir am Herzen liegen und bei denen ich auf Bundesebene durchaus viel Gehör finde. Das können wir in der Haushaltsdebatte heute nicht machen. Mit unserer Justiz sind wir ein Motor in der Rechtspolitik Deutschlands, weil wir die Praxis in die rechtspolitischen Beratungen, beispielsweise zu § 62 und § 63 StGB, einbeziehen. Wir können in Bayern jedenfalls alles Notwendige umsetzen und haben gleichzeitig Raum für neue, ambitionierte Projekte.

Selbstverständlich liegt die Rechtsprechung – das ist gut so – in den Händen einer unabhängigen Justiz, der unabhängigen Gerichte. Die Ausstattung der Justiz mit Personal und Sachmitteln liegt jedoch in den Händen des Haushaltsgesetzgebers und des Justizministeriums. Das Ergebnis der Haushaltsaufstellung – dafür noch einmal herzli-

chen Dank an die Haushalts- und Fachpolitiker – erlaubt der Justiz die Erfüllung ihres Auftrags zur Gewährung des Rechtsfriedens und der Rechtssicherheit. Meine sehr geehrten Damen und Herren, unsere bayerische Justiz steht für Stabilität, Vertrauen und Sicherheit.

(Beifall bei der CSU)

Nach dem vorliegenden Entwurf des Doppelhaushalts 2015/16 erhält die bayerische Justiz 350 neue Stellen, darunter 75 Stellen für Richter und Staatsanwälte, 23 Stellen für Rechtspfleger und 117 Stellen für Mitarbeiter im Justizvollzug. Das sind klare Zeichen für den hohen Stellenwert, den der Rechtsstaat in Bayern genießt. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, überall da, wo die GRÜNEN oder die SPD regieren, habe ich von zusätzlichen Stellen für die Justiz nichts gehört.

(Beifall bei der CSU – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): So was!)

In Baden-Württemberg gibt es keine neuen Stellen für Richterinnen und Richter. In anderen Ländern werden Stellen für Richter und Staatsanwälte in der Regel gestrichen. Wir in Bayern stellen neue Stellen für Richter und Staatsanwälte zur Verfügung. Das ist ein Alleinstellungsmerkmal der bayerischen Justizpolitik. Das wird auch nicht erstmals mit diesem Doppelhaushalt gemacht. Wenn Sie zwei Jahre zurückblicken und die jetzigen Stellen mit einbeziehen, haben Sie 155 neue Stellen für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte. Wenn Sie acht Jahre zurückblicken, dann sind es 210 neue Stellen. Das ist eine erhebliche Zahl von Stellen für hoch qualifizierte Juristen in unserer Justiz. Das ist auch gut so und angemessen. Ich glaube, Bayern braucht hier keinen Vergleich zu scheuen.

Im Justizvollzug haben wir bei einem langfristigen Rückblick einen Stellenzuwachs, der, wenn Sie ihn bis 1990 zurückverfolgen, bei rund 1.300 zusätzlichen Planstellen liegt. Ich sage nicht, dass wir damit auf Kante genäht haben. Das liegt daran, dass wir den bayerischen Justizvollzug in den letzten Jahren und im letzten Jahrzehnt modernisiert haben. Dafür bin ich auch meiner Vorgängerin, Beate Merk, dankbar, weil sie

hier viel geleistet hat. Es sind viele neue Aufgaben hinzugekommen. Es gibt einen erheblichen Personalzuwachs. Für den allgemeinen Justizvollzugsdienst haben wir, beginnend mit dem letzten Doppelhaushalt, mit dem jetzigen Doppelhaushalt abschließend 200 neue Stellen in den Justizvollzug gebracht. Diese Stellen haben wir zu Recht zur Verfügung gestellt. Ich habe mit allen Leiterinnen und Leitern unserer Vollzugsanstalten intensiv debattiert.

Als der Ministerpräsident zu Beginn der Legislaturperiode diese 200 Stellen zugesagt hatte, bestand die Angst, ob wir überhaupt so viele qualifizierte Leute für diese 200 Stellen bekommen. Können wir es gewährleisten, dass diese Leute anständig ausgebildet werden? Franz Josef Strauß hat es einmal im Zusammenhang mit der Bundeswehr so dargestellt: Wir können nicht einfach 200 zusätzliche Beamte von der Straße nehmen. Niemandem ist damit gedient – ich möchte jetzt nicht den Briefträgern zu nahe treten -, wenn wir 200 Briefträger in die JVAS bringen. Die können das nicht leisten, weil der Beruf des Justizvollzugsbeamten ein hoch qualifizierter, verantwortungsvoller Beruf ist, für den man eine 18-monatige Ausbildung braucht. Wir haben uns aber auf den Weg gemacht, und ich bin überzeugt davon, dass wir in allen Anstalten eine spürbare Entlastung der Personalsituation haben werden, wenn die letzten dieser 200 zusätzlichen Stellen in den Anstalten angekommen sind.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, wir haben in diesem Haushalt eine erhebliche Zahl von Stellenhebungen. Wir haben nicht nur 350 neue Stellen, sondern auch 380 Stellenhebungen. Zudem stellen wir künftig sicher, dass die Gitterzulage des Justizvollzugsdienstes an die im Polizeidienst gewährte Zulage angepasst wird. Auch das ist ein großer Erfolg für unseren Justizvollzug.

Gerichtsgebäude müssen Würde ausstrahlen. Sie sollen nicht einschüchtern, sondern eine offene, vertrauensvolle Atmosphäre schaffen. Eine moderne Justiz braucht räumliche Verhältnisse, die ein effektives Arbeiten fördern. Unsere Justizvollzugsanstalten

müssen modernsten Sicherheitsanforderungen genügen und einen geeigneten Rahmen für die Resozialisierung der Gefangenen zur Verfügung stellen. Der Doppelhaushalt 2015/2016 ermöglicht kräftige Investitionen beim Bau. Für 2015 stehen Hochbaumittel in Höhe von 78 Millionen und für 2016 in Höhe von 79 Millionen zur Verfügung. Weitere Mittel für kleine Baumaßnahmen und den Bauunterhalt kommen hinzu. Wichtige Infrastrukturmaßnahmen in ganz Bayern können verwirklicht werden. Beispielhaft möchte ich den Neubau des Strafjustizzentrums in München erwähnen. Dort werden wir bis Ende 2015 mit der bisher größten geplanten Einzelbaumaßnahme in der Justiz beginnen. Der vorliegende Entwurf des Doppelhaushalts sichert die Realisierung dieses Großprojekts.

Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung das Programm "Bayern barrierefrei ..." vorgestellt. Auch in der Justiz investieren wir seit Jahren kräftig in die Barrierefreiheit. Im Doppelhaushalt stehen 5,2 Millionen Euro für die Verbesserung der Barrierefreiheit bereit. Davon gehen drei Millionen auf die Initiative meiner Fraktion, der CSU-Fraktion, zurück. Dafür bedanke ich mich nochmals ganz, ganz herzlich.

Auch den baulichen Anforderungen eines modernen, behandlungsorientierten Vollzugs wird mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf Rechnung getragen. Beispielhaft möchte ich auf folgende Projekte hinweisen: Die Justizvollzugsanstalt Augsburg-Gablingen kann als investitionsstärkster Anstaltsneubau in der Geschichte des Justizvollzugs nach heutigem Stand planmäßig, anders als manche Flughäfen in Deutschland, Ende 2015 in Betrieb gehen.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Nach 25 Jahren!)

Die abschließende Finanzierung und die Personalausstattung sind gesichert. Zusätzlich haben wir im Doppelhaushalt einen Titel für den Neubau einer Jugendarrestanstalt und eines eigenen Gebäudes für den offenen Vollzug eingestellt. Für den Neubau einer Vollzugsanstalt im Raum Bamberg haben wir die haushaltsrechtlichen Grundlagen geschaffen. Die elektronischen Sicherheitsanlagen in den Justizvollzugsanstalten

werden wir weiter verbessern und modernisieren. Hierfür sieht der Entwurf eine deutliche Erhöhung des Ansatzes vor.

Kolleginnen und Kollegen, der kommende Doppelhaushalt schafft auch jenseits von Personal und Bau die Grundlagen für eine moderne, leistungsfähige Justiz. Ich möchte nur einige Beispiele nennen. Für die IT stehen den Gerichten und Staatsanwaltschaften in den Jahren 2015 und 2016 insgesamt 73,4 Millionen Euro zur Verfügung. Mit diesen Mitteln werden wir den hohen Standard des IT-Einsatzes in der bayerischen Justiz halten und die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Akte mit dem E-Justice-Arbeitsplatz vorantreiben. Damit wollen wir die Kommunikation zwischen den Justizbehörden und den Bürgern, der Wirtschaft sowie weiteren Stellen künftig erheblich verbessern. Ich weiß, Herr Kollege Kränzlein, dass die Praxis durchaus noch skeptisch ist. Es gibt auch Kritik an einzelnen Punkten, die noch nicht funktionieren. Wir sind intensiv dabei, Probleme bei der bisherigen IT-Ausstattung zu lösen.

Eines ist klar: Ab 2018, spätestens 2020, müssen wir aufgrund bundesrechtlicher Vorgaben den elektronischen Zugang zu unseren Gerichten ermöglichen. Wir müssen verhindern, was es in anderen Ländern Europas durchaus gibt, dass unsere bayerischen Gerichte zu Druckereien der Anwaltschaft werden. Hoch spezialisierte Kanzleien belasten beispielsweise beim grauen Kapitalmarkt mit 300 bis 400 Seiten umfassenden Schriftsätzen die Gerichte. Wenn diese Schriftsätze künftig nur mehr elektronisch übermittelt werden und wir sie ausdrucken müssten, weil wir keinen elektronischen Workflow haben, würden wir unserer Justiz einen Bärenienst tun. Damit würden wir sie vor Herausforderungen stellen, die sie mit dem bestmöglichen Personalzuwachs nicht bewältigen könnte. Deshalb müssen wir alles daransetzen, dass wir bei der Entwicklung der IT gemeinsam mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, mit unseren Richterinnen und Richtern und mit unseren Staatsanwältinnen und Staatsanwälten vorankommen. Ich bin sehr optimistisch, dass wir dies gemeinsam mit

der Praxis bewältigen werden. Jedenfalls ist das notwendig, wenn wir unsere Justiz nicht vor grundsätzliche Probleme stellen wollen.

(Beifall bei der CSU)

Sicherheitsstandards mit durchgängigen Zugangskontrollen haben wir an allen Gerichtsstandorten realisiert. Wir geben rund 36 Millionen Euro für bauliche Maßnahmen und Sicherheitspersonal aus. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, alle Verfahrensbeteiligten, Zeugen, aber auch die Öffentlichkeit, alle, die die Gerichtsgebäude aufsuchen, haben einen Anspruch darauf, sicher sein zu können, dass diese Gebäude frei von Waffen und gefährlichen Gegenständen sind. Wir alle wissen, dass es in der Vergangenheit tragische Vorfälle gegeben hat. Das ist gut investiertes Geld.

Der Opferschutz ist seit jeher ein ganz wichtiges Anliegen der bayerischen Rechtspolitik. Wir versuchen, die ambulante Nachsorge für entlassene Gewalt- und Sexualstraftäter weiter zu verbessern. Brutale Gewalt- und Sexualverbrechen sind immer wieder entsetzliche Realität und belasten die Opfer und ihre Familien schwer. Umso entsetzlicher ist es, dass diese Taten häufig von Wiederholungstätern begangen werden. Mit unseren drei psychotherapeutischen Fachambulanzen für Sexualstraftäter und den drei psychotherapeutischen Fachambulanzen für Gewaltstraftäter, die wir in München, Nürnberg und Würzburg aufgebaut haben, verfügen wir über ein spezialisiertes und gut funktionierendes ambulantes Nachsorgeangebot. Ich habe die Einrichtung in Würzburg kürzlich besucht und kann meine Hochachtung vor den jungen Frauen und Männern bekunden, die dort als Fachleute mit den gewalt- und sexualdeliktgeneigten Personen arbeiten. Dort wird eine wichtige Arbeit für den Opferschutz in Bayern geleistet; denn jedes Verbrechen, das vermieden werden kann, ist ein klares und wichtiges Signal für den Opferschutz in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, mit diesen Ausführungen bin ich auf die wesentlichen Punkte eingegangen. Herr Kollege Schindler, Sie haben das NSU-Verfahren in

München gelobt. Als Minister muss ich mich hier der Stimme enthalten. Sie haben auf die Bedeutung von Transparenz und Verständlichkeit in der Justiz hingewiesen. Das Ministerium hat dazu im vergangenen Jahr viel getan, zum Beispiel mit der verbesserten Ausbildung des Personals der Pressekontaktstellen in den Behörden. Wir werden uns auch weiterhin bemühen.

Die Einbindung der Praxis bei der Personalauswahl, also der Richterschaft und der Staatsanwaltschaft, ist sehr wesentlich. Hier wurden bereits deutliche Mitwirkungsmöglichkeiten geschaffen.

Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss meiner Ausführungen möchte ich auf Herrn Kollegen Dürr eingehen. Herr Kollege Dürr, ich habe Ihnen aufmerksam zugehört. Ich habe in Ihrer Rede nicht gehört, dass Sie irgendetwas zum Haushalt gesagt hätten. Gut, jeder muss selbst entscheiden, wie er in einer Haushaltsrede agiert. Ich kann jedoch Ihre kühne Behauptung nicht stehenlassen, dass die Justiz über keinerlei Fehlerkultur verfüge und an einem Unfehlbarkeitsdogma festhalte. Herr Kollege Dürr, Sie müssten sich nur mit einer Anfrage an uns wenden, dann würden wir Ihnen aufzählen, wie viele Berufungs- und Revisionsentscheidungen in den Überprüfungsinstanzen erfolgt sind. Herr Kollege Dürr, das Akzeptieren einer unabhängigen Gerichtsbarkeit bedeutet nicht nur das Akzeptieren von Entscheidungen, die einem passen, sondern gerade auch das Akzeptieren von Entscheidungen, die einem nicht passen.

(Beifall bei der CSU)

Die Justiz ist ein vielfältiges System. Sie hat viele Instanzen und vielfältige Maßnahmen und Verfahren für eine formalisierte und deshalb willkürfreie Fehlerkontrolle aufzuweisen. Deshalb ist die Polemik, die Sie heute gebracht haben, von der Sache her vollkommen verfehlt.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Herr Kollege Dürr, Sie haben viel geredet, aber nicht zum Haushalt. Es gibt zwei in der modernen Zeit recht berühmte Herren, ich weiß nicht, ob Sie sie kennen, nämlich die Herren Charles Waldorf und Herbert Statler. Frau Kollegin Mechthilde Wittmann kennt diese Herren sicherlich. Diese beiden Herren sitzen bei der Muppet-Show auf dem Balkon. Sie sehen sich das Geschehen auf der Bühne an, äußern nur beißende Kritik, aber keine konstruktiven Vorschläge oder gar Anerkennung. Herr Kollege Dürr, ich möchte Sie mit diesen beiden Herren nicht äußerlich vergleichen. Zu Ihrem Engagement in dieser Haushaltsdebatte kann ich aber sagen, dass Sie mich sehr stark an diese beiden Herren Waldorf und Statler erinnert haben.

Herr Kollege Dürr, mit einem solchen Politikansatz bekommen Sie vielleicht in der Presse Aufmerksamkeit, Sie kommen aber nicht in der Sache voran. Ich habe im letzten Jahr festgestellt, dass Sie das auch nicht wollen. Das ist Ihr Stil. Wir pflegen einen anderen. - Ich bedanke mich sehr herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, ich habe noch zwei Wortmeldungen für eine Zwischenbemerkung, die eine stammt von Herrn Dr. Kränzlein, der jetzt dran ist, die andere von Herrn Kollegen Dr. Dürr. Herr Dr. Kränzlein, Sie haben das Wort.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Herr Minister, ich hätte eine Zwischenbemerkung, die ich gleich mit einer Frage verbinden werde. Sie haben gerade die Verbesserungen im Justizvollzugsdienst hervorgehoben. Mir liegt ein aktuelles Schreiben vom Verwaltungsdienstleiter der JVA Landsberg vor. Darin steht, dass der Ist-Stand bei 155 Bediensteten liegt. Tatsächlich stehen permanent jedoch nur noch 121 Leute zur Verfügung. Alle dort Bediensteten haben derzeit 176 Überstunden. Ein Beamter wurde nach einem langen Suspendierungsverfahren entlassen. Die JVA hat an das Ministerium den Antrag auf Einstellung einer befristeten Aushilfskraft gerichtet. Dieser wurde

am 13. November 2014 von Ihrem Ministerium wegen der Stellensituation nicht genehmigt.

Die Anstalt hat noch in einem zweiten Punkt beim Ministerium händeringend um Hilfe gebeten: Zwei Hauptwerkmeister, der eine wurde seit dreizehn Jahren nicht mehr befördert, der andere seit zwölf Jahren nicht mehr, warten trotz guter Beurteilungen vergeblich auf ihre Beförderung. Nach Auskunft des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz stünden auch für derartige Härtefälle keine Beförderungsstellen zur Verfügung.

- Meinen Sie nicht auch, dass hier noch erheblicher Nachholbedarf besteht und dass diese Situation keinesfalls mit einem rosa Zuckerguss übergossen werden darf?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Staatsminister Prof. Dr. Winfried Bausback (Justizministerium): Herr Kollege Kränzlein, ich glaube, ich habe in meiner Rede keinen rosa Zuckerguss über die Situation im Vollzug gegossen. Ich habe gesagt, dass die Personalsituation durchaus angespannt ist. Das liegt auch daran, dass mit den 200 Vollzugsbeamten, die wir zusätzlich ausbilden, bildlich gesprochen, in der Justizvollzugsschule in Straubing jede "Besenkammer der Ausbildung" belegt ist. In die Diskussion darüber habe ich wirklich alle Anstaltsleiter einbezogen. Wir mussten eine zeitliche Staffelung vornehmen, um die Qualitätsanforderungen des Vollzugsdiensts in Bayern hochhalten zu können. Wir sind auf einem guten Wege.

Ich weiß, dass es in den Anstalten unterschiedliche Belastungszahlen gibt. Ich verfolge das und versuche in einigermaßen gerechter Art und Weise, ausgleichend zu wirken. Wenn diese 200 Stellen voll im Vollzug angekommen sind, werden wir insbesondere in Straubing eine deutliche Entlastung erreichen. Das ist zwar keine voll befriedigende, aber eine ehrliche Antwort. Wir sind auf einem notwendigen Weg. Ich sage Ihnen auch: 1.300 aufgebaute Stellen insgesamt seit 1990 und ein Umbau des

Justizvollzugs – das ist eine Leistung, auf die der bayerische Vollzug stolz sein kann. Ich danke auch allen, die daran mitgearbeitet haben. Ich bin sicher: Wir werden auch die nächsten Jahre, bis die Stellen angekommen sind, gemeinsam bewältigen. Dazu biete ich jederzeit Gesprächsbereitschaft an.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. Das Wort hat der Kollege Dr. Dürr.

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Herr Minister, nicht immer, wenn man das Vergleichsniveau nur niedrig genug wählt, kommt man groß heraus.

(Widerspruch bei der CSU)

Ich spreche nicht über Ihre Einlassungen am Schluss

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

und ich verorte Sie auch nicht in der Muppet Show bei Miss Piggy oder woanders. Das mache ich wirklich nicht. Sie haben offensichtlich nicht mitbekommen, was ich zum Haushalt gesagt habe, und deshalb möchte ich von Ihnen ganz genau wissen: Wie viel Prozent mehr stehen Ihnen für Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte im Vergleich zum Vorjahr zur Verfügung? Wie viel Prozent, Herr Minister?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. - Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Prof. Dr. Winfried Bausback (Justizministerium): Herr Kollege Dürr, eine Frage ist noch keine Aussage. Ich freue mich, dass Sie mich mit dieser Frage daran erinnern, dass Sie in Ihrer Rede behauptet haben, Sie hätten bis heute noch

keine Antwort auf Ihre Anfrage hinsichtlich der Personalsituation und Arbeitsbelastung. Die Antwort auf diese Anfrage – daran sehen Sie einmal, wie der Kollege arbeitet – ist am 26. November 2014 rausgegangen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Dürr, schreien Sie nicht herum!

Staatsminister Prof. Dr. Winfried Bausback (Justizministerium): Sie hatten mindestens eineinhalb Wochen Zeit, sich diese durchzulesen. Sie wollen sie hier nicht zitieren, weil sie für Sie zu positiv ist.

(Beifall bei der CSU)

Außerdem, Herr Kollege Dürr, entspricht es nicht meinem parlamentarischen Stil, dass ich mit einem Minister und Vertretern eines Hauses ausmache, nachdem Abfragen bei der Fachgerichtsbarkeit und anderen Häusern notwendig waren, dass es ausreicht, drei Monate Zeit für die Beantwortung zu beanspruchen, und hinterher werfe ich in einer Plenardebatte genau das einem Minister vor. Das halte ich für einen Stil, der eines vernünftigen, seriösen Politikers nicht würdig ist.

(Beifall bei der CSU – Margarete Bause (GRÜNE): Wo bleibt die Antwort?)

Wir haben innerhalb von acht Jahren insgesamt 210 Stellen für Richter und Staatsanwälte geschaffen. Das ist eine Zahl, die sich sehen lassen kann, und damit möchte ich es an dieser Stelle auch belassen. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2015/2016, Einzelplan 04, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3613 mit 3616, 3702 mit 3709, 3729, 3736 mit 3756 und 3864 sowie die Be-

schlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/4428 zugrunde. Der Einzelplan 04 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung, Drucksache 17/4428, genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Die Abstimmung soll in namentlicher Form erfolgen; das ist beantragt. Abstimmungsgrundlage ist der Einzelplan 04 mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen. Für die Stimmabgabe sind die Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals und auf dem Stenografentisch bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Dafür stehen drei Minuten zur Verfügung. - Wir haben danach noch die Abstimmung zum Haushaltsplan, es ist also noch nicht zu Ende.

(Namentliche Abstimmung von 12.34 bis 12.37 Uhr)

Die Stimmabgabe ist geschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. – Ich weise noch darauf hin, dass in der Mittagspause die Richterwahlkommission im Bayernzimmer tagt.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Einzelplan 07 bekannt, Tagesordnungspunkt 4. Mit Ja haben 86 gestimmt, mit Nein 68; Stimmenthaltungen: Keine.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Damit ist der Einzelplan 07 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen. – Ich bitte, auf allen Seiten des Hauses die Plätze einzunehmen und die Unterhaltungen einzustellen. Wir haben noch eine Abstimmung.

(Unruhe)

Ich fahre mit der Tagesordnung nicht fort, bis das geschehen ist. - Das gilt genauso für hier. - Entschuldigung, ich habe nur das gerade gesehen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge zum Einzelplan 07, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 2)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 17/4595, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3941 und 3942 ihre Erledigung gefunden haben. Damit ist die Beratung des Einzelplans 07 abgeschlossen.

Ich gebe jetzt, nachdem das Ergebnis vorliegt, auch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Einzelplan 04, Tagesordnungspunkt 5 bekannt. Mit Ja haben 86 gestimmt, mit Nein haben 57 gestimmt, Stimmenthaltungen: 16.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Damit ist der Einzelplan 04 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge gelten gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 4)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende bekannte Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind wiederum die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Dann ist so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 17/4428, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3707 mit 17/3709 und 17/3745 ihre Erledigung gefunden haben. Damit ist die Beratung des Einzelplans 04 abgeschlossen.

Jetzt ist die Vormittagstagesordnung erledigt. Ich wünsche guten Appetit und vertage die Sitzung auf 13.10 Uhr. In einer halben Stunde treffen wir uns also wieder.

(Unterbrechung von 12.43 bis 13.13 Uhr)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Meine Damen und Herren, wir fahren mit der Sitzung fort.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 10.12.2014 zu Tagesordnungspunkt 5: Haushaltsplan 2015/2016;
Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz (Drucksache
17/4428)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Aigner Ilse	X		
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			X
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Beißwenger Eric	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brückner Michael	X		
von Brunn Florian		X	
Brunner Helmut			
Celina Kerstin		X	
Dettenhöfer Petra	X		
Dorow Alex	X		
Dünkel Norbert	X		
Dr. Dürr Sepp		X	
Eck Gerhard	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute	X		
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen			X
Fehlner Martina		X	
Felbinger Günther			X
Flierl Alexander	X		
Dr. Förster Linus			
Freller Karl	X		
Füracker Albert			
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith	X		
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva			
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Haderthauer Christine			
Häusler Johann			X
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim			X
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.			
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold			X
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes	X		
Hofmann Michael	X		
Holetschek Klaus	X		
Dr. Hopp Gerhard	X		
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Huber Martin	X		
Huber Thomas	X		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Kamm Christine		X	
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro	X		
Knoblauch Günther		X	
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd	X		
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus			X
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			X
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia			
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander			X
Neumeyer Martin	X		
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael			X
Pohl Bernhard			X
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold			
Sauter Alfred	X		
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi			X
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig	X		
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayer Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina	X		
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl			X
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika		X	
Dr. Wengert Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta			X
Wild Margit			
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno			X
Gesamtsumme	86	57	16

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 5

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 04:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Finanzierung der Opferhilfe
(Kap. 04 02 Tit. 112 01 und neue TG)
Drs. 17/3613
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Keine Privatisierung der Justiz – keine privaten Wachdienste in bayerischen Gerichtsgebäuden
(Kap. 04 04 Tit. 422 01 und Tit. 517 01)
Drs. 17/3614
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Elektronische Aufenthaltsüberwachung
(Kap. 04 04 Tit. 526 29)
Drs. 17/3615
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Justizopferentschädigungsfonds
(Kap. 04 04 neuer Tit.)
Drs. 17/3616
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Bewährungshelfer
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/3702
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Justizfachwirte
(Kap. 04 04 Tit. 422 01 und 422 21)
Drs. 17/3703
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Rechtspfleger
(Kap. 04 04 Tit. 422 21)
Drs. 17/3704
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Justizwachtmeister
(Kap. 04 04 Tit. 422 01 und 517 01)
Drs. 17/3705
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Justizvollzug
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/3706
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Richter und Staatsanwälte
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/3729
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Mittel für die Provenienzforschung
(Kap. 04 01 Tit. 686 02)
Drs. 17/3864

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Forschungsprojekt zur Verbesserung der Fortbildung der Richter und Staatsanwälte im Hinblick auf die Qualität der Gutachten
(Kap. 04 01 neuer Tit.)
Drs. 17/3736
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Forschungsprojekt zur Verbesserung der Qualität der Gutachten und der Qualifizierung der Sachverständigen
(Kap. 04 01 neuer Tit.)
Drs. 17/3737
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschuss an die „Stiftung Opferhilfe Bayern“
(Kap. 04 01 neuer Tit.)
Drs. 17/3738
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Ausgaben für Gesundheitsmanagement
(Kap. 04 02 Tit. 525 21)
Drs. 17/3739
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften:
Justizwachtmeisterdienst: 100 neue Stellen für Justizoberwachtmeister und Justizoberwachtmeisterinnen
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/3740
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften:
20 neue Stellen für Bewährungshelfer und Bewährungshelferinnen
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/3741
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften:
100 neue Stellen für Richter und Richterinnen an Amts- und Landgerichten und 50 neue Stellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/3742
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften:
100 neue Stellen für Rechtspflegeranwälter und Rechtspflegeranwältinnen
(Kap. 04 04 Tit. 422 21)
Drs. 17/3743
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften:
Servicebereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften: 100 neue Stellen für Schreibkräfte für Gerichte und Staatsanwaltschaften
(Kap. 04 04 Tit. 428 01)
Drs. 17/3744
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verbesserung der Fortbildung der Richter und Staatsanwälte im Hinblick auf die Qualität der Gutachten
(Kap. 04 04 Tit. 525 01)
Drs. 17/3746

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschuss für das Projekt „Schadenswiedergutmachung im Strafverfahren über anwaltliche Schlichtungsstellen“
(Kap. 04 04 Tit. 684 01)
Drs. 17/3747
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Psychotherapeutische Fachambulanz für entlassene Sexualstraftäter in Ostbayern
(Kap. 04 04 Tit. 686 03)
Drs. 17/3748
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Justizvollzugsanstalten:
38 neue Stellen für Krankenpfleger und Krankenschwestern
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/3749
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Justizvollzugsanstalten:
Verstärkung der Fachdienste: 35 neue Stellen für Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/3750
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Justizvollzugsanstalten:
10 neue Stellen für Regierungsräte und Regierungsrätinnen
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/3751
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Justizvollzugsanstalten:
Weitere 100 neue Stellen für Anwärter und Anwärterinnen des allgemeinen Vollzugsdienstes, Werkdienstes und mittleren Verwaltungsdienstes
(Kap. 04 05 Tit. 422 21)
Drs. 17/3752
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Justizvollzugsanstalten:
10 neue Stellen für Regierungsinspektoranwärter und Regierungsinspektoranwärterinnen
(Kap. 04 05 Tit. 422 21)
Drs. 17/3753
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Straftatlassenenhilfe
(Kap. 04 05 Tit. 681 02)
Drs. 17/3754
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Forschungsaufgaben im Bereich des Strafvollzugs
(Kap. 04 05 Tit. 686 02)
Drs. 17/3755
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Projekt „Gemeinnützige Arbeit statt Ersatzfreiheitsstrafe“
(Kap. 04 05 Tit. 546 71)
Drs. 17/3756

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Klaus Stöttner

Abg. Annette Karl

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Erwin Huber

Abg. Claudia Stamm

Abg. Natascha Kohnen

Abg. Thomas Mütze

Staatsministerin Ilse Aigner

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Haushaltsplan 2015/2016

Einzelplan 07 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 17/3941 und 17/3942)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 17/4118 mit 17/4134)

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 17/4364 mit 17/4366)

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 17/4237 mit 17/4255)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von einer Stunde und 30 Minuten vereinbart. Die einzelnen Fraktionen wissen, wie viele Minuten auf sie entfallen. Ich darf damit die Aussprache eröffnen und erteile für die CSU Herrn Kollegen Stöttner das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Klaus Stöttner (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste aus dem Stimmkreis von Frau Kollegin Schreyer-Stäblein auf den Rängen! Ich möchte zuerst unserer Präsidentin und dem Landtagsamt für die gestrige gelungene Weihnachtsfeier im Senatssaal einen herzlichen Dank aussprechen. Zum guten Wirtschaften in der Politik gehört auch, nach einem erfolgreichen Jahr einmal innezuhalten und an runden Tischen den Erfolg des letzten Jahres zu begehen. Vielen Dank Ihnen, Frau Präsidentin, und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die würdige Gestaltung des gestrigen Abends.

(Allgemeiner Beifall)

Erfolgreiches Wirtschaften, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, heißt, mehr richtig als falsch zu machen. Mit dem Doppelhaushalt 2015/2016 wird der sehr erfolgreiche haushaltspolitische Kurs fortgesetzt, den die Staatsregierung seit Jahrzehnten pflegt, ohne die Kernaufgaben des Staates zu vernachlässigen.

Obwohl es sich mit Beträgen von 918 Millionen Euro im Jahr 2015 und 923 Millionen Euro im Jahr 2016 um einen im Vergleich zum Gesamthaushalt in Höhe von 53 Milliarden Euro überschaubaren Haushalt handelt, ist entscheidend, welche Akzente hier gesetzt werden. Schon Otto Wiesheu hat immer gesagt: Nicht die Menge des Geldes ist entscheidend, sondern der richtige Einsatz und die Impulse, die daraus entstehen. Ja, meine Damen und Herren, mit einer Investitionsquote von 43,5 % setzt der Einzelplan 07 klare Akzente für die Regionalförderung des Handwerks und des Handels, die außeruniversitäre Forschung, aber auch für die Medien- und Filmförderung und die traditionelle heimische Tourismuswirtschaft.

Ich möchte hier und heute nochmals deutlich machen, dass es die Regierungspartei und die Staatsregierung geschafft haben, aus dem armen Agrarland Bayern, einem Empfängerland beim Länderfinanzausgleich – das wird oft vergessen –, das europaweit erfolgreichste Bundesland zu machen, indem sie der Wirtschaft die notwendigen Rahmenbedingungen gegeben haben. Zentral ist zum Einzelplan 07 des Haushalts festzustellen, dass es der Bayerischen Staatsregierung durch die bewusste Auswahl verschiedener kooperativer Steuerungsinstrumente gelungen ist, gesellschaftliche Ziele und die Interessen der Wirtschaft so in Einklang zu bringen, dass es sich für beide Seiten gelohnt hat.

Ich möchte Ihnen nur einige Beispiele nennen. In Bayern erhält jeder erfolgreiche Absolvent der beruflichen Weiterbildung zum Meister oder zu einem gleichwertigen Abschluss den Meisterbonus der Bayerischen Staatsregierung in Höhe von 1.000 Euro. Diese Meisterprämie mit insgesamt 19 Millionen Euro und das Meister-BAföG mit 54,5 Millionen Euro setzen Maßstäbe für die Bedeutung der qualifizierten Fachkräfteausbildung in diesem Haushalt. Das Handwerk ist elementarer Bestandteil einer ge-

sunden und leistungsfähigen Wirtschaft in Bayern. Der Freistaat Bayern setzt seit jeher mit Erfolg auf eine mittelständische Wirtschaftsstruktur und damit auf ein starkes Handwerk. Geschuldet ist diese herausragende Grundlage der bayerischen Facharbeiter natürlich der exzellenten bayerischen dualen Ausbildung an unseren Berufsschulen. Hier wirken Wirtschaft und Bildung wie die Zahnräder eines Präzisionsuhrwerks zusammen.

Besonders freut mich, dass Wirtschaftsministerin Aigner im Haushalt einen kleinen, feinen Akzent auf den neu auszurichtenden Preis "Familienfreundliches Unternehmen" gesetzt hat und für diesen Titel eine Umschichtung von 200.000 Euro ausgelobt wurde. Ich gratuliere. Ein kleiner, aber feiner Akzent unterstreicht unsere positive Wertschätzung der Familienunternehmen.

(Beifall bei der CSU)

Mit dem Bayerischen Zentrum für Kultur- und Kreativwirtschaft wurde ein Zeichen der Unterstützung dieser Wachstumsbranche gesetzt. Es soll die Innovationskraft bündeln und weitere Wachstumspotenziale erschließen.

Für mich ist wirklich unverständlich, dass die GRÜNEN – leider sind nur wenige da – in einem Antrag die Kürzung der Haushaltsmittel für die Errichtung und Ausstattung von Schulungsstätten der Wirtschaft um jeweils 1,5 Millionen gefordert haben, zumal einige Projekte wie die Fortbildungszentren in Marktredwitz und Passau sowie die Erweiterung der IHK Schwaben und der IHK Würzburg anstehen. Diverse Clusterinitiativen, die eine Weiterführung dieses guten Netzwerks betreffen, wurden mit einem Kürzungsantrag bedacht. Dazu freue ich mich auf die Argumentation heute.

Meine Damen und Herren, sehr positiv ist die Erhöhung der Film- und Medienförderung im Doppelhaushalt 2015/2016. Der FilmFernsehFonds Bayern – FFF Bayern - ist die zentrale Anlaufstelle für die Film- und Fernsehförderung in Bayern und hat in der Filmbranche einen europaweit herausragenden Ruf. Das Fördervolumen des FFF Bayern beträgt rund 23 Millionen Euro jährlich. Gefördert werden die Herstellung

von Kino- und Fernsehfilmen einschließlich der Arbeiten am Drehbuch und der Produktionsentwicklung und die Produktion von Nachwuchsfilmen, mit denen wir in Bayern oft hervorragende Ergebnisse erzielen. Mit der Ausweitung der Förderung regionaler und überregionaler Filmfestivals um 300.000 Euro und der verstärkten Förderung von internationalen Filmprojekten setzen wir im Doppelhaushalt Schwerpunkte für den Filmstandort Bayern. Dankbar bin ich der Ministerin auch dafür, dass sie mit der bekannten und beliebten Schauspielerin Veronica Ferres als bekennender Liebhaberin Bayerns beim Bayerischen Tourismustag die Filmkulisse Bayern als Mittelpunkt der Filmemacherei herausgestellt hat und mit sehr persönlichem Einsatz und mit Unterstützung des Staatssekretärs Pschierer den Scheinwerfer auf Bayern leuchten lässt. Herzlichen Dank Ihnen beiden!

(Beifall bei der CSU)

Meine Kolleginnen und Kollegen, wichtig bei der Aufstellung des Haushalts war auch die Stabilisierung der regionalen Fernsehsender durch eine Technikförderung mit einem Volumen von 10 Millionen Euro pro Jahr. Wir schätzen die hochwertige Berichterstattung über die lokalen Veranstaltungen besonders mit Blick auf die Ehrenamtlichen in den Vereinen. Unser Kollege Oliver Jörg betont ständig, dass wir die Wertschätzung der Ehrenamtlichen stärker verdeutlichen müssen. Daher habe ich kein Verständnis für das Anliegen der GRÜNEN, diese wichtige Förderung komplett zu streichen. Diesem Antrag konnten wir nicht zustimmen.

Eine weitere Medienförderung in Höhe von 5 Millionen Euro erfährt in der Digitalisierungsoffensive der neu veranschlagte Titel für Internet und digitale Medien mit dem WERK1. Das WERK1 ist ein Gründerzentrum für die digitale Wirtschaft in Bayern. Dabei stellt die Einrichtung in der Nähe des Münchener Ostbahnhofs alles zur Verfügung, was ein junges Unternehmen zum Wachsen braucht. Hinter dem WERK1 steht ein gründerfreundliches Konzept für Miete, Gemeinschaftsaktivitäten und Beratungsangebote. Bayern schafft damit ein gründerfreundliches Klima für die digitale Szene. Ziel dieser Schritte ist es, Bayern zum Spitzenreiter in Sachen Existenzgründungen zu

machen. Dabei dürfen aber die klassischen Branchen wie Handel, Handwerk und das Hotel- und Gaststättengewerbe nicht vergessen werden.

Ich komme zur Regionalförderung. Ziel der Regionalförderpolitik ist es, strukturschwache Regionen nachhaltig zu unterstützen und deren Standortnachteile auszugleichen. Wir wollen damit unserem Grundsatz der gleichwertigen Lebensbedingungen gerecht werden und diesen Standortnachteilen entgegenwirken. Für die Regionalförderung einschließlich der Investitionsförderung im Tourismus stehen in diesem Doppelhaushalt 125 Millionen bzw. 120 Millionen Euro bereit. Die Tourismusförderung verfolgt den Zweck, eine nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen, um für unsere Gäste, aber auch für die bayerischen Bürger einen Qualitätsstandard zu schaffen. Die Förderung soll der Qualitätsverbesserung der Tourismusinfrastruktur in den touristischen Fördergebieten dienen, ihren Erholungswert erhöhen und damit ihre Wirtschaftskraft steigern.

Als übergeordnetes Ziel soll die Infrastrukturförderung die Wettbewerbsposition Bayerns gegenüber nationalen und internationalen Urlaubsdestinationen stärken. Wir haben daher für die Tourismuswerbung einen erhöhten Ansatz von 11 Millionen Euro vorgeschlagen, bisher waren es 8,7 Millionen. Mit diesen zusätzlichen Mitteln für 2015 ist es möglich, die Bereiche Onlinemarketing, Gesundheits- und Jugendtourismus und die Weiterentwicklung der Barrierefreiheit stärker zu fördern. Ein wichtiger Ansatz, meine Kolleginnen und Kollegen, war und ist uns dabei, die oft auf fünf Jahre begrenzten europäischen Förderprojekte, die eine Nachhaltigkeit vermissen lassen, auf eine stetige Landesförderung umzustellen. Diese erhöhte Förderung wird sowohl den vier bayerischen Tourismusverbänden als auch dem Heilbäder-Verband zugutekommen, die somit stabil für 2015 aufgestellt sind. Der Tourismus, meine Damen und Herren, bekommt in dem neuen Wirtschaftsministerium immer mehr die Bedeutung, die er verdient. Wir stehen hier vor großen Herausforderungen, um im internationalen Wettbewerb an der Spitze zu bleiben und trotzdem die schöne Landschaft und die Herzlichkeit der Menschen in unserer Heimat zu erhalten.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Der Wirtschaftsministerin und ihrer Mannschaft, den Mitarbeitern, die den Doppelhaushalt erarbeitet haben, dem Haushaltsausschussvorsitzenden Peter Winter und den Mitgliedern des Haushaltsausschusses, die über 40 Änderungsanträge zum Einzelplan 07 beraten haben, müssen ein großer Dank und ein Lob ausgesprochen werden.

(Beifall bei der CSU)

Ich danke den Kolleginnen und Kollegen unserer Fraktion und der Opposition für das menschlich gute Miteinander. Unsere Diskussionen waren geprägt von unterschiedlichen Ansichten über die Verteilung des Kuchens.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen mit diesem Haushalt den Mittelstand als Motor der bayerischen Wirtschaft unterstützen und als Getriebe und Navigationssystem fungieren, den richtigen Gang einlegen und die bayerischen Unternehmer verantwortungsvoll begleiten. Mit diesem Doppelhaushalt werden Anreize geschaffen und Impulse gesetzt, um die Gründerszene zu aktivieren und zugleich dem Fachkräftenachwuchs Stabilität und Wertschätzung zu geben. Dieser Doppelhaushalt zeichnet sich durch einen zukunftsweisenden Wirtschaftsetat aus, der ausgewogen auf die neuen Zukunftsthemen setzt, aber die traditionellen Branchen nicht vergisst. Auch mit dem bewusst gesetzten Hightech-Standort München, der sich im internationalen Wettbewerb zum Beispiel mit San Francisco und anderen Standorten befindet, wird dies ein Leuchtturmprojekt für ganz Europa werden. Dabei werden die strukturschwachen Regionen im Netzwerk nicht vergessen.

Der Wirtschaftsetat ist ausgewogen, mutig und zukunftsgerichtet, und er zeigt, dass wir wissen, welch armes Agrarland Bayern früher war. Wir wissen, dass wir Stabilität und Sicherheit brauchen, und wir wissen, wohin wir wollen; denn die Unterstützung der Arbeit ist und bleibt die Grundlage unseres Wohlstands in Bayern. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die SPD-Fraktion darf ich jetzt Frau Kollegin Karl das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Annette Karl (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal bekunde ich der Präsidentin und ihren Mitarbeitern meinen herzlichen Dank für die wunderschöne Weihnachtsfeier und die Mühe, die Sie alle sich dafür gegeben haben.

(Allgemeiner Beifall)

Desgleichen möchte ich mich genauso wie der Kollege Stöttner bei den Mitgliedern des Haushaltsausschusses für die viele Mühe bedanken, die auch dieses Jahr notwendig war, um den Haushalt zu beraten und aufzustellen.

Liebe Frau Ministerin Aigner, Sie sind vor einem Jahr von Berlin wieder in die Landespolitik in Bayern zurückgekommen. Sie hatten viel Regierungserfahrung und sicher auch große Erwartungen. Diese Erwartungen sind gleich auf die Realität getroffen. Man hat das schon beim Zuschnitt Ihres Ministeriums gemerkt. Sie haben die Zuständigkeiten für Verkehr, Breitband und Landesentwicklung abgeben müssen. Das schränkt die Gestaltungsmöglichkeiten für eine effiziente Wirtschaftspolitik sehr ein. Dies hat auch dazu geführt, dass gerade die Zukunftsthemen Digitalisierung und Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen hinsichtlich der Zuständigkeit zwischen Finanzministerium und Wirtschaftsministerium gesplittet sind. Die Folgen hat man in diesem Jahr gesehen: Jeder macht sein eigenes Ding. Dadurch wird die Schlagkraft eingeschränkt; eine vernünftige, vernetzte Politik ist nicht möglich.

(Beifall bei der SPD)

Sie übersehen dabei, dass gerade die Digitalisierung eben nicht nur Produktionsabläufe verändert, sondern insgesamt den kompletten Begriff von Arbeit, den Begriff von Arbeitszeit und den Begriff von Arbeitsbedingungen. All das ist viel mehr als Industrie 4.0. Hier würden wir uns mehr Engagement wünschen.

(Beifall bei der SPD)

Bayern ist ein sehr erfolgreicher Wirtschaftsstandort. Das muss auch so bleiben, auch bei sinkenden Konjunkturerwartungen und einer schwierigen Weltlage. Bayern ist so erfolgreich, weil die Menschen hier hart arbeiten und die Unternehmer eine vernünftige Arbeit leisten. Vorausschauende Wirtschaftspolitik, Frau Aigner, muss genau dort ansetzen, nämlich bei den Menschen, die diesen Wirtschaftsstandort so erfolgreich gemacht haben und die ihn angesichts der Herausforderungen der Zukunft auch weiterhin so erhalten wollen. Mit Zuschauen und mit Laufenlassen geht nichts voran. Allein die Umsetzung des schönen alten Psychologemottos "Schön, dass wir mit einander geredet haben" führt geradewegs in Stagnation und Rückschritt.

Schauen wir uns die Herausforderungen und die Handlungsmöglichkeiten im Einzelnen an, zunächst einmal die Lohnentwicklung: Es kann nicht sein, dass jede sauer verdiente Lohnerhöhung von Steuern aufgeessen wird. Ich erwarte von der Staatsregierung, dass sie Wirtschaftsminister Gabriel im Bund noch stärker unterstützt

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CSU)

und die Bekämpfung bei der kalten Progression nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschiebt, sondern jetzt anpackt, wo die Einnahmen so hoch sind wie wohl nie mehr in Zukunft. Das kurbelt die Binnenwirtschaft an und ist ein endogenes Konjunkturprogramm nicht für heitere, sondern für härtere Zeiten. Bei ordentlicher Priorisierung ist dies auch unter Wahrung der Haushaltsdisziplin möglich.

(Beifall bei der SPD)

Bleiben wir bei den Menschen, die im Niedriglohnbereich arbeiten: Hier hat der Mindestlohn endlich Untergrenzen eingezogen. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit und mitnichten eine Belastung der bayerischen Wirtschaft, so es uns gelingt, die Bürokratie bei den Kontrollen im Rahmen zu halten. Auch dies wäre ein gutes Betätigungsfeld

hinsichtlich Ihres Einflusses in Berlin, nicht der Kampf gegen eine Frauenquote, die sowieso maximal nur 100 Unternehmen betrifft.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum Stichwort Globalisierung. Unternehmen treffen Standortentscheidungen heute weltweit. Die bayerischen Rahmenbedingungen müssen darauf ausgerichtet werden. Das heißt aber auch, dass sie die bayerische Bauchnabelschau endlich beenden müssen.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum Thema sinkende Investitionstätigkeit. Der aktuelle Industrierbericht hat gezeigt, dass die Abschreibungen in den Unternehmen mittlerweile höher als die Investitionen sind. Hier gilt es, von staatlicher Seite gegenzusteuern, wo es Handlungsmöglichkeiten gibt. Das heißt zum einen, die öffentliche Investitionstätigkeit deutlich zu erhöhen, und zum anderen, den Kommunen mehr freie Finanzmittel für Zukunftsinvestitionen zu geben. Das wäre ein erster notwendiger Schritt.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zur Herausforderung der gleichwertigen Lebensbedingungen. Nehmen Sie den Verfassungsauftrag endlich ernst! Wir konstatieren, dass sich die Wirtschaft in ganz Bayern nach oben entwickelt hat, die Wirtschaftsstärke in den einzelnen Regionen aber leider unterschiedlich ist. Die Regionen klaffen diesbezüglich immer noch auseinander. Gerade jetzt, wo wir diesen Verfassungsauftrag haben, kürzt das Wirtschaftsministerium aber die regionale Wirtschaftsförderung 2015/2016 kurz und knapp um 32 Millionen Euro. Dies ist absolut kontraproduktiv; denn es trifft genau die schwächeren Regionen.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe diverse Argumente gehört, warum das gemacht wird: Die EU verkleinere die Gebietskulisse; große Unternehmen können aufgrund der Vorschriften nicht mehr so stark gefördert werden; der Betrag sei das letzte Mal nicht komplett abgerufen worden – Das ist alles richtig, aber doch kein Argument dafür, so starke Kürzungen vorzunehmen. Sie könnten nämlich genau die Ausgangsposition nutzen, um neue Schwerpunkte in der Förderung zu setzen,

(Beifall bei der SPD)

wenn auch nicht bei den großen Unternehmen. Setzen Sie einen starken Fokus auf die kleinen und mittleren Unternehmen als Rückgrat der Wirtschaft des ländlichen Raumes, richten Sie einen stärkeren Fokus auf Tourismusförderung! Mit Blick auf einen nachhaltigen Tourismus und eine Qualitätsoffensive ist noch viel Potenzial vorhanden. Dort könnte man das Geld sinnvoll anlegen.

(Beifall bei der SPD)

Anscheinend wurden die Millionen aber dafür gebraucht, um die Finanzierungslöcher im "Nordbayern-Plan" zu stopfen. Das ist Linke-Tasche-rechte-Tasche-Politik. Das ist weder präventive Wirtschaftspolitik noch nachhaltige noch zukunftsfähige Wirtschaftspolitik, sondern einfach nur schlechte Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zur Herausforderung Gründerdynamik. Bayern ist beim Gründungsgeschehen immer noch an der Spitze. Das ist gut so. Bei der Dynamik der Gründungen ist es aber weit nach hinten gefallen. Berlin ist dabei, Bayern als Gründungs-Hotspot abzulösen – und das, obwohl wir genau wissen, dass Innovation, dass Entwicklung und Forschung der Grundstock für ein erfolgreiches Wirtschaften sind. Es geht darum, dass wir einen weltweiten Wettbewerb mit Billigprodukten nicht gewinnen können, sondern nur mit Hightech- und Spitzenprodukten. Deshalb reicht es nicht, Gründergeist herbeireden zu wollen. Es geht um Taten. Gestalten Sie den neuen Wachstumsfonds, den

ich begrüße, passgenau aus, verträsten Sie hinsichtlich der Ausstattung nicht auf die nächsten Jahre, in denen die Gelder dann nicht so stark fließen; statten Sie ihn jetzt, am Anfang, mit ausreichend Geld aus!

(Beifall bei der SPD)

Unterstützen Sie die Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen in kleinen und mittleren Unternehmen und im Handwerk stärker. Kümmern Sie sich um eine bessere internationale Vernetzung von Startup-Unternehmen. Auch diese bewegen sich nicht nur im bayerischen Hoheitsgebiet. Stattn Sie die Forschungsförderprogramme wie FLÜGGE, die sehr erfolgreich sind, auch ordentlich mit Geld aus. Unterstützen Sie Technologie-Transferzentren nachhaltig, überlassen Sie die Finanzierungsprobleme nicht immer den Kommunen!

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zur Herausforderung demografischer Wandel. Wir müssen uns darum kümmern, ernsthaft Fachkräftesicherung zu betreiben. Dazu gehört, dass bei der Bildungspolitik – jetzt bin ich wieder bei der Vernetzung von Politik – keiner verloren gegeben werden darf. Wir müssen jedes Potenzial schöpfen. Wir brauchen in Bayern endlich eine echte Willkommenskultur. Wir müssen die Chancen von Zuwanderung sehen. Diesbezüglich war selbst Ihr Vorgänger schon wesentlich weiter als Sie. Auf die kleine Prise Ausländerfeindlichkeit, die die CSU immer wieder hervorholt, würden wir in Zukunft gerne verzichten.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zur Herausforderung Veränderung der Medienlandschaft. Sie haben den Ansatz für die Film- und Forschungsförderung erhöht. Das ist gut so. Alle anderen Themen sind in ihrem Ministerium aber anscheinend überhaupt noch nicht angekommen. Zur digitalen Verbreitung, der Frequenznutzung, der Konkurrenz bei der Nutzung der Frequenzen, zu den Problemen öffentlich-rechtlicher und privater Sender – zu all

diesen Bereichen hört man von Ihnen wenig. Zur Herausforderung Energiewende wird sich später meine Kollegin noch näher äußern. Aber es stimmt schon bedenklich, wenn man hört, dass Wacker zwei Milliarden Euro investiert – nicht in Bayern, sondern in den USA aufgrund der Probleme, die man bei der Energieversorgung und Bezahlbarkeit von Energie sieht.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Blume (CSU))

Es stimmt genauso bedenklich, wenn Audi mittlerweile überlegt, seine gesamte Energieversorgung am Standort autark aufzubauen, um sich von der bayerischen Energieversorgung unabhängig zu machen. Hier muss man konstatieren, dass Ministerpräsident Seehofer mit seinem Energiewende-Chaos die Wirtschaft am Standort Bayern nachhaltig gefährdet, und Sie, Frau Aigner, schweigen dazu.

(Beifall bei der SPD)

Frau Ministerin, Bayern ist wirtschaftlich ganz vorne. Es ist unser aller Interesse, dass wir genau dort bleiben. Nutzen Sie deshalb die nächste Zeit für Weichenstellungen. Die Zeit für Reden, die Zeit für Dialoge ist irgendwann vorbei. 2015 muss das Jahr für Entscheidungen und für Handeln werden. Nutzen Sie es!

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER darf ich Herrn Kollegen Muthmann das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Beim Thema Wirtschaftspolitik und Haushalt stellt sich natürlich immer die Frage: Wieviel Einfluss kann die Politik auf die Wirtschaft nehmen, und an welchen Stellen sind Impulse richtig zu setzen?

Zunächst geht es aber im Bereich der Wirtschaftspolitik ganz banal darum, dass die Politik die Unternehmungen in ihrem Tätigwerden nicht behindert, sondern zur Entfaltung kommen lässt. Eines der Beispiele, wo der Bayerischen Staatsregierung das zuletzt nicht gelungen ist – vielfach zitiert –, ist die 10-H-Regel, eine unnötige Vorschrift, wenn es um die Balance zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und dem Schutz der Menschen in Bayern geht. Das ist zulasten der wirtschaftlichen Entwicklung und der Energieversorgung in Bayern entschieden worden.

Darüber hinaus ist es Aufgabe der Politik, da mitzuhelfen und zu steuern, wo die Wirtschaft alleine nicht zurechtkommt, und Impulse zu setzen, wo möglich und wo zulässig. Diese Impulse sind in zweifacher Hinsicht in den Fokus zu nehmen: zum einen geht es um Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung insgesamt und zum zweiten auch um Impulse unter dem Gesichtspunkt, wie wir durch wirtschaftliche Impulse für die Gleichwertigkeit von Lebensbedingungen in ganz Bayern sorgen können.

Das Thema Existenzgründungen hat Frau Kollegin Karl gerade schon beleuchtet. Wenn man den Einsatz von Risikokapital in Bayern mit anderen Bundesländern vergleicht, dann muss man eben sagen, dass da beispielsweise Berlin weit vorne ist. Das ist sicherlich auch ein Grund dafür, dass es in Bayern mit Existenzgründungen nicht so dynamisch weitergeht, wie wir uns das wünschen würden und wie Bayern das auch verdient. Darauf bitte ich ein Augenmerk in Zukunft zu legen und die Indikatoren der Entwicklung anzuschauen und uns beizeiten darüber zu berichten.

Es geht nicht nur um Spitzentechnologie und Existenzgründungen. Nein, es geht vor allem auch um die Bedeutung des Handwerks, des Mittelstands als des Rückgrats der Wirtschaft in Bayern insgesamt. Da ist in der Bildungsdebatte der letzten Wochen und Monate das Augenmerk zu sehr auf die akademische Bildung gelegt worden und zu wenig auf die Frage: Was braucht das Handwerk, was braucht der Mittelstand? Kollege Stöttner hat schon darauf hingewiesen, dass es die Meisterprämie gibt – immerhin. Das ist uns aber gerade angesichts der Herausforderungen, die der Mittelstand hat, wenn es um Facharbeiter und Gewinnung von Meistern insgesamt geht, zu wenig. Wir

wollen das verstärken. Deswegen haben wir an dieser Stelle in unseren Anträgen einen Schwerpunkt im wirtschaftspolitischen Bereich gesetzt. Bildungsgutscheine für die Meisterausbildung sind nicht nur Ausdruck besonderer Wertschätzung gegenüber denen, die sich auf diesen Weg begeben, sondern auch Ausdruck der Wertschätzung im Vergleich zur akademischen Bildung, um eine Balance herzustellen, die wir in unserer Gesellschaft brauchen. Mitunter gab es Debatten, in denen der Eindruck entstanden ist, dass der Mensch erst beim Akademiker richtig anfängt. Das müssen wir ändern, das wollen wir ändern, und das ist im Zentrum unseres Antrags, was die Bildungsgutscheine für die Meisterausbildung angeht.

Dritter Punkt: Breitband und Digitalisierung. Das ist eine richtige Zielsetzung, sowohl was die Breitbandstrategie als auch die Digitalisierung angeht. Da werden in den nächsten Jahren auch die wirtschaftlichen Entwicklungen ganz massiv stattfinden. IT-Dienstleistungen, Telemedizin, Telearbeitsplätze ganz allgemein sind nur drei Beispiele dafür, dass da in den nächsten Jahren die Post sicherlich viel mehr abgeht, als wir uns das heute vorstellen können. Auch das Breitbandprogramm, das zur Zielsetzung hat, in ganz Bayern entsprechende Voraussetzungen zu schaffen, ist richtig und wird von uns unterstützt.

Aber in einer Haushaltsdebatte muss man an dieser Stelle auch sagen, dass im Doppelhaushalt 2015/2016 von den so gepriesenen 1,5 Milliarden Euro tatsächlich nur 400 Millionen Euro ausfinanziert sind, während der deutlich größere Teil über Verpflichtungsermächtigungen in die darauffolgenden Jahre geschoben worden ist.

(Erwin Huber (CSU): Ist doch logisch, weil der Bedarf erst im Laufe der Jahre feststeht!)

- Nein, nein. Sehr geehrter Herr Huber, Ihre Beiträge zur Breitbandentwicklung Bayerns waren noch nie richtig und sind es auch heute nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD – Zuruf von der CSU: Sie haben ja keine Ahnung!)

Hören Sie Ihrem Staatsminister, Herrn Söder, zu, wenn er berichtet, wie viele Gemeinden auf Förderbescheide und dann auf die Auszahlung warten. Das muss schnell gehen. Wenn das nach ihrer Einschätzung bis 2020 – ich weiß nicht genau, was Sie glauben – der Fall sein wird, dann ist das zu spät. Deswegen müssen wir da draufdrücken. Deswegen sind wir auch dafür, dass die Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsplan sind, aber man muss gleichzeitig auch sagen, dass es noch Aufgabe der nächsten Haushalte ab 2017 ist, einen Großteil der 1,5 Milliarden Euro auszufinanzieren.

Über die regionale Wirtschaftsförderung haben wir auch im Haushaltsausschuss schon debattiert. Die Mittel sind im Entwurf der Staatsregierung gegenüber 2014 gesunken. Ein Teil der Begründung ist klar, Kollege Stöttner hat es schon angedeutet: Der Förderrahmen der EU macht es schwieriger, die großen Unternehmen weiterhin zu fördern. Aber die Reaktion, die Mittel zu senken, ist nach unserer festen Überzeugung völlig falsch. Es wäre möglich und auch notwendig gewesen, an anderer Stelle neue Schwerpunkte zu setzen, die Mittel zumindest auf dem Niveau zu belassen, das wir aus diesem Jahr kennen und beispielsweise bei der Tourismusförderung noch deutlich mehr zu machen und einen richtigen Schwerpunkt politischen Handelns zu setzen.

Diese zusätzliche eine Million Euro, die jetzt von der CSU für die Tourismuswerbung, für das Marketing, dazugekommen ist, ist das eine. Aber wir wissen doch auch: Wenn wir die erfolgreichen Unternehmen in dieser Branche anschauen, sehen wir, dass es da vor allem auch um bauliche Qualität und Dienstleistungsqualität des Unternehmens selbst geht. Da sind viele Unternehmen in den letzten Jahren ihren Aufgaben nicht nachgekommen, obwohl die Bedingungen bestens sind: Das Geld ist billig, die Mehrwertsteuer auf Übernachtungen ist bekanntermaßen gesenkt. Angebote, was staatliche Wirtschaftsförderung anbelangt, wären auch zu machen. Wenn man da noch 20 % Zuschuss dazunimmt, dann könnten Investitions- und Rahmenbedingungen kaum besser sein. Da muss man auf die Unternehmen zugehen. Man muss ihnen hel-

fen und die Überzeugung forcieren, dass jetzt die Zeit für Investitionen gekommen ist. Unternehmen und Hoteliers, die jetzt in dieser Phase nichts tun, werden auf Dauer nicht am Markt bestehen können. Der Tourismus ist für Bayern so wichtig, dass politischerseits mehr notwendig gewesen wäre, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn es um gleichwertige Lebensbedingungen geht – dies nur noch ganz kurz –, ist immer auch auf die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft in den Regionen hinzuweisen. Übernehmen Sie die Finanzierung der Technologie-Campi endlich als staatliche Aufgabe und lassen Sie die Kommunen damit nicht allein.

Darüber hinaus ist darauf hinzuweisen, dass auch die Clusterförderung endlich einmal evaluiert werden muss, um zu klären, was sinnvollerweise mit Schwerpunktsetzung fortgesetzt werden kann, an welchen Stellen die Wirtschaft mit dabei und engagiert ist und wo die erhofften Impulse ausgeblieben sind.

Mein letzter Punkt ist das Lokalfernsehen – das ist vor allem an die Fraktion der GRÜNEN gerichtet –, das zu stabilisieren ist, soweit das mit staatlicher Hilfe eben möglich ist.

In einer Haushaltsdebatte - das will ich jetzt doch noch kurz sagen - muss man natürlich immer auch die Frage stellen: Woher soll das Geld kommen? Das ist ein durchaus berechtigter Einwand. Da gibt es mehrere Möglichkeiten. Natürlich kann man Schulden machen, natürlich kann man Geld aus Rücklagen entnehmen. Das sind in dieser Phase aber nicht die bevorzugten Wege.

Ich will Ihnen einen weiteren Weg aufzeigen, sehr geehrte Frau Ministerin – da muss ich Sie aber eher als stellvertretende Ministerpräsidentin ansprechen. Dass Herr Eck da ist, freut mich an dieser Stelle; denn die Erfahrungen aus den Haushaltsausschusssitzungen der letzten Woche haben uns schon noch ein weiteres Element deutlich gemacht: Die Exekutive muss mit dem Geld, das wir zur Verfügung stellen, auch verant-

wortungsbewusst umgehen und darf es nicht – man muss das schon sagen - zum Fenster hinauswerfen. Ich will Ihnen ein Beispiel nennen, das wir letzte Woche im Haushaltsausschuss im Rahmen der Hochbauvorlagen hatten. Ein ganz normales Wohn- und Verwaltungsgebäude mit 8.700 Quadratmetern Nutzfläche soll in staatlicher Baulast 41 Millionen Euro kosten. Das sind 4.712 Euro pro Quadratmeter. Der Geschosswohnungsbau ist im normalen Bereich bei 1.700 Euro pro Quadratmeter. Wenn man im Geschosswohnungsbau sehr gehoben baut, kostet das 2.700 Euro. Wir als Staat leisten es uns, ein normales Wohn- und Verwaltungsgebäude zum Preis von 4.712 Euro pro Quadratmeter zu finanzieren. Wenn man das dann in der Debatte problematisiert, gibt es nicht mal ein Bedauern oder Entschuldigen, noch nicht mal ein Gespräch und auch kein Problembewusstsein. Ich kann Ihnen das gern im Konkreten und im Einzelnen noch einmal sagen. Uns alle hat entsetzt, wie wenig kostenbewusst im Bereich der Staatsregierung mit den Geldern umgegangen wird, die wir zur Verfügung stellen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn man da sparsamer wäre, könnte man vieles andere machen. Man könnte im Wirtschaftsförderbereich ein Förderprogramm für Hotels auflegen, man könnte Qualitätsverbesserungen bei Kindertageseinrichtungen finanzieren, man könnte ein Notprogramm für Asylbewerberkinder in Schulen realisieren

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Staatssekretärs Gerhard Eck)

oder auch das Polizeigebäude in Passau bauen, die ÖPNV-Förderung verbessern und so weiter. Das sind lauter gute Vorschläge der FREIEN WÄHLER – suchen Sie sich welche aus! Wenn Sie da einmal vernünftig und sparsam wirtschaften, ist viel mehr möglich als das, was wir derzeit erleben. Strengen Sie sich an! Wir werden aufpassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt erteile ich das Wort Herrn Kollegen Martin Stümpfig für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Bitte schön, Herr Kollege.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! "Herr, lass' es schneien!" titelt heute die "Süddeutsche Zeitung" und meint damit die Problematik in unseren Schneeregionen. Die Tourismusförderung ist für uns ein sehr wichtiges Thema. Wir sagen aber: Tourismusförderung muss man dem Klimawandel anpassen. Da ist ein Zuschuss für Schneekanonen wirklich Unsinn.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vielmehr sollte man dieses Geld in vernünftige Alternativen stecken - wir haben hierzu einige Anträge eingereicht -, zum Beispiel in die Bergsteigerdörfer.

In meiner weiteren Rede möchte ich mich aber auf die Energiepolitik konzentrieren. Die Energiewende war 2014 in Bayern wirklich ein trauriges Thema, ein Thema zum Schämen, muss man sagen. Zum Ausbau erneuerbarer Energien war die Antwort der Staatsregierung, Herr Huber: 10 H. Zur Versorgungssicherheit war die Antwort der Staatsregierung: Nein zu Speichern, Nein zu einem modernen Stromnetz. Zu den wichtigen Aufgaben des Stromsparens und der Energieeffizienz – ja, Sie hören richtig – hört man nichts. Fehlanzeige! Keine Antwort der Staatsregierung auf diese großen Fragen.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Frau Aigner, Sie sagten gestern, Bayern sei Motor der Energiewende und wir seien auf einem guten Weg. Wir aber fragen uns: Auf einem guten Weg wohin? Wohin steuern wir? Wenn wir Firmen besuchen – ich war erst letzte Woche in einer Firma aus der Energiebranche zu Besuch –, hören wir Klagen über die Planungsunsicherheit und das Chaos. Man weiß nicht, wo Investitionen hingehen, und steht wirklich vor einem Scheitern. Man fühlt sich wie ein Spielball der Politik. Das ist es, was wir unserem Mittelstand momentan vermitteln. Frau Karl hat in ihrer Rede auch schon angesprochen,

was bei Audi im Moment passiert. Da müssen wir wirklich umstellen und endlich Planungssicherheit schaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe mir den Haushaltsentwurf genauer angesehen. Im Einzelplan 07 sind einige Punkte enthalten, die auf den ersten Blick sehr, sehr gut sind: das Energie-Coaching für Kommunen, Fortbildungen, Modellprojekte, energiepolitische Planungen, Einsparprojekte. C.A.R.M.E.N. und die Energieagenturen wurden bereits erwähnt. Das alles liest sich ganz gut. Aber dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, kommt der große Hammer: Für diese Projekte sind genau 10 Millionen Euro pro Jahr eingestellt. 10 Millionen Euro für die Energiewende – ein Generationenprojekt! 10 Millionen Euro im reichsten Bundesland mit einem Gesamthaushalt im Umfang von 50 Milliarden Euro! Wenn man das herunterbricht, sind das tatsächlich 0,02 % für die Energiewende. Da sagen Sie uns: Bayern ist spitze, Bayern ist Motor, Bayern setzt Maßstäbe. Das ist ein Witz. Bayern blockiert und verschläft die Entwicklung.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Abgeordneten Natascha Kohnen (SPD))

Ein Projekt habe ich noch vergessen, Ihren Joker: das 10.000-Häuser-Programm. Dafür sind noch einmal 5 Millionen Euro eingestellt. Wir wissen nur leider nicht, wofür. Herr Seehofer hat im Sommer noch gesagt, es gehe um Speicher für Solaranlagen. Sie, Frau Aigner, haben gesagt, das sei ein bunter Blumenstrauß. Wir wollen kein intransparentes Förderprogramm, das dann wieder vor dem obersten Gerichtshof verklagt wird. Wir wollen Transparenz. Deswegen haben wir auch einen Berichtsantrag gestellt, um zu erfahren, was sich hinter diesem ominösen 10.000-Häuser-Programm verbirgt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir als grüne Landtagsfraktion haben einen ausgeglichenen Haushaltsentwurf vorgelegt und beweisen damit, wie man seriöse Haushaltspolitik macht und gleichzeitig die

Herausforderungen der Zukunft angeht. Wir setzen die richtigen Schwerpunkte im Bereich der Bildungspolitik, der Sozialpolitik und der Energiewende. Unsere Anträge stärken den Klimaschutz und kurbeln die heimische Wirtschaft an. Damit schaffen wir verlässliche Rahmenbedingungen und setzen auf die regionale Wertschöpfung, gerade auch im ländlichen Raum.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dafür wollen wir in den nächsten beiden Jahren 170 Millionen Euro einstellen – 170 Millionen Euro gegenüber Ihrer doch eher kläglichen Summe. Wir investieren kräftig und stellen den Wärmebereich in den Mittelpunkt, zum Beispiel für kommunale Liegenschaften mit 60 Millionen Euro, für ein gut ausgestattetes Förderprogramm zur Kraft-Wärme-Kopplung, für Nahwärmenetze. Unser wichtigster Bereich, damit wir die Energiewende wirklich "von unten" anschieben, die Menschen vor Ort abholen und ihnen unter die Arme greifen, sind umfassende Beratungsinitiativen und Energieagenturen in allen bayerischen Landkreisen für ein kompetentes Klimaschutzmanagement in unseren Kommunen. Ganz besonders wichtig ist Umweltbildung. Wir müssen gerade unsere Kinder und Jugendlichen mitnehmen und ihnen erklären, was die Energiewende ist und welche Herausforderungen uns bevorstehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Energiewende findet in den Kommunen statt, und da wollen wir investieren. Sie, Frau Aigner, das heißt, die Staatsregierung, setzen die falschen Signale. Wir werden die Wende tatkräftig anschieben, ob Sie wollen oder nicht. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die CSU-Fraktion hat der Kollege Erwin Huber ums Wort gebeten. Bitte schön, Herr Kollege.

Erwin Huber (CSU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte mit der Steuerpolitik beginnen; denn der gestrige Versuch von Herrn Rinderspacher und heute von den anderen Rednern der SPD, sich als Steuersenkungspartei zu profilieren, ist der Witz des Jahres.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Ich muss das jetzt natürlich begründen. Die Sache mit der kalten Progression haben wir in der letzten Legislaturperiode als Union-/FDP-Regierung im Bund eingebracht.

(Markus Rinderspacher (SPD): Herr Seehofer hat das sofort einkassiert!)

Das ist im Bundesrat an der Mehrheit von SPD und GRÜNEN gescheitert. Es ist an Ihnen gescheitert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Herr Seehofer hat vor acht Wochen noch davor gewarnt!)

Die energetische Gebäudesanierung haben wir in der letzten Legislaturperiode ebenfalls auf Berliner Ebene eingebracht. - Auch sie ist im Bundesrat gescheitert.

(Zuruf von der SPD: Sagen Sie doch auch warum!)

In ihrem Wahlprogramm haben SPD und GRÜNE gesagt, sie wollten die Vermögenssteuer erhöhen, sie wollten eine Vermögensabgabe einführen und sie wollten den Spitzensteuersatz erhöhen.

(Unruhe bei der SPD)

Die SPD ist die Steuererhöhungspartei in Deutschland!

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Und nun zur kalten Progression: Die Absenkung, die wir für 2017 vorsehen, ist von der CSU initiiert worden. Ich freue mich, dass vermutlich zur gleichen Stunde jetzt auch

die CDU ihre Zustimmung geben wird. Es war innerhalb der Unionsfamilie gar nicht so einfach, die CDU zu diesem Schritt zu bewegen, wobei der Hinweis auf die schwarze Null durchaus beachtenswert ist. Die SPD hat sich jetzt als Letzte aufgeschwungen, fordert aber gleichzeitig eine Gegenfinanzierung.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das stimmt nicht!)

Das sagt Ihr Fraktionsvorsitzender, Herr Oppermann. – Sie wissen offensichtlich nicht, was die SPD selber sagt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie weiß durchaus, was sie will!)

Wer innerhalb des Steuerrechts eine Gegenfinanzierung vornimmt, erreicht damit keine Steuersenkung, sondern lediglich eine Umschichtung.

(Markus Rinderspacher (SPD): Erklären Sie das doch Herrn Seehofer, der davor gewarnt hat!)

Ich sage nur: Steuerpolitisch gibt es bei der SPD ein reines Chaos und sonst gar nichts.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Das sagt gerade der Richtige!)

Ich setze jetzt noch was drauf, meine Damen und Herren: Die SPD hat vorgeschlagen, den Soli, der im Jahr 2019 zwar nicht rechtlich, aber politisch ausläuft, in den Einkommensteuersatz einzubauen. Das würde eine Perpetuierung dieses Zuschlags bedeuten und die Steuerprogression nach oben treiben. Das Tolle daran ist Folgendes: Da der Soli einen Grundfreibetrag hat, werden, wenn wir ihn in den Steuersatz einarbeiten, die kleinen Einkommensbezieher und die Familien stärker belastet.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Das zeigt, dass Sie sich im Steuerrecht überhaupt nicht auskennen. Ich sage, das wird mit uns nie erfolgen.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt geht es mir besser, nachdem ich das alles gesagt habe.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Sagen Sie es doch Herrn Seehofer!)

Jetzt kann ich mich des bayerischen Wirtschaftsetats annehmen. Frau Ministerin, wir stimmen diesem Einzelplan 07 zu; denn es ist ein ausgesprochener Einzelplan für Investitionen und Innovationen.

(Zurufe von der SPD)

Zunächst ist es der Vorschlag der Staatsregierung, den die Wirtschaftsministerin im Kabinett ausgehandelt hat. Ich möchte ausdrücklich bestätigen, dass wir hier die richtigen Weichenstellungen für Innovationen in Bayerns Zukunft haben.

(Beifall bei der CSU)

Richtig ist aber auch, was der Ministerpräsident gestern durch die Stimme von Ilse Aigner gesagt hat: Bayern geht härteren Zeiten entgegen. Das stimmt. Jeder weiß, dass sich die internationale Konjunktur abschwächt und die Krisenherde zunehmen. Davon ist selbstverständlich auch Bayern betroffen. Das bedeutet aber nicht, dass wir jammern, sondern wir versuchen die richtigen Weichenstellungen vorzunehmen. Das kann eigentlich nur heißen, dass wir die Innovationsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft weiter verbessern. Und da geht es aus meiner Sicht – das muss ich, an SPD und FREIE WÄHLER gerichtet, jetzt einmal feststellen - nicht mehr in erster Linie um die traditionelle Regionalförderung. Vielmehr ist der wirtschaftliche Motor der Zukunft die Forschung und Entwicklung sowie die Umsetzung von Forschungsergebnissen in wirtschaftliche Produkte. Das ist das Entscheidende, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Sie wollen also die Regionalförderung abschaffen?)

Mit der Digitalisierungs-offensive sind die Weichen genau richtig gestellt.

Nun ein paar Sätze zur Situation der Wirtschaft in Bayern insgesamt. Wir sind das Land mit dem höchsten wirtschaftlichen Wachstum und mit der geringsten Arbeitslosigkeit in Deutschland.

Besonders erfreulich ist, dass gerade auch die traditionell strukturschwächeren Räume an der Grenze zu Tschechien, also Oberfranken, Oberpfalz und Niederbayern, heute eine außerordentlich gute und positive wirtschaftliche Entwicklung haben. Wir haben in der Oberpfalz und in Niederbayern die geringsten Arbeitslosenzahlen ganz Bayerns.

(Zuruf von der CSU: Bravo!)

Gerade Oberfranken als der traditionelle Industriestandort hat in den letzten Jahren den Strukturwandel in hervorragender Weise gemeistert.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie sollten mal hinfahren und sich das anschauen, Herr Huber!)

Wir sollten der Wirtschaft in Oberfranken dafür wirklich Anerkennung aussprechen.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte jetzt noch zwei Teilaspekte aufgreifen. Frau Karl, das hätte eigentlich gut für Sie gepasst. Bayern hat die höchste Frauenerwerbsquote unter den westlichen Bundesländern. Wir finden sie also nicht in den rot-grün regierten Ländern, die dauernd von Frauenförderung reden, sondern das konservativ regierte Bayern hat die beste Beschäftigungssituation für Frauen.

(Beifall bei der CSU)

- Gell, da schaut's. -

(Heiterkeit bei der CSU)

Der zweite Teilaspekt bezieht sich auf die junge Generation. Sie hat in Bayern die besten Chancen. In Bayern gibt es Gott sei Dank keinen Mangel an Lehrstellen, sondern wir haben einen Überschuss. Alle jungen Leute haben heute die Chance, eine Ausbildung zu bekommen. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei 2 bis 3 %. Das ist ein Spitzenwert in ganz Europa. Ich meine, unsere Politik ist damit durchaus zukunftsorientiert und gibt den jungen Menschen jede Chance. Bayern steht glänzend damit da.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Huber, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Claudia Stamm?

Erwin Huber (CSU): Ja, bitte.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Huber, auf den Soli wird mein Kollege Mütze noch eingehen. Ich glaube, Sie haben verpasst, was Ihr Finanzminister dazu gesagt hat. – Ich möchte Sie fragen, ob Sie wissen, dass es in Bayern zwar die höchste Frauenerwerbsquote gibt, aber der sogenannte Gender Pay Gap in Bayern ebenfalls am höchsten ist. Also höher als der schon sehr hohe Bundesdurchschnitt. Er liegt immer mindestens ein bis zwei Prozentpunkte darüber. Wie erklären Sie sich das? Und was haben Sie vor, endlich dagegen zu tun?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erwin Huber (CSU): Erstens meine ich, dass für die Chancen der Frauen die Arbeitsplätze das Wichtigste sind. Als Zweites möchte ich den Familienpakt der Staatsregierung herausheben; denn gerade dieser Familienpakt, der auch von der Wirtschaft unterschrieben wurde, zielt auf familienfreundliche und damit auch frauenfreundliche Gestaltung der Arbeitsplätze. So etwas hat in dieser Form kein anderes deutsches Bundesland.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

Ich möchte, was die wirtschaftliche Entwicklung in Bayern angeht, einmal ein Wort der Anerkennung an den Mittelstand aussprechen. Wir haben einerseits die Global Player, aber andererseits haben wir circa 600.000 mittlere und kleinere Unternehmen, bei denen mehr als 80 % der arbeitenden Bevölkerung beschäftigt sind. Motor für die Dynamik und Stabilität der Wirtschaft in Bayern ist gerade der Mittelstand; deshalb ist die Mittelstandsförderung ein Schwerpunkt in diesem Haushalt.

(Beifall bei der CSU)

Das Zweite. Wir brauchen Global Player

(Zuruf)

- und Playerinnen, ja. – Deshalb meine ich, dass wir, nachdem sich an der Spitze von Unternehmen eine Reihe von Veränderungen abzeichnet, feststellen sollten, dass wir Großunternehmen in Bayern haben, die auf dem Weltmarkt ungeheuer erfolgreich sind. Da jetzt beispielsweise Herr Reithofer von der Spitze von BMW weggeht und in den Aufsichtsrat wechselt, möchte ich bestätigen, dass er ein hoch innovatives Unternehmen geschaffen hat. Ich will ihm auch dafür danken, dass BMW sich mit den Fabriken in Landshut, Dingolfing, Regensburg und Wackersdorf der Verantwortung für Regionalpolitik in vorbildlicher Weise gestellt hat. Diesem Beispiel könnten andere Unternehmen durchaus folgen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Aber da es nicht nur in großen Unternehmen Veränderungen gibt, möchte ich an dieser Stelle die große Leistung des Handwerkskammerpräsidenten Traublinger dankend herausstellen, der 25 Jahre an der Spitze der Handwerkskammer für München und Oberbayern und des Bayerischen Handwerkstages stand und lange Zeit Mitglied des Haushaltsausschusses und des Landtags gewesen ist. Er hat gerade für das Handwerk in Bayern unendlich viel geleistet. Ich möchte ihm an dieser Stelle bestätigen:

Wir werden weiterhin entschieden für den Meisterbrief, die duale Ausbildung und die Zukunft des Handwerks eintreten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Bernhard Roos (SPD) – Bernhard Roos (SPD): Genau!)

Ich möchte noch herausheben, was aus meiner Sicht für den Mittelstand von besonderer Bedeutung ist. Die mittelständischen Unternehmen klagen deutlich über die Belastung durch Bürokratie und Vorschriften. Nun könnte man sagen, das ist ein Dauerlamento. Wir haben in einem Staat, der auf Sicherheit, soziale Sicherheit und auf Umweltschutz orientiert ist, natürlich ein großes Maß an Ordnungspolitik zu leisten. Ich möchte drei Aufgaben herausstellen, die wir angehen müssen.

Erstens. Die Paragrafenbremse in Bayern ist richtig angelegt. Wir bekennen uns auch als CSU-Fraktion dazu, dass wir keine neuen Vorschriften schaffen wollen, wenn nicht andere im gleichen Maße wegfallen. Am Ende dieser Legislaturperiode wollen wir weniger Paragrafen als an deren Anfang.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das schaffen Sie niemals!)

Zweitens. Für die kleinen und mittleren Unternehmen ist eine Befreiung von bestimmten Dokumentationspflichten notwendig. Gewisse Umsatzgrenzen müssen angepasst werden, um gerade den Kleinen, den Start-ups, den Gründern die Startphase zu erleichtern.

Drittens. Was die Bundesarbeitsministerin vorhat, ist Unfug, nämlich im Bereich des Mindestlohnes massive Überwachungsvorschriften einzuführen, dies von 1.600 Leuten überwachen zu lassen und vielleicht auch noch für Subunternehmer eine Haftungsvoraussetzung einzuführen. Wenn wir schon das Mindestlohngebot haben, muss es in vernünftiger Weise und nicht überbürokratisch umgesetzt werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Insgesamt befindet sich Bayern auf einem guten Weg. Wir wünschen der Wirtschaftsministerin, dass sie im Frühjahr im Energiedialog, der gut angelegt ist, zu den notwendigen Entscheidungen kommt. Das nächste Jahr wird in der Tat das Jahr der Entscheidungen in der Energiepolitik. Wir werden den bayerischen Weg der Innovation und des wirtschaftlichen Wachstums fortsetzen. Ich möchte sagen, liebe Wirtschaftsministerin: Die CSU-Fraktion wird einen Weg der Dynamik, Innovationsfähigkeit, Mittelstandsförderung und des nachhaltigen Wachstums auch in der Zukunft nachhaltig unterstützen, weil wir den Ehrgeiz haben, dass Bayern in Deutschland an der Spitze ist und bleibt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die SPD-Fraktion darf ich jetzt Frau Kollegin Kohnen das Wort erteilen. – Bitte schön, Frau Kollegin.

Natascha Kohnen (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Erwin Huber! Erstens, Paragrafenbremse: Was fällt denn für die 10-H-Regelung weg? Das hat sich mir noch nicht ganz erschlossen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Und was ist denn mit dem guten Weg? Ihr Ministerpräsident, der sich im Krankenbett befindet, sagt ja sonst immer, Bayern befände sich in der Vorstufe zum Paradies.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört sich bisher unterschiedlich an!)

Jeder, der gewisse Bibelkenntnisse hat, weiß, was die Vorstufe zum Paradies ist.

Ich habe noch eine Frage. Wie ist es denn jetzt bei Ihnen in der CSU? Ich glaube, wir haben in den letzten Monaten zum Soli und zur kalten Progression mindestens vier Vorschläge bekommen, Herr Huber. Wir wissen immer noch nicht, welcher gilt. Damit kann ich nur zurückgeben: Was ist denn mit dem Chaos in der CSU? Wann habt ihr

euch denn verständigt, welcher Vorschlag wirklich gilt? Der Herr Ministerpräsident hat nämlich kürzlich noch vor Steuersenkungen usw. gewarnt.

(Beifall bei der SPD)

Wer hier die dicke Lippe schwingt, sollte doch ein bisschen in die eigenen Reihen gucken.

Zweitens: Bayern ist spitze, frauenfreundliche Arbeitsplätze. Frau Stamm hat es kurz angesprochen: Wie ist es denn in Bayern? Wo ist Bayern denn spitze? In Bayern verdienen Frauen um 26 % weniger als gleich qualifizierte Männer, Herr Huber. Wie ist es deutschlandweit? - Deutschlandweit sinkt der Anteil auf 22 %, was den sogenannten Gender Pay Gap betrifft. Sagen Sie mir mal, was hier in Bayern ein frauenfreundlicher Arbeitsplatz ist. Mir zumindest ist es als Frau wichtig, was ich verdiene, wie viel ich verdiene und ob gleich qualifizierte Männer deutlich besser verdienen. Das ist für mich schon ein Punkt. Hier ist Bayern wirklich deutschlandweit ein übles Beispiel.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Da ist der Gender Pay Gap am allerallergrößten. Vielleicht kann dazu Ihre weibliche Kollegin Frau Aigner noch etwas sagen, welche Instrumentarien Sie denn in die Hand nehmen wollen, damit diese Entwicklung aufhört. Bayern ist wirklich das einzige Bundesland, wo die Frauen beginnen, immer weniger als die männlichen Kollegen zu verdienen. Das ist statistisch so belegt.

Beim Thema Energie verwundert es mich wirklich: Wir haben einen Antrag gestellt und vorgeschlagen, Energienutzungspläne bayernweit zu 100 % zu fördern und die Kommunen flächendeckend aufzufordern, das zu tun. Ebenso empfiehlt das Herr Brandl vom Bayerischen Gemeindetag. Er sagt auch, das wollen die Kommunen tun. Wir haben diesen Antrag jetzt zum wiederholten Male gestellt. Warum? - Weil die Energiewende auch ein großes Experiment ist; Sie sagen, ergebnisoffen. Aber ich glaube, Sie müssen am Schluss schon wissen, wie die Bedarfe sind, wie viel erneuerbare Energie

man braucht und wie viel man einsparen kann. Das heißt, Sie müssten eigentlich herausfinden, was wir in diesem Land haben. Wir haben zwar einen sogenannten Bayerischen Wind- und Solaratlas, aber Sie gehen nicht detailliert genug nach unten in die Fläche. Sie sind sehr, sehr oberflächlich.

Was wir uns wünschen und was die Grundvoraussetzung für die Energiewende wäre: Es gilt, herauszufinden, was jede Kommune vor Ort selber an Erneuerbarem leisten kann und wie sie sich mit den anderen Kommunen darüber verständigen und vernetzen kann; das heißt, wie viel hat mein Nachbar, wie viel kann ich selber schaffen? Das müssen wir herausfinden. Dafür macht man Energienutzungspläne. Sie fördern diese jetzt in einer geringen Anzahl. Es sind 200, 300 Energienutzungspläne bei den über 2.000 Gemeinden in Bayern. Das sind kleine Grashalme, wir bekommen keinen Rasen hin. Den müssen Sie aber hinbekommen, um zu wissen, was wir selber können; denn andernfalls werden Sie nie herausfinden, was am Schluss rauskommt. Das heißt, die Analyse fehlt. Diese wollten wir mit Ihnen zusammen machen. Sie lehnen unseren Antrag ab, flächendeckende Energienutzungspläne zu erstellen. Dann würden wir auch herausfinden, was wir einsparen können, das heißt, wie wir die Bedarfe am Ende senken können. Warum lehnen Sie so etwas ab? Ich kann das nicht begreifen. Mir wäre es wirklich wichtig herauszufinden, warum Sie das tun. Greifen Sie doch endlich einmal in die richtige Kiste und machen Sie das Richtige, das heißt, fordern Sie die Kommunen auf, das zu tun, und bezahlen Sie das auch.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen haben wir Energieberater auf allen Landkreisebenen angeregt. Wir wollen, dass die Kommunen zusammenarbeiten. Der Strom hört nicht an der Gemeindegrenze auf, das heißt, wir müssten auch über das kommunale Wirtschaftsrecht reden. Sie müssen es wirklich schaffen, dass in Bayern ein Netz für die Energiewende entsteht. Wenn Sie aber die Grundanalyse nicht machen, werden Sie nie wissen, was Sie am Schluss wirklich haben wollen und brauchen werden. Deswegen, Frau Aigner, verste-

hen wir das nicht. Wir finden es bedauerlich und würden Sie auffordern, uns das noch einmal zu erklären.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Jetzt hat Kollege Mütze für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN um das Wort gebeten. – Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Mütze (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Frau Ministerin, sehr geehrter Herr Staatssekretär, sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, worüber reden wir denn? – Wir reden über den Einzelplan 07 des Haushalts 2015/16. Ich habe den Eindruck, mit großen Worten werden große Haushalte verabschiedet. Schauen wir uns den Haushalt doch einmal an. Ich muss zugeben, Kollege Stöttner hat ehrlicherweise darauf hingewiesen, worüber wir reden. Wir reden über einen relativ schmalen Haushalt, der genau 2 % des Volumens des Gesamthaushalts abbildet. Deshalb finde ich es schwierig, sich hier hinzustellen und zu sagen: Unsere Wirtschaftsförderung ist eine große Sache, das ist der Haushalt, der Bayern weiterbringt. Ich glaube, dass es nicht unbedingt am bayerischen Haushalt liegt, dass es Bayern so gut geht. Für einen oppositionellen Wirtschaftspolitiker ist es schwierig, sich hier hinzustellen und zu sagen: Das, das und das macht ihr falsch. Die Zahlen zur Arbeitslosenquote und zur wirtschaftlichen Qualität sprechen für sich. Das ist richtig.

(Beifall bei der CSU)

Das kann man gerne so sagen.

(Staatssekretär Franz Josef Pschierer: Wer hat es gemacht?)

- Dazu kommen wir noch. Wer hat es denn gemacht?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Handwerk wird von der CSU gelobt und wahrscheinlich nachher von der Ministerin noch einmal. Das ist ganz wunderbar. Ich frage

mich allerdings, warum Reden und Handeln so weit auseinanderliegen. Letztens hat der Ministerpräsident einen Nordbayern-Gipfel einberufen, in dem es um die wirtschaftliche Qualität und das wirtschaftliche Wachstum Nordbayerns sowie die gleichwertigen Lebensverhältnisse in Bayern ging. Wer wurde nicht eingeladen? – Das Handwerk war nicht eingeladen. Ein unterfränkischer Handwerkspräsident wundert sich schon, wenn er große Reden von Ihrer Seite hört, jedoch zu einem wirklich wichtigen Thema noch nicht einmal gehört wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist das Reden und Handeln bei der CSU.

Wir kommen zu einem weiteren Thema. Worauf beruht der wirtschaftliche Erfolg Bayerns? – Selbstverständlich baut der wirtschaftliche Erfolg auf dem Handwerk und dem Mittelstand auf, jedoch auch auf den großen Unternehmen. Dazu zählen – das wissen wir alle – die Automobilindustrie, Siemens, die großen Player und die Rüstungsindustrie. Der Altvordere Franz Josef Strauß hat die Rüstungsindustrie nach Bayern geholt. Diese sorgt für den wirtschaftlichen Erfolg in Bayern. Die Entwicklung der waffenfähigen Drohne, die Sie fordern, ermöglicht ein sauberes Töten. Sauberes Töten made in Bavaria – das ist Ihr wirtschaftlicher Erfolg, den Sie feiern wollen. Wenn man den wirtschaftlichen Erfolg von Rüstungsexporten in Krisenländern abhängig macht, ist das sehr kritisch zu sehen. Ich wäre mit den Lobhudeleien auf diesen Erfolg etwas vorsichtig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte zwei Punkte im Haushalt ganz konkret ansprechen. Erstens. Sie haben Wagniskapitalfonds aufgelegt. Es ist verwunderlich, dass Bayern im Bundesrat einen Antrag einbringt, in dem – ich muss jetzt zitieren, weil das einfach so heißt – steuerwirksame Sofortabschreibungsmöglichkeiten bei Erwerb von Anteilen an begünstigten Start-ups, unter anderem durch Privatpersonen via Wagniskapitalfonds, gefordert werden. Das war jetzt ein bisschen kompliziert. Im Endeffekt heißt das: Wir wollen steuer-

lich fördern, wenn Start-ups über Wagniskapital gefördert werden. Das ist richtig. Warum muss der Freistaat dann extra einen Kapitalfonds auflegen? Was soll das bedeuten? Es ist nicht die Aufgabe des Staates, selbst mit Risikokapital bei Unternehmen Anteilseigner zu werden. Stattdessen soll der Staat dafür sorgen – den Antrag haben Sie gestellt –, dass die Rahmenbedingungen stimmen. Das sehen wir als Aufgabe des Staates. Der Staat soll keine eigenen Fonds auflegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der zweite Punkt betrifft die Förderprogramme. In Bayern gibt es viele Förderprogramme. Der ORH hat seinen Kommentar dazu schon abgegeben: Manchmal gebe es Mitnahmeeffekte, die es nicht geben dürfte; die Förderprogramme sind unübersichtlich; es wird nicht deutlich, was gefördert werden soll. Die deutlichste Kritik bezieht sich auf die fehlende Evaluation dieser Programme. Es wird gefördert – danach ist das Geld weg. Was mit dem Geld passiert, zeigt ein Beispiel aus dem letzten Doppelhaushalt: Horex. Mehr muss ich nicht sagen. Wer sich mit dem letzten Doppelhaushalt beschäftigt hat, weiß, worum es ging. Horex hat für 10 Millionen Euro eine neue Fabrik gebaut. Was daraus geworden ist, wissen Sie und ich.

Jetzt komme ich zu Herrn Kollegen Huber. Ich habe noch eine Minute Redezeit. Lieber Herr Ausschussvorsitzender, es ist immer eine Freude, mit Ihnen zu debattieren, weil immer etwas los und Stimmung in der Bude ist. Lieber Kollege Huber, ich frage mich allerdings schon, ob Sie in Ihrer Fraktion noch so verankert sind.

(Unruhe bei der CSU)

Heute haben Sie wieder eine Aussage getroffen, die sich von der Aussage Ihres Ministers diametral unterscheidet. Gegenüber einer Zeitung haben Sie gesagt, dass der Herr Minister beim Länderfinanzausgleich kleinere Brötchen backen solle. Das ist schon einmal ein sehr guter Hinweis gewesen. Tatsächlich hat der Herr Minister im Haushaltsausschuss letzte Woche darauf hingewiesen, dass auch er der Meinung sei, dass der Soli weitergeführt werden müsse. Ich wundere mich schon, dass Sie auf SPD

und GRÜNE, die dieselbe Position vertreten, einschlagen, wenn doch Ihr Minister genau dasselbe fordert, zwar unter einem neuen Namen, aber es ist genau dasselbe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, vielleicht setzen Sie sich einmal zusammen und überlegen, was Sie gemeinsam fordern wollen. Erst dann kommen Sie heraus und greifen die Opposition an, die doch dasselbe fordert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön, Herr Kollege. Bitte verbleiben Sie gleich am Rednerpult. Herr Kollege Huber hat sich für eine Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Herrn Kollege.

Erwin Huber (CSU): Herr Kollege Mütze, um meine Einbettung in die CSU-Fraktion brauchen Sie sich wirklich keine Gedanken zu machen.

(Beifall bei der CSU)

Aber danke, dass Sie so fürsorglich sind. Ich habe Sie im Wirtschaftsausschuss immer geschätzt.

Ich möchte etwas zur Steuerpolitik sagen. Ich habe vorher die GRÜNEN vergessen. Darum darf ich das jetzt nachholen. Neben dem Veggie Day und der Einschränkung der Freiheit fordern Sie noch massive Steuererhöhungen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Deutsch reden!)

Nehmen Sie doch einmal die Vorschläge, die die GRÜNE-Partei letztes Jahr zum Wahlprogramm für die Bundestagswahl vorgelegt hat. Die GRÜNEN haben mit ihrem Vorschlag zur Vermögensabgabe – Trittin – die SPD sogar noch überholt. Die Spitzensteuererhöhungspartei in Deutschland sind die GRÜNEN. Meine Damen und Herren, das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt komme ich zum Soli. Kollege Finanzminister Söder hat in der Tat im Haushaltsausschuss gesagt, über die Abschaffung des Soli könne man jetzt nicht entscheiden, möglicherweise müsse er fortgeführt werden. Sie müssten einmal scharfsinnig sein. Ich meine Sie im Kollektiv und nicht Sie alleine.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Es macht einen Unterschied, ob ich den Soli in das gesamte Steuerrecht einbaue, ihn perpetuiere und ihn mehr oder weniger von jeder Abschaffung freihalte oder ob ich sage: Ich brauche für eine begrenzte Zeit einen Steuerzuschlag, weil beispielsweise der Bund nicht auf einen Schlag auf 18 Milliarden Euro verzichten kann. Wenn der Soli für eine neue Verwendung für einen begrenzten Zeitraum möglicherweise degressiv gebraucht wird, ist das etwas völlig anderes als der Einbau ins Steuerrecht. Ich bitte Sie herzlich, diesen Unterschied zu beachten.

(Beifall bei der CSU)

Thomas Mütze (GRÜNE): Herr Huber, ich fange mit dem letzten Punkt an. Haben Sie das zu Ihrer eigenen Fraktion oder zu mir gesagt? Das habe ich jetzt nicht ganz verstanden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Der Minister hat gar nicht so konkret dazu gesprochen, wie Sie das jetzt getan haben. Die Aussage des Ministers war eher blumig.

(Volkmar Halbleib (SPD): Erstaunlich blumig!)

Vielleicht setzen Sie sich tatsächlich mit ihm zusammen. Hinsichtlich des Steuerrechts und der letzten Wahl gebe ich zu, dass die Wählerinnen und Wähler unser Angebot, mehr Geld für die Bildung und für die Infrastruktur zur Verfügung zu stellen, nicht angenommen haben. Das ist offensichtlich gewesen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Sie haben überraschend Steuererhöhungen abgelehnt!)

Wir haben uns damit auseinandergesetzt und werden weiter darüber reden, ob das der richtige Weg ist. Das ist unbestritten. Das ist offensichtlich so gewesen. Lieber Herr Huber, glauben Sie uns, dass wir uns genauso darüber Gedanken machen, wie Infrastruktur und Bildung in Deutschland weiterhin finanziert werden können, ohne die Bürgerinnen und Bürger über die Maßen belasten zu müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Bevor wir mit der Debatte weiterfahren, möchte ich bekannt geben, dass für die Schlussabstimmung des Einzelplans 07 von der CSU-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt wurde. – Für die Staatsregierung hat Frau Staatsministerin Aigner ums Wort gebeten. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Vorrednerinnen und Vorredner haben schon viele Details aus dem Einzelplan 07 angesprochen. Ich bedanke mich ausdrücklich bei der Regierungsfraktion für die Zustimmung. Erwartungsgemäß hatte die Opposition natürlich Kritik zu üben, weil sie Gutes aus Prinzip schon einmal schlecht findet. Das ist die übliche Praxis. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, auf irgendetwas müssen Sie sich schon verständigen. Wenn etwas schlecht läuft, sagen Sie automatisch: Ausschließlich die Staatsregierung, die Mehrheitsfraktion und die Politik sind daran schuld. Wenn etwas gut läuft, hat die Politik gar nichts damit zu tun. Meine Damen und Herren, das kann definitiv nicht sein.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte mich aber trotzdem bei allen für die sehr konstruktiven Beratungen im Haushaltsausschuss bedanken. Vor allem möchte ich dem Vorsitzenden Peter Winter, natürlich auch dem stellvertretenden Vorsitzenden Volkmar Halbleib ganz herzlich

danken. Auch den Berichterstattem möchte ich danken, weil es wirklich eine sehr konstruktive Diskussion im Haushaltsausschuss war. Weichenstellungen und Schwerpunktsetzungen muss man in der Tat auch im Haushaltsausschuss vornehmen.

Hier möchte ich zu Ihrer großen Überraschung ausnahmsweise die GRÜNEN loben, weil sie sich die Mühe gemacht haben, Gegenfinanzierungsvorschläge vorzulegen. Im Gegensatz dazu haben die SPD und die FREIEN WÄHLER das nicht gemacht.

(Volkmar Halbleib (SPD): Stimmt doch nicht! Anträge anschauen!)

Über die Schwerpunktsetzungen sind wir zwar unterschiedlicher Meinung. Trotzdem möchte ich bemerken, dass das beachtlich ist; denn das beweist den Mut zu zeigen, wo man streichen will. Das ist nämlich genau die Schwierigkeit.

(Claudia Stamm (GRÜNE): Und das im Gegensatz zur Staatsregierung!)

Deshalb sage ich: Wir haben bei manchen Themen unterschiedliche Ansichten, aber wir müssen im Gesamtrahmen auch Haushaltsdisziplin walten lassen. Wir haben einen Haushalt aufgestellt, der nicht auf Neuverschuldung setzt, der Schulden abbaut und der trotzdem in die Zukunft gerichtet ist. Da muss man natürlich Schwerpunkte setzen. Das ist ganz selbstverständlich.

Zum Einzelplan 07 will ich noch eines sagen: In der Öffentlichkeit gab es die etwas schräge Berichterstattung, dass der Haushalt in Eurobeträgen sinken würde. Das ist zwar richtig, wenn man den Haushalt betrachtet. Man muss aber immer genauer in die Haushaltssystematik hineinschauen: Einmaleffekte wie zum Beispiel die Hochwasserhilfe des Bundes haben allein 50 Millionen ausgemacht. Formal sind die Mittel also zwar gesunken, wenn man aber die Einmaleffekte herausrechnet, weist der Haushalt für 2015 und 2016 eine Steigerung von 1,4 bzw. 6,6 % aus. Das ist der Unterschied. Da muss man sich in der Haushaltssystematik etwas auskennen.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, ich will im Gesamtzusammenhang noch Folgendes sagen: Es hat etwas mit der Politik der Staatsregierung und der Mehrheitsfraktion über viele Jahre hinweg zu tun, dass es uns in Bayern gut geht. Das hat auch etwas mit stabilen Verhältnissen zu tun. Die Arbeitslosenquote sagt fast schon alles aus. 3,4 % haben wir in Bayern. Diese Zahl fällt nicht vom Himmel, sondern sie hat etwas mit langfristiger Politik zu tun. Wenn man diese Zahl mit den Zahlen der anderen Bundesländer vergleicht, stellt man riesige Unterschiede fest. Die größte Spannbreite besteht zum Land Berlin mit 10,4 %. Wir liegen bei 3,4 %. Hier wurden entsprechende Weichenstellungen vorgenommen.

Außerdem kann man wirklich sehen, dass sich die Menschen in Bayern wohlfühlen. Auch das ist ein Maßstab. Ich habe es gestern angesprochen: 95 % der bayerischen Bevölkerung sind zufrieden oder sehr zufrieden. Auch das hat etwas mit Politik zu tun.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Selbstzufriedenheit!)

Wir ruhen uns aber nicht auf dem aus, was wir erreicht haben. Wir wollen natürlich immer auch Treiber und nicht Getriebene sein. Wir wollen in die richtigen Zukunftsfelder investieren. Dazu will ich nur ein paar Punkte ansprechen.

Wir wollen auch zukünftig in die Gründerdynamik investieren, natürlich auch in die Digitalisierung und in die modernen Medien. Selbstverständlich investieren wir in die Energiewende. Nicht zuletzt investieren wir auch in innovative Technologien, vergessen dabei aber nicht unsere traditionellen Flaggschiffe, zum Beispiel das Handwerk, den Tourismus und die Regionalförderung.

Meine Damen und Herren, der Mittelstand ist mir ganz besonders wichtig, weil ich aus einem mittelständischen Betrieb komme und deshalb überzeugte Mittelständlerin bin. Ich weiß, was der Mittelstand bedeutet. 600.000 mittelständische Unternehmen bilden das starke Rückgrat unserer Wirtschaft. Sie zeichnen sich auch dadurch aus, dass sie sehr innovativ und in einem großen Ausmaß exportorientiert sind. Wir haben im Mittelstand viele – jetzt sage ich es auf Englisch – Hidden Champions. Sie sind die Flagg-

schiffe, die Weltmarktführer auf der ganzen Welt. Die wollen wir mit vielfältigen Programmen, vom Mittelstandskreditprogramm über den Technologietransfer, die Clusterpolitik bis hin zur Erschließung neuer Märkte unterstützen. Bayern ist auf diesem Gebiet ein ganz wesentlicher Treiber, den wir auch in der Zukunft voranbringen wollen.

Weiter nenne ich die Gründerdynamik. Viele neue Themen werden hier aufgegriffen. Wir wollen mit unserer Initiative "Gründerland Bayern" zu den Hotspots auf der ganzen Welt von Tel Aviv bis Silicon Valley aufschließen. Wir wollen aber keine Kopie sein. Wir wollen die Stärken, die wir in Bayern haben, ausspielen. Die Stärken liegen insbesondere darin, dass wir bei uns starke Firmen, nämlich Weltmarktführer, haben, die Zugang zu den Exportmärkten haben. Die Gründerdynamik wollen wir mit den etablierten Firmen in der Automobilindustrie, im Maschinenbau, in der Medizintechnik und in der Elektrotechnik zusammenbringen. Das ist letztendlich der Schlüssel.

Dazu sind mehrere Maßnahmen notwendig. Dazu müssen wir, wie es schon angesprochen worden ist, die Rahmenbedingungen für die Gründer verbessern. Das hat etwas mit den steuerlichen Rahmenbedingungen zu tun. Das ist unverzichtbar, weil wir hier in der letzten Zeit gegenüber anderen Ländern zurückgefallen sind. Das hat etwas mit der Steuersystematik zu tun, und deshalb ist es richtig und wichtig, die erforderlichen Anträge zu stellen. Auch auf Bundesebene wollen und müssen wir diese Maßnahmen gemeinsam mit dem Koalitionspartner voranbringen. Es ist nun mal ein größeres Risiko, eine neue Firma zu gründen, sodass ich dabei die Möglichkeiten der Sofortabschreibungen nutzen muss. Das ist die eine Schiene.

Wir brauchen aber auch Zeichen, und deswegen stellen wir in Bayern den Wachstumsfonds auf, weil wir die Firmengründungen flankierend begleiten wollen. Das wird sehr wohl wahrgenommen. Ich war mit den Venture-Capital-Firmen zusammen, die gesagt haben, dass sie diese Maßnahme sehr wohl anerkennen und dass es ein wesentliches Plus für den Standort Bayern ist, wenn wir den Gründern Wachstumskapital als Ergänzung zum privaten Kapital zur Verfügung stellen. Meine Damen und Herren,

dieses Programm ist wichtig. Das gibt es nirgendwo anders. Wir setzen 100 Millionen Euro ein. Die GRÜNEN kritisieren das. Ich halte es für sehr wichtig, um privates Kapital zu heben und zu akquirieren. Damit könnten wir auf ein Gesamtvolumen von 250 Millionen Euro kommen. Das sind Investitionen in die Zukunft für die jungen Firmen.

(Beifall bei der CSU)

Ich kann Ihnen sagen: Die jungen Gründer honorieren das sehr. Ich war bei den Gründerstammtischen. 1.400 junge Menschen aus ganz Bayern haben sich in München getroffen. 1.800 konnten leider nicht teilnehmen, weil der Raum nicht so groß war. Diese Beispiele müssen wir auch zeigen. Zu den größten Karrierewünschen dieser jungen Menschen, die von den Universitäten oder anderen Bildungseinrichtungen kommen, gehört es nicht, den sicheren Hafen eines monatlichen Gehalts anzusteuern, sondern ihr Ziel ist es, ein Unternehmen zu gründen und sich selbstständig zu machen. Das müssen wir zeigen. Das sind die Erfolgsgeschichten, die wir auch in der Zukunft brauchen.

Das nächste Thema ist für mich auch wichtig. Es geht nicht nur um die neuen Firmen, sondern auch darum, für die mittelständischen Firmen, die wir haben, die Übergabe an die nächste Generation überhaupt noch möglich zu machen. 24.000 Betriebe mit 350.000 Arbeitsplätzen stehen in den nächsten fünf Jahren zur Übergabe an. Für diese Betriebe werden in ein paar Tagen mit der Erbschaftsteuer ganz wesentliche Weichenstellungen vorgenommen. Ich weiß noch nicht, was bei dem Gerichtsurteil herauskommt. Ich kann Ihnen nur eines sagen: Wenn das Gerichtsverfahren so ausgeht, dass wir die Unternehmensübergabe erschweren, dass mittelständische Unternehmen nicht mehr übergeben werden können, weil es sich die Unternehmer nicht mehr leisten können, dann haben wir auch in Bayern ein großes Problem. Ich appelliere sehr stark an den Koalitionspartner auf Bundesebene, da mitzumachen. Ich gehe aber noch einen Schritt weiter und sage: Das Beste und Wichtigste wäre es eigentlich, auch diese Steuerart zu regionalisieren.

(Beifall bei der CSU)

Keiner kann erklären, warum wir in Bayern, in Nordrhein-Westfalen oder in Niedersachsen die Gelder zu 100 % einnehmen, aber die jeweiligen Landtage über die Verwendung dieser Gelder nicht beschließen dürfen, um damit Weichenstellungen vorzunehmen. Ich kann Ihnen den Grund nennen: Diese Gelder fließen über den Länderfinanzausgleich in starkem Maße in andere Länder. Deswegen wehren sich alle anderen Bundesländer dagegen, dass hier eine Änderung herbeigeführt wird. Wir werden dieses Thema jedoch weiterhin auf die Tagesordnung setzen. Darauf können Sie sich verlassen.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch etwas zum Thema Steuer sagen. Erwin Huber hat dazu schon ein paar sinnvolle Anmerkungen gemacht. Die rot-grün-regierten Länder schlagen vor, den Soli in das Steuersystem zu integrieren. Das bedeutet, dass sie diejenigen, die im Moment noch gar nicht steuerpflichtig sind, weil sie ein geringes Einkommen haben – das sind 25 % der Bevölkerung –, in die Steuer hineinziehen. Der Soli ist jetzt ein Aufschlag auf die Steuerschuld. Wer keine Steuern zahlen muss, muss auch keinen Aufschlag bezahlen. Durch die Einbeziehung des Soli in die Systematik erhöhen Sie also die Steuern. Das ist das entscheidende Problem. Dass diese Forderung gerade von der SPD kommt, wundert mich ganz massiv. Das kann ich überhaupt nicht verstehen.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Frau Ministerin, bringen Sie sich steuerpolitisch auf den aktuellen Stand! Es ist Unsinn, was Sie erzählen!)

Meine Damen und Herren, ich bin auch bei anderen Politikbereichen sehr gespannt. Ich möchte auf noch einen Bereich, der ebenfalls auf der Tagesordnung steht, eingehen, nämlich die energetische Gebäudesanierung. Insbesondere von den Ländern wird derzeit eine Gegenfinanzierung über den Handwerkerbonus verlangt. Ich bin gespannt, ob die rot-grün regierten Länder der Auffassung sind, dass dies wirklich notwendig ist. Für meine Begriffe ist dies selbstfinanzierend. Dies wäre letztlich wiederum

eine Steuererhöhung, die von den Ländern gefordert wird. Und dann wird großspurig so getan, als sei man für den Abbau der kalten Progression. Wenn Sie glauben, hier werde keine Kompensation gefordert, halte ich das für leicht ironisch, um es einmal freundlich zu sagen.

(Beifall bei der CSU)

Das nächste Stichwort ist die Digitalisierung. Das ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Es ist richtig und wichtig, dass die Infrastruktur vorangetrieben wird. Selbstverständlich können die Mittel nur dann abfließen, wenn die Kapazitäten zum Bau vorhanden sind. Klar ist, dass in Bayern 1,5 Milliarden Euro investiert werden. Die restlichen 15 Länder der Bundesrepublik müssen sich 500 Millionen Euro teilen. Das ist ein kleiner Unterschied. Hier geht es um die Straßen des 21. Jahrhunderts. Wir haben eine wesentliche Entscheidung zu treffen, nämlich die Digitalisierung des ganzen Landes. Ein Teil wird dabei das "Zentrum Digitalisierung Bayern" sein, das wir jetzt auf den Weg bringen. Damit werden die Kapazitäten, die wir haben, gebündelt. Diese Kapazitäten müssen aber nicht zwingend in München sein.

Entscheidend ist, dass die Professuren, die neu geschaffen werden, nach der Expertise in einer hochschulübergreifenden Einrichtung ausgeschrieben werden. Jede Universität kann sich bewerben. Lieber Herr Kollege König, selbstverständlich kann sich auch die Hochschule in Hof bewerben. Die Expertise wird dann entscheiden, wo die Professur angesiedelt und wo die Lehre stattfinden wird. Dort muss auch die Verknüpfung mit dem Digitalisierungszentrum sowie die Bündelung der Kompetenzen erfolgen. Bei den Querschnittsthemen werden Schwerpunktsetzungen erfolgen. Dies hängt mit der Sensorik, mit Big Data und mit dem Cloud Computing zusammen. Daneben gibt es Plattformen, die sich an den jeweiligen Anwendungsfeldern orientieren. Dies hängt wiederum mit der vernetzten Mobilität, mit der Digitalisierung der Industrie, Stichwort Industrie 4.0, und mit den Investitionen in die Gesundheits- und Sicherheitstechnologie zusammen. Ich bin bereits gestern auf dieses Thema eingegangen.

Entscheidend ist, dass die Projektmittel, insbesondere für die angewandte Forschung, über die Firmen im Wettbewerb vergeben werden. Die Firmen beantragen diese Mittel. Uns liegen schon über 200 Interessenbekundungen aus allen Landesteilen Bayerns vor. Wichtig ist, dass im Zentrum eine Koordinierung erfolgt, damit es keine Doppelungen gibt. Wir müssen die Lücken, die bei uns vorhanden sind, identifizieren und schließen, um wieder an die Weltspitze zu kommen. Dies wollen wir mit den Professuren und den Forschungsmitteln erreichen. Meine Damen und Herren, wir werden mit dem "Zentrum Digitalisierung Bayern" ein echtes Highlight setzen, das auch international Beachtung finden wird. Allein für dieses Zentrum werden wir insgesamt 170 Millionen Euro einsetzen. Das tut kein anderes Land der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden mit Industrie 4.0 Schwerpunkte setzen, um unsere traditionellen Betriebe, die in vielen Bereichen wie auch in der Automobilindustrie Weltmarktführer sind, für die Verknüpfung der traditionellen Technologien mit der Digitalisierung fit zu machen und sie auf Vordermann zu bringen. Viele Prognosen sagen für die nächsten Jahre einen deutlichen Wachstumsschub voraus. Entweder werden wir bei dieser Entwicklung dabei sein, oder wir werden nicht dabei sein. Wir haben gute Voraussetzungen dafür geschaffen, um in diesem Feld ganz vorn mitspielen zu können.

Nun zur Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen. Entgegen manchen Behauptungen haben wir auf diesem Feld sehr große Erfolge zu verzeichnen. Meine Damen und Herren, im Jahr 2004 lag bezüglich der Arbeitslosenzahlen die Spanne zwischen dem schwierigsten Regierungsbezirk und dem besten Regierungsbezirk bei 3,8 Prozentpunkten. Im Jahr 2013 hatten wir nur noch eine Spanne von 1,3 Prozentpunkten. Das haben wir in den letzten zehn Jahren geschafft. Diese Entwicklung wollen wir fortsetzen. Bei einem Ranking auf bundesrepublikanischer Ebene, in dem die Regierungsbezirke einzeln ausgewiesen würden, stünden sechs von sieben Regierungsbezirken Bayerns an der Spitze. Diese Leistung lassen wir uns von Ihnen nicht schlechtreden.

Das ist eine massive Leistung der Menschen vor Ort; sie hat aber auch etwas mit den politischen Weichenstellungen zu tun.

(Beifall bei der CSU)

Wir setzen dafür traditionell auch die Mittel der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur", der GRW, ein. Wir haben hier schwer gekämpft. So einfach war das nicht. Mit den sogenannten C-Fördergebieten wäre Bayern eigentlich komplett aus der Liste herausgefallen. Wir haben massiv dafür gekämpft, dass wenigstens zwei Drittel der ehemaligen Zonenrandgebiete eine Fördermöglichkeit bekommen. Allein dafür setzen wir jährlich mindestens 20 Millionen Euro ein. Das werden wir auch in Zukunft tun. Wir werden bei den EFRE-Schwerpunktgebieten mit einem Förderanteil von 60 % einen Schwerpunkt setzen, damit der Prozess, den wir eingeleitet haben, auch in der Zukunft fortgesetzt werden kann. Das ist uns wichtig.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, wir wollen diejenigen, die zu uns kommen, unterstützen. Daher ist die Ansiedelungsagentur "Invest in Bavaria" mit einer Außenstelle in Nürnberg, also in Nordbayern, vertreten. Damit können die Bedürfnisse vor Ort erfüllt und die Vorzüge dieser Region den Investoren dargestellt werden. Wir können mit guten Argumenten punkten. Wir wollen eine bessere Beratung über die Fördermöglichkeiten vor Ort erreichen. Die Förderbank hat bereits eine Außenstelle in Nürnberg. Auch in Hof soll eine Außenstelle eingerichtet werden, um den Menschen die Fördermöglichkeiten näherzubringen. Das ist ein Zeichen für die Regionen, das nicht selbstverständlich, aber das wichtig ist.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, mir ist es wichtig, dass wir im Rahmen der Nordbayern-Initiative einen Schwerpunkt bei außeruniversitären Forschungseinrichtungen setzen. Ich kann nicht alle Projekte aufzählen, aber wenigstens ein paar: das Medical Valley Cen-

ter in Forchheim, die Zukunftsfabrik 2020 am Süddeutschen Kunststoffzentrum in Würzburg, den Aufbau eines nationalen Leistungszentrums "Elektrosysteme" bei der Fraunhofergesellschaft mit Anbindung an den Siemens-Campus in Erlangen und die Errichtung eines Helmholtz-Instituts an der Universität Erlangen-Nürnberg für die Erforschung erneuerbarer Energien. Meine Damen und Herren, allein für die Nordbayern-Initiative setzen wir aus meinem Haushalt 60 Millionen Euro ein. Für die gesamte Zeit bis zum Jahr 2018 werden es 200 Millionen Euro sein. Wenn das kein Zeichen ist, weiß ich auch nicht mehr, was ich noch tun soll.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte noch ein paar Worte zur Energiepolitik sagen. Wir werden über dieses Thema noch öfter reden. Ich bin beim Energie-Dialog immer dabei. Wir haben hier eine große Aufgabe. Wer meint, mit einer Basta-Politik par ordre de Mufti durchmarschieren zu können, der täuscht sich. Wir müssen den Menschen die Maßnahmen auf sachlich fundierter Basis erklären. Dies läuft sehr gut und sehr konstruktiv. Ich bin zuversichtlich, dass wir bis Ende Januar die Ergebnisse in einem weitgehenden Konsens haben werden. Eines ist auch klar: Wir wollen viel unterstützen. Ich glaube, Frau Kohlen hat von den Energienutzungsplänen gesprochen. Diese werden zu 70 % gefördert, und es ist noch kein einziger Antrag aus den Kommunen abgelehnt worden. Deshalb reichen die Mittel auch. Das ist auch in Ordnung.

Sie werden das Problem aber nicht allein mit den Haushalten erledigen können. 20 % der Strommenge werden in den Haushalten verbraucht. Die restlichen 80 % gehen in Industrie, Handel und Gewerbe. Die eigentliche Herausforderung ist: Wie können wir den Wirtschaftsstandort sicher gestalten, und zwar im Konsens mit den Menschen? - Das ist ein Prozess, den wir zu steuern haben. Wir stehen dabei vor weiteren Herausforderungen. Ich glaube, Herr Kollege Stümpfig hat gesagt, wir würden nur 10 Millionen Euro einsetzen. Ich weiß nicht, wie Sie auf diese Zahl kommen, Herr Kollege Stümpfig. 88 Millionen Euro setzen wir insgesamt für die Energie ein. Das ist eine Größenordnung, die in keinem anderen Bundesland erreicht wird. In der Forschung ste-

hen wir vor Herausforderungen, gerade was die Speichertechnologie betrifft. Das ist keine Frage. Deshalb setzen wir an dieser Stelle auch an. Das betrifft zum Beispiel das Zentrum für angewandte Energieforschung Bayern, welches wir massiv unterstützen. Das betrifft aber auch das 10.000-Häuser-Programm.

Wir werden diese Maßnahmen ergreifen, aber das Problem ist, dass ich die derzeitige Diskussion auf Bundesebene abwarten möchte. Wir haben einen nationalen Aktionsplan Energieeffizienz, und es macht auch keinen Sinn, dass wir dasselbe machen, was der Bund ohnehin machen möchte. Sinnvoller ist es, das zu ergänzen. Ein Unterschied besteht auch darin, dass wir Zuschüsse gewähren und nicht nur eine steuerliche Absetzbarkeit ermöglichen. Wir wollen gerade innovative Technologien unterstützen. Das betrifft zum Beispiel die Speichertechnologien und Investitionen in Kraft-Wärme-Anlagen oder Investitionen in Wärmepumpen usw. und so fort – ich kann nicht alles aufzählen. Damit soll die Energieeffizienz vor Ort vorangebracht werden. Lassen Sie uns aber noch die Diskussion auf Bundesebene abwarten, damit wir die Maßnahmen nicht duplizieren, sondern ergänzen. Das kommt mit Sicherheit; denn die Mittel sind eingestellt, und ich bin mir sicher, dass wir sie dann auch gut investiv vor Ort einbringen werden.

(Beifall bei der CSU)

Wir sehen auch noch weitere Investitionen vor, die insbesondere bei der Innovation ansetzen. Ich könnte Ihnen viele Beispiele nennen, aber ich möchte jetzt nur zwei herausgreifen. Es handelt sich zwar um kleine Maßnahmen, aber sie zeigen, wo noch Forschungsbedarf besteht. Das betrifft zum Beispiel die Speicherung durch mikrobielle Methanisierung, bei der Methan aus regenerativ gewonnenem Wasserstoff und aus Kohlendioxid erzeugt wird und zum Beispiel in das Erdgasnetz eingespeist werden kann. Das ist eine Zukunftstechnologie, die die Probleme vielleicht nicht in fünf oder zehn Jahren lösen wird; aber es ist wichtig, einen zukünftigen Einsatz anzudenken. Wichtig ist auch, in mobile keramische Energiespeicher zu investieren, die die Abwär-

me aus Industrieprozessen speichern und die Energie zu den Kunden vor Ort bringen. Auch das ist eine Möglichkeit, um nur zwei kleine Beispiele herauszugreifen.

Ich kann Ihnen sagen: Das Feld der Energiepolitik ist sehr weit. Es geht nicht nur um Energie; insbesondere geht es um die Frage der Wärme und um die Überbrückung der Energieformen sowie die Umwandlung in Spitzenzeiten. Das betrifft insbesondere die Umwandlung von Strom in Wärme, um diese dann zu nutzen und dabei möglichst wenig Verluste zu erzeugen. Auf diesem Feld haben wir noch Potenzial. Wie groß das Potenzial in der Zukunft sein wird, ist in der Tat eine spannende Frage.

Es zeigt sich, dass wir bei der Stromerzeugung nicht so große Energieeffizienzen haben werden. Auch das ist eine Konsequenz aus dem Energiedialog. Wir können zwar viel einsparen – auf diesem Feld machen wir auch vieles -, aber durch neue Anwendungen brauchen wir auch immer mehr Strom. Dies zusammenzubringen, ist eine Aufgabe des Energiedialogs. Es gibt dabei keine einfachen Antworten, sondern es handelt sich um ein sehr komplexes System. Deswegen lohnt es sich, sich die drei Monate Zeit zu nehmen, um alle Belange von der Wärme über den Strom, von der Speicherung über die Energieeffizienz bis hin zu der Versorgungssicherheit zu diskutieren. Es geht um den Wirtschaftsstandort, und es geht um die Menschen. Deshalb darf man sich aber auch einen Dialog gönnen, so möchte ich fast sagen, um dann zu den besten Lösungen für Bayern zu kommen. Das werden wir machen; darüber werde ich berichten.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2015/2016, Einzelplan 07, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3941, 3942, 4118 mit 4134, 4237 mit 4255 und 4364 mit 4366 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 14/4595 zugrunde

Vorweg lasse ich jetzt, wie von der SPD-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER beantragt, über die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/4126, 4364 und 4365 in einfacher Form abstimmen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Änderungsanträge zur Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag von den Abgeordneten der SPD-Fraktion auf der Drucksache 17/4126 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – SPD und FREIE WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – CSU. Stimmenthaltungen? – Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 17/4364 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – CSU-Fraktion. Enthaltungen? – SPD und Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 17/4365 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – CSU. Enthaltungen? – SPD und Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Der Einzelplan 07 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzenfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf der Drucksache 17/4595 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Es wurde namentliche Abstimmung vonseiten der CSU-Fraktion beantragt. Die Urnen stehen bereit. Ich bitte, die Stimmkarten einzuwerfen und eröffne die Abstimmung. Fünf Minuten, bitte.

(Namentliche Abstimmung von 10.48 bis 10.53 Uhr)

Die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung und bitte, die Stimmkarten draußen aus-zuzählen. Das Ergebnis wird zu einem späteren Zeitpunkt bekannt gegeben. Ich bitte, die Plätze einzunehmen, damit wir in der Sitzung weiterfahren können.

(...)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentli-chen Abstimmung zum Einzelplan 07 bekannt, Tagesordnungspunkt 4. Mit Ja haben 86 gestimmt, mit Nein 68; Stimmenthaltungen: Keine.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Damit ist der Einzelplan 07 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfra-gen vorgeschlagenen Änderungen angenommen. – Ich bitte, auf allen Seiten des Hauses die Plätze einzunehmen und die Unterhaltungen einzustellen. Wir haben noch eine Abstimmung.

(Unruhe)

Ich fahre mit der Tagesordnung nicht fort, bis das geschehen ist. - Das gilt genauso für hier. - Entschuldigung, ich habe nur das gerade gesehen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge zum Einzelplan 07, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 2)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird er-mächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen,

der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 17/4595, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3941 und 3942 ihre Erledigung gefunden haben. Damit ist die Beratung des Einzelplans 07 abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 10.12.2014 zu Tagesordnungspunkt 4: Haushaltsplan 2015/2016;
Einzelplan 07 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und
Medien, Energie und Technologie (Drucksache 17/4595)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Aigner Ilse	X		
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Beißwenger Eric	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brückner Michael	X		
von Brunn Florian		X	
Brunner Helmut			
Celina Kerstin		X	
Dettenhöfer Petra	X		
Dorow Alex	X		
Dünkel Norbert	X		
Dr. Dürr Sepp		X	
Eck Gerhard	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute	X		
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen		X	
Fehlner Martina		X	
Felbinger Günther			
Flierl Alexander	X		
Dr. Förster Linus			
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith	X		
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva			
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Haderthauer Christine			
Häusler Johann			
Halbleib Volkmar		X	
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid			
Heike Jürgen W.			
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes	X		
Hofmann Michael	X		
Holetschek Klaus	X		
Dr. Hopp Gerhard	X		
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Huber Martin	X		
Huber Thomas	X		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Kamm Christine		X	
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro	X		
Knoblauch Günther		X	
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia	X		
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Neumeyer Martin	X		
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred	X		
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi		X	
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina			
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd	X		
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayer Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina	X		
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika		X	
Dr. Wengert Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta		X	
Wild Margit			
Winter Georg			
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	86	68	0

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 4

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 07:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Annette Karl, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuwendung zur Errichtung eines Wachstumsfonds
(Kap. 07 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/4118
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Andreas Lotte, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Ausgaben zur Förderung des Handwerks
(Kap. 07 03 Tit. 686 51)
Drs. 17/4119
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Andreas Lotte, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung der Wirtschaftsforschung
(Kap. 07 03 Tit. 686 60)
Drs. 17/4120
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Annette Karl, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung neuer Technologien und des Technologietransfers
(Kap. 07 03 Tit. 686 63)
Drs. 17/4121
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Andreas Lotte, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Technologieorientierte Unternehmensgründungen
(Kap. 07 03 Tit. 683 64)
Drs. 17/4122
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Annette Karl, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung von Luft- und Raumfahrttechnologien
(Kap. 07 03 Tit. 683 65)
Drs. 17/4123
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Bernhard Roos, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Machbarkeitsstudie und Anschubfinanzierung für ein Forschungsinstitut in Niederbayern
(Kap. 07 03 neue TG)
Drs. 17/4124
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Annette Karl, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Bayerisches Mittelstandskreditprogramm
(Kap. 07 04 Tit. 891 01)
Drs. 17/4125
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Annette Karl, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Regionale Wirtschaftsförderprogramme, Zuschüsse an private Unternehmen
(Kap. 07 04 Tit. 892 72)
Drs. 17/4126

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Susann Biedefeld, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung kommunaler Thermen in Regionen Bayerns mit besonderem Handlungsbedarf
(Kap. 07 04 TG 78)
Drs. 17/4127
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Kommunale Energieberater - Zuschüsse an Kommunen für Organisation und Moderation der Energiewende vor Ort
(Kap. 07 05 Tit. 428 75)
Drs. 17/4128
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse für die Erstellung von Energienutzungsplänen (ENP) in Gemeinden
(Kap. 07 05 Tit. 633 78)
Drs. 17/4129
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Energieberatung für Bewohner von gefördertem Wohnungsbau
(Kap. 07 05 Tit. 633 78)
Drs. 17/4130
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Energetische Sanierung von privaten Geschossmietwohnungen
(Kap. 07 05 TG 75 - 78 neuer Tit.)
Drs. 17/4131
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martina Fehlner, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Bayerische Filmförderung
(Kap. 07 06 Tit. 686 01 und Tit. 686 03)
Drs. 17/4132
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martina Fehlner, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Kosten für Sachverständige
(Kap. 07 08 neuer Tit. 526 11)
Drs. 17/4133
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erwerb von Dienstfahrzeugen für die Eichverwaltung
(Kap. 07 09 Tit. 811 01)
Drs. 17/4134
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Personalausgaben
(Kap. 07 01 Tit. 422 01)
Drs. 17/4237
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuwendungen zur Errichtung eines Wachstumsfonds für Beteiligungen an technologieorientierten Start-ups in der Wachstumsphase
(Kap. 07 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/4238
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zentrum Digitalisierung
(Kap. 07 03 Tit. 686 24)
Drs. 17/4239
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse zur Errichtung und Ausstattung von Schulungsstätten der Wirtschaft
(Kap. 07 03 Tit. 894 56)
Drs. 17/4240

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Ausgaben zur Förderung der Wirtschaftsforschung
(Kap. 07 03 TG 60 - 61)
Drs. 17/4241
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Durchführung des Förderprogramms Elektromobilität und innovative Antriebstechnologien für mobile Anwendungen
(Kap. 07 03 Tit. 683 63)
Drs. 17/4242
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschuss zur Errichtung einer Demonstrations- und Referenzanlage der industriellen Biotechnologie
(Kap. 07 03 Tit. 892 64)
Drs. 17/4243
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Durchführung des Wettbewerbs m4 Award
(Kap. 07 03 Tit. 686 65)
Drs. 17/4244
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung von Forschungs-, Entwicklungs- und Technologieprojekten zur Digitalisierung Bayerns
(Kap. 07 03 Tit. 685 69)
Drs. 17/4245
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Streichung der Mittel für die Clusterförderung
(Kap. 07 03 TG 92 Tit. 686 92)
Drs. 17/4246
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Tourismuswerbung und für Maßnahmen zur Förderung des Tourismus
(Kap. 07 04 TG 78 Tit. 686 78)
Drs. 17/4247
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderprogramm dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 17/4248
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderprogramm Nahwärmenetze
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 17/4249
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Energiesparberatung vor Ort
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 17/4250
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Keine Mittel für undurchschaubare Modellprojekte im Energiebereich
(Kap. 07 05 Tit. 893 75)
Drs. 17/4251

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Dauersubventionierung des Lokalfernsehens beenden
(Kap. 07 08 Tit. 683 01)
Drs. 17/4252
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Bedarfsgerechte Förderung der Medien-Messen
(Kap. 07 08 Tit. 685 01)
Drs. 17/4253
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Gezielte Förderung der Medienkompetenz
(Kap. 07 08 Tit. 686 07 und Kap. 05 04 neuer Tit.)
Drs. 17/4254
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Mediennetzwerk Bayern
(Kap. 07 08 TG 55)
Drs. 17/4255
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Bildungsgutscheine für die Meisterausbildung
(Kap. 07 03 neuer Tit.)
Drs. 17/4364
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Jutta Widmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Sonderprogramm Dorfwirtschaften
(Kap. 07 04 TG 72 neuer Tit.)
Drs. 17/4365
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Regionale Wirtschaftsförderung
(Kap. 07 04 Tit. 892 72)
Drs. 17/4366



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2015/2016

Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat

Drs. 17/4430

Dem Einzelplan 06 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 17/4430) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen, beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2015/2016

Einzelplan 10 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration Drs. 17/4602

Dem Einzelplan 10 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 17/4602) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen, beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2015/2016

Einzelplan 13 für den Geschäftsbereich Allgemeine Finanzverwaltung

Drs. 17/4606

Dem Einzelplan 13 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 17/4606) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt,

- a) die erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen, beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.
- b) den Ansatz bei Kap. 13 06 Tit. 546 49 (Vermischte Ausgaben und zum Ausgleich der Schlusssumme des Haushaltsplans) entsprechend anzupassen und
- c) die Ansätze bei Kap. 13 06 Tit. 351 01 (Entnahme aus der Haushaltssicherungs-, Kassenverstärkungs- und Bürgschaftssicherungsrücklage) zwischen den Haushaltsjahren 2015 und 2016 insoweit haushaltsneutral zu verschieben, als dies zum Ausgleich einer bei den parlamentarischen Beratungen vom Regierungsentwurf abweichenden Verteilung des Ansatzes bei Kap. 13 03 Tit. 893 06 (Verstärkung von Investitionsmaßnahmen) erforderlich ist.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2015/2016

Einzelplan 14 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege

Drs. 17/4608

Dem Einzelplan 14 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 17/4608) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen, beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 17/2871, 17/4669

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates
Bayern für die Haushaltsjahre 2015 und 2016
(Haushaltsgesetz 2015/2016 – HG 2015/2016)**

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

630–2–20–F

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans
des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2015 und 2016
(Haushaltsgesetz 2015/2016 – HG 2015/2016)**

**Art. 1
Feststellung des Haushaltsplans**

Der diesem Gesetz als **Anlage** beigefügte Haushaltsplan des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 wird in Einnahmen und Ausgaben

1. für das Haushaltsjahr 2015 auf 51 142 507 400 € und
2. für das Haushaltsjahr 2016 auf 52 452 340 400 €

festgestellt.

**Art. 2
Kreditermächtigungen**

(1) Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben für Investitionen folgende Kredite am Kreditmarkt aufzunehmen:

1. im Haushaltsjahr 2015 bis zur Höhe von null €,
2. im Haushaltsjahr 2016 bis zur Höhe von null €,
3. die in den vorausgegangenen Haushaltsjahren genehmigten Kreditmittel, soweit sie bis zum Ablauf des Haushaltsjahres 2014 nicht aufgenommen wurden und zur Deckung noch benötigt werden.

(2) ¹Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, zweckgebundene Darlehen aus Mitteln des Bundes, die zur Förderung des Städtebaus gewährt werden, bis zu folgender Höhe aufzunehmen:

1. im Haushaltsjahr 2015 bis zur Höhe von 150 000 €,
2. im Haushaltsjahr 2016 bis zur Höhe von 150 000 €.

²Diese Ermächtigung erhöht oder vermindert sich insoweit, als die zur Verfügung gestellten zweckgebundenen Darlehen die im Haushalt veranschlagten Beträge überschreiten oder hinter ihnen zurückbleiben.

(3) ¹Die Kreditermächtigung des Abs. 1 erhöht sich um die Beträge, die bei den Kapiteln 13 06 und 13 60 im betreffenden Haushaltsjahr zur Tilgung von Krediten am Kreditmarkt sowie zur Kursstützung von Staatsanleihen erforderlich sind; sie erhöht sich ferner um die Beträge, die zur Umfinanzierung von Krediten auf Grund längerer Laufzeiten oder sonstiger günstigerer Bedingungen notwendig werden. ²Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat darf im Rahmen von Kreditfinanzierungen ergänzende Vereinbarungen treffen, die der Steuerung von Zinsänderungsrisiken sowie der Erzielung günstiger Konditionen bei neuen Krediten und bestehenden Schulden dienen. ³Die Ermächtigung nach Satz 1 Halbsatz 1 vermindert sich bei dem Kapitel 13 06

1. im Jahr 2015 um 500 000 000 €,
2. im Jahr 2016 um 550 000 000 €

(Nettotilgung). ⁴Die Ermächtigung nach Satz 1 Halbsatz 1 vermindert sich bei dem Kapitel 13 60

1. im Jahr 2015 um 430 000 000 €,
2. im Jahr 2016 um 430 000 000 €

(Nettotilgung); die Ermächtigung vermindert sich um die Mehreinnahmen und erhöht sich um die Mindereinnahmen bei Kap. 13 60 Tit. 134 01.

(4) ¹Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, ab November eines Haushaltsjahres im Vorgriff auf die Kreditermächtigung des nächsten Haushaltsjahres Kredite bis zur Höhe von zwei v.H. des in Art. 1 für das laufende Jahr festgestellten Betrags aufzunehmen. ²Die nach Satz 1 aufgenommenen Kredite sind auf die Kreditermächtigung des nächsten Haushaltsjahres anzurechnen.

(5) ¹Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel des Staates Kassenverstärkungskredite bis zur Höhe von acht v.H. des festgestellten Haushaltsvolumens aufzunehmen. ²Über diesen Betrag hinaus kann das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat weitere Kassenverstärkungskredite aufnehmen, soweit es von der Kreditermächtigung nach Abs. 1 keinen Gebrauch macht.

Art. 3

Konjunkturpolitisch bedingte Maßnahmen

(1) Die Staatsregierung kann bei einer allgemeinen Abschwächung der Wirtschaftstätigkeit gemäß § 6 Abs. 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft in Verbindung mit § 14 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft zusätzliche Ausgaben beschließen, wenn und soweit hierfür zusätzliche Finanzhilfen des Bundes gemäß Art. 104b Abs. 1 Nr. 1 des Grundgesetzes zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zur Verfügung stehen.

(2) Soweit die in Abs. 1 genannten Mittel zur Leistung von zusätzlichen Ausgaben gemäß § 6 Abs. 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft nicht ausreichen, wird das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat ermächtigt, über die in Art. 2 erteilten Kreditermächtigungen hinaus Kredite bis zur Höhe von 100 000 000 € aufzunehmen.

(3) ¹Im Fall einer die volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit übersteigenden Nachfrageausweitung kann die Staatsregierung das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat ermächtigen, die Verfügung über bestimmte Ausgabemittel, den Beginn von Baumaßnahmen und das Eingehen von Verpflichtungen zulasten künftiger Haushaltsjahre von seiner Einwilligung abhängig zu machen. ²Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat hat die dadurch nach Ablauf eines Haushaltsjahres frei gewordenen Mittel, soweit sie nicht zur Verminderung des Kreditbedarfs verwendet werden können, einer Ausgleichsrücklage zuzuführen.

Art. 4

Haushaltswirtschaftliche Sperren

(1) Die Staatsregierung kann das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, unbeschadet seiner Befugnisse gemäß Art. 41 BayHO, ermächtigen, im Benehmen mit dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Landtags zur Erwirtschaftung der bei Kap. 13 03 Tit. 972 01 veranschlagten Minderausgabe die Ausgabemittel im erforderlichen Umfang zu kürzen oder zu sperren.

(2) Nach Abs. 1 und nach Art. 41 BayHO gesperrte Beträge sind in der Haushaltsrechnung als Minderausgabe nachzuweisen.

(3) Daneben sind aus Bundesmitteln finanzierte Ausgaben zu sperren, soweit auf Grund von Etatentscheidungen des Bundes absehbar ist, dass gegenüber den Ansätzen im Haushaltsplan geringere Bundesmittel eingehen werden.

Art. 5

Änderung der Bayerischen Haushaltsordnung

(entfallen)

Art. 6**Bewirtschaftung der Personalausgaben, Stellenbesetzung**

(1) ¹Bei der Bewirtschaftung der Personalausgaben sind die Verwaltungen an die Stellenpläne für planmäßige Beamte und Richter, Beamte und Richter auf Zeit, Beamte und Richter auf Probe (Titel 422 01 bis 422 06 und Titel 422 11 bis 422 15), für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Titel 422 21 bis 422 25), für abgeordnete Beamte und Richter (Titel 422 31 bis 422 35) sowie für Arbeitnehmer (Titel 428 01 bis 428 07) gebunden. ²Bei der Bewirtschaftung der Stellenpläne und der Personalausgaben sind neben den folgenden Absätzen die Nrn. 2 und 3 der Durchführungsbestimmungen verbindlich zu beachten.

(2) ¹Die im Haushaltsplan neu ausgebrachten Stellen für Beamte, Richter und Arbeitnehmer sind gesperrt; die Aufhebung der Sperre richtet sich nach Art. 36 BayHO, wobei eine Aufhebung der Sperre vor dem 1. Oktober des jeweiligen Haushaltsjahres nur in besonderen Einzelfällen erfolgen sollte. ²Frei werdende Stellen für Beamte, Richter und Arbeitnehmer dürfen frühestens nach Ablauf von drei Monaten vom Tag des Freiwerdens an besetzt werden (Wiederbesetzungssperre); dies gilt auch für Stellen in Titelgruppen und für Stellen, die bei den Titeln 428 21 und 428 22 veranschlagt sind; für institutionell geförderte Zuwendungsempfänger gilt die Wiederbesetzungssperre sinngemäß. ³Satz 2 gilt nicht bei einer Neueinstellung eines schwerbehinderten Menschen. ⁴Die zuständige oberste Dienstbehörde kann im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat in besonderen Fällen Ausnahmen von Satz 2 zulassen. ⁵Abweichend von Art. 50 Abs. 1 Satz 2 BayHO können in den Haushaltsjahren 2015 und 2016 kw-Vermerke, die im Rahmen der Neugliederung der Geschäftsbereiche oder der Verwaltungsreform auszubringen sind, mit einer zeitlichen Einschränkung versehen werden.

(3) Bei der Stellenbesetzung ist Folgendes zu beachten:

1. Innerhalb der einzelnen Haushaltskapitel können, soweit und solange dienstliche Bedürfnisse es erfordern, die im Haushaltsplan ausgebrachten Planstellen und Stellen nach folgenden Maßgaben auch anderweitig besetzt werden:

a) ¹Freie und besetzbare Planstellen und andere Stellen können wie folgt besetzt werden:

aa) Stellen für planmäßige Beamte oder Richter (Titel 422 0.)

- durch planmäßige Beamte oder Richter (Titel 422 0.),
- durch Beamte oder Richter auf Zeit, durch Beamte oder Richter auf Probe sowie durch abgeordnete Beamte oder Richter (Titel 422 3.),
- durch Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Titel 422 21 bis 422 25),
- durch Arbeitnehmer (Titel 428 0., 428 2. und 428 30) oder
- durch Arbeitnehmer für sonstige Hilfsleistungen und dergleichen (Titel 428 1.);

bb) Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Titel 422 21 bis 422 25)

- durch Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst mit gleichem oder niedrigerem Anwärtergrundbetrag (Art. 77 BayBesG),
- in Kapitel 03 18 durch Polizeioberwachtmeister der BesGr A 5,
- durch Auszubildende oder Praktikanten mit betragsmäßig gleichen oder niedrigeren Bezügen oder
- durch Dienstanfänger;

cc) Stellen für Arbeitnehmer (Titel 428 0.)

- durch Arbeitnehmer (Titel 428 0.),
- durch Arbeitnehmer (Titel 428 2.),
- durch Arbeitnehmer für sonstige Hilfsleistungen und dergleichen (Titel 428 1.) oder
- durch Auszubildende.

²Die in Satz 1 genannten Stellenbesetzungen dürfen nur mit Beschäftigten gleicher oder niedrigerer Besoldungs- oder Entgeltgruppen vorgenommen werden; bei der Besetzung von Stellen für planmäßige Beamte durch Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Titel 422 21 bis 422 25) sind für die zu besetzenden Planstellen die Eingangsämter maßgebend, in die die Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes voraussichtlich eintreten. ³Planstellen mit einer Amtszulage (Art. 34 Abs. 1 BayBesG), mit einer Zulage für besondere Berufsgruppen (Art. 34

Abs. 2 BayBesG), mit einer besonderen Amtszulage (Art. 27 Abs. 3 BayBesG) und/oder mit einer besonderen Zulage für Richter (Art. 56 BayBesG) gelten als eigene Besoldungsgruppe. ⁴Gleiches gilt für Planstellen mit einer Stellenzulage (Art. 51 BayBesG), soweit der Ausweis der Stellenzulage im Haushaltsplan durch Gesetz oder Rechtsverordnung vorgeschrieben ist. ⁵Planstellen derselben Besoldungsgruppe mit einer Amtszulage oder mit einer Zulage für besondere Berufsgruppen gelten bei der Stellenverrechnung als gleichwertig; dies gilt nicht, wenn Planstellen sowohl mit einer Amtszulage als auch mit einer Zulage für besondere Berufsgruppen ausgebracht sind. ⁶Soweit gemäß Satz 1 Doppelbuchst. aa Planstellen der Titel 422 0. durch Arbeitnehmer (Titel 428 30) besetzt werden, sind die Ausgaben bei Titel 428 07 nachzuweisen.

- a) Ein Beamter, der vom Landtag auf Grund der Verfassung oder auf Grund eines Landesgesetzes gewählt wurde, kann nach dem Ende seiner Amtszeit bis zur Einweisung in eine für ihn geeignete Planstelle auf einer Planstelle niedrigerer Wertigkeit, mindestens jedoch der Besoldungsgruppe A13, verrechnet werden.
 - b) ¹Auf Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst bzw. auf Stellen für Polizeivollzugsbeamte in Ausbildung (Titel 422 21 bis 422 25) dürfen mit Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat bis zur Bekanntmachung des nächsten Haushaltsgesetzes Beamte auf Probe oder Beamte auf Lebenszeit im jeweiligen Eingangsamt verrechnet werden. ²Die Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat ist nicht erforderlich, wenn die Verrechnung zwölf Monate nicht überschreitet und die dadurch entstehenden Mehrkosten an geeigneter Stelle bei den Personalausgaben des entsprechenden Einzelplans zusätzlich eingespарт werden.
 - c) ¹Von den Stellenplänen für tarifliche Arbeitnehmer darf vorübergehend nur dann abgewichen werden, wenn Höhergruppierungen von Arbeitnehmern auf Grund für den Freistaat Bayern verbindlicher, im Lauf des Haushaltsjahres in Kraft tretender neuer Tarifverträge durchzuführen sind. ²Nach Möglichkeit sind hierfür jedoch besetzbare freie Stellen zu verwenden. ³In der Aufzeichnung über die Stellenbesetzung ist die höhere Eingruppierung unter Hinweis auf den entsprechenden Tarifvertrag zu vermerken.
 - d) Nr. 3 der Durchführungsbestimmungen zum Haushaltsgesetz bleibt unberührt.
2. Beamte, die auf Grund des Art. 53 BayBesG (Zulage für die Wahrnehmung befristeter Funktionen) oder Art. 54 BayBesG (Zulage für die Wahrnehmung eines höherwertigen Amtes) Besoldung entsprechend einer höheren Besoldungsgruppe erhalten, sind, soweit im Haushaltsplan nichts anderes bestimmt ist, in eine Planstelle dieser Besoldungsgruppe einzuweisen.
 3. ¹Beamte oder Arbeitnehmer, die auf Grund gesetzlicher oder tariflicher Vorschrift für ihre Person betragsmäßig dauerhaft Besoldung oder Entgelte einer höheren Besoldungs- oder Entgeltgruppe erhalten, sind in die nächste besetzbar werdende (Plan-) Stelle dieser oder einer höheren Besoldungs- oder Entgeltgruppe einzuweisen. ²Für den Ausgleich von Amtszulagen, Zulagen für besondere Berufsgruppen und besonderen Amtszulagen gilt Entsprechendes. ³Satz 1 gilt nicht für Zulagen gemäß Art. 57 BayBesG.
 4. ¹Nr. 3 gilt entsprechend, wenn Arbeitnehmern höherwertige Tätigkeiten übertragen werden sollen und dadurch tarifrechtliche Ansprüche auf Höhergruppierung begründet werden oder bei einer vorübergehenden Übertragung einer höherwertigen Tätigkeit nach § 14 TV-L eine Zulage zu zahlen ist. ²Dies gilt jedoch nicht bei einer vorübergehenden Übertragung einer höherwertigen Tätigkeit nach § 14 TV-L für die Zeit der Vertretung eines erkrankten Bediensteten, für die Zeit der Vertretung einer Bediensteten, die den Beschäftigungsverboten nach dem Mutterschutzgesetz unterliegt, oder für die Zeit der vollumfänglichen Urlaubsvertretung.
 5. Wird einem Beamten, der ein Amt der Besoldungsordnung A (Art. 22 BayBesG) innehat, ein Amt der Besoldungsordnung R (Art. 46 BayBesG) verliehen und erhält dieser Beamte gemäß Art. 21 BayBesG weiterhin das höhere Grundgehalt des Amtes der Besoldungsordnung A, kann von der Anwendung der Nr. 3 abgesehen werden.
 6. Wird einem Bediensteten Elternzeit gewährt, kann zur Überbrückung eines unabweisbaren Aushilfsbedarfs das ganze oder teilweise freie Stellengehalt der betreffenden Stelle für die Beschäftigung von Aushilfskräften verwendet werden.

7. ¹Wird ein Bediensteter unter Fortfall der Bezüge beurlaubt und auf einer Leerstelle geführt, kann zur Überbrückung eines unabweisbaren Aushilfsbedarfs das ganze oder teilweise freie Stellengeld der betreffenden (Plan-) Stelle – für die gemäß Art. 6 Abs. 1 Stellenbindung bestehen muss – zur Verstärkung des Titels 428 1. verwendet werden. ²Die Verstärkung kann nur zum Abschluss befristeter Arbeitsverträge verwendet werden. ³Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt. ⁴Nr. 12.2 der Durchführungsbestimmungen findet keine Anwendung.
8. ¹Wird eine Elternzeit zur Inanspruchnahme der Schutzfristen der § 2 Abs. 2 und § 4 Abs. 1 BayMuttSchV vorzeitig beendet, so ist die Beamtin während der Schutzfristen in eine zur Verrechnung ihrer Bezüge geeignete freie und besetzbare Planstelle ihrer Verwaltung einzuweisen. ²Bis zu einer Einweisung in eine geeignete freie und besetzbare Planstelle ist die Beamtin während der Schutzfristen auf einer freien und besetzbaren Planstelle einer um bis zu vier Besoldungsgruppen niedrigeren Besoldungsgruppe zu führen. ³Ist eine Einweisung im Sinn der Sätze 1 und 2 mangels freier und besetzbarer Planstellen oder auf Grund einer geplanten zwingend notwendigen Inanspruchnahme der Planstellen nicht möglich und wurde die Beamtin während der Elternzeit auf einer Leerstelle geführt, kann die Beamtin vorübergehend, maximal für die Dauer der Schutzfristen, weiterhin auf der Leerstelle geführt werden. ⁴Die Sätze 1 bis 3 gelten für Arbeitnehmerinnen entsprechend.
9. Im Übrigen sind Abweichungen bei der Stellenbesetzung nur in besonderen unvorhergesehenen und unabweisbaren Einzelfällen mit Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat kostenneutral möglich.
- (4) ¹In den Kapiteln 15 06 bis 15 27, 15 32 bis 15 48, dem Kapitel 15 50 sowie in den Kapiteln 15 59 bis 15 64 können die Hochschulen und das Elitenetzwerk Bayern innerhalb ihres jeweiligen Kapitels die Wertigkeiten der ausgebrachten (Plan-) Stellen für Forschung und Lehre neu festsetzen, soweit sie frei sind oder frei werden und ein unabweisbarer Bedarf hierfür besteht. ²Veränderungen im Bereich der (Plan-) Stellen für die Hochschulverwaltung bedürfen der vorherigen Zustimmung durch das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat. ³Aus den abweichend vom Stellenplan neu festgesetzten Wertigkeiten dürfen sich keine höheren Personalkosten ergeben, als es dem Gegenwert der umgewandelten Stellen entspricht. ⁴Im Benehmen mit der jeweiligen Hochschule können Stellen nach Kapitel 15 28 bzw. 15 49 umgesetzt und vom Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst den vorgenannten Kapiteln zur Abdeckung eines unabweisbaren Personalbedarfs zugewiesen werden. ⁵Hierbei können die Stellenwertigkeiten kostenneutral neu festgelegt werden. ⁶Das Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst wird ermächtigt, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel die Wertigkeiten der in Kapitel 13 30 Titelgruppe 56 und Kapitel 15 06 Titelgruppe 86 ausgebrachten (Plan-) Stellen kostenneutral neu festzusetzen.
- (5) ¹Sind im Vollzug von Art. 25 Abs. 1 und 6 des Gesetzes über kommunale Wahlbeamte und Wahlbeamtinnen Beamte oder Arbeitnehmer in den Staatsdienst zu übernehmen, so gelten die dafür erforderlichen (Plan-) Stellen zusätzlich in der entsprechenden Wertigkeit für die Dauer von zwei Jahren als im Staatshaushalt bewilligt. ²Nach diesem Zeitraum sind diese Beschäftigten in andere geeignete, freie und besetzbare (Plan-) Stellen einzuweisen. ³Soweit bei der entsprechenden Verwaltung hierfür keine geeigneten (Plan-) Stellen zur Verfügung stehen, gelten Leerstellen der entsprechenden Wertigkeit als bewilligt; Art. 50 Abs. 5 BayHO ist entsprechend anzuwenden.
- (6) ¹Im Rahmen des Bayerischen Genomforschungsnetzwerks, des Biosystemforschungsnetzwerks einschließlich Kernzentrum, des Bayerischen Forschungsnetzwerks Immuntherapie, des Professorinnenprogramms, des Energiecampus Nürnberg, des Technologietransfers, des Wettbewerbs „Aufstieg durch Bildung: offene Hochschulen“, des „gemeinsamen Programms des Bundes und der Länder für bessere Studienbedingungen und mehr Qualität in der Lehre“ und zur Einrichtung von Projekten in den drei Förderlinien im Rahmen der Exzellenzinitiative wird das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat zur Schaffung von Planstellen und Stellen für Arbeitnehmer ermächtigt. ²Die Stellen erhalten den Vermerk „kw mit Auslaufen der Finanzierung“. ³Im Fall der Exzellenzinitiative können gesetzliche und arbeitsvertraglich vereinbarte Beihilfeleistungen für Beamte und Arbeitnehmer auf nach Satz 1 geschaffenen Planstellen bzw. Stellen auch zulasten der Beihilfeansätze bei Kapitel 15 02 Titelgruppe 61 bis 65 gewährt werden, wenn die betreffenden Dienststellen im Gegenzug einen Beitrag in Höhe des Durchschnittsbetrags der jährlichen Beihilfe- und Verwaltungsaufwendungen pro Beihilfeanspruch an den Staatshaushalt abführen; das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat teilt den betroffenen Dienststellen die nach den Aufwendungen des Vorjahres zu bestimmenden Beträge mit.

(7) ¹Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird zur Schaffung von Planstellen und Stellen für Arbeitnehmer aus Zuwendungen Dritter und bis zu 50 v.H. der bei Kapitel 15 06 Titelgruppe 96 veranschlagten Mittel ermächtigt. ²Die Stellen aus Zuwendungen Dritter dürfen nur so lange in Anspruch genommen werden, als die Personalaufwendungen, im Fall von Planstellen grundsätzlich mit Versorgungszuschlag, von dritter Seite erstattet werden und die Anschlussfinanzierung gesichert ist. ³Gesetzliche und arbeitsvertraglich vereinbarte Beihilfeleistungen für Beamte und Arbeitnehmer auf nach Satz 1 aus Zuwendungen Dritter geschaffenen Planstellen bzw. Stellen können abweichend von Satz 2 auch zulasten der Beihilfeansätze bei Kapitel 15 02 Titelgruppe 61 bis 65 gewährt werden, wenn die betreffenden Dienststellen im Gegenzug einen Beitrag in Höhe des Durchschnittsbetrags der jährlichen Beihilfe- und Verwaltungsaufwendungen pro Beihilfeanspruch an den Staatshaushalt abführen; das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat teilt den betroffenen Dienststellen die nach den Aufwendungen des Vorjahres zu bestimmenden Beträge mit. ⁴Auf diesen Stellen geführtes Lehrpersonal hat grundsätzlich die volle Lehrverpflichtung zu erbringen.

(8) ¹Zuschläge zur Sicherung der Funktions- und Wettbewerbsfähigkeit gemäß Art. 60 BayBesG sowie Anwärtersonderzuschläge gemäß Art. 78 BayBesG dürfen nur geleistet werden, soweit hierfür im Haushaltsplan Ausgabemittel veranschlagt sind. ²In den Haushaltsjahren 2015 und 2016 sind für Zuschläge gemäß Art. 60 BayBesG Ausgabemittel für 196 Vergabemöglichkeiten veranschlagt; Ausgabemittel für Zuschläge gemäß Art. 78 BayBesG sind nicht veranschlagt. ³Die Vergabemöglichkeiten gemäß Art. 60 BayBesG erhöhen sich in den Haushaltsjahren 2015 und 2016 um jeweils 38 für den Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, davon jeweils 18 für das IT-Dienstleistungszentrum, und um jeweils 66 für die Werkfeuerwehr der TU München in Garching im Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst auf insgesamt jeweils 300.

(9) Die im Haushaltsplan 2015 im Rahmen des Neuen Dienstrechts in Bayern kostenwirksam gehobenen Stellen dürfen erst ab 1. Juli 2015 in ihrer neuen Wertigkeit in Anspruch genommen werden.

(10) Das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat kostenneutral bis zu 20 (Plan-) Stellen innerhalb des Einzelplans 08 in das Kapitel 08 20 zur Errichtung eines Kompetenzzentrums für Ernährung umzusetzen, das verwaltungsmäßig in die Landesanstalt für Landwirtschaft eingebunden ist.

(11) Art. 68 Abs. 1 Sätze 2 und 3 BayBesG sind mit der Maßgabe anzuwenden, dass jeweils an die Stelle des Betrags „12 200 000 €“ der Betrag „8 800 000 €“ und an die Stelle des Vmhundertsatzes „0,2“ der Vmhundertsatz „0,14“ tritt.

(12) ¹Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, im Einvernehmen mit den betroffenen Ressorts, zur Deckung des personellen Bedarfs in den Rechenzentren sowie bei den Regierungen zur Einführung und für den Betrieb der elektronischen Akte (Plan-) Stellen aus den Einzelplänen 02 bis 15 in die Kapitel 03 08, 06 04 und 06 21 umzusetzen und bei Bedarf kostenneutral umzuwandeln. ²Die (Plan-) Stellen können mit einem Vermerk versehen werden, der eine Rückumsetzung und bzw. oder kostenneutrale Rückumwandlung vorsieht.

(13) ¹Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, im Einvernehmen mit den betroffenen obersten Dienstbehörden, zur Deckung des personellen Bedarfs in der Unterbringungsverwaltung der Regierungen, in den Verwaltungsgerichten und in den sonstigen für Asylbewerber zuständigen staatlichen Behörden (Plan-) Stellen, die der Stellenbindung gemäß Abs. 1 Satz 1 unterliegen, umzusetzen und bei Bedarf kostenneutral umzuwandeln. ²Satz 1 gilt entsprechend für Stellen, die nicht der Stellenbindung gemäß Abs. 1 Satz 1 unterliegen, aber für die im Haushaltsplan der Abschluss unbefristeter Beschäftigungsverhältnisse zugelassen ist. ³Die mit den umgesetzten (Plan-) Stellen korrespondierenden Haushaltsmittel sind zusammen mit den (Plan-) Stellen umzusetzen. ⁴Die (Plan-) Stellen können mit einem Vermerk versehen werden, der eine Rückumsetzung und bzw. oder kostenneutrale Rückumwandlung vorsieht.

Art. 6a

Sperre frei werdender Stellen bis 1997

(entfallen)

Art. 6b Sperre frei werdender Stellen ab 2005

(1) ¹In den Jahren 2005 bis 2019 sind 9 000 frei werdende Stellen für Beamte, Richter und Arbeitnehmer zu sperren (einschließlich der Stellen bei Titel 428 21, der Stellen bei Titel 428 22 des Einzelplans 08 und der Stellen bei Titelgruppen der Einzelpläne 03B und 12), und zwar je 750 Stellen in den Jahren 2005 bis 2008, je 600 Stellen in den Jahren 2009 bis 2013, 400 Stellen im Jahr 2014 und je 520 Stellen in den Jahren 2015 bis 2019. ²Die Jahresraten können unbegrenzt überschritten, jedoch jeweils nur um bis zu 75 Stellen unterschritten werden. ³Die Gesamtunterschreitung darf zu keinem Zeitpunkt mehr als 450 Stellen betragen. ⁴Sie muss spätestens im Jahr 2019 ausgeglichen werden. ⁵In die Sperre nicht einbezogen werden Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst und Auszubildende sowie Leerstellen, Stellen für abgeordnete Beamte und Ersatzstellen.

(2) Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Landtags verteilt die Sperre nach Vorlage eines Berichts der Staatsregierung auf die Einzelpläne; der Bericht ist für jedes Jahr gesondert bis spätestens 1. April vorzulegen.

(3) Werden bei einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung durch einen externen Berater im Abschlussbericht Möglichkeiten für einen Stellenabbau aufgezeigt, darf in den untersuchten Bereichen bis zu einer Entscheidung der Staatsregierung über die Umsetzung der Untersuchungsergebnisse nur jede dritte frei werdende Stelle wiederbesetzt werden.

(4) Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, nähere Bestimmungen zum Vollzug der Stellensperre zu erlassen.

(5) Die nach Abs. 1 und 2 gesperrten Stellen sind in den nachfolgenden Haushaltsplänen einzuziehen.

Art. 6c Beschäftigung schwerbehinderter Menschen

(1) ¹In den Jahren 2015 und 2016 sind jeweils 150 vorhandene freie und frei werdende Stellen gesperrt und der Einstellung zusätzlicher schwerbehinderter Menschen vorbehalten, wobei eine Übererfüllung der Quote des Vorjahres auf die Quote des Jahres 2015 bzw. des Jahres 2016 angerechnet werden kann. ²Die Stellensperre verteilt sich auf die Ressorts im Verhältnis ihres Anteils an den nach dem Teil 2 SGB IX maßgeblichen Arbeitsplätzen des Freistaates Bayern. ³Als Stellen im Sinn des Satzes 1 gelten alle Arbeitsplätze im Sinn des Teils 2 SGB IX.

(2) ¹Können nach Abs. 1 gesperrte Stellen nicht mit neu eingestellten schwerbehinderten Menschen besetzt werden, so werden in entsprechendem Umfang Stellen, für die gemäß Art. 6 Abs. 1 Stellenbindung besteht, nach Kap. 13 03 Tit. 422 05 umgesetzt. ²Sie sind grundsätzlich entsprechend dem Stellenbestand des jeweiligen Ressorts zu verteilen.

(3) Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat kann die Amtsbezeichnungen, Wertigkeiten und Stellenzahlen der Stellen im Kap. 13 03 Tit. 422 05 kostenneutral ändern.

(4) ¹Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat setzt die Stellen im Kap. 13 03 Tit. 422 05 auf Antrag in andere Verwaltungen für die Neueinstellung schwerbehinderter Menschen um. ²Scheidet ein neu eingestellter schwerbehinderter Mensch innerhalb von zehn Jahren nach der Umsetzung aus dem Staatsdienst aus, fällt die umgesetzte Stelle wieder nach Kap. 13 03 Tit. 422 05 zurück, soweit sie nicht innerhalb eines Jahres wieder mit einem neu eingestellten schwerbehinderten Menschen besetzt wird.

(5) ¹Die Einzelheiten regelt das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration. ²Art. 6b bleibt unberührt.

Art. 6d Ersatzstellen bei Altersteilzeit, begrenzter Dienstfähigkeit und bei Arbeitszeitmodellen

(1) Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, Stellen auszubringen, wenn Beamten die Arbeitszeit entsprechend §§ 27 und 29 Abs. 3 BeamtStG (begrenzte Dienstfähigkeit) herabgesetzt wird oder Teilzeitbeschäftigung nach Art. 91 Abs. 1 bis 3 BayBG (Altersteilzeit) bewil-

ligt worden ist und jeweils ein Bedarf besteht, die durch die Herabsetzung der Arbeitszeit bzw. durch die Gewährung von Altersteilzeitbeschäftigung entstehenden personellen Kapazitätsverluste zu ersetzen (Ersatzstellen).

(2) ¹Als Ausgleich für einen begrenzt dienstfähigen Beamten kann für die Dauer der begrenzten Dienstfähigkeit eine Ersatzstelle in der gleichen Wertigkeit ausgebracht werden. ²Die Ersatzstelle fällt mit dem Ende der begrenzten Dienstfähigkeit weg. ³Die Ausbringung der Ersatzstelle ist auf den dem Gehaltsbruchteil entsprechenden Stellenbruchteil beschränkt, der sich aus der Differenz der Besoldung gemäß Art. 7 BayBesG und der Besoldung gemäß Art. 6 BayBesG ergibt. ⁴Ändert sich der Umfang der begrenzten Dienstfähigkeit, ändert sich der Stellenbruchteil entsprechend. ⁵Wird der Beamte während der begrenzten Dienstfähigkeit befördert, ändert sich die Wertigkeit des Stellenbruchteils entsprechend.

(3) ¹Als Ausgleich für einen Beamten in Altersteilzeit kann in den Fällen des Art. 91 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BayBG (Teilzeitmodell) mit Beginn der Altersteilzeitbeschäftigung, in den Fällen des Art. 91 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 BayBG (Blockmodell) mit Beginn der Freistellungsphase jeweils bis zum Ende der Altersteilzeitbeschäftigung eine Ersatzstelle in der Wertigkeit des Eingangsamts des Beamten in Altersteilzeit ausgebracht werden. ²Die Ersatzstelle kann auch bis zur Wertigkeit der Planstelle des Beamten in Altersteilzeit ausgebracht werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrkosten durch eine entsprechende Stellensperre bei den gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 gebundenen Stellen ausgeglichen werden. ³Die Ersatzstelle fällt mit Ablauf der Altersteilzeitbeschäftigung weg. ⁴Die Ausbringung der Ersatzstelle ist im Fall des Blockmodells auf den durchschnittlichen Stellenbruchteil, im Fall des Teilzeitmodells auf 40 v.H. des durchschnittlichen Stellenbruchteils beschränkt. ⁵Der durchschnittliche Stellenbruchteil entspricht dem durchschnittlichen Gehaltsbruchteil der letzten fünf Jahre vor Beginn der Altersteilzeitbeschäftigung.

(4) ¹Der Unterschied zwischen dem durch den Beamten in Altersteilzeit ohnehin belegten Stellenanteil und dem durchschnittlichen Stellenbruchteil im Sinn des Abs. 3 Satz 5 ist bis zum Wegfall der Ersatzstelle gesperrt. ²Im Anschluss daran kann der durchschnittliche Stellenbruchteil nach Ablauf der Wiederbesetzungssperre (Art. 6 Abs. 2) wieder besetzt werden.

(5) Für Lehrer an öffentlichen Schulen ist für jeden Altersteilzeitfall, bei dem eine Ersatzstelle ausgebracht wird, ein Bruchteil von $\frac{1}{18}$ einer Planstelle mindestens in der Wertigkeit des Eingangsamts des Beamten in Altersteilzeit zu sperren, wenn der Beginn der Altersteilzeitbeschäftigung vor dem 1. Januar 2004 liegt; beginnt die Altersteilzeitbeschäftigung nach dem 31. Dezember 2003, beträgt die Sperre $\frac{1}{12}$.

(6) ¹Abs. 1 bis 4 gelten für die Altersdiensttermäßigung bei Richtern (Art. 8c BayRiG) und für die begrenzte Dienstfähigkeit bei Richtern (Art. 78a BayRiG) entsprechend. ²Der durchschnittliche Stellenbruchteil im Sinn des Abs. 3 Satz 5 entspricht in den Fällen des Art. 8c Abs. 2 Nr. 1 BayRiG (Teilzeitmodell), in den Fällen des Art. 8c Abs. 2 Nr. 2 BayRiG (Blockmodell) und in den Fällen des Art. 8c Abs. 3 Satz 1 BayRiG (modifiziertes Blockmodell) dem durchschnittlichen Gehaltsbruchteil der letzten fünf Jahre vor Beginn der Altersdiensttermäßigung, höchstens jedoch dem durchschnittlichen Gehaltsbruchteil der letzten zwei Jahre vor Beginn der Altersdiensttermäßigung. ³Die Ausbringung der Ersatzstelle ist in den Fällen des modifizierten Blockmodells zeitlich auf die Freistellungsphase und im Umfang auf den durchschnittlichen Stellenbruchteil beschränkt. ⁴Ist in den Fällen des modifizierten Blockmodells die Differenz aus dem fiktiven Stellenbruchteil, der dem während der Arbeitsphase durchschnittlich geleisteten tatsächlichen Dienst-Anteil entspricht, und dem durchschnittlichen Stellenbruchteil größer als Null, ist diese Differenz vorrangig während der Arbeitsphase wertmäßig zu sperren.

(7) ¹Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, bei Arbeitszeitmodellen mit einer längerfristigen ungleichmäßigen Verteilung der regelmäßigen Arbeitszeit, die zu einer zeitweisen völligen Freistellung von der Arbeitsleistung (Freistellungsphase) führen, für die Dauer der Freistellungsphase eine Ersatzstelle auszubringen. ²Die Ersatzstelle wird in der Wertigkeit des Bediensteten ausgebracht, der das Arbeitszeitmodell in Anspruch nimmt. ³Der Umfang der Ersatzstelle ist auf den Stellenbruchteil begrenzt, der dem während des Arbeitszeitmodells außerhalb der Freistellungsphase durchschnittlich geleisteten tatsächlichen Arbeitszeitanteil entspricht. ⁴Die Ersatzstelle kann nur mit einem bis zur Beendigung der Freistellung zeitlich befristet beschäftigten Bediensteten besetzt werden. ⁵Auf einer für einen Beamten oder Richter ausgebrachten Ersatzstelle kann stattdessen ein Beamter oder Richter in der Wertigkeit des Eingangsamts des Beamten, der das Arbeitszeitmodell in Anspruch nimmt, beschäftigt werden, sofern nach dem Wegfall der Ersatzstelle eine sofortige Übernahme dieses Beamten auf anderweitig frei werdenden, besetzbaren Planstellen gesichert ist. ⁶Zum Ausgleich für die Ersatzstelle ist die Stelle des Bediensteten, der das Arbeitszeitmodell in Anspruch nimmt, während der Gesamtdauer des Arbeitszeitmodells in Höhe des Unterschieds zwischen dem durch den Bediensteten ohnehin belegten Stellenanteil und dem

Stellenanteil, der dem außerhalb der Freistellungsphase durchschnittlich geleisteten tatsächlichen Arbeitszeitanteil entspricht, zu sperren.

(8) ¹Über den weiteren Verbleib der nach Abs. 1 bis 7 ausgebrachten Stellen ist im nächsten Haushaltsplan zu bestimmen. ²Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, in besonderen Fällen Ausnahmen zuzulassen sowie nähere Bestimmungen zum Vollzug zu erlassen.

(9) Wenn Beamte die Altersteilzeit vor dem 1. Januar 2010 angetreten haben und als Ausgleich Ersatzstellen ausgebracht werden oder wurden, gelten insoweit Abs. 1 bis 8 in der am 31. Dezember 2009 geltenden Fassung entsprechend.

Art. 6e

Sperre frei werdender Stellen im Rahmen der Verlängerung der Arbeitszeit und der Unterrichtspflichtzeit

(entfallen)

Art. 6f

Sperre frei werdender Stellen im Rahmen der Verlängerung der Arbeitszeit der Arbeitnehmer

(1) ¹Im Rahmen der Verlängerung der Arbeitszeit der Arbeitnehmer sind insgesamt 500 frei werdende Stellen für Arbeitnehmer zu sperren (6f-Sperre). ²In die 6f-Sperre können vergleichbare Planstellen einbezogen werden. ³In die 6f-Sperre nicht einbezogen werden Stellen der staatlichen Schulen im Einzelplan 05, der staatlichen Hochschulen, der staatlichen Kliniken und Krankenhäuser, der Theater und Bühnen, der Straßenmeistereien und Autobahnmeistereien sowie Leerstellen, Stellen für abgeordnete Beamte und Ersatzstellen. ⁴In die 6f-Sperre sollen die Stellen für Auszubildende nicht einbezogen werden.

(2) ¹Die 6f-Sperre verteilt sich wie folgt auf die Einzelpläne (Sperrekontingente), wobei bei Stellenumsetzungen zwischen den Einzelplänen entsprechende anteilige Sperrekontingente auf die aufnehmende Verwaltung übergehen können:

Einzelplan	Sperrekontingente	Einzelplan	Sperrekontingente
02	1	07	2
03A	164	08	44
03B	26	10	19
04	80	12	67
05	5	15	23
06	69	Summe	500

²Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, anhand der derzeitigen Stellenstruktur die Sperrekontingente in monetäre oder vergleichbare Einheiten umzurechnen und entsprechend dieser Einheiten die 6f-Sperre zu vollziehen. ³Die 6f-Sperre sowie die Sperrekontingente können daher von den in Abs. 1 und Satz 1 genannten absoluten Zahlen abweichen.

(3) Die nach Abs. 1 und 2 gesperrten Stellen sind in den nachfolgenden Haushaltsplänen einzuziehen.

(4) ¹Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, nähere Bestimmungen zum Vollzug der 6f-Sperre und Sperrekontingente zu erlassen. ²Art. 6b und 6c bleiben unberührt.

Art. 6g

Besetzung von Stellen für Arbeitnehmer

(1) Abweichungen bei der Stellenbesetzung, die durch die Entgeltordnung (Anlage A zum TV-L in der ab 1. Januar 2012 geltenden Fassung) oder durch die Stellenplanüberleitung gemäß Art. 6 Abs. 10 des Haushaltsgesetzes 2007/2008 bedingt sind, sind mit Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat möglich.

(2) ¹Wären Stellen auf Grund der Entgeltordnung in der ab 1. Januar 2012 geltenden Fassung abzusenken gewesen oder sind Stellen auf Grund dieser neuen Entgeltordnung abzusenken, dürfen diese bei einer Neubesetzung nur in der entsprechenden niederwertigen Entgeltgruppe besetzt werden. ²Ausnahmen in besonderen Fällen bedürfen der Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat; sie sollen kostenneutral erfolgen. ³Die Stellen sollen im nächsten Haushaltsplan abgesenkt werden. ⁴Sätze 1 bis 3 gelten nicht soweit im Haushaltsplan für diese Arbeitnehmer Umwandlungsvermerke (Art. 21 Abs. 2 BayHO) ausgebracht wurden.

(3) ¹Abs. 1 und 2 gelten nur für Stellen, die gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 der Stellenbindung unterliegen oder für verbindlich erklärt wurden. ²Art. 6 Abs. 1 und 3 bleiben unberührt.

Art. 6h Besetzung von Stellen bei Familienpflegezeit

¹Bei Inanspruchnahme von Familienpflegezeit nach dem Familienpflegezeitgesetz kann abweichend von Art. 49 Abs. 2 Satz 3 BayHO in den Fällen, in denen gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Stellenbindung besteht, bei der Stellenbesetzung während der Pflegephase und der Nachpflegephase statt auf den jeweiligen Gehaltsbruchteil auf einen durchschnittlichen Arbeitszeitanteil aus Pflegephase und Nachpflegephase abgestellt werden. ²Art. 6d ist nicht anwendbar.

Art. 6i Weitere Stellenhebungen im Rahmen des Neuen Dienstrechts

¹Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird im Rahmen einer Stellenplanüberleitung ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Landtags im Stellenplan des Haushaltsjahres 2016 Stellenhebungen in Höhe von insgesamt 10 000 000 € (Jahreskosten) vorzunehmen. ²Davon entfallen auf den

1. Einzelplan 01 (Geschäftsbereich des Landtags) Stellenhebungen in Höhe von 3 000 €,
2. Einzelplan 02 (Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei) Stellenhebungen in Höhe von 7 000 €,
3. Einzelplan 03A (Geschäftsbereich des Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr – Allgemeine Innere Verwaltung –) Stellenhebungen in Höhe von 1 923 000 €,
4. Einzelplan 03B (Geschäftsbereich des Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr – Staatsbauverwaltung –) Stellenhebungen in Höhe von 89 000 €,
5. Einzelplan 04 (Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Justiz) Stellenhebungen in Höhe von 667 000 €,
6. Einzelplan 05 (Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst – Bildung und Kultus –) Stellenhebungen in Höhe von 5 604 000 €,
7. Einzelplan 06 (Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat) und auf den Einzelplan 13 (Allgemeine Finanzverwaltung, soweit im Zuständigkeitsbereich des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat) Stellenhebungen in Höhe von 1 076 000 €,
8. Einzelplan 07 (Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie) Stellenhebungen in Höhe von 15 000 €,
9. Einzelplan 08 (Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten) Stellenhebungen in Höhe von 167 000 €,
10. Einzelplan 10 (Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration) Stellenhebungen in Höhe von 92 000 €,
11. Einzelplan 11 (Geschäftsbereich des Bayerischen Obersten Rechnungshofs) Stellenhebungen in Höhe von 7 000 €,
12. Einzelplan 12 (Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz) Stellenhebungen in Höhe von 97 000 €,

13. Einzelplan 14 (Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege) Stellenhebungen in Höhe von 10 000 €,

14. Einzelplan 15 (Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst – Wissenschaft und Kunst –) Stellenhebungen in Höhe von 243 000 €.

³Die kostenwirksam gehobenen Stellen dürfen erst ab 1. November 2016 in ihrer neuen Wertigkeit in Anspruch genommen werden.

Art. 7

Übertragung von Ausgaben

(1) Ausgabereste und Haushaltsvorgriffe können mit Einwilligung des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat auf für gleiche Zwecke, aber mit anderer Bezeichnung und Titelnummer, im Haushaltsplan vorgesehene Titel übertragen werden.

(2) Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat kann unbeschadet der Regelung in Art. 45 Abs. 3 BayHO unverbrauchte Mittel aus übertragbaren Ausgabebewilligungen der Haushaltspläne 2015 und 2016 einziehen, soweit dies zur Vermeidung oder Verminderung eines Fehlbetrags erforderlich ist.

(3) Abs. 2 gilt nicht für übertragbare Ausgabebewilligungen, soweit bei diesen Ansätzen zweckgebundene Einnahmen (Art. 8 Nr. 1 BayHO) ihrem Verwendungszweck noch nicht zugeführt wurden.

Art. 8

Sonstige Ermächtigungen und Regelungen

(1) Folgende Regelungen und Ermächtigungen gelten weiter:

1. Art. 4 Abs. 4 des Haushaltsgesetzes 1971/1972,
2. Art. 8 Abs. 4 des Haushaltsgesetzes 1979/1980,
3. Art. 8 Abs. 4 des Haushaltsgesetzes 1981/1982,
4. Art. 8 Abs. 3 des Haushaltsgesetzes 1993/1994,
5. Art. 8 Abs. 6 und 12 des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 (Haushaltsgesetz – HG – 2009/2010) vom 14. April 2009 (GVBl S. 86, BayRS 630-2-17-F), geändert durch § 1 des Gesetzes vom 12. April 2010 (GVBl S. 169),
6. Art. 8 Abs. 6 und 7, 10 bis 12 und 15 des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 (Haushaltsgesetz – HG – 2011/2012) vom 14. April 2011 (GVBl S. 150, BayRS 630-2-18-F), zuletzt geändert durch § 5 Abs. 3 Nr. 1 des Gesetzes vom 23. Mai 2014 (GVBl S. 190), und
7. Art. 8 Abs. 2a Satz 3, Abs. 6, 7 und 9 bis 11 des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 (Haushaltsgesetz 2013/2014 – HG 2013/2014) vom 18. Dezember 2012 (GVBl S. 686, BayRS 630-2-19-F), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 23. Mai 2014 (GVBl S. 190).

(2) ¹Das Staatsministerium des Inneren, für Bau und Verkehr wird ermächtigt, für Vorhaben zur Durchführung von Energieeinsparmaßnahmen in bestehenden staatlichen Gebäuden dem Abschluss von Performance-Contracting-Verträgen mit einem Gesamtvolumen von bis zu 10 Mio. € jährlich zuzustimmen, wenn sämtliche entstehenden Kosten, einschließlich Zins- und Tilgungsaufwand, innerhalb einer Vertragslaufzeit von maximal zwölf Jahren aus den erwarteten Energieeinsparungen getragen werden können und die Wirtschaftlichkeit gewährleistet ist. ²Dabei kann eine einwendungs- und einredefreie Forfaitierung der Grundvergütung bis zu einem Anteil von höchstens 70 v.H. zugelassen werden. ³Ist der Anteil der laufenden Zahlungsverpflichtungen, der auf die getätigten Investitionen des Contractors in technische Geräte, Anlagen und Sachen entfällt, geringer, gilt der niedrigere Vorhundertwert.

(2a) ¹Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, zum Bezug von Nutzenergie für staatliche Gebäude im Weg von Energieliefer-Contracting dem Abschluss von Verträgen des Freistaates Bayern zuzustimmen, die eine einwendungs- und einredefreie Forfaitierung von bis zu

100 v.H. des die Investitionen abbildenden Grundpreises der vertragsgegenständlichen Energielieferung vorsehen, wenn der Freistaat Bayern unbelastetes Eigentum an sämtlichen Sachen erhält, die der Contractor zur Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem Energieliefer-Contracting-Vertrag einbringt oder mit einem Grundstück des Freistaates Bayern verbindet. ²Soweit die Summe der Raten des die Investitionskosten abbildenden Grundpreises im Einzelfall 1 Mio. € bezogen auf die Vertragslaufzeit nicht überschreitet, gilt die Ermächtigung nach Satz 1 bis zu einem Gesamtvolumen von 10 Mio. €; das Gesamtvolumen bemisst sich nach der Jahressumme des die Investitionskosten abbildenden Grundpreises aus den Energieliefer-Contracting-Verträgen.

(3) ¹Die Bestände der Rücklagen und Sondervermögen bei den Kapiteln 80 01 bis 80 37 können bis zu ihrer Inanspruchnahme im Rahmen der Liquiditätssteuerung des Gesamthaushalts eingesetzt werden. ²Soweit dadurch oder aus sonstigen liquiditätsmäßigen Gründen die bestehende Kreditermächtigung für die Anschlussfinanzierung auslaufender Altschulden noch nicht beansprucht werden muss, kann sie in die folgenden Haushaltsjahre übertragen werden.

(4) Nach Art. 63 Abs. 5 BayHO in Verbindung mit Art. 63 Abs. 3 Satz 2 BayHO wird zugelassen, dass Betreibern von Kinderbetreuungseinrichtungen Räumlichkeiten in staatseigenen Liegenschaften gegen einen verbilligten Mietzins oder unter vollständigem Verzicht auf einen Mietzins überlassen werden, wenn

1. der Elternbeitrag für den Besuch den in der jeweiligen kommunalen Beitragssatzung festgelegten Besuchsbeitrag, hilfsweise den durchschnittlichen Besuchsbeitrag freigemeinnütziger Träger in der Gemeinde, nicht überschreitet und
2. in der Kindertageseinrichtung Betreuungsplätze für Kinder von staatlichen Bediensteten bereitgehalten werden.

(5) Nach Art. 63 Abs. 5 BayHO in Verbindung mit Art. 63 Abs. 3 Satz 2 BayHO wird das Staatsministerium der Justiz ermächtigt, der Stiftung „Internationale Akademie Nürnberger Prinzipien“, die von ihr genutzten Räumlichkeiten im Ostflügel des Justizgebäudes in Nürnberg, Fürther Straße 110-112 auf Dauer und unentgeltlich zu überlassen.

(6) ¹Das Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr wird ermächtigt, die Abgabe von Garantieerklärungen im Rahmen der Ausschreibungen von Verkehrsleistungen im Schienenpersonennahverkehr

1. für das Projekt „Dieselnetz Nürnberg“ bis zu einem Betrag von 240 Mio. €,
2. für das Projekt „E-Netz Augsburg“ bis zu einem Betrag von 520 Mio. €,
3. für das Projekt „Linienstern Mühldorf“ bis zu einem Betrag von 310 Mio. € und
4. für das Projekt „E-Netz Allgäu“ bis zu einem Betrag von 250 Mio. €

anzubieten, mit denen es für die ordnungsgemäße Leistung der Leasingraten durch das Eisenbahnverkehrsunternehmen gegenüber dem Finanzierer der Schienenfahrzeuge entsteht (Kapitaldienstgarantie). ²Die Laufzeit der Garantie darf maximal 24 Jahre betragen. ³Damit verbunden ist die Verpflichtung, den Wiedereinsatz der Schienenfahrzeuge während der Amortisationszeit von 24 Jahren zu garantieren (Wiedereinsatzgarantie).

(7) ¹Das Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr wird ermächtigt, die Durchfinanzierung der 2. S-Bahn-Stammstrecke München gemäß Bau- und Finanzierungsvertrag bis zu einem Betrag von 1 950 Mio. € zu erklären, soweit die Voraussetzungen dazu eingetreten sind und der Bund sich an den Nominalisierungseffekten aus der Anpassung des Realisierungszeitplans beteiligt. ²Der Betrag erhöht sich auf bis zu 2 145 Mio. €, soweit sich auf Grund der Kostenermittlung Kostensteigerungen von bis zu 10 v.H. der geschätzten Baukosten abzeichnen; die Inanspruchnahme der erhöhten Ermächtigung bedarf der Zustimmung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen.

(8) Das Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie wird ermächtigt, der Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V. unentgeltlich ein Erbbaurecht von insgesamt ca. 15 100 m² an dem staatseigenen Grundstück Flurstück-Nr. 1000/2 Gemarkung Göggingen (Baufeld 44) für die Ansiedlung von Forschungseinrichtungen einzuräumen.

Art. 9 Änderung des Bayerischen Beamtengesetzes

Das Bayerische Beamtengesetz (BayBG) vom 29. Juli 2008 (GVBl S. 500, BayRS 2030-1-1-F), zuletzt geändert durch § 1 Nr. 59 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBl S. 286), wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

a) Es wird folgender Art. 97 eingefügt:

„Art. 97 Erfüllungsübernahme bei Schmerzensgeldansprüchen“.

b) Es wird folgender Art. 144 eingefügt:

„Art. 144 Übergangsregelung zur Beihilfe“.

2. In Art. 6 Abs. 3 Satz 4 werden die Worte „Polizeibeamte und Polizeibeamtinnen“ durch die Worte „Beamte und Beamtinnen der Polizei und des Landesamtes für Verfassungsschutz“ ersetzt.

3. Es wird folgender Art. 97 eingefügt:

„Art. 97 Erfüllungsübernahme bei Schmerzensgeldansprüchen

(1) ¹Hat der Beamte oder die Beamtin wegen eines tätlichen rechtswidrigen Angriffs, den er oder sie in Ausübung des Dienstes oder außerhalb des Dienstes wegen der Eigenschaft als Beamter oder Beamtin erleidet, einen rechtskräftig festgestellten Anspruch auf Schmerzensgeld gegen einen Dritten, kann der Dienstherr auf Antrag die Erfüllung dieses Anspruchs bis zur Höhe des festgestellten Schmerzensgeldbetrags übernehmen, soweit dies zur Vermeidung einer unbilligen Härte notwendig ist. ²Der rechtskräftigen Feststellung steht ein Vergleich nach § 794 Abs. 1 Nr. 1 ZPO gleich, sobald er unwiderruflich und der Höhe nach angemessen ist.

(2) ¹Eine unbillige Härte liegt insbesondere vor, wenn die Vollstreckung über einen Betrag von mindestens 500 € erfolglos geblieben ist. ²Der Dienstherr kann die Erfüllungsübernahme verweigern, wenn auf Grund desselben Sachverhalts eine einmalige Unfallentschädigung (Art. 62 BayBeamtVG) oder Unfallausgleich (Art. 52 BayBeamtVG) gezahlt wird.

(3) ¹Die Übernahme der Erfüllung ist innerhalb einer Ausschlussfrist von zwei Jahren nach Rechtskraft des Urteils schriftlich unter Nachweis der Vollstreckungsversuche zu beantragen. ²Die Entscheidung trifft die oberste Dienstbehörde, bei Staatsbeamten die Pensionsbehörde (Art. 9 Abs. 2 BayBeamtVG). ³Soweit der Dienstherr die Erfüllung übernommen hat, gehen Ansprüche gegen Dritte auf ihn über. ⁴Der Übergang der Ansprüche kann nicht zum Nachteil des oder der Geschädigten geltend gemacht werden.“

4. Es wird folgender Art. 144 eingefügt:

„Art. 144 Übergangsregelung zur Beihilfe

Nur Arbeitnehmern im Dienst der in Art. 1 Abs. 1 genannten Körperschaften, Anstalten und Stiftungen, deren Arbeitnehmer- oder Ausbildungsverhältnis bereits vor dem 1. Januar 2001 begründet wurde, wird für die Fortdauer des Arbeitnehmerverhältnisses weiterhin Beihilfe nach Art. 20 Abs. 3 BayBesG in der bis zum 31. Dezember 2000 geltenden Fassung gewährt.“

Art. 10 Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes

Das Bayerische Besoldungsgesetz (BayBesG) vom 5. August 2010 (GVBl S. 410, ber. S. 764, BayRS 2032-1-1-F), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 23. Mai 2014 (GVBl S. 190), wird wie folgt geändert:

1. Art. 107a Abs. 3 wird aufgehoben.
2. Anlage 1 Besoldungsordnungen wird wie folgt geändert:
 - a) Besoldungsgruppe B 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) Nach dem Amt „Direktor, Direktorin des Hauses der Bayerischen Geschichte“ wird das Amt „Direktor, Direktorin des IT-Dienstleistungszentrums beim Landesamt für Vermessung und Geoinformation“ eingefügt.
 - bb) Das Amt „Präsident, Präsidentin der Staatlichen Führungsakademie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten⁷⁾“ wird gestrichen.
 - cc) Fußnote 7 wird aufgehoben.
 - b) Besoldungsgruppe B 4 wird wie folgt geändert:
 - aa) Bei dem Amt „Präsident, Präsidentin der Monumenta Germaniae Historica“ wird die Fußnote „⁴⁾“ angefügt.
 - bb) Nach dem Amt „Präsident, Präsidentin der Monumenta Germaniae Historica“ wird das Amt „Präsident, Präsidentin der Staatlichen Führungsakademie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten“ eingefügt.
 - cc) Es wird folgende Fußnote 4 angefügt:

„⁴⁾ Soweit der Amtsinhaber oder die Amtsinhaberin zugleich Professor oder Professorin ist, kann abweichend von Art. 5 Satz 1 die Besoldung aus dem zuerst übertragenen Amt gewährt werden. Dies gilt auch für befristete Leistungsbezüge für die Dauer der Befristung.“
 - c) In der Besoldungsgruppe R 3 wird in Fußnote 5 der Schlusspunkt durch ein Semikolon ersetzt und folgender Halbsatz angefügt:

„erhält als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Leitenden Oberstaatsanwalts oder einer Leitenden Oberstaatsanwältin der Besoldungsgruppe R 6 eine Amtszulage nach Anlage 4.“
 - d) Besoldungsgruppe R 4 wird wie folgt geändert:
 - aa) Bei dem Amt „Leitender Oberstaatsanwalt, Leitende Oberstaatsanwältin¹⁾“ wird die Fußnote „⁵⁾“ angefügt.
 - bb) Es wird folgende Fußnote 5 angefügt:

„⁵⁾ Als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Generalstaatsanwalts oder einer Generalstaatsanwältin der Besoldungsgruppe R 7.“
3. Anlage 2 wird wie folgt geändert:
 - a) Bei der Amtsbezeichnung „Inspektor, Inspektorin“ wird in der Spalte „Zusätze“ nach dem Zusatz „Justiz-“ der Zusatz „Justizsicherheits-“ eingefügt.
 - b) Bei der Amtsbezeichnung „Amtsrat, Amtsrätin“ wird in der Spalte „Zusätze“ nach dem Zusatz „Garten-“ der Zusatz „- im Justizvollzugsdienst“ eingefügt.
4. Anlage 4 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Rechtsgrundlage Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 erhält folgende Fassung:

Rechtsgrundlage (BayBesG, Bayerische Besoldungsordnungen)	Betrag in Euro, Vomhundertsatz
Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3	139,23

“

b) Die Besoldungsgruppe A 6 erhält folgende Fassung:

”

Besoldungsgruppe	Fußnote	Betrag in Euro, Vomhundertsatz
A 6	3	50 v.H. des Unterschiedsbetrags zwischen dem Endgrundgehalt der Besoldungsgruppe A 6 und dem Endgrundgehalt der Besoldungsgruppe A 7

“

c) Die Besoldungsgruppe R 3 erhält folgende Fassung:

”

Besoldungsgruppe	Fußnote	Betrag in Euro, Vomhundertsatz
R 3	5, 10	205,88

“

Art. 11 Änderung des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes

Das Bayerische Beamtenversorgungsgesetz (BayBeamtVG) vom 5. August 2010 (GVBl S. 410, 528, ber. S. 764, BayRS 2033-1-1-F), zuletzt geändert durch § 1 Nr. 92 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBl S. 286), wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird nach Art. 114 folgender Art. 114a eingefügt:

„Art. 114a Kindererziehungszuschlag für vor 1992 geborene Kinder“.

2. Art. 13 Abs. 5 Satz 3 Halbsatz 1 erhält folgende Fassung:

„Die Erklärung ist von der für die Vergabe von Hochschulleistungsbezügen zuständigen Stelle abzugeben und nur wirksam, wenn sie in schriftlicher Form bei der Vergabe des Hochschulleistungsbezugs abgegeben wird.“

3. In Art. 23 Abs. 1 Satz 1 und Art. 53 Abs. 2 Halbsatz 1 wird jeweils die Zahl „60.“ durch die Zahl „62.“ ersetzt.

4. In Art. 71 Abs. 9 Satz 1 wird das Wort „zwölf“ durch die Zahl „24“ ersetzt.

5. In Art. 103 Abs. 2 Sätze 1 und 2 wird jeweils das Wort „sechs“ durch das Wort „zwölf“ ersetzt.

6. In Art. 106 wird folgender Abs. 4 angefügt:

„(4) Gilt für Beamte und Beamtinnen, die wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt werden, die besondere Altersgrenze nach Art. 143 Abs. 2 BayBG, tritt diese in Art. 23 Abs. 1 und Art. 53 Abs. 2 jeweils an die Stelle des 62. Lebensjahres.“

7. Art. 113a Abs. 3 wird wie folgt geändert:

a) Satz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In der Formel werden die Worte „GG W n Stufe m₂₀₁₃“ durch die Worte „GG W n Endstufe₂₀₁₃“ ersetzt.

bb) In den Erläuterungen zur Formel werden die Worte

„GG W n Stufe m₂₀₁₃ = Grundgehalt der Besoldungsgruppe W 2 oder W 3 und der zugeordneten Stufe am 1. Januar 2013“

durch die Worte

„GG W n Endstufe₂₀₁₃ = Grundgehalt der Endstufe der Besoldungsgruppe W 2 oder W 3 am 1. Januar 2013; dabei bleibt die lineare Anpassung der Besoldung nach Art. 110 Abs. 1 BayBesG zum 1. Januar 2013 außer Betracht.“

ersetzt.

b) Es wird folgender neuer Satz 3 eingefügt:

„³Die umgerechneten Höchstgrenzen beziehen sich auf das jeweilige Endgrundgehalt.“

c) Der bisherige Satz 3 wird Satz 4.

8. Nach Art. 114 wird folgender Art. 114a eingefügt:

„Art. 114a

Kindererziehungszuschlag für vor 1992 geborene Kinder

(1) Den am 1. Januar 2015 vorhandenen Versorgungsempfängern ist ein den Versorgungsbezügen zugrunde liegender Kindererziehungszuschlag nach Art. 71 Abs. 9 ab dem 1. Januar 2015 auf der Grundlage des ab diesem Zeitpunkt geltenden Bemessungszeitraums zu gewähren.

(2) ¹Den am 1. Januar 2015 vorhandenen Versorgungsempfängern, deren ruhegehaltfähiger Dienstzeit eine Zeit des Erziehungsurlaubs oder der Kindererziehung nach Art. 103 Abs. 2 oder nach § 6 Abs. 1 Sätze 4 und 5 BeamtVG in der bis zum 31. Dezember 1991 geltenden Fassung zugrunde liegt, ist ab dem 1. Januar 2015 auf Antrag ein Zuschlag zum Ruhegehalt zu gewähren. ²Der Zuschlag berechnet sich mit 0,9 v.H. der ruhegehaltfähigen Bezüge für die Erziehung des Kindes vom siebten bis einschließlich des zwölften Lebensmonats abzüglich des auf diesen Zeitraum entfallenden Anteils des Ruhegehalts; Teilmonate sind taggenau zu berechnen, Art. 26 Abs. 1 Sätze 3 und 4 gelten entsprechend. ³Art. 71 Abs. 7 und 8 gelten entsprechend.“

Art. 12

Änderung des Leistungslaufbahngesetzes

Das Gesetz über die Leistungslaufbahn und die Fachlaufbahnen der bayerischen Beamten und Beamtinnen (Leistungslaufbahngesetz – LlBG) vom 5. August 2010 (GVBI S. 410, 571, BayRS 2030-1-4-F), zuletzt geändert durch § 1 Nr. 62 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBI S. 286), wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht werden die Anlagen 3 und 4 aufgehoben.
2. Art. 70 wird wie folgt geändert:
 - a) Abs. 4 Sätze 1 bis 3 werden aufgehoben; die Satznummerierung im bisherigen Satz 4 entfällt.
 - b) Abs. 6 wird aufgehoben.
3. Anlagen 3 und 4 werden aufgehoben.

Art. 13

Änderung des Gesetzes über die Bildung von Versorgungsrücklagen im Freistaat Bayern

Art. 20 des Gesetzes über die Bildung von Versorgungsrücklagen im Freistaat Bayern (BayVersRücklG) vom 11. Dezember 2012 (GVBI S. 613, BayRS 2032-0-F), geändert durch § 1 Nr. 81 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBI S. 286), wird aufgehoben.

Art. 14

Änderung des Bayerischen Bodenschutzgesetzes

In Art. 15 des Bayerischen Gesetzes zur Ausführung des Bundes-Bodenschutzgesetzes (Bayerisches Bodenschutzgesetz – BayBodSchG) vom 23. Februar 1999 (GVBI S. 36, BayRS 2129-4-1-U), zuletzt geändert durch § 1 Nr. 174 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBI S. 286), wird die Jahreszahl „2015“ durch die Jahreszahl „2020“ ersetzt.

Art. 15**Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes**

In Art. 47 Abs. 3 des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (BaySchFG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBI S. 455, ber. S. 633, BayRS 2230-7-1-K), zuletzt geändert durch §§ 3 und 5 Abs. 3 Nrn. 2 und 3 des Gesetzes vom 23. Mai 2014 (GVBI S. 190), wird die Zahl „100“ durch die Zahl „102,50“ ersetzt.

Art. 16**Durchführungsbestimmungen**

¹Für die Ausführung des Haushaltsplans und die Aufstellung der Haushaltsrechnung gelten neben den allgemeinen haushaltsrechtlichen Vorschriften die Durchführungsbestimmungen zu diesem Gesetz (**Anlage DBestHG 2015/2016**). ²Im Übrigen erlässt das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Anordnungen.

Art. 17**Inkrafttreten, Außerkrafttreten**

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2015 in Kraft.

(2) Abweichend von Abs. 1 treten

1. Art. 11 Nr. 7 mit Wirkung vom 1. Januar 2013 und

2. Art. 15 am 1. August 2015

in Kraft.

(3) Das Gesetz zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 22. Dezember 2000 (GVBI S. 928, BayRS 2032-1-1/1-F), zuletzt geändert durch § 18 Abs. 4 Nr. 3 des Gesetzes vom 5. August 2010 (GVBI S. 410, ber. 2012 S. 60, diese ber. S. 92), tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2014 außer Kraft.

(4) Die Bestimmungen dieses Gesetzes gelten bis zum Tag der Bekanntmachung des Haushaltsgesetzes des folgenden Haushaltsjahres weiter.

Anlage DBestHG 2015/2016

Durchführungsbestimmungen zum Haushaltsgesetz 2015/2016 (DBestHG 2015/2016)

1. Deckungsfähigkeit

- 1.1 Soweit nicht Nr. 12.1 zur Anwendung kommt, sind innerhalb der einzelnen Haushaltskapitel gegenseitig deckungsfähig die Mittel der Titel
- 1.1.1 517 01 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume,
517 05 Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft,
517 31 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt),
517 35 Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt),
518 0. Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume,
518 31 Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt),
- 1.1.2 514 0. Haltung von Dienstfahrzeugen und
527 0. Reisekostenvergütungen für Dienstreisen,
- 1.1.3 531 1. Fachveröffentlichungen und
531 2. Sonstige Veröffentlichungen.
- 1.2 Innerhalb desselben Einzelplans sind die Mittel der Titel 519 0. (Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen), 701 0. (kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten) und 702 0. (grundlegende Erneuerung und Sanierung von Kanal-, Schachtbau- und Abwasseranlagen) gegenseitig deckungsfähig.
- 1.3 ¹Mit Einwilligung der zuständigen obersten Staatsbehörde können die bei den einzelnen Titeln der Anlagen S (staatlicher Hochbau) veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen nach dem Baufortschritt verstärkt werden, wenn der Mehrbetrag innerhalb der Hochbauausgaben bzw. -verpflichtungsermächtigungen desselben Einzelplans eingespart wird; dem Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat ist jeweils ein Abdruck des entsprechenden Einwilligungsschreibens der zuständigen obersten Staatsbehörde zuzuleiten. ²Die danach zulässige gegenseitige Verstärkung darf nicht zu einer Abweichung von den den einzelnen Bauvorhaben zugrunde liegenden Unterlagen gemäß Art. 24 bzw. 54 BayHO oder zu einer Überschreitung der festgesetzten Gesamtkosten der einzelnen Maßnahmen führen. ³Bei grundstockfinanzierten Ansätzen ist eine Umschichtung nur zugunsten grundstockkonformer Hochbaumaßnahmen zulässig; das Nähere regelt das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat.
- 1.4 Im Übrigen ergibt sich die Deckungsfähigkeit von Ausgabemitteln aus den im Haushaltsplan enthaltenen Vermerken.

2. Bewirtschaftung der Personalausgaben

- 2.1 ¹Bei der Bewirtschaftung der Personalausgaben sind die Verwaltungen an die in Art. 6 Abs. 1 des Haushaltsgesetzes genannten Stellenpläne unter Beachtung der Nr. 3 gebunden. ²Soweit keine Stellenbindung besteht, richtet sich die Bewirtschaftung grundsätzlich nach den veranschlagten Haushaltsbeträgen; dabei können innerhalb der einzelnen Kapitel die Erstattungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit nach dem Altersteilzeitgesetz entsprechend dem Entstehungsgrund den betroffenen Haushaltsansätzen zugeführt werden.

- 2.2 ¹Die in einem Einzelplan bei den in Art. 6 Abs. 1 des Haushaltsgesetzes genannten Titeln veranschlagten Mittel für Personalausgaben (einschließlich Titel 421 0.) dürfen – insoweit in Abweichung von Art. 45 Abs. 1 BayHO – bei der Ausführung des Haushaltsplans zu einer Summe zusammengefasst und innerhalb des Einzelplans gemeinsam bewirtschaftet werden. ²Soweit bei den in die gemeinsame Bewirtschaftung einbezogenen Ansätzen außerplanmäßige Ausgaben und bei den nicht in die gemeinsame Bewirtschaftung einbezogenen Ansätzen über- und außerplanmäßige Ausgaben erforderlich werden, gilt die Einwilligung des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat hierzu allgemein als erteilt, wenn die über- und außerplanmäßigen Ausgaben ausschließlich auf Stellenbesetzungen nach Art. 6 Abs. 3 Nr. 1 des Haushaltsgesetzes zurückzuführen sind.
- 2.3 Für Beamte und Arbeitnehmer, bei denen gemäß Art. 6 Abs. 1 des Haushaltsgesetzes eine Stellenbindung besteht, darf Mehrarbeit (Überstunden), für die eine Vergütung zu zahlen ist, nur angeordnet werden, wenn bei Titel 422 41 bis 422 42 (Mehrarbeitsvergütungen für Beamte) oder Titel 428 41 (Überstundenentgelte für Arbeitnehmer) ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt sind.
- 2.4 Die Titel 422 0., 428 01 und 428 02 dürfen einseitig zulasten der Titel für Europäische Fonds verstärkt werden.

3. Besetzung von Planstellen und Stellen

Für die Besetzung von Planstellen und Stellen gelten Art. 6 des Haushaltsgesetzes, Art. 47, 49 und 50 BayHO sowie die zu diesen Bestimmungen erlassenen Verwaltungsvorschriften unter Beachtung der nachstehenden Bestimmungen.

- 3.1 Besondere Regelungen für den Hochschulbereich
- 3.1.1 ¹Wissenschaftliche Mitarbeiter im Sinn des Art. 22 BayHSchPG können auch auf gleich- oder höherwertigen Stellen für Akademische Räte, Akademische Oberräte, Akademische Direktoren oder Leitende Akademische Direktoren (jeweils ohne Lehrkräfte für besondere Aufgaben an einer Hochschule) sowie auf Stellen für Professoren verrechnet werden. ²Akademische Oberräte auf Zeit (BesGr A 14) können auf Stellen für Akademische Direktoren oder auf Stellen für Leitende Akademische Direktoren (jeweils ohne Lehrkräfte für besondere Aufgaben an einer Hochschule) sowie auf Stellen für Professoren verrechnet werden.
- 3.1.2 ¹Inhaber der Ämter des Akademischen Rats, des Akademischen Oberrats, des Akademischen Direktors oder des Leitenden Akademischen Direktors (jeweils ausschließlich der Lehrkräfte für besondere Aufgaben an einer Hochschule) sowie wissenschaftliche Mitarbeiter können nicht auf Stellen, die für Lehrkräfte für besondere Aufgaben an einer Hochschule ausgewiesen sind, verrechnet werden. ²Dies gilt nicht für Akademische Räte, Akademische Oberräte, Akademische Direktoren oder Leitende Akademische Direktoren, die mit einer Lehrverpflichtung von mehr als acht Lehrveranstaltungsstunden aus Ämtern der alten Personalstruktur übernommen wurden.
- 3.1.3 Inhaber der Ämter des Akademischen Rats, des Akademischen Oberrats, des Akademischen Direktors oder des Leitenden Akademischen Direktors (jeweils einschließlich der Lehrkräfte für besondere Aufgaben) der BesGr A 13 bis A 16 (Art. 19 bis 21 und 24 BayHSchPG) sowie vergleichbare Arbeitnehmer können auf Stellen für Professoren der BesGr W 2 und W 3 verrechnet werden.
- 3.1.4 Stellen für Akademische Räte auf Zeit (BesGr A 13) und Akademische Oberräte auf Zeit (BesGr A 14) dürfen mit entsprechend eingestuftem Arbeitnehmern sowie wissenschaftlichen Mitarbeitern mit einem Bachelor-Abschluss besetzt werden, wenn deren Arbeitsverhältnis den für wissenschaftliche Mitarbeiter geltenden Bestimmungen (Art. 22 BayHSchPG) entsprechend befristet ist, sowie mit Ärzten, die in einem befristeten Arbeitnehmerverhältnis zur Erlangung der Gebietsarztanerkennung beschäftigt werden.
- 3.1.5 Stellen der Entgeltgruppe 13 dürfen mit wissenschaftlichen Mitarbeitern im Arbeitnehmerverhältnis im Sinn des Art. 22 Abs. 2 Satz 1 BayHSchPG besetzt werden, die einen Bachelor-Abschluss erworben haben.
- 3.1.6 Künstlerische Mitarbeiter werden bei der Stellenverrechnung wie wissenschaftliche Mitarbeiter behandelt.

- 3.1.7 ¹Ärzte der klinisch-theoretischen Institute der Medizinischen Fakultäten, die vom Geltungsbereich des Tarifvertrags für Ärztinnen und Ärzte an Universitätskliniken erfasst sind, können in besonderen unabwiesbaren Fällen auf Stellen der BesGr W 2, des akademischen Mittelbaus oder Arbeitnehmerstellen in den Entgeltgruppen 13 bis 15 verrechnet werden. ²Hierzu bedarf es mit Ausnahme der Nachbesetzungen der Bestandsfälle der vorherigen Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat.
- 3.1.8 Unter den Voraussetzungen der Nr. 3.1.4 dürfen auf Stellen für Juniorprofessoren (BesGr W 1) Akademische Räte auf Zeit (BesGr A 13) sowie entsprechend eingestufte Arbeitnehmer und wissenschaftliche Mitarbeiter mit einem Bachelor-Abschluss verrechnet werden.
- 3.2 Besondere Regelungen für den Richterbereich
- Auf Stellen für Richter der BesGr R 2 können auch Richter kraft Auftrags der BesGr A 13 bis A 16, auf Stellen für Richter der BesGr R 1 auch Richter kraft Auftrags der BesGr A 13 bis A 15 verrechnet werden.
- 3.3 Arbeitnehmer-Budget
- 3.3.1 ¹Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, zur Vorbereitung einer Einführung eines Arbeitnehmer-Budgets bei der Besetzung von Stellen für planmäßige Beamte und Richter, die gemäß Nr. 2.1 Satz 1 und Nr. 2.2 Satz 1 der gemeinsamen Bewirtschaftung unterliegen, mit Arbeitnehmern zu bestimmen, dass Entgelte abweichend auf Titel 428 07 gebucht werden können. ²Auf über- oder außerplanmäßige Ausgaben, die sich auf Grund der nach Satz 1 abweichenden Buchung ergeben, ist Art. 37 BayHO nicht anzuwenden; außerplanmäßige Ausgaben sind jedoch in der Haushaltsrechnung als solche zu bezeichnen.
- 3.3.2 Im Rahmen der Pilotierung des Arbeitnehmer-Budgets kann das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat im Einvernehmen mit dem Bayerischen Obersten Rechnungshof einen von den Durchführungsbestimmungen zum Haushaltsgesetz, den Verwaltungsvorschriften zur Bayerischen Haushaltsordnung und den Bestimmungen für die Auszahlung und den rechnungsmäßigen Nachweis der Bezüge und sonstigen Leistungen bei Versetzung, Abordnung und Zuweisung abweichenden Nachweis der Entgeltzahlungen bestimmen.
- 3.4 Feststellungen der Rechnungsprüfung
- ¹Stellen, die auf Grund von Feststellungen der Rechnungsprüfung nicht oder nicht in der veranschlagten Wertigkeit erforderlich sind, sind in die Verhandlungen zur Aufstellung des Haushaltsplans einzubeziehen. ²Art. 50 Abs. 1 BayHO bleibt unberührt.
- 4. Besondere Personalausgaben, Billigkeitsleistungen**
- 4.1 Aus Mitteln für Bezüge und dergleichen dürfen Fahrkostenzuschüsse für die regelmäßigen Fahrten zwischen Wohnung und Dienststätte nach Maßgabe der Bekanntmachung des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat über Fahrkostenzuschuss für die regelmäßigen Fahrten zwischen Wohnung und Dienststätte (Fahrkostenzuschuss-Bekanntmachung – FkzBek) vom 15. November 2001 (FMBI 2002 S. 69, StAnz 2002 Nr. 27) in der jeweils geltenden Fassung einschließlich der darauf entfallenden Pauschalsteuern gewährt werden.
- 4.2 Aus Mitteln der Titel 546 49 (Vermischte Verwaltungsausgaben) können auch die Ausgaben geleistet werden:
- 4.2.1 für die Übernahme von Kosten des Rechtsschutzes für Bedienstete des Freistaates Bayern,
- 4.2.2 für die Kosten der amtsärztlichen Untersuchung von Beamten und Bewerbern, von Lehrkräften kirchlicher Genossenschaften, die auf Grund von Abstellungsverträgen im öffentlichen Volksschuldienst und Sondervolksschuldienst tätig sind, von Geistlichen und Laienkatecheten, die an öffentlichen Volksschulen, Sondervolksschulen und staatlichen Berufsschulen Religionsunterricht erteilen, sowie für die Kosten einer von der Ernennungsbehörde angeordneten klinischen oder fachärztlichen Untersuchung,
- 4.2.3 soweit Mittel nicht gesondert veranschlagt sind, für den Sachschadenersatz ehrenamtlicher Richter und ehrenamtlicher Mitglieder von bei Staatsbehörden gebildeten Ausschüssen (analog Abschnitt 13 der Verwaltungsvorschriften zum Beamtenrecht in der jeweils geltenden Fassung),

- 4.2.4 für die Erstattung von Auslagen bei Vorstellungsreisen nach den geltenden Bestimmungen des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat,
- 4.2.5 für die Übernahme von Kosten einer Impfung gegen FSME (Grundimmunisierung, Auffrischungsimpfung, Impferum); Voraussetzung für die Kostenübernahme ist, dass die beschäftigte Person in definierten FSME-Risikogebieten nach Robert-Koch-Institut
- a) in der Land-, Forst- und Holzwirtschaft, im Gartenbau sowie in der Vermessungsverwaltung regelmäßig Tätigkeiten in niederer Vegetation und in Wäldern,
 - b) im Straßenbetriebsdienst und im Bereich der Wasserwirtschaft mit regelmäßigen Tätigkeiten in niederer Vegetation,
 - c) im Tierhandel und bei der Jagd Tätigkeiten mit regelmäßigem direkten Kontakt zu freilebenden Tieren oder
 - d) in Forschungseinrichtungen und Laboratorien regelmäßig Tätigkeiten mit Kontaktmöglichkeit zu infizierten Proben oder Verdachtsproben bzw. zu erregerehaltigen oder kontaminierten Gegenständen oder Materialien, wenn der Übertragungsweg gegeben ist,
- ausübt und dadurch die Gefahr einer Infektion durch das FSME-Virus deutlich höher ist als bei der Allgemeinbevölkerung,
- 4.2.6 für die Übernahme der notwendigen Fahrkosten (bis zur Höhe der Kosten für die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel oder im Fall einer notwendigen Benutzung eines eigenen Fahrzeugs Wegstreckenentschädigung in sinngemäßer Anwendung des Art. 6 Abs. 6 BayRKG) für die aus Anlass einer dienstlich angeordneten Inanspruchnahme des beim Betriebsärztlichen Dienst im jeweiligen Geschäftsbereich angesiedelten Psychologen.
- 4.3 ¹Den zur Ausbildung zugewiesenen Beamten (Art. 23 Abs. 2 BayRKG) werden die bei den staatlichen Lehreinrichtungen verfügbaren Unterkünfte unentgeltlich überlassen; Lehreinrichtungen im Sinn dieser Vorschrift sind solche, die ausschließlich oder nahezu ausschließlich Bildungsaufgaben für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wahrnehmen. ²Studierenden der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern, die im Einzugsgebiet des Dienstortes (der Lehreinrichtung) wohnen (§ 1 Abs. 3 Satz 2 BayTGV, Art. 4 Abs. 3 BayUKG) und nicht schwerbehindert sind, werden keine Unterkünfte überlassen. ³Wenn im Einzelfall durch den Verzicht auf die unentgeltliche Unterbringung höhere Anmietkosten eingespart werden, kann auf Antrag anstatt der unentgeltlichen Unterkunft ein Fahrtkostenzuschuss gewährt werden. ⁴Eine geschlossene Unterbringung (§ 8 Abs. 4 Satz 2 BayTGV) wird nicht begründet. ⁵Art. 127 BayBG bleibt unberührt.
- 4.4 ¹Zur Gewährung von Prämien nach den Richtlinien zum Vorschlagswesen in der bayerischen Staatsverwaltung können die Ansätze bei Titel 459 1.
- a) zulasten der Einnahmen bei den Obergruppen 12 und 13 ohne Gruppe 133, der Gruppe 111 und der Titel 119 01 und 119 49,
 - b) zulasten der Ansätze bei den Obergruppen 51 bis 54 und 81 bis 82
- verstärkt werden. ²Die Ansätze bei Titel 459 1. dürfen nur insoweit verstärkt werden, als sich bei den deckungsfähigen Titeln im Jahr der Prämienzahlung und im darauf folgenden Jahr des prämierten Vorschlags Mehreinnahmen bzw. Einsparungen in mindestens der gleichen Höhe ergeben. ³Soweit die Mehreinnahmen bzw. Einsparungen bei den in Satz 1 genannten Titeln anderer Einzelpläne entstehen, ist für die Verstärkung des Titels 459 1. die Einwilligung der obersten Staatsbehörde erforderlich, die für den anderen Einzelplan zuständig ist.
- 4.5 ¹Aus Mitteln für Bezüge und dergleichen wird Beamten, die im Lauf des Kalenderjahres vom Arbeitnehmerverhältnis in das Beamtenverhältnis übernommen wurden, eine außertarifliche Leistung gewährt. ²Entsprechendes gilt, wenn Beschäftigte während des Kalenderjahres von einem Arbeitsverhältnis im Sinn des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst der Länder in ein Arbeitsverhältnis mit Besoldung nach Besoldungsrecht wechseln. ³Die außertarifliche Leistung beträgt für die Beschäftigten in den Entgeltgruppen E 1 bis E 11 70 v.H., für die übrigen Beschäftigten 65 v.H. des monatlichen Entgelts, das dem Beschäftigten in den letzten drei Monaten vor dem Monat der Übernahme in das Beamtenverhältnis bzw. des Wechsels in ein Arbeitsverhältnis mit Besoldung nach Besoldungsrecht durchschnittlich gezahlt wurde; unberücksichtigt bleiben hierbei das zusätzlich für Überstunden und Mehrarbeit gezahlte Entgelt (mit Ausnahme der im Dienstplan vorgese-

henen Mehrarbeits- und Überstunden), Leistungszulagen, Leistungs- und Erfolgsprämien. ⁴Der Bemessungssatz bestimmt sich nach der Entgeltgruppe am Ersten des Monats, der dem Monat der Verbeamtung bzw. des Wechsels in ein Arbeitsverhältnis mit Besoldung nach Besoldungsrecht unmittelbar vorhergeht. ⁵Die außertarifliche Leistung vermindert sich um ein Zwölftel für jeden Kalendermonat, für den der Beschäftigte kein Entgelt aus dem Arbeitsverhältnis erhalten hat. ⁶Die außertarifliche Leistung ist zulasten der Haushaltsstelle zu leisten, auf der der Beamte vor der Übernahme in das Beamtenverhältnis bzw. vor dem Wechsel in ein Arbeitsverhältnis mit Besoldung nach Besoldungsrecht geführt wurde.

- 4.6 Aus Mitteln für Entgelte der Arbeitnehmer kann Arbeitnehmern für die Zeit für die ihnen Entgelt (§ 15 TV-L) zusteht, eine Zulage gezahlt werden, wenn ihre Tätigkeit mit Mehraufwendungen verbunden ist, die weder durch die Reisekostenvergütung noch durch das Entgelt abgegolten sind, und entsprechenden Beamten unter den gleichen Voraussetzungen und Umständen eine Aufwandsentschädigung gewährt wird.
- 4.7 Dienstleistern, die Maßnahmen im Rahmen des Gesundheitsmanagements unter Bezugnahme auf den vom Staatsministerium der Finanzen mit Schreiben vom 26. Juli 2010, Az. PE-P 1400 FV-028-29360/10, erlassenen Handlungsleitfaden zum Behördlichen Gesundheitsmanagement für Beschäftigte des Freistaates Bayern in Behördenräumen durchführen, kann für die Durchführung der Maßnahme die Nutzung der Diensträume unentgeltlich oder verbilligt überlassen werden.
- 4.8 ¹Gesetzliche, durch Rechtsverordnung geregelte oder tarifliche Ausgaben zur finanziellen Abgeltung von krankheitsbedingt nicht in Anspruch genommenem Urlaub bei Beendigung eines Beamtenverhältnisses oder eines Arbeitsverhältnisses sind auf der Haushaltsstelle zu verbuchen, auf der die Bezüge des Beschäftigten vor der Beendigung des Beamtenverhältnisses oder des Arbeitsverhältnisses verbucht wurden. ²Satz 1 gilt entsprechend soweit eine durch Gesetz, Rechtsverordnung oder Tarifvertrag geregelte finanzielle Abgeltung von krankheitsbedingt nicht in Anspruch genommenem Urlaub bei Beendigung eines Beamtenverhältnisses oder eines Arbeitsverhältnisses in einer Bekanntmachung der Staatsregierung oder in einer Bekanntmachung des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat für entsprechend anwendbar erklärt wird.

5. Prüfungskosten, Personal- und Sachausgaben aus anderen Haushaltsansätzen

- 5.1 Aus Mitteln der Titel 459 0. (Prüfungsvergütungen) sind auch sämtliche mit der Prüfung zusammenhängenden sächlichen Verwaltungsausgaben einschließlich der Reisekosten der mit der Durchführung der Prüfung beauftragten Prüfer und Prüfungshelfer zu bestreiten.
- 5.2 Soweit Bezüge der Beamten und Richter oder Entgelte der Beschäftigten im Staatshaushalt gebucht und nachgewiesen werden, aber ganz oder teilweise von Stellen außerhalb des Staatshaushalts (Dritten) finanziell zu tragen sind, sind auch die Ausgaben für Beihilfen, abzuführende Beihilfe- und Verwaltungskostenpauschalen in den Fällen von Art. 6 Abs. 6 Satz 3 und Abs. 7 Satz 3 des Haushaltsgesetzes, Reisekosten, Umzugskosten, Trennungsgelder, Auslagenersatz im Sinn des Art. 12 BayUKG, Übergangsgelder sowie alle sonstigen personalbezogenen Ausgaben (z.B. Unfallfürsorgeleistungen, Sachschadenersatz und Fortbildungsreisen) zulasten der Ansätze aus Mitteln Dritter zu leisten.
- 5.3 Aus Mitteln der Titel 518 0. und 518 31 (Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume) sind auch die Ausgaben für durchzuführende Ausschreibungsverfahren zur Anmietung von Bestellbauten (Immobilien, die ein privater Auftragnehmer nach den Vorgaben des Auftraggebers errichtet), insbesondere die für die Beauftragung privater Sachverständiger anfallenden Ausgaben, zu bestreiten.

6. Anlagen zum Haushaltsplan

- 6.1 Soweit in Zweckbestimmungen für mehrere mit einem Gesamtbetrag veranschlagte Maßnahmen auf Anlagen zu den Einzelplänen verwiesen ist, sind die in diesen Anlagen aufgeführten Einzelzwecke mit ihren Beträgen ebenso bindend, wie wenn diese Beträge bei den Zweckbestimmungen einzeln aufgeführt wären, es sei denn, dass in den Anlagen etwas anderes bestimmt ist.
- 6.2 ¹Soweit bei Titeln der Anlage S (staatlicher Hochbau) Ausgaben oder Verpflichtungsermächtigungen wegen Fehlens der in Art. 24 Abs. 1 BayHO bezeichneten Unterlagen als gesperrt oder als Planungstitel bezeichnet sind, bedarf die Leistung von Ausgaben oder die Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen der Einwilligung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanz-

fragen des Landtags. ²Dies gilt nicht für die Leistung von Ausgaben und Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen für die Erstellung der Planungsunterlagen nach Art. 24 Abs. 1 und Art. 54 Abs. 1 BayHO. ³Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, für die Erstellung der Planungsunterlagen von Neubauten nähere Anordnungen zu erlassen.

7. Ausnahmen vom Bruttonachweis

¹Ausnahmen vom Bruttonachweis der Einnahmen und Ausgaben sind nach Maßgabe der VV Nr. 3 zu Art. 35 BayHO zugelassen oder vorgeschrieben. ²Darüber hinaus gilt Folgendes:

- 7.1 ¹Einnahmen aus der Anfertigung von Fotokopien durch Dritte und aus Rabatten für bereits gezahlte Ausgaben dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden. ²Erstattungen von Reisekosten durch Dritte und pauschale Rabatte für bereits gezahlte Fahrtkosten dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden. ³Einnahmen aus der Abgabe von Strom an Bedienstete im Zusammenhang mit der Stromtankung von Elektrofahrzeugen dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden.
- 7.2 Schadenersatzleistungen und Zahlungen anstelle von Garantieleistungen Dritter dürfen stets, also auch nach Abschluss der Bücher, insoweit von der Ausgabe abgesetzt werden, als sie zur Instandsetzung oder Ersatzbeschaffung bestimmt sind.
- 7.3 Zurückgezahlte Zuwendungen dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden, soweit sie
 - 7.3.1 noch während des gleichen Jahres, in dem sie ausgezahlt wurden, zurückgezahlt werden oder
 - 7.3.2 im Rahmen von gemeinschaftlichen Finanzierungen zwischen dem Bund und dem Land (insbesondere bei den Gemeinschaftsaufgaben) gewährt wurden und der Bund dies zulässt.
- 7.4 An das Finanzamt abzuführende Umsatzsteuern für Betriebe gewerblicher Art dürfen von den diesbezüglichen Einnahmen abgesetzt werden.

8. Kosten der Planung und Bauüberwachung (PB-Mittel)

- 8.1 Aus den Ausgabemitteln für Baumaßnahmen des staatlichen Hochbaus (Obergruppen 71 bis 74) sind auch die Kosten für die Planung und Bauüberwachung zu bestreiten.

- 8.1.1 ¹Ist die Planung und Bauüberwachung der staatlichen Bauverwaltung übertragen, so erhält sie folgende Kostenanteile:

- a) bei einer anrechnungsfähigen Herstellungssumme bis 1 500 000 €
5,5 v.H.,
- b) bei einer anrechnungsfähigen Herstellungssumme über 1 500 000 €
5 v.H.

²Bei Umbauten und Modernisierungen erhöhen sich diese Sätze je nach Schwierigkeit um bis zu 80 v.H. ³Die festgelegten Vorphundertsätze können erforderlichenfalls in begründeten Einzelfällen mit Einwilligung des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat bis auf höchstens 5,75 v.H. erhöht werden. ⁴Die anrechnungsfähige Herstellungssumme bemisst sich nach der Haushaltsunterlage-Bau (zuzüglich von Nachträgen, die auf Lohn- und Stoffpreissteigerungen beruhen), es sei denn, dass die tatsächliche Herstellungssumme niedriger ist; das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat kann in besonderen Fällen Ausnahmen zulassen.

- 8.1.2 ¹Sind für die Planung und Bauüberwachung von Gebäuden, Innenräumen und Freianlagen freiberuflich tätige Architekten nach den Teilen 1 und 3 der Verordnung über die Honorare für Architekten- und Ingenieurleistungen (Honorarordnung für Architekten und Ingenieure – HOAI) vom 10. Juli 2013 (BGBl I S. 2276) eingeschaltet, so sind die vertraglich vereinbarten Honorare sowie die Nebenkosten des Architekten (§ 14 HOAI) aus den Bauausgabemitteln – Kostengruppe 730 der Kostenberechnung nach DIN 276 – zu bestreiten. ²Für die Anwendung der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure gelten die Vorschriften des von der Obersten Baubehörde im Staatsministerium des Innern mit Schreiben vom 4. Dezember 2008, Az. IIZ5-40012-004/08, eingeführten Handbuchs für die Vergabe und Durchführung von Freiberuflichen Dienstleistungen durch die Staatsbauverwaltung des Freistaates Bayern (VHF Bayern), Ausgabe 2008, in der jeweils geltenden Fassung. ³Für Leistungen, die dabei nicht von freiberuflich tätigen Architekten, sondern von der staatlichen Bauverwaltung zu erbringen sind, können von dieser

a) für Planungsleistungen im Sinn der Leistungsphasen 1 bis 7 und 9 des § 34 Abs. 3 HOAI 1,3 v.H. der anrechenbaren Herstellungssumme,

b) für die Bauüberwachung im Sinn der Leistungsphase 8 des § 34 Abs. 3 HOAI 0,6 v.H. der anrechenbaren Herstellungssumme

in Anspruch genommen werden. ⁴Bei Leistungen, die von freiberuflich tätigen Architekten nur anteilig erbracht werden, errechnet sich der Anteil der staatlichen Bauverwaltung aus den Staffelsätzen der Nr. 8.1.1 nach dem Leistungsbild des § 34 Abs. 3 HOAI.

8.1.3 Bei dem Klinikum Regensburg (Kap. 15 22 Tit. 747 55) erhält die staatliche Bauverwaltung für die Planung und Bauüberwachung im Sinn von Nr. 8.1.1 Satz 1 einen Kostenanteil in Höhe von 5,25 v.H. der anrechnungsfähigen Herstellungssumme bzw., soweit nur Leistungen im Sinn von Nr. 8.1.2 Satz 3 erbracht werden, einen Kostenanteil in Höhe von 1,61 v.H. der anrechnungsfähigen Herstellungssumme.

8.2 Die Kosten für die Einschaltung freiberuflich tätiger Ingenieure als Sonderfachleute für baufachliche Fragen sind bei den Baunebenkosten – Kostengruppe 730 und 740 der Kostenberechnung nach DIN 276 – zu veranschlagen und zu verausgaben.

8.3 Aus den Mitteln zur Bestreitung der Kosten der Planung und Bauüberwachung dürfen gedeckt werden

8.3.1 die personalbezogenen Ausgaben der zusätzlich verwendeten Dienstkräfte,

8.3.2 die Ausgaben für Fachliteratur und fachgebundene Verbrauchsgüter,

8.3.3 die Ausgaben für Bauleitungen und für Ausschreibungen im Vergabeverfahren.

9. Zweckgebundene Einnahmen

¹Zweckgebundene Einnahmen (Art. 8 Nr. 1 BayHO) sind, auch wenn sie nicht oder nicht in voller Höhe veranschlagt sind, bei den zutreffenden Einnahmetiteln zu vereinnahmen und die hierdurch etwa erforderlich werdenden zusätzlichen Ausgaben bei den Ausgabetiteln zu verausgaben. ²Auf hiernach sich ergebende über- oder außerplanmäßige Ausgaben ist Art. 37 BayHO nicht anzuwenden; außerplanmäßige Einnahmen und Ausgaben sind jedoch in der Haushaltsrechnung als solche zu bezeichnen. ³Nicht verausgabte zweckgebundene Einnahmen dürfen in der Haushaltsrechnung als Ausgabereste nachgewiesen werden.

10. Veräußerungen von Erzeugnissen betrieblicher Einrichtungen

¹An Beamte und Arbeitnehmer dürfen, soweit im Haushaltsplan nichts anderes bestimmt ist, widerruflich die für den eigenen Verbrauch benötigten Erzeugnisse der betrieblichen Einrichtungen ihrer unmittelbaren Beschäftigungsdienststelle mit einer Ermäßigung bis zu 20 v.H. des ortsüblichen Kleinverkaufspreises abgegeben werden; ausgenommen hiervon sind Beschäftigte, deren Arbeitszeit weniger als die Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit beträgt. ²Satz 1 gilt auch für Ruhegehaltsempfänger und Rentner, soweit sie bis zum Eintritt in den Ruhestand und dergleichen bei der entsprechenden betrieblichen Einrichtung beschäftigt waren. ³Landwirtschaftliche Betriebe dürfen ihre Erzeugnisse, bei denen ein Kleinverkaufspreis nicht feststellbar ist, an Betriebsangehörige mit einer Ermäßigung bis zu 10 v.H. des Ab-Hof-Verkaufspreises abgeben; für die Abgabe von Milch ist der Molkereipreis des Vormonats ohne Ermäßigung maßgebend. ⁴Tarifvertragliche Bestimmungen bleiben unberührt. ⁵Einer Einwilligung nach Art. 57 BayHO bedarf es in diesen Fällen nicht.

11. Weitergabe von Zuwendungen

Die Gewährung von Zuwendungen kann durch das zuständige Staatsministerium über die in Art. 44 Abs. 3 BayHO genannten juristischen Personen des privaten Rechts hinaus auch auf Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts übertragen werden.

12. Dezentrale Budgetverantwortung

12.1 Erweiterte gegenseitige Deckungsfähigkeit

¹Zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit sind jeweils innerhalb der einzelnen Kapitel (unter Einbeziehung der entsprechenden Verwaltungsbetriebsmittel in den Sammelkapiteln und Allgemeinen Bewilligungen sowie der zentral veranschlagten Ansätze) der Einzelpläne 01 bis 12, 14 und 15

- a) die Ansätze für Personalausgaben der Titel 422 41 und 422 42, 427 01, 427 41, 427 99, 428 11, 428 12, 428 21, 428 22, 428 30, 428 41, 428 66, 428 99, der Gruppe 429, der Titel 443 16, 453 01, 459 0., 459 1. und 459 49,
- b) die Ansätze für sächliche Verwaltungsausgaben der Obergruppen 51 bis 54 mit Ausnahme der Gruppe 529, der Titel 527 2., 531 2., 532 0. sowie der Gruppe 549 und
- c) die Ansätze für Sachinvestitionen der Obergruppen 81 und 82

nach näherer Maßgabe der folgenden Nummern gegenseitig deckungsfähig. ²Eine Deckung aus Ansätzen, die bereits selbst zulasten anderer Ansätze verstärkt wurden (Kettenverstärkung), ist nicht möglich.

12.2 Verstärkung aus dem Stellingehalt gebundener Stellen

Innerhalb eines Kapitels kann das durchschnittliche Stellingehalt einer frei gewordenen und besetzbaren Stelle zur Verstärkung der in Nr. 12.1 genannten Ansätze unter folgender Maßgabe verwendet werden:

- 12.2.1 ¹Die Stelle muss über die Wiederbesetzungssperre hinaus mindestens ein Jahr lang freigehalten werden; Art. 6 Abs. 2 Satz 4 des Haushaltsgesetzes findet keine Anwendung. ²Die Verwendung der Stellingehälter für eine Verstärkung kann somit erst nach Ablauf der gesetzlichen Wiederbesetzungssperre erfolgen.
- 12.2.2 Für jeden vollen Monat, für den die Stelle dann über den haushaltsrechtlich vorgeschriebenen oder von der Staatsregierung beschlossenen Stelleneinzug hinaus gezielt freigehalten wird, können entweder
 - a) ¹ $\frac{1}{12}$ aus 75 v.H. des Durchschnittlichen Stellingehalts zur Verstärkung der Ansätze für Sachinvestitionen der Obergruppen 81 und 82 oder
 - b) ¹ $\frac{1}{12}$ aus 50 v.H. des Durchschnittlichen Stellingehalts zur Verstärkung für sächliche Verwaltungsausgaben verwendet werden.
- 12.2.3 Mit dem Zeitpunkt der Wiederbesetzung der Stelle endet die Verstärkungsmöglichkeit der Nr. 12.2.

12.3 Deckungsfähigkeit der in Nr. 12.1 genannten Personalausgaben

- 12.3.1 ¹Einsparungen bei den in Nr. 12.1 genannten Ansätzen dürfen nur dann für die Begründung zusätzlicher Dienst- und Arbeitsverhältnisse verwendet werden, wenn das jeweilige Dienst- bzw. Arbeitsverhältnis auf längstens sechs Monate oder die Dauer einer jahreszeitlich bedingten Saison – ohne Kettenverlängerung – zeitlich befristet ist (Aushilfskräfte). ²Die Einschränkungen des Satzes 1 gelten nicht, soweit lediglich der bei Altersteilzeit von Arbeitnehmern auftretende Kapazitätsverlust ausgeglichen wird.
- 12.3.2 Einsparungen bei den Titeln 428 11, 428 21 und 428 22 dürfen nur bei mindestens einjährigem Freihalten der Beschäftigungsmöglichkeit zur Deckung von Ausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben und Sachinvestitionen der in Nr. 12.1 genannten Ansätze herangezogen werden; hinsichtlich der Titel 428 21 und 428 22 gilt dies nur bei Einsparungen über den haushaltsrechtlich vorgeschriebenen oder von der Staatsregierung beschlossenen Stelleneinzug hinaus.
- 12.3.3 ¹Die Deckungsfähigkeit nach Nr. 12.1 der Titel 422 41, 422 42 und 428 41 darf nur einseitig zulasten dieser Titel in Anspruch genommen werden. ²Die gegenseitige Deckungsfähigkeit nach Nr. 12.1 dieser Titel untereinander bleibt unberührt.

12.4 Umwidmung von Personal- in Sachmittel bei Privatisierungen

¹Die Einschränkungen der Nrn. 12.2 und 12.3 gelten nicht, soweit bei der Privatisierung von Aufgaben eine Umwidmung von Personal- in Sachmittel notwendig ist, die entbehrlichen Stellen nicht wieder besetzt und im nächsten Haushaltsplan (stellen- und betragsmäßig) abgesetzt werden. ²Auf sich hiernach ergebende über- oder außerplanmäßige Ausgaben ist Art. 37 BayHO nicht anzuwenden, sofern im Einzelfall die auf das Kalenderjahr hochgerechnete Gesamthöhe der umgewidmeten Durchschnittlichen Stellingehälter 250 000 € nicht übersteigt; außerplanmäßige Ausgaben sind jedoch in der Haushaltsrechnung als solche zu bezeichnen.

12.5 Einseitige Deckungsfähigkeit zugunsten von Haushaltsstellen**12.5.1 Bauunterhalt**

¹Die Deckungsfähigkeit nach Nr. 12.1 für Titel der Gruppe 519 darf nur einseitig zugunsten der Titel dieser Gruppe in Anspruch genommen werden. ²Nr. 1.2 bleibt unberührt.

12.5.2 Globale Mehrausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben

Die Deckungsfähigkeit nach Nr. 12.1 für die Gruppe 548 gilt nur als einseitige Verstärkung zulasten der Titel dieser Gruppe.

12.6 Koppelung mit Einnahmen

¹Mehr- oder Mindereinnahmen von bis zu 10 v.H. der Summe der Obergruppen 12 und 13 ohne Gruppe 133, der Gruppe 111 sowie der Titel 119 01 und 119 49 eines Kapitels, die im Vollzug erwirtschaftet werden, erhöhen oder vermindern die Ausgabebefugnis der in Nr. 12.1 genannten Ansätze des entsprechenden Kapitels zur Hälfte. ²Dies gilt nicht bei Titeln, die mit Ausgabeansätzen gekoppelt sind.

12.7 Übertragbarkeit, zeitliche Bindung**12.7.1 Übertragbarkeit**

Die in Nr. 12.1 genannten Ausgaben sind zur Förderung der wirtschaftlichen und sparsamen Bewirtschaftung übertragbar.

12.7.2 Zeitliche Bindung

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, im Rahmen seiner Befugnisse nach Art. 45 Abs. 3 BayHO bei den in Nr. 12.1 genannten Titeln bereits vor Ablauf des Haushaltsjahres für einen Teil der zu erwartenden Ausgabereste die Einwilligung zur Übertragung und Inanspruchnahme allgemein zu erteilen.

12.8 Einzelregelungen

Die in den Nrn. 12.1 bis 12.7 getroffenen Regelungen finden keine Anwendung, soweit in den Einzelplänen in den Vorbemerkungen zum Geltungsbereich der Regelungen zur dezentralen Budgetverantwortung einzelne Bereiche ausdrücklich ausgenommen sind; sie finden zusätzlich Anwendung, soweit dort einzelne Bereiche ausdrücklich einbezogen sind.

12.9 Berichtspflicht

Mehrausgaben bei einem Titel, die im Rahmen der Nrn. 12.1 und 12.8 aus Einsparungen bzw. Mehreinnahmen geleistet werden, sind dem Landtag jährlich mitzuteilen, wenn sie einen Betrag von 500 000 € übersteigen.

Anlage

Haushaltsplan des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2015 und 2016

G e s a m t p l a n

Teil I:	Haushaltsübersicht einschließlich Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen
Teil II:	Finanzierungsübersicht
Teil III:	Kreditfinanzierungsplan

Gesamtplan

Einzel- plan	Bezeichnung	Einnahmen		
		Betrag für 2015	Betrag für 2014	gegenüber 2014 mehr (+) weniger (-)
		Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
1	2	3	4	5
01	Landtag	609,2	483,2	+126,0
02	Ministerpräsident und Staatskanzlei	497,0	506,0	-9,0
03	Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr	2.163.608,3	2.219.256,3	-55.648,0
04	Staatsministerium der Justiz	1.017.763,9	1.016.074,2	+1.689,7
05	Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst - Bildung und Kultus -	68.682,2	72.553,0	-3.870,8
06	Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat	406.686,4	471.626,8	-64.940,4
07	Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie	194.128,6	208.758,3	-14.629,7
08	Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	509.813,8	243.251,1	+266.562,7
10	Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration	1.241.141,6	1.076.538,5	+164.603,1
11	Bayerischer Oberster Rechnungshof	20,8	19,8	+1,0
12	Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz	147.271,2	149.979,9	-2.708,7
13	Allgemeine Finanzverwaltung	43.579.222,2	43.387.077,7	+192.144,5
14	Staatsministerium für Gesundheit und Pflege	4.157,0	3.974,5	+182,5
15	Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst - Wissenschaft und Kunst -	1.808.905,2	1.624.021,4	+184.883,8
	Summe	51.142.507,4	50.474.120,7	+668.386,7

Teil I: Haushaltsübersicht 2015

Ausgaben			+ Überschuss / - Zuschuss		Verpflichtungs- ermächtigungen 2015 Tsd. €	Einzel- plan
Betrag für 2015 Tsd. €	Betrag für 2014 Tsd. €	gegenüber 2014 mehr (+) weniger (-) Tsd. €	Betrag für 2015 Tsd. €	Betrag für 2014 Tsd. €		
6	7	8	9	10	11	12
122.450,4	121.982,2	+468,2	-121.841,2	-121.499,0	4.800,0	01
57.287,9	54.165,0	+3.122,9	-56.790,9	-53.659,0	2.218,0	02
6.782.600,7	6.822.365,4	-39.764,7	-4.618.992,4	-4.603.109,1	7.494.048,9	03
2.157.305,9	2.100.369,0	+56.936,9	-1.139.542,0	-1.084.294,8	299.560,7	04
11.192.663,3	10.895.071,5	+297.591,8	-11.123.981,1	-10.822.518,5	43.879,6	05
2.273.407,4	2.133.571,8	+139.835,6	-1.866.721,0	-1.661.945,0	544.588,3	06
918.210,2	938.322,5	-20.112,3	-724.081,6	-729.564,2	379.114,5	07
1.328.092,3	1.297.329,0	+30.763,3	-818.278,5	-1.054.077,9	265.835,4	08
4.398.309,1	4.021.462,1	+376.847,0	-3.157.167,5	-2.944.923,6	317.042,1	10
34.229,8	33.695,7	+534,1	-34.209,0	-33.675,9	-	11
855.283,3	878.948,6	-23.665,3	-708.012,1	-728.968,7	168.864,2	12
14.594.137,5	15.003.017,1	-408.879,6	+28.985.084,7	+28.384.060,6	490.200,0	13
99.887,0	95.007,5	+4.879,5	-95.730,0	-91.033,0	27.552,0	14
6.328.642,6	6.078.813,3	+249.829,3	-4.519.737,4	-4.454.791,9	544.978,3	15
51.142.507,4	50.474.120,7	+668.386,7	-	-	10.582.682,0	

Gesamtplan

Einzelplan	Bezeichnung	Einnahmen		
		Betrag für 2016 Tsd. €	Betrag für 2015 Tsd. €	gegenüber 2015 mehr (+) weniger (-) Tsd. €
1	2	3	4	5
01	Landtag	609,2	609,2	-
02	Ministerpräsident und Staatskanzlei	497,0	497,0	-
03	Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr	2.100.859,2	2.163.608,3	-62.749,1
04	Staatsministerium der Justiz	1.017.763,9	1.017.763,9	-
05	Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst - Bildung und Kultus -	69.910,4	68.682,2	+1.228,2
06	Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat	406.939,8	406.686,4	+253,4
07	Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie	154.902,6	194.128,6	-39.226,0
08	Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	468.321,8	509.813,8	-41.492,0
10	Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration	1.275.224,3	1.241.141,6	+34.082,7
11	Bayerischer Oberster Rechnungshof	20,8	20,8	-
12	Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz	126.128,8	147.271,2	-21.142,4
13	Allgemeine Finanzverwaltung	45.010.753,9	43.579.222,2	+1.431.531,7
14	Staatsministerium für Gesundheit und Pflege	4.186,6	4.157,0	+29,6
15	Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst - Wissenschaft und Kunst -	1.816.222,1	1.808.905,2	+7.316,9
	Summe	52.452.340,4	51.142.507,4	+1.309.833,0

Teil I: Haushaltsübersicht 2016

Ausgaben			+ Überschuss / - Zuschuss		Verpflichtungs- ermächtigungen 2016 Tsd. €	Einzel- plan
Betrag für 2016 Tsd. €	Betrag für 2015 Tsd. €	gegenüber 2015 mehr (+) weniger (-) Tsd. €	Betrag für 2016 Tsd. €	Betrag für 2015 Tsd. €		
6	7	8	9	10	11	12
124.386,7	122.450,4	+1.936,3	-123.777,5	-121.841,2	3.200,0	01
55.129,6	57.287,9	-2.158,3	-54.632,6	-56.790,9	40,0	02
6.823.071,5	6.782.600,7	+40.470,8	-4.722.212,3	-4.618.992,4	7.780.383,3	03
2.205.796,5	2.157.305,9	+48.490,6	-1.188.032,6	-1.139.542,0	120.790,2	04
11.507.885,5	11.192.663,3	+315.222,2	-11.437.975,1	-11.123.981,1	157.877,6	05
2.374.868,1	2.273.407,4	+101.460,7	-1.967.928,3	-1.866.721,0	481.360,7	06
923.013,0	918.210,2	+4.802,8	-768.110,4	-724.081,6	379.883,5	07
1.322.694,8	1.328.092,3	-5.397,5	-854.373,0	-818.278,5	264.516,6	08
4.421.903,6	4.398.309,1	+23.594,5	-3.146.679,3	-3.157.167,5	275.291,9	10
35.424,7	34.229,8	+1.194,9	-35.403,9	-34.209,0	-	11
864.548,2	855.283,3	+9.264,9	-738.419,4	-708.012,1	152.006,1	12
15.227.331,8	14.594.137,5	+633.194,3	+29.783.422,1	+28.985.084,7	330.016,5	13
104.329,2	99.887,0	+4.442,2	-100.142,6	-95.730,0	13.292,0	14
6.461.957,2	6.328.642,6	+133.314,6	-4.645.735,1	-4.519.737,4	497.097,0	15
52.452.340,4	51.142.507,4	+1.309.833,0	-	-	10.455.755,4	

Gesamtplan**Teil II: Finanzierungsübersicht für die Haushaltsjahre 2015 und 2016**

	Betrag für 2015 Tsd. €	Betrag für 2016 Tsd. €	Betrag für 2014 Tsd. €
A. Ermittlung des Finanzierungssaldos			
1. Einnahmen (ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus Überschüssen)	51.030.658,0	52.552.658,3	48.975.741,1
2. Ausgaben (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und Ausgaben zur Deckung eines Fehlbetrags)	51.011.519,4	52.319.880,4	49.805.435,5
3. Finanzierungssaldo (Nr. 1 abzüglich Nr. 2)	19.138,6	232.777,9	-829.694,4
B. Deckung des Finanzierungssaldos			
1. Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt			
1.1 Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt			
1.1.1 im allgemeinen Haushalt	1.707.023,6	426.618,1	2.356.956,6
1.1.2 im Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB	818.000,0	700.000,0	97.000,0
1.2 Ausgaben zur Schuldentilgung für Kreditmarktmittel (einschließlich Marktpflege)			
1.2.1 im allgemeinen Haushalt	2.207.023,6	976.618,1	2.896.956,6
1.2.2 im Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB	1.248.000,0	1.130.000,0	97.000,0
1.3 Nettokreditaufnahme am Kreditmarkt (Nr. 1.1 abzüglich Nr. 1.2)	-930.000,0	-980.000,0	-540.000,0
2. Abwicklung der Rechnungsergebnisse aus Vorjahren			
2.1 Einnahmen aus Überschüssen	-	-	-
2.2 Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen	-	-	-
3. Rücklagenbewegung			
3.1 Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken	1.041.849,4	879.682,1	2.038.379,6
3.2 Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke	130.988,0	132.460,0	668.685,2
3.3 Saldo (Nr. 3.1 abzüglich Nr. 3.2)	910.861,4	747.222,1	1.369.694,4
4. Deckung insgesamt (Nr. 1.3 und Nr. 3.3)	-19.138,6	-232.777,9	829.694,4
Teil III: Kreditfinanzierungsplan für die Haushaltsjahre 2015 und 2016			
1. Kredite am Kreditmarkt			
1.1 Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt			
1.1.1 im allgemeinen Haushalt	1.707.023,6	426.618,1	2.356.956,6
1.1.2 im Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB	818.000,0	700.000,0	97.000,0
1.2 Ausgaben zur Schuldentilgung für Kreditmarktmittel (einschließlich Marktpflege)			
1.2.1 im allgemeinen Haushalt	2.207.023,6	976.618,1	2.896.956,6
1.2.2 im Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB	1.248.000,0	1.130.000,0	97.000,0
1.3 Saldo (Nr. 1.1 abzüglich Nr. 1.2)	-930.000,0	-980.000,0	-540.000,0
2. Kredite im öffentlichen Bereich			
2.1 Einnahmen aus zweckbestimmten Krediten von Gebietskörperschaften u. Ä.	150,0	150,0	150,0
2.2 Ausgaben zur Schuldentilgung bei Gebietskörperschaften u. Ä.	55.000,0	40.000,0	63.000,0
2.3 Nettokreditaufnahme (Nr. 2.1 abzüglich Nr. 2.2)	-54.850,0	-39.850,0	-62.850,0
3. Kreditaufnahmen insgesamt			
3.1 Bruttokreditaufnahme (Nr. 1.1 und Nr. 2.1)	2.525.173,6	1.126.768,1	2.454.106,6
3.2 Ausgaben zur Schuldentilgung (Nr. 1.2 und Nr. 2.2)	3.510.023,6	2.146.618,1	3.056.956,6
3.3 Nettokreditaufnahme (Nr. 1.3 und Nr. 2.3)	-984.850,0	-1.019.850,0	-602.850,0

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Martin Bachhuber

Abg. Thomas Gehring

Abg. Harald Güller

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Klaus Steiner

Abg. Claudia Stamm

Abg. Peter Winter

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Günther Knoblauch

Abg. Hans Herold

Abg. Gabi Schmidt

Abg. Dr. Herbert Kränzlein

Abg. Dr. Paul Wengert

Staatsminister Dr. Markus Söder

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe nun gemeinsam die **Tagesordnungspunkte 22 bis 24** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2015)
(Drs. 17/2870)

- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 17/4383 mit 17/4385)

Änderungsantrag von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/4258)

und

Haushaltsplan 2015/2016

Einzelplan 13 für den Geschäftsbereich Allgemeine Finanzverwaltung

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 17/4369 mit 17/4377)

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 17/4335 mit 17/4348)

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 17/4263 mit 17/4276)

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung

**über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die
Haushaltsjahre 2015 und 2016 (Haushaltsgesetz 2015/2016 - HG 2015/2016)**

(Drs. 17/2871)

- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 17/3710 sowie
17/4158)

Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drs. 17/4378)

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 17/4379
mit 17/4382)

Änderungsantrag von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs.
17/4259)

Im Ältestenrat wurde für die gemeinsame Aussprache eine Gesamtredezeit von drei Stunden vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 50 Minuten, auf die SPD-Fraktion 32 Minuten sowie auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN jeweils 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 50 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Vorweg mache ich darauf aufmerksam, dass die SPD-Fraktion namentliche Abstimmung zum Änderungsantrag auf der Drucksache 17/4377 beantragt hat. Außerdem ist für die Schlussabstimmung zum Haushaltsgesetz Namentliche Abstimmung beantragt worden.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Bachhuber.

Martin Bachhuber (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Staatsminister, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Bekanntlich feiern wir in 14 Tagen Weihnachten und erwarten uns alle Geschenke. Ich glaube, für uns gibt es heute schon

eine Art Bescherung. Mit dem Doppelhaushalt 2015/2016 bekommen wir, die Bürgerinnen und Bürger Bayerns und die Kommunen, ein schönes Geschenk.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte dem Finanzminister ausdrücklich dafür danken, dass er uns einen Haushalt beschert, um den uns sogar das Christkind beneiden würde.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist Gotteslästerung! – Volkmar Halbleib

(SPD): Die CSU glaubt noch an den Weihnachtsmann!)

Die anderen Bundesländer beneiden uns auf alle Fälle darum.

(Beifall bei der CSU)

Der Haushaltsentwurf beinhaltet meiner Meinung nach nämlich alles, um einen modernen, stabilen und in die Zukunft gerichteten Haushalt zu beschließen. Die Schuldentilgung bzw. der Verzicht auf neue Schulden ist die eine Seite. Auf der anderen Seite sind kraftvolle Investitionen vorgesehen. Es handelt sich um einen vorausschauenden Haushalt mit einer Wachstumsbegrenzung von 3 %. Die Opposition hört es nicht gerne, aber die Wahrheit lässt sich nicht verdrängen.

(Beifall bei der CSU)

Bayern ist und bleibt das Land der stabilsten Finanzen in ganz Deutschland, wenn nicht in ganz Europa. Wir geben nur das Geld aus, das wir vorher erwirtschaften und einnehmen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das die Bürger erwirtschaftet haben! Das geben Sie aus!)

Mit der Fortführung der Schuldentilgung im Umfang von über 1 Milliarde Euro setzen wir nicht nur deutsche, sondern auch internationale Maßstäbe. Damit werden wir in den Jahren 2012 bis 2016 3,6 Milliarden Euro oder 16 % der Schulden im allgemeinen

Haushalt getilgt haben. Wir tun das nicht aus finanzpolitischer Selbstverliebtheit oder weil wir uns etwas in den Kopf gesetzt haben, das wir auf Biegen und Brechen durchsetzen wollen. Nein, keine neuen Schulden zu machen und vorhandene Schulden zu tilgen, ist einfach ein Wesensmerkmal der bayerischen Haushaltspolitik.

Aber das allein macht noch keinen visionären Haushalt aus. Dafür bedarf es stabiler Investitionsquoten. Auch hier beschreiten wir meines Erachtens den einzig richtigen Weg. Nochmals: Die Wachstumsgrenze der Ausgaben auf 3 % zu beschränken und eine 12-prozentige Investitionsquote einzuhalten, das bedeutet 12 Milliarden Euro; das müssen uns die anderen erst einmal nachmachen.

Weil ich gerade bei den Daten bin, füge ich hinzu: Dieser Haushalt hat hervorragende Eckdaten aufzuweisen. Gestern haben wir den Bildungshaushalt mit einem Volumen von 36 Milliarden Euro beschlossen. 36 Milliarden Euro für Bildung, Wissenschaft und Forschung bedeuten ein Drittel des Haushalts. Diese Summe muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. – 1,5 Milliarden Euro für den Breitbandausbau: Man kann realistisch sagen, schon bald werden alle Kommunen in Bayern digital erschlossen sein. Bundesrepublik: 0 Euro, Niedersachsen: 0 Euro für den Breitbandausbau; dort wird die Beratung für die Kommunen kostenlos angeboten. Nordrhein-Westfalen: 0 Euro für den Breitbandausbau. Diese Fakten sind unumstößlich. Für die Staatsstraßen sind 500 Millionen Euro vorgesehen. Das ist sehr beachtlich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Kern meiner Ausführungen betrifft den kommunalen Finanzausgleich. Bayerns Kommunen haben mit dem Freistaat einen verlässlichen Partner. Bayerns Kommunen werden vom Freistaat nicht im Regen stehen gelassen.

(Beifall bei der CSU)

Ich war 24 Jahre Bürgermeister. Ich würde mich heute als Bürgermeister froh und glücklich schätzen, einen solchen Partner an meiner Seite zu haben. Betrachten wir einmal die Steuereinnahmen in den letzten zehn Jahren. Die Steuereinnahmen des

Freistaats haben sich in diesem Zeitraum um 41 % erhöht, die der Kommunen um 60 %. Das hat letztendlich dazu geführt, dass die Kommunen im vergangenen Jahr von ihren Gesamteinnahmen 21 % für freiwillige Ausgaben verwenden konnten. Das gönne ich den Kommunen.

Auch in Zukunft wird es zu keiner Verschiebung zulasten der Kommunen kommen. Im Gegenteil; die Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund entlastet die Kommunen dynamisch von wachsenden Leistungen. Hier wurde der ordnungspolitische Murks von Rot-Grün einfach beseitigt.

Weitere Entlastungen: 1 Milliarde Euro für ganz Deutschland, für die Kommunen, im Vorgriff auf das Bundesteilhabegesetz zur Eingliederungshilfe; 2018: 5 Milliarden Euro.

Meine Damen und Herren, wir sind in der Lage, die bundesweit einmalige Erfolgsgeschichte des kommunalen Finanzausgleichs heute mit diesem Doppelhaushalt weiter fortzuschreiben. Der Staatsminister hat gerade die Rekordsumme des Finanzausgleichs in Höhe von 8,3 Milliarden Euro erwähnt. Damit nicht genug: Der Finanzausgleich wird im Jahr 2016 zusätzlich um 3 % steigen. Diese Entwicklung macht sich natürlich auch an den Schlüsselzuweisungen deutlich bemerkbar. Die Schallmauer von 3 Milliarden Euro ist geknackt. Die Kommunen erhalten Schlüsselzuweisungen in Höhe 3,14 Milliarden Euro. Das Finanzausgleichsgesetz – FAG – 2015 ist wirklich ein Glückhormon für unsere Städte und Gemeinden.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD)

Lassen Sie mich zwei Beispiele nennen. Die Mittel für den Straßenunterhalt werden um 15 Millionen auf 314 Millionen Euro erhöht. Die Straßenpauschalen für den Winterdienst und den Straßenunterhalt steigen um 4 %. Darüber hinaus – das weiß jeder, der in kommunaler Politik verankert ist und mit kommunalen Finanzen zu tun hat - -

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Gehring zu?

Martin Bachhuber (CSU): Damit warten wir ein bisschen. Vielleicht beantworte ich sie noch. – Darüber hinaus wurde in den vergangenen Jahren die Stabilisierungshilfe massiv erhöht. Bei ihrer Einführung 2012 hatte sie eine Höhe von 25 Millionen Euro. 2013 wurde sie vervierfacht und betrug 100 Millionen Euro. Jetzt werden noch 20 Millionen Euro draufgelegt, sodass sich eine Höhe von 120 Millionen Euro ergibt. Jeder, der schon mit kommunalen Finanzen zu tun gehabt hat, weiß, wie wichtig das ist. Ich brauche keine aufwendigen Anträge zu stellen, sondern bekomme das Geld. Die kleinste Kommune bekommt jetzt noch eine Investitionspauschale von 110.000 Euro pro Jahr.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, an diesen Eckdaten können Sie sehen: Eine gute finanzielle Ausstattung der Kommunen ist für die Bayerische Staatsregierung kein Lippenbekenntnis. Wir lassen den Worten hier Taten folgen.

(Beifall bei der CSU)

Für die Förderung des kommunalen Hochbaus sind 430 Millionen Euro vorgesehen, für die Krankenhausfinanzierung auf hohem Niveau 500 Millionen Euro pro Jahr. Die Zuweisungen an die Bezirke sollen 648 Millionen Euro betragen. Der Bezirk Oberbayern beispielsweise hatte noch vor Jahren 150, 160 Millionen Euro Schulden; heute hat er keine Schulden mehr und 100 Millionen Euro an Rücklagen. Diese Zahlen zeigen, dass der Staat seiner Verpflichtung in allen Bereichen nachkommt.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei der Einbringung des Haushalts hat der Finanzminister gesagt: Staat und Kommunen sind eine Aktionseinheit; sie bilden eine Symbiose. Geht es den Landkreisen und den Kommunen gut, dann geht es auch dem

Land gut. Im Augenblick dürfen wir den Fakt feststellen, dass es den Kommunen sehr gut geht.

Wenn man vom aktuellen Niveau des kommunalen Finanzausgleichs ausgeht und die Beträge für die nächsten Jahre zusammenzählt, zeigt sich, dass die Kommunen in Bayern bis 2020 50 Milliarden Euro bekämen. 50 Milliarden Euro ist die exakte Summe im Haushalt 2015 des Freistaats Bayern. Die Höhe des Finanzausgleichs ist schier unglaublich. Aber das ist für uns nur die eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite wollen wir das System des Ausgleichs noch gerechter und noch effizienter machen. Hier geht es vor allem darum, die schwächeren Kommunen, die häufig kaum oder nur schwierig einen eigenen Haushalt aufstellen können, wirksam zu unterstützen. Zu diesem Zweck wurden die Stabilisierungshilfen eingeführt. Sie sind ein Faktor, der für viele Kommunen – es sind schon über 50 – bei der Bewältigung ihrer Aufgaben eine wertvolle Unterstützung darstellt.

Der Minister hat gesagt: Wenn es uns gelingt, mit dem Doppelhaushalt die Personalquote stabil zu halten, ist das ein Zeichen dafür, dass wir auch in Zukunft solide Finanzen sicherstellen können.

In jeder Sitzung des Haushaltsausschusses wurde uns immer wieder vorgehalten, der Pensionsfonds sei nicht mit ausreichenden Mitteln ausgestattet; die 100 Millionen Euro, die im Doppelhaushalt jährlich vorgesehen sind, seien zu wenig. Dabei wird aber übersehen, dass wir hier ein Gesamtpaket schnüren, nämlich den Schuldenabbau bis 2030 und die kontinuierliche Steigerung des Versorgungsfonds. Der Pensionsfonds wird in diesem Jahr eine Höhe von über 2 Milliarden Euro erreichen. Bis 2030 werden wir die Schuldzinsen abbauen und damit jährlich 1 Milliarde Euro an Zinsen sparen.

In diesem Zusammenhang muss ich die Frage stellen: Was ist nachhaltiger, und was ist generationengerechter, der Aufbau eines Pensionsfonds, der nach Entnahme von Kapital erschöpft ist, oder ein schuldenfreies Bayern, das Jahr für Jahr 1 Milliarde Euro

mehr ausgeben kann? Ich denke, wir müssen bei diesem Gesamtpaket bleiben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, glauben Sie mir: Mit diesem Haushalt tragen wir wesentlich zur Generationengerechtigkeit bei.

Wenn man einen solchen Haushalt verabschiedet, muss man ehrlich sein und sich eingestehen, dass nicht alles, was wünschenswert ist, finanzierbar ist. Man muss auch Abstriche machen. Wir handeln nach dem Prinzip des ehrbaren Kaufmanns und geben nur das Geld aus, das wir zur Verfügung haben. Daran orientiert sich die Bayerische Staatsregierung jetzt schon seit über elf Jahren mit einem Haushalt ohne neue Schulden.

Wenn man auf die ganze Situation im Freistaat Bayern blickt, muss man sagen, dass wir nicht unbedingt falsch handeln. Wenn wir uns umsehen, stellen wir fest, dass es auch in Bayern sehr viele glückliche Menschen gibt. Nach der Umfrage eines großen Umfrageinstituts in der letzten Woche leben in Bayern die zufriedensten Menschen. Ich frage mich, warum das so ist. Weil wir nur noch marode Häuser haben, weil wir eine marode Infrastruktur haben und weil wir einen großen Investitionsstau haben? Sie müssen fast schon verzweifeln, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die Bayern sind eben leidensfähig!)

Sie erzählen gebetsmühlenartig, wie schlecht es in Bayern aussieht. Aber die Menschen in dem von Ihnen so beschriebenen Bayern fühlen sich sehr, sehr wohl und sind die zufriedensten in Deutschland. Woran mag das wohl liegen? Meine sehr verehrten Damen und Herren, die ganz große Mehrheit von Bayerns Bürgerinnen und Bürgern ist sehr froh, dass in Bayern die CSU regiert und die politischen Leitlinien vorgibt.

(Beifall bei der CSU)

Ich komme zum Schluss. Dieser Haushalt ist keine entrückte Wunschvorstellung der CSU. Er ist der Generationengerechtigkeit geschuldet und ermöglicht es unseren Kindern und Enkeln, in einem Bayern zu leben, das ihnen alle Wege in eine gute Zukunft eröffnet. Sie sollen unserer Überzeugung nach nicht in einem Bayern leben, in dem vieles nicht mehr möglich ist, weil die Schulden dem Staat die Luft zum Atmen und zum Agieren nehmen. Sie sollen genauso gern in Bayern leben wie jetzt ihre Eltern und Großeltern und sollen auch in 20, 30 Jahren die zufriedensten Bürger in Deutschland sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bleibe dabei: Der Haushalt 2015/2016 – keine neue Schulden, Schuldenabbau, Begrenzung der Ausgaben auf 3 % und trotzdem eine Investitionsquote von 12 % - ist ein filigranes und stabiles Meisterwerk, um das wir beneidet werden. Wir wissen: Mitleid bekommt man umsonst, Neid muss man sich verdienen, und Neid ist die höchste Form der Anerkennung.

Ich gratuliere unserem Staatsminister Dr. Markus Söder zu diesem Meisterwerk. Herzlichen Dank für die Einbringung des Haushaltes! Ich bitte um Zustimmung zum Einzelplan 13.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Bachhuber. Für eine Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Gehring gemeldet. Bitte schön.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Kollege Bachhuber, keine Sorge. Ich werde jetzt keine finanzpolitische Rede halten; das wird meine Kollegin Claudia Stamm machen. Sie wird etwas zu den Rücklagen sagen.

Eigentlich hatte ich eine klassische Zwischenfrage. Aber Sie haben leider kaum Zwischenfragen zugelassen.

Ich möchte zunächst etwas zu den Kommunen sagen. Da gibt es noch ungedeckte Schecks. Ich denke etwa an die Ganztagsangebote. Die Kommunen haben den Vor-

schlag der Staatsregierung noch nicht unterschrieben, und da finden noch Gespräche statt. Da werden auf das Land noch Kosten zukommen, wenn das Land weiterhin ein fairer Partner der Kommunen sein will.

Zweitens komme ich zum Anteil der Kommunen an den Einnahmen des Landes. In diesem Jahr sprudeln die Steuereinnahmen; aber der Anteil der Kommunen an den Steuereinnahmen ist nicht gestiegen, wie es versprochen war. Er liegt weiter bei 12,75 %; der Anteil wurde nicht erhöht. In Baden-Württemberg sind es 23 %. Ich weiß, es ist immer schwierig, Länder zu vergleichen. Aber ich wollte das einfach zur Information mitteilen.

Der kommunale Finanzausgleich soll reformiert werden. Es gibt Arbeitsgruppen. Aber ein Thema wurde schon herausgenommen, das vor allem Kommunen im Süden beschäftigt. Bei den Schlüsselzuweisungen wurden nämlich die Nebenwohnungen herausgerechnet. Das bedeutet vor allem für touristisch geprägte Kommunen Einbußen bei den Schlüsselzuweisungen. Ich habe das am Beispiel meiner Gemeinde, einer kleinen Gemeinde im Landkreis Oberallgäu, ausgerechnet. Dort sind 4,25 % der Wohnungen Nebenwohnungen und werden herausgerechnet. Wie es aussieht, bedeutet das, dass 13,75 % der Schlüsselzuweisungen wegfallen. Das ist immerhin ein sechstelliger Betrag und für eine kleine Kommune ein großer Batzen.

Wie gehen Sie mit diesem Thema um? Gibt es Berechnungsgrundlagen für die Kommunen? Gibt es Gutachten oder Vorschläge, wie den touristisch geprägten Kommunen im ländlichen Raum geholfen werden kann, oder müssen die Kommunen damit leben?

Martin Bachhuber (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege Gehring, zunächst einmal – ich habe es schon in meinen Ausführungen gesagt –: Wir wollen den Finanzausgleich noch gerechter machen. Wir wollen die schwächeren Kommunen stärken. Gestern konnten wir es in der Zeitung lesen. Es ist schon schwer vertretbar, dass manche Kommunen in Bayern auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen verzichten kön-

nen, weil sie gut ausgestattet sind, während andere Kommunen ihre Bürger mit Beiträgen belasten. Das zeigt, dass wir den kommunalen Finanzausgleich ändern müssen. Dazu gehört nicht nur eine Nuance. Dazu gehört ein Gesamtpaket, um einen zukunftsfähigen Finanzausgleich zu haben. Ich sage nochmals: Dieser Finanzausgleich zeigt den Kommunen, dass sie sich auf den Freistaat Bayern verlassen können.

Für die Bildungspolitik und das, was Sie gesagt haben, gibt es noch einmal 36 Milliarden Euro. Somit geht ein Drittel des gesamten Haushaltes in den Bildungs- und Wissenschaftsbereich. Auch damit kann sich Bayern sehen lassen. Wir haben heute gehört, dass Bayern die wenigsten Schulwiederholer hat. Nach einer neuen Studie der Bertelsmann-Stiftung, die heute herausgekommen ist, sind es 5 %.

Das mit den Nebenwohnungen ist noch zu klären. Dazu ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Auch das gehört zu dem Gesamtpaket eines gerechten Finanzausgleichs für alle Kommunen, damit wir das Ziel, bei dem wir schon sehr weit sind, nämlich gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern, erreichen können.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Bachhuber. Die nächste Wortmeldung kommt von Kollegen Harald Güller. Bitte schön.

Harald Güller (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, Herr Minister, meine Herren Staatssekretäre! Dann kümmern wir uns nach dieser Jubelarie ein bisschen um den Einzelplan 13 und schauen, ob das "filigrane Meisterwerk" auch hält, wenn man ein bisschen hinter die Fassade schaut, oder ob Sie Ihre schwarze Null, die Sie permanent bejubeln, durch Schecks auf die Zukunft erkaufen.

Als Erstes schauen wir uns einmal an, wie Sie mit dem Investitionsbedarf im Krankenhauswesen umgehen. Herr Staatssekretär Füracker hat im Haushaltsausschuss die phänomenale Aussage getroffen: Das Problem der Krankenhäuser sind derzeit die Betriebskosten, nicht die Investitionskosten; die knapp 500 Millionen Euro sind voll

ausreichend für die Anforderungen aller Krankenhäuser in Bayern. - Wer aber nur etwas Ahnung hat von der Materie vor Ort, weiß, dass diese Aussage falsch ist. Das Problem der kommunalen Krankenhäuser, aber auch anderer, sind die Betriebskosten und die Investitionskosten. Deswegen ist es fahrlässig, diesen Betrag nicht in der Weise zu erhöhen, wie es die SPD beantragt hat.

(Beifall bei der SPD)

Es ist auch fahrlässig, wie – ich darf das als Augsburger sagen - mit dem Versprechen des Herrn Ministerpräsidenten "Die Uniklinik kommt!!!" in haushalterischer Sicht umgegangen wird. Jetzt kommt zunächst lange nichts. Im Jahr 2015 sind Vorbereitungskosten von 1,5 Millionen und im Jahr 2016 von 3 Millionen im Haushalt. Ich sage Ihnen: Wenn Sie dieses Projekt ernsthaft angehen wollen, dann können Sie an beide Summen jeweils eine Null anhängen, sonst wird das nicht funktionieren. Sie aber spielen kommunale Krankenhäuser und Universitätskliniken gegeneinander aus, indem Sie in beide Töpfe nicht mehr Geld hineingeben, obwohl Sie genau wissen, dass ein zusätzliches Universitätsklinikum deutlich mehr Geld kostet, aber auch notwendig ist. Sie verschlafen Zukunftsinvestitionen. Ich würde sagen: Das ist nicht gerade ein "filigranes Meisterwerk".

(Beifall bei der SPD)

Zukunftschancen, Thema Pensionsfonds: Herr Bachhuber, Sie haben das Thema erfreulicherweise selbst angesprochen. Es bleibt dabei, dass Lasten in die Zukunft verschoben werden. Wir können gerne darüber diskutieren, ob es möglich ist, diese Lasten und die Versäumnisse der vergangenen Jahre innerhalb eines Haushalts aufzuholen, wie es der Antrag der FREIEN WÄHLER suggeriert, oder ob wir sukzessive vorgehen müssen. Dazu sind wir gesprächsbereit. Aber weiterhin offenen Auges in das Pensionsdesaster in einigen Jahren hineinzulaufen, kann man nicht verantworten. Das ist kein "filigranes Meisterstück" eines Haushalts.

(Beifall bei der SPD)

Dass wir keine Verstärkungsmittel beim Straßenbau und keine Verstärkungsmittel für Planungen haben, dass wir keine Verstärkungsmittel für kommunale Gebäude haben, ist auch kein Meisterstück, sondern verschiebt Belastungen in die Zukunft.

Wenn wir beim Thema Zukunft sind: Herr Herold hat heute so grandios zitiert, ohne den Kommentar von Uli Bachmeier zu Ende zu lesen: Bayern glänzt – im Moment. In dem Kommentar steht etwas Wichtiges, über das wir uns in aller Ernsthaftigkeit auch im Haushaltsausschuss Sorge machen müssen. Wir müssen miteinander reden und gemeinsam versuchen, die beste, noch machbare Lösung zu finden. Herr Bachmeier schreibt: Im Streit mit Österreich um die Skandalbank HGAA droht eine Milliardenpleite. – Herr Minister Söder, Sie haben vorher hier erklärt, Sie seien der Einzige in ganz Deutschland, der gut schlafen kann, wenn er sich den Haushalt ansieht. Darüber muss ich mich schon wundern. Ich habe im Umgang mit der Hypo Group Alpe Adria und ABS-Papieren und der MKB sehr wohl einen Wandel im Haushaltsausschuss vernommen. Herr Dr. Riegler und ausdrücklich auch Sie haben in den letzten Monaten fair informiert und sind fair mit uns umgegangen. Wie Sie jetzt aber auf eine solche Aussage kommen, wenn man den Haushalt insgesamt ansieht und weiß, dass bei den Klagen vor dem Landgericht München Risiken bestehen, weiß ich nicht. Bei den direkten Klagen allein sind es 2,4 Milliarden Euro, also 2.400 Millionen Euro, bei einer Gegenklage fast 800 Millionen Euro, bei einer Klage gegen die Mitarbeiterstiftung in Klagenfurt sind sie im dreistelligen Millionenbereich, eine weitere Klage der Mitarbeiter, die zusätzliche Boni einklagen, ist im hohen Millionenbereich. Wenn ich das alles sehe, wäre ich nicht so forsch und würde sagen: Ich bin der Einzige in ganz Deutschland, der gut schlafen kann. Ich würde mir Sorgen machen und weiterhin hart an der Lösung dieser Probleme arbeiten, statt zu schlafen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben auch in diesem Haushalt 350 Millionen Euro an Zinszahlungen für das Desaster um die Hypo Group Alpe Adria. Wir zahlen auch an diesem Tag circa eine Million Euro an Zinsen nur für dieses Desaster. Wenn wir heute ungefähr zwei Stunden

diesen Haushalt diskutieren, dann haben wir in dieser Zeit schon wieder 80.000 Euro an Zinsen verbraten, die wir wahrlich an anderer Stelle viel besser brauchen könnten.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden uns natürlich auch mit der Aufarbeitung beschäftigen müssen. Wir haben vor Kurzem – das betrifft nicht den jetzigen Finanzminister – von der unabhängigen Griss-Kommission in Österreich, einer Exekutivkommission, einen klaren Bericht bekommen, der Staatsversagen – wohl auf österreichischer Seite, aber eben auch auf bayerischer Seite – beim Kauf der Hypo Group Alpe Adria feststellt. Es wird festgestellt: Die Bayern hatten ein riesiges Interesse, die Gruppe um jeden Preis und unter allen Bedingungen zu kaufen. Daraus wird ein Versäumnis der Kärntner und der Wiener Regierung konstruiert. Es wird gesagt, man hätte die Bayern noch mehr über den Löffel balbieren können. - Aber eines steht fest: Wir haben Fehler gemacht. Wir schauen mal, ob wir vielleicht das eine oder andere "Fuffz'gerl" zurückbekommen. Sie werden dabei auf jeden Fall mit uns rechnen können und dürfen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich den Einzelplan 13 des Haushaltsplans 2015/2016 anschau, darf ein Thema natürlich nicht fehlen: Die Heimat und Heimstadt des Reptilienfonds. Wie heißt es so schön in allen Anträgen der CSU? – Ob eine Machbarkeitsstudie für ein Bayerisches Gesundheitsdatenzentrum, ein Bündnis für Organspende, ein paar Euro mehr für den Bayerischen Jugendring, ein Bayerischer Demenzpreis oder ein Bayerischer Demenz-Survey bezahlt werden sollen, immer steht dran, dass dies über den Einzelplan 13 Kapitel 13 03 Titel 893 06 – das ist der Reptilienfonds der CSU – finanziert wird. Übrigens: Den Antrag zum Bayerischen Demenz-Survey dürfen Sie nach dem Wochenende in Zukunft in Ihrem Wohnzimmer gar nicht mehr zitieren, da dies Ihr Generalsekretär Herr Scheuer sprachlich irgendwie nicht so gut findet. Nennen Sie es in Ihrem Antrag einfach Demenz-Register.

Ich will überhaupt nicht kritisieren, dass im Haushalt noch etwas finanzielle Luft für sinnvolle Anträge und Ideen der Fraktionen ist. Das ist sinnvoll, um diese noch ins Verfahren zu bringen. Ich kritisiere aber, dass es eben nicht so ist, wie Herr Holetschek heute Vormittag gesagt hat: Piep, piep, piep – wir haben uns lieb, in allen Ausschüssen verstünden wir uns so toll. Wir haben ein gutes Verhältnis; Kollege Winter, dafür bedanke ich mich herzlich. Die Sitzungsleitung ist fair. Jeder kommt zu Wort. Am Ende des Tages stehen jedoch 156 abgelehnte Anträge der SPD-Fraktion. Zu rund der Hälfte der Anträge sagen Sie während der Beratungen: Eigentlich wären sie schon sinnvoll, aber das machen wir jetzt an dieser Stelle nicht. Bei ein paar Anträgen sagen Sie: Na ja, das können wir nächstes Jahr abschreiben. Einige schreiben Sie unverschämterweise noch im gleichen Jahr ab und finanzieren das – so nennen Sie das – mit Ihrer Fraktionsreserve.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, das ist kein guter Umgang miteinander. So stelle ich mir Beratungen im Haushaltsausschuss nicht vor. Selbstverständlich gibt es verschiedene Ansätze. Kollege Halbleib hat das gerade für den Länderfinanzausgleich klargemacht. Das betrifft auch unsere Vorstellungen zur Ausgestaltung der Steuerverwaltung. Kollege Wengert wird noch vorstellen, wie wir das bei kommunalen Gebäuden und Einrichtungen sehen. Günther Knoblauch wird erklären, wie wir uns die Konstruktion des kommunalen Finanzausgleichs insgesamt vorstellen. Selbstverständlich gibt es Unterschiede. Jedoch gibt es Themen, zu denen man unstrittig sagen kann, dass sie die Opposition richtig und früher erkannt hat als die CSU. Dann kann man einmal die Größe haben und einem Antrag der SPD oder einer anderen Oppositionspartei zustimmen.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Nachdem Sie gesagt haben, dass es sich zwar um einen guten und sinnvollen Antrag handelt, die Höhe des Ansatzes aber nicht passe, haben wir im Haushaltsausschuss

vorgeschlagen, die Höhe nach einer Einigung zu ändern. Davon haben Sie nichts gemacht. Sie lehnen die Anträge nur ab und tun hier so, als hätten Sie als einzige Partei in ganz Bayern die Weisheit mit Löffeln gefressen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so ist es nicht. Die Opposition hat gute Anträge. Wir haben in den letzten Tagen viel Substanz in die Beratungen hineingegeben. Haben Sie einmal die Größe, und nehmen Sie solche Punkte von uns an! Das wäre wirklich ein Weihnachtsgeschenk, das den Weihnachtsfrieden bei uns näherkommen lassen würde.

(Beifall bei der SPD)

Auch schon vor den Ausführungen von Kollegen Wengert und Kollegen Knoblauch muss ich leider feststellen, dass der Einzelplan 13, wie er jetzt konstruiert ist, nicht zukunftsfähig ist. Er verschiebt Lasten in die Zukunft. Wir steuern damit sehenden Auges in Finanzierungsprobleme, insbesondere im investiven Bereich. Deshalb müssen und werden wir diesen Haushalt ablehnen. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Güller. - Der nächste Redner ist Herr Kollege Bernhard Pohl. Bitte schön.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben anstrengende Wochen mit Haushaltsberatungen im Haushaltsausschuss hinter uns. Deswegen möchte ich mich gleich zu Beginn beim Vorsitzenden Peter Winter und seinem Stellvertreter Volkmar Halbleib ganz herzlich bedanken. Im Ausschuss war die Atmosphäre gut. Wir haben intensiv und konstruktiv beraten. Es ist jedoch bedauerlich – dafür können Sie nichts, das ist die Vorgabe der CSU-Fraktion –, dass wir vergeblich verhandelt haben. Ich spreche jetzt den Fraktionsvorsitzenden Kreuzer an. L'art pour l'art – kein einziger

Änderungsantrag, sei er von den GRÜNEN, sei er von der SPD, sei er von den FREI-EN WÄHLERN, wurde angenommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das liegt nicht an der Qualität der Anträge; das ist kein Zufall, das war so besprochen. Das wurde von Ihren Kollegen auch so bestätigt. Ich finde das sehr schade. Das ist eine vergebene Chance. Ich rede noch nicht einmal von der vergebenen Chance für die Demokratie. Es ist eine vergebene Chance für mehr Qualität in dem Haushalt. Ich sage noch überhaupt nichts über den Ausgangspunkt dieser Qualität. Auf jeden Fall hätten wir die Qualität des Haushalts verbessern können. Wie oft hat es Sie in den Fingern gejuckt, die Hand zu heben und zuzustimmen? Schließlich haben Sie sich daran erinnert, was Ihnen vorgegeben wurde und haben die Hand unten gelassen; Sie haben nicht zugestimmt. Das ist bedauerlich und schade.

Ich zeige Ihnen an einem Beispiel, wie man es anders machen kann und was dabei herauskommt. Als Sie im Winter des Jahres 2008 in größter Not waren – das Landesbank-Debakel vor Augen, die Insolvenz der Bank war nicht gebannt –, haben Sie unserem Antrag zugestimmt, eine besondere Kommission, nämlich die Landesbankkommission, einzuberufen. Selbstverständlich haben wir uns zu dem Thema gefetzt. Selbstverständlich haben wir hart mit euch gekämpft und gerungen. Wir haben aber auch sehr konstruktiv gearbeitet, gemeinsam mit der Exekutive, mit dem damaligen Finanzminister Fahrenschon, und gemeinsam mit der Spitze der BayernLB. Die Vorschläge aller Fraktionen sind in die Sanierung und in die Restrukturierung eingeflossen. Was ist dabei herausgekommen, Herr Staatsminister Söder? Tatsächlich haben wir es geschafft, einige der schlimmsten Schreckensszenarien zu bannen. Meine Damen und Herren, das war eine Gemeinschaftsleistung.

Wenn ich das anfügen darf: Wir sind bei der BayernLB noch lange nicht über den Berg. Wir haben noch lange an erheblichen Risiken zu tragen. Dennoch ist die Situation heute mit der Situation im Dezember 2008 nicht vergleichbar, als wir im Rahmen von Sondersitzungen einen Nachtragshaushalt mit über 10 Milliarden Euro zur Stüt-

zung der Bank beschließen mussten. Sie teilen Papiere aus, in denen man lesen kann, dass es seit dem Jahr 2006 keine Neuverschuldung mehr gebe. Das stimmt so nicht. Das schreiben Sie über die allgemeinen Haushalte. Man hat das in einem Sonderhaushalt versteckt. Anstatt den Anschein zu erwecken, dass sich der Haushalt seit dem Jahr 2006 nur im Guthaben befunden hat, sollte man die Größe haben, das ebenso anzuführen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Wenn wir uns die Steuerpolitik und die Einnahmen des Haushalts ansehen, kann ich einiges loben, muss aber auch etliches kritisieren. Ich habe es in den vergangenen Reden schon gesagt: Wir haben eine hervorragende Einnahmesituation. Das kommt nicht von ungefähr: Das haben die Menschen, die Steuerzahler, die Unternehmer, die Arbeitnehmer, das haben auch die Verbände wie Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften etc., aber auch die Politik bewirkt. Wir haben in Bayern eine in groben Zügen ordentliche, gute Wirtschaftspolitik gemacht. Dies kann man auch für Berlin so bestätigen; denn ohne gute Rahmenbedingungen wären diese Steuereinnahmen – 25 % plus seit 2008 – nicht möglich.

Die andere Seite muss man aber auch beleuchten, meine Damen und Herren. Die andere Seite sieht so aus, dass wir jährlich die Steuern erhöhen, obwohl jeder behauptet: Wir machen keine Steuererhöhungen. Die kalte Progression ist eine Steuererhöhung, und zwar jedes Jahr. Jetzt höre ich, dass gesagt wird, man wolle noch in dieser Legislaturperiode im Bund die kalte Progression abschaffen. Die kalte Progression gehört sofort abgeschafft. Sie ist eine Steuererhöhung und nichts anderes.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein Weiteres. Ich höre hier vom Kollegen Halbleib, wir seien uns alle darin einig, dass der Solidaritätszuschlag durch irgendetwas anderes, insbesondere durch eine Integration in den allgemeinen Steuertarif ersetzt werden soll.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

– Wenn das die Bundesebene betrifft, dann gilt dies zumindest bis zum Jahr 2017 für uns noch nicht. Ich kann für unsere Fraktion nur deutlich sagen, dass wir selbstverständlich keine Steuererhöhung mitmachen. Eine Kontinuität des Solidaritätszuschlags in anderer Form ist eine Steuererhöhung; denn der Soli war zeitlich befristet. Er läuft 2019 aus und ist verfassungsrechtlich nicht mehr verlängerbar. Wenn man dann anstelle des Soli eine neue Steuer erfinden will, eine neue Abgabe erfinden will, so ist dies auch eine Steuererhöhung. – Nicht mit uns, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage auch ganz klar – ich streife das nur –: Wenn am 17. Dezember das Bundesverfassungsgericht mutmaßlich Teile des Erbschaftsteuerrechts für verfassungswidrig erklären wird – übrigens mit Ansage –, dann wäre es auch Zeit, über die Erbschaftsteuer nachzudenken; denn die Erbschaftsteuer ist alles andere als gerecht. Ich sage Ihnen: Wenn man als vermögender Mensch Erbschaftsteuer zahlt, hat man den falschen Berater. Das ist so. Diejenigen, die wirklich Geld haben, sind nicht diejenigen, die die Erbschaftsteuer zahlen. Erbschaftsteuer zahlen zum Beispiel diejenigen, die mit dem Erblasser nicht verwandt sind und nur über einen Freibetrag von 20.000 Euro verfügen. Das sind diejenigen, die Erbschaftsteuer bezahlen. Man muss sich also schon einmal überlegen, ob das, was wir bei der Erbschaftsteuer machen, gerecht und richtig ist. Wir haben klar und deutlich gesagt: Die Erbschaftsteuer gehört abgeschafft. Ich sage das auch in dem Bewusstsein, dass natürlich der Erwerb – wie es so schön heißt – leistungslosen Vermögens vielleicht aus Gerechtigkeitsgesichtspunkten anders betrachtet werden kann.

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt wieder auf Bayern zurück. Wenn wir uns die Vermögensbilanz des Freistaates Bayern ansehen, müssen wir feststellen, dass wir zwar – und das ist wiederum positiv – keine neuen Schulden machen, sondern tendenziell sogar Schulden abbauen. Wir vermindern aber unser Vermögen, nämlich

erstens bei den Straßen, wo wir viel zu wenig tun, um den Substanzerhalt sicherzustellen, zweitens bei den Gebäuden – dort sieht es nicht viel besser aus – und drittens beim Pensionsfonds. Der Pensionsfonds bedeutet eine Schattenverschuldung, die uns irgendwann einmal einholt. Als viertes Beispiel nenne ich die BayernLB. Was immer in Vergessenheit gerät: Die Bank ist verschlankt worden. Wir haben uns von erheblichen Vermögensbestandteilen getrennt. Diese Bank war vor der Krise über 8 Milliarden Euro wert. Sie hat diesen Wert aktuell nicht mehr. Auch das muss man sehen. Das ist eine Verminderung unseres staatlichen Vermögens. Dies gehört ebenfalls in eine ehrliche Bilanz.

Meine Damen und Herren, der Herr Staatsminister hat vorhin gesagt, wir hätten für beide Haushaltsjahre zusammen Mehrforderungen in Höhe von 3,8 Milliarden Euro eingebracht. Er hat nicht ausdrücklich gefragt, aber zwischen den Zeilen war zu hören: Wo bleibt die Gegenfinanzierung? – Ich werde es Ihnen sagen. Wir haben – darin unterscheiden wir uns von dem einen oder anderen Kollegen in der Opposition – von Anfang an, Herr Staatsminister Söder, Ihre Klage gegen den Länderfinanzausgleich aus vollem Herzen unterstützt, und zwar nicht deshalb, weil wir Herrn Stoiber so dankbar sind. Es wäre ja schon fast eine schizophrene Haltung, etwas zu beklagen, was unser Urvater Edmund Stoiber so glänzend ausgehandelt hat. Die Klagebegründung würde ich so nicht verfassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn Sie dem Bundesverfassungsgericht schreiben, der Vertrag, den wir jetzt als sittenwidrig oder aus sonstigen Gründen für nachbesserungsbedürftig halten, ist durch ein uns zuzurechnendes Organ, den damaligen Ministerpräsidenten, glänzend verhandelt worden, dann würde ich sagen: Volenti non fit iniuria – dem Wollenden geschieht kein Unrecht. Ich weiß nicht: Wenn man sich prozessual richtig verhalten würde, müsste man den Länderfinanzausgleich eigentlich beklagen und deutlich machen, dass ihn Edmund Stoiber dilettantisch ausgehandelt hat. Eigentlich müsste man ihm gleich noch den Streit verkünden, falls es theoretisch noch persönliche Ansprüche

geben könnte. Wir wissen natürlich, dass der frühere Ministerpräsident unter dem staatlichen Schutz steht. Politisch müssen Sie mir aber recht geben: Eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht ist nur zu gewinnen, wenn man deutlich macht, dass Edmund Stoiber diesen Länderfinanzausgleich zum Nachteil des Freistaates Bayern ausgehandelt hat.

Jetzt sagen Sie, Herr Staatsminister: Na ja, Herr Stoiber habe nicht damit rechnen können, dass es Bayern so gut gehen wird. – Heißt das, dass es Bayern noch besser gehen würde, wenn Sie sich früher von Ihrem damaligen Ministerpräsidenten getrennt hätten? Ist der Grund dafür, dass es uns jetzt so viel besser geht, der, dass Stoiber nicht mehr da ist und zuerst Beckstein und dann Seehofer dieses Land regieren? Oder sagen Sie: Stoiber war nicht weitsichtig genug und konnte nicht erkennen, wie gut seine Nachfolger diesen Freistaat führen? -

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Nein, bitte am Ende. - Ich meine, Sie müssen vor dem Bundesverfassungsgericht die Karten schon ehrlich und deutlich offenlegen. Der Länderfinanzausgleich ist damals dilettantisch verhandelt worden, und jetzt wollen wir Korrekturen.

Wir wollen Sie jetzt aber auch; denn wir diskutieren über das Thema Länderfinanzausgleich schon so lange, wie wir im Parlament sind, und das sind jetzt immerhin schon sechs Jahre. Wir haben mit dem Bundesverfassungsgericht ein Gericht, das Klagen zügig verhandelt. Außerdem haben Sie immer gesagt: Wenn wir klagen, haben wir in den Verhandlungen größere Druckmittel. Wir wollen jetzt also Ergebnisse sehen.

Ich sage Ihnen auch eines: Wenn Sie bereits ein belastbares Ergebnis auf den Tisch gelegt hätten, das uns pro Jahr um 2 Milliarden Euro entlasten würde - 2 Milliarden plus 2 Milliarden sind 4 Milliarden –, dann hätten Sie die 3,8 Milliarden Euro, die Sie vorhin aufgeführt haben, schon überkompensiert.

Wir haben aber auch noch andere Vorstellungen davon, wie wir den Freistaat Bayern auch langfristig erfolgreich halten und noch erfolgreicher machen. Wir danken dafür – jetzt danke auch ich einmal, Herr Kollege Bachhuber, aber an der richtigen Stelle –, dass die CSU-Fraktion und die SPD-Fraktion – die GRÜNEN konnten sich leider nicht anschließen – unsere Forderung nach gleichwertigen Lebensverhältnissen in ganz Bayern mitgetragen haben. Wir haben das gemeinsam in der Verfassung verankert. Das ist eine Forderung, die die FREIEN WÄHLER seit Jahrzehnten stellen, schon zu Zeiten, als wir noch gar nicht im Bayerischen Landtag waren. Aber das müssen wir jetzt umsetzen, das müssen wir realisieren. Wenn wir es realisieren, wenn wir gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen, wenn wir die Regionen in Bayern stärken, dann werden wir noch erfolgreicher sein, weil vieles, was momentan nur in der Zentrale ankommt, in den Regionen besser angelegt wäre und dort besseren Ertrag brächte.

Wir wollen den zentralistischen Freistaat umbauen zu einem Freistaat der Regionen. Das schaffen wir natürlich nicht alleine; das müssen wir gemeinsam anpacken. Aber wir müssen es tun.

Jetzt werden Sie fragen: Wie machen wir das? Die zentrale Forderung bei einem Umbau dieses Freistaats heißt: Wir müssen die Kommunen stärken. Die Kommunen sind dezentral und wissen, wo örtlich der Schuh drückt. Die Kommunen können mit dem Geld zielgenau und regional richtig umgehen. Deswegen fordern wir für die Kommunen einen Anteil von 15 % am Allgemeinen Steuerverbund. Das hat nichts mit Ausgabenmehrung zu tun, sondern wir verteilen das Geld dorthin, wo es hingehört.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, das Geld dorthin geben, wohin es gehört: Was die Verteilung der Steuern angeht, ist gemäß dem Grundgesetz das Land der Treuhänder für die Kommunen. Die Länder bekommen Steuermittel, um den Kommunen deren Anteil weiterzugeben. Wir brauchen einen Anteil, der für die Kommunen auskömmlich ist, egal ob es sich um fette oder um magere Jahre handelt. Da reichen 12,75 oder 13 %

am Allgemeinen Steuerverbund nicht aus. Wir brauchen 15 %. Die kommunalen Spitzenverbände sehen das genauso.

Ich bin davon überzeugt: Wenn wir den Kommunen diese Mittel geben, damit sie nicht nur ihre Pflichtaufgaben erfüllen können, und wenn wir dann – daran werden wir im nächsten Jahr gemeinsam arbeiten – einen vernünftigen interkommunalen Finanzausgleich auf die Beine stellen, werden wir schon kurzfristig erste Erfolge und mittelfristig große Erfolge erzielen. Damit machen wir unseren bayerischen Staatshaushalt noch besser.

Das, meine Damen und Herren, wäre ein Ziel für 2030, aber nicht der plumpe Satz "2030 steuerfrei".

(Peter Winter (CSU): Steuerfrei? – Heiterkeit des Staatssekretärs Albert Füracker – Unruhe)

Herr Staatsminister Söder, wir wissen doch alle hier im Haus, dass wir den Freistaat Bayern in vier Wochen komplett schuldenfrei bekämen, wenn wir das gesamte Staatsvermögen an irgendeine Leasinggesellschaft verhökern würden. Dann mieten wir es zurück und sind plötzlich schuldenfrei. Gewonnen ist damit gar nichts. Da sind Programmsätze, aber nichts, was uns weiterhilft. Wir dürfen nicht nur auf die Schuldenseite schauen, sondern müssen auch die Vermögensseite sehen. Ich hoffe, dass wir uns in diesem Punkt einig sind.

Wir müssen die Kommunen stärken und genau das Gegenteil von dem tun, was Ihr inzwischen Gott sei Dank beerdigter Zukunftsrat immer gefordert hat: acht "Leuchttürme" in Bayern fördern. Für das flache Land waren nur Straßen und Schienen vorgesehen – Verbindungen in die Metropolen. Ansonsten sollte es nur Almosen geben. Das dürfen wir nicht tun.

Wir müssen uns daran messen lassen, ob wir gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern schaffen. Das ist schon seit vielen Jahren eine Forderung der FREIEN WÄHLER. Ich hoffe, dass sich dieses Haus diesem Verfassungssatz verpflichtet fühlt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben noch ein paar weitere Punkte zur Gegenfinanzierung genannt. Wir haben eine Nullrunde für die Ministerien verlangt, was Personal und Werbungskosten betrifft. Wir haben gesagt, dass wir die Gelder, die dort frei werden, in den Regionen ausgeben wollen, wo Beamte fehlen. Da kann man durchaus auch mit der einen oder anderen Umsetzung arbeiten oder Stellen nicht mehr neu besetzen. Wir haben das pauschal formuliert, weil wir keinen Sinn darin sehen, Ihnen genau diese oder jene Stelle wegzunehmen. Das ist eine Sache, die der jeweilige Ressortchef in eigener Verantwortung realisieren muss. Leider haben Sie auch diesem Vorschlag nicht zugestimmt.

Wir müssen an die Standards heran. Herr Kollege Muthmann hat gestern schon die Hochbauvorlage in Regensburg angesprochen. Was wir da gesehen haben, hat uns im Haushaltsausschuss schon sehr nachdenklich gemacht, über die Parteigrenzen hinweg. Ist es wirklich notwendig, dass wir doppelt und dreifach so teuer bauen, wie es bei Privatleuten der Fall ist? Dieser Frage werden und müssen wir intensiv nachgehen. Dazu werden auch externe Fachleute etwas im Bayerischen Landtag sagen. Es kann nicht sein, dass wir Baukosten von rund 5.000 Euro pro Quadratmeter finanzieren. Ich glaube, das hat allen Kollegen im Haushaltsausschuss – Herr Kollege Rudrof nicht – die Sprache verschlagen. Wir werden Aufklärung verlangen. Ich bin davon überzeugt, dass wir in diesem Bereich deutliche Reserven finden, die uns zu Einsparungen bringen.

Zwei Bemerkungen noch zum Haushaltsgesetz, die mir wichtig sind. Den ersten Punkt hat Herr Kollege Gehring vorhin angesprochen: das Problem der Zweitwohnsitze. Es kann nicht so bleiben, dass man Kommunen, die Einwohner mit Zweitwohnsitzen haben, zu Leibe rückt und sie krass beschneidet – und das Ganze nur deshalb, weil

man einen völlig unzureichenden Zensus gemacht hat. Dieser basiert auf völlig falschen Grundlagen mit der Konsequenz, dass Sie nun einen Soll-Stand und einen Ist-Stand an Einwohnern haben. Der Ist-Stand ist meist höher als der Soll-Stand. Da muss man doch wenigstens in der Lage sein, durch eine kleine Nachsteuerung die realistischen Einwohnerzahlen zu ermitteln.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

Ein zweiter Punkt liegt mir wirklich sehr am Herzen. Es geht darum, dass im Einsatz verletzte Polizeibeamte nun Schmerzensgeld vom Staat bekommen, wenn der Straftäter kein Geld mehr hat. Wir haben gesagt: Streicht bitte die Bagatellgrenze. Es ist ja schön, dass eine langjährige Forderung der FREIEN WÄHLER im Grundsatz erfüllt wird, aber dann bleibt bitte nicht auf halber Strecke stehen, sondern erstattet diese Gelder ohne Wenn und Aber. Die Menschen haben für den Staat den Kopf hingehalten. Es ist nicht befriedigend und nicht akzeptabel, wenn man hier kleinlich ist und nichts gewährt, wenn der Betrag 500 Euro nicht überschreitet.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Abschließend darf ich sagen, meine Damen und Herren: Es ist nicht alles an diesem Haushalt falsch. Da ist viel Richtiges dabei. Schade, dass den Änderungsanträgen nicht stattgegeben wurde. Aber wenn man Totalverweigerung betreibt, liebe Kollegen von der CSU, kann man halt auch nicht erwarten, dass von der anderen Seite Zustimmung kommt.

Eine Ausnahme gibt es, die möchte ich hier ausdrücklich erwähnen: Das ist der Justizhaushalt – Herr Kollege Bausback sitzt auf der Regierungsbank –, da ist es anders gelaufen. Zwar hat die CSU-Fraktion unseren Anträgen im Haushaltsausschuss nicht zugestimmt, aber es sind wenigstens in den Nachschublisten wesentliche Forderungen, die wir gestellt haben, umgesetzt worden. Dafür herzlichen Dank – Sie zeigen, dass es auch anders geht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Pohl, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Steiner gemeldet. – Bitte schön.

Klaus Steiner (CSU): Sie machen den damaligen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber dafür verantwortlich, dass er das seinerzeit ausgehandelt hat. Sie als Jurist kennen doch sicher aus dem Vertragsrecht, aus dem Zivilrecht den Begriff des Wegfalls der Geschäftsgrundlage. Sie wissen doch sehr genau, dass die Geschäftsgrundlage damals diejenige war, dass die Länder mit den Geldern, die sie bekommen, ihre Strukturen ändern, genau wie das früher Bayern gemacht hat. Mit der Unterstützung der anderen Bundesländer muss man etwas erreichen und darf nicht einfach Haushaltslücken abdecken. Das wissen Sie sehr genau. Darum lassen Sie diesen ständigen Verweis auf Edmund Stoiber.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das passt euch nicht, gell?)

Die Geschäftsgrundlage war eine ganz andere. Das kann man jetzt zwar hier nicht anwenden, aber Sie wissen ganz genau, um was es hier geht.

(Zurufe von der SPD - Unruhe)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Kollegen, Kollege Steiner hat das Wort!

Klaus Steiner (CSU): Sie wissen, dass die anderen Bundesländer, zum Beispiel Berlin, ihren Verpflichtungen nicht annähernd nachkommen, sondern mit bayerischem Geld, mit Ihrem Geld, mit unserem Geld, machen, was sie wollen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ändert es doch! Ihr regiert ja!)

Deswegen müssen wir das neu verhandeln.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bitte schön, Herr Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Lieber Kollege Steiner, erstens einmal ist das, was Sie vorgetragen haben, arglistige Täuschung und nicht Wegfall der Geschäftsgrundlage. Zweitens muss ich Ihnen sagen: Sind Sie allen Ernstes so neu und blauäugig bzw. der Herr Stoiber, dass er dem Herrn Wowereit auf den Leim geht, der plötzlich etwas ganz anderes macht, als der Herr Stoiber geglaubt hat? Der Herr Stoiber hat also wohl geglaubt, dass der Herr Wowereit eine ganz sparsame Ausgabenpolitik betreibt und keine - wie hat das Herr Staatsminister Söder genannt - Schlabberlätzchen in Neukölln verteilt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wer hat geglaubt, dass die Landesbank etwas wert ist?)

Im Übrigen, ganz nebenbei: In Berlin regieren Sie zwischenzeitlich mit. Auch das muss man sagen. Wenn Sie mir heute sagen würden, dass Sie vor 25 Jahren nicht geglaubt hätten, dass ein Ministerpräsident der Linken in Thüringen drankommt, dann müsste ich sagen, das hätte ich mir auch nicht träumen lassen. Aber wenn man in der Politik für undenkbar hält, dass der eine oder andere Ministerpräsident es mit dem Sparen nicht so genau nimmt, um es einmal sehr vorsichtig zu sagen, frage ich mich, wer wie lange im Parlament ist. Dann komme ich mir als alter Hase und Sie kommen mir als Neuling vor.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Pohl. – Die nächste Rednerin ist die Kollegin Claudia Stamm. – Bitte schön!

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrtes Hohes Haus, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der CSU! Vermissen Sie eigentlich die FDP? Nach der gestrigen Pressemitteilung gab es klare Ansagen des ehemaligen haushaltspolitischen Sprechers der FDP. Wir haben uns über-

haupt nicht abgestimmt, aber seine Worte waren während der Haushaltsberatungen genau meine Worte.

(Zurufe: Oooh! – Peter Winter (CSU): Ihr seid die neue FDP!)

Ihr Haushaltsentwurf ist unsolid. Die Rücklagen schrumpfen trotz Steuermehreinnahmen, und zwar massiv. Die verdeckte Verschuldung steigt an. Der Plan, die Pensionsvorsorge durch Zinersparnis zu ersetzen, ist einfach gescheitert. Was ist seit der Ersten Lesung hier im Landtag passiert?

Erstens. Wir GRÜNE haben einen soliden Haushalt mit echten Prioritäten vorgelegt,

(Beifall bei den GRÜNEN)

umgeschichtet innerhalb des Haushaltsvolumens. Und wir bauen die verdeckte Verschuldung im Gegensatz zu Ihnen ab.

Zweitens. Es gab eine November-Steuerschätzung. Danach ist in der Staatsregierung nahezu Panik ausgebrochen. Man sieht, wie sehr der Entwurf der Staatsregierung auf Kante genäht ist.

Drittens. Im Ausschuss hatten wir intensive und volle Beratungstage.

Viertens. Die Töne des Finanzministers beim Länderfinanzausgleich sind um einiges kleinlauter geworden - und das ist gut so!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum ersten Punkt: Unser Haushalt ist zukunftsgerichtet, nachhaltig und solide. Wir als Landtagsfraktion der GRÜNEN haben drei Schwerpunkte: Energiewende, die Bildung - dazu gehört auch die Vorschule - und die Inklusion. Um diese Schwerpunkte zu verwirklichen, sichten wir innerhalb des Haushalts um. Natürlich gibt es dabei auch Kürzungen, Dinge, die man dann streichen muss. Die Ministerin Aigner hat es zu Beginn der Beratung ihres Etats gesagt. Aber so sollte Politik gehen, und nur so kann

Politik gehen. Politik heißt, Prioritäten zu setzen, auch wenn man damit manchmal jemandem wehtun muss.

Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, haben weder den Gestaltungswillen noch die Gestaltungskraft, um alte Zöpfe abzuschneiden und damit eben wichtiges Neues entstehen lassen zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir hingegen fragen zuerst: Was kann der Staat leisten, was muss er leisten, und was ist die staatliche Aufgabe? Das sind die Fragen. Deswegen schichten wir auch innerhalb des Haushaltes um, insgesamt 1,6 Milliarden Euro zugunsten von Energiewende, Klima, der Zukunft unserer Kinder und der Mammutaufgabe Inklusion, wobei Inklusion eigentlich gar keine Mammutaufgabe ist; denn mehr Teilhabe bereichert uns alle. Sie bereichert die Gesellschaft. Sie würde auch Sie bereichern. Aber man muss die Inklusion wirklich wollen, und man muss konsequent handeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren der CSU, bleibt es bei politischer Rhetorik und haushaltspolitischer Kosmetik. Vor einem Jahr stand Ihr Ministerpräsident hier und gab große Versprechungen, die keineswegs durchfinanziert, geschweige denn durchgerechnet, geschweige denn finanziert waren. Und wenn Sie überall verkünden, dass in Ihrem Haushaltsentwurf 200 Millionen Euro in die Barrierefreiheit gesteckt wurden, nehmen Sie den Mund voll. Da haben wir genau hingeschaut und festgestellt, dass diese 200 Millionen Euro einfach Makulatur, eine Luftnummer sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn man genau hinschaut, dann ist es sogar richtig dreist. Wir haben mehrfach nachgefragt und dann auch die Bestätigung durch das Ministerium bekommen. Es sind genau 20 Millionen Euro, die Sie in diesem Doppelhaushalt frisch in die Barrierefreiheit stecken.

(Volkmar Halbleib (SPD): So ist es!)

Der Rest ist alter Wein in neuen Schläuchen. Es sind nicht einmal neue Schläuche, sondern Sie verkaufen einfach alles, wirklich alles, was bislang in die Behindertenarbeit gesteckt wurde, als Geld für die Barrierefreiheit, als Geld, das neu angesetzt wurde.

Wie wir inzwischen wissen, gab es offenbar einen relativ heftigen Streit im Kabinett. Es gab eine von zwei Ministerien abgestimmte Vorlage, die weit mehr Geld verlangte und auch beantragt hat, damit man einigermaßen in die Nähe des vom Ministerpräsidenten ausgegebenen Ziels der Barrierefreiheit 2023 kommt. Doch ein Finanzminister kann meiner Meinung nach das Einkassieren einer interministeriellen Vorlage von zwei Ministerien, Sozial- und Innenministerium, nicht allein bewerkstelligen. Das muss schon mit der Rückendeckung des Ministerpräsidenten passieren.

Was heißt das konkret? - Hier steht der Ministerpräsident, macht seine Regierungserklärung und macht seine Versprechen, dass es die Barrierefreiheit 2023 in Bayern geben wird, hier vor Publikum. Dann arbeiten zwei Ministerien an dem, was der Ministerpräsident versprochen hat, und wollen es umsetzen. Er merkt dann irgendwann im Laufe der Zeit, wieviel das inklusive der kommunalen Ebene kostet und was es bedeutet. Das hat er bei der Regierungserklärung versprochen. Das ist ein Teil des Streits gewesen. Bayern inklusive der kommunalen Ebene barrierefrei zu machen, ist eben nicht zum Nulltarif zu bekommen. Dazu braucht es einen politischen Willen, entsprechend aufgeschlossenes Handeln und Geld.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Beides haben wir mit unserem Haushalt geleistet, Sie nicht. Wir haben über 100 Millionen Euro pro Jahr in die Barrierefreiheit, in die Inklusion, gesteckt. Das heißt, Ihre versprochenen 200 Millionen Euro stecken bei uns im Haushalt drin, und zwar innerhalb des Haushaltes gegenfinanziert, Herr Finanzminister.

Zweiter Schwerpunkt: Bildung. Wir investieren in diesem Doppelhaushalt zusätzlich 270 Millionen Euro. Wir sorgen innerhalb des Haushalts für eine Gegenfinanzierung. Und warum? - Weil wir ganz klar für dieses Hohe Haus feststellen müssen, dass das, was Sie vorgelegt haben, eben nicht für die Bildung unserer Kinder ausreicht. Fakt ist, dass die zusätzlichen Lehrerstellen nicht ausreichen, um die Unterrichtsversorgung in den Schulen wirklich zu verbessern. Deswegen gibt es von uns ein Paket: Unterrichtsversorgung plus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann es schier nicht mehr hören. Jedes Mal wird in der Debatte die berufliche Bildung hochgehalten. Wir als GRÜNE sollten nicht immer nur an das Gymnasium denken. Ich freue mich auch über unser duales System in Deutschland. Ich finde, es ist ein großartiges System. Tun Sie endlich etwas dafür und stimmen Sie unserem Antrag zu, Herr Steiner. Seit vier oder fünf Jahren beantragen wir jedes Mal 100 Stellen mehr für die berufliche Bildung, für die Berufsschulen, aber es passiert nichts auf Ihrer Seite.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schwerpunkt Energiewende: Hier investieren wir zusätzliche 170 Millionen Euro. Das ist in unserem Haushaltsentwurf gegenfinanziert. Wir brauchen dieses Geld aus einem nachhaltigen, zukunftsgerichteten Haushalt. In die Energiewende zu investieren heißt, Arbeit in Bayern anzukurbeln. In die Energiewende zu investieren heißt, für die Zukunft unserer Kinder zu sorgen und uns unabhängiger von Rohstofflieferungen aus Krisenregionen zu machen.

In die Energiewende zu investieren - also endlich ordentlich Geld für die energetische Sanierung in die Hand zu nehmen - heißt, Energiekosten einzusparen. Dieses Geld, das wir durch die energetische Sanierung einsparen, haben wir bisher in unserem Haushaltsentwurf noch nicht berücksichtigt. Hier würden wir ein zusätzliches Plus verzeichnen können.

Wir sind es unseren Kindern schuldig, endlich das Ruder herumzureißen und die Energiewende voranzutreiben, die Gebäude wie den Haushalt "wetterfest" zu machen. Handeln Sie endlich! Mehr ehrliche Arbeit, weniger Blendwerk!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Generationengerechtigkeit? – Fehlanzeige! Bis zum Ende dieses Doppelhaushaltes wird die Pensionsvorsorge mit 2,1 Milliarden Euro unterfinanziert sein. Nur bei diesem laufenden Doppelhaushalt! Die geradezu panische Reaktion auf die neueste Steuerschätzung vom Herbst hat dies gezeigt. Der Kollege Thomas Mütze hat es vorhin erwähnt. Wir reden nicht von einem Einbruch der Steuereinnahmen, sondern wir reden lediglich davon, dass die Steuermehreinnahmen weniger geworden sind. Es geht um rund 800 Millionen Euro weniger Steuermehreinnahmen. Klar und deutlich noch einmal: Es werden nicht gut 5 Milliarden Euro Mehreinnahmen in die Staatskasse gespült werden, sondern lediglich 4,2 Milliarden Euro. Zusätzlich! Und schon kommt Panik auf.

Der Ministerpräsident hat gesagt, man müsse alles noch einmal überdenken. Es ist dann allerdings nicht wirklich etwas passiert, außer dass das sehr billige Rezept der Minderausgaben auf den Tisch gelegt wurde. Der Haushalt ist auf Kante genäht; er ist weder solide noch zukunftsfest. Das hat man an dieser panischen Reaktion genau gesehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das liegt daran, dass Sie die Staatsausgaben seit 2008 um 37 % erhöht haben. Sie geben jeden Euro, der in die Kasse fließt, gleich wieder aus.

Ich frage mich, Herr Finanzminister: Warum so kraftlos? Ein guter Finanzminister würde einerseits nach Aufgabenkritik streichen und andererseits mehr Geld dort ausgeben, wo man Prioritäten identifiziert hat. Tun Sie das endlich! Auch in einem ganz anderen Punkt ist dieses Haushaltsgesetz längst Makulatur. Für die zweite Stammstrecke in Form der zweiten Röhre sind 1,95 Milliarden Euro angesetzt.

(Zurufe von der CSU: Bravo!)

Bereits im Juli aber hat die Deutsche Bahn von Kosten in Höhe von 2,57 Milliarden Euro gesprochen. Heute verabschieden wir ein Haushaltsgesetz, in dem 1,95 Milliarden angesetzt sind. Welche Zahlen stimmen nun? Wie können Sie sich erklären, dass diese Stammstrecke so viel mehr kostet, als im Haushaltsgesetz ausgewiesen ist?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hören Sie endlich auf, so polemisch auf den Berliner Flughafen zu verweisen. Die zweite Stammstrecke wird seit den Neunzigerjahren diskutiert. Wirtschaftsminister Wiesheu, den ich hier nicht erleben durfte, weil ich damals noch nicht Mitglied des Hohen Hauses war, hat vor zehn Jahren gesagt: Die Stammstrecke kommt. Sie sollte vor vier Jahren bereits fertig sein. Also in der Vergangenheit! Er wollte sie 2010 eröffnen. Der jetzige bayerische Verkehrsminister Joachim Herrmann rechnete mit dem frühestmöglichen Baubeginn Ende 2013. Wo stehen wir jetzt? Weder der Baubeginn geschweige denn die Fertigstellung ist in Sicht.

Eigentlich muss man sagen, das ist gut so; denn käme die zweite Stammstrecke in Form eines Tunnels, könnte kein anderes Projekt in irgendeiner Region Bayerns finanziert werden. Da wundert mich schon, dass die restlichen CSU-Abgeordneten sich das gefallen lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Mit diesen geplanten Stammstreckenmitteln blockieren Sie die Haushaltsreste seit mehr als zehn Jahren für andere, sinnvollere Maßnahmen. Es geht nichts voran, vor allem nicht für die Pendlerinnen und Pendler in und um München. Wir wollen, dass endlich etwas passiert. Also gehen Sie an eines der Alternativprojekte heran!

Im Haushaltsausschuss haben wir lange und intensiv getagt. Herr Peter Winter, vielleicht können Sie an dieser Stelle einmal kurz zuhören, denn jetzt kommt ein Lob.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

Es gab viel Arbeit, besonders auch für Frau Fecke und Frau Bereczuk, aber auch für das übrige Team im Ausschussbüro. Vielen herzlichen Dank dafür. Dank auch dem Vorsitzenden Peter Winter und seinem Stellvertreter Volkmar Halbleib. Vorsitzender Winter hat die Sitzungen meist sehr souverän geleitet. Ich sage meist; denn es war etwas anders, als ein Mitglied aus seiner Fraktion einmal ausscherte und sich nicht so verhielt, wie erwartet wurde. Bei den Beratungen über den Bildungshaushalt hatte er kurz einmal die Contenance verloren, obwohl das Ausscheren der Kollegin ein ganz normales, demokratisches Prozedere war.

Nicht ganz so demokratisch ist Ihr Umgehen mit der sogenannten Fraktionsreserve, dem eigentlichen "Spielgeld" der Fraktion. Was Sie damit machen, ist eine Vermischung von Exekutive und Legislative. Das entspricht keineswegs der Gewaltenteilung. Wir, der Landtag, sind der Geldgeber. Das ist unser Königsrecht. Ich finde, Sie sollten sich und uns damit nicht so kleinmachen. Hören Sie endlich auf, von Fraktionsreserve zu sprechen! Diese Mittel sind keine Reserve der Fraktion, sie sind das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und ein Bestandteil des Haushalts.

(Beifall bei den GRÜNEN – Peter Winter (CSU): Richtig!)

Vor allem wünsche ich mir, dass Sie endlich den Landtag respektieren und sich nicht schon, bevor wir den Haushalt beschlossen haben, in der Region für diese Kleinstsummen feiern zu lassen, indem Sie davon reden, dass eine Finanzierung durch die Fraktionsreserve gesichert sei. Es heißt in den Erläuterungen zu Kapitel 13 03 Titel 893 06 "Verstärkung von Investitionsmaßnahmen": "Die Mittel sollen erst im Rahmen der Haushaltsberatungen auf konkrete Maßnahmen verteilt werden."

Sie als CSU verleiben sich diese 50 Millionen ein und suggerieren, dass das Geld Ihnen gehöre. Wenn schon, dann ist das eine Landtagsreserve.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zurück zur Danksagung. Ich will mich vor allem auch bei meiner Fraktion bedanken, die stets den ganzen Haushalt im Blick hatte. Wir haben solide gehaushaltet und die solide Gegenfinanzierung immer im Auge behalten. Vielen Dank!

Ein Wort nun zu den Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Was haben wir bisher erlebt?

– Einen polternden Finanzminister, der manchmal die politischen Gremien hier im Hohen Haus, manchmal auch den Ausschuss mit einem Bierzelt verwechselt hat. Wir erlebten einen Finanzminister, der sich schon einmal mit seinen Forderungen außerhalb des Grundgesetzes bewegt hat, indem er sagte, Bayern dürfe künftig lediglich 1 Milliarde Euro und keinen Cent mehr beim Länderfinanzausgleich leisten. Herr Minister, auch wenn es Ihnen schwerfällt, das endlich anzuerkennen: Das System des Finanzausgleichs hat nichts mit den Zahlungen eines Landes zu tun, auch nicht mit Bobby-Car oder Maxi-Cosi-Geschenken. Lieber Herr Finanzminister, es hätte Ihnen gut angestanden, den Fehler einzugestehen, statt heute von Lätzchen zu reden, die das Rathaus Neu-Kölln verteilt. Es hat definitiv nichts mit den Ausgaben eines Landes zu tun, sondern lediglich mit den Einnahmen. Ich habe gehofft, die Reise nach Berlin hätte einen Erkenntnisgewinn für den Finanzminister gebracht. Dem war nicht so, aber egal. Es hat dazu geführt, dass wir letzte Woche im Ausschuss einen kleinlauteren Finanzminister beobachten konnten, auch wenn wir da immer noch nicht von einem konkreten Konzept gehört haben.

Eines ist klar – das wollen wir alle hier im Hohen Hause, und das haben wir mehrfach betont: Der Länderfinanzausgleich muss einerseits reformiert werden, und Bayern muss und sollte entlastet werden. Nehmer- wie Geberländer müssen einen größeren Anreiz haben, Steuern einbehalten zu können. Bayern muss seine Steuerverwaltung endlich besser ausstatten und darf sie nicht wissentlich unterbesetzt lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Andererseits müssen eben die Nehmerländer mehr Interesse haben, Einnahmen zu generieren. Aber es reicht nicht, wie im Bierzelt zu poltern oder eine Klage einzureichen à la "ich will aber" und vielleicht noch mit dem Fuß aufzustampfen. Man sollte vielmehr in Verhandlungen eintreten und die anderen Verhandlungspartner ernst nehmen. Im Grunde sind wir uns einig: Oberstes Prinzip muss sein, solidarisch mit den anderen Ländern zu sein. Das steht im Grundgesetz, das steht aber auch in der Klage, die Sie eingereicht haben. Ich kann es hier noch einmal klar und deutlich sagen, nachdem ich vorhin schon indirekt angesprochen wurde: Ziehen Sie die Klage endlich zurück und machen Sie den Weg frei für Verhandlungen auf gleicher Augenhöhe und partnerschaftliche Verhandlungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn was passiert mit einer Klage? Sie haben im Ausschuss gesagt, Herr Söder, Sie rechnen im Frühjahr mit einer ersten mündlichen Verhandlung in Karlsruhe. Doch ein Konzept wird Karlsruhe nicht vorlegen. Das wird, sollte und darf auch nicht herauskommen, weil es nicht die Aufgabe des Bundesverfassungsgerichts ist. Hier muss die Politik das Heft des Handelns in der Hand haben. Wir, die Politik, und Sie als Staatsregierung sollten ein Konzept vorlegen. Wir sollten neue Kriterien festlegen, wie es zu einem gerechteren Länderfinanzausgleich kommen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir als GRÜNE hatten schon vor Jahren ein Konzept vorgelegt. Sie dagegen haben nur geklagt, ohne Konzept. Der kleinlaute Ton, den der Finanzminister in der vergangenen Woche angeschlagen hat, ist angemessen. Wenn wir etwas für Bayern tun wollen, wenn wir für Bayern etwas bewegen wollen, dann ist das der richtige Ton.

Zum Finanzausgleichsgesetz. - Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der CSU, sehr geehrte Staatsregierung, es nützt auch nicht so viel, sich selber auf die Schulter zu klopfen oder zu sagen: So viel Geld haben wir für die Kommunen noch nie ausgegeben.

(Barbara Stamm (CSU): Das stimmt aber!)

Denn was ist passiert? Wenn die Kommunen 8,3 Milliarden Euro durch den Finanzausgleich bekommen, dann ist das nichts anderes als der Anteil, der den Kommunen zusteht, wenn es nun einmal Steuermehreinnahmen gibt, wenn die Steuern sprudeln. Anders gesagt: Wovon der Staat profitiert, müssen auch die Kommunen profitieren. Tatsache ist, dass Sie grundsätzlich nichts tun, um die Finanzkraft der Kommunen zu verbessern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen weg vom "goldenen Zügel" hin zu einer besseren Grundausstattung. Wir fordern, den Anteil am Steueraufkommen für die Kommunen schrittweise auf 15 % anzuheben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Mit unserem "grünen Haushalt" tun wir das, aber ebenfalls gegenfinanziert und moderat. Der Unterschied, lieber Hubert Aiwanger, besteht darin, dass wir nur um 0,2 Prozentpunkte anheben, damit es gegenfinanziert ist.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Lieber geschätzter Kollege Bachhuber, mit dem Finanzausgleichsgesetz soll festgelegt werden, dass die Nebenwohnungen in fünf Jahren bei den Schlüsselzuweisungen nicht mehr berücksichtigt werden. Was bedeutet das eigentlich für die Kommunen, insbesondere für die Kommunen in den Tourismusgebieten? Haben Sie sich das schon mal überlegt? Haben Sie es solide durchgerechnet? Sie müssen ehrlich sagen, was es für diese Kommunen bedeutet, und zwar bevor man es ins Gesetz schreibt. Sehr geehrter Herr Dr. Söder, falls diese Berechnungen schon irgendwo in Ihrem Hause sind, dann würden wir sie gerne schnell und unverzüglich auch haben. Was wir aber insgesamt nicht wollen: Wir wollen weg von der unseligen CSU-Töpfchen-Wirtschaft, wo am Ende Straßen mit 90 % bezuschusst werden und Schulen mit 35 %.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Den Schwerpunkt auf Bildung zu legen, sieht anders aus. Den Haushalt zukunftsgerichtet und wetterfest zu machen, sieht auch anders aus. Wir als grüne Fraktion haben bei diesem Doppelhaushalt gezeigt, was es heißt, Schwerpunkte zu setzen, einen Haushalt gerechter und generationengerecht zu machen. Es würde Ihnen gut anstehen, uns nicht nur für unser solides Haushalten zu loben – da wollte ich Ministerin Aigner ansprechen –, sondern anzuerkennen, dass wir gegenfinanzieren, und dem einen oder anderen unserer Anträge zuzustimmen. Das würde auch Ihren Haushaltsentwurf wetterfester machen.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN – Beifall des Abgeordneten Hubert Aiwanger
(FREIE WÄHLER))

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Kollegin Stamm. Nächster Redner ist Kollege Winter. Bitte schön, Herr Winter.

Peter Winter (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass wir nach den Beratungen in vier arbeitsintensiven Sitzungswochen im Haushaltsausschuss diesen in die Zukunft gerichteten, krisen- und wetterfesten Doppelhaushalt 2015/2016 beschließen können.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin sehr gelobt worden, und ich möchte dieses Lob uneingeschränkt an meinen Stellvertreter im Ausschuss, Herrn Kollegen Halbleib, wie auch an alle Kolleginnen und Kollegen weitergeben. Wir haben in zehn Sitzungen und rund 42 Stunden Sitzungszeit in der Sache oft strittig, aber ich denke menschlich fair und konstruktiv zusammengearbeitet. Deshalb danke ich allen Mitglieder des Haushaltsausschusses herzlich.

(Beifall bei der CSU)

Mein Dank gilt auch unserem Finanzminister, seinen beiden Staatssekretären, aber auch den Mitgliedern des Kabinetts für ihre hohe Präsenz bei den Beratungen. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ausschussbüros, der Fraktionen sowie der Ministerien danke ich für die gute Vorbereitung der Sitzungen. Ich danke unserer Präsidentin für die Stärkungen, die sie uns hat zukommen lassen. Ich bedanke mich auch ganz herzlich beim Stenografischen Dienst; denn wir reden auch sehr viel. Das soll festgehalten werden und muss eben auch umgesetzt werden.

(Allgemeiner Beifall)

Ich bedanke mich vor allem bei den Steuerzahlern, bei den fleißigen Bayern, ohne deren Einsatz wir heute hier diese Debatte nicht führen könnten.

(Beifall bei der CSU und der SPD)

Wir haben neben dem Haushaltsgesetz und dem Finanzausgleichsänderungsgesetz auch 15 verschiedene Einzelpläne beraten. Dabei musste der Haushaltsausschuss rund 490 Änderungsanträge und die stattliche Zahl von 33 Eingaben bewältigen. Die CSU-Fraktion hat dabei, und zwar sehr selbstbewusst, mit 63 eigenen Anträgen deutliche Akzente im Doppelhaushalt gesetzt, und sie fanden in der Regel auch die Zustimmung des gesamten Haushaltsausschusses.

Ich habe in meiner Rede zur Einbringung des Doppelhaushaltes die Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss gebeten, dass man während der Beratungen doch auch Gegenfinanzierungsvorschläge machen sollte. Wenn ich mir jetzt aber die über 400 Änderungsanträge der Opposition zum Doppelhaushalt 2015/2016 ansehe, muss ich leider feststellen: Mein Appell hat wenig gefruchtet. Die Devise der Opposition lautet eigentlich wie immer und jedes Mal: Fordern, fordern, fordern – ohne geeignete Vorschläge zur Gegenfinanzierung zu machen.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Frau Kollegin Stamm, wir sind durchaus nicht immer derselben Meinung. Das wäre der Sache auch nicht zuträglich. Aber ich muss Sie an dieser Stelle einmal loben - das fällt mir nicht leicht, aber ich tue es trotzdem von ganzem Herzen -, und zwar dafür, dass Sie sich bei Ihren Anträgen überhaupt irgendwelche Gedanken zur Gegenfinanzierung gemacht haben. Nicht loben kann ich Sie allerdings für Ihre Vorschläge zu Kürzungen und Umschichtungen. Sie wollen das Landeserziehungsgeld abschaffen, keine Schulden tilgen, sondern das Geld dem Pensionsfonds zuführen, die Mittel für den Staatsstraßenbau um insgesamt 180 Millionen Euro kürzen und das Darlehen vom Flughafen München bereits im nächsten Jahr zurückfordern. Hier, liebe Frau Stamm, liegen wir deutlich auseinander. Das Landeserziehungsgeld ist eine feste Säule der bayerischen Familienleistungen.

(Beifall bei der CSU)

Es schließt sich unmittelbar an das Bundeselterngeld an und sichert die Wahlfreiheit der Eltern zwischen Familienarbeit und Erwerbstätigkeit. Deswegen lehnen wir eine Abschaffung des Landeserziehungsgeldes kategorisch ab.

Wir bedenken beides, Herr Güller: den Pensionsfonds und die Schuldentilgung. Wir stärken den bereits nahezu zwei Milliarden schweren Pensionsfonds durch jährliche Zuführungen in Höhe von rund 100 Millionen Euro

(Volkmar Halbleib (SPD): Statt 500 Millionen!)

und bauen konsequent die Schulden des Freistaates Bayern ab. So geht Politik, Frau Stamm.

(Beifall bei der CSU)

Gerade weil wir durch den Schuldenabbau Schuldzinsen sparen, können wir diese Ersparnisse für die Pensionszahlungen einsetzen. Das sind unsere zwei nachhaltigen Säulen der Pensionsvorsorge. Zuführungen an den Pensionsfonds auf Kosten der Schuldentilgung halten wir auch angesichts des aktuellen Niedrigzinsniveaus für den

schlechteren Weg. Besser ist es tatsächlich, Schulden abzubauen und reale Sollzinsen zu sparen, als sich mit kaum wahrnehmbaren Habenzinsen zu begnügen.

Zur Stärkung der bayerischen Infrastruktur gerade auch im ländlichen Raum – das wurde heute schon mehrfach angesprochen – sind die Mittel für den Straßenausbau auf dem hohen Niveau von aktuell 250 Millionen pro Jahr fortzuführen. Eine Kürzung dieser Investitionsmittel, wie von Ihnen gefordert, lehnen wir ab. Das Gesellschafterdarlehen der Flughafen München Gesellschaft ist zur Finanzierung der zweiten Stammstrecke in München vorgesehen. Eine vorzeitige Darlehensrückforderung ist zur Gegenfinanzierung nicht geeignet. Deshalb lehnen wir auch dies ab.

Wir halten deshalb von Ihren Kürzungsvorschlägen wenig. Aber selbst wenn man diese Vorschläge akzeptieren würde, wären immer noch rund 600 Millionen Euro der Mehrforderungen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN eben nicht gegenfinanziert. Wenn Sie behaupten, der gesamte Haushalt wäre gegenfinanziert, dann bin ich gerne bereit, Ihnen anhand der gedruckten Vorlagen zu beweisen, dass 600 Millionen nicht gegenfinanziert sind.

Ungekrönte Meister der ungedeckten Schecks sind mit weitem Abstand die FREIEN WÄHLER. Ihre Forderungen zum Doppelhaushalt 2015/2016 belaufen sich auf insgesamt rund 3,8 Milliarden Euro.

(Hans Herold (CSU): Wahnsinn!)

Lieber Herr Kollege Pohl, ich frage Sie, wo denn dieses Geld herkommen soll. In welchem Keller lagert die Kohle, Herr Pohl? – Er ist nicht da, sehe ich soeben. Wahrscheinlich ist er gerade unterwegs und sucht sie.

(Beifall bei der CSU)

Beispiel für die Forderungen der FREIEN WÄHLER – auch das wurde angesprochen – ist ein besonders aussagekräftiger Antrag: Wenn wir den Kommunalanteil am allgemeinen Steuerverbund von derzeit 12,75 % auf 15 % in einem Schritt anheben wür-

den, würde das den Freistaat Bayern rund 640 Millionen Euro im Jahr 2015 und rund 660 Millionen Euro im Jahr 2016 kosten.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das wäre aber gut angelegt!)

Insgesamt würde uns das 1,3 Milliarden Euro kosten.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bei den Gemeinden wäre das besser angelegt!)

Herr Aiwanger, das wäre vielleicht gut angelegtes Geld, aber dann müssten Sie Schulden aufnehmen. Mehr fällt Ihnen leider zur Situation der Kommunen nicht ein. Das ist sehr, sehr wenig, lieber Herr Aiwanger.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das bedeutet weniger Nothilfeprogramme!)

Fordern ist einfacher, als die Zeche zu bezahlen, lieber Herr Aiwanger. Da seid ihr große Meister.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Geben ist seliger denn nehmen!)

Dann halten Sie sich einmal zurück und hören Sie zu. Das passt weder zu den aktuellen Ergebnissen der November-Steuerschätzung noch zum neuerlichen Rekordergebnis beim kommunalen Finanzausgleich 2015, der im Übrigen von allen kommunalen Spitzenverbänden Lob erfährt. Wir haben mit rund 8,3 Milliarden Euro erneut ein absolutes Rekordniveau beim kommunalen Finanzausgleich. Es bestehen keine Verteilungslasten und kein Defizit zulasten der bayerischen Kommunen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Warum sagen Sie es dann?)

Die Ausgaben des Freistaates Bayern sind im Zehnjahreszeitraum zwischen 2004 und 2014 um 39,8 % gestiegen. Die Leistungen des Freistaates Bayern an seine Kommu-

nen sind dagegen um 68,6 % gestiegen. Das widerlegt alles, was Sie uns mantrahaft hier immer vortragen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die Pflichtaufgaben der Kommunen sind noch stärker gestiegen!)

Wir stärken unsere Kommunen. Dafür brauchen wir aber auch einen starken Freistaat.

(Beifall bei der CSU)

Im Übrigen brauchen wir keine Nachhilfe in Sachen Kommunalfreundlichkeit und schon gar keine in schlicht nicht finanzierbaren Forderungen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Doch! Doch!)

Ansonsten – Herr Pohl ist nicht da – entscheiden wir frei, wo wir zustimmen und wo wir nicht zustimmen können. Auch das sei ihm mit auf den Weg gegeben.

Die FREIEN WÄHLER fordern viel und gerne, aber über die Finanzierung sollen sich offenbar die anderen den Kopf zerbrechen. Die FREIEN WÄHLER tun so, als könnten sie alles. Eine solide und nachhaltige Finanzpolitik, Herr Aiwanger, können Sie jedenfalls nicht.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): So gut wie Sie schon!)

Wie sieht es bei der SPD aus, lieber Herr Kollege Halbleib?

(Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Sehr gut!)

Ein Spiegel würde helfen. Die Mehrforderungen der SPD zum Doppelhaushalt 2015/2016 belaufen sich auf insgesamt rund eine Milliarde Euro. Ich gebe zu, das ist gegenüber früheren Doppelhaushalten vergleichsweise bescheiden für euch.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das sind gerade einmal die Zinsen für die Landesbank!)

Sieht man aber die Rückforderung des Flughafendarlehens als ungeeignete Gegenfinanzierung an, wären wir sogar bei rund 1,25 Milliarden Euro ohne jegliche Deckung.

(Widerspruch bei der SPD)

- Bereinigt, Kollegen! Bei dieser Berechnung sind die von der SPD beantragten Steuermehreinnahmen durch die gleichzeitig geforderten tausend Stellen für Finanzbeamte aus zwei Gründen nicht berücksichtigt. Zum einen müssten die zusätzlichen Finanzbeamten erst einmal durch den Freistaat ausgebildet werden, bevor sie im Finanzamt eingesetzt werden können. Der Kollege Hans Herold hat darauf hingewiesen. Es sind 2.000, die wir derzeit ausbilden.

(Inge Aures (SPD): Viel zu wenig!)

Zum anderen lassen sich die Mehrergebnisse nicht einfach hochrechnen, wie Sie es gerne tun.

(Volkmar Halbleib (SPD): Doch, die sind konservativ geschätzt!)

Über 80 % der Mehrergebnisse stammen aus der Prüfung der großen Fälle, die bereits jetzt lückenlos geprüft werden. Unterstellen Sie nicht ständig und permanent den kleinen Unternehmen, dass sie ihre Steuern nicht bezahlen würden und Dinge machen, die nicht in Ordnung sind.

(Beifall bei der CSU – Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Die Kleinen weniger, aber die Großen!)

Auch die SPD kann vor allem eines: Sie kann uns erklären, wo im Haushalt die Mittel sind. Gleichzeitig kann sie aber keine geeigneten Vorschläge zur Finanzierung ihrer Mehrforderungen machen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Weil Sie sie nicht akzeptieren!)

Ich gebe gerne zu, dass an einigen Stellen noch mehr Mittel wünschenswert wären. Wir müssen aber selbst bei einem so glänzenden Haushalt mit den finanziellen Möglichkeiten auskommen, Herr Kollege Halbleib. Wir können das – das zeigt unser Haushalt – bei gleichzeitigem Schuldenabbau. Sie können das offensichtlich nicht.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Rücklagen abbauen!)

- Herr Aiwanger, Rücklagen müssen erst geschaffen werden, bevor man sie abbaut.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die stammen von Ihrem Vorgänger, und Sie schmelzen alles wieder ab! – Hans Herold (CSU): Erst hören, dann stören!)

Wir führen eine Luxusdiskussion. Suchen Sie sich in dieser Republik einmal Länder, die überhaupt eine Rücklage haben, die sie zur Verstärkung einsetzen können. Lassen Sie es doch sein. Vor allem im Interesse der bayerischen Bürgerinnen und Bürger nehmen wir uns kein Beispiel an Ihnen. Bayern ist und bleibt das Land mit den solidesten Staatsfinanzen in Deutschland. Daran ändert sich auch nichts, wenn ständig von der versteckten Verschuldung geredet wird. Offenbar geht es nicht darum, unsere solide Finanzpolitik einmal zu loben. Man hat keine Alternativen, also redet man unsere Finanzpolitik permanent schlecht, obwohl wir einen guten, ausgeglichenen und wirklich hervorragenden Haushalt haben, der unsere Menschen in Bayern nach vorne bringt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ihr wurdet mehrfach gelobt! Zuhören, Herr Kollege! Mehr Lob kann ich nicht mehr aussprechen!)

Wir nehmen im Doppelhaushalt 2015/2016 erneut keine neuen Schulden auf und bauen sogar weitere Schulden in Höhe von insgesamt 1,05 Milliarden Euro ab. Insgesamt sind das rund 3,6 Milliarden Euro weniger Schulden in fünf Jahren, nämlich von 2012 bis 2016. Würden wir dagegen allen Anträgen der Opposition zustimmen, dann würden wir diese Schulden sofort wieder aufbauen, und zwar in nur zwei Jahren. Wir geben nur das aus, was wir erwirtschaftet haben.

Der Doppelhaushalt 2015/2016 hält weiter alle finanzpolitischen Leitlinien ein, die wir im Mai mit der Staatsregierung vereinbart hatten. Das Ausgabenwachstum ist auf maximal 3 % pro Jahr begrenzt. Der Haushaltsplan weist einen positiven Finanzsaldo aus. Die laufenden Einnahmen sind höher als die laufenden Ausgaben, und das bereits im Haushaltsplan.

Anders als die Luftschlösser der Opposition, die immer mehr fordert, als sich finanzieren lässt, realisieren wir das tatsächlich Machbare. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, im Sinne der Generationengerechtigkeit stets das fachlich Wünschenswerte mit dem finanziell Machbaren in Einklang zu bringen. Wenn wir zu den rot- oder grün-regierten Ländern blicken, können wir Folgendes feststellen: Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den GRÜNEN, diese Fähigkeit fehlt Ihnen nicht nur in Bayern. So plant Baden-Württemberg in diesem Jahr eine Neuverschuldung von rund 1,2 Milliarden Euro, bei sprudelnden Steuereinnahmen und guten wirtschaftlichen Bedingungen. Das Land Rheinland-Pfalz wird im Jahr 2014 rund 1,1 Milliarden Euro neue Schulden machen. In Nordrhein-Westfalen wird es sage und schreibe 3,3 Milliarden Euro an neuen Schulden geben. Das zeigt: Sie können das Geld mit vollen Händen ausgeben, aber nicht haushalten. Das muss ich feststellen.

(Beifall bei der CSU)

Andere Länder machen Schulden. Wir schaffen durch unseren Schuldenabbau Freiräume für Bayerns Zukunft. Mehr Schulden – weniger Gestaltungsspielraum. Schuldzinsen sind Vergangenheitsbewältigung. Wir gestalten lieber die Zukunft der Bayern. Bayern ist bei den wirtschaftspolitischen Rahmendaten bundesweit spitze. Wir hatten im November mit 3,4 % wieder die niedrigste Arbeitslosigkeit in Deutschland. Sechs unserer sieben Regierungsbezirke hatten eine Quote von unter 4 %. Auch Mittelfranken liegt mit einer Quote von 4,4 % weit unter dem Bundesdurchschnitt von 6,3 %. Die geringe Spreizung von lediglich 1,4 % im Vergleich unserer Bezirke zeigt die Erfolge bei der Herstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen in ganz Bayern. Ein Blick

auf die Eckdaten des Doppelhaushalts 2015/2016 zeigt, dass wir unseren Wählerauftrag verantwortungsvoll wahrnehmen.

(Beifall bei der CSU)

Die Gesamtausgaben steigen im Jahr 2015 auf 51 Milliarden Euro; das ist eine Steigerung um 2,6 %. Durch diesen begrenzten Ausgabenanstieg wappnen wir den bayerischen Staatshaushalt für die Zukunft. Wir halten unsere finanzpolitischen Leitlinien ein und setzen zugleich Schwerpunkte für die Familien, die Bildung und den digitalen Aufbruch.

Eine gute Bildung ist die Voraussetzung für Arbeit, Wohlstand und soziale Sicherheit. Daher ist die Bildung ein absoluter Schwerpunkt dieses Doppelhaushalts. Die Ausgaben für unsere Schulen und Hochschulen steigen von rund 17,2 Milliarden Euro im Jahr 2014 auf rund 17,7 Milliarden Euro im Jahr 2015. Im Jahr 2016 werden für die Bildung rund 18 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Das ist mehr als ein Drittel unseres gesamten Staatshaushalts.

(Beifall bei der CSU)

Wir stellen im Doppelhaushalt insgesamt zusätzliche Mittel in Höhe von 1,4 Milliarden Euro für die Bildung bereit, damit Bayern das Top-Bildungsland in der Bundesrepublik Deutschland bleibt.

Die Familien sind die Keimzellen unserer Gesellschaft. Wir investieren deshalb mehr als 3 Milliarden Euro pro Jahr in familienbezogene Leistungen. Allein für die Förderung der Kinderbetreuung sowie für die Beitragsentlastung der Eltern sind im Jahr 2015 rund 1,67 Milliarden Euro vorgesehen. Ergänzend zum Krippenausbau bauen wir die Ganztagsangebote an den Grundschulen aus, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern.

Mit der Umsetzung unserer Strategie "BAYERN DIGITAL" fördern wir den digitalen Aufbruch in Wirtschaft und Wissenschaft. Im Doppelhaushalt sind dafür Mittel in Höhe

von insgesamt gut 430 Millionen Euro vorgesehen, davon 350 Millionen Euro für den flächendeckenden Breitbandausbau. Damit rüsten wir Bayern für das digitale Zeitalter. Man kann den Staatsminister der Finanzen und sein Haus für den Gedanken, diese Aufgabe bei den Vermessungsämtern anzusiedeln, nur loben. Man spürt und merkt, dass die Digitalisierung in Bayern greifbar vorangeht.

(Beifall bei der CSU)

Die CSU-Fraktion hat im Rahmen der Haushaltsberatungen eigene Akzente gesetzt, insbesondere für die Barrierefreiheit und die Bildung. Wir haben mit einem Gesamtvolumen von über 50 Millionen Euro wesentliche Punkte für die Entwicklung des Freistaats auf den Weg gebracht. Wir wollen, dass Bayern bis zum Jahr 2023 barrierefrei wird. Das ist aber eine gesamtgesellschaftliche, gemeinschaftliche Aufgabe. Jeder muss dazu seinen Beitrag leisten. Wir wollen dabei als Staat in unserem Aufgabenbereich als Vorbild vorangehen. Wir werden uns in einem ersten Schritt auf die drei Handlungsfelder Mobilität, Bildung und staatliche Gebäude konzentrieren.

Zum Abbau der Barrieren für Menschen mit Behinderung haben wir über die Initiativen unserer Fraktion mehr als 12 Millionen Euro zusätzlich auf den Weg gebracht. Mit zusätzlich 11 Millionen Euro soll die Barrierefreiheit an Amtsgerichten und Einrichtungen des Justizvollzugs, bei Polizeidienststellen, Schlössern und Burgen sowie in den publikumsintensiven Bereichen von Hochschulen und Museen verbessert werden. Mit einer weiteren Million wollen wir die Deutsche Bahn anschieben, ihre Bahnhöfe barrierefrei zu gestalten. Wir werden mit zusätzlich 300.000 Euro den barrierefreien Zugang bei den KZ-Gedenkstätten ermöglichen. Damit steht im Doppelhaushalt ein Investitionsvolumen von insgesamt rund 205 Millionen Euro zur Umsetzung der Barrierefreiheit bereit.

(Beifall bei der CSU)

Im Rahmen der Haushaltsberatungen haben wir bei den Schulen zusätzliche Schwerpunkte mit einem Volumen von insgesamt rund 16 Millionen Euro gesetzt. Auf Initiati-

ve unserer Fraktion sind zusätzliche 9,7 Millionen Euro zur Unterstützung des Ausbaus der Ganztagsangebote in den Haushalt eingestellt worden. Damit stehen für die Umsetzung der Ganztagsgarantie und damit für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf rund 420 Millionen Euro zur Verfügung. Neben einer zusätzlichen Million Euro für die Erwachsenenbildung und zusätzlich 1,8 Millionen Euro für die Förderung der Jugendarbeit im Jahr 2015 sind weiterhin rund 5 Millionen Euro für die Träger privater Ersatzschulen bestimmt, damit diese ihre wichtige pädagogische Arbeit leisten können.

Die Erhöhung der sogenannten Gitterzulage um insgesamt über 4 Millionen Euro war nicht nur ein Anliegen des Dienstrechtsausschusses, sondern auch ein Anliegen des gesamten Haushaltsausschusses. Hier gab es einen einstimmigen Beschluss. Das möchte ich ausdrücklich erwähnen. Diese Mittel kommen den im Justizvollzug eingesetzten Beamten zugute. Bisher wurden für die Beamtinnen und Beamten im Polizeivollzugsdienst und im Justizvollzugsdienst Zulagen in unterschiedlicher Höhe gewährt, obwohl die Berufsbilder gleichermaßen einen hohen persönlichen Einsatz fordern und mit erheblichen Gefahren verbunden sind. Wir wollen daher mit der Gitterzulage für eine Angleichung an den Polizeivollzugsdienst sorgen.

Neben unseren zahlreichen weiteren Initiativen, insbesondere für die Familien, die Jugendarbeit, den Verkehr, den Tourismus, die Wissenschaft sowie die Gesundheit und die Pflege, stärken wir auch die Kunst. Mit einer Erhöhung der Personalkostenzuschüsse um 1,5 Millionen Euro im Jahr 2015 wollen wir die Förderung der bayerischen Sing- und Musikschulen verbessern, die gerade im ländlichen Raum eine hervorragende musische Bildung vermitteln.

(Beifall bei der CSU)

Aus meiner Sicht hat der Doppelhaushalt durch diese weiteren punktuellen Verbesserungen aufgrund der Initiativen unserer Fraktion an Ausgewogenheit gewonnen. Der Doppelhaushalt 2015/2016 ist ein Dokument der Solidität und der Zukunftssicherung.

Wir tragen alle Ausgaben aus eigenen Mitteln. Wir nehmen keine neuen Schulden auf, sondern bauen Schulden ab. Wir investieren in die Familien, die Bildung und die Innovation. Herr Halbleib, stimmen Sie daher mit Begeisterung diesem Haushalt zu!

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, ansonsten begegnen wir alle uns wieder bei der Einweihung von Neu- und Umbauten staatlicher Gebäude, beim Durchschneiden von Bändern im Zusammenhang mit Straßenbaumaßnahmen und vielen ähnlichen Anlässen, bei denen Sie krampfhaft den Eindruck erwecken, Sie hätten den Haushalt mitgetragen. Sie haben die Chance dazu. Tragen Sie ihn mit!

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. - Es folgen zwei Zwischenbemerkungen. Die eine kommt von Claudia Stamm, die andere vom Kollegen Halbleib. Bitte schön.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Winter, es gäbe jetzt vieles zu sagen, zum Beispiel, dass auch jedes andere Flächenland ein Drittel der Ausgaben für die Bildung einsetzt. Den ständigen Vergleich mit Baden-Württemberg mag ich nicht; wir sind hier in Bayern und sollten nach Bayern schauen.

(Lachen bei der CSU)

Wenn Sie den Vergleich aber schon so platt und polemisch wie immer ziehen, zeigt sich: Es sind alte Schulden, die der ehemalige Ministerpräsident Mappus hinterlassen hat.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Jetzt heißt es – hören Sie mir zu! -: Nichtetatisierung von Lehrerstellen, Sanierungstau usw. Das ist die Vergangenheit. Jetzt reden wir von den potenziellen Spitzenkan-

didaten. Sie rennen mit Wahlversprechen umher. Die würden in Baden-Württemberg 1 Milliarde Euro kosten.

Am Ende Ihrer Rede sind Sie leider vom anfänglichen Lob etwas abgewichen. Irgendwie hat Sie dabei wieder Ihre alte Denkweise gepackt, und Sie haben von Luftschlössern im Zusammenhang mit grüner Politik geredet usw. Es stimmt nicht, genauso wie es bei den Zahlen nicht stimmt; es sind keine 600 Millionen Euro, die bei uns nicht gedeckt sind. Wenn Sie wollen, können wir Ihnen das genau vorführen und zeigen. Es ist einfach falsch.

Peter Winter (CSU): Umgekehrt auch!

Claudia Stamm (GRÜNE): Ich gehe noch kurz auf den Pensionsfonds und die Vorsorge ein. Das Prinzip lautete sozusagen: Schulden tilgen, Zinsen sparen, und zwar Schulden tilgen bis 2030. – Ende 2014 hat Bayern 20,5 Milliarden Euro Schulden. In diesem Betrag sind nicht einmal die Zahlungen zur Rettung der Landesbank eingerechnet; hier gehen wir sozusagen in Ihrer Unlogik mit. Wenn Sie weiterhin, wie Sie es tun, 500 Millionen Euro jedes Jahr tilgen, sind wir nicht 2030, sondern 2055 fertig. Damit ist das Konzept Pensionsfonds einfach geplatzt; denn ab 2030 sollten ja die Zinersparnisse als Ersatz für die Entnahmen aus dem Versorgungsfonds erhalten. Aber wenn die Schulden nicht getilgt sind, kann man auch diese Zinersparnisse nicht dafür verwenden. Gleichzeitig ist die Pensionsvorsorge mit diesem Haushalt um 2,1 Milliarden Euro unterfinanziert.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das sind Luftschlösser!)

Ihr Konzept ist definitiv geplatzt. Wenn man nachrechnet, stellt man fest, dass Sie es nicht annähernd irgendwie verkaufen können, weil es einfach nicht stimmt. Weder stimmt, dass bis 2030 die Schulden getilgt sind, noch stimmt, dass die Zinersparnisse für die Pensionsvorsorge erhalten können. Wir häufen jetzt schon Beträge an. Wir haben konservativ gerechnet. Eigentlich stand im Gesetz, dass der Betrag, der einge-

zahlt werden müsste, dynamisch mit der steigenden Zahl von Beamten und Beamtinnen ansteigt. Das haben wir überhaupt nicht berücksichtigt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Peter Winter (CSU): Liebe Frau Kollegin Stamm, ich finde es trotz alledem gut, dass wir ein Drittel unseres Haushalts für die Bildung ausgeben. Allerdings tun wir das im Gegensatz zu den anderen Ländern nicht unter gleichzeitiger Schuldenaufnahme, sondern im Rahmen eines ausgeglichenen Haushalts. Das unterscheidet uns von den anderen.

Ich kann mich gut an die Zeit erinnern, als wir festgelegt haben, einen schuldenfreien Haushalt aufzustellen und die Schuldenfreiheit durchzuhalten. Sie haben darauf mit viel Häme und Vorbehalten reagiert. Wir haben es durchgehalten.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Substanzverzehr!)

Ich bin mir dessen sicher, dass unser Ministerpräsident wie auch unser Finanzminister im Rahmen der Verhandlungen über den Länderfinanzausgleich die Freiräume in den Verhandlungen schaffen, damit wir die Mittel, die uns dann zur Verfügung stehen, zur Schuldentilgung verwenden können. Damit schaffen wir Zinersparnisse, die wir für den Pensionsfonds vorsehen. Der Pensionsfonds wird, wie ich bereits erwähnt habe, mit diesem Haushalt bei über 2 Milliarden Euro liegen. Dann stehen diese Mittel mit den eingesparten Zinsen für den Pensionsfonds zur Verfügung. Auch das gibt es in keinem anderen Land dieser Republik.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Halbleib, bitte.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Kollege Winter, ich habe drei Bemerkungen zu den Anträgen vonseiten der Opposition, insbesondere vonseiten der SPD. Ich glaube schon, dass es bei 450 Anträgen, in denen es zum Teil nur um ganz geringe Summen ging,

die aber wurde Punkte betroffen haben, angemessen gewesen wäre, seitens der Regierungsfraktion anzuerkennen: Da hat die Opposition, da haben die SPD, die FREIEN WÄHLER, die GRÜNEN, den richtigen Punkt getroffen. – Dieses Bekenntnis habe ich heute leider bis zum Schluss vermisst.

Heute mokieren Sie sich über viele unserer Anträge. Ich kann Ihnen garantieren, dass in den nächsten Haushaltsberatungen plötzlich Anträge auftauchen, deren Inhalte früher mit großer Empörung abgelehnt wurden; die Anträge tauchen dann plötzlich mit dem Label "CSU" wieder auf. So ist es uns bisher immer gegangen. Ich weise Sie nur darauf hin, dass viele dieser Anträge wiederkommen werden, und das ist auch gut so.

(Zuruf von der CSU: Märchenerzähler!)

Eine Äußerung von Ihnen, Herr Kollege Winter, veranlasst mich, Ihnen Nachhilfeunterricht anzubieten. Sie haben die Logik überhaupt nicht verstanden. Wir haben in unseren Anträgen beispielsweise auf einen wunden Punkt hingewiesen: Wenn sich der Staat entschuldet, dann müssen auch die Kommunen in gewissem Umfang entschuldet werden. Darauf bezieht sich ein sehr großer Teil der Anträge.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Außerdem wollen wir mit unseren Haushaltsanträgen dokumentieren, dass die Gefahr, die auch der Ministerpräsident thematisiert hat,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

in die versteckte Verschuldung zu geraten, bei diesem Haushalt besonders groß ist. Deswegen haben wir auch dies thematisiert. Das haben Sie in Ihrer Gesamtrechnung überhaupt nicht berücksichtigt.

Ich gehe noch auf die Steuerverwaltung ein. Wer wie die CSU-Fraktion und die Staatsregierung über Jahre und Jahrzehnte die Unterbesetzung der Steuerverwaltung zu verantworten hat, muss sich in den Haushaltsanträgen sagen lassen, dass wir mit

einer vernünftigen Einstellungspolitik und Besetzung der 1.800 offenen Stellen Steuermehreinnahmen hätten, die wir ansetzen könnten. Selbstverständlich, was denn sonst? – Auf diese politische Art wird verdeutlicht, wo Sie in den letzten Jahrzehnten Fehler gemacht haben. Dabei ist konservativ gerechnet, was an Steuermehreinnahmen hereinkäme.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann es ganz leicht ausdrücken: Die CSU hat das Landesbankdesaster zu verantworten. Im Haushalt stehen 700 Millionen Euro ausschließlich für Zinszahlungen. Allein diese Summe würde reichen, um unsere Haushaltsanträge im Wesentlichen zu decken.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Peter Winter (CSU): Lieber Herr Kollege Halbleib, wir haben uns über die Vorgänge um die Landesbank lang und breit unterhalten. Ich muss Sie, wie leider schon im letzten Jahr, an Ihren Kollegen Dupper erinnern, der damals mit großer Freude das Engagement des Freistaats Bayerns begrüßt hat.

(Beifall bei der CSU – Inge Aures (SPD): So ein Käse! – Weitere Zurufe von der SPD)

Auch andere Oberbürgermeister der SPD saßen in den Aufsichtsgremien und haben hinterher gewusst, dass das, was sie vorher beschlossen hatten, gar nicht so gut war.

(Zurufe von der SPD – Gegenrufe von der CSU – Glocke der Präsidentin)

Herr Halbleib, wir diskutieren immer in aller Freundschaft. Aber wissen Sie: Wir würden Ihren Anträgen ja gerne zustimmen, wenn Sie geeignete Deckungsvorschläge machen würden. Die fehlen uns leider. Machen Sie geeignete Deckungsvorschläge! Wenn der Antrag dann okay ist, können wir überlegen, ob wir zustimmen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie nehmen es aus der Rücklage! – Inge Aures (SPD):
Der Griff in die Portokasse!)

Ansonsten haben wir ja durchaus auch gemeinsame Vorschläge gemacht.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Sie wissen, der Finanzminister hat in den Beratungen zum kommunalen Finanzausgleich erreicht, dass wir die Stabilitätsmaßnahmen für schwache, stark verschuldete Gemeinden verstärken. Uns ist es gelungen, eine einheitliche Maßgabe vorzugeben. Aber ich kann Ihnen aus meinem Stimmkreis Gemeinden nennen, auch SPD-geführte Gemeinden, die mittlerweile schuldenfrei sind. Ein Beispiel dafür ist Rothenbuch. Kollege Wengert kennt den Bürgermeister; wir haben uns vor Kurzem mit ihm unterhalten. Auch Großostheim ist eine solche Gemeinde. Diese Gemeinden haben sich angestrengt und die Maßnahmen durchgezogen. Es gibt viele Gemeinden, die das gemeinsam mit uns erreicht haben. Ich weiß auch, dass es in Oberfranken, bedingt durch die demografische Entwicklung, Gemeinden gibt, die die Stabilitätshilfen brauchen. Wir geben sie ihnen. Wir lassen die Gemeinden nicht im Stich. Wir stehen an ihrer Seite.

(Beifall bei der CSU)

Herr Halbleib, versuchen Sie doch wenigstens einmal anzuerkennen, dass in der Finanzverwaltung neue Stellen geschaffen wurden,

(Volkmar Halbleib (SPD): Das habe ich heute schon gemacht!)

neue Stellen dort angekommen sind und wir viele neue Stellen in der Ausbildung haben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das hat der Finanzminister sogar gelobt!)

Ihre Rechnung, dass wir mit mehr Personal mehr Steuereinnahmen haben, stimmt einfach nicht. Den Beweis für die Richtigkeit dieser Rechnung sind Sie bis heute schuldig geblieben.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Winter. - Jetzt darf ich Herrn Kollegen Knoblauch das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Günther Knoblauch (SPD): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren der Regierung, Hohes Haus! Lieber Kollege Winter, ich möchte mich als Erstes dafür bedanken, dass Sie anerkannt haben, dass die SPD-Fraktion komplette Deckungsvorschläge gemacht hat. Es gibt nur einen Unterschied: Wir wollen zusätzliche Steuern nicht von kleinen, sondern von großen Firmen einnehmen. Sie wollen aber etwas der Rücklage entnehmen. Das ist der Unterschied. Aber wenigstens haben Sie anerkannt, dass wir eine komplette Liste mit Deckungsvorschlägen vorgelegt haben.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich will mich etwas mit den Kommunen beschäftigen. Ich glaube, wir können froh sein, dass wir die Kommunen als Grundlage der Demokratie und unserer Lebensqualität haben, die wir immer hervorheben. Natürlich sind die 8,3 Milliarden Euro eine stolze Summe, und die Kommunen benötigen sie dringend. Auch wenn das ein bisher noch nicht gekannter Betrag ist, machen wir trotzdem noch nicht gleich einen Höhenflug, lieber Kollege Bachhuber.

Zunächst müssen wir uns bei den Bürgerinnen und Bürgern bedanken, weil sie Steuern zahlen und durch ihre tolle Arbeit die Mittel zur Verfügung stellen. Die Betriebe leisten eine hervorragende Arbeit und haben die Grundlage dafür geschaffen, dass wir so viele Steuern bekommen, um den Kommunen 8,3 Milliarden Euro zur Verfügung stellen zu können. Die sprudelnden Steuereinnahmen sind nicht auf einen Beschluss

der Staatsregierung zurückzuführen, sondern auf die Leistungen unserer Bürgerinnen und Bürger.

Wenn man das Finanzausgleichsgesetz etwas näher betrachtet, stellt man fest, dass nicht alles Gold ist, was glänzt. Die Zweitwohnungen – ich möchte von Zweitbürgern sprechen – sind schon genannt worden. Hier wird den Städten und Gemeinden, auch in den touristisch attraktiven Kommunen, etwas genommen, worauf sie angewiesen sind. Das wird sich noch fatal auswirken. Man muss sich nur vorstellen, dass ein Bürger, der im Finanzausgleich mitzählt, ungefähr 1.000 Euro ausmacht. Da kann man sich vorstellen, welche Auswirkungen es insbesondere bei kleineren Gemeinden gibt.

Zum Zweiten. Es wird total verschwiegen, dass die Kommunen, insbesondere diejenigen mit mehr als 10.000 Einwohnern, beim Zensus total vernachlässigt werden. Da werden sie allein gelassen. Der Bund hat für jeden Bürger die steuerlichen Identifikationsnummern herausgebracht. Die Kommunen haben dafür die Meldedaten zur Verfügung gestellt. Vorher hat alles gestimmt, und plötzlich stimmt es nicht mehr. 5 % bis 10 % der Einwohner sind aus den Kommunen verschwunden. Damit fehlen den Kommunen 5 % bis 10 % der Einnahmen aus dem Finanzausgleich.

Ein dritter Punkt: Artikel 7 des Finanzausgleichsgesetzes sollte eigentlich bewirken, dass die den Landratsämtern übertragenen Aufgaben durch die Leistungen des Freistaates abgedeckt sind. Die Bürgermeister und Landräte tragen aber an mich heran, dass sie sich vernachlässigt fühlen. Sie geben das Doppelte dessen aus, was sie erhalten, um Aufgaben des Staates zu erledigen. Insbesondere denke ich jetzt an die Ausländerbehörden, die wegen der Asylbewerber viel Arbeit haben. Letztlich bezahlen das wieder die kreisangehörigen Städte und Gemeinden über die Kreisumlage.

Natürlich müssen wir uns auch darüber unterhalten, was generell mit dem Finanzausgleich geschieht. Bei der Beratung des Nachtragshaushalts hieß es, dass es am Ende des Jahres ein Gutachten geben wird und man dann Neuregelungen schaffen kann. Aber daraus ist nichts geworden. Für das Gutachten liegt zwar ein Entwurf vor, aber

man spricht nicht darüber. Mehr als die Hälfte der Kollegen hier sind auch im kommunalen Bereich tätig. Unsere Aufgabe müsste doch eigentlich sein, uns intensiv einzubringen. Wir sollten es nicht einem Gutachter überlassen festzustellen, wie der Finanzausgleich in Bayern künftig aussieht. Das ist doch auch unsere Aufgabe. Deshalb fordern wir, dass wir als Parlament, als Haushaltsausschuss, mit unserer Erfahrung in die Gespräche eingebunden werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, der Finanzausgleich braucht eine neue Orientierung. Die Kommunen sind verunsichert und warten auf eine Lösung. Etwa die Hälfte der Kommunen haben erhebliche Probleme, ihren Haushalt auszugleichen. Wir können also nicht sagen, Herr Bachhuber, dass alles wunderbar ist. Sie sagen, dass die Stabilisierungshilfen gestiegen sind; das ist gerade die Bestätigung, dass es für die Kommunen immer schwieriger wird, ihren Aufgaben gerecht zu werden.

Beim Finanzausgleich müssen wir uns auch über gleichwertige Lebensbedingungen unterhalten. Ich halte es für richtig, dass wir vor einigen Jahren den Sockelbetrag für die Kommunen mit weniger als 5.000 Einwohnern angehoben haben. Sie brauchen das wirklich. Ich sage Ihnen, dass es in jedem Landkreis eine, zwei oder drei Kommunen gibt, die zusammen mit ihrem Umland die Lebensqualität des jeweiligen Landkreises bestimmen. Sie unterhalten Hallenbäder, Eislaufplätze, Musikschulen, Kulturprogramme, Dreifachturnhallen usw. Wenn sie das nicht mehr vorhalten, ist die Lebensqualität in den Kommunen am Ende. Das müssen wir verhindern und im künftigen Finanzausgleich berücksichtigen.

Wir müssen auch betrachten, was die Kommunen leisten müssen. Die Verunsicherung habe ich schon genannt. Sie müssen bei der Inklusion, beim Breitband und bei der Barrierefreiheit mitmachen und die Straßen sanieren. Die Ganztagsklassen und Ganztagsangebote sollen mitfinanziert werden. Womit sollen sie das machen? - Wir brau-

chen die Hilfen für die Kommunen. Sonst geht die Lebensqualität und damit die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen verloren.

Meine Damen und Herren, wir müssen auch Folgendes bedenken: Vor 50, 60 Jahren, als die Verfassung und die Gemeindeordnung geschaffen wurden, hat man die Pflichtaufgaben anders gesehen als heute. Wir müssen uns deshalb beim Finanzausgleich Gedanken darüber machen – das hatte ich eigentlich erwartet –, dass Standards, die inzwischen freiwillige Leistungen geworden sind, aus der Sicht des Bürgers Pflichtaufgaben sind. Wenn es kein Kulturprogramm mehr gibt und wenn andere freiwillige Leistungen, die im Gesetz stehen, nicht mehr angeboten werden, werden die Bürger die kleinen Orte auf dem Land verlassen. Dazu müssen wir uns etwas überlegen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Deshalb ist es unsere Aufgabe, auch im Haushaltsausschuss, lieber Peter Winter, gemeinsam eine Lösung zu finden, die den Kommunen, sowohl den kleinen als auch den mittleren, die Chance gibt, für die Bevölkerung das Beste zu tun. Wenn wir keine Regelungen treffen, werden die Kommunen abstürzen. Darum bitte ich darum und biete an, in den nächsten Monaten konstruktiv zusammenzuarbeiten, zumindest um beim Nachtragshaushalt die entsprechenden Regelungen zu treffen.

In dem Sinn möchte ich mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss bedanken, aber auch bei den Kolleginnen und Kollegen der Fraktion, die im kommunalen Bereich tätig sind. Das gilt vor allem für den Kollegen Wengert. Herr Kollege Winter, Sie werden sicherlich mit dem Kollegen Halbleib die entsprechenden Regelungen treffen. Allerdings wäre es schön, wenn darüber nicht nur gemeinsam geredet würde, sondern wenn Sie einmal mit uns stimmen würden, weil wir eigentlich gute Regelungen vorschlagen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Jetzt darf ich Herrn Kollegen Herold das Wort erteilen.

(Unruhe)

Ich würde Sie bitten, vielleicht ein bisschen leiser zu sein und die Gespräche draußen zu führen. Jeder verdient, dass ihm zugehört wird. - Bitte.

Hans Herold (CSU): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, die heutige Diskussion zeigt sehr deutlich, genauso wie der Doppelhaushalt für die Jahre 2015/2016: Bayern ist das Land mit Zukunft.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Herr Kollege Knoblauch, ich glaube, Sie haben Peter Winter vorhin falsch verstanden. Peter Winter hat gesagt, dass die SPD keine Gegenfinanzierung bei diesen zahlreichen Anträgen gebracht hat, nur die Fraktion der GRÜNEN. Auch die FREI-EN WÄHLER haben Forderungen in einem Umfang von 3,7 Milliarden Euro gestellt, und zwar ohne jegliche Gegenfinanzierung. Das ist eine unverantwortliche Politik.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Herr Kollege Aiwanger, ich glaube, Sie haben Ihre Leute nicht im Griff. Hier in München reden Sie so, während Sie daheim völlig anders reden.

(Beifall bei der CSU)

Daheim kommen Ihre Kommunalpolitiker, Ihre Bürgermeister zu mir und sagen: Lieber Hans Herold, kümmere dich als stellvertretender Landrat darum, dass im Landratsamt endlich weniger Personal vorhanden ist. Hier fordern Sie Stellenmehrungen ohne Ende. Wenn es aber daheim ernst wird, wenn es zum Beispiel um das Bauamt, das Wasserwirtschaftsamt Ansbach, das Umweltamt oder den Naturschutz geht, dann

reden Sie ganz anders, lieber Herr Aiwanger. Das ist eine Politik, die so nicht in Ordnung ist. Ich sage Ihnen das ganz offen.

(Beifall bei der CSU)

Bei mir im Stimmkreis bemüht sich unser Landrat, im Stellenplan für das Jahr 2015 ein paar Stellen mehr zu bekommen – Sie alle kennen die Situation in der Asylpolitik –, aber die FREIEN WÄHLER wehren sich ganz massiv dagegen. Lieber Herr Aiwanger, Sie sollten Ihrer stellvertretenden Bundesvorsitzenden Gabi Schmidt sagen, dass sie dem Stellenplan im Landkreis Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim endlich zustimmen sollte.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

- Ja, das kennen wir schon. Hier reden Sie so und daheim ganz anders.

Ich bin sehr stolz darauf, dass der Freistaat Bayern auch dank des großen Fleißes seiner Bürgerinnen und Bürger immer wieder ein Top-Rating aufzuweisen hat, nämlich "AAA". Wir werden zum elften und zwölften Mal einen Doppelhaushalt ohne neue Schulden aufstellen. Wir werden eine massive Schuldentrückzahlung vornehmen können, insgesamt in Höhe von 3,6 Milliarden Euro in den letzten fünf Jahren. Nennen Sie mir ein Bundesland in Deutschland, ein Land in Europa, das solche Dinge machen kann.

Wir haben die höchsten Investitionen in Bildung, Familie, Wissenschaft und Innovationen mit insgesamt über 20 Milliarden Euro. Das sind Zahlen, die die Zukunftsfähigkeit unserer jungen Generation garantieren. Wir haben nach wie vor eine sehr hohe investive Quote.

(Zuruf von der SPD)

- Ich weiß, dass das große Schmerzen verursacht, und zwar seelischer und körperlicher Art. - Ich habe Ihnen schon vorhin gesagt: Das ist ein Haushalt, der seinesgleichen in ganz Deutschland sucht.

Als Kommunalpolitiker sage ich auch ganz deutlich: Gerade dieser kommunale Finanzausgleich ist für uns ganz wichtig. 8,3 Milliarden Euro nur im Jahr 2015 – damit können unsere Kommunen, Städte und Gemeinden ihre Hausaufgaben bestens erfüllen. Dafür ein ganz besonderes Dankeschön an unseren Finanzminister Dr. Markus Söder: Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU)

Ein Punkt ist mir abschließend sehr wichtig, nämlich der Hinweis auf unsere

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

tüchtigen Beamtinnen und Beamten des gesamten Freistaates Bayern. Sie erzählen uns immer wieder, wir hätten zu wenig Personal.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

- Herr Aiwanger, denken Sie an meine Rede von vorhin. Reden Sie auch daheim so, nicht nur hier im Landtag. - Derzeit sind 2.000 junge Leute als Anwärtinnen und Bewerber an der Landesfinanzschule in Ansbach in Ausbildung, und wir haben zusammengerechnet die gleiche Zahl an den Beamtenfachhochschulen in Herrsching und Kaufbeuren. Diese Zahlen weisen darauf hin, dass wir gerade in diesem Bereich sehr viel tun.

Heute ist Herr Habermann vom Bayerischen Beamtenbund anwesend. Ich will auch sagen, liebe Ingrid Heckner, dass wir in diesem Doppelhaushalt 7.500 Beförderungen vorgesehen haben. Wir haben in den letzten Jahren 50.000 Beförderungen bei den Beamten des Freistaates Bayern vorgenommen. Deswegen abschließend ein ganz besonderes Dankeschön an die tüchtigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Frei-

staats Bayern für diese wichtige Arbeit, die letztendlich für uns alle geleistet wird:
Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Herold, darf ich Sie noch einmal an das Rednerpult bitten für eine Zwischenbemerkung der Frau Kollegin Schmidt. – Bitte schön, Frau Kollegin.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Herold, ich möchte Ihnen zu Ihren hellseherischen Fähigkeiten gratulieren. Ich war in der letzten Fraktionssitzung gar nicht anwesend. Insofern kann ich weder eine schriftliche noch eine mündliche Äußerung zu der Stellenmehrung gemacht haben. Ich finde es aber großartig, dass Sie jetzt schon wissen, wie ich mich entscheiden werde, denn ich bin erst in der Meinungsbildung. Nachdem das eine Erpressung war, geht es dann eher in die andere Richtung.

Hans Herold (CSU): Ich bin sehr dankbar dafür, wenn Sie ein freundliches Signal geben, dass auch die FREIEN WÄHLER möglicherweise diesem Stellenplan mit der – in Anführungszeichen – "geringen" Stellenmehrung bei uns im Kreistag zustimmen. Ihre Kolleginnen und Kollegen der FREIEN WÄHLER, insbesondere Ihr Fraktionsvorsitzender, sprechen eine andere Sprache, liebe Frau Gabi Schmidt.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER))

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, Sie haben nur eine Zwischenbemerkung.
- Jetzt kommt der Kollege Dr. Kränzlein. Bitte.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Herr Kollege Herold, stimmen Sie mir zu, dass sich die Beförderung von Beamten aufgrund von Rechtsansprüchen ergibt und nicht aufgrund der Gnade der CSU-Fraktion im Landtag?

(Beifall bei der SPD)

Hans Herold (CSU): Herr Kollege, ich bin wirklich überrascht: Sie sagen bei jeder Wortmeldung, insbesondere im Haushaltsausschuss, dass Sie lange Zeit Bürgermeister waren; dann sollten Sie eigentlich wissen, dass es einen Unterschied zwischen Tarifangestellten und Beamten gibt. Deswegen ist es nicht so, dass immer ein Rechtsanspruch auf Beförderung besteht.

(Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Also doch Gnade!)

- Leistung!

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. - Jetzt darf ich Herrn Kollegen Dr. Wengert das Wort erteilen. Bitte schön.

Dr. Paul Wengert (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte den Doppelhaushalt nochmals aus Sicht der Kommunen betrachten, und zwar aus Sicht der Kommunen, die Sie, lieber Herr Kollege Bachhuber, völlig ausgeblendet haben. Die Kommunen stehen nämlich nicht so super da, wie Sie das generalisierend für die bayerischen Kommunen glauben machen wollen. Liebe Kolleginnen und Kollegen zu meiner Rechten, überhaupt würde es Ihnen gut anstehen, gelegentlich etwas bescheidener aufzutreten. Demut ist keine Schande.

(Beifall bei der SPD)

Wie heißt das Sprichwort? – Mit vollen Hosen ist gut stinken.

Kollege Herold, unverantwortliche Politik müssen wir uns nicht vorhalten lassen, sonst könnten wir nicht auf 160 Jahre Parteigeschichte zurückblicken.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Hans Herold (CSU))

Lieber Hans Herold, unser Haushalt wäre genauso ausgeglichen wie Ihrer. Lieber Peter Winter, Sie lehnen unsere Anträge nicht mangels Deckungsvorschlägen ab,

sondern weil ein in Ihnen drinsteckendes CSU-Gen bewirkt, dass Sie reflexartig reagieren, wenn die SPD, die GRÜNEN oder die FREIEN WÄHLER Anträge stellen – seien diese noch so gut.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in unseren Kommunen bündeln sich zunehmend gesellschaftliche Probleme und Entwicklungen, die sie alleine nicht bewältigen können. Dabei stoßen viele Kommunen an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit. An vielen Orten sind diese Grenzen bereits gefährlich überschritten. Es ist Pflicht des Staates, die Kommunen so zu stärken, dass sie dauerhaft leistungs- und handlungsfähig bleiben. Wir können nicht sehenden Auges zulassen, dass über ein Viertel der bayerischen Kommunen keinen ausgeglichenen Haushalt mehr vorlegen kann. Das ist keine Zahl, die ich mir aus den Fingern gesaugt habe, sondern eine Feststellung des Präsidenten des Bayerischen Gemeindetags.

Der Freistaat als Glücklichermacher – das ist eine ganz neue Variante des Eigenlobs. Herr Kollege Bachhuber, entgegen Ihren vorherigen Äußerungen regnet es vielen Kommunen ganz dick rein. Zwar erreicht die Summe des kommunalen Finanzausgleichs mit rund 8,3 Milliarden Euro eine neue Höchstmarke, aber das ist – Kollegin Stamm hat schon darauf hingewiesen – in erster Linie den guten Steuereinnahmen geschuldet und nicht zusätzlichen Programmen zur Förderung der kommunalen Leistungsfähigkeit. Lieber Kollege Bachhuber, da können Sie noch so blumige Floskeln bemühen. Den entscheidenden Fortschritt haben die Finanzausgleichsverhandlungen nämlich auch diesmal nicht gebracht, nämlich die Erhöhung des Kommunalanteils am allgemeinen Steueraufkommen. Die SPD-Landtagsfraktion wird im Schulterschluss mit den kommunalen Spitzenverbänden weiter die schrittweise Erhöhung von derzeit 12,75 % auf 15 % einfordern; denn die Kommunen brauchen mehr freie Gestaltungsspielräume.

(Beifall bei der SPD)

Der Kommunalgipfel von Ministerpräsident Seehofer hat bei Weitem nicht gehalten, was man sich nach seiner vollmundigen Ankündigung davon versprechen durfte. Im Gegenteil, mit der Rücknahme seines Versprechens in seiner Regierungserklärung vom 12. November 2013 wurden die Erwartungen der Kommunen herb enttäuscht. Ich zitiere: "Bayern wird in zehn Jahren komplett barrierefrei sein: im gesamten öffentlichen Raum, im gesamten öffentlichen Personennahverkehr." Von einem Sonderinvestitionsprogramm, das vom Ministerpräsidenten ebenfalls angekündigt wurde, gab es keine Spur – schon gar nicht für die Kommunen. Die Landesarbeitsgemeinschaft der Selbsthilfeverbände in Bayern hat Ihnen das mit einer Resolution vom 2. Dezember deutlich ins Stammbuch geschrieben. Dort heißt es, dass die Bayerische Staatsregierung die Finanzhilfe des Freistaates Bayern auf staatliche Gebäude begrenzt und die Kommunen mit dem Thema "Bayern – Barrierefrei 2023" allein lässt.

Ebenso pure Ankündigungspolitik bleibt das in seiner Regierungserklärung gegebene Versprechen, dass es bis zum Jahr 2018 in allen Schularten und für jede Schülerin und für jeden Schüler bis 14 Jahre ein bedarfsgerechtes Ganztagsangebot geben wird. Der jüngste Chancenspiegel der Bertelsmann-Stiftung weist aus, dass in Bayern nur jeder achte Schüler eine Ganztagschule besucht. Bundesweit ist es jeder dritte. Das beim Kommunalgipfel präsentierte neue Modell für die Ganztagschule ließ insbesondere bei der Rand- und Ferienzeitbetreuung viele Fragen offen. Die kommunalen Spitzenverbände konnten sich zu Recht nicht dafür erwärmen.

Ebenso Fehlanzeige: Antworten auf die Frage der Inklusion. Jetzt sollen erst einmal Arbeitsgruppen gebildet werden. Dafür hätte es keines Kommunalgipfels bedurft.

Erfreulicherweise gab es 2013 erstmals sogenannte Stabilisierungshilfen. Diesmal sollen noch 20 Millionen Euro auf die 100 Millionen Euro draufgelegt werden. Damit wurde immerhin eine Teilforderung der SPD-Fraktion erfüllt, aber nicht im ausreichenden Umfang, der den Bedürfnissen der Kommunen Rechnung trägt. Erforderlich ist vielmehr ein kommunaler Entschuldungsfonds in Höhe von 100 Millionen Euro, um notleidenden Kommunen im ländlichen und strukturschwachen Raum zu helfen, ihre

Haushalte zu konsolidieren und sich wieder Spielraum für Investitionen zu verschaffen. Sie verweisen immer gerne auf andere Länder. Das tue ich jetzt auch. Andere Länder wie Hessen, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, das Saarland und selbst das von Ihnen immer wieder gescholtene Nordrhein-Westfalen haben längst entsprechende kommunale Entschuldungsprogramme aufgelegt. Es reicht nicht aus, allein die Staatsschulden zu tilgen, vielmehr halten wir es für dringend geboten, auch die kommunalen Schulden zu verringern und den Kommunen dabei zu helfen, die das aus eigener Kraft nicht leisten können.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Ich will noch auf einige weitere, meiner Meinung nach dringende Maßnahmen eingehen. In den bayerischen Kommunen besteht bei den kommunalen Gebäuden ein immenser Sanierungsbedarf. Die kommunale Finanzausstattung erlaubt es den Kommunen häufig nicht, energetische Sanierungsmaßnahmen durchzuführen. Wir wollten im neuen Doppelhaushalt hierfür einen neuen Titel mit jeweils 20 Millionen Euro; denn verstärkte energetische Sanierung kommunaler Gebäude senkt eben auch die versteckte Verschuldung.

Ein weiterer Bereich erfordert finanzielle Mittel in einer Größenordnung, die notleidende Gemeinden völlig überfordert. Damit meine ich die kommunalen Bäder. Laut Antwort der Staatsregierung auf eine aktuelle Anfrage unseres Fraktionsvorsitzenden sind 263 von insgesamt 889 öffentlichen Schwimmbädern in Bayern sanierungsbedürftig. Das sind 30 %, und 65 droht die Schließung. Daher fordern wir einen Härtefonds zur Sanierung kommunaler Bäder, wobei der Bewilligungsrahmen pro Haushaltsjahr 30 Millionen Euro betragen soll. Die staatliche Förderung muss dabei auch bis zu 100 % betragen können, sofern die betreffenden Kommunen keine Eigenmittel aufbringen können. Lieber Herr Kollege Winter, gerne werden wir mit Ihnen im nächsten und übernächsten Jahr dank staatlicher Hilfe wieder ein paar sanierte Bäder eröffnen.

Es ist auch gut, dass wir bei anderen Eröffnungen dabei sind. Schließlich wurden dafür Steuergelder verbaut und nicht Gelder aus der CSU-Parteikasse.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Zudem möchten wir die Schülerbeförderung zukunftsfähig machen und fordern die Erhöhung der Pauschalzuweisungen zu den Beförderungskosten der Schülerinnen und Schüler um 10 Millionen Euro. Wir wollen den ÖPNV interkommunal und intermodal optimieren. Dazu soll der Haushaltsansatz von 118,6 auf 130 Millionen Euro erhöht werden, um gebietskörperschaftsübergreifende Kooperationen und die Vernetzung von ÖPNV-Systemen zu erleichtern und die Verkehrsmittel für Nutzerinnen und Nutzer von Fahrrädern, insbesondere von Pedelecs, zu ertüchtigen.

Weil es bald Weihnachten ist und weil ich mich als Präsident eines großen Chorverbands besonders darüber freue, möchte ich mit etwas Positivem schließen: Wir begrüßen ausdrücklich die Erhöhung der Zuschüsse für die Lehrpersonalkosten an unseren Sing- und Musikschulen um 1,5 Millionen Euro. Dabei handelt es sich ebenfalls um Steuergelder und nicht etwa um Gelder aus der CSU-Kasse. Damit wird die Bedeutung dieser Einrichtungen, die bisher kein Bundespräsident zu würdigen vergessen hat, unterstrichen und anerkannt. Diese Erhöhung entspricht einer seit Jahren erhobenen Forderung der SPD-Fraktion und deckt sich exakt mit unserem zuletzt zum zweiten Nachtragshaushalt am 31. März gestellten Antrag, den Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, vor einem guten halben Jahr noch abgelehnt haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zwar ist es suboptimal, wenn unsere Anträge aktuell jeweils abgelehnt werden, aber letztlich ist es schon ein Erfolg unserer Arbeit, wenn ihnen dann, mit eigenem Etikett versehen und zeitlichem Verzug, doch noch gefolgt wird. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen frohe Weihnachten und ein glückliches Neues Jahr.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich das Wort Herrn Staatsminister Dr. Söder erteilen. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe jetzt noch 50 Minuten Zeit, um ausführlich auf alle Dinge einzugehen,

(Zuruf von den GRÜNEN: Wann sollen wir wiederkommen?)

zum Beispiel auf die Vergleiche mit der FDP, die Frau Stamm angestellt hat. Ich finde es spannend, wenn man sich hier im Landtag im selben Atemzug mit der FDP nennt. Es wären viele Dinge anzusprechen. Ich möchte Ihnen heute aber ein persönliches Weihnachtsgeschenk machen und es kurz halten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall)

Ich möchte nur noch zwei Dinge ansprechen, da sie mir persönlich wichtig sind.

Erstens. Herr Güller, zum Thema BayernLB: Wir haben Anfang des Jahres über die BayernLB gesprochen und sprechen Ende des Jahres über sie. Man muss schon eines festhalten: Anfang des Jahres hatten wir vier Risiken, die unwägbare waren und worüber wir uns große Sorgen gemacht haben. Wir wussten nicht: Bestehen wir den Stresstest der Europäischen Zentralbank? – Mission erfüllt; wir haben ihn bestanden. Wir waren tief verunsichert, was mit Ungarn werden wird, was mit der MKB werden wird. Es ist uns gelungen, das Thema MKB mit einem blauen Auge abzuschließen. Wir hatten für den nächsten Doppelhaushalt eine drohende Ausgabenbelastung von 400 Millionen Euro aus dem ABS-Portfolio. Dass wir das in der Summe sogar mit einem Gewinn für den Freistaat Bayern abschließen konnten, meine Damen und Herren, ist schon ganz ordentlich. Also: Von vier Risiken haben wir drei beseitigt. Dies lässt einen ein wenig ruhiger schlafen.

(Beifall bei der CSU)

Zum Thema Österreich möchte ich noch etwas anmerken. Ich glaube, wir befinden uns eigentlich gemeinsam auf demselben Weg. Ich habe immer betont: Die HGAA ist und bleibt der größte und schwerste wirtschaftspolitische Fehler der Nachkriegsgeschichte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, es wird aber nicht leichter und besser, wenn wir ständig Tränen vergießen und immer wieder darauf eingehen. Wir befinden uns in einer wirklich sehr, sehr ernst zu nehmenden Auseinandersetzung. Von der HGAA wären an die Landesbank 2,3 Milliarden Euro an Darlehen zu zahlen. Österreich hat vor Gericht erkennbarerweise Probleme. Vor Gericht hat man immer dann Probleme, wenn plötzlich Befangenheitsanträge gegen alle gestellt werden. Dies hat die HGAA gemacht. Als man gemerkt hat, dass es immer schwieriger wird, hat man sogar ein Gesetz beschlossen, das besagt, dass diese Schuld nicht mehr besteht. Wenn dies ginge, wäre dies übrigens ein relativ einfaches Mittel zur Schuldentilgung. Jeder, der Schulden hat, könnte einfach ein Gesetz machen und festschreiben, dass die Schulden nicht mehr existieren.

Die Auseinandersetzung wird noch sehr ernst werden. Herr Güller, zunächst einmal geht es für die Landesbank um Probleme. Diese können sich dann auf uns auswirken, wenn es an Zahlungen mangelt. Ich sage Ihnen aber schon eines: Wir dürfen an dieser Stelle nicht einfach nachgeben und Angst haben. Auch der Bayerische Landtag muss – ich glaube, das macht er auch – die Entschlossenheit zeigen, dass wir den Freunden in Österreich nicht durchgehen lassen, dass sie quasi per Gesetz den Verpflichtungen, die sie zu leisten haben, einfach entgehen, meine Damen und Herren. Dagegen muss man vorgehen.

(Beifall bei der CSU)

Der zweite Punkt betrifft die Kommunen und das FAG. Mit 8,3 Milliarden Euro handelt es sich wirklich um ein Rekord-FAG. Wir müssen vor allem in die Rechnung einbezie-

hen, was wir im Vergleich zu anderen Ländern zusätzlich machen. Ich nenne beispielsweise den Breitbandausbau. Von den derzeit im Investitionsplan zugesagten 2 Milliarden Euro für den nationalen Breitbandausbau zahlen wir 1,5 Milliarden Euro. Dies ist eine kommunale Zuschusssache, meine Damen und Herren. Das gibt es nirgendwo sonst in Deutschland. Ich darf sagen: Das ist exzellent.

(Beifall bei der CSU)

Ich nenne auch die außerordentlich schwierige, an sich von den Kommunen zu leistende Gemeinschaftsaufgabe Asyl. Wer unterstützt in Deutschland? Der Präsident des Deutschen Städtetages und auch der Präsident des Bayerischen Städtetages sagen, wenn man Bayern mit den anderen Bundesländern vergleicht, ist es überhaupt keine Frage, dass der Freistaat Bayern hinsichtlich Asyl für seine Kommunen Bestmögliches leistet. Meine Damen und Herren, das sollten Sie auch einmal anerkennen. Wir nehmen uns immer selbst in die Pflicht, obwohl wir rechtlich nicht verpflichtet wären, wenn es darum geht, Schutzpatron für unsere bayerischen Kommunen zu sein. Da lassen wir uns von niemandem übertreffen.

(Beifall bei der CSU)

Man muss ehrlicherweise sagen, dass wir einen Entschuldungsfonds haben, nämlich mit den Stabilisierungshilfen. Dieses von mir und von uns gemeinsam initiierte Projekt startete ursprünglich mit 20 Millionen Euro, stieg auf 100 Millionen Euro und dann auf 120 Millionen Euro, Tendenz steigend. Die Mittel dienen zwar besonders, aber nicht nur zur Entschuldung. Sie eröffnen sogar den kleinen, extrem strukturschwachen Gemeinden die Chance, nicht nur Schulden zu tilgen, sondern sogar Investitionen zu tätigen, um etwas aus der Krise herauszukommen. Wir haben 169 Gemeinden, Städte und Landkreise, die in der diesjährigen Runde davon profitiert haben. Meine Damen und Herren, nach Oberfranken gehen 50 %. Im Landkreis Wunsiedel gehen an die Stadt, die Gemeinden und den Landkreis insgesamt 20 Millionen Euro. Wenn jemand sagt, wir würden den Schwächsten nicht helfen, dann ist er, ehrlich gesagt, nicht fair,

meine Damen und Herren. Kein Bundesland versucht so sehr wie wir, seinen strukturschwachen Gemeinden zu helfen.

(Beifall bei der CSU)

Da Sie immer noch nicht klatschen, Herr Wengert, was ich nicht verstehe, will ich Ihnen noch eine Chance geben, Ihre Weihnachtswünsche mit einem Weihnachtsklatschen zu verbinden. Ich möchte aus einem Brief zitieren. In dem Brief steht die ausdrückliche Erlaubnis, dass ich dies machen darf. Er stammt von jemandem, der nicht der parteipolitischen Familie der CSU angehört, ist also keiner, der loben müsste – das machen sie sowieso nicht.

(Zuruf von der SPD)

Dieser Kommunalpolitiker schreibt über die Zuweisungen der Stabilisierungshilfen: Bemerkenswert ist die Großzügigkeit des Freistaats Bayern bei den Stabilisierungshilfen.

(Zuruf von der SPD)

– Zuhören. Er schreibt weiter: Für uns ist es Ansporn, diese Hilfen zur Schuldentilgung einzusetzen und weiterhin auf Sparkurs zu bleiben. Vielen Dank für so viel wohlwollende Unterstützung. Herzliche Grüße, Dr. Thomas Jung, Oberbürgermeister der Stadt Fürth. - Jetzt müssten Sie einmal klatschen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU)

Ich habe noch 43 Minuten und 15 Sekunden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Herr Dr. Jung ist der Ironie zugänglich! Das muss man auch einmal sehen!)

Nachdem aber alle zum Abstimmen da sind, möchte ich einen letzten Dank für viele gute und kluge Bemerkungen loswerden, für die besonders klugen Bemerkungen des

Kollegen Winter, des Kollegen Bachhuber und des Kollegen Herold. Ein herzliches Dankeschön!

Ich bedanke mich für die gute und kritische Zusammenarbeit. Normalerweise gibt es zum Schluss auch Weihnachtsgebete. Eines meiner Lieblingsgebete möchte ich zum Schluss vortragen – dies sollte auch für lange Debatten gelten. Es heißt: Lieber Gott, mach flott!

Insofern, meine sehr verehrten Damen und Herren, danke ich Ihnen ganz herzlich für die Zusammenarbeit. Ich glaube, wir leisten heute einen herausragenden Beitrag zur bayerischen Nachkriegsgeschichte. Dies ist wieder einmal ein historischer Moment in der europäischen Entwicklung.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wie sonst?)

Diesen sollten wir uns merken. Vielen Dank, alles Gute und gemeinsam viel Erfolg!

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister Dr. Söder, vor allen Dingen auch für die Zeit, die Sie uns geschenkt haben. Wie flott ich die Abstimmung vornehmen kann, liegt an Ihnen, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

Ich darf zunächst das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Einzelplan 06 bekannt geben. Diese Bekanntgabe stand ja noch aus. Mit Ja haben 84 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 64 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Einzelplan 06 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 10)

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge,

soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 11)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium für Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, SPD, FDP,

(Allgemeine Heiterkeit)

FREIE WÄHLER, Entschuldigung. Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/4430 verweise ich darauf, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3382 und 3383 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 06 ist damit abgeschlossen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung zu den Tagesordnungspunkten 22 bis 24. Hier werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt. Ich lasse zunächst über das Finanzausgleichsänderungsgesetz 2015 abstimmen. Das ist der Tagesordnungspunkt 22. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf der Drucksache 17/2870, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/4258 und 17/4383 mit 17/4385 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/4667 zugrunde.

Vorweg lasse ich über die vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/4258 und 17/4383 bis 17/4385 abstimmen.

Besteht damit Einverständnis, dass wir zunächst, wie von der Fraktion der FREIEN WÄHLER beantragt, in einfacher Form über den Änderungsantrag auf der Drucksache 17/4383 abstimmen und dass anschließend über die weiteren Änderungsanträge unter Zugrundelegung des Votums des federführenden Ausschusses insgesamt abgestimmt werden kann? Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann lasse ich so abstimmen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem FREIEN WÄHLER-Änderungsantrag auf der Drucksache 17/4383 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – CSU. Stimmenthaltungen? – SPD und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wer hinsichtlich der übrigen Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/4258 und 17/4384 und 17/4385 mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem Abstimmungsverhalten seiner Fraktion im jeweils federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das einstimmig so beschlossen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten, das heißt, die Änderungsanträge sind abgelehnt.

Den Gesetzentwurf empfiehlt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Annahme mit der Maßgabe von Änderungen. Im Einzelnen verweise ich auf die Drucksache 17/4667. Wer dem Gesetzentwurf mit diesen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht. Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des federführenden Ausschusses seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Danke schön. CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte. – SPD, FREIE WÄHLER, Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist das Gesetz angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2015)".

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, jetzt bitte ich weiter um Aufmerksamkeit, damit man nach Möglichkeit nur einmal abstimmt.

(Allgemeine Heiterkeit)

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 13. Das ist der Tagesordnungspunkt 23. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2015/2016, Einzelplan 13, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/4263 mit 17/4276, 17/4335 mit 17/4348 und 17/4369 mit 17/4377 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/4606.

Zunächst lasse ich, wie bereits zu Beginn der Beratung angekündigt, über den Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion auf der Drucksache 17/4377 in namentlicher Form abstimmen. Für die Stimmabgabe sind die Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals und auf dem Stenografentisch bereitgestellt. Besteht Einverständnis, dass ich drei Minuten sage? – Danke schön. Bitte, drei Minuten!

(Namentliche Abstimmung von 18.28 bis 18.31 Uhr)

Meine Damen und Herren, die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung und bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen. Ich bitte wieder Platz zu nehmen, damit wir im Abstimmungsverfahren weitermachen können. - Meine Damen und Herren, ich kann erst abstimmen lassen, wenn alle ihren Platz wieder eingenommen haben.

Kolleginnen und Kollegen, wir führen zwischenzeitlich die beiden von der Fraktion der FREIEN WÄHLER beantragten Einzelabstimmungen in einfacher Form über die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/4338 und 17/4344 durch. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Änderungsanträge zur Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/4338 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen? – CSU und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Die SPD-Fraktion. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/4344 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die FREIEN WÄHLER und die SPD-Fraktion. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – CSU. Stimmenthaltungen? – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

Ich unterbreche nun kurz, bis das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmung vorliegt. Ich bitte Sie, solange auf Ihren Plätzen zu bleiben.

(Unterbrechung von 18.33 bis 18.34 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich gebe nun das Ergebnis der durchgeführten namentlichen Abstimmung bekannt. Es handelt sich um den Änderungsantrag der SPD betreffend "Härtefonds zur Sanierung kommunaler Bäder", Drucksache 17/4377. Mit Ja

haben 38 gestimmt, mit Nein 86, Stimmenthaltungen: 11. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 12)

Der Einzelplan 13 wird vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/4606 aufgeführten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 13 entsprechend dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktion der CSU. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – SPD-Fraktion, Fraktion der FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 13 mit den vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge – soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist – als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 13)

Außerdem schlägt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen in seiner Beschlussempfehlung noch verschiedene Ermächtigungen des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat vor. Im Einzelnen verweise ich wiederum auf die Drucksache 17/4606. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktion der CSU. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist das so beschlossen.

Die Beratung des Einzelplanes 13 ist abgeschlossen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Entwurf des Haushaltsgesetzes 2015/2016, Tagesordnungspunkt 24. Der Abstimmung liegen die Regierungsvorlage auf Drucksache 17/2871, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3710,

17/4158, 17/4259 und 17/4378 mit 17/4382 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/4669 zugrunde.

Vorweg lasse ich über die vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/4259 und 17/4378 mit 17/4382 abstimmen.

Besteht damit Einverständnis, dass wir zunächst, wie von der Fraktion der FREIEN WÄHLER beantragt, in einfacher Form über den Änderungsantrag auf Drucksache 17/4381 abstimmen und dass anschließend über die weiteren Änderungsanträge unter Zugrundelegung des Votums des federführenden Ausschusses insgesamt abgestimmt werden kann? – Ich höre keinen Widerspruch. Ich lasse so abstimmen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag auf Drucksache 17/4381 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Fraktionen der SPD und der FREIEN WÄHLER. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wer hinsichtlich der übrigen Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/4259, 17/4378 mit 17/4380 sowie 17/4382 mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem Abstimmungsverhalten seiner Fraktion im jeweils federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die CSU-Fraktion. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die Fraktionen der SPD, FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten, und die Änderungsanträge sind abgelehnt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, zum Gesetzentwurf empfiehlt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen Zustimmung mit der Maßgabe verschiedener Änderungen. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 17/4669.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des federführenden Ausschusses seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Danke. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des federführenden Ausschusses seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das Gesetz angenommen. Es ist sozusagen ein Weihnachtsgeschenk der CSU-Fraktion, dass keine namentliche Abstimmung beantragt wurde.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Kreuzer, wir danken dir! – Thomas Kreuzer (CSU): Der Zellmeier war's. Der hat die ganzen Namentlichen beantragt!)

Das Gesetz, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, ist somit angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 (Haushaltsgesetz 2015/2016)".

Mit der Annahme des Gesetzentwurfs in der soeben beschlossenen Fassung haben die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3710 und 17/4158 ihre Erledigung gefunden. Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage herzlichen Dank an das Hohe Haus. Damit sind die Haushaltsberatungen abgeschlossen.

(Zuruf von der CSU: Bravo!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf ein ganz herzliches Dankeschön zum Ausdruck bringen, nachdem wir uns jetzt in einer guten Gemeinsamkeit noch einige Minuten aufhalten. Ich danke herzlich für die intensiven Beratungen in den vergangenen Wochen im Haushaltsausschuss und in den zurückliegenden Tagen hier im Plenum. Ich danke den Mitgliedern des Haushaltsausschusses, besonders dem Vorsitzenden Peter Winter und dem stellvertretenden Vorsitzenden Volkmar Halbleib. Vielen Dank, lieber Herr Vorsitzender Winter, vielen Dank, Herr Kollege Halbleib.

(Allgemeiner Beifall)

Ich danke auch den Berichterstatte(r)innen und Berichterstatte(r)n. Es war wirklich eine großartige Arbeit, die da geleistet worden ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf nur daran erinnern - diejenigen, die dem Hause länger angehören, wissen es -, dass es nicht unbedingt Tradition gewesen ist, dass der Haushalt noch beschlossen worden ist, bevor er im Grunde genommen in Kraft tritt. Dass wir zum Ende des Jahres den Haushalt 2015/2016 beschlossen haben, zeigt, dass dieses Hohe Haus diese besondere Herausforderung angenommen hat. Das ist keine Selbstverständlichkeit.

Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses für die intensive Arbeit, die hier im Bayerischen Landtag geleistet worden ist. Vielleicht können wir uns in Zukunft darauf verständigen, dass hier alle Kolleginnen und Kollegen ihr Bestes geben, einmal was die Arbeit hier im Hause betrifft, und zum anderen was die Arbeit in ihren Stimmkreisen und Wahlkreisen angeht. Alle nehmen ihre Verantwortung und ihre Aufgabe ernst. Ich danke allen dafür, vor allen Dingen auch unseren neuen Kolleginnen und Kollegen, die jetzt ein Jahr diesem Hohen Hause angehören. Wir meinen, sie würden schon sehr viel länger dazugehören. Vor allem euch auch vielen Dank.

(Beifall bei der CSU, der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden hier im Bayerischen Landtag von den Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommen. Das darf ich an einigen Zahlen deutlich machen. Ich nenne nur die Zugriffszahlen auf die Internetseite des Landtags. Rund 4.400 Bürgerinnen und Bürger greifen täglich auf unsere Webseite zu. Das sind im Übrigen täglich 500 mehr als im Jahre 2009. Da soll uns noch jemand sagen, dass man kein Interesse hat und dass man nicht ernst nimmt, was im Bayerischen Landtag geleistet wird. Wenn ich alleine daran denke, wie hoch die Anzahl der Petitionen ist, wird das offenkundig. Wir haben im Jahr 2014 bereits 1.900 Petitionen, die im Landtag von Bürgerinnen und Bürgern eingegangen sind, die sich mit ihren Anliegen an uns gewandt haben. Ich will damit zum Ausdruck bringen, dass es an uns selbst liegt, was wir hier aus unserer Arbeit machen. Dieses Selbstbewusstsein sollten wir mit in das nächste Jahr nehmen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 11.12.2014 zu Tagesordnungspunkt 23: Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Günther Knoblauch u. a. SPD; Haushaltsplan 2015/2016; hier: Härtefonds zur Sanierung kommunaler Bäder (Kap. 13 10 neuer Tit.) (Drucksache 17/4377)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst			
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete			X
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin			
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina			
Felbinger Günther			
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus			X
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas			X
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			X
Gottstein Eva			
Güll Martin			
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine			
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			X
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.			
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold			
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine			
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian			X
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen			X
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander			
Neumeyer Martin			
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			X
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris			
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard			
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz			
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			X
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold			
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayer Simone			
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	38	86	11

Mitteilung

zu den Tagesordnungspunkten 22 bis 24

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge

- I. zum Finanzausgleichsänderungsgesetz 2015
(Drs. 17/2870)
- II. zum Einzelplan 13 und
(17/4606)
- III. zum Haushaltsgesetz 2015/2016
(Drs. 17/2871)

I. Finanzausgleichsänderungsgesetz 2015 (Drs. 17/2870)

- 1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Finanzausgleichsänderungsgesetz 2015 (Drs. 17/2870)
Drs. 17/4258
- 2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Finanzausgleichsänderungsgesetz 2015 (Drs. 17/2870)
Drs. 17/4383
- 3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Finanzausgleichsänderungsgesetz 2015 (Drs. 17/2870)
Drs. 17/4384
- 4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Finanzausgleichsänderungsgesetz 2015 (Drs. 17/2870)
Drs. 17/4385

II. Einzelplan 13 (Drs. 17/4606)

- 1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Kein Ausbau des Frankenschnellwegs in Nürnberg
(Kap. 13 03 Tit. 883 05)
Drs. 17/4263
- 2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2015/2016;
hier: so genannte „Fraktionsreserve“ streichen
(Kap. 13 03 Tit. 893 06)
Drs. 17/4264
- 3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Keine weiteren Zuschüsse an die Forschungsstiftung
(Kap. 13 03 Tit. 894 07)
Drs. 17/4265

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Flughafen München GmbH: Darlehen zurückfordern
(Kap. 13 06 Tit. 181 03)
Drs. 17/4266
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Kommunaler Finanzausgleich: Entnahme kommunale Sonderbaulast aus den Verbundmitteln unterbleibt
(Kap. 13 10 Tit. 883 01 und 883 03)
Drs. 17/4267
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Umschichtung der Entflechtungsmittel zugunsten des ÖPNV
(Kap. 13 10 Tit. 883 08 und Tit. 883 09)
Drs. 17/4268
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Energiewende auch im Wärmebereich: Unterstützung der Kommunen bei der energetischen Sanierung kommunaler Gebäude
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/4269
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderprogramm Energieagenturen
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/4270
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Kommunale/r Klimaschutzmanager/in
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/4271
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderprogramm barrierefreie Kommunen
(Kap 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/4272
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhöhung der Schlüsselzuweisungen
(Kap. 13 10 Tit. 613 01)
Drs. 17/4273
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016,
hier: Krankenhausinvestitionskosten
(Kap. 13 10 Tit. 891 71 und 891 72)
Drs. 17/4274
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Kein Ausbau des Flughafens Memmingen
(Kap. 13 12 TG 97)
Drs. 17/4275
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Pensionsfonds aufstocken – versteckte Verschuldung abbauen
(Kap. 13 06 Tit. 325 51 und Kap. 13 20 Tit. 919 61)
Drs. 17/4276
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Gesundheitsmanagement
(Kap. 13 03 neuer Tit.)
Drs. 17/4335

- | | |
|--|---|
| <p>16. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verbessertes Bayerisches Modernisierungsprogramm finanziell ermöglichen
(Kap. 13 03 neuer Tit.)
Drs. 17/4336</p> <p>17. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Bauunterhalt
(Kap. 13 03 neuer Tit.)
Drs. 17/4337</p> <p>18. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Schlüsselzuweisungen
(Kap. 13 10 Tit. 613 01)
Drs. 17/4338</p> <p>19. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Finanzzuweisungen nach Art. 7 FAG
(Kap. 13 10 Tit. 613 04)
Drs. 17/4339</p> <p>20. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Schülerbeförderung
(Kap. 13 10 Tit. 633 01)
Drs. 17/4340</p> <p>21. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Überlassung von Mitteln aus dem Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund für den kommunalen Straßenbau
(Kap. 13 10 Tit. 883 03)
Drs. 17/4341</p> | <p>22. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Kommunaler Schulbau
(Kap. 13 10 Tit. 883 11)
Drs. 17/4342</p> <p>23. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderprogramm für die energetische Sanierung kommunaler Gebäude
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/4343</p> <p>24. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Sanierung von Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/4344</p> <p>25. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Investitionskosten kommunale Krankenhäuser
(Kap. 13 10 TG 71 und TG 72)
Drs. 17/4345</p> <p>26. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Leistungen nach dem ÖPNV-Gesetz
(Kap. 13 10 TG 81)
Drs. 17/4346</p> <p>27. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Sonderinvestitionsprogramm für den Erhalt und gegebenenfalls Neubau kommunaler Schulschwimmbäder
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/4347</p> |
|--|---|

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Pensionsfonds
(Kap. 80 46 Tit. 359 01)
Drs. 17/4348
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Harald Güller u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Steuermehreinnahmen im Staatshaushalt durch bessere Personalausstattung in der Steuerverwaltung
(Kap. 13 01)
Drs. 17/4369
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Streichung der Mittel
(Kap. 13 03 Tit. 893 06)
Drs. 17/4370
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Rückforderung von Flughafendarlehen
(Kap. 13 06 neuer Tit.)
Drs. 17/4371
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Entschuldungsfonds für Kommunen zusätzlich zu den Bedarfszuweisungen/Konsolidierungshilfen
(Kap. 13 10 Tit. 613 31)
Drs. 17/4372
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Bernhard Roos, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Schülerbeförderung zukunftsfähig machen
(Kap. 13 10 Tit. 633 01)
Drs. 17/4373

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Sonstige Leistungen nach dem Krankenhausgesetz
(Kap. 13 10 TG 72)
Drs. 17/4374
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Bernhard Roos, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: ÖPNV interkommunal und intermodal optimieren
(Kap. 13 10 TG 81)
Drs. 17/4375
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Energieeffizienz im Wärmebereich – Energetische Sanierung kommunaler Gebäude
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/4376
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Härtefonds zur Sanierung kommunaler Bäder
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/4377

III. Haushaltsgesetz 2015/2016 (Drs. 17/2871)

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2015/2016
(Drs. 17/2871)
Drs. 17/4259
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Horst Arnold u.a. SPD zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2015/2016
(Drs. 17/2871)
Drs. 17/4378

- | | |
|---|--|
| <p>3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2015/2016
(Drs. 17/2871)
hier: Wegfall des Stelleneinzugs nach Art. 6b HG
Drs. 17/4379</p> <p>4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2015/2016
(Drs. 17/2871)
hier: Haushaltspolitik stärker auf Regionen ausrichten
Drs. 17/4380</p> | <p>5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2015/2016
(Drs. 17/2871)
hier: Übernahme rechtskräftig festgestellter Schmerzensgeldansprüche
Drs. 17/4381</p> <p>6. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2015/2016
(Drs. 17/2871)
hier: Änderung des Bayerischen Reisekostengesetzes
Drs. 17/4382</p> |
|---|--|

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Hans Herold

Abg. Florian von Brunn

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Alexander Muthmann

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Thomas Mütze

Staatsminister Dr. Markus Söder

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Wir fahren in der Tagesordnung mit dem **Tagesordnungspunkt 21** fort:

Haushaltsplan 2015/2016

Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 17/3382 und 17/3383)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 17/3338 mit 17/3341 und 17/3510)

Änderungsantrag von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER (Drs. 17/3325)

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 17/3397 mit 17/3399)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von einer Stunde und 30 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 25 Minuten, auf die SPD-Fraktion 16 Minuten sowie auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN jeweils 12 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion; die Staatsregierung kann deshalb bis zu 25 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Herold. Bitte sehr.

Hans Herold (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muss ganz ehrlich sagen, es gibt für mich fast nichts Schöneres, als heute den Einzelplan 06 des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat vorstellen zu dürfen. Deswegen richte ich gleich zu Beginn meiner Rede ein ganz besonderes Dankeschön an un-

seren bayerischen Finanzminister Dr. Markus Söder für seine großartige und zukunftsweisende Arbeit.

(Beifall bei der CSU)

Finanzminister Dr. Markus Söder hat gemeinsam mit uns, der CSU-Fraktion, lieber Thomas Kreuzer und lieber Peter Winter, wieder einen Doppelhaushalt ausgearbeitet, der nach meiner Ansicht in Deutschland und in Europa seinesgleichen sucht. Dafür ein herzliches Dankeschön.

Ich habe gestern in der "Augsburger Allgemeinen" einen sehr interessanten Kommentar von Uli Bachmeier mit der Überschrift "Bayern glänzt – im Moment" gelesen, wobei ich hinzufüge: auch in Zukunft. Ich zitiere:

Der Freistaat Bayern lässt mit seinem Doppelhaushalt alle anderen Länder in Deutschland hinter sich. Der Staat ist solide finanziert. Das Wachstum der Ausgaben ist begrenzt. Schulden werden getilgt. Kurz gesagt: Bayern glänzt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Nur die Zeitung vorlesen!)

Ich kann diesen Kommentar nur unterstreichen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte gleich zu Beginn meiner Rede einige wichtige Botschaften zum Doppelhaushalt 2015/2016 herausstellen, basierend auf dem Top-Rating AAA: Erstens, zum elften und zwölften Mal keine neuen Schulden,

zweitens, massive Schuldenrückzahlung,

drittens, höchste Investitionen in Bildung, Familie, Wissenschaft und Innovationen,

viertens, hohe investive Quote von 12 % – zum Vergleich: Baden-Württemberg 9,8 % und Nordrhein-Westfalen 9,1 % –,

fünftens, Stabilisierung der Personalquote, aber gleichzeitig mehr Stellen in wichtigen Bereichen, zum Beispiel im Bildungsbereich, bei der Polizei, bei der Justiz sowie bei der Steuer- und Finanzverwaltung,

sechstens, ein grandioser kommunaler Finanzausgleich – das sage ich auch als Kommunalpolitiker, als Kreisrat und stellvertretender Landrat – in Höhe von 8,3 Milliarden Euro im Jahr 2015 – dafür eine hohe Anerkennung unserem Finanzminister Dr. Markus Söder –,

siebtens, Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen – Stichwort intensive Breitbandförderung, zum Beispiel 1,5 Milliarden Euro, wie Sie alle wissen –, und

achtens, Übernahme des Tarifabschlusses für unsere tüchtigen Beamtinnen und Beamten – das ist ein ganz wichtiger Hinweis, liebe Ingrid Heckner – im Unterschied zu Nordrhein-Westfalen. Das haben unsere tüchtigen Beamtinnen und Beamten in Bayern auch verdient.

Ich möchte in den Dank an das Finanzministerium natürlich auch unsere beiden Staatssekretäre Albert Füracker und Johannes Hintersberger einbeziehen. Ich bedanke mich aber auch ganz, ganz herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem Finanzministerium, von denen wir immer wieder beraten, unterstützt und betreut werden. Ein ganz besonderes Dankeschön, meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich auch an die tüchtigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der bayerischen Finanz- und Steuerverwaltung. Sie sind die besten in Deutschland, und diese Auffassung kann man auch begründen.

Bayern nimmt bei Effizienz und Prüfungsmehrergebnis im Ländervergleich den Spitzenplatz 1 ein. Der Bundesdurchschnitt beim Mehrergebnis pro Prüfer beläuft sich auf 1,2 Millionen Euro, bei den Bayern auf 1,4 Millionen Euro. Das sind 200.000 Euro mehr, meine sehr verehrten Damen und Herren, bei den Beamtinnen und Beamten des Freistaates Bayern.

Ich sage auch, dass der Freistaat Bayern in Deutschland das Land mit den solidesten und stabilsten Haushalts- und Finanzstrukturen ist. In den Diskussionen der letzten Tage wurde auch ganz klar herausgearbeitet, dass wir in allen Bereichen, egal, ob in der Wirtschaft, bei der Beschäftigung, in der Bildung, bei den Finanzen oder den Innovationen, die Nummer 1 in Deutschland sind. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist natürlich auch ein Erfolg unserer fleißigen Bürgerinnen und Bürger und unserer tüchtigen Unternehmerinnen und Unternehmer. Deswegen sage ich an dieser Stelle auch ein herzliches Dankeschön an die Bürgerinnen und Bürger des Freistaats Bayern für die großartige Arbeit, die sie leisten.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage aber auch, dass wir beispielhaft sind. Das gilt insbesondere im Hinblick auf das Ehrenamt. Auch darauf ist zurückzuführen, dass wir im Freistaat Bayern so erfolgreich sind. Das ist aber auch ein großes Verdienst der von der CSU-Fraktion getragenen Staatsregierung.

Frau Ministerin Ilse Aigner hat am Dienstag gesagt: Bayern ist das Land der Möglichkeiten. Ich setze noch ein Wort drauf: Bayern ist das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Die vielen Menschen, die zu uns nach Bayern kommen, kommen zu uns – lieber Herr Kollege Halbleib, ich weiß, dass Ihnen das nicht gefällt, das verursacht Ihnen Schmerzen, aber ich kann Ihnen diese Schmerzen heute leider nicht ersparen -, weil sie bei uns in Bayern die besten Perspektiven haben.

(Beifall bei der CSU)

Kein anderes Land in Deutschland zahlt 5 Milliarden Euro in den Länderfinanzausgleich und kann gleichzeitig massiv Schulden tilgen. Das ist einmalig in Deutschland und einmalig in Europa. Ich kann nur die Aussage unseres Ministerpräsidenten Horst Seehofer unterstreichen. Er hat gesagt: Das ist der beste Haushalt aller Zeiten.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Das war er letztes Jahr auch schon!)

- Das stimmt, lieber Harry Scheuenstuhl, da kann ich dir nur beipflichten. Im letzten Jahrzehnt hatten wir immer die besten Haushalte in ganz Deutschland.

Das zieht sich bei uns wie ein roter Faden durch, weil wir entsprechende Leitlinien haben. Ich sage das auch ganz bewusst als ehemaliger Bürgermeister: Bei uns werden auch weiterhin die Einnahmen die Ausgaben bestimmen. Das bedeutet konkret: Wir geben nur das Geld aus, das wir auch vorher erwirtschaftet haben. Bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition – ich muss Ihnen das leider sagen, weil ich auch mitbekomme, welche Anträge Sie ständig stellen –, ist es genau anders herum: Bei Ihnen bestimmen die Ausgaben die Einnahmen. Das bedeutet Schuldenmacherei. Ich kann das auch anhand von Beispielen aus Nordrhein-Westfalen oder Baden-Württemberg belegen: Trotz Rekordsteuereinnahmen und Rekordniedrigzinsen ist in diesen beiden Bundesländern – rot-grün oder grün-rot – eine Neuverschuldung nötig. Hören Sie bitte bei folgendem Vergleich gut zu: Im allgemeinen Haushalt liegt die Schuldenlast Bayerns unter 20 Milliarden Euro. Im Land der Schuldenkönigin Hannelore Kraft gibt es eine Neukreditaufnahme von 3,3 Milliarden Euro. Das heißt konkret: NRW hat zurzeit eine Schuldenlast von 190 Milliarden Euro. Das ist fast zehnmal so viel wie im Freistaat Bayern.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Hans Herold (CSU): Später. Wir können später gerne noch gemeinsam diskutieren. Ich weiß schon, was Sie alles bringen, nämlich Landesbank, Rücklagen, Beamtenstellen und und und. Das machen wir aber bitte später am Ende meiner Rede.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Diese unverantwortliche Schuldenpolitik muss uns mit Sorge erfüllen. Das gilt auch für uns in Bayern. Ich denke gerne an das Zitat von Dr. Markus Söder vor einiger Zeit zurück. Er hat an dieser Stelle gesagt: Wenn das ehemals stärkste und bevölkerungsreichste Bundesland in Deutschland sagt, dass es trotz Rekordeinnahmen und Rekordniedrigzinsen ohne Finanzhilfen nicht mehr leben kann, dann ist damit die finanzielle Symmetrie in ganz Deutschland gefährdet. Deswe-

gen unser Rat von der Staatsregierung und der Mehrheitsfraktion: Wir brauchen mehr Bayern in der Finanzpolitik der deutschen Bundesländer.

(Beifall bei der CSU)

Es sage Ihnen auch, wie nachhaltige bayerische Finanzpolitik aussieht: Wir tilgen weitere Schulden, insgesamt 1,05 Milliarden Euro im Doppelhaushalt 2015/2016. Bis zum Jahr 2016 werden wir dann innerhalb von fünf Jahren 3,6 Milliarden Euro Schulden getilgt haben. Das sind 16 % der Gesamtschulden des Freistaats Bayern im gesamten Haushalt. Nennen Sie mir ein Bundesland in Deutschland, das eine solche Leistung erbringen kann.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den GRÜNEN)

- Lieber Thomas Mütze, den Einwand kenne ich. Den hast Du schon tausendmal gebracht, und zwar sowohl im Ausschuss als auch im Plenum. - Bei dieser seriösen Finanzpolitik müssen und werden wir weiterhin Vorbild in Deutschland und Europa bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Mit diesem kontinuierlichen Schuldenabbau können wir es schaffen, als erstes Land in Deutschland bis zum Jahr 2030 schuldenfrei zu sein. Dies ist auch im Interesse der jungen Generation.

(Beifall bei der CSU)

Ich darf Ihnen noch ein Zitat des Präsidenten des Obersten Rechnungshofs Dr. Heinz Fischer-Heidlberger bringen. Er hat vor einiger Zeit gesagt – passen Sie gut auf, es ist ganz wichtig -: Der weitere Abbau von Staatsschulden wird ausdrücklich von uns begrüßt. Der bayerische Kurs ist ein Kurs, der Bayern deutschlandweit zu einem Vorbild für solide Finanzpolitik hat werden lassen. – Ich glaube, ein größeres Lob kann man

nicht bekommen als diese Aussage des Präsidenten des Bayerischen Obersten Rechnungshofs.

Wir stehen weiterhin vor großen Herausforderungen. Ich sage aber auch: Trotz Länderfinanzausgleich in Höhe von über 5 Milliarden Euro, trotz höchstem kommunalen Länderfinanzausgleich 2015 in Höhe von 8,3 Milliarden Euro, trotz Investitionen im Umfang von circa 20 Milliarden Euro in Familie, Bildung und Innovationen bewältigen wir weiterhin große Herausforderungen bereits zum elften und zwölften Male mit einem ausgeglichenen Haushalt.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich bin sehr stolz, dass wir diese großen Herausforderungen, insbesondere bei der Asylpolitik und angesichts der Flüchtlingssituation, ohne Neuverschuldung bewältigen können. Auf diesem Gebiet stellen wir eine Summe von quasi einer Milliarde Euro im Doppelhaushalt zur Verfügung.

Die Aufgaben des Finanzministeriums sind, wie der Einzelplan 06 zeigt, sehr personalintensiv. Die Personalausgabenquote liegt über 70 %. Dies ist ein wichtiger Punkt bei der Ausgabenstruktur. Mit diesen Mitteln werden circa 27.600 Stellen finanziert, davon über 71 %, das heißt rund 19.700, in der Steuerverwaltung. Weitere personelle Schwerpunkte sind die Staatsfinanzverwaltung, die Schlösserverwaltung und auch das Landesamt für Finanzen mit über 3.300 Stellen. Das gilt natürlich auch für die Vermessungsverwaltung, die für uns, insbesondere für den ländlichen Raum, ganz wichtig ist. Sie umfasst rund 3.500 Stellen.

Zu den Einnahmen ganz kurz ein paar wesentliche Punkte, zunächst der Hinweis, dass 115 Millionen Euro an Säumnis- und Verspätungszuschlägen erhoben werden. Die Gebühren bei den Finanzämtern belaufen sich auf circa 9,5 Millionen Euro. Wir haben auch eine sehr positive Entwicklung, die mich persönlich sehr freut, bei der Schlösserverwaltung. Die Eintrittsgelder steigen auf 23,4 Millionen Euro. Eine positive

Entwicklung ergibt sich auch bei den Einnahmen der Vermessungsverwaltung mit 104,8 Millionen Euro.

Ich sage aber auch: Für uns ist es immer wieder wichtig, kontinuierlich für eine Verbesserung der Personalausstattung bei der Finanz- und Steuerverwaltung zu sorgen. Hierzu konnte man in den letzten Jahren einiges vorweisen. Insgesamt sind im Doppelhaushalt 2015/2016 rund 700 neue Planstellen und andere Stellen vorgesehen. Unsere Steuerverwaltung wird mit 15 neuen Planstellen und – sage und schreibe – 530 neuen Anwärterstellen gestärkt. 90 neue Anwärterstellen sind dem Bereich der Vermessungsverwaltung zuzuordnen. 19 Planstellen und 39 Anwärterstellen sind im Landesamt für Finanzen und 5 Planstellen in der Schlösserverwaltung vorgesehen. Eine Stellenhebung gab es für die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das heißt konkret, dass derzeit insgesamt 2.000 junge Anwärtinnen und Anwärter eine Ausbildung an der Finanzschule in Ansbach oder ein Studium an den Fachhochschulen in Herrsching oder Kaufbeuren absolvieren. Das ist ein gutes Zeichen gerade auch für die Stellensituation in unserer Steuerverwaltung und in der Finanzverwaltung.

(Beifall bei der CSU)

Im Doppelhaushalt 2015/2016 sind insgesamt 7.680 Stellenhebungen vorgesehen. Liebe Kollegin Ingrid Heckner, ich möchte mich auch bei dir bedanken. Das möchte ich ganz ausdrücklich betonen. Seit dem Doppelhaushalt 2009/2010 wurden 50.000 zusätzliche Beförderungen unserer Beamtinnen und unserer Beamten ausgesprochen.

(Beifall bei der CSU)

Ein weiterer großer Ausgabeschwerpunkt ist insbesondere die Breitbandförderung. Als Vertreter des ländlichen Raumes bin ich unserem Finanzminister und meiner Fraktion sehr dankbar dafür – das muss ich ganz ehrlich sagen –, dass richtig viel Geld, nämlich 1,5 Milliarden Euro, in die Hand genommen wird, um gleichwertige Lebensbedin-

gungen im ländlichen Raum herzustellen. Die Ansätze für die Breitbandförderung, deren Fördersätze und Förderhöchstbeträge im Jahr 2014 deutlich angehoben wurden, werden für 2015 um 100 Millionen Euro auf 150 Millionen Euro und im Jahr 2016 noch einmal um 50 Millionen Euro auf 200 Millionen Euro erhöht. Die Verpflichtungsermächtigung beläuft sich, wie bereits im Jahr 2014, auf 400 Millionen Euro für jedes Haushaltsjahr. Meine Damen und Herren, als Vertreter des ländlichen Raumes sage ich Ihnen: Mein Stimmkreis – die Landkreise Fürth und Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim – umfasst insgesamt 49 Städte und Gemeinden. Wir erhalten insbesondere für den Landkreis Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim eine starke Förderung zwischen 80 % und 90 %. Im Landkreis Fürth ist die Förderung aufgrund der wirtschaftlichen Stärke etwas niedriger. Ich danke der Staatsregierung herzlich für dieses wunderbare Breitbandförderprogramm.

(Beifall bei der CSU)

Erlauben Sie mir, noch ein Wort zur Schlösserverwaltung zu sagen. Der Sachaufwand der Schlösserverwaltung steigt im Haushaltsjahr 2015 auf 22 Millionen Euro und im Jahr 2016 noch einmal um 0,7 Millionen Euro auf 22,7 Millionen Euro. Damit sollen neue Ausstellungen ermöglicht werden, um die Attraktivität unserer Schlösser weiter zu steigern. Dazu zählt insbesondere die Sonderausstellung im Schloss Neuburg zur Ottheinrich-Bibel und – das freut mich persönlich sehr – der Ausbau und die Einrichtung der Cadolzburg zu einem Burg-Erlebnismuseum. Das kann aus diesen Mitteln finanziert werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich sind der ländliche Raum und die ländliche Entwicklung sehr wichtig. Hierfür sind entsprechende Mittel in Höhe von 10 Millionen Euro vorgesehen. Ich bin sehr dankbar dafür, dass im Rahmen der kürzlich vorgetragenen Regierungserklärung von Dr. Markus Söder Entscheidungen, beispielsweise zur weiteren Stärkung des ländlichen Raumes, verkündet wurden. Dazu zählen die Schaffung von IT-Zentren und Bayern-Labs im gesamten Freistaat Bayern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch der staatliche Hochbau im Einzelplan 06 ist meiner Ansicht nach mit insgesamt 105 Millionen Euro gut ausgestattet. Als Leuchttürme in der Schlösserverwaltung darf ich insbesondere erwähnen die Generalsanierungen der Festung Marienberg in Würzburg, des Schlosses Johannisburg in Aschaffenburg, des Markgräflichen Opernhauses Bayreuth, die Neustrukturierung der Kaiserburg in Nürnberg und – das wurde eben schon erwähnt – die Sanierung mit Einrichtung eines Burg-Erlebnismuseums in der Cadolzburg.

Eine wichtige Entscheidung und Investition in die Zukunft ist die Erweiterung der Landesfinanzschule in Ansbach. Die Kosten belaufen sich auf circa 47 Millionen Euro. Der Neubau des ersten Bauabschnitts des Finanzamtes in München beläuft sich auf circa 66 Millionen Euro. Zu nennen ist auch der Neubau der Finanzfachhochschule Nord in Kronach.

Heute haben wir schon sehr oft das Thema Barrierefreiheit angesprochen. Diesen Punkt möchte ich ebenfalls kurz ansprechen, weil wir uns unserer großen Verantwortung sehr bewusst sind. Dieser Verantwortung kommen wir auch nach. Neben den vielen Mitteln, die im Gesamthaushalt vorgesehen sind, haben wir aufgrund eines Antrages der CSU-Fraktion weitere Mittel vorgesehen, nämlich 3 Millionen Euro zur Verbesserung der Barrierefreiheit im Bereich der Schlösserverwaltung. Es sollen insbesondere bauliche Verbesserungen bei der Kaiserburg in Nürnberg, der Festung Marienberg in Würzburg und beim Schloss Johannisburg in Aschaffenburg erreicht werden.

(Thomas Mütze (GRÜNE): Super!)

Meine Damen und Herren, ich möchte einen Punkt ansprechen, der mir persönlich sehr wichtig erscheint: die Mütterrente. Bei diesem Thema sind wir Vorbild in ganz Deutschland. Wie Sie alle wissen, wurde die Berücksichtigung von Erziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder im Rentenrecht verbessert. Das ist die sogenannte Mütterrente. Mit diesem vorbildlichen Haushaltsgesetz 2015/2016 wird die Verbesserung

wirkungsgleich und systemkonform zum 1. Januar 2015 in die bayerische Beamtenversorgung übertragen. Damit werden erziehungsbedingte Lücken in der Beamtenversorgung vermindert. Darauf bin ich sehr stolz. Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit übernimmt Bayern bundesweit eine Vorreiterrolle.

(Beifall bei der CSU – Ingrid Heckner (CSU): Toll!)

Thomas Mütze ist jetzt nicht mehr da.

(Thomas Mütze (GRÜNE): Doch!)

– Da sitzt er. Wir verstehen uns persönlich sehr gut. Wir sind beide Fußballfans: Er von Eintracht Frankfurt, ich vom 1. FC Nürnberg – logischerweise.

Ich möchte ganz kurz drei Punkte ansprechen, die mich persönlich sehr irritieren und denen ich – das muss ich ganz ehrlich sagen – persönlich nie zustimmen würde. Das ist zum einen der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Kein Ausbau des Frankenschnellweges in Nürnberg". Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Ausbau des Frankenschnellweges ist eine ganz wichtige Infrastrukturmaßnahme für Nürnberg.

(Beifall bei der CSU)

Ich komme zum nächsten Antrag betreffend "Kürzung der Haushaltsmittel für Staatsstraßen". Für mich als Vertreter des ländlichen Raumes ist dieser Antrag ein Schlag ins Gesicht. Wir brauchen weiterhin viele Haushaltsmittel für die Sanierung und den Ausbau von Staatsstraßen im Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt komme ich zu noch einem Punkt, der jedes Jahr von den GRÜNEN beantragt wird, nämlich die Streichung des Landeserziehungsgeldes. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dem Vorschlag werden wir als CSU-Fraktion niemals zustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen haben wir uns mit den Kolleginnen und Kollegen der Opposition immer wieder faire und interessante Rededuelle geliefert. Sie waren – das muss ich bestätigen – meistens sachlich. Deshalb bedanke ich mich ganz herzlich bei den Kollegen des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, insbesondere danke ich unserem Vorsitzenden Peter Winter und dem stellvertretenden Vorsitzenden Volkmar Halbleib. Lieber Volkmar, wir sind daheim gewissermaßen Nachbarn. Meine sehr verehrten Damen und Herren, gemeinsam wird eine sehr gute Arbeit geleistet.

Abschließend möchte ich noch einmal betonen: Dieser Doppelhaushalt 2015/2016 ist der beste Haushalt aller Zeiten. Das habe ich schon erwähnt. Es ist ein Haushalt ohne neue Schulden und die Fortsetzung des Schuldenabbaus mit einem Ausgabenwachstum von maximal 3 % pro Jahr. Die investiven Ausgaben werden auf einem weiterhin hohen Niveau fortgeführt. Die Personalausgabenquote wird stabilisiert. Er ist eine große Unterstützung für unsere Kommunen im Freistaat Bayern. Deswegen bitte ich Sie um Zustimmung.

Ich bedanke mich bei Ihnen ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit und sage abschließend: Bayern hat Zukunft, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Herold, Sie sind gleich stehen geblieben, da wir – das hat sich abgezeichnet – eine Zwischenbemerkung des Kollegen von Brunn haben. Bitte schön.

Florian von Brunn (SPD): Lieber Herr Kollege Herold, Sie loben sich über den grünen Klee.

(Hans Herold (CSU): Zu Recht!)

Ich will gar nicht die Landesbank ansprechen. Ich will nur einmal Ihre Ausführungen bezüglich der sozialdemokratisch regierten Bundesländer einem Faktencheck unterziehen und auf das Beispiel Baden-Württemberg verweisen. 2010/2011 wurden dort 4,5 Milliarden Euro Schulden aufgenommen – Rekordschulden unter Stefan Mappus, Ministerpräsident von der CDU. Dies als Erstes.

Zweitens. Nordrhein-Westfalen sprechen Sie auch sehr gerne an, auch hierzu der Faktencheck. Unter dem Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers, CDU, Ihre Schwesterpartei, gab es im Jahr 2008 Rekordschulden von 1 Milliarde Euro trotz Rekordeinnahmen. In seiner Regierungszeit ist Nordrhein-Westfalen vom Geberland im Jahr 2005 mit Zahlungen von 490 Millionen Euro in den Länderfinanzausgleich im Jahr 2010 zum Nehmerland mit 354 Millionen Euro aus dem Länderfinanzausgleich geworden. Vielleicht nehmen Sie dazu auch einmal Stellung. Das wäre seriös.

(Beifall bei der SPD)

Hans Herold (CSU): Herr Kollege, hier besteht genau der große Unterschied zwischen Ihnen und der CSU-Fraktion. Wir schauen nicht in die Vergangenheit. Sie graben immer wieder die alten Sachen wie die Landesbank usw. aus.

(Widerspruch bei der SPD)

Wir blicken in die Zukunft. Fakt ist, lieber Kollege: Der Freistaat Bayern zahlt mit 5 Milliarden Euro weit über die Hälfte des gesamten Finanzausgleichs. Wir waren auch einmal Nehmerland – das ist richtig. In den 35 Jahren, in denen wir Nehmerland waren, haben wir ungefähr 4 bis 4,5 Milliarden Euro bekommen. Zwischenzeitlich zahlen wir jedes Jahr 5 Milliarden Euro in den Länderfinanzausgleich ein. Sie sollten gemeinsam an unserer Seite stehen und versuchen, eine Lösung zu finden. Ich bedanke mich ganz herzlich bei unserem Ministerpräsidenten Horst Seehofer und bei Markus Söder für die großen Aktivitäten, um eine entsprechende Modifizierung zu erreichen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Bevor ich Herrn Kollegen Halbleib das Wort erteile, darf ich darauf hinweisen, dass die abschließende Abstimmung über den Einzelplan 06 in namentlicher Form stattfinden wird.

Darüber hinaus darf ich auf der Ehrentribüne den Herrn Landesvorsitzenden des Bayerischen Beamtenbundes Herrn Rolf Habermann in Begleitung der Geschäftsführerin Frau Egle begrüßen. Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Wir fahren in der Tagesordnung fort. - Herr Halbleib, Sie haben das Wort.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Volkmar, zeig's ihnen!)

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich entschuldige mich vorweg.

Ich beginne mit einem Dank. Ich bedanke mich zunächst beim Finanzminister und seinem Haus für die Abwicklung der Haushaltsberatungen vom Entwurf bis zur heutigen Verabschiedung und auch für die anschließende Umsetzung. Ich darf in diesen Dank ausdrücklich den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses Herrn Kollegen Peter Winter und sein Ausschussbüro einbeziehen. Er hat uns souverän durch die Marathonberatungen im Haushaltsausschuss geleitet. An dieser Stelle ein herzlicher Dank!

(Allgemeiner Beifall)

Da der Herr Finanzminister trotz aller Robustheit sensibel ist, will ich auch mit einigen lobenden Worten zum Einzelplan 06 beginnen.

Wir freuen uns über ein Stück weit Verbesserung bei der Stellenausstattung der Finanzverwaltung. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Wir finden, dass das Konzept und die Umsetzung der Breitbandförderung trotz mancher Fragezeichen ein deutlicher Fortschritt gegenüber dem Nichthandeln der Regierung und dem Stillstand in den vergangenen Jahren sind, und wir meinen, dass trotz aller nach wie vor bestehen-

den Kritikpunkte – der Präsident des Beamtenbundes ist anwesend – wesentliche Zusagen gegenüber dem öffentlichen Dienst von Ihnen eingehalten worden sind. Darüber freuen wir uns, weil wir uns auch in den vergangenen Jahren intensiv für diese Punkte eingesetzt haben.

Deswegen verbinde ich das Lob an den Finanzminister an dieser Stelle auch mit einem Dank und einem Lob an die SPD-Fraktion und die Oppositionsfraktionen, weil wir den Finger permanent in die Wunde gelegt haben und deshalb ein Stück weit vorgekommen sind.

(Beifall bei der SPD)

Kollege Herold hat interessanterweise den Journalisten Uli Bachmeier zitiert. Er hat aber den ganz spannenden Text, der für die heutige Schlussdebatte maßgeblich ist, weggelassen. Denn Uli Bachmeier schreibt weiter: "Die entscheidende Frage zum Jahresende 2014 ist, ob dieser Haushalt wirklich krisenfest ist und die selbstgesteckten Ziele der Staatsregierung erreicht werden können." Das ist mehr als ein deutliches Fragezeichen, das der Journalist Uli Bachmeier an dieser Stelle zu Recht setzt.

(Beifall bei der SPD – Harald Güller (SPD): Wer bis zum Ende liest, ist klar im Vorteil!)

Wir stellen nach der Eröffnungsdebatte, die ja eher eine Super-Haushaltsshow war, nach zweieinhalb Monaten intensiver Haushaltsberatungen fest, dass die Staatsregierung und die Regierungsfraktion diesen Doppelhaushalt trotz der enthusiastischen Worte von Hans Herold deutlich nüchterner beurteilen, weil die Wirtschaftsaussichten natürlich offen sind. In den Beratungen der Einzelpläne haben wir viele, viele Defizite aufgezeigt, die auch die Kolleginnen und Kollegen der CSU zugeben mussten. Deswegen, glaube ich, ist Realitätssinn angesagt. Selbstzufriedenheit, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ist nie ein guter Ratgeber, in der Finanzpolitik erst recht nicht. Wir müssen Sie nicht an irgendwelchen Ratings, nicht an irgendwelchen Blicken in andere Bundesländer, sondern an ihren eigenen Ansprüchen, an ihrem eigenen

Selbstlob messen. Dann müssen wir feststellen, dass von den Superlativen an vielen Stellen wenig übrig bleibt.

(Zuruf von der CSU: Oh!)

Ich darf als Beispiel die Steuerverwaltung nennen. Wir können doch nicht damit zufrieden sein, wenn in der bayerischen Steuerverwaltung nach wie vor 1.800 Stellen unbesetzt sind. Wir wollen, dass jede einzelne Stelle besetzt wird. Dazu bietet dieser Doppelhaushalt zu wenig Kraftanstrengungen.

(Beifall bei der SPD)

Warum sorgen Sie nicht dafür, dass alle Stellen besetzt werden können und nicht mehr durch Anwärter blockiert werden? Dazu wären 870 Anwärterstellen nötig. Sie haben Anstrengungen unternommen, aber Sie sind zu kurz gesprungen. Warum ist es nicht möglich, in der Steuerverwaltung die völlig irrsinnige Wiederbesetzungssperre endlich aufzuheben? Sie ist allgemein ein schlechtes Instrument der Personalwirtschaft. Im Steuerbereich kostet uns diese Wiederbesetzungssperre nachweislich deutlich mehr, als sie bringt. Das ist unökonomisch, und dies widerspricht auch der Steuergerechtigkeit. Wir müssen dafür sorgen, dass die Unterbesetzung in der Steuerverwaltung, die nach wie vor ein Riesenproblem im Freistaat ist, endlich beendet wird. Wir müssen sehen, dass Opfer der jahrzehntelangen Politik der Nichtbesetzung und der Unterbesetzung die Steuergerechtigkeit ist, die auf der Strecke bleibt. Opfer sind insbesondere die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Wir setzen uns in der Steuerpolitik für einen Dreiklang ein: Wir wollen Entlastungen für die normalen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wir wollen mehr Steuergerechtigkeit, und wir wollen eine konsequente Bekämpfung der Steuerhinterziehung. Sie haben für die Bekämpfung der Steuerhinterziehung zu wenig getan. Sie haben viele Initiativen, die wir auf den Weg gebracht haben, im Bayerischen Landtag abgelehnt.

Ich darf nur zwei Beispiele nennen: Die Erfolge in diesem Bereich sind das Verdienst der SPD, beispielsweise beim Ankauf von Daten-CDs, die in großem Umfang zu Selbstanzeigen und erheblichen Steuernachzahlungen in Bayern geführt haben. Die Verhinderung des deutsch-schweizerischen Steuerabkommens, das Schwarz-Gelb schon beschlossen hatte,

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

hat nicht nur zum Fall Hoeneß geführt, sondern auch zu einer Welle Tausender weiterer Selbstanzeigen. Das hat dazu geführt, dass Steuerschulden dort hinkommen, wo sie hingehören, nämlich in den Staatssäckel.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Was hat der Finanzminister hier im Landtag getan? – Er hat vehemente Reden gegen den Ankauf von Steuerdaten-CDs gehalten. Er hat vehement für das deutsch-schweizerische Steuerabkommen plädiert, das nicht nur die Anonymität der Steuerhinterzieher wiederhergestellt hätte, sondern perspektivisch auch die Bekämpfung der internationalen Steuerhinterziehung verhindert und somit schweren Schaden zugefügt hätte.

Leider muss man es so sagen, wenn man es auf den Punkt bringt: Im Ergebnis war der bayerische Finanzminister ein Stück weit der Schutzheilige für Steuerhinterzieher und Geldwäscher.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CSU: Oh!)

Das ist die Wahrheit. Sie haben sich gegen diese Instrumente gewehrt.

(Peter Winter (CSU): Die haben keinen Schutzheiligen!)

Wir schätzen die zusätzlichen Steuereinnahmen in Bayern hieraus auf etwa 1,7 Milliarden Euro. Dieser Betrag wäre nie gekommen, wenn sich Ihre Haltung durchgesetzt hätte. Das ist das Verdienst der SPD. Herr Finanzminister, Sie sind zwar evangeli-

scher Konfession, aber vielleicht können Sie sich vornehmen, eine Bußkerze für sich und eine Dankeskerze für die SPD anzuzünden,

(Allgemeine Heiterkeit)

wahlweise vor der Schwarzen Madonna in Altötting oder auch auf dem Würzburger Käppele. Das ist doch eine praktische Empfehlung.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Sehr gut! – Staatsminister Dr. Markus Söder: Es hat so gut begonnen!)

Es können auch mehrere Kerzen sein – als Dank für die Einnahmeverbesserungen, die nie zustande gekommen wären, wenn es die SPD nicht gegeben hätte. Ich nenne die Übernahme der BAföG-Zahlungen durch den Bund: 310 Millionen Euro im Doppelhaushalt, Erhöhung der Städtebauförderung: 120 Millionen Euro, Aufstockung zum Ausbau der Kinderbetreuung: 70 bis 80 Millionen Euro, Entlastung im Bundesleistungsgesetz: 230 Millionen Euro.

(Peter Winter (CSU): Wir sind ja auch in der Koalition!)

Natürlich gehört auch der Mindestlohn dazu. Diese Verbesserungen wären ohne die SPD nicht gekommen. Deswegen ist das mit den Dankes- und Bußkerzen sicher ein guter Vorschlag.

(Beifall bei der SPD)

Das ist ein ernstes Thema für uns alle. Wir müssen die großen Unterschiede in der regionalen Verteilung der Steuereinnahmen sehen. 42 % der bayerischen Steuereinnahmen kommen aus dem Finanzamtsbezirk München – Landeshauptstadt München und Landkreis München.

Das zeigt zweierlei. Ohne die Einnahmestärke aus dem Finanzamtsbezirk München wären die Steuereinnahmen in Bayern nur bundesdeutscher Durchschnitt. Bei der Verteilung der Finanzkraft in Bayern tut sich eine Schere auf. Diese dramatische Ent-

wicklung muss uns insgesamt umtreiben. Beim Bruttoinlandsprodukt haben wir eine stärkere Spaltung zwischen Oberbayern und Oberfranken als zwischen Bayern und Berlin. Das kann uns nicht ruhen lassen. Diese Zahlen sind auch ein Appell, die Schere der unterschiedlichen Finanzkraft in Bayern zu schließen.

Natürlich gilt es auch, die Finanzkraft in ganz Bayern zu stärken, um damit gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen. Bei diesen Herausforderungen bieten wir Ihnen unsere Unterstützung im Parlament an. Sie müssen aber mehr tun als bisher.

(Beifall bei der SPD)

Auch bieten wir Ihnen ausdrücklich – Kollege Rinderspacher hat das bereits am Dienstag getan – unsere Unterstützung bei den großen finanzpolitischen Herausforderungen auf Bundesebene an. Der Länderfinanzausgleich - das ist unsere klare Aussage und Position schon seit Langem - kann nicht so bleiben, wie er ist. Die Verantwortung für diesen Länderfinanzausgleich und auch für die dramatische Belastung des Freistaats Bayern liegt bei der CSU, die ihn ausgehandelt und hier im Landtag auch noch bejubelt hat.

Die SPD-Fraktion hat als erste im Bayerischen Landtag auf Änderungen gedrungen: Anreizstrukturen für Nehmer- und Geberländer zu entwickeln, eine Sonderregelung für die Hauptstadt Berlin zu finden, die Kosten der Steuerverwaltung endlich im Länderfinanzausgleich anzurechnen und das Ausgleichsvolumen durch die Übernahme von Strukturförderung beim Bund zu verringern.

Wir stellen fest, dass Finanzminister Söder am 17. Januar 2014 in der "ZEIT" deutlich gemacht hat, Bayern werde einem neuen Länderfinanzausgleich nur dann zustimmen, wenn sich unser Beitrag halbiere. Das wären geringere Zahlungen in einer Höhe zwischen 2 und 2,5 Milliarden Euro.

Wir werden Sie, Herr Finanzminister, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, dabei unterstützen. Wir werden Sie aber auch an Ihren Aussagen messen. Klar ist je-

denfalls: Die Zeit der Sprüche ist vorbei. Jetzt müssen CSU und Staatsregierung ihre Ankündigungen einlösen. Wir werden Sie dabei auf jeden Fall unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Erste Absetzungsbewegungen gab es, wie wir feststellen, schon in einem Interview in der "Süddeutschen Zeitung" vom 27. November 2014 mit Erwin Huber:

Bayern steht bei vielen Interessen mit wenigen Verbündeten oder gar allein da. ... Die Nehmerländer wollen – auch mit Hinweis auf die Schuldenbremse – nichts abgeben. Der Bund will nicht mehr zuschießen. Womit soll Bayern entlastet werden?

Wir fordern Sie auf, gemeinsam Bündnispartner zu finden. Sie sind auch in dem Bereich zu finden, den Sie normalerweise von diesem Pult aus nur beschimpfen. Ich glaube, wir müssen gemeinsam darum kämpfen, einen Konsens der Länder gegenüber dem Bund zu finden und natürlich auch Bündnispartner in der Ländergemeinschaft.

Dazu gehört im Übrigen auch Nordrhein-Westfalen, das 1,5 Milliarden Euro in den Länderfinanzausgleich einzahlt über den Umsatzsteuervorgewegausgleich. Auch da sind Bündnispartner zu finden, bloß müssen Sie sie auch suchen und dürfen nicht nur auf mögliche Bündnispartner einschlagen.

(Beifall bei der SPD, Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Eines braucht die Diskussion um den Länderfinanzausgleich mit Sicherheit nicht: peinliche Maxi-Cosi-Nummern wie bei der Diskussion mit Jauch.

(Beifall bei der SPD)

Damit, Herr Finanzminister, haben Sie Bayern ein Stück weit blamiert. Das stärkt unsere Verhandlungsposition nicht, sondern es schwächt sie.

Zur Steuerpolitik nur kurz drei Punkte. Ich glaube, wir sind uns einig, dass wir die Mittel aus dem Soli für die öffentlichen Kassen erhalten müssen.

Wir sind uns auch einig, dass wir zwei Möglichkeiten haben: entweder die Fortsetzung mit einer neuen Konstruktion des Solidaritätszuschlags oder die Integration in die Einkommensteuer.

Eines können wir natürlich nicht zulassen: dass Sie so tun, als seien das zwei völlig unterschiedliche Dinge. Insgesamt bedeutet beides, dass wir die Steuereinnahmen in diesem Umfang weiterhin brauchen. Das wollen auch Sie, das wollen wir. Deswegen gibt es an dieser Stelle eigentlich nur Einigkeit und keinen Dissens. Wir müssen den Konsens auch herstellen, damit wir es endlich schaffen, eine Lösung zu finden.

Dabei haben Sie unsere Unterstützung, wenn Sie endlich eine vernünftige Position einnehmen und nicht nur so tun, als wären wir die Steuererhöhungspartei und Sie die Steuersenkungspartei. Auch Sie wollen diesen Steuerbeitrag durch den Soli nach wie vor erhalten und von den Bürgerinnen und Bürgern holen. Das muss an dieser Stelle auch einmal eingeräumt werden. Dann kommen wir schnell zu vernünftigen Lösungen.

(Beifall bei der SPD, Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Klar ist, dass die Freibeträge des Soli natürlich wichtig sind. Wenn wir das in die Lohn- und Einkommensteuer integrieren, müssen wir das mit einer Tarifreform verbinden, die die unteren und mittleren Einkommen entlastet.

Damit sind wir drittens beim Abbau der kalten Progression. Auch hierzu ein klares Bekenntnis von unserer Seite. Das ist ein Gebot der Gerechtigkeit, insbesondere für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Was hat die CSU geboten? – Hierzu gab es im letzten halben Jahr vier verschiedene Varianten: Herr Söder wollte es sofort. Der Ministerpräsident sagt, das sei nicht finanzierbar. Dann sagt der Finanzminister, er wolle das 2020 tun. Daraufhin äußert der Ministerpräsident, er wolle es 2017. Der Finanzminister sagt, er wolle eine Entlastung im

Umfang von 9 Milliarden Euro. Der Ministerpräsident sagt, er wolle eine Entlastung von 3 bis vielleicht 5 Milliarden Euro. - Diese Staatsregierung hat in den letzten Monaten bei der Steuer- und Finanzpolitik ein Hü und Hott vorgeführt. Deswegen glaube ich, dass es das Bekenntnis zum Abbau der kalten Progression jetzt auch erfordert, Herr Finanzminister, dass Sie Ihren Vorschlag, Ihren Gesetzentwurf hierzu endlich auf den Tisch legen. Dann können wir darüber reden.

Das Gleiche gilt für die Frage der regionalisierten Steuersätze. Wir lehnen das nicht grundsätzlich ab. Auf keinen Fall aber wollen wir eine Schaffung von Steueroasen für Reiche innerhalb Deutschlands. Die Steuerautonomie darf keinesfalls zu einem ruinösen Steuerwettbewerb führen. Das ist mit uns nicht zu machen.

Ebenfalls ist es mit uns nicht zu machen, dass wir die Erbschaftsteuer unter dem Deckmantel der Regionalisierung abschaffen. Darin würden wir einen gravierenden Anschlag auf die Steuergerechtigkeit sehen. Deswegen fordern wir Sie auf: Legen Sie endlich ein Konzept vor, das durchgerechnet ist! Dann können wir darüber reden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Kurz noch zur Verschuldung. Der Kollege Herold hat ganz vergessen, dass der Freistaat im Haushalt 2008/2009 10 Milliarden Euro aufnehmen musste. 3 Milliarden Euro sind zurückgezahlt; das ergibt nach wie vor einen negativen Saldo von 7 Milliarden Euro. Wie wird er finanziert? - Er wird durch Rückzahlungen der Landesbank, die Gebühren für die zehn Milliarden Euro sind, und aus der Zerstückelung des Versorgungsfonds finanziert. Sie haben die Rücklage massiv geplündert. Sie sind im Augenblick im Haushaltsentwurf bei 1,5 Milliarden Euro. Sie waren einmal bei 4,4 Milliarden Euro. Nach der neuesten rechnerischen Darstellung sind wir mittlerweile bei unter einer Milliarde Euro angekommen. –

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Kollege Halbleib, denken Sie bitte an die Zeit!

Volkmar Halbleib (SPD): Ich komme zum Schluss: Wo bleibt die Nachhaltigkeit? Wo bleibt die Vorsorge? Wo bleibt der Puffer für schwere wirtschaftliche Zeiten?

Ich will ganz kurz sagen: Sie haben mit diesem Haushalt auch die versteckte Verschuldung nicht angepackt. Deswegen verlagern Sie mit diesem Doppelhaushalt die Finanzierungslasten zum Teil in die Zukunft. Sie bilden versteckte Verschuldung. Sie plündern den Pensionsfonds. Das kann nicht solide und zukunftsgerecht sein.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. – Der nächste Redner für die Fraktion FREIE WÄHLER ist Herr Kollege Muthmann. Bitte schön.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal wollte ich mich beim Kollegen Peter Winter, unserem Vorsitzenden, ganz herzlich bedanken.

(Hans Herold (CSU): Er kommt gleich wieder!)

- Sagt ihm bitte einen schönen Gruß, auch den Kollegen des Haushaltsausschusses, die mit dabei waren. - Die Art und Weise der Arbeit und die Atmosphäre sind durchaus angenehm. Zu beklagen ist allerdings, dass es ihm trotz seiner Verhandlungsführung nicht gelingt, unsere guten oder zumindest die besten unserer Anträge zu einer Mehrheit zu führen. Daran werden wir in der nächsten Zeit sicherlich noch gemeinschaftlich zu arbeiten haben.

(Zuruf von den GRÜNEN)

- Wir arbeiten daran. – Ich will beim Einzelplan 06 bleiben. Ich will keine bundesrepublikanischen Vergleiche machen. Für mich ist es an dieser Stelle auch deswegen ganz angenehm, weil wir keine kostenmehrenden Anträge stellen müssen, sondern in diesem Bereich eine Reihe von Vorschlägen und Anregungen gemacht haben, die nach unserer Überzeugung helfen, die Politik in Bayern weiter zu verbessern und insgesamt

zu einem größeren Erfolg zu führen. Trotzdem sind wir auch mit diesen Anträgen, die ohne Kostenmehrungen möglich gewesen wären, nicht erfolgreich gewesen.

Ein paar Aspekte vorab: Es zeichnet sich ab, dass wir einen Haushalt 2015/2016 bekommen, der die Handschrift der CSU trägt. An manchen Stellen wird auch von unserer Seite anerkannt, dass es Schritte in die richtige Richtung sind. In vielen Bereichen hätten wir uns mehr oder auch anderes gewünscht. Nach diesen Debatten wird es auch unsere Aufgabe in der Opposition sein, sicherzustellen und zu kontrollieren, dass das, was jetzt an Mitteln zur Verfügung steht, möglichst effizient im Sinne der Zielsetzungen ein- und umgesetzt wird, wie sie im Haushalt durch die Mehrheit angelegt wurden. Dabei haben wir gerade in den letzten Wochen - das will ich schon einmal sagen - das Gefühl gehabt, dass auch dort verstärkte Aufsicht nottut, um all das zur Geltung zu bringen, was mit den zur Verfügung stehenden Mitteln gemacht wird. Wir haben den Eindruck, dass es dabei auch manche unnötige Großzügigkeiten in der Aufgabenerfüllung, in der Umsetzung, in der exekutiven Realisierung des Haushalts gab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir befürchten, dass es das weiterhin geben wird. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, eine verstärkte Aufsicht im nächsten Jahr zu realisieren.

Das gilt einmal für den Länderfinanzausgleich. Wir haben die Einreichung der Klage für richtig gehalten. Jetzt geht es aber vor allem darum, die Ankündigungen umzusetzen und zu schauen, wie weit das Gewicht Bayerns, wie weit das Gewicht des Finanzministers und des Ministerpräsidenten reichen, um gewisse Korrekturen zugunsten Bayerns zu realisieren.

Ich nenne drei Aspekte: Erstens. Uns war es wie den Kollegen der SPD wichtig anzuerkennen, dass die Personalausstattung insbesondere in den Finanzämtern verbessert worden ist. Aber sie scheint uns nach wie vor nicht ausreichend zu sein.

Ich will die aktuellen Prüfungszyklen bei Betriebsprüfungen in Erinnerung rufen: Bei Großbetrieben wird regelmäßig alle 5,2 Jahre geprüft, bei mittleren Betrieben alle 22,2 Jahre und bei kleinen Unternehmen alle 47 Jahre. Und da reden wir über die Personalausstattung. Wir haben eine andere Vorstellung, wie man solche Themen und Probleme angehen soll. Ich komme nachher bei der Gesamtplanung für Bayern, bei der Landesentwicklungsplanung, noch darauf zurück. Lassen Sie uns Leistungen definieren. Lassen Sie uns, sehr geehrter Herr Staatsminister, einfach definieren, wie oft Sie Prüfungen in diesen Unternehmen wollen. Sind Sie mit einem durchschnittlichen Prüfungszyklus von 47 Jahren bei kleinen Unternehmen zufrieden, und wenn ja, warum? Oder wollen Sie einen anderen, einen regelmäßigen Prüfungszyklus von meinetwegen 30, 20 oder auch 10 Jahren? Das sind die Definitionen, die wir erwarten, um anschließend die Frage zu klären, wie viel Personal man dazu braucht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Aber einfach zu sagen, jetzt reden wir einmal über ein paar Mitarbeiter mehr oder weniger, und dann sind wir gespannt, was an Leistung herauskommt, wäre einer Unternehmensführung nicht angemessen. Wir reden immer von solchen Standards. Drehen Sie das um. Nennen Sie uns die Ziele, die Sie erreichen wollen; dann schauen wir nach den Instrumenten und Mitteln, um das möglich zu machen.

(Zuruf von der CSU: Was kostet die Welt?)

- Nein, nicht: Was kostet die Welt? Wir sind überzeugt, dass regelmäßige Kontrollen insgesamt zu mehr Steuergerechtigkeit führen; denn gerade bei kleinen Unternehmen, die in der Regel alle 47 Jahre eine Betriebskontrolle haben, kann man nicht mehr von einer vernünftigen Begleitung reden. Was sagen dann die kleinen Leute dazu, die Jahr für Jahr Einkommensteuer bezahlen, bei denen die jährliche Kontrolle selbstverständlich ist? Das passt nicht mehr zusammen. Das wollen wir zusammenführen im Interesse von Steuergerechtigkeit. Das ist für uns eine ganz zentrale Gerechtigkeitsfrage. Daneben ist es - davon sind wir überzeugt - auch eine Ertragsfrage. Mit mehr

Betriebsprüfungen hätten wir an dieser Stelle nicht mehr Personalkosten, sondern würden, insgesamt bilanziert, keine größere Belastung für den Haushalt bewirken.

Der zweite Punkt, auf den ich noch eingehen will, ist das Thema Breitband. Hier haben wir schon mehrfach anerkannt, dass, seitdem das Thema im Finanzministerium angesiedelt ist, die Impulse spürbar erhöht und die Dinge verbessert worden sind. Aber auch hier muss man im Rahmen der Haushaltsberatungen darauf hinweisen: Diese 1,5 Milliarden Euro, die der Kollege Herold mit großem Stolz genannt hat, sind noch nicht finanziert. Davon sind im Doppelhaushalt 350 Millionen Euro finanziert. Der Rest, auch wenn man ihn schon jetzt den Gemeinden verspricht, was wir auch für richtig halten, muss in den folgenden Jahren erst noch dargestellt und finanziert werden. Dies ist auch unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit eine zusätzliche Herausforderung.

Dazu haben wir ein paar Verbesserungsvorschläge gemacht, denen Sie leider nicht gefolgt sind. Einmal wollten wir Regionspauschalen haben, wenn sich Gemeinden über die Zusammenarbeit von zwei oder drei Gemeinden hinaus zusammentun. Dann sollten diesen Gemeinden oder auch Landkreisen die rechnerisch zur Verfügung stehenden Zuschusssätze als Pauschalen zur Verfügung gestellt werden können, weil es einzelne Gemeinden gibt, die weniger brauchen. Wir hatten erwartet und gehofft, dass dies anderen zugeschrieben werden und zugutekommen kann.

Was wir ebenfalls für erforderlich halten, resultiert aus Debatten in den Regionen draußen, wenn wir mit den Bürgermeistern sprechen. Zu großer Unruhe führt, dass nicht alle Gemeinden in den Regionen mit besonderem Handlungsbedarf den maximalen Fördersatz von 90 % erhalten können. Auch hier bitte ich, über Korrekturen nachzudenken. Dann wird es spannend sein, ob es gelingt, die Gelder, die jetzt zur Verfügung stehen, sozusagen auf die Straße oder unter die Straße zu bringen. Darauf werden wir ein waches Auge richten.

Der dritte Punkt ist das Thema Heimat und gleichwertige Lebensbedingungen allgemein. Wir haben in vielen Bereichen, eigentlich in allen Einzelplänen, immer wieder darüber gesprochen, dass es durchaus unterschiedliche Infrastrukturleistungen in den Regionen gibt. Da brauchen wir einen Ausgleich, sei es im Bereich Gesundheit, sei es im Bereich Bildung, sei es im Bereich allgemeine Infrastruktur. Es ist Aufgabe des Finanz- und Heimatministers, dass das in Summe koordiniert abläuft. Ich kann nicht erkennen, dass Herr Söder diese über seinen eigenen Bereich hinausgehende koordinierende Gesamtaufgabe vernünftig und verantwortungsvoll wahrnimmt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Landesplanung ist Koordinierungsaufgabe. Wir hatten in einer Diskussion einmal angeregt, die Landesplanung in der Staatskanzlei anzusiedeln, weil es um Koordinierung geht. Wenn das nun im Finanzministerium geschieht, soll uns das auch recht sein. Aber dann genügt es nicht, "nur" über Behördenverlagerungen, das Breitband oder über die Digitalisierung als Aufgabe des Heimatministeriums zu reden, sondern dann muss auch die landesplanerische Gesamtsteuerung angepackt werden, um gleichwertige Lebensbedingungen zu erreichen. In der Enquete-Kommission, Herr Minister, hat sich Ihr Haus zwar beteiligt, aber das geschah in einer ganz mutlosen und enttäuschenden Art. Wir haben den Raumordnungsbericht noch immer nicht. Es ist darauf verwiesen worden, dass das Zentrale-Orte-System irgendwann überarbeitet werden solle. Es wurde der Eindruck erweckt, dass man in diesem Ministerium schon damit zufrieden ist, was derzeit landesplanerisch so passiert.

Wir wünschen uns, dass die Ära Zeil, die dadurch geprägt war, dass die Bedeutung der Landesplanung gegen null degeneriert wurde, nun endlich vorbei ist und die Landesplanung erneut kraftvoller angepackt wird und zwischen den Ministerien die Aufgaben koordiniert werden.

Wir wollen dafür feste Kriterien haben und nicht nur gesagt bekommen, mit welcher Regelmäßigkeit Betriebsprüfungen stattfinden. Wir wollen nach festen Kriterien und

messbaren Vorgaben wissen, wo wir Krankenhäuser erwarten können, Fachärzte, Schulen der verschiedensten Art und andere öffentliche Einrichtungen.

Politik ist im Haushalt zunächst eine Vorgabe von Möglichkeiten; das wollen wir aber nicht nur zahlenmäßig aufgegliedert sehen, sondern wir wollen, dass gerade im Bereich der Landesplanung gleichwertige Lebensbedingungen in allen Themenbereichen festgeschrieben werden.

Nach der Sitzung der Enquete-Kommission in der vergangenen Woche hegte ich große Hoffnungen. Auch die Kollegen der CSU haben zu erkennen gegeben, dass sie eine große Sympathie für feste Vorgaben und entsprechende Kriterienkataloge haben. Allein das Finanz- und Heimatministerium hat in dieser Sitzung sehr mutlos und schwach agiert. Sehr geehrter Herr Staatsminister, auch an dieser Stelle könnten Sie sich für gleichwertige Lebensbedingungen in kraftvoller Art und Weise einsetzen und uns in unserem gemeinsamen Bemühen unterstützen. Das werden wir über den Haushalt in den Jahren 2015/2016 hinaus im Interesse Bayerns einfordern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Kollege Muthmann. – Nächster Redner ist der Kollege Thomas Mütze. Bitte schön.

Thomas Mütze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Hans Herold, mit dir fange ich an; denn du hast uns direkt angesprochen. Du hast drei Dinge genannt, nämlich den Frankenschnellweg, den Staatsstraßenbau und das Landeserziehungsgeld. Der Antrag zum Frankenschnellweg kam vom Kollegen Ganserer. Du weißt, dass die GRÜNEN in Nürnberg gegen den Ausbau des Frankenschnellwegs sind. Das bildet sich natürlich dann auch in den Haushaltsberatungen ab.

Zum Staatsstraßenerhalt stehen die GRÜNEN. Wir hoffen, dass die Bundesregierung im Rahmen des neuen Bundesverkehrswegeplans einsieht, dass der Erhalt vor Neu-

bau gehen muss. Lieber Hans, es kann nicht angehen, dass jede Gemeinde in Bayern mit einer Staatsstraße erschlossen werden muss.

Die Qualität der Kinderbetreuungseinrichtungen muss über dem Landeserziehungsgeld stehen.

Diese drei Anträge finden sich in einem Gesamtpaket – das hast du leider nicht gesagt, Hans –, und dazu haben wir Kürzungsanträge eingebracht. Unsere Anträge sind gegenfinanziert. Wir haben es als einzige Oppositionspartei geschafft, eine Null-Neuverschuldung mit unseren eigenen Haushaltsanträgen zu haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unsere Schwerpunkte sind Bildung, Klimaschutz und Soziales. Das darf hier auch gesagt werden. Lieber Hans, du hast vom besten Haushalt aller Zeiten gesprochen. Er ist so "gut", dass eine Reduzierung der Erwartungen, wie sie der Herbststeuerschätzung zu entnehmen ist, zu Heulen und Zähneklappern führt, da die Rücklagen weiter abgebaut werden müssen. Da fragt man sich schon – das frage ich auch den Minister –, was wird, wenn die Krise erneut ausbricht und weniger Steuereinnahmen fließen. Davor wird es uns jetzt schon angst und bange, weil es dann keine Rücklage mehr gibt, auf die man zurückgreifen könnte.

Jetzt greife ich einzelne Punkte auf. Sehr geehrter Herr Minister Dürer - -

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Entschuldigung, Söder natürlich! – Heute haben Sie einen Anzug an, das heißt, Sie sind als Finanzminister da. Wenn Sie den Trachtenjanker anziehen, sind Sie der Heimatminister. Finanzempfänge allerorten, Digitalisierungsminister, Talkshow-Minister, Heimat- und Finanzempfänge, Digitalisierungsweltmeister, zuständig für Landesplanung, für Schlösser und Seen, BayernLB, Flughafen Nürnberg! Lieber Herr Minister, wissen Sie eigentlich noch, was Sie alles zu tun haben? Ich glaube nicht.

(Hans Herold (CSU): Höchstes Lob!)

- Nein, das ist kein Lob. Den Vogel abgeschossen hat der Minister mit einem ganzseitigen Foto in der Heimat-Strategiebroschüre. Die Frau Ministerin Huml ist nicht mehr im Hause. Vorhin hat sie ihr Strategiepapier für das Gesundheitsministerium vorgelegt. Darin war nicht einmal ein Foto von ihr. Da muss Frau Huml noch viel von Herr Söder lernen, bis sie weiß, wie das geht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir machen uns Sorgen, dass der Minister vor lauter PR seine eigentlichen Aufgaben vergisst.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In erster Linie hat er Finanzpolitik in Bayern und Deutschland zu betreiben. Da hat er seine Arbeit zu machen. Diese Arbeit bleibt liegen.

Das Ignorieren der Landesplanung, wie es unter Minister Zeil üblich war, ist nun Gott sei Dank zu Ende. Aber was ist denn mit dem Zentrale-Orte-System? Das Gutachten liegt vor. Es ist aber immer noch nicht mit den kommunalen Spitzenverbänden ausgehandelt. Alle warten darauf, wann es damit weitergeht. Das Zentrale-Orte-System soll verändert werden. Wie geht das weiter?

Das Nächste, das uns interessiert, ist der Versorgungsbericht, Herr Minister. Seit 2007 warten wir auf einen weiteren Versorgungsbericht. Normalerweise erscheint er im Sechs-Jahres-Rhythmus. Da wäre das Erscheinen an der Zeit. Wie entwickelt sich denn die Zahl der Versorgungsempfänger? Wie entwickeln sich die Ausgaben für die Pensionen? Auch das würde uns interessieren. Vielleicht können Sie uns nachher zumindest die Frage beantworten, wann der Bericht vorliegt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Aufgabe des Finanzministeriums ist es, Steuern einzutreiben und der Steuergerechtigkeit zu dienen. Wird das Ministerium dieser Aufgabe gerecht? Wir meinen, nur unzureichend. Wie komme ich zu dem Urteil? –Kollege Muthmann hat eben schon die Prüfungsdichte angesprochen. Da wird sehr deutlich,

dass man immer noch meint, wenig zu prüfen, diene als Standortvorteil. Von dieser Einstellung ist man immer noch nicht abgerückt.

Das führt in der Folge dazu, dass wir keine gerechte Steuererhebung haben; denn die normalen Einkommensteuerzahler können sich einer Steuererhebung nicht entziehen. Sie müssen jährlich ihre Einkommensteuererklärung abgeben. Das können sie nicht vermeiden. Und nun nochmal meine Frage: Warum haben wir eine so geringe Prüfungsdichte? Grund ist die Unterbesetzung in der Steuerprüfung. Seit Jahren stellt der ORH fest, dass die Fehlquote im Schnitt bei 10 % bis 10,5 % liegt. 2010 waren es noch 1.500 Personen, dann stieg die Zahl auf 1.900, jetzt aber sind wir wieder bei 1.800 Bediensteten. Zu dieser zehnprozentigen Unterbesetzung kommt dann auch noch die Wiederbesetzungssperre in anderen Bereichen. So hat Justizminister Dr. Bausback darauf verwiesen, dass in seinem Bereich Einnahmen generiert werden. Auch der Einzelplan 06 bringt Geld. Daher ist es widersinnig, in diesen Bereichen eine Wiederbesetzungssperre zu haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Minister, Sie argumentieren immer: Warum soll ich mehr Geld einnehmen, wenn es mir im Finanzausgleich gleich wieder weggenommen wird? Dazu später mehr. Was hat das aber für Folgen für die Beschäftigten? Es geht doch darum, was das für Folgen für die Beschäftigten hat, wenn sich die Durchlaufzeiten für eine Steuerklärung von 56 auf inzwischen 67 Tagen erhöht haben, wenn die Krankheitsquote an den Finanzämtern 30 % über dem Durchschnitt anderer bayerischer Ämter liegt und wenn Fehltag massiv steigen aufgrund von psychischer Überlastung. Herr Minister, das kann doch nicht das Ziel sein, auf Kosten der Beschäftigten die Haushalte nicht anständig auszustatten.

Zu Ihrer Reaktion, in diesem Haushalt 500 neue Anwärterstellen zu finanzieren: Ich habe mir das gestern noch einmal genau angeschaut. Durch den Artikel 6 b des Haushaltsgesetzes kommt es gleichzeitig dazu, dass 165 Stellen gestrichen werden. Sie

bauen also Stellen auf und müssen gleichzeitig wieder Stellen abbauen. Auch das ist widersinnig. Darauf wird später Kollegin Claudia Stamm noch hinweisen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zudem sitzen 870 Anwarter auf regulären Planstellen. Die sollen also die Arbeit von voll ausgebildeten Menschen leisten. Dass das nicht funktionieren kann, ist, glaube ich, klar.

Länderfinanzausgleich, jetzt komme ich dazu. Herr Minister, Sie haben im Haushaltsausschuss gesagt, es soll sich etwas ändern. Sie haben im Haushaltsausschuss Kreide gegessen. Dafür bin ich Ihnen auch dankbar. Sie sind endlich abgekommen von Ihrer Konfrontationspolitik und haben versucht, mehr Solidarität zu zeigen. Allerdings fehlen uns immer noch die Vorschläge. Sie stehen mit leeren Händen da. Sie haben noch nichts erreicht. Sie haben die Klage eingereicht. Weiß Gott, wann über die entschieden wird! Wir wissen es nicht. Erwin Huber hat in dem schon zitierten Interview darauf hingewiesen. Sie stehen eigentlich mit leeren Händen da.

Das Problem ist, dass Sie keine Idee haben, wie sich die eigentlichen Probleme des Ausgleichs, etwa der zu geringe Selbstbehalt von Steuermehreinnahmen sowohl bei Geber- als auch Nehmerländern, lösen lassen. Sie haben bis jetzt nur einen Dagegenstandpunkt, keinen dafür. Wofür sind Sie beim Länderfinanzausgleich, außer dass Sie mehr Geld behalten wollen? Das wollen wir auch, aber wir wollen die Solidarität dabei nicht vergessen. Die Frage ist also: Wie kann der Ausgleichsbeitrag gesenkt werden? CSU und Staatsregierung ziehen seit Jahren in Wahlkämpfen durch Bierzelte und erklären, wofür die anderen Bundesländer zu viel ausgeben, obwohl sie wissen, dass es ein Einnahmen- und kein Ausgabenausgleich ist; das ist also Stimmungsmache. Das ist auf keinen Fall lösungsorientiert.

Sie müssen sich schon fragen lassen, welche Strategie Sie verfolgen, um eine Entlastung für Bayern zu erreichen. Was haben Sie erreicht? Welche konzeptionellen Vorschläge machen Sie bei den Verhandlungen? Welche Bundesländer sind überhaupt

auf Ihrer Seite? Wir brauchen ja eine Einstimmigkeit für eine Änderung des Länderfinanzausgleichs. So wie Sie agieren, werden Sie die nicht erreichen. Herr Bullerjahn hat Ihnen das auch erklärt. Klar ist, wenn Bayern einen 51-Milliarden-Euro-Haushalt hat, dass der Länderfinanzausgleich höher ausfällt. Das ist logisch. Bei einem Land, das nur einen Drei-Milliarden-Haushalt oder einen Zehn-Milliarden-Haushalt hat, sieht das natürlich anders aus.

Was wollen wir? - Uns reicht das Drehen an ein paar Stellschrauben nicht, um zu schauen, ob es vielleicht besser wird, sondern es braucht eine grundlegende Reform. Kollege Halbleib hat darauf hingewiesen. Was ist mit Berlin? Wie ist es mit der Berücksichtigung der Steuerbeamten im Länderfinanzausgleich? Mehrere Vorschläge liegen auf dem Tisch. Ein weiterer Vorschlag ist eine Vertikalisierung des Finanzausgleichs, möglicherweise über die Umsatzsteuerverteilung durch den Bund oder über einen höheren Selbstbehalt der Länder an den Einkommensteuereinnahmen. Auch das wäre ein Vorschlag, von unserer Seite zumindest, von Ihnen kommt da bis jetzt nichts.

Was ist mit dem Soli? – Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Soli muss weiterlaufen. Es ist klar, dass wir auf die Einnahmen zwischen 15 und 18 Milliarden Euro nicht verzichten können. Ich bin dem Minister dankbar, dass er im Haushaltsausschuss eingeräumt hat, dass wir diese Gelder brauchen. Wie soll es funktionieren, die Schuldenbremse ab 2019 einzuhalten, gleichzeitig Schulden zu tilgen und weiterhin in die Infrastruktur zu investieren? Die meisten Länder in Deutschland sind damit überfordert. Darum braucht es die Mittel aus dem Solidaritätszuschlag. Jeder, der sich mit öffentlichen Haushalten beschäftigt, wird sich dieser Lösung nicht verschließen können.

Wie auch immer Lösungen heißen können, unserer Meinung nach braucht es einen Altschuldenfonds oder Zinshilfen, wie Sie sie angesprochen haben, oder, oder, oder. Aber kommen Sie bitte mit Vorschlägen, damit wir das Problem endlich vom Tisch haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Finanzpolitik in Bayern, in Deutschland darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Sie darf auch nicht die Solidarität deutschlandweit vergessen. Wir GRÜNEN wissen das. Darum lehnen wir den Haushalt ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Mütze. – Der nächste Redner ist Herr Staatsminister Dr. Söder. Bitte schön.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe sehr lange zugehört und habe mir überlegt: Was ist jetzt eigentlich? Hat Bayern einen krisenfesten Haushalt, oder haben wir große Sorgen? Ich habe mir überlegt, was wirklich passiert, wenn Deutschland und Europa in die Krise kommen könnten. Sind dann Haushalte wie Nordrhein-Westfalen krisenfest, die 190 Milliarden Euro Schulden haben? Sind Haushalte wie in Berlin krisenfest, die sich vor allem über den Länderfinanzausgleich finanzieren? Sind diese Länder ein Vorbild für die Krise, oder könnte es nicht doch möglicherweise sein, dass die Einzigen, die ruhig schlafen können, die Bayern sind? Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, dass die Antwort sehr klar ist.

(Beifall bei der CSU)

Was sind denn Antworten auf Krisen? Ist die Antwort, Schulden zu machen, wie einige hoffen? - Nein, wir machen keine Schulden. Bei uns ist das aber keine Neuerung, für die wir uns feiern lassen; denn dass wir keine Schulden machen, ist zum zehnten und elften Mal in Folge der Fall. Wir gehen einen Schritt weiter, wir tilgen Schulden. Es gibt welche, die sagen, Schulden zu tilgen ist eigentlich schlecht, es wäre besser, wir lassen das Geld irgendwo liegen und parken es, weil wir immer mehr Einnahmen haben. In Zeiten von Niedrigzinsen Geld liegen zu lassen, bringt keinen Ertrag. Dagegen Schulden zu tilgen, um dann, wenn die Zinsen wieder steigen, weniger zahlen zu müssen, ist fiskalisch richtig und ökonomisch klug, und das macht der Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Herr Mütze, dass ich das machen muss, liegt daran, dass ich nicht nur für den Staatshaushalt – es stimmt, es gibt viele Herausforderungen –, sondern insgesamt für die Beteiligungen des Freistaates Bayern zuständig bin. Das sind fast 70 Stück; das kann man im Beteiligungsbericht nachlesen. Das bedeutet, wenn man die Bilanzsummen der Unternehmen, für die der Freistaat Bayern Mitverantwortung trägt, zusammennimmt, kommen wir fast auf 780 Milliarden Euro pro Jahr, für die wir, der Staatssekretär und meine Person, mit Verantwortung übernehmen. Das wird von 180 Wirtschaftsprüfern geprüft. Das ist in der Tat eine ernste Sache. Aber wir können sagen, die gesamte bayerische Flotte ist auf dem richtigen Kurs, meine Damen und Herren. Andere erleiden Schiffbruch, wir fahren in die Zukunft.

(Beifall bei der CSU)

Krisenfest heißt also, keine Schulden machen, sondern Schulden tilgen. Wir gehen sogar auf die Kritik in Bezug auf den positiven Finanzierungssaldo ein. Wir planen jetzt von vornherein. Das war letztes Jahr hier in der Debatte großes Thema, ich erinnere mich noch: Ist dieser vermeintliche Finanzierungssaldo möglicherweise die entscheidende Schwachstelle des Freistaats Bayern? Jetzt machen wir es so, meine Damen und Herren, dass wir tatsächlich die Ausgaben nur noch den bereinigten Einnahmen gegenüberstellen, unabhängig davon, dass wir in den letzten Jahren immer – davon gehen wir auch weiter aus – entweder Steuermehreinnahmen hatten oder sogar durch die Bewirtschaftung unseres Haushalts und Erwirtschaftung erheblich Geld zusätzlich hatten. Diesen Auftrag haben wir auch den Ministerien für das nächste Jahr gegeben, weil wir nicht wissen, ob Delle oder Trend bei der wirtschaftlichen Entwicklung eintritt. In Berlin könnte man übrigens eine Menge tun, damit es eine Delle bleibt und kein Trend wird. Um eine wirtschaftliche Verbesserung zu erreichen, haben wir viele Möglichkeiten, das in Berlin gemeinsam zu tun. Um das erst mal abzuschätzen, wollen wir im nächsten Jahr 200 Millionen Euro aus Ausgaberesten einsparen und für etwaige Krisenzeiten vorsorgen.

Die andere Vorsorge ist die Investitionsquote. Schauen Sie, ob es auch nur ein westliches Flächenland in Deutschland gibt, das in dieser Form investieren kann. Wir, meine Damen und Herren, machen keine Schulden, aber wir investieren in Forschung, Bildung, ländliche Entwicklung, Infrastruktur. Sie wollen keine Straßen bauen, Herr Mütze, um den ländlichen Raum nicht zu erschließen. Das geht nicht mit guten Worten und Gesang, sondern da muss man investieren, und das tut der Freistaat Bayern, und zwar kräftig.

(Beifall bei der CSU)

Sie beschwerten sich darüber, dass es mit dem Personal nicht richtig funktioniert, obwohl wir 500 neue Anwärter einstellen und im Geschäftsbereich des Finanzministeriums über 600 Stellenhebungen haben. Wissen Sie, was ich an Ihrer Argumentation unfair finde? - Sie stellen sich hierher und fordern ständig neue Stellen. Überall dort, wo Sie – nicht Sie persönlich, aber Ihre politische Familie – Verantwortung tragen, wie zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen, ist erkennbar, dass die Fürsorge gegenüber den Beamten nicht sehr weit reicht. Wegen schlechter Haushaltspolitik wird in anderen Bundesländern primär von den Beamten ein Sonderopfer verlangt. Ein bayerischer Steuerhauptsekretär in Besoldungsgruppe A 8 verdient im Schnitt 1.100 Euro mehr, weil wir die Ungleichbehandlung zwischen der Entlohnung von Angestellten und der Besoldung von Beamten nicht mehr wollen. Alle im öffentlichen Dienst sollen die gleiche Fürsorge genießen. Darum werden wir im Doppelhaushalt ein klares Signal setzen. Wir wollen, dass die Beamten ordentlich besoldet werden. Wir wollen daran nicht sparen, meine Damen und Herren, wie es anderswo geschieht.

(Beifall bei der CSU)

Zu den Steuern des Bundes und der Länder: Ich will Sie noch einmal an letztes Jahr erinnern. Ich weiß, es ist lange her, aber Sie haben es auch gemacht. Ich erinnere an die Parteiprogramme zur Bundestagswahl. Man kann zwar sagen, es ist alles vorbei. Müntefering hat immer gesagt: Danach kann man etwas anderes machen. Wir sollten

uns aber doch noch einmal daran erinnern. Was war denn die Kernbotschaft der Parteiprogramme von SPD und GRÜNEN, nicht der FREIEN WÄHLER? Was war denn die Kernbotschaft des Kanzlerkandidaten Steinbrück? Was war denn die Kernbotschaft derer, die gesagt haben, wir wollen in Berlin Rot-Grün? – Die Kernforderung waren Steuererhöhungen in einem Gesamtpaket von 30 Milliarden Euro. Wenn sich jetzt hier jemand hinstellt und sagt, wir hätten keine solide Finanzpolitik und könnten mit dem Geld nicht umgehen, kann ich nur sagen: Wer 30 Milliarden mehr Steuern für die Deutschen gefordert hat, hat keinen Anspruch darauf, über Steuersenkungen reden zu dürfen, jedenfalls nicht heute und hier.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben uns übrigens auch heute bei der Ministerpräsidentenkonferenz in Berlin klar geäußert. Wir sagen Ja zur energetischen Sanierung. Das ist aber auch wichtig für das Hohe Haus hier. Die Staatsregierung ist gegen eine entsprechende Einschränkung beim Handwerkerbonus; denn wir wollen nicht das Spiel linke Tasche, rechte Tasche machen, auf der einen Seite ein Ja zur energetischen Sanierung, auf der anderen Seite einen geringeren Handwerkerbonus. Die Einschränkung des Handwerkerbonus' führt nicht nur zur Schwarzarbeit, sondern auch zur Belastung der Bezieher kleinerer Einkommen. Das ist nicht unsere Politik.

(Beifall bei der CSU)

Zum Soli und zum Länderfinanzausgleich: In der Tat ist es richtig, dass wir für den Länderfinanzausgleich sehr, sehr viel zahlen und dass die Zahlungen immer wachsen. Es wird immer wieder gesagt, wir hätten damals zugestimmt. Das stimmt. Wir haben schon einmal einen Kompromiss gemacht. Ich sage es hier zum zwanzigsten oder einundzwanzigsten Mal, ich sage es auch noch zum dreißigsten Mal: Wir dürfen Edmund Stoiber, dem damaligen Verhandlungsführer, sehr dankbar sein. Ohne seinen Einsatz hätten wir allein in den ersten Jahren nach der Reform eine Milliarde mehr gezahlt, meine Damen und Herren.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ist das jetzt Realsatire?)

Warum ist das so? Damals hat man versucht, die Basis gleichzustellen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Warum klagt ihr dann?)

Die Dynamik der Entwicklung nach oben in Bayern und die Dynamik der Entwicklung in anderen Bundesländern nach unten waren nicht vorhersehbar. Das belegt nur, dass die Politik am Standort Bayern schlicht und einfach besser ist als die Politik in anderen Ländern. Das ist unser Problem.

(Beifall bei der CSU)

Dann zu den Verhandlungsempfehlungen. Wie kann man es cleverer machen? Meine Damen und Herren, ich bin keinem Finanzminister in Deutschland böse, wenn er um seinen Haushalt kämpft. Die Lage vieler Kollegen ist auch sehr kritisch. Dass keiner etwas hergeben will, verstehe ich. Ich verstehe es aber nicht, wenn jemand glaubt, dass wir erst einmal die Klage gegen den Länderfinanzausgleich zurückziehen, dass wir uns dann zusammensetzen und ein nettes Kaffeekränzchen machen und dabei versucht wird, uns davon zu überzeugen, es sei doch in Ordnung, wenn Bayern mehr zahlt. Ich werfe das den anderen Finanzministern nicht vor, weil sie noch nie auf der Ebene waren. Ich bin aber froh, dass diejenigen, die solche Strategien einfordern, nicht für Bayern verhandeln dürfen und müssen; denn dann käme am Ende deutlich mehr heraus als das, was wir zahlen müssen, und nicht weniger.

(Beifall bei der CSU)

Für das, was uns aufregt, gibt es in den anderen Ländern viele Beispiele, so etwa die kostenlose Betreuung in den Kindertagesstätten. In Marzahn-Hellersdorf gibt es Familiengutscheine. Dort werden Streichelhände, Musikzwerge, Schlaf-Kindlein-schlaf-Konzepte bezahlt.

(Reinhold Strobl (SPD): Sportstadien in Kärnten!)

In Neukölln – Herr Wengert, das gefällt Ihnen sicher – gibt es Mützchen und Lätzchen, die ausgegeben werden. Es gibt Begrüßungsgeld für Studierende. Ich bin nicht der Experte für jedes dieser Details. Aber dass es eine Reihe von Maßnahmen gibt, die wir uns nicht leisten können, die aber andere mit unserem Geld bezahlen, ist evident. Und damit muss Schluss sein.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

Herr Wengert, das, was ich sage, lässt sich messen, und das wird auch hundertfach geprüft.

Schauen Sie sich beim Länderfinanzausgleich eines an: Wir haben in der Klage eine Reihe von Vorschlägen gemacht, die hinlänglich bekannt sind. Eines muss man nur wissen. Wir sitzen an einem nicht so schlechten Hebel, wie es manch einer in der Presse behauptet. Natürlich gibt es jetzt Formulierungen, mit denen eine Einigung zwischen Bund und Ländern stattfinden könnte. Wir werden es sehen. Es wird ein schwieriger Prozess. Es gibt die Klage, aber es gibt auch das Jahr 2019. Ende 2019, wenn das derzeitige Finanzausgleichsgesetz ausläuft, sind alle auch auf unsere Unterstützung angewiesen. Die Politik braucht manchmal einen längeren Atem als nur für das Anzünden einer Bußkerze. Man muss sich schon sehr genau überlegen, wie man es durchhält.

Unseren langen Atem dürfen Sie ernst nehmen. Wir werden seriös verhandeln. Wir werden inhaltlich hart verhandeln. Natürlich sind wir zu Kompromissen bereit. Das ist schon klar. Eines ist für uns auch klar: Wir wollen nicht, dass der Soli dazu verwendet wird, um Haushaltslöcher anderer Bundesländer zu stopfen. Das ist nicht der Grund, warum wir eine solche Regelung wollen. Wir wollen, dass wir Themen wie kalte Progression, Länderfinanzausgleich und mehr Steuerautonomie in Angriff nehmen. Die Bürger erwarten von uns eine solide Verwendung der Steuermittel und nicht, dass eine schlechte Haushaltspolitik anderswo durch Bundesmittel ausgeglichen wird. Das kann nicht das Motto sein.

(Beifall bei der CSU)

Der Freistaat Bayern ist stabil. Er ist vorbereitet für die Zukunft. Noch einmal zur Krisenfestigkeit. Ich habe mir alle Änderungsanträge aufschreiben lassen. Dafür danke ich übrigens Peter Winter und dem ganzen Haushaltsausschuss. Es ist immer die schwierigste Aufgabe des Jahres, qualitative, aber auch quantitative Änderungen vorzunehmen. Ein großer Respekt und ein großes Kompliment dafür!

Eines muss man bei dem Thema Solidität sehen. Die SPD hat ungefähr 156 Änderungsanträge gestellt, die GRÜNEN haben 150 und die FREIEN WÄHLER 106 gestellt. Insgesamt forderte die SPD Mehrausgaben von knapp einer Milliarde, die GRÜNEN von knapp 600 Millionen, und die FREIEN WÄHLER waren besonders großzügig: Sie forderten fast 3,8 Milliarden Euro mehr. Insgesamt wurden fast 10.000 Stellen mehr gefordert. Die GRÜNEN haben – das gebe ich zu – Gegenfinanzierungsvorschläge gemacht, die aber aus unserer Sicht für das Land schädlich gewesen wären. Sie hätten sich gegen Familien, gegen Straßen und gegen den ländlichen Raum gewendet. Das Einzige, was ich von Herrn Hartmann gehört habe, waren Zebrastrreifen auf Bundesstraßen. Das war das Einzige, was an Infrastruktur gefordert wurde. Mehr war nicht da.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen. Am Ende einer solchen Debatte kommen Hunderte von Anträgen mit einem Volumen von fast fünf Milliarden Mehrausgaben und 10.000 Stellen, ohne dass bei den meisten eigenen Anträgen eine Gegenfinanzierung vorgeschlagen wird. Lieber Herr Halbleib, das ist nicht seriös, das ist nicht fair gegenüber den Bürgern.

(Beifall bei der CSU)

Ein Haushalt ist nie so, dass alle damit glücklich sein können. Das geht in schwierigen Zeiten nicht. Ich glaube aber, dass wir eine gute Balance zwischen Investitionen und Solidität finden, zwischen Investitionen in der Stadt und Investitionen auf dem Land. Ich glaube, dass wir einen Ausgleich finden, der eine solche Entwicklung nimmt, dass

wir vorsorgen können. Ich bleibe dabei: Wir sind ein Land, das es sich leisten kann, seine Kommunen – ich komme noch darauf – mit Rekordsummen zu unterstützen, ein Land, das es sich leisten kann, einen Länderfinanzausgleich in Rekordhöhe von möglicherweise bald fünf Milliarden Euro zu bezahlen und trotz dieser Superleistungen noch Geld zurückzulegen, Schulden zu tilgen und stabile Pensionsvorsorge zu betreiben. Wir sind einzigartig in Deutschland. Und das wollen wir auch bleiben, meine Damen und Herren.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2015/2016, Einzelplan 06, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3325, 17/3338 mit 17/3341, 17/3382, 17/3383, 17/3397 mit 17/3399 und 17/3510 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/4430.

Vorweg lasse ich, wie von der SPD-Fraktion beantragt, über den Änderungsantrag auf der Drucksache 17/3340 in einfacher Form abstimmen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der SPD. Die Gegenstimmen bitte. – Das ist die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Der Einzelplan 06 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf der Drucksache 17/4430 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Die Abstimmung soll in namentlicher Form erfolgen. Abstimmungsgrundlage ist der Einzelplan 06 mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen. Für die Stimmabgabe sind die Urnen auf beiden Seiten des Sit-

zungssaals und auf dem Stenografentisch bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Hierfür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 15.31 bis 15.36 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Das Ergebnis gebe ich später bekannt.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt 20 zurück und gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Einzelplan 10 bekannt: Mit Ja haben 91 und mit Nein 67 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Stimmenthaltungen gab es nicht. Damit ist der Einzelplan 10 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 8)

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, als erledigt. Eine Liste dieser Anträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 9)

Kolleginnen und Kollegen, wir kommen gleich zu einer Abstimmung. Setzen Sie sich bitte hin, sonst können wir von hier vorne nicht sehen, wie abgestimmt wird. Ich bitte Sie, in allen Teilen des Saales wieder die Plätze einzunehmen. Danke schön.

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zum Einzelplan 10 noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen,

der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte. – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/4602 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3934 mit 17/3940 ihre Erledigung gefunden haben. Die Beratung des Einzelplans 10 ist damit abgeschlossen.

(...)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich darf zunächst das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Einzelplan 06 bekannt geben. Diese Bekanntgabe stand ja noch aus. Mit Ja haben 84 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 64 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Einzelplan 06 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 10)

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 11)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium für Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, SPD, FDP,

(Allgemeine Heiterkeit)

FREIE WÄHLER, Entschuldigung. Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/4430 verweise ich darauf, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3382 und 3383 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 06 ist damit abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 11.12.2014 zu Tagesordnungspunkt 21: Haushaltsplan 2015/2016;
Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen, für
Landesentwicklung und Heimat (Drucksache 17/4430)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Aigner Ilse	X		
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Beißwenger Eric	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brückner Michael	X		
von Brunn Florian		X	
Brunner Helmut			
Celina Kerstin			
Dettenhöfer Petra	X		
Dorow Alex			
Dünkel Norbert	X		
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute	X		
Eisenreich Georg	X		
Fackler Wolfgang	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen		X	
Fehlner Martina			
Felbinger Günther		X	
Flierl Alexander	X		
Dr. Förster Linus			
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith	X		
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva		X	
Güll Martin			
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Haderthauer Christine			
Häusler Johann		X	
Halbleib Volkmar		X	
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.			
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold			
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes	X		
Hofmann Michael	X		
Holetschek Klaus	X		
Dr. Hopp Gerhard			
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Huber Martin	X		
Huber Thomas	X		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Kamm Christine		X	
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro	X		
Knoblauch Günther		X	
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter		X	
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia			
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Neumeyer Martin			
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard			
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred			
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz			
Schmidt Gabi		X	
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin			
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd	X		
Dr. Söder Markus	X		
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayer Simone			
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl		X	
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta		X	
Wild Margit			
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	84	64	0

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 21

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 06:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Anwärterstellen Finanzämter
(Kap. 06 05 Tit. 422 21)
Drs. 17/3325
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Martina Fehlner u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhalt von 152 Stellen aus der ehemaligen Kfz-Steuerverwaltung
(Kap. 06 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/3338
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Inge Aures u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Mehr Personal in der Steuerverwaltung für einen besseren Steuervollzug und mehr Steuergerechtigkeit in Bayern
(Kap. 06 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/3339
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Inge Aures u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Im Jahr 2015 insgesamt zusätzliche 870 Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst bei den Finanzämtern
(Kap. 06 05 Tit. 422 21)
Drs. 17/3340
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Inge Aures u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Insgesamt 20 neue Dozentenstellen an der Landesfinanzschule Bayern und dem Fachbereich Finanzwesen der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege
(Kap. 06 06 und 06 14 jeweils Tit. 422 01)
Drs. 17/3341
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Annette Karl, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zusätzliche Verwaltungsoberberater in den Vermessungsämtern
(Kap. 06 22 Tit. 422 01)
Drs. 17/3510
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Keine Verdopplung der Ausgaben für den „CIO“
(Kap. 06 01 Tit. 547 01)
Drs. 17/3397
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Finanzverwaltung stärken – blockierte Planstellen freimachen
(Kap. 06 05 Tit. 422 21)
Drs. 17/3398
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Baustopp an der Außenstelle des Finanzamts München in Höchstädt
(Kap. 06 05 Tit. 729 22)
Drs. 17/3399

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Wolfgang Fackler

Abg. Kerstin Celina

Abg. Angelika Weikert

Abg. Gabi Schmidt

Abg. Walter Nussel

Abg. Joachim Unterländer

Abg. Arif Taşdelen

Abg. Doris Rauscher

Abg. Steffen Vogel

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Abg. Christine Kamm

Abg. Tanja Schorer-Dremel

Abg. Ruth Waldmann

Staatsministerin Emilia Müller

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 20** auf:

Haushaltsplan 2015/2016

Einzelplan 10 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 17/3934 mit 17/3940)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 17/3908 mit 17/3933, 17/3985 und 17/3986)

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 17/3828 mit 17/3847 und 17/4161)

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 17/4010 mit 17/4026, 17/4028 und 17/4029)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von zwei Stunden vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 33,5 Minuten, auf die SPD-Fraktion 21 Minuten sowie auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils 16 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Die Staatsregierung kann deshalb bis zu 33,5 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeiten der Fraktionen verlängern.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass zu den Änderungsanträgen auf den Drucksachen 17/3832, 17/3913, 17/3927, 17/4017 und 17/4029 jeweils namentliche Abstimmung beantragt worden ist.

Nun eröffne ich die Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Wolfgang Fackler von der CSU. – Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Wolfgang Fackler (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Staatsministerin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Eine Gesellschaft zeichnet sich dadurch aus, wie sie mit ihren schwachen Mitgliedern um-

geht. Wir alle kennen den sozialen Aspekt dieser Aussage. Doch wie können die Qualität und das Niveau einer Gesellschaft gemessen und beurteilt werden bzw. wie kann diese Aussage präzisiert werden?

Dafür ist der Sozialetat aus meiner Sicht ein sehr guter Indikator. Er spiegelt die politischen Ansätze wider, die die Verantwortlichen unter den gegebenen Voraussetzungen sehen und angehen. Die bayerischen Sozialpolitiker wollen viele Impulse setzen. Die Details und Handlungsfelder dokumentiert der bayerische Sozialhaushalt 2015/2016, der 273 Seiten umfasst.

Doch nicht nur die Vielzahl der Ansatzpunkte und Einzelposten beweist, wie wichtig dem Freistaat Bayern der sozialstaatliche Anspruch ist, auch die puren Zahlen zeigen dies deutlich. So weist der vorliegende Sozialhaushalt für die Jahre 2015 und 2016 eine Aufstockung um circa 400 Millionen Euro auf rund 4,4 Milliarden Euro in den Jahren 2015 und 2016 auf. Damit sind Steigerungsraten von fast 10 % gegenüber 2014 zu verzeichnen. Zur Erinnerung: 2013 lagen wir noch bei 3,6 Milliarden Euro, und im Nachtragshaushalt 2010 gar nur bei 2,6 Milliarden Euro. Wer also hätte sich diese Steigerung auch nur vorstellen können?

Der Sozialetat ist und bleibt damit der fünftgrößte Ausgabenposten des bayerischen Haushalts. Diese Entwicklung und die Gesamthöhe des Etats sind unter der Prämisse, nicht nur am Haushalt ohne Neuverschuldung, sondern sogar am Schuldenabbau festzuhalten, mehr als bemerkenswert. Das ist sogar großer Anerkennung wert, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Der Sozialetat spiegelt aber auch die wirtschaftliche Dynamik und die wirtschaftliche Stärke in Bayern wider und wird dabei auch der Generationenverantwortung gerecht. Die neuen Rekordzahlen zeigen uns: Wir brauchen diese wirtschaftliche Dynamik für ein soziales Gleichgewicht. Nur durch Wirtschaftlichkeit kann ein gesamtsozialer Fort-

schritt für die Gesellschaft erreicht werden. - Verehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich im Folgenden die wichtigsten Bereiche anreißen. Seit Konfuzius

(Zurufe: Oooh!)

wissen wir, dass die Familie die Keimzelle unserer Gesellschaft ist.

(Beifall bei der CSU)

Dementsprechend ist es folgerichtig, dass insbesondere die Leistungen für Familien erneut kräftig ansteigen. Hierfür sind in den Haushaltsjahren 2015 und 2016 jeweils circa 1,9 Milliarden Euro vorgesehen, was einem Anteil von 43 % an allen Ausgaben des Sozial Etats entspricht. Bayern ist und bleibt unbestritten familienfreundlich und leistet hier mehr als jedes andere Bundesland. Wir sind deshalb das Familienland Nummer 1.

(Beifall bei der CSU – Karl Freller (CSU): Sehr richtig!)

Der weitaus größte Teilbetrag an den Ausgaben des Sozialhaushalts geht in die Förderung von Kindertageseinrichtungen. Der entsprechende Haushaltsansatz beträgt 1,55 Milliarden Euro, was eine Steigerung um 145 Millionen Euro bzw. 157 Millionen Euro bedeutet. An dieser Stelle möchte ich deshalb auch einmal ein ausdrückliches Lob für die gute Arbeit und die gute Qualität in unserer Bildungs- und Betreuungsarbeit für Kinder und Jugendliche in Bayern aussprechen.

(Beifall bei der CSU)

Schaut man sich die Ergebnisse von Bildungsstudien an, kann man erfreut feststellen, dass bayerische Schüler im Bundesdurchschnitt

(Zuruf von den GRÜNEN)

immer Spitzenplätze einnehmen. Auch die sehr niedrige Jugendarbeitslosigkeit in unserem Land belegt gerade nicht die These von schlechter Bildungsqualität in unseren Einrichtungen.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Die Bertelsmann-Stiftung - -)

Selbstverständlich kann man immer besser werden. Dies sollte auch das Bestreben aller Verantwortlichen sein. Wir sollten aber nicht ständig unsere Kitas und Schulen schlechter reden, als sie sind.

(Beifall bei der CSU)

Dies wird den Leistungen der Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas nämlich nicht gerecht. Wir setzen in diesem Bereich weiterhin auf Unterstützung und Entlastung der Familien sowie auf die Erhöhung der Qualität der frühen Bildung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zudem gibt es Bildungs- und Betreuungsqualität nicht nur in Kitas und Schulen, sondern vor allem auch daheim im Elternhaus. Das muss an dieser Stelle auch einmal gesagt werden.

(Beifall bei der CSU)

Die weltweiten Krisen haben auch Bayern ergriffen, sodass ich zur Asylpolitik komme. Viele Menschen müssen aus ihren Heimatländern flüchten und bringen sich in Bayern in Sicherheit. Der Sozialetat bildet diese Entwicklung gut ab; denn die Ansätze für die Unterbringung der Asylbewerber wurden deutlich angehoben. Der Gesamtbetrag an Aufwendungen erhöht sich demnach um über 100 Millionen Euro auf circa 450 Millionen Euro für 2015 und 2016. Das ist für zwei Jahre knapp eine Milliarde Euro; nur damit man das einmal deutlich versteht. Dies ist gegenüber dem Jahr 2014 eine Steigerung um rund 30 %. Zum Vergleich: Im Jahr 2012 lagen wir noch bei 121 Millionen Euro. Das ist circa ein Viertel der heutigen Aufwendungen für Asyl.

Die Situation bei der Aufnahme von Flüchtlingen hat sich in Bayern deutlich verbessert. Die im Herbst ergriffenen Maßnahmen der Bayerischen Staatsregierung haben die Kapazitäten bei der medizinischen Versorgung und bei der Unterbringung erheblich ausgeweitet. Im Gegensatz zum Bund und zu anderen Ländern entlastet der Freistaat seine Kommunen, indem er ihnen die Kosten in vollem Umfang erstattet. Wir haben diese Thematik in Bayern bisher gut bewältigt, was in hohem Maße auch auf die Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung und auf die Mithilfe der Kommunen zurückzuführen ist; denn der Freistaat unternimmt erhebliche humanitäre Anstrengungen. In den nächsten beiden Jahren geben wir für die Bewältigung der Flüchtlingsströme so viel Geld aus wie für die Städtebauförderung und die Staatsstraßen zusammen.

Rund 50.000 Flüchtlinge leben derzeit in den Gemeinschaftsunterkünften in Bayern. Bei diesen Menschen gilt es, in einem ersten Schritt zu klären, ob eine Aufnahme überhaupt infrage kommt. Nur wenn diese erste Frage mit Ja beantwortet ist, reden wir in einem zweiten Schritt über deren Zukunft in Deutschland. Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, sei mir noch eine Bemerkung gestattet: Die größte Flüchtlingsbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg ist eine gesamteuropäische Aufgabe und erfordert eine europäische Solidarität.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen die anderen EU-Länder an ihre Pflichten aus den Schengener Abkommen und der Dublin-III-Verordnung erinnern, damit sie diese erfüllen. Nur dann erreichen wir eine gerechte Lastenverteilung in Europa. Nur so können wir die Flüchtlingswelle besser bewältigen.

Auf dem Gebiet der freiwilligen Leistungen gilt es festzuhalten, dass Bayern eines der wenigen Bundesländer in Deutschland ist, die überhaupt noch freiwillige Leistungen zahlen. Auch dies ist bemerkenswert und ein ganz wesentlicher Beitrag zum sozialen Gleichgewicht.

Als erste Mehrung möchte ich die beim Thema "Bayern – Barrierefrei 2023" erwähnen, das wir jetzt schon mehrfach diskutiert haben. Der Freistaat Bayern geht in diesem Bereich als Ideengeber voran, kann die Herausforderungen aber nicht allein bewältigen. Denn es ist und bleibt eine Aufgabe für viele: Freistaat, kommunale Spitzenverbände, Kommunen und Eigentümer. Nur gemeinsam, schrittweise und verantwortungsbewusst lässt sich diese große Aufgabe schultern.

Insgesamt steht im Doppelhaushalt 2015/2016 für die drei Handlungsfelder Mobilität, Bildung und öffentlich zugängliche staatliche Gebäude ein Investitionsvolumen von rund 193 Millionen Euro zur Verfügung. Durch einen Änderungsantrag der CSU erhöht sich dieser Betrag nochmals um 12 Millionen Euro auf rund 205 Millionen Euro. Für flankierende Maßnahmen als Beitrag zum Leitziel "Bayern -Barrierefrei 2023" sind in den Jahren 2015/2016 erstmals Ausgabemittel und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von jeweils 2,5 Millionen Euro veranschlagt. Dies ist ein Signal an unsere behinderten Mitbürgerinnen und Mitbürger. Es weckt Zuversicht und zeigt, dass wir dieses wichtige gesellschaftliche Thema mit Überzeugung angehen.

Eine nennenswerte Erhöhung weist auch der Ansatz für die Jugendhilfe auf. Die Mittel werden sich hier nochmals um 250.000 Euro bzw. 1,1 Millionen Euro auf rund 30 Millionen Euro bzw. 31 Millionen Euro erhöhen. Damit können bei der wichtigen Jugendsozialarbeit an Schulen weitere 40 Stellen im Jahre 2015 bzw. 60 Stellen im Jahre 2016 in das staatliche Förderprogramm aufgenommen werden. Diese Präventionsarbeit stellt eine effiziente Unterstützungsleistung für die vor Ort unterrichtenden Lehrer dar. Das gilt es zu stärken, wie ich aus meinem eigenen Stimmkreis weiß.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Celina zu?

Wolfgang Fackler (CSU): Zum Schluss! - Erwähnen möchte ich auch die Aufstockung der Fördermittel für die Jugendarbeit in Höhe von jeweils 500.000 Euro in den Jah-

ren 2015/2016. Mit diesen zusätzlichen Mitteln ist vor allen Dingen die verstärkte Förderung von Investitionskosten möglich. Durch zwei Änderungsanträge der CSU-Fraktion hat sich dieser Ansatz zudem um weitere 2 Millionen Euro erhöht. Damit sollen in erster Linie die Ziele und mehrere Schwerpunkte des im vergangenen Jahr fortgeschriebenen Kinder- und Jugendprogramms verwirklicht werden. - Aus diesem Betrag erhält auch der Verein JFF einen erhöhten Zuschuss von 200.000 Euro. Auch beim Ansatz für die Förderung des Abbaus der Gewalt gegen Frauen und Kinder ist erfreulicherweise eine Aufstockung um jährlich 250.000 Euro auf rund 1,9 Millionen Euro vorgesehen.

Durch eine Initiative der CSU-Fraktion werden diese Mittel nochmals um 300.000 Euro aufgestockt, sodass wir letztendlich proaktive Beratungsangebote für Frauen schaffen können, um diese besser vor Gewalt zu schützen. Denn mit diesem Geld können neben den Zuschüssen an soziale Einrichtungen künftig auch acht Interventionsstellen mit proaktivem Beratungsansatz gefördert werden. Ich denke, dieses Thema bleibt nichtsdestotrotz ein drängendes politisches Anliegen, dem wir auch weiterhin unsere Aufmerksamkeit schenken werden.

(Beifall bei der CSU)

Des Weiteren darf ich noch auf zwei freiwillige Leistungen im Bereich der Unterbringung von Asylbewerbern eingehen. Zum einen ist vorgesehen, den Ansatz für die Asylsozialberatung um 4 Millionen Euro auf 9,3 Millionen bzw. 9 Millionen Euro in 2016 anzuheben. Damit kann der Betreuungsschlüssel für die Erstaufnahmeeinrichtungen von 1 : 150 auf 1 : 100 abgesenkt werden. Zudem wird auch der deutliche Ausbau der Förderung des Betreuungspersonals ermöglicht, entsprechend der Schaffung weiterer Plätze in Gemeinschaftsunterkünften.

Zum anderen kümmern wir uns auch um die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, indem wir bei Bedarf jährlich bis zu 8,5 Millionen Euro für diese Aufgabe zur Verfügung stellen. Über die bereits genannten Änderungsanträge hinaus sind noch folgen-

de weitere Initiativen der CSU-Fraktion zu nennen: Mit zusätzlichen 300.000 Euro für die Förderung der Betreuungsvereine soll eine bestmögliche Unterstützung der ehrenamtlichen Betreuer durch die Vereine sichergestellt werden. – Mit zusätzlichen 500.000 Euro für die Ehe- und Familienberatung wird dem stetig steigenden Beratungsbedarf von Paaren und Familien in Krisensituationen Rechnung getragen. Für die Sanierung von Einrichtungen Heimatvertriebener werden 1 Million Euro zur Verfügung gestellt und für das Projekt "mehrWert Demokratie" 45.000 Euro.

Die Änderungsanträge der CSU-Fraktion belaufen sich auf insgesamt 4,15 Millionen Euro. Die Wunschzettel der Opposition sind im Vergleich zu unserem Vorschlag 25-mal, 21-mal bzw. 13-mal so lang wie unser Vorschlag. Die Anträge der SPD belaufen sich auf insgesamt 105 Millionen Euro, die der FREIEN WÄHLER auf 85 Millionen Euro und die der GRÜNEN auf 54 Millionen Euro. Das ist leider selbst kurz vor Weihnachten beim besten Willen nicht darstellbar.

(Beifall bei der CSU – Harald Güller (SPD): Noch nicht mal euer G7-Gipfel!)

Zum Abschluss ist es mir wichtig, nicht auf den G7-Gipfel einzugehen, sondern den Abertausenden Ehrenamtlichen im Sozialbereich an dieser Stelle sehr herzlich zu danken.

(Beifall bei der CSU)

Mein Dank gilt aber auch den vielen im Lande arbeitenden Sozialverbänden und auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bayerischen Sozialministeriums mit unserer Ministerin Emilia Müller an der Spitze, der ich für ihren stetigen, unermüdlichen Einsatz in diesem sensiblen Bereich sehr herzlich danke.

(Beifall bei der CSU)

Ich danke auch allen Sozialpolitikern in diesem Raum, vor allem unserem Vorsitzenden Joachim Unterländer, aber auch seiner Stellvertreterin Angelika Weikert, die

immer wieder eingesprungen ist, sowie allen weiteren Mitgliedern des Sozialausschusses.

(Beifall bei der CSU)

Zusammenfassend gilt es festzuhalten: Der Sozialhaushalt bietet in den kommenden beiden Jahren eine sehr gute Grundlage. Er passt sich den veränderten Anforderungen mit Blick auf das Asylthema an und stellt Weichen für die Zukunft. Oder anders ausgedrückt: Er zeigt, dass Bayern ein vorbildliches Bundesland ist. Bayern ist wirtschaftlich stark. Bayern ist sozial und Bayern denkt auch an seine schwächeren Bürgerinnen und Bürger. Dafür wollen wir auch in Zukunft gemeinsam arbeiten. Ich bitte um Zustimmung.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, die Frau Celina hat sich für eine Zwischenfrage gemeldet. Bitte sehr, Kollegin Celina.

Kerstin Celina (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Fackler, Sie haben das Thema Asyl genannt und europäische Solidarität gefordert. Wie diese aussehen soll, ist seit letzter Woche bekannt. Die CSU hat in einem Leitantrag für ihren Parteitag ein Sonderprogramm für Flüchtlingshilfe in Höhe von 1 Milliarde Euro gefordert. Dass die Leitantragsentwürfe der CSU nicht immer sinnvolle Vorschläge beinhalten, haben wir letztes Wochenende mitbekommen. Ich frage Sie allerdings, wie Sie das sehen. Schließlich hat Italien über lange Zeit hinweg alle Kosten für Mare Nostrum und für die Grenzsicherung selber zahlen müssen. Da ist niemand auf die Idee gekommen, dass die Europäische Union sich daran beteiligt. Daher finde ich Ihre Idee jetzt unsinnig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Fackler, Sie haben das Wort.

Wolfgang Fackler (CSU): Ich glaube, wir brauchen hier im Hohen Haus nicht über parteiinterne Anträge zu reden. Letztendlich ist klar, dass wir eine europäische Solidarität in dieser Frage brauchen. Die Italiener haben sich an die Vereinbarungen, die in Schengen und Dublin gemacht worden sind, zu halten, und diese gilt es letzten Endes umzusetzen und auch weiterhin zu debattieren.

(Kerstin Celina (GRÜNE): Dabei sterben Menschen!)

Letztendlich ist es unsere Aufgabe, humanitäre Hilfe solidarisch zu leisten. Das tun wir mit der Zurverfügungstellung unserer Mittel. Und das ist die Aufgabe, die wir erfüllen können.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Bevor ich der nächsten Rednerin das Wort gebe, darf ich zwei Dinge tun. Erstens begrüße ich die Behindertenbeauftragte der bayerischen Staatsregierung, Frau Irmgard Badura, auf der Tribüne sehr herzlich.

(Allgemeiner Beifall)

Wir freuen uns, dass Sie der Debatte über den Haushalt für Ihr Aufgabengebiet beiwohnen.

Zweitens. Angesichts von sechs namentlichen Abstimmungen, die uns in diesem Zusammenhang noch ins Haus stehen, habe ich mich mit den Fraktionen dahingehend verständigt, dass wir keine Mittagspause machen. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir unmittelbar nach diesem Tagesordnungspunkt mit dem Einzelplan 06 fortfahren werden, damit wir das zeitliche Ende absehen können.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt hat Frau Kollegin Angelika Weikert von der SPD das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Angelika Weikert (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Eine gute Sozialpolitik kann sich im Grunde an drei "A" orientieren. Das erste "A" steht für das Aufwachsen von Kindern in unseren Familien und unserer Gesellschaft. Dazu wird meine Kollegin Doris Rauscher im Laufe der Diskussion einiges beitragen. Das zweite "A", Kolleginnen und Kollegen, steht für Armut, hier natürlich für Armutsbekämpfung. Das dritte "A" steht für die Gestaltung einer älter werdenden Gesellschaft.

Die Ausgangslage für diese drei "A" finden wir im Bericht zur sozialen Lage in Bayern. Ich gehe davon aus, dass Sie alle ihn nicht nur in den Aktenschränken verstaut haben, sondern die wichtigsten Daten im Kopf parat haben. Der Sozialbericht der Staatsregierung sollte die Leitlinie für die Sozialpolitik in Bayern vorgeben.

Ich bleibe beim zweiten "A", beim Thema Armut. Armut hat im Land Bayern zugenommen. Im Vergleich der letzten zehn Jahre ist die Armutsgefährdungsquote in Bayern von 13,8 % auf 14,3 % gestiegen. 1,7 Millionen Menschen in Bayern leben von weniger als 754 Euro im Monat. Besonders betroffen sind ältere Menschen über 65 Jahre, in Bayern deutlich mehr als im übrigen Bundesgebiet, Alleinerziehende, Personen mit Migrationshintergrund, und – besonders schmerzlich – Kinder unter sechs Jahren sind zu 16,6 % armutsgefährdet, Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren zu 15,3 %.

Dagegen steht Reichtum im Land: 10 % der Menschen in Bayern haben ein Einkommen, welches um 200 % über dem mittleren Einkommen liegt. Der Abstand zwischen den einkommensstärksten und einkommensschwächsten 10 % der bayerischen Bevölkerung hat zwischen 2008 und 2012 um 5,6 % zugenommen. Das ist nur die Einkommenssituation und sagt noch nichts über die Vermögenssituation aus.

Entscheidend für Armutsgefährdung ist sowohl bei Kindern als auch bei älteren Menschen die Erwerbsbiografie, bei Kindern natürlich die der Eltern. Deshalb steht gute Arbeit für uns Sozialdemokraten nach wie vor im Mittelpunkt unserer Politik. Es hat uns schon erstaunt, mit welcher Leichtigkeit die CSU und die Bayerische Staatsregie-

rung mit dem Thema Mindestlohn umgehen. Was soll eigentlich die Aussage des Kollegen Erwin Huber, die er in diesem Zusammenhang gemacht hat - jetzt ist er gerade nicht da -: Nun haben wir zwar den Mindestlohn, den musste man hinnehmen, aber kontrollieren ist zu viel des Guten. - Der gesetzliche Mindestlohn ist ein Mittel – ich betone, ein Mittel –, um den Menschen im Land zu einem besseren Einkommen zu verhelfen. Genauso wichtig sind eine stärkere Tarifbindung, mehr Allgemeinverbindlichkeit bei den Tarifverträgen und die regelmäßige Anhebung des Mindestlohns.

(Beifall bei der SPD)

Ich kündige schon jetzt an: Diesen laxen Umgang mit dem Thema Mindestlohn in Bayern werden wir Sozialdemokraten nicht hinnehmen.

(Beifall bei der SPD)

Bleiben wir bei der Erwerbsbiografie. Ich spreche kurz die Langzeitarbeitslosigkeit an. Alle Studien belegen: Um hier tatsächlich Wirkung zu erreichen, brauchen wir eine öffentlich geförderte Beschäftigung. Leider konnten wir uns bisher in der Großen Koalition in Berlin zu diesem Thema nicht durchsetzen. Aber auch hier verspreche ich: Wir bleiben dran. Öffentliche Beschäftigung zum Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit muss es geben.

(Beifall bei der SPD)

Ganz wichtig bei Armut und Erwerbsbiografie ist das Thema Jugendarbeitslosigkeit. Es ist gut, dass wir in Bayern im Vergleich zu den anderen Bundesländern und im europäischen Vergleich eine gute Ausgangslage haben. Aber in neueren Studien – übrigens, Frau Müller, mit Unterstützung Ihres Sozialministeriums – wurde festgestellt, dass die Zahl der Jugendlichen ohne Ausbildung, die Zahl derer, die sich in unserem System verweigern, die nach einer verkrachten Schullaufbahn einfach nichts mehr wissen wollen von Schule und Bildung, groß ist und immer größer wird. Genau um

diese Gruppe von Jugendlichen, die keiner mehr erreicht, die in keinen Statistiken auftauchen, müssen wir uns besonders kümmern.

(Beifall bei der SPD)

Das Thema Jugendarbeitslosigkeit können wir in Bayern nicht abhaken. Kein Jugendlicher darf verloren gehen. Das gilt für uns Sozialdemokraten nach wie vor.

(Beifall bei der SPD)

Zum Thema Armut und Reichtum passt eine Studie der OECD, die erst vor wenigen Tagen veröffentlicht wurde - ich kann sie kurz zeigen -, mit der Überschrift: Wachsende Ungleichheit bremst deutsches Wachstum. Diese Studie besagt, dass wachsende Ungleichheit das deutsche Wachstum bremst. Gerade für die Wirtschaftspolitiker hier im Hause halte ich das für eine lohnende Lektüre. Die Autoren stellen fest: Starke Ungleichheit in der Einkommensverteilung ist eine Wachstumsbremse, vor allem deshalb, weil in dem ärmeren Teil der Bevölkerung naturgemäß von den Familien nur noch wenig in Bildung investiert werden kann. Klar, wenn man gerade einmal genug zum Leben hat, hat man wenig Geld, den Bildungsprozess der Kinder zu begleiten. Wir wissen alle, in Bayern gilt nach wie vor: Der Bildungsprozess der Kinder ist vom Geldbeutel der Eltern abhängig.

(Beifall bei der SPD)

Diese Ungerechtigkeit schadet Deutschland. Umverteilung ist deshalb richtig und wichtig. Es ist auch langfristig der richtige Weg, um Wachstum zu ermöglichen. Gerechtigkeit und wirtschaftliche Entwicklung zusammen zu denken, Kolleginnen und Kollegen, ist daher das Ziel sozialdemokratischer Politik.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe jetzt zum "A" wie Armut gesprochen. Auf das Thema ältere Menschen und Mobilität geht Kollegin Waldmann später ein.

Asyl fängt auch mit "A" an. Einige Bemerkungen hierzu. Wir haben im Plenum und im Ausschuss wirklich viel über das Thema Asyl geredet. Deswegen möchte ich mich heute auf drei für mich sehr wichtige Bemerkungen beschränken.

Erstens. Die durch die Krisen in unserer Welt ausgelösten Fluchtbewegungen und die damit verbundenen Herausforderungen für Bayern haben Sie von der Bayerischen Staatsregierung jahrelang ignoriert. Wir hoffen, dass durch den jetzt eingerichteten Krisenstab alle Menschen, die jetzt im Winter zu uns kommen, gut durch den Winter kommen.

Zweitens. Ein Bett alleine reicht nicht. Diese Menschen brauchen persönliche Zuwendung, und die wird ihnen durch die haupt- und ehrenamtlich Aktiven in der Flüchtlingsarbeit gewährt. Wir finden hier eine ungeheure Solidarität innerhalb unserer Gesellschaft vor. Es gibt eine Willkommenskultur in den Gemeinden, in den Städten. Von den Städten und Gemeinden und Landkreisen wurde ganz viel geleistet. Aber ich sage an dieser Stelle ganz ausdrücklich: Asylsozialarbeit ist ein unverzichtbarer Bestandteil dieser gesellschaftspolitischen Aufgabe. Es bleibt auch nach dem Haushaltszuwachs für uns immer noch die Frage: Wie groß ist der Schlüssel, nicht in den Erstaufnahmeeinrichtungen, sondern in den Gemeinschaftsunterkünften im Land? Auf meine Nachfrage im letzten Plenum haben Sie, Frau Müller, versichert, der Schlüssel wird 1 : 150 sein. Wir finden allerdings diese Regelung in keiner der Grundlagen, auch nicht im Haushaltsgesetz.

(Beifall bei der SPD)

Kollege Kreuzer hat zu Beginn dieser Haushaltsdebatte vieles gesagt. Ein richtiger Satz war dabei, vielleicht mehrere, aber einen will ich hervorheben. Er hat gesagt, dass die Finanzierung der Unterbringung der bei uns ankommenden Flüchtlinge und Asylbewerber staatliche Aufgabe ist. Deshalb erhalten die Kommunen vollen Ersatz. Das ist so. Die Unterbringung ist eine staatliche Aufgabe, also müssen Sie es im

Haushalt auch abbilden. So ist die Situation, da gibt es nichts, wofür besonders zu danken wäre, sondern Sie haben diese Aufgabe einfach zu erfüllen.

(Beifall bei der SPD)

Das Dritte, Kolleginnen und Kollegen, verursacht überhaupt keine Kosten. Es ist gesellschaftspolitisch trotzdem sehr wichtig. Die Menschen, die zu uns kommen, ob aus Bürgerkriegsgebieten, aus Staaten, in denen es keinen Staat mehr gibt, wegen Armut, Naturkatastrophen oder aus welchen Gründen auch immer, sind Opfer und nicht Täter.

(Beifall bei der SPD)

Wählen Sie deshalb eine verantwortungsvolle Sprache, wenn Sie mit dieser Thematik umgehen. Wählen Sie eine Sprache, die Ängste in unserer Gesellschaft abbaut und nicht schürt. Das wäre ein wichtiger gesellschaftspolitischer Beitrag. Dieser Beitrag wäre gerade in der momentanen Situation, wo es in der Gesellschaft noch eine hohe Bereitschaft gibt, Flüchtlinge aufzunehmen, sehr wichtig.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, ich will mich zum Schluss bedanken. Ich bedanke mich bei den Mitarbeitern Ihres Ministeriums, Frau Ministerin Müller, bei Herrn Höhenberger und bei Herrn Sigl. Wir hatten immer eine korrekte Zuarbeit vonseiten des Ministeriums. Ihre Mitarbeiter im Ministerium standen uns hilfreich zur Seite, wenn es Petitionen gab. Ich bedanke mich als stellvertretende Ausschussvorsitzende auch bei Herrn Unterländer und bei den Kollegen im Sozialausschuss für die gute Zusammenarbeit. Trotz unterschiedlicher Positionen, die wir im Sozialausschuss sehr deutlich austragen, geht es uns um Gemeinsamkeiten. Ich denke nur an die Vorgehensweise beim Bundesteilhabegesetz. Hier haben wir als Ausschuss immer Wert darauf gelegt, dass viele Interessengruppen in diesen Prozess einbezogen werden. Dafür bedanke ich mich. Vielen Dank für Ihr Zuhören und eine gute weitere Beratung!

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächste hat Kollegin Gabi Schmidt von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Unterländer, Frau Weikert, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bayern ist spitze. Das habe ich gestern bis abends um neun Uhr – und ich habe es sicherlich einige Male verpasst – 57-mal gehört.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es reicht nicht, wenn Sie Ihre Goldmedaille polieren, die Sie in der Kreisliga oder der Landesliga errungen haben, und sich darauf ausruhen. Sportler sollten weiter trainieren und nach Höherem streben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie sind der Steuermann in Bayern. Das hat der Souverän, der Wähler, so bestimmt. Sie sind der Steuermann in diesem Ruderboot. Eines möchte ich Ihnen aber sagen: Der Bürger stattet Sie aus. Es ist eine Mannschaftsleistung in Bayern, die diese Steuereinnahmen und dieses System erwirkt hat. - Herr Freller ist leider nicht da. - Es ist nicht das Verdienst der CSU, was wir hier verplanen, es ist das Verdienst des Bürgers.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Das hat er auch nicht gesagt, das müssen Sie lesen!)

Der Mensch steht im Mittelpunkt. Sie haben eine Koalition mit den Bürgern. So, wie Sie mit Koalitionspartnern umgegangen sind, weiß auch ich nicht, ob ich mit Ihnen froh wäre, aber man kann sich immer verändern. Manchmal habe ich das Gefühl, dass Sie keine Koalition mit Frauen, mit Jugendlichen aus schwierigen Verhältnissen, mit Zuwanderern und mit Menschen auf der Flucht eingehen. Auch die Taubblinden und an-

dere haben Sie vergessen. Wenn man so großartig ist, müsste man sich dadurch auszeichnen, wie man mit den Schwächsten in der Gesellschaft umgeht. Liebe Frau Schreyer-Stäblein, ich habe gestern Ihren Lobgesang einmal hochgerechnet. Ich gehe davon aus, dass jeder stramme CSUler 50-mal am Tag Bayern und die CSU lobt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Und das in Richtung Osten!)

Bei 100 Abgeordneten – ich meine, einer fällt vielleicht einmal aus – und 360 Tagen im Jahr - an Weihnachten braucht man das nicht – sind das 1,8 Millionen Mal im Jahr, in denen Bayern und die CSU gelobt werden. Ich wünschte, Sie hätten diese Energie für Schwache, Obdachlose und Frauen, die unter Gewalt leiden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Wir können halt beides, das ist der Vorteil!)

Herr Kreuzer, Sie haben gestern gesagt, man musste die Kröte Mindestlohn schlucken. Ich möchte zum Mindestlohn nicht mehr viel sagen. An der Anakonda, die Maut heißt und die die SPD schlucken musste, wird sich eventuell das ganze Land verschlucken.

(Thomas Kreuzer (CSU): Sprechen Sie zum Sozialhaushalt? – Angelika Weikert (SPD): Was hat das eine mit dem anderen zu tun?)

Ich spreche schon weiter. Mehr Menschen sind im letzten Jahr in die Grundsicherung gegangen. Für heuer weiß man es noch nicht. Früher war es jeder Hundertsechste in Bayern. Vier von fünf sind Frauen. Im letzten Sozialbericht war es jeder oder jede Hundertste. Von 391 Euro im Monat muss eine alleinstehende Frau leben. Das ist vielleicht das, was mancher von uns in der Woche ausgibt. Bitte denken Sie daran, dass die Zahl der Menschen in der Grundsicherung gestiegen ist. Es ist auch ein Zeichen für ein Land, ob es den Menschen gut geht oder nicht. Und hier müssen wir schon einmal "In Bayern ist alles toll" abziehen.

Zum Blindengeld. Als Steuermann in diesem Boot ermöglichen Sie Blinden und Taubblinden nicht einmal die Mitfahrt in dem Boot Sozialpolitik oder dem Boot Bayern, weil sie keinen Zugang zum Steg haben. Egal, ob es jetzt Barrierefreiheit oder Mehrausstattung für erhöhte Lebenshaltungskosten ist. Ich bitte Sie, ändern Sie das! Die Vorschläge waren da. Wenn es uns doch so gut geht, warum können wir nicht jedem Menschen den Zugang ermöglichen? – Alle Menschen wollen an der Mobilität teilhaben. Alle Menschen wollen an der Kommunikation teilhaben. Wir wollen Menschen im Team Bayern haben, egal welche Behinderung und welche soziale Ausstattung sie haben. Wir nennen das Inklusion. Bitte leben Sie Inklusion!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Für die Frauenhäuser haben Sie uns zugesagt, dass der Ansatz um 300.000 Euro erhöht wird. Ich habe noch 300.000 hier stehen. Dafür wollte ich Danke sagen. Jetzt habe ich aber gehört, dass es nur noch 250.000 Euro sind.

(Zuruf von der CSU: 500.000!)

Entschuldigung. Das ist die Erhöhung, mit Sie die acht oder neun Beratungsplätze schaffen wollen, was eine nette Menge ist. Ich möchte Sie aber um eines bitten: Investieren Sie in die Sicherheit von Frauen und Kindern! Wir haben gestern gehört, dass Sie in die Opferhilfe investieren. Die Opferhilfe kommt aber einfach zu spät. Nutzen Sie den Ansatz zuvor, greifen Sie früher ein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein Steuermann gibt den Rhythmus vor, in dem gerudert wird. Ich bitte Sie: Geben Sie doch einmal einen gescheiterten Rhythmus vor, machen Sie ein wenig Zug dahinter.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Machen wir!)

- Das habe ich gemerkt.

Obdachlose und Wohnungslose sind in Bayern nicht genau erfasst, weil die Menschen nicht gemeldet sind. Bundesweit bemüht man sich wenigstens, sie zu erfassen. Auf Bundesebene wird gesagt, dass die Obdachlosigkeit in den letzten Jahren um 25 % gestiegen ist. In Bayern geht man Pi mal Daumen von 25.000 Menschen aus. Wenn man von nur 25.000 Menschen ausgeht, geben wir pro Person und pro Tag vier Cent aus, mit denen der Freistaat die Schwächsten in der Gesellschaft unterstützt. Wir von der Opposition wollten alle gemeinsam nur eine Verdoppelung dieser Mittel, mit denen wir die Kommunen und diese Menschen unterstützen. Das ist keine faire Handlung und kein weitsichtiger Blick des Steuermannes, wenn man den Menschen ganz unten und den Kommunen, die diese unterstützen, nicht einmal vier Cent mehr am Tag gönnt. Das kann es nicht sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zur Integration. Gestern hat der Staatsminister kritisiert, dass wir nur mehr Geld verlangen. Es gibt viele Maßnahmen, die Sie bei der Integration ohne Geld durchführen könnten. Sprechen Sie respektvoll über Menschen, die alles verloren haben. Seien Sie gastfreundlich. Benutzen Sie auch Ihr Hirnschmalz und Ihre Aufmerksamkeit. Wenn wir an einem Platz rund 41 Millionen Euro verbauen und nur 50.000 für die Ausstattung haben, kann doch etwas nicht stimmen. Das kann nicht der Grundsatz der Sparsamkeit sein.

Ich weiß nicht, ob Sie schon einmal bei der Ausschreibung für ein öffentliches Gebäude dabei waren. Hier muss mehr Geld zu den Menschen. Drohen Sie den Menschen im Boot nicht! Behandeln Sie sie mit Respekt, und ändern Sie Ihr Sprachverhalten!

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Das ist eine gute Idee!)

Vorsicht! Eine Goldmedaille hält nicht ewig. Sie haben einfach aufgehört zu trainieren und schauen auf Ihre Trophäensammlung. Trainieren Sie wieder! Tun Sie wieder etwas! Auch andere haben gute Ideen und gute Trainingserfolge. Eines muss ich Ihnen sagen: Wenn die Mannschaft aussteigt, geht der Steuermann gnadenlos unter.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Nussel zu?

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Nein, im Moment nicht. Nachher. – "Armutszuwanderung" ist das Unwort des Jahres geworden. Die sogenannte Deutsch-Pflicht im Wohnzimmer hat die Chance, das nächste Unwort des Jahres zu werden. Ich wünsche an dieser Stelle unserem Ministerpräsidenten gute Genesung, damit er es noch schafft, dieses Unwort des Jahres auf Kosten anderer einzureichen. Ich bin darauf nicht stolz. Sie dürfen das auch nicht sein.

Ich bitte Sie um eines: Gehen Sie vor Ort und sprechen Sie mit den Menschen. Ob in der Jugendarbeit oder beim Ehrenamt: Sie vergeben alle Stellen nur noch befristet. Nichts wird dauerhaft gemacht. Fangen Sie wieder an zu trainieren. Wir messen unsere Kräfte gerne mit den Ihren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Herr Kollege Nussel möchte eine Zwischenbemerkung machen.

Walter Nussel (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Kollegin Schmidt, wir haben uns jetzt zehn Minuten lang angehört, wie schlecht es in Bayern ist. Ich hätte eine direkte Frage: Wo haben wir, die CSU, dem Bürger gedroht? – Das haben Sie in Ihren Ausführungen behauptet.

Eine zweite Frage: Sie waren mit unserer Ministerin in der Türkei. Sie haben gegenüber der Presse erklärt, dass dort im Zusammenhang mit den Flüchtlingen alles besser sei. Wie kommen Sie darauf? Können Sie das einmal begründen? – Es kann nicht sein, dass das, was wir leisten, schlechtgeredet wird. Ich möchte mich dagegen wehren. Durch solche Ausführungen gerät alles, was der Haushaltsausschuss und dieses Haus beschließt, in ein völlig falsches Licht.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Ich beantworte zuerst die zweite Frage. Ich habe gesagt, dass die Organisation der Flüchtlingslager in der Türkei sehr gut und teilweise besser als bei uns ist. Herr Kollege Nussel, sehen Sie sich einmal den Pressebericht von Frau Ministerin Merk an. Sie hat das fast 1 : 1 so geschrieben. Hier habe ich einmal Copy-and-paste gemacht. Ich glaube, ich habe die Hälfte abgeschrieben.

Herr Nussel, Sie waren nicht dabei. Fragen Sie einmal Ihren Integrationsbeauftragten. Was gut ist, muss man auch zugestehen. In diesen Lagern bleiben die Familien zusammen. Ich sage aber auch, was schlecht ist. Sie haben es nicht gesehen. Ich war vor Ort. Sehen Sie es sich einmal selbst an.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Nun zur ersten Frage. Sie sagen: "Wer betrügt, der fliegt", und Sie sagen: Armutszuwanderung brauchen wir nicht. Das ist eine Bedrohung unserer Gäste, die Sie zuvor eingeladen haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei der CSU)

- Selbstverständlich ist das eine Bedrohung. Auf die Anfrage, wie viele Betrügereien es überhaupt gab, kam keine Antwort. Die Zahl der Fälle war minimal. Herr Nussel, ein Generalverdacht ist eine Drohung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Auch wenn man CSU-Abgeordnete generell herabsetzt!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächste hat Frau Kollegin Kerstin Celina vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Bayern schreibt die schwarze Null. Das haben wir in den letzten Tagen immer wieder gehört. Es ist aber

auch leicht, die schwarze Null zu schreiben, wenn Aufgaben und damit Ausgaben auf andere abgewälzt werden, insbesondere auf die kommunalen Träger.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE schreiben in unserem Haushalt ebenfalls die schwarze Null, aber ohne die Kosten abzuwälzen. Wir haben unseren Haushalt gegenfinanziert und keine unfinanzierbare Weihnachtswunschliste hineingeschrieben, wie Sie, Herr Kollege Fackler, gesagt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vor gut einem Jahr hat der Ministerpräsident in diesem Hohen Haus versprochen, dass der gesamte öffentliche Raum in Bayern bis zum Jahr 2023 barrierefrei werden soll. Für mich und viele andere hörte sich das so an, als sei mit diesem Versprechen eine klare Prioritätensetzung verbunden. Liebe Kollegen, wenn ich mir diesen Haushalt so ansehe, ist diese Prioritätensetzung nicht zu erkennen. Stattdessen ist klar, bei dem sogenannten Sonderinvestitionsprogramm "Bayern – Barrierefrei 2023" handelt es sich vermutlich um die größte Mogelpackung im gesamten Doppelhaushalt der Staatsregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Einzelplan 10 wird in einer Übersicht zum Sonderinvestitionsprogramm ein angebliches Investitionsvolumen von 192 Millionen Euro für die Jahre 2015 und 2016 ausgewiesen. Doch bei genauerem Hinsehen zeigt sich, dass nur rund 10 % dieser Summe tatsächlich zusätzliche Mittel im Sinne eines Sonderinvestitionsprogrammes sind. Nur 20 Millionen Euro sind tatsächlich frisches Geld. Das ist weniger als ein halbes Prozent des bayerischen Staatshaushalts. Der Rest besteht aus einem Sammelsurium unterschiedlicher Haushaltstitel, die bereits seit Langem im Haushalt fest eingestellt sind.

Teilweise werden sogar Bundesmittel einfach nur durchgereicht, wie bei den Maßnahmen im ÖPNV. Teilweise werden aus allgemeinen Fördertiteln einfach fiktive Anteile für die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben zur Barrierefreiheit ausgewiesen, wie zum Beispiel bei den Investitionen in Schulen und Kitas oder beim staatlichen Hochbau. Wenn Sie ehrlich sind, sollten Sie das Sonderinvestitionsprogramm in "Sonderdurchreichungsprogramm" oder "Sonderabwälzungsprogramm" umbenennen, statt Versprechen auf Kosten anderer zu machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Von den drei inzwischen definierten prioritären Handlungsfeldern bei der Umsetzung der Barrierefreiheit bleibt bei näherem Hinsehen nicht sehr viel übrig. Das behaupte ich nicht nur; ich kann das auch beweisen: Im ersten Förderbereich, der Mobilität, werden ausschließlich Bundesmittel weitergereicht. Die ausgewiesenen 60 Millionen Euro für neue Linienbusse sind langjährige Bundesmittel zur Förderung des ÖPNV. Bei der Neuanschaffung von Bussen ist die Barrierefreiheit zudem längst Standard. Auch die 20 Millionen Euro zum Umbau von Bahnhöfen sind lediglich weitergegebene Bundesmittel aus dem Kraftfahrzeugsteuerverbund. So lassen sich leicht politische Versprechen auf Kosten anderer machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im zweiten Förderbereich, der Bildung, sieht es nicht besser aus. Bei den 22 Millionen Euro zum Umbau von Kitas und Schulen handelt es sich lediglich um einen geschätzten Anteil der staatlichen Standardförderung zum Bau von Schulen, schulischen Sportanlagen und Kitas. Von einem Gesamtfördervolumen von 742 Millionen Euro nach dem Finanzausgleichsgesetz werden einfach 22 Millionen Euro zur Umsetzung der Standards im Bereich der Barrierefreiheit ausgewiesen. Auch hier handelt es sich lediglich um die Umsetzung der bestehenden gesetzlichen Verpflichtungen nach dem Finanzausgleichsgesetz und nicht um zusätzliche finanzielle Mittel.

Auch im dritten Förderbereich, dem staatlichen Hochbau, werden teilweise einfach fiktive Anteile aus den staatlichen Bundesmitteln für die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben zur Barrierefreiheit ausgewiesen.

Was bleibt denn jetzt an zusätzlichen Mitteln für "Bayern – Barrierefrei 2023"? - Lediglich bei den insgesamt 17,5 Millionen Euro an zusätzlichen Investitionen in die Barrierefreiheit von Bestandsgebäuden könnte es sich um zusätzliches Geld handeln. Doch auch diese Summe ist angesichts des Gesamtbestandes von staatlichen Gebäuden lächerlich gering.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hinzu kommen noch 2,5 Millionen Euro für flankierende Maßnahmen, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit für "Bayern - Barrierefrei 2023". Doch dieses Programm hat weder Werbung noch Öffentlichkeitsarbeit verdient.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Von einer Verwirklichung der Barrierefreiheit im gesamten öffentlichen Raum bis 2023, wie es Ministerpräsident Seehofer in seiner Regierungserklärung versprochen hat, sind wir nicht neun Jahre, sondern eher neunzig Jahre entfernt.

Frau Sozialministerin Müller, Sie gingen in Ihren Planungen bisher von einem zusätzlichen Investitionsbedarf von mindestens 1,5 Milliarden Euro bis 2023 aus. Das Gesamtkonzept scheiterte im Ministerrat an einem Veto von Finanzminister Söder. Die jetzt eingestellten zusätzlichen 20 Millionen Euro sind der klägliche Rest, der übrig blieb. Auf dieser Basis wird es so gut wie keine zusätzlichen Maßnahmen zur Verwirklichung von Barrierefreiheit in Bayern geben. Auch die bayerischen Kommunen erhalten keinerlei staatliche Hilfe bei der Schaffung eines inklusiven barrierefreien Sozialraums vor Ort.

Wir GRÜNEN haben mit unseren Haushaltsanträgen zur Umsetzung der Barrierefreiheit eine Alternative zu dieser faktischen Beerdigung des Sonderprogramms aufge-

zeigt. Wir fordern ressortübergreifend in den Bereichen Verkehr, Soziales, Wissenschaft und Kunst sowie in der Allgemeinen Finanzverwaltung insgesamt rund 200 Millionen Euro an zusätzlichen Mitteln zur Umsetzung der Barrierefreiheit – gegenfinanziert, wie auch Frau Ministerin Aigner vorgestern festgestellt hat. Dabei könnte man von einem Sonderinvestitionsprogramm sprechen. Die alten Kamellen einfach umzubenennen und durchzureichen, wie Sie es tun, ist dagegen unredlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe mir gestern das Bayerische Gesetz zur Gleichstellung, Integration und Teilhabe von Menschen mit Behinderung angesehen. Es wurde bereits im Jahr 2003 beschlossen. In Artikel 3 steht: "Zur Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern sind die besonderen Belange behinderter Frauen zu berücksichtigen und bestehende Benachteiligungen zu beseitigen sowie künftige Benachteiligungen zu verhindern."

Liebe Kollegen und Kolleginnen, wenn behinderte Frauen einen behindertengerechten Platz im Frauenhaus suchen, müssen sie in Bayern lange suchen. Nachdem Sie diesen Antrag und alle anderen Anträge von uns zur Förderung der Frauenhäuser in der letzten Woche abgelehnt haben und nur für die proaktive Beratung der Frauen Geld in den Haushalt eingestellt haben, ist klar: Gleichstellung für behinderte und nicht behinderte Frauen bedeutet, dass sowohl behinderte als auch nicht behinderte Frauen gegebenenfalls keinen Platz in einem Frauenhaus finden, da es trotz massiv gestiegener Zahlen häuslicher Gewalt bei den vorerst 340 Plätzen in Bayern bleiben wird. Das bedeutet weder Gleichstellung noch ist es sozial oder behindertenfreundlich; das ist einfach nur traurig.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Traurig ist auch, dass Sie viele Anträge und Gesetzesvorschläge der Oppositionsfraktionen, die mit wenig Geld zu mehr Barrierefreiheit hätten führen können, in den vergangenen Wochen und Monaten abgelehnt haben. Ein Beispiel bezieht sich auf das

Blindengeld für hochgradig sehbehinderte Menschen. Mit wenig Geld könnte hier viel mehr Teilnahme erreicht werden. Die Gegenfinanzierung erwirtschaften die blinden und sehbehinderten Menschen fast schon selbst, weil ihre Zahl sinkt und weniger Geld für Blindengeld bereitgestellt werden muss. Aber die Erhöhung des Blindengelds für hochgradig sehbehinderte Menschen lässt sich nicht öffentlichkeitswirksam darstellen, indem man bunte Bändchen durchschneidet. Vielleicht rutschte diese Maßnahme deshalb in der Prioritätenliste der Staatsregierung nach unten. Ich finde das schade.

Wie sieht es denn sonst mit den Leistungen für bayerische Bürger, die Hilfe brauchen, aus? Und wie sieht es mit Leistungen für diejenigen, die anderen helfen, aus? – Obwohl der Haushalt des Ministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration im kommenden Doppelhaushalt um knapp 10 % auf insgesamt 4,4 Milliarden Euro wächst, gibt es immer noch zahlreiche Bereiche der sozialen Infrastruktur, die chronisch unterfinanziert sind. Hier ließen sich bereits mit kleinen Beiträgen strukturelle Verbesserungen erreichen. Ich erwähne hier stellvertretend für viele andere Möglichkeiten die von uns geforderte Erhöhung der staatlichen Förderung der seit Jahren chronisch unterfinanzierten Insolvenzberatung in Bayern um eine Million Euro.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe mich jedoch auch gefragt, ob eine Million Euro zu viel sind, wenn sogar für das Sonderinvestitionsprogramm "Bayern - Barrierefrei 2023" nur 20 Millionen Euro an zusätzlichem Geld und für die Energiewende, wie wir gestern gehört haben, nur 10 Millionen Euro bereitgestellt werden.

Die Fallpauschalen für die außergerichtliche Schuldenbereinigung wurden seit 1999, also seit 15 Jahren, nicht mehr angepasst. Allein die Personalkosten sind in diesem Zeitraum um fast 30 % angestiegen. Die wachsende Finanzierungslücke muss von den Trägern der Insolvenzberatung oder den Kommunen ausgeglichen werden, bei steigenden Fallzahlen und gewachsenen Aufgaben.

Als weiteres Beispiel nenne ich die Zuschüsse für die Ehe- und Familienberatung. Die staatliche Unterstützung hierfür wurde seit 2009 nicht mehr an die höheren Personalkosten und den steigenden Beratungsbedarf angepasst. Zumindest für das Jahr 2015 ist aber ein Licht am Horizont zu sehen. Der Fördertopf für 115 bayerische Ehe- und Familienberatungsstellen wurde um 500.000 Euro aufgestockt. Allerdings wird sich spätestens beim Nachtragshaushalt des Jahres 2016 erneut das Problem stellen, ob die Aufstockung der Mittel Bestand hat. Dann werden wir sehen, ob sich das Licht am Horizont als schnell sinkende Sternschnuppe erweist oder tatsächlich dauerhaft wenigstens ein bisschen glimmt.

Liebe Kollegen, wir geben Ihnen allen heute die Möglichkeit, noch einmal Stellung zu beziehen und die vielen guten Anträge, die wir und die Kollegen von den Oppositionsfractionen gestellt haben, zu beurteilen. Sie können nicht nur Stellung beziehen, sondern auch zeigen, wie viel Geld Ihr soziales Gewissen Ihnen in diesen Feldern Wert ist.

Meine Vorrednerinnen haben auch zum Thema Langzeitarbeitslosigkeit und Armut gesprochen. Viele Aspekte davon sind Bundesthemen; aber auch dort sind Sie zuständig. Die Auswirkungen sind hier in Bayern zu spüren. Daher lautet mein Appell: Tun Sie etwas!

Eine Gesellschaft zeichnet sich dadurch aus, wie sie mit ihren schwachen Mitgliedern umgeht. Damit hat Kollege Fackler von der CSU vorhin begonnen, und damit beende ich meine Ausführungen. Ich bitte Sie, diese Haltung in die Tat umzusetzen und den Anträgen zuzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. – Als Nächster hat der Kollege Joachim Unterländer von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Joachim Unterländer (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, einen persönlichen Dank quasi in eigener Sache auszusprechen. Da ich krankheitsbedingt in diesem Jahr einige Zeit ausgefallen bin, möchte ich mich zunächst bei meiner Stellvertreterin Angelika Weikert und auch beim Kollegen Hermann Imhof sehr herzlich bedanken,

(Allgemeiner Beifall)

dass sie nahtlos und in einer menschlich sehr angenehmen, solidarischen Art die Vertretung übernommen und das Miteinander gepflegt haben. Das ist auch für die weitere Zusammenarbeit eine gute Grundlage.

Zu einer effektiven Arbeit in einem Ausschuss gehört aber auch, dass man sich sachlich mit Themen auseinandersetzt. Frau Kollegin Weikert, in der Tat kann man das mit Ihnen in sachlicher Weise tun. Gestatten Sie mir, zu Ihrem Beitrag nur eines zu ergänzen – dabei erinnere ich mich an die Aktuelle Stunde, die vorletzte Woche stattgefunden hat -: Wir unterstützen den Mindestlohn, und wir stehen zu ihm. Das sage ich ganz deutlich. Jedoch ist es problematisch, dafür treu nach deutscher Art einen Kontrollmechanismus aufzubauen und 1.600 zusätzliche Stellen vorzusehen, die im ganzen Land eine Bürokratie entwickeln und die Betriebe nicht mehr atmen lassen. Es ist zu bezweifeln, dass das tatsächlich so effektiv ist, wie gedacht. Zugleich gibt es auf der Bundesebene einen großen Stellenbedarf, zum Beispiel beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Hier müssen die Prioritäten richtig und effektiv gesetzt werden. Es ist notwendig, kritisch zu hinterfragen, ob das richtig gemacht worden ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Gestatten Sie mir an dieser Stelle nur noch zwei grundsätzliche Bemerkungen zu dem, was die Kollegin Schmidt vorgetragen hat. Sie äußert sich zwar im Ausschuss sehr sachlich, aber in dieser Aussprache konnte ich diese Sachlichkeit nicht wahrnehmen. Frau Kollegin Schmidt, Sie fordern, dass wir zusätzliche Leistungen für Taubblin-

de erbringen sollen. Das einschlägige Gesetz ist bereits vorletztes Jahr geändert worden. Für Taubblinde gilt der doppelte Satz des Blindengeldes. Deswegen fordere ich Sie auf: Bleiben Sie bei der Wahrheit, oder informieren Sie sich, wenn Sie so etwas behaupten! Dieser Tonfall zieht sich durch Ihren ganzen Beitrag hindurch. So kann man nicht miteinander diskutieren.

(Beifall bei der CSU)

Mich ärgert besonders, dass Sie davon sprechen, wir würden den Asylbewerbern drohen. Hier droht niemand. Wenn Sie – nicht nur Sie persönlich – Kolleginnen und Kollegen aus diesem Haus wie gestern Abend diffamieren, steht das im Widerspruch zu der Aussage, die Sie in diesem Zusammenhang getroffen haben. Das sollten Sie sich einmal hinter die Ohren schreiben, meine Damen und Herren.

Die bayerische Sozialpolitik, wie sie von der CSU-Landtagsfraktion und der Staatsregierung verstanden wird, ist nicht in erster Linie nur ein Korrekturbetrieb gesellschaftlicher Entwicklungen. Sozialpolitik ist vor allen Dingen dafür vorgesehen, Menschen aus unterschiedlichen Schichten und mit unterschiedlichen Begabungen Perspektiven zu geben, damit sie ein menschenwürdiges Leben selbst gestalten können. Das heißt vom Grundsätzlichen her Hilfe zur Selbsthilfe. Menschen sollen in die Lage versetzt werden, ihr Leben zu meistern, und das Subsidiaritätsprinzip soll in unserem Land zum Gesellschaftsmodell gemacht werden. Ich möchte an dieser Stelle den Selbsthilfeinitiativen, den Bürgerinitiativen, den Freien Wohlfahrtsverbänden, der kommunalen Selbstverwaltung und den Familien in unserem Land danken und der Perspektive Ausdruck verleihen, dass sie ihre Dinge selbstständig und kompetent erledigen können. Da kann man nicht hineinregieren. Das gilt auch für Formulierungen, die in der CSU diskutiert worden sind. Es ist notwendig, dass Subsidiarität auch tatsächlich vollzogen wird. Ich danke den Wohlfahrtsverbänden, der Selbsthilfe und der kommunalen Selbstverwaltung sowie dem bürgerschaftlichen Engagement im Freistaat Bayern. Ein herzliches "Vergelts Gott"! Ohne sie wäre der Sozialstaat wesentlich ärmer.

Meine Damen und Herren, Solidarität brauchen vor allen Dingen diejenigen, die auf Hilfe und Unterstützung angewiesen sind und sich nicht selbst helfen können. Die grundsätzlichen Zielrichtungen müssen in gesellschaftliche Entwicklungen eingebettet sein, die wir zu berücksichtigen haben und mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. So müssen wir auf die demografische Entwicklung mit einem zunehmenden Anteil älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger reagieren. Wir müssen aber auch die Jugend stärken; denn nur wenn wir das Miteinander der Generationen in den Vordergrund rücken, wird sich die Gesellschaft positiv weiterentwickeln können.

Die Globalisierung mit ihren positiven und negativen Folgen zieht unser Land und unsere sozialen Strukturen in den Bann. In diesem Zusammenhang müssen wir uns vor allen Dingen mit den negativen Entwicklungen auseinandersetzen. Die Digitalisierung und die Medienvielfalt sind positiv zu bewerten. Sie haben aber, gerade was die Kindesentwicklung anbelangt, im Alltag nicht immer nur den gewünschten positiven Einfluss. Deshalb ist es notwendig, eine vernünftige Medienkompetenz zu unterstützen.

Die vierte generelle gesellschaftspolitische Herausforderung sind die Flüchtlingsströme. Sie wird nicht nur bei der Unterbringung, sondern auch in der Kinder- und Jugendhilfe und der Migrationsarbeit zu neuen Ansätzen beitragen. Wir hören hier manches kritische und nachdenkliche Wort aus den Fachbereichen, und das muss die Sozialpolitik berücksichtigen. Die CSU-Landtagsfraktion und die Bayerische Staatsregierung versuchen – der Kollege Fackler hat darauf dankenswerterweise hingewiesen –, diese Entwicklung zu berücksichtigen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang einige Themen ansprechen. Die Entwicklungen bedeuten, Familien in ihrem Lebensraum zu unterstützen. Wir sichern im Gegensatz zu der öffentlichen und auch von der Opposition immer wieder betriebenen Diffamierung der betroffenen Menschen finanzielle Leistungen. Das Lebensgefühl der Familien und manche Aussagen der Opposition passen absolut nicht zusammen.

Das Landeserziehungsgeld ist eine ergänzende Leistung zum Elterngeld. Wir streben an, wie es auch in der Regierungserklärung dargestellt worden ist, diese Leistung weiterzuentwickeln. Das so viel kritisierte Betreuungsgeld ist gerade in Bayern ein absolutes Erfolgsmodell. Es wird zu einem sehr hohen Prozentsatz angenommen. Studien, in denen kritisiert wurde, dass das Erziehungsgeld von den Familien nicht akzeptiert wird, sind vor der Zeit erstellt und veröffentlicht worden, in der das Betreuungsgeld noch nicht eingeführt war. Da werden Tatsachen verschleiert, und es ist notwendig, sich mit den Tatsachen objektiv auseinanderzusetzen. Vor allen Dingen ist die Lebenswirklichkeit der Familien aufzugreifen und zu unterstützen.

Bayern ist auch bei den Vätermónaten Spitzenreiter. Das zeigt, dass der partnerschaftliche Ansatz in den Beziehungen bayerischer Familien Realität ist. Die frühkindliche Bildung und Betreuung ist nicht nur eine Frage gelingender Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern auch ein wesentlicher Bestandteil der Entwicklung der Kinder. Das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz ist hier ein flexibles Instrument, wobei wir Planungssicherheit, aktuelle Anpassung und Qualitätssicherung in den Kindertagesstätten miteinander verknüpfen müssen. Dies ist eine lohnende Aufgabe.

Eine günstige Regelung bei den Fehlzeiten hat es durch eine gemeinsame Initiative von Frau Staatsministerin Emilia Müller und dem Parlament ermöglicht, sie im Sinne einer Verbesserung der Rahmenbedingungen zu erhöhen. Wir verlangen aber – das möchte ich ausdrücklich sagen –, dass dies unbürokratisch erfolgt und die Regelung bei den Einrichtungen voll zum Tragen kommt. Das ist notwendig, um die Rahmenbedingungen und die Planungssicherheit in den Einrichtungen zu verbessern.

Ein besonderes Anliegen muss uns angesichts des rasanten quantitativen Ausbaus eine Krippenpädagogik sein, die auf die aktuellen Herausforderungen besonders eingeht. Für mich kommt das oft zu kurz, Kolleginnen und Kollegen. Wir bauen rasant aus, fragen uns aber nicht, wie es inhaltlich pädagogisch weitergeht. Es ist dringend notwendig, auch das in den Blick zu nehmen.

Ich möchte an dieser Stelle auch, Frau Kollegin Schreyer-Stäblein und Frau Kollegin Brendel-Fischer, eine Lanze für die Horte brechen, die mehr als nur ein Überbleibsel aus der Zeit mit Ganztages Schulbetrieb sind. Sie sind ein flexibles, nicht an den Schulferien orientiertes Modell, das vor allen Dingen auf sozialpädagogische Schwerpunkte Wert legt. Wir brauchen diese Einrichtungen auch in Zukunft, meine Damen und Herren.

Die Familien stehen infolge der geschilderten Entwicklungen vor großen Herausforderungen. Vor allen Dingen müssen Familien, die einen besonderen Unterstützungsbedarf haben, durch Familienbildung, Familienstützpunkte, Familienzentren und Erziehungsberatung gefördert werden. Für alles finden wir im Haushalt Ansätze. Sie müssen gegebenenfalls in den nächsten Jahren weiterentwickelt werden.

Mit dem Asylgipfel und der Weiterentwicklung der Asylsozialarbeit wird auf die Flüchtlingsströme in besonderer Weise Rücksicht genommen. Ich darf an dieser Stelle den Helferinitiativen, dem ehrenamtlichen Engagement in unserem Land, den Wohlfahrtsverbänden und dem kirchlichen Engagement, aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Sozialministerium, in den Regierungen und in den sonstigen Behörden ein Dankeschön sagen. Die Herausforderungen, die zu meistern sind, sind zwar eine Verpflichtung, aber man kann den Menschen auch einmal ein "Vergelts Gott!" sagen. Das sind wir ihnen schuldig, und das gehört zur Kultur in unserem Land.

(Beifall bei der CSU)

Ein besonderes Anliegen müssen uns die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge sein. Die Herausforderung in diesem Zusammenhang habe ich schon angesprochen, was die Kinder- und Jugendhilfe anbelangt.

Jetzt lassen Sie mich, Frau Kollegin Celina, das Thema Barrierefreiheit ansprechen: Wenn wir als Haushaltsgesetzgeber objektiv über 200 Millionen als ersten Einstieg – man muss das ausdrücklich sagen; das wird ja im Haushalt fortgesetzt – für Barrierefreiheit zur Verfügung stellen, dann ist das doch ein guter Einstieg. Wenn Sie dann

davon sprechen, wir würden das Ziel nicht erreichen, sehe ich Sie, obwohl ich Sie sehr schätze, als Cassandra, die angestoßene positive Entwicklungen nicht akzeptiert. Die Barrierefreiheit wird in diesem Programm entscheidend fortgesetzt.

Eines darf ich in diesem Zusammenhang auch sagen: Es ist notwendig, als bayerischer Gesetzgeber beim Bundesteilhabegesetz selbst einen Akzent – auch wenn es sich um eine Bundesangelegenheit handelt – zu setzen. Wir werden das mit einer Anhörung tun und werden uns entsprechend einbringen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Unterländer, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Joachim Unterländer (CSU): Hinterher.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Also, Frau Kollegin Celina, Sie können hinterher eine Zwischenbemerkung machen.

Joachim Unterländer (CSU): Ich unterstütze ausdrücklich alle Initiativen, die die Bekämpfung der Altersarmut, die eine große Herausforderung ist, erfolgreich ermöglichen.

Ich möchte auch noch ein Wort zur Frauenpolitik sagen: Die CSU-Fraktion steht in Gänze zu einer Förderung der Frauenhäuser und der proaktiven Gestaltung dieser Einrichtungen. Wir sagen auch dafür ein herzliches "Vergelts Gott!". Dies ist ein wesentlicher Bestandteil der bayerischen Sozialpolitik.

(Beifall bei der CSU)

Abschließend gilt es, dem sozialen Bayern Dank zu sagen. Das soziale Bayern sind das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales mit seiner Verwaltung, an der Spitze Frau Staatsministerin Emilia Müller und Ministerialdirektor Höhenberger, denen wir besonders für ihre umsichtige und differenzierte Politik danken.

(Beifall bei der CSU)

Der Freien Wohlfahrtspflege, ohne die es ein soziales Bayern nicht gäbe, gilt ebenso unser Dank. Danke an die Wohlfahrtsverbände und vor allen Dingen an die Mitarbeiter! Danke an die Selbsthilfegruppen, das bürgerschaftliche Engagement und vor allen Dingen die vielen Bürgerinitiativen, die nicht nur in Bezug auf Flüchtlinge Menschen in Not helfen. Dank auch an das Hohe Haus, an die Kolleginnen und Kollegen im sozialpolitischen Ausschuss, im Haushaltsausschuss und vor allem an Herrn Kollegen Fackler als Berichterstatter. Ein Dankeschön auch an die Behindertenbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Frau Irmgard Badura, die sich wesentlich einbringt. Dank auch unserem Beauftragten für Integration und Flüchtlinge, der mit unkonventionellen Vorschlägen die Diskussion belebt. Ein herzliches Dankeschön an Martin Neumeyer. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Unterländer, wir haben noch zwei Meldungen für Zwischenbemerkungen. Die eine stammt von Frau Celina und die nächste von Herrn Kollegen Tasdelen. Bitte schön, Frau Celina.

Kerstin Celina (GRÜNE): Herr Kollege Unterländer, auch ich schätze Sie sehr. Ich bemängle aber, dass die Bayerische Staatsregierung den Anschein erweckt, für Barrierefreiheit ein Riesensonderinvestitionsprogramm zu starten. Tatsächlich werden längst bekannte Ziele und längst bekannte Gelder dafür hergenommen, während die Kommunen und die Träger, die zusätzliches Geld bräuchten, im Regen stehen gelassen werden.

Joachim Unterländer (CSU): Ich habe, Frau Kollegin Celina, vorhin darauf hingewiesen, dass die Schaffung der Barrierefreiheit eine Aufgabe des Staates ist. Das gilt für die eigenen staatlichen Dienststellen und Behörden. Es ist aber auch eine Aufgabe der Gesellschaft, wenn es zum Beispiel um die Barrierefreiheit in den Medien oder in der Verwaltung geht. Es handelt sich nicht nur um eine Frage des Betons. Es ist eine Aufgabe der Träger, für die es selbstverständlich auch Bezuschussungen gibt. Diese

Zuschüsse finden sich aber in anderen Haushaltsstellen wieder, um auf diese Weise die Barrierefreiheit zu ermöglichen.

Es wäre auch schlecht, wenn dies nur auf staatliches Handeln begrenzt wäre. Es ist dringend notwendig, eine gesellschaftliche Akzeptanz zu finden, diese Barrierefreiheit in den Köpfen der Menschen herzustellen, damit die Schranken beseitigt werden. Dafür ist es notwendig, dass alle zusammenwirken. Der Staat tut es mit diesem Programm, und die Gesellschaft, das heißt die Verbände und die Organisationen, müssen es auch tun. Lassen Sie uns dieses Gemeinschaftswerk in diesem Sinne weiterentwickeln. Auch in den kommenden Jahren sind weitere Investitionen notwendig, um das Ziel bis zum Jahre 2023 zu erreichen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Jetzt hat Herr Kollege Tasdelen das Wort. Bitte schön.

Arif Taşdelen (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Unterländer, Sie haben im Zusammenhang mit dem Mindestlohn gesagt, wir würden eine Bürokratie aufbauen, die ziemlich unnötig sei, und würden damit nicht nur diejenigen verunsichern, die das kontrollieren müssen, sondern auch die Betriebe, die das umsetzen müssen.

Ich war viele Jahre in der Finanzkontrolle Schwarzarbeit beschäftigt und habe dabei das Problem gesehen. Wenn wir zum Beispiel Gebäudereiniger kontrolliert haben, dann wussten wir nicht, ob es sich um einen Fall von Mindestlohn handelt, der allgemeinverbindlich ist, oder ob kein Mindestlohn gezahlt werden muss. Es war unklar, ob es dafür irgendwelche Verordnungen gibt. Der Arbeitgeber war verunsichert, weil er nicht wusste, ob es sich um einen Gebäudereiniger handelt oder um jemanden, der mehr Böden reinigt oder mehr Fenster putzt. Insofern war die Verunsicherung groß. Das bedeutet: Diese Regelung eines klaren Mindestlohns ist sowohl für diejenigen, die es kontrollieren müssen, als auch für diejenigen, die das als Arbeitgeber umsetzen

müssen, eine ziemlich eindeutige Geschichte. Jeder muss sich daran halten, und es gibt keine Ausnahmen. Insofern ist das aus Sicht eines Kontrolleurs eher eine Erleichterung.

Deswegen habe ich nicht verstanden, inwiefern dort ein Mehrbedarf an Bürokratie besteht. Vielleicht können Sie mir das erklären. Fakt ist, dass wir durch den Mindestlohn mehr Bedienstete brauchen, die das kontrollieren. Falsch ist, dass es mehr Bürokratie gibt. Vielleicht können Sie mir das erklären; ich habe es als Praktiker noch nicht verstanden, warum in diesem Zusammenhang ein Bürokratiemonstrum aufgebaut werden soll.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Unterländer, Sie haben das Wort.

Joachim Unterländer (CSU): Herr Kollege Tasdelen, wenn für ein Vorhaben in der für die Schwarzarbeitsbekämpfung zuständigen Zollverwaltung 1.600 Stellen geschaffen werden, wenn Verordnungen und Richtlinien mit immensen Fragebögen aufgelegt werden, die kleine und mittelständische Betriebe in besonderer Weise herausfordern, müssen wir uns überlegen, ob das berechtigte Ziel, den Mindestlohn umzusetzen, damit die Menschen von ihrer Arbeit leben können, so richtig praktiziert und umgesetzt wird oder ob das vielleicht in einer Art und Weise passiert, dass man einen Verwaltungsapparat aufbaut, den man auch in anderen Teilen der Bundesverwaltung in besonderer Weise benötigt, ohne dass man das Ziel der Realisierung des Mindestlohns deswegen in Abrede stellt. Vielmehr ist es so, dass es ein abgestuftes Verfahren bei der Einführung des Mindestlohns gibt. Sie selbst wissen, wie die Regelung gefasst worden ist.

Die Strukturen, die geschaffen worden sind, sind klar und nachvollziehbar. Ob man für die Kontrolle einen so großen Apparat braucht, möchte ich noch hinterfragen. Ich sage Ihnen auch: Das werden wir kritisch begleiten und prüfen, ob das in dieser Form not-

wendig ist, um das Ziel zu erreichen. Das hat nichts mit Laxheit zu tun. Das hat mit einer vernünftigen Umsetzung eines Gesetzes zu tun. Ich habe meine Zweifel, wenn die Bürokratie im Vordergrund steht. Danke schön.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. - Als Nächste hat Frau Kollegin Doris Rauscher von der SPD das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Doris Rauscher (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Für mich und die SPD-Fraktion heißt gute Familienpolitik, Männern und Frauen die Möglichkeit zu eröffnen, sich für Familie zu entscheiden, sie in ihrem Alltag zu entlasten, ihnen in ihrer Lebensplanung beizustehen und sie zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Für uns gehört zu einer guten Familienpolitik insbesondere auch die Vereinbarkeit von beruflichem Engagement und Familienleben. Dabei müssen allen Kindern von Anfang an gleiche Bildungschancen ermöglicht werden. Als familienpolitische Sprecherin meiner Fraktion möchte ich gerne zu Beginn an das A anknüpfen, das Angelika Weikert vorher in ihrem Redebeitrag als eines der drei Säulen der Sozialpolitik angeführt hat: Das A steht für das Aufwachsen von Kindern. In Krippen, Kindergärten, Kinderhäusern und all den Kitas wird der Grundstein für eine gelingende Entwicklung, für die Fähigkeit, stabile Bindungen einzugehen, für späteren Bildungserfolg und nicht zuletzt für den zukünftigen sozioökonomischen Status gelegt. Die Erhöhung der staatlichen Mittel für den Bereich frühkindliche Bildung ist daher ein längst überfälliger Schritt; denn Investitionen – das betonen immer alle in diesem Hohen Haus – in die Lebensphase unserer Jüngsten zahlen sich für die Zukunft in jeder Hinsicht aus. Sie aber haben die Kitas in Bayern, die Erzieherinnen und Erzieher, die eine so wertvolle Arbeit leisten, in den vergangenen Jahren ganz schön im Regen stehen lassen, obwohl diese täglich bis an die Grenzen ihrer Belastbarkeit gehen. An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich

allen Erzieherinnen und Erziehern, allen Leiterinnen und Leitern, allen Kinderpflegerinnen und Kinderpflegern und allen Engagierten in den Kitas meinen ganz herzlichen Dank für ihre tägliche engagierte Arbeit ausdrücken.

(Beifall bei der SPD)

In der Vergangenheit hat die Anhebung des Basiswerts den Kindertageseinrichtungen keine finanziellen Spielräume eingeräumt – im Gegenteil. Herr Unterländer, ich mache einen kleinen Schwenk zu Ihrer Aussage. Die Initiative zur Abschaffung der Fehlzeitenregelung kam von der SPD-Fraktion in Verbindung mit einigen anderen Fraktionen im sozialpolitischen Ausschuss. Das war nicht primär die Initiative der Ministerin. Selbstverständlich wurde das auf der ausführenden Ebene weiter vorangetrieben, aber die Initiative kam vom Ausschuss. Ich bin mir jetzt nicht sicher, ob das zu einer Zeit war, zu der Sie vielleicht nicht anwesend waren. Das wollte ich noch einmal zur Klarstellung sagen.

(Beifall bei der SPD)

Die Summen, von denen wir heute sprechen und die der Freistaat in den kommenden beiden Jahren in die frühkindliche Bildung investieren wird, werden im Vergleich zu anderen Bildungsbereichen nicht wirklich hoch finanziert. Der Anteil der Gesamtausgaben für die frühkindliche Bildung beträgt lediglich 13 % aller Ausgaben im Bildungshaushalt. Die zusätzlichen Gelder, die der Freistaat nun für mehr Qualität einsetzen möchte, gehen leider auf Kosten der Eltern. Ihnen wurde eine Beitragsentlastung für das zweite, das mittlere Kindergartenjahr versprochen. Das wäre ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung beitragsfreie Kindertagesbetreuung gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Ob und wie diese Mittel den Kitas und somit letztendlich den Kindern zugutekommen werden, wird sich noch zeigen. Solange die Zusage der Kommunen, den optionalen Basiswert in gleicher Höhe mitzufinanzieren, noch nicht verbindlich steht, kann es am

Ende sein, dass manche Kitas leer ausgehen werden. Dann wird die Schere der Qualitätsentwicklung wirklich weit auseinandergehen. Das hätte mit gleichwertigen Lebensbedingungen in unserem Land nichts mehr zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Kollege Kreuzer ist jetzt nicht da. Ich wollte so gerne noch einmal Bezug auf seine Rede am ersten Haushaltstag vorgestern nehmen, in der er sagte, die Staatsregierung werde alles umsetzen, was vor der Wahl im September 2013 versprochen worden sei, und zwar konsequent. An dieser Aussage werden wir ihn und Sie, liebe CSU, auch messen. Heute sprechen wir erst von einem Doppelhaushalt. Vielleicht ist die Beitragsermäßigung nur verschoben und nicht ganz aufgehoben.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte noch kurz auf unseren bereits gestellten Antrag zur Anhebung der Gewichtungsfaktoren zur besseren Finanzierung der Betreuung von Kindern unter drei Jahren, also der Krippenkinder, und vor allem auch zur Anhebung der Finanzierung von Kindern mit Behinderung für eine bessere Inklusion in unseren Kindertageseinrichtungen eingehen. Der Antrag konnte sich mehrheitlich nicht durchsetzen. Deshalb haben wir ihn erneut als Haushaltsantrag eingebracht. Die CSU setzt jedoch auf Kostenneutralität bei der Qualitätsentwicklung. Ich stelle wirklich die Frage: Wie kann Qualitätsentwicklung in Kindertageseinrichtungen kostenneutral über die Bühne gehen? - Das leuchtet mir nicht ein.

Bevor Sie uns vorwerfen, wir hätten keinen Gegenfinanzierungsvorschlag zu unseren Forderungen eingebracht, möchte ich Folgendes zum Abschluss sagen: Meiner Fraktion hätte es gut gefallen, wenn die zur Verfügung stehenden freien Mittel aus den BAföG-Geldern zu einem Drittel oder wenigstens zu einem Viertel auch in die frühkindliche Bildung geflossen wären; denn wir verorten Bildung auch bei den Kindern unter sechs Jahren. Das wäre wirklich ein Fortschritt gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Das wäre für Bayern wirklich innovativ gewesen. Die Entscheidung ist jedoch bereits getroffen worden, leider nicht für die Jüngsten unserer Gesellschaft.

Am Ende möchte ich nicht verpassen, allen Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen im sozialen Bereich zu danken. Mit Ihnen gemeinsam werden wir es schaffen, diesen Bereich für die Zukunft positiv zu entwickeln. Ich danke auch Herrn Vorsitzenden Unterländer und der Stellvertretung Angelika Weikert für die gute Zusammenarbeit. Danke.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, Herr Kollege Vogel hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Steffen Vogel (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Kollegin Rauscher, gerade haben Sie die Anträge, die im sozialpolitischen Ausschuss beraten worden sind, zitiert. Heute haben Sie die Änderungen zum Sozialhaushalt eingebracht. Als CSU-Fraktion werden wir diese Änderungen ablehnen.

(Doris Rauscher (SPD): Das wissen wir schon!)

Das geschieht letztendlich in Übereinstimmung mit Ihrem sogenannten Haushaltsexperten Volkmar Halbleib. Ich zitiere die "Main-Post" von heute: "Trotz üppiger Steuermehreinnahmen lebe der von der Staatsregierung vorgelegte Haushalt für die Jahre 2015 und 2016 von der Substanz, kritisiert Halbleib: „Für mich ist das keine seriöse Haushaltspolitik.“" Das sagt der SPD-Haushaltsexperte Halbleib.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Das ist aus dem Zusammenhang gerissen, Herr Kollege!)

Sie haben im sozialpolitischen Ausschuss Anträge für die Verbesserung der Finanzierung der Kindertagesstätten in Höhe von 770 Millionen Euro vorgelegt. Ich halte es insoweit für doppelzünftig, wenn man der Staatsregierung auf der einen Seite eine un-

seriöse Haushaltspolitik vorwirft, andererseits aber Anträge im sozialpolitischen Ausschuss und im Plenum im Umfang von 770 Millionen Euro stellt. Wir sehen Schuldenberge nicht als ausreichende Perspektive für die junge Generation. Der Ausblick, Schuldenberge zu haben, ist fatal.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das sagen die Landesbank-Experten!)

Die Schulden von heute sind die Steuererhöhungen von morgen. Ich sage Ihnen eines: Für uns ist das keine seriöse Haushaltspolitik. Wir haben das Ganze im Blick.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Jeden Tag eine Million Euro Zinsbelastung! –
Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

- Ich wollte eine abschließende Zwischenbemerkung machen. Sollen wir die Zinsen weglassen?

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Bitte lassen Sie den Redner ausreden. Er hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet, die er zu Ende bringen soll. Bitte schön.

Steffen Vogel (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) So ist es. Es ist doppelzüngig, die Staatsregierung auf der einen Seite für die Haushaltspolitik zu kritisieren, weil das Haushaltsvolumen zu groß ist, und auf der anderen Seite immer mehr für jeden Bereich zu fordern. Das erinnert mich an Goethe, der in "Faust - Der Tragödie erster Teil" gute Literatur geschrieben hat. Ich dichte um: Doch in den allerneuesten Jahren die SPD nicht mehr gewohnt zu sparen und, wie ein jeder böser Zahler, weit mehr Begierden hat als Taler, da bleibt dem Bürger viel zu dulden, dort, wo die SPD regiert, nur Schulden.

(Doris Rauscher (SPD): So, haben wir es jetzt?)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Jetzt hat Frau Kollegin Rauscher das Wort. Bitte schön.

Doris Rauscher (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Kollege, ich habe schon fast auf Sie gewartet und danke für Ihren Redebeitrag. Ein kleiner Hinweis: Wir befinden uns heute in den Beratungen des Doppelhaushalts und nicht im sozialpolitischen Ausschuss. Die Anträge zum Doppelhaushalt haben wir, weil wir wussten, dass Ihnen der Happen, der gefordert wurde, zu groß ist, in kleinere Häppchen aufgeteilt, damit dies leichter zu verdauen ist. Wir haben uns auf zwei gezielte Anträge konzentriert, die nicht 700 Millionen Euro oder einen Betrag in dieser Größenordnung umfassen, sondern nach einer Hochrechnung etwa 55 Millionen Euro. Das ist überschaubar. Dazu haben wir eine Gegenfinanzierung vorgelegt, zu der aus genau einem Grund keine gezielte Initiative kam: Weil im Vorfeld feststand, wie die CSU mit den Geldern umgehen möchte. Wie gesagt also: Wir sind in den Haushaltsberatungen, nicht im sozialpolitischen Ausschuss. Das Antragspaket mit acht Anträgen ist bereits im Juni beraten und abgelehnt worden.

Gerade wurde schon durch Zwischenrufe auf etwas hingewiesen. Ich möchte an die Landesbank erinnern. Ich möchte auch an die Debatte – ich glaube, sie fand gestern statt – erinnern, in der gesagt wurde, dass wir bei den Finanzämtern nicht ausreichend Stellen besetzen, weil Sie unserem Vorschlag nicht zugestimmt haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir könnten jährlich Millionen Euro an Steuergeldern generieren. Das würde auch im sozialpolitischen Bereich eine Weiterentwicklung ermöglichen. Es geht nicht um unrealistische Haushaltsplanung, sondern es geht um eine verantwortungsvolle Sozialpolitik – das möchte ich Ihnen gar nicht komplett absprechen.

Wir beide kabbeln uns gerne, wenn es um die Kitas geht. In der Zeit, in der ich in diesem Haus Abgeordnete bin, möchte ich bis zu dem Punkt kommen, an dem wir beginnen, das Männchen endlich einmal vom Kopf auf die Beine zu stellen und viel Geld für die Jüngsten einzusetzen, damit wir am Ende nicht bei der Jugendhilfe aufgrund von Reparaturmaßnahmen hohe Ausgaben haben, was sich momentan abzeichnet. Herr

Unterländer, es ist einfach so. Ich bin völlig davon überzeugt, dass wir einen Systemwechsel brauchen. Dieser muss im Grunde schon bei den Kindern ab der Geburt beginnen. Wenn wir uns schon in Bayern für mehr Betreuung und auch mehr Fremdbetreuung der Kinder einsetzen und dies letztlich bei allen Fraktionen ankommt, dann müssen wir auch Sorge dafür tragen, dass diese Kinder erhalten, was sie für eine gute Entwicklung benötigen. So weit sind wir noch nicht. Ich rede auch keine Erzieher schlecht – falls Sie sich gleich noch einmal zu Wort melden wollen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, darf ich Sie an die zwei Minuten erinnern?

Doris Rauscher (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Es geht um eine vernünftige Entscheidung, die einfach nur angemessen wäre.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als nächster Redner hat nun Herr Kollege Hans Jürgen Fahn von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Jahre 1949 wurde in Bayern als erstem Bundesland das Landesblindengeld eingeführt. Das ist eine sehr positive Sache gewesen. Allerdings – das wurde in den letzten Wochen diskutiert – gibt es noch Probleme, zum Beispiel eine Versorgungslücke bei hochgradig sehbehinderten Menschen, deren Sehschärfe beim besseren Auge nicht mehr als 5 % beträgt. Hier geht es um circa 12 Millionen Euro. Diese Gelder sollten wir insgesamt einmal schultern, da es um die Schwächsten der Gesellschaft geht.

Ein zweiter Punkt betrifft die Barrierefreiheit. Frau Celina hat dazu eigentlich schon alles Wesentliche gesagt. Ich muss hinzufügen: Im letzten Jahr gab es ein Versprechen des Herrn Ministerpräsidenten in seiner Regierungserklärung. Von diesem Versprechen – das haben wir in den letzten Monaten bemerkt –, von diesen 1,3 Milliar-

den Euro ist relativ wenig übrig geblieben. Man muss auch sagen: Ein gegebenes Versprechen ist wie eine unbezahlte Schuld. Jetzt bemerke ich – das ist vielleicht sogar positiv –, dass Sie von der CSU inzwischen auch gemerkt haben, dass die Barrierefreiheit wichtig ist und dass man etwas tun muss. Deswegen ist in fast jedem Redebeitrag eines CSU-Abgeordneten auch das Thema Barrierefreiheit enthalten. Das ist insgesamt positiv.

Ich darf an dieser Stelle Frau Badura zitieren, die Behindertenbeauftragte. Sie hat gesagt: Inklusion ist kein Sprint, sondern ein Marathonlauf. Angesichts der 42,2 Kilometer und des atemberaubenden Tempos dieser Staatsregierung fragt man sich, ob wir das Ziel noch in diesem Jahrhundert erreichen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Ein positiver Punkt ist – das will ich zur CSU-Fraktion sagen –, dass die Mittel für die Vertriebenenverbände erhöht wurden. Das unterstützen wir, und das haben wir auch im Haushaltsausschuss unterstützt. Bei dieser Gelegenheit sage ich auch, dass wir unterstützen, dass der bayerische Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung in Zukunft weitergeführt wird. Das ist eine positive Sache. Die Erfahrungen waren sehr, sehr gut.

Punkt Nummer 3 wurde bisher noch nicht angesprochen, ist aber sehr wichtig. Das Jahr 2014 begann sehr positiv. Das Ehrenamt, meine Damen und Herren, wurde in unsere Verfassung aufgenommen. Auch in Grußworten wird immer wieder darauf hingewiesen. Wir wissen: Das Ehrenamt ist der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält. Ein Beispiel: Beim Hochwasser des letzten Jahres waren 78.000 Ehrenamtliche insgesamt 1 Million Stunden im Einsatz. Wenn man weiß, dass der Einsatz von 1 Euro im Ehrenamt einen gesellschaftlichen, einen volkswirtschaftlichen Nutzen von 7,24 Euro bringt, weiß man auch, wie wichtig das Ehrenamt ist. Wir stellen dann aber bei Haushaltsanträgen fest: Da wird ein Beschluss des Landtags, einen bayerischen Innnovationspreis mit 100.000 Euro auszuloben, einfach nicht umgesetzt, obwohl das

im Landtag schon beschlossen wurde. Das ist nicht darstellbar. Herr Fackler, Sie haben gesagt, die Anträge der Opposition seien nicht darstellbar. 100.000 Euro für einen Innovationspreis für das Ehrenamt sind darstellbar. Für diese Menschen ist es wichtig und notwendig, dass ihnen auch einmal etwas Positives zurückgegeben wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Antrag zur Ehrenamtskarte wird überall gelobt. Die finanzielle Förderung muss aber noch verstärkt werden. Deshalb ist es nicht erstaunlich, dass große Städte wie zum Beispiel München nicht mitmachen.

Wir haben auch einen Antrag zum Anliegen gestellt, das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement aufgrund gestiegener Lohnkosten mit schlappen 30.000 Euro zusätzlich zu unterstützen. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Wir meinen, dass diese Erhöhung darstellbar wäre. Für uns ist es blamabel, dass dies im Haushaltsausschuss abgelehnt wurde. Deshalb haben wir diesen Antrag heute hochgezogen, meine Damen und Herren.

Ein weiterer Punkt ist die Flüchtlingspolitik. Ich kann aufgrund der knappen Zeit nur kurze Ausführungen machen. 2014 gab es eine Bilanz des Versagens. Das haben nicht nur wir gesagt. Das stand zum Beispiel auch am 16. Oktober in der "Abendzeitung". Alle sagen das. Langsam ist dann die Staatsregierung auf Trab gekommen und hat vor dem Hintergrund des Winters und der Tatsache, dass mehr und mehr Flüchtlinge kamen, jetzt einiges gemacht. Hier auch von unserer Seite her herzlichen Dank an die vielen Ehrenamtlichen, die sich super einsetzen. Von unserer Seite – das ist ganz wichtig – auch ein Dank an die Kommunen, die die Unterbringung gut organisierten und organisieren und die Defizite der Staatsregierung ausbügeln oder ausbügeln, meine Damen und Herren.

Drei Punkte sind für uns noch nicht richtig umgesetzt. Ich bin gespannt, was die Frau Sozialministerin dazu sagt. Die Asylsozialberatung ist weiterhin personell unterbesetzt.

Welchen Betreuungsschlüssel haben wir jetzt? Herr Fackler hat 1 : 100 gesagt. Es wäre super, wenn wir in allen Unterbringungen einen solchen Schlüssel hätten.

(Zuruf von der CSU: In den Erstaufnahmeeinrichtungen!)

– Sie sagen, nur in den Erstaufnahmeeinrichtungen; Herr Fackler hat aber gesagt, in allen Einrichtungen. Wir merken im Moment, dass nicht einmal ein Schlüssel von 1 : 150 umgesetzt ist. Diese Umsetzung ist wichtig; wir brauchen sie noch.

Wir brauchen eine flächendeckende Förderung von Sprachkursen. Wir sind noch meilenweit davon entfernt. Es gibt einen Landtagsbeschluss, dass Sprachkurse flächendeckend stattfinden sollen. Frau Ministerin Müller teilte mir aber mit, aufgrund der vorhandenen Haushaltsmittel ist nur eine eingeschränkte Zahl von Kursen möglich. Für Aschaffenburg heißt das zum Beispiel, dass in einer GU 360 Personen sind, aber nur 25 einen Sprachkurs besuchen können. Das ist insgesamt zu wenig, meine Damen und Herren. Hieran müssen wir etwas ändern.

Von der CSU wurde im Hinblick auf die Flüchtlingsproblematik auch gebracht, dass wir Europa im Auge haben müssen. – Jawohl, das sagen wir schon lange. Wir brauchen eine gerechte Lastenverteilung in Europa. Es kann nicht sein, dass zehn Länder in Europa 80 % der Asylbewerber aufnehmen. Hierzu brauchen wir eine europäische Lösung. Natürlich appelliere ich immer wieder an den Bund. Im Bund ist die CSU auch in der Regierung. Tun Sie etwas dafür, dass die Lasten in Europa gerechter verteilt werden. Dies ist dann auch für uns insgesamt besser.

Wir müssen in den nächsten Wochen und Monaten versuchen, im Rahmen einer bayerischen und bundesdeutschen Flüchtlingspolitik auch die Fluchtursachen vor Ort zu bekämpfen. Wir müssen mehr Mittel zur Verbesserung der Infrastruktur und zur Förderung von Arbeitsplätzen in den Fluchtländern schaffen, meine Damen und Herren.

Ein letzter Punkt, dann bin ich leider schon am Ende: Wir haben einfach zu wenige Angebote für eine Offensive zum Mehrgenerationenkonzept. Wir alle loben Mehrgene-

rationenhäuser, und dann heißt es bei Veranstaltungen immer: Da ist der Bund mehr gefordert! Aber auch der Freistaat müsste aktiver werden. Wir haben in Bayern 82 Mehrgenerationenhäuser, und nur 50 davon werden vom Freistaat mit jeweils 5.000 Euro gefördert. Warum nicht alle 82 Mehrgenerationenhäuser? Wir haben dazu einen Antrag gestellt, der insgesamt abgelehnt wurde. Mehrgenerationenhäuser haben einen ganz hohen gesellschaftlichen Wert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fazit: Wir haben 18 Anträge eingereicht – diese Anträge wurden abgelehnt. Insgesamt werden wichtige Bereiche wie Barrierefreiheit zu wenig angegangen. 70 % aller Bahnhöfe in Bayern sind nicht barrierefrei, meine Damen und Herren. Das merken Sie zum Teil auch als Abgeordnete, wenn Sie einen großen Koffer dabeihaben. Es ist dann richtig schwer, voranzukommen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, ich darf Sie an die Redezeit erinnern.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Meine Damen und Herren, es gibt noch viel zu tun – packen wir es an.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als nächste Rednerin hat Frau Kollegin Christine Kamm von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. – Bitte schön.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben gehört, dass wir eine strukturelle Reform in unserem Sozialhaushalt brauchen. Beispiel frühkindliche Bildung: Der Bund hat ein weiteres Programm zum Ausbau der Kitas beschlossen; das bayerische Sonderprogramm dagegen läuft aus. Viele Kommunen können es sich unter den derzeitigen Rahmenbedingungen aber nicht leisten, den erforderlichen weiteren Ausbau zu stem-

men. Es kann aber nicht sein, dass Kinder demnächst abgewiesen werden, weil der Ausbau fehlt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fördern Sie mit einer Zustimmung zu unseren Anträgen den weiteren Ausbau – auch den Ausbau der Qualität, die Verbesserung des Personalschlüssels und eine bessere Honorierung von Kitas mit höherer Qualität, mit längeren Öffnungszeiten; entschlacken Sie dabei gleichzeitig Ihre unklugen bürokratischen Regelungen des BayKiBiG!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Alle von uns geforderten Verbesserungen können durch andere Lösungen bei den Themen Landeserziehungsgeld und beitragsfreies Jahr gegenfinanziert werden. Das wäre ein Schritt hin zu mehr Qualität und zu einer besseren Politik für Kinder in Bayern.

Ich komme zur Migrations- und Asylpolitik. Das Ehrenamt schenkt der Asylpolitik in Bayern ein menschliches Gesicht; Ehrenamt schenkt Bayern ein menschliches Gesicht. Insbesondere bei der Asylpolitik gilt: Geld allein reicht nicht. Es kommt auf die Haltung an.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Heute Morgen führte die Sozialministerin aus, dass die Mittel im Bereich Migration in keiner Weise ausreichen werden. Wenn Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihren Fraktionsbeschlüssen folgen, laufen Sie also Gefahr, einen Haushalt zu beschließen, von dem zumindest die zuständige Ministerin schon weiß, dass er unrealistisch ist. Bessern Sie daher nach; folgen Sie unseren Anträgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte nicht unbedingt sagen, dass bei den Unterkünften Geld fehlt, hier könnte weitaus besser gewirtschaftet werden. Oft werden überbezahlte Mieten für schäbige Im-

mobilien bezahlt. Das könnte besser sein; hier könnte mehr auf Qualität geachtet werden.

Insbesondere könnte das bayerische Unterbringungsgesetz geändert werden, das Flüchtlinge in Bayern zwingt, länger als in anderen Bundesländern in Gemeinschaftsunterkünften zu wohnen. Ich sage Ihnen eines, und das weiß ich ganz genau: Wohnungen sind weitaus preisgünstiger als viele dieser Unterkünfte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme zu Ihrem sogenannten Winternotfallplan: Er ist teuer, schlecht, unwürdig. Ich habe ein Flüchtlingspaar kennengelernt, das Mitte September zu uns gekommen ist und das mittlerweile in der sechsten sogenannten Dependance Ihrer Erstaufnahmeeinrichtungen lebt. Statt kurzfristiger Notlösungen müssen wir dauerhafte, anständige Lösungen finden. In dieser Richtung müssen wir weiterarbeiten und dürfen nicht immer nur von heute auf morgen denken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme zur Asylsozialarbeit. Versprechungen sind viele gemacht worden: 80 % Zuschuss für die Sozialarbeiterstelle und in Erstaufnahmeeinrichtungen Schlüssel von 1 : 100, anschließend dann ein Schlüssel von 1 : 150 – wunderbar! Jetzt nehmen wir Ihre nachgebesserten 9,3 bzw. 9 Millionen Euro, teilen sie durch den 80-%-Anteil für die Sozialpädagogenstellen und vergleichen das mit der momentanen Zahl der Flüchtlinge in Bayern. Dabei kommt ein durchschnittlicher Betreuungsschlüssel von 1 : 225 heraus. Sie kalkulieren also, dass die Quoten, die Sie versprechen, nicht eingehalten werden. Sonst könnten Sie diesen Haushaltsansatz nicht aufrechterhalten.

Daher sage ich Ihnen: Stimmen Sie mit uns für die Erhöhung der Mittel für die Asylsozialarbeit, sonst geht das nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme zur Sprache.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Schorer-Dremel zu?

Christine Kamm (GRÜNE): Gerne.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Bitte schön, Frau Kollegin.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ist Ihnen bekannt, dass Kommunen und Landkreise wahnsinnig große Anstrengungen unternehmen, um einen Winternotfallplan in der Tasche zu haben? – Es gibt bei den Kommunen detaillierte Notfallpläne. In meiner Gemeinde kenne ich diesen Plan. Ich bin mehr als beeindruckt, was die Kommunen, die Landkreise, die Landräte und die ehrenamtlichen Organisationen hier tun.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Bitte schön, Sie haben das Wort, Frau Kollegin Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Das ist mir sehr wohl bekannt, Frau Kollegin. Allerdings sind nicht alle Notfallpläne gut. Ich habe festgestellt, dass dabei sehr viele Turnhallen mit eingeplant werden, insbesondere Turnhallen von Mittelschulen und Grundschulen, weniger von Gymnasien.

(Unruhe bei der CSU)

– Es tut mir leid, es sind jede Menge Turnhallen dabei. Das halte ich für unwürdig und ungut. Letzte Woche wollte ich mit der zuständigen Ministerin von Rheinland-Pfalz die Dependence im Olympiazentrum besuchen, wo Flüchtlinge in Lagerbetten im Keller untergebracht sind. Das durfte ich nicht.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Man kann wirklich alles schlechtreden!)

– Nein, es geht nicht darum, alles schlechtzureden, liebe Kollegin. Wenn Sie die Unterkünfte sehen – –

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Dann schaue ich, dass ich es vor Ort verbessere!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Wir haben hier jetzt keine Zwiesprache, Frau Kamm. Ihre Redezeit ist um eine Minute und 23 Sekunden überschritten.

Christine Kamm (GRÜNE): Entschuldigung – das war ja bloß eine Interaktion; das wird nicht auf die Redezeit angerechnet.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Selbstverständlich. Die Redezeit ist unabhängig von der Interaktion.

Christine Kamm (GRÜNE): Zur Sprache: Ich finde – –

(Unruhe bei der CSU – Zurufe von der CSU: Ende!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende. Ich habe das Mikrofon abgeschaltet.

(Christine Kamm (GRÜNE): Ich will zur Sprache noch etwas sagen! Sie verweigern den Flüchtlingen eine angemessene Möglichkeit, Deutsch zu lernen. Wenn Sie wollen, kann ich Ihnen dazu Weiteres sagen!)

Das Protokoll nimmt Ihre Ausführungen nicht mehr auf. – Danke schön, Frau Kollegin Kamm.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Als nächste Rednerin hat Frau Kollegin Ruth Waldmann von der SPD-Fraktion das Wort. – Bitte schön, Frau Kollegin.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe jetzt nur drei Minuten, möchte aber zu einem doch wirklich wesentlichen Thema der Barrierefreiheit noch kurze Anmerkungen machen.

Vor gut einem Jahr haben wir in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten mit Begeisterung gehört, dass der gesamte öffentliche Raum, der gesamte öffentliche Personennahverkehr in zehn Jahren barrierefrei sein werde. Das fanden wir toll. Ein großer Entwurf – da wurde Mut bewiesen.

Klar ist, dass Sie damit sehr große Hoffnungen geweckt haben. Ich bin viel bei Menschen mit Behinderungen und in unterschiedlichen Verbänden – einige von Ihnen ja auch. Sicher haben auch Sie die Reaktionen feststellen können: Endlich Teilhabe, endlich Dazugehören, endlich ernst genommen werden! Endlich ein gemeinsamer öffentlicher Raum, endlich nicht mehr Bittsteller sein! Es bedeutet eine große Verantwortung, solche Hoffnungen zu wecken.

Aber es stellte sich heraus: Es war gar nicht wirklich ein Entwurf, dem Planungen zugrunde liegen, sondern eine Absichtserklärung. Diese wurde inzwischen deutlich relativiert. Im Juli wurde sie noch bekräftigt. Der Herr Ministerpräsident hat gesagt, das gilt uneingeschränkt, Bayern wird in zehn Jahren barrierefrei. Aber jetzt hat er im Herbst entdeckt, dass im Wesentlichen die Bahn und die Kommunen in der Verantwortung seien. Das hat auch Innenminister Herrmann kürzlich hier am Pult gesagt: Die Bahn hat eine Hauptverantwortung. Aber jetzt sage ich Ihnen eines: Das ist doch keine Überraschung, dass die Züge und die Bahnhöfe der Bahn gehören.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das ist ganz neu!)

Das hat der Herr Ministerpräsident auch vor einem Jahr schon gewusst. Das Gleiche gilt für die Zuständigkeit der Kommunen im öffentlichen Bereich. Da suchen Sie jetzt den Schulterschluss. Da wird jetzt eine Arbeitsgruppe gegründet. Die Leute haben natürlich erwartet, die Menschen mit Behinderung haben natürlich gedacht, dass Sie das längst vorbereitet haben. Aber sie wurden ja gar nicht gefragt. Jetzt wollen wir gerne wissen, welche Förderungen und welche Unterstützungen es ganz konkret gibt.

Die Vorgabe Bayern barrierefrei im Jahr 2023 hätte für die Haushaltsberatungen eigentlich bedeutet, alles auf den Prüfstand zu stellen und alle Planungen und Investitionen daraufhin zu überprüfen, welchen Beitrag sie dazu leisten. Dies müsste in allen Ressorts eine vorrangige Rolle spielen. Dieses große Projekt kann man nicht in der Logik der Einzelpläne verhandeln. Es ist übrigens auch keine Sonderaufgabe der Sozialpolitiker und Spezialisten im Ausschuss. Das ist wirklich eine ressortübergreifende Aufgabe. In Einzelfällen ist das in den letzten beiden Tagen auch schon angeklungen, aber eher am Rande und nicht mittendrin. Stattdessen haben wir, nicht nur zu diesem Thema, jede Menge Zahlenvergleiche gehört, zwei Tage lang. Das waren Zahlenvergleiche mit anderen Bundesländern, wobei munter Prozentzahlen und absolute Zahlen durcheinandergingen. Na ja, in diesem Vergleich ist Bayern vorn, in jenem ist es hinten; dann kommt der dritte Vergleich, dort sind wir in der Mitte.

(Josef Zellmeier (CSU): Meistens sind wir vorne!)

Wir sind nicht in Vergleichistan. Es geht hier um die konkreten Bedürfnisse und Bedarfe. Das ist der Maßstab, an dem wir die Investitionen messen müssen: Was ist nötig, um ein barrierefreies Bayern zu schaffen?

(Beifall bei der SPD)

Das haben Sie den Menschen versprochen. Sie haben sich dafür feiern lassen. Jetzt geht es um die konkrete Umsetzung. Tun Sie uns einen Gefallen: Bestellen Sie bitte künftig nicht bei jeder Absenkung eines Bordsteins ein Staatsorchester und sagen Sie dabei nicht, jetzt ist Bayern aber wirklich auf dem Weg zur Barrierefreiheit.

(Heiterkeit bei der SPD)

Wir werden das kritisch begleiten. Wir bekommen im Januar die Antwort auf die Interpellation und haben dann einen ungefähren Handlungsrahmen vor uns, was die künftigen Aufgaben angeht. Klar ist: Das ist ein großes Projekt. Ich glaube, da besteht Einigkeit. Es gibt viel zu tun. Es geht nur miteinander. Es geht auch politisch nur

miteinander. Das würde aber voraussetzen, dass Sie künftig bitte nicht jeden einzelnen Vorschlag von uns, jeden Gesetzentwurf und jeden Antrag, grundsätzlich ablehnen. Wenn mir miteinander an dieser großen Aufgabe arbeiten wollen, sollte sich daran etwas ändern, damit wir gemeinsam weiterkommen. – Ich sehe schon, ich muss mich etwas beschränken. - Ich freue mich auf die Zusammenarbeit.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann hat jetzt Frau Staatsministerin Emilia Müller das Wort. – Bitte schön.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Sozialbereich geht es um Wesentliches. Es geht um die Themen, die die Menschen bewegen und die Menschen in ihrem Innersten berühren. Der Sozialhaushalt setzt Maßstäbe. Der Gesamthaushalt 2015/16 zeigt auch: Schuldenabbau und soziale Balance sind keine Gegensätze. Wir investieren in Familien. Wir investieren in Bildung. Wir investieren in Barrierefreiheit. Wir investieren in Chancen für alle und damit in starke soziale Strukturen. Liebe Frau Celina, wir haben jetzt das elfte Mal eine schwarze Null geschrieben. Das ist richtig.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Wo ist die Landesbankverschuldung?)

Aber gleichzeitig muss ich dazu sagen, dass der kommunale Finanzausgleich auf 8,3 Milliarden Euro erhöht worden ist. Wir schieben also nichts an die Kommunen weiter.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die florierende Wirtschaft in Bayern erlaubt uns, kraftvoll in die Zukunft zu investieren. Der Sozialhaushalt steigt nach dem Entwurf im Jahr 2015 auf rund 4,4 Milliarden Euro. Das ist ein Plus von knapp 10 % und damit ein neues Rekordniveau.

Der Schlüssel zur Teilhabe und zum Wohlstand ist ein gesicherter Arbeitsplatz. Das wissen wir alle. Dabei sind wir auf einem sehr guten Weg. In Bayern haben wir momentan, im November, eine Arbeitslosenquote von 3,4 % und mit 77 % die höchste Erwerbstätigenquote aller Länder. Auf diesem Weg wollen wir weitergehen. Wir haben uns das hohe Ziel gesteckt, bis zum Jahr 2018 Vollbeschäftigung zu erreichen. Sehr geehrte Frau Weikert, das trägt auch zur Bekämpfung der Altersarmut bei. Das stellt die Weichen dafür, dass man in die Altersvorsorge investiert und sein Leben im Alter vorbereitet. Auch die Mütterrente, das möchte ich hier sagen, wirkt der Altersarmut, vor allen Dingen von Frauen, entgegen. Dafür haben wir alle gekämpft und das auch umgesetzt.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den GRÜNEN)

Wir investieren in den nächsten zwei Jahren über 168 Millionen Euro in die Arbeitsmarktintegration sowie in die berufliche Aus- und Weiterbildung. Was die Langzeitarbeitslosen anbelangt, tragen zum Beispiel die Modellprojekte TANDEM und KAJAK mit ihrem ganzheitlichen Ansatz zur Verbesserung der Situation der Langzeitarbeitslosen bei. Für mich ist wichtig, dass alle Jugendlichen, auch Jugendliche aus schwierigen Milieus, die Sie vorher angesprochen haben, Frau Weikert, eine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt bekommen, dass sie an die Hand genommen werden und man ihnen beibringt, wie ein Leben, wie ein Arbeitsplatz aussieht und wie der zeitliche Ablauf ausschauen muss, um selbstbestimmt das eigene Leben in die Hand zu nehmen und sich auf ein erfülltes Leben vorzubereiten.

Wir verbessern die berufliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt durch zusätzliche Arbeits- und Ausbildungsplätze. Wir unterstützen gezielt junge Menschen auf dem Weg in den Arbeitsmarkt. Dazu haben wir im September 2014 zusammen mit dem Handwerkstag, der IHK, der vbw und der Regionaldirektion die Allianz für starke Berufsbildung geschlossen. Mir geht es darum, dass jeder ausbildungsfähige und ausbildungswillige Jugendliche einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz bekommt und Chancen für die Zukunft entwickelt werden. Unsere derzeiti-

ge Jugendarbeitslosigkeit liegt bei 2,6 %. Das ist außergewöhnlich gut. Trotzdem müssen wir jedem, der noch arbeitslos ist, der keinen Ausbildungsplatz hat, eine Perspektive eröffnen und müssen ihn weiter fördern.

(Beifall bei der CSU)

Der Schwerpunkt des Haushalts liegt weiter auf den familienpolitischen Leistungen. Es ist in der Tat so: Bayern ist und bleibt Familienland. Familien sind für unsere Gesellschaft und für unsere Zukunft wichtig. Deswegen fördern wir die ganze Vielfalt von Familienmodellen und gewährleisten die Wahlfreiheit für Familien. Um dies zu ermöglichen, haben wir 43 % aller Ausgaben des Sozialhaushalts für familienpolitische Leistungen vorgesehen. Das sind über 3,8 Milliarden Euro für die Jahre 2015/16. Alleine für die Kinderbetreuung stellen wir mehr als 1,5 Milliarden Euro pro Jahr zur Verfügung. Das sind pro Jahr jeweils 150 Millionen Euro mehr, als es im Jahr 2014 der Fall war.

Wir werden auch die Bundesmittel für den weiteren Ausbau für die Kinder unter drei Jahren in voller Höhe an die Kommunen weitergeben. Das ist es, was Sie vorhin angemahnt haben, Frau Kamm. Wir wollen ganz einfach, dass die Kommunen hier unterstützt werden, wohl wissend, dass die Kinderbetreuung originär eine kommunale Aufgabe ist.

Nach dem beispielhaften Ausbau der Kinderbetreuung investieren wir in den kommenden Jahren vor allem in eine höhere Qualität. An dieser Stelle möchte ich meine ganz große Wertschätzung allen Erzieherinnen und Kinderpflegerinnen aussprechen. Sie leisten eine unschätzbar wertvolle Arbeit. Ich wünsche mir, dass diese Berufe eine größere Wertschätzung in unserer Gesellschaft erfahren. Deswegen müssen wir alles daran setzen, das in Zukunft gemeinsam zu erreichen.

(Beifall bei der CSU)

Die Eltern erwarten zu Recht, dass ihre Kinder in der Kindertageseinrichtung altersgerecht gefördert werden und so früh wie möglich das Fundament der Persönlichkeitsentfaltung gelegt wird. Das erreichen wir, indem wir zum Beispiel den Basiswert erhöhen. Bei einer durchschnittlichen Einrichtung mit 54 Kindern ergibt die Basiserhöhung ein Plus von circa 14.000 Euro jährlich. Wir erhöhen den Basiswert zur Qualitätsverbesserung um 63 Millionen Euro. Wenn die Kommunen dasselbe tun, ist das ein absolutes Plus. Es wäre ein Highlight für unsere Einrichtungen.

(Beifall bei der CSU)

Gemeinsam mit der Wirtschaft haben wir den Familienpakt Bayern ins Leben gerufen. Er umfasst ein Bündel von Maßnahmen. Zum Beispiel werden wir Unternehmen informieren und beraten, wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch besser gelebt werden kann. Wir werden erwerbstätige Familien bei der Kinderbetreuung und Pflege strukturell unterstützen, und wir werden gezielt die Teilzeitausbildung fördern.

Das kommt all den Frauen zugute, die ihre Ausbildung nicht beendet haben oder die während der Ausbildung ein Kind bekommen haben und so nicht für ihr eigenes Leben und auch nicht für das Leben des Kindes vorsorgen können. Für den Familienpakt stehen in den Jahren 2015/2016 4 Millionen Euro zur Verfügung. Unsere Zielsetzung ist ganz klar: Wir wollen die Arbeitswelt in Bayern familiengerechter gestalten.

Ein weiterer Punkt ist die Förderung der bayerischen Ehe- und Familienberatungsstellen. Hier investieren wir 2015 weitere 500.000 Euro, sodass wir insgesamt 2,2 Millionen Euro haben. Dafür danke ich den Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfraktion ganz besonders, die dies in ihrem Antrag gefordert haben. Die Ehe- und Familienberatungsstellen leisten einen unverzichtbaren Beitrag für den Schutz von Ehe und Familie.

Bei den Frauenhäusern führen wir einen proaktiven Beratungsansatz ein. Dabei stehen für die Beratung misshandelter Frauen und deren Kinder im Jahr 2015 550.000 Euro zur Verfügung. Sie haben das vorhin angemahnt, Frau Schmidt. Dieses

Geld ist richtig angelegt, und ich bin davon überzeugt, wir gehen damit einen neuen, richtigen Weg.

(Beifall bei der CSU)

Bayern hält als eines von derzeit noch drei Bundesländern am Landeserziehungsgeld fest und baut es sogar weiter aus. Wir heben die Einkommensgrenzen an und erreichen damit wieder die Mitte der Gesellschaft. Dafür investiert Bayern 90 Millionen Euro im Jahr 2016. Das bedeutet 15 Millionen Euro mehr für unsere Familien. Damit stärken wir unsere Familien finanziell.

(Beifall bei der CSU)

Als Sozialministerin bin ich der Überzeugung wie auch der Kollege Unterländer, dass das der richtige Ansatz ist. Baden-Württemberg hat sich vom Landeserziehungsgeld verabschiedet, und auch im Thüringer Koalitionsvertrag ist jetzt die Abschaffung vorgesehen, das ist ein falscher Ansatz. Man kommt damit den Familien nicht entgegen. Wir wollen, dass die Familien in Bayern unterstützt werden.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Ich bin der Überzeugung, dass das Landeserziehungsgeld ein wichtiger Baustein besonders für die Alleinerziehenden ist, aber auch für kinderreiche Familien. Es genießt eine hohe Akzeptanz bei den Eltern. Rund 80 % der Eltern bezeichnen das Landeserziehungsgeld als wichtige Ergänzung zu ihrem Einkommen.

Für die Jugendarbeit investieren wir im Doppelhaushalt über 50 Millionen Euro. An dieser Stelle danke ich erneut der Regierungsfraktion, die sich dafür eingesetzt hat, dass die Mittel für die Jugendarbeit um 1,8 Millionen Euro aufgestockt werden. Kollege Fackler hat sich dafür vehement ins Zeug gelegt, wofür ich ihm besonders danke.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Guter Mann!)

Ich möchte aber auch dem Kollegen Dr. Hopp sehr danken, der ebenfalls in der Jugendarbeit Pflöcke einschlägt und die Weichen richtig stellt. Ich danke ihm für seine Unterstützung.

(Beifall bei der CSU)

Mit den Mitteln können in erster Linie Ziele aus dem jüngst fortgeschriebenen Kinder- und Jugendprogramm verwirklicht werden. Beispielsweise sollen Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund verstärkt am Vereinsleben teilhaben können. Damit können sie in das gesellschaftliche Leben bestmöglich integriert werden.

Ich komme jetzt zu einem Thema, das immer schlechtgeredet wird. Ich finde das bodenlos.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Bayern soll im öffentlichen Raum bis zum Jahr 2023 barrierefrei werden. Oberstes Gebot ist es, dort zu investieren, wo die Barrierefreiheit für die ganze bayerische Bevölkerung von elementarer Bedeutung ist. Menschen mit Behinderung sollen genauso profitieren wie ältere Menschen und Familien mit Kindern. Barrierefreiheit kann nur Schritt für Schritt in Angriff genommen werden. Der Haushalt ermöglicht genau diesen Schritt. Bayern investiert 205 Millionen Euro als ersten Schritt in den nächsten zwei Jahren konkret in die Barrierefreiheit. Schwerpunkte dabei sind die Mobilität, die Bildung und öffentlich zugängliche staatliche Gebäude. Liebe Frau Celina, es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Alle müssen sich daran beteiligen, nicht allein der Staat.

(Beifall bei der CSU)

Im Einzelnen stehen für die kommenden zwei Jahre 97,5 Millionen Euro für staatliche Gebäude zur Verfügung, 60 Millionen Euro für den öffentlichen Nahverkehr, 21 Millionen Euro für Bahnhöfe und 22 Millionen Euro für die Barrierefreiheit von Schulen und Kindertageseinrichtungen. Zusätzlich wird Bayern weitergehende Beratungs- und In-

formationsangebote zur Barrierefreiheit und Anreize für die Privatwirtschaft schaffen. Dafür stehen 3,5 Millionen Euro zur Verfügung.

Addieren wir das Ganze auf, dann sehen wir, dass wir bis zum Jahre 2023 weit über 1 Milliarde Euro zur Verfügung stellen müssen. Neben diesen 205 Millionen Euro für die nächsten zwei Jahre stellt die Staatsregierung seit Jahren auf sehr hohem Niveau Mittel für die Barrierefreiheit in anderen Bereichen zur Verfügung. Ich nenne zum Beispiel den Wohnungsbau, die Tourismus- und Städtebauförderung sowie die Krankenhausfinanzierung. Wir fangen nicht bei null an. Allein im Rahmen der Wohnungsbauförderung für Neubauten und bestehende Gebäude investiert die Staatsregierung jährlich über 100 Millionen Euro.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Staatsministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Claudia Stamm?

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Nein, später. - Wir haben in unterschiedlichsten Haushaltsansätzen in weiteren Ressorts diese Mittel vorgesehen. Wir stehen ganz konkret dazu, dass wir die UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen und verwirklichen. Wir wollen, dass Inklusion eine Selbstverständlichkeit wird in unserer Gesellschaft. Wir wollen, dass Menschen mit und ohne Behinderung gut zusammenleben können, gut arbeiten können und gemeinsam lernen können. Ich möchte in diesem Zusammenhang unserer Behindertenbeauftragten, Frau Badura, die heute auch da ist, ein ganz großes Lob aussprechen. Sie setzt sich enorm dafür ein, dass Menschen mit Behinderung Erleichterung in unserer Gesellschaft erfahren.

(Allgemeiner Beifall)

Sehr geehrte Frau Schmidt, Taubblinde – das ist vorhin auch schon vom Kollegen Unterländer angesprochen worden – erhalten das doppelte Blindengeld seit letztem Jahr. Ich glaube, da sind Sie nicht richtig informiert.

Ein ganz wesentliches Thema in meinem Haus ist natürlich - wie könnte es anders sein - die Asylthematik. Wir haben wichtige Maßnahmen auf den Weg gebracht und setzen uns weiter für eine menschenwürdige Unterbringung der Asylbewerber ein. Wir stellen uns darauf ein, dass wir auch in den Jahren 2015 und 2016 eine mindestens ebenso hohe Zahl an Asylbewerbern haben werden wie im Jahr 2014. Ich sage Ihnen: Wir haben vieles verändert in den letzten Monaten. Auch der Krisenstab war hilfreich, um bürokratische Hemmnisse zu beseitigen und ganz gezielt Verbesserungen herbeizuführen, auch bei der medizinischen Versorgung.

Wir bauen zügig die Erstaufnahmeeinrichtungen aus, und zwar in jedem Regierungsbezirk. Auch die dezentralen Unterkünfte werden weiter ausgebaut. Sehr geehrte Frau Kamm, wir wollen, dass Asylbewerber angemessen untergebracht werden. Wir wollen nicht, dass sich Anbieter eine goldene Nase verdienen oder sich bereichern können.

(Beifall bei der CSU)

Bayern stockt die Mittel für die Unterbringung von Asylbewerbern deutlich auf. In den Jahren 2015 und 2016 werden jeweils über 100 Millionen Euro mehr als 2014 zur Verfügung stehen. Wir haben im Haushalt pro Jahr 450 Millionen Euro vorgesehen. 30 % mehr sind auch notwendig, damit wir all den Herausforderungen begegnen können. Damit können wir auch unsere Kommunen entlasten. Ihnen erstatten wir die Kosten für die Unterbringung spitz. Das leistet kein anderes Land; das möchte ich noch einmal betonen.

(Beifall bei der CSU)

Schauen Sie sich Nordrhein-Westfalen an; dort erhalten die Kommunen eine Pauschale. Sie deckt auf keinen Fall die gesamten Kosten. Ich darf Ihnen sagen: Unsere Kommunen wissen das sehr wohl zu schätzen. Wir arbeiten mit den Kommunen intensiv und gut zusammen.

(Beifall bei der CSU)

Wir erfahren momentan, liebe Kolleginnen und Kollegen, eine große Solidarität in der Gesellschaft: bei den Kommunen, bei den Hilfsorganisationen und bei den vielen Ehrenamtlichen, die sich in diesem Bereich momentan enorm engagieren. Wenn Sie mich aus der Praxis fragen, wie das aussieht, kann ich Ihnen sagen, dass dieses ehrenamtliche Engagement eine neue Art der Beheimatung ist für Asylbewerber und Flüchtlinge, die zu uns ins Land kommen.

Ich möchte es nicht versäumen, unserem Integrationsbeauftragten Martin Neumeyer heute von ganzem Herzen zu danken.

(Beifall bei der CSU)

Er ist in den Einrichtungen unterwegs, diskutiert mit den Ehren- und Hauptamtlichen. Er unterstützt unsere Arbeit maßgeblich. Noch einmal: meinen ganz großen Respekt, dir lieber Martin!

(Beifall bei der CSU)

Im Bereich Ehrenamt, liebe Kolleginnen und Kollegen, brauchen wir eine bessere Vernetzung zwischen Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen, zwischen Asylsozialarbeit und Ehrenamtlichen, zwischen Koordinierungsstellen und Ehrenamtlichen, zwischen Sozialämtern und Ehrenamtlichen. Das ist dringend erforderlich, damit alle dieselbe Orientierung geben können bei der Unterstützung unserer Asylbewerber. Liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Asylsozialberatung ist auch mehr Geld vorgesehen. Bayern hat die Mittel für die Asylsozialberatung seit 2011 gut verdreifacht. Jetzt werden sie um über 4 Millionen Euro auf 9,3 Millionen Euro im Jahr 2015 steigen. Damit können wir auch den Betreuungsschlüssel – Herr Dr. Fahn, hören Sie gut zu! – in den Erstaufnahmeeinrichtungen auf 1 : 100 verbessern, und die Förderquote verbessern wir von 70 % auf 80 %.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Wann?)

Das ist alles abgestimmt mit den Hilfsorganisationen, mit Caritas und Diakonie.

Zudem fördert Bayern die Teilhabe durch Sprache. Bayern ermöglicht als einziges Bundesland Asylbewerbern im laufenden Verfahren und den Geduldeten den Zugang zu Deutschkursen. Bayernweit sind Kurse Mitte 2013 gestartet. Seit Oktober 2013 unterstützen wir zudem ehrenamtliche Sprachkurse auch finanziell mit jeweils 500 Euro. Dies ist wichtig; denn Sprache ist aus meiner Sicht der Schlüssel zum gegenseitigen Verständnis.

Vorhin ist viel über Kommunikation gesprochen worden. Kommunikation ist unglaublich wichtig. Bürgerinformationsveranstaltungen sind wichtig. Auf eines müssen wir enorm achten, nämlich darauf, dass wir die Balance halten bei uns im Land, dass die Akzeptanz in der Bevölkerung nicht kippt. Mein Wunsch ist mit Sicherheit nicht, dass wir hier Demonstrationen haben wie in anderen Bundesländern, sondern ich will, dass keine überzogenen Forderungen gestellt werden. Ich will, dass wir unsere Asylbewerber angemessen unterbringen, dass aber auch Asylbewerber, die unberechtigt bei uns sind, so schnell wie möglich zurückgeführt werden. Ich darf Ihnen sagen: Was die sicheren Drittstaaten angeht, das war eine kluge Entscheidung. 70 % der vorgestern in München angekommenen Asylbewerber sind aus dem Westbalkan zu uns gekommen. Daran kann man schon erkennen, dass es wirklich Handlungsbedarf gibt und wir hier einfach Veränderungen brauchen.

(Beifall bei der CSU)

Jeder Platz, der unberechtigt eingenommen wird, steht nicht zur Verfügung für die Menschen, die bei uns Hilfe suchen, die berechtigt zu uns kommen, die Unterstützung brauchen, ein schweres Schicksal haben und einen langen Weg hinter sich haben.

Mein ganz besonderes Augenmerk und unser aller Augenmerk liegt natürlich auf den unbegleiteten Minderjährigen, die unseren besonderen Schutz brauchen. Sie werden von Anfang an unter dem Dach der Jugendhilfe betreut. Dort erhalten sie die Hilfe, die sie benötigen. Diese Hilfeleistung stellen wir in den sogenannten Inobhutnahme-Einrichtungen fest.

Neben den Leistungen, die die Kommunen über ein bundesweites Verteilungssystem erhalten, bekommen sie vonseiten des Freistaates 8,5 Millionen Euro für den Ausbau zentraler Inobhutnahme-Einrichtungen, für Vormundschaftskosten und weitere Verwaltungskosten. Gerade die jungen unbegleiteten Minderjährigen bringen – das sind die Erfahrungen – ein großes Potenzial mit. Sie sind wissbegierig und wollen etwas erreichen. Ihnen wollen wir eine gute schulische und berufliche Bildung auf den Lebensweg mitgeben.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, Ziel der bayerischen Sozialpolitik ist es, gute Lebensbedingungen für alle, insbesondere für die Familien in Bayern zu schaffen. Ich möchte allen Kolleginnen und Kollegen danken, die konstruktiv an der Verwirklichung dieses Sozialhaushalts mitgewirkt haben. Ich danke den Berichterstattern und dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses Peter Winter. Ich möchte aber auch dem Vorsitzenden des Sozialausschusses Joachim Unterländer ein Dankeschön sagen. Danken möchte ich auch Frau Weikert, die ihn vertreten hat, als er gesundheitlich nicht auf der Höhe war. Ich danke allen ehrenamtlichen Helfern in der Wohlfahrtspflege und den Sozialverbänden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen allen Menschen die Teilhabe an Arbeit, Wohlstand und dem Leben in der Gesellschaft ermöglichen und Chancen eröffnen. Mit dem Doppelhaushalt 2015/2016 schaffen wir die dafür notwendige finanzielle Basis. Wir beweisen damit, dass ein ausgeglichener Haushalt mit einer starken sozialen Seite in Bayern möglich ist. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. Sie sind richtigerweise gleich stehen geblieben. Wir haben zwei angemeldete Zwischenbemerkungen: zunächst Frau Kamm und dann Herr Kollege Fahn.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie haben zugesagt, dass die Asylsozialberatung mit 80 % bezuschusst werden soll. In den Erstaufnahmeein-

richtungen ist dringend – das ist derzeit überhaupt nicht der Fall - ein Schlüssel von 1 : 120 notwendig und im weiteren Verlauf ein Schlüssel von 1 : 125. Wann werden Sie einen Nachtragshaushalt vorlegen, um die Mittel anzupassen? - Die neun Millionen reichen nach Adam Riese schlicht und einfach nicht aus. Das ist die erste Frage.

Die zweite Frage: Halten Sie die derzeitigen Haushaltsmittel für Sprachkurse für ausreichend, um allen Flüchtlingen, die es wollen, ein Angebot an qualifizierten Sprachkursen zu machen? - Nicht in jeder dezentralen Unterkunft befindet sich ein ausreichendes Angebot durch ehrenamtliche Tätigkeit. Wer eine berufliche Integration möchte, braucht zudem einen Sprachkurs, der jeden Tag und nicht nur einmal oder zweimal in der Woche abends stattfindet.

Die weitere Frage: Was tun Sie, um Integrationsleistungen von Flüchtlingen zu würdigen? - Es gibt viele Flüchtlinge, die sich mit großem Engagement um Integration bemühen. Gerade jugendliche Flüchtlinge erbringen erhebliche Leistungen in der Schule. Was tun Sie dafür, dass diese zukünftig nicht mehr von der Schulbank weg abgeschoben werden? Was tun Sie für eine Mutter mit ihrem Kind, die erhebliche Integrationsleistungen erbracht hat, jetzt aber am 23. Dezember aus Deutschland ausreisen muss?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Frau Kamm, das war ein ganzer Fragenkatalog. Ich möchte ganz kurz antworten. Lassen Sie uns bei der Asylsozialberatung doch einmal mit den 9,3 Millionen Euro für das Jahr 2015 beginnen. Ich bin davon überzeugt, dass das der richtige Einstieg ist. Wir werden sehen, wie sich im nächsten Jahr alles entwickelt.

In die Sprachkurse investieren wir derzeit 3,75 Millionen Euro. Wir unterstützen die ehrenamtlich abgehaltenen Sprachkurse mit 500 Euro. Daneben gibt es weitere, hoch professionelle Sprachkurse, die wir in Kooperation mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge anbieten. Da geht es auch darum, welche Anzahl an Asylbewerbern

nächstes Jahr kommt. Ich bin ebenfalls der Auffassung, dass Sprache der Schlüssel dafür ist, dass sich die Menschen hier verständigen können. Deswegen fördern wir auch im nächsten Jahr die Sprachkurse.

Zur Integration: Wir müssen erst einmal feststellen, was wir uns darunter vorstellen. Reden wir über die Asylbewerber, reden wir über Flüchtlinge, oder reden wir über hoch qualifizierte Menschen mit Migrationshintergrund? Wir gestalten derzeit ein Integrationskonzept, das eine Anerkennungskultur und eine Wertschätzungskultur mit enthält. Das ist die Basis, auf der wir Integration aufbauen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Jetzt Herr Dr. Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Zwei Fragen an Sie, Frau Ministerin. Erstens, zur Asylsozialberatung: Sie haben von der Erhöhung der Förderquote von 70 auf 80 % gesprochen. Ab wann kommen diese 80 %?

Zweite Frage: Der Integrationsbeauftragte Herr Neumeyer hat schon vor über einem Jahr – ich habe die Pressemitteilung – geschrieben, wir bräuchten ein bayerisches Integrationsgesetz. Ich warte schon seit einem Jahr auf einen entsprechenden Gesetzentwurf Ihrer Fraktion. Wie weit ist das? - Sie haben gesagt, es gibt ein Konzept. Wann wird dieses Konzept einmal in ein Gesetz gegossen? Wäre es denn nicht sinnvoller, dass ein solcher Gesetzentwurf fraktionsübergreifend vorgelegt wird, wenn wir schon ein bayerisches Integrationsgesetz wollen und wünschen? - Bei der Inklusion ist uns das wunderbar gelungen. Alle loben uns dafür, dass alle vier Fraktionen fraktionsübergreifend die Inklusion wollen.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Wann werden die 70 % auf 80 % erhöht? - Wenn Sie den Haushalt für das nächste Jahr genehmigt haben.

(Beifall bei der CSU)

Wir arbeiten an einem Integrationskonzept. Der Wunsch des Integrationsbeauftragten ist ein Integrationsgesetz. Darüber sind wir in der Diskussion.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank. Damit sind die Zwischenbemerkungen erledigt. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zu einer etwas längeren Abstimmungsprozedur.

Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2015/2016, Einzelplan 10, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3828 bis 17/3847, 17/3908 bis 17/3940, 17/3985, 17/3986, 17/4010 bis 17/4026, 17/4028, 17/4029 und 17/4161 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/4602 zugrunde.

Zunächst führen wir die bereits zu Beginn der Beratung angekündigten namentlichen Abstimmungen durch. Zuerst stimmen wir über den Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/3832 in namentlicher Form ab. Für die Stimmabgabe sind die Urnen wie immer bereitgestellt. Ich gehe davon aus, dass Sie damit einverstanden sind, wenn wir gleich mit drei Minuten die Abstimmung beginnen. Dann beginnen wir jetzt mit der Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 13.38 bis 13.41 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung und bitte, das Ergebnis draußen zu ermitteln.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion auf der Drucksache 17/3913. Die Urnen stehen wieder bereit. Ich eröffne die Abstimmung. Dafür stehen wieder drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 13.42 bis 13.45 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung und bitte, die Urnen wieder freizumachen.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion auf der Drucksache 17/3927. Die Urnen stehen bereit. Ich eröffne die Abstimmung. Dafür stehen wieder drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 13.45 bis 13.48 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 17/4017. Die Urnen sind wieder bereit. Ich eröffne die Abstimmung. Dafür stehen drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 13.49 bis 13.52 Uhr)

Ich schließe den Abstimmungsvorgang.

Die nächste namentliche Abstimmung betrifft den Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 17/4029. Die Urnen stehen bereit. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 13.52 bis 13.55 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich schließe diesen Abstimmungsvorgang.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen, weil wir jetzt einfache Abstimmungen durchführen. – Ich würde auch die CSU-Fraktion bitten, die Plätze einzunehmen. – Das gilt ebenso für die Kollegen der GRÜNEN-Fraktion. Es dauert jetzt länger; Sie dürfen sich gerne hinsetzen. Die Ergebnisse der namentlichen Abstimmung werden ermittelt.

Auf der Ehrentribüne hat eine Delegation von Wissenschaftlern Platz genommen. Es handelt sich um die Asia-Europe Perspectives Association. Sie hält sich in Kooperation mit der Hanns-Seidel-Stiftung hier in München auf. Herzlich willkommen im Bayerischen Landtag!

(Allgemeiner Beifall)

Wir führen jetzt die von den Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN beantragten gesonderten Abstimmungen über die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3838, 17/4013 und 17/4025 in einfacher Form durch. – Ich würde darum bitten, dass für die in einfacher Form durchgeführten Abstimmungen auch die Mitglieder der Staatsregierung die vorgesehenen Plätze einnehmen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 17/3838 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der SPD. Gegenstimmen? – Die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 17/4013 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Gegenstimmen? – CSU. Enthaltungen? – FREIE WÄHLER. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 17/4025 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER, SPD. Gegenstimmen, bitte! – CSU. Enthaltungen? – Sehe ich nicht. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt. Danke schön.

Die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen liegen vor. Ich gebe zuerst das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER betreffend "Wohnungslosenhilfe in Bayern", Drucksache 17/3832, bekannt. Mit Ja haben 52, mit Nein haben 90 Abgeordnete gestimmt. Es gab 17 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Sonderinvestitionsprogramm Barrierefreiheit", Drucksache 17/3913, hat bei der namentlichen Abstimmung 68 Ja-Stimmen und 89 Nein-Stimmen erhalten. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Förderungen von Maßnahmen zum Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder", Drucksache 17/3927, lautet: Mit Ja haben 68, mit Nein haben 91 Abgeordnete gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN betreffend "Sonderinvestitionsprogramm Bayern - Barrierefrei 2023", Drucksache 17/4017, bekannt. Mit Ja haben 67, mit Nein haben 91 Abgeordnete gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN betreffend "Sprachkurse für Asylsuchende flächendeckend ermöglichen", Drucksache 17/4029, lautet: Mit Ja haben 66, mit Nein haben 91 Abgeordnete gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Der Einzelplan 10 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/4602 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Die Abstimmung darüber soll wieder in namentlicher Form erfolgen. Abstimmungsgrundlage ist der Einzelplan 10 mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen. Die Urnen stehen bereit. Sie sind mit drei Minuten einverstanden. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 14.01 bis 14.04 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Sitzungssaales ermittelt.

(...)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich komme zum Tagesordnungspunkt 20 zurück und gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Einzelplan 10 bekannt: Mit Ja haben 91 und mit Nein 67 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Stimmenthaltungen gab es nicht. Damit ist der Einzelplan 10 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 8)

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, als erledigt. Eine Liste dieser Anträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 9)

Kolleginnen und Kollegen, wir kommen gleich zu einer Abstimmung. Setzen Sie sich bitte hin, sonst können wir von hier vorne nicht sehen, wie abgestimmt wird. Ich bitte Sie, in allen Teilen des Saales wieder die Plätze einzunehmen. Danke schön.

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zum Einzelplan 10 noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte. – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/4602 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3934 mit 17/3940 ihre Erledigung gefunden haben. Die Beratung des Einzelplans 10 ist damit abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 11.12.2014 zu Tagesordnungspunkt 20: Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Haushaltsplan 2015/2016; hier: Wohnungslosenhilfe in Bayern (Kap. 10 03 Tit. 684 72) (Drucksache 17/3832)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete			X
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin			X
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute			
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina			
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus			X
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas			X
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			X
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine			
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			X
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.			
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine			X
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			X
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian			X
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen			X
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			X
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard			
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			X
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayer Simone			
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	52	90	17

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 11.12.2014 zu Tagesordnungspunkt 20: Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ruth Waldmann, Angelika Weikert u. a. SPD; Haushaltsplan 2015/2016; hier: Sonderinvestitionsprogramm Barrierefreiheit (Kap. 10 05 neue TG) (Drucksache 17/3913)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina			
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine			
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.			
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth			
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard			
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayer Simone			
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	68	89	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 11.12.2014 zu Tagesordnungspunkt 20: Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayr u. a. SPD; Haushaltsplan 2015/2016; hier: Förderungen von Maßnahmen zum Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder (Kap. 10 07 TG 82) (Drucksache 17/3927)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina			
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine			
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.			
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard			
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayer Simone			
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	68	91	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 11.12.2014 zu Tagesordnungspunkt 20: Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2015/2016; hier: Sonderinvestitionsprogramm Bayern Barrierefrei 2023 (Kap. 10 05 TG 84) (Drucksache 17/4017)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Fehlner Martina			
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine			
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.			
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard			
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard			
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayer Simone			
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	67	91	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 11.12.2014 zu Tagesordnungspunkt 20: Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2015/2016; hier: Sprachkurse für Asylsuchende flächendeckend ermöglichen (Kap. 10 53 Tit. 684 02) (Drucksache 17/4029)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina			
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine			
Häusler Johann			
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.			
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard			
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina			
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayer Simone			
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	66	91	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 11.12.2014 zu Tagesordnungspunkt 20: Haushaltsplan 2015/2016; Einzelplan 10 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration (Drucksache 17/4602)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Aigner Ilse	X		
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Beißwenger Eric	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brückner Michael	X		
von Brunn Florian		X	
Brunner Helmut			
Celina Kerstin			
Dettenhöfer Petra	X		
Dorow Alex	X		
Dünkel Norbert	X		
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute	X		
Eisenreich Georg	X		
Fackler Wolfgang	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen		X	
Fehlner Martina			
Felbinger Günther		X	
Flierl Alexander	X		
Dr. Förster Linus			
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith	X		
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva			
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Haderthauer Christine			
Häusler Johann		X	
Halbleib Volkmar		X	
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.			
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes	X		
Hofmann Michael	X		
Holetschek Klaus	X		
Dr. Hopp Gerhard	X		
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Huber Martin	X		
Huber Thomas	X		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Kamm Christine		X	
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro	X		
Knoblauch Günther		X	
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter		X	
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia	X		
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Neumeyer Martin	X		
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard			
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred	X		
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi		X	
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd	X		
Dr. Söder Markus	X		
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayer Simone			
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl		X	
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika		X	
Dr. Wengert Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta		X	
Wild Margit			
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	91	67	0

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 20

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 10:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhöhung der Mittel für den Mitarbeiterstab der Beauftragten der Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung
(Kap. 10 01 Tit. 422 01 und
Kap. 10 01 Tit. 428 01)
Drs. 17/3828
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Jutta Widmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Bayerisches Blindengeld auch für hochgradig sehbehinderte Menschen in Bayern einführen
(Kap. 10 03 Tit. 681 01)
Drs. 17/3829
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse an Verbände, Vereine u.a. zur Durchführung ihrer Aufgaben beim Vollzug des Betreuungsgesetzes (BtG)
(Kap. 10 03 Tit. 684 01)
Drs. 17/3830
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Einführungs- und Fortbildungstagungen für ehrenamtliche Richterinnen und Richter in der Sozial- und Arbeitsgerichtsbarkeit
(Kap. 10 03 neuer Tit.)
Drs. 17/3831
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Wohnungslosenhilfe in Bayern
(Kap. 10 03 Tit. 684 72)
Drs. 17/3832
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung der Insolvenzberatung in Bayern
(Kap. 10 03 Tit. 684 73)
Drs. 17/3833
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für generationsübergreifende Einrichtungen – Förderung der bayerischen Mehrgenerationenhäuser
(Kap. 10 07 Tit. 633 01)
Drs. 17/3834
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Netzwerk Familienpaten Bayern
(Kap. 10 07 neuer Tit.)
Drs. 17/3835
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Kosten für die Ausreichung und Verleihung des Bayerischen Innovationspreises Ehrenamt
(Kap. 10 07 Tit. 537 85)
Drs. 17/3836

- | | |
|---|---|
| <p>10. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Fortführung der Bayerischen Ehrenamtskarte
(Kap. 10 07 Tit. 633 85)
Drs. 17/3837</p> <p>11. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhöhung der Mittel für das Landesnetzwerk „Bürgerschaftliches Engagement“
(Kap. 10 07 Tit. 684 85)
Drs. 17/3838</p> <p>12. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Qualitätsbegleiterinnen und -begleiter in den bayerischen Kindertageseinrichtungen
(Kap. 10 07 Tit. 633 88)
Drs. 17/3839</p> <p>13. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Qualitätsverbesserung in Kindertageseinrichtungen
(Kap. 10 07 Tit. 633 89)
Drs. 17/3840</p> <p>14. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für ältere Menschen
(Kap. 10 07 TG 70)
Drs. 17/3841</p> <p>15. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Haushaltstitel für die LandesSeniorenVertretung Bayern e.V. (LSVB) schaffen
(Kap. 10 07 neuer Tit. und Tit. 684 70)
Drs. 17/3842</p> | <p>16. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Hilfe für Opfer von Gewalt gegen Frauen und Kinder
(Kap. 10 07 TG 82)
Drs. 17/3843</p> <p>17. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Einführung einer staatlichen Sockelfinanzierung für Kindertageseinrichtungen
(Kap. 10 07 TG 88 - 92 neuer Tit.)
Drs. 17/3844</p> <p>18. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Integration von Zuwanderern
(Kap. 10 50 Tit. 633 52)
Drs. 17/3845</p> <p>19. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Deutschkurse für Asylbewerber und sonstige Ausländer
(Kap. 10 53 Tit. 633 01)
Drs. 17/3846</p> <p>20. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Asylsozialberatung
(Kap. 10 53 Tit. 684 01)
Drs. 17/3847</p> <p>21. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhöhung der Ausgaben für die Jugendarbeit auch im Jahr 2016
(Kap. 10 07 TG 78)
Drs. 17/4161</p> |
|---|---|

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ruth Waldmann, Angelika Weikert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Änderung des Bayerischen Blindengeldgesetzes
(Kap. 10 03 Tit. 681 01)
Drs. 17/3908
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Angelika Weikert, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Betreuungsvereine
(Kap. 10 03 Tit. 684 01)
Drs. 17/3909
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Angelika Weikert, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung von Maßnahmen zur Durchführung der Insolvenzordnung
(Kap. 10 03 TG 73)
Drs. 17/3910
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Angelika Weikert, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Maßnahmen zur Förderung der Akzeptanz der Teilzeitausbildung
(Kap. 10 05 TG 74)
Drs. 17/3911
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ruth Waldmann, Angelika Weikert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Errichtung eines „Kompetenzzentrums Barrierefreiheit“
(Kap. 10 05 TG 84)
Drs. 17/3912
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ruth Waldmann, Angelika Weikert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Sonderinvestitionsprogramm Barrierefreiheit
(Kap. 10 05 neue TG)
Drs. 17/3913
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Angelika Weikert, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung von Verbänden und kulturellen Einrichtungen der deutschen Heimatverbänden und Flüchtlinge im Sinn des § 96 BVFG
(Kap. 10 06 Tit. 686 01)
Drs. 17/3914
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Angelika Weikert, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung von Verbänden und kulturellen Einrichtungen der deutschen Heimatverbänden und Flüchtlinge im Sinn des § 96 BVFG
(Kap. 10 06 Tit. 686 01)
Drs. 17/3915
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Susann Biedefeld, Angelika Weikert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhöhung der Landesmittel an Gemeinden und Gemeindeverbände für generationsübergreifende Einrichtungen (Mehrgenerationenhäuser)
(Kap. 10 07 Tit. 633 01)
Drs. 17/3916
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung heilpädagogischer Fachdienste
(Kap. 10 07 Tit. 684 04)
Drs. 17/3917
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: LandesSeniorenVertretung Bayern e.V. (LSVB)
(Kap. 10 07 neuer Tit.)
Drs. 17/3918

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung von Familienstützpunkten
(Kap. 10 07 Tit. 684 73)
Drs. 17/3919
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Angelika Weikert, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse für Ehe- und Familienberatung
(Kap. 10 07 Tit. 684 73)
Drs. 17/3920
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ruth Waldmann, Angelika Weikert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Ehe- und Familienberatung für gehörlose und hörgeschädigte Menschen
(Kap. 10 07 Tit. 684 73)
Drs. 17/3921
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martina Fehlner, Angelika Weikert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschuss an das Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis des JFF e.V.
(Kap. 10 07 Tit. 684 76)
Drs. 17/3922
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Arif Tasdelen, Angelika Weikert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zusätzliche Mittel für Vereine für Jugendliche mit Migrationshintergrund
(Kap. 10 07 Tit. 684 78)
Drs. 17/3923
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Linus Förster, Angelika Weikert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Ausgaben für Jugendarbeit
(Kap. 10 07 TG 78)
Drs. 17/3924
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Angelika Weikert, Harald Güller u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung von Fanprojekten
(Kap. 10 07 TG 78)
Drs. 17/3925
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Simone Strohmayer, Angelika Weikert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Einrichtung von Interventionsstellen mit einem proaktiven Beratungsansatz
(Kap. 10 07 TG 82)
Drs. 17/3926
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderungen von Maßnahmen zum Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder
(Kap. 10 07 TG 82)
Drs. 17/3927
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Mehr Zeit für die Jüngsten - bessere Personalausstattung in der Krippe
(Kap. 10 07 Tit. 633 89)
Drs. 17/3928
43. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung von Kindertageseinrichtungen durch die Erhöhung von Gewichtungsfaktoren für Kinder mit (drohender) Behinderung
(Kap. 10 07 Tit. 633 89)
Drs. 17/3929
44. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Angelika Weikert, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Landesaktionsplan gegen Homo- und Transphobie
(Kap. 10 07 neue TG)
Drs. 17/3930
45. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Arif Tasdelen, Angelika Weikert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Institutionelle Förderung einer Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer- und Migrationsbeiräte Bayerns (AGABY)
(Kap. 10 50 neuer Tit.)
Drs. 17/3931

46. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Angelika Weikert, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse zur Förderung der Asylsozialberatung
(Kap. 10 53 Tit. 684 01)
Drs. 17/3932
47. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Angelika Weikert, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Deutschkurse für Asylbewerber und sonstige Ausländer
(Kap. 10 53 Tit. 684 02)
Drs. 17/3933
48. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Arif Tasdelen, Angelika Weikert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Ausbau der Migrationsberatungsstellen der Freien Wohlfahrtspflege in Bayern
(Kap. 10 50 Tit. 684 52)
Drs. 17/3985
49. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Arif Tasdelen, Angelika Weikert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Institutionelle Förderung der IG-Initiativ-Gruppe - Interkulturelle Begegnung und Bildung e.V.
(Kap. 10 50 neuer Tit.)
Drs. 17/3986
50. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Blindengeld nach dem Bayerischen Blindengeldgesetz - Förderung von hochgradig sehbehinderten und taubblinden Menschen
(Kap. 10 03 Tit. 681 01)
Drs. 17/4010
51. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung der Betreuungsvereine erhöhen
(Kap. 10 03 Tit. 684 01)
Drs. 17/4011
52. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung von anerkannten Insolvenzberatungsstellen in kommunaler oder gemeinnütziger Trägerschaft
(Kap. 10 03 Tit. 684 73)
Drs. 17/4012
53. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zivilgesellschaft stärken – Rechtsextremismus bekämpfen
(Kap. 10 03 neue TG)
Drs. 17/4013
54. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung der Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstatträte in Bayern
(Kap. 10 05 TG 78 - 79)
Drs. 17/4014
55. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung von stationären Wohnplätzen und Tagesbetreuungsplätzen für ältere Menschen mit Behinderung
(Kap. 10 05 Tit. 893 79)
Drs. 17/4015
56. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Rahmen des Bayerischen Landesplans für Menschen mit Behinderung
(Kap. 10 05 Tit. 893 78)
Drs. 17/4016
57. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Sonderinvestitionsprogramm Bayern Barrierefrei 2023
(Kap. 10 05 TG 84)
Drs. 17/4017

58. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren
(Kap. 10 07 Tit. 883 01)
Drs. 17/4018
59. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse für Ehe- und Familienberatung
(Kap. 10 07 Tit. 684 73)
Drs. 17/4019
60. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Medienforschung sichern – JFF angemessen finanzieren
(Kap. 10 07 Tit. 684 76)
Drs. 17/4020
61. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Ausbildung Ehrenamtlicher beim Bayerischen Jugendring
(Kap. 10 07 Tit. 685 78)
Drs. 17/4021
62. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung des Projekts „PräTect“ des Bayerischen Jugendrings
(Kap. 10 07 Tit. 685 78)
Drs. 17/4022
63. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Bessere Ausstattung der Fanprojekte
(Kap. 10 07 TG 78)
Drs. 17/4023
64. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Landeserziehungsgeld abschaffen
(Kap. 10 07 Tit. 681 80)
Drs. 17/4024
65. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Frauenhäuser und Notrufe in Bayern: Anpassung der Fördersätze und Erhöhung der Mittel für pro-aktive Interventionsstellen
(Kap. 10 07 Tit. 684 82)
Drs. 17/4025
66. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Beitragsentlastung für Eltern von Kindern im Vorschuljahr
(Kap. 10 07 Tit. 633 91)
Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (BayKiBiG)
(Kap. 10 07 Tit. 633 89)
Drs. 17/4026
67. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Asylsozialberatung aufstocken
(Kap. 10 53 Tit. 684 01)
Drs. 17/4028
68. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Sprachkurse für Asylsuchende flächendeckend ermöglichen
(Kap. 10 53 Tit. 684 02)
Drs. 17/4029

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Harald Kühn

Abg. Hans-Ulrich Pfaffmann

Abg. Harald Güller

Abg. Dr. Karl Vetter

Abg. Ulrich Leiner

Abg. Bernhard Seidenath

Abg. Kathrin Sonnenholzner

Abg. Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer

Abg. Jürgen Baumgärtner

Abg. Klaus Holetschek

Abg. Doris Rauscher

Staatsministerin Melanie Huml

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 18** auf:

Haushaltsplan 2015/2016

Einzelplan 14 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 17/4327 mit 17/4334 sowie 17/4416 und 17/4417)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 17/4147 mit 17/4157)

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 17/4351 mit 17/4359)

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 17/4142 mit 17/4146)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von 1 Stunde und 30 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 25 Minuten, auf die SPD-Fraktion 16 Minuten und auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils 12 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 25 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Bevor ich die Aussprache eröffne, kündige ich gleich an, dass für die Endabstimmung über den Einzelplan namentliche Abstimmung beantragt worden ist.

Ich bitte nun den ersten Redner zum Rednerpult, Kollegen Harald Kühn.

Harald Kühn (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Frau Staatsministerin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Gesundheit bedeutet Lebensqualität. Auch im Hinblick auf die Lage im Bereich Gesundheit und Pflege können wir froh sein, in Deutschland und in Bayern zu leben. Unsere Versorgungsqualität gehört bei aller Offenheit für Verbesserungsvorschläge zu den besten der Welt. Bei uns hat grundsätzlich jeder

Bürger Anspruch auf qualitativ hochwertige ärztliche Hilfe, unabhängig von Einkommen, Alter, sozialer Herkunft und gesundheitlichem Risiko.

Im bundesdeutschen Vergleich braucht sich Bayern nicht zu verstecken. In Bayern gibt es Spitzenmedizin – der Hinweis auf unsere Uni-Kliniken, stellvertretend für die anderen Bereiche, dürfte genügen. Bei der Ärztedichte liegt Bayern auf Platz 1 unter den deutschen Flächenstaaten. Im Zusammenwirken mit allen Beteiligten im Gesundheitswesen, vor allem mit der kommunalen Familie, den Gemeinden, Städten, Landkreisen und Bezirken, den Trägern der Freien Wohlfahrtspflege und den Privaten konnten bedarfsgerechte und patientenorientierte Versorgungsstrukturen geschaffen werden.

Solide Finanzen, das heißt ein ausgeglichener Staatshaushalt, das Ziel der Schuldenfreiheit, sind dazu jedoch auch künftig die ebenso entscheidende Voraussetzung wie ein Ja zu Forschung und Wissenschaft im eigenen Land. Stichworte sind Medizintechnik, Pharmaindustrie, die personalisierte Medizin und Biotechnologie. Entscheidend ist zudem eine bestmögliche Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung.

Für seine Krankenhäuser engagiert sich der Freistaat seit Jahrzehnten auf Bundesebene für eine angemessene Erlössituation und in Bayern im investiven Bereich. Die Abfinanzierungsquote für die laufenden Projekte beträgt zurzeit 100 %. Die Investitionsmittel in Höhe von 500 Millionen Euro und die pauschalen Fördermittel in Höhe von 200 Millionen Euro im Etat des Finanzministeriums sind derzeit ausreichend. Die wichtige Frage nach den Erlösen aus dem laufenden Betrieb, die wesentlich auf nationaler Ebene beeinflusst und geregelt werden, beschäftigt dort alle Verantwortlichen. Ein parteiübergreifender Konsens in dieser überaus wichtigen Frage wäre wünschenswert. Bei der künftigen Krankenhausstruktur darf es nicht um Lokalkolorit, sondern muss es um Qualität und Leistungsfähigkeit gehen.

Neben den privaten Angeboten muss die öffentliche, vor allem die kommunale Daseinsvorsorge erhalten werden. Sie darf durch keinerlei europäisches Recht, zum Bei-

spiel weder durch das Wettbewerbsrecht noch durch Freihandelsabkommen, gefährdet werden. Eine sinnvoll vernetzte Weltwirtschaft bietet große Chancen, hat eine wohlfahrtsfördernde und friedensstiftende Wirkung. An dieser Stelle möchte ich jedoch als meine persönliche Meinung ganz klar betonen und zum Ausdruck bringen, meine Damen und Herren: Bei den laufenden Verhandlungen zu den Freihandelsabkommen, die Bayern und Deutschland hoffentlich möglichst Positives bringen, darf es nicht dazu kommen, dass die kommunale Daseinsvorsorge vom Trinkwasser bis zur Gesundheit – Stichwort: öffentliche Krankenhausversorgung – in irgendeiner Weise angetastet wird. Die Tür darf keinen Millimeter aufgehen.

(Beifall bei der CSU)

Kein noch so großer Gewinn auf internationalen Märkten würde eine Preisgabe dieses für die kommunale Selbstverwaltung, die soziale Marktwirtschaft und den Primat der Politik so elementaren Bestandteiles rechtfertigen – im Gegenteil: Nicht nur im Interesse unserer Bürger, sondern auch der Menschen anderer Staaten gilt es, alles zu tun, diese Strukturen aufrechtzuerhalten.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ihr seid ja lernfähig!)

Meine Damen und Herren, deshalb bin ich persönlich auch absolut davon überzeugt, dass Bayern im Bundesrat und die CSU im Koalitionsausschuss keiner Regelung zustimmen wird, die nicht zu 100 % wasserdicht ist. Genauso, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, gehe ich allerdings davon aus, dass der Ihrer Partei zugehörige Bundeswirtschaftsminister erst gar keine Vorlage macht, die dem widersprechen würde, und dass auch die GRÜNEN im Bundestag und im Bundesrat entsprechend abstimmen werden. Alles andere wäre ein Eintrag auf der falschen Seite des Geschichtsbuches.

Meine Damen und Herren, der Schriftsteller Ödön von Horváth hat einmal gesagt: Das Herz der Völker schlägt im gleichen Takt. Ich hoffe, dass bei dieser elementaren Frage wirklich alle schwarzen, roten und grünen Herzen im gleichen Takt schlagen. Wir müs-

sen parteiübergreifend auch über diese Thematik hinaus alles tun, um grundsätzliche Eingriffe und Eingriffe nach Art einer Salamtaktik von interessierter Seite mit größter Entschlossenheit zurückzuweisen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Harald Kühn (CSU): Nein. – Das ist auch deshalb notwendig, damit die guten Seiten und die Chancen, die mit solchen Abkommen verbunden sind, nicht gefährdet und nicht überlagert werden.

Meine Damen und Herren, mit seiner vom Bayerischen Landtag am 10. Oktober 2013 bestätigten Entscheidung, ein eigenes Staatsministerium für Gesundheit und Pflege einzurichten, dem ersten dieser Art in der bayerischen Geschichte, hat der Ministerpräsident seine Einschätzung der enormen und in Zukunft noch zunehmenden Bedeutung dieser Themenbereiche klar zum Ausdruck gebracht. Mit dem Einzelplan 14 für die Jahre 2015 und 2016 werden die Weichen dafür gestellt, dass den Bürgerinnen und Bürgern in Bayern auch weiterhin die bestmöglichen gesundheitlichen Versorgungsstrukturen zur Verfügung gestellt werden können.

Inzwischen ist die Aufbauphase des Ministeriums erfolgreich abgeschlossen. Nach der Neubestimmung der Geschäftsbereiche werden in dem vorliegenden Einzelplan 14 vor allem die personelle Ausstattung und die Haushaltsmittel der Einzelpläne 10 und 12 umgesetzt. An dieser Stelle sei der Hinweis gestattet, dass auf ausdrückliche Nachfrage bestätigt wurde, dass der Bedarf für die ärztliche Betreuung von Asylbewerbern nicht Planstellen des Gesundheitsministeriums betrifft, sondern im Rahmen von Finanzmitteln beim Sozialministerium geregelt ist.

Das Ministerium verfügt insgesamt über 195 Planstellen. In den kommenden zwei Jahren wird es eine Erhöhung um 15 Planstellen geben. Mit einem Haushaltsvolumen von

202,4 Millionen Euro ist eine gute Grundlage für die Arbeit in den nächsten zwei Jahren gelegt.

Zu den Schwerpunkten ist zu erwähnen, dass natürlich die Prävention eine ganz besondere Bedeutung hat. Unser Motto ist deshalb: Informieren und Motivieren, statt Vorschriften zu erlassen und die Menschen zu zwingen, abgesehen von Ausnahme- und Notfällen.

(Beifall bei der CSU)

Dafür stehen insgesamt 7,4 Millionen Euro zur Verfügung. Unsere Staatsministerin Melanie Huml hat angekündigt, die Prävention weiter ausbauen zu wollen. Das gilt für das Förderprogramm für die Kurorte und Heilbäder, das Jahresschwerpunktthema Kindergesundheit 2015, die Schuleingangsuntersuchung und genauso für das Thema Impfen – eine der größten Errungenschaften der Medizin.

Die Sucht- und Drogenpolitik des Freistaats Bayern ist mit 10,6 Millionen Euro angemessen berücksichtigt. Dabei wird auch die AIDS-Beratung weiter verstärkt.

Wir haben uns im Haushaltsausschuss – auch wenn dieses Thema im Justizministerium ressortiert – auch über die Situation der Gefangenen in Bayern unterhalten. Hier zeigt sich ein hohes Maß an Sensibilität über alle Parteigrenzen hinweg.

Die Telematikanwendungen werden fortgeführt. Darauf wird die CSU-Fraktion noch im Rahmen einer angestrebten Mittelerhöhung, für die sie sich hier eingesetzt hat, näher eingehen.

Meine Damen und Herren, die Menschen in Bayern profitieren von dieser hochwertigen und flächendeckenden Gesundheitsversorgung. Der Erhalt und die Verbesserung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum ist und bleibt ein wesentliches Ziel. Deshalb werden die Förderprogramme für die Niederlassungsförderung, das Stipendienprogramm und die Förderung innovativer medizinischer Versorgungskonzepte weitergeführt. Ein Kernanliegen ist es, gerade im ländlichen Raum Strukturen zu stärken.

Immerhin handelt es sich um eine Wachstumsbranche, meine Damen und Herren: 875.000 Beschäftigte und 50 Milliarden Euro Jahresumsatz mit weiter steigender Tendenz. Deshalb geht mein Dank an das Ministerium für das Projekt "Gesundheitsregion plus", das in einer erweiterten Form fortgeführt werden soll.

Der Mensch steht im Mittelpunkt unserer Politik. Deshalb werden wir auch im Pflegebereich weiter Akzente setzen, so bei der Förderung der Familienpflege. Meine Damen und Herren, bei der stationären Pflege haben wir in Bayern im Durchschnitt Bedarfserfüllung und sogar 10 % freie Plätze. Trotz allem werden wir die Situation weiterhin genau beobachten.

Was wir – wie andere Regionen auch – brauchen, sind Initiativen zur Förderung der Pflegeberufe. Ich erwähne die Kampagne "Herzwerker", aber auch die innerhalb des Ministeriums in Prüfung befindliche Pflegekammer und den derzeit auf Bundesebene diskutierten und behandelten Referentenentwurf über die Zukunft der Pflegeberufe. Hinzu kommen ein Demenzpreis und ein bayerisches Demenzregister, die diesen Bereich abrunden sollen.

Die Transplantationsmedizin, meine Damen und Herren, hat natürlich eine zentrale Bedeutung. Bei der neuen rechtlichen Weichenstellung auf Bundesebene, die wir zwar etwas anders wollten, mit der wir jetzt aber arbeiten müssen, geht es darum, die Öffentlichkeitsarbeit deutlich zu verstärken. Deshalb werden wir diesen Bereich genauso im Auge behalten wie die Palliativversorgung und die Hospizarbeit.

Sie sehen also, die wesentlichen Schwerpunkte sind richtig gewählt, meine Damen und Herren. In engagierten und intensiven Beratungen im Fachausschuss und in den anderen Gremien sowie auch im Haushaltsausschuss wurde ein gutes Fundament für die Arbeit des Ministeriums in den nächsten zwei Jahren gelegt.

Mein Dank gilt unserem Ministerpräsidenten, der Gesundheitsministerin Frau Huml sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf allen Ebenen der staatlichen Verwaltung. Ich danke dem Kollegen Imhof, dem Pflegebeauftragten der Staatsregierung,

den Kollegen Seidenath und Holetschek, dem Ausschussvorsitzenden Peter Winter sowie ausdrücklich allen Kolleginnen und Kollegen von der Opposition für die konstruktive Zusammenarbeit.

Meine Damen und Herren, wenn SPD und GRÜNE auf Bundesebene mit uns für eine bessere Finanzausstattung kämpfen – Signale dafür hat es, Herr Rinderspacher, ja schon gegeben, etwa beim Länderfinanzausgleich – und wenn auch Sie sich für die Regionalisierung von Steuern, zum Beispiel der Erbschaftsteuer, starkmachen würden, dann könnten wir das Geld, das dann zusätzlich in Bayern bleibt, für unsere Bürger und verstärkt auch für den Einzelplan 14 einsetzen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bitte das Hohe Haus um Zustimmung zu diesem Haushaltsplan.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte bleiben Sie am Rednerpult, Herr Kühn. Es folgt eine Zwischenbemerkung des Kollegen Pfaffmann.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Herr Kollege Kühn, Sie haben sich im Rahmen des Haushaltsplans ausführlich zu den Handelsabkommen geäußert. Ich höre sehr gerne, dass Sie den Schutz der Daseinsvorsorge und somit auch der Gesundheitsvorsorge sehr hochhalten. Das ist auch unsere Meinung.

Sie haben auf den Wirtschaftsminister hingewiesen, der offensichtlich seine endgültige Position im Rahmen der europäischen Debatte in der Tat noch nicht gefunden hat. Ich erinnere Sie aber auch daran, dass sich die Bundeskanzlerin eindeutig zugunsten der derzeitigen Versionen der CETA- und TTIP-Abkommen ausgesprochen hat.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Der Kollege Lerchenfeld, der mittlerweile im Bundestag sitzt!)

Sind Sie denn mit uns dieser Meinung, oder würden Sie einen gemeinsamen Antrag mit uns unterstützen, der die Vertreter Bayerns dazu auffordert, im Bundesrat gegen diese Abkommen zu stimmen, wenn nicht hundertprozentig gewährleistet werden kann, dass die öffentliche Daseinsvorsorge unangetastet bleibt? Dann könnten wir möglicherweise eine gemeinsame Aktion ganz in dem heute von Ihnen formulierten Interesse starten. Das wäre neben den schönen Reden doch einmal eine ganz konkrete Aktion, um das umzusetzen, was Sie hier formulieren.

Harald Kühn (CSU): Herr Pfaffmann, ich denke, das dürfte im Hohen Hause relativ unstrittig sein. Die Zukunft der kommunalen Daseinsvorsorge liegt allen am Herzen. Wenn man das über die letzten 20 Jahre verfolgt, sieht man, dass die Situation an Schärfe zugenommen hat. Um dies im Detail nachzuvollziehen, dafür reicht der zeitliche Rahmen jetzt leider nicht aus.

Für mich war das bemerkenswert und erschütternd. Ich war damals noch Bürgermeister in meiner Heimatgemeinde – das ist schon über 15 Jahre her und war zuzeiten von Bundeskanzler Schröder –, da gab es einen parteilosen – nicht parteifreien – Bundeswirtschaftsminister Müller, und es wurde ein erster massiver, lobbygetriebener Vorstoß zur Privatisierung der Trinkwasserversorgung unternommen. Damals sind wir Bürgermeister und Werkleiter aus ganz Bayern parteiübergreifend nach Iphofen in Franken gefahren, um mit einer massiven Demonstration klarzumachen, dass wir das nicht wollen. Damit war das Thema vorläufig erledigt.

Nach Monaten habe ich einen Bekannten im Ministerium angerufen und gefragt: Können wir davon ausgehen, dass das erledigt ist? Antwort: Innenpolitisch in Deutschland – ja, aber sei versichert, das Thema Trinkwasser ist noch viel wichtiger als das Thema Öl in den letzten 100 Jahren. Über den Umweg Europa wird das wieder kommen.

Bei der letzten Runde haben wir ja vor Kurzem erlebt, dass gerade noch die Notbremse gezogen werden konnte. Herr Pfaffmann, unsere Position ist klar. Ich denke, wich-

tig ist, dass Sie mit dem Bundeswirtschaftsminister an der Spitze – und das meine ich jetzt ganz ernst, jenseits aller parteipolitischen Betrachtungen –

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

auch aus Ihrem Verständnis als sozialdemokratische Partei heraus niemals etwas vorgelegen, das diese Dinge infrage stellt.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Da können Sie versichert sein!)

Ich bin der Meinung, wir brauchen jetzt keine Resolutionen irgendwelcher Art mehr; die haben wir zuhauf.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Macht der Bayerische Ministerpräsident das auch im Bundesrat?)

– Davon bin ich persönlich überzeugt. Daran habe ich überhaupt keinen Zweifel. Das war bisher auch immer die Position der CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Jetzt bitte ich den Kollegen Harald Güller zum Rednerpult.

Harald Güller (SPD): Frau Präsidentin, Frau Staatsministerin, Kolleginnen und Kollegen! Am Dienstag durfte die stellvertretende Ministerpräsidentin die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten verlesen und hat gesagt oder vorgelesen: Haushalt ist unser Kursbuch für die Zukunft.

Wenn der Haushalt Ihr Kursbuch für die Zukunft ist und wir uns dieses Kursbuch im Bereich Gesundheit und Pflege anschauen, um zu sehen, welche Richtungen und Geschwindigkeiten es vorgibt, dann ist leider festzustellen, dass es viele falsche Weichenstellungen gibt und dass Verspätungen schon im Plan vorgesehen sind. So man-

ches Thema ist inhaltlich gleich ganz am Bahnhof stehen geblieben. Das darf ich an einigen Beispielen festmachen.

Thema Familienpflege: Verspätung schon eingeplant. Wir sind uns, glaube ich, einig, dass die Haushaltshilfen bzw. die Familienpflege ein ganz wichtiger und unverzichtbarer Bestandteil der Familienförderung in Bayern sein muss. Sie stellen dafür auch Gelder zur Verfügung – allerdings nur halbherzig – und erhöhen um 100.000 Euro.

Wir als SPD-Fraktion schlagen eine zusätzliche Erhöhung um 90.000 Euro vor, damit man die Lücke zwischen den von den Primär- und Ersatzkassen gezahlten Stundensätzen von 21 oder 22 Euro und den tatsächlichen Kosten in Höhe von 35 Euro eher schließen kann.

(Beifall bei der SPD)

Sie, Kolleginnen und Kollegen der CSU, lehnen diesen Antrag im Ausschuss ab.

Thema ambulante Wohnprojekte – auch hier: Verspätung bereits im Kursbuch eingeplant. Ambulante Wohnprojekte und Betreuungsformen werden in Sonntagsreden immer hochgehalten. Wir brauchen andere Formen der Betreuung. Wir müssen es den Menschen ermöglichen, in ihrem Wohnviertel zu bleiben. Wir müssen dafür sorgen, dass Pflege auch dort möglich ist.

Im Haushalt findet man einen mickrigen Ansatz. Sobald wir diesen Ansatz erhöhen wollen, erhalten wir mitfühlende Worte im Ausschuss, dass das leider nicht in die Gesamtkonzeption des Haushalts hineinpasst. Es passt schon in diese Gesamtkonzeption hinein, fast 100 Millionen Euro für einen G7-Gipfel auszugeben. Es passt schon hinein, dass allein in der Staatskanzlei drei Millionen Euro für die Öffentlichkeitsarbeit und die Empfänge am Rande des G7-Gipfels verbraten werden. Aber wenn es darum geht, 2,5 Millionen Euro für ganz Bayern, für die Pflegebedürftigen und unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger einzuplanen, fällt Ihnen nur die Ablehnung unseres Antrags ein.

(Beifall bei der SPD – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Sehr gut!)

Zur Modernisierung der Altenpflegeeinrichtungen: Zuletzt gab es hierfür im Doppelhaushalt 2003/04 Investitionszuschüsse. Es gab dann verschiedene Gründe zu sagen, nein, diese sind ab dem Jahr 2005 nicht mehr notwendig. Nur müssen Sie zur Kenntnis nehmen: Die Situation in diesem Bereich hat sich grundlegend geändert. Bei bestehenden Pflegeeinrichtungen ist ein riesiger Investitionsstau entstanden. Wir müssen insbesondere zum Beispiel beim Thema energetische Sanierung eine Menge tun. Wenn der Freistaat hier den Trägern nicht helfend zur Seite steht, werden die zu Pflegenden als Bewohner der Einrichtungen durch erhöhte Pflegesätze die Zeche zahlen müssen.

(Beifall bei der SPD)

An dieser Stelle muss der Freistaat massiv eingreifen. Sie lehnen dagegen unseren Antrag ab und bringen den Zug erst gar nicht auf den Weg. Das ist für die Zukunft fahrlässig, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Dann gibt es in Ihrem Haushalt Verbindungen, deren Wiederaufnahme Sie völlig übersehen haben. Sie haben sie gestrichen. Ich erinnere an das Thema Crystal Meth und Suchtbekämpfung. Wie groß waren im April dieses Jahres die Pressemitteilungen der CSU und auch des Ministeriums: Wir stellen 500.000 Euro zusätzlich zur Verfügung, um Projekte anzuschieben! Wenn man in den Haushalt hineinschaut, sieht man: Diese Verbindung wurde schlicht und einfach vergessen. Sie haben das Geld, das Sie dieses Jahr erst im Nachtragshaushalt bewilligt haben,

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

für den Doppelhaushalt 2015/2016 überhaupt nicht mehr eingestellt. Sie haben diese Verbindung komplett verpennt, Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der SPD)

Und wenn die SPD mit ihrem Antrag darauf aufmerksam macht, lehnen Sie diesen Antrag auch noch ab.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Hauptsache, es ist in der Zeitung gestanden. Passt doch!)

Danach sorgen Sie für eine abenteuerliche Begründung: Im Jahr 2015 brauchen wir gar nicht mehr Geld, wir können die angestoßenen Projekte aus anderen Mitteln finanzieren. Das heißt, Sie haben keine Projekte angestoßen, Kolleginnen und Kollegen. Es ist in diesem Bereich ein schweres Versäumnis vonseiten der CSU, nur Presseerklärungen zu machen und nicht zu handeln.

(Beifall bei der SPD)

Weil es ja gar nicht geht, einen Oppositionsantrag anzunehmen, schreibt man lieber ab, greift das Thema Crystal Meth in einem Nachtragshaushaltsantrag der CSU auf und wählt eine abenteuerliche Finanzierung, indem man Personalstellen aus dem Landgerichtsärztlichen Dienst in das Gesundheitsministerium umsetzt. Dort spart man dafür die Stellen für Infektiologie, also das, was wir für die Seuchenbekämpfung brauchen, ein und sagt, dafür stellen wir 406.000 Euro für Crystal-Meth-Suchtbekämpfung ein, allerdings erst im Jahr 2016. Das ist unseriös, Kolleginnen und Kollegen. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall bei der SPD)

Darum werden Sie heute noch einmal über diesen Antrag betreffend Crystal Meth abstimmen. Klaus Adelt kümmert sich um das Thema für unsere Fraktion genauso intensiv wie Kathrin Sonnenholzner.

Ich darf noch einen anderen Antrag ansprechen: Das Thema Schuleingangsuntersuchung. Herr Kühn, danke, dass Sie es angesprochen haben. Die SPD hat letztes Jahr

hierzu einen Antrag eingebracht. Wie sagte die Kollegin im Ausschuss so schön zur Ablehnung unseres Antrags: Ihr sei nicht bekannt, dass es im Bereich der Schuleingangsuntersuchungen Probleme gebe. Ja, Frau Kollegin Dettenhöfer, so kann man sich irren. Ein Jahr später kommt selbstverständlich ein Antrag der CSU, wir müssen dringend etwas bei den Schuleingangsuntersuchungen ändern. Danke für dieses Plagiat, liebe CSU. Aber das nächste Mal stimmt doch unserem Antrag ein Jahr vorher zu! Das wäre für die Verbindung besser und schneller.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, auch ich danke natürlich allen Kollegen. Und wie gut wir zusammengearbeitet haben! Kollege Kühn, Sie haben viele unserer Anträge positiv begleitet, um dann immer am Schluss in den Tisch zu schauen und zu sagen, ja, aber zustimmen werden wir an dieser Stelle nicht.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): So ist es immer!)

Noch besser wäre die Zusammenarbeit, wenn Sie die Größe hätten anzuerkennen, dass andere Fraktionen in diesem Haus gute Ideen haben, die es lohnt weiterzuverfolgen, und wenn Sie nicht immer erst ein Jahr später einen Antrag nachschieben würden.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Insgesamt betonen Sie immer, wie toll es uns in Bayern geht, wie schön wir es haben und wie viel Geld da ist. Sie bleiben mit diesem Haushalt, mit diesem Kursbuch in Pflege und Gesundheit weit, sehr sehr weit hinter den Möglichkeiten dieses Freistaats zurück. Dieser Freistaat und seine Bürgerinnen und Bürger, aber ich sage ausdrücklich auch die Mitarbeiter des Ministeriums, die Mitarbeiter in den Gesundheitsämtern und, ich würde sogar sagen, auch die Ministerin haben den hier vorgelegten Murks nicht verdient. Zurück zur Planungsphase! Wir werden diesen Haushalt ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Ich bitte nun Herrn Dr. Vetter zum Rednerpult.

Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir FREIE WÄHLER stehen für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern, für leistungsfähige und finanzstarke Kommunen und für mehr Bürgerbeteiligung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

An diesen politischen Zielen haben wir auch die Änderungsanträge zum Entwurf des Doppelhaushalts 2015/16 ausgerichtet. Unserer Meinung nach hat der Entwurf der Staatsregierung nämlich einiges an Verbesserungspotenzial.

Kolleginnen und Kollegen, die flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung mit Haus- und Fachärzten ist unabdingbar für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern. Ohne einen Hausarzt und Facharzt vor Ort ist das Ausbluten des ländlichen Raumes irgendwann nicht mehr zu vermeiden. Kolleginnen und Kollegen, inzwischen sind 33 % der Hausärzte älter als 60 Jahre. Es ist also absehbar, dass in den kommenden Jahren eine erhebliche Anzahl an Hausärzten ihre Praxis aus Altersgründen aufgeben werden. Die Nachbesetzung ist in vielen Regionen Bayerns unsicher.

Schon heute beginnt in unseren Kommunen in den Landkreisen ein Wettbewerb um Ärzte; denn nach dem Motto "Ärzte weg, Menschen weg" fürchten die Kommunen berechtigterweise um ihre weitere Entwicklung, Kolleginnen und Kollegen.

Was aber tat und tut die Staatsregierung? - Ich blicke kurz zurück. Der damalige Gesundheitsminister Söder hat bei einem Hearing hier im Bayerischen Landtag den Hausärzten lautstark versprochen, dass Hausarztverträge nach altem Recht kommen würden, die eine finanzielle Entlastung bringen sollten. Das war im Januar 2011, Kolleginnen und Kollegen! Das ist also vier Jahre her. Ich kürze jetzt ab. Daraufhin ist nichts passiert. Gott sei Dank hat mittlerweile der Bund die strittige Refinanzierungs-

klausel gestrichen. Kolleginnen und Kollegen, worauf ich hinaus möchte: Was vonseiten der FREIEN WÄHLER bei diesem ständigen Hin und Her damals vermisst wurde, war ein klares Signal der Bayerischen Staatsregierung, war ein Gesundheitsminister, Kolleginnen und Kollegen, der sich wirklich für die Belange der bayerischen Bevölkerung einsetzt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Frau Staatsministerin, auch beim Thema Pflegekammer erwarte ich möglichst bald ein klares Signal der Bayerischen Staatsregierung.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Kein Signal, sondern eine Entscheidung!)

- Eine Entscheidung wäre mir natürlich auch lieber.

Kolleginnen und Kollegen, das Ganze ist jetzt vier Jahre her. Was ist seitdem passiert? Hat sich die Lage bei der hausärztlichen Versorgung verbessert? Damals war knapp ein Viertel der Hausärzte älter als 60 Jahre; jetzt ist es schon ein Drittel. Es müssen noch mehr Praxisnachfolger gefunden werden. Leider hat der medizinische Nachwuchs zahlenmäßig nicht im gleichen Maße zugenommen. Die Situation hat sich in diesen vier Jahren deutlich zugespitzt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Schon damals haben die FREIEN WÄHLER die Hausarztverträge nach altem Recht, eine finanzielle Förderung der Hausärzte auf dem Land, Lehrstühle für Allgemeinmedizin an allen bayerischen Universitäten und mehr Weiterbildungsverbünde gefordert. Auch letzte Woche haben wir erneut einen Gesetzentwurf eingebracht, mit dem wir die Lockerung des Numerus Clausus für das Medizinstudium fordern, damit tatsächlich der junge Mensch Medizin studieren kann, der anschließend auf dem Land am Patienten arbeitet, der wirklich Arzt werden möchte und der nicht in die Forschung oder Industrie abwandert.

Ich bin auf die weiteren Beratungen im Ausschuss gespannt. Das alles dauert den FREIEN WÄHLER zu lange. Wo bleibt die vorausschauende Planung in der Gesundheitspolitik? - Die Politik kann nicht von heute auf morgen agieren. Die Altersverteilung bei den Hausärzten – bei den Fachärzten sieht es inzwischen nicht viel besser aus – ist seit Jahrzehnten bekannt, aber noch immer fehlt es an einer effektiven Strategie. Die Aktionen erschöpfen sich in befristeten Förderprogrammen. So sehr wir diese letztendlich auch begrüßen, ist das alles keine zukunftsweisende Gesundheitspolitik im Sinne der FREIEN WÄHLER.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Kolleginnen und Kollegen, wir werden den Einzelplan aus zwei Gründen ablehnen. Erstens weist der Einzelplan keine Visionen auf und blickt nicht in die Zukunft. Zweitens wurden alle Anträge der FREIEN WÄHLER abgelehnt.

Wir haben Anträge gestellt zur Umstrukturierung der Krankenhäuser im ländlichen Raum – abgelehnt. Unseren Antrag zur Förderung der Heilbäder haben wir mit konkreten Zahlen untermauert. Wir sagten nicht, die Bundesregierung möge irgendwann einmal darauf hinarbeiten. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. - Die Anträge auf Förderung der freiberuflichen Hebammen wurden ebenfalls abgelehnt, ebenso wie die Anträge zur palliativen Hospizversorgung oder zur Förderung der psychiatrischen Pflegedienste. Auch die Anträge zur Förderung der Suchtprävention – Herr Güller hat dies schon angesprochen – sowie zur Drogentherapie – Stichwort Crystal Meth – wurden abgelehnt, obwohl wir auch sie mit konkreten Zahlen unterlegt haben. Aus all diesen Gründen lehnen wir den Einzelplan ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Und nun noch eine Bemerkung zum gestrigen Abend. Ich hätte mich fast gegen den Willen meiner Fraktion für den Antrag der CSU auf Verlängerung der Redezeit für die CSU ausgesprochen; denn wer wirklich etwas zu sagen hat, kann auch kurz sprechen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von der CSU: Der kann auch gleich aufhören!)

Und noch eine Bemerkung. Kollege Piazzolo hat gestern von der Zipfelmützigkeit der CSU gesprochen. Wenn man mit deutsch-nationalen Parolen fordert, Flüchtlinge mögen zu Hause deutsch sprechen, die Maut für Ausländer fordert oder Parolen bringt wie "Wer betrügt, der fliegt", schürt Ressentiments und schädigt damit den Spitzenstandort Bayern. Davon betroffen wäre auch die Spitzenmedizin, für die es gilt, Leute aus Australien oder aus den USA nach Bayern zu bekommen. Glauben Sie mir, solche deutsch-nationalen Töne der CSU in Bayern werden im Ausland sehr wohl gehört.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Bravo! – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich fasse zusammen: Die FREIEN WÄHLER setzen sich ein für gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern, für leistungsstarke Kommunen und für mehr Bürgerbeteiligung. Dazu gehört eine Bedarfsplanung, die eine flächendeckende Versorgung mit Hausärzten und Fachärzten sowie eine zukunftsfähige Strategie für die bayerischen Krankenhäuser garantiert, um eine bedarfsgerechte, wohnortnahe Versorgung der Menschen in Stadt und Land sicherzustellen.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Bravo! – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Nächster Redner: Kollege Leiner.

Ulrich Leiner (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Kühn, ich bin von Ihren Ausführungen zu TTIP zutiefst begeistert. Ich hoffe, dass vor allem die Wirtschaftspolitiker in Ihrer Fraktion genau zugehört haben, was Sie uns da gesagt haben.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Wir stehen zur Fürsorgepflicht unseres Landes Bayern, und da können Sie ganz sicher sein, dass wir GRÜNE an ihrer Seite sind. Wir sind aber gespannt – das haben wir bei der Gentechnik gesehen –, wie sich die CSU in Berlin entscheiden wird.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das wissen wir heute schon!)

Sie dürfen hier nicht so reden und in Berlin anders. Auch Herrn Pfaffmann werde ich ausdrücklich unterstützen, in diese Richtung eine gemeinsame Initiative zu starten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme nun zum Einzelplan 14 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege. Um es gleich vorwegzunehmen: Viele der dazugehörigen Anträge, die im Fachausschuss gestellt wurden, waren richtig und wichtig. Deswegen haben die GRÜNEN auch vielen Anträgen zugestimmt. Mich wundert allerdings– Herr Güller hat dies schon angesprochen –, dass unsere Anträge häufig abgelehnt wurden. Ich sage das jetzt pauschal; denn ich will die Anträge nicht im Einzelnen aufzählen. Abgelehnt wurden sie häufig mit dem Beiwort "eigentlich". Herr Imhof, ich kann mich sehr gut erinnern, dass Sie sagten, eigentlich haben Sie recht, Herr Leiner, eigentlich stimmen wir Ihnen zu. Warum haben Sie dann bei der Abstimmung im Ausschuss unseren Anträgen doch nicht zugestimmt?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Jahr haben wir jetzt das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege. Da können wir schon einmal fragen, was es uns gebracht hat. Richtig ist, dass sich viele Dinge in Berlin abspielen, die wir deshalb nur über unsere Ministerin Frau Huml beeinflussen können. Wir müssen mit diesen Entscheidungen leben. Aber wir halten diese Entscheidungen oft, zum Beispiel in Bezug auf das Pflegestärkungsgesetz, für nicht ausreichend. Wir hoffen, dass da nachgebessert wird. Auch bei der Krankenhausfinanzierung hoffen wir auf eine Nachbesserung. Wir sind auch mit vielen anderen Dingen

nicht einverstanden. Frau Ministerin, Sie müssen ihre Hausaufgaben vor Ort erledigen. Und da fehlt es weit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Seit dem Jahre 2008 warten wir auf die beschlossenen Pflegestützpunkte. 8 sind es heute; 60 sollten es sein. Wenn Sie die Mittel in Höhe von 2,4 Millionen dafür nicht im Haushalt bereitstellen – dies fordern wir –, werden diese Stützpunkte auch nicht kommen.

Auch die Einrichtung einer Pflegekammer wurde bereits angesprochen. Herr Söder ist leider nicht da; im Jahr 2011 war die Gesundheit in seinem Ressort angesiedelt. Er hat damals gesagt, die Pflegekammer werde eingeführt. Seitdem warten wir auf die Pflegekammer. Es gab für deren Einrichtung eine Umfrage, die uns heuer zugänglich gemacht wurde. Danach hat sich die Mehrheit der Pflegenden eindeutig für eine solche Pflegekammer ausgesprochen. Auch wenn es nur eine kleine Mehrheit ist, waren doch über 50 % dafür. Die CSU wäre doch froh, wenn sie einmal 50 % hätte. Die Pflegekammer muss also dringend kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch gibt es noch immer keine Ausbildungsumlage. Das war ein besonderes Stück im Ausschuss. Wir haben im Februar diese Ausbildungsumlage verlangt, haben dann aber unseren Antrag zurückgestellt, weil für Mai ein Gutachten zugesagt worden war, in dem evaluiert werden sollte, ob wir Pflegekräfte brauchen. Das war nahezu lächerlich; denn jeder, der sich in der Pflege auskennt, weiß, dass wir Pflegekräfte brauchen. Jeder weiß, dass in unseren Pflegeeinrichtungen "auf Kante" gepflegt wird. Der Notstand dort ist sehr groß. Dafür brauchten wir keine Umfrage.

Das Schlimme war dann, dass uns das Ergebnis der Umfrage erst im Oktober zugeleitet wurde. Das Verfahren war mehr als schändlich. Unser Antrag wurde ebenso wie der gleichlautende Antrag der SPD im Ausschuss abgelehnt mit der Begründung, dass

wir keine Ausbildungsumlage fordern dürften, sondern darum bitten sollten. So etwas macht die Opposition nun wirklich nicht mit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gott sei Dank haben Sie immerhin das Schulgeld für die Altenpflegeschulen abgeschafft. Das war eine unselige Geschichte. Wenn sich die Opposition damals nicht so für die Abschaffung eingesetzt hätte, hätten wir dieses Schulgeld heute noch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Problem, das Kollege Güller auch schon angesprochen hat, ist die Erhöhung der Vorgaben des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes. Diese Vorgaben erschweren eine weitere Ertüchtigung unserer gesamten Einrichtungen. – Ich sage jetzt mit Fleiß nicht "stationäre Einrichtungen"; denn viele Pflegeeinrichtungen sind inzwischen umfassender. Um die neuen Anforderungen erfüllen zu können, brauchen wir dringend Investitionskostenzuschüsse für die Refinanzierung des zusätzlichen Sanierungsbedarfes in unseren Einrichtungen.

Im Jahr 2005 wurden diese mit der Begründung abgeschafft, dass wir über zu viele Pflegeplätze verfügen. Das war damals richtig. Aber was damals richtig war, ist heute falsch. Wir fordern, dass sich der Freistaat wieder an der Finanzierung der baulichen Investitionen beteiligt. Das ist dringend notwendig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir alle müssen viel zur Stärkung der Pflege tun. An dieser Stelle haben wir kein Erkenntnisproblem. Meine Damen und Herren, wir haben ein Umsetzungsproblem. Das Umsetzungsproblem ist das zentrale Problem dieser Ihrer Regierung, Frau Huml,

(Beifall bei den GRÜNEN)

und zwar auch deshalb, weil die Krankenhäuser den größten Teil ihrer Investitionen aus Eigenmitteln finanzieren müssen.

Wahr ist auch, Sie haben die Unterstützung bei der Finanzierung der Häuser auf 500 Millionen Euro erhöht. Das ist richtig. Aber wir waren auf einem Stand von 430 Millionen Euro, und das war der niedrigste Stand; im Jahr 2002 waren es noch 613 Millionen Euro. Die Krankenhausumlage muss dringend erhöht werden. Der Zuschuss für die Investitionen der Krankenhäuser muss dringend erhöht werden. Wir haben das in einer maßvollen Größenordnung von 8 Millionen Euro mehr verlangt. Darüber hinaus werden wesentliche Dinge nicht mehr in den Investitionskostenzuschuss mit einbezogen: Die Apotheken, die Küchen, die Außenanlagen der Kliniken werden nur noch begrenzt vom Freistaat gefördert. Genau auf diesem Betrag bleiben die Kommunen sitzen. Wenn sie das aus dem laufenden Betrieb zu refinanzieren haben, dann haben diese Häuser die Not in der Pflege. Man spart an Personal, man sieht keine andere Lösung. So haben die Krankenhäuser ihre Not, und die ist mit verursacht durch die Kürzung der Mittel beziehungsweise durch die Nichtausstattung mit Mitteln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNEN wollen nicht warten, bis eine Reform des Vergütungssystems auf Bundesebene durchgesetzt wird. Wir wollen, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass die Probleme, die wir auf Landesebene beeinflussen können, angegangen und gelöst werden. Das ist unsere Pflicht.

Es gibt kaum einen Wirtschaftszweig wie den Gesundheitsmarkt, in dem derart viele Interessengruppen um vergleichbar viele Milliarden Euro kämpfen. Daher sind wir dagegen – das möchte ich betonen –, die Gelder nach dem Gießkannenprinzip zu verteilen. Deswegen fordern wir eine vernünftige Krankenhausbedarfsplanung in Bayern, die festlegt, wo welche Klinik notwendig ist und welche Art von Klinik notwendig ist. Dabei müssen versorgungswichtige Kliniken erhalten bleiben, auch wenn sie nicht die berühmte schwarze Null schreiben. Die Kliniken, die notwendig sind, die systemrelevant sind, wie man das nennt, müssen erhalten bleiben, auch wenn sie defizitär sind, also auch wenn sie negative Folgen haben. Diese Folgen müssen wir tragen. Die

bayerische Bevölkerung hat ein Recht darauf, wohnortnah und gut versorgt zu werden.

Ich nenne noch zwei Bereiche, die sehr wichtig sind: die Notfallversorgung und die Geburtshilfe. Es ist nicht zumutbar, dass die ländliche Bevölkerung 50 bis 80 Kilometer bis zur nächsten Geburtshilfe zu fahren hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang darf es nicht allein den Oberbürgermeistern und Landräten zugemutet werden, ihre Häuser zu schließen oder jahrzehntelang Defizite ausgleichen zu müssen. Die Bayerische Staatsregierung hält sich elegant zurück und sagt: Wir waren es nicht. Es waren die Bürgermeister, es waren die Landräte, die sind schuld an der Schließung unserer Kliniken, wir haben damit nichts zu tun. – Dem ist nicht so. Sie müssen Verantwortung übernehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich wage vorauszusagen, dass schon im Haushalt 2017/2018 deutlich mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen.

Wir GRÜNEN in Bayern schauen in die Zukunft. Für die enormen Herausforderungen, vor allem in der Betreuung unserer älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger, setzen wir auf innovative neue Wege in der Betreuung. Wir alle wissen, es kann jeden Einzelnen von uns betreffen. Ich sage Ihnen auch in diesem Hause, es wird ein wichtiges Thema werden. Deshalb müssen wir uns weit mehr als bisher mit dem Thema Gesundheit und Pflege beschäftigen. Das sind wir unseren Bürgerinnen und Bürgern in Bayern schuldig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Vielen Dank. – Das Wort hat Kollege Seidenath. Bitte schön.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute mit dem Einzelplan 14 einen der kleinsten, aber sicher einen der wichtigsten Einzelpläne innerhalb des Staatshaushalts, den Haushalt eines Ministeriums, das bei den elementaren Lebensbereichen ansetzt, eines Ministeriums, das durch den demografischen Wandel immer wichtiger wird und dessen Themen die Menschen bewegen: Wie bleibe ich möglichst lange gesund? Wo bekomme ich im Krankheitsfall die optimale Versorgung? Wie kann ich würdevoll bis ans Lebensende mit viel Lebensqualität leben?

Aus diesem Grund und in diesem Geist ist das neue Haus am Haidenauplatz aufgebaut worden. Inzwischen ist es voll arbeitsfähig. Gründungsministerin Melanie Huml hat in den letzten Monaten ganze Arbeit geleistet. Dafür sagen wir ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CSU)

In diesen Dank beziehe ich natürlich alle Beschäftigten des Hauses mit ein, die ebenfalls einen großen Anteil daran haben.

(Beifall bei der CSU)

Wie wichtig der Einzelplan des Gesundheitsministeriums ist, mögen Sie daraus ersehen, dass der 3-%-Deckel für diesen Einzelplan nicht gilt. Die Steigerungen liegen deutlich darüber. Jeder Cent in diesem Haushalt ist gerechtfertigt. Ich danke deswegen auch dem Berichterstatter im Haushaltsausschuss, Harald Kühn, und auch dem Ausschussvorsitzenden Peter Winter für ihre Unterstützung.

Die Schwerpunkte des Haushalts liegen auf der Prävention und damit auf der Vermeidung von Krankheiten. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Sicherstellung der medizinischen, pflegerischen und therapeutischen Versorgung in ganz Bayern sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich. Die Pflege und eine menschenwürdige

Begleitung von Schwerstkranken und Sterbenden sind weitere wichtige Punkte dieses Haushalts.

Im Hinblick auf diese Schwerpunkte will das Gesundheits- und Pflegeministerium einen Präventionsplan auflegen, 2015 mit dem Schwerpunkt Kindergesundheit inklusive Neukonzeption der Schuleingangsuntersuchungen. Es will die Niederlassungsförderung weiter voranbringen und die Telemedizin fördern. Es will einen Fünf-Punkte-Plan für die Pflegeausbildung umsetzen sowie die Palliativ- und Hospizversorgung weiter ausbauen. Alle diese Zielsetzungen werden durch den vorliegenden Einzelplan 14 abgebildet.

Rund 2 % des Haushaltsvolumens des Einzelplans 14 für das kommende Jahr werden auf Änderungsanträge der CSU-Fraktion zurückgehen, auf die zehn Abgeordneten des Arbeitskreises Gesundheit und Pflege, unter ihnen der Patienten- und Pflegebeauftragte der Staatsregierung Hermann Imhof, Dr. Thomas Goppel oder mein Vertreter im Vorsitz des Arbeitskreises Klaus Holetschek. Es gibt eine hervorragende Zusammenarbeit im Arbeitskreis, die Spaß macht. Wir können und wollen etwas bewegen. Mit unseren Änderungsanträgen setzen wir bewusst Schwerpunkte im Bereich der Gesundheits- und Pflegepolitik des Freistaats, etwa beim Kampf gegen Demenz; denn Demenzerkrankungen entwickeln sich mehr und mehr zur modernen Geißel der Menschheit. Weltweit erkranken täglich rund 20.000 Menschen neu an einer Demenz. In diesem Licht wollen wir die Versorgungsforschung verstärken und ermöglichen, dass das im Raum Erlangen bestehende Demenz-Register über das Jahr 2014 hinaus mit einem bayerischen Demenz-Survey mit zwei weiteren Vergleichsregionen, einer demografisch begünstigten und einer demografisch benachteiligten Region, fortgeführt wird.

Sie sehen, es geht uns dabei auch und gerade um gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern. Darauf hat nicht irgendeine Partei in diesem Hohen Hause ein Monopol.

(Beifall bei der CSU)

Mit dem Demenz-Survey wollen wir den Blick darauf richten, wie die neuen Wohnformen, die der Freistaat fördert, angenommen werden und wie sie sich in der Praxis bewähren. Dasselbe gilt für internetbasierte Lösungen zur Unterstützung von Angehörigen. 70 % der Demenzkranken leben noch zu Hause. Wir können versuchen, herauszufinden, wie den pflegenden Angehörigen geholfen werden kann, damit sie nicht selbst zu sehr belastet werden oder gar selbst krank werden. Das ist Versorgungsforschung im besten Sinne. Genau das wollen wir mit dem Bayerischen Demenz-Survey tun.

Ein Ergebnis des Erlanger Demenz-Registers liegt schon jetzt vor: Wir brauchen mehr teilstationäre Pflegeplätze und mehr Kurzzeitpflegeplätze, um die Familien zu entlasten. Entsprechend sind für 2016 zusätzliche 1,5 Millionen Euro für die Förderung der Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege vorgesehen, insbesondere für die Anforderungen Demenzkranker.

Zur Versorgungsforschung passt auch die Überlegung, ein bayerisches Gesundheitsdatenzentrum einzurichten. Anhand von anonymisierten Daten könnte genau gesehen werden, in welcher Region Bayerns gehäuft welche Krankheiten auftreten. Das wäre ein Meilenstein für die Prävention. Wir könnten dann entsprechend gegensteuern. Für eine Machbarkeitsstudie, die vor allem Datenschutzaspekte beleuchten muss, stehen 100.000 Euro zur Verfügung. Dieses Feld dürfen wir nicht alleine den Googles, Amazons oder Apples überlassen, die sowieso nur Geschäftsmodelle generieren wollen. Wir brauchen meiner Meinung nach ein Korrektiv, das nicht von privaten Geschäftsinteressen getrieben wird.

(Beifall bei der CSU)

Ich komme vom Gesundheitsdatenzentrum zum Stichwort Digitalisierung. Wie auf vielen Gebieten liegt auch im Gesundheitswesen das größte Innovationspotenzial in der Digitalisierung. Ich bin deshalb froh, dass wir es geschafft haben, explizit Gesund-

heitsthemen in das Konzept "Bayern 3.0 – Digital in die Zukunft!" aufzunehmen. Bisher gibt es sehr gute Ansätze in der Telemedizin, so etwa in der Schlaganfallversorgung mit den Stroke Units. Wir werden in den nächsten Jahren Telematikanwendungen mit 1,5 Millionen Euro pro Jahr fördern. Eine weitere halbe Million Euro steuert die CSU-Fraktion durch ihre Änderungsanträge bei, um ein Netzwerk zur Epilepsiebehandlung an der Universität Erlangen zu fördern. Ebenso soll ein präventives Telemonitoring von Pflegebedürftigen gefördert werden.

Eines der wichtigsten gesundheitspolitischen Themen ist aktuell die ärztliche Versorgung auf dem Land und deren Sicherstellung. Harald Kühn hat darauf hingewiesen. Wir wollen das Programm, das für Hausärzte besteht, auch auf die Fachärzte ausweiten, und zwar auf alle Fachärzte, die in Mittelbereichen beplant werden. Das ist die Vorstellung unseres Arbeitskreises. Hintergrund und Motivation sind auch hier die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Stadt und Land und die Stärkung des ländlichen Raums.

In die gleiche Kerbe schlägt das Projekt "Gesundheitsregionen plus", das einen erheblichen Beitrag für das Gesundheitswesen in der jeweiligen Region leisten kann. Ziel ist dabei eine weitere Vernetzung vor Ort und eine struktur- und sektorenübergreifende Entwicklung. Hierfür werden wir eine Million Euro ausgeben, um 24 Landkreise und kreisfreie Städte in den nächsten Jahren zu fördern.

Herr Güller, zu Crystal Meth passiert in Bayern so viel wie in keinem anderen Bundesland. Sie haben vergessen, dass wir 402.000 Euro zusätzlich aufgenommen haben. Im Übrigen hat Ihre Rede nicht zu dem Geist gepasst, der in unserem Ausschuss für Gesundheit und Pflege herrscht. Der Geist ist nämlich konstruktiv. Und von "Murks", wie Sie es gesagt haben, kann keine Rede sein. Ich meine, da haben Sie sich im Ton vergriffen.

(Beifall bei der CSU)

Kommen wir zur Pflege. Staatsministerin Melanie Huml hat einen Fünf-Punkte-Plan für eine bessere Ausbildung in der Altenpflege vorgelegt. Damit soll der Pflegeberuf für junge Leute attraktiver werden; denn gute Pflege braucht motiviertes und qualifiziertes Personal. Ziel des Fünf-Punkte-Plans ist einmal der Ausbau der bayerischen "Herzwerker"-Kampagne, mit der bei Jugendlichen für den Pflegeberuf geworben wird. Hierfür sind in den nächsten beiden Jahren jeweils 241.500 Euro mehr für Personalgewinnung und Nachwuchskräfteförderung eingestellt. Es geht um eine bessere Anleitung in der praktischen Ausbildung, um eine deutliche Entbürokratisierung in der Pflegearbeit durch weniger Dokumentation, um eine Ausbildungsumlage, die wir mit 400.000 Euro für die nächsten zwei Jahre im Haushalt abgesichert haben. Und es geht um ein Projekt zum Stopp von Ausbildungsabbrüchen.

Hervorheben möchte ich am Ende meiner Ausführungen das neu einzurichtende Bündnis für Organspende, das für Organspende und Transplantation einen Schub in einer überaus schwierigen Phase bringen soll und hoffentlich auch bringen wird. In Bayern warten aktuell mehr als 2.000 Familien händeringend auf ein geeignetes Spenderorgan. 100.000 Euro haben wir im Haushalt für die Geschäftsstelle eines Bündnisses für Organspende eingestellt. Weitere 50.000 Euro werden auf Antrag der CSU bewusst für Aktionen dieses Bündnisses hinzugefügt.

Lassen Sie mich deshalb zusammenfassend feststellen: Der vorliegende Einzelplan 14 ist ein solider Haushalt. Er setzt gute Schwerpunkte. Er entwickelt Gesundheit und Pflege in unserem Land weiter. Er macht unseren Freistaat Bayern für die Bürgerinnen und Bürger so noch ein Stückchen menschlicher und zukunftsfähiger. Ich bitte Sie deshalb, dem Einzelplan 14 zusammen mit unseren Änderungsanträgen zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bitte verbleiben Sie am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Güller.

Harald Güller (SPD): Ich habe eine kurze Frage an Sie, Herr Seidenath, weil Sie gesagt haben, ich hätte von "Murks" gesprochen. Wenn Sie im April zum Beispiel zur Bekämpfung von Crystal Meth und für die Suchtprävention 500.000 Euro in den Haushalt einstellen, dazu Presseerklärungen machen, dann aber am Ende des Jahres vergessen, das Geld in den Doppelhaushalt 2015/2016 einzustellen, wenn es dann eines Antrags der SPD bedarf, um an dieses Thema erinnert zu werden, und dann Stellen aus dem landgerichtsärztlichen Dienst für 2016 umwidmen und Stellen in der Infektiologie streichen, damit dieses Thema doch noch aufgegriffen werden kann, dann lautet meine Frage ganz einfach: Wie bezeichnen Sie diesen Vorgang anders als "Murks"?

(Beifall bei der SPD – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Absichtliche Täuschung der Öffentlichkeit!)

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Güller, Sie können sicher sein, dass wir die gesundheitspolitischen Themen selbst sehr genau auf dem Schirm haben. Wenn Sie uns daran erinnern wollen, ist das sehr schön. Das hätte es aber nicht gebraucht.

In der Tat sind die Mittel im Haushalt eingestellt worden. Ich habe es erwähnt. Sie müssen nur den Haushalt ganz lesen. Sie sind schließlich im Haushaltsausschuss. Suchtprävention betreiben wir nicht nur bei Crystal Meth. Es gibt einen ganz großen Bereich, in dem die Mittel gegenseitig deckungsfähig sind. Wenn wir ein Thema anpacken – Crystal Meth ist bei uns im ländlichen Bereich entlang der Grenze zu Tschechien ein drängendes Thema -, dann werden wir dafür Geld zur Verfügung stellen. Das ist in diesem Haushalt passiert.

Wenn ich jetzt die Gelegenheit habe, kann ich auch noch darauf eingehen, dass Sie einen weiteren Punkt nicht richtig dargestellt haben, Herr Güller. Wenn Sie mir durch Ihre Zeitspende die Gelegenheit dazu geben, möchte ich das auch tun. Sie haben vorhin erwähnt, dass wir dringend die Investitionskosten für die Altenheime fördern müssten. Fakt ist, dass es einen Investitionsstau gibt. Fakt ist auch, dass es hierfür KfW-

Darlehen gibt. Fakt ist – das ist für Sie ganz wichtig, und damit hat auch Herr Leiner nicht recht -, dass wir leerstehende Plätze in stationären Pflegeeinrichtungen haben. Das zeigt natürlich, dass es den großen Bedarf nicht gibt und dass die Heimträger durch unser Programm mit den KfW-Darlehen weiterkommen können. Deshalb hat es für dieses Projekt, das Sie hier vorgestellt haben, keinen Bedarf gegeben. Auch Ihr Antrag auf Förderung von Pflegestützpunkten, die Sie im Landtag gefordert haben, ist deswegen ein Rohkrepierei gewesen, weil die Kommunen keine Doppelstrukturen wollen. Es gibt in Bayern über 100 Fachstellen für pflegende Angehörige, die dasselbe leisten wie die Pflegestützpunkte, und das auch noch besser. Das wollte ich dazu nur sagen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nächste Rednerin ist die Kollegin Kathrin Sonnenholzner.

Kathrin Sonnenholzner (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Die Versuchung ist groß, an einer solchen Stelle eine Generaldebatte zu führen. Ich versuche aber, dieser Versuchung nicht zu erliegen, und verbinde das mit dem Wunsch an Sie, Frau Ministerin, dass Sie uns Gesundheitspolitikern im Rahmen einer Regierungserklärung im nächsten Jahr Gelegenheit geben, Ihr Tun oder auch Ihr Unterlassen zu kommentieren.

Herr Seidenath, eine kleine Richtigstellung muss ich jetzt schon noch machen. Auch im Fall des Einzelplanes 14 stellen nicht CSU-Fraktion, sondern die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler das Geld zur Verfügung.

(Beifall bei der SPD)

Ich beschränke mich auf einige wenige Themen. Eines dieser Themen ist natürlich das neue Ministerium für Gesundheit und Pflege. Die Opposition hätte selbstverständlich sagen können: Das ist überflüssig. Es kostet Geld. Wir brauchen es nicht. - Wir

haben das aus gutem Grund nicht getan; denn wir halten die Entscheidung, die der Ministerpräsident getroffen hat, für richtig. Diese Themen sind so wichtig, dass sie eines eigenen Hauses bedürfen. Ein Türschild allein reicht aber nicht. Wenn ein neues Ministerium gegründet wird, muss es auch arbeitsfähig sein. Das wiederum bedeutet, dass die personelle Ausstattung passen muss.

Wir haben noch Altlasten, zum Beispiel im Referat 27, das sich unter anderem mit den Themen Psychiatrie, Drogen und Sucht beschäftigt. Dieses Referat ist schon seit Jahren, auch als es noch im Sozialministerium ressortiert war, chronisch unterbesetzt. Dennoch stellen wir diesem Referat zu Recht immer neue Aufgaben, zum Beispiel die Aufgabe der Entwicklung eines Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes. Sie haben dafür Stellen der ehemaligen Landgerichtsärzte in dieses Referat umgeschichtet. Da ich das Wort "Murks" in diesem Zusammenhang nicht verwenden darf, nenne ich das "kreative Stellenbewirtschaftung". Sie haben keine zusätzlichen Stellen geschaffen. Immerhin gibt es in diesem Referat zwei neue Stellen, was auch ein Erfolg der SPD-Fraktion ist. Eine dieser Stellen ist schon besetzt. Damit hat dieses Referat eine erhöhte Arbeitsfähigkeit.

Es brennt jedoch auch an vielen anderen Ecken. Die Worte "schlanker Staat" klingen gut; wer wollte dies in der Gesundheitspolitik bezweifeln. "Schlank" bedeutet jedoch, dass Überflüssiges fehlt. Bezogen auf das Ministerium bedeutet "schlank" eher Kachexie oder Anorexie. Frau Ministerin, Sie und ich wissen, dass dies Krankheitsbilder sind. Deshalb fordert die SPD seit Jahren jeweils eine ärztliche und eine nichtärztliche Stelle an den bayerischen Gesundheitsämtern. Die Tatsache, dass wir nicht zu allen Forderungen Anträge zum Haushalt gestellt haben, heißt nicht, dass wir diese Forderungen nicht aufrechterhielten. Wir haben diese Anträge nicht gestellt, weil wir wussten, dass Sie ihnen nicht zustimmen werden.

Diese geforderten Stellen waren schon in den letzten Jahren dringend nötig. Sie sind umso nötiger geworden, da auch Sie endlich erkannt haben, dass Schuleingangsuntersuchungen wichtig sind. Deshalb haben Sie etwas in diese Richtung unternommen,

aber nicht genug. Ich möchte ein Thema aus der heutigen Presse aufgreifen: Ich begrüße es sehr, dass der Bund in das Präventionsgesetz die Impfberatungspflicht hineinschreiben will. Ich möchte, dass bei diesem Thema die Gesundheitsämter ihre Verantwortung wahrnehmen, da nicht alle Ärzte die Impfberatung in der Weise leisten, wie wir es uns wünschen.

Wir bräuchten sehr viel mehr Stellen für die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse. Dort besteht ein riesiger Antragsstau. Wir können Stellen in der Pflege nicht besetzen, weil Anerkennungsanträge nicht abgearbeitet werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich bedanke mich an dieser Stelle bei der überwiegenden Mehrheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ministerium für Gesundheit und Pflege. Wir wissen, was dort geleistet wird. Die Zusammenarbeit läuft größtenteils hervorragend. Ich schließe in diesen Dank auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit ein, aber insbesondere auch der Gesundheitsämter vor Ort.

Damit komme ich zu unserem aktuellen Haushaltsantrag auf Drucksache 17/4157, mit dem wir 20 zusätzliche Stellen bei den Bezirksregierungen fordern. Mit diesen Stellen soll vor allem die Betreuung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern sichergestellt werden. Sie verweisen hierzu auf die Beleihung von niedergelassenen Ärzten. Wir werden es Ihnen nicht ersparen abzufragen, wie viel Geld dies mehr kostet. Wir wissen ohnehin, dass es ein Mehr an organisatorischem Aufwand geben wird. Sie wollen sich dieser Aufstockung bei den Regierungen entziehen. Ich merke bei meinen Gesprächen vor Ort immer, wie groß die Not tatsächlich ist. Bei dem großen Ansturm können nicht einmal die Erstuntersuchungen bewältigt werden. Deshalb wäre es wirklich nötig, dass Sie diesem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Ministerin, wir brauchen eine Kampagne, um mehr Personal in den ÖGD zu bringen. Dies wäre das nächste Thema.

Uns ist ein Thema wichtig, das Sie für unbedeutend halten, nämlich die Kondomversorgung von Häftlingen. Dies wäre gerade für die Prophylaxe wichtig.

(Unruhe)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich bitte um etwas mehr Ruhe! Wenn Sie etwas zu besprechen haben, dann unterhalten Sie sich bitte draußen.

Kathrin Sonnenholzner (SPD): In fast allen Bundesländern werden Kondome niedrigschwellig abgegeben. Sie verweisen darauf, dass dies die Ärzte tun sollen. In der "Passauer Neuen Presse" vom Juli wird berichtet, dass ein Kollege aus der Medizin die Abgabe von Kondomen an einen Häftling, der sich an ihn gewandt hat, verweigert habe. Wenn das stimmt, wäre das ein Riesenskandal. Ein Häftling wendet sich an einen Arzt, was bereits ein Riesenschritt ist, und der Arzt sagt: Das gibt es nicht; denn wir wollen der Homosexualität keinen Vorschub leisten.

Ich denke, die Redezeit ist zu kurz, auch wenn man am Anfang nicht sieben Minuten lang über TTIP schwadroniert. Deshalb nur ganz kurz zum Thema Prävention: Die Jahresschwerpunkte verpuffen. Sie werden dem Problem nicht gerecht. Beginnen Sie endlich damit, Querschnittsaufgaben der Prävention aufzugreifen, zum Beispiel die Themen Bewegung und Sport. Diese Themen spielen bei fast allen Präventionen eine wichtige Rolle. Versuchen Sie, diese Themen nachhaltig zu etablieren. Sie werden bei allen konstruktiven Maßnahmen, bei denen es darum geht, die Gesundheitsversorgung der Menschen in Bayern zu verbessern, die SPD-Fraktion an Ihrer Seite haben.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. - Ich bitte nun Herrn Professor Dr. Bauer ans Rednerpult.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser Verfassungsauftrag lautet, gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land zu schaffen. Seitdem die FREIEN WÄHLER das Vertrauen der Bevölkerung bekommen haben und im Bayerischen Landtag Sitz und Stimme haben, setzen sie sich für die Schaffung dieser gleichwertigen Lebensverhältnisse im ganzen Land ein. Wir stellen fest, dass gleichwertige Lebensverhältnisse nicht nur für Investitionen gelten, sondern auch für die Themen Gesundheit und Pflege. Hier bestehen erhebliche Nachteile, Defizite und ein ausgeprägtes Nord-Süd-Gefälle.

Lesen Sie die Sozialberichte der Staatsregierung. Herr Kollege Unterländer, ich spreche von den offiziellen Berichten, die wir seit dem Jahr 2010 regelmäßig erhalten. In diesen Berichten können Sie erkennen, dass das Ungleichgewicht in Bayern nach wie vor existent ist. Unsere Aufgabe ist es, nicht nur in der Wirtschaftspolitik, sondern auch in der Gesundheits- und Pflegepolitik endlich für ausgeglichene und gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern zu sorgen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb haben wir Anträge gestellt. Lieber Herr Zellmeier, ich habe heute Nacht sehr schlecht geschlafen. Ich habe mich daran erinnert, was Sie gestern Abend gesagt haben. Glauben Sie, dass Sie draußen an Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn Sie 105 Haushaltsanträge der FREIEN WÄHLER ablehnen? Können Sie das einem Bürger erklären? Dieses Vorgehen ist auch aus einem anderen Grund problematisch: Sie beleidigen damit fast 10 % der Wähler in Bayern, die uns ihr Vertrauen geschenkt haben! Das sollten Sie einmal bedenken. Es entspricht nicht der Lebenswirklichkeit und der Lebenserfahrung, dass 105 Haushaltsanträge von der Mehrheitsfraktion kompromisslos abgelehnt werden. Dies widerspricht dem gesunden Menschenverstand und ist eine Beleidigung für unsere Wähler. Das möchte ich an dieser Stelle einmal ganz deutlich sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Josef Zellmeier (CSU): Haben Sie diese 105 Anträge gegenfinanziert? Sie müssen sagen, wo das Geld dafür herkommen soll!)

- Wie machen Sie es denn bei Ihren Mehrungen? Sehen Sie sich einmal an, wie sich der Haushalt in den letzten Jahren entwickelt hat. Herr Zellmeier, ein Thema beschäftigt mich jeden Tag, nämlich das Thema Landesbank.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Ist das Thema Landesbank auch im Gesundheitshaushalt abgebildet?)

- Ach Gott, schwatzen Sie doch nicht daneben! Verhalten Sie sich ruhig und hören Sie einmal zu! Ich habe immer das Gefühl, dass Sie dazwischenplärren, wenn Sie nervös werden. Sie lassen mich nicht einmal einen Gedanken zu Ende führen. – Herr Zellmeier, jeden Tag wird eine Million Euro an Steuergeldern für die Zinszahlungen für die Landesbank verbraten. Dort wollen wir das Geld hernehmen, um die sozialen Projekte zu finanzieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Diese ganz klare Auskunft gebe ich Ihnen. Sie können mich hier gar nicht in Verlegenheit bringen; dafür müssten Sie noch ein bisschen mehr lernen.

Vielen Dank an dieser Stelle, dass ich hier die Möglichkeit hatte, etwas ganz anderes zu sagen. Damit konnte ich ein Thema von gestern abarbeiten, das in der Bevölkerung draußen ganz anders ankommt. Glauben Sie mir das. Indem Sie 105 Anträge ablehnen, beleidigen Sie 10 % der Wählerschaft in Bayern. Das sollte Ihnen zu denken geben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Drei Themen, zu denen Anträge von uns abgelehnt worden sind, möchte ich hervorheben. Eines davon bezieht sich auf alternative Wohnformen. Unsere Anträge hierzu

sind leider abgelehnt worden. Sie wissen, es ist ganz wichtig, dass ältere Menschen in ihren eigenen vier Wänden leben. Das ist menschenwürdig, menschengerecht und auch billiger und für die Gesellschaft zielführender, im Alter in den eigenen Räumen leben zu können.

Das nächste Thema ist Demenz. Es ist vorhin schon angesprochen worden. Wir wissen aus medizinischen Studien, dass sich die Zahl der Demenzkranken in den nächsten Jahren verdoppeln wird. Hier gibt es ein riesiges Problem. Wir haben dazu ganz klare Vorschläge gemacht. Auch diese können wir mit der Million Euro finanzieren, die Sie jeden Tag wegen des Landesbankskandals verbraten. Daher kommt das Geld. Das sage ich ganz deutlich, damit es auch der Letzte mitbekommt.

Auch die ambulanten Pflegedienste sind sehr wichtig. In Bayern gibt es nur einen einzigen psychiatrischen Pflegedienst. Dieser psychiatrische Pflegedienst sitzt in München. Auch hieran wird wieder deutlich, wie unausgewogen das Verhältnis zwischen Nord und Süd in Bayern ist. Auch hier fordern wir gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern. – Diese Strukturen müssen geändert werden. Sie sind nicht mehr zeitgemäß und auch nicht mehr verfassungskonform.

Deswegen fordere ich Sie auf, über Ihr Abstimmungsverhalten nachzudenken. Denken Sie über Ihre Wirkung draußen im Lande nach! Denken Sie daran, dass auch vonseiten der Opposition sehr gute Vorschläge kommen! Denken Sie daran, dass Sie nicht ständig erhebliche Bevölkerungsteile in Bayern durch Ihre Verweigerungshaltung beleidigen können! – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Herr Professor Bauer, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Herr Kollege Baumgärtner hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Ihr habt jetzt mehr Redezeit, da braucht ihr keine Zwischenbemerkung mehr!)

Jürgen Baumgärtner (CSU): - Erst denken, dann sprechen.

(Beifall bei der CSU)

Guten Morgen, Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Der Eindruck könnte entstehen, dass die CSU Anträge nur deshalb ablehnt, weil sie von den FREIEN WÄHLERN, der SPD oder den GRÜNEN kommen. Das weise ich in aller Deutlichkeit zurück.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Es ist aber trotzdem so! Das sieht ja ein Blinder, dass es so ist!)

Herr Bauer, ringen wir denn im Ausschuss für Gesundheit und Pflege nicht parteiübergreifend um gute Lösungen?

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Es geht jetzt um den Haushalt, oder? – Zurufe von der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte, Herr Professor Bauer, Sie haben das Wort. Sie haben zwei Minuten für Ihre Antwort.

(Unruhe)

Ich bitte doch um etwas Ruhe. Das Wort hat Herr Professor Bauer.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Vielen Dank für die Zwischenfrage. Ich kann aus voller Überzeugung sagen: Dieser Eindruck trügt nicht, dieser Eindruck stimmt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Bitte, Herr Holetschek.

Klaus Holetschek (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Genau wegen solcher Debatten fragen sich die Menschen: Was tut die Politik eigentlich für unsere Probleme? – Genau das muss die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Besuchertribüne begeistern. Wenn wir über Gesundheit und Pflege reden, müssen wir über die Probleme der Menschen reden und nicht über irgendwelche Geschäftsordnungsthemen. Das ist unser Auftrag.

(Beifall bei der CSU)

Diesen Auftrag nehmen wir, die CSU, ernst, meine Damen und Herren. Wir haben ein eigenes Ministerium für Gesundheit und Pflege. Das bedeutet einen Quantensprung. Wir zeigen damit: Gesundheit und Pflege stehen im Mittelpunkt der Gesellschaft und sind uns wichtig.

Wir haben in diesem Jahr schon einiges auf diesem Gebiet geleistet. Es geht darum, die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum sicherzustellen. Es geht darum, in Berlin Akzente zu setzen. Gesundheitspolitik wird auch in Berlin gemacht, meine Damen und Herren. Ich muss der Ministerin gratulieren und ihr Respekt zollen, welchen Einfluss sie bei den Koalitionsverhandlungen genommen hat, damit es auch eine bayerische Handschrift gibt. Melanie Huml hat dafür die richtigen Akzente gesetzt. Dafür ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CSU – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Bravo!)

Meine Damen und Herren, im ländlichen Raum befinden sich unter anderem Kurorte und Heilbäder. Dort gibt es 100.000 Arbeitsplätze, und dort entstehen 3,7 Milliarden Euro an Wertschöpfung. Auch dort ist es wichtig, dass wir Förderprogramme fortsetzen. Das tun wir. Wir setzen Akzente für den ländlichen Raum, indem wir dort die richtigen Maßnahmen bündeln. Und wir werden nicht nachlassen, die demografische Herausforderung gemeinsam anzugehen.

Das sind die großen gesellschaftspolitischen Themen: die älter werdende Gesellschaft und die Frage, wie wir mit Pflege umgehen. Hier müssen wir gemeinsam handeln. Das Parlament muss in Einigkeit vorgehen. Wenn wir dafür werben, dass sich Menschen in der Pflege engagieren, müssen wir Wertschätzung in den Mittelpunkt stellen. Dafür steht auch die Initiative des Kollegen Imhof zur Bezahlung. Ich bin außerordentlich dankbar für die Anstöße, die wir geben. Diese müssen wir verstetigen und voranbringen. Diesen Aufgaben stellen wir uns hier gemeinsam.

Wichtig sind mir außerdem die Palliativ- und Hospizbewegung. Auch dieses Aufgabenfeld halte ich für sehr wichtig. Im Moment verfolgen wir die Diskussionen über die Sterbehilfe. In Belgien wurde schon beschlossen, dass Kinder Sterbehilfe beanspruchen können. Vor diesem Hintergrund erkennen wir, vor welchen ethischen Herausforderungen wir hier gemeinsam stehen. Wir wissen, dass wir diese nur bewältigen können, wenn wir darüber sehr ernsthaft und mit großem Verantwortungsbewusstsein diskutieren.

Gleichzeitig stärken wir die ehrenamtlichen Palliativ- und Hospizbewegungen. Wir haben dafür 50.000 Euro vorgesehen. Das ist zugegebenermaßen ein kleiner Tropfen. Aber diese Ausgabe soll zeigen, dass uns das Thema wichtig ist. Die darauf bezogenen Fragen haben Tiefgang und betreffen wirklich die Versorgung der Älteren in der Gesellschaft. Ich bitte darum, dass wir diese Themen weiter gemeinsam angehen.

Ich möchte mich an dieser Stelle auch für die gute Arbeit im Gesundheitsausschuss bedanken. Sie ist sehr konstruktiv und von einer großen Gemeinsamkeit getragen. – Herr Kollege Güller, anscheinend verhält es sich im Haushaltsausschuss nicht so. Sie sitzen nämlich immer noch im Zug nach Nirgendwo. Vorhin haben Sie das Kursbuch angesprochen. Dabei kann ich Ihnen wirklich nicht folgen. Diese Äußerungen waren platt und populistisch.

(Harald Güller (SPD): Und vor allem richtig!)

Es ging um irgendwelche Empfänge mit Bezug zur Gesundheitspolitik. – Herr Kollege Güller, machen Sie sich doch nicht lächerlich. Das ist wirklich unterste Schublade!

(Beifall bei der CSU)

Ich bin froh, dass es in der SPD auch andere Formen des Umgangs gibt. Im Gesundheitsausschuss handeln wir gemeinsam, damit unsere Gesellschaft, die Jungen und die Älteren, gut versorgt werden.

Das Thema eines eigenen bayerischen Präventionsplans will ich auch noch ansprechen. Nächstes Jahr wird das Thema Kindergesundheit sehr wichtig sein. In diesem Aufgabenbereich sind wir auf einem guten Weg. Das ist ein Kernthema der Politik und ein Markenzeichen der CSU. Daran wollen wir arbeiten, und das nehmen wir sehr ernst.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bitte bleiben Sie am Rednerpult; wir haben noch eine Zwischenbemerkung der Kollegin Rauscher.

Doris Rauscher (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Holetschek, ich habe nur eine kleine Zwischenbemerkung. Ich stelle mir gerade die Frage, woran es denn liegen könnte, dass das Klima im Gesundheitsausschuss so positiv ist. Könnte das auch an der Vorsitzenden aus der SPD liegen?

Klaus Holetschek (CSU): Ich glaube nicht, dass die Frau Vorsitzende hier ein öffentliches Lob braucht.

(Widerspruch bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Die Gemeinsamkeit eines Parlaments liegt doch darin - -

(Zurufe von der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Lassen Sie uns doch einfach in den Mittelpunkt stellen, dass Gesundheitspolitik und Pflegepolitik eine Kernpolitik für die Menschen bedeuten, der wir uns alle über die Parteigrenzen hinweg verpflichtet sehen. Wir ringen um die besten Lösungen. Dass wir oft die besten Argumente haben, ist nun einmal unserer Politik geschuldet.

(Widerspruch bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

- Die meisten stimmen ja; das ist schön.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, auf unserer Ehrentribüne haben heute Gäste Platz genommen. Ich begrüße den Präsidenten des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs, Herrn Dr. Karl Huber, den Präsidenten des Oberlandesgerichts Nürnberg, Herrn Peter Küspert, sowie die Generalsekretärin des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs, Frau Dagmar Ruderisch, sehr herzlich. Sie sind wegen des nächsten Tagesordnungspunkts gekommen. Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheitsministerium): Werte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zuallererst bedanke ich mich dafür, dass ich überhaupt an dieser Stelle stehen darf, dafür, dass es ein eigenes Gesundheits- und Pflegeministerium gibt. An dieser Stelle sage ich Horst Seehofer ein herzliches Dankeschön, auch wenn er heute nicht da ist. Er hat diese Entscheidung getroffen. Ich sage auch allen, die im letzten Jahr beim Aufbau mitgeholfen haben, ein herzliches Dankeschön. Das waren sehr viele: der Haushaltsausschuss unter dem Vorsitz von Peter Winter und dem stellvertretenden Vorsitz von Volkmar Halbleib, mein eigener Ausschuss – wenn ich es so ausdrücken darf – unter dem Vorsitz von Kathrin Sonnenholzner und Bernhard Seidenath, und all die weiteren, die aus den verschiedenen Fraktionen hier mit-

gewirkt haben. Vorweg an alle ein herzliches Dankeschön, dass die Arbeit von großer Gemeinsamkeit getragen wird.

Ich glaube, es ist ein wichtiges Signal an die Bevölkerung in Bayern, dass wir ein eigenes Gesundheits- und Pflegeministerium haben. Das zeigt sich auch an den Aktivitäten, die wir im letzten Jahr neben dem Aufbau, der mit der Schaffung eines neuen Ministeriums verbunden ist, entfalten konnten. Es war ein starkes Signal an die Bürgerinnen und Bürger, das zeigt, dass uns der Bereich Gesundheit und Pflege so wichtig ist, weil in ihm unwahrscheinlich viele Menschen Tag und Nacht arbeiten. Das sind viele Ehrenamtliche, und viele arbeiten zu Hause in der Familie für Gesundheit und Pflege. Es sind aber auch viele Hauptamtliche. Auch ihnen an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön! Es wird enorm viel geleistet, vor allem im Bereich der Pflege.

(Beifall bei der CSU)

Zu denjenigen, die sich in diesem Bereich besonders einsetzen, gehört mein Kollege Herrmann Imhof als Patienten- und Pflegebeauftragter, der stets ein offenes Ohr für die Sorgen und Nöte der Menschen vor Ort hat und sich entsprechend einbringt. Für deinen unermüdlichen Einsatz sage ich auch dir ein herzliches Dankeschön an dieser Stelle.

Das neue Ministerium steht für das, was sich die Menschen am meisten wünschen: Gesundheit und Lebensqualität. Es gilt, diese Bereiche weiterzuentwickeln, gleichzeitig aber auch die Menschen an ihre Eigenverantwortung zu erinnern. Wir müssen dafür sorgen, dass die Menschen für sich selbst Verantwortung übernehmen. Wenn sie krank oder pflegebedürftig sind, sind wir da, unterstützen sie und sorgen für sie. Um diese beiden Bereiche kümmern wir uns ganz stark.

Ich habe schon gesagt: Das erste Jahr war sehr vom Aufbau geprägt. Es war aber auch von den Koalitionsverhandlungen geprägt. Hier haben wir dafür gesorgt, dass vieles die bayerische Handschrift trägt. Wir werden sehr darauf achten, dass das, was in der Koalitionsvereinbarung steht, auch umgesetzt wird.

Wir haben im ersten Jahr unser Förder- und Stipendienprogramm erfolgreich weitergeführt und eine Taskforce Infektiologie auf den Weg gebracht. Wir haben den Auf- und Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung weiter stark vorangetrieben.

Wir haben auch dafür gesorgt, dass die Honorarobergrenze für Hausärzte fällt. Lieber Kollege Dr. Vetter, dazu gab es in den Koalitionsverhandlungen eine Initiative aus Bayern, und uns ist es gelungen, dass die Umsetzung für die Hausärzte sehr schnell erfolgt. Ich bin voll bei Ihnen, wenn Sie sagen, dass es gut war, dass die Honorarobergrenze gefallen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Aber es gibt auf Bundesebene noch mehr zu tun, und ich bin froh, wenn wir manches parteiübergreifend voranbringen können, zum Beispiel mehr Regionalisierung, damit nicht so viele Mittel aus Bayern abfließen, und die Definition der Pflegebedürftigkeit noch in dieser Legislaturperiode. Das sind Themen, die mir noch sehr stark auf den Nägeln brennen, und ich werde dafür kämpfen, dass wir hier weiter vorankommen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, als Gesundheits- und Pflegeministerin und als Ärztin ist es mir vor allem ganz wichtig, dass wir immer den Menschen im Mittelpunkt haben und bei allen Diskussionen über Summen und Stellen nicht vergessen, dass wir alles für die Menschen in Bayern tun. Dabei geht es nicht darum, dass man alles komplett umkrempelt, sondern darum, dass man das Gesundheitssystem besonnen und intelligent weiterentwickelt. Deswegen sind mir für die nächsten zwei Jahre einige Schwerpunkte sehr wichtig.

Dazu gehören die Prävention und die Vermeidung von Krankheiten und die Eigenverantwortung der Menschen, die Sicherstellung der medizinischen und der pflegerischen Versorgung in ganz Bayern – ich sage bewusst: in ganz Bayern – sowohl ambulant als auch stationär. Dazu gehört auch, neue Wege in der Pflege zu gehen und schwerst-

krankte und sterbende Menschen menschenwürdig zu begleiten. All das ist mir für die nächsten zwei Jahre neben allem anderen, was wir tun, besonders wichtig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Prävention und Gesundheitsförderung gehören zu den Kernelementen bayerischer Gesundheitspolitik. Deswegen, liebe Kollegin Sonnenholzner, wollen wir eine ganzheitliche Präventionsstrategie. Deswegen haben wir auch mit den Kabinettskollegen und ihren Mitarbeitern Arbeitskreise geschaffen mit dem Ansatz in den Lebenswelten und der Lebensphasen. Wir wollen die Menschen da abholen, wo sie sind, um möglichst viele von ihnen zu erreichen. Deswegen wollen wir im nächsten Jahr auch den Bayerischen Präventionsplan zum Laufen bringen.

Ein besonderes Augenmerk von mir und von uns allen – ich hoffe, von möglichst vielen – wird auf der Kindergesundheit liegen. Im Mittelpunkt sollen Themen wie gesunde Ernährung und Bewegung stehen; dazu gehört aber noch viel mehr. Dazu gehört auch eine Impffensive, eine Impfkampagne. Man muss sich nur die Zahl der Masernausbrüche 2013 in München und Umgebung anschauen. Sie zeigt, dass wir hier noch Nachholbedarf haben. Deswegen wollen wir rund 2 Millionen Euro in Präventionsprojekte und Aufklärungskampagnen und 600.000 Euro in eine Impfkampagne geben, um möglichst viele Kinder und Eltern zu erreichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir ist auch die Neukonzeption der Schuleingangsuntersuchung ein Anliegen. Übrigens ist schon in der letzten Legislaturperiode von der Kollegin Kerstin Schreyer-Stäblein mit angeregt worden, sich die Schuleingangsuntersuchungen einmal genauer anzuschauen. Dabei ist mir wichtig klarzustellen, dass wir die Schuleingangsuntersuchungen nicht deshalb um ein Jahr vorverlegen, damit die Schülerinnen und Schüler ein Jahr eher in die Schule gehen sollen. Nein, wir wollen ein Jahr mehr Zeit für eine Förderung haben, wenn sie notwendig ist. Das macht Sinn, und das ist gut für unsere Kinder.

(Beifall bei der CSU)

Die Schuleingangsuntersuchungen geben uns auch die Möglichkeit, alle Kinder in Bayern zu erreichen. Ich will, dass wir diese Chance ordentlich nützen, von daher die Neukonzeption. Dadurch, dass das Pilotprojekt schon im nächsten Jahr beginnen kann, kommen wir ein Stück schneller voran.

Dabei wird auch der öffentliche Gesundheitsdienst eingebunden sein. Liebe Kollegin Sonnenholzner, wenn wir für den Nachwuchs werben wollen, bin ich gern bereit, konzeptionell etwas zu tun; denn ich bin der Auffassung, dass der öffentliche Gesundheitsdienst vor Ort viel leistet. Deswegen müssen wir dafür sorgen, dass es genügend Nachwuchs gibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir von Prävention sprechen, ist für uns entscheidend – darauf hat Herr Kollege Holetschek schon hingewiesen –, dass die medizinische Qualität und die Infrastruktur unserer Kur- und Heilbäder verbessert werden.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben hier schon ein Förderprogramm auf den Weg gebracht und haben im Doppelhaushalt 1,8 Millionen Euro pro Jahr für die weitere Förderung vorgesehen. Ich halte das für richtig und zielführend. Das wird durch das betriebliche Gesundheitsmanagement ergänzt; denn in meinen Augen werden gesunde Mitarbeiter für die Unternehmen immer wichtiger. Ich halte die Kombination mit Kur- und Heilbädern für sehr sinnvoll. Deswegen unterstützen wir das sehr gerne.

Kur- und Heilbäder erhöhen die Attraktivität des ländlichen Raums. Es geht um mehr als eine schöne Landschaft. Es ist klar, dass die Infrastruktur stimmen muss; aber es gibt noch mehr. Die Menschen achten inzwischen sehr wohl darauf, dass es eine gute medizinische Versorgung vor Ort gibt, wenn sie an einen Ort ziehen oder in einem Ort bleiben wollen. Deswegen ist es mir enorm wichtig, dass wir unsere bewährten Programme zur Niederlassungsförderung der Hausärzte voranbringen und das Stipendienprogramm, mit dem Studierende motiviert werden sollen, nach dem Studium im

ländlichen Raum tätig zu sein, weiter auf hohem Niveau fahren können. Wir wollen das Hausärzteniederlassungs-Förderprogramm – der Kollege Bernhard Seidenath hat es schon angesprochen – auf Fachärzte ausdehnen; denn wir brauchen in der Fläche Hausärzte und Fachärzte. Im ländlichen Bereich werden die Kommunalpolitiker darauf immer häufiger angesprochen, und auch uns ist es wichtig, dass es eine gute Vernetzung vor Ort gibt.

Unsere Regionen sind unterschiedlich. Auch die medizinische Versorgung und die Präventionsangebote vor Ort sind unterschiedlich. Die Idee der "Gesundheitsregionen plus" besteht darin, die Partner im Gesundheits- und Pflegebereich vor Ort zusammenzubekommen, damit gemeinsame Ideen für Prävention und Gesundheitsversorgung entwickelt werden können. Dann können wir schauen, wie wir das, was vor Ort entwickelt wird, mit Förderprogrammen unterstützen können.

(Unruhe)

Deswegen sprechen wir von "Gesundheitsregionen plus", weil in den Regionen schon viel passiert ist und wir das weiter unterstützen wollen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Staatsministerin, einen Moment bitte. Ich hätte noch eine Bitte an die Kolleginnen und Kollegen: Es ist ein derartiges Gemurmel hier im Saal, ich bitte Sie, einfach zuzuhören. Ich denke, jeder Redner – egal welcher Partei –, der am Rednerpult steht, hat den Respekt aller verdient. Wenn Sie sich unterhalten müssen, gehen Sie bitte nach draußen. Die Abstimmungen beginnen hinterher, das geht dann Schlag auf Schlag. Bitte seien Sie doch etwas ruhiger!

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheitsministerium): Wir haben für die Förderung der Gesundheitsregionen allein Mittel im Umfang von 2,6 Millionen Euro und Verpflichtungsermächtigungen für einen Zeitraum von fünf Jahren im Haushalt einbringen

können. Mir war dies wichtig, weil es sich um eine längerfristige Maßnahme handeln soll.

Auch die stationäre Versorgung muss stimmen. Wir haben in Bayern ein dicht geknüpft Netz an zeitgemäßen Krankenhauseinrichtungen. Das ist für den Flächenstaat Bayern von enormer Bedeutung. Wir benötigen den Erhalt dieser stationären Versorgungsstrukturen. Ich halte das für wichtig, und deswegen investieren wir in diese Strukturen. Wir haben im Doppelhaushalt 2015/2016 je 500 Millionen Euro zur Verfügung, um in die Krankenhäuser, das heißt die Gebäude, investieren zu können. Lieber Kollege Leiner, wir haben dafür auch die Pauschalen erhöht, weil das der Wunsch der Krankenhausträger vor Ort war.

Lieber Kollege Dr. Vetter, Sie hatten auch davon gesprochen, wir sollten im ländlichen Bereich die Versorgung sicherstellen. 60 % der Maßnahmen mit einem Volumen von einer Milliarde Euro entfallen auf Krankenhäuser im ländlichen Raum. Auch die Krankenhausförderung in Bayern berücksichtigt die ländlichen Strukturen. Ich finde, das geschieht zu Recht, weil wir gerade auch in ländlichen Räumen eine Krankenhausversorgung benötigen. Deswegen habe ich mich vor Kurzem in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe für Krankenhausreform so massiv dafür eingesetzt, Sicherstellungszuschläge festlegen zu können, und dafür, dass die Notfallambulanzen besser ausgestattet werden, um die flächendeckende Versorgung mit bedarfsgerechten Häusern weiter erhalten zu können. Wir sind sehr aktiv und tun etwas für unsere Krankenhäuser.

(Beifall bei der CSU)

In Bezug auf den ländlichen Raum ist auch ein Ausbau der Telemedizin wichtig. Es ist erforderlich, dass das Wissen der Spezialisten in die Fläche kommt. Es müssen die Daten laufen, und es darf nicht sein, dass die Menschen laufen müssen. Es gibt in Bayern viele Projekte, die wir weiter vorantreiben, weil die Telemedizin und die Digitalisierung sehr wichtig sind.

Mich bewegt auch das Thema der Personalengpässe in der Altenpflege sehr intensiv. Sie wissen, dass es eine aktuelle Bedarfs- und Angebotsprognose gibt, wonach ein starker Mangel bei den Auszubildenden in den nächsten Jahren vorausgesagt wird. Deswegen war es mir eine großes Anliegen zu überprüfen, wie wir den Altenpflegeberuf noch attraktiver machen können. Wir haben im Oktober ein 5-Punkte-Programm dazu vorgestellt. Zuallererst gehört für mich die Entbürokratisierung dazu. Das bedeutet weniger Dokumentation in den Alten- und Pflegeheimen. Dazu gehört für mich aber auch die weitere Fortführung der Kampagne "Herzwerker". Ebenso gehört eine bessere Anleitung in der praktischen Ausbildung dazu. Wenn ich mit denjenigen spreche, die eine Ausbildung durchlaufen, höre ich immer wieder, es käme darauf an, wo die Ausbildung absolviert werde, ob eine gute Anleitung erfolge oder nicht. Ich möchte, dass wir *einen* Standard für ganz Bayern haben. Wenn jemand die Ausbildung durchläuft, muss er sich darauf verlassen können, eine gute Praxisanleitung zu erhalten. Das erscheint mir sehr wichtig. Gleichzeitig möchte ich ein Projekt zum Stopp von Ausbildungsabbrüchen auflegen.

Wichtig ist schließlich auch die Ausbildungsumlage. Vorhin ist die Frage aufgetaucht, warum wir in diesem Zusammenhang zuerst eine Studie in Auftrag gegeben haben. In anderen Bundesländern ist die Umlage bereits wieder aufgehoben worden. Ich möchte eine Umlage, die auf solider Basis steht. Deswegen: erst die Studie, dann ein Konzept. Wir haben im Haushalt bereits 800.000 Euro dafür vorgesehen. Es wird ernsthaft daran gearbeitet, die Ausbildungsumlage umzusetzen. Ich hoffe auf Unterstützung aus Ihren Reihen.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Seidenath hat darauf hingewiesen, dass die Ausbildung in den nächsten zwei Jahren ein Schwerpunkt sein wird.

Wir haben auch einen Ansatz zur investiven Förderung der Angebote der Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege für Menschen mit Demenzerkrankungen. 1,5 Millionen Euro

stehen dafür zur Verfügung. Natürlich könnte man immer sagen: Wir wollen noch mehr und noch mehr. Aber man muss auch bei den Neuauflagen von Programmen erst einmal schauen, wie sie abgerufen und angenommen werden. Wenn wir dann mehr benötigen, werde ich als Gesundheits- und Pflegeministerin das hoffentlich dem Haushaltsausschuss so darlegen können, dass wir noch mehr Gelder bekommen können. Ich denke aber, wir sollten Schritt für Schritt vorgehen, und das tun wir mit unserem Haushalt.

Wir wollen auch etwas in Bezug auf pflegende Angehörige erreichen. Herr Kollege Leiner, Sie haben Pflegestützpunkte angesprochen. Bei uns in Bayern gibt es die Fachstellen für pflegende Angehörige, die in der Fläche angesiedelt sind. Deswegen brauchen wir keine Doppelstruktur bei den Pflegestützpunkten. Wir setzen auf die Fachstellen für pflegende Angehörige.

(Beifall bei der CSU)

Es muss uns darum gehen zu schauen, was angenommen wird und wo es sich eher um eine Doppelstruktur handelt.

Ein ernstes Thema, das mich sehr bewegt und beschäftigt, ist die Sterbebegleitung in der letzten Lebensphase. Für mich gehört es zu einer humanen Gesellschaft, Schwerstkranken und sterbenden Menschen ein würdevolles Sterben zu ermöglichen. Deswegen sollte Sterben viel stärker ein Teil des Lebens sein und sollte weder künstlich verlängert noch künstlich verkürzt werden. Deswegen lehne ich aktive Sterbehilfe entschieden ab.

(Beifall bei der CSU)

Es gilt für mich nach wie vor: Wir müssen dafür sorgen, dass ein Mensch an der Hand eines anderen versterben kann, aber eben nicht durch die Hand eines anderen.

(Beifall bei der CSU)

Ich warne in diesem Zusammenhang dringend davor, Möglichkeiten zur assistierten Selbsttötung zu eröffnen. Gemeinnützige Sterbehilfeorganisationen sollten in Deutschland gesetzlich nicht erlaubt werden. In meinen Augen sollten wir alten und schwerstkranken Menschen nicht das Gefühl vermitteln, dass sie der Gesellschaft zur Last fallen. Wir sollten ihnen vielmehr ein Leben in Würde und möglichst ohne Schmerzen bis zuletzt ermöglichen. Das muss unser Ansatz sein, und daran müssen wir arbeiten.

(Beifall bei der CSU)

In Bayern handeln wir nach unseren Überzeugungen. Wir haben in der Palliativversorgung und bei den Hospizen in den letzten Jahren massiv Betten aufgebaut. Es gibt sehr viele Palliativstationen in Bayern. Es gibt palliativmedizinische Dienste an einzelnen Häusern. Es gibt an insgesamt 94 Krankenhäusern eine stationäre Palliativversorgung. Wir haben 29 Palliativteams in der ambulanten Versorgung. Wir haben Hospize in Bayern. Wir wollen und brauchen noch mehr. Deswegen fördern wir auch den Aufbau von Hospizbetten mit 10.000 Euro, um noch mehr erreichen zu können. Wir haben insgesamt die Chance zu investieren und wollen weiter vorankommen. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an all diejenigen, die im Haupt- und im Ehrenamt in der Palliativversorgung und in den Hospizen mitarbeiten. Ein ganz herzliches Dankeschön! Ich habe sehr viel Respekt vor den Menschen, die dort tätig sind.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen werde ich mich übrigens in Bezug auf die Hospize auch auf Bundesebene dafür einsetzen, dass 100 % der zuschussfähigen Kosten übernommen werden. Ich glaube, das wäre ein großer Schritt für die Hospize in Bayern.

Ich wollte Ihnen eines aufzeigen: Wir werden im Gesundheits- und Pflegebereich einerseits Kontinuität haben, und zwar mit Krankenhausinvestitionen und den Fördermitteln, die wir bisher aufbringen konnten. Uns geht es andererseits darum, Schwerpunkte zu setzen, wenn neue Herausforderungen und aktuelle Entwicklungen anstehen. Wir

wollen uns ebenfalls sehr stark auf Berliner Ebene einbringen, weil dort im Rahmen der Gesetzgebung derzeit viel läuft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, an dieser Stelle danke ich noch einmal für das gute Miteinander im Ausschuss. Ich werde den Dank, der vielfach von Ihnen geäußert worden ist, an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gesundheits- und Pflegeministerium gerne weitergeben. Ich kann Ihnen sagen, dass dort wirklich sehr viel geleistet wird. Vielen herzlichen Dank!

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Ministerin, Herr Professor Bauer von den FREIEN WÄHLERN hat sich, wenn auch etwas spät, zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Frau Staatsministerin, Sie haben von Ihren Aufgaben und Tätigkeiten berichtet. Das habe ich sehr wohl vernommen. Über eine wichtige Strukturentscheidung haben Sie leider keinen Satz verloren, nämlich zur Strukturentscheidung über die Einsetzung einer Pflegekammer. Sie haben mehrmals angekündigt, dass die Entscheidung bis zum Jahresende fällt. Heute haben wir die letzte Plenarsitzung. Deshalb bitte ich Sie um eine Aussage, wie diese Entscheidung ausgefallen ist: Pflegekammer ja oder Pflegekammer nein. – Danke.

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheitsministerium): Lieber Herr Kollege Bauer, es ist richtig, dass uns das Thema Pflegekammer sehr beschäftigt. Wir haben schon immer gesagt, dass wir eine starke Interessenvertretung der Pflegenden brauchen. Dazu gibt es ein entsprechendes Konzept meines Hauses. Sie wissen, dass es Befürworter und Gegner der Pflegekammer gibt. Gerade bin ich dabei, das abzusprechen. Deswegen kann ich Ihnen heute noch nicht das endgültige Ergebnis präsentieren; denn wir befinden uns gerade im Abstimmungsprozess. Es gibt jedoch einen konkreten Vorschlag aus meinem Haus. Gerne werde ich diesen mit Ihnen absprechen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Deshalb ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen nun zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplan 2015/2016, Einzelplan 14, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/4142 bis 17/4157, 17/4327 bis 17/4334, 17/4351 bis 17/4359, 17/4416 und 17/4417 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/4608 zugrunde.

Vorweg lasse ich jetzt, wie von der SPD-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER beantragt, über die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/4155, 17/4351, 17/4352, 17/4358 und 17/4359 in einfacher Form abstimmen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Änderungsanträge zur Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem SPD-Änderungsantrag auf der Drucksache 17/4155 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das ist die Fraktion der SPD. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Damit komme ich zur Einzelabstimmung zum FW-Änderungsantrag auf der Drucksache 17/4351. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der CSU und der SPD. Stimmenthaltungen? – Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Jetzt komme ich zur Abstimmung über den FW-Änderungsantrag auf der Drucksache 17/4352. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄH-

LER. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Das sind die Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Jetzt komme ich zur Abstimmung über den FW-Änderungsantrag auf der Drucksache 17/4358. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Das sind die Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Jetzt komme ich zur Abstimmung über den FW-Änderungsantrag auf der Drucksache 17/4359. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Das sind die Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Der Einzelplan 14 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf der Drucksache 17/4608 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Die Abstimmung soll in namentlicher Form erfolgen. Abstimmungsgrundlage ist der Einzelplan 14 mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen. Für die Stimmabgabe stehen die Urnen wieder bereit. Ich bitte Sie, noch ganz kurz zuzuhören. Die Abstimmung dauert fünf Minuten. Danach bitte ich Sie, sofort wieder Platz zu nehmen. Im Anschluss werden wir gleich den Tagesordnungspunkt 19 aufrufen und die Wahl durchführen. Ich eröffne nun die Abstimmung. Sie haben fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 10.46 bis 10.51 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir zählen außerhalb des Plenarsaals aus. Ich darf Sie nun bitten, sich wieder hinzusetzen. Ich

möchte nämlich gerne Tagesordnungspunkt 19 aufrufen. – Ich bitte doch, Platz zu nehmen, meine Damen und Herren!

(...)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir fahren fort. Das Ergebnis der Abstimmung über Einzelplan 14 liegt vor. Mit Ja haben 86 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 73 gestimmt, Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Einzelplan 14 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten gleichzeitig die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 2)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplanes vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Was ist mit euch, der CSU? Wollt ihr nicht mitstimmen? – Das ist ganz unverfänglich; ihr könnt alle zustimmen. Ich darf zwar keine Beeinflussung ausüben, dies aber dennoch sagen. Bisher war es immer einstimmig. – Wer will also zustimmen? – CSU, SPD und FREIE WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine Gegenstimmen. Stimmenthal-

tungen? – Bei Stimmenthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/4608 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/4327 bis 17/4334, 17/4416 und 17/4417 damit ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 14 ist somit abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 11.12.2014 zu Tagesordnungspunkt 18: Haushaltsplan 2015/2016;
Einzelplan 14 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege
(Drucksache 17/4608)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Beißwenger Eric	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brückner Michael	X		
von Brunn Florian		X	
Brunner Helmut			
Celina Kerstin		X	
Dettenhöfer Petra	X		
Dorow Alex			
Dünkel Norbert	X		
Dr. Dürr Sepp		X	
Eck Gerhard	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute	X		
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen		X	
Fehlner Martina		X	
Felbinger Günther		X	
Flierl Alexander	X		
Dr. Förster Linus			
Freller Karl	X		
Füracker Albert			
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith	X		
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten		X	
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva		X	
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Haderthauer Christine			
Häusler Johann		X	
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.			
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes	X		
Hofmann Michael	X		
Holetschek Klaus	X		
Dr. Hopp Gerhard	X		
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Huber Martin	X		
Huber Thomas	X		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Kamm Christine		X	
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro	X		
Knoblauch Günther		X	
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred			
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter		X	
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia	X		
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Neumeyer Martin	X		
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred	X		
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi		X	
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd	X		
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayer Simone			
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl		X	
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika		X	
Dr. Wengert Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta		X	
Wild Margit			
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	86	73	0

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 18

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 14:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung der Familienpflege
(Kap. 14 04 Tit. 684 01)
Drs. 17/4142
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuwendungen für die Finanzierung betriebsnotwendiger Investitionsaufwendungen bei bedarfsgerechten Pflegediensten, teil- und vollstationären Pflegeeinrichtungen sowie Einrichtungen der Tages- und Kurzeitpflege
(Kap. 14 04 TG 70)
Drs. 17/4143
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuwendungen für den Ausbau von Pflegestützpunkten
(Kap. 14 04 TG 70 neuer Tit.)
Drs. 17/4144
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Errichtung einer bayerischen Pflegekammer
(Kap. 14 04 TG 82)
Drs. 17/4145
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen zur Versorgung von Menschen mit einer psychischen Behinderung, psychiatrische Modell- und Präventionsvorhaben
(Kap. 14 05, TG 62)
Drs. 17/4146
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zusätzliche Stellen im Referat 27 des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege
(Kap. 14 01 Tit. 422 01)
Drs. 17/4147
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Harald Güller u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärungsmaßnahmen zur Organtransplantation
(Kap. 14 03 Tit. 531 93)
Drs. 17/4148
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Harald Güller u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Familienpflege sichern
(Kap. 14 04 Tit. 684 01)
Drs. 17/4149
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Harald Güller u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung ambulanter Wohnprojekte für pflegebedürftige Menschen
(Kap. 14 04 TG 70)
Drs. 17/4150
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Harald Güller u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Staatliche Förderung der Modernisierung von Altenpflegeeinrichtungen
(Kap. 14 04 TG 70)
Drs. 17/4151
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Harald Güller u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verbesserung der Beratung Pflegebedürftiger durch flächendeckenden Ausbau von Pflegestützpunkten

- (Kap. 14 07 TG 70 neuer Tit.)
Drs. 17/4152
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Harald Güller u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Maßnahmen und Einrichtungen zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit AIDS (Kap. 14 05 TG 52)
Drs. 17/4153
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Maßnahmen und Einrichtungen zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit AIDS in bayerischen Justizvollzugsanstalten (Kap. 14 05 TG 52)
Drs. 17/4154
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung von Suchtbekämpfung und Drogentherapie – insbesondere Kampf gegen Crystal Meth (Kap. 14 05 Tit 684 60)
Drs. 17/4155
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen zur Suchtbekämpfung und Drogentherapie – Aufstockungsmittel für die Suchtberatung in den Justizvollzugsanstalten durch externe Fachkräfte (Kap. 14 05 Tit. 684 60)
Drs. 17/4156
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verbesserung der Personalausstattung in der bayerischen Gesundheitsverwaltung (Kap. 14 30 Tit. 422 01)
Drs. 17/4157
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Umstrukturierung Krankenhäuser im ländlichen Raum (Kap. 14 02 neuer Tit.)
Drs. 17/4351
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung der Heilbäder (Kap. 14 03 Tit. 681 01)
Drs. 17/4352
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung Niederlassung freiberuflicher Hebammen (Kap. 14 03 neue TG)
Drs. 17/4353

- | | |
|---|---|
| <p>20. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung der Palliativ- und Hospizversorgung
(Kap. 14 04 Tit. 684 69)
Drs. 17/4354</p> <p>21. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung alternativer Wohn- und Lebensformen
(Kap. 14 04 Tit. 684 70)
Drs. 17/4355</p> <p>22. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung psychiatrische Pflegedienste
(Kap. 14 04 TG 71)
Drs. 17/4356</p> | <p>23. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung des Programms „Elterntalk“
(Kap. 14 05 Tit. 531 60)
Drs. 17/4357</p> <p>24. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung von Suchtprävention und Drogentherapie
(Kap. 14 05 Tit. 531 60)
Drs. 17/4358</p> <p>25. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung von Präventionsmaßnahmen Crystal Meth
(Kap. 14 05 Tit. 531 60)
Drs. 17/4359</p> |
|---|---|

Gesetz- und Verordnungsblatt vom 24.12.2014

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)